VEIT VALENTIN

GESCHICHTE der DEUTSCHEN REVOLUTION

1848-1849





Geschichte

der deutschen Revolution

von 1848 – 49

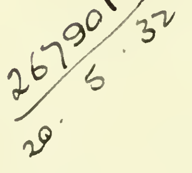
II



Geschichte der deutschen Revolution von 1848-49

Von

Veit Valentin





Zweiter Band

Bis zum Ende der Volksbewegung von 1849

Im Verlag Ullstein / Berlin

Vorwort

Der erste Band meines Werkes ist durchweg mit Anerkennung, von vielen mit Wärme aufgenommen worden. Der zweite, der jetzt, wie vorgesehen, nach Jahresfrist folgt, bildet den Abschluß meiner Darstellung der Volksbewegung in Deutschland von 1848/49 — genauer gesagt von 1847/49, denn ich habe das Jahr 1847, die eigentliche Inkubationsperiode, in annähernd demselben Umfange behandelt wie die anderthalb Jahre Revolutionszeit selbst. So erklärt sich die Stoffverteilung auf die beiden Bände. Das Manuskript des zweiten Bandes, der stärker geworden ist als der erste, wurde am 15. Mai d. J. abgeschlossen. Später Erschienenes habe ich nur noch in den Nachtrag zur Bibliographie aufnehmen können. Der im Vorwort zum ersten Bande angekündigte Sonderband, der Flugblätter, Stiche und Karikaturen der Zeit bildnerisch wiedergeben soll, wird zu einem heute noch nicht bestimmbaren Zeitpunkte als bibliographisch selbständige Einheit herauskommen.

Mehrere wissenschaftliche Institute sowie eine große Anzahl Kollegen und Fachgenossen, besonders auch der jüngeren Generation, haben mich durch Zuschriften und Zusendungen zu lebhaftem Danke verpflichtet. Den Anregungen, die mir zugegangen sind, bin ich nach Möglichkeit gefolgt. So enthält der zweite Band außer dem Personen- und Autorenregister noch ein alles Wesentliche verzeichnendes Sachregister, ein systematisches Stichwortverzeichnis zur Bibliographie und Zeittafeln. Die Register umfassen auch die Bibliographie, so daß diese leicht benutzbar ist, selbst für Anfänger und Schwerfällige. Das Prinzip des Aufbaues der Bibliographie, das mit der mechanischen Gewohnheit eines alphabetischen Autorenverzeichnisses bricht, hat zumeist entschiedene Anerkennung erfahren.

Für die Anordnung der Anmerkungen sind rein sachliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Über Anmerkungen ist in der Wissenschaft ja schon viel gestritten worden. Ich darf für mich eine reiche Erfahrung in Anspruch nehmen, denn ich habe in meinen zahlreichen Büchern die verschiedensten Methoden durchprobiert — nur ganz ohne Anmerkungen bin ich noch nicht ausgekommen, und das wäre vielleicht das schönste. Ich rate, in dieser Angelegenheit vor allem nicht dogmatisch zu sein. Auch die scheinbar beste Methode hat wieder Nachteile, die der Benutzer leichter merkt als der Autor. Vor allem besteht sicher ein Unterschied zwischen spezialwissenschaftlichen Abhandlungen über ein Sonderthema und umfassenden Darstellungen, die nicht nur in die Hände des Fachmannes gelangen wollen. Bei diesen letzteren darf der Satzspiegel nicht durch das Gewicht gelehrter Nachweise beschwert und gesprengt werden. Ich kann mich dafür auch auf den Vorgang von E. Marcks, R. Koser, H. Oncken und H. v. Srbik berufen.

Die Zusammenfassung der Anmerkungen am Schlusse eines Bandes ermöglicht ferner gerade dem Forscher einen schnelleren Gesamtüberblick. Gelehrte Leser werden gern mit der Einsicht in das Material beginnen, auf dem ein so gebautes Buch beruht. Auch fördert diese Anordnungsmethode die schriftstellerische Disziplin. Denn nur in zwei Fällen hat die Anmerkung Berechtigung. Sie soll entweder den Beleg bringen, aus archivalischem Material, aus gedruckter wissenschaftlicher Literatur; oder sie soll das enthalten, was die ältere Gelehrtensprache einen Exkurs nannte, also die Behandlung eines mit dem Thema im Zusammenhang stehenden Sondergebietes sowie polemische Ausführungen. Anmerkungen, die nur stoffliche Angaben machen zur Erweiterung und Bestätigung des Textes, sind Mißbrauch — leider ein Mißbrauch, dem auch sehr namhafte Autoren huldigen. Entweder sind solche Mitteilungen überflüssig, oder sie gehören in den Text. Das schriftstellerische Ungeschick, oft auch nur die Bequemlichkeit der Verfasser, flickt aber lieber am Fuße der Textseite an, stottert lieber hinter sich selber her, als daß man sich die Mühe macht, ein einheitliches Bild zu weben. —

Die zukünftige Geschichtsschreibung darf sich nicht auf majestätische Aktenpublikationen und Sammelwerke, auf achtbare Spezialstudien und geschmackvolle Essays über Menschen und Ideen beschränken. Es sah eine Zeitlang bei uns danach aus. Die auf eigener Forschung aufgebaute Darstellung wichtiger Zeitabschnitte behält den obersten Rang. Solche Darstellung bedarf der Farbe und Fülle; sie muß zugleich behaglich und kritisch, zugleich liebevoll und gerecht sein. In der Stoffauswahl und in der Stoffgestaltung beruht die wesentlichste Leistung des Historikers. Wissenschaftliche Einzeluntersuchung ist die notwendige Voraussetzung, aber nicht der erschöpfende Inhalt seiner Arbeit. Der Kenner der Zeit wird den Entstehungsprozeß meiner Darstellung merken — der Leser soll lesen. Was gelesen werden soll, muß geschrieben sein. Und Schreiben ist schwer.

Allen meinen Vorgängern verdanke ich viel; die „Kritische Übersicht über Quellen und Literatur“ am Schlusse dieses Bandes spricht sich darüber eingehend aus. Ich glaube mich aber von allen meinen Vorgängern zu unterscheiden, und deshalb habe ich dieses Buch schreiben müssen.

Der bisherige Präsident des Reichsarchivs Dr. h. c. von Mertz sowie der neue Präsident Dr. h. c. von Haeften haben meine Arbeit durch lebhaftes Interesse gefördert. Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am Reichsarchiv Dr. Alex Bein hat die Korrekturen mit mir gelesen und mir zu seinem Spezialgebiet, der deutschen Sozialgeschichte, eine Reihe von wertvollen Hinweisen gegeben. Frl. cand. hist. Theresia Adamczyk aus Osnabrück hat den Nachtrag zur Bibliographie bearbeitet. Das Personen- und Autorenregister hat meine Schwester, Fräulein Klara Charlotte Valentin in Frankfurt a. M., das Sachregister Fräulein Lisa Rohrbeck in Potsdam angefertigt.

Ihnen allen spreche ich meinen warmen Dank aus.

Potsdam, 1. November 1931

Veit Valentin

Inhalt

Die fortlaufenden Anmerkungsziffern im Text beziehen sich auf den Abschnitt Belege und Verweise S. 615 bis 685

Erster Abschnitt

Die Anfänge des Frankfurter Parlaments

Nationalversammlung

Auf der recht- und linken Seite,
Auf dem Berg und in der Mitten
Sitzen, stehen sie zum Streite,
All' einander ungelitten.

Wenn du dich ans Ganze wendest
Und votierest, wie du sinnest,
Merke, welchen du entfremdest,
Fühle, wen du dir gewinnest.

Goethe

Das deutsche Volk hat seine Nationalversammlung 1848 wie eine Göttin der Freiheit bejubelt und angebetet, um sie ein Jahr später verenden zu lassen „wie eine Prostituierte in einer Schenke" — so urteilte der spanische Diplomat Donoso Cortes in seiner Rede über die allgemeine Lage Europas vom 30. Januar 1850[1]). Es war ein bitteres Wort für eine bittere Wahrheit.

England hat seit dunklen mittelalterlichen Tagen seine Geschichte an einer Kette von Parlamenten aufgereiht; es gab schwächere und stärkere darunter; Menschen, Parteien und die Institution selbst haben sich gewandelt — der Gedanke des Parlaments war etwas Heiliges und blieb das Unantastbare gerade im Wechsel der Geschichte. Frankreichs große Nationalversammlung von 1789 steht an der Spitze eines Reigens von stürmischen, blutigen, gebändigten und eingeschüchterten, vergewaltigten, zersprengten, bewunderten und respektierten Vertretungen des französischen Volkes; hier entlud sich die äußerste Leidenschaft, nur hier vollendete sich das letzte politische Geschick der Franzosen. Parlamentarier mußte der politische Mensch sein, um Staatsmann zu werden.

Deutschland hat nur ein deutsches Parlament gehabt, das diesen Namen verdient. Nur einmal saßen, bis heute, gewählte Vertreter aller deutschen Stämme in einem Raum zusammen; nur einmal hat unser Volk, längst gereift im Geiste zum politischen Gemeinschaftswillen, die parlamentarische Gestaltung gefunden; es fand sie, um diese Form zu sprengen und selbst daran von neuem zu zerbrechen.

Schon das macht die Frankfurter Nationalversammlung zu einem Sonderfall der Geschichte. Es war, als sollten die Deutschen mit dem Parlamentarismus Unglück haben. Seit einem Menschenalter war, wir wissen es, das deutsche Parlament das höchste Ziel politischen Hoffens; aus dem Partikularismus der einzelstaatlichen Ständeversammlungen sollte diese eine umfassende Vertretung der Gesamtnation die Erlösung bringen, an Würde, Autorität, geschichtlicher Wucht vergleichbar nur dem deutschen Kaisergedanken, dessen Verwirklichung nun vielleicht, nun

1 Valentin, Revolution II

wohl ganz sicher durch sie geschah. Die zur politischen Mündigkeit gereifte Nation brauchte ja doch, so fühlte man es, nur durch dieses Parlament ihre Stimme zu erheben, um die Verfassung zu schaffen, das Oberhaupt zu küren, Deutschlands Geschichte zu vollenden — die Nation allein konnte auch die Widerwilligen zwingen, sie selbst souveräner als die Souveräne; die Herde sollte den Hirten wiederhaben, wie einst Max v. Schenkendorf gesungen hatte.

Diese große Stunde war nun gekommen — so war die Meinung der Mehrheit der Nation. Aber in demselben Augenblick, da der deutsche Parlamentsgedanke sich in der Frankfurter Nationalversammlung verwirklichte, wurde der Parlamentarismus in Österreich und Preußen als Mittel des neuen Staatsaufbaues angewandt; die schon vorhandenen Ständeversammlungen der Kleinstaaten erhielten ebenfalls neuen Antrieb und neue Aufgaben, man verlangte auch hier junge Form, junge Menschen und junge Ziele; auch hier erwartete man vielfach Entwicklung, womöglich Neuschöpfung der Verfassungen durch konstituierende Körperschaften. Der Rausch des Wählens ergriff das Vaterland; es gab nicht so viele Parlamentarier als man plötzlich brauchte. Lange hatte es genug gedauert, nun sollte es plötzlich schnell gehen. Der Parlamentsgedanke zersplitterte sich durch zu reichliche Verwendung. Jahrzehntelang hatte Deutschland unter einem Mangel gelitten — nun bekam es über Nacht den Überfluß. Unser Volk hat zuviel Fürsten, zuviel Adel, zuviel Städte in früheren Zeiten hervorgebracht; der Reichtum seiner Produktion bedeutete immer auch die Verwirrung. Nun trat genau so wieder neben das Frankfurter Parlament der österreichische Reichstag und die preußische Nationalversammlung und der Vielparlamentarismus der Kleinstaaterei. Überall wurde nun geredet, diskutiert, Parteipolitik gemacht, es wurden Verfassungen entworfen, Paragraphen umstritten, das Überkommene scharf kritisiert und das Neue mit sehr viel Vernunft, Bildung, Patriotismus, Rechthaberei, Ehrgeiz und jeweiligem Klasseninteresse zunächst einmal zu Papier gebracht. Die alten Autoritäten schienen tot, und die neuen waren noch nicht ganz lebendig.

Die Größe und die Schwäche der Zeit ist nirgends greifbarer als beim Frankfurter Parlament. Der Idee nach einzig und zuoberst, allumfassend und zur Tat berufen, getragen von einer überwältigenden Stimmung, erfüllt von seiner unvergleichlichen Mission, durchweht von der Heiligkeit seiner Geburtsstunde — so war es doch auch von Anfang an bestritten und angezweifelt, durch Eifersucht und Wettbewerb der Einzelstaaten gehemmt, selbst auf Machtansammlung angewiesen und dadurch unruhig und reizbar, im deutschesten Deutschland residierend und gerade deshalb etwas entfernt von den Zentren der wirklichen Entscheidungen: darum erlebte diese stolze und mutige Körperschaft das wahrhaft deutsche Schicksal, am kräftigsten gewesen zu sein als Idee und mit der zunehmenden Realisierung ihres Wesens und Werkes zu ermatten.

Die Wahlen zum Frankfurter Parlament, wir sahen es, sind grundsätzlich durch das Vorparlament und den Bundestag geregelt worden. Das Wahlrecht war so breit und umfassend gestaltet wie möglich; eine Einschränkung erfolgte nur durch die Forderung der „Selbständigkeit“ für den volljährigen Staatsbürger[2]). Der Fünfzigerausschuß sah wohl das Bedenkliche und Ausdeutbare einer solchen Bestimmung, hatte aber den Hauptwunsch, das deutsche Parlament baldigst auf die Beine zu bringen, und vermied es deshalb in seiner Mehrheit gerne, seiner an sich

bestrittenen Autorität nun auch noch weitgehende Wahlkontrolle zuzumuten. Die Regierungen hielten sich also, was man begreifen kann, in erster Linie an die für die Einzellandtage bestehenden Wahlgesetze, und so ist das Frankfurter Parlament nicht nach einem einheitlichen, sondern nach sehr viel verschiedenen Wahlgesetzen gewählt worden.

Ohne jede Einschränkung, auch ohne die Bedingung der Selbständigkeit, wurde in Österreich, Preußen, Hessen-Darmstadt, Schleswig-Holstein, Braunschweig und Nassau gewählt. In Hannover, Kurhessen und in Württemberg schloß man Arbeiter und Dienstboten, in Sachsen das Hausgesinde aus, in Frankfurt nur diejenigen, die unter gerichtlich geordneter Pflegschaft standen; am weitesten ging Bayern, das nur solche Staatsbürger für wahlberechtigt erklärte, die dem Staate eine direkte Steuer bezahlten; der Fünfzigerausschuß protestierte dagegen vergebens. Viele Staaten wiederholten einfach die Forderung der Selbständigkeit, ohne zu sagen, was sie nun darunter verstanden — so Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Lippe-Detmold. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Staaten war auch so sehr an das aus Frankreich stammende Wahlmännersystem gewöhnt, daß sie sich nicht nach der Empfehlung des Vorparlamentes richteten, direkt wählen zu lassen; nur Württemberg, Kurhessen, Schleswig-Holstein, Frankfurt, Hamburg und Bremen haben direkte Wahlen angeordnet. Fast überall wurden gleichzeitig auch Ersatzmänner gewählt, außer in Baden und Hessen-Darmstadt.

Wenn also das Wahlgesetz für das Frankfurter Parlament zwar grundsätzlich das modernste der Zeit gewesen ist, so hat es doch eine Anwendung gefunden, durch die viele, und zwar besonders Angehörige der unteren Volksschicht, um ihr Wahlrecht gekommen sind. Als „Staatsangehörigkeit" galt etwa nur die des Heimatstaates — wer außerhalb wohnte, mußte dorthin zurückkehren, um zu wählen. Das konnten nur wenige. Betroffen wurden davon natürlich besonders Handwerksgesellen, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfen, die schon infolge der veralteten Wahlmatrikel hauptsächlich geschädigt waren; sie empfanden es als sehr unbillig. Bezeichnend ist, daß die in Paris lebenden Deutschen das Verlangen stellten, einen Abgeordneten nach Frankfurt zu entsenden[3]). Mißbräuche und Absonderlichkeiten bei den Wahlen sind zahlreich vorgekommen. Manche preußischen Wahlkollegien verlangten von den Wählern, daß sie ihren Zettel unter Kontrolle auf dem Tisch des Büros schrieben! An einigen Orten wurden numerierte Zettel abgegeben! Von Wahlgeheimnis war da nicht mehr die Rede. Beeinflussung der Urwähler durch die Wahlmänner geschah bei der vorhandenen politischen Unruhe oft: man versprach ein Stück Land, ein Stück Vieh, man schenkte zehn Taler oder mehr.

Die Wahlvorbereitung geschah durch die politischen Vereine, die sich seit der Märzrevolution überall in Deutschland bildeten. Am weitesten fortgeschritten war diese Organisation in Baden. Die von Hecker und Struve gegründeten Klubs nannten sich Vaterländische Vereine und waren ausgesprochen republikanisch; in Karlsruhe hieß eine radikalere, besonders für die Wahlen berechnete Klubgründung „Demokratischer Verein". Die Gegenbewegung wurde durch die Männer der „Deutschen Zeitung" in Heidelberg geführt, hatte aber keine großen Erfolge. In Mannheim etwa sammelten sich die gemäßigten Elemente in dem

„Neuen Vaterländischen Verein", ähnlich in Karlsruhe. Die demokratisch-republikanische Strömung, von Schullehrern, Gastwirten, Landpfarrern und Bürgermeistern kleiner Städte in den Einzelbezirken geleitet, war aber trotz des Zusammenbruches des Heckerschen Aufstandes und trotz der dann erfolgenden Auflösung der wichtigsten linksstehenden Klubs so kräftig, daß die liberale Reformpartei in Baden nur sechs Mandate für das Frankfurter Parlament errang; ihre namhaftesten Führer Mathy und Bassermann wurden in Württemberg gewählt[4]).

Vielfach war man sich ja noch nicht über das Technische einer Wahl für ein deutsches Parlament einig. Die große Versammlung in Stuttgart etwa vom 10. April, die ein Komitee zur Wahl für Frankfurt bestimmen sollte, verlief ergebnislos, weil der ruhige monarchisch gesinnte Teil schriftliche, die demokratische Gruppe, bei der sich sehr viel Jugendliche hervortaten, mündliche Abstimmung verlangten[5]). Es kam zu tumultuarischen Szenen, bei denen ein Soldat verhaftet und unter dem Verdacht revolutionärer Umtriebe sofort auf den Asperg gebracht wurde. Professor Zimmermann, der Führer der Demokraten, der dann auch ins Frankfurter Parlament gewählt wurde, stellte vergebens den Stadtdirektor darüber zur Rede; ein Zug zur Wache verlief ohne Ergebnis. Bei der Abstimmung am nächsten Tage blieb dann die demokratische Partei in der Minderheit, das Komitee wurde auf schriftlichem Wege bestimmt. Solche Vorgänge sind typisch. Auf den ersten Überschwang der Revolution erfolgte Ernüchterung, und in dieser Stimmung wurde gewählt; die Zahl der Demokraten und Republikaner wäre sonst viel größer gewesen in Frankfurt. Eine Adresse, die vom Rechtskonsulenten Murschel und anderen liberalen Führern Stuttgarts beschlossen wurde, erklärte sich für gesetzlichen Fortschritt, lehnte Anarchie und Republik ab — sie bedeckte sich mit zahlreichen Unterschriften. Das war eine Kundgebung — an Organisation fehlte es; die Linksstehenden hatten auch in Württemberg[6]) da durchaus den Vorsprung.

In Bayern trugen die Wahlen überwiegend ein separatistisches und kirchliches Gepräge. Eisenmann bezeugte es später in der Frankfurter Nationalversammlung, die altbayrischen Bauern hätten gesagt: „Wir sind von jeher bayrisch gewesen und wollen bayrisch bleiben — was kümmert uns das Parlament in Frankfurt![7])" Die deutschen Gesichtspunkte traten also ganz zurück. Das flache Land zwischen Isar und Donau ist das Stammland der katholischen politischen Bewegung 1848 geworden. Auch sie war ja fortschrittlich insofern, als sie die Kirchenfreiheit als das Höchste und Wichtigste gegenüber dem Staate verlangte. In den historisch-politischen Blättern bekannte sich Döllinger zu den Märzforderungen. Der Görres-Kreis hatte viel Anhänger auf dem Lande und brachte im ganzen doch elf Abgeordnete durch: Lassaulx, Phillips, den Bierbrauer Ostermünchner für Griesbach, Sepp für Rosenheim[8]). Publizistisch konnte sich in München der klerikale „Volksbote", der seit dem 1. April erschien, nur schwer durchsetzen gegenüber der schlagenden Kraft der gleichfalls neugegründeten liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten", die gewissermaßen den Triumph der liberalen Zeitideen über Person und Regiment König Ludwigs klassisch zum Ausdruck brachten.

Der preußische Gesandte Graf Bernstorff nennt einmal Bamberg „den verfaultesten Punkt Bayerns"[9]). Seit dem März war hier tatsächlich das Zentrum

einer leidenschaftlichen Oppositionsbewegung, die bis nach Lichtenfels, Kronach, Schweinfurt und Hof ausstrahlte, ohne daß der Klerus Einfluß darauf nehmen konnte. In Schweinfurt galt das fränkisch grobe Schlagwort: „Keine Adligen, keine Beamten, keine Pfaffen!" Bamberg schickte den Demokraten Titus nach Frankfurt, der nicht gewohnt war, ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Etwas maßvoller war Nürnberg, wo am 12. April ein demokratischer Verein gegründet worden war, der seine Filialen in Fürth, Erl, Altdorf und Schwabach stiftete. Während sonst Katholiken und gemäßigte Liberale öfters in eine gemeinsame taktische Abwehrstellung gegenüber dem Republikanertum kamen, war das in Augsburg nicht der Fall; hier war das katholische Element zugleich das demokratische, das protestantische das durch Besitz und Bildung politisch beruhigte. Die „Augsburger Postzeitung" wurde hier der Mittelpunkt der klerikalen Agitation.

In München bildete sich Anfang April ein Verein für konstitutionelle Monarchie, an dem sich auch Geistliche beteiligten. Döllinger bekämpfte jetzt gleich vielen den Linksliberalismus und Republikanismus. Das Schlagwort „konstitutionell" taufte viele ähnlich gerichtete Vereine; es bedeutete in der Sprache der Zeit soviel wie parlamentarisch: der Königsgedanke sollte mit der geschriebenen Verfassung versöhnt werden. In der Reform der Verfassung, in der konstitutionellen Beschränkung des Monarchischen wurde also der Fortschritt gesucht. Auch ein entschieden republikanischer Klub bildete sich während der Wahlen in München, der Bauhofklub, der eine recht lebhafte Tätigkeit entfaltete, aber bei dem besitzenden Bürgertum wenig erfolgreich war. Die Landwehr bat einmal um die Erlaubnis, seinem „Unwesen" ein energisches Ende machen zu dürfen — das wurde aber nicht bewilligt. Der Klub löste sich nach den Wahlen von selbst auf, um sich Ende Mai wieder neuzubilden. Dann brachte er es immerhin schnell auf 800 Mitglieder[10]).

Es gehört zum Wesen einer Revolution, daß viele von den Reaktionärsten eine fortschrittliche Seite bei sich entdecken; ebenso gehört es zum Wesen der Gegenrevolution, daß vielen Umstürzlern ein konservatives Element bei sich selber einfällt. Hier liegt ein Reiz, aber auch eine Grenze aller Parteigeschichte. Die Revolutionsmöglichkeiten waren im März und April so groß gewesen, daß die konservative Masse, nun selbst in Bewegung geraten, vor einer Wiederholung zitterte. Sie mußte sich schon zur tätigen Abwehr entschließen, durfte aber nur auf Erfolg rechnen, wenn sie sich dem Zeitgeschmack anglich. Ein Beispiel dafür ist der Führer der kurhessischen Reaktion, der Marburger Gymnasialdirektor Vilmar, den der Volksmund mit gewohnter Treffsicherheit den „Muckerpapst" nannte. Jetzt, da die demokratische Flut hochging, gebärdete er sich in seinem Blatte, dem „Hessischen Volksfreund", sehr entgegenkommend und behauptete, das Gute am Liberalismus und am deutschen Nationalgedanken von jeher gewollt zu haben. Der alte Burschenschafter meinte es mit seiner Gottgläubigkeit gewiß ernst; sein ebenso grober wie schlauer Fanatismus, seine Art, Andersdenkende zu verdächtigen und in der öffentlichen Achtung zu schädigen, hatte aber recht irdische Züge[11]). Immerhin besaß Vilmar den Mut seiner Meinung, während sich die hessische Ritterschaft zunächst auffallend still verhielt und auf ihren Sitzen bessere Zeiten abwartete. Der einflußreichste Liberale war in Kurhessen der Jurist und Publizist Friedrich Oetker, ein frischer, unverwüstlicher Streiter, vom

Optimismus der Zeit erfüllt und hochgetragen. Seine Kämpfe mit Winkelblech bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung, im Volkskomitee, im deutschfreisinnigen Vereine und im Arbeiterverein sind eine sehr charakteristische Auseinandersetzung zwischen dem Reformkonstitutionalismus und der sozialrevolutionären Idee, in deren Widerstreit ja parteigeschichtlich das Wesen der deutschen Revolutionsbewegung hauptsächlich beruhte. Für die Wahlen bildeten sich in Kassel zwei Wahlkomitees, das gemäßigte nannte sich das „liberale", das demokratisch-republikanische das „freisinnige". Während sich der Aufruf des ersten in dem üblichen Rahmen hielt, also den deutschen Bundesstaat und für Kurhessen die repräsentative monarchische Staatsform verlangt, geht der von Winkelblech verfaßte Aufruf der „Freisinnigen" ganz andere Wege. Es ist eine merkwürdige, populär gemeinte und doch auch wieder anspruchsvolle Abhandlung über das Wesen der Freiheit und die politischen und sozialen Parteien. Sowohl die liberale wie die kommunistische Partei wird abgelehnt, dafür aber das Bekenntnis zu einer assozialen „Partei" abgelegt, deren Ziel die Organisation der Arbeit im Sinne Saint-Simons und Fouriers ist. Mit solchen Doktrinen hatte Winkelblech nun durchaus kein großes Glück; nicht einmal die Mehrzahl seiner demokratischen Gesinnungsgenossen konnte ihm dabei folgen und erklärte das auch öffentlich. Sein Versuch, die Bauern der Umgegend zu gewinnen, fiel kläglich aus; seine Vorlesungen über soziale Reform und die Gründung eines republikanischen Klubs mußte er aufgeben[12]). Aber seine etwas wunderliche und sehr eigensinnige Haltung gab dem Kasseler Wahlkampf gerade eine ungewöhnliche Schärfe und politische Bedeutung.

Die „Konstitutionellen" siegten in ganz Kurhessen, nur in Hanau wurde der neue Oberbürgermeister Rühl gewählt, der ein ausführliches republikanisches Programm veröffentlicht hatte. In Hanau hatte die Ausschließung der in Kost und Lohn stehenden Personen vom Wahlrecht eine lebhafte Unruhe hervorgerufen; der Hanauer Arbeiterverein verwahrte sich dagegen; er schlug eigene Deputierte der Arbeiter vor — eine klassenkämpferische Idee ganz revolutionärer Natur. Auch gegen das Wahlmännersystem wurde agitiert[13]). In Fritzlar mußte zweimal, in Gelnhausen gar dreimal gewählt werden. In Marburg entstand aus dem Wahlkomitee der „demokratische Verein", der unter der Führung des Professors Bayrhofer stand, jenes Kirchenreformators und Agitators von übersprudelnder Vitalität (vgl. I, S. 191). Bayrhofer gehörte zu den Gläubigen der Zeit, denen Reformations- und Revolutionsidee ineinanderflossen; den Neubeginn einer besseren und vernünftigeren Welt hielt er durchaus für gekommen; der Hegelianer sah die große Synthesis gegenwärtig vor Augen, dem Herbartianer wuchs aus der pädagogischen Provinz ein Weltreich auf, voll schaffend-lebendiger Humanität. Bayrhofer wird uns noch später begegnen.

Der Liberalismus vor der Revolution war bei uns vielfach ein Bildungsmoment ohne ausgesprochenen Klassencharakter gewesen. Die Welt der Akademiker fühlte, von den meisten Theologen beider Konfessionen abgesehen, überwiegend „liberal", das heißt humanitär, rationalistisch, aber doch an das Bestehende gebunden, so sehr man auch dem „Fortschritt" zugewandt war. Ein adliger Offizier und Rittergutsbesitzer in Ostpreußen, ein rheinischer Großhändler, ein schlesischer Fabrikant, ein sächsischer Gerichtsrat, ein badischer oder schwäbischer Professor, ein

Ministerialrat in Wien — sie alle konnten deshalb als liberal gelten. Diese Art Liberalismus hatte jahrzehntelang vor der Revolution Reformen gepredigt — nun sah er angesichts der Volksbewegung, die mit Macht ausgebrochen war, ein wenig altmodisch, unbeholfen und rührend aus. Die Masse des städtischen Mittelstandes, die empordrängende untere Schicht, wollte etwas ganz anderes. Bei der vielgepriesenen geschichtlichen Entwicklung war es ihr langweilig geworden, sie wollte nun wirklich nicht mehr warten, sie wünschte dranzukommen. Die Minderheit der Akademiker hatte sie eine andere Bildung gelehrt als die liberale: entschlossenes Freidenkertum, Gleichheit der politischen Rechte, Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten — also Demokratie, wie sie die englische, die amerikanische, die französische Revolution angeblich oder wirklich hervorgebracht hatten, einen freien Volksstaat. Diese Forderung durchdringt die Wahlbewegung im April und Mai 1848 überall — in Sachsen besonders deutlich, eindrucksvoll auch in den preußischen Städten.

In Preußen wurde ja gleichzeitig für die Frankfurter und für die Berliner die preußische Nationalversammlung gewählt. Das gab der Wahlbewegung hier eine Lebhaftigkeit, aber auch eine Zwiespältigkeit, die viel verdarb. Die Berühmtheiten der Vereinigten Landtage hatten meistens den Wunsch, nach Frankfurt zu gehen — sie waren bekannte Männer, verstanden es, sich auf die Zeitstimmung einzustellen, erschienen deshalb oft politisch entschiedener, als sie waren, und wirkten dann in Frankfurt preußisch-partikularistischer und deshalb konservativer, als gut war. Parteiorganisation und damit Sorge für Nachwuchs war noch kaum entwickelt. Man wählte nicht die Partei, sondern die Persönlichkeit. Meist war die Verlegenheit groß, und so hatten Männer von schon vorhandener Autorität, wie Beamte, Richter, Geistliche, Lehrer jeder Art, die besten Aussichten. Wer noch unbekannt war, mußte durch scharfe Sprache die Aufmerksamkeit auf sich lenken.

So ergab sich das Merkwürdige, daß nach Frankfurt die Berühmtheiten, die Erfahrenen, die Maßvollen, die Vorsichtigen, die irgendwie Gebundenen geschickt wurden — nach Berlin aber die Jüngeren, denn ihre Zeit schien nun gekommen, die Radikaleren, die Heißsporne. Man sah, daß es zweierlei Preußen gab — ein Preußen, das aus Provinzen mit historischer, zum Teil gut deutscher Überlieferung bestand, und ein Preußen, das eine energische, moderne, folgerichtige Eigenstaatlichkeit aufbauen wollte.

Die Aufgabe für die Parteiführer war, die Masse in Bewegung und damit zur politischen Auswirkung zu bringen; verhältnismäßig leicht war das in den Städten. Die Klubs in Preußen waren zunächst nichts anderes als Werkstätten zur Herausarbeitung von gefügigen Wahlmännern. Der Wahlmann, die geachtete Lokalgröße, mit ihrem Familien- und Standeseinfluß, ihrem oft naiven Geltungsbedürfnis wurde eine wichtige Erscheinung des Zeitbildes. Arbeiter und kleiner Mittelstand bestimmten in den preußischen Städten mit dem Grade ihres Geschmacks und ihrer Bildung überwiegend das Klub- und Presseleben während der Wahlzeit. Honoratioren, Patriziat und nun gar der Adel hielten sich hier zurück. Eine Ausnahme zeigt etwa die Bewerbung des Grafen Hermann zur Lippe um die Kandidatur zum Frankfurter Parlament in Berlin: er sei der Sohn freidenkender Eltern, sein größter Wunsch sei gewesen, ein gewerbliches Institut zu besuchen

und sich auszubilden; nur gezwungen sei er Offizier geworden, habe es aber bald aufgegeben, habe in Paris unter angenommenem Namen gelebt, um mit den Arbeitern verkehren zu können; mit dem Volke wolle er für das Volk kämpfen[14]). Auf dem platten Lande war das Bild meist ganz anders. Grundbesitzer und Bürokratie bekannten sich hier zum „Royalismus", also zum Patriarchalischen, Überkommenen, zur Königstreue, womit sowohl die Monarchie als Prinzip wie die Person des Königs, sowohl die altpreußische Überlieferung wie die vorhandene Gesellschaftsordnung gemeint waren. In Ost- und Westpreußen, in Pommern, in der Mark wählten die Landleute unter dem Druck und Einfluß der herrschenden Stände vielfach „konservativ", das heißt also bei diesem Entwicklungsstadium naiv royalistisch, obgleich die Befreiung von dem Lastendruck auch hier überall gefordert wurde. In Schlesien und in der Provinz Sachsen brachten die Bauern schon mehr Mut auf; hatten sie sich an vielen Orten eigenmächtig von den Leistungen und Abgaben losgesagt, hatten sie hier manchen Gutsherrn zu weitgehenden Zugeständnissen gezwungen, so wählten sie nun auch demokratisch. Im Rheinland war die Stimmung ganz überwiegend gegen das Berlinertum und den altpreußischen Geist gerichtet. In Trier, wo es am 19. März viele Tote gegeben hatte und wo ein vierköpfiger Ausschuß an die Stelle des abgedankten Oberbürgermeisters gesetzt werden mußte, kam es zum Beispiel zu wiederholten Reibereien zwischen Bürgern und Militär, im Mai sogar zur Erstürmung des Soldatengefängnisses. Dem „konstitutionellen Verein" unter F. Zell stellte sich hier ein radikaler Wahlausschuß unter Ludwig Simon entgegen[15]). In den Arbeiterzentren des Rheinlandes wirkten die kommunistischen Ideen, von Köln aus geleitet; der Mittelstand wählte ausgesprochen rheinisch-partikularistisch, auf dem Lande war der Klerus unbestritten an Einfluß. Ähnlich war das Bild in Westfalen; nur war hier der Adel noch mächtiger und die Geistlichkeit gemäßigter. Während diese am Rhein auf neurömische Art demokratisch und großdeutsch wählte, stellte sich hier das Landvolk und auch die Arbeiterschaft gegen die aristokratischen Sympathien des Klerus ein. In Posen vollzog sich der Wahlkampf ganz unter der Wirkung des Nationalitätengegensatzes. Breslau, Stettin, Königsberg, besonders Berlin, schufen sich einen Aufklärungsradius in ihrer Provinz, um gerade hier auch schärferen Widerspruch und energischere Abwehr hervorzurufen[16]). Die Wahlpropaganda stieß sich da oft genug an der gravitätischen Autorität der Ortsgewaltigen. Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld schildert die Wahlagitation auf dem Lande bei Berlin recht anschaulich: man habe kurze, leicht verständliche „Anleitungen" unter das Landvolk verteilt, in denen die Frage: „Was tut Euch Tagelöhnern not?" behandelt war. Die Antwort lautete: Grundbesitz! Wählt Ihr Adlige, hieß es dann, so bekommt Ihr nichts; wählt Ihr Männer, die nichts besitzen, so sind das Eure Freunde; ein neues Landverteilungsgesetz sei nötig — jeder müsse mindestens sechs Morgen, vielleicht sogar 100 Morgen erhalten, und zwar unentgeltlich[17]). Kein Wunder, daß alle alten Autoritäten den Kommunismus leibhaft vor sich sahen!

Wo der Verkehr noch unentwickelt, wo die Wege schlecht und mühselig, wo die Bevölkerung dünn und noch kaum geweckt war, wie etwa in Ostpreußen, Oberschlesien, Hinterpommern, da waren die Wahlen technisch schon schwer durchführbar, und die Eingesessenen konnten bequem für ihre Macht sorgen.

Berlin erlebte in der Wahlzeit am meisten: der Wettkampf der Wahlkomitees und der Klubs, die Agitation für das direkte Wahlrecht, die Kundgebungen von Städtverordneten, Polizeipräsidenten, Ministerium, Bürgerwehr, der Demonstrationszug am Grünen Donnerstag, der verboten wurde und doch teilweise stattfand, die zahlreichen Parteiversammlungen der Urwähler — das waren alles neue und schon deshalb aufregende Ereignisse, die einen großen Teil der Bevölkerung dauernd in Bewegung und Spannung erhielten. Am 1. Mai, dem Wahltag für die Frankfurter und die preußische Nationalversammlung, waren alle Läden, die Büros, ja sogar die Post geschlossen. Zwei Tage lang erschienen keine Zeitungen, nur wenige Eisenbahnzüge gingen ab[18]). Es sah alles aus wie ein großer Feiertag: Kirchen, Theater, Vergnügungslokale waren als Wahllokale hergerichtet — die Handlung der Urwähler hatte etwas Feierliches und Erregendes, sie dauerte oft bis in die späte Nacht; Preußen erlebte ja zum ersten Male einen solchen Willensakt des Staatsbürgertums. Schon deshalb kamen viele Unregelmäßigkeiten und Irrtümer vor: Zahlreiche Urwähler wurden aus nichtigen Gründen zurückgewiesen, viele glaubten, die Wahlmänner für die Frankfurter Wahl müßten nach Frankfurt reisen, und wählten deshalb wohlhabendere und unabhängigere Leute für Frankfurt, bescheidenere für Preußen; auch das ist ein Grund für den gemäßigteren Charakter der für Frankfurt bestimmten Abgeordneten. Die preußische Regierung war sehr enttäuscht über das Wahlergebnis. Man hatte gehofft, in der preußischen Nationalversammlung eine Waffe gegen das Frankfurter Parlament zu erhalten; nun hatte man die politisch heftigere Körperschaft in Berlin und mußte sich mit dem Gedanken vertraut machen, Frankfurt dagegen auszuspielen. Wir wissen, wie lebhaft die Bemühungen gewesen sind, den Unsinn von zwei Volksvertretungen nebeneinander zu vermeiden, deren politische Aufgaben sich zum Teil deckten und sich um so mehr angleichen mußten, als das Gagern-Dahlmannsche Programm in den Vordergrund der Arbeit trat. Die Konkurrenz der Frankfurter und Berliner Versammlung sollte nun gerade Deutschland und Preußen auseinandertreiben.

In Österreich ging der Wahlkampf um den „Anschluß", um das staatsrechtliche Verhältnis Österreichs zu dem zukünftigen Deutschland. Nur die Wiener Demokraten traten für eine starke Zentralgewalt in Frankfurt ein. Die gemäßigteren Kreise, besonders in der Provinz, konnten sich ein Deutschland ohne die Leitung von Wien aus nicht vorstellen. Eine unbedingte Unterordnung unter den Willen des Frankfurter Parlaments ward hier wie ein politischer Selbstmord empfunden. Leidenschaftlich bekämpfte etwa der junge Giskra den Staatenbund. Die Hörer jubelten, aber die Mehrheit wählte dann doch „gute Österreicher", also Leute mit dem schwarz-gelben Herzen unter dem schwarz-rot-goldenen Bande. In Böhmen fanden die Wahlen zum Frankfurter Parlament teils gar nicht, teils unvollständig statt. Man erzählte dem katholischen Volke, es sollte von Frankfurt aus evangelisiert werden. In Mähren ging unter den Bauern die Kunde, man wolle den österreichischen Kaiser in Frankfurt absetzen und ihnen einen anderen dafür geben. Palacky und Hawliček arbeiteten ja auf ihr föderalistisch eingerichtetes, slawisches Österreich hin; das sahen sie als Österreichs Mission an. Für sie waren die Wahlen für Frankfurt die willkommene Gelegenheit, ihre Absage an das Deutschtum zu vollziehen.

Wie heftig wurde etwa Graf Auersperg (Anastasius Grün) bei seiner Wahl in Laibach von den Slowenen bekämpft! Der Verein der slowenischen Studenten in Wien „Slowenja“ erließ einen Aufruf an die Slowenen in Krain: jede Wahl zur deutschen Nationalversammlung sollte abgelehnt, gegen behördliche Anordnungen darüber protestiert werden. Mit einem Flugblatt „An meine slowenischen Brüder“, mit einer Broschüre versuchte Auersperg aufzuklären.

Der Prager Slawenkongreß war ebenfalls gedacht als Gegengewicht gegen das Frankfurter Parlament — die tschechischen Nationalradikalen wollten ihn zum Organ ihres Austroslawismus machen, natürlich mit der Wiener Dynastie. So arbeiteten sie auf ein Ziel los, das mit den Plänen der Gagern-Dahlmannschen Reformpartei eigentlich ganz gut zusammenstimmte. Die Verlierenden waren dabei die „guten Österreicher“. Einer von ihnen, Helfert, klagte damals: „In den teutonischen Kreisen Wiens waltet der Frankfurtianismus vor, und die gedankenlose Menge plappert es nach. Ist es in der Geschichte schon vorgekommen, daß die Hauptstadt eines großen Reiches darauf ausgeht und alles in Bewegung setzt, die Provinzhauptstadt eines anderen Reiches zu werden?[19])“

Aus den Wahlen zum Frankfurter Parlament läßt sich schon ein gutes Teil seines Schicksals ablesen. Als es endlich am 18. Mai zusammentrat, waren Zweifel, Widerspruch, Problematik für einen Augenblick vergessen. Frankfurt und das beste Deutschland frohlockten: man glaubte die Ernte der Revolution einfahren zu können. Dieses gebildete Geschlecht hatte genug geschichtliche Darstellungen der englischen und französischen Revolutionen gelesen und meinte daraus gelernt zu haben. Der Überfluß an Wissen entsprach, wie so oft in Deutschland, einem Mangel an Temperament. Das alte Recht war ungebrochen: Staaten und Fürsten lebten überall weiter, die Errungenschaften vom März waren Reformen, Zugeständnisse — getragen von einer Garnitur neuer Männer, die sich der überkommenen Mächte von Militär und Beamtentum bedienten, um den öffentlichen Frieden, die Ruhe, die Ordnung zu schützen gegenüber einem sozialrevolutionären Wollen, das weiter ging. Als das Frankfurter Parlament zusammentrat, hatte schon längst, nur von wenigen bemerkt, die Gegenrevolution begonnen. Diese Umkehr des Geschehens erfüllte das Leben der ersten deutschen Nationalversammlung mit einem Widerspruch, dessen sie nie Herrin werden konnte. Sie, die stolze Tochter der Revolution, konnte nur handeln nach dem Gesetze ihres Ursprungs: sie war das Volk, sie war Deutschland, sie war der nationale Wille, sie war der Souverän der Souveräne. Zum ersten Male seit Jahrhunderten gab es ein reines gesamtdeutsches Organ; wer wollte sich nicht beugen vor seiner Stimme? Es war die Stimme der freien deutschen Zukunft, die hier erklang. Vierzig deutsche Fürsten, vierzig deutsche Bürokratien, diese ganze bunte, selbstbewußte, empfindliche Eigenstaatlichkeit — würde sie unter dem Willen des deutschen Parlaments zerschmelzen? Würde sie sich in das eine Volk, den einen nationalen Staat zusammenschmieden lassen, der der einen Nationalversammlung entsprach? Das Frankfurter Parlament mußte revolutionär handeln, wenn es sein Ziel erreichen wollte, es mußte aber auch alle gegenrevolutionären Mittel anwenden, wollte es sein Werk in Ruhe vollenden; es mußte Gehorsam von denselben Fürstenstaaten verlangen, deren Machtmittel seine Existenz sicherten. Der Terrorgedanke liegt dem Deutschen fern. Gerade die geistigen Führer der Revolution wollten das

Legitime; sie waren viel zu schüchtern, um andere einschüchtern zu wollen. Blutvergießen war ihnen ein Greuel. Sie wünschten nichts mehr als die Überleitung der Kämpferleidenschaft in publizistische Diskussion, in parlamentarische Debatte. Das war eine sehr moderne Gesinnung, aber sie eilte den vorhandenen Institutionen und dem Lebensstil breiter Schichten weit voraus. Fürsten, Adel und Landbevölkerung hatten noch eine gewisse Achtung vor Revolutionären, die Schlösser niederbrannten und Leute totschlugen; aber bei Revolutionären, die Reden hielten und sich mit bedrucktem Papier bekämpften, hörte jedes Verständnis und schon deshalb jede ernstere Befürchtung auf.

Die Erwartungen, die sehr viele Deutsche an das Frankfurter Parlament knüpften, waren so allgemein und so umfassend, daß sie nicht ganz und jedenfalls nicht schnell erfüllt werden konnten. Der Enthusiasmus, mit dem man die Nationalversammlung begrüßte, ließ aber zunächst keinen Zweifel aufkommen; das Parlament war schon als solches durch seine Neuheit und durch die Art seiner Zusammensetzung — so empfand man es — die beste Garantie für die Lösung der deutschen Frage. Die meisten Abgeordneten rechneten mit einer Tagungsdauer von einigen Monaten. Wenn im April die Situation für das Parlament auch sicher günstiger gewesen wäre, noch immer war sie nicht schlecht: Österreich war in der Auflösung, Preußen zu einer nationalen und freiheitsfreundlichen Politik gezwungen, das Ausland mit sich selbst genug beschäftigt — die Autorität der Nationalversammlung überschattete alles.

330 Abgeordnete zogen am 18. Mai vom Kaisersaale des Römers feierlich über den Römerberg und die Neue Kräme nach dem nördlichen Tore der Paulskirche, entblößten Hauptes, von Hoffnung und Frohlocken umrauscht, feierlich auch von innen heraus, wie es dem Wesen dieses sittlich-gläubigen Geschlechtes entsprach. Vom heiligen Hauch der Freiheitskriege, vom dunkeln Duft des römischen Kaisertums witterte etwas in diesem goldenen Frankfurter Maimorgen: stärker war aber das Brausen deutscher Zukunft.

Noch nicht die Hälfte der Abgeordneten, die überhaupt der Nationalversammlung angehört haben, zog an diesem Tage in die Paulskirche. Aber die 831 Männer, Abgeordnete und später einberufene Stellvertreter, die überhaupt gewählt worden sind, haben natürlich niemals gleichzeitig im Parlament gesessen. Die Durchschnittsfrequenz in den ersten Monaten lag zwischen 400 und 500; im Winter trafen dann viele Österreicher ein, aus den halbdeutschen Bezirken, die vorher niemand gesehen hatte, und steigerten die Ziffer.

Das Frankfurter Parlament war eine Honoratiorenversammlung, in der die untere Bevölkerungsschicht völlig unzureichend vertreten war. Der Kolonist und Händler Minkus aus Schlesien war der einzige wirkliche Bauer: ein merkwürdiger Mensch, kommunistischer Agitator mit polnischer Muttersprache, dessen Propagandatätigkeit in seinem Wahlbezirk Rosenberg und Kreuzburg später Tumulte und Steuerverweigerung hervorrufen sollte. Ein Arbeiter hat in der Paulskirche nicht gesessen; den bürgerlichen Mittelstand vertraten vier Handwerksmeister, elf mittlere Beamte der Post, der Zollverwaltung, Inspektoren, Rentmeister; sowohl bei den Landwirten wie bei den Kaufleuten (46) überwog bei weitem die obere Schicht. Wir haben eine Reihe von Großhändlern aus Hamburg und Bremen, mehrere Bankiers, verschiedene Fabrikanten und Besitzer von Buchdruckereien

und Bierbrauereien. Unter den Vertretern der Landwirtschaft (60) gab es nur einen Herrschaftspächter; alle anderen waren Besitzer von mittleren und größeren Wirtschaften: Weinguts-, Kammerguts- und Hüttenbesitzer, norddeutsche und schlesische Majoratsherren, ein Tiroler Graf und sehr viele adlige Gutsbesitzer aus allen Teilen Deutschlands finden sich. Die Gesamtzahl von Vertretern wirtschaftlicher Berufe mag 140 nicht überstiegen haben; wie überragend nimmt sich dagegen die Gruppe der Akademiker aus: 49 Universitätsprofessoren und Dozenten, 57 Professoren und sonstige Angehörige höherer Lehranstalten, 157 Richter und Staatsanwälte, 66 Rechtsanwälte, 20 Bürgermeister, 118 Angehörige der höheren Verwaltung, 3 Diplomaten, 5 Bibliothekare und Archivare, 18 Ärzte, 16 evangelische, 16 katholische und 1 deutschkatholischer Geistlicher, 43 Schriftsteller, Redakteure und Publizisten — alles in allem 569 Akademiker! Rechnet man noch die Buchhändler (6) und Offiziere (16) hinzu, erwägt man, daß aus der Zahl der Berufslosen (116) auch noch ein bestimmter Anteil als akademisch anzusehen ist, so übersteigt die Gesamtziffer 600!

Das Frankfurter Parlament war zu viel Universität und zu wenig politische Börse. Es ist kein getreues Abbild der damaligen sozialen Schichtung in Deutschland gewesen, sondern zeigt, daß die Auswahl der Vertreter eben nicht nach der Angehörigkeit zu einem Stand oder Beruf oder einer Parteigruppe getroffen wurde, sondern nach dem Ansehen der Einzelpersönlichkeiten. So ergab sich das Merkwürdige, daß dieses zuerst grundsätzlich nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählte Parlament doch in seiner wirklichen Zusammensetzung sehr an die französischen Abgeordnetenkammern des Julikönigtums erinnerte, die auf Zensuswahlen beruhten. So stark war noch die Autoritätsgläubigkeit, daß sie das Majoritätsprinzip nicht zu voller Auswirkung kommen ließ. Das Frankfurter Parlament war eine Art gewähltes Oberhaus. Das Vertrauen der Bevölkerung wandte sich der Autorität zu, wo sie immer zu finden war; also dem Adel zunächst — 85 Adelige haben in der Paulskirche gesessen — dann dem Rang und Amt, dem Besitz, vor allem der Bildung. Gewählt wurde der bekannte Mann des Kreises, die Persönlichkeit, die etwas darstellte an Würde und Leistung. Politisch bewährt und erfahren konnten ja nur wenige sein; die Parlamentarier der Verfassungsländer Süddeutschlands galten dafür noch am ehesten. Die Märtyrer des Vor-Märzes waren ein willkommener Ersatz. Neben die großen Opfer der Reaktion, wie Eisenmann, Sylvester Jordan, Dahlmann, Ernst Moritz Arndt, Uhland, traten ja die sehr zahlreichen kleineren und unbekannten Männer, die auch gemaßregelt, des Landes verwiesen, unter Polizeiaufsicht gestellt, an Amt und Brot geschädigt worden waren; fürstliche Ungnade, behördliche Schikane hatten tatsächlich schon die meisten bedroht; nun hatte sie zum Lohne, als Entschädigung, Seine Majestät das Volk zum Rat, zur Tat berufen. Die Männer der Paulskirche waren keine Parteimenschen — Parteien befanden sich ja erst in der Bildung, es gab erst die Anfänge zweckbestimmter überlokaler Organisation; sie waren entweder bodenständige Persönlichkeiten, Vertrauensmänner des Ortes und der Heimat oder Träger der Namen von gesamtdeutschem Klang. So entstand diese einzigartige Versammlung der Kapazitäten, das Qualitätsparlament als solches, eben deshalb vielleicht kein eigentlich politischer Körper, der größte Versuch und zugleich das größte Mißlingen des Parlamentarismus. Sie enthielt

mehr Theoretiker als Praktiker, mehr Juristen als Kaufleute, mehr Professoren als Handwerker, mehr Offiziere als — Soldaten; sie war eine Hochschule für Politik, zu fachlich klug, zu akademisch wissend, zu philosophisch beredt, um politisches Organ werden zu können: sie war, mit einem Worte, zu bedeutend, um sich einzuordnen in die diffuse deutsche Wirklichkeit; sie war eine Kräftezusammenballung, die sich selbst als Ausgangs- und Mittelpunkt der Entwicklung ansehen mußte, die in ihrem Werke schon gescheitert war, wenn sie nicht mehr als das Höchste, sondern als ein Faktor von verschiedenen Faktoren galt. Das Selbstbewußtsein all dieser Aristokraten und Honoratioren, dieser Bildungs-, Geld- und Titelpatrizier, schon bei den einzelnen nicht gering, sammelte sich im Frankfurter Parlament zu jener Hybris, ohne die es keine echte Tragödie gibt. Die Bedeutung des Frankfurter Parlaments ist zuerst in der Öffentlichkeit der Zeit überschätzt worden; es selbst hielt an dieser Überschätzung am längsten fest. Die Geschichte hat mit einer starken Unterschätzung begonnen, die sich allmählich in das Gegenteil verwandelt hat. Das Frankfurter Parlament hat für die Entwicklung der politischen Ideen in Deutschland eine überragende Bedeutung; den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse des Revolutionsjahres hat es viel weniger bestimmen können, als es selber und mancher spätere Beurteiler meinte.

Die erste Sitzung des Parlaments verlief unter einem hilflosen Alterspräsidenten, dem Dr. Lang aus Verden, nur allzu chaotisch. Gut war der spontane Gedanke eines unbekannten Abgeordneten, daß sich die Versammlung selbst durch dreimaligen Ruf und Erhebung der rechten Hand feierlich konstituierte. Es war ein spontanes, beinahe eidesstattliches Bekenntnis zur Souveränität. Ein Glückwunschschreiben des Bundestags wurde dann vorgelesen, von dem neuen österreichischen Präsidialgesandten Ritter v. Schmerling, als eine Art Thronrede in feierlicher Höflichkeit stilisiert; über die Frage, ob man es beantworten solle oder nicht, entstand ein regelloses Hin und Her der Meinungen. Eine Geschäftsordnung war noch nicht vorhanden. Man merkte jetzt, daß sie das Allererste sein mußte. Wesendonck aus Düsseldorf hatte eine einfache Geschäftsordnung in sechs Paragraphen drucken und verteilen lassen — sie ward abgelehnt. Ein umfangreicher Entwurf, den Robert Mohl und andere im Auftrage des Fünfzigerausschusses ausgearbeitet hatten, wurde dagegen vorläufig angenommen und zugleich ein Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung vorgesehen. Man sieht, wie schwer es diese Männer nahmen, aus dem Provisorium herauszukommen. Zwei Zwischenfälle jener ersten Sitzung kennzeichnen Geist und Lage unübertrefflich. Der alte Ernst Moritz Arndt hatte sich vergebens Gehör zu verschaffen versucht; darauf machte Jakob Venedey, der Demokratenführer, aufmerksam, und die ganze Versammlung vereinigte sich zu einer stürmischen Huldigung vor Arndt, „dem guten alten deutschen Gewissen“. Nicht allein diese prächtig-wunderliche Persönlichkeit wurde damit geehrt, nicht allein die Generation der Freiheitskriege, die Partei der Weißköpfe, wie sie Arndt einmal später genannt hat, die es nicht leicht hatte gegenüber der vordrängenden Jugend: es war ein Bekenntnis zum heiligen Deutschtum, das in diesen ersten Stunden einer inneren Notwendigkeit entsprach und mit so viel Kraft und Einheitlichkeit später wohl nicht mehr möglich gewesen wäre. Die Nationalversammlung beugte

sich vor der Idee der Nation — sie kam von ihr und mußte sich in ihr finden; ihr verdankte sie die beste Kraft, ihr wollte sie nun die neue Gestalt geben.

Die Nation war der einzige Glaubensinhalt, in dem sich damals noch alle Männer der Paulskirche vereinigten. Als der Bischof von Münster, Müller, einen Eröffnungsgottesdienst vorschlug, gelang es den Führern der Linken, Venedey und Raveaux, trotz der wohlwollenden Stimmung der Mehrheit, den Gedanken zu Fall zu bringen. „Hilf dir selber, und Gott wird dir helfen", sagte Raveaux und verkündete damit gegenüber dem alten einen neuen Glauben, gegenüber der Demut und Ehrfurcht vor dem Überkommenen die stolze Selbstsicherheit zukunftsbeseelter Schöpferkraft. Der Geist der christlichen Kirche galt diesen neuen Männern des Diesseits als zu alt; der Geist der Nation war alt und jung zugleich; er war ihre einzige Ewigkeit.

Am nächsten Tage erfolgte die provisorische Präsidentenwahl. Heinrich v. Gagern erhielt 305 von 397 Stimmen; 85 Stimmen fielen auf Alexander v. Soiron. Soiron bekam dann als Vizepräsident 341 Stimmen, mehr also als Gagern; er war als Präsident des Fünfzigerausschusses gewissermaßen der Garant des revolutionären Geistes, des Eigenrechts der Volksbewegung, ein lebensfrischer, dem Praktischen und Zukünftigen herzlich ergebener Mannheimer Advokat aus altwallonischem Geschlecht, dessen juristischer Scharfsinn viel geklärt und geformt hat. Im Denken und Betragen ohne Umstände, ja rücksichtslos, gehörte er im Anfang der Bewegung zu den Entschiedensten, wandte sich dann aber von der Linken ab, die bald in ihm einen Ungetreuen bekämpfte. Als Vizepräsident verletzte er sowohl durch hitzigen Ton wie formelle Schroffheit mehr als gut war; die größten Tumulte spielten sich unter seiner Leitung ab; die Linke stellte sich bei der vierten Wiederwahl so schroff gegen ihn, daß er verzichtete; er trat auch sonst nicht mehr führend auf, wenn er auch auf seine eindringliche, an den gesunden Menschenverstand appellierende Art immer weiter in seiner Parteigruppe Rat erteilte; die Revolution verschlang hier sehr schnell eines ihrer Lieblingskinder[20]).

Heinrich v. Gagern lebt in der Erinnerung als der klassische Präsident des Frankfurter Parlaments fort; in der Geschäftsführung war ihm sein Nachfolger Eduard Simson sicher überlegen; so elegant und milde, klar und ruhig wie dieser hat keiner die Abgeordnetenmasse gemeistert. In Heinrich v. Gagern sah aber die Nationalversammlung menschlich und politisch das Beste ihrer selbst. Seine Würde war ihre Würde, sein Pathos war ihr Pathos, er war die imposanteste Erfüllung der Zeit und hat sie deshalb nicht über sie selbst hinausführen können. Sicher bleibt seine Präsidentschaft in der Nationalversammlung der eigentliche Höhepunkt seines öffentlichen Lebens. Als ein wahrhaft politischer Präsident, emporgehoben durch ein Programm, für die Öffentlichkeit die Verkörperung dieses Programms, das nur zum kleineren Teile von ihm stammte, zog sich Gagern naturgemäß die Feindschaft, die sachliche und auch persönliche Feindschaft aller Gegner dieses Programms zu; die Linke hat sehr schnell das Unzulängliche dieser Persönlichkeit herausgefunden, seinen Mangel an wirklicher Originalität, seine Abhängigkeit von anderen, die er durch empfindliches Selbstgefühl und überlegene Feierlichkeit verbarg, seine unbewegliche, zur Einfühlung in Fremdes wenig taugliche Art; erst in der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft wurden diese Mängel ganz deutlich.

Als Parlamentspräsident konnte er auch menschlich am besten die gewinnenden Eigenschaften zeigen, denen er so viel verdankte: die bezaubernde Bescheidenheit, mit der er sich wegen kleiner Versehen bei der Versammlung zu entschuldigen pflegte, gerade sie die Ergänzung seines großen Stolzes, die Echtheit und Reinheit der Gesinnung, die etwa bei der Brandmarkung der Auswüchse der Septemberrevolution so ergreifend zu Tage trat, die Wärme und Fülle des Patriotismus, die in ihm lebte und in dem Klange einer machtvoll tiefen Stimme überwältigenden Ausdruck fand.

In seinen Antrittsworten bei Übernahme der Präsidentschaft bezeichnete Gagern deutlich die Aufgabe der Nationalversammlung: die Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland; Beruf und Vollmacht dazu finde sie in der „Souveränität der Nation"; eine Verständigung unter den Regierungen sei praktisch unmöglich, es gebe also nur den einen Weg. So schwächte Gagern das „Einzig und allein" des Vorparlaments etwas ab; aus einem Prinzip, über das nicht zu streiten war, machte er ein Programm, über das nun gestritten werden konnte. Er tat das ganz bewußt, denn Volkssouveränität und Souveränität der Nation war für ihn durchaus nicht dasselbe. Römer schrieb am 25. Mai an König Wilhelm von Württemberg: „Wüßten diese (die Extremen) freilich, welchen Unterschied Gagern zwischen National- und Volkssouveränität macht, wie er in erstere auch die Souveränität der Fürsten aufnimmt . . . so würden sie sich wohl nicht für ihn ausgesprochen haben[21])."

Zunächst mußte sich das Parlament geschäftlich einrichten; es wählte Ausschüsse. Der Prioritäts- und Petitionsausschuß hatte nach Gagerns Vorschlag die Aufgabe, die Reihenfolge der parlamentarischen Behandlung der einzelnen Anträge zu bestimmen; er bestand zunächst aus 15 Mitgliedern; die Zahl wurde dann leider verdoppelt. Gerade dieser Ausschuß hätte durch eine beschränkte und übersichtliche Mitgliederschaft beweglich und geschäftsfähig bleiben müssen. Die Flut der Petitionen belastete ihn freilich sehr; man hätte sich eben entschließen müssen, die beiden Aufgaben, die doch nur locker miteinander zusammenhingen, zu trennen. Gabriel Rießer war der unermüdlich gerechte und anständig beflissene Vorsitzende dieses Ausschusses; von bekannteren Abgeordneten gehörten Eduard Simson, Uhland, der Hamburger Wurm, Kolb aus Speier, Briegleb aus Koburg, v. Trützschler aus Dresden und Professor Albrecht dazu. Der volkswirtschaftliche Ausschuß bestand aus 30 Mitgliedern und sollte sich zu einer Art ökonomischem und sozialpolitischem Sonderparlament entwickeln, dessen Arbeit, in sich wertvoll genug, doch die Kräfte von der Hauptaufgabe der Versammlung ablenkte und das Tempo belastete. Eine Reihe von bewährten Theoretikern und Praktikern fand sich hier zusammen unter dem Vorsitz v. Rönnes, des ehemaligen preußischen Gesandten in den Vereinigten Staaten: Mevissen, v. Reden, Veit, Lette, v. Bruck aus Triest, v. Hermann aus München, Fallati, Moritz Mohl, Professor Hildebrand aus Marburg, der Bremer Gevekoth, der Hamburger Merck und als der stärkste Kopf Karl Mathy. Der wichtigste Ausschuß war der für den Entwurf einer deutschen Verfassung, kurz Verfassungsausschuß genannt, gleichfalls aus dreißig Mitgliedern bestehend; hier vereinigten sich unter Bassermanns Vorsitz die bekanntesten Männer: v. Mühlfeld und Freiherr v. Andrian, Dahlmann, Heinrich Simon, Tellkampf, Georg Beseler, Beckerath, Fürst Lichnowsky,

Wigard, Robert Blum, Detmold, Waitz, v. Lassaulx, Römer, Paul Pfizer, Mittermaier, Welcker, Robert Mohl, Wippermann, Hergenhahn, Max v. Gagern, Droysen, Jürgens u. a. Auffällig war wohl, daß Uhland, einer der siebzehn Vertrauensmänner, nicht zum Verfassungsausschuß gehörte, sondern in den Prioritäts- und Petitionsausschuß abgeschoben war. Auch Kolb und Albrecht hätten besser in den Verfassungsausschuß gepaßt. Der Verfassungsausschuß ist das Herz des Frankfurter Parlaments geworden; von ihm wurde immer wieder Blut und Lebenskraft in den Gesamtorganismus gepumpt. Es ist zu bedauern, daß er sich gegenüber dem Prioritäts- und dem volkswirtschaftlichen Ausschuß nicht noch mehr durchsetzte.

Die Wahl zu den Ausschüssen geschah nach französischem Muster durch 15 Abteilungen von zunächst 23 Mitgliedern, die schon in der ersten Sitzung durch das Los bestimmt wurden. Dies war der erste Versuch, die chaotische Versammlung irgendwie zu gliedern — denn es gab ja noch keine Parteien, zu denen die einzelnen Abgeordneten gehört hätten, noch viel weniger natürlich Fraktionen mit bestimmter Kopfstärke und darauf beruhenden Ansprüchen auf Vertretung. Die 15 Abteilungen stellten gewiß eine plumpe und schematische Abgrenzung dar, aber man konnte es eben technisch nicht gut anders machen. Den Abteilungen wurden Sitzungslokale in den großen Häusern nahe der Paulskirche angewiesen; sie prüften die Wahllegitimationen, ein nicht ganz leichtes Geschäft bei der verschiedenartigen praktischen Anwendung des Wahlrechtes, sie wählten die Ausschüsse — sowohl Dauer- wie Gelegenheitsausschüsse hat es gegeben. Aus den Abteilungen bildeten sich die ersten Gesinnungs- und Arbeitsgemeinschaften. In der großen Versammlung kannten nur wenige einander persönlich; die Träger der klingenden Namen wurden schnell aufeinandergestoßen, ohne, wie das oft so geht, menschlich viel miteinander anfangen zu können. Um jeden von ihnen scharte sich dann bald ein Kreis. Berufs- und landsmannschaftliche Gemeinschaft schufen die ersten sichtbaren Gruppen; am besten band aber auch hier die gemeinsame praktische Arbeit des Tages zusammen.

Die Wahlen zu den ersten drei Ausschüssen zeigten schon deutlich den Geist, der in den Abteilungen herrschte. Man versuchte vor allem, sämtliche deutsche Stämme vertreten zu lassen. Man vermied die Vertreter der alten und der ganz jungen Generation; Arndt, Jahn, v. Lindenau, Behr saßen ebensowenig in einem dieser ersten drei Ausschüsse wie etwa Giskra, Wilhelm Jordan und Biedermann. Man vermied aber auch die ausgeprägtesten Figuren der scharfen Rechten und der scharfen Linken; weder Vincke und Radowitz noch Ludwig Simon aus Trier, Karl Vogt, Nauwerck und Ruge waren berücksichtigt. Der Schwerpunkt in diesen drei ersten Ausschüssen lag zweifellos bei der Mitte, der liberal-parlamentarischen Reformpartei. So wirkte die Wahl zu den Ausschüssen selbst schon im Sinne einer Gruppierung nach den entscheidenden politischen Gesichtspunkten.

Die ersten großen Debatten sollten diese Entwicklung vollenden. Die Wahlprüfungen veranlaßten Franz Raveaux, am 19. Mai eine Frage anzuschneiden, in deren formalistischer Hülle das größte politische Problem des Tages steckte. Wir kennen es: Preußen hatte gleichzeitig für das Frankfurter Parlament und für seine Nationalversammlung wählen lassen. Mehrere Abgeordnete waren nun für beide Körperschaften gewählt; die preußische Regierung verlangte eine Entscheidung,

welcher von beiden die Betreffenden angehören wollten. Raveaux vertrat nun den Standpunkt, das Frankfurter Parlament möge beschließen, diese Mitglieder sollten das Recht haben, an beiden Versammlungen teilzunehmen. Frankfurt sollte sich also gegen Berlin wenden, Frankfurt sollte gleich im Anfang seine übergeordnete Stellung festlegen; die Frankfurter Versammlung, das war Raveaux' ausgesprochene Meinung, sollte die allgemeine Reichsverfassung begründen. Die deutschen Einzelparlamente sollten das abwarten und Verfassungsfragen so lange vertagen. 17 Abänderungsanträge wurden am 22. Mai gestellt; die Fülle der Köpfe brachte eine Fülle der Gedanken hervor; die Minderheit verlangte sofortige Beratung und Beschlußfassung, die Mehrheit setzte leider die Überweisung an einen besonders zu wählenden Ausschuß durch. Das Parlament zeigte eine Neigung zu Gründlichkeit und Umständlichkeit, die von vielen seiner einsichtigen Mitglieder sogleich festgestellt und ausdrücklich beklagt, aber nicht wirksam bekämpft werden konnte. Die Debatte über den Raveauxschen Antrag am 27. Mai schied die Geister. Die Männer der Rechten, Vincke an der Spitze, wollten ihn durch eine motivierte Tagesordnung beseitigen: „in dem begründeten Vertrauen, daß sämtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer besonderen Verfassungen, die nach Vollendung des deutschen Verfassungswerkes mit demselben in Widerspruch stehen, abändern werden". Dies Vertrauen ging wirklich etwas weit! Die Männer der Linken, Schaffrath, Kolb, Moritz Hartmann, Robert Blum, wollten Klarheit; die Einberufung so zahlreicher Einzelparlamente sah nicht nach gutem Willen der Einzelregierungen aus. Das „Einzig und allein" des Vorparlaments sollte unerschüttert bleiben: man sollte, so wünschten es diese Männer, diesen Beschluß des Vorparlamentes ausdrücklich wiederholen und erklären, es seien die Gesetze, Verfassungen und Verträge nur insoweit gültig, als sie mit der einzig und allein von der Nationalversammlung zu errichtenden deutschen Verfassung übereinstimmen. Werner aus Koblenz stellte endlich einen Vermittlungsantrag, der den Willen der Linken in eine vorsichtigere und verbindlichere Form faßte. Er lautete: „Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

Franz Raveaux war eine Persönlichkeit von politischem Instinkt wie wenige im Parlament; nicht nur äußerlich merkte man dem schmächtigen, dunkeläugigen Manne seine französische Abstammung an; er hatte angeborenen parlamentarischen Takt, er war zugleich fein und scharf, zugleich offenherzig und diskret. Er merkte wohl, wohin die Stimmung ging, und zog bei aller Entschiedenheit seines politischen Wollens einen brauchbaren Sieg der Niederlage aus gesinnungstüchtigem Eigensinn vor. Er sprach sich für den Wernerschen Antrag aus, verzichtete also als Anreger der ganzen Angelegenheit auf das wörtliche „Einzig und allein". Die Rechte und die Linke fanden nun in dem Wernerschen Antrag jede für ihr Teil den Sieg ihres Standpunktes; nur wenige versuchten, sich dagegen zu wehren — die überwältigende Majorität vereinigte sich jetzt noch einmal zu einem stürmischen Bekenntnis: die Nationalversammlung erklärte sich als Souverän gegenüber

den Souveränen; sie hatte die Verfassung zu schaffen, nach dieser Verfassung hatten sich alle Einzelverfassungen zu richten. Angesichts der Ohnmacht der Regierungen konnte die Nationalversammlung zweierlei tun: entweder die Macht selbst auf revolutionärem Wege so energisch in die Hand nehmen, daß sich die Regierungen ihrem Willen und Verfassungswerk fügten, oder sich mit einer oder mehreren der größeren Regierungen verbinden. Sie hat beides getan, nacheinander, dann nebeneinander. So schmiedete sie sich ihr Unglück.

Noch ehe die von Raveaux aufgeworfene Frage zu dieser Kundgebung des Frankfurter Parlaments führte, die mehr für die Gegenwart als für die Zukunft bedeuten sollte, hatte eine sehr lebhafte Aussprache über die Mainzer Ereignisse die scharfen Gegensätze innerhalb der Nationalversammlung ins hellste Licht gerückt. In der Bundesfestung Mainz war es am 21. und 22. Mai zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bürgergarde und den Soldaten der preußischen Garnison gekommen. Diese Zwischenfälle hatten wegen der Begleitumstände eine größere Bedeutung, als sie sonst den in der Revolutionszeit ja häufigen Schlägereien zwischen Militär und Zivil zukam. Die Mainzer Bürgerschaft hatte sich in den Märztagen mit altgewohnter Leidenschaft auf die Seite der Revolution gestellt. Ein permanentes Bürgerkomitee hatte über der Stadt gewaltet; wie überall war eine Bürgergarde gebildet worden. Nun bestimmte das geheime Festungsreglement von 1832, daß jede bewaffnete Macht, ob sie Bürgergarde oder sonst wie heißen möge, unter den Befehlen des Festungsgouvernements zu stehen habe.

Auch das hessische Ministerium ordnete im März 1848 an, daß die Mainzer Zivilbehörde wegen Errichtung einer Bürgerwehr sich mit der Festungsbehörde ins Benehmen setzen solle. Das geschah nun leider nicht. Die Bürgerwehr konstituierte sich, unbekümmert um die Festungs- und die Landesbehörde. Jenes geheime Festungsreglement war ja nie amtlich veröffentlicht, nie von der Landesregierung ausdrücklich gebilligt worden, die Militärbehörden machten zunächst auch gar keine Miene, Widerspruch zu erheben; vor aller Öffentlichkeit, auf dem Bundesexerzierplatze, fanden die Übungen der Bürgerwehr statt. Als ihr Oberst wurde Zitz gewählt — der linksstehende Demokrat, der dem Festungsgouvernement gewiß nicht genehm sein konnte. Aber Männer aller politischen Richtungen beteiligten sich an der Bürgerwehr. Die Truppen stellten sich durchaus freundlich zu ihr, mit den Österreichern wechselte sie sogar militärischen Gruß, mit den Preußen nicht. Der Festungskommandant selbst erkannte ihre Tüchtigkeit an. Es war nun sicher eine Unterlassungssünde der preußischen Offiziere, daß sie nicht auf ein erträgliches Verhältnis zur Bürgergarde hielten. Es kam zu Neckereien und Verspottungen. Die Sensenmänner der Bürgergarde stellten gewiß keine sehr geschmackvolle Truppe für die Begriffe einer Festungsgarnison dar, die Uniformen der Bürgerwehrleute — blaue Blusen — konnten sich an Akkuratesse nicht mit den preußischen messen. Den Ausschlag gab das politische Moment: die scharfen Angriffe der Mainzer Presseorgane auf den König und den Prinzen von Preußen, die Karikaturen und Spottlieder. Es fanden Schimpfereien und Exzesse statt. Da griff plötzlich der preußische Vizegouverneur General v. Hüser auf jene Bestimmung von 1832 zurück, beschwerte sich darüber, daß die Bürgerwehr ohne Anzeige bei ihm ausrückte, daß sie ohne Erlaubnis auf einem militärischen Platze übte; auch wurden offenbar die Soldaten ausdrücklich aufgefordert, sich nichts

von den Bürgern gefallen zu lassen und die Gardisten zu entwaffnen. Jedenfalls: der Krawall brach am Nachmittag des Sonntags, des 21. Mai, los: die Soldaten, erhitzt und zum Teil angetrunken, griffen an und verwundeten viele Bürger. Die Bürgergarde schoß nun, gegen den Willen ihres Obersten. Es kam zu regelrechtem Straßenkampf. Am Abend erließ der Festungskommandant eine Proklamation, durch die die Bürgergarde aufgelöst wurde; sämtliche Waffen sollten abgeliefert werden, Zusammenrottungen waren verboten; eine Kommission zur Unterzeichnung wurde eingesetzt; wenn zwei Stunden nach Bekanntmachung die Waffen nicht abgeliefert seien, dann werde die Stadt beschossen.

Das war nun doch eine unerhörte Sprache. Der preußische General war nicht in Feindesland. Wie konnte er ernsthaft den Gedanken fassen, eine friedliche Stadt wegen der 1000 Bürgergardisten, die ihm nicht gefielen, mit Granaten zu belegen?! Die meisten Mainzer schliefen schon, als die Proklamation herauskam; nur mit Mühe gelang es, die Frist bis zum andern Mittag zu verlängern. Die Waffenablieferung erfolgte dann auch. Neue Zusammenstöße fanden aber statt, die Erbitterung war sehr groß. Alle Läden waren geschlossen, die Bauern wurden vom Markt vertrieben. Die preußischen Soldaten stießen böse Drohungen aus, einzelne vergriffen sich an Frauen. Der Gemeinderat schickte eine Deputation an den Vizegouverneur, eine andere an die Frankfurter Nationalversammlung. Diese ernannte sofort eine Kommission, die am Morgen des 24. Mai in Mainz eintraf. Auch alle Privatwaffen sollten abgeliefert werden. Das preußische Militär hatte vier Tote und 32 Verwundete, von denen noch mehrere starben, die Bürger hatten drei Tote und zehn Verwundete.

In unmittelbarer Nähe der Nationalversammlung hatte also, gerade als ob der Glanz jener Eröffnung recht beschattet werden sollte, ein Zusammenstoß zwischen alter Autorität und neuer Freiheit stattgefunden, der politisch um so empfindlicher wirkte, als das Hoffnungsland der liberalen Reformpartei Gagern-Dahlmann, der preußische Staat, peinlich dabei beteiligt war. Der Mainzer Vizegouverneur mochte wohl glauben, durch sein überscharfes Vorgehen die am 18. März in Berlin der preußischen Armee beigebrachte Scharte etwas ausgewetzt zu haben — von seinem Standpunkte aus ein gewiß begreifliches Bemühen. Aber bei den 13000 Mann Besatzung im Hintergrunde war sein Vorgehen mehr brutal als heroisch; der Mangel an Rücksichtnahme auf Frauen und Kinder, die völlige Nichtachtung der einfachsten völkerrechtlichen Bestimmungen schadete dem preußischen Namen wesentlich mehr, als der augenblickliche Triumph wert war. Mit den Österreichern hatte sich die Mainzer Bevölkerung immer trefflich vertragen: hier lag ein Argument gegen den preußischen General vor, das nicht gut zu widerlegen war. Der Gegensatz zwischen der spezifisch preußischen und der rheinischen Art war einmal wieder schneidend zutage getreten. Preußen hatte sich in einem Momente Sympathien in Südwestdeutschland verscherzt, in dem es sie am allernötigsten brauchte[22]). Die Mainzer Ereignisse wirkten noch lange politisch nach, in diesem schmerzlichen Sinne, und darauf beruht ihre geschichtliche Bedeutung. Durch die parlamentarischen Verhandlungen wurde das alles dem ganzen Vaterlande zum Bewußtsein gebracht. Zwar ging die Nationalversammlung mit nicht sehr bedeutender Mehrheit über den Bericht ihrer Kommission zur Tagesordnung über und machte sich also nicht deren Antrag zu eigen, wonach ein teilweiser

Wechsel der Mainzer Besatzung, die Belegung der Festung auch mit hessischen Truppen und die Neubildung der Bürgerwehr im Einklang mit dem Festungsreglement empfohlen werden sollte. Die Mehrheit des Parlamentes wollte es doch vermeiden, in die Exekutivsphäre des Nachbarstaates Hessen einzugreifen und dabei Preußen zu verletzen. Sie lehnte es ab, die Versammlung zum Konvent zu entwickeln. Aber dieser vorsichtige Beschluß der preußenfreundlichen und gouvernementalen Mehrheit war doch nur ermöglicht worden durch eine sehr scharfe Aussprache. Der Volksmann Zitz wälzte alle Schuld auf die Preußen und stellte seine kretsch- und radaulustigen Mainzer Mitbürger als reine Engel dar; Robert Blum faßte den Fall nach seiner Art als Glied eines großen politischen Zusammenhanges auf: Volksrechte oder Militärgewalt, Abwanderung der Bürger oder Ausrücken des Militärs. Schmerling aber verteidigte die Festungsbehörde und lehnte das Lob der Österreicher ab; wäre ihr Kaiser geschmäht worden, so hätten sie ihn genau so verteidigt wie die Preußen ihren König. Und Fürst Lichnowsky beschuldigte die Mainzer der Sympathien für Frankreich, des Meuchelmordes (preußische Soldaten hatten Rückenwunden empfangen — weil sie geflohen waren!); er trat ein für die preußische Waffenehre, für die preußische Manneszucht — scharf, kühn, verletzend für die Gegner; jeder fühlte bei dieser Rede den parlamentarischen Führer. Das war ja nun das Ergebnis der Debatten über die Mainzer Ereignisse und über den Raveauxschen Antrag: die Nationalversammlung hatte ihre kommenden Führer erkannt, sie empfand die werdenden Fraktionen.

Robert Blum war der erste, der zunächst im „Holländischen Hof“, dann im „Deutschen Hof“ die Linke zu sammeln versuchte; im „Steinernen Haus“ trafen sich bald die Männer der Rechten; die Mitte, zahlenmäßig am stärksten, gesinnungsmäßig am wenigsten klar und einheitlich, wurde zu Besprechungen in der „Mainlust“ vereinigt. Daß die linke Seite vor allem das Bedürfnis nach Zusammenschluß empfand, ergab sich aus der taktischen Lage — mit einem gewissen Zwange. Der demokratische und sozialrevolutionäre Gedanke hatte im Frankfurter Parlament nur eine Minderheit; die liberale Reformpartei war am zahlreichsten. Nur durch Einigkeit und eine scharfe Kampfstellung hatte die Linke Aussicht, sich Beachtung und Einfluß zu verschaffen. Die Annahme des Wernerschen Antrages wurde im „Deutschen Hof“ als Sieg gefeiert; ein Teil der Linken empfand aber mehr die Niederlage, die in diesem Siege steckte. Diese Gruppe trennte sich von Robert Blum, der ihnen zu viel kompromißfroher Taktiker war; die extreme Linke wanderte zurück nach dem „Holländischen Hof“ und ging dann bald in den „Donnersberg“; sie nannte sich demokratische Partei und vertrat das entschiedene Fortschreiten auf dem eingeschlagenen revolutionären Wege, also Machtansammlung beim Parlament, Konzentration der politischen Exekutive und der militärischen Kräfte in Frankfurt, allgemeine Volksbewaffnung, Vereidigung auf die Märzerrungenschaften, deutsche Republik[23]). Zitz und v. Trützschler, Brentano, Ludwig Simon, Fröbel, Professor Zimmermann und Arnold Ruge waren die Führer und Hauptredner des „Donnersberges“. Der „Deutsche Hof“ blieb in den ersten Monaten ziemlich formlos, mehr eine permanente Volksversammlung als ein geschlossener Klub; sein weitgehendes demokratisches und sozialpolitisches Programm ließ der „demokratischen Monarchie“ noch eine Möglichkeit. Erst im Oktober wurde es festgelegt. Neben Blum waren Karl Vogt, Eisenstuck, Rösler

aus Öls, Kolb und Schüler, Löwe aus Calbe, Nauwerck und Roßmäßler die Bedeutendsten des „Deutschen Hofs". Der alte Adam v. Itzstein trat nicht mehr hervor.

Dem österreichischen Kaiserstaate ging es in diesen Monaten schlecht genug; seine alte Regierungskunst aber lebte und arbeitete noch. Der neue Bundespräsidialgesandte und Abgeordnete v. Schmerling mietete auf österreichische Staatskosten die Loge „Socrates" und schuf so zunächst einen landsmannschaftlichen Zusammenschluß der Österreicher — eine Bildung, die ganz ähnlich wie bei der Linken aus der Erkenntnis entsprang, als Minderheit auf Zusammenhalt und Vorsicht angewiesen zu sein. Hier stellten sich nun auch andere konservative Elemente ein: der evangelische Pastor Jürgens aus Stadtoldendorf in Braunschweig war wohl der erste, der mit einer Art seelsorgerischer Beflissenheit eine Gemeinde der Gutgesinnten gegenüber der Linken zu bilden suchte. Schon bei der Präsidentenwahl arbeitete er gegen Robert Blums Aussichten. Die Zusammenkünfte in der Loge „Socrates" verloren bald den landsmannschaftlichen Charakter: die linksstehenden Österreicher blieben weg. Die preußischen und anderen Partikularisten, die Klerikalen und Orthodoxen erschienen. Man traf sich nun auch im „Steinernen Haus", seit Ende September im Kaffeehaus Milani. Diese Partei verlangte, daß sich die Nationalversammlung nur auf die Verfassung beschränken und diese Verfassung mit den Regierungen vereinbaren sollte; sie bekämpfte den Erlaß eigener Gesetze und jeden Eingriff in die Exekutive. Sie hatte mit ihrer Skepsis gegenüber der Mehrheit in der Mitte im Grunde genau so recht wie die Opposition von links. Wenn die Linke der Loyalität der Regierungen grundsätzlich mißtraute, so vertraute die Rechte grundsätzlich auf die in den Händen der Regierungen vorhandenen staatlichen Machtmittel, auf die Lebenszähigkeit ihrer partikularen Existenz. Die Preußen v. Radowitz und Vincke waren hierin mit dem Hannoveraner Detmold, den Bayern v. Beisler und v. Lassaulx einig. Was sie und die Österreicher schließlich doch voneinander trennte, sollte sich erst später zeigen. Eine befriedigende Bundesreform wollten auch diese Männer, aber sie standen immer mit einem Fuß und dem halben Herzen außerhalb der Nationalversammlung.

In der Mitte des Frankfurter Parlaments saßen also die eigentlichen Sieger der Märzrevolution, die emporgekommenen Männer des Tages, ältere Vorkämpfer für Einheit und Freiheit, die nun endlich dran waren, jüngere Mitstreiter und Bewunderer, ehrgeizig, maßvoll von Natur, praktisch veranlagt, gewillt zu positiver Arbeit und bedürftig nach schnellem greifbarem Erfolg; sowohl sehr bedeutende wie menschlich und politisch unbedeutende Persönlichkeiten fanden sich in der Mitte zusammen. Die Mitte war breit und optimistisch, sie umfaßte zukünftige Reichsminister und namenlose Mitläufer, besonders viele gerade von dieser letzten Gruppe, die jede parlamentarische Körperschaft belastet, aber sie doch in ihrer tatsächlichen Arbeit, in ihren Abstimmungen maßgebend als die Fraktion der Zuhörenden beeinflußt. Zwischen der entschiedenen Rechten und der ausgesprochenen Linken gab es den klaren Gegensatz sich ausschließender Staats- und Weltanschauungen. Zwischen der Mitte und den Flügelparteien und innerhalb der Mitte ganz besonders gab es die intimeren Gegensätze im Einzelnen und Taktischen; hier mußte sich also der Meinungs-

austausch verbreitern und vergegenständlichen, hier konnte er gerade deshalb energisch, erbittert, endlos werden. Durch die Mitte ging der klarste Trennungsstrich in der Nationalversammlung: das rechte Zentrum bekannte sich nicht unbedingt, das linke Zentrum aber unbedingt zum Prinzip der Volkssouveränität, zum Prinzip des ausschließlichen Berufes des Frankfurter Parlaments, die deutsche Verfassung zu schaffen. Das rechte Zentrum vermied es absichtlich lange, ein endgültiges Programm aufzustellen, um möglichst viele Abgeordnete unter dem Gewichte seiner führenden Namen zu vereinigen. Hier wirkten Dahlmann und Droysen, Bassermann und Mathy, Georg Beseler und v. Beckerath, Heckscher und Hergenhahn, Lette und Jürgens, Welcker und Simson, Waitz und Zachariä — sehr viele Professoren, sehr viele Namen und Köpfe, aber kein wirklicher Führer — Heinrich Gagern war als Präsident fraktionslos. Mevissen hat wohl hier im Zusammenarbeiten mit Droysen die erste Anregung zur Vereinigung dieser Mittelpartei, dieser Arbeitsgemeinschaft im Sinne der alten liberalen Reformbewegung, gegeben, im Respekt vor den „gesunden territorialen Berechtigungen" und erfüllt von der Absicht, nicht nur die Verfassung zu schaffen, sondern auch die Regierung selbst sofort zu beginnen, „mit dem beistimmenden guten Willen der Fürsten und Völker"[24]). Im rechten Zentrum, das nach seinem Versammlungsort bald Kasinopartei genannt wurde, war also besonders charakteristisch das vertreten, was Ruhm und Verhängnis des Frankfurter Parlaments überhaupt werden sollte, der aus Bildung und Gedankenarbeit erwachsene Trieb zum gläubigen Aufbau, dieses zugleich selbstbewußte und kindliche Vertrauen, daß alles doch noch gut werden müsse, und wäre es bei der letzten Synthesis. Dem Deutschen liegt ja das Zerstören fern; er möchte, selbst bei Revolutionen, anknüpfen und entwickeln, er baut lieber an und um, als neu von grundaus; selbst wenn seine Vernunft das Neue bejaht, hängt er mit Instinkt und Pietät an irgendeinem Alten; sein Schaffen möchte doch der Überlieferung so oder so verbunden sein. Und wenn keine Tradition da ist, dann wird sie irgendwo ausgegraben. Energische Ablehnung des Hergebrachten verletzt den Deutschen, er wird erwärmt und gewonnen durch behutsam geschickte Führung aus einer altheimatlichen Sphäre heraus. Darin bestand Macht und Bedeutung der Kasinopartei: sie war die Gruppe der konservativen Revolutionäre, hier versöhnten sich Autorität und Freiheit, wenigstens in der Idee. Die Idee war hier so stark, daß etwas davon auf alle Fälle übrigbleiben mußte. Auch Schmerling, Gagerns klügerer Gegenspieler, trat hier bei, denn hier war das geringste Risiko, hier konnte man abwarten, hier konnte man unter Reichspatrioten ein Stammespartikularist und unter Freiheitsmännern ein Regierungsgläubiger bleiben, ohne gleich den bösen Ruf eines Reaktionärs auf sich zu nehmen.

Das linke Zentrum hob sich erst bei den Kämpfen um die Zentralgewalt scharf von dem rechten Zentrum ab; es nannte sich nach dem „Württemberger Hof", und in der Zufälligkeit dieses Lokales lag doch etwas wie ein tieferer Sinn. Denn bei dem rechten Zentrum überwog die norddeutsche Ruhe und Vernünftigkeit, bei dem linken Zentrum Temperament und Eigensinn besonders der Franken und Schwaben: hier gab es viel Talent und Beweglichkeit, es war eine Partei der Jungen, die sich als die kommenden Männer fühlten und über die gravitätische

Vorsicht der Kasinostaatsleute spotten mochten. Unbedingte Volkssouveränität, aber Monarchie in der konstitutionellen, das heißt nach dem damaligen Sprachgebrauch parlamentarischen Form, für die Einzelstaaten beschränkt im Interesse der bundesstaatlichen Existenz — das war ihre Grundansicht; der Gedanke der parlamentarischen Monarchie trennte sie von der Linken, der Gedanke der Volkssouveränität von der Rechten. Die Männer des „Württemberger Hofs" waren am uneinigsten, ihre Verhandlungen am stürmischsten, hier fanden am meisten Absplitterungen und Sonderbildungen statt; denn hier trafen sich Gesinnungsrepublikaner mit Vernunftsmonarchisten, hier trafen sich die innerlich Zerbrochenen von der Rechten und der eigentlichen Linken, jene unsterblichen Parlamentarier, die aus der Not des Gewissens die Tugend der Taktik zu machen verstehen; hier war aber auch der rechte Platz für die Maßvollen, die ethisch und rational gebundenen Träger der revolutionären Idee, wie Gabriel Rießer, wie Friedrich Theodor Vischer. Mit Rechthaberei, Ehrgeiz und parlamentarischer Betriebsamkeit wurde beim linken Zentrum stark gearbeitet; hier wurde zuerst Fraktionszwang versucht, hier regten sich neben berufenen Führern die kleinen Häuptlinge, hier verfeinerte und überspitzte man die politische Ansicht, um dabei die wirkliche Fühlung mit der Volksbewegung zu verlieren. Dem Zuge geruhsamer historischer Bildung professoraler Herkunft beim rechten Zentrum entspricht hier die Neigung zu vielwendiger Intellektualität. Den Männern vom linken Zentrum gelangen die gehaltvollsten Reden in der Debatte, aber gerade von ihnen ging eine Unsicherheit in den Beschlüssen aus, die die Arbeit des Parlaments entwertete. Die weitere Fraktionsentwicklung der Nationalversammlung wird uns später beschäftigen; sie ist ein wesentliches Stück ihrer Geschichte und die Voraussetzung der Erkenntnis ihrer politischen Arbeit.

Man darf nun nicht glauben, daß diese grundsätzliche Einteilung des Frankfurter Parlaments in Rechte, Mitte und Linke sich in diesen ersten Wochen schon klar und endgültig für alle durchgebildet hätte. Es gab drei Typen von Abgeordneten: solche, die eine Fraktionsbildung für unbedingt erforderlich hielten, solche, die sie prinzipiell für sich ablehnten, und solche, die da und dort hospitierten, sich für eine bestimmte Frage einem starken Redner anschlossen und bei einer anderen Gelegenheit wieder absprangen. Die eigentlich politischen Köpfe in der Versammlung arbeiteten auf Zwang und Bindung als Voraussetzung jeder praktischen Arbeit hin — aber das war eine Minderheit. Die meisten fühlten sich wohler bei größerer Freiheit, stimmten ab nach dem Gefühl und momentanen Eindrücken, beteiligten sich an den zahlreichen ephemeren Gruppenbildungen, um dann doch wieder zu der großen Massenpartei des Kasinos zurückzufinden. Parlamentarische Disziplin bildete sich erst allmählich aus. Die Nationalversammlung genoß in den ersten Wochen sehr stark das Glück ihrer Existenz, sonnte sich an der Größe ihrer Aufgabe und gefiel sich in einer breiten, fröhlichen Sorglosigkeit, die mit der Frankfurter Atmosphäre und der hellen Beschwingtheit des Revolutionssommers tief innerlich zusammenstimmte.

Die Antrags- und Redeflut, die schon sehr früh in Frankfurt einsetzte, war ein Kennzeichen sowohl dieser Sorglosigkeit wie der „doktrinellen" Veranlagung, des „Pedantischen" in der deutschen Art, von der einmal Jakob Grimm sorgenvoll in der Paulskirche gesprochen hat, als einer Entartung unserer geschäftigen

und ordentlichen Grundtugenden. Solche Mahnung, die auch von anderen wiederholt wurde, hatte aber keinen nachhaltigen Erfolg. Zwar wurde die endgültige Geschäftsordnung am 29. Mai in Bausch und Bogen angenommen, unter dem Vorbehalte, Änderungsvorschläge beraten zu wollen, sobald sie von mindestens 50 Mitgliedern unterstützt würden. Die Geschäftsordnung, ein leidliches, auf Kenntnis süddeutscher und ausländischer parlamentarischer Gepflogenheiten aufgebautes Stück Arbeit, hat aber keine schnelle und ungestörte Geschäftsführung ermöglicht. Oft genug war man sich über grundlegende Begriffe nicht einig, wie etwa einmal über den Unterschied zwischen einfacher und motivierter Tagesordnung. Entscheidend wirkte, daß keine, auch keine bessere Geschäftsordnung und Geschäftsführung der Masse von Anträgen gewachsen gewesen wäre. Der lange in der Nation unterdrückte Trieb, die eigene Meinung ungeschminkt vor der großen Öffentlichkeit zu sagen, tobte sich hier aus; nur wenige hielten sich zurück und fielen auf durch Schweigen — wie etwa Gervinus und Rümelin.

Das Frankfurter Parlament fühlte vollkommen die Größe und Schwere seiner eigentlichen Aufgabe, der Verfassungsschöpfung; es wollte sie gründlich und endgültig lösen und mußte dabei breit werden. Es sah diese Entwicklung selbst vor Augen und konnte sie nicht hindern; noch mehr: es sah sich mit Recht als die oberste politische und moralische Autorität in jenen Monaten an; hätte es nicht schon selbst sehr gerne den Kreis seiner Aufgaben erweitert — diese Erweiterung wäre ihm von außen aufgezwungen worden. Die neuen Ausschüsse, die schon Ende Mai und im Juni gebildet wurden, zeigten, wohin die Verhältnisse trieben. Um den Verfassungsausschuß zu entlasten, um seine Arbeiten zu beschleunigen, trat der Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen ins Leben, dessen Vorsitz der Darmstädter Jaup führte und dem Heckscher, v. Raumer, Esmarch, Zachariä, Gervinus, v. Wydenbrugk, Schuselka, Arndt u. a. angehörten. Dieser Ausschuß bedeutet auch den Beginn einer eigenen praktischen auswärtigen Politik der Nationalversammlung, die ja innerlich mit der Verfassungsangelegenheit nahe genug zusammenhing, wie es die Verhältnisse Posens, Schleswig-Holsteins und Böhmens zeigten. Der Ausschuß für Gesetzgebungsangelegenheiten griff gleichfalls ganz natürlich, aber doch mit einem sehr entschiedenen und bewußten Schritte, über die ursprüngliche Aufgabe des Parlamentes hinaus: noch war keine Verfassung da, und schon dachte man an Reichsgesetze. Mittermaier war hier Vorsitzender, und zu den Mitgliedern gehörten Grävell, Wesendonck, Zitz, Compes und v. Würth. Die Ausschüsse für Wehrangelegenheiten und für Marineangelegenheiten endlich zeigten, wie die Nationalversammlung sich immer deutlicher als Erbe des Bundestages fühlte und mindestens seine Arbeitsgebiete ohne weiteres für sich in Anspruch nahm. In dem Wehrausschuß, dem General v. Auerswald präsidierte, saßen natürlich die meisten der Nationalversammlung angehörigen Offiziere, wie v. Mayern und v. Boddien, aber auch Schmerling, der großes militärisches Interesse hatte, und der Darmstädter Reh. Nauwerck, Venedey, Friedrich Theodor Vischer, die besonders gerne und wirksam über Militärangelegenheiten im Plenum sprachen, gehörten jedoch nicht dazu. Wir kennen Venedeys Bemühungen um ein Parlamentsheer auf volkstümlicher Grundlage. Daß die Nationalversammlung einmal militärischen Schutz gebrauchen konnte, war angesichts der fortschreitenden sozialrevolutionären

Bewegung im Südwesten wahrscheinlich und wurde von Schmerling schon bei der Debatte über die Mainzer Ereignisse ganz offen gesagt. Es fanden auch bereits Mitte Mai Verhandlungen der süddeutschen Staaten untereinander über einen militärischen Schutz des Frankfurter Parlaments statt. Major du Hall erbat Maßnahmen beim Prinzen Karl v. Bayern; der erklärte aber, von seinen 27000 Mann nichts abgeben zu können[25]). Der Gedanke einer Volkswehr gegenüber den stehenden Heeren der Fürsten war einer der populärsten der Zeit. Nur die äußerste Linke der Nationalversammlung kämpfte gegen den Kriegsgedanken überhaupt. In der Forderung einer wahren Volkswehr, also nicht einer Bürgerwehr, neben dem stehenden Heere, sondern einer freigesinnten, militärisch durchgebildeten und erzogenen deutschen Kriegertruppe sollten sich Männer wie Reh, Arndt, Fr. Th. Vischer zusammenfinden. Empfindlich in allen militärischen Angelegenheiten blieben die rechtsstehenden Preußen, die an ihrem Heerwesen nicht gerüttelt haben wollten[26]). Wahrhaft souverän konnte die Nationalversammlung nun in der Marineangelegenheit sein. Wir kennen schon die Bedeutung des Flottengedankens vor der Revolution und während der Märzbewegung. Die Vernachlässigung der Marine wurde mit großer Bitterkeit empfunden, und es ging dabei nicht ohne scharfe Kritik an Preußen ab, das schon rein geopolitisch durch seine Ostseelage zweifellos auf die Entwicklung der Seestreitkräfte angewiesen war, aber sich ganz auf die Landrüstung geworfen hatte.

„Man sollte glauben, Preußen wäre ein Schweizer Kanton gewesen, tief versteckt und von allen Seiten vermauert von den Alpengebirgen. Aber nein, diese Alpenkantons, diese Berg- und Hirtenvölker beschämten noch unsere Preußen..." heißt es in dem Ende Juli 1848 geschriebenen Artikel „Die deutsche Kriegsflotte" in der „Gegenwart"[27]). Dieser ganze Aufsatz ist ein denkwürdiges Zeitdokument; da wird gezeigt, wie noch zehn Jahre vorher der Flottengedanke selbst in den Seestädten unpopulär war, wie die Hamburger Zeitungen fast nur Hohn und Spott dafür hatten; wie teuer der britische Schutz den deutschen Staatsangehörigen im Ausland kam, wegen der hohen Preise, die England uns, seinem besten Kunden, abnehmen konnte; auf Helgoland, auf den Sund, auf Holstein wird hingewiesen — auf die unwürdige Tatsache, daß das große Deutschland vor den dänischen Fregatten, vor der sardinischen Flotte Angst haben mußte. In der Tat, die Preußen standen am Kleinen Belt und am Sunde genau so hilflos wie die Österreicher vor den Lagunen von Venedig. Und dabei besaß doch das damalige Deutschland eine überaus stattliche Handelsflotte: 6808 Schiffe, mit 896401 Tonnen, mit einer Besatzung von 45000 Mann!

Die beschämenden Ereignisse des Dänischen Krieges, die Flucht der deutschen Handelsschiffe vor den dänischen Kriegsschiffen in deutsche und russische Häfen ließ eine Flottenbewegung in Deutschland aufkommen, die eines der stärksten Zeitmomente ist. In den Küstenstädten, aber auch überall im Binnenland bildeten sich die Flottenkomitees oder Marineausschüsse; die öffentlichen Organe waren voll von Artikeln, Bundestag, Siebzehner- und Fünfzigerausschuß wetteiferten in Kundgebungen für eine deutsche Kriegsmarine; die vom Fünfzigerausschuß eingesetzte „Kommission für die Marineangelegenheiten Deutschlands" forderte zu einem Marinekongreß in Hamburg am 31. Mai auf. Dort wurde dann ein Marineministerium verlangt. Projekte und falsche Hoffnungen jagten sich. Man

sprach von nordamerikanischer, von holländischer Hilfe gegen Dänemark; man wollte die blockierenden dänischen Kriegsschiffe mit Pulvertonnen in die Luft sprengen; man plante den Ankauf von Kriegsschiffen in England und den Vereinigten Staaten. In London erschienen im Auftrage des Hamburger Komitees für Begründung einer deutschen Marine der Hamburger Großkaufmann Godeffroy und Kapitän Gutschow, um Schiffe für die deutsche Flotte anzukaufen. Nur drei große neue Kriegsdampfschiffe wurden für würdig befunden — jedes kostete zwischen 35000 und 50000 £. Auch nach Geschützen erkundigten sie sich[28]). In Hamburg begann man auch zuerst den Bau eines deutschen Kriegsschiffes, hier und in Bremen und Lübeck wurden Kauffahrteischiffe notdürftig zum Kriegsdienst umgewandelt. Die preußische Regierung ordnete die Herstellung von sechs Kanonenbooten in Stettin an und warf dafür 500000 Taler aus. Von den für eine ernsthafte Flotte notwendigen Geldmitteln hatten nur wenige der Marineenthusiasten der Zeit einen einigermaßen zutreffenden Begriff. Überall wurde Geld gesammelt; an die Frauen und Jungfrauen wurden Aufrufe gerichtet, entbehrliches Gold und Silber zu opfern. Es gab eine besondere „Sechsdreiersammlung“ für die deutsche Flotte, bei der niemand mehr geben durfte; aber es wurde auch weniger genommen; alle Glieder des Volkes sollten sich, so heißt es, bei so großer Sache die Hände reichen. Fast jede Sitzung der Nationalversammlung begann mit der Mitteilung der Eingänge für die deutsche Flotte. Gemälde und Handarbeiten wurden zu ihren Gunsten verkauft oder verlost. Auslandsdeutsche, besonders in Amerika, spendeten, was sie konnten. Die Stadt Kiel richtete wegen eines Kriegshafens dort einen Antrag an das Parlament. So stattlich manche der Sammlungen war — der Marineverein in Kiel brachte allein 25000 Taler auf — so wenig wollte die Gesamtsumme von einer halben Million Taler angesichts der tatsächlichen Bedürfnisse etwas bedeuten. In Frankfurt selbst waren bis Ende Juli nur 27751 Gulden zusammengekommen, „also so viel, als die Mannschaft eines Linienschiffes in vier Wochen für Schiffszwieback und geräuchertes Fleisch braucht“, wie der Verfasser des oben zitierten Artikels sagt. Die Begeisterung war sicher etwas Schönes, aber es war auch viel Naivität und Wichtigmacherei dabei. Das junge deutsche Nationalgefühl zeigte wohl bei keiner Angelegenheit so sehr seine eigenartige Mischung aus Kraft und Schwäche. Wer sich gerne schnell bekannt und beliebt machen wollte, der warf sich damals auf die Flottensache — man konnte dabei auch über Nacht etwas werden, wie es Wilhelm Jordan an sich erfahren sollte. Jordan war eines der tätigsten Mitglieder des Ausschusses der Nationalversammlung für die Marineangelegenheiten, dessen Vorsitz der Österreicher v. Bruck führte und zu dem von bekannteren Persönlichkeiten noch Radowitz, der Hamburger Roß, der Schleswiger Francke und Kerst aus Birnbaum in Posen gehörten. Radowitz erstattete am 8. Juni den Bericht über die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte, natürlich nur zweiten Ranges, und beantragte vorläufig die Bewilligung von 6 Millionen Talern dafür. Auch für sein persönliches Ansehen in der vielfach mißtrauischen Versammlung war diese Rede ein starker Erfolg.

Bei der Beratung am 14. Juni herrschte eine Einmütigkeit in dem Parlament, wie sie später nicht mehr vorgekommen ist. Nur Wiesner kritisierte die Vorarbeiten des Ausschusses als unzureichend für einen so weitgehenden Antrag, und der Schlesier Schlöffel fand, dem zum Proletariat herabgesunkenen Volke dürften

solche Lasten nicht aufgebürdet werden. Auch auf die Erschöpfung aller deutschen Staatskassen wurde hingewiesen. Einen wichtigen Punkt besprach Eisenstuck: die Nationalversammlung wollte Gelder bewilligen — wo aber war das Exekutivorgan an der Zentrale, das diese Gelder sachgemäß und verantwortlich verwaltete? So wurde die Flottenfrage mit der Frage der Zentralgewalt politisch verbunden; gerade sie in ihrer doppelten Eigenschaft als patriotische Angelegenheit und technisch-finanzielles Problem trieb zur Beschleunigung und Klärung der staatsrechtlichen Entwicklung. Die Nationalversammlung beschloß fast einstimmig, daß die Summe von sechs Millionen unter Vorbehalt ihrer Verwendung durch die künftige Zentralgewalt bewilligt werde. Es war gut, daß nicht nur mehr oder minder sachverständige Reden über diesen Punkt gehalten worden waren, sondern daß gerade eine so populäre Rüstungsangelegenheit sich zum Antrieb politischen Handelns gestaltete.

Deutschland hatte nun den alten Bundestag und die junge Nationalversammlung nebeneinander, also Diplomatie und Volksvertretung, Fluch und Hoffnung, Erstarrung und Leben; daß hier keine Zusammenarbeit möglich war, glaubten die meisten — sie hielten die Auflösung des Bundestags für eine zwingende Notwendigkeit. Gegen ihn und seinen Geist hatte sich die revolutionäre Volksbewegung ja am schärfsten gerichtet. Die Nationalversammlung erkannte auch den Bundestag nur noch als eine vollziehende Behörde an; ihr Beschluß vom 14. Juni sagte ausdrücklich, die Bundesversammlung sei zu veranlassen, die sechs Millionen für die Kriegsmarine auf verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen. Der Marineausschuß des Parlaments hatte auch dem Bundestag die Mitteilung der notwendigen Materialien an Akten und Karten einfach abverlangt. Schon der Fünfzigerausschuß hatte in solchem Tone zum Bundestage gesprochen, und dieser hatte es sich gefallen lassen müssen.

Aber die hohe Bundesversammlung sollte die ganze Zähigkeit einer überalterten Institution zeigen, der man das Lebenslicht ausblasen will. Unmittelbar vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung stellte der Bundestagsgesandte von Madai den Antrag, der Artikel 18 der Bundesverfassung solle abgeändert werden, und die Bundestagsgesandten sollten dem Parlament für ihre Beschlüsse und Abstimmungen verantwortlich sein; eine „Jury“ von 37 Personen des Parlaments sollte über sie richten und eventuell auf Absetzung erkennen können. Welcker und Sylvester Jordan kämpften dagegen, mit der liebenswürdigen Begründung, daß die fürstliche Souveränität dadurch geschmälert würde. Auch der neue preußische Bundestagsgesandte v. Usedom fand es ganz unpassend, in letzter Stunde solche fundamentalen Fragen anzuschneiden. Der Antrag ist geschichtlich merkwürdig: er ist der erste der Versuche, den Bundestag doch weiter am Leben zu erhalten. Eine Art Reichsministerium wäre im Fall der Annahme aus dem Bundestage geworden. Der braunschweigische Bundestagsgesandte Liebe entwickelte weitere Pläne: die Verfassungsangelegenheiten sollten öffentlich beraten werden, eine Änderung der Bundesverfassung sollte mit Zweidrittelmajorität an Stelle der Einstimmigkeit möglich sein, das Plenum sollte selbständig vorgehen, jeder Staat sollte sich im Plenum mit soviel Personen vertreten lassen dürfen, als er Stimmen besaß — Gedanken, die nun wieder auf eine Entwicklung zu einem Reichsoberhaus hinliefen[29]). Der preußische Gesandte

lehnte alle diese Bestrebungen ab; nach seiner Auffassung war der Bundestag für Preußen keine Hoffnung mehr; er stimmte mit seinem Minister Heinrich v. Armin ganz darin überein, daß die Nationalversammlung selbst viel bessere Aussichten für die preußische Politik bot als der Bundestag: „Im Parlament verfügt Preußen beinahe über die Hälfte der Stimmen, in dem Bundestage nur über ein Siebzehntel", schrieb Usedom[30]). Nun befürchtete die preußische Politik, die Nationalversammlung könne von sich aus ein Exekutivkomitee einsetzen, eine Art Wohlfahrtsausschuß; und deshalb arbeitete sie auf das Direktorium hin, das durch den Bundestag im Einvernehmen mit den Regierungen eingesetzt werden sollte. Während Heinrich v. Armin noch immer die sofortige Übertragung der Kaiserwürde an Preußen für notwendig hielt, war Friedrich Wilhelm IV. schon damals persönlich durchaus dagegen und unterstützte deshalb mit Camphausen den Direktoriumsgedanken. — Camphausen sollte mit Gagern und Wessenberg dies Direktorium bilden[31]). Camphausen selbst wünschte ein Direktorium von fünf Köpfen.

Sobald aber Schmerling am 19. Mai die Nachfolge Colloredos als Bundespräsidialgesandter übernommen hatte, entwickelte der Bundestag eine auffallende, vorsichtig-zähe Tätigkeit, deren erstes Ergebnis schon eine antipreußische Spitze hatte. Es wurde beschlossen, an die ja durch verschiedene Zollsysteme getrennten deutschen Regierungen die Aufforderung ergehen zu lassen, sofort Sachverständige nach Frankfurt zu schicken, die über ein gemeinschaftliches Handels- und Zollsystem vorbereitende Beratungen pflegen sollten. Der Antrag war schon vor längerer Zeit von Baden gestellt worden, Hannover hatte die Beratung verzögert; was in diesem Augenblick der Bundestag damit wollte, war nicht recht klar; Preußen als Führer seines Zollvereins konnte keinesfalls sehr erbaut davon sein. Schmerling erkannte viel besser als die Wiener die besondere Wichtigkeit, die Frankfurt für Österreich durch die Verhältnisse bekommen hatte. Auf der Durchreise nach London kam der kaiserliche Hofrat Hummelauer durch Frankfurt und erklärte: Österreich will in Italien und Deutschland eine Defensivstellung einnehmen; Österreich wird Ungarn zum Kern einer Monarchie machen, die Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen von Deutschland ist unvermeidlich; die deutsche Position des Kaiserstaates ist verloren. Der preußische Gesandte berichtete diese Meinung mit Vergnügen nach Hause und sah die Bestätigung dafür, daß nur Preußen Deutschland retten könne[32]). Schmerling war aber anderer Ansicht, er sah das Spiel noch nicht als entschieden an. Er fühlte in Frankfurt den eigentlichen Hebelpunkt für die deutschen Verhältnisse Österreichs und damit für den Kaiserstaat und für Deutschland überhaupt. Er wurde der zäheste und erfolgreichste Gegner des preußischen Hegemoniegedankens. Schmerling war mehr als Gagern, so wie Radetzky mehr als Wrangel, Windischgrätz mehr als der Prinz von Preußen, Schwarzenberg mehr als Radowitz sein sollte. Die persönliche Überlegenheit war in der Revolutionszeit durchaus auf österreichischer Seite, und nur dadurch ist seine politisch schwache, ja verzweifelte Lage ausgeglichen worden.

Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser durch die Nationalversammlung war der Höhepunkt der revolutionären Volksbewegung; sie schien ihr Abschluß und zugleich die Garantie einer glücklichen Vollendung. In Wahr-

heit bedeutete gerade dieses Ereignis den Umschwung und den Beginn des unaufhaltsamen Niederganges bis zum Zusammenbruch. Daß ein österreichischer Prinz der Träger der provisorischen Zentralgewalt wurde, war nach dem Stande der Dinge das Unwahrscheinlichste; die einflußreichsten Führer der Bewegung arbeiteten ja gegen Österreich. Die ganze Linke des Frankfurter Parlaments war zudem ausgesprochen antidynastisch. Die Wahl des Erzherzogs war nur möglich, weil eine Anzahl nicht vorherzusehender Momente zusammenwirkte.

Das erste ist uns schon bekannt: jenes Selbstgefühl der Nationalversammlung, das gerade auch von ihren gemäßigtesten Mitgliedern stark gefördert wurde. Die einen fürchteten die Reaktion, die andern sahen die Anarchie unmittelbar vor Augen; man hörte schon die Skepsis der Fürsten und Regungen jeder Art von Sondertum. Solche Gefahren hofften die meisten nur zu bewältigen, wenn sie der Nationalversammlung die höchste politische und moralische Autorität zuerkannten. Selbst der abgehende Bundestagsgesandte Preußens, Graf Dönhoff, meint in seinem letzten Bericht: „Die Macht kann man der Nationalversammlung nicht streitig machen, daß sie Deutschland und Preußen insonderheit zerschlagen kann, sobald sie will; einen neuen Organismus lebensfähig aus der Verwirrung hervorgehen zu lassen, diese Macht glaubt sie vielleicht zu besitzen, besitzt sie aber nicht[33]).“ Wir kennen die Erörterungen, die im April beim Bundestag und Fünfzigerausschuß über ein Triumvirat stattfanden. Nun tauchten neue Namen auf: Schwarzenberg, der Bayer Graf v. Armansperg, Mathy, v. d. Pfordten. Die drei letzten schlugen Bayern und Hannover offiziell am 17. Mai vor, nach vorheriger Fühlungnahme. Keine der beiden Großmächte war dabei vertreten[34]). Mathy galt in Bayern als Gegner der preußischen Hegemonie und wurde deshalb genannt, zum Ärger des eifersüchtigen Welcker; Mathy selbst verspürte aber keine große Lust, sich in einer Übergangsstellung abnutzen zu lassen[35]). Die Berliner Regierung kennzeichnete in den Erlassen an Usedom vom 19. Mai am 2. Juni ihren Standpunkt dahin: die Regierungen hätten sich zu einigen, Österreichs Mitwirkung müsse vorbehalten werden. Der Bundestag soll ein Direktorium von dreien schaffen, die Nationalversammlung habe keine konstituierende Gewalt, Kognitionsrecht des Parlaments sei zuzugestehen. Minister mit Verantwortlichkeit seien unerwünscht; die Befugnis der drei Direktoren sei darauf zu beschränken, über und in der Bundesversammlung als ihrem Rate zu wirken, nicht aber selbst in der Nationalversammlung zu erscheinen[36]). Die Berliner Regierung wünschte also eine möglichst legitime Entwicklung; der Nationalversammlung fühlte sie sich ja ziemlich sicher; wenn das Direktorium richtig besetzt war, mußte auch der Bundestag mitgehen. Schlug Österreich die Mitwirkung aus, dann war der Weg zu einer positiven deutschen Politik frei für Berlin. Usedom kannte als Miterlebender in Frankfurt den zunehmenden Machtrausch und Taumel des Parlaments besser. Er sah kaum eine Möglichkeit, in die Entwicklung kräftig einzugreifen; trotzdem arbeitete er einen Vorschlag für das Direktorium nach der Berliner Instruktion aus, ging aber etwas darüber hinaus, der Frankfurter Stimmung nachgebend, wenn er Spezialkommissionen der Nationalversammlung für die einzelnen Gegenstände vorschlug, die von je einem Direktor geleitet werden sollten, und „Botschaften“ des Direktoriums an die Nationalversammlung vorsah[37]). Ende Mai fand nun eine Konferenz zwischen

einigen Mitgliedern der Bundesversammlung und den einflußreichsten Mitgliedern des Parlaments statt — also den Brüdern Gagern, Schmerling, v. Wangenheim, v. Closen, v. Beckerath, v. Saucken, Bassermann, Usedom. Einhellig waren diese Männer der Ansicht, daß man bei der Stimmung der Nationalversammlung unmöglich der Aufstellung einer Zentralgewalt entgehen könne. Max v. Gagern entwickelte ein Programm: Reichsdirektorium, dessen Anordnungen die Einzelregierungen zu befolgen haben; Bundestagsministerium, besser Reichsministerium, verantwortlich dem Reichsdirektorium und der Nationalversammlung: das war die Generalregierung von Frankfurt aus, also eine neue Macht in Deutschland, gegen alle Einzelstaaten gerichtet, das Widerspiel des Berliner Planes. Die Konferenz beschloß, die Ernennung des Triumvirats auf das schleunigste bei den Regierungen zu betreiben: denn damit war wenigstens das Prinzip gewahrt, das Direktorium war Erbe des Bundestags, sein Organ, autorisiert von den Regierungen wie er; er konnte sogar als Basis erhalten bleiben. Auffallend in dieser Sitzung war Schmerlings Haltung; er erklärte, wenn die Nationalversammlung regieren wolle, dann könne sie es auf alle Fälle tun, sowohl mittels des stärkeren Organs, eines Reichsministeriums, wie durch ein schwächeres, ein Direktorium — er war also für das, was der Nationalversammlung das Liebere war. Noch merkwürdiger war die zweite Äußerung: es helfe nichts, wenn er an seine Regierung schriebe, er wisse nicht, was und wen er als solche ansehen solle, einige freisinnige Männer, an die er gedacht, wie Graf Montecuccoli, befänden sich im Gefängnis. Darin hatte er wohl recht, die Wiener Mairevolution hatte den Auflösungsprozeß in Österreich beschleunigt — eine Regierung freilich bestand noch immer. Sie wollte nur, wenn sie überhaupt etwas wollte, etwas anderes als Schmerling, und deshalb zog er vor, sie gar nicht zu fragen. Man schlug ihm voller Mitgefühl vor, er möchte doch die österreichischen Deputierten versammeln und sich von ihnen eine geeignete Persönlichkeit vorschlagen lassen. Das war Schmerling recht; man erwartete allgemein, das werde nun geschehen und die Wahl zum Reichsdirektor werde nun auf ihn selbst fallen. Es lief aber ganz anders. Die preußische Regierung bezeichnete bereits Usedom als ihren Direktor, nachdem Camphausen verzichtet hatte, Heinrich v. Gagern galt als unumgänglich; wenn er lieber Präsident bleiben sollte, wurde Mathy an seiner Stelle genannt. Der dritte sollte ein Österreicher oder ein Bayer sein.

In diesem Moment schob Schmerling den Erzherzog Johann vor. Gleichzeitig mit der Frage des Triumvirats wurde nämlich die Besetzung der Stelle des Bundesoberfeldherrn wiederum erörtert. Man nannte den König Wilhelm von Württemberg, den Prinzen Carl von Bayern, den Herzog Bernhard von Weimar, den Erzherzog Johann. Auf den Generalleutnant des Bundes einigte man sich schnell — das sollte Wrangel sein. Preußen sollte sich damit zufriedengeben und die Oberfeldherrnstelle einem Fürsten überlassen. Preußen war auch ganz einverstanden und bezeichnete den Erzherzog Johann als den erwünschtesten. Man merkte wohl warum — denn dann kam der Erzherzog nicht mehr für das Triumvirat in Betracht. Da erfolgte eine neue Wendung durch Heinrich v. Gagern. Er gewann den Eindruck, daß die Nationalversammlung, besonders die Linke, sich von dem Gedanken eines auf dem Bundestag und den Regierungsautoritäten aufgebauten Reichsdirektoriums mehr und mehr abwandte und einen Premier-

minister verlangte, der sein Ministerium bildete und vor der Nationalversammlung erschiene; einem Premierminister entsprach aber als einheitliche Spitze der Exekutive ein Reichsverweser. Der schon früher geäußerte Gedanke der Reichsverweserschaft tauchte also wieder auf — sehr viele Abgeordnete fanden eine solche Institution wegen ihrer Einfachheit und Klarheit besonders praktisch, um die Autorität und Ordnung wiederherzustellen. Die Männer der Linken insbesondere sahen darin den Beginn einer Mediatisierung der Fürsten, den Übergang womöglich zur Präsidial-Republik, wie Usedom schreibt[38]). Heinrich v. Gagern, der ja alles andere war als ein kritischer Kopf, ließ sich von dieser Stimmung emportragen. Er sah, daß die Nationalversammlung regieren wollte, daß sie, so ungeeignet ein Parlament ihrer Herkunft dazu auch sein mußte, Krieg und auswärtige Politik zu bestimmen geneigt war; Heinrich v. Gagern war der Präsident dieser Versammlung, er fühlte sich identisch mit ihr, er war in Person gewiß ihr Bestes, er leitete sie, er glaubte sie zu leiten — sie leitete aber ihn. Wer mochte sich damals dieser Nationalversammlung widersetzen, wenn sie wirklich und ganz etwas wollte? Wenn sie eine Reichsgewalt schuf, so waren ganze Länder im deutschen Westen ohne weiteres für sie — die Regierungen, die Fürsten, die Truppen dort wurden sicher mitgerissen. Das starke nationale Reich war das vornehmste Ziel der deutschen Revolution — war es nicht Zeit, mit seiner Verwirklichung zu beginnen? Aber auch die gemäßigten Elemente erwärmten sich für die Reichsverweserschaft. Wenn es eine solche Zentralgewalt gab, dann war dem eigenmächtigen Regieren der Nationalversammlung am besten vorgebeugt.

Viele glaubten nun, man könne keinen besseren Reichsverweser finden als Heinrich v. Gagern selbst. Usedom riet seiner Regierung, sich dafür einzusetzen, fand aber selbst den Vorschlag bedenklich, denn man würde in Frankfurt darin die Absicht Preußens sehen, sich die Kaiserkrone zu sichern, und das müßte Mißtrauen gegen Gagern erwecken. Gagern selbst sah die Lage anders an als wenige Wochen vorher. Die Berliner Zustände schienen ihm keine Garantie für Deutschland zu geben. Die Ablehnung, die der Verfassungsentwurf der Siebzehner überall gefunden hatte, mußte doch Eindruck auf ihn machen. Die Schwäche der preußischen Politik in Schleswig-Holstein verdarb die besten Sympathien; nichts war schließlich geschehen, was die Person Friedrich Wilhelms IV. in der öffentlichen Meinung wieder etwas gehoben hätte. Als am 20. Juni Braun aus Köslin in dem Parlament die Übertragung der provisorischen Zentralgewalt an den König von Preußen vorschlug, war ein schallendes Gelächter die Antwort. Wenn Heinrich v. Gagern noch vor kurzem immer auf die preußische Initiative gewartet hatte, so meinte er jetzt, Frankfurt müsse vor allem handeln. Usedom schreibt von Gagerns Ansicht über die preußische Kaiserkrone: „Ich glaube, er hat die Absicht längst aufgegeben, wenn die Notwendigkeit und die Verhältnisse sie nicht später wieder hervorrufen. Jetzt betrachtet er Preußen wohl nur noch als Material fürs Deutsche Reich, nicht als eigenen Organismus[39])." Gagern sah die Auflösung Österreichs vor sich, er rechnete mit ähnlichen Vorgängen in Preußen. So glaubte er nur noch an Frankfurt und an seine Nationalversammlung. Die Idee der Reichsverweserschaft brauchte aber noch einige Zeit, um sich durchzusetzen. Der preußische Gesandte v. Usedom lehnte die ihm angetragene Triumviratsstelle ab — sicher ein schwerer Fehler vom Stand-

punkt der preußischen Politik, aber angesichts der Frankfurter Stimmung wahrscheinlich das klügste, weil Usedom sonst voraussichtlich zu einem Rücktritt gezwungen worden wäre, der für ihn und seine Regierung demütigend gewirkt hätte. Ein Fürst, Erzherzog Johann, und zwei Nichtfürsten — das war ja auch eine Zusammenstellung, die nicht besonders überzeugend aussah. Erzherzog Johann leuchtete den meisten ein; seine Person ließ die Idee des Fürstentriumvirats wiederaufleben, und man nannte als die beiden andern den Prinzen Wilhelm den Älteren von Preußen, Bruder Friedrich Wilhelms III., und den Prinzen Carl von Bayern, Bruder König Ludwigs I.: eine Kombination, die als das Direktorium „der drei Onkel" der regierenden Fürsten der drei größten Bundesstaaten schnell eine nicht geringe, aber leider etwas zu humoristische Popularität bekam. Viele freuten sich, durch ein solches Fürstentrio den dynastischen Charakter und den Regierungseinfluß in der neuen Reichsregentschaft gewahrt zu sehen.

Schwierigkeiten kamen aber von einer Seite, von der man sie am wenigsten erwartet hatte, nämlich aus dem Lager der südwestdeutschen Kleinstaaten. Man fürchtete hier von den Großen durch eine solche dynastische Zentralgewalt erdrückt zu werden, und der Bundestag, der nirgends so angefeindet worden war wie hier, gewann jetzt eine sehr späte Popularität, ja in seinem alten zornmütigen Kritiker Welcker einen Verteidiger: er bezeichnete jetzt die Bundesverfassung als eine Garantie der Selbständigkeit und Freiheit. Das Fürstentriumvirat im Verein mit der Nationalversammlung — war das nicht die Mediatisierung ohne Gnade? Man fragte sich: Ist diese Exekutive „le commencement de la fin oder la fin du commencement[40])?" Welcker vertrat in einer ausführlichen Denkschrift die Auffassung, der beabsichtigte Zweck werde am besten durch ein deutsches Ministerium erreicht, das von den Regierungen abhängig bleibe; ein Direktorium mit Regierungsrechten sei ein Revolutionsausschuß, der die Vorherrschaft der großen Staaten wohl begründen könne, die kleinen aber aufs höchste beunruhigen müsse; diese seien schließlich darauf angewiesen, zum Schutz ihrer Souveränität sich an auswärtige Mächte als Garanten der Bundesakte zu wenden, und die Folge sei der Bürgerkrieg. Welcker ritt dieses Turnier in vollem Einverständnis mit seinem Minister v. Dusch: die Eifersucht der Kleinstaaten auf die Großstaaten war erweckt; warum sollte Bayern mehr Einfluß ausüben als Baden oder Württemberg? Hier war man schon lange für ein vielköpfiges Direktorium oder noch lieber nur für ein Ministerium[41]). Die Angst vor der Mediatisierung erfüllte auch stark den König Wilhelm von Württemberg, der mit seinem Staatsminister Römer in Frankfurt einen lebhaften politischen Meinungsaustausch pflog. Nach König Wilhelms und Römers Meinung sollten die Konzessionen, welche die Regierungen zu machen haben werden, allen, auch den Mächten ersten Ranges, gleich auferlegt werden; wenn Österreich sich nicht anschlösse und die preußische Dynastie mit dem erblichen Kaisertum über Deutschland belohnt würde, so sei dies einer Mediatisierung der übrigen deutschen Souveräne gleich zu achten: „Eine Mediatisierung aber wollen die deutschen Volksstämme nicht, weil diese eine französische Zentralisation zur Folge haben würde, obwohl sich nicht verkennen läßt, daß es im Interesse der deutschen Stämme läge, die deutschen Souveräne um eine bedeutende Zahl vermindert zu sehen", schrieb Römer schon am 5. Mai[42]). Römer hatte auch gewiß recht, wenn er als die eigentliche Schwierigkeit der Lage

den „gänzlichen Mangel einer umsichtigen und festen Regierung in Wien und Berlin“ kennzeichnet. „Hätte man der Nationalversammlung ein ausgearbeitetes Verfassungsprojekt vorgelegt, so hätte die Nationalversammlung bei ihrer guten Zusammensetzung nie so viel Souveränität in Anspruch genommen, als sie wird tun müssen.“ An dem selbständigen und offenherzigen Auftreten der Regierungen ersten Ranges, besonders Preußens, das am meisten berufen war, hat es in der Tat gefehlt. So hat die Frage der provisorischen Zentralgewalt zu einer Niederlage gerade Preußens führen müssen. König Wilhelm sandte an Römer am 6. Juni ein ausgearbeitetes Projekt über die Zentralgewalt, das charakteristische Sicherungen im Interesse der Kleinstaaten enthält[43]).

Mit Bedenken sah ein so wohlwollender und politisch scharfsichtiger Mann aus der alten Zeit wie der Bremer Bürgermeister Smidt der Frankfurter Entwicklung zu. Bei einem gemeinsamen Essen sprach er zu Dahlmann: „Die Nationalversammlung will mit ihrer Gesamtregierung die Einzelstaaten auflösen, das ist die Sphäre des Wohlfahrtsausschusses, das ist Terrorismus; beabsichtigt die Nationalversammlung die Einzelstaaten durch Marschbefehle an die dortigen Klubs zu regieren? Oder durch ihre Kommissionen? Es herrscht der Despotismus einer zufälligen Majorität; deren Terrorismus knechtet auch völlig die Presse.“ — Dahlmann wollte das alles nicht gelten lassen. Er sagte: „Die Einzelregierungen haben überhaupt keine Autorität mehr, es bleibt nichts anderes übrig. Nur die Nationalversammlung kann Deutschland vor der Anarchie retten; die Gesamtregierung soll sich nur auf die gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation beziehen; alle besonderen verblieben den Regierungen der Einzelstaaten; die Nationalversammlung besteht doch aus rechtlichen und patriotischen Männern, wenn es zu arg wird, können sie, die sie gewählt haben, sie ja wieder heimschicken.“

Dies Argument war beinahe so schwach wie Dahlmanns Position in dieser Frage. Smidt sagte, Dahlmann mache das Bett, in das sich Robert Blum, Hecker und Struve legen würden[44]). Dagegen wehrte sich nun wieder Dahlmann als gegen das Allerschlimmste; er verstand nicht, daß seine Auffassung ebensoviel Vernunft bei der Nationalversammlung wie guten Willen bei den Einzelstaaten, also etwas Unmögliches, voraussetzte; die Zeit war aber nicht auf Harmonie, sondern auf Kampf gestellt; dies sah die Rechte besser, die auf die Regierungen hoffte und ihre Stärkung abwarten wollte; dies sah auch die Linke besser, die die Macht des Parlaments rücksichtslos zu gebrauchen empfahl. Die Mitte suchte den Kompromiß, durch den wohl die Parteien der Nationalversammlung für den Augenblick, nicht aber die Gesamtheit der politischen Faktoren in Deutschland für die Dauer zu einigen waren.

Der Machtrausch des Frankfurter Parlaments war nicht mehr zu dämpfen. Mit den fröhlichsten Gesichtern kamen die Abgeordneten aus den Kommissionssitzungen, wenn wieder neue großartige Pläne verhandelt waren; jeder glaubte, Fortunas Wünschelrute zu tragen, schreibt Smidt; die Ausführung machte wenig Sorge. „Was wäre denn vierzig Millionen Deutschen unmöglich?“ so lautete ein beliebtes Argument. Man genoß mit vollen Zügen die neue Freiheit — wer daran zweifelte, daß alle diese Blütenträume zur Reife kämen, der galt als ein Mensch bösen Willens oder als Reaktionär. Gervinus, der ähnlich skeptisch wie Smidt

dachte und sich in seiner „Deutschen Zeitung" einigermaßen zurückhielt, wurde als ein Abtrünniger behandelt[45]). Der von der Nationalversammlung Anfang Juni eingesetzte Fünfzehnerausschuß für die Frage der provisorischen Zentralgewalt bestand zum Teil aus denselben Männern wie der Verfassungsausschuß: Dahlmann, Max v. Gagern, Wippermann und Blum hatten sich wiederum wählen lassen, was von vielen übelgenommen wurde. Römer hatte sich für seine Person diese Doppelwahl verbeten[46]). Es wäre schon besser gewesen, dann gleich den Verfassungsausschuß mit diesem Berichte zu betrauen, der ja sicher zu seinem Arbeitsgebiete gehörte. So sah es aus, als bildete sich eine Oligarchie von Prominenten in der Nationalversammlung. Stedmann war der Vorsitzende dieses Ausschusses; es gehörten ihm noch an die Österreicher v. Würth und v. Mayern, der Kieler Claussen, der ehemalige bayrische Minister v. Zenetti, die Preußen Friedrich v. Raumer, Max Duncker, v. Saucken und Flottwell, der alte sächsische Minister v. Lindenau und der junge v. Trützschler; man sieht deutlich, wie sich die Nationalversammlung jetzt besondere Mühe gegeben hat, die Parteien, Heimatländer und Generationen hier gerecht zu mischen.

Die Mehrheit von elf Mitgliedern des Ausschusses schlug das viel besprochene Bundesdirektorium von drei Personen vor; es sollte die oberste Regierungsgewalt in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten der deutschen Nation ausüben, die drei Männer sollten von den Regierungen bezeichnet und von ihnen nach erfolgter Zustimmung der Nationalversammlung ernannt werden; dem Direktorium sollte die Oberleitung des Heerwesens und die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands zustehen, es sollte über Krieg und Frieden im Einverständnis mit der Nationalversammlung entscheiden; seine Minister sollten der Nationalversammlung verantwortlich sein; seine Tätigkeit sollte enden mit dem Inkrafttreten der bleibenden deutschen Verfassung, an deren Begründung es nicht mitzuwirken habe. Der Bundestag, das war der Gedanke, sollte als eine Art Staatsrat die Exekutivtätigkeit des Direktoriums nach der Seite der Einzelstaaten hin unterstützen. Dieser Vorschlag der Mehrheit war wesentlich zahmer, als nach den Meinungsäußerungen Dahlmanns und Gagerns zu erwarten gewesen war; er bedeutete eine in ihrer Art vernünftige, rechtlich und logisch konsequente Ergänzung der vorhandenen staatsrechtlichen Lücke; ob er der Hochstimmung der Nationalversammlung genügen würde, mußte von vornherein fraglich erscheinen. Während Flottwell als Mitglied des Sonderausschusses für die Zentralgewalt nur geringfügige Abänderungen beantragte, nämlich die alleinige Zuständigkeit des Direktoriums für Vertragsabschluß und Entscheidung über Krieg und Frieden, schlug Lindenau ein Direktorium von sieben Mitgliedern vor und brachte so die Auffassung der Kleinstaaten zum Ausdruck, die wir kennen. Robert Blum und v. Trützschler, die einzigen Ausschußmitglieder von der Linken, nahmen aber einen völlig abweichenden Standpunkt ein. Sie empfahlen, die Nationalversammlung möge eines ihrer Mitglieder zum Vorsitzenden eines Vollziehungsausschusses wählen, dieser solle sich nach freier Wahl vier Genossen zur Seite stellen; der Vollziehungsausschuß solle der Nationalversammlung verantwortlich sein, sich auf ihre Mehrheit stützen und so lange wirken, bis eine endgültige deutsche Bundesgewalt geschaffen sei. Dieser Vorschlag baute also die neue Exekutive lediglich auf dem Parlamente selbst auf; für seine Vertreter gab es keinen Bundes-

tag, keine Einzelregierungen, keine Dynastien als aktive Faktoren mehr; der souveräne Vollziehungsausschuß entsprach der souveränen Nationalversammlung, der souveränen deutschen Nation. Auf der einen Seite haben wir also das dreiköpfige Direktorium, bei dem sich die meisten das Triumvirat der fürstlichen Onkel dachten, einen Ersatzmonarchen von zweifelhafter Einigkeit und sicher nur vorübergehendem Bestand, ein kaum bewegliches Institut, von dem wenig Initiative, aber auch wenig Hindernisse zu erwarten waren, einen echten Lückenbüßer, der politisch ganz von seinen Ministern und vom Bundestag abhängig gewesen wäre, zu dem die kleinen Regierungen geringes Vertrauen, vor dem die großen Regierungen geringe Achtung gehabt hätten. Auf der anderen Seite haben wir aber einen verkappten republikanischen Präsidenten, eine Mischung von Staatsoberhaupt und Premierminister, ausgestattet mit Funktionen, die nach dem Maße seiner persönlichen Kraft und Bedeutung ins Große wachsen oder sich verkleinern mußten, ein Exekutivamt, das ganz auf Kampf eingestellt war, das eine Vollendung der Märzrevolution durch einen starken Volksmann bedeuten konnte.

Viele haben dabei an Robert Blum, viele auch an Heinrich v. Gagern gedacht. Sechzehn selbständige Anträge wurden in der Nationalversammlung zur Frage der provisorischen Zentralgewalt gestellt, 223 Redner hatten sich schon vor Beginn der Verhandlungen einschreiben lassen. Hier stand die schwerste, ans letzte gehende Frage zur Debatte, das Parlament schickte sich an, den Kampf ganz und gar auszufechten. Er dauerte acht Tage.

Im Grunde handelte es sich dabei um nur wenige, verhältnismäßig einfache, aber tiefgreifende Probleme. Das erste war das Schicksal des Bundestages. Daß er neben der neuen Zentralgewalt nicht fortbestehen könne und solle, war die Meinung der meisten; niemand außer gerade Bassermann und Mathy wagte es, ihn zu verteidigen, so sehr auch manche von der Rechten seine weitere Wirksamkeit im Interesse besonders der Souveränität der Einzelstaaten für nötig halten mochten. Das zweite Thema war die Mitwirkung der Regierungen. Der Würzburger Behr, der Älteste der Versammlung, legte dar, die wirkliche Kraft sei noch immer bei den Regierungen geblieben; Radowitz bewies, daß die Ernennung der Träger der Zentralgewalt durch die Einzelregierungen ja nur unter Mitwirkung der Minister und der Kammern vollzogen werden könne, daß also alle notwendigen Garantien gegeben seien; Bassermann zeigte, kein Parlament könne selbst regieren, die Ernennung müsse im Sinne der Nation geschehen, auch die Regierungen könnten nicht anders handeln; Vincke versuchte, das Ernennungsrecht der Fürsten auf dem berühmten Rechtsboden aufzubauen: die Republik sei unmöglich, ein Triumvirat sei unpraktisch, ein Bundesdirektor sei nötig. Er zielte als erster ganz öffentlich und deutlich auf den Erzherzog Johann. Aber natürlich war für ihn die Voraussetzung, daß er von den Regierungen aufgestellt wurde und so als fürstlicher Vertrauensmann wirkte. Denselben Standpunkt nahm Radowitz ein. Beide hätten sich wohl nicht so geäußert, wenn sie nicht gewußt hätten, daß König Friedrich Wilhelm IV. persönlich sich mit einem auf diesem Wege entstandenen österreichischen Reichsverweser abzufinden bereit war[47]). Denn das war der dritte Gegenstand: ein Träger der Exekutive oder mehrere? Alle Redner der Linken hatten Erfolg bei der Versammlung, wenn sie die eine

Persönlichkeit, also den Präsidenten des Vollziehungsausschusses, an Stelle von drei oder gar noch mehr Personen forderten. Trützschler, Robert Blum, Wilhelm Jordan, Degenkolb — jeder betonte auf seine Weise die Unantastbarkeit der Souveränität der Versammlung, die Notwendigkeit, die neue Autorität auf ihr aufzubauen. Am meisten gefördert hat aber die Debatte der Antrag des Schwaben Schoder: ein Präsident solle von den Regierungen bezeichnet, von der Versammlung genehmigt werden. Das bedeutete als Zugeständnis an die Linke den einen Mann, das bedeutete als Zugeständnis an die Rechte das Vorschlagsrecht der alten Gewalten, das bedeutete als Zugeständnis an das Selbstgefühl der ganzen Versammlung die Überlassung des letzten Wortes an sie.

Während dieser tagelangen Debatten ging der Kampf hinter den Kulissen weiter. Die preußische Regierung wies am 20. Juni ihren Bundestagsgesandten v. Usedom an, den Prinzen Wilhelm den Älteren als preußisches Mitglied des Fürstentriumvirats zu bezeichnen. Am 21. Juni erhielt er die Weisung, er solle sich gegen jeden, also auch gegen jeden prinzlichen alleinigen Reichsverweser erklären[48]). Minister Hansemann ließ persönlich die gleiche Direktive an die preußischen Abgeordneten des rechten Zentrums ergehen[49]). Am Abend des 19. Juni erschien Heinrich v. Gagern im Bundespalais, um mit dem Bundestagsausschuß zu beraten. Er sagte, die Idee einer Reichsverweserschaft gewinne immer mehr Stimmen — Erzherzog Johann sei allein dafür möglich, er sei der einzige Fürst, der in Betracht käme. Die Bundestagsgesandten erklärten, auf eine solche Lösung weder vorbereitet zu sein noch Instruktionen ihrer Regierungen zu haben. Der preußische Gesandte betonte, im preußischen Volke werde es wahrscheinlich Opposition geben. Die Kommission lehnte also Gagerns Vorschlag ab. Auch der vorsichtige Schmerling sprach sich vor seinen Kollegen für das Triumvirat aus, und so meldete Usedom am 21. Juni nach Berlin, Erzherzog Johann werde mit zwei nichtfürstlichen Staatsmännern das Triumvirat bilden; auch Gagern und Stockmar seien dafür. Von Berlin aus kam nun eine sehr unbefriedigende Antwort: bei der fortdauernden provisorischen Stellung des Ministeriums könne in der Frage der Reichsverweserschaft keine bestimmte Entschließung gefaßt werden — Usedom möge eine bindende Erklärung hinhalten. Das war nun gerade das, was am wenigsten möglich war. Die Nationalversammlung drängte zu einer klaren Entscheidung eben deshalb, weil die großen Regierungen hilflos und unklar schwankten. Die Nationalversammlung riß mit ihrer Wucht alles andere mit sich. Einen offiziellen Protest wagte Usedom nicht, der hätte ja Preußens Niederlage zu öffentlich gemacht. Auch bekam er von dem provisorischen Leiter des Außenministeriums v. Schleinitz die Information, die freilich mehr der Ansicht[50]) des Königs als der des Ministeriums entsprach; Preußen werde im Notfalle doch den Erzherzog anerkennen[51]). Schmerling hatte mit den Österreichern sehr geschickt operiert; die linksgerichteten Österreicher verstärkten in der Nationalversammlung die Stimmung für den einen Mann, die rechtsgerichteten gewannen die Gesinnungsgenossen für den Fürsten; Schmerling selbst begnügte sich, für die Kombination Erzherzog und zwei Staatsmänner einzutreten und so zunächst einmal den preußischen und den bayrischen Prinzen auszuschalten; die Initiative, den Erzherzog allein vorzuschlagen, schob er dem Nichtösterreicher Gagern zu. Am 21. Juni sagte

Gagern zum preußischen Gesandten: „Österreich kann wegen der Reichsverweserschaft keinen Anspruch darauf erheben, in der definitiven Reichsverfassung das Oberhaupt zu bilden; vielmehr hat Preußen um so eher die Aussicht darauf, wenn jetzt der Erzherzog provisorisch darankommt und das Parlament sich an die fürstliche Spitze gewöhnt." War das nun Gagerns innerste Meinung, oder wollte er das Unvermeidliche für Preußen durch einen Trugschluß schmackhaft machen? Heinrich v. Gagern gehörte zu denen, die glauben, was sie sagen; man muß ihm eher einen Mangel an Scharfblick als einen Mangel an Offenheit zutrauen. Gagern wollte, wir wissen es, mit Dahlmann und den anderen die neue Bundesverfassung auf Preußen gründen, nicht auf Österreich; er wollte von Preußen viel verlangen, um ihm viel zu geben. Und jetzt entschloß er sich, der Stimmung des Augenblicks nachzugeben und dem österreichischen Erzherzog die Reichsverweserschaft zu sichern? Er hat nicht gesehen, daß er damit sich und seinen Freunden das größte Hindernis vor den Weg baute, das es geben konnte; ein Direktorium, auch ein fürstliches oder teilweise fürstliches, war immer leicht zu beherrschen, lahmzulegen, teilweise und damit ganz zur Auflösung zu bringen; aber ein Erzherzog aus dem Hause Habsburg-Lothringen, der volkstümliche Sohn des letzten deutschen Kaisers, den dieses selbe Frankfurt gekrönt hatte? Heinrich v. Gagern kannte als der Präsident seine Nationalversammlung: die Linke wollte den einen Mann als Träger der Exekutive, die Rechte wollte mehrere Fürsten, die Linke wollte die Abstimmung durch die Versammlung selbst, die Rechte wollte die Ernennung durch die Regierungen. Es gab nur noch eine Möglichkeit: das Parlament wählte einen fürstlichen Mann, dessen Person so stark war, daß die Regierungen einverstanden sein mußten, ehe man sie fragte. Aus dieser Lage heraus kam Heinrich v. Gagern zu seinem denkwürdigen „kühnen Griffe". Der Ausdruck war von Mathy geprägt. Gagerns Auftreten am 24. Juni in der Nationalversammlung war ein Ereignis, das bedeutendste ihrer und seiner Laufbahn. Sein Ernst, seine Autorität, seine langsame, um den Ausdruck ringende Sprechweise haben nie so gefesselt wie in dieser Stunde; er wirkte als der treueste, aufrichtigste, maßgebendste Sachwalter der Nation. Er trat ein für das „Zweckmäßige", für die beste Lösung, und so sagte er zwei Dinge, die sich auch in der Form den Zeitgenossen eingeprägt haben: „Ich tue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen: wir müssen die provisorische Zentralgewalt selbst schaffen." Damit entfernte sich Gagern von dem Antrage der Majorität des Ausschusses, auch vom Schoderschen Antrage, und stellte sich auf den Standpunkt der Linken. Der Jubelsturm, der nach diesen Worten die Paulskirche erfüllte, zeigte, wie gerne das Parlament da mitging.

Hier, sein Präsident, der Aristokrat, der Minister, einer der vornehmsten Führer der Bewegung, sprach als Tribun für das Recht des Volksorgans, die Exekutive von sich aus zu schaffen. Nicht als Prinzip hatte Gagern die Ausschaltung der Regierungen verlangt; um praktisch vorwärtszukommen, sah er keinen anderen Weg. Die Volkssouveränität sollte also ihr Recht haben — aber für einen Fürsten! Gagern zeigte, daß die Mehrheit den einen Mann wollte, daß kein Privatmann unter solchen Umständen dies Amt übernehmen könne, daß auch ein hochstehender Mann gefunden sei, der der höchsten Stelle wert wäre. „Nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst ist." Dies war das andere maßgebende Wort — der

Beifall kam von allen Seiten. Seit diesem Tage glaubten sehr viele in Deutschland an den Staatsmann Heinrich v. Gagern. Was Gagern vertrat und erreichte, war aber nur die Patentlösung einer taktisch schwierigen Aufgabe, nicht die Bewältigung des größten Problems deutscher Zeitgeschichte. Befriedigt hat die Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann nur im Augenblick ihrer Entstehung; Heinrich v. Gagerns politische Lebensarbeit sollte gerade an ihr zugrunde gehen. Nicht Gagern, der sich so rückhaltlos in den Vordergrund wagte, blieb der Sieger, sondern Schmerling, der dauernd im Hintergrund wirkte. Für ihn gab es nur ein Deutschland mit Österreich, und der deutsche Reichsverweser mußte schon deshalb ein österreichischer Erzherzog sein. Er war auch der Ansicht, obgleich er wirklich die Volkssouveränität nicht liebte, daß dieser Reichsverweser vom Parlament gewählt werden sollte; seine Stellung als Reichsverweser sei unhaltbar, sagte er zum preußischen Gesandten, wenn die Regierungen ihn der Versammlung aufdrängen wollten. Gerade weil er ein Fürst war, schien er ihm dieser Autorisation zu bedürfen. Regierungen, das sah er sehr richtig, die eine Institution eingesetzt haben, können sie auch wieder verschwinden lassen; ein von der Nationalversammlung gewählter, von den Regierungen anerkannter Reichsverweser konnte sich gegenüber jedem dieser beiden politischen Faktoren auf den anderen berufen. Jetzt müssen die Regierungen auch, sagte Schmerling zu Usedom, und zwar Preußen an der Spitze, ihre Staatsmänner und Generäle in den Dienst der neuen Bundesexekutive geben und sie dadurch stützen. Bitter fügt Usedom dem Bericht darüber den Satz bei: „Selbst die Brüder Gagern haben kein Gefühl für den Unterschied, ob sich ein kleiner Staat oder die preußische Großmacht mediatisieren läßt[52])."

Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser durch die Nationalversammlung war eine Niederlage der preußischen Politik, des Königs sowohl wie seines Ministeriums, eine Niederlage, an der die maßgebendsten preußischen Mitglieder des Parlaments selbst eifrig mitarbeiteten. Nach Gagerns großer Rede schlug Dahlmann im Namen von acht anderen Ausschußmitgliedern an Stelle des Bundesdirektoriums den einen Reichsverweser vor. Das Recht zu einer solchen nachträglichen Änderung wurde bestritten, von anderer Seite aber für die anderen Anträge in derselben Weise in Anspruch genommen. Der Kampf zwischen der Linken und der Rechten spielte sich in einer Reihe von unerfreulichen Geschäftsordnungsstreitigkeiten ab — die persönlichen und sachlichen Gegensätze konnten sich dabei nur verschärfen. Die Linke mußte einsehen, daß sie die Wahl des Fürsten zum Reichsverweser nicht verhindern konnte; statt daß sie nun alles daran gesetzt hätte, den Reichsverweser möglichst an die Nationalversammlung zu binden, indem sie ihn verpflichtete, die von ihr beschlossenen Gesetze zu vollziehen oder wenigstens doch ihre Beschlüsse zu verkündigen — statt dessen verhinderte sie aus Geschäftsordnungspedanterie und aus der Absicht heraus, die Stellung des Reichsverwesers für die Mehrheit möglichst unbrauchbar zu machen, die Annahme selbst des Schoderschen Antrages. Das Gesetz über die provisorische Zentralgewalt enthielt also eine Lücke. Der Reichsverweser, der so ganz aus der Machtvollkommenheit der Versammlung geschaffen wurde, den sie sogar als Person wählte, unabhängig von irgendeinem anderen Faktor, dieser Reichsverweser sollte nun mit den Gesetzen und Beschlüssen der National-

versammlung verfahren können wie ein altkonstitutioneller Monarch! Von absolutem Veto war nicht die Rede, aber diese unabhängige Stellung des Reichsverwesers wirkte sich praktisch so aus, als ob ihm das absolute Veto zuerteilt worden wäre[53]).

Es folgten nun die Abstimmungen — sie brachten, obgleich alles Entscheidende durch Gagerns Eingreifen geklärt war, doch noch einige Überraschungen und vertieften manchen Zwiespalt. Der Kampf um die provisorische Zentralgewalt zwang jeden Abgeordneten zum Bekenntnis und entwickelte deshalb die in der Bildung begriffenen Parteien. Wie sehr Gagern die Rechte gespalten und ihre Hauptmasse nach der Mitte gerissen hatte, zeigte die Ablehnung der Vinckeschen Klausel: „Die deutsche Nationalversammlung beschließt, vorbehaltlich des Einverständnisses der deutschen Regierungen . . ."; dafür waren nur 31, dagegen 477 Stimmen. Der Zwang, etwas zu schaffen, war so groß, daß bei der Abstimmung über das gesamte Gesetz nur drei Mitglieder von der Rechten folgerichtig bei dem Nein blieben, daß aber die überwiegende Mehrzahl und manche vom rechten Zentrum — 75 im ganzen — unter der Führung von Radowitz sich in der Weise aus der Verlegenheit zu helfen versuchten, daß sie mit Ja stimmten unter Hinzufügung der Erklärung zu Protokoll: „in dem Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen".

Beschlossen wurde also die Bestellung einer provisorischen Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation — bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt in Deutschland; sie sollte die vollziehende Gewalt ausüben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betrafen, sie sollte die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht übernehmen und namentlich deren Oberbefehlshaber bestimmen, sie sollte die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands ausüben und dafür Gesandte und Konsuln ernennen. Die Errichtung des Verfassungswerkes wurde von der Wirksamkeit der Zentralgewalt ausdrücklich ausgenommen, der Nationalversammlung also allein vorbehalten. Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden und beim Abschluß von Verträgen mit auswärtigen Mächten wurde für die Beschlüsse der Zentralgewalt das Einverständnis der Nationalversammlung als Voraussetzung festgelegt.

Für die Übertragung der Zentralgewalt an einen Präsidenten stimmten immerhin 171 Abgeordnete gegen 355. Die Übertragung an einen von der Nationalversammlung frei gewählten Reichsverweser wurde dann mit 403 gegen 135 Stimmen beschlossen. Diese 135 machten also die grundsätzliche Opposition aus; sie verminderte sich bei der Abstimmung über das gesamte Gesetz noch wesentlich. Auch hier gaben bereits viele Mitglieder der Rechten die protokollarische Erklärung ab, ihr Ja erfolge nur im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen. Fast einstimmig angenommen wurde die Einsetzung eines der Nationalversammlung verantwortlichen Ministeriums und die obligatorische Gegenzeichnung der Anordnungen des Reichsverwesers mindestens durch einen Minister. Bei der Frage der Verantwortlichkeit des Reichsverwesers zeigte sich fast dasselbe Verhältnis wie bei der Abstimmung über Reichsverweser oder Präsidenten. 373 Abgeordnete erklärten sich für die Unverantwortlichkeit, 175 für die Verantwortlichkeit. Die Mehrheit entschied also wiederum für den

provisorischen Monarchen. Darüber spaltete sich das linke Zentrum. Biedermann verlangte eine Erläuterung über den Begriff der Verantwortlichkeit, die Dahlmann in seiner schroffen Art mit der rein formalen, allerdings zutreffenden Begründung ablehnte, die Verhandlungen seien geschlossen. Biedermann stimmte mit Rießer, Giskra, Heinrich Simon und anderen gegen die Verantwortlichkeit mit der protokollarischen Begründung, der Ausschuß habe eine Erklärung darüber verweigert. Fallati, Stedmann, Robert Mohl, Compes u. a. bejahten die Unverantwortlichkeit mit der protokollarischen Erläuterung, es handele sich nach ihrer Auffassung lediglich um politische Unverantwortlichkeit. Der Zwischenfall hatte weniger eine sachliche als eine parteigeschichtliche Bedeutung. Die Zersplitterung der Mitte erhielt dadurch einen neuen Antrieb. Die Bestimmungen über das Verhältnis der Minister zur Nationalversammlung gingen glatt durch.

Bedeutungsvoll war endlich der gegen den Bundestag gerichtete Beschluß, der die größte aller damals erzielten Majoritäten erreichte (510 gegen 35): „Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf." Damit war also jeder Gedanke, den Bundestag vielleicht noch in Form eines Staatsrats weiterbestehen zu lassen, abgetan. Der Bundestag als Organ hörte auf, nicht aber die deutsche Bundesverfassung von 1815; die provisorische Zentralgewalt sollte im Rahmen der Bundesverfassung den Bundestag ersetzen. Aber für die so ausgeschalteten, mundtot gemachten Regierungen sollte doch etwas noch geschehen: „Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit tunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen", lautete der 14. Punkt des Gesamtgesetzes, besonders dehnbar, ungenau und absichtlich unklar formuliert. Seine letzte Bestimmung ging dahin, daß die Tätigkeit der provisorischen Zentralgewalt aufhören sollte, „sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet ist", sobald also an die Stelle der alten Bundesverfassung die neue endgültige deutsche Verfassung getreten sei. Ob der Reichsverweser absetzbar durch den Willen der Versammlung war, ob er ersetzt werden konnte, war nicht gesagt; aus der Unverantwortlichkeit konnte wohl das Gegenteil gefolgert werden.

Für das Gesamtgesetz stimmten 450 Mitglieder des Parlaments; das war also überraschenderweise eine stärkere Majorität als bei den wichtigsten Einzelbestimmungen über den Reichsverweser; man sieht, wie das noch junge Parlament durch den wachsenden Erfolg der Sache beeinflußt und mitgezogen wurde. Eine ganze Anzahl von Männern der Linken stimmte mit Ja: so Eisenstuck, Moritz Mohl, Mölling, v. Watzdorf; andererseits stimmten mehrere Abgeordnete des linken Zentrums mit Nein: Giskra, Reh, Raveaux, Heinrich Simon, Zell; die ganze Rechte stimmte unter Abgabe der oben angeführten Protokollerklärung mit Ja, außer Vincke, Grävell und v. Boddien. Die Nationalversammlung war durch die große Entscheidung durchunddurchgerüttelt worden.

Erinnern wir uns des Ausgangspunktes. Die Revolution verlangte die Bundesreform als Mindestes — die sozialrevolutionäre Bewegung wollte gar Beseitigung der Dynastien und an ihrer Stelle das eine Reich mit dem einen Oberhaupt. Schon die Wahl der Nationalversammlung galt dann bei den unversehrt gebliebenen alten Mächten als ein großes Zugeständnis an die Zeitforderungen.

Sobald das Frankfurter Parlament da war, griff es aber über seine eigentliche Aufgabe hinaus; es mußte das tun, denn der nationale Gedanke wollte eine Gestalt und eine Wirkung sehen. Daß es selbst auf die Dauer keine Exekutive haben konnte, erschien klar. Der Bundestag war nun im Geiste und in der persönlichen Zusammensetzung gewiß ein neues Wesen geworden; hier war es nötig und möglich, die neue Entwicklung beginnen zu lassen, falls man überhaupt entwickeln wollte. Der Kampf ging zwischen den Großstaaten untereinander, zwischen den Kleinstaaten und den Großstaaten, zwischen den alten und den neuen Institutionen, zwischen Diplomaten und Parlamentariern. Da niemand Mut und Kraft genug hatte, das Notwendige zu schaffen, mußte es die Nationalversammlung selbst tun. Sie brauchte ein Werkzeug, und sie schuf sich einen Herrn. Sie konnte der Versuchung nicht widerstehen, den nationalen Gesamtstaat, der entstehen sollte, vorwegzunehmen; mächtig war sie an Geist und Willen, sie glaubte den Gehorsam durch die Größe ihrer Sendung allein schon erzwingen zu können. So rief sie ein Provisorium ins Leben, dessen Fehler es war, als Institution zu wenig vom Provisorischen, an Aufgaben dafür ein ebenso großes Zuviel zu haben. Alle Kämpfe um Verantwortlichkeit und Unverantwortlichkeit, um Monarchie und Republik, um Zentralgewalt und Einzelstaaten waren ausgefochten worden, provisorisch, als ein Vorspiel — mit dem Ergebnis aber, daß man sich nun statt eines dienenden Organs einen unauswechselbaren Monarchen ohne Monarchie und Reichsminister ohne klare Kompetenz und ohne klares Reich, also die Lanzenspitze ohne den Schaft, beschert hatte. Die provisorische Zentralgewalt sollte Deutschlands Ansehen nach außen wahren, seine Rüstungen befördern, die revolutionäre Bewegung beschwichtigen, die Einzelstaaten beruhigen, die Parteien in der Nationalversammlung zur einmütigen und beschleunigten Arbeit bringen. Sie hat das alles nur zum Teil und von manchem sogar das gerade Gegenteil getan.

Erzherzog Johann von Österreich bekam bei der Wahl des Reichsverwesers mit 436 Stimmen eine überragende Majorität. Eine Stimme war wunderlicherweise auf den Erzherzog Stephan, den Palatin von Ungarn, gefallen. 27 Mitglieder der äußersten Linken hatten sich der Stimme enthalten. 52 Mitglieder der Linken hatten für Heinrich v. Gagern gestimmt; er hatte der Linken die Hand hingestreckt, viele meinten, sie ergreifen und festhalten zu sollen. Ein kleiner Teil der Linken sah aber, daß man auf Gagern jedenfalls verzichten mußte; er stimmte in einer Art demonstrativer Hochachtung für den Führer der deutschen Bundesreformbewegung v. Itzstein. Robert Blum hat sich wohl nicht zum Zählkandidaten hergeben wollen. Heinrich v. Gagern hätte mit der Autorität, über die er damals verfügte, sich in einem Direktorium den maßgebenden Platz sichern können; er hatte den selbstlos-edleren Ehrgeiz, im Interesse des monarchischen Gedankens den österreichischen Prinzen an die Spitze zu bringen; diese Bescheidenheit, die zugleich ein politischer Rechenfehler war, gewann ihm menschlich auch die Kritischen. Der jubelnde Zuruf, den die Verkündigung des Wahlergebnisses durch Gagern im Parlament hervorrief, galt sowohl seinem noblen Präsidenten wie dem neuen Reichsverweser.

Zweiter Abschnitt

Die deutschen Grossmächte und die Reichsverweserschaft

Ich habe gar nichts gegen die Menge:
Doch kommt sie einmal ins Gedränge,
So ruft sie, um den Teufel zu bannen,
Gewiß die Schelme, die Tyrannen.
Goethe

In der Thronrede, mit der Friedrich Wilhelm IV. die preußische Nationalversammlung am 22. Mai eröffnete, sprach er sein Bedauern darüber aus, daß die inneren Verhältnisse Preußens es nicht gestattet hätten, das Ergebnis des Frankfurter Parlaments abzuwarten; die Einheit Deutschlands bleibe indessen sein unverrückbares Ziel.

Nichts hat aber die Einheit Deutschlands in Wahrheit mehr gefährdet als diese Konkurrenz der Parlamente; Preußen und eine ganze Anzahl von Bundesstaaten, darunter besonders die von Preußen abhängigen, beeilten sich in auffälliger Weise, durch eigene Ständeversammlungen ein Gegengewicht gegen das Frankfurter Parlament zu schaffen, es so an Wirkung und Einfluß zu lähmen. Robert Blum hat ja diese Vorgänge am 27. Mai in Frankfurt auch öffentlich zur Sprache gebracht, auf Grund einer Information des württembergischen Ministers Römer[1]).

Am 22. Mai 1815 hatte Friedrich Wilhelm III. durch Kabinettsordre das wichtigste seiner verschiedenen Verfassungsversprechen gegeben; die Eröffnung der preußischen Nationalversammlung war deshalb auf dieses Datum gelegt worden, denn Friedrich Wilhelm IV. liebte Gedenktage. Glück hat aber ein so bedeutungsvoller Anfang dem Berliner Parlament nicht gebracht. Wenn die Frankfurter Nationalversammlung doch wenigstens ihre Reichsverfassung einer besseren deutschen Zukunft hat vermachen können und sich so selbst das Denkmal gesetzt hat, das ihren traurigen Untergang für immer überdauert — so ist das Berliner Parlament am Altpreußentum zerschellt ohne solch greifbare und fortzeugende Hinterlassenschaft. Zu Frankfurt mußte man sich eine homunkulushafte Staatsgewalt zunächst einmal selbst schaffen, in der Hoffnung, es werde daraus schon die Helena deutscher Reichswirklichkeit leibhaft entstehen. In Berlin aber hatte man genau das an erdgewachsener, eigenwilliger, eigenrichtiger politischer Kraft zu viel, was man in Frankfurt zu wenig besaß. Ähnelte die Frankfurter Versammlung zu sehr einer politischen Akademie, so war die Berliner einem politischen Klub verwandter, als gut war. Weder gab das deutsche Parlament das ganze Deutschland, noch gab das preußische das wahre vollständige Preußen in seiner Vertretung wieder. In Frankfurt fehlte fast völlig die untere Schicht, in Berlin fast völlig die obere. Beide zusammen hätten vielleicht ein brauchbares

Ober- und Unterhaus ausgemacht. So wirkten sie, gleichartig und entgegengesetzt, aneinander vorbei, sie suchten sich, litten aneinander, sie waren aufeinander angewiesen und konnten sich nicht lieben.

Im Frankfurter Parlament steckte etwas vom Geist der Freiheitskriege und der großen Epoche der klassischen Literatur; es verband damit in seiner Mehrheit einen patrizierhaften Zug. Bei aller Weitläufigkeit und falsch angewandten Gründlichkeit besaß diese Versammlung einen Rhythmus von hoher deutscher, ja universaler Spannung. Das preußische Parlament wirkt daneben trivialer und provinzial gebunden; nicht als ob es vom Geist der preußischen Hauptstadt nichts in sich getragen hätte — es besaß eher zu viel davon; aber es war eben, wir wissen es, infolge der Umstände ein wenig zweite Garnitur, es bohrte sich, um sein Recht auf besondere Existenz zu beweisen, in das eigentlich Preußische so stark ein, daß es Deutschland fast darüber vergaß, und es gab diesem preußischen Wesen einen fortgeschrittenen Inhalt, der den noch vorhandenen Machtverhältnissen durchaus nicht entsprach. In dem Kampf der preußischen Nationalversammlung lebt schon etwas von der Konfliktszeit, ja von sehr viel späteren preußischen Wandlungen. Diesen royalistischen Obrigkeitsstaat in sein Gegenteil zu verkehren, war das schwerste Stück politischer Arbeit in Deutschland.

Die eigentliche Zusammensetzung der preußischen Nationalversammlung überraschte alle zeitgenössischen Beobachter und die Regierung am meisten. Man sah das genaue Widerspiel des Vereinigten Landtages vor sich. Der adelige Grundbesitz, die Ritterschaft des Vereinigten Landtages, Preußens charakteristischer Stand, war hier nur mit drei Abgeordneten vertreten; das war eine deutliche Antwort auf die Weigerung der Ritter im vorigen Jahre, den Städten und Landgemeinden einige Abgeordnete mehr zu bewilligen. Die Mehrzahl der Adeligen in der Nationalversammlung war liberal und demokratisch, der Schlesier Graf Reichenbach offener Republikaner. Dafür gab es aber nun eine stattliche Anzahl bürgerlicher Grundbesitzer und noch mehr wirkliche Bauern. Unter den 68 Bauern hatte Schlesien beinahe die Hälfte entsandt, darunter Tagelöhner und Häusler, die nicht lesen und nicht schreiben konnten. Es kam vor, daß diese Leute bei den Gegenproben der Abstimmungen in Masse ihrem eigenen ersten Votum entgegentraten. Als die ersten Diäten ausbezahlt wurden, küßten mehrere den Kommissaren die Hand und erklärten ohne Rückhalt, hier verdienten sie sechsmal mehr als zu Hause — hoffentlich dauere dieser Landtag recht lange[2]). Kaufleute und Fabrikanten gab es in der Nationalversammlung rund 40: die Zahl der Handwerker mit 28 Abgeordneten blieb aber nicht viel dahinter zurück. Auch Krämer und Handlungskommis waren vorhanden. Ein Arbeiter saß nicht in der Versammlung: der Goldschmied Bisky war als Vertreter gewählt, wurde aber nie einberufen. Die Zahl der Lehrer überwog mit 27 bei weitem die Gelehrten. Auffallend groß war die Zahl der Geistlichen (50), sehr viel katholische aus dem Rheinland, und bei den Evangelischen größtenteils Führer von Sekten und Gegner der Orthodoxie. Die eigentliche Masse auch dieses Parlaments waren Juristen: 100 Justizbeamte, 50 Verwaltungsbeamte, 28 städtische Beamte, und zwar überwiegend jüngere, also der Typus Kreisrichter, Staatsanwalt und Syndikus, eine von der überalterten Bürokratie und dem Adel niedergetretene Schicht, die nun endlich zur Wirkung kam: vielfach begabte Leute, publizistisch

beflissen, als Redner advokatisch, erfüllt von dem Selbstbewußtsein besseren Wissens, scharfen Denkens und rücksichtslosen politischen Wollens[3]). Von Anfang an wurde diese Nationalversammlung als schwere Bedrohung des Bestehenden aufgefaßt; bei einer solchen Kammer, urteilte der bayrische Gesandte, ist von einer Fortdauer der Monarchie, des Adels usw. nicht die Rede. Jedenfalls: die Nationalversammlung bewies, daß es ein neues Preußen gab, das sich nun mit bissiger Energie dem alten gegenüberstellte, das Preußen des postulierten Rechtsstaates, ein demokratisches Preußen der Intellektuellen, der Katholiken und der Freigeister, des Mittelstandes und der kleinen Leute, der Männer ohne Familie und Protektion, durchaus kein rein städtisches Preußen im Gegensatz zu einem altväterisch erhaltenen ländlichen, sondern ein in Bewegung geratenes Gesamtvolk der bisher Unterdrückten, bei dem nur die eigentliche Arbeiterschaft nicht vertreten war.

Wie in Frankfurt gruppierte sich die Berliner Versammlung von vornherein in eine Linke, eine Mitte und eine Rechte. Während aber in Frankfurt das persönliche Gewicht und die geistige Begabung der Abgeordneten ziemlich gleich verteilt war, eher aber nach der gemäßigten Mitte hin zunahm, zeigte die preußische Versammlung eine deutliche Überlegenheit an Kraft und Originalität bei der links gerichteten Mitte und bei der Linken. Mehr als in Frankfurt, wo auch kultur- und sozialphilosophische Gesichtspunkte die Parteibildung bestimmten, schied sich in Berlin alles nach der eigentlichen Verfassungsfrage. Die entschiedene Linke erstrebte das Einkammersystem nach streng parlamentarischer Doktrin, auf der Basis der Volkssouveränität, wobei denn für einen Monarchen höchstens der republikanische Präsidentenstuhl übrigblieb. Die Mehrzahl dieser Männer war ja auch mindestens dem Prinzip nach republikanisch gesonnen. Ihr stärkster Führer war Waldeck: eine Persönlichkeit von seltener Kraft und lauterster Gesinnung, bester Typus des hohen deutschen Richters, streng und warm, ernst und aufrecht, katholischer Westfale, und in beidem unerschütterlich, im Glauben und im Volkstum, der Bauernkönig genannt in früherer Zeit wegen seines aufgeschlossenen Sinnes für die erdgeborene Schicht, der er selbst fühlbar entstammte, in der kommunalen Selbstverwaltung wohlgeschult und deshalb im Praktischen erfahrener als mancher seiner Partei. Waldeck war durchaus kein frostiger Doktrinär: den Weg zur Demokratie hatte er sich schwer und zähe erarbeitet, wie es bei einem Manne seiner Herkunft und seiner frommen Gebundenheit sein mußte: den freien Volksstaat glaubte er nun als Erfüllung der Möglichkeiten des Diesseits genau mit derselben Sicherheit, mit der er zur jenseitigen Heilslehre seiner Kirche stand. In dem schon bejahrten Manne brannte ein reines Feuer, das auf viele überspringen sollte; es riß ihn auch in Niederlagen und politische Unhaltbarkeiten, denn sein Stolz war größer als der Instinkt für die gemeine Wirklichkeit hoher und allerhöchster Politik. Um so abgeschmackter war es, wenn die preußische Reaktion diesen grundanständigen Mann als heimlichen Ultramontanen oder später als Verschwörer zugunsten des roten Terrors zu verdächtigen und unmöglich zu machen versuchte.

War Waldeck der repräsentativste Redner der entschiedenen Linken, so wirkte Johann Jacoby lieber und besser als Organisator, als Bildner der Meinung, als Träger des Willens in den Kommissionen; nachdem er mit wenigen Stimmen bei

der Königsberger Wahl für Frankfurt gegen Eduard Simson unterlegen war, stürzte er sich mit verletztem Ehrgeiz auf die preußischen Aufgaben: ein Prinzipienmensch, dessen Wort messerscharf schnitt, ein kalter Logiker, dessen unerbittliche Folgerichtigkeit die Fülle des staatlichen Lebens spinozistisch-mathematisch erstarren und verarmen ließ, als Anreger und Wächter von hoher Bedeutung, für einen Führer und Schöpfer zu spröde und zu einsam. Ein ganzer fester Kerl war der dritte namhafte Führer der entschiedenen Linken, der vielbegabte Staatsanwalt Temme, nicht so würdig wie Waldeck, nicht so hart wie Jacoby, viel mehr Zeittypus als diese beiden, mutig, unterrichtet, voller Freude, die Mächtigen zu reizen, und aufrecht bei allen üblen persönlichen Folgen. Der vielbewunderte Volksredner Assessor Jung, eines der stärksten demagogischen Talente Berlins, der Buchdruckereibesitzer Berends, der schlesische Oberlehrer Stein, der Rheinländer d'Ester gehörten gleichfalls zu den einflußreichen Männern des Kreises im Hotel Mylius, wo sich die entschiedene Linke versammelte.

Gegenüber soviel Begabung und Temperament wirkte die eigentliche Rechte der Nationalversammlung ganz klein und arm. Vincke und Lichnowsky saßen eben in Frankfurt; für einen Mann wie Bismarck-Schönhausen gab es nach der Märzrevolution überhaupt keinen Parlamentssitz. Der brave Greifswalder Professor und Direktor der landwirtschaftlichen Akademie in Eldena, Eduard Baumstark, langweilte die Versammlung mit seinen abgestandenen, durch allzu bescheidene Witze aufgeputzten Kollegreden ebensosehr wie August Reichensperger mit seinen trockenen Plädoyers; für die eigentlichen reaktionären Mächte in Preußen waren solche Männer durchaus unbrauchbar, und das Märzministerium Camphausen hatte keinerlei Vorteil von ihnen, weil sie sowohl in Unterstützung wie in Gegnerschaft zu unwirksam waren. Die Schwächung der Rechten war einer der Gründe für die Spaltung der Mitte. Die Mitte war recht eigentlich die Partei des Tages, die Partei der Märzerrungenschaften. Sie war zu ehrlicher Mitarbeit an der Verwirklichung eines preußischen Verfassungsstaates bereit und glaubte dazu nur einer loyalen und homogenen Regierung zu bedürfen. Aber nicht bloß diese Voraussetzung ging fehl. Die Mitte war sich über ihr Ziel nicht einig; genau wie in Frankfurt schnitt die entscheidende Grenze durch diese Partei, die als geschlossener Block eine ruhige Entwicklung hätte erzwingen können. Die linke Seite des Zentrums war aufrichtig parlamentarisch, sowohl einem verkappten Absolutismus wie der republikanischen Staatsform feind; mit diesem allgemeinen Ziele war auch die rechte Seite des Zentrums einverstanden, aber sie nahm für sich nach altliberaler Art das Recht auf mäßigende, glättende Einwirkung in Anspruch. Diese rechte Seite, zwischen dreißig und vierzig Mitglieder stark, war nun durch den Zufall der Mandatsverteilung in der Lage, die wichtigsten Entscheidungen der 402 Mitglieder zählenden Versammlung durch ihr Gewicht entweder in mehr autoritativem oder in mehr demokratischem Sinne zu bestimmen. Ihr geistiges Haupt, der spätere Präsident der Nationalversammlung, Hans Victor v. Unruh, war gewiß ein ehrlicher und tapferer Mann; Gelegenheit, seine unerschrockene Gesinnung zu zeigen, sollte er noch genug bekommen. Aber für das Schicksal der Versammlung war doch dieses „Sowohl — als auch", diese vielwendige, zwar frei gesinnte, aber innerlich nach rechts gebundene Art, dieses angebliche Appellieren nur an die Vernunft und Anständigkeit von Fall zu Fall

ohne parteimäßige Schablone ein Verhängnis. Das rechte Zentrum, auch das eigentliche Zentrum genannt, die Partei des Hotel de Russie, ist in diesem Punkte die Vorläuferin der späteren Nationalliberalen[4]). Der persönliche Gegensatz zwischen Unruh und Rodbertus, dem Führer des linken Zentrums, hat offenbar auch wesentlich zu diesen Entwicklungen beigetragen. Die Art, wie Unruh in seinen Erinnerungen davon spricht, beweist es[5]). Unruh war ein Jurist, nüchtern und sachlich als Bürokrat, trocken und solide als Politiker; seine klare Gerechtigkeit befähigte ihn mehr dazu, eine unruhige und wenig reife Versammlung zu leiten, als politisch verwickelte Situationen zu durchschauen oder gar zu lösen. Rodbertus aber, der merkwürdige ökonomische Denker, als Erbe alten Besitzes selbstbewußter Schöpfer landwirtschaftlichen Neubetriebes, der nie beruhigte, ringende Kämpfer um soziale Gerechtigkeit, war eine Persönlichkeit von Farbe und Temperament, von diplomatischer Finesse und immer bewährter beweglicher Geisteskraft, ein Mensch, der stark anzog und natürlich auch abstieß, in dem aber jene Magie wirkte, ohne die eine Parteibildung nicht möglich ist. Daß das linke Zentrum, im wesentlichen sein Geschöpf, ihn auch einmal zur Verantwortlichkeit, selbst zur Ministerschaft emportragen würde, schien ihm nur natürlich. Ehrgeiz und Talent zeichneten auch manche anderen Mitglieder des linken Zentrums aus — es war ähnlich dem „Württemberger Hof" in Frankfurt die Fraktion der kommenden Männer: Gierke, der spätere Landwirtschaftsminister, Schultze-Delitzsch, der hier zuerst bekannt wurde, der bewegliche und temperamentvolle katholische Kaplan v. Berg, endlich der Staatsanwalt v. Kirchmann gehörten dazu, jener vielseitig begabte, als Finanzkritiker und kritischer Philosoph gleich scharfsinnige, politisch freilich wenig vorsichtige Freiheitsmann, den die Reaktion später so bitter verfolgen sollte, ohne ihn je unterzukriegen. Das linke Zentrum traf sich im Mielentzschen Saale Unter den Linden.

Der ehrwürdige Oberpräsident v. Schön vermochte als Alterspräsident die preußische Nationalversammlung nicht mehr zu meistern; ihr erster gewählter Präsident war der Breslauer Milde, Sohn eines reichen Kattunfabrikanten und selbst recht erfolgreicher Baumwollspinner, der sympathische Typ des wohlunterrichteten Fabrikherrn der Zeit, ein lebendig tätiger Mensch voll wohlwollender Gesinnung, noch im Stande, geradeaus, ohne Aufgetriebenheit, die Sprache der aufsteigenden Mittelklasse zu sprechen, zu abgewogen in sich, um Ehrgeiz nötig zu haben. Dieser treffliche Mann, der das Vertrauen der verschiedensten Kreise genoß und durch sorgsame Korrespondenz pflegte, ist dann der erste preußische Handelsminister geworden — wenn auch nur für wenige Monate. Als Präsident übertraf ihn an stimmlicher Fülle und Energie sein Nachfolger Grabow — jahrzehntelang der Oberbürgermeister von Prenzlau, ein Altliberaler von Takt, Schärfe und Umsicht, der Stolz aller Uckermärker, Typus der brauchbaren Koryphäe kommunalpolitisch tüchtiger Herkunft, mit deren ausgeglichener Begabung sehr zahlreiche Zeitgenossen zufrieden sein konnten, während die Nachwelt nicht mehr viel damit anzufangen weiß.

*

Schon vor dem Beginn der Sitzungen drohte ein Konflikt zwischen Ministerium und Nationalversammlung. Die Sitzungen sollten in der Singakademie,

die feierliche Eröffnung mit der Thronrede des Königs aber im Weißen Saale des Schlosses stattfinden. Dies erschien vielen Abgeordneten der Linken unziemlich: nach parlamentarischem Gebrauche sollte der König zur Volksvertretung kommen, und nicht umgekehrt. Da Camphausen erklärte, die Anordnung habe die Würde der Versammlung nicht antasten wollen, beruhigten sich die meisten. Die „Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung" begann also ihre Tätigkeit lange nicht mit dem freudigen Optimismus, der über ihrer größeren Frankfurter Schwester leuchtete. Zur Vereinbarung war sie offiziell berufen; sie fühlte sich in der Mehrzahl als „Constituante", ja als Nationalkonvent. Am ersten Tage schon ließ ihr die Regierung den Entwurf der künftigen Verfassung zugehen — eine treue Nachbildung der belgischen, aber mit mehreren charakteristischen Auslassungen und Veränderungen; es fehlte vor allem ein Gesetz über das Wahlrecht, über die Gemeindeverfassungen, über die Gestaltung der Volksbewaffnung[6]). Befremden erregte die der französischen Charte von 1814 zum Teil nachgebildete Zusammensetzung der Ersten Kammer. Außer den Prinzen des regierenden Hauses sollte ein Viertel der Abgeordneten aus Personen mit mindestens 8000 Taler Jahreseinkommen bestehen, die der König auswählte; drei Viertel sollten von den Wahlmännern der Zweiten Kammer gewählt werden — wählbar waren aber nur Personen, die entweder ein Einkommen von 2500 Taler bezogen oder 300 Taler direkte Steuern zahlten. Eine so plutokratische Gestaltung mußte bei der herrschenden Stimmung, die sich vielfach überhaupt gegen ein Oberhaus wendete, doppelt schwer verletzen. Außer dem Verfassungsentwurf legte das Ministerium auch eine Geschäftsordnung vor. Unklugerweise wurde sie in der ersten Sitzung nicht wenigstens provisorisch angenommen; es dauerte also eine ganze Zeit, bis die Versammlung wirklich festen Boden unter den Füßen hatte, und als es dann so weit war, zeigte es sich, daß dieser Boden voller Fußangeln steckte. Die Geschäftsordnung kopierte das französische und belgische Vorbild in wenig geschickter Weise. Was für die ordentlichen Versammlungen parlamentarisch geschulter Nationen praktisch sein mochte, erwies sich für eine außerordentliche Versammlung von Neulingen in außerordentlicher Zeit als verderblich. Alle Gesetzesentwürfe sollten in Abteilungen vorberaten, in eine jeweils gebildete Zentralabteilung weitergeleitet, von dieser nochmals an die Sonderabteilung zurückverwiesen und dann erst ins Plenum, und zwar nur zu einer einzigen Beratung und sofortigen Abstimmung, gebracht werden. Dieser Geschäftsgang verschleppte jede Erledigung und machte meist eine mühselige und sorgfältige Vorbereitung in ihrem Schicksal von zufälligen Majoritäten abhängig[7]).

Die nächste praktische Folge dieser Geschäftsordnung war, daß der Verfassungsentwurf in Kommissionsberatungen verschwand und das Plenum nichts Rechtes zu tun hatte. Es verzehrte sich deshalb in Interpellationen und Debatten allgemeiner Natur, durch die die vorhandenen Leidenschaften nur maßlos gesteigert wurden, so daß die Gebarung der Nationalversammlung von vornherein nur allzu oft der Würde entbehrte. Auch das Frankfurter Parlament hatte ja keine gute Geschäftsordnung; auch es neigte zu Allgemeinheiten und Überflüssigkeiten, aber es bewahrte doch in seinen besten und auch in seinen schlechteren Zeiten eine Haltung, die von den bösen Manieren der Berliner Nationalversammlung deutlich absticht.

Diese Unruhe des Parlaments hatte freilich eine sehr wesentliche Ursache in dem völligen Zwiespalt, der die außerhalb der Nationalversammlung in Preußen wirksamen politischen Faktoren auseinanderriß.

Diese sind: die Berliner Volksbewegung, das Ministerium und die Krone.

Der Erfolg der Märzrevolution hatte in der Hauptstadt eine latente Revolutionsstimmung hervorgebracht, die Monate lang dauerte. Die Gefahr des erneuten Umsturzes, noch mehr aber die Angst davor, machte alle Verhältnisse unsicher und verschlechterte besonders die traurige Wirtschaftslage immer empfindlicher. Mehrere tausend Wohnungen waren unvermietet, die Mietspreise sanken um ein Drittel, Menschenarbeit war billig geworden und stand jedem gegen geringes Angebot zur Verfügung. Demonstrationen folgten auf Demonstrationen, die Straßenliteratur wuchs üppig in die Höhe. Die Diplomaten fürchteten, im Falle eines neuen Ausbruches als Geiseln behalten zu werden; viele siedelten deshalb nach Potsdam über, andere richteten sich auf augenblickliche Abreise ein[8]). Wenn die Hof- und Militärpatina weggekratzt war, merkte man erst das Ärmliche und Proletarische des damaligen Berlin. Eine solche Stimmung schob den behäbigen Bürger nach rechts — er sehnte sich bald, schon aus Wirtschaftsegoismus, nach den alten Autoritäten; der kleine Mann ging aber aus demselben Grunde nach links, denn hier sah er die Macht des Tages, hier hörte er laute Stimmen, die eine bessere Zukunft in Aussicht stellten. Der bayrische Gesandte gibt etwa folgende Schilderung des äußeren Bildes von Berlin aus diesen Tagen: „Man erblickt jetzt in den Straßen Individuen und Gruppen, welche sonst niemals zum Vorschein kamen und ein Bild der Frechheit und Trunkenheit darbieten, die an die Zeiten der Terreur von 1792 in Paris erinnern. . . . Die Bürger sind in großer Besorgnis und fangen an müde zu werden[9]) [10]).“ Die Berliner Bürgerwehr hielt es nicht für ihre Aufgabe, bei den üblich gewordenen Straßenkundgebungen einzuschreiten, wenn diese auch tumultuarischen Charakter annahmen; sie sollte sich ja nicht in die Politik mischen und nur für den Schutz des Eigentums sorgen. Der bayrische Gesandte beklagt einmal diesen an sich vernünftigen Standpunkt und bemerkt etwas übertreibend, es herrsche „ein Zustand von Anarchie und Zügellosigkeit, der jede Sicherheit dem Zufall preisgibt“[11]). Die Stimmung des gewerblichen Mittelstandes, dem es ja schlecht genug ging, kam freilich zumeist in der Angst für die Reste des Eigentums und in der Wut darüber zum Ausdruck, daß Arbeiter und Lehrburschen immer noch genug verdienten, um sich zu betrinken und so in einen auch politisch wirksamen Taumel zu geraten, während der ordentliche Bürger nicht mehr genug habe, um sich satt zu essen[12]). Brotneid, Hetze, Angeberei, Verdächtigung und die Verquickung privater mit öffentlichen Motiven sind auch hier die deutlichen Fieberzeichen des sozialen Zersetzungsprozesses.

Eine besonders bemerkenswerte Schicht der Berliner Arbeiterschaft waren damals die sogenannten „Rehberger“, Erdarbeiter, die vom Magistrat mit der Einebnung der im Norden gelegenen Sandhügel am Rehberge und den Vorarbeiten zur Kultivierung des Bodens gegen reichlichen Tagelohn beauftragt waren. Es handelte sich um 600 bis 700 Arbeitslose, die für andere Arbeit ungeeignet schienen und die auf diese Weise Beschäftigung bekamen. Eine Dringlichkeit lag bei diesen Arbeiten nicht vor, ja kaum ein unmittelbarer Nutzen. Es war eine

Notstandsmaßnahme, eine der ersten dieser Art in Deutschland, die im Anfang als eine moderne Form der Wohltätigkeit dankbare Anerkennung fand. Wenn man gehofft hatte, auf diese Weise eine Anzahl unsicherer Elemente eine Meile vor der damaligen Stadt geschickt unterzubringen und zu beruhigen, so entwickelte sich nun die Arbeiterkolonie auf den Rehbergen geradezu zu einer revolutionären Zelle. Die Leute bildeten Assoziationen, duldeten keine Aufseher mehr, wiesen die Kontrolleure zurück, spielten, tranken, machten allerlei Unfug und setzten jeder Disziplin nur Hohn entgegen. Zur Arbeit kamen sie natürlich kaum noch, dafür befaßten sie sich mit Politik. Wenn man sie in Berlin brauchte, erschien ein riesiger Bauarbeiter mit einem Knüppel auf dem Wedding und brüllte: „Rehberger raus! Die Freiheit ist in Gefahr!" Dann marschierten sie ein, ein Fahnenträger voran, in geschlossener Kolonne, bald jedem bekannt durch ihre runden gelben Strohhüte mit den roten Hahnenfedern. Die Kanalarbeiter von Plötzensee und vom Köpenicker Feld betätigten sich in ähnlicher Art. „Berlin kann auf solche Weise nicht fortbestehen", schrieb bekümmert der bayrische Gesandte an den Schluß eines Berichtes über diese Verhältnisse und erwähnte noch, der Agent der Französischen Republik de Circourt sei auch darüber ganz entmutigt und habe gesagt, Europa bedürfe nicht nur eines Arztes, sondern eines Chirurgen[13]).

Die Rehberge waren während des ganzen Sommers eine Art Hauptquartier der Berliner Revolution. Noch im Jahre 1890 ist dort eine Kiste mit Gewehren und Säbeln gefunden worden, die aus dem Jahre 1848 stammte[14]). Die Bezeichnung „Rehberger" galt in Berlin lange Zeit als Spitzname für einen Menschen, dem man allerlei zutrauen kann; die Rehberger kämpften aber mit der ihnen eigenen Energie um ihren guten Ruf[15]).

Die Zahl der beim Spandau-Berliner Schiffahrtskanal beschäftigten sonst brotlosen Handarbeiter überstieg mit 1800 noch wesentlich die Zahl der Rehberger. Ein großer Teil, heißt es in einem Bericht an das Ministerium des Innern, zeigt sich der Unterstützung nicht würdig durch Faulheit und Trunksucht; es sei unerläßlich, den Akkordlohn an Stelle des festen Tagelohnes einzuführen. Ein schwerer Mißstand lag auch darin, daß sich die Arbeiter hier das abgeräumte Holz aneigneten, ohne daß die Forstbeamten dies verhindern konnten. Militär wollte man nicht einsetzen; es hätte kaum ein Bataillon genügt, und ohne Blutvergießen wäre das nicht abgegangen. Drohungen mit Klage wegen Raub und Brandstiftung nutzten gar nichts. Die Bürgerwehr konnte man nicht zuziehen, weil der Schauplatz sich außerhalb des Weichbildes von Berlin befand. Auf der Jungfernheide spielten sich ganz ähnliche Szenen ab. Die Leute aus Moabit verwüsteten am hellen Tage ungescheut die dortigen Holzbestände; ganze Stämme wurden niedergelegt. Die Männer, die bei den Erdarbeiten beschäftigt waren, erschienen abends mit den Äxten, und bei Tage sägten sich Frauen und Kinder die Scheite zurecht[16]).

Die Arbeiterfrage, deren Wichtigkeit von Woche zu Woche zunahm, führte am 10. Mai zu einem ungewöhnlichen Exzeß vor dem Ministerhotel v. Patows, des damaligen Verwesers des Handelsministeriums[17]). Der Magistrat hatte eine größere Anzahl Arbeiter in Treptow und Rummelsburg, die nicht im Akkord arbeiten wollten, entlassen und durch öffentliche Bekanntmachung vom 27. Mai die Bürgerschaft auf die üblen Mißstände an den Rehbergen aufmerksam gemacht. Die Arbeiten müßten eingestellt werden. Nun erschienen am Abend des 30. Mai

600 Arbeiter vor Patows Haus und verlangten sofortige Beschäftigung. Ein Mann namens Joel Sachs, den die Polizei als politischen Agenten schon kannte, hielt eine aufreizende Rede. Der Ministerverweser erklärte, 20 Taler an die Menge verabreichen lassen zu wollen, wenn sie sogleich abzöge. Das wurde abgelehnt. Die Vordersten sprengten die Haustür und drangen ein. Da erschien endlich die Bürgerwehr, ihr Hauptmann weigerte sich aber, der Aufforderung der Polizei zu folgen und einzugreifen, weil das zu Ausschreitungen führen würde. Die Bürgerwehr sah also Gewehr bei Fuß den Vorgängen von der Leipziger Straße aus zu. Dem bedrängten Ministerverweser blieb nun nichts anderes übrig, als neue Arbeit zu versprechen und den Leuten zehn Silbergroschen als eine Abschlagszahlung aushändigen zu lassen. In Reih und Glied stehend nahmen die Arbeiter dieses Geld in Empfang und zogen dann völlig beruhigt ab. Im ganzen zahlte Patow 243 Taler gegen Quittung aus. Bei den Akten befindet sich eine Liste von 751 Arbeitern, die den „Vorschuß" empfangen hatten — Seidenwirker, Kattundrucker, Zigarrenmacher, Goldarbeiter, Schornsteinfeger, Tabakspinner, Raschmacher, Maurer, Weber, Tischler, Strumpfwirker, Schuhmacher, Lackierer, Brettschneider: Vertreter also von Gewerben, denen es damals besonders schlecht ging. Obgleich nun Patow nachher erklärte, es handele sich nicht um einen Vorschuß, sondern um eine persönliche Auslage, er wolle nichts wiederhaben, das, was einzelne zurückerstatteten, werde er der Stadt überlassen, schickte sich die Polizeiverwaltung doch an, die Gelder wieder einzuziehen, zur Erbitterung der Arbeiterschaft.

Patow verbat sich jede unbefugte Einmischung des Polizeipräsidenten und gab ihm zu verstehen: als er die Polizei hätte brauchen können, sei sie nicht dagewesen[18]). Große Gruppen von Arbeitern wurden in den nächsten Tagen schon wieder eingestellt: die Aufregung ging aber weiter. Es wurde in der Arbeiterschaft sehr übelgenommen, daß die „Bürger" Waffen haben sollten, sie aber nicht. Die Bürgerwehr verhielt sich in Berlin, ganz ähnlich wie in Wien, gegenüber der Arbeiterschaft sehr exklusiv und fühlte sich als Beschützerin von Besitz und sozialer Ordnung[19]). Die Forderung auf allgemeine Volksbewaffnung wurde mit der Begründung abgelehnt, es seien keine Waffen mehr da. Nun traf es sich, daß ein mit Flinten beladener, für die Bürgerwehr in Luckenwalde bestimmter Wagen in der Nacht von Arbeitern angehalten wurde; die Arbeiter beobachteten jetzt das Zeughaus, und es wurde festgestellt, daß auch zwei mit Waffen beladene Kähne abgegangen waren, ein dritter zur Abfahrt bereitstand. Man bemächtigte sich des letzteren, schaffte die Waffen ins Zeughaus zurück und benutzte die Gelegenheit, eine lafettierte Kanone in Besitz zu nehmen. Auch dabei leistete die anwesende Bürgerwehr keinerlei Widerstand — sie unterstützte sogar eher das Unternehmen; den ganzen Tag und die halbe Nacht war das Zeughaus umlagert; der Volkshaufen schrie nach Waffen. In den Zelten wurde eine Volksversammlung angesagt; man erklärte, zum König ziehen und die allgemeine Bewaffnung erzwingen zu wollen. Der Ruf nach Waffen ertönte von Straße zu Straße[20]).

Die Lage schien so bedrohlich, daß ein Sicherheitsausschuß für die Stadt Berlin eingesetzt wurde, der aus dem Polizeidirektor im Ministerium des Innern, dem Stadtkommandanten General Aschoff, dem Polizeipräsidenten Minutoli und einigen gewählten Offizieren und Wehrmännern bestand. General Aschoff wurde im Kommando der Bürgerwehr, das er bis dahin auch innegehabt hatte, durch den

Major a. D. Blesson ersetzt, der gleichfalls dem Sicherheitsausschuß beitrat. Aschoff hatte sowohl bei den oberen Behörden, deren Vertrauensmann er zuerst war, wie bei der Volksbewegung durch sein Lavieren und seinen Mangel an Energie verspielt. Auch wollte er seine militärische Charge nicht aufgeben, wie die Mehrheit der Bürgerwehr verlangte[21]). Das Zeughaus wurde nun gemeinsam von Militär und Bürgerwehr bewacht; die Arbeiter der Borsigschen Eisengießerei wurden mit fünfhundert Gewehren ausgestattet und als der zuverlässigste und am höchsten stehende Teil der Berliner Arbeiterschaft zum Schutze der Stadt mitverwandt, als Gruppe des 17. (Borsigschen) Bataillons der Bürgerwehr[22]). Die Maschinenarbeiter haben sich in einem Maueranschlage einmal mit berechtigtem Selbstbewußtsein die „ehernen Säulen der Demokratie“ genannt.

Diese Neuregelung steigerte aber die Unzufriedenheit, statt sie zu beruhigen. Die Volksbewegung sah in dem Sicherheitsausschuß den Beginn der Reaktion, die Royalisten empfanden ihn als neues Zugeständnis an das revolutionäre Prinzip. Die „Bewegungspartei“, wie man damals sagte, benutzte jedenfalls alle Gelegenheiten, um die vorhandene Erregung wachzuhalten. Bei der großen Bürgerwehrparade Ende Mai, bei der 20000 Mann vor dem König vorbeizogen, entfalteten Studenten der extremen Richtung vor der Universität schwarze Fahnen. Zum Sonntag, 4. Juni, hatte das freiheitlich gesinnte Studentenkomitee eine große Demonstration im Friedrichshain an den Gräbern der Gefallenen vorgeschlagen; der Gedanke wurde von den Klubs begeistert aufgenommen. Zwar lehnten die städtischen Behörden und die Nationalversammlung eine offizielle Beteiligung ab; auch die Bürgerwehr gestattete ihren Angehörigen nur, unbewaffnet, als Privatpersonen, sich anzuschließen. Vielleicht gelang gerade deshalb der Zug auf eine besondere, neue Art: das Volk selbst, ohne Waffen, feierlich und diszipliniert, ehrte seine Toten — an 6000 Menschen waren dabei. Zum ersten Male erschienen hier in Berlin die großen roten Fahnen des Demokratischen Klubs; auch auf den aufgestülpten Hüten trugen die Komiteemitglieder rote Federn und dazu Schärpen von den gleichen Farben, viele hatten rote Kappen auf. Es ging das Gerücht, die Republik sollte an diesem Tage proklamiert werden; die Volksführer haben offenbar gar nicht daran gedacht. Sie wollten aber die Massen an revolutionäres Selbstgefühl gewöhnen[23]).

*

Das größte Thema dieser Tage wurde nun die Rückkehr des Prinzen von Preußen. Seine Abreise war ja eine politisch sehr wenig glückliche Handlung gewesen. Der großherzoglich-hessische Gesandte General v. Schäffer-Bernstein gibt am 21. Mai folgende denkwürdige Schilderung der Lage: die Prinzessin von Preußen ist ganz isoliert, besonders schlecht ist ihr Verhältnis zur Königin, die Sorge um die Thronfolge erfüllt sie; „wahre und falsche Freunde des Prinzen und des Königs“ haben zur Entfernung des Prinzen gedrängt, „die doch eine Flucht war und nichts anderes! Plan und Absicht der Verschworenen war, den Prinzen zu entfernen, um mit dem Könige desto schneller fertig zu werden. Der Prinz von Preußen hätte in der Mitte seiner Garden bleiben sollen, die ganz sicher waren[24])“. König Friedrich Wilhelm IV. folgte also einem richtigen Instinkt, wenn er beim Ministerium Camphausen die Rückkehr seines Bruders eifrig betrieb,

seine eigene Stellung war dann gesicherter, denn der Prinz galt auch bei den meisten Royalisten als einstweilen unmöglich, und eine Abdankung sowohl des Königs wie des Prinzen zugunsten des jungen Prinzen Friedrich, an die ja auch viel gedacht worden ist, konnte bei niemandem lebhafteren Widerstand finden als beim Prinzen von Preußen selbst. Der Aufenthalt in England war insofern ein Glück für ihn, als er unter der Einwirkung Bunsens und der englischen Königsfamilie eine etwas westlichere Auffassung des konstitutionellen Problems bekam; Bunsen hatte seinen Aufenthalt sofort in einem Artikel der „Times", den der Prinz billigte, als durch eine vertrauliche Mission des Königs an die Königin veranlaßt dargestellt; alles wurde getan, damit der preußische Thronfolger nicht mit den zahlreichen anderen flüchtigen Königen und Machthabern verwechselt werden sollte; Prinz Albert empfing ihn in Uniform, und als der Herzog von Wellington den Prinzen von Preußen aufs Land zu einer zahlreichen Gesellschaft einlud, hatte Metternich den Takt, abzusagen, damit dieses Zusammensein nicht aussah wie ein diplomatischer Kongreß von Reaktionären[25]). Der Beschluß des Staatsministeriums vom 8. Mai, die Rückkehr des Prinzen vorzubereiten, wurde schnell bekannt und rief sofort Demonstrationen, Maueranschläge und Umzüge hervor. An die 6000 Menschen marschierten in geschlossenem Zuge die Wilhelmstraße herunter, eine Deputation verhandelte mit Auerswald und Schwerin. Vor dem Palais des Prinzen fanden Aufläufe statt, die Fensterscheiben wurden zertrümmert, die Inschrift: „Nationaleigentum" wieder erneuert. Der politische Klub erließ einen Protest gegen die Rückkehr. Das Ministerium mußte sich die heftigsten Angriffe gefallen lassen — der Volksredner Schasler verglich es mit einer Leiche, mit deren Betastung man sich nicht verunreinigen möge[26]). Vor dem Schönhauser Tor fand am Sonntag, dem 14. Mai, eine „bewaffnete Volksversammlung" statt, die eine Deputation von vier Personen an das Staatsministerium schickte mit der Erklärung: die Zurückberufung des Prinzen werde gemißbilligt, sie sei überflüssig, gefährde die Ruhe des Staates und werde durch unzutreffende Gründe unterstützt; es sei der konstituierenden Nationalversammlung anheimzugeben, die Rückkehr des präsumtiven Thronfolgers zu veranlassen, sobald seine Anwesenheit nötig sei; auch sollten erst die Dokumente über die gegenwärtige Mission des Prinzen veröffentlicht werden, um durch Offenheit und Wahrheit das erschütterte Vertrauen des Volkes wiederherzustellen[27]).

Niemand im Volke glaubte ja an die vertrauliche Mission, niemand konnte auch recht an die so plötzliche Wandlung in den Anschauungen des Prinzen glauben. Eine Flugschrift: „Der Prinz von Preußen und die Berliner Revolution" kennzeichnet so recht die erbitterte Stimmung, die gegen ihn und das nach der öffentlichen Ansicht von ihm repräsentierte System herrschte[28]); der Prinz wird darin als der Träger des „starren und absolutistischen Soldatentums" geschildert; im alten preußischen Staatsmechanismus nehme dieses eine „zivil- und zivilisationsfeindliche, erbitternde Stellung" ein; „dadurch entstanden Offiziers- und Feldwebelkarikaturen, nach deren Kasernenphilosophie der Staat und die Bürgerkanaille überhaupt nur der Soldaten wegen da war". Die Gegenseite ließ sich aber nicht verblüffen. Ein Flugblatt vom 15. Mai trägt zum Beispiel die Überschrift: „Der Prinz von Preußen muß zurückkommen!"[29]) Im Text war kurz und knapp gezeigt, daß der Prinz am 18. März überhaupt kein Kommando geführt habe, daß

er sich der Volkswut aus Hochherzigkeit entzogen habe, daß die Partei der politischen Klubs nicht Berlin sei und daß man sich dieser Herrschaft schämen müsse[30]).

Obgleich der Prinz von Preußen schon in einem Briefe an Alexander v. Humboldt seine Rückkehr angekündigt hatte, obgleich ein höherer Offizier nach London abgeschickt worden war, um die Aufforderung des Königs zu überbringen, wurde die Ankunft doch noch hinausgeschoben, um erst einmal die Nationalversammlung zusammentreten zu lassen[31]). Auch beschloß das Staatsministerium am 15. Mai, der Prinz solle vor seiner Ankunft sein Einverständnis mit den neuen Einrichtungen öffentlich erklären[32]). Diese Erklärung ist dann auch mit dem Datum „Brüssel, den 30. Mai“ erfolgt und am 4. Juni im Staatsanzeiger veröffentlicht worden; sie weicht nur geringfügig von dem Entwurf ab, den das Ministerium dem Prinzen zugeschickt hatte. Bereits am 7. Juni war der Prinz, der sich noch in Belgien und Hannover aufgehalten hatte, in Potsdam und nahm am Gottesdienst zu Ehren des Todestages der Königin Luise teil. Die Absicht bestand, dann sogleich nach Berlin zu kommen und die Nationalversammlung, in die er für den posenschen Kreis Wirsitz als Abgeordneter gewählt war, durch seinen Eintritt zu überraschen. Zum Unglück wurde aber hierfür zwischen dem Adjutanten und dem Präsidenten eine Stunde verabredet, die nicht eingehalten werden konnte, da die Sitzung ungewöhnlich rasch vonstatten ging und eine Stunde früher als sonst zu Ende war. So mißglückte also der Plan, dessen Ausführung wahrscheinlich eine gute Wirkung getan hätte. Als der Prinz dann am 9. Juni zu der Sitzung fuhr, wußte jeder, daß er kommen würde. Eine kleine Gruppe empfing ihn auf der Straße mit Hochrufen. Als er in der Versammlung erschien, in Uniform, blieben die Minister sitzen, ein Teil der Abgeordneten erhob sich, ein anderer nicht. Viele wurden von anderen daran gehindert. Der Prinz konnte zunächst seinen Platz nicht finden und mußte das Ende der Rede abwarten, die gerade gehalten wurde. Dann bekam er das Wort und sprach befangen, aber auf seine einfache, offene, anständige Weise. Die Sätze waren genau vorbereitet, der Eindruck war lau. Die Mitglieder der Rechten riefen Bravo, auf der Linken wurde gezischt. Als der Prinz seinen Wagen bestiegen hatte, begleiteten Studenten von der nahen Universität die Abfahrt mit Zischen und Pfeifen, und zwar so laut, daß es in der Singakademie von der Nationalversammlung gehört werden mußte. Dem Ministerium wurden von den Royalisten starke Vorwürfe gemacht, daß es die Sache nicht besser vorbereitet habe; man nahm an, daß das in Rücksicht auf seine eigene Stellung geschehen sei. Im Diplomatischen Korps herrschte Empörung über die Blamage, die dem Thronfolger zuteil geworden war. Tatsächlich hatte sein Auftreten, wie der württembergische Gesandte Reinhard urteilt, den gewünschten Effekt verfehlt: „Es war weder seiner Würde noch seinen Interessen entsprechend, so überraschend seine Rechte als Abgeordneter anzutreten“ — besonders, weil er ja gleich das Mandat seinem Stellvertreter überließ[33]).

*

Der Prinz verschwand nach Potsdam, und der Zwischenfall verstärkte nur die kecke, entschiedene Haltung der Linken in der Nationalversammlung; die antidynastische Stimmung wuchs. Die Flugschriften, Zeitschriften und Zeitungs-

literatur im damaligen Berlin ist reich an ausgesprochen republikanischen Kundgebungen. Eine Schrift, die das Märkische Museum aufbewahrt, nennt sich zum Beispiel „Republikanischer Katechismus für das deutsche Volk". Das Kapitel I handelt da von den überflüssigen Fürsten; ein Fürst, heißt es, ist dasjenige Individuum, das auf Kosten von Millionen prachtvoll wohnt, Austern speist, Champagner trinkt, sich Mätressen hält, ins Theater geht, Kabinettsordres unterzeichnet, aus Langweile Reisen macht, sich dafür füttern läßt usw. In Deutschland gebe es 34 regierende Nichtstuer, 1353 nichtregierende Garnichtstuer, dazu die Pfaffen, die Mucker, die Leibeigenen — das seien nämlich die Soldaten, die man Maschinen ohne Willen nennen könnte; ein Untertan sei kein Mensch, sondern ein Ding, das verkauft und vererbt werden kann.

Nun wird die Frage aufgeworfen: „Was ist ein konstitutioneller Fürst?" Antwort: „Ein bankerotter Kaufmann, der keine eigene Firma mehr führen darf, trotzdem auf Kosten der Betrogenen sich bene tut." — „Was wird verantwortliche Minister?" „Diejenigen, auf deren Namen das Schwindelgeschäft fortgeführt wird." — „Was ist eine Konstitution?" „Der Schlauch, durch den das Vermögen des Volkes in die Kasten der Fürsten fließt; ein Schwamm, der die Kräfte des Staates einsaugt, eine Lotterie, in der das Volk immer verliert." — „Was ist eine konstitutionelle Kammer?" „Eine Versorgungsanstalt für solche, die nicht auf Akkord arbeiten wollen, ein Schlafzimmer für ‚Ja'sager und Faulenzer, ein Konzertsaal für Trommler und Pfeifer." — „Was ist eine konstitutionelle Thronrede?" „Eine Lüge." Eine konstitutionelle Verfassung wird dann ein Gewebe von Lüge und Betrügereien genannt, das das Volk an den Bettelstab bringt; bei einer Revolution müsse das Volk nicht auf der Mitte des Weges stehenbleiben; es müsse von der Staatsbühne die Komödianten und Heuchler forttreiben, es müsse Volksmörder und Verräter vernichten. Der Schluß lautet: „Es lebe die deutsche demokratische Republik!" Als Verfasser, Drucker und Verbreiter dieses von den Behörden scharf verfolgten „Republikanischen Katechismus" wurden Cohnheim, der Buchdrucker Fähndrich und der Student Fernbach wegen versuchten Hochverrats und Teilnahme daran angeklagt; die Verhandlung fand am 28. September statt; da das Gericht auf Nichtschuldig erkannte, appellierte der Staatsanwalt; am 9. Juni 1849 erkannte die zweite Instanz auf zehnjährige Festungsstrafe. Cohnheim war aber inzwischen flüchtig und vergebens steckbrieflich verfolgt worden. Das Urteil für die anderen wurde in dreijährigen Festungsarrest verwandelt[34]).

Die zeitlich frühere Flugschrift von Robert Springer, „Die Tyrannen", die gleichfalls in der Sammlung des Märkischen Museums aufbewahrt wird, verfolgt das gleiche Ziel wie der „Republikanische Katechismus", aber in weniger grober, sondern mehr pathetisch-leidenschaftlicher Art.

Die Märzrevolution hatte die sozialrevolutionäre Flamme in Berlin entzündet. In der Volksbewegung der Straße steckte als ernsteste Macht diese unbürgerliche, antibürgerliche Leidenschaft. Die Begriffe Republik, Demokratie verbanden sich mit der Idee der sozialen Neuordnung. Die Gegenschrift eines Wahlkandidaten, Dr. E. Grosse, wirft auf diese Zusammenhänge helles Licht: „Das erschütterte König- und bedrohte bürgerliche Besitztum oder: was liegt eigentlich hinter der Frage verborgen: ob Republik? ob Monarchie?[35])" Auf Seite 16 wird hier die

Arbeiterfrage als die Lebensfrage des gegenwärtigen Kabinetts, aber noch mehr als die Lebensfrage des Staates, der Nation überhaupt bezeichnet. „Das Königtum hat nur dann eine Zukunft, wenn es durch . . . schnelle Lösung der materiellen Notlage der republikanischen Fraktion den Angriff abschneidet." Der Verfasser empfiehlt einen deutschen Nationalrettungsfonds für die Organisation der Gewerbe- und Arbeiterverhältnisse sowie eine allgemeine deutsche Kreditbank zur Hebung und Unterstützung des kleinen bürgerlichen Gewerbs- und Handwerkerstandes. Der Demokratische Klub richtete eine eigene Kommission zur Unterstützung brotloser Arbeiter ein und geriet deshalb mit dem Magistrat der Stadt Berlin in eine erbitterte Fehde; der Magistrat faßte die Tätigkeit der Kommission als einen Eingriff in die ihm zustehende Armenpflege auf und erregte besondere Erbitterung durch seine Redewendung von den „angeblichen Schrecken des Hungers". Die Zeit strebte ganz deutlich aus bürokratischer Wohltätigkeit heraus zu sozialpolitischer Hilfsbereitschaft.

Die Berliner Arbeiterbewegung trug teilweise ausgesprochen sozialistisch-kommunistischen Charakter. Einer der tätigsten Agitatoren war der Sohn des bekannten schlesischen Fabrikanten Friedrich Wilhelm Schlöffel, Mitgliedes der Linken der Frankfurter Nationalversammlung. Der jüngere Schlöffel, Gustav Adolf mit Vornamen, Student, war der Leiter der bei Marquardt und Steinthal gedruckten Zeitschrift „Der Volksfreund", die datiert war: „Jahr I der Freiheit". Da wurde der Sieg des Volksrechtes, der Volkskraft gefeiert, da wurde der Wille des Volkes als die alleinige Machtvollkommenheit, als der neue Selbstherrscher charakterisiert: null und nichtig seien jetzt alle freiheitmörderischen Satzungen; aber, so wurde gefragt: „Wie wird die Milde des Volkes gelohnt werden? Schon wieder tritt die grausende Hydra der politischen Glaubensverfolgung hervor." Als letztes Ziel wird die Organisation der Arbeiter und der Arbeit verlangt. — Das Eigentum sei verwerflich, weil es den eisernen Zufall heilig spricht: „Es gibt ein Eigentum, das bloß in den üblichen Bedürfnissen der Menschen besteht, in Hausgerät, Münze . . . Solche Bedürfnisse soll so viel als möglich jeder Mensch auf das beste befriedigen . . . Es gibt aber auch eine Eigentumsmaschine, das heißt ein Kapital. Müssen solche Kapitalien alle Menschen besitzen? Nein — die Mehrzahl besitzt kein Kapital . . . Der Sklave wird mit den Waffen bezwungen, der Arbeiter durch Armut und Konkurrenz." Am Schluß dieses Aufsatzes heißt es: „Die Freiheit aller Völker lebe hoch![36])"

Schlöffel vertrat seine Lehren mit Feuereifer sowohl in der Universität wie in den Arbeitervereinigungen; die Behörden machten dem Organ bald Schwierigkeiten. Am 19. April schrieb er: „Einst haben die Juden Barrabam freigegeben, um einen großen Volksaufwiegler und Revolutionär, der Jahrtausende als Gott verehrt werden sollte, zu hängen. Morgen wollen wir den Barrabas Camphausen nicht freigeben und unsere Freiheit retten." Daraufhin erfolgte seine Verhaftung. Noch aus dem Gefängnis schrieb er für das Blatt die schärfste Kampfansage an das Bürgertum: der „Volksfreund" wolle nicht die Konterbande seines Liberalismus durch die Meute der bürgerlichen Engherzigkeit unter der Devise: „Freiheit", „Ordnung", „Ruhe" einschmuggeln, mit oder ohne Spieß, mit oder ohne Kokarde. — Der Staatsanwalt v. Kirchmann, der Abgeordnete der Berliner Nationalversammlung, war milde — es wurde ihm später bitter vorgeworfen —,

und der neunzehnjährige Kommunist kam mit sechs Monaten Festungshaft davon. Große Volksdemonstrationen protestierten dagegen. Schlöffel floh später aus der Festung Magdeburg, kämpfte in Ungarn und fiel im badischen Aufstand 1849, bei Waghäusel — ein ganz unreifer, aber edler Fanatiker voll wahrhaft revolutionären Temperaments[37]). Ein Gedicht im „Volksfreund" hat er überschrieben: „Es lebe das Proletariat."

Das Organ des „Volksvereins für Arbeiter und Arbeitgeber" war die „Volksstimme", deren erste Nummer am 6. April erschien. Max Schasler entwickelte hier, daß die Interessen des besitzlosen Arbeiters vertreten werden sollten, des „markigen Kerns des Volkes"; gefordert wurde wahrhafte Volksbewaffnung als Gegengewicht gegen die Gewaltherrschaft der Bürgerpolizei und des Militärs und gegen den falsch verstandenen Patriotismus, ferner wahrhaft politische und sittliche Volksbildung als Gegengewicht gegen die „gesinnungslose Ver- und Überbildung der mittleren und höheren Stände". In diesem Organ wurden viele Petitionen des Buchbindergewerbes, des Schlossergewerbes, der Gold- und Silberarbeiter abgedruckt — alle diese Handwerks- und Arbeitsgruppen waren ja genau wie die Beamtengruppen in stürmischer Bewegung und strebten nach neuen Assoziationsformen. In der „Volksstimme" wurde auch der Plan zur Gründung eines Proletarierbundes entwickelt: jeder, der weniger als einen halben Taler am Tage verdient, sollte dazugehören; der Staat sollte für Wohnung, Arbeit und Brennholz sorgen; Bäcker, Schuster und Schneider wären aus der Mitte des Proletariats zu wählen(!); jeder Bezirk habe seine Schule, Kirche und sein Vergnügungslokal; die allgemeine Liebe sei Sonne des „Proletbundes", die allgemeine Zucht und Ordnung seine Sterne[38]).

Auch Wilhelm Weitling war in Berlin erschienen und begründete eine Wochenschrift mit dem aktuellen Titel „Der Urwähler", als Organ seines Befreiungsbundes. Der Prospekt vom 10. Oktober, mit der Vignette eines Hahns geschmückt, der die Sonne ankräht, kündigt das Blatt als Organ für das gesamte Assoziationswesen und als Ratgeber für Auswanderungsinteressen an. Die erste Nummer trägt als Motto die Sätze: „Keine Güterverteilung, keine Zwangsarbeit, aber besonnene Arbeit und ehrlichen Handel für alle!" In dem Einleitungsartikel wird die amerikanische Freiheit als eine „unordentliche" Freiheit geschildert, von welcher der den größten Genuß hat, der der Reichste, Stärkste und Listigste ist: es ist das die „Anarchie der Freiheit". Der Befreiungsbund will im Gegensatz dazu die Beamten zu Staatsarbeitern machen mit verhältnismäßig gleichem Lohn; der Staat soll allen Arbeit geben, die Arbeit verlangen, und sie dafür wie seine Beamten entlohnen, er soll alle Arbeitsunfähigen, welche erhalten werden müssen, so anständig wie die Beamten erhalten. Weitling stuft die Mitgliedschaft in drei „Grade" von Teilnehmern ab: solche, die die Grundsätze unterschreiben, solche, die auf das Organ des Bundes abonnieren, endlich solche, die den Logen des Bundes beitreten und sich gegenseitige Unterstützung in Alter und Krankheit sichern[38]).

Praktischer und nüchterner verlief die Wirksamkeit Stephan Borns und seines Zentralkomitees (vgl. Band I, S. 533). Er wollte nicht mit solchen Volksbeglückern in Wettbewerb treten, sondern die Arbeiterschaft organisieren: „Vieles zu wollen, ist leicht", schrieb er in dem Aufruf vom 20. Mai, „etwas zu erreichen, ist

schwerer[39]). Der Schriftsetzer Born war es auch, der den am 28. April beginnenden Berliner Buchdruckerstreik leitete, den ersten seiner Art. Er brach freilich traurig zusammen, da die Polizei die Streikenden mit Ausweisung bedrohte. In ganz Deutschland pflanzte sich diese Buchdruckerbewegung fort. Sie endete meist mit freiwilligen Aufbesserungen durch die Arbeitgeber. Andere Gewerbe folgten mit ähnlichen Forderungen auf Verbesserung des Arbeitslohns und Verkürzung der Arbeitszeit. Stephan Born gründete als „sozialpolitische Zeitschrift" das vom 1. Juli ab erscheinende „Volk": er wollte darin sowohl dem Bürgertum helfen, im Kampf gegen die „Aristokratie", bei der Aufrichtung also einer wahren Volksherrschaft, zugleich aber auch dem Gewerbetreibenden und dem Arbeiter beistehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz. Das war wirklich eine neue Betrachtungsweise; sie verdient zum ersten Male den Namen „sozialdemokratisch". Für die Schwärmer, „die ewig nach dem Kranze der Guillotine fassen, weil sie selber keinen Kopf zu verlieren haben", für allen „tränenfeuchten und liebesschmachtenden Sozialismus" hatte Born denselben Spott wie Karl Marx, mit dem er dauernd in Verbindung stand, als dessen Jünger er sich fühlte, ohne daß man aber den Kern seines Programmes marxistisch nennen könnte. Viel eher nimmt er in bescheidener Form Lassalle vorweg. Der Ton seiner Zeitschrift ist auch entsprechend trocken und nüchtern, eher handwerklich solide als arbeiterhaft-revolutionär. Immerhin enthält das Arbeiterprogramm Borns in seinen dreizehn Punkten eine Fülle merkwürdiger Ideen: Minimum von Arbeitslohn und Arbeitszeit, durch gemischte Kommissionen festgesetzt, Assoziationsrecht der Arbeiter, progressive Einkommensteuer, unentgeltlicher Unterricht, unentgeltliche Volksbibliotheken, Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten, Versorgung der Invaliden und Hilflosen mit Arbeit, Schutz gegen willkürliche Entlassungen.

Die eigenartigste Figur unter den Berliner Volksmännern dieser Tage ist der uns schon bekannte Friedrich Wilhelm Held: ehemaliger Leutnant, vagierender Schauspieler, Belletrist, durch die Amnestie der Märzrevolution von der Festungshaft in Magdeburg befreit und nun von der Zeitbewegung schnell in die vorderste Reihe getragen. Als Redner unterhielt er, gewandt und leicht verständlich, die Menge in den Zelten durch die Schlagkraft seines Witzes, peitschte aber dann diese gutwillig gemachten Hörer mit Hohn und Bitterkeit in einen fanatischen Oppositionsrausch hinein. Da ihm immer wieder etwas einfiel und da er auch Fremdes mit spielender Leichtigkeit aufgriff und verwertete, so wuchs seine Anhängerschaft; namentlich die Maschinenbauer liebten ihn — sie bildeten ja einen eigenen Verein, und über diese nicht zu verachtende solide Mannschaft konnte er nun so unumschränkt wie nur je ein Tribun verfügen. In seiner wiedererweckten, seit dem 1. April erscheinenden „Lokomotive" verfocht er ein etwas verschwommenes Rechtsstaatsideal; die Hauptsache war ihm die Meinungs- und Oppositionsfreiheit, die er nun scharf und hämisch gegen die bestehende Staatenwelt und vor allem gegen den vorsichtigen großbürgerlichen Liberalismus benutzte. In der ersten Nummer der „Lokomotive", der „Zeitung für politische Bildung des Volkes", schrieb Held z. B.: „Es geht der preußischen Konstitution wie der Frage über die Organisation der Arbeit — beides sind Dinge, an welchen das Schicksal Deutschlands, ja der Welt hängt. Über beide hat man jahrelang

gesprochen und geschrieben, jetzt weiß niemand, wie's zu machen ist. Es hat sich eine Revolution ereignet, die man ‚glorreich' nennt. Wir gestehen, daß diese glorreiche Revolution eine prinzipienlose war, ein bloßer Kampf gegenseitiger Erbitterung." Als ein rechter derber Volksmann von Berlin wußte Held genau, wodurch man hier am meisten Eindruck machen konnte: er schimpfte drauflos, er riß alles herunter, was oben stand, er suggerierte seinem Publikum so eine Überlegenheit, die jedem Publikum hochwillkommen ist, denn er wußte wohl, daß die Berliner, wie alle Großstädter, nicht mehr an Dinge oder Menschen glauben, über die sie gelacht haben. Wie als Redner so auch als Schriftsteller besaß Held den Spürsinn für das Aktuell-Wirksame; sein Organ „Der Volksvertreter" beweist es. Einen Abenteurerzug, einen Stich ins Verwegen-Unzuverlässige ist der unverwüstliche vielbegabte Kerl aber nie losgeworden. Für einen richtigen Parteimann war er zu wenig feierlich und steifleinen, die Seriösen fühlten, daß solch robuste und in Mittel und Ausdruck niemals wählerische Spottlust sogar die eigene Anhängerschaft nicht ernst nahm. Helds marktschreierische Projekte waren für solide politische Arbeit eher eine Störung. Er war durchaus kein Sozialist, aber ein antikapitalistischer Hetzer: die Lösung der sozialen Frage in mittelbürgerlich-agrarischer Weise, die er empfahl, war nicht durchdacht genug, um zu überzeugen. Im „Politischen Klub" spielte er nur kurze Zeit eine Rolle. Eines Abends erschienen dort unerwarteterweise Arbeiter in bedeutender Zahl, um die Versammelten wenig schonend auseinanderzujagen und ihnen „tatsächliche Beweise ihrer Mißbilligung zu geben", wie sich der österreichische Gesandte anmutig ausdrückte[40]). Held erklärte daraufhin, nur noch in der Presse wirken zu wollen. Gerade sein originellster Gedanke machte ihn sowohl bei den Arbeitern wie bei der bürgerlichen Linken verdächtig: er dachte sich nämlich ein Bündnis zwischen der Volksbewegung und dem militärisch feudalen Royalismus gegen die Bourgeoisie; und diese Cäsarenpolitik eines wahrhaft demokratischen Preußens sollte nun die „weltgeschichtliche Mission" erfüllen und Deutschland einigen. Der alte Troupier und Pläneschmied bewies damit wohl ein recht gesundes Gefühl für die wirklichen Machtverhältnisse; wir werden sehen, daß auf der rechten Seite ganz ähnliche Dinge erwogen wurden. Um aber hier als Verbündeter wirklich in Betracht gezogen zu werden, war Held zu subaltern und durch die Straße zu kompromittiert — seine alten Anhänger aber witterten in ihm den Verräter[41]). Eine Unterredung, die Held mit dem Präsidenten des Preußenvereins, Herrn v. Katte, in der Wohnung eines Fräuleins v. Hake hatte, wurde bekannt und stark gegen ihn verwendet. Als er sich dann zu rechtfertigen versuchte, wurden ihm Winkelzüge, Ausreißerei und faule Ausreden vorgeworfen. Er galt von da an als ein verunglücktes Großmaul, als ein Diktator mit Hindernissen, als ein eitler Feuerkopf, dem seine eigene werte Person wichtiger war als das Ganze[42]). Er selbst sprach aber dafür den Berlinern jede politische Befähigung ab.

Wir wissen, wie sehr schon vor Ausbruch der Revolution der Begriff „Demokraten" und „Demokratie" Schwankungen unterworfen war (vgl. I, S. 323 f.). Für die Vertreter der alten Mächte war alles „demokratisch", was den Neuaufbau vertrat — von Camphausen bis Waldeck. Die liberale Reformpartei, die im neuen Ministerium herrschte, wollte aber selbst durchaus nicht demokratisch genannt

werden. Für sie war demokratisch nur die Doktrin der Revolution und ihre Anhänger. Die Sozialisten und Kommunisten verstanden ihrerseits unter Demokratie lediglich die bürgerliche Linke, deren Verfassungsprogramm etwa die Leute um Stephan Born billigten, ohne aber ihr soziales Programm genügend zu finden. In diesem Sinne nannte sich eine von Baader, Massaloup und Wiß herausgegebene, in drei Nummern wöchentlich erscheinende Zeitschrift „Der Demokrat": in der Arbeiterfrage war er auch für erhöhten Lohnsatz und verkürzte Arbeitszeit, aber gegen „alle Theorien à la Louis Blanc"; er verlangte eine praktische Durchforschung der Lage der einzelnen Arbeiterstände; jeder solle prüfen, wo ihn der Schuh drückt. „Der Demokrat", heißt es in der ersten Nummer vom 22. Mai, erkennt keinen Stand an; er verlangt gleiches Recht für alle; „aber die Revolution hat ihr Werk nicht vollendet". Dieser Gedanke wurde auch in dem Organ der Demokratischen Partei sehr oft vertreten, einer von Arnold Ruge herausgegebenen Tageszeitung „Die Reform". Eine neue Revolution, hieß es da etwa, ist im Anzuge; diese zweite Revolution wird in Deutschland die reelle Demokratie, in Frankreich die sozialistische Regierung hervorbringen; was in jeder dieser beiden Bewegungen die Halbheit war, das wird die neue Revolution ergänzen. Nachrichten über Deutschland brachte das Blatt unter der Überschrift „Vereinigte Staaten von Deutschland". Besonders scharf war es in der Polemik gegen die „Vossische Zeitung" und die „Nationalzeitung"; beide galten ihm als der konsequente Ausdruck des „liberalen und radikalen Philistertums"[43]).

Das Berlin vom Sommer 1848 lebte gewissermaßen von der Märzrevolution: die Royalisten wollten sie verleugnen und rückgängig machen, die Konstitutionellen sie in eine Reformperiode überleiten, die bürgerlichen Demokraten sie fortsetzen und vollenden, die Sozialisten sie durch den Klassenkampf übertrumpfen. Am schwersten hatten es die konstitutionellen Reformer; sie hatten sowohl gegen rechts wie gegen links zu kämpfen, sie mußten am vernünftigsten und leidenschaftslosesten sein und kamen deshalb um die unmittelbare starke Wirkung, die der Tag brauchte. Die Witzblätter fanden deshalb hier dankbarsten, aber auch sehr billigen Stoff. Gegen die Vossische Zeitung wurde ein eigenes satirisches Wochenblatt gegründet: „Tante Voß mit dem Besen", Missionsblatt, wie es sich auf dem Titel nannte, „zur Bekehrung der politischen Heiden". Da war eine ältere Dame zu sehen, mit Harnisch, Schild und einem Besen gerüstet, den Kopf geschmückt mit einer flatternden Haube — so schreitet sie über einen unglücklichen Geheimrat sieghaft hinweg: er greift sich mit der Hand an den Kopf, die Schreibfeder preßt er an sich, der Zopf sträubt sich nach oben, das Ordenskreuz baumelt auf die Erde. In dem „Glaubensbekenntnis" (Nr. 1, 25. Juni) heißt es: „Ich glaube an den Geist der Freiheit, den geoffenbarten irdischen Gott; ich glaube an die Wunder der Nacht vom 18. zum 19. März . . . Ich glaube an die Macht des Volkes, an die Gerechtigkeit seines Willens, an die Heiligkeit seiner Rechte und an die Nutzlosigkeit der Kartätschen . . . Ich glaube an die Macht der Todesangst, an die Halsstarrigkeit der Selbstsucht und an das dicke Fell des Rhinozeros. Ich glaube, daß es noch Aristokraten, Bürokraten, Teufelsbraten, Republikaner, Spießbürger und andere Ruhestörer gibt. Ich glaube an das Dasein der Freiheitsmütze und der Schlafmütze. Ich glaube, daß alle Menschen Brüder sind und daß viele verhungern."

Harmloser waren die „Freien Blätter“ Adolf Glaßbrenners, eine „illustrierte politisch-humoristische Zeitung“, die seit dem 1. Juli erschien. Da gab es lustige Einfälle in der Art der folgenden: „Der Kurfürst von Hessen soll an starkem Kopfschmerz leiden. Leider ist der Sitz des Übels noch nicht zu ermitteln gewesen.“ Ein neuer Wohnungsanzeiger für Berlin wurde veröffentlicht: die abgegangenen Minister in der Verlorenen Straße, die Diplomaten in der Invalidenstraße, die Geheimräte in der Hospitalstraße, die Verliebten an der Jungfernbrücke, in der Fliederstraße; die Literaten sind aus der Schmalen Gasse in die Breite Straße gezogen, die Journalisten in die Stallschreibergasse und an den Neuen Markt.

Auch der „Kladderadatsch“ liebte es, die Vossische Zeitung zu zerzausen. Seine vierte Nummer vom 28. Mai brachte das „Neue Lied von der Tante Voß“, nach der schönen Melodie: Lott' ist tot.

„In Berlin, in Berlin,
Wo die Freiheit will erblühn —
Breite Straße — nah am Schloß —
Wohnt die alte Tante Voß!

Löschpapier ist ihr Gewand,
Groschengeil ihr Anverwandt',
Schwenzellessing ihr Genoß —
Vivat hoch die Tante Voß.“

Schon der überaus glückliche Name hob den Kladderadatsch über die Tagesprodukte des Sommers 1848 hinaus. Die erste Nummer (vom 7. Mai) des „Organes von und für Bummler“ schlug auch einen Ton an, der aufhorchen ließ: „Die Zeit ist umgefallen! Der Geist hat der Form ein Bein gestellt! . . . Fürsten sind gestürzt, Throne gefallen — Schlösser geschleift — Weiber verheert — Länder gemißbraucht — Juden geschändet — Jungfrauen geplündert — Priester zerstört — Barrikaden verhöhnt — Kladderadatsch.“ Das Gefühl des allgemeinen Durcheinanders, der Unsicherheit, der Tollheit konnte nicht besser ausgedrückt werden; das Wort Kladderadatsch, ein Wort der Altberliner Volkssprache, der Überlieferung nach bei der Titelsuche spontan, angesichts eines hingeschmetterten Eierkuchens, gebraucht und sofort aufgegriffen, sollte sich bald in der lustigen Figur personifizieren, dem zwerghaften Männchen mit der dicken, offenbar roten Nase, das den Titel der neuen Wochenschrift zierte; heute kann dieses Wort gar nicht mehr bei uns gebraucht werden, ohne daß das Männchen und das Organ sich in der Vorstellung dabei einfinden — ein Beweis für den Siegeszug dieses Witzblattes, das ja eines der wenigen Kinder der Revolutionszeit ist, die noch heute leben. Der Kladderadatsch benahm sich wie ein echter Berliner: urwüchsig, gradaus, skeptisch, demokratisch durch und durch, kritisch aber auch gegenüber den Wunderlichkeiten der Volksbewegung. Sein erster „Aufruf“ war eine kecke Persiflage des königlichen „An meine lieben Berliner“ vom 18. März; die Person Friedrich Wilhelms IV. hat er dann aber wohlweislich schonend behandelt. Schlechter ging es Ministern und Generälen, am schlechtesten den bürgerlichen Leisetretern, die die Märzrevolution nachträglich nicht wahrhaben wollten — den behaglichen Fanatikern von Ruhe und Ordnung. Der Potsdamer Geist

champagnertrinkender Volksverachtung wird gebührend gebrandmarkt — so in dem Briefwechsel zwischen den Baronen v. Knobelwitz und Schnobelwitz. Ihr Gegenstück sind die unsterblichen Weißbierphilister Müller und Schulze. Der Ton ist immer lustig, die Einfälle unerschöpflich: Schillers Räuber, Victor Hugos Notre-Dame de Paris, Wallensteins Lager, die Birch-Pfeiffer, Zirkusprogramme, Konzertberichte, Heinrich Heine und die Sprüche Salomos — alles das wird herangezogen und mit tagespolitischem Inhalt witzig gefüllt: lateinisch, russisch, schlesisch, jüdisch wird gedichtet und georakelt. Auch ernste Strophen gibt es — pathetisch-feierliche niemals. Wirklich böse wird der Kladderadatsch eigentlich nur gegen das Denunziantengeschmeiß, das sich damals in Berlin breitmachte und so viel verdorben und vergiftet hat. Die kommende Reaktion hat er mit seiner feinnervigen Nase recht frühe vorausgewittert und immer wieder an die Wand gemalt — in der Hoffnung diesen Teufel so beschwören zu können. Ein Parteiblatt in kleinem Sinne war der Kladderadatsch aber nie; die Bürgerwehr verulkte er gar zu gern, und an die große preußische Tradition durfte ihm keiner tasten. Dem Reichsverweser und dem Frankfurter Parlament widmete er am 23. Juli eine Zeichnung, auf der von ferne der alte Fritz zu sehen war, der zornig dem gekreuzigten preußischen Adler zu Hilfe kommen will; an seinen Klauen und Schwingen stutzen die Frankfurter herum, und darunter stehen recht ernste Strophen; die letzte lautet:

„Nehmt euch in acht! Noch dürft ihr ihm nicht trauen!
Wenn er sich losreißt — scharf noch sind die Klauen!
Und raufet ihr auch frevelnd sein Gefieder —
Nehmt euch in acht! Die Schwingen wachsen wieder[44])!"

Der Berliner Sommer brachte Menschen und Ideen in reicher Fülle hervor; man war lange genug vom Typischen und Konventionellen regiert worden — nun konnte es nicht genug Persönlichkeit und Originalität geben. Vater Karbe, früher Volksschullehrer, dann Konditor, neckte die Polizei durch seine wilden Reden in den Zelten; überall tauchte er auf und war auf unerklärliche Art verschwunden — mit seinem silberweißen Haar und Bart eine der markantesten Figuren der Berliner Straße, politisch wirr, aber als Redner desto schwungvoller; an der Ecke der Friedrichstraße und der Linden pflegte jeden Abend der „Lindenmüller", ehemals Kaufmann, eine bunte Menschenmenge um sich zu sammeln und die Tagesereignisse zu glossieren, respektlos und kaltschnäuzig, jeder Frage gewachsen, jeden Zuruf parierend, eine Art lebendigen Witzblattes, Nante aus dem Vormärz, nun gewissermaßen ins Politische verwandelt. Man sprach vom „souveränen Lindeneckenklub"; als sich aber bei einem Arbeiterkrawall der Lindenmüller mit überraschender Behendigkeit unter einer Tonne versteckte, mußte er sich als Spitznamen die wenig schmeichelhafte Variante „Tonnenmüller" gefallen lassen.

Die Volksbewegung wünschte sich personifiziert zu sehen; sie brauchte Kerle, Helden und Hanswürste; man wollte schimpfen, sich aufregen, auf etwas hoffen, tüchtig lachen — und man verlangte fiebernd jeden Tag etwas Neues. Eine ganze Reihe von Witzblättern, Konkurrenten und Nachahmer des Kladderadatsch, tauchten auf, um bald wieder zu verschwinden: „Kikeriki", „Satan", „Bier-

zeitung", die „Ewige Lampe", der „Krakehler" u. a. Der Stoff- und Ereignishunger bauschte jeden Zwischenfall, jede Redewendung, jeden Stimmungs- und Personenwechsel auf — sachlich natürlich meist ganz zu Unrecht, aber diese unsachliche Erregtheit, dies Bedürfnis nach hastigem Ablauf, diese Angst vor Leere und Stillstand: das waren ja selbst die vornehmlichsten Revolutionssymptome. Besonders geschickt nutzte der Arzt Dr. Adalbert Cohnfeldt aus Pyritz in Pommern diese Zeitumstände aus. Er hatte sich in Kunstkritik und Redaktion, als Belletrist in Novellen und Volkssagen versucht, auch ein dickes Buch über die Geschichte des preußischen Staates geschrieben. Nun begann der Neununddreißigjährige unter der Maske von „August Buddelmeyer, Dagesschriftsteller mit 'n großen Bart" eine umfangreiche tagespolitische Produktion.

Eine Zeitlang erschien fast jeden Morgen ein neues Flugblatt im Berliner Dialekt — Preis 1 Silbergroschen, gedruckt von Marquardt und Steinthal, zu haben: Mauerstraße 17, eine Treppe hoch —, fast alles wirkliche Schlager, derb, zündend, voll ausgesprochenen journalistischen Talentes für das Aktuelle, in der Sprache anschaulich und von einer unverdrossenen Vergnügtheit. Fadheiten und Geschmacksentgleisungen kamen natürlich auch vor. Cohnfeldt kannte wohl seine eigenen Grenzen — er wollte auf alle Fälle unterhalten und glich sich behende den Bedürfnissen und der Stimmung seiner immer wachsenden Leserzahl an. Dazu gehörte besonders eine saftige Sprache gegen die Reaktion. „Reaktion verzieh Dir — Du bist schief jewickelt" heißt der Titel eines solchen Flugblattes, und man sieht darunter in primitivem Holzschnitt drei Reaktionstypen — den Geistlichen, den Geheimrat und den Offizier, wie Säuglinge umwickelt. Und nun geht es los mit dem burschikosen Schwadronieren — also gegen die Offizierskaste: „Hoffst Du Dir als Offizier mit des blankausjeputzte Klafitken un apartijes Ehrjefühl an die Bumlage an den Degen was Besonderes zu erobern, denn biste widder schief jewickelt! Des blanke Klafitken mit de Epletzen, des is jetzunders sehre poplär jewesen, nennt man des, un poplich ist et man immer jewesen." Und in ähnlichem Tone wird „des Jepfäffe" und die „Schlingpflanze Bürokratie" abgefertigt: „Wenn irgend wat des Volk verschnuppt hat, denn isset diese schauderöse, dicknäsige, großmäulige Bürokratie." Neben der verhaßten großen Reaktion, meint Buddelmeyer weiter, gibt es aber eine kleine, die „ekliche Weißbierreaktion", das „traurige Subjekte mit seine weiße Spille und blasse Herzensangst, dieses ruhesuchende Philisterjespenst . . ." Ein anderes Mal wandte sich Buddelmeyer direkt und allein an die Offiziere. „Still jestand'n! Reaktionäre Offiziers zum Flötengehn rückwärts richt't euch! Marsch!" lautet die Überschrift des Flugblattes. Da erinnert er an 1806 und schildert, wie nachher alle „Zöppe" abgeschnitten wurden. Und wer brachte das alles zustande? „Des daht der jroße Stein Anno 1808! Des war'n Deibelskerl. Der fragte nich erscht: ‚wat werren meine adligen Herren Mitkollejen von mich denken? Werren Sie och nich des Maul schief ziehen?' Jott bewahre! Der dachte: Hier hat sich wat zu adeln! Der poplije Adel kann uns nischt helfen, das Volk muß den Staat retten!" Und dann beschwört er Scharnhorst. „Sein Wahlspruch war: Hol der Deibel alle Talljen, alle Großmäuligkeit, alle Süßholzraspel, alle Zierbengelei — ick brauche Soldaten, kernjesunde Jungens, freie Menschen, nich dodige Maschinen, ick brauche ein wehrhaftes Volk."

Eine sehr handfeste, mit gesundem Menschenverstand und einer gut geschmierten Schnauze arbeitende Demokratie also — aber eine preußische Volkstümlichkeit, ein preußisch-berlinisches Selbstbewußtsein, genau wie beim Kladderadatsch: Auf die Machtbestrebungen der Frankfurter antwortete Buddelmeyer mit dem Flugblatt: „Die Teekessels in Frankfurt sind an dem janzen Skandal schuld." Wiederum sah man hier als Kopf den Schattenriß von drei professorenhaften Männchen mit Teekesselhäuptern. Und in dem heißt es: „Wat wollen Sie bloß von Preußen? Warum schimpfen Sie denn uf Preußen? Aus purem blaßjelben Neid, weil Preußen jroß is, und Sie sind kleene Schmierfinken. Preußen soll in Deutschland ufjehen, det werd jeder sagen, der en rechtschaffenes Herz innen Leibe hat. Aber erst muß en Deutschland da sind: verstehen Sie mir? In die unverantwortliche Verwesung von 34 Deutschländerkens soll Preußen nich ufjehen[45])!"

Cohnfeldts starke Erfolge erweckten die Konkurrenz; keiner hat ihn freilich an Schlagkraft und Erfindungsgabe erreicht. Albert Hopf trat als Anastasius Schnüffler oder als Ullo Bohnhammel, Vizegefreiter bei der Bürgerwehr, auf. Auch die lustigen Gespräche zwischen Nante und Brennecke stammen von ihm. Die Serie „Nante als Nationalversammelter" ist wohl seine beste Leistung. Gut gelungen ist sein „Humoristischer Rückblick auf das Jahr 1848" — das ganze Jahr „in wunderschöne Reime gebracht". Andere Decknamen waren „August Brandelmeyer", „Jeremias Babelsberger" und „Athanasius Hanepampel, Tagelöhner"; von ihnen stammten Gelegenheitsprodukte ohne besondere Kraft. Eine besondere Stellung in der Straßenliteratur nehmen die jiddischen Flugblätter ein.

Der Verleger S. Löwenherz, Charlottenstraße 27, trat selbst mit einer ganzen Serie von Flugblättern unter dem Decknamen Isaak Moses Hersch in den politisch-literarischen Wettkampf ein. Sie wurden gedruckt bei Brandes und Schultze, Roßstraße 8[46]). Das erste Blatt war ein Brief an den Oberbürgermeister Krausnick, der gleich konfisziert wurde; das zweite war ein Sendschreiben an das Ministerium Camphausen „über den neuen Verfassungsentwurf und andere Sachen". Darin heißt es z. B. über die Erste Kammer: „Soll eppes die erste Kammer sein a Schlafkammer, oder soll sie sein a Rumpelkammer für die alten Geschichten, oder a Waffenkammer vor de Reaktion? Haste gesehen! Und was ist das für eine Schmue mit de Erblichkeit? Wenn also einer hat 8000 Taler jährlich zu verzehren, alsdann ist sein Suhn ein weiser Gesetzgeber!"

Die große Tagespresse in Berlin hatte durch die Märzrevolution einen starken Antrieb bekommen. Die Vossische und die Spenersche Zeitung erhielten vielseitige Konkurrenz — in der Abonnentenzahl blieben sie freilich führend. Die „Zeitungshalle" vertrat lebhaft den revolutionären Gedanken, den Geist des entschiedenen Fortschritts. Durch ihre Sympathien auch für die polnischen Freiheitsbestrebungen stieß sie viele vor den Kopf. Eine anspruchsvolle Gründung moderner Natur war die „Nationalzeitung". Sie wollte ein wirklich unabhängiges Blatt deutschen Charakters sein. In ihrem Verwaltungsrat saßen Männer von Namen, wie Diesterweg, Franz Duncker, Kalisch, Nauwerck, Siemens. Die Redaktion führte Rutenberg in talentvoller Weise: er versuchte, den Gesichtskreis über lokale und momentane Gesichtspunkte hinaus zu erweitern und den Lesern etwas anderes zu bieten als einen immer erneuten Aufguß von Parteidoktrinen. Das seit dem 1. April erscheinende Blatt war wohl in mancher Hinsicht

für den damaligen Berliner Geschmack zu hoch — ein grober, kämpferischer Ton war des Tagesbeifalles sicherer. Es wurde der „Nationalzeitung“ bald Mangel an Folgerichtigkeit vorgeworfen.

*

Traurig war nun angesichts dieses Erwachens einer so vielstimmigen Volksmeinung die Lage des Königs. Er wirkte fast völlig verändert; seine Einfälle, seine Beweglichkeit, seine elastische Vielgeschäftigkeit — es schien nun alles ganz zwecklos und unnötig. „Alles ist wie mit einem Zauberschlage zusammengestürzt“, schreibt der hessische Gesandte General v. Schäffer-Bernstein. „Der König ist fast verschwunden — er lebt fast unbeachtet in dem sonst von ihm gemiedenen Potsdamer Stadtschloß; er kommt nur auf Stunden nach Berlin — fährt fast unbemerkt nach dem Schloß zu den Ministern und wieder zurück. Der Glaube an seinen Geist und Mut ist schwer enttäuscht. Scham und innerer Vorwurf lasten schwer auf ihm. Schon im Äußern ist er ermüdet[47]).“ Im Mai zog Friedrich Wilhelm IV. dann nach Sanssouci, und hier sammelte sich nun so oft als möglich jene Gruppe von Männern um ihn, die sich bald zur reaktionären Gegenregierung auswachsen sollte — Leopold v. Gerlach, sein Generaladjutant, an der Spitze. Dem galt schon die Julirevolution als der Beginn einer diabolischen Revolutionierung Deutschlands — ja noch mehr: Durch die Stein-Hardenbergische Agrargesetzgebung sei Preußen „kommunistisch revolutioniert“ worden, die Achtung vor dem Eigentum habe schon damals aufgehört[48]). Mit solchen Geschichtsklitterungen wurde nun der unglückliche Monarch bearbeitet; unter solchen Eindrücken schrieb er seine Briefe an den Ministerpräsidenten Camphausen, die so herzlich und so aufrichtig erscheinen, die aber tatsächlich einen zugleich naiven und raffinierten Kampf des Königs gegen sein eigenes Ministerium darstellen[49]). Dieser von der Märzrevolution geschlagene König nimmt wieder den Mund so voll es geht, er will Ordnung schaffen, er berauscht sich an seiner Macht und königlichen Würde, er fühlt sich als der Verteidiger von heiligen Gütern, die angegriffen sind. Einen ehrlichen Parlamentarismus hat er nie gewollt, nie wollen können. Der bayrische Geschäftsträger, v. Aretin, schreibt: „Hört man den König sprechen, so sollte man glauben, daß er jeden Tag zu Pferde steigen und seine Macht fechtend aufrechterhalten werde, während ein Regierungsakt nach dem anderen die Hilfsmittel zerstört, die dazu dienen können[50]).“ Vertrauen genoß der König in Wahrheit nicht einmal bei den Royalisten. Gerlach und seine Leute stärken ihm deshalb immer wieder den Rücken: er möge sich nichts gefallen lassen, „nicht um eines Haares Breite weichen“; man solle nicht nur moralisch, sondern auch physisch gerüstet sein, schreibt der König als gehorsames Echo am 15. Mai. Er klagt beweglich und beredt über das „Unrecht“, das ihm geschieht, er beschwert sich mit tausend Scheingründen über die Minister, er überläßt alles ihrer Verantwortung und zieht sie nachher doch wieder mittelbar zur Rechenschaft. Er befiehlt, beschwört, schmollt, schilt abwechselnd; er jammert darüber, daß er in unkönigliche und unwürdige Lagen kommt — durch das Staatsministerium, dem er selbst mit diesem unberechenbaren, oft direkt zweideutigen, zumeist unklaren Verhalten eine positive politische Arbeit fast zur Unmöglichkeit gemacht hat. Friedrich Wilhelm konnte und wollte eben nicht die Folgerungen aus der Märzrevolution ziehen; er vermochte sein widerwillig

gegebenes Wort nicht zu halten, er deutelte daran herum, er wartete nur auf den Augenblick, um jede Verpflichtung von sich abzuschütteln. Es war schon etwas Falschheit dabei, wenn Friedrich Wilhelm seine Minister nicht in Potsdam sehen wollte, um ihre Zeit nicht zu mißbrauchen, wie er behauptete. Sie störten ihn — er hatte in Potsdam andere Männer. Wie häufig suchte er Camphausen durch die Abdankungsmöglichkeit einzuschüchtern; seine Ehre als Mensch, Preuße und König gebiete ihm das. In Wirklichkeit hat er unter dem Einfluß der Kamarilla diesen Gedanken vollkommen zurückgedrängt; man fühlt es deutlich, wie sich das Bewußtsein der königlichen Macht bei ihm stärkt.

Friedrich Wilhelm IV. empfand die Revolution als Sünde; seine frommen Freunde in Potsdam erzählten es ihm jeden Abend, daß der König diesen Drachen töten müsse als ein zweiter heiliger Georg. Es war ein Geflüster und Geraune um den Monarchen, ein Pläneschmieden und Briefeschreiben, ein Arrangement von Audienzen und Geselligkeit — ein Gewebe, gesponnen aus Loyalität, Dünkel, Muckerei, Standes- und Kasteninteresse: der verwundeten Seele des Königs tat so viel Treue, so viel korrekte Sanftmut, so viel Vasallenfürsorge und Gesinnungsadel wohl; er meinte zu gesunden und wieder stark zu werden im Glauben an sich und an seine fürstliche Mission. Aber er merkte nicht, daß er sich immer mehr von der Wirklichkeit entfernte, daß er sich dem Volk entfremdete, das ihn doch lieben sollte. Die Kamarilla ließ nur auserwählte Vertrauensleute zum König; mit wohlgemeinter Grausamkeit wurden ihm „Wahrheiten" über die Märzrevolution, über die Volksbewegung, über die Vorgänge in Posen, Schleswig und Frankfurt verabreicht. So untergrub man sein an sich schon geringes Vertrauen zu dem Märzministerium. Er konnte sich ihm nicht anpassen, er verzögerte und verzettelte alles, man mußte ihn übergehen, und dann hatte er nichts mehr zu tun, es war ja kein Geld mehr zum Bauen und Bildermalen da — das machte ihn böse. Friedrich Wilhelm lebte sich in die fromme Rolle eines Märtyrers und berufenen Retters heiliger Güter ein. Sein Geschmack war ja an Dante und Raffael gebildet; in alten Zeiten hatte er mit seinem spitzen Bleistift Einladungskarten und Sitzungsprotokolle bedeckt mit den Entwürfen einer schweifenden Phantasie: Basiliken von Ravenna, der Dom von Aachen, italienische Villen, Gotik und Antike, Germanentum und Christentum eklektisch zu einer träumerischen Universalität verbunden. Neben allem anderen Hochmut hatte dieser Fürst ja auch den Hochmut christlich-universalgeschichtlicher Bildung in sich: die Grobheiten des politischen Volkshumors von Berlin trafen ihn nicht nur in seinem königlichen Machtgefühl. Seine Nerven vibrierten in physischem Ekel. Er fühlte sich beschmutzt in dem köstlichsten Glauben, den er besaß. Weil er unrecht hatte und besiegt war, konnte er nicht verzeihen; weil er schwach war, legte er sich auf Verstellung und doppeltes, dreifaches Spiel. Mit Menschen und Worten spielte er ja immer gerne; er zeigte nun, wie weit er es darin bringen konnte. Den braven Gerlachs und ihrem Anhang war er in dieser Kunst von Grund aus überlegen. Zwischen all den süßlich schwätzenden Hofgenerälen, diesen respektvollen Hetzern mit devotem Augenaufschlag, diesen frommen Schleichern, deren Christentum ein subalternes Mißverständnis war, gab es freilich einen einzigen Mann: Bismarck-Schönhausen war noch zu jung, um etwas anderes zu tun in diesen Monaten als Adjutantendienste der Kamarilla — er war auch politisch zu belastet, um sich im Vordergrunde

zeigen zu können. Mit seinem scharfen, hellen Ton in der Stimme, mit seiner aufrichtig schlauen Beredsamkeit, mit seiner erfinderischen und völlig rücksichtslosen Entschlußkraft erzwang er sich aber bei den Gerlachs und beim Könige eine aus Respekt und Unbehagen gemischte Beachtung.

Die beginnende Reaktion mußte im Sommer 1848 von der Hand in den Mund leben, auf einen Deus ex machina hoffen und sich für die besseren Zeiten, die sie wünschte, mit Vorsicht bereit machen. Eine wirkliche politische Leitung gab es nicht; von außen sah man deshalb viel mehr die Zersetzung als den inneren Halt in Preußen. Der König wirkte nur als Unsicherheitsfaktor. Er redete aufklärend zu den Gardeoffizieren, warm patriotisch zur Bürgerwehr, trocken und steif zu den Abgeordneten der Nationalversammlung: er, der geborene Redner, war gerade dabei gehemmt, unsicher, unklar. Vielen tat er leid; gerade im Unglück wirkte das Weiche seines Wesens entwaffnend; ganz durchschauen konnte ihn keiner.

*

König Friedrich Wilhelm ruinierte das Ministerium Camphausen; aber es ruinierte sich auch selbst. Camphausen, der Ministerpräsident, ließ das Auswärtige und die Finanzen fast selbständig — er vermochte eine wirkliche Leitung und einheitliche Linie gegenüber der genialischen Verbohrtheit Heinrich Arnims[51]) und Hansemanns geschäftigem Ehrgeiz nicht durchzusetzen. Von der Berliner Gesellschaft, soweit sie noch in der Residenz war, nahm er wenig Notiz; dem stillen, ernsten Manne lag dergleichen nicht, aber so faßte er auch nicht festen Boden. Er wußte nie recht, was eigentlich vorging, blieb der öffentlichen Meinung fremd und ließ sich zu oft durch sie überraschen. Lärm und Grobheit waren seiner grüblerischen Natur unsympathisch — er hatte keine Angst vor der Volksbewegung wie mancher andere, aber er verstand sie nicht, sie paßte nicht zu ihm, und so schob sie ihn, den führenden Mann der Linken des Vereinigten Landtages, nach rechts zu den alten Mächten. Die innenpolitische Aufgabe im damaligen Preußen war, die Nationalversammlung, die nun einmal rechtsgültig am Leben war, baldmöglichst zu einer schöpferischen Leistung zu bringen, den widerstrebenden König mit der Mehrheit der Nationalversammlung zu versöhnen und in Frankfurt maßgebend mitzuwirken. Nichts von alledem ist Ludolf Camphausen gelungen.

Schon bei der Debatte über die Adresse an den König zeigte er und sein Ministerium eine wenig glückliche Haltung. Die Linke war gegen eine Adresse, aber ganz ohne zureichende Gründe. Die Majorität der Nationalversammlung war für die Adresse, und es war also sicher, daß sie gegen die Linke durchkam. Camphausen hatte auch eine Adresse gewünscht, um dem Ministerium Gelegenheit zu geben, sich über seine Grundsätze auszusprechen. Das wäre sicher auch ohnedem möglich gewesen. Dennoch erklärte Hansemann im Namen des Ministeriums die Adressefrage zur Kabinettsfrage. Das sah nach Vergewaltigung aus; die Versammlung war ebenso neu wie das Ministerium — es bedurfte nicht so scharfer Worte: das Ergebnis war Verstimmung auf der Linken, aber auch in der Mitte und auf der Rechten, wo man den guten Willen zu einer Höflichkeit für den König plötzlich in den Zwang zu einem Vertrauensvotum für das noch unbewährte Ministerium verwandelt sah.

Die preußische Nationalversammlung hatte in den ersten Wochen ihres Lebens im Plenum zu wenig zu tun, und wie jedem Parlament, bekam ihr das schlecht. Sie fühlte sich souverän, obgleich sie doch ausdrücklich zur „Vereinbarung" einer Verfassung mit der Krone berufen war. Die Linke besonders glaubte, an die Stelle des bisherigen Fürstenabsolutismus sei der Volksabsolutismus getreten. Sie sah in der Märzrevolution die Basis für einen vollkommen neuen Staatsaufbau. Das Ministerium Camphausen konnte diesen Standpunkt nicht teilen. In seiner großen Rede vom 30. Mai entwickelte Camphausen, die Nationalversammlung beruhe nicht lediglich auf der Revolution; sie beruhe auf den Beschlüssen des Zweiten Vereinigten Landtages, das Band zwischen dem Alten und Neuen sei nicht zerrissen, die staatsrechtliche Kompetenz der Versammlung sei also legitimen Ursprungs. Die Linke faßte dies als Herausforderung auf. Die Frage der Teilnahme an dem großen Zug nach dem Friedrichshain zu den Gräbern der Märzgefallenen wurde der Anlaß zu dem berühmten Antrage des Berliner Abgeordneten Berends: „die Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben". Die Beratung dieses Antrages begann am 8. Juni unmittelbar nachdem der Prinz von Preußen mit den Worten: „Mit Gott für König und Vaterland" sein unglückliches Auftreten in der Nationalversammlung beschlossen hatte.

So prallten also die Gegensätze aufeinander: war der 18. März ein Straßenkrawall, der eigentlich die schon entschiedene Politik des Königs nur gestört hatte, der einer Anzahl zumeist ganz unschuldiger Personen das Leben kostete und das Militär einen nur leider nicht ausgenutzten Sieg erfechten ließ? Oder war der 18. März das Teilstück einer Revolution, die nach langen Vorbereitungen einen politischen und moralischen Sieg des reif gewordenen Staatsbürgertums über alle alten Gewalten bedeutete? Camphausen erklärte, die Regierung wolle die Bedeutung des Kampfes nicht verkennen, lehne aber die Anerkennung eines völligen Umsturzes der bis dahin gesetzlichen Gewalten ab. In wenig glücklicher Weise beschwor er die Schreckgespenster der großen französischen Revolution; er begriff nicht, daß die Voraussetzungen zu einer ähnlichen Entwicklung in Preußen gar nicht vorhanden waren, daß gerade die Mitte und die überwiegende Mehrheit der Linken völlig loyal auf dem reinen Diskussionswege die neue Verfassung beschließen wollten. Die Wahrheit über die Märzrevolution, wie sie sich uns heute aus den Quellen darstellt, kennen wir; so kurz nach den Ereignissen waren alle Vorurteilsfreien von dem Ernst und der geschichtlichen Bedeutung dieser Tage noch so erfüllt, daß die royalistische Legende vom unbedeutenden Krawall als eine schwere Kränkung des Volkes von Berlin empfunden wurde, dessen Stolz auf seine revolutionäre Tat sich gewiß auch an legendarischen Ausschmückungen erfreute, aber im Innersten dem wirklichen Sachverhalt doch viel treuer blieb als die Gegenseite.

Der Nationalversammlung war es bitter ernst bei ihrem Kampf um die Märzrevolution; Dutzende von Rednern sprachen, das Volk von Berlin stand drohend hinter ihnen. Das Ministerium Camphausen merkte die Gefahr — es konnte den König nicht preisgeben, die Revolution aber auch nicht. Der Kompromiß, den es einmal wieder brauchte, wurde ihm durch den Antrag des Abgeordneten Zachariä aus der Mitte geboten: „Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die

hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselbe unbestritten ist und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urteile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über." Sprachlich war dieser Antrag schwer auszuhalten — in der Sache wirkte er geschickt: das Wort Revolution war vermieden, die große Tatsache der Revolution und das Verdienst ihrer Vorkämpfer aber anerkannt, auf eine geschichtlich zutreffende Art, die in demselben Moment das Urteil sprach, in dem die Berufung dazu abgelehnt wurde — wodurch denn eine unfruchtbare Diskussion zugleich abgeschnitten wie innerlich abgeschlossen war. Das Ministerium Camphausen konnte zufrieden sein, Hansemann sprach selbst für diese motivierte Tagesordnung: sie ging mit 196 gegen 177 Stimmen durch. In Potsdam hatte man den Bruch mit der Nationalversammlung, ihre Verlegung und die Zernierung Berlins erwogen, falls die Linke siegte. Die Linke war der Form nach sicher geschlagen — durch das Endergebnis hatte sie doch viel mehr erreicht, als ihr die Rechte und die Krone jemals gönnen wollten. Der verletzte Revolutionsstolz der Berliner rief aber unerfreuliche Szenen hervor. Als „Abgeordnete des souveränen Volkes" erschienen unbekannte Personen in der Singakademie, riefen den Präsidenten Milde aus der Sitzung heraus und stellten ihn wegen der Anerkennung der Revolution durch die Versammlung zur Rede. Milde antwortete, er kenne kein souveränes Volk, dessen Bevollmächtigte sie sein könnten, persönliche Auskünfte dieser Art zu geben, sei unmöglich, das sei ein ungesetzlicher Schritt — die Presse und der stenographische Bericht würden die Beschlüsse der Versammlung mitteilen. Die Antwort der Leute war: „Höchstes Gesetz ist des Volkes Wille." Milde beantragte beim Staatsministerium strenge Untersuchung und Schutz gegen solche Übergriffe[52]). Als die Abgeordneten nach der Abstimmung die Singakademie verließen, wurden viele Mitglieder der Rechten mit Verwünschungen und Drohungen von der Menge empfangen. Der lahme Außenminister Heinrich v. Arnim wurde an der Brust und am Halse gepackt — Studenten retteten ihn in die Aula und brachten ihn von dort nach Hause. Der Prediger Sydow, der die Märzgefallenen beim Begräbnis im Friedrichshain warm gefeiert hatte und nun gegen die Anerkennung der Revolution aufgetreten war, hatte durch solche Doppelzüngigkeit besonderen Zorn erregt — auch er wurde tätlich angegriffen. Mehrere Zivilpersonen verhinderten, daß der Halbohnmächtige in den Kanal geworfen wurde. Die Bürgerwehr war zahlenmäßig schwach und unternahm deshalb gar nichts — die Studentenwache im Innern der Singakademie hörte nicht auf das Bürgerkommando und ließ deshalb die Menge eindringen. Am Abend demonstrierte ein großer Volkshaufe vor dem Hotel de Rome, wo der neuangekommene Vertreter der französischen Republik Arago abgestiegen war, ließ die Republik leben und sang die Marseillaise[53]).

Diese Vorfälle gaben dem Ansehen des Ministeriums Camphausen einen neuen heftigen Stoß. Man warf ihm mit offenbarem Recht vor, daß es nicht genug für die Sicherheit der Nationalversammlung zu sorgen verstünde; man stritt sich über Maßnahmen gegen die Wiederkehr und erörterte in der Versammlung die Frage der Untersuchung. Camphausen verteidigte sich sehr ehrlich, aber gerade deshalb

schlecht: er habe den Weg des „gesetzlichen Überganges" gewählt, nicht den Weg rasch zupackender Energie in Konsequenz der Märzereignisse. Ein Staatsmann, der sich selbst als Vertreter des Überganges betrachtet, wird schnell übergangen; dies aufrichtige Wort gab Camphausen den letzten Stoß. Nicht einmal seine Anhänger glaubten jetzt noch an ihn; was er mühsam und zähe gegenüber dem Könige und den Royalisten damals vertrat und — verhinderte, das konnte niemand wissen und niemand ihm danken. Er opferte sich, und weil er der unerhört schweren Aufgabe nicht gewachsen war, erfüllte er sich mit Widerwillen und sehnte sich nach Ruhe. Sein Rücktritt war eigentlich nur noch eine Frage von Tagen.

Jetzt kam noch ein anderer schwerer Schlag: der Sturm auf das Zeughaus. Er war der Höhepunkt der Berliner Volksbewegung. In der Arbeiterschaft herrschte schon lange große Unzufriedenheit darüber, daß nur ein kleiner Teil Waffen erhalten hatte. Sie empfand das als eine ungerechtfertigte, schwer verletzende Benachteiligung und richtete ihren Zorn und ihre Eifersucht natürlich besonders gegen die Bürgerwehr und die Studentenschaft. In der Studentenschaft selbst war eine Anzahl überzeugter Republikaner agitatorisch tätig — am wirksamsten wohl der Schweizer von Salis-Sewis, ein Enkel des Dichters, der sich einmal in einer Volksversammlung rühmte, er werde so lange revolutionieren, als es noch irgendwo eine Monarchie gäbe: ein glühender Mensch, von dessen dunkellockigem Kopf ein zwingender Zauber ausging[54]). Aus der Studentenschaft, die sich gerade in diesen Tagen zur Pfingsttagung in Eisenach rüstete, flog mancher Funke hinüber in die Arbeiterschaft. Der Streit um die Anerkennung der Revolution in der Nationalversammlung war dazu benutzt worden, um in der Einwohnerschaft Listen herumgehen zu lassen, in denen jeder einzelne durch Namensunterschrift seine Stellung zur Revolution festlegen sollte. Das Unternehmen ging von Handwerksmeistern aus und fand in den Bezirksversammlungen viel Anklang. Es diente mit dazu, den revolutionären Willen lebendig zu erhalten[55]).

Der Mangel an exekutiver Polizei, die zahlreichen Umzüge, die erfolgreiche Durchführung von Lohnforderungen — dies alles hatte das Selbstbewußtsein und die Freude an Aktivität in der Berliner Arbeiterschaft mächtig anwachsen lassen. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, leichter Zufallsverdienst auf der andern machten viele zu jedem aussichtsvollen Unternehmen bereit. Der Ruf: „Die Arbeiter kommen!" oder: „Die Rehberger kommen!" war für den soliden Bürger ein Stichwort des Schreckens — die Angst vor der müßig und etwas wild ausschauenden Menge steigerte sich von Tag zu Tag. Daß die Konstitutionellen beruhigend einzuwirken versuchten, war natürlich; aber auch die Linke der Nationalversammlung wünschte sich zum allergrößten Teile die für die Verfassungsschöpfung notwendige äußere Ruhe. Den Fortgang der Revolution in Form von Krawallen konnten nur unreife und urteilslose Elemente der Klubs erstreben — oder aber auch die Royalistenpartei, deren Hoffnungen ja stiegen, wenn Berlin und Preußen nicht durch die „Demokraten" zur Ordnung gebracht wurde. In den Akten des Ministeriums des Innern findet sich der Bericht des Kalkulators Bäuerlein „über die Bestechung von Arbeitern zwecks Aufwiegelung". Auch ein Mechanikus Kudicke verlangt einmal Erstattung von Geldern, die er angeblich unter Arbeiter verteilt habe — wie er mitteilt, um sie von der beabsichtigten Störung der Nationalversammlung zurückzuhalten[56]). Das scheint

sich zu widersprechen, paßt aber doch auch wieder zueinander. Die Reaktion wollte natürlich die Mitglieder der Rechten in der Nationalversammlung vor Unbill bewahren — war aber über sonstigen Unfug ganz vergnügt. Der Zeughaussturm ist nicht verständlich, wenn man diese unterirdischen Motive und Beziehungen nicht mit in Betracht zieht — so wenig Erschöpfendes darüber auch der Natur der Sache nach bekannt sein kann.

Als sich am Abend des 14. Juni wieder Volkshaufen vor der Singakademie ansammelten, reinigte die Bürgerwehr den Platz — sie wollte nun auch beweisen, daß sie den immer erhobenen Vorwurf der Schlappheit nicht verdiente. Ein Teil der Menge flutete zum Schloß; die dort wieder neu angebrachten Gittertore wurden ausgehoben; das eine wurde in die Spree geworfen, das andere in die Aula getragen — Studenten und Arbeiter waren an diesem Streiche beteiligt, die Bürgerwehr verhinderte ihn nicht. Die Empörung über den Zwischenfall war groß, beim Könige ebenso wie beim Ministerium. Das Schloß war wieder schutzlos[57]). Schleunigste Abhilfe wurde angeordnet. Aufhetzende Plakate stachelten auf der anderen Seite die Volksleidenschaften an.

Am Abend des 15. Juni erfolgte nun der Ausbruch. Ein Arbeitertrupp näherte sich dem Zeughause; man forderte Bewaffnung und Abzug der militärischen Besatzung des Zeughauses; das wurde als unausführbar bezeichnet. Die im Kastanienwäldchen aufgestellte Bürgerwehrkompagnie gab nach vielen friedlichen Abwehrversuchen Feuer — mehrere Personen wurden verwundet und zwei getötet; das Feuern geschah ohne Kommando — der Bürgerwehrhauptmann zerbrach nachher seinen Säbel. Die Volkswut flammte jetzt auf. Studenten und Arbeiter sammelten sich zum Aufstand, man ließ die Republik leben, ja man rief sie aus, rote Fahnen wurden geführt — wie es heißt, gerötet durch das Blut der Gefallenen. Von der Schloßfreiheit zog ein junger Mann mit großer roter Fahne nach dem Schloßplatz, die Feder auf dem Hut, den blanken Säbel in der Hand — und rief: Republik, Republik! Auch polnische Fahnen wurden gesehen. Die Mitglieder und Führer des Republikanischen Klubs betätigten sich eifrig. Waffenläden wurden geplündert, Barrikaden gebaut. Dagegen konnte nun die Bürgerwehr nicht aufkommen — sie wollte es auch gar nicht. Vielen Wehrmännern wurden die Gewehre genommen, andere mußten die Bajonette absetzen. Eine große Anzahl heftete gleich weiße Tücher an ihre Gewehre, zum Zeichen, daß sie nicht mehr auf die Arbeiter schießen wollten[58]). Auf Anordnung des Bürgerwehrkommandanten Blesson besetzte nunmehr der Handwerkerverein den unteren Teil des Zeughauses, das Militär zog sich in das obere Stockwerk zurück. Es bestand aus rund 150 Mann und drei Offizieren; der Führer war Hauptmann v. Natzmer. Er hatte den Befehl, bis zum Eintreffen anderer Instruktion den Posten zu halten. Der Mut der andrängenden Volksmenge wuchs — man verlangte völligen Abzug der Truppe. Es war eine tolle Nacht, die Gerüchte jagten sich. Viele glaubten, daß nun das vollendet würde, was am 18. März begonnen war. Befehle und Maßnahmen gingen wild durcheinander — auf allen Seiten. Es mag sein, daß einige sozialrevolutionäre Führer wie der Tierarzt Urban wirklich an die Einsetzung einer provisorischen republikanischen Regierung gedacht haben. Eine zielbewußte Leitung fehlte aber überall — die Vollendung der Märzrevolution mißriet zur Karikatur. Der unglückliche Hauptmann v. Natzmer

wurde durch falsche Nachrichten so bestürmt, daß er sich, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, dazu entschloß, das Zeughaus ganz zu räumen — er meinte eben, und Leutnant a. D. v. Techow versicherte es ihm genau so wie die Volksführer, Berlin sei in den Händen des Volks, die Republik sei proklamiert, der König und seine Familie befänden sich auf der Flucht. Schon war der Volkshaufe in die unteren Räume eingedrungen und tobte seinen Haß gegen das Militär an den wehrlosen Trophäen der preußischen Kriegsgeschichte aus: Fahnen wurden abgerissen und zertreten, Waffen fortgeschleppt, die Kugelkisten zertrümmert, so daß die Kugeln über die Straße rollten. Es war ein häßlicher und schändlicher Unfug. Um Mitternacht machte eine unter Trommelschlag anrückende Kompagnie dem üblen Treiben ein Ende; die Bürger bemühten sich, die geraubten Waffen wieder herbeizuschaffen. Das war ein trauriger Anblick, wie seitene und kostbare Pistolen und Säbel aus alter Zeit von den Plünderern, meist unreifen Burschen, für ein paar Groschen auf der Straße angeboten wurden. Mit den neuen Zündnadelgewehren wußten die Leute überhaupt nichts anzufangen. Dem rechtlichen Sinn der Bevölkerung gelang es tatsächlich, den allergrößten Teil der Waffen wieder zusammenzubringen. So endete diese wirre und in den einzelnen Hergängen nicht voll aufgeklärte Nacht mit einer großen Blamage für fast alle Beteiligten; der revolutionäre Gedanke litt in Berlin schwer unter diesen Eindrücken. Für Hauptmann v. Natzmer setzten sich Bürgerwehr und demokratische Klubs, auch auf Plakaten, ein — natürlich vergebens: er wurde wegen Fahrlässigkeit im Dienst zu zehn Jahren Festung verurteilt, aber schon 1849 begnadigt; v. Techow bekam die Dienstentlassung und 15 Jahre Festung. Als Urheber des Aufruhrs wurden die Maschinenbauer Sigrist[59]), der bekannte Barrikadenkämpfer vom März, zu 4 Jahren Festung, Korn zu zwei Jahren in zweiter Instanz verurteilt, während Urban und Löwinsohn freigesprochen wurden. Der Kammergerichtsreferendar Gustav Rasch entzog sich der Verfolgung durch die Flucht, zuerst nach der Schweiz, dann nach Straßburg. Der Bürgerwehrkommandant Major Blesson, einst Adjutant Blüchers, angesehener Herausgeber einer Militärzeitschrift und Mitglied der berühmten Literatengesellschaft des „Tunnels über der Spree", wurde wegen erwiesener Unfähigkeit durch den pensionierten Artilleriemajor Rimpler ersetzt.

Ein paar hundert Familien verließen unmittelbar nach dem Zeughaussturm Berlin[60]). Die Mehrzahl der Bürgerwehr erklärte selbst, ohne eine größere Truppenmacht ginge es nicht weiter. Gerade die ernsthafte politische Linke beklagte die beständigen Putsche und Skandale am meisten. Ein Stimmungsumschwung vollzog sich. Die Regierung fand allseitigen Beifall, als sie die Landwehr der drei Berliner Bataillone einberief und nach englischem Muster das Konstablerkorps bildete, eine Schutzmannschaft in blauer Uniform, mit Seitengewehr und weißem Stab. Es war die letzte positive Leistung des Ministeriums Camphausen, das am 20. Juni zurücktrat, nachdem schon am 17. Juni der Rücktritt von Canitz, Schwerin und Arnim erfolgte. Außen- und innerpolitische Momente wirkten dabei zusammen. Mit der Wahl eines österreichischen Reichsverwesers war die deutsche Politik Heinrich v. Arnims endgültig gescheitert. Daß es in der schleswigschen und der posenschen Angelegenheit nicht gut stand, werden wir später sehen. Die Annahme des Wachsmuth-Waldeckischen Antrages in der National-

versammlung, durch den eine besondere Verfassungskommission zur Umarbeitung des Verfassungsentwurfs oder zur Ausarbeitung eines neuen eingesetzt wurde, konnte nur als ein mindestens indirektes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Camphausen aufgefaßt werden. Es starb anständig und geräuschlos, genau wie es gelebt hatte. Mit der Bildung des neuen Ministeriums wurde David Hansemann beauftragt, der schon lange als die lebendigste und politisch befähigteste Persönlichkeit unter den Ministern im Vordergrunde stand. Die Meinungsverschiedenheiten mit Camphausen waren bereits bei den Beratungen über die Anerkennung der Revolution zutage getreten. Hansemann sah richtig, daß man das linke Zentrum der Nationalversammlung heranziehen müsse, um überhaupt mit ihr vorwärtszukommen. Gegen die letzten Versuche Camphausens, sein Ministerium zurechtzuflicken, hatte Hansemann auch mit Nachdruck gearbeitet — weil er wohl wußte, daß Camphausen kein Vertrauen mehr besaß. So war er mit Schleinitz nicht einverstanden, der auch nur widerwillig und aus Freundschaft zum Prinzen von Preußen und besonders zur Prinzessin, als deren politischer und persönlicher Vertrauensmann wenige Tage in die Bresche sprang und das Außenministerium verwaltete. Mit Rodbertus, dem Führer des linken Zentrums, hatte Camphausen schon wegen des Innenministeriums verhandelt — Hansemann veranlaßte ihn, es abzulehnen. Er selbst gewann ihn nun als Kultusminister. Als Ministerpräsidenten nahm Hansemann den Königsberger Oberpräsidenten Rudolf v. Auerswald, den Bruder des abgehenden, so wenig bewährten Innenministers: das war geschickt und entsprach dem Wunsche des Königs, denn die Auerswalds waren mit dem König und dem Prinzen von Preußen von Jugend auf befreundet.

Auerswald verwaltete nun auch das Außenministerium. Schleinitz galt als zu reaktionär, blieb aber sein Ratgeber, dann rückte Graf Bülow in diese Stellung ein. Kriegsminister wurde General v. Schreckenstein, der junge begabte Aachener Regierungspräsident Kühlwetter sehr gegen seinen Wunsch Innenminister, der populäre Kriminalgerichtsdirektor Maerker Justizminister. Die anderen Portefeuilles bekamen Abgeordnete der Nationalversammlung — zum erstenmal versuchte man es in Preußen nach parlamentarischem Brauche: Milde wurde Handelsminister, Gierke, der Stadtsyndikus von Stettin, Landwirtschaftsminister. Der eigentliche Leiter des Juniministeriums war und blieb Hansemann — Auerswald war für ihn ein bequemer Mittelsmann, wegen seiner sonstigen Eigenschaften aber nicht gefährlich[61]). Hansemann genoß eine für einen Finanzminister besonders seltene Volkstümlichkeit — zu der seine etwas saloppe, behagliche Formlosigkeit viel beitrug. Wie hatte der Portier des Ministeriums gestaunt, als im Mai der neue Herr seinen Einzug hielt, zu Fuß, im bürgerlichen Alltagsrock, die geliebte Zigarrenkiste unter dem Arm[62]). Die humoristische Ministerliste, die vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung verbreitet wurde, enthielt doch Hansemann als Finanzminister — man konnte sich eben damals gar keinen anderen denken an dieser Stelle. Wunderlich machten sich daneben Graf Reichenbach als Außenminister, der Assessor Jung als Justizminister, Nauwerck als Innenminister, Oberstleutnant v. Griesheim als Kriegsminister[63]).

Hansemann hatte sich wohl die Neuformung des Ministeriums schon längere Zeit gewünscht und seine Vorbereitungen getroffen. In dieser Berliner Atmosphäre von Kleinmut, Mißtrauen und wechselseitigen Beschuldigungen hoffte er

mit seiner gegenwartsfrohen Frische bald etwas Ordentliches schaffen zu können. Er hatte ein Übermaß von Ideen und legte nun konkrete Pläne vor: Gesetze über die Bürgerwehr, über die Entlastung des Eigentums, Reorganisation der Rechtspflege, Reformen der Steuergesetzgebung, Herstellung des Kredits zur Belebung der Wirtschaft. Auf das Ministerium des Überganges schien nun wirklich nach Camphausens Wort das Ministerium der Tat zu folgen. Hansemann stellte sich auch auf den Boden der Revolution — er vermied das Wort nicht, weil er auf dieser großen politischen Tatsache weiterbauen wollte. Seine Erklärung darüber wollte Vertrauen bis weit nach links erwerben und tat es auch bis zu einem gewissen Grade: „Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserm Tun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller und eigentümlicher Charakter darin besteht, daß sie, ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse, die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest." Man konnte kaum besser und geschickter die Ehrfurcht vor geschichtlichen Tatsachen mit zur Begründung eines neuen Rechtszustandes verwenden; Hansemann tat es zudem in einem verhältnismäßig günstigen Augenblick. Der Zeughaussturm zwang auch die Linke zur Ablehnung der Anarchie — daß es mit der Rechten und mit der Krone nicht ging, hatte Camphausens Schicksal gezeigt. Die Stimmung war reif für ehrliche parlamentarische Arbeit, zum Aufbau der Verfassung und des neuen Rechtsstaates auf Grund der durch die Revolution geschaffenen Sachlage. Sofort zeigten sich aber alte und neue Gefahren auch für das Ministerium Auerswald-Hansemann. Der durch den Zeughaussturm hervorgerufene Ekel vor Krawallen und Gewalttaten wurde von der Reaktion zu verstärkter Stimmungsmache gegen die Revolution überhaupt benutzt. Die deutsche Frage und Preußens Verhältnis zu den Großmächten gaben der innerpolitischen Problematik vollends den Charakter einer Staatskrise.

Wir wissen, welche Verstimmung die Vorgänge bei der Wahl des Reichsverwesers Erzherzog Johann in Berlin hervorriefen. Nach dem Bekanntwerden der Wahl versammelte Schleinitz die deutschen Gesandten im preußischen Außenministerium und erklärte: Preußen sei entschlossen gewesen, gegen die verletzende Form der Frankfurter Beschlüsse zu protestieren, da sei die Zustimmung des Bundestages durch Bundesbeschluß erfolgt: dieses unvorhergesehene Ereignis verändere und erschwere die Lage. Schleinitz machte den Vorschlag, die Bundesversammlung solle nun den förmlichen Beschluß fassen, die Exekutivgewalt provisorisch an den Erzherzog Johann übergehen zu lassen und für die Dauer dieses Provisoriums ihre Tätigkeit einzustellen[64]).

Der Bundesbeschluß, von dem Schleinitz sprach, war am 29. Juni gefaßt worden. Er erfolgte auf Vortrag des österreichischen Präsidialgesandten einhellig und betraf auch das Schreiben des Bundestags an den Erzherzog, in dem es hieß:

„Ganz besonders aber gereicht es den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugtuung, Euerer Kaiserlichen Hoheit die Versicherung ausdrücken zu dürfen, daß sie schon vor

dem Schlusse der Beratungen über die Bildung einer provisorischen Zentralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, für die Wahl Euerer K. K. Hoheit zu so hohem Berufe sich zu erklären[65]).“

Der Bundestag glaubte also, diese Fiktion im Interesse seines Ansehens notwendig zu haben. Der preußische Gesandte v. Usedom konnte zunächst nicht dafür stimmen, da er ohne Instruktion war. Im letzten Augenblick kam ein Privatschreiben Abekens, das mitteilte, das preußische Kabinett habe seine bisherigen Bedenken fallengelassen. Immerhin war so eine Verzögerung des Glückwunschschreibens eingetreten, die später Usedom zum Vorwurf gemacht wurde[66]). Man sieht, daß die oben angeführten Mitteilungen Schleinitzens sich nicht ganz mit dem Aktenbefunde decken. Die deutsche Einigkeit war bei den Regierungen durchaus nicht vorhanden — man meinte es aber der Frankfurter Nationalversammlung und der öffentlichen Meinung schuldig zu sein, sie wenigstens nach außen zur Schau zu tragen. Die Verstimmung in der preußischen Regierung richtete sich sowohl gegen den Bundestag wie gegen die Nationalversammlung; den Bundestag wünschte sie nun so bald als möglich durch etwas anderes zu ersetzen; die Nationalversammlung erhielt eine deutliche Warnung durch die verklausulierte Form der Anerkennung der Wahl des Erzherzogs: „Die Regierung Seiner Majestät zweifelt nicht, daß aus dem Verhalten der deutschen Nationalversammlung in diesem außerordentlichen Falle keinerlei Konsequenzen für die Zukunft werden gezogen werden.“ Im preußischen Staatsministerium kam es wegen der Frankfurter Beschlüsse zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten. Hansemann, dessen nüchterner Kopf an das preußische Kaisertum nie recht glauben konnte, wollte zunächst einmal Preußen neu aufbauen und sich nicht mit den Sorgen der Zentralgewalt belasten. Er sprach für einfache Anerkennung. Auch Rodbertus war durchaus gegen die Bindung des Frankfurter Parlaments an die Mitwirkung der Einzelregierungen, weil er fürchtete, daß dann niemals etwas zustande käme. Milde, Kühlwetter und Schreckenstein traten aber für einen kräftigen Protest ein, und so entstand jene mehr angedeutete als klar ausgesprochene Verwahrung[67]). Rodbertus trat deshalb zurück — ein empfindlicher Verlust für das neue preußische Kabinett; das Kultusministerium wurde auch nicht endgültig wieder besetzt, sondern dem Geheimrat v. Ladenberg zur Verwesung übergeben. Die Linke der preußischen Nationalversammlung benutzte die Frankfurter Beschlüsse zum Angriff sowohl auf das Frankfurter Parlament wie auf das preußische Ministerium. Jacoby beantragte am 7. Juli, den preußischen Vorbehalt und den unverantwortlichen Reichsverweser zu mißbilligen. Er blieb damit in der Minderheit; aber die erbitterten Verhandlungen dieser Tage zeigten, welche Schwierigkeiten dem Rumpfministerium Auerswald-Hansemann bevorstehen sollten, auch im Verhältnis zu den beiden Zentren, auf die Hansemann doch so stark hoffte. Die Wahl des Erzherzogs Johann hatte auch gerade in den unteren Bevölkerungsschichten Berlins wenig günstige Aufnahme gefunden. Das preußische Selbstgefühl war eben verletzt.

*

Wrangel zog sich aus Jütland zurück — Radetzky aber marschierte im Juli in Oberitalien vor. Posen sollte durch die Demarkationslinie beruhigt werden — in Prag tagte der Slawenkongreß — in Prag flammte der Aufstand hoch. Kaiser

Nikolaus stand an der polnischen Grenze. In Galizien wurde sie hundertmal durch Insurgenten verletzt; in die Donaufürstentümer marschierten die Russen im Juni ein. Einfälle von polnischen Freischaren aus Galizien, erklärte Rußland den Österreichern mit verletzender Großmut, wolle es nicht als Kriegserklärung ansehen[68]). Vergleicht man die Zustände Preußens und Österreichs im Sommer 1848, so fällt auf, wie in Preußen alles gedrückt, kleinmütig, unheroisch aussah. Die österreichische Staatskrise war viel ernster, die Gegensätze waren schärfer, es stand mehr Schicksal und Weltanschauung dahinter. In Preußen gab es zwischen dem König und der Nationalversammlung, zwischen der Kamarilla und dem Ministerium, zwischen dem Junkertum auf dem Lande und der Berliner sozialrevolutionären Bewegung schlechterdings keine Versöhnung; die Armee und die Bürokratie hielten den Staat trotzdem zusammen, nicht gerade durch große, eindrucksvolle Leistungen, sondern mehr durch den trägen Konservativismus ihres Daseins. Wenn der Kaiserstaat Österreich in viel schlimmerer Lage war, wenn die Widersprüche seiner Lebensform damals zuerst die Tragödie eines unentrinnbaren Zusammenbruches herbeizuführen schienen — so besaß er, glücklich genug, eine Reihe von Männern, die das Unwahrscheinliche seiner Rettung vollbrachten. Der zum Reichsverweser gewählte Erzherzog Johann hat nur halbwegs und etwas wider Willen zu ihnen gehört.

In Wien regierte seit dem 9. Mai das Zentralkomitee, eine revolutionäre Körperschaft, die sich aus Abgeordneten der Nationalgarde und der studentischen Legion zusammensetzte. Es nahm den Kampf mit dem Ministerium Pillersdorf aus Anlaß des Wahlgesetzes auf. An Stelle der indirekten Wahlen mit Zensus wurde das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht verlangt — an sich begreiflich, da es ja schon grundsätzlich bei den Wahlen für das Frankfurter Parlament angewandt worden war. Warum sollte der österreichische Reichstag reaktionärer zusammengesetzt sein als die Versammlungen in Frankfurt und Berlin? Auch die Bestimmungen über die Erste Kammer erregten lebhaften Widerspruch. Die Revolutionsführer, Tausenau an der Spitze im Klub der Volksfreunde, verlangten überhaupt Beseitigung der oktroyierten Verfassung und wie in Preußen die Einberufung eines verfassunggebenden Reichstages. Das Ministerium versuchte nun vergebens, das Zentralkomitee zur freiwilligen Auflösung zu bringen; es ließ der Nationalgarde durch ihren Oberkommandanten Grafen Hoyos politische Verhandlungen verbieten. Dieser Tagesbefehl war für das Zentralkomitee die Kriegserklärung: die Revolution vom 15. Mai war die Antwort. Eine Aulaversammlung wurde einberufen, die Arbeiter erklärten sich mit den Studenten und Nationalgardisten solidarisch. Die gesamte Nationalgarde wurde bewaffnet versammelt. Schon waren Truppen aufmarschiert. Zwischen der Hofburg und dem Stefansplatz sammelte sich eine große Volksmenge an. Pillersdorf verhandelte mit den Vertretern der Volksbewegung: man verlangte die Zurücknahme des Tagesbefehls, gemeinsame Besetzung der wichtigsten Punkte der Stadt durch Militär und Nationalgarde, Requirierung von Militär nur auf Verlangen der Nationalgarde; dazu kamen bald die politischen Forderungen: Einkammersystem, innigster Anschluß an Deutschland, Wahlen ohne Zensus! Die alten Führer Füster, Fischhof, Goldmark traten wieder hervor; was im März nicht erreicht war, sollte nun im Mai gelingen. Giskras jugendliche Rednerleidenschaft forderte stürmisch

baldigste, sofortige Bewilligung. In der Hofburg herrschte die dort übliche peinliche Verlegenheit. Wie schon öfters wurde die Thronentsagung des Kaisers erörtert, zugunsten seines Bruders Franz Karl oder auch schon zugunsten Franz Josefs; der Kaiser wehrte sich aber. Auch an Flucht wurde schon gedacht. Die Arbeiter kamen aus den Vorstädten und begannen den Barrikadenbau, man ließ die Republik leben. Niemand wagte es, einem solchen Sturm Widerstand zu leisten. Die Legionäre erklärten, nicht eher zu weichen, bis alles bewilligt sei. Und so wurde alles bewilligt. Der Kaiser unterschrieb. Österreich hatte nun dasselbe wie die anderen; alle Versuche einer legitimen Entwicklung waren weggewischt. Eine Kammer, ohne Zensus gewählt, sollte zusammentreten und die Verfassung beraten. Das Zentralkomitee hatte gesiegt. — Schwarz auf weiß verbürgte ihm das die kaiserliche Proklamation am 16. Mai. „Die Sache der Monarchie hat gestern wieder einen so gewaltigen Stoß erlitten, daß ich mich wundere, heute nicht unter einer Republik zu schreiben“, berichtete Biegeleben am 18. Mai. Daß die Fürstinnen Lubomirska und Czartoriska in den Vorstädten bedeutende Summen verteilt hätten, bezeichnet er als stadtkundig[69]). Das Ministerium Pillersdorf erklärte jetzt seinen Rücktritt — seine Arbeit war gescheitert, es hatte wahrhaftig vollen Grund, zu verschwinden. Es hatte vermitteln wollen, es war ein Ministerium des Überganges — ähnlich wie das Ministerium Camphausen, mit dessen Chef Pillersdorf auch persönlich viel Züge teilt. Der 15. Mai bedeutete nun den Sieg der Volkssouveränität auch in Österreich, vielmehr in Wien, auch noch in Brünn, Graz und Linz. Aber einen Nachfolger für Pillersdorf gab es nicht.

Der Hofadel hatte die Wiener Märzrevolution zum Teil gewünscht und vorbereitet, die Mairevolution griff seiner geschichtlichen Machtstellung an die Wurzel. Für die Provinz, für das Landvolk, für die fremden Nationalitäten waren die Revolutionsführer in Wien ohne Autorität. Ein aus ihnen gebildetes Ministerium hätte sich kaum in der Hauptstadt durchsetzen können. Das Zentralkomitee selbst bat den Kaiser, die Demission des Ministeriums Pillersdorf nicht anzunehmen. Es blieb als Platzhalter inmitten einer allgemeinen Ratlosigkeit und Auflösung. Das entscheidende Symptom dafür war die Entführung Kaiser Ferdinands nach Innsbruck: ein von der Hofpartei geschickt inszenierter Streich, hinter dem Rücken des Ministeriums, gegen den Willen des Kaisers, auch wohl gegen den Willen Erzherzog Franz Karls, aber von der Kaiserin und Erzherzogin Sophia gebilligt, im Anschluß an eine Spazierfahrt durchgeführt, gemeint als der offene Bruch mit der Volksbewegung, wie die Proklamation des Kämmerers und Erziehers Franz Josefs, Grafen Heinrich Bombelles, an das Landvolk beweist, die von rohester Gewalt und der ungesetzlichen Bewegung des 15. Mai spricht. Die Nachricht vom Weggang des Kaisers wirkte in Wien wie ein „elektrischer Schlag“. Das im Grunde wohlgesinnte loyale mittlere Bürgertum konnte sich die Kaiserstadt ohne Kaiser überhaupt nicht vorstellen und verlangte, auch aus geschäftlichen Rücksichten, die Rückkehr des Hofes. Das Ministerium mußte in einer höchst verlegenen Kundgebung mitteilen, es kenne die Gründe und näheren Umstände dieser Reise nicht; der Oberkommandierende der Nationalgarde, Graf Hoyos, wurde sofort an den Kaiser abgeschickt, um die Rückkehr oder wenigstens eine offene Darstellung der Gründe herbeizuführen[70]). Der Volksführer Häner, der die Gelegenheit benutzen wollte, in Mariahilf die Republik auszurufen und die

Fabrikarbeiter zum Zug in die Stadt aufzurufen, wurde mit seinem Gesinnungsgenossen Tuwora sofort verhaftet und nur dadurch vor dem Laternentod bewahrt. Die Demokratische Partei, unter der Führung von Becher und Tausenau, erließ einen Aufruf, durch den die Bildung einer provisorischen Regierung unter Leitung des Erzherzogs Johann verlangt wurde. Auch das hatte gar keinen Erfolg. Die Mehrheit in Wien empfand plötzlich ganz dynastisch und wollte einfach den Kaiser wiederhaben. Deputationen wurden ausgesandt; alle Provinzen wetteiferten, denn überall entstand nun die Hoffnung auf den Segen eines kaiserlichen Besuches. Als der Erfolg ausblieb, kam ein erbitterter Rückschlag. An Stelle des aufgehobenen Zentralkomitees trat der vielköpfige Sicherheitsausschuß; der Versuch des Ministeriums, die Studentenlegion aufzulösen, wurde mit neuem Barrikadenbau beantwortet. „Heilig ist das Eigentum, nieder mit den Aristokraten!“ hieß es. Die Barrikaden erhoben sich diesmal bis zur zweiten Etage der Häuser und blieben mehrere Tage als greifbares Drohmittel und als eine Art revolutionärer Sehenswürdigkeit. Die Arbeiter entschlossen sich ungern, sie wieder abzutragen. Die Nationalgardisten trugen auf ihren Hüten Papierstreifen mit der Inschrift: „Wir bitten, daß die akademische Legion bestehen bleibe, nach den Anordnungen vom 14. April[71]).“ Das Ministerium mußte, um Blutvergießen zu vermeiden, wiederum in allen Punkten nachgeben und das Militär zurückziehen. Der Sicherheitsausschuß entfaltete unter Fischhofs Leitung eine mehr beruhigende als revolutionäre Tätigkeit. Er griff überall kräftig ein, versöhnte zankende Parteien, erledigte Bittschriften, beschwichtigte die Arbeiter. Er war tatsächlich Justiz, Verwaltung und Polizei in einem. Das Ministerium tyrannisierte er, wie es ihm gefiel — die Dynastie mußte er respektieren, um populär zu bleiben.

Als das Blatt „Der politische Studenten-Kurier“ über die „Republik in Wien“ artikelte, bekamen doch viele einen Schrecken bei der Schlagkraft dieses Wortes: die Nummer wurde konfisziert, die Redaktion wurde von dem Staatsanwalt vor Gericht gebracht, aber von den Geschworenen freigesprochen. Es war das erste öffentliche Verfahren in Pressesachen, das erste österreichische Geschworenengericht[72]). Die Formel „demokratische Monarchie“ beschwichtigte die Gemüter, zunächst wenigstens. Wien lebte nun eine Zeitlang ruhig, beinahe wie eine Stadt-Republik, mitten in dem auseinanderfallenden Kaiserstaate. Man freute sich an mancher Frozzelei und Geckerei bei der Bürgergarde, man berauschte sich an dem Glanz hochbegabter Studentenredner und lachte über die Tageswitze der bunten Straßenliteratur. Es war die Freiheit, aber eine etwas unheimliche Freiheit, die man genoß. In dem Moment, da Wien nicht mehr Residenz war, war es auch nicht mehr die Hauptstadt. Der Schwerpunkt in Österreich verlegte sich. Groß blieb in Wien die Angst vor einer Reaktion. Als das Ministerium eine freie Werbung zum Militärdienst unter der immer zunehmenden Menge der arbeitslosen Fabrikarbeiter veranstalten wollte — man dachte an die Aufstellung von 35 Reserve-Bataillonen ohne Konskription — da wurden die auf den Wällen errichteten Werbehütten unter dem üblichen Rufe „Verrat“ zerstört, und diejenigen, die sich anwerben ließen, mußten sich die schlimmsten Drohungen gefallen lassen. Die 14 000 bis 15 000 Arbeitslosen kosteten täglich 5000 Gulden städtische und staatliche Lohngelder. Im Prater und in den Donau-Auen wurden rücksichtslos die Bäume gefällt und verwertet. Der Schaden des hilflosen Magistrats betrug bald

50 000 Gulden und mehr[73]). Mitte Juni war die Zahl der staatlich beschäftigten Arbeitslosen auf 20 000 gestiegen; als sie auch die Bezahlung der Feier- und Regentage verlangten, wurde ihnen wenigstens für die Regentage die Brotportion bewilligt.

Wohlhabende Bürger setzte man bereits auf Listen, um im Notfalle auf sie zurückzugreifen. Es erbitterte die Wiener besonders, daß unter diesen Arbeitern so viele Böhmen waren, die von der Prager Studentendeputation entsprechend bearbeitet wurden[74]).

*

In Galizien wehrten sich die Ruthenen gegen die Polen und wollten auch Staatsbürger sein; wenigstens hob der Statthalter zum 15. Mai alle Lasten und Frondienste auf; Krakau, der Sammelpunkt der Emigranten, der Mittelpunkt der polnischen Nationalbewegung, wurde am 26. April durch Bombardement zur Ruhe gebracht. Das war der erste Fall rücksichtsloser militärischer Unterdrückung in der europäischen Revolutionsbewegung von 1848. Bald sollte Österreich größere und ernstere Beispiele für diese Methode bieten. In Ungarn wurden die Juden verfolgt; Serben, Walachen, Siebenbürger verlangten nun auch ihre Rechte von der Krone des heiligen Stephan. In Kroatien beanspruchte der neue Banus Jellačić die Vereinigung mit Dalmatien, der Militärgrenze und den anderen slawischen Gebieten und behauptete, ein wahrer, echter Volksmann, Sänger und Soldat, den südslawischen Gedanken trotzig gegenüber den Eingriffen des Palatins von Ungarn und des Kaisers.

Die ungarische Bewegung war gegen den alten Kaiserstaat gerichtet — aber sie war einstweilen zufriedenzustellen durch die Anerkennung der ungarischen Selbständigkeit. Bei der deutschen und der slawischen Bewegung mußte das viel schwieriger sein. Der deutsche Nationalismus stieß zugleich Österreich von sich und verlangte die deutschen Erblande irgendwie für sich; der slawische Nationalismus bedrohte aber die gesamten überkommenen staatlichen Verhältnisse des europäischen Ostens.

Wir kennen die Absage des Tschechentums an das Frankfurter Parlament. Es ging noch einen Schritt weiter: der deutschen Nationalversammlung stellte es eine slawische Nationalversammlung gegenüber. Ein allgemeiner Kongreß der österreichischen Slawen sollte am 31. Mai in Prag zusammentreten; tatsächlich wurde er am 3. Juni eröffnet, nach umsichtigen, sorgfältigen Vorbereitungen. Zum ersten Male trafen sich nun die westlichen, östlichen und südlichen Slawen des Kaiserstaates in einer Stadt, die als slawisch in Anspruch genommen wurde, und wandten die nationalen und freiheitlichen Zeitideen auf ihr Volkstum an.

Das alte, tolle, wunderliche Prag wimmelte von malerischen Trachten — auch die längst verbürgerlichten Prager kostümierten sich tschechisch; Jugendleidenschaft, Geschrei, keckes Selbstgefühl, eifersüchtiger Wettkampf und die Urkraft echten Bauerntums summierten sich hier zu einem hinreißenden Willensausbruch. So unakademisch war das alles, so spontan, so zügellos, so glühend! Politisch bedeutete dieses geeinigte Slawentum eine Kampfansage zugleich an das kommende deutsche Reich, an den alten österreichischen Kaiserstaat und an den russischen Zarismus. Hätte man sich in Prag mit dem Bekenntnis zum Austroslawentum, also mit dem Programm eines österreichischen Bundesstaates unter wesentlicher

Mitwirkung der in ihren Nationalrechten anerkannten Slawen, begnügt, dann hätte von dem Prager Slawenkongreß vielleicht eine staatsschöpferische Wirkung ausgehen können. Der Kongreß griff aber über das Austroslawentum hinweg; schon das Programm sprach von der Versöhnung der Russen und der Polen und drückte den Wunsch aus, das russische Volk möchte bald das Licht der Freiheit in seiner Heimat erblicken. Nur ein Russe nahm an den Verhandlungen teil — er hieß aber Michael Bakunin. Er und viele Polen aus Posen brachten in den Kongreß einen Zug von revolutionärer Leidenschaft, der sich von der Art der stark in der Mehrheit befindlichen, etwas ruhigeren Tschechen wesentlich unterschied. Der Kongreß verlangte in einem Manifest an die europäischen Völker im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einen allgemeinen europäischen Völkerkongreß zur Schlichtung aller internationalen Fragen: freie Völker, so hieß es darin, werden sich leichter verstehen als bezahlte Diplomaten; in der Adresse an den österreichischen Kaiser wurde die Verwandlung Österreichs in einen Föderativstaat, die Anwendung des Nationalitätsprinzips auch auf Ungarn, die Errichtung eines Königreiches Slowenien, die wechselseitige Nationalitätsgarantie der Polen und Ruthenen verlangt. Schon immer hatte der italienische und der deutsche Einheitsgedanke den alten Kaiserstaat bedroht; der Aufstand des Slawentums bedrohte ihn mit der Vernichtung oder — er gab ihm die Grundlage für einen Neuaufbau. Die Ungarn hatten sich von Wien losgesagt; dasselbe tat die deutsch-preußische Erbkaiserpartei. Jellačić, der kommende Herr der Kroaten, Dalmatiner und Slowenen, bot den Tschechen die Hand. Wien war eine republikanisch-demokratische Insel, die Bauern der deutschen Erblande huldigten ihrem Kaiser. Mit den panslawistisch-revolutionären Tendenzen gab es für die letzten Stützen des Kaiserstaates keinen Frieden — denn sie richteten sich gegen Rußland, und Rußland blieb die äußerste Hoffnung. Das Austroslawentum war aber brauchbar; zwei Fürsten Schwarzenberg, drei Grafen Harrach, Graf Mathias Thun nahmen an dem Slawenkongreß teil. Hochadel, Armee, Landvolk, Bürokratie und katholische Kirche gab es immer noch im Kaiserstaate.

Am 29. Mai war in Prag ein provisorischer Regierungsrat eingesetzt worden, an der Spitze stand der Gubernialpräsident Graf Leo Thun: eine denkwürdige Maßregel, gebilligt von allen zuständigen Instanzen, auch dem Militärkommandanten Fürsten Windischgrätz. So sagte sich das offizielle Prag von dem ohnmächtigen Wiener Ministerium los. Deutsche und Tschechen wirkten in diesem außerordentlichen Organ zusammen, Palacky, der Präsident des Slawenkongresses, gehörte dazu. Das konservative Deutschtum und der tschechische Nationalismus schienen zusammenzufinden. Da schuf die Prager Junirevolution eine völlig veränderte Lage.

Der Slawenkongreß förderte Ideen und Leidenschaften zu Tage, die die Machthaber aller Richtungen erschrecken mußten. Zwischen Militär und Nationalgarde bestand schon lange die übliche Spannung. Die Studentenlegion verschärfte die Gegensätze durch eine heftige Hetze gegen das Zweikammersystem des böhmischen Landtages. Die Erfolge der Wiener Märzrevolution wirkten ansteckend. Wenn der allgemeine Reichstag nur eine Kammer hatte — warum sollte es dann in Böhmen noch eine Adelsbank geben? Arbeiter und kleiner Mittelstand, überwiegend tschechisch, wurden slawisch fanatisiert und in den

täglich stattfindenden Volksversammlungen bearbeitet. Der Gipfel der Forderungen war das an Windischgrätz gestellte Ansinnen, 2000 Gewehre, 80 000 scharfe Patronen und eine Batterie zur Verfügung zu stellen. Wie beim Berliner Zeughaussturm zielte man also auch hier auf die Volksbewaffnung ab. Da der Kommandierende General schroff ablehnte, kam es zu Zusammenrottungen und Aufläufen.

Der Ausbruch erfolgte im Anschluß an die am Pfingstsonntag, dem 13. Juni, auf offenem Platze feierlich zelebrierte Messe, die eine gewaltige Volksansammlung hervorrief. Barrikaden wurden in der Alt- und Neustadt gebaut, planlos und ohne greifbares politisches Ziel, hauptsächlich als Schutz vor den erbitterten, immer wieder herausgeforderten Grenadieren des Fürsten Windischgrätz. Verhandlungen, Einzelkämpfe, Drohungen, Gewalttaten wechselten drei Tage lang bunt miteinander ab. Gleich am ersten Tage wurde die Fürstin Windischgrätz in ihrem Hause erschossen, als sie den Vorhang des Fensters beiseiteschob, um auf die Straße zu sehen. Es handelte sich offenbar um ein wohlvorbereitetes Attentat, das eigentlich dem Fürsten galt[75]). Aber es bedurfte kaum dieses schmerzlichen Ereignisses, um die Energie des Fürsten Windischgrätz zu stählen. Im März in Wien hatte er nicht handeln dürfen, nun brannte er darauf. Er wußte wohl, daß die Volksbewegung sehr stark gegen ihn persönlich gerichtet war; er wußte aber ebensogut, wie sehr Truppen und Offiziere an ihm hingen. Als er auf die Vermittlungsversuche der Wiener Hofkommissare das Kommando zur Verfügung stellen wollte, hielten ihn seine Offiziere. Die Aufständischen hatten den Grafen Leo Thun als Geisel festgenommen — Windischgrätz ließ sich dadurch nicht beirren. Ein starrer Mann aus der alten Zeit stand hier einer Bewegung und einem Wirrwarr von Ideen gegenüber, deren Jugendkraft er nicht verstand. Die Prager Studenten und Arbeiter kämpften für eine sehr ferne Zukunft; Windischgrätz war ein kaiserlicher General, er kämpfte für den Kaiserstaat gegen den böhmischen Löwen. Autokratie traf auf Demokratie, stehendes Heer auf bewaffnetes Volk, der von den Deutschen getragene Zentralismus auf die erwachende slawische Nationalität.

Die Gegensätze waren weiter gespannt als in Berlin und in Frankfurt — es war deshalb leichter, den Kampf als Kampf zu Ende zu führen. Fürst Windischgrätz zog alle Truppen aus der Stadt, besetzte den Hradschin und das linke Moldauufer mit Sechspfündern und Bombenmörsern, erklärte die Stadt in Belagerungszustand und verlangte Räumung der Barrikaden und Ablieferung der Waffen. Als das angedrohte Bombardement tatsächlich begann, brach die schlecht geleitete Bewegung schnell zusammen. Die Klubs wurden geschlossen, die Nationalgarde aufgelöst, mehrere hundert Personen verhaftet, aber die meisten bald freigelassen. Der Slawenkongreß war vor Abschluß seines Programms auseinandergesprengt. Der Gedanke der böhmischen Autonomie innerhalb eines österreichischen Föderativstaates mußte zunächst aufgegeben werden. Ein eigener böhmischer Landtag fand nicht statt: die Slawen mußten schon sehen, wie sie innerhalb des Kaiserstaates vorankamen. Volkszahl und Volkskraft gaben ihnen hier große Aussichten. So geschah das Paradoxe, daß der Sieg des Fürsten Windischgrätz über die tschechische Volksbewegung dem ursprünglichen Gedanken des Slawenkongresses, der Betonung des Austroslawismus wieder einen neuen Sinn gab. Die wichtigste Folge der Prager Junirevolution ging aber für Deutschland und Europa aus von der Tatsache eines unzweifelhaften militärischen Sieges über

eine Volksbewegung in einer großen Stadt. Was in Berlin und Wien bisher nicht möglich war, hatte Windischgrätz in Prag verwirklicht. Bald folgte Cavaignac in Paris. Prag bedeutet aber den Umschwung. Der slawische Revolutionswille war hier am glühendsten aufgetreten, er hatte auf eine neue östliche Art Europa in Bewegung setzen wollen — die Reaktion hatte ihn niedergeworfen, scharf klar, entschieden. Alle Reaktionäre schöpften neue Hoffnung.

*

In Innsbruck residierte nun der blöde Kaiser Ferdinand; die Tiroler Bauern bewachten das Innere des Schlosses; aus allen Teilen des Landes strömten sie zusammen, verdrängten die bestickten österreichischen und ungarischen Garden und sorgten mit einer Art eifersüchtiger Treue für den kaiserlichen Haushalt; ihre stattlichen und trotzigen Figuren gaben der Innsbrucker Hofburg einen malerischen Aspekt. Die Hofhaltung dort war ganz einfach — es gab möglichst wenig Etikette — der Hof galt als auf Reisen befindlich, man erschien im bürgerlichen Frack und in Stiefeln[76]). Auch viele Angehörige der Aristokratie hatten Wien verlassen. Der Herzogin Ferdinand von Württemberg, der Schwester des Fürsten Metternich, geschah es, daß sie, wegen ihrer hohen Gestalt und der starken Ähnlichkeit ihrer tiefen Stimme und ihrer Züge mit dem Bruder, für diesen gehalten wurde und auf dem Linzer Dampfboote Belästigungen von Studenten erfuhr, die der badische Gesandte Baron Andlaw beschwichtigen mußte. Die Gräfin Montecuccoli floh als Kindsmagd verkleidet aus Wien; in Ischl traf sich auch viel aristokratische Gesellschaft[77]). Sämtliche Diplomaten folgten dem Hofe nach Innsbruck. Die Stadt war bald überfüllt, die Einwohner verlangten enorme Preise.

Die Kaiserin Marianne hatte bisher, angeborener Gemütsart entsprechend, eine ganz passive Stellung eingenommen. Der starke äußere Impuls der außerordentlichen Lage erweckte jetzt in ihr eine Fähigkeit zu handeln, die überraschte. Mit der Kaiserin war Erzherzogin Sophie verbündet, die energischste Persönlichkeit in Innsbruck; ihr Sohn Franz Josef wurde am 18. August 18 Jahre alt und konnte dann als Großjähriger den Thron besteigen. Dies Ziel verfolgte sie mit mütterlicher Zähigkeit, trotz bedeutender Hindernisse. Ihr Gegenspieler war Erzherzog Johann. Von allen Erzherzögen galt dieser ja als der fähigste, aber auch als ebenso verschlagen. Sein persönlicher Ehrgeiz war groß: die Pläne, ein Königreich Rhätien sich zurechtzuschneiden, lagen ja nun lange zurück; seine Verbindungen mit den Vorkämpfern der Freiheitsbewegung blieben aber immer nahe. Nun hatte ihn, den alten Gegner Metternichs, die Revolution in den Vordergrund geschoben, und er gedachte jetzt Ernte zu halten. Wer ihn kannte, wußte, daß sich hinter seiner bestechenden Einfachheit und seinen freundlich geschickten Worten ein starker Trieb zu Macht und Popularität verbarg. Die Kaiserin und die Erzherzogin Sophie hatten nicht das geringste Vertrauen zu ihm; sie fürchteten, er werde darauf hinarbeiten, selbst Kaiser zu werden. Tatsächlich erstrebte der Erzherzog, der immer erzählte, er könne sich nicht von seinen Tiroler Bergen trennen, den höchsten Einfluß. Er verhinderte ein Ministerium mit dem Grafen Franz Stadion an der Spitze, dem tatkräftigen Statthalter von Galizien, von dessen Energie die fürstlichen Damen für Wien Gutes erwarteten. Erzherzog Johann

wünschte ein Zusammengehen mit der Wiener Volksbewegung, so weit wie irgend möglich. Deshalb setzte er nun mit Hilfe seines alten Vertrauten, des Freiherrn v. Wessenberg, den er als Außenminister in das Kabinett Pillersdorf gebracht hatte, den Beschluß durch, er solle als Verweser des österreichischen Reiches als Alter ego des Kaisers nach Wien gehen[78]). Noch vor seiner Abreise gelang es Johann in Innsbruck, den Banus Jellačić für die österreichischen Interessen zu gewinnen und damit gegenüber Ungarn festzulegen, als loyalen Anhänger des Kaisergedankens.

In Ungarn wurde dem Erzherzog Palatin Stephan die volle Souveränitätsbefugnis übertragen; man hoffte so, gegenüber der Agitation Kossuths auf Bruch mit Österreich, doch das Land noch an dem lockeren Rande der dynastischen Leitung festzuhalten. Was Erzherzog Stephan in Ungarn war, gedachte Erzherzog Johann in Österreich zu sein. Der Banus Jellačić konnte dann mit dem Fürsten Windischgrätz zusammen gegen den ungarischen Freiheitsgedanken so gut verwandt werden wie gegen den deutschen. Warum sollte das aber zugunsten eines jungen Prinzen geschehen, der, noch nicht großjährig, eine unsichere Zukunft bedeutete? Die liberalen Erzherzöge Johann und Stephan hatten die Gegenwart für sich. War nicht eine dualistische Lösung für den Kaiserstaat das beste[79])? Der Palatin konnte die ungarische Königskrone erlangen; warum nicht Erzherzog Johann die Kaiserkrone, und zwar die alte deutsche, das Symbol des wahren Großdeutschland? Erzherzog Johann, eben zum Alter ego des Kaisers bestimmt, wurde wenige Tage darauf zum Reichsverweser in Frankfurt gewählt. Er zögerte auch nicht einen Augenblick, diese Wahl anzunehmen — er griff beinahe hastig nach dieser Frucht, wie jemand, der lange vorher gepflanzt und überlange auf die Reife gewartet hat. Nun glaubte er, daran zu sein. Die österreichische und die deutsche Reichsverweserschaft miteinander zu vereinigen, galt ihm als selbstverständlich. Er sagte es ganz offen in seiner Proklamation vom 6. Juli: „Ich glaube daher, die mir von unserem Kaiser für die Zeit seiner Abwesenheit übertragenen Regierungspflichten nicht zu verletzen, ich glaube sie vielmehr mit hoffnungsreicherem Erfolge zu führen, indem ich beide gleich wichtigen und innig verbundenen Sendungen annehme[80]).“ Weder die Zustimmung der Regierungen noch die des Kaisers Ferdinand glaubte er zur Annahme der Frankfurter Wahl nötig zu haben. Vergebens bemühte sich der preußische Gesandte, den Erzherzog zur bedingten Annahme, zum Vorbehalt der Zustimmung der Regierungen zu bewegen[81]). Die Nationalversammlung in Frankfurt wollte er nach Wien, eventuell nach Linz oder Regensburg verlegen. Erzherzog Johann war ja auch derjenige gewesen, der über den Aufruf König Friedrich Wilhelms IV. besonders erregt gewesen war, der die Kaiserpläne der preußischen Erbkaiserpartei mit Lebhaftigkeit bekämpfte, der das Aufziehen der schwarz-rot-goldenen Fahnen in Wien gerade im Hinblick darauf beim Kaiser befürwortet und durchgesetzt hatte. Jetzt glaubte er sich als den ersehnten Mann des Tages und als den Volkskaiser von morgen ansehen zu dürfen.

Als Erzherzog Johann von Innsbruck abreiste, verpflichtete ihn sein Neffe Franz Karl, den Sicherheitsausschuß, die demokratischen Klubs und die Aula in Wien aufzulösen. Johann dachte aber gar nicht daran. Zu den charakteristischen Eigenschaften des Erzherzogs gehörte es, stets die Sprache desjenigen zu sprechen,

mit dem er redete. Seine Mission wurde in Wien sehr beifällig aufgenommen — den Erzherzog Franz Karl, von dem zuerst auch wieder die Rede gewesen war, hätte man lange nicht so gerne gehabt. Erzherzog Johann feierte nun die Volkswahl als die alleinige Quelle seiner Reichsverweserschaft, in den Proklamationen an das österreichische und an das deutsche Volk — der Bundesversammlung aber bestätigte er, daß er sein Mandat durch die Zustimmung der Regierungen empfangen habe. Zu den Studenten und zu den Männern des Sicherheitsausschusses ließ er sich in dem Wortschatz der Revolution und der Volkssouveränität vernehmen; wenn er aber den preußischen Gesandten Grafen Bernstorff oder andere deutsche Diplomaten empfing, meinte er, die ganze Sache mit der Reichsverweserschaft sei eigentlich „illegal". Bernstorff antwortete darauf nur mit einem Achselzucken[82]).

Die sofortige Annahme der Frankfurter Reichsverweserschaft und die unverzügliche Reise nach Frankfurt wurde dem Erzherzog Johann in Wien übelgenommen. Er hatte in den wenigen Tagen seiner Wirksamkeit genug zu tun gehabt, um an einer Versöhnung zwischen dem Sicherheitsausschuß und dem Ministerium Pillersdorf zu arbeiten. Nun, während seiner Abwesenheit, wandten sich viele Kräfte gegen ihn. Die fürstlichen Damen und Franz Karl hielten eine Vereinigung der Wiener und der Frankfurter Stellung für unmöglich; dieselbe Auffassung herrschte in Frankfurt, von einer Verlegung wollte niemand im Parlament etwas wissen. In Innsbruck hatte man gefürchtet, der Erzherzog Johann werde das Frankfurter Experiment für zu gefährlich halten und sich nicht darauf einlassen. Schrieb er doch an Franz Karl, er sei verzweifelt bei den Frankfurter Zuständen[83]). Nun war man glücklich, von dem ehrgeizigen Manne befreit zu werden. Mit einer gewissen Ängstlichkeit wurde der junge Franz Josef von Johann ferngehalten. Man ließ ihn nicht nach Linz kommen bei der Rückfahrt Johanns von Frankfurt — trotz des ausdrücklichen Wunsches Johanns —, kein Wunder, daß nun der Reichsverweser verstimmt gegen den Innsbrucker Hof war[84]). Man wünschte eben dort die Zukunftshoffnung auf keine Art zu belasten. Noch einmal kehrte ja Johann nach Wien zurück; aber was viele erwarteten, der Versuch, ihn faktisch und selbständig an die Spitze der Monarchie als Kaiser zu stellen, wurde nicht gemacht. Man kann sagen: das Wiener Mandat half dem Erzherzog auch zur deutschen Reichsverweserschaft, aber die Reichsverweserschaft verhinderte nun, daß das Wiener Mandat sich so auswuchs, wie er es im Innersten wohl wünschte. Und weil er dann Wien aufgeben mußte, wurde nun auch aus der Frankfurter Reichsverweserschaft kein Kaisertum. Der Erzherzog hatte sich zwischen zwei Throne gesetzt. Auch bei den unmittelbaren politischen Aufgaben des Tages zeigten sich die Grenzen, die diesem fürstlichen Biedermanne gesetzt waren. Er bewohnte einen kleinen Pavillon des Schlosses Schönbrunn und arbeitete jeden Tag von 9 bis 3 Uhr in der Staatskanzlei, mit einer bürokratischen Beflissenheit, die an die Art seines Vaters, des Kaisers Franz, erinnerte. Er gab unzählige Audienzen, war für jeden zu sprechen, plauderte gut und gern, redete allen freundlich zu und meinte so, als harmlos geriebener Beschwichtigungsonkel, die ungeheuren Schwierigkeiten meistern zu können. Den gänzlich verbrauchten, durch ein ausdrückliches Mißtrauensvotum des Sicherheitsausschusses zum Rücktritt gezwungenen Pillersdorf wußte er nicht

besser als durch seinen guten Wessenberg zu ersetzen. Der wenig rede- und geistesgewandte Freiherr v. Doblhoff übernahm das Innere und den Kultus, Handelsminister wurde der liberale Wiener Fabrikant Hornbostel, Arbeitsminister der Redakteur der „Österreichischen Allgemeinen Zeitung", Ernst v. Schwarzer, wohl der erste deutsche Journalist, der einen solchen Posten erhielt. Er war früher Redakteur des „Österreichischen Lloyd" gewesen, und von dort kam Einspruch gegen ihn. Trotz des Widerstandes Tausenaus wurde Alexander Bach Justizminister, „ein sehr fähiger, aber viel zu lebhafter junger Mann", wie der preußische Gesandte Graf Bernstorff schreibt, das Musterbeispiel eines politischen Strebers demokratischer Provenienz[85]). Der Dichter Freiherr Ernst v. Feuchtersleben, hochangesehen als Arzt, erhielt einen der neugeschaffenen Unterstaatssekretärsposten. Dieses Kabinett, dessen Fortschrittlichkeit darin bestand, daß die Greise nach links und die jungen Leute nach rechts steuerten, konnte lediglich eine Regierung der wohlwollenden Mißverständnisse sein.

Nur durch drei Mittel konnte in Österreich nach Biegelebens Urteil die politische Autorität der Zentrale wiederhergestellt werden — durch moralische Einwirkungen, durch die Gegenwirkung der Provinzen und durch militärische Gewalt. Erzherzog Johann machte seinen Versuch durch eine Verbindung des ersten mit dem zweiten Mittel[86]). Als ihm der bayrische Gesandte Graf Luxburg den etwas wunderlichen Vorschlag machte, einen öffentlichen Landfrieden wie Kaiser Maximilian für Deutschland zu publizieren, ging er, wie auf alles, lebhaft darauf ein. Der Reichsverweser war guten Mutes, voller Hoffnung, friedlich und gemütlich, wünschte sich nur, um zwanzig Jahre jünger zu sein, meinte aber, es doch noch zu schaffen. Graf Luxburg bemerkt, dies Gespräch habe ihn betrübt. Die Dinge würden dem Erzherzog über den Kopf wachsen; seine Gewohnheit, jedem recht zu geben, den er zuletzt gesprochen habe, sei gefährlich[87]).

In diesem Gespräch beklagte sich auch der Reichsverweser beim Grafen Luxburg darüber, daß ihn Preußen wegen des zu bildenden Reichsministeriums „in die Enge treibe"; Canitz, Freiherr v. Arnim, Vincke wurden genannt; der Erzherzog bat um Nennung von bayrischen Namen und lobte den Hamburger Heckscher sehr, der in Wien und auf den Reisen sein täglicher Berater war. Auch als Reichsfeldmarschall erklärte Johann nicht den Prinzen von Preußen zu wünschen, sondern den Prinzen Emil von Hessen, oder Prinz Friedrich von Württemberg oder Bernhard von Sachsen-Weimar oder Carl von Bayern; die Besetzung dieses Postens sei übrigens gar nicht dringend, ein Krieg stehe gar nicht bevor — und dann käme es weniger auf hohe Geburt als auf die militärische Befähigung an. Bei dieser Bemerkung dachte Johann wohl an seine eigene militärische Vergangenheit; sie ist auch deshalb bezeichnend für ihn, weil er es liebte, durch entwaffnende Banalitäten über Schwierigkeiten hinwegzukommen. Preußen hatte jedenfalls in dem Reichsverweser einen zähen Gegner; der zärtlichspitze Briefwechsel, den Friedrich Wilhelm IV. mit seinem „teuersten Erzherzoge" begann, konnte vielleicht das politisch instinktlose Selbstgefühl des preußischen Königs darüber hinwegtäuschen, aber niemand andern[88]). Wie kläglich scheiterten doch die an und für sich recht vernünftigen Vorschläge des preußischen Ministeriums über die Bildung eines von den Einzelstaaten aus den Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt zu begründenden siebenköpfigen kollegialen Zentralorgans,

das dem Reichsverweser zur Seite treten und unter preußischem Vorsitz als „Reichsrat" die Vermittlung zwischen der provisorischen Zentralgewalt und den Einzelstaaten übernehmen sollte[89])! Der preußische Gesandte in Wien, Graf Bernstorff, setzte sich mit großer Lebhaftigkeit dafür ein und betrieb eine Beratung der Vorschläge in Berlin. In Wien war aber Freiherr v. Wessenberg gar nicht anwesend — zum Ärger Preußens hatte er, der österreichische Außenminister, den Reichsverweser nach Frankfurt begleitet, und Lebzeltern meinte, alles solle lieber in Frankfurt beraten werden, die Angelegenheit eile doch nicht, es handele sich ja doch nur um ein Provisorium[90]). In Frankfurt sorgte dann Schmerling für die Abwürgung des preußischen Planes, dessen Verwirklichung viel Unheil erspart hätte. Mit der Stimmverteilung sei er ganz einverstanden, meinte Schmerling, aber ein Kollegium sei in Rücksicht auf das Publikum und die Kleinstaaten unmöglich. „Wir werden uns", sagte Schmerling zu v. Thile, „das versteht sich — mit den Landesregierungen so wie nur immer möglich verständigen." Der Ministerpräsident v. Auerswald machte dazu die Randbemerkung: „Ei, wie gnädig!" Von einer Raterteilung, das war nun die Frankfurter Auffassung, könne wohl die Rede sein, keinesfalls aber von einer Zustimmung als Bedingung; sonst wäre die Stellung des Reichsministeriums von vornherein unmöglich. Preußen fügte sich; am empfindlichsten hatte sein Vorschlag in Bayern verletzt, das sich mit der ihm zugedachten einen Stimme nicht begnügen wollte. Aber auch Baden und Kurhessen waren unzufrieden. In der Kollegialität sah man allgemein ein Wiederaufleben des Bundestags[91]). Genau so übel ging es Preußen bei der Bildung des Reichsministeriums selbst. In einem vertraulichen Erlaß vom 1. Juli an den Gesandten in Wien stellte das preußische Ministerium seine Ansprüche auf: das Reichsministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, das Reichsministerium des Krieges und den Bundesgeneralleutnant. Der Reichsverweser erklärte auch dem Grafen Bernstorff mündlich sein Einverständnis, wenigstens damit, daß Preußen den Außenminister und den Bundesoberfeldherrn stellte; als Außenminister nannte er selbst Usedom, dann wurde preußischerseits Camphausen vorgeschlagen. Vergebens bemühten sich Friedrich Wilhelm IV., General von Below, der in Wien neben Bernstorff in besonderer Sendung über die preußischen Vorbehalte verhandelte, und Heinrich v. Gagern darum, Camphausens Einverständnis zu gewinnen. In Frankfurt sprach auch der Reichsverweser mit Camphausen, aber in einem ganz anderen Tone, so daß Camphausen wohl merken mußte, daß dem Erzherzog eine Ablehnung lieber war als eine Annahme. Camphausen fühlte, was sich jetzt in Frankfurt vorbereitete: der „Reichsterrorismus", wie es Bunsen nannte, war nicht nach seinem Geschmack, und er sagte nein. Als Bevollmächtigter Preußens bei der Zentralgewalt kam er dann von vornherein in eine Abwehrstellung gegenüber dem werdenden Reichsministerium. So blieb für Preußen zunächst nichts als das Reichskriegsministerium übrig, das der Generalmajor v. Peucker übernahm, der preußische Militärbevollmächtigte beim deutschen Bunde, aus Schlesien gebürtig, ein liebenswürdiger Bürooffizier mit starken Sympathien für Österreich, der durch eine Broschüre über die Wehrverfassung gerade angenehm hervorgetreten war[92]). Peucker konnte sich nur schwer zur Annahme des Postens entschließen — er stellte als Bedingung, daß die Selbständigkeit der preußischen Armee und die jetzige

Wehrverfassung erhalten werde. Heckscher bekam zunächst das Reichsjustizministerium — es war natürlich, daß er bei seiner bewährten Vermittler- und Beraterrolle diese Berücksichtigung fand; ebenso natürlich war es, daß Schmerling zunächst provisorisch das Außen- und Innenministerium übernahm. Der bisherige Bundespräsidialgesandte hatte diesen Dank verdient. Am 12. Juli übertrug er als Sprecher der Bundesversammlung „die ihr verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse und Verpflichtungen namens der von ihr vertretenen Regierungen auf die für Deutschland eingesetzte provisorische Zentralgewalt". Mit dieser Niederlegung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen in die Hände des Erzherzog-Reichsverwesers sah die Bundesversammlung „ihre bisherige Tätigkeit als beendet an[93])".

Es war schon äußerlich ein merkwürdiger Akt: die Bundesversammlung unterbrach ihre letzte Sitzung auf eine Stunde. Zu Fuß wurde der Erzherzog eingeholt, in einem improvisierten Thronsaal des Bundespalais stand er vor einem Sessel, unter dem Bildnis Kaiser Leopolds II., seines Großvaters. Schmerling las, der Erzherzog las auch — die Türen standen offen, viele Abgeordnete nahmen im Nebenzimmer teil. Dann gaben die sämtlichen Bundestagsgesandten dem Reichsverweser zu Fuß das Geleit zu seinem Gasthofe. Beinahe republikanisch schlicht ging das alles vor sich — wo so viele Kaiser auf Lebenszeit gekrönt worden waren, wurde jetzt ein provisorischer Volksfürst proklamiert[94]).

Die Fassung der bei dieser Gelegenheit gewechselten Ansprachen und der amtlichen Notifizierung in dem Rundschreiben vom 12. Juli trug in ihrer vorsichtigen Geschicklichkeit ganz das Gepräge des Schmerlingschen Geistes. Die Bundesversammlung hatte als Behörde durch den Übertragungsakt aufgehört; der Deutsche Bund als staatsrechtliches Gebilde bestand zweifellos weiter; sein Organ war nur als solches verwandelt; statt eines ständigen Diplomatenkonvents souveräner Regierungen gab es jetzt eine provisorische Zentralgewalt, getragen vom Reichsverweser, der, selbst unverantwortlich, gegenüber der deutschen Nationalversammlung durch sein Reichsministerium, gegenüber den souveränen Einzelstaaten auch durch deren Bevollmächtigte verantwortlich unterstützt wurde. Der Reichsverweser war Funktionenerbe für eine Übergangszeit; er konnte diese Funktionen weitervererben auf einen Kaiser — das war die damals herrschende Auffassung, und Erzherzog Johann fühlte sich ja durchaus persönlich als den kommenden Kaiser des Deutschen Bundes. Es war aber auch staatsrechtlich möglich, daß der Reichsverweser seine Funktionenerbschaft an einen anderen Reichsverweser oder an ein neues provisorisches Organ anderer Gestaltung weitervererbte. Der Deutsche Bund blieb seiner Wesensnatur nach davon ganz unberührt; er konnte nur durch Gewalt zerrissen, durch Organwandel aber in seinem Bestande nicht verändert werden. Nur wenige der damaligen Zeitgenossen haben aber dieses Sachverhältnis so aufgefaßt; für den überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung war mit dem Abschluß der Tätigkeit des alten Bundestages auch der Deutsche Bund selbst gestorben. In der Vorhalle des Russischen Hofes, wo der Reichsverweser die Bundestagsgesandten verabschiedete, traf der Bayer v. Closen auf den Fürsten Lichnowsky. Als Closen grüßte, erwiderte der Fürst mit einem vielsagenden Lächeln und schlug dabei das Kreuz: „Der Bundestag ist tot[95])!"

Die Kaiserstadt Frankfurt und die Kaiserstadt Wien stritten sich in diesen Wochen um den Reichsverweser Erzherzog Johann. Hier und dort wurde er umjubelt wie lange kein deutscher Fürst. Populäre Flugblätter für einen Kreuzer sorgten dafür, daß selbst der kleinste Mann bald über den neuen Reichsverweser Bescheid wußte. Es gab auch solche darunter, zum Beispiel in München erschienene, die mit Geschick, unter der Maske biederer Wahrheitsliebe, gegen ihn arbeiteten: die Schlachten bei Hohenlinden und an der Naab habe er verloren, bei Wagram sei er zu spät gekommen; daß er ein guter Familienvater war, mußte ihm freilich jeder lassen; „unser Hans" nannten ihn die steirischen Bauern, mit denen er sang, trank und kegelte[96]). Johann ließ es sich gern gefallen, daß die Huldigungen auch seiner Frau galten; er sagte, sie habe das schon längst verdient, diese Baronin Brandhof, die Postmeisterstochter Anna Plochl aus Aussee, und dabei saß auch sein junger Sohn, der Graf von Meran, für den er lebhaft, aber vergebens zu Metternichs Zeiten den Fürstentitel erstrebt hatte. Nun hatte eine neue Epoche begonnen; das Volk rief Johann zur höchsten Verantwortung. Seit Kaiser Joseph hatte es keinen Volkskaiser mehr gegeben; vielleicht wurde jetzt eine Volksdynastie begründet? „Anna und Johann", hatte es in Frankfurt geheißen, „die Frau Erzherzogin Anna", hieß es in Wien. Mit Absicht wurde der Standesunterschied übersehen, für morganatische Ehen hatte die Zeit keinen Geschmack. Wie groß war die Wut der fürstlichen Damen in Innsbruck gerade darüber! Als Antwort erklärte Johann nun in Wien, es sei schade, daß sich die Erzherzogin Sophie so unmöglich gemacht habe. Menschlicher Zwist vergiftete die politische Leidenschaft zur Unversöhnlichkeit.

Das Frankfurter Parlament war mit dem Anspruch ins Leben getreten, das deutsche Parlament der Zeit zu sein; die preußische Nationalversammlung hatte sich ihm gegenübergestellt und zog den größten deutschen Machtkomplex zur Eigenstaatlichkeit ab. Nun wählte auch Österreich seinen Reichstag. Der Sicherheitsausschuß in Wien hatte direkte Wahlen und allgemeinstes Stimmrecht gewünscht. Die Regierung hielt an dem indirekten System fest und ließ nur alle „selbständigen" Arbeiter über 24 Jahre mit bleibendem Wohnsitz zu, schloß also Dienstleute und Dienstboten aus. Von den 383 gewählten Abgeordneten waren 190 Slawen, fast genau die Hälfte; dazu kamen noch die Ruthenen, die Rumänen aus der Bukowina, die Italiener aus Südtirol und Dalmatien. Die Deutschen waren also in der Minderheit. Der hohe Adel, der charakteristischste und politisch eigentlich lebendige Stand des Kaiserstaates, hatte sich fast gar nicht um die Wahlen gekümmert; seine Interessen nun parlamentarisch zu vertreten, sich als Staatsbürger verpflichtet zu fühlen und Vorurteile abzutun, lag dem überkommenen Hochmut nicht; er erkannte im Grunde den Reichstag überhaupt nicht an und hoffte, solche Episoden zu überleben. Nur 42 Angehörige des Adels befanden sich in der neuen Körperschaft — eine auffallend geringe Zahl. Ärzte, Advokaten, Professoren vertraten den aufstrebenden bürgerlichen Mittelstand. Die großen Namen von Kunst und Wissenschaft fehlten aber. Die katholische Geistlichkeit war nicht so zahlreich vorhanden, wie man es hätte erwarten sollen; mehrere orthodoxe Bischöfe waren gewählt worden. Sehr zahlreich waren die Bauern und kleinen Grundbesitzer, fast ein Viertel der Versammlung; unter den 45 Abgeordneten Galiziens befanden sich 31 Landwirte; die Gesamtheit der Landwirte

betrug 92. Viele konnten überhaupt kein Deutsch oder nur gebrochen. Acht Wahlbezirke hatten die Wahl verweigert mit der Begründung, sie seien mit den bestehenden Gesetzen zufrieden, und wenn neue nötig wären, solle sie der Kaiser allein geben[97]).

Über die erste Ordnungssitzung des konstituierenden Reichstages schrieb der württembergische Gesandte Freiherr v. Linden an seinen König: „Der zum Vorsitz berufene Alterspräsident erschien in der Person eines Mannes aus der Bukowina, der eigentlich keine Sprache spricht; er ließ sich im rumänischen Dialekt hören, ein Idiom, das, von alten römischen Kolonisten aus Dakien stammend, einige Ähnlichkeit mit dem Lateinischen bewahrt haben soll; nach ihm kamen Slawen, endlich ein Italiener. Die mythischen Zeiten des babylonischen Turmbaues scheinen wiederzukehren[98]).“ Diese Sätze geben gut die etwas peinliche Verwunderung wieder, die die Zeitgenossen ergriff, als nun zum ersten Male die Völker des Kaiserstaates sozusagen im Naturzustande in der Hauptstadt erschienen. Wenn das Frankfurter Parlament einer politischen Akademie, wenn die Berliner Nationalversammlung einem politischen Klub vergleichbar war, so hatte nun Wien eine Art politischen Jahrmarkt in seinen Mauern, eine bunte Völkerschau, meist kraftvolle Menschen, ohne Abgeschliffenheit, lokal gebunden und interessiert, mehr gemacht, das alte System anzuklagen, als um ein neues angemessen zu begründen.

Ein Zeitgenosse schildert rückblickend das äußere Bild des Reichstages mit den anschaulichen Sätzen:

„Pumphosen, pelzverbrämte Kalpaks, Barette und Konföderatkas, steirische und tirolische Lodenröcke und Spitzhüte, griechische Popen- und katholische Bischofsgewänder hoben sich zahlreich aus der revolutionsmodischen Garderobe, den Legionsstürmern und Waffenröcken der reichshauptstädtischen und provinziellen Garden heraus. Andere trugen breitkrämpige Hüte, ursprünglich weiß gewesen, aber nun in unbeschreiblicher Färbung schillernde Leinenkittel oder braune, zottige Schafspelze, sehr verschwenderisch um die Beine schlotternde leinene Hosen und eisenbeschlagene Schuhe oder Stiefel[99]).“

Am meisten staunten die Wiener selbst über diesen Reichstag: sie fanden ihn bäurisch und provinzial; sie hatten sich mit dem Sicherheitsausschuß und der Aula an der Spitze der deutschen Volksbewegung gefühlt, und zu der dort üblichen, gewandten, dialektisch zugespitzten Revolutionsrhetorik paßte soviel primitive Unbeholfenheit gar nicht. Wie lange dauerte es, bis dieser Reichstag wirklich beieinander war, wie peinlich waren gleich zu Anfang die Streitigkeiten über das Deutsche als Geschäftssprache — es wurde nicht ausdrücklich dazu bestimmt! — Wie anspruchsvoll wirkte besonders, trotz der Prager Ereignisse, das Auftreten der Tschechen! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte für die deutsche Stadt Wien, so war er nun in dem ersten Reichstage mit bezwingender Anschaulichkeit erbracht: diese Stadt gehörte zum großen Deutschland, und nicht zu den Böhmen, Ungarn, Galiziern und Italienern. Die radikale schwarz-rot-goldene deutsche Jugend, unter der sich ja auch zahlreiche republikanische Elemente befanden, und viele aus dem gediegenen Bürgertum mit seinem Selbstbewußtsein und seiner schwarz-gelben Loyalität stimmten in einem Punkte überein: sie schauten nach Westen und nicht nach Osten. Sie wollten, wie es Graf Bernstorff damals aus-

drückte, „den engen Anschluß der deutschen Provinzen Österreichs an Deutschland und Abstreifung aller nicht deutschen Länder ... also eine völlige Auflösung der österreichischen Monarchie zugunsten eines einheitlichen Deutschlands[100]".

Mit diesen Gedanken fühlte sich der Erzherzog-Reichsverweser eins; diese Stimmungen trugen ihn hoch; das deutsche Wien mit seinem revolutionären Enthusiasmus und seinen revolutionären Institutionen, die deutschen Erblande mit den geliebten Bergen: das war sein Österreich, das an ihn glaubte, an das er glaubte; um dieses Österreichs willen ging er von Wien nach Frankfurt, darum verließ er das Völker- und Sprachengemisch des Reichstages, den er noch feierlich eröffnete. Mochten Ungarn, Slawen und Italiener ihre Wege gehen — der Weg der österreichischen Deutschen mußte zu den andern Deutschen führen. So verklärt sich der starke persönliche Ehrgeiz des Volksmannes Erzherzog Johann zu einer edlen großdeutschen Überzeugung, die nur leider von entsprechender staatsmännischer Tatkraft nicht getragen worden ist.

Die Thronrede, mit der der Reichsverweser und Alter ego des Kaisers den konstituierenden Reichstag in Wien am 22. Juli eröffnete, war überaus vorsichtig gefaßt und schliff die scharfe Problematik der Lage zu biedermännischem Optimismus ab: der Krieg in Italien sei nicht „gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet", sondern wolle „unter voller Anerkennung der Nationalität die Ehre der österreichischen Waffen" behaupten; in Beziehung auf Ungarn und seine Nebenländer ließe sich „von dem Rechtlichkeitsgefühl ihrer edelmütigen Bevölkerung eine befriedigende Ausgleichung der noch schwebenden Fragen erwarten"; unklar war vor allem, was mit dem wichtigsten Satze gemeint war: „In der freien Verbrüderung aller Nationalitäten der österreichischen Monarchie, in der vollen Gleichberechtigung aller sowie in dem innigen Verbande mit Deutschland finden alle Interessen eine feste Grundlage." Viele vermißten den damals allgemein gebräuchlich gewordenen Ausdruck „Anschluß[101]"; gerade dieses Wort erschien aber wohl dem Erzherzog zu deutlich und deckte sich nicht ganz mit dem, was ihm eigentlich vorschwebte. Dem neuen Ministerium überließ er nun die kaum lösbare Aufgabe, den Reichstag zu einer positiven Arbeit im Sinne dieses Programms zu vermögen. Er selbst ging nach Frankfurt; die plötzliche Änderung des Reiseplanes, durch die der geplante Besuch in Berlin wegfiel, zeigte Preußens Verstimmung. In Frankfurt erwartete den Reichsverweser eine Lage, die nur schwer zu seinen Absichten paßte. Diese Juliwochen galten ihm wohl als der vielversprechende Anfang einer großen politischen Laufbahn. Der Höhepunkt dieser Laufbahn war aber gerade jetzt schon überschritten; die Macht der Ereignisse und Ideen wandte sich gegen ihn. Das erste Kennzeichen war: sobald Erzherzog Johann Wien verlassen hatte, entschloß sich die kaiserliche Familie in Innsbruck, den immer wieder geäußerten Wunsch zu erfüllen und in die Hauptstadt zurückzukehren. Dadurch bekamen die österreichischen Dinge eine neue Wendung.

Die erste Aufgabe des Reichsverwesers in Frankfurt war die endgültige Bildung des Reichsministeriums. Es sollte der vollkommene Ausdruck der widerstreitenden Machttendenzen werden. Ministerpräsident wurde Fürst Karl Leiningen, als bayrischer und deutscher Patriot wohlbekannt und bewährt, Vertreter

aber von politischen Gedanken, die sich sehr deutlich vom Großdeutschtum des Reichsverwesers und seiner Vertrauten Schmerling und Heckscher unterschieden. Leiningen befand sich seit Wochen in Frankfurt und war eines der angesehensten Mitglieder jenes Kreises, der als die „Zentralisationspartei" die geistige Vorarbeit für die provisorische Zentralgewalt und ihre Tätigkeit geleistet hat.

Stockmar, jetzt koburgischer Bundestagsgesandter in Frankfurt, der sehr fortschrittlich und deutsch gewordene Blittersdorff gehörten dazu, Fürst Lichnowsky und die Brüder Gagern hatten nahe Fühlung mit der Gruppe. Wir kennen Leiningens Glauben an Preußen; er war seit Revolutionsausbruch oft genug enttäuscht worden. Einen letzten großen Appell auch in Leiningens Sinne hatte Stockmar im Juni an Friedrich Wilhelm IV. gerichtet: er riet, im Gedankengange seiner am 27. Mai in der Deutschen Zeitung veröffentlichten Denkschrift, der König möge Preußen zum Reichsland machen, die Eigenstaatlichkeit aufgeben und als Erbkaiser nach den Vorschlägen des Siebzehnerentwurfs über die übrigen deutschen Länder herrschen, später sie vielleicht einverleiben und so den Einheitsstaat herstellen: über die deutschen Erblande Österreichs müßten Verhandlungen entscheiden[102]). Die Ausführung dachte sich Stockmar, der persönlich nach Berlin ging, so, daß der preußische König seine preußische Nationalversammlung zwar noch nicht nach Hause schicken möge, aber die Staatsautorität in Berlin wiederaufrichten und sich Frankfurt zur Verfügung stellen solle. Wäre Friedrich Wilhelm IV. auf diese Gedanken eingegangen, vielleicht wäre es gar nicht zur Wahl des österreichischen Reichsverwesers gekommen. Seine Ablehnung, der Zeughaussturm, der Sturz Heinrich von Arnims — das sind Momente, die zusammengehören und erst in ihrem Zusammenhange den Frankfurter Reichsterrorismus verständlich machen. Die Gruppe Stockmar-Leiningen hatte den Eindruck, daß Preußen weder wolle noch könne, daß es mit seiner moralischen Autorität aus sei, daß man es mit den großen Frankfurter Machtmitteln zur Deutschheit zwingen müsse. Noch weniger meinte man aber auf die kleineren Einzelstaaten Rücksicht nehmen zu müssen. Von Preußen selbst glaubte man ja, daß es sich kleinere Staaten einverleiben wolle. Der österreichische Außenminister v. Wessenberg äußerte Besorgnisse in dieser Hinsicht bei der Durchreise des Reichsverwesers durch Sachsen[103]). Die Frage war, ob diese Mediatisierungen der preußischen Eigenstaatlichkeit oder dem neuen Reichsorganismus zugute kommen sollten. Leiningen, ja selbst ein mediatisierter Fürst, hatte jedenfalls den lebhaften Wunsch, daß mit der Kleinstaaterei gründlich aufgeräumt werden solle; der Reichspatriotismus dieser deutschen und südwestdeutschen Politiker war von solcher Stimmung sehr wesentlich getragen und vermochte den besonderen Lebensrhythmus Preußens und die tiefe Nationalitätenproblematik des österreichischen Kaiserstaates nicht ebenso zutreffend zu würdigen. Gerne erinnerte man in diesem Kreise an das preußische Versprechen, in Deutschland „aufzugehen", und man glaubte, es würde sich schon in das Unvermeidliche finden. Jedes Widerstreben galt als „separatistischer Treubruch[104])". Man kann auch wirklich nicht sagen, daß sich die Frankfurter Zentralisten nicht ehrlich um Preußen weiterbemüht hätten, trotz aller Enttäuschungen und allen Versagens. Noch am 20. Juli schrieb Leiningen in einer Denkschrift über Preußen und die Zentralgewalt: „Berlin wird leiden, wenn Frankfurt Residenz ist. Aber Frankfurt

hält den ganzen deutschen Südwesten fest. Berlin kann durch Bundesanstalten, die dort ihren Sitz nehmen, entschädigt werden. Preußen soll sich demnach unterordnen unter die Zentralgewalt und sich mit der Nationalversammlung verständigen. Als neue konstitutionelle Bundesmacht kann Preußen das verlorene Terrain zurückgewinnen[105]).

Das war gerecht, wohlwollend, freilich etwas gnädig von oben her gesprochen. Leiningen war ein Gegner des schlechteren, ein Freund des besten Preußen; bis zum letzten Augenblick wartete er darauf, daß sich Preußen auf Frankfurt „werfen" werde; es geschah nicht. In den letzten Julitagen tauchte zwar die Möglichkeit auf, Bunsen, der nach Berlin berufen worden war, werde das Reichsministerium des Auswärtigen, Stockmar die Ministerpräsidentschaft übernehmen; auch von Beckerath als Ministerpräsidenten war die Rede. Alle diese Möglichkeiten wurden aber zerschlagen, hauptsächlich durch eine Handlung, die nun gerade von dem einzigen preußischen Mitglied des vorläufigen Reichsministeriums ausging, dem General v. Peucker. Am 16. Juli erließ er an alle „Landeskriegsministerien" die Aufforderung, am 6. August solle überall eine Parade stattfinden, bei der die Übernahme der Oberleitung der bewaffneten Macht Deutschlands durch den Reichsverweser mittels Verlesung seines Aufrufs an das Volk kundgegeben und ein dreimaliges Hoch auf ihn unter militärischem Salut ausgebracht werden solle. Das war eine Geste und doch mehr als das. Schmerling, der hinter diesem Erlaß stand, wußte genau, was er damit wollte: der Reichsverweser sollte gegenüber drohenden sozialrevolutionären Unruhen und Anschlägen gegen das Frankfurter Parlament, mit denen gerechnet werden mußte, die Verfügungsgewalt über die Bundestruppen haben. Da die mittleren und links stehenden Parteien des Parlaments sogar eine V e r e i d i g u n g der Bundestruppen auf die Zentralgewalt wünschten, so war die H u l d i g u n g immer noch eine verhältnismäßig milde Maßregel. In allen Kleinstaaten fand sie auch in der vorgeschriebenen Weise statt, auch in Braunschweig, wo eine lebhafte demokratische Agitation die Parade erzwang. In Hannover wurde die Parade wegen schlechten Wetters (!) zehn Minuten vor Beginn abgesagt. Der Erlaß Peuckers wurde aber den einzelnen Militärabteilungen vorgelesen. In Bayern wurde zuerst dem bayrischen König und dann erst dem Reichsverweser, zuletzt dem deutschen Vaterland das Hoch ausgebracht. Man hatte sich vorher in Wien erkundigt, was dort geschähe. Die Landwehr und die bewaffneten Freikorps wollten auch an der Feier teilnehmen; da aber der Reichskriegsminister nur vom stehenden Heere sprach, wurde das abgelehnt. Dann wollte man Deputationen als Gäste zulassen; da gaben die Führer ihre Entlassung und ertrotzten so die Teilnahme. So verlief die Sache unter allseitiger Verstimmung; auch die vielbemerkte Anwesenheit des Prinzen Luitpold konnte das nicht ändern[106]). In Österreich machte der Kriegsminister Graf Latour dem Reichsverweser Vorstellungen über Peuckers Erlaß. Johann antwortete, er wisse gar nichts davon. Der Erlaß sei „taktlos und anmaßend[107])"; man solle ihn wieder zurücknehmen. Er galt allgemein als ein besorglicher Stoß gegen die österreichische Heeresdisziplin[108]). So fand auch in Wien eine Parade der dortigen Garnison statt; das einzige zum Bundeskontingent gehörige Bataillon legte dazu die deutschen Farben an, aber gleich nachher wieder ab. Am meisten war Preußen verletzt. Friedrich Wilhelm IV., der immer Reichserzfeldherr hatte

sein wollen und wenigstens den Bundesoberbefehl bei jeder Gelegenheit beansprucht hatte, empfand diesen Akt eines preußischen Generals geradezu als persönliche Kränkung; er erließ nur am 29. Juli einen Armeebefehl, der seine Zustimmung zur Reichsverweserschaft mitteilte und für die Verwendung preußischer Truppen zu Bundeszwecken unter dem Reichsverweser den ausdrücklichen Befehl des Königs vorbehielt.

Etwas kühl schrieb Camphausen über die Angelegenheit an Peucker und sprach die Hoffnung aus, der Reichsverweser werde bald preußische Truppen besichtigen, auch ohne daß sie zu Bundeszwecken einberufen würden[109]).

Frankfurt und Berlin kamen also wieder in einem Augenblick auseinander, da die Wohlmeinendsten sie zusammenbringen wollten. Das preußische Selbstgefühl reizte das Frankfurter Selbstgefühl. Der Reichsterrorismus steigerte sich. Auch Fürst Karl Leiningen wurde davon mehr und mehr ergriffen. Er neigte ja zur Entschiedenheit, zu lebhaftem Wort, zu frischer Tat. Er war viel mehr geistvoller Publizist als nüchterner Geschäftsmann. Bei allem Großen und Weiten, nicht beim Alltagswerk, fühlte er sich wohl. In diesem Wirrwarr alten und neuen deutschen Elends, in diesem Wettkampf von Empfindlichkeiten wünschte er, daß man frei und groß handele. Der berühmte Artikel „Entweder-Oder", den er am 31. Juli in der Frankfurter Oberpostamtszeitung veröffentlichte, atmet diesen Geist: die Revolution war ein Ausbruch des Gesamtwillens der Nation, die von den Regierungen anerkannte Nationalversammlung hat diesen Willen zu vollziehen; der Deutsche Bund hat seine Gewalt in die Hände der Reichsgewalt gelegt, das neue deutsche Reich ist da; nur die tatsächliche Vereinigung aller Teile des Ganzen kann Freiheit und Einheit verwirklichen; „Widerspruch und Ungehorsam gegen die Zentralgewalt und die Reichsversammlung ist ein Verbrechen an der Würde der Nation — Verrat am Vaterlande"; die Fürsten haben sich zu fügen wie jeder andere Deutsche; kein Staatenbund, kein schwacher Bundesstaat, keine Souveränität der Einzelstaaten, sondern ein starker Reichsorganismus, mit einheitlicher Diplomatie, Militärgewalt, Wirtschaftspolitik! — Leiningens Aufsatz war eine Fanfare des Unitarismus; er erregte überall großes Aufsehen und ging, von ihm selbst befördert, durch die wichtigsten Presseorgane.

Graf Bernstorff, der preußische Gesandte in Wien, spricht sich etwa in seinem Bericht vom 18. August [110]) ausführlich darüber aus; der Artikel sei ein Dokument „rückhaltloser Offenheit"; Leiningen, meinte er, „wird den einmal betretenen Weg ohne Furcht, ja vielleicht schonungs- und rücksichtslos verfolgen". „Jetzt nach der neusten Entwicklung wird er gegen alles Partikulare, auch gegen Preußen rücksichtslos vorgehen"; Mediatisierungen, eine vollständige Umwälzung stehe bei diesem verwegenen Spiel bevor. Bernstorff kannte sehr wohl von München her die bisherigen Anschauungen Leiningens, die ja auf das Ausscheiden Österreichs und den kleinen Bundesstaat unter preußischer Führung hingingen; in der neuesten Wendung zum „Unmöglichen" sieht er bei Leiningen einen Verzweiflungsakt angesichts des Versagens Preußens. Es gäbe, meint Bernstorff, jetzt nur zwei Alternativen: „Preußen geht als mediatisierter Provinzenkomplex unter — oder es widersetzt sich gewaltsam." Leiningen wirkte also jetzt vor allem als Gegner des preußischen Partikularismus, und so wurde er der Ministerkandidat der Frankfurter Diktatur. Stockmar empfahl ihn als Präsidenten des Reichsministeriums

und Außenminister — als Aushelfer, als Platzhalter gewissermaßen für sich selbst. Über den Inhalt des „Entweder-Oder"-Artikels fanden vor Leiningens Ernennung „Erklärungen" statt, von denen der preußische Vertreter Balan meint, daß sie nicht völlig befriedigend gewesen seien. „Doch scheint man anzunehmen, daß praktisch der Fürst willig mit der Majorität des Kollegiums gehen werde." Stockmar sagte übrigens seinen dauernden Rat zu[111]). Leiningen erhielt bei der endgültigen Regelung dann nur das Präsidium. Heckscher bekam das Auswärtige; man wünschte offenbar einen Parlamentarier. Parlamentarier waren auch alle anderen Minister und Unterstaatssekretäre, außer Biegeleben, bis dahin hessischer Gesandter in Wien, der ins Außenministerium als Unterstaatssekretär kam. Man wollte ein parlamentarisch korrektes Kabinett mit Berücksichtigung aller Stämme und aller noch gerade regierungsfähigen Parteien. Ein Altpreuße wurde aber nicht gewonnen. Beckerath bekam das Finanzministerium, sein Unterstaatssekretär wurde Karl Mathy, der ursprüngliche und an sich bessere, weil energischere Kandidat für diesen Ministerposten selbst, Mevissen wurde Unterstaatssekretär für den Handel, Wiedenmann für die Justiz — die drei Preußen außer Peucker waren also Rheinländer. Österreich bekam noch in Würth einen Vertreter, den sich Schmerling für sein Reichsinnenministerium als Unterstaatssekretär holte; Max v. Gagern kam in derselben Stellung ins Reichsaußenministerium. Er, Bassermann, Robert Mohl und Fallati stammten aus der südwestdeutschen Kleinstaaterei: Mohl war Reichsjustizminister, Bassermann Unterstaatssekretär im Innenministerium, Fallati im Handelsministerium. Reichshandelsminister wurde der Bremer Duckwitz; er sollte auch die Flotte betreuen, da Peucker die Verantwortung nicht dafür übernehmen wollte und die Zuteilung an das Reichskriegsministerium ablehnte[112]). Es war ein Reichsministerium nicht nur dem Namen nach, sondern in einem tieferen Sinne: ein Ministerium von Männern ganz überwiegend aus dem alten Reich, gewillt, für eine neues Reich zu wirken: Rheinländer, Franken, Schwaben, Österreicher. Es war auch insofern ein sehr modernes Ministerium, ganz in der Art der Ministerien Auerswald-Hansemann und Doblhoff in Berlin und Wien, als neben hohen Beamten und Diplomaten, neben einem hohen Offizier Professoren und Kaufleute saßen, durchweg Männer des besten Alters, gestählt im Kampf gegen die alten Mächte, Vorkämpfer und Verkündiger eines Neuen, liberale Reichspatrioten, bewährt bei mancher Schwierigkeit und nun berufen zum Schwersten, das es in Deutschland geben mag, zur Gestaltung einheitlichen Handelns für die Gesamtnation.

Die Einsetzung des ersten Reichsministeriums in Frankfurt wirkte nach außen als die höchste Erfüllung alles dessen, was seit dem Bassermannschen Antrage im Februar für das neue zukünftige Deutschland gewollt worden ist. In Wirklichkeit lag in seiner Vorgeschichte und in seinem Wesen schon sehr viel Verlegenheit, Schwäche und Widerspruch. Das Österreich des Fürsten Windischgrätz und der Erzherzogin Sophie wandte sich ab von dem imaginären Reich der Paulskirche; das Preußen nicht nur der Hofkamarilla, sondern auch das Preußen Hansemanns stand mißmutig daneben und wünschte seinen eigenen Weg zu gehen; Bayern war kühl und glaubte handeln zu sollen und zu können wie eine der Großmächte. Aber das war noch nicht alles. Wie hatte Fürst Leiningen seinen Vetter und Schwager, den Prinzgemahl Albert, beschworen, durch baldige

Entsendung eines englischen Gesandten der provisorischen Zentralgewalt zu der internationalen Stellung zu verhelfen, deren sie bedurfte. England dachte nicht daran; Prinz Albert war vielmehr erschrocken, daß der Halbbruder der englischen Königin, Fürst Leiningen, so extrem unitarische Gedanken vertrat; Leiningen verdankte ja seinen Posten auch zum Teil dieser Familienbeziehung — und sie wirkte sich nun nicht so aus, wie man gehofft hatte. Reichsverweser und Reichsministerium waren schon durch die schleswig-holsteinische Frage gezwungen, in die Außenpolitik einzugreifen — hier warteten schwere Enttäuschungen auf sie. Im Machtbereich des Frankfurter Parlaments waren sie stark — aber dieser Machtkreis schnitt sich bald an anderen nahen und näheren Machtkreisen. Mit dem dynastischen und bürokratischen Partikularismus sollte sich der parlamentarische verbinden. Und selbst in der rheinisch-südwestdeutschen Sphäre, wo das Frankfurter Parlament am größten war, wandte sich die sozialrevolutionäre republikanische Volksbewegung nun auch gegen die deutsche Nationalversammlung, weil sie durch die dynastische Reichsverweserschaft mit den alten Mächten paktiert hatte.

Dritter Abschnitt

Die Septemberkrise

Konstitutionell sind wir alle auf Erden;
Niemand soll besteuert werden,
Als wer repräsentiert ist.
Da dem also ist,
Frag' ich und werde kühner:
Wer repräsentiert denn die Diener?
Goethe

Viele neue Parlamente, viele neue Minister, ja sogar einen Reichsverweser gab es nun in Deutschland — die Revolution war gezähmt, die Volksbewegung durch soviel neue Einrichtungen befriedigt: man brauchte jetzt nur noch zu beraten, zu beschließen, die Beschlüsse durchzuführen. Wer wollte dem Mehrheitswillen widerstehen? Der politische Rationalisierungsprozeß hatte begonnen; sein logischer Verlauf führte zu einem klaren Ziele, dem freien, einigen Deutschland im freien, einigen Europa. Aber die selbstbewußte Vernünftigkeit des philosophisch geschulten Zeitgeistes sollte am Dynamischen zerbrechen.

Die Optimisten der vielen deutschen Parlamente von 1848 glaubten an ihre gute Sache, wie es Sektenstifter und Pädagogen tun; sie meinten das erlösende Wort zu besitzen; sie hielten ihre politische Tugend und ihre Erkenntnis für lehrbar, sie wollten, anständig und würdig wie sie waren, selbstverständlich das Wohl des Ganzen — sie wollten aber auch sich selbst. Sie fühlten sich als freie Bürger des kommenden Volksstaates — so mußte der Staat ihnen gleichen, und wer dazu gehören sollte, mußte sich nach ihnen formen. Damit hatten sie recht und unrecht zugleich: recht insofern, als die Zukunft tatsächlich ihnen gehörte, unrecht insofern, als sie die Gegner völlig unterschätzten und deshalb zumeist in den Mitteln des Kampfes fehlgriffen.

Eine dreifache Dynamik stand ihnen entgegen: die Dynamik des dynastischen Partikularismus, die Dynamik der außenpolitischen Kräfteverteilung und die Dynamik des sozialrevolutionären und kommunistischen Gedankens. In Köln ließ seit dem 1. Juni Karl Marx die „Neue Rheinische Zeitung" erscheinen. Hier war der Sitz des Komitees des Kommunistenbundes; Friedrich Engels, Schapper, Moll agitierten im Rheinland und in Westfalen. Überall entstanden hier Arbeitervereine: die Revolution, so war es die Meinung dieser Männer, soll sich nicht beruhigen, soll sich nicht rationalisieren und zu greifbaren Reformen in der Art neuer Verfassungen und Gesetze kommen, sie soll weitergehen als Klassenkampf. Marx und Engels verspotteten das Frankfurter Parlament sehr bald als ein gelehrtes Konzil, als eine Schwatzbude, die nicht die Kraft habe, rücksichtslos mit der Vergangenheit zu brechen und alle revolutionären Kräfte zum Kampf

gegen die Einzelregierungen zusammenzufassen; sie witterten, scharfsinnig genug, die kommende militärisch-bürokratische Reaktion in Preußen und hofften auf einen neuen Bauernaufstand gegen die Feudallasten; sie verlangten, daß das zur Freiheit erwachte deutsche Volk die Freiheitsgedanken aller seiner Nachbarn unterstütze, statt sich zu ihrer Niederwerfung mißbrauchen zu lassen; sie verlangten einen deutschen Volkskrieg gegen Rußland, als Mittel der Selbstbefreiung von den Dynastien, von dem ökonomischen Druck der Bourgeoisie, von der drohenden Barbarei des Zarismus[1]). Die „Neue Rheinische Zeitung" hat im einzelnen sehr viel falsche Hoffnungen geäußert und die verwickelten Verhältnisse des ringenden Deutschland mit der dröhnenden Gewalt ihrer Formeln nicht zu entwirren vermocht; ihre große Wirkung bestand in dem immer wiederholten, durch nichts einzuschüchternden Bekenntnis zur Republik und in dem entschlossenen Willen, die gesellschaftliche Zersetzung durch Appell an die ökonomischen Instinkte der unteren Klassen voranzutreiben. Als Karl Marx die Junischlacht in Paris als das Ende aller Träume der Februarrevolution brandmarkte und das französische Proletariat feierte, stellte das neue Frankfurter Reichsjustizministerium Antrag auf Strafverfolgung bei der Staatsanwaltschaft.

Die kommunistische Agitation von Karl Marx und seiner Gesinnungsgenossen, die sozialrevolutionäre Arbeit Heckers und Struves, die Standesorganisationsversuche für die Arbeiterschaft, wie sie von Stephan Born ausgingen, endlich der demokratische Evolutionismus eines Robert Blum gingen für die Zeitgenossen der Revolutionszeit sehr ineinander über; das lag nicht nur an der optischen Verkürzung und Verschiebung, mit der bei dem allzu nahe Stehenden gerechnet werden muß: in den demokratischen Klubs trafen unmittelbar und praktisch überzeugte Kommunisten, vormarxistische Sozialisten, bürgerliche Revolutionäre zusammen; die Arbeiterschaft der wenigen deutschen Großstädte war meist für eigene politische Organisation noch zu unentwickelt; sie empfand sich auch rein klassenmäßig oft noch als zugehörig zum zersetzten kleinen Mittelstand. Die Arbeiterführer wünschten jedenfalls ausdrücklich die Mitwirkung ihrer Leute bei allen politisch oppositionellen Vereinsbildungen, um an Einfluß zu gewinnen, um die Stoßkraft zu verstärken und um Kompromisse zu verhindern.

Die kommunistischen Agenten sind an sehr vielen verschiedenen Orten tätig gewesen — immer in dem gleichen Sinne: Verschärfung und Verbitterung der Gegensätze, Zerklüftung der im März ja beinahe einigen bürgerlichen Bewegung, Herabsetzung und Verdächtigung der durch die Revolution emporgekommenen Führerschicht, Vermehrung also von Mißtrauen, Unruhe und Kritik, Verstärkung terroristischer Instinkte. Besonders wirksame revolutionäre Agenten waren: Fritz Anneke, geboren 1817, der ehemalige preußische Premierleutnant in Münster, 1846 durch ehrengerichtliches Verfahren ebenso wie kurz darauf Willich, Bönig, Beust, Korff wegen sozialrevolutionärer Gesinnung aus dem Heere entfernt, bald Mittelpunkt der rheinischen Bewegung, angestellt bei der Colonia in Köln, eine despotische Natur, voll starken Führerehrgeizes, Leiter der Kölner Bürgergarde, Hauptorganisator des dortigen Arbeitervereins, besonders tätig bei der Propaganda unter den Soldaten, überzeugter Republikaner und bewußter Führer des werdenden Proletariats, Teilnehmer an den Demokratenkongressen in Frankfurt und Berlin sowie am badisch-pfälzischen Bürgerkrieg[2]); Karl Balduin

v. Bruhn, zuerst Student der Rechte, dann als Unteroffizier der Artillerie entlassen, Teilnehmer am Bunde der Geächteten, 1841 in contumaciam zum Tode verurteilt, dann begnadigt und in der Schweiz wohnhaft, Teilnehmer am badischen Aprilaufstand, im September 1848 sehr tätig in Frankfurt, später unter falschem Namen in Hamburg, dort als Verbreiter von Papiergeld der deutschen Republik, datiert Biel, 1. November 1848, verhaftet und der Verbindung mit Karl Marx und Weitling überführt, aber nur bestraft wegen Vagabundierens; Johann Heinrich Georg Bürgers, Kölner Buchbindermeisterssohn, dessen Bruder beim Dresdner Maiaufstand fiel, Student der Philologie und Nationalökonomie, von Paris her mit Marx bekannt und einer seiner fähigsten Helfer, Leiter der großen Kölner Volksversammlung vom 13. September, die den Kölner Sicherheitsausschuß einsetzte als Vertretung der in den gesetzlichen Behörden nicht vertretenen Bevölkerungsschicht, später Hauslehrer bei der Gräfin Hatzfeldt; der Kölner Arzt Roland Daniels, ein besonders tätiger, aber auch sehr vorsichtiger Mann, Teilnehmer am Leipziger Arbeiterkongreß; der Bremer Pastor Rudolf Dulon, befreundet mit Arnold Ruge, Herausgeber der „Tageschronik"; Dr. August Hermann Ewerbeck, der Daniels besonders nahestand und das kommunistische Kredo Cabets sowie dessen Reise nach Ikarien übersetzte; der Schreiber K. Feibel, langjähriger Präsident des Arbeiterbildungsvereins in Wiesbaden und Hauptführer der dortigen Bewegung; der Schuhmacher Haetzel, gebürtiger Schlesier, wie oben gezeigt schon 1846 verhaftet und prozessiert, dann Vorsteher der kommunistischen Gemeinde Berlins; der Buchdruckergehilfe und Silhouetteur Fröhlich, Teilnehmer am Berliner kommunistischen Handwerkerverein, wegen Streikanstiftung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, Mitbegründer der Assoziation der Schriftsetzer und Buchdruckergehilfen in Berlin; der Zigarrenmacher C. F. A. Krause aus Sachsen, als Zeitungskolporteur, Lebensmittelaufkäufer und Barrikadenkommandant im Dresdner und badischen Aufstand 1849 tätig; der Geometer Franz Schweninger, auf dem Berliner Arbeiterkongreß 1848 Deputierter des Handels- und Gewerbevereins Hannover, Redakteur der Zeitschrift „Verbrüderung", Teilnehmer am Dresdener Maiaufstand; Sebastian Seiler, mit dem Schriftstellernamen Sebastiano, Stenograph und Zeitungskorrespondent in Paris, Leiter des dortigen deutschen Arbeitervereins, Teilnehmer am pfälzisch-badischen Aufstand 1849; der Porträtmaler Friedrich Ludwig Lay, Hauptführer des Hanauer Turnvereins; der Hanauer Küfer Schärttner, Führer der dortigen Turner, später Inhaber eines Londoner Wirtshauses, das der Mittelpunkt der deutschen Flüchtlinge wurde; der Führer der oberhessischen Demokratie Schenk, Schriftführer beim oberhessischen Demokratenkongreß Anfang September 1848, Mitglied der deutschen Arbeiterverbrüderung, Redakteur des „Jüngsten Tages"; das führende Mitglied des Augsburger Arbeitervereins Dr. Oldenburg, später als Dramaturg in Karlsruhe tätig; der Dr. jur. Heinrich Bernhard Oppenheim aus Frankfurt a. M., sieben Jahre lang Heidelberger Privatdozent, einer der hervorragendsten Führer, auch als Geldgeber einflußreich, Freund des jüngeren Schlöffel, Mitarbeiter an Arnold Ruges „Reform", Gründer des Berliner republikanischen Klubs, durch Beziehungen zum französischen Gesandten Arago auffallend, Teilnehmer am zweiten demokratischen Kongreß in Berlin, wo er die demokratische Republik

als einziges Mittel zur Lösung der sozialen Frage bezeichnete, 1849 Redakteur des offiziellen Organs des revolutionären Landesausschusses in Baden, später in nahen Beziehungen zu Kossuth und Mazzini; der Tischlergeselle Heinrich Hußmann, Präsident des Zentralbüros der Norddeutschen Arbeitervereinigung Hannover, Korrespondent des Londoner Kommunistenbundes; der ehemalige Gerichtsassessor Carl Kindermann, Herausgeber des revolutionären „Westfälischen Volksblattes“ in Herford; der Buchhändler Weller in Leipzig, Hauptverleger sozialistischer und revolutionärer Schriften, Dezember 1849 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, aber nach Belgien entflohen; der Schneidergeselle Johann Christian Luchow, ein Genosse Weitlings, Gründer der Arbeiterassoziation der Schneider, Mitarbeiter an der Hamburger Arbeiterzeitschrift „Werkstatt“, auch als Verbreiter revolutionärer Gedichte und Flugschriften tätig; der Zimmermeister und Holzhändler S. Fr. Martens, ehemals Mitglied des Bundes der Geächteten, bei fast allen Arbeiterbewegungen seit März 1848 in revolutionärem Sinne beteiligt; der Obergerichtsanwalt Dr. A. Mensching in Hannover, Redakteur der dortigen „Volkszeitung“, ein besonders tätiger, begabter und unermüdlicher Agitator; der Schneidergeselle Peter Nothjung, eifriger Verbreiter des kommunistischen Manifestes, seit 1849 in den Kommunistenbund aufgenommen, einer der Führer des Elberfelder Aufstandes 1849[3]).

Das einzig Gemeinsame aller dieser Revolutionäre war wohl ihr Republikanertum; in der Sprache der Zeit war republikanisch und demokratisch fast gleichbedeutend; es ist also schon deshalb nicht auffällig, überzeugte Sozialisten und Kommunisten in Vereinen und auf Versammlungen wirksam zu sehen, die sich „demokratisch“ nannten. Dazu kam die oben erwähnte Neigung gerade auch der Extremsten, alles Oppositionelle mitzumachen und zu unterstützen, sozusagen um ganz im Sinne des kommunistischen Manifestes die Flamme ja nicht ausgehen zu lassen. Die Folge war, daß alle gemäßigteren Elemente, die konstitutionelle Reformpartei besonders, nach rechts getrieben wurden; die Reaktion sah das zunächst nicht ungern, nahm das Sammelschlagwort „demokratisch“ mit Vergnügen auf, kompromittierte damit bald jeden Versuch, die Ergebnisse der Märzbewegung zu verwirklichen, und bereitete so die Selbstzerfleischung der Mittelparteien, die Niederwerfung aller vorwärtsgerichteten Bestrebungen vor. Man darf also die Bedeutung der ausgesprochen sozialistischen und kommunistischen Agitatoren nicht unterschätzen; sie waren überall dabei; die Hauptzentren Köln, Bremen, Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt, Hanau, Wiesbaden, Stuttgart, München standen miteinander in Verbindung. Die wichtigsten Stände und Berufe sind vertreten: Ärzte, Juristen, Offiziere, Schriftsteller, Kaufleute; unter den Handwerkern und Arbeitern besonders Schneider, Zigarrenarbeiter, Tischler, Uhrmacher. Viele waren unter wunderlichen Kriegsnamen bekannt: der Frankfurter Schneidermeister Enke, Mitglied des Bundes der Geächteten, hieß „Rot“, oder auch „Stauffacher“; der Hildesheimer Schriftsetzer Goldschmidt hieß „Faust“, das als besonders tüchtig geltende Mitglied des Kommunistenbundes, der niederrheinische Schneidergeselle Joseph Gipperich führte den wunderlichen Namen „Isporting“. Die Namen der Einzelgemeinden des am 30. März 1849 in Berlin aufgegriffenen, von Haetzel geleiteten Kommunistenbundes waren: Vorwärts, Rot, Durch, Tot, Hecker, Blind u. a. Die auch bei Friedrich Hecker und bei

Gottfried Kinkel vorkommende Parteibezeichnung „Sozialdemokrat" findet sich ebenfalls z. B. bei dem obengenannten Gießener Schenk und bei Haetzel. Um nicht irrezuführen, empfiehlt es sich aber, ihren Gebrauch zu vermeiden. Auch das Wort „Demokrat" sollte man ja für die Revolutionszeit 1848—1849 nur mit Erläuterungen gebrauchen. Endlich ist der Unterschied zwischen nichtmarxistischen Sozialisten und marxistischen Kommunisten in der Praxis der Agitation nie so scharf gewesen, wie es die marxistische Orthodoxie später hat wahrhaben wollen. In der Negation waren alle sozialrevolutionären Gruppen zunächst einmal einig — zum positiven Aufbau aber war die Gelegenheit für sie gering.

*

Die Parlamentsstadt Frankfurt ist nun natürlicherweise als kommende Reichshauptstadt ein Hauptmittelpunkt aller revolutionären Bestrebungen in Deutschland geworden[4]). Nach dem Mißlingen des ersten badischen Aufstandes kamen viele kommunistisch-republikanische Persönlichkeiten nach Frankfurt, um hier weiterzuarbeiten; als Führer traten bald der Westfale Christian Esselen und der Schlesier Eduard Pelz hervor, der schon 1843 unter dem Decknamen Treumund Welp als scharfer Kritiker sozialer Mißstände bekannt geworden war. Esselen und Pelz hatten an Struves „Volkszeitung" mitgeschrieben und versuchten nun an Stelle dieses unterdrückten Organs die „Frankfurter Allgemeine Arbeiterzeitung" durchzusetzen und im Vaterländischen Verein die gärende Welt der Frankfurter Gesellschaft zu organisieren. Eine Arbeiterversammlung am 14. Mai wurde immerhin von mehreren tausend Menschen besucht; es wurde die Bildung eines eigenen Arbeitervereins beschlossen, zu dem auch die Kopfarbeiter eingeladen wurden: durch politische Bildung die politische Macht zu vermehren und zu fördern bei der Arbeiterschaft, war das Ziel. In wenigen Tagen gewann dieser Verein über zweitausend Mitglieder. Das solide Frankfurter Bürgertum war doch etwas erschrocken, als es sich beinahe über Nacht einer politischen Massenbewegung gegenüber sah, die nun nicht allein die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse energisch verlangte, sondern auch das Frankfurter Parlament ziemlich respektlos zu kritisieren unternahm. Über tausend Frankfurter Bürger vereinigten sich zu einer Eingabe, in der das Einschreiten des Senates gegen die „Aufwiegler und Wühler" verlangt wurde; in der Tat wurden Esselen und Pelz sowie der gerade zum israelitischen Bürger aufgestiegene jüdische Permissionist, der Privatgelehrte Löwenstein, mit sofortiger Wirkung ausgewiesen.

Den Protest des Arbeitervereins zu Hamm gegen Esselens Ausweisung druckte Karl Marx am 15. Juni in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung" ab. Auch der Kölner Arbeiterverein protestierte. Die „Frankfurter Arbeiterzeitung" ist nach der Entfernung ihrer Leiter schnell eingegangen, während sich der Arbeiterverein noch weiter gehalten hat. Esselens Bekenntnis zur „einen unteilbaren deutschen Republik" sollte nun auf dem Pfingstkongreß in Frankfurt ein vernehmliches Echo finden, an dem sowohl Esselen wie Pelz ohne Scheu teilnahmen.

Der Slawenkongreß in Prag war, wir sahen es, ein Trutzparlament gegenüber der Frankfurter Nationalversammlung; viel näher und bedrohlicher wirkte dieses zweite Trutzparlament, der „Kongreß der deutschen demokratischen Republikaner"; er bedeutete politisch die Mobilisierung aller der Kräfte, die in der

Nationalversammlung selbst nicht zur Wirkung gekommen waren, unter der Führung von Abgeordneten der Linken der Paulskirche, die sich ja mit Bitterkeit als Minderheit empfand. Frankfurt war der Sitz des demokratischen Zentralausschusses für die Parlamentswahlen gewesen; in Frankfurt sollte die revolutionäre Bewegung nun weitergetrieben werden im bewußten Gegensatz zu der monarchistisch-liberalen Reformpartei. Der Gedanke, daß sich die demokratischen Republikaner der verschiedenen deutschen politischen Mittelpunkte zu gemeinsamer Arbeit vereinigen sollten, ist ungefähr gleichzeitig in Berlin, Frankfurt und Marburg aufgetaucht. Der Marburger Professor Bayrhofer hat dann durch seinen Verein die Einladungen herausgeben lassen[5]). Die Absicht war, daß alle demokratischen Vereine Deutschlands Deputierte zu dem Kongresse schicken sollten. 234 Abgeordnete vertraten 89 Vereine aus 66 Städten. Vom Frankfurter Parlament waren Zitz und Christian Kapp dabei und natürlich dessen Neffe Friedrich Kapp. Karl Marx kam persönlich nicht, ließ sich aber durch Dr. Gottschalk, Moll, Schapper und Bürgers vertreten, nach dem Prinzip, bei jeder Art Opposition dabeizusein. Besonders Gottschalks faszinierende Persönlichkeit, sein edles Gesicht, seine scharfe ruhige Sprache, seine elegante lässige Haltung — das alles machte tiefen Eindruck. Auch Ludwig Feuerbach nahm teil; Ferdinand Freiligrath, jetzt berühmter Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung", ließ seine glühenden Verse vom Befreier Tod auf den Frankfurter Straßen als Flugblatt verteilen. Präsident des Kongresses wurde der Sozialist Julius Fröbel, der beinahe zufällig und privat mitmachte und nun ganz unvorhergesehen, als der bewährte Verleger und Freund so vieler oppositioneller Schriftsteller, die etwas wilden Verhandlungen zu Ordnung und Vernunft bringen sollte. Zwei Dinge hat der Kongreß erreicht: er schuf eine Gesamtorganisation aller demokratischen Vereine — der von ihm begründete „Zentralausschuß der deutschen Demokraten" sollte sie von Berlin aus leiten; tatsächlich wurden auch aus den Lokalvereinen Kreisvereine mit Kreisausschüssen gebildet und mehrere Kreiskongresse in Schlesien, Pommern, der Rheinprovinz abgehalten.

Überall wurde an die vorhandenen Turn- und Arbeitervereine angeknüpft. Es war der Beginn bewußter Formung eines Parteiwillens im Lande selbst; erst die Märzvereine von 1849 haben dieses Ziel wieder aufgegriffen. Das zweite Ergebnis war die Festlegung eines Parteiprogrammes, entsprechend den Beschlüssen des Kongresses; der erste Grundsatz zeigt bereits die Verbindung von Verfassungs- und Gesellschaftsneubau, die für diese deutschen demokratischen Republikaner bezeichnend ist: „Es gibt nur e i n e für das deutsche Volk haltbare Verfassung, die demokratische Republik, d. h. eine Verfassung, in welcher die Gesamtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des einzelnen übernimmt." Dieser Gedanke wird in dem vom 14. Juli datierten Aufrufe des Zentralausschusses in sehr vorsichtiger, ruhiger, aber darum recht wirksamer Weise ausgeführt. Der Schlußabschnitt über die internationale Politik weist in ferne Zukunft: „Das große Ergebnis der Kämpfe sehen wir in dem allgemeinen Bunde und der gemeinschaftlichen Organisation der freien Völker Europas, durch welche auch allein eine Lösung des sozialen Problems möglich werden kann." Die kommunistische Gruppe des Kongresses hat diese Gedanken nicht bekämpft;

ein ehemaliger Jünger von Karl Marx, Kriege, hat sogar den Aufruf des Zentralausschusses mitunterzeichnet. Dieselbe „Berliner Zeitungshalle“, die am 5. April das wirkungslose Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands gebracht hatte, druckte nun auch die Bekanntmachungen und Beschlüsse der demokratischen Republikaner ab. Die Kommunisten waren damals eben eine kleine Sekte, die sich auf einen ebenbürtigen Kampf mit den anderen Gruppen gar nicht einlassen konnte, sondern, etwas mitleidig geduldet, aus taktischen, aber auch aus Gründen revolutionärer Solidarität, mit den bürgerlichen und sozialistischen Republikanern arbeitete. Intellektuelle, kleiner Mittelstand und Arbeiterschaft fanden sich also zu einem in der Form maßvollen, in der Sache weitgehenden sozialrevolutionären Programm zusammen.

Eine Woche nach dem Pfingstkongreß, am 20. Juni, stellte im Frankfurter Parlament der Abgeordnete Reisinger den Antrag, in allen deutschen Staaten möge ein Ministerium der Proletarier oder eine entsprechende Kommission eingerichtet werden, die den wahren Zustand der Proletarier statistisch erheben und tunlichst Abhilfe vorschlagen sollte, und zwar entsprechend den verschiedenen Arten von Proletariern, die besitzlos seien wegen „Arbeitsscheu, Arbeitsmangel oder Arbeitsunfähigkeit“. Der Antrag wurde damit begründet, daß „die Sorge für das Proletariat eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Staatslebens ist“; aber die Frankfurter Nationalversammlung begrub ihn sang- und klanglos in ihrem Volkswirtschaftlichen Ausschuß[6]).

Schon am 15. April hatten sich 1320 Mitglieder des Bremer Bürgervereins an den Fünfzigerausschuß mit einer Eingabe gewandt, in der es hieß: „Seht den ungeheuren Abgrund des Proletariats! Noch einen Schritt weiter, und der Handwerker ist als Kern des Mittelstandes unrettbar verloren. In eine solche Lage haben ihn die Männer der Macht und der falschen Doktrin gebracht; sie sind die Gründer und die rechten Beförderer des materiellen Kommunismus[7]).“

Die endlich errungene Freiheit der Vereinigung erfüllte im Revolutionsjahre alle Bevölkerungsschichten und rief eine bunte Betätigung bei Studenten, Professoren, Bischöfen, Handwerks- und Arbeitsgesellen hervor; jede Not, besonders aber die soziale, sollte nun auf diesem Wege überwunden werden. Die Buchdruckergehilfen waren die Ersten auf dem Plane; eine Buchdruckerversammlung aus sieben süddeutschen Städten versammelte sich auf Anregung der Heidelberger schon am Ostersonntag auf dem Riesenstein bei Heidelberg; eine Nationalbuchdruckerversammlung fand dann in Gutenbergs Stadt, in Mainz, statt, auch an Pfingsten: Tarife, Maschinenwesen, Alters- und Krankenversorgung wurden besprochen. Die Zentralleitung des Buchdruckgewerbes sollte für 1848/49 in Frankfurt sein. Eine Adresse an das Frankfurter Parlament forderte wiederum ein Arbeitsministerium. Stephan Born leitete die Berliner Buchdruckerbewegung, auch durch aufschlußreiche Artikel in dem Verbandsorgan „Gutenberg“. Schon wehrten sich die Arbeitgeber gegen die Mainzer Beschlüsse; in einer Reihe von Städten kam es zu Streikbewegungen, die aber ergebnislos zusammenbrachen. Von vielen Seiten wurde ein allgemeiner Arbeiterkongreß gefordert.

Am 15. Juli trat aber wiederum in Frankfurt der allgemeine Handwerker- und Gewerbekongreß zusammen: er hat sich der Arbeiterbewegung als stärkste

Mauer in den Weg gebaut[8]). In Leipzig hatten sich schon im April die Innungsmeister vereinigt; sie zählten ihre Beschwerden auf, protestierten gegen die Judenemanzipation, gegen die Umwälzungen der Gleichmacherei, warnten vor Republik, Sozialismus und Kommunismus, setzten die Erhaltung des Zunftwesens mit der Erhaltung der Steuerkraft, der Ehe und Familie, der bürgerlichen Hauswirtschaft und Nahrung gleich. In Preußen begann Bonn den Kampf gegen die durch die Gewerbeordnung von 1845 garantierte Gewerbefreiheit; Stargard und Naumburg folgten mit Eingaben an das Ministerium Camphausen und die Berliner Nationalversammlung. Die Handwerker verlangten immer wieder den Befähigungsnachweis, lange Wanderschaft und dadurch erzielte gute Vorbereitung, Fernhaltung der Konkurrenz, also Verbot des Hausierhandels, Kontrolle des Landhandwerks, Einschränkung des Detailhandels, Einrichtung von Gewerbegerichten. Am 2. Juni wurde in Hamburg die „erste Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes" eröffnet, bei der noch Handwerksmeister und Gesellen vertreten waren, aber schon in scharfen Gegensatz gerieten. Hier trat Winkelblech bereits hervor mit dem Gedanken neben dem politischen Parlament ein soziales Parlament zu schaffen, das von sämtlichen sozialen Ständen nach einem besonderen Wahlgesetz zu wählen sei. So hoffte er eine soziale Gesetzgebung als Sicherung für alle Glieder der bürgerlichen Gesellschaft erreichen zu können. Die Hamburger Versammlung lud zu dem allgemeinen Kongreß nach Frankfurt ein — ihre Adresse an die Paulskirche nahm die Leitung der Handwerker-Angelegenheiten durch die Handwerker selbst mit aller Energie in Anspruch und erklärte sich mit größter Entschiedenheit gegen die Gewerbefreiheit. In Kassel, in Wolfenbüttel, in Breslau, in Stettin regte sich der gleiche zünftlerische Geist; aus Bayern, wo ja noch alle alten Real-, Zwangs- und Bannrechte bestanden, erhielten die Deputierten für Frankfurt Instruktionen, die auf zeitgemäße Erneuerung des Zunftwesens hinausliefen. „Wäre es nicht besser und ratsamer", fragten die Augsburger Weber, „Deutschland hätte einen wohlgeordneten Mittel- und Gewerbestand als einige reiche Fabrikanten?" Die Goldschläger, Schlosser und Sporer von Nürnberg, die Ansbacher Schneider waren der gleichen Ansicht; einmal wird auch in Bayern ein eigenes Handels-, Industrie- und Gewerbeministerium gefordert.

Man sieht, wie die vorhandene soziale Zersetzung in Deutschland infolge der politischen Erregung schärfer empfunden und mit Unruhe und Unsicherheit weiterentwickelt wird. Jedes Gesellschaftsglied fühlt sich von einem anderen bedroht, jede Gruppe versucht sich durch Zusammenschluß zu stärken, vorhandene staatliche Autoritäten werden zu Hilfe gerufen, neue als Schützer verlangt, vor allem wird immer wieder die für allmächtig gehaltene Nationalversammlung in Anspruch genommen zur Wahrung überkommener Rechte so gut wie zum Neuaufbau.

Der Frankfurter Handwerker- und Gewerbekongreß hat sich ungeduldig und heftig für die Konservierung eingesetzt. Die Gesellen wollte er zur Beratung nicht zulassen — die Meister, so hieß es, würden schon auch deren Interessen wahrzunehmen wissen. Wenigstens hat man dann gestattet, daß die ausgeschlossenen Gesellen sich durch Meister vertreten lassen durften. Aber den Gesellen

war das begreiflicherweise nicht genug — der Bruch mit den Meistern wurde vollzogen. Der Kongreß beschloß den Entwurf einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung für Deutschland, die am 15. August dem Frankfurter Parlament zur Prüfung und Einsicht vorgelegt worden ist[9]). Auch mit dem volkswirtschaftlichen Ausschuß sind unmittelbare Beziehungen aufgenommen worden. Die Arbeit des Handwerker- und Gewerbekongresses ist ein erschütterndes Zeugnis für die uns wohlbekannte Krise des Hauptteils des deutschen Mittelstandes; das Handwerk sieht in der Revolution die vielleicht letzte große Gelegenheit, nicht nur sich zu behaupten, sondern sich neue Lebensmöglichkeiten zu verschaffen: es kämpfte zugleich gegen Kapitalismus und Proletariat. Die wichtigsten Punkte des Entwurfs zeigen die merkwürdige Vereinigung von staatssozialistischen und zünftlerischen Momenten: der Staat selbst wird als eine Art Zwangsinnung aufgefaßt; alles Genossenschaftliche verdrängt die individuelle Leistung: der Schrei der Bedrohten nach Sicherung des Erwerbes und Lebens geht durch das Ganze. Man kann sich keine entschiedenere Absage an den Liberalismus vorstellen.

Noch schärfer war die Sprache auf dem Schneiderkongreß, der vom 20. bis 25. Juli in Frankfurt tagte und 89 Mitglieder aus 143 Städten versammelte. 5648 Unterschriften von Schneidermeistern aus ganz Deutschland standen unter seinen Beschlüssen, die als Petition an die Nationalversammlung gingen. Die Aufhebung der Gewerbefreiheit wollten die Schneider durch Auflösung der öffentlichen Magazine von fertigen Kleidern ergänzen, durch das Verbot für alle Nichtschneidermeister, also Tuch- oder Modewarenhändler, Herren- oder Damenkleider anzufertigen und zu verkaufen, durch das Verbot, in Arresthäusern oder Militäranstalten Kleider herzustellen, durch das Verbot der Einfuhr aus dem Auslande[10])!

Vergebens hatte Professor Winkelblech auf dem Frankfurter Handwerker- und Gewerbekongreß eine Versöhnung zwischen Meistern und Gesellen herbeizuführen versucht. Wie unzufrieden die Arbeitnehmer mit den Ergebnissen dieses Kongresses waren, zeigt der Aufruf vom 22. Juli, den der Frankfurter Arbeiterverein an alle Arbeiter- und Gesellenvereine Deutschlands erließ. Darin wurde der Kongreß mit Recht als ganz einseitig geschildert: er sei weiter nichts als ein willkürlicher Zunftkongreß gewesen, der sogar das wichtigste aller Grundrechte, die Freizügigkeit, angetastet habe; deshalb sollte ein allgemeiner Protest eingelegt werden, und es sollte nun in Frankfurt auch ein Arbeiterkongreß stattfinden. Der zeitlich frühere Berliner Arbeiterkongreß, den Stephan Born einberief, gehört in den Zusammenhang der preußischen Ereignisse (vgl. unten S. 237); die südwestdeutsche Arbeiterbewegung ging ihren eigenen Weg; in der Parlamentsstadt Frankfurt hatte sie gegenüber den Berliner und Leipziger Bestrebungen ihren natürlichen Mittelpunkt. Als die Gesellen von dem Handwerkerkongreß ausgeschlossen waren, kamen sie überein, einen eigenen Kongreß zu veranstalten, und blieben auch dabei, als die Meister das Zugeständnis machten, zehn Gesellen mit beratender Stimme zuzulassen. Die zehn Gesellen unterrichteten sich über das Vorgehen der Meister und hielten ihre Leute auf dem laufenden. Der Gegenkongreß der Gesellen wurde am 20. Juli eröffnet; man sah aber bald, daß man nicht handwerklich bleiben konnte. Und so wurde beschlossen, Arbeiter

aller Stände heranzuziehen — ein Schritt von weittragender Bedeutung. Alle deutschen Gesellen- und Arbeitervereine sollten nun ihre Deputierten nach Frankfurt schicken — aus dem Gesellenkongreß wurde dadurch der „Allgemeine Arbeiterkongreß“; er kam nur allmählich zusammen, die Wahlen waren nicht leicht durchzuführen; seine Verhandlungen dauerten bis zum 20. September[11]).

Beschlossen wurde die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeiterbundes, mit dem gemeinsamen Abzeichen einer allgemeinen deutschen Arbeiterkokarde, sowie eines eigenen Banners (grün mit goldenem Eichenkranz); als Zwecke des Bundes wurden Verbesserung der sozialen Lage, geistige Ausbildung und gesellige Unterhaltung angegeben; die Arbeiter sollten sich in erster Linie mit der sozialen Frage befassen, mit der politischen nur dann, wenn ihre Standesinteressen unmittelbar berührt seien; 26 deutsche Städte wurden als Bezirkshauptstädte genannt; gegenüber dem Kommunismus und dem Liberalismus wurde als neues Prinzip der Föderalismus verkündigt — die gesetzliche Sicherung eines angemessenen Erwerbskreises für die Arbeitskräfte eines jeden zu redlichem Erwerb: Fleiß und Geschicklichkeit und nicht das Kapital sollten entscheiden. In einer besonderen Denkschrift kritisierte der Arbeiterkongreß den Entwurf der Handwerker- und Gewerbeordnung — sachlich, folgerichtig, im Ton durchaus maßvoll; in seiner Adresse an die Nationalversammlung verlangte er die Einrichtung eines sozialen Parlaments und eines sozialen Ministeriums.

So toste und brauste es in der Parlamentsstadt; nicht nur in der Paulskirche wurde debattiert: Zersetzung, Bewegung, Wahlkampf, Programme, hohe letzte Ziele überall — ebenso stark wie die Hoffnung auf Erfüllung, war aber Hast und Unwille, wenn es Schwierigkeiten gab. Hinter vernünftigen, vertrauensvollen, rationell gebundenen Mehrheitsbeschlüssen stand in der Nationalversammlung und anderswo eine unbefriedigte, ewig gereizte, revolutionslustige Minderheit; sie suchte sich Publikum und Widerhall, wo sie das eben finden konnte. Ein paar Tage ehe der Reichsverweser zum ersten Male eintraf, hatte Frankfurt seinen ersten ernsthaften politischen Krawall: beim Aufstand in Sachsenhausen gab es Versagen des Stadtmilitärs, Hetze der Anhänger Heckers, Barrikadenbau mit roter Fahne und Pechpfannen unter Führung auch von Intellektuellen — ein buntes Miniaturbild revolutionärer Leidenschaft, als Ganzes doch wichtiger als sonst eine Schreierei und Prügelei, weil das Versagen der Frankfurter Staatsautorität nur schwer verhüllt werden konnte. Der Frankfurter Boden wankte. Die große politische Messe mischte hier aus den Fremden und Einheimischen eine unheimliche Revolutionsgarde zusammen. Im Frankfurter Arbeiterverein standen Anfang Juli 89 Frankfurtern 214 Fremde gegenüber, meist aus der nahen Umgegend, aber doch auch aus den deutschen Arbeiterzentren, dazu mehrere Wiener, Böhmen und Ungarn. Frankfurt hatte gestrahlt bei der Parlamentseröffnung, beim feierlichen Einzug des erwählten Reichsverwesers. Schon fielen tiefe Schatten auf das schöne Bild vom glückhaften Neuaufbau des Reiches; es überwog in der Stimmung aber noch ganz jenes Gefühl von Jugend und Wohlwollen, das wir kennen. So viel stürmte nun in Frankfurt zusammen — wie in Berlin und Wien, gab es keinen Mann, der alles übersah; mit einem schlechten Ende wagten nur wenige zu rechnen.

*

Das Vizekaisertum des Erzherzogs Johann begann sich in Frankfurt einzurichten. Der einzige deutsche Staat, der sich offen gegen die Art seiner Wahl ausgesprochen hatte, war Hannover gewesen. In dem Schreiben des dortigen Ministeriums an die Stände vom 7. Juli hieß es, der König habe sich entschlossen, im Vertrauen auf die Persönlichkeit des Erzherzogs Bedenken jetzt nicht geltend zu machen; eine Zentralregierung, die sich auch in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten mische, sei aber unzulässig; die Fürsten hätten nicht „als Untergebene eines anderen Monarchen" zu erscheinen; einer solchen Verfassung werde der König nicht zustimmen. Das Frankfurter Parlament mußte schon auf eine solche Kriegserklärung antworten. In der Sitzung vom 12. Juli ging es heftig zu. Die äußerste Linke wollte von dem Welfen-König unbedingte Unterwerfung und Übergabe seiner Regierung an die Zentralgewalt verlangen. Beschlossen wurde schließlich auf Wydenbrugks Antrag, daß die Zentralgewalt die unumwundene und unbedingte Anerkennung ihres Daseins und des Gesetzes darüber von Hannover fordere, was dann auch durch den hannoverschen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt v. Bothmer geschehen ist, obgleich von Berlin aus dem König Ernst August der Rücken gestärkt wurde. Selbst Hansemann sprach bei dieser Gelegenheit von „Frankfurter Extravaganzen".

Der Reichsverweser setzte also mindestens zunächst seine tatsächliche und formelle Anerkennung bei allen Einzelstaaten durch; wenn auch Peuckers Huldigungserlaß keinen vollen Erfolg hatte, so stellte doch Preußen die bei Frankfurt liegenden Truppen, Bayern sogar sein ganzes Heer zur Verfügung des Reichsverwesers. Auch die Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt wurden allmählich ernannt. Es ging dabei in manchen Einzelstaaten ziemlich stürmisch zu. In Württemberg setzte etwa der Ministerrat den Freiherrn v. Sternenfels gegen den Willen König Wilhelms durch; er wurde aber nur provisorisch betraut und die Ernennung vom Kronprinzen gezeichnet. Der König haßte in Sternenfels den Anhänger des „nunmehr angenommenen Systems" und den Vertrauensmann des „Volkes". Bei seinem Aufenthalt in Frankfurt hörte König Wilhelm die Meldung des Freiherrn v. Sternenfels überhaupt nicht an und behandelte ihn so schlecht, daß dieser sofort um seine Abberufung bitten wollte. Als Bayern den bisherigen Bundestagsgesandten v. Closen zum Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ernannte — viele Einzelstaaten taten bequemlichkeitshalber diesen Schritt — erklärte Graf Bülow dem bayrischen Gesandten in Berlin, man sei in Preußen sehr unangenehm überrascht; der Frankfurter Posten werde in Preußen sehr wichtig genommen; man frage sich, ob das so erwünschte innigste Einvernehmen mit Bayern nunmehr möglich sei; Closen habe sich bisher nicht des geringsten persönlichen Ansehens zu erfreuen gehabt. Überhaupt war es der Wunsch Preußens, keiner der bisherigen Bundestagsgesandten solle Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt werden. Der Gedanke, die kleineren Staaten sollten sich durch die großen vertreten lassen, erfuhr heftigste Ablehnung der Betroffenen[12]). Gerade die kleinen Staaten machten noch einmal den Versuch, aus den Bevollmächtigten eine gemeinsam verhandelnde und beschließende Körperschaft zu machen; der Braunschweiger Liebe arbeitete darüber ein Promemoria aus[13]). Durch Beschluß des Reichsministeriums vom 25. August wurde als Antwort nochmals ausdrücklich festgesetzt, daß die Bevollmächtigten keine Berechtigung zu kollektiver Geschäfts-

führung haben sollten, auch keine Befugnis, auf die Beschlußnahme der Zentralgewalt entscheidend einzuwirken; ihre Aufgabe sei lediglich, die Vollziehung der Beschlüsse der Zentralgewalt „zu vermitteln, zu befördern und zu erleichtern[14])".

Schmerling war in seinem Antrage noch weiter gegangen; er wünschte eine klare Erklärung, daß die Zentralgewalt nicht gezwungen sei, sich der Vermittlung der Bevollmächtigten zu bedienen, sondern auch direkt mit den Regierungen der Einzelstaaten verkehren könne. Peucker, Mevissen und Duckwitz hatten sich für eine größere Rücksichtnahme auf die Bevollmächtigten eingesetzt, auch in der Form des Geschäftsverkehrs. Es wurde beschlossen, nicht die Erlasse des Reichsministeriums an die Bevollmächtigten direkt zu richten, auch sie nicht mit der Adresse an die Behörde des Einzelstaates versiegelt zu übergeben, sondern sie den Bevollmächtigten zur Beförderung zugehen zu lassen und jedesmal die Anzeige vom Vollzuge dieser Beförderung zu verlangen[15]).

Der preußische Bevollmächtigte Camphausen erteilte nun dem Reichsminister v. Schmerling in seinem Schreiben vom 26. August eine ziemlich deutliche Lehre: es werde seine Aufgabe sein, hieß es darin, „alle Eröffnungen, womit E. E. mich beehren werden, so schleunig zu erledigen, daß das Bedürfnis nach einer direkten Kommunikation mit der kgl. Regierung niemals empfunden werden würde[16])".

Man fühlt die Gegensätze; die neue Reichsregierung wollte sich wohl von den Bevollmächtigten beraten lassen, konnte sich aber nicht an diese Ratschläge oder gar an Beschlußfassungen binden; den direkten Verkehr mit den Regierungen behielt sie sich faktisch doch vor; die Bevollmächtigten ihrerseits wollten mehr als Briefträger sein.

Das Frankfurter Parlament war als eine verfassunggebende Körperschaft ins Leben getreten; ehe die Verfassung fertig war, hatte es nun einen Vizemonarchen mit einer Reichsregierung geschaffen; der Schritt auch zur Gesetzgebung war nur noch klein. Am 30. August faßte das Reichsministerium darüber entscheidende Beschlüsse: das Recht der Gesetzgebung steht nach seiner einstimmigen Ansicht der Nationalversammlung unbedingt zu; die Zentralgewalt ist zur Vollziehung der von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze verpflichtet; das Reichsministerium hat die politische Pflicht, gegen unausführbare oder schwer zu vollziehende Gesetze Vorstellungen an die Nationalversammlung zu richten. Beckerath hatte als einziger gegen die beiden ersten Beschlüsse Einsprache erhoben, sie aber nach einstimmiger Annahme des dritten zurückgezogen[17]). Der Gesetzentwurf, betr. Bekanntmachung der Gesetze der Nationalversammlung und der Verfügungen der provisorischen Zentralgewalt wurde im Reichsministerium mehrfach diskutiert. Der Entwurf sah ein unter Aufsicht des Reichsjustizministers erscheinendes Reichsgesetzblatt vor; die Vollziehbarkeit eines Gesetzes sollte beginnen: für die Nationalversammlung und die Reichsbeamten sofort, „für die Behörden und die Bürger der einzelnen Staaten mit dem Zeitpunkte, welchen die betr. Landesgesetzgebungen für die eigenen Anordnungen bestimmt haben, wobei das Eintreffen des Reichsgesetzblattes am Sitze der Regierung als Anfang der Bekanntmachung gilt". Dagegen erhoben Beckerath und Bassermann Bedenken; ein Kompetenzkonflikt werde sich erheben, die Gefahr eines Bruches zwischen Zentralgewalt und Landesregierungen werde entstehen. Fürst Leiningen, Robert Mohl und Heckscher wiesen das zurück: ein offizielles Organ sei unbedingt nötig,

je eher es ins Leben träte, desto besser sei es, die Reichsgewalt habe ein unbedingtes Gesetzgebungsrecht, der Widerstand der Landesregierungen müsse gebrochen werden; es sei eine Frage der Existenz für die Zentralgewalt. Fallati, Würth, Biegeleben und auch Schmerling nahmen eine vermittelnde Stellung ein: ein Konflikt sei nicht zu wünschen, der Entwurf möge verbindlicher gefaßt werden[18]). Auf den Antrag Wiedemanns wurde dann in der fünften Sitzung des Reichsministeriums beschlossen: „Die verbindende Kraft eines Gesetzes beginnt, falls es nicht selbst einen anderen Zeitpunkt feststellt, für ganz Deutschland mit dem zwanzigsten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betr. Stück des Reichsgesetzblattes in Frankfurt ausgegeben ist."

In der Sache hatte also durchaus der Unitarismus gesiegt. So anspruchsvoll trat dieses erste Reichsministerium auf, das seinen Geschäftsbetrieb genau so improvisieren mußte, wie es ja selbst improvisiert war! Immerhin erbte es den Apparat der Bundesversammlung, als deren teilweiser Rechtsnachfolger es sich fühlen durfte. Bezeichnend dafür ist etwa der Beschluß des Reichsministeriums vom 22. August, wonach das Reichsjustizministerium für zuständig erklärt wurde, die in den Bundesgesetzen bestimmte Hilfe bei Justizverweigerungen und Verzögerungen seinerseits zu leisten, ebenso Hilfe bei den unter mehreren Staaten streitigen Ansprüchen von Staatsgläubigern, endlich bei Bedrohungen des Besitzstandes unter Bundesstaaten. So wurde auch das noch fehlende Reichsgericht von der neuen Zentralgewalt zum Teil vorweggenommen. Die Frankfurter Zentralgewalt wollte Klarheit und Einfachheit, sie kämpfte gegen den politischen Barock im alten Deutschland. Dies zeigte sich schon bei den neuen Formen des Geschäftsverkehrs, die von ihr eingeführt wurden. Exzellenzen und Hochwohlgeborene Herren sollte es nicht mehr geben — lediglich die Amtsbezeichnung war zu gebrauchen; die Anrede selbst wurde aufs Notwendigste verringert: „Herr Ministerpräsident! Herr Minister!" Auch der Reichsverweser sollte nur: „Hoher Reichsverweser" angeredet werden; am Schlusse hieß es nur: „In Ehrerbietung". Im Verkehr der Ministerien untereinander und mit anderen Behörden sowie Beamten und Privatpersonen fiel jede Schlußanrede und Achtungsversicherung weg. Nur im Verkehr mit außerdeutschen Staaten kamen Titulationen nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit zur Verwendung. Zum ersten Male in Deutschland hatte sich also ein hoher Behördenkomplex zu den Formen schlichter bürgerlicher Sachlichkeit entschlossen: das Reich der Paulskirche suchte sein Zeremoniell im Unzeremoniellen[19]). Förmlichkeiten des Verkehrs gab es nicht, eine amtliche Geselligkeit ist nicht entstanden. Die allmählich regelmäßig werdenden Zusammenkünfte nach den Klubsitzungen und nach Privatgesellschaften im Englischen Hofe bildeten dafür einen Ersatz. Die Bürokratie der Paulskirche hatte mit den Ministern angefangen: Ministerialräte und Sekretäre für die neuen Behörden des Reiches kamen erst hinterher, waren aber nicht schwer zu beschaffen. Empfehlungen, Beziehungen, Ehrgeiz und Wichtigmacherei taten das ihre; die Reichsbehörden verlangten von vornherein, und das war politisch wichtig, von den zukünftigen Reichsbeamten den augenblicklichen völligen Verzicht auf Staatsdienst bei einem Einzelstaat — nur Vorbehalt des Rücktrittes in die bisherigen Amts- und Pensionsansprüche war gestattet. Offiziere wurden vom Eide gegen die Landesregierungen entbunden; Amtsübernahme und Sitz im

Parlament schlossen sich aus, wenn das Amt dauernde Abwesenheit vom Sitz der Nationalversammlung zur Folge hatte; Tagegelder der Abgeordneten wurden vom Beamtengehalt abgezogen. Man bemerkt an allen diesen Bestimmungen eine ganz neu wirkende Bemühung um Korrektheit und Sauberkeit, um ebenbürtige Würde von Regierung und Parlament.

Der Gesetzentwurf über die Anstellung von Reichsbeamten von Robert Mohl war der erste Gegenstand, der dem Gesamtreichsministerium überhaupt vorgelegt worden ist, am 19. August; er wurde bei der Unübersichtlichkeit des Verhältnisses zu den Einzelstaaten dann doch vertagt[20]). In derselben ersten Sitzung wurde aber die Entsendung von Reichsgesandten bestimmt. Man weiß, daß der deutsche Bundestag sein Gesandtschaftsrecht nur passiv ausgeübt hat; es gab ausländische Gesandte in Frankfurt, aber kein Gesandter des Deutschen Bundes ist je in einer fremden Hauptstadt erschienen. Die provisorische Zentralgewalt gedachte es anders zu machen. Sie nahm von vornherein das Reichsgesandtschaftsrecht, aktiv wie passiv, für sich in Anspruch, und es wurde bald deutlich, daß nach der Auffassung der Zentralgewalt das Gesandtschaftsrecht der Einzelstaaten so rasch wie möglich in dem Reichsgesandtschaftsrecht aufgehen solle. Wenn schon jede innerpolitische Lebensregung der Zentralgewalt den Kompetenzkonflikt mit den Einzelstaaten bedeutete, so tastete dieser Zugriff nach der Diplomatie an das empfindlichste Privileg der Souveränität. Die Zentralgewalt zeigte, was sie eigentlich sein wollte, aber sie machte hier nun von Anfang an ihre bittersten Erfahrungen. Erzherzog Johann hatte recht, wenn er zum König von Württemberg sagte: „Ich bin in der Lage eines Kutschers, der den Weg kennt, aber nicht die Pferde, die er führt[21])."

Die Macht des Reichsverwesers war in der europäischen Außenpolitik ein neues Element, über dem sowohl die demokratische wie die dynastische Gloriole leuchtete — kein Wunder, daß sich die Ohnmächtigen alter und jüngster Herkunft angezogen fühlten und Hoffnungen für sich daran knüpften. Hat doch der Prinz Alexander von Gonzaga, Herzog von Mantua, sich einmal an den Reichsverweser und den Reichsminister des Äußern gewandt; Kaiser Leopold II., der Vater des Erzherzogs Johann, habe 1792 seinem Vater die alten Territorien versprochen; seit dem Tode der Kaiserin Marie Louise seien Parma, Piacenza, Guastalla vakant; es liege im Interesse der deutschen Souveräne, wenn das Haus Gonzaga die von einem deutschen Kaiser bestätigten Versprechungen und Privilegien erhielte; vom Prinzip des Erbrechtes sich zu entfernen, sei für die Souveräne gefährlich; sie möchten doch nicht damit beginnen und der Anarchie die Tür öffnen[22]). Heftiger als diese melancholische Stimme aus dem 18. Jahrhundert klang der Ruf der Zukunft, der in dem Frankfurter Vizekaisertum ein Stück seiner selbst begrüßte. Als Gesandter Ungarns erschien Szalay in Frankfurt und brachte den Wunsch zum Ausdruck, ein besonderer Gesandter Deutschlands möge beim Erzherzog-Palatin akkreditiert werden. Das Reichsministerium wollte aber vorsichtig sein — es gab keine definitiv verweigernde, aber eine vorläufig ablehnende Antwort[23]). Bescheidener waren da, allerdings notgedrungen, die Donaufürstentümer Moldau und Walachei: sie teilten dem Reichsaußenministerium eine Denkschrift über ihre Stellung zur Türkei mit. Die preußische Regierung sprach in Frankfurt den Wunsch aus, man möge den walachischen

Abgesandten so empfangen, daß die Türkei nicht verletzt sein könne[24]). Für die Donaufürstentümer hatte der Reichsverweser ein besonderes Interesse. Österreich, meinte er, kann dort keine russischen Truppen dulden, man solle fünfzehn- bis zwanzigtausend deutsche Familien dort ansiedeln. Kaiser Nikolaus bemerkte zu dem Bericht des Fürsten Gorčakov über diese Äußerungen: „Est-il fou? — Autre folie[25])!" Im Herbst tauchte in Frankfurt der Oberstleutnant Jose Mascareñas aus Bolivien auf, der beauftragt war, Beziehungen zu europäischen Staaten anzuknüpfen, besonders auch im Hinblick auf erwünschte Auswanderung nach seinem Vaterlande. Das Reichsministerium wies ihn aber in verbindlicher Form ab, weil er nicht vom Präsidenten Boliviens formal autorisiert war. Der Oberstleutnant, ein Spanier, der von der englischen Regierung eine Pension bezog, wies etwas gekränkt ein Dokument vor, das die Anerkennung seiner Republik durch Belgien bewies, konnte aber nichts erreichen[26]). So klammerten sich die Versinkenden und die Auftauchenden an die neue Zentralgewalt in Frankfurt; sie konnte wenig für sie tun, noch weniger, als die anderen für sie taten. Schon in jener ersten Sitzung des Reichsministeriums mußte der Reichsminister des Auswärtigen, Heckscher, mitteilen, daß nach Äußerungen des in Frankfurt anwesenden russischen Agenten v. Budberg Rußland vorerst nicht beabsichtige, einen offiziellen Verkehr mit der Zentralgewalt zu pflegen, nur ein offiziöser käme in Betracht. So mußte man zunächst davon absehen, den für Petersburg bestimmten General v. Auerswald zu entsenden. Er hatte schon seine Instruktion bekommen. Die weiterhin von dem Frankfurter Ministerium mit russischen Stellen geführten Verhandlungen konnten an dieser Sachlage nichts ändern[27]). Einstweilen war beschlossen worden, einen Adjutanten des Reichsverwesers mit dem Notifikationsschreiben nach Petersburg zu schicken. Später ließ die russische Regierung auf offiziösem Wege mitteilen, es sei erforderlich, daß die in Petersburg vertretenen Regierungen die Übernahme der gesamtdeutschen Funktionen durch die Zentralgewalt anzeigten; dann erst könnten freundschaftliche Beziehungen russischerseits mit der Zentralgewalt angeknüpft werden. Das Reichsministerium des Äußern wandte sich dementsprechend an die Bevollmächtigten der betreffenden deutschen Staaten und regte eine solche Notifikation an, damit ein Reichsgesandter nach Petersburg geschickt werden könne. Erfolgt ist aber nichts Konkretes[28]).

Von Kaiser Nikolaus durfte die provisorische Zentralgewalt nach ihrer ganzen Herkunft nichts Angenehmes erwarten; eine Enttäuschung bereitete ihr aber die Haltung Englands. Zunächst war der Empfang des als außerordentlicher Gesandter nach London geschickten Freiherrn v. Andrian gut. Seine Instruktion betonte den rechtmäßigen und friedlichen Charakter der deutschen Einheitsbewegung; sie knüpfte an die Tatsache an, daß die Königin schon wertvolle Beweise ihrer Geneigtheit gegeben habe, die neuen Tatsachen in Deutschland anzuerkennen: „Die hohe Bedeutung der ersten Gesandtschaft des Reichsverwesers liegt in der Einführung der deutschen Nation als einer Einheit in den Kreis der europäischen Mächte." Betont wurde dann ausdrücklich der „rechtmäßige und friedliche Charakter der deutschen Einheitsbestrebungen". Über die für England besonders wichtige schleswig-holsteinische Frage sagte die Instruktion: „Wir treten nur für ganz bestimmte Rechte der Herzogtümer in die Schranken. Keine Nation der

Welt stößt rechtmäßige günstige Konjunkturen von sich; uns, die wir schon so viel durch ungünstige gelitten haben, wird man das nicht zumuten." Die Limburger Frage sollte der Gesandte als schwierig bezeichnen; sie sollte vorsichtig, nach Billigkeit behandelt werden. Das Schreiben des Erzherzog-Reichsverwesers an die Königin Victoria enthielt die Wendung: „Diese Gewalt (die Zentralgewalt) ist berufen, eine neue rechtmäßige Stelle im Rate der Völker Europas einzunehmen", und bezeichnete den Freiherrn v. Andrian auch als beauftragt, „zur Anknüpfung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen beiden Nationen beizutragen". Das war mit Absicht diskret ausgedrückt und schob England die Initiative zu[29]).

Zunächst ließ sich alles sehr günstig an. Lord Palmerston empfing Andrian am 25. August und behielt ihn zwei Stunden bei sich: England sei Deutschlands ältester und bester Verbündeter, eine Kräftigung Deutschlands sei die beste Bürgschaft für den europäischen Frieden, meinte der englische Minister. Aber über Schleswig-Holstein sprach er mehr im dänischen als im deutschen Sinne; die Limburger Frage sei ihm unklar, spruchreif wäre sie noch nicht; den Wunsch der Zentralgewalt, als „europäische Großmacht" an den österreichisch-italienischen Friedensverhandlungen teilzunehmen, nahm er zur Kenntnis. Am 4. September empfing die Königin den Reichsgesandten, der schwarze Hofkleidung trug; Lord Palmerston machte ihn im Vorzimmer mit allen Würdenträgern bekannt; die Königin nahm dann in Gegenwart des Prinz-Gemahls und Palmerstons das Schreiben des Reichsverwesers entgegen und sprach sehr freundlich von der „Allianz der beiden großen Nationen, die von jetzt an aufs engste vereinigt sein sollten"; persönlich drückte sie dann noch ihre herzlichsten Glückwünsche aus. Der Oberzeremonienmeister Herzog von Newcastle begleitete Andrian an den Wagen. Am gleichen Abend war Andrian ohne Zeremoniell bei Prinz Albert; der sagte, er versuche, den englischen Staatsmännern richtige Begriffe von Deutschland beizubringen, aber nur mit geringem Erfolge; man schätze doch den preußischen und bayrischen Widerstand gegen Frankfurt hoch ein; die Zentralgewalt sei eben auf der öffentlichen Meinung basiert, und es sei die Frage, ob diese stark genug sei; sie müsse Hand in Hand mit den Fürsten gehen, ein Staatenhaus begründen. Auch die englische Presse brachte den Empfang Andrians ganz offiziell als den Empfang des außerordentlichen Gesandten des Reichsverwesers, an dessen amtlicher Anerkennung ein Zweifel also gar nicht möglich war. Bei der Parlamentsvertagung hatte er seinen Platz hinter dem jüngsten Gesandten und über den Geschäftsträgern. Andrian bemühte sich auch kräftig, in der englischen öffentlichen Meinung Einfluß zu gewinnen und gegen die dort vorhandenen Vorurteile gegenüber Deutschland zu arbeiten.

In der Form war also das amtliche England so freundlich als möglich; die deutsch-englischen Verständigungsideen des Leiningenschenen Kreises schienen zur Reife zu kommen. Da brachte die schleswig-holsteinische Krise eine sofortige unangenehme Wendung hervor. Wir werden später sehen, wie scharf Palmerston gegen die Politik des Frankfurter Parlamentes Stellung nahm. Von da an war Andrians Lage in London wenig erfreulich. Er sah sich von jedem menschlichen Umgang ausgeschlossen, um den Fragen und Interpellationen auszuweichen, die die schleswig-holsteinische Sache betrafen. Dringend bat er das Reichsministerium, ihn rechtzeitig und ausführlich zu instruieren. „Einen deutschen Reichsgesandten,

welcher neben und hinter sich noch andere deutsche Gesandte hat, halte ich für eine auf die Dauer unhaltbare Stellung und ganz dazu geeignet, um die deutsche Einheit immer unmöglicher zu machen", klagte er am 19. September und traf damit den entscheidenden Punkt der Lage. Andrian wurde unmittelbar nach der Niederwerfung des Frankfurter Septemberaufstandes beauftragt, an Lord Palmerston die Anfrage zu richten, ob die Beglaubigung eines regelmäßigen a. o. Gesandten und bevollmächtigten Ministers in London genehm sei und ob dementsprechend ein englischer Gesandter bei der Zentralgewalt beglaubigt würde. Das war das Moment, worauf es ankam; das energische Auftreten der Zentralgewalt gegenüber der Volksbewegung hatte nach Andrians Eindruck in London imponiert; Palmerston erklärte sich jetzt damit einverstanden, daß die Zentralgewalt bei den italienischen Friedensverhandlungen wenn auch nicht als vermittelnde Macht auftreten, doch als ‚partie co-interessée' mitarbeiten sollte.

Der Brief der Königin an den Reichsverweser aus Balmoral vom 18. September sprach wiederum von ihrem besonderen Herzenswunsch, „to maintain the most intimate relations of friendship between Great Britain and Germany". Aber in der Hauptsache ging England nicht auf die Frankfurter Wünsche ein. Es sei vorderhand nicht angemessen, erklärte Palmerston am 20. Oktober, einen ständigen Gesandten der Zentralgewalt anzunehmen oder einen solchen in Frankfurt zu unterhalten; der legitime Charakter der Zentralgewalt als Nachfolgerin des Bundestages werde von England anerkannt — doch der Übergang habe noch nichts Definitives, und man wisse nicht, wie er sich gestalten werde; deshalb seien die Beziehungen nur in offiziöser Form zu pflegen; dies entspreche der englischen Tradition; auch Lord Normanby sei nach der Februarrevolution in Paris nur offiziöser Vertreter Englands gewesen; erst nach dem Beschluß der französischen Nationalversammlung über die Republik als definitive Staatsform sei er wieder offizieller Vertreter geworden; für die geschäftlichen Beziehungen mache das auch gar keinen Unterschied; lediglich für Vertragsabschlüsse seien besondere Vollmachten nötig; eine übelwollende Absicht läge durchaus nicht vor. Andrian mußte sich damit abfinden und riet auch dem Frankfurter Ministerium, sich nicht weiter um diese bloßen Formsachen zu bemühen — es sei aussichtslos[30]). Eine Enttäuschung hatte aber die Zentralgewalt doch erlebt. Schon Ende Juli beschloß die englische Regierung, Lord Cowley, den Neffen Wellingtons, der zum englischen Gesandten in der Schweiz ernannt war, aber sich noch in London befand, mit der offiziösen Vertretung Englands beim Reichsverweser zu betrauen. Zuerst sollte der englische Vertreter beim Bundestag, Strangways, auch beim Reichsverweser beglaubigt werden. Die Wahl Lord Cowleys bewies die erhöhte Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts für Frankfurt. Er war als Honourable Henry Wellesley seinerzeit Legationssekretär in Stuttgart gewesen und daher mit deutschen Verhältnissen wohlbekannt; unter den jüngeren englischen Diplomaten galt er als einer der bedeutendsten; für den neuen Posten paßte er am besten. Er nahm vorläufig ein eigenhändiges Begrüßungsschreiben seiner Königin an den Reichsverweser mit[31]), eine besondere Liebenswürdigkeit, da die Notifikation in London noch nicht erfolgt war. Lord Cowley machte sich in Frankfurt sehr schnell eine geradezu maßgebende Stellung. Bei allen Gelegenheiten wurde er von der Zentralgewalt und auch später von Gagern in der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft zu Rate gezogen.

Beinahe noch größere Hoffnungen hatte sich das Reichsministerium in Frankfurt für die Beziehungen zu Frankreich gemacht — denn dort war ja auch eine junge Regierung revolutionären Ursprungs, bei der Sympathien vorauszusetzen nach Lage der Dinge gerechtfertigt schien. Zunächst ging Dr. Oelsner mit dem ostensiblen Auftrage nach Paris, ein Büro zu errichten, dem er als Redakteur vorstand; seine halboffizielle Funktion war, bei den politischen Personen in Paris und in der Presse auf eine günstige Stimmung für Deutschland hinzuwirken und eine gute Aufnahme des Gesandten vorzubereiten. Als Gesandter erschien dann Professor Friedrich v. Raumer in der französischen Hauptstadt; Legationsrat Balan wurde ihm beigegeben. In Raumers Instruktion hieß es: „Die hohe Bedeutung Ihrer Sendung liegt ebensosehr in der Anerkennung, welche die provisorische Zentralgewalt dadurch dem Bestande der französischen Republik zollt, als in derjenigen, welche sie zuversichtlich von Frankreich erwartet. Wir vertrauen, daß Frankreich am wenigsten die Schuld auf sich nehmen wird, unserer errungenen Freiheit und Einheit entgegenzutreten, und daß es die Einführung der deutschen Nation als einer Einheit in den Kreis der europäischen Mächte als eine vollberechtigte, für ganz Europa glückliche Tatsache durch eine ausdrückliche Anerkennung unterstützen wird." Genau wie in der Instruktion für Andrian wurde der friedliche und rechtmäßige Charakter der deutschen Einheitsbestrebungen betont, die Meinung als irrig bekämpft, die deutsche Politik werde von Vergrößerungsabsichten geleitet, und über Schleswig-Holstein, Limburg und Polen beruhigende Aufklärung gegeben. Es hieß: „Daß wir (in Schleswig-Holstein) nicht Unruhe stiften, sondern zur Erhaltung der Rechte der dänischen Dynastie das unsrige beitragen wollen, haben wir noch ganz neuerlich bewiesen, indem wir unseren Einfluß verwandten, um die Vertagung der konstituierenden Versammlung der Herzogtümer während des Waffenstillstandes zu erwirken." Über Polen sollte der Gesandte nicht verhandeln: „Wir wünschen die polnische Frage sich selbst zu überlassen. Wir können in dieser Frage die Erbschaft der Vergangenheit moralisch nicht antreten, aber sie ebensowenig durch Aufopferung unserer wichtigsten gegenwärtigen Interessen und Rechte sühnen. Dieser einfachen Wahrheit entspricht die Posensche Demarkationslinie." (Darüber vgl. unten S. 127.)

Die Entsendung Raumers war in Frankfurt genau wie die Andrians nach London gedacht: als die Ankündigung einer ständigen Mission. Raumer verfügte über einen Kreditbrief von 20000 Franken; er nahm im Hôtel de Hollande in der Rue de la paix vorläufig Wohnung, entsprechend der Weisung seines Ministeriums „sehr anständig, aber nicht prächtig"; notwendige Ausgaben scheute er nicht, vermied aber überflüssige. Schon in seinem ersten Berichte vom 26. August schrieb er, daß man sich in Frankfurt viel zu günstige rosenfarbene Hoffnungen hinsichtlich seines Empfanges in Paris gemacht habe. Die französische Regierung nahm eine abwartende Stellung ein; sie wollte ihr Verhältnis zu dem neuen Deutschland in Übereinstimmung mit den übrigen Mächten aussprechen und feststellen; man hatte Zweifel über den Umfang und die Grenzen des neuen deutschen Reiches und über sein Verhältnis zu den älteren Verträgen; unter Zentralgewalt konnte man sich nichts denken — diese griff, „obgleich château d'Espagne", nach französischer Auffassung händelsüchtig nach allen Seiten über die Grenzen hinaus und erregte so die Besorgnisse der Nachbarn; wird Frankfurt

übermächtig oder ohnmächtig sein? — fragte man sich. Der französische Außenminister Bastide erklärte dem Reichsgesandten v. Raumer am 27. August gerne, daß Frankreich keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands beabsichtige; der Ausdruck „l'Empire Germanique" sei aber bedenklich; die europäischen Staaten müßten sich erst einig werden über ihr Verhältnis zu der provisorischen Zentralgewalt; ehrenhalber könne sich Frankreich nicht der dänischen Aufforderung entziehen, die Bürgschaft von 1720 zu übernehmen. Raumer berichtet dann weiter: „Endlich erwähnte er (der französische Minister) noch zwar nicht als einen neuerlich gewichtigen, aber doch unzeitigen und unangenehmen Umstand, daß in Deutschland manche davon sprächen, Elsaß und Lothringen wiederzunehmen." Bastide ließ zunächst das Schreiben der Zentralgewalt ernstlich gar nicht annehmen, sondern sprach sich mündlich mit Raumer über den Inhalt aus — um Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Persönlich sagte er dem verdienten Gelehrten eine Menge Artigkeiten — in der Sache schnitt Raumer gleich wesentlich schlechter ab als Andrian in London. In Paris gab es eben keinen deutschfreundlichen und Deutsch sprechenden Hof; das Mißtrauen überwog alles andere. Im Anfang bestanden ja gewisse Sympathien für das Frankfurter Parlament als ein Organ der Volkssouveränität — damit rechnete auch das Reichsministerium. Die nationalen und unitarischen Tendenzen in Frankfurt wirkten aber verstimmend. Lamartine hatte die Allianz der französischen und der deutschen Demokratie erstrebt. Nach der Junischlacht sah man die Dinge anders an: die Ansprüche der deutschen Nationalversammlung erschienen unverständlich, jedenfalls bedrohlich und wurden deshalb abgewehrt. Thiers war es besonders, der wiederholt darauf hinwies: die Bestrebungen, Deutschland zu einigen, sind gefährlich. Deshalb hetzte er auch beim preußischen Geschäftsträger Grafen Hatzfeld: die Monarchie des großen Friedrich müsse an der Spitze Deutschlands marschieren, Preußen dürfe sich doch nicht durch die deutschen Einheitstendenzen vernichten oder schmälern (annuller ou amoindrir) lassen. Bastide rief eine Reihe von diplomatischen Agenten aus Deutschland zurück, da sie nicht scharf genug gegen das Frankfurter Parlament arbeiteten; er ersetzte sie durch neue, auch da, wo es bisher nur Titularvertreter gegeben hatte; deshalb wurde in Frankfurt auch Savoye, der geborene Pfälzer und als Advokat in Zweibrücken Vorkämpfer und Opfer der Revolution von 1830, durch Tallenay ersetzt, weil er diese Wendung der französischen Politik nicht erkannte oder nicht mitmachte. Im Kampfe gegen Frankfurt war Frankreich mit Preußen überaus einig. Bastide sagte zu Hatzfeld: „Wir werden den Triumph der demokratischen und unitarischen Tendenzen in Deutschland bekämpfen; wir werden durch unsere moralische Stütze die deutschen Fürsten halten; und deshalb werden wir auch keinen Gesandten der Zentralgewalt amtlich empfangen[32])." Frankreich erkannte wohl, daß der dynastische Partikularismus der eigentlich gefährliche Gegner eines freien und starken deutschen Nationalstaates war.

Gegen solche geschichtlichen Kräfte sollte sich nun der arme Raumer durchsetzen! Zum Allgemeinen gesellte sich Zufälliges und Persönliches.

Ungünstig wirkte offenbar die zynisch-epikuräische Person des deutschen Presseagenten Oelsner; Raumer stimmte von Anfang an nicht mit seinen Ansichten, Mitteln und Wegen überein; nun erklärte ihn Bastide gleichfalls als ungeschickt

und unangenehm, äußerte sich auch in diesem Sinne zu dritten Personen und erklärte es als unwahrscheinlich, daß er noch mit ihm verhandeln wolle; auf einem diplomatischen Diner habe er sich eingefunden, ohne von dem Minister eingeladen zu sein. Oelsner, mit dem vollständigen Namen Oelsner-Monmorqué, mag seine Fehler gehabt haben; den Pariser Boden kannte der vergnügte Geldmacher wohl besser als Raumers akademische Integrität. Gelang es ihm doch, Artikel im „Journal des débats" und in „La Presse" unterzubringen. Er hatte auch den Reichsgesandten vergebens davor gewarnt, in demselben Hotel zu wohnen wie der preußische Gesandte. Da Raumer es doch tat, machte er es dem Preußen sehr bequem, ihm Stöcke in den Weg zu schleudern. Auch Balan überwachte Raumer ganz im preußischen Sinne. Es gab damals in Paris außer dem österreichischen und dem preußischen Gesandten noch zehn andere deutsche Gesandte, von denen nur die von Bayern und Baden viel, die anderen aber sehr wenig zu tun hatten. Den Reichsgesandten nicht aufkommen zu lassen, war aber ihr wohlverstandenes gemeinschaftliches Interesse. Von einem Gesandten wurde im allgemeinen in Paris viel verlangt — sonst war es schwer für ihn, zu Achtung und Einfluß zu gelangen: eigene Equipage, Bediente, Koch — also ein Jahresaufwand von wenigstens 120 000 Franken schien nötig. Täglich kamen auch zu Raumer Leute, die bettelten, da man meinte, er hätte viel. Der preußische, der sardinische und der englische Gesandte waren aber damals die einzigen, die gesellschaftlich stark hervortraten; die anderen lebten zurückgezogener und stiller als vor der Republik; viele Staaten waren auch nur durch Geschäftsträger vertreten. Eine besondere Stellung hatte der englische Gesandte Lord Normanby — sein Einfluß scheint für Raumers Behandlung entscheidend gewesen zu sein. Er ermahnte gleich zu Anfang Raumer zur Geduld; er solle nichts übereilen und nichts brüskieren; es gebe Rücksichten und herkömmliche Formen, die man nicht kurzweg vernichten könne. Raumer betonte demgegenüber, was ihm die Zentralgewalt mit großer Energie einschärfte. Nach Artikel 50 der Wiener Schlußakte habe der Deutsche Bund das Recht, Gesandte zu schicken; es sei wie alle anderen Rechte des Bundes auf den Reichsverweser übertragen; die Zentralgewalt sei von allen deutschen Einzelstaaten anerkannt; der gesetzliche Zusammenhang sei ununterbrochen, ein unbestreitbares Recht werde geltend gemacht; die provisorische Eigenschaft der Zentralgewalt beziehe sich nur auf ihr inneres Verhältnis zu Deutschland, der Ausdruck „Reich" entscheide nichts und greife nicht vor, er kennzeichne den Übergang zum Bundesstaate. Man war in Frankfurt sehr unzufrieden mit Raumer, weil er nicht sofort die offizielle Anerkennung durchsetzte; er habe kein Recht, schrieb ihm sein Ministerium am 31. August, anders denn als offiziell anerkannter Gesandter in Paris zu verweilen; die Zentralgewalt habe die französische Regierung ohne weiteres anerkannt und dies durch Entsendung des Reichsgesandten zum Ausdruck gebracht; „Frankreich, an dessen Freiheit wir nicht gemäkelt haben, soll uns auch kein Maß der Einheit vorschreiben." Raumer verteidigte sich gegenüber seinem Ministerium: zu Anfang habe es sehr schlecht gestanden, eine kurze und unangenehme Abweisung sei bereits beschlossen gewesen, die Aussichten stiegen jetzt; persönlich werde er überaus zuvorkommend und vertraulich behandelt; er sei Persona grata, wolle nicht pflichtwidrig handeln und aus Paris entfliehen. Die Franzosen trieben, wie

es scheint, etwas ihr Spiel mit Raumer; die Einrichtung eines Reichsgesandten war ihnen durchaus nicht angenehm, aber da der alte Professor bequem und harmlos war, behandelten sie ihn gut, um nicht jemand Kräftigeren zu bekommen, und hielten ihn so lange hin, bis in England die Entscheidung gefallen war, wie die Reichsgesandten zu behandeln seien. Als Raumer zu General Cavaignac Anfang September sagte, er sei ein Neuling, erwiderte dieser liebenswürdig: „Auch wir sind Neulinge, wir wollen gegeneinander abrechnen."

Ungünstig wirkte die Septemberkrise in Frankfurt, mit einem Ministerium à la Dahlmann erklärte Bastide nichts zu tun haben zu wollen. Auch Raumer wollte keinem Ministerium der Gewaltpolitik dienen. Die Energie der Zentralgewalt beim Septemberaufstand erweckte aber auch in Paris Vertrauen; Lamartines Brüderlichkeit war für die neuen Machthaber eine unbequeme Erbschaft. Sie fühlten sich als Praktiker. Unmittelbar vor dem Frankfurter Umschwung, am 15. September, war Raumer nun endlich als vor der Hand offiziöser Vertreter formell von Cavaignac zur Übergabe des Schreibens des Reichsverwesers empfangen worden. Cavaignac sprach von der Anerkennung der vollendeten Tatsache der Einsetzung der Zentralgewalt; Frankreich wolle den Frieden; die einzelnen deutschen Staaten, betonte er aber etwas verletzend, müßten erst ihre Ansicht äußern — einstweilen wolle man mit Raumer verhandeln. Cavaignac griff zum Schluß auch die schon von Bastide erwähnte Sonderfrage auf: der Grundsatz der Nationalität dürfe nicht übertrieben werden; die eine und unteilbare Republik Frankreich werde sich dem Gedanken einer Erwerbung des Elsaß und Lothringens durch das neue Deutschland ernstlich widersetzen; Raumer antwortete, diese Frage sei politisch bedeutungslos, der Grundsatz der Nationalität sei töricht, wenn man ihn unbedingt anwenden wolle. Als Raumer dann am 20. September ausdrücklich fragte, ob Frankreich einen ständigen Gesandten annehmen und einen ebensolchen nach Frankfurt schicken wollte, erhielt er eine ausweichende Antwort, wegen der unklaren Lage in Frankfurt; nach dem Siege der Zentralgewalt erklärte aber Bastide, förmlich Gesandte zu entsenden und anzunehmen, jedoch vor Annahme der neuen Reichsverfassung ohne Präjudiz; dieses große Zugeständnis wurde sehr schnell dadurch eingeschränkt, daß sich Frankreich, offenbar unter englischem Einfluß, darauf zurückzog, nur dann Reichsgesandte in offizieller Form anerkennen zu können, wenn die Gesandtschaften sämtlicher deutschen Einzelstaaten aufgehoben wären. Bastide betonte dabei gleich, die Aufhebung der deutschen Einzelgesandtschaften werde französischerseits nicht die gleiche Maßregel für seine diplomatischen Vertreter bei den deutschen Einzelstaaten herbeiführen. Daß ein Reichsgesandter an den Verhandlungen über Italien teilnähme, war Frankreich aber auch grundsätzlich recht. Das Frankfurter Ministerium verhehlte Raumer nicht seine steigende Unzufriedenheit. Raumer verteidigte sich, indem er die französische Zurückhaltung mit den unklaren, „anarchischen" Zuständen in Frankfurt begründete; er wolle gar nicht die mündlichen Vorwürfe niederschreiben, die man ihm französischerseits deshalb gemacht habe; bei schärferem Insistieren seinerseits wären sicher die unangenehmsten schriftlichen Erklärungen erfolgt; eine so schwierige diplomatische Stellung sei ein bitterer Kelch. Außenstehende hatten es gewiß leicht, dem alten Professor Schwäche und Charakterlosigkeit vorzuwerfen; es scheint aber doch so, daß das

amtliche Frankreich nicht ungern und jedenfalls nicht ohne Erfolg mit seiner Gutmütigkeit und seinem akademischen Selbstgefühl gearbeitet hat. So oft er sich noch aufraffte, die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der deutschen Zentralgewalt auf eine formell andere Basis zu stellen, holte er sich einen Korb. Alles wartete im Herbst 1848 auf die Präsidentenwahl in Frankreich; die Regierung wollte deshalb keine großen Entscheidungen mehr treffen und ließ gerade die Beziehungen zu Frankfurt in der Schwebe. Raumer schrieb selbst am 13. Oktober nach Frankfurt, das Ergebnis seiner zweimonatigen Tätigkeit sei das viele Geld nicht wert, was sie gekostet habe. Er wollte aber durchaus nicht abberufen und durch einen anderen ersetzt werden; dann erscheine er, schrieb er an den Unterstaatssekretär v. Biegeleben, als „pauvre honteux" und werde gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen; der Weg sei jetzt gebahnt, man solle ihn noch auf einige Monate verlängern. Dies geschah auch denn etwas wider Willen; in der Sitzung des Gesamtreichsministeriums vom 25. Oktober war bereits der sächsische Geheimrat Graf Nostiz und Jänkendorf zu seinem Nachfolger bestimmt worden. Der englische sowie der preußische Gesandte in Paris konnten mit solcher Entwicklung der Dinge zufrieden sein. Raumer fühlte sich nach seinem eigenen Geständnis gegenüber den Tagesereignissen sehr oft als ein alter Professor der Geschichte, dem von einem höheren Standpunkte der Entwicklung aus nicht alle Einzelheiten so wichtig sein können; er wollte kein Neuigkeitskrämer sein und die „Blasen", die aus dem morastigen Boden der Politik aufsteigen, festhalten; die Überschätzung des Ephemeren, die er als Gelehrter aus vielen tausend Gesandtschaftsberichten kannte, bemühte er sich zu vermeiden.

Die Tugenden des Gelehrten waren aber in diesem Falle die Fehler des politischen Geschäftsmannes; schwer ist es auszumachen, ob eine andere, jüngere und energischere Persönlichkeit damals in Paris für die Zentralgewalt mehr erreicht hätte. Raumer machte auch den Fehler, nicht Andrians Beispiel in London zu folgen, sondern die Frage der offiziellen Anerkennung immer wieder aufzurollen. Selbst eine scharfe Aussprache mit Lord Normanby belehrte ihn nicht; der englische Gesandte hielt dem Professor bei der Besprechung der italienischen Angelegenheiten immer wieder das Wort „offiziös" wie ein Medusenhaupt entgegen, um die Unmöglichkeit der ebenbürtigen Teilnahme eines Reichsgesandten darzutun oder ihm eine ganz untergeordnete, unwürdige Rolle anzuweisen. „Sind die französischen Zustände nicht auch provisorisch?" fragte Raumer heftig. „Immer bleibt Frankreich übrig", war die Antwort des Engländers. Nun ärgerte sich der Alte: „Auch Deutschland bleibt immer übrig, und die englische Regierung könnte es leicht bald bereuen, Deutschland zurückgesetzt, der öffentlichen Meinung entfremdet und hinter diplomatischen Formfragen die Abneigung gegen die neue Entwicklung schlecht versteckt zu haben." Das war mehr offenherzig als klug gesprochen; Raumer verstand die Lage so falsch, daß er am 22. November die Übersendung eines Beglaubigungsschreibens in Frankfurt beantragte, er hoffe die offizielle Anerkennung jetzt zu erreichen. Vierzehn Tage später war Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten der Republik gewählt; das Reichsministerium erklärte nun, es bestünde keine Aussicht auf Vorwärtskommen in der Anerkennungsfrage mehr. Raumer wurde auf unbestimmte Zeit beurlaubt; er bekam die Anweisung, keine dienstliche Verbindung mit der neuen Regierung

aufzunehmen, Paris sogleich zu verlassen und die Geschäfte dem badischen Ministerresidenten v. Schweitzer zu übergeben; dieser wurde mit der Führung der Reichsgesandtschaft und der Erstattung politischer Berichte beauftragt. Sachlich und persönlich war die Mission v. Raumers gescheitert[33]).

Die erste europäische Regierung, die kein Bedenken trug, einen Reichsgesandten der provisorischen Zentralgewalt in offizieller Eigenschaft zu empfangen, war die belgische. Hier wirkte sich die koburgisch-westeuropäische Sympathie für das Frankfurter Reich voll aus. Der großherzoglich hessische Generalmajor Freiherr von Drachenfels wurde am 5. September vom König Leopold mit dem seinem Range angemessenen Hofzeremoniell empfangen; der König betonte seine Sympathien für die neue Zentrale Deutschlands, beim Festdiner zu seinen Ehren saß der Reichsgesandte neben der Königin. König Leopold versprach sogar, seinen Einfluß in London und womöglich in Paris geltend zu machen, um Andrian und Raumer den Weg zu ebnen; er versicherte seine Bereitwilligkeit, alles für Geltendmachung der wohlbegründeten Rechte Deutschlands zu tun und seinen ebenbürtigen Eintritt in die europäische Staatenfamilie zu fördern. Belgien, so sagte der König zu Drachenfels, sei für Frankreich der Schlüssel von Deutschland; sollte es Frankreich jemals glücken, sich in Belgien festzusetzen, so wäre es so verstärkt, daß man deutscherseits einem Angriff vom Niederrhein nicht gewachsen sei; für Deutschlands und Belgiens gemeinsames Wohl sei es nötig, auf einem vertrauten Fuße zu verkehren; Brüssel sei jederzeit einer der wichtigsten Beobachtungsplätze. Auch die Ankündigung einer ständigen Reichsgesandtschaft wurde belgischerseits sehr freundlich aufgenommen und als höchst erwünschtes Ereignis bezeichnet. Die Antrittsaudienz von Drachenfels in dieser Eigenschaft fand am 3. Oktober statt. Die sichtbare Tätigkeit des Reichsgesandten, der nach achtzehnjährigem Aufenthalt als großherzoglich hessischer Geschäftsträger in Wien starke österreichische Sympathien hatte, beschränkte sich dann, wie sein preußischer Kollege in Brüssel, v. Seckendorff, einmal boshaft bemerkte, hauptsächlich darauf, belgische Marineoffiziere für die deutsche Flotte anzuwerben, denen dort bessere Aussichten winkten. Tatsächlich lieferte Drachenfels für Frankfurt aber auch beachtenswerte Informationen über die Pariser Ereignisse.

Als Gegengesandter Belgiens ging Graf de Briey nach Frankfurt, dessen ungeschickte Begrüßungsrede an den Reichsverweser ein gewisses Aufsehen hervorrief. Er bezeichnete nämlich das neue Frankfurter Reich als Fortsetzung des Heiligen Römischen, den Erzherzog Johann als Nachfolger Kaiser Franz' II. und erinnerte an die gemeinsame Zeit unter habsburgischem Zepter. Der „Observateur belge" protestierte lebhaft gegen solche historischen Gespenster; die österreichische Herrschaft sei ein Zeitalter der Despotie und Unterdrückung gewesen; dem Hause Österreich danke man die Inquisition und den Herzog von Alba; das neue Belgien wolle mit dergleichen nichts zu tun haben[34]).

Auch die Schweiz nahm einen in aller Form beglaubigten Reichsgesandten an, den uns wohlbekannten Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung Franz Raveaux, der bald recht schwierige Verhandlungen zu führen hatte; einen Gegengesandten hat die Eidgenossenschaft nicht geschickt.

Der Bundespräsident sprach die Freude der Schweiz über die Energie aus, mit der sich Deutschland vom langjährigen Drucke erhoben; ähnliche Kämpfe habe

die Eidgenossenschaft früher durchgemacht; auch der persönlichen Beziehungen des Reichsverwesers und der Notwendigkeit, die Handelsbeziehungen freiheitlich zu gestalten, wurde gedacht. Der amtliche Empfang des Reichsgesandten spielte sich mit allem republikanischen Zeremoniell ab; sämtliche Regierungsräte sowie vier Kantonalsgesandte waren anwesend. Der Bundespräsident erwiderte den Besuch sogleich in Begleitung des Staatsschreibers. Man erklärte schweizerischerseits, mit den Gesandten der deutschen Einzelstaaten wolle man in Zukunft keinen amtlichen Verkehr mehr pflegen, da deren Personen und Regierungen gar kein Vertrauen einflößten[35]).

Die Sendung des jungen bayrischen Reichsrats Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst nach Athen, Rom und Florenz hatte lediglich den Charakter eines Courtoisie-Aktes; Neapel und die Niederlande erkannten die Zentralgewalt amtlich an; Dr. Liebe ging nach dem Haag, Heckscher nach seinem Rücktritt als Minister nach Turin, Karl Welcker nach Stockholm. Welcker war im Juni mit seinem Sekretär, dem Gesandtschaftsattaché Joseph Victor v. Scheffel, als Kommissar des Bundestages nach Lauenburg geschickt worden; so galt er als Sachverständiger für die nordischen Dinge und übernahm die außerordentliche Reichsgesandtschaft an den König von Schweden. In Malmö praktisch einzuwirken, war ihm nicht möglich, da König Oskar schon nach der Hauptstadt zurückgekehrt war. Seine politischen Erklärungen dort fielen aber etwas auf, da er sich beinahe ebenso feindlich wie gegen Dänemark auch gegen Preußen aussprach: wenn sich Preußen den Frankfurter Beschlüssen nicht füge, müsse es geschwächt werden durch die Abtrennung von Schlesien und der Rheinprovinzen[36]).

Weitere Pläne der Zentralgewalt, Reichsgesandte zu politischen Zwecken abzuschicken, scheiterten an der Weigerung der in Aussicht genommenen Personen: der hannoversche Generalleutnant Halkett wollte ebensowenig nach Konstantinopel gehen wie der Fürst Ludwig zu Solms-Lich, der badische Generalleutnant Freiherr v. Lassolaye lehnte aus Gesundheitsrücksichten die Mission an die Höfe von Spanien und Portugal ab. Die wegen Schleswig-Holstein wichtigen Geschäfte in Stockholm sind dann im Februar 1849 dem preußischen Gesandten dort übertragen worden[37]).

Die Auswahl der Reichsdiplomaten zeigt deutlich das Schwanken und die Schwäche der Zentralgewalt: man wandte sich an namhafte Abgeordnete, an hohe Offiziere, an Standesherren, man versuchte alle deutschen Einzelstaaten irgendwie zu berücksichtigen; Diplomaten von Rang waren überhaupt nicht erreichbar, also tappte man etwas herum und erschwerte es so den Abgesandten selbst, Ansehen für sich und das Frankfurter Reich zu erwerben. Der beste Weg, auf den dann das Reichsministerium Gagern auch entsprechend seiner gesamtpolitischen Stellung kam, war, sich der vorhandenen diplomatischen Vertretungen der Großmächte, also in erster Linie Preußens, zu bedienen. Eigenartig gestaltete sich das Verhältnis der Zentralgewalt zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Sogleich nach Konstituierung der provisorischen Zentralgewalt beglaubigte die nordamerikanische Regierung ihren Berliner Gesandten Obersten Donelson auch für Frankfurt: ein ungewöhnliches Entgegenkommen und ein Beweis, daß die Hoffnung der neuen Frankfurter Machthaber, von den Trägern moderner politischer Ideen und Prinzipien mit Wärme empfangen zu werden, sich bei den Vereinigten

Staaten besonders erfreulich verwirklichte. Später dachte Senator Webster eine Zeitlang daran, als Gesandter nach Deutschland zu gehen. Das Reichsministerium nahm als Reichsgesandten für Washington den im April ernannten, für die Nationalversammlung als Abgeordneten beurlaubten preußischen Gesandten v. Rönne in Aussicht; die Zentralgewalt vollzog seine Ernennung und wandte sich nachher durch den preußischen Bevollmächtigten Camphausen an die preußische Regierung mit dem Ersuchen, ihr Rönne zu überlassen, der aber inzwischen auf Berliner Anordnung bereits die Überfahrt nach New York angetreten hatte. Camphausen schlug vor, man möchte den preußischen Gesandten nach nordamerikanischem Vorbilde auch mit der Reichsgesandtschaft betrauen; die Zentralgewalt war aber verletzt durch Preußens Handlungsweise und wollte darauf nicht eingehen, Preußen verzichtete schließlich etwas gereizt auf Rönne, um den Frankfurtern doch genehm zu sein. In der Instruktion für den Reichsgesandten vom 20. Oktober hieß es: schwer seien zwei Länder zu finden, bei welchen die politischen und kommerziellen Verhältnisse so durchaus auf eine enge und innige Freundschaft hinwiesen, als die Vereinigten Staaten und der neue deutsche Bundesstaat; die größte Offenheit und Willfährigkeit solle herrschen, man wolle den Wünschen der Vereinigten Staaten möglichst entgegenkommen, sie und Deutschland seien Staatenkomplexe in ähnlicher Lage. Als Ziel wurde ein Handels- und Schiffahrtsvertrag für Gesamtdeutschland mit der Union bezeichnet. Die Verhandlungen darüber hatten schon mit Donelson in Frankfurt begonnen, Anfang August. Man war zu folgenden grundsätzlichen Ergebnissen gekommen: völlige Gegenseitigkeit und Gleichstellung der beiderseitigen Schiffahrt, Vorbehalt der Küstenschiffahrt für die eigenen Häfen beider Länder; niedrige Zollsätze auf Tischlereierzeugnisse, Tabak und Manufakturen; Meistbegünstigung; Schutz der Schiffahrt auch im Kriege; Förderung der Zivilisation und Menschlichkeit. Das Beglaubigungsschreiben des Reichsverwesers an den Präsidenten der Vereinigten Staaten für den Reichsgesandten vom 21. Oktober 1848 lautete: „Hochgeehrter und geliebter Freund . . . Der Entschluß eines freien Volkes und die Vaterlandsliebe seiner Fürsten haben mir bis zur bleibenden Festsetzung der deutschen Verfassung eine Gewalt anvertraut, welche im Rat der Völker eine neue und rechtmäßige Stelle einzunehmen berufen ist. Deutschland wird nicht vergessen, in welch freundschaftlicher Weise die Vereinigten Staaten von Amerika seinen begeisterten Aufschwung zur gesetzlichen Freiheit und zur Einheit begrüßt und anerkannt haben, noch bevor ein amtliches Organ bestand, welches, wie mir jetzt zu tun vergönnt ist, die Kunde dieser Erhebung an die amerikanische Nation gelangen lassen konnte.“ Der Ton dieses Schreibens war geschickt auf das nordamerikanische Denken abgestimmt; die Zeitung „Union“ schrieb, sie bedauere, aus Gründen der Etikette das Beglaubigungsschreiben nicht abdrucken zu können: es atme „the most liberal and affectionate spirit, couched in dignified and elegant language“. Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten sprach von dem tiefen und lebendigen Interesse von Regierung und Volk der Union an der deutschen Bewegung: alle Sympathien stünden auf der Seite der Anstrengungen Deutschlands, „to establish legal liberty and unity in a government of confederated states“; dies sei natürlich bei einem Volke, das selbst volle Freiheit unter einer Konföderation von Staaten genösse, bei einem

Volke, „das unter seinen wertvollsten Angehörigen", unter seinen „born and adopted citizens" viele von deutscher Herkunft zähle. Das Schreiben schloß mit der Betonung wechselseitiger freundschaftlicher Beziehungen und Handelsinteressen und dem Willkommen für den Gesandten des „German Empire". Der so in voller Form und mit allen Ehren aufgenommene Reichsgesandte v. Rönne berichtete von dem Interesse für die deutsche Entwicklung, das in solchem Grade für nichts anderes in allen Klassen und Parteien der Union herrsche; der Staatssekretär erklärte freilich, mit dem Handels- und Schiffahrtsvertrag bis zur definitiven Organisation des deutschen Reiches warten zu wollen; da die damalige Regierung vor ihrem Ausscheiden stand, wünschte sie auch nichts Wichtiges mehr anzufangen. Rönne bemühte sich besonders um Flottensachen: schon Donelson wurde gleich in Frankfurt von der Zentralgewalt ersucht, einen höheren nordamerikanischen Marineoffizier (Commodore) zu veranlassen, nach Deutschland zu kommen, um bei der Organisation der Marine mitzuwirken. Man wollte ferner Schiffbauer und Ingenieure haben, womöglich fertige Kriegsschiffe ankaufen. Rönne hat am längsten von allen Reichsgesandten gearbeitet; erst am 19. Dezember 1849 ist er abberufen worden[38]).

Im Falle v. Rönne war der Gegensatz zwischen der Zentralgewalt und Preußen schon ganz deutlich geworden; in Paris arbeitete der preußische Gesandte offen gegen Raumer, in London hatte Bunsen keinen größeren Ehrgeiz, als die Reichsgesandtschaft mit seiner preußischen zu vereinigen; das Gesandtschaftsrecht drohte von Anfang an, Zentralgewalt und Einzelstaaten auseinanderzutreiben. Das Rundschreiben der Zentralgewalt vom 20. September, in dem das Verlangen gestellt wurde, zugunsten des Reiches auf die eigenen Gesandten zu verzichten und alle Gesamtangelegenheiten der Nation als nur durch die Reichsgesandten zu vertreten anzuerkennen, hat bei den Einzelstaaten Verstimmung hervorgerufen.

Bis zum 14. November lagen von Österreich, Hannover und den Hansastädten überhaupt keine Antworten vor. Preußen erklärte, während des Provisoriums sei kein Verzicht möglich, es wolle aber seine völkerrechtliche Stellung „zur Einführung des deutschen Bundesstaates in den Kreis der europäischen Mächte" verwerten; eine vollständige Harmonie zwischen der Zentralgewalt und der preußischen Regierung im Auslande sei nötig.

Preußens Eifersucht auf Österreich kam stark heraus. Die Zentralgewalt wollte nämlich Österreich ein Vorbehaltsrecht für die Handlungen der Reichsgesandten geben, Preußen aber nicht! Warum, so fragte man nun begreiflicherweise preußischerseits, soll Preußen während des Provisoriums mehr aufgeben als der Kaiserstaat? „Erkennt man an, daß Österreich eine wesentlich außerdeutsche Macht sei, so ist es auch klar, daß man es nicht für geeignet halten kann, Deutschland nach außen zu repräsentieren. Es liegt am Tage, daß es für Preußen aus politischen und historischen Gründen unmöglich ist, seiner völkerrechtlichen Vertretung, welche gleichbedeutend ist mit seiner politischen Existenz, zugunsten Österreichs auch nur teilweise zu entsagen." Auch im Tone fühlte sich Preußen nicht höflich genug behandelt; es fand die von Schmerling, Max v. Gagern und Biegeleben verfaßten Schriftstücke schon formal „unpassend"[39]). Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beide Hessen, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Weimar,

beide Mecklenburg, Oldenburg und Frankfurt dagegen übertrugen schon während des Provisoriums ihre äußere Vertretung der provisorischen Zentralgewalt, soweit es sich um Gesamtangelegenheiten der Nation handelte. Bayern zum Beispiel ließ seine Gesandtschaften zur Vertretung der bayrischen Interessen nach wie vor bestehen und lehnte Abberufung ausdrücklich ab[40]). König Max beschwor in eigenhändigem Schreiben den König von Preußen, doch ja kein Zugeständnis zu machen, und beauftragte den bayrischen Gesandten in Berlin, Grafen Lerchenfeld, doch privatim Männer von Einfluß, besonders den russischen Gesandten, für die Aufrechterhaltung der Einzelgesandtschaften zu gewinnen; ein kleiner Staat wie Frankfurt aber mußte sich schon mehr dem Willen der Zentralgewalt fügen. Sein einziger Gesandter Rumpf in Paris erhielt die Weisung, vom 1. Januar ab seine Funktionen dem Reichsgesandten zu übertragen. Das Reichsministerium des Äußeren hielt nach wie vor einen Verzicht aller Regierungen für nötig und erwog den folgenden Gedanken im Sinne einer milden Lösung: diejenigen Regierungen, die einen besonderen Beamten im Auslande zu behalten wünschten, für ihre besonderen Geschäfte, sollten ihn bezeichnen, damit diese Beamten in die Reichsgesandtschaften als Räte oder Sekretäre übernommen werden könnten[41]). Weiteres ist dann infolge der allgemeinen Entwicklung nicht erfolgt. Man kann aber nicht sagen, daß die Schuld allein auf seiten der Zentralgewalt gelegen hat. Das Promemoria des Reichsministeriums des Auswärtigen vom 25. Juli 1848 empfiehlt bereits ausdrücklich, nicht durch beleidigende Plötzlichkeit in der Gesandtschaftsfrage die deutschen Großmächte in ihrem Widerstande gegen die deutsche Einheit zu unterstützen; man solle deshalb die beiden Großmächte bitten, aus dem Kreise ihrer Gesandten diejenigen zu bezeichnen, die zur Übernahme einer Botschaft oder Gesandtschaft für das Reich geeignet und bereit seien; dann habe man eine passende Auswahl, die Vereinigung beider Missionen sei unbedenklich; für die minder wichtigen Posten kämen dann Angehörige der kleinen Staaten in Betracht[42]). Bayern wollte schon Athen und Rom für sich beanspruchen. Auf diesem an sich vernünftigen friedlichen Wege ging es aber nicht; wir haben gesehen, daß die Dinge dank der Haltung besonders Preußens auf den Konflikt zutrieben.

*

Der französische Gesandte de Tallenay machte Anfang September die Bemerkung, Deutschland sei bisher eine konservative Masse verbündeter Staaten gewesen — nun schicke es sich an, eine erobernde Macht zu werden[43]). Die deutsche Nation wollte ihren Boden, ihren Umfang, ihre Form festlegen und sichtbar machen; darum handelte es sich. Sie wollte endlich die Geltung, die ihr gebührte so gut wie den andern, und wollte sie kraft einer Volksbewegung, nicht durch staatsmännischen Willen eines einzelnen. Nicht umsonst rang die Zentralgewalt so ernsthaft um die volle außenpolitische Anerkennung: der nationale Festigungsprozeß, in dem sich Deutschland befand, war zum guten Teile ein außenpolitisches Problem. Und so wirkte diese Nation, die sich endlich gestalten wollte, als „erobernde" Macht! Gewiß — der Deutsche Bund mit seiner Grenzverwischung und seinen dynastischen Personalunionen, dieser mitteleuropäische Versuch, dieses Bescheidenheitsvakuum war für alle Nachbarn viel bequemer gewesen.

Anfang August interpellierte der Abgeordnete Disraëli die englische Regierung in einer scharf gegen Deutschland gerichteten Rede über das Verhältnis Deutschlands zum Herzogtum Limburg; wie bei Schleswig-Holstein machten sich, sagte er, hier Annexionsgelüste des Frankfurter Parlaments Luft[44]). Noch die Staatsverträge von 1839 hatten festgelegt, daß Limburg deutsches Bundesland sei; trotzdem hatte das 1840 veränderte Grundgesetz der Niederlande das Herzogtum als eine holländische Provinz bezeichnet. Limburg hatte zur deutschen Nationalversammlung gewählt, seine beiden Abgeordneten versuchten eine Klärung der verwickelten Angelegenheit herbeizuführen, besonders auch von dem Wunsch geleitet, ihr Land von den Leistungen für die niederländische Staatsschuld zu befreien. Der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses vom 19. Juli bezeichnete die Vereinigung Limburgs mit den Niederlanden als der Bundesverfassung zuwiderlaufend; die Zentralgewalt wurde zur Vermittlung aufgefordert, um eine Regelung zur Wahrung der Rechte Limburgs herbeizuführen. Durch ihren Reichsgesandten Liebe brachte die Zentralgewalt auch die leidige Angelegenheit im Haag zur Sprache; in der Nationalversammlung wurde das Reichsministerium getadelt, weil es die Sache nicht schnell genug fördere; die Mehrheit aber billigte sein Verhalten. Die niederländische Regierung zeigte sich verletzt, gab zunächst überhaupt keine Antwort, bewegte sich dann in allgemeinen Erörterungen und erklärte diplomatische Verhandlungen über die schwierige Frage für nötig. In Limburg kam es zu deutschfeindlichen Kundgebungen; die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold wurden insultiert — man hielt sie angeblich für republikanisch, und die große Ähnlichkeit mit den belgischen wirkte aufreizend auf die holländischen Truppen[45]). Bundestruppen für Holstein wurden verweigert. Als der Bevollmächtigte für Luxemburg und Limburg die Weigerung der niederländischen Regierung übermittelte, ihre Kontingente dem Beschluß des Frankfurter Parlaments entsprechend zu vermehren und umzugestalten, beschloß das Gesamtreichsministerium, das Kontingent in seiner augenblicklichen Stärke sofort aufzubieten. Am 13. April 1849 verlangte aber der niederländische Außenminister durch den Gesandten in Frankfurt, das Limburger Kontingent solle nicht gegen Dänemark marschieren, denn Holland unterhalte mit Dänemark die besten Beziehungen!

Nach der Kaiserwahl erklärte der niederländische Gesandte v. Scherff dem preußischen Bevollmächtigten Camphausen, die niederländische Regierung müsse „der ganzen Frage nach einer deutschen Konstitution und dem Anerbieten der Kaiserkrone durchaus fremd bleiben. Das Band, das Limburg an Deutschland knüpfte, sei als von selbst aufgelöst zu betrachten[46])." Am 15. Mai 1849 traten die beiden Limburger Abgeordneten aus der Nationalversammlung aus, indem sie jeden Anschluß an Deutschland zurückwiesen, im schroffen Gegensatze zu ihrer anfänglichen Haltung, aber im Einklang mit der veränderten politischen Lage. Die ganze Limburger Fehde hatte nicht nur die holländische Regierung und öffentliche Meinung zu einer feindseligen Haltung gegenüber der deutschen Einheitsbewegung veranlaßt; von Holland ging deshalb auch ein Strom von Mißtrauen und Feindseligkeit hinüber zu den Westmächten[47]).

Als die niederländische Regierung in Paris wegen Unterstützung ihrer Auffassung anfragte, erhielt sie die Antwort, Frankreich werde nie den Absichten

des Frankfurter Parlaments zustimmen, die Homogenität der Sprache sei kein angemessenes Rechtsprinzip, um sich Länder anzueignen, Frankreich werde nie auf Grund einer solchen Tatsache Ansprüche erheben wie jetzt Deutschland[48]). Am 15. Juni hatte der „National", auch im Hinblick auf Polen und Schleswig-Holstein, geschrieben: Deutschland habe nicht das Recht, sich mit armseligem Streit um territoriale Vergrößerung zu befassen, Frankreich beanspruche auch nicht Savoyen, Genf oder Belgien, weil dort Französisch gesprochen werde.

Auch in Luxemburg hatten Umtriebe stattgefunden mit dem Ziele, das Land vom deutschen Bundesgebiete loszureißen und mit Belgien zu vereinigen. Das Festungsgouvernement verschaffte sich genaue Kenntnis von diesen Strömungen und war bereit, im Falle wirklicher Gefahr energische Maßregeln zu ergreifen, vielleicht den provisorischen Belagerungszustand zu erklären. Es gab eine Gruppe in Luxemburg, die überhaupt die Wahlen für die Nationalversammlung in Frankfurt für ungültig erklärte und eine eigene neue Verfassung einführen wollte — mit der Begründung, die herrschende Sprache sei das Französische. Diese einstweilen wirkungslos bleibenden Bestrebungen haben aber doch die Spannung an der deutschen Westgrenze mit verschärft. Im Haag wurde dergleichen gewiß gern gesehen. Man benutzte hier alles, um die deutsche Einheitsbewegung auch für den englischen und französischen Gesichtswinkel zu diskreditieren[49]). Die Rolle des Mittelsmannes hat dabei der englische Gesandte im Haag gespielt, der in heftiger und giftiger Weise zu hetzen verstand. Er vertrat zum Beispiel die Ansicht, Preußen sei nun mit allen (!) seinen Besitzungen dem Deutschen Bunde beigetreten, es sei jetzt gar nicht mehr imstande, aus eigener Machtvollkommenheit mit einem europäischen Staate einen gültigen Vertrag ohne Ratifikation des Reichsverwesers abzuschließen[50]).

Limburg war ein schon fast ganz verlorenes Reichsgebiet. Was im Westen aufgegeben werden mußte, konnte im Norden und Osten gewonnen werden. Auch im Süden bebte die Reichsgrenze. Die welschtiroler Kreise Trient und Rovereto begehrten, aus dem Deutschen Bunde entlassen zu werden — die Nationalversammlung lehnte das am 12. August ab. Der Welschtiroler a Prato hatte versucht, durch ausländisch gefärbte und stockende Aussprache auf das Parlament Eindruck zu machen, während er in unbewachten Augenblicken in fließendes Deutsch verfiel. Wer hätte damals in Frankfurt dem bedrohten Österreich einen Verzicht auf alten Landbesitz zumuten wollen? Der nationale Gedanke hatte es schwer, ganz gerecht zu sein. Immerhin sprach das Reichsministerium durch Schreiben vom 23. August dem österreichischen Ministerium des Innern die Hoffnung aus, „daß die k. k. österreichische Regierung . . . den Wünschen der südtiroler Kreise in betreff einer ihre Nationalität vollkommen sicherstellenden Verwaltung, soweit es ohne Gefährdung der deutschen Interessen tunlich ist, zu entsprechen bemüht sein werde[51])". Auch die Nationalversammlung hatte die Gewährleistung der volkstümlichen Entwicklung der nicht Deutsch redenden Stämme Deutschlands, also Minderheitenschutz verlangt. Der Deutschtiroler Unterrichter aus Bozen stellte am gleichen 12. August sogar den Antrag auf die Vereinigung Istriens mit Deutschland. Er wurde der Zentralgewalt zur Stellungnahme überwiesen, und im Gesamtreichsministerium faßte man am 24. August den vernünftigen Beschluß, „daß unter den jetzigen Umständen bei der in hohem

Grade schon erregten Eifersucht mehrerer europäischer Großmächte eine Initiative auf Vergrößerung des Bundesgebietes, auch wenn sie an sich vollkommen wünschenswert erscheine, nicht von seiten der Zentralgewalt ergriffen" werden könne[52]). In der Tat — Polen und Schleswig-Holstein machten schon genug Sorge.

Das Schicksal Preußisch-Polens war zugleich eine preußische, eine deutsche und leider auch eine europäische Angelegenheit. Die Versöhnungspolitik, die General v. Willisen in Posen vertreten hatte und die ein Stück der antirussischen Außenpolitik Heinrich Arnims gewesen war (vgl. I, 541) war an jenem 23. April gescheitert, an dem General v. Colomb die Konvention von Jaroslawiec für gebrochen erklärte und den Krieg gegen die polnischen Lager begann[53]). Die Posener Deutschen führten einen Kampf um die Existenz, mit vollem Bewußtsein zugleich gegen die Polen und die Republikaner: deutscher Nationalismus und preußische Loyalität fanden sich zusammen. Dafür wurde die Polensache mehr und mehr eine Parteiangelegenheit der deutschen Linken, deren beste politische Aussichten zugrunde gehen sollten infolge des Wiedererwachens des Hasses zwischen Polen und Deutschen, infolge der Entfremdung zwischen der preußischen und der französischen Außenpolitik, infolge des Erstarkens des russischen Einflusses in Berlin. Am 22. April 1848 hatte der Bundestag auf den Antrag der preußischen Regierung einen Gebietsteil von rund 600000 Einwohnern des Großherzogtums Posen, am 2. Mai einen weiteren mit rund 280000 Einwohnern mit Deutschland vereinigt. Zwölf Abgeordnete waren von diesen Bezirken in die deutsche Nationalversammlung gewählt worden. General v. Pfuel wurde von der preußischen Regierung beauftragt, eine Demarkationslinie zwischen dem polnischen und dem deutschen Anteil zu ziehen; er dehnte das deutsche Gebiet auf zwei Drittel des Großherzogtums aus, in der am 4. Juni als endgültig veröffentlichten Grenzfestsetzung noch weiter. Die Polen wehrten sich gegen jede Teilung der Provinz, denn gegenüber 409286 Deutschen und 76759 Juden hatten sie mit 847670 Seelen die sichere Mehrheit; das deutsche Nationalkomitee in Posen aber war nicht nur für die Abtrennung des ganz polnischen Teiles, des Herzogtums Gnesen, sondern auch für die Aufteilung Deutsch-Posens an die preußischen Nachbarprovinzen, um so das Polentum auf alle Fälle in die Minderheit zu bringen. Im Großherzogtum Posen sahen die Polen den Stamm eines zukünftigen freien polnischen Staates; drei Teilungen hatte Polen nun erlebt — sollte es sich eine vierte gefallen lassen? Dem deutschen nationalen Egoismus stellte sich mit seinem geschichtlichen Recht der polnische entgegen. Dieser ganze schwere Konflikt wurde nun auf die Frankfurter Bühne hinübergespielt. Acht Abgeordnete polnischer Vereine, darunter einer aus Westpreußen, verlangten gleich im Mai von dem Frankfurter Parlament, es solle sich für Polens Wiederherstellung erklären und vorderhand Posens und Galiziens Selbständigkeit herbeiführen. Diese acht Polen versprachen auch, daß das zukünftige polnische Staatswesen demokratisch aufgebaut sein und die Gleichberechtigung der Nationalitäten bringen würde. Der Führer des Polenkomitees war der reformierte Pfarrer Cassius aus Orzeszkowo, der seinen Wohnort ohne Urlaub verlassen hatte. Durch Vermittlung der preußischen Bundestagsgesandtschaft richtete das Konsistorium in Posen eine Verfügung an ihn, offenbar ohne Erfolg. Die Wirkung

dieser auch mit Geldmitteln reichlich versehenen, ungemein rührigen Polengruppe war in der öffentlichen Meinung und im Parlament deutlich zu spüren[54]).

Der preußischen Regierung war es sehr unangenehm, daß sich das Frankfurter Parlament überhaupt mit der polnischen-posenschen Frage befassen sollte. Man beabsichtigte in Berlin, dem Reichsministerium des Innern den Wunsch Preußens auszudrücken, die Nationalversammlung möge sich nicht einmischen und ihre Beschlußfassung vertagen, die Demarkationslinie sei noch nicht fertig; das preußische Ministerium verzichtete aber dann auf diesen Schritt, weil es Bedenken trug, von sich aus mit dem Reichsministerium geschäftlich anzuknüpfen[55]). Er wäre auch sicher praktisch ergebnislos gewesen. Handelte es sich doch schon nicht mehr um eine rein preußische Angelegenheit. Frankreich hatte amtlich gegen die Inkorporation eines Teiles des Großherzogtums Posen in das deutsche Bundesgebiet protestiert; dies sei ebenso ein erneuter Angriff auf die polnische Nationalität wie eine Verletzung der Wiener Kongreßakte, die bekanntlich Posen als souveränes Großherzogtum dem König von Preußen zuerteilte und Repräsentation sowie nationale Institutionen für die Polen nach Nützlichkeit und Möglichkeit vorsah[56]). Die französische Republik, die ja selbst die Verträge von 1815 nicht mehr anzuerkennen erklärte, hielt also doch an den damaligen Bestimmungen als den Grundlagen der territorialen Abgrenzungen fest[57]). „C'est en fait un quatrième démembrement de la Pologne": Frankreich könne nicht gleichgültiger Zuschauer bleiben angesichts eines Aktes, der den Verträgen ebenso widerspräche wie den Rechten der polnischen Nation. Diesen Schritt tat die französische Regierung, obgleich sie selbst von den polnischen Flüchtlingen durch deren Verbindung mit allen revolutionären Parteien so viel Unannehmlichkeiten hatte, daß sie sich nach der Junischlacht zu sehr unfreundlichen Maßregeln gegen sie entschloß. Die Subsidien wurden auf die Hälfte herabgesetzt; wer in Paris bleiben wollte, bekam gar nichts. Diese neue Lage wurde sofort von Rußland benutzt, um mit den polnischen Emigranten anzuknüpfen. Zwei russische Generäle erschienen in Paris, um eine Versöhnung mit Polen vorzubereiten, das heißt den polnischen Haß gegen Deutschland nun auch wieder praktisch gegen Deutschland einzusetzen. Man sieht, die Zeit der französisch-deutsch-polnischen Verbrüderung war vorbei. Dies alles war für die Frankfurter Nationalversammlung ein Antrieb mehr, bei der Polenfrage nun auch den national-deutschen Standpunkt zur Wirkung zu bringen. Wenn die acht Polen vom polnischen Nationalausschuß gegen die Aufnahme der zwölf Vertreter aus Posen förmliche Verwahrung einlegten, so wirkte das auf die meisten Angehörigen des Frankfurter Parlaments als Herausforderung schlechthin. Die Polendebatte vom 24. bis 27. Juli ist nun einer der wichtigsten Höhe- und Wendepunkte in der Geschichte der Nationalversammlung.

Schon der Bericht des Breslauer Geschichtsprofessors Stenzel, der im Namen des Ausschusses redete, beschwor große historische Perspektiven: das Versagen des polnischen Adels, die Zurückgebliebenheit der Bauern, die Leistung des deutschen Bürgers in den Städten. Die Wiederherstellung Polens mußte, so sagte dann treffend der Krotoschiner Göden, von Warschau aus kommen, nicht von Posen. Die Rechte und die gemäßigte Mitte der Nationalversammlung konnte nicht anders, als sich auf diesen historisch-dynamischen Standpunkt stellen; es ging ums Deutschtum, es ging auch um die Stellung Preußens in Deutschland;

das polnische Volk, die polnische Politik schienen kein Vertrauen zu verdienen. Auch die Österreicher, bis zu Giskra hin, stimmten hier bei; sie fühlten die geschichtliche Verpflichtung auch für ihren Staat. Robert Blum sprach für die Linke: fürstlicher Wortbruch, der Schmerz eines untergehenden Volkes, das Recht einer westlich kultivierten Nation auf ihre Freiheit kamen beweglich zum Ausdruck. Und der Vergleich mit Schleswig und Südtirol wurde in Blums gewandtem Munde ein Argument gegen das Deutschtum in Posen, nicht für das Deutschtum! Wenn man Posen durchschneidet, muß man auch Tirol und Schleswig durchschneiden. Da erhob sich nun wider soviel rationalistische Gerechtigkeit ein Ostdeutscher, der die Ideen und Führer des ostdeutschen Nationenstreites kannte, ein Mann der Linken, brillant als Wortkünstler und Gedankenbezwinger, ein jugendlich Kecker, ein kämpfender Geistesmensch, der sich mit einem angeborenen Instinkt für Wirkung und Gebot des Augenblicks um der Polenfrage willen von der Linken lossagte: Wilhelm Jordan. Seine Polenrede bedeutete eine Wendung seines persönlichen Schicksals ebensosehr auch das Schicksal der Nationalversammlung: man hörte vom gesunden Volksegoismus, von der Eroberung durch Schwert und Pflugschar im Osten, von Preußens Verdiensten, von dem freien Bauerntum im Posenschen, vom Geist des Protestantismus. Eine eherne Rücksichtslosigkeit, eine Freude an deutscher Kraft und Größe hatte sich hier, oft mit beinahe absichtlich wirkender Schroffheit ausgesprochen. Am gleichen Abend noch beantragte Blum, den Abtrünnigen aus dem „Deutschen Hofe“ auszuschließen, fand aber keine Mehrheit. Jordan selbst zog aber bald die notwendige Folgerung und bildete mit anderen Freunden und Männern des rechten Zentrums Anfang September die nach dem „Landsberg“ genannte Gruppe, eine zwischen dem rechten und dem linken Zentrum stehende Fraktion, die sich für die demokratische Monarchie mit starker Reichsgewalt ohne Festlegung auf die Vereinbarung der Verfassung mit den Regierungen einsetzte. Gerade mehrere Posener, wie Kerst aus Birnbaum, Viebig aus Posen, aber auch der Breslauer Fuchs, Breusing und Wedekind, Tellkampf und Sylvester Jordan gehörten zum „Landsberg“ — überwiegend eigenwillige Leute, die innerpolitisches Unabhängigkeitsbedürfnis mit unitarischen und nationalistischen Ideen vereinigten, eine Gruppe nicht von einflußreichen Taktikern, sondern von Kämpfern und Zänkern.

Das Gegenstück des „Landsberg“ war die Fraktion der „Westendhall“. So wie er nach rechts hin neigte, so faßte die „Westendhall“ solche Parlamentarier zusammen, denen die Haltung des „Württemberger Hofes“ zu verwaschen war, die aber den Anschluß an die eigentliche Linke wegen ihres sinkenden Ansehens scheuten. Ihr Führer war Franz Raveaux, immer noch seit den Anfangszeiten des Parlaments eine Autorität, als kampferprobter, aber in der Form französisch gewandter und verbindlicher Demokrat zu maßgebender Führung berufen, dem Parlamente aber lange entzogen durch die Sendung in die Schweiz. Deshalb bekam die „Westendhall“, schlagend „Linke im Frack“ genannt, nicht die Bedeutung, die ihr sonst wahrscheinlich sicher gewesen wäre. —

Die weiteren Redner der Polendebatte stritten über die preußische Güteraufkaufs- und Darlehnspolitik, über die Rechtmäßigkeit der Wahlen zum Frankfurter Parlament, über die Möglichkeit der Ziehung einer Grenzlinie hin und her;

der Nachklang von Wilhelm Jordans Rede war nicht zu verwischen; der Machtgedanke war verkündet, die Entscheidung war als eine Kundgebung des Patriotismus erklärt worden; die Mehrheit der Nationalversammlung bekannte sich zum Nationalismus. Robert Blums Antrag, den Sachverhalt in Posen erst durch die Zentralgewalt genauer untersuchen zu lassen, fiel, ebenso wie der Arnold Ruges, durch einen europäischen Kongreß Polens Wiederherstellung anzubahnen. Die Mehrheit beschloß, Deutsch-Posens Aufnahme in Deutschland und seine Abgeordneten anzuerkennen, die Pfuelsche Demarkationslinie vorläufig anzunehmen, aber durch die Zentralgewalt nachprüfen zu lassen, der preußischen Regierung die bestimmte Erwartung auszusprechen, sie möchte die im polnischen Teile Posens wohnenden Deutschen in ihrer Nationalität sichern. Der Zusatzantrag Schaffraths, die polnischen Teilungen als „schmachvolles Unrecht" zu erklären und „die heilige Pflicht des deutschen Volkes anzuerkennen, zur Wiederherstellung eines selbständigen Polen mitzuwirken" wurde abgelehnt. Damit setzte sich die Mehrheit der Nationalversammlung in offenen Widerspruch zu dem Beschlusse des Vorparlaments über Polen; sie entfernte sich von einem Urteil, das die ganze liberale Geschichtschreibung in Deutschland beherrschte. Die Mehrheit hatte wenigstens den Mut, aus ihren ersten Beschlüssen die Folgerung auch für den letzten Beschluß zu ziehen, der ein geschichtliches Urteil, aber doch noch etwas mehr als das war. Denn diese Mehrheit bekannte sich zum Rechte des Stärkeren, zu den Dynastien, zum Staats- und Volksegoismus, zum historischen Rechte gegenüber jener Gerechtigkeit, an die die Volksbewegung der Märzrevolution geglaubt hatte. Hier war ein Bruch geschehen: die Mehrheit der Nationalversammlung fand Preußen und Österreich doch wichtiger als das werdende deutsche Volk; sie arbeitete lieber mit massiven politischen Realien als mit der revolutionären Idee. Der Ausgang der Polendebatte mußte alle diejenigen Tendenzen befördern, die außerhalb dieses Frankfurter Parlamentes die Revolution vorwärtsbringen und vollenden wollten. Die Linke der Paulskirche hatte schließlich selbst keine andere Wahl.

Die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung wollte sich also die preußische Staatsautorität sichern durch ihre Polenpolitik; es gab aber noch eine preußische Nationalversammlung, und aus dieser kam eine für Frankfurt peinliche Antwort. Die dortige demokratisch-polnische Mehrheit ersuchte die preußische Regierung durch den Beschluß vom 5. September, die Festsetzung der Demarkationslinie zu verschieben, da dazu, als einer preußischen Angelegenheit, ein preußischer Kammerbeschluß die nötige Voraussetzung sei. Und bei den Verhandlungen vom 19. bis 23. Oktober wurde im offenen Gegensatz zur Frankfurter Paulskirche das gesamte Posen als preußisches Staatsgebiet erklärt und seinen Bewohnern die 1815 versprochenen Rechte gewährleistet. Die Demarkationslinie war damit ignoriert; ein Einzelparlament hatte sich gegen einen grundlegenden Entschluß des Reichsparlamentes aufgelehnt.

Das Frankfurter Reichsministerium blieb die Antwort nicht schuldig; es erklärte dem preußischen Bevollmächtigten Camphausen, es sähe den Beschluß der preußischen Nationalversammlung als nicht ergangen an. Mit nicht geringerer Schärfe erinnerte Camphausen nun das Reichsministerium an die Tatsache, daß sich das Reichsministerium überhaupt nicht an die Beschlüsse des Berliner Parlamentes,

sondern lediglich an die Regierung Seiner Majestät zu halten habe. Die unglückliche Polenfrage wurde durch dieses Neben- und Durcheinander noch unerquicklicher. Im September hatte bereits das Reichsministerium den großherzoglich hessischen Generalmajor und hessischen Gesandten in Berlin, Freiherrn v.Schäffer-Bernstein zum Reichskommissar für die Revision der Demarkationslinie ernannt. Schäffer-Bernstein war in Berlin beliebt und wohlbekannt; die Wahl war glücklich, denn es mußte schon eine nicht preußische Persönlichkeit sein. Trotzdem erklärte Preußen, die Vorarbeiten für die Abgrenzung seien noch nicht abgeschlossen, es sei noch nicht möglich, das geplante Abkommen zwecks Teilung der Provinz Posen herbeizuführen, die Absendung eines Reichskommissars sei deshalb nutzlos. Schäffer-Bernstein wurde trotzdem mit seiner Mission betraut, am 22. Oktober erhielt er seine Vollmacht; er arbeitete die ganze Angelegenheit an Ort und Stelle durch, unterstützt von dem preußischen Generalstabsmajor v. Voigt-Rhetz; das Ergebnis war eine erneute Verbesserung der Pfuelschen Linie zugunsten des Deutschtums nach überwiegend strategischen Gesichtspunkten. Eine heftige Erregung hatte das Land ergriffen; papierner und blutiger Bürgerkrieg brach von neuem aus. Die Posener Stadtverordneten etwa protestierten in Eingaben an die Frankfurter und die Berliner Versammlung überhaupt gegen die Teilung — kein führender Pole wollte sich an der Verwaltung des Fürstentums Gnesen beteiligen. Einstweilen hielt aber die preußische Regierung an dem Teilungsgedanken fest. Das preußische Staatsministerium und die Frankfurter Nationalversammlung billigten die neue Demarkationslinie Schäffer-Bernsteins[58]).

*

Die Frankfurter Nationalversammlung sollte dem deutschen Volke eine neue Verfassung geben; sie geriet an den verschiedenen Punkten in die Exekutive hinein; wollte die Konstituante ein Konvent werden? Die Männer von 1848 waren gute Kenner der großen französischen Revolution und liebten es, ihre Sorgen und Hoffnungen in einer Sprache auszudrücken, deren Wortschatz zum Teil von damals stammte. Das Dynamische war die tiefste Gefahr für das Frankfurter Parlament; vielleicht weniger die Machtkomplexe, die ganz außerhalb seiner Sphäre drohten, denn mit denen rechneten wenigstens die Einsichtigeren seiner Führer bald — als vielmehr jene Macht-Hybris, die in ihm selbst entstand. Parlament und Zentralgewalt machten Außenpolitik, nationaldeutsche Außenpolitik, entschieden und selbstbewußt, wie sie lange nicht in Deutschland gemacht worden war; wo waren die staatlichen Machtmittel, sie durchzuführen? Mit unbefangener Entschlossenheit nahm die Nationalversammlung die Flottensache in die Hand; ihr Marineausschuß kümmerte sich gar nicht um das, was der Marineausschuß der Bundesversammlung schon begonnen hatte; die Flotte war eine nationale und sehr populäre Angelegenheit — das Frankfurter Parlament wollte sie also schaffen[59]). Wenn man in Frankfurt einen preußischen Reichskriegsminister verlangt hatte, so dachte man sich darunter keinen Organisator für das Büro, sondern einen Chef, der den praktischen Bedürfnissen der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands dienen sollte; in jenen heißesten Tagen des Frankfurter Reichsterrorismus wollte man die militärischen Befehle direkt vom Reichsverweser ausgehen lassen, man wollte sogar die preußischen

Festungen an der West- und Ostgrenze zu Bundesfestungen erklären. Man kann nicht sagen, daß diese Gedanken von Österreich ausgingen — Österreich war ja in diesen Monaten staatlich ein sehr problematischer Begriff; österreichische Politiker, an der Spitze Schmerling, arbeiteten aber doch in diesem Sinne zusammen mit süddeutschen konservativen Reichspatrioten und den Männern der Gagernschen Partei; so kamen ausgesprochene Anhänger der preußischen Hegemonie in den Geruch der Preußenfeindschaft; man glaubte eben, daß Berlin in seinen damaligen Zuständen Frankfurt kaum mehr etwas abschlagen könne. Aber konnte und sollte Preußen wirklich seine Diplomatie und seinen Armeebefehl aufgeben? Im Wehrausschuß des Frankfurter Parlaments stellte einmal der österreichische Oberst v. Mayern den Antrag, der preußische Fahneneid sollte in einen dem Reichsverweser zu leistenden Eid umgewandelt werden, „weil dadurch jedem Reaktionsgelüste der königlichen Regierung am besten vorgebeugt werde“. Selbst preußische Offiziere waren einverstanden; dem General von Auerswald gelang es, die Sache zu hintertreiben[60]).

Die Nationalversammlung wollte also ein Reichsheer; wenn sie es schaffen sollte, mußte sie sich aber an Preußens Vorbild halten und auf Preußens Grundlagen weiterbauen. Wie bei der polnischen und der schleswig-holsteinischen Frage versuchte das Parlament zugleich mit und gegen Preußen zu arbeiten; eine sachlich merkwürdigerweise begründete, taktisch aber schädliche Methode, die bei dem preußischen Partner mehr Weitherzigkeit voraussetzte, als vorhanden sein konnte. Der Wehrausschuß der Nationalversammlung beantragte am 7. Juli, die Regierungen der Einzelstaaten sollten ihre Truppen auf eins vom Hundert der wirklichen Bevölkerung vermehren; für den Kriegsfall sollten insgesamt 910000 Mann bereitstehen. Das bedeutete eine sehr erhebliche Aufrüstung von Bundes wegen, und es war natürlich, daß die Debatte im Plenum die Frage von der außenpolitischen Seite aus aufnahm und die Kriegsmöglichkeiten überhaupt erörterte. Die Redner der Linken bestritten die Kriegsgefahr, soweit Frankreich damit gemeint war, sie beargwöhnten in einer erhöhten Truppenzahl die Verstärkung der Hilfsmittel der Reaktion und wiesen auf die sehr großen, bei der Wirtschaftskrise besonders drückenden Kosten hin. Beschlossen wurde mit erheblicher Mehrheit, die Zentralgewalt zu einer Vermehrung des deutschen Heeres auf zwei vom Hundert der gegenwärtigen Bevölkerung zu ermächtigen (bisher galt die Bundesmatrikel von 1819!) und hierbei den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ohne jede Ausnahme durchzuführen; bei der Ausrüstung sollte jeder Prunk wegfallen und damit der Übergang zu einer zukünftigen Volkswehr vorbereitet werden. Eine Demokratisierung und Verreichlichung der Truppe war damit ins Auge gefaßt; man sieht deutlich, wie der Gedanke der alten preußischen Landwehr aufgegriffen und im deutschen Interesse zum Ausgleich des Übergewichtes der aktiven preußischen Armee angewandt wird.

Der Unwille gegen das dynastische Militärwesen, besonders das preußische, ist in der Nationalversammlung wiederholt zum Ausdruck gekommen. Männer wie Nauwerck und Ruge forderten Abrüstung, Raveaux sprach von der preußischen „Soldateska“ und rief dadurch Beselers lebhaften Widerspruch hervor. Aber auch der milde Beckerath meinte, das bisherige Militärsystem sei in absolutistischen Grundsätzen groß geworden, es bedürfe der Umgestaltung: keine

österreichischen, keine preußischen Soldaten dürfe es mehr geben — sondern deutsche Bürger, die deutsche Waffen tragen, deutsche Krieger. Friedrich Theodor Vischer entwickelte sich zu einem besonderen Spezialisten für das Militärwesen; niemand hat so scharf wie er das Unglückliche und Unerwünschte einer Bürgerwehr begriffen, die neben einem stehenden Heere aufzutreten hätte; eine echte Volkswehr hat er gleich vielen gewollt, die freiheitlichen Geist mit rechter militärischer Zucht verbände[61]). Eine solche Volkswehr wäre auch — dieser Gedanke steht immer dahinter und ist manchmal zum Vorschein gekommen — ein Machtmittel in der Hand einer volkstümlichen Zentralgewalt geworden, um die Beschlüsse der Nationalversammlung durchzusetzen. Erinnern wir uns an Venedeys „Parlamentsheer".

Der Marineausschuß, für dessen Betriebsamkeit es nicht Arbeit genug geben konnte, hat, diesmal durchaus berufen, auch das Gutachten über die deutschen Farben abgestattet, als der Nationalversammlung das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge vorgelegt wurde (31. Juli). Schwarz-Rot-Gold hatte ja seit den Märztagen ganz Deutschland erobert. Es war zum berauschenden Symbol der nationalen und freiheitlichen Volksbewegung geworden. Nun hatte sich aber von heraldischer Seite die Kritik geäußert, Professor v. Hefner entwickelte in einem Schreiben an den Reichskriegsminister v. Peucker, das Metall (also das Gold) müsse zwischen den Farben Schwarz und Rot stehen, da jede Farbe an das Metall stoßen müsse. Der Bericht des Marineausschusses würdigte diesen Einwand mit vollem Ernste, stellte auch fest, daß ein Dreifarb Schwarz-Rot-Gold im alten deutschen Reiche nicht vorhanden gewesen sei, setzte sich aber trotzdem angesichts der überwältigenden Verbreitung der Reihenfolge Schwarz-Rot-Gold für diese Anordnung ein; ebenso empfahl er nicht den einköpfigen Adler, sondern den Doppeladler als Zeichen der Wiederbelebung des alten Reiches und weil er bereits von der Bundesversammlung als deutsches Zeichen gebraucht worden sei. Die Mehrheit der Nationalversammlung beschloß demgemäß Dreifarb und Adler. Das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge ist vom Reichsverweser am 13. November 1848 verkündet worden. Den vier Staaten, mit denen die Zentralgewalt amtliche Beziehungen unterhielt, wurde es offiziell mitgeteilt. Ausgesetzt wurde die Anwendung des Gesetzes aber für die Kriegs- und Handelsschiffe der Einzelstaaten: sie trugen, um nicht wider den Seegebrauch zu verstoßen, nur e i n e Flagge, nämlich die Einzelstaatsflagge. Die Schiffe der neuen deutschen Kriegsflotte aber setzten die deutsche Kriegsflagge; sie wurde auch von den Staaten, die sie anerkannt hatten, wie üblich, salutiert[62]).

Wappen und Farben, Minister und Gesandte, Flotte und Heer, Parlament und Oberhaupt — alles das besaß nun das Frankfurter Reich; vieles war provisorisch, vorläufig, bedingt, halb anerkannt, vieles war Beschluß und Papier, noch nicht Greifbarkeit und Wirkung: es waren selbstbewußte und entschiedene Anfänge, getragen von dem Willen, eine Leere auszufüllen, von einem bestimmten, durch Volksbewegung und Volksentscheidung bezeichneten Punkte aus das gesamte Deutschland zu gestalten, ihm die Zukunftsform zu geben. Die Wochen vom Gesetz über die provisorische Zentralgewalt bis zur Septemberrevolution sind wohl die glücklichste Zeit des Frankfurter Parlamentes gewesen. Es begann am 3. Juli die Beratung der Grundrechte — mit Würde und akademisch gründ-

lichem Zeitaufwand, den Stimmen mancher Warner und Treiber zum Trotz. Der Verfassungsausschuß hatte mit Absicht „Grundrechte" an die Spitze seines Entwurfes der Reichsverfassung gestellt: er wollte die revolutionäre Bewegung abschließen, begrenzen, festlegen und dadurch zugleich rechtfertigen und überwinden; er wollte diesen sich zu Anfang noch fremden deutschen Abgeordneten aus allen deutschen Gauen ein Kampffeld grundsätzlicher und gemeinsamer Natur bieten. Nun war es Hochsommer geworden, bis die Grundrechte beratungsreif waren; so viel war nun geschehen, so aktiv war gehandelt worden. Es gab schon Abgeordnete genug, die vor allem aus dem Provisorischen und Theoretischen herauswollten; deutlich erhoben sich ja die Kräfte neben und hinter der Paulskirche. Trotzdem beschloß die Mehrheit eine zweimalige Beratung und Abstimmung, die sich nun bis in den Winter dehnte; es war ja gewiß sehr ehrlich und sehr deutsch, mit dem Anfang des Anfanges zu beginnen und über die weltanschauliche Grundlegung des neuen deutschen Volksstaates, wenn auch nicht einig, so doch etwas klarer zu werden. Die meisten Männer der Nationalversammlung fühlten sich gerade bei den Grundrechten besonders wohl; die Flut von Verbesserungsvorschlägen, Anträgen und Unteranträgen zeigt es, als wie kompetent man sich hier ansah, wie man gelehrtenhaft die Diskussion um philosophische und juristische Begriffe auskostete. Schon die beiden ersten Worte der Verfassung „Jeder Deutsche" riefen einen stundenlangen Streit über die Bedeutung des Wortes „Deutscher" hervor. Der volkswirtschaftliche Ausschuß trat dann mit vierzig Abänderungsvorschlägen hervor, zu denen aber noch seine einzelnen Mitglieder besondere Anträge stellten. Als ein wahres Schreckgespenst machte sich jetzt der alte Grävell bekannt, akademischer Jurist eines schon damals veralteten Schlages, ganz grau in grau, unermüdlich an wichtigmacherischer Langweile, breit, trocken und tonlos, aber durch den bald stereotyp gewordenen Zuruf „Schluß" niemals irrezumachen[63]). Giskra hat einmal das Ende der ersten Beratung der Grundrechte bei Festhaltung des Anfangstempos auf den April 1850 berechnet[64]). Ein Antrag Venedeys, nur solche Anträge zur Beratung zuzulassen, die von wenigstens zwanzig Abgeordneten unterstützt wären, wurde abgelehnt[65]).

Und dennoch: in all dieser Breite und Umständlichkeit lebt noch heute die große Sehnsucht der Zeit; man fühlt aus diesen Klagen den Fluch der Gebundenheit an Scholle und Gemeinde, an die überkommene Nahrung und an die Schicht der Herkunft im alten Deutschland, man fühlt die schnöde Rücksichtslosigkeit, mit der Deutsche von den Obrigkeiten der verschiedenen Vaterländer als „Ausländer" behandelt wurden, man fühlt die ganze Last gesellschaftlicher und ständischer Vorurteile und Vorrechte; waren nicht tausendmal vor der Revolution Person, Wohnung und Briefgeheimnis verletzt worden? Es gab genug Mißhandelte in der Paulskirche selbst, die mit großem Sachverständnis über den notwendigen Schutz zu sprechen wußten — Schlöffel und Sylvester Jordan etwa. Wie gut verstand man sich auch auf Preßschikanen! Nicht nur die Zensur wurde nun verboten, auch Konzessionen, Sicherheitsstellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, Postverbote sollten die Preßfreiheit nicht mehr einschränken. Wir wissen, wie erlebt das alles war. Der Höhepunkt dieses ersten Beratungsabschnittes war wohl die Debatte über Glaubensfreiheit und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche[66]). Der große Gegenstand verlangte

weltgeschichtliche Perspektiven — Bildung, Temperament und die Spannung des Augenblicks befähigten die Männer der Paulskirche, zu zeigen, wie sehr sie diesem Problem gewachsen waren. Die geschichtlichen Bildungen Staat und Kirche hingen aneinander und ineinander wie der Efeu und das Gemäuer: zersprengend und zusammenhaltend, eigenwillig, natur- und schicksalsverbunden; die kirchlich Überzeugten beider Konfessionen wollten nun die Kirche vom Staate befreien, und die frei Gesinnten wollten den Staat von der Kirche erlösen; der bayrische Kultusminister v. Beisler wandte sich etwa gegen eine Kirche, die weltliche Gewalt anstrebe, er verlangte eine neue Reform der Kirche an Haupt und Gliedern, im demokratischen Sinne ihrer ursprünglichen Form: die unerschrockene Rede kostete ihn sein Amt. Karl Vogt sprach vom Standpunkt des entschlossenen Unglaubens für Freiheit der Kirche, aber auch Freiheit der Schule; Döllinger setzte sich nicht für die Trennung der Kirche vom Staate, sondern für die Unabhängigkeit ein und kündete damit die eigentliche Zukunft an; Nauwerck prophezeite der katholischen Kirche eine neue demokratische Periode und bezeichnete die Jesuitenangst als töricht, während Radowitz im Namen der katholischen Abgeordneten sich gegen die Einführung der Jesuiten aussprach; der Orden sei für die katholische Kirche jetzt kein Bedürfnis in Deutschland. Die ganze Polyphonie der religiös tief bewegten, kirchengespaltenen, gewissensstarken Germania sacra tönte durch die kahle Säulenrotunde von St. Paul: Pietisten, Josephiner, Ritter vom Geiste, Schwärmer und Intellektuelle, romantische Alt-Christen und scharfe, kalte Neu-Römische, protestantisch-preußische Patrioten, liberale Katholiken vom Rhein — es gab sehr viele Überzeugungen im Deutschland von damals, es gab viel Bekennertum und Bekennermut, das Schönste aber daran ist, selbst bei den Extremen, der Wille zum Zusammenbleiben, zur Einigkeit, zur Versöhnung wenigstens in der zukünftigen staatlichen Form. Diese Dämpfung zu einer feinen und warmen Toleranz mag dem Glaubenseiferer als Schwäche erscheinen; geschichtlich ist sie eine Erbschaft unserer geistigen Erweckungszeit und müßte als goldenes Vermächtnis in fernes deutsches Leben weiterwirken.

Die Leidenschaft deutscher Eigenwilligkeit und Rechthaberei war ganz in die politischen Tagesfragen hineingeschlagen. Aber selbst dieser Kampf bewahrte bis zur Septemberrevolution in Frankfurt Geschmack und Würde. Man glaubte ja eine Grundlage für ferne deutsche Geschlechter zu legen, und so hielt man sich, trotz der beginnenden parlamentarischen Ermüdungserscheinungen, mit nachhaltigem Ernst an die Arbeit. Trat nicht schon das imaginäre Reich der Paulskirche überall in greifbare Erscheinung? Wer hätte gerade in Frankfurt nicht daran glauben sollen! Man fühlte sich sehr sicher, man entwickelte eine große Freude am Pläneschmieden. Eben weil man weltgeschichtlicher Verbundenheit gewiß war, wollte man auch in den kargen Mußestunden lachen. Die Berliner Satire der Zeit hat nicht nur aus Gründen örtlicher Geistigkeit einen galligen Zug. In Frankfurt durfte man herzenswärmer sein. Reichsverweserschaft und Reichsministerium regten eine gute Zeitlang an, humoristische Reichsämter zu verteilen und einen wahren zoologischen Garten von Reichstieren zusammenzustellen. Das erste und zugleich wohl das beste Blatt dieser Art war die berühmte Karikatur auf den Abgeordneten Rösler aus Oels in Schlesien, dessen gelber Nankinganzug grell mit seinem brandroten Vollbarte zusammenschrie: er war ein braves, grund-

anständiges Schulmeistergeschöpf, als Redner oft unfreiwillig komisch, dafür aber vielbeflissener Geschäftsordnungspedant, von jeher mit wohlwollendem Respekt belächelt, nun aber stürmisch bis zur Unsterblichkeit belacht, als Rittmeister von Boddien ihn als Reichskanarienvogel festhielt: auf dem Rednerpult wiegt sich die befiederte Vogelgestalt mit dem bebrillten fuchsigen Kopf; ein kleines Buch steckt unter dem Flügel. Die Inschrift verriet den beißenden Witz des Hannoveraners Detmold: „Singt wenig, spricht viel und lebt von Diäten." Boddien selbst stellte sich als „Reichspinsel" dar, Vincke wurde der Reichsfinke, Schlöffel die Reichshyäne, Jucho das Reichstintenfaß, eine in Pompeji neu aufgefundene Kuriosität — Herr v. Bally, der vielgeschäftige Meinungsmacher, der Reichspudel Aly, Vogt der Reichsstaatsbettelvogt, Bassermann der Wassermann aus der Reichskuriositätensammlung; ebenfalls zu dieser Sammlung gehörten „die vorsintflutlichen Überreste eines Urdeutschen", nämlich Jahns Turnerbart, sein schwarzes Samtkäppchen, sein großer weißer Kragen und die gewaltigen Stiefel.

Manche Abgeordnete sind durch bestimmte Redewendungen, Entgleisungen sowohl wie charakteristische Prägungen eines guten Augenblicks bildlich geradezu verfolgt worden: so ging es Vincke mit seinem historischen Rechtsboden, so Lichnowsky mit dem Satze: „Das historische Recht hat keinen Datum nicht." Der Fürst sprach das Deutsche etwas salopp, ein doppelter Schnitzer solcher Art war aber doch auffällig, er korrigierte ihn auch gleich, als sich Zuruf und Heiterkeit erhob — die Witzbolde hatten aber ein dankbares Motiv. „Schnapphansky", wie ihn Heinrich Heine lustig genannt hat, war ja überhaupt ergiebig: seine westöstliche Magnaten-Eleganz, seine Amouren, seine kecke Redekunst machten ihn zum besprochensten, von Neid und Klatsch, Haß und Schwärmerei umwitterten Parlamentstyp. So sah man ihn als Don Quichotte reiten, als Lola Montez auf der Rednertribüne stehen, als Tänzer schwänzeln, als Hahn mit Gänsen schnäbeln, als Schoßhund auf der Damenempore liegen. Nur Robert Blums vierschrötige Gestalt konnte sich an volkstümlicher Wirkung und zugleich als politisches und menschliches Widerspiel mit Lichnowsky messen: er wurde als republikanischer Nußknacker und wegen der Friedensrede als Friedensbote dargestellt; da sah man ihn dem höhnisch grinsenden General Cavaignac beide Hände vertrauensvoll entgegenstrecken, während eine ganze Armee vor ihm ausreißt; auch als Genius der Wahrheit trat Blums entblößte Körpermasse nicht eben anmutig auf. Das Gegenstück bildete der ewig mäkelnde und nörgelnde Jürgens als Genius der Liebe. Dem Reichsminister Heckscher wurde von den Zeichnern sein berüchtigter Reisebericht immer wieder vorgehalten, in dem er gelegentlich der Einholung des Erzherzogs Johann auch der Tafelfreuden mit hamburgischem Sachverständnis gedacht hatte; Wernher von Nierstein, der für die prunklose Soldatenausrüstung eingetreten war, war im Adamskostüm, nur mit Säbel, Flinte und Patronentasche zu sehen; Eisenmann, der das große Wort gesprochen hatte: „Ich sehe keine Reaktion", wurde mit dem Fernrohr nach der Reaktion spähend dargestellt, oder auch mit einem breitkrämpigen Hute, der jeden Ausblick versperrt; Wiesner redete mit „fortlaufendem Beifall" — man sah die Zuhörer den Ausgängen zustürmen, der Witz stammte von Robert Blum und bekam Flügel. Die hübscheste Leistung, unter vielem Platten und künstlerisch Unzureichenden, war in der Spätsommerzeit der Frankfurter Theaterzettel, der von Heinrich Hoffmann, dem Autor

des Struwelpeters, und Theodor Creizenach verfaßt und von Pecht radiert ist; da waren alle Parteien gleich beteiligt, und die Freude konnte deshalb auch allgemein sein. Heinrich v. Gagern, sonst aus Respekt noch geschont, figurierte hier als Direktor und Dramaturg, Radowitz spielte edle Väter und heroische Greise, Blum und Itzstein die Intriganten, Vogt die Naturburschen, Mittermaier die zärtlichen Mütter, Biedermann die Anstandsdamen; Moritz Mohl war durch seinen Haarschopf zum Lockenkräusler der Bühnenheldinnen, Soiron durch seinen weinfrohen Epikureismus zur Übernahme des Büfetts berufen[67]). Wie lange war das Theater die einzig ernsthafte öffentliche Angelegenheit im Vaterlande gewesen; die Schaubühne war jetzt durch die Weltbühne verdrängt worden — aber konnte man dieser Generation den historisch-politischen Kampf schlagender versinnbildlichen als mit den gewohnten Figuren jener Bretter, die bis dahin die deutsche Welt bedeutet hatten?

Das Frankfurter Parlamentsschauspiel steckte nach dem Glauben vieler Mitspielender noch immer im ersten Akte; die Peripetie nahte aber, als die Exposition noch nicht fertig war. Der Kampf der Bilder wirkte wie ein harmloses Zwischenspiel, das Handlung und Stimmung im Heiteren festbannt; der Chor der Zeitungen freilich verschärfte die Kampfmotive auf seine Art und eröffnete dunkle Möglichkeiten. Die „Deutsche Reichstagszeitung", die vom 21. Mai ab täglich, außer Montags, erschien, wurde von Robert Blum zusammen mit seinem Schwager Johann Georg Günther und W. Schaffrath, beide Mitglieder des Parlaments, herausgegeben. Sie brachte einen Auszug aus den Verhandlungen der Nationalversammlung, natürlich mit starker Hervorhebung dessen, was die Abgeordneten der Linken gesagt hatten; in der Polemik war sie scharf, in persönlichen Angriffen oft gehässig. Die ganze Erbitterung der Unterdrückten kam hier zum Ausdruck. Blum war schwer enttäuscht durch den bisherigen Gang des Dinge; die Wahl des Reichsverwesers empfand er als einen bitteren Schlag gegen seine republikanische Überzeugung; das geheime Zusammenarbeiten der Mehrheit mit den Regierungen sah er als Verrat an. Seine Hoffnung blieb nach wie vor ein auswärtiger Krieg gegen Rußland, ein Umschwung in Preußen, wobei Friedrich Wilhelm IV. das Schicksal Ludwigs XVI. finden sollte, und die Einsetzung einer wahrhaft revolutionären Regierung in Frankfurt[68]). In diesen fast täglichen Zeitungsartikeln hat Blum seinen Grundgedanken, die Revolution müsse weitergehen, wenn die Gegenrevolution nicht alles vernichten solle, viel deutlicher verfechten können als in seinen Parlamentsreden. Blum wollte kein abstrakter Verfassungskonstruktor sein; die wirkliche Staatsweisheit muß, so glaubte er, ihre letzten Zwecke „in den ökonomischen Beziehungen der Gesellschaft, in einer geregelten und fortschreitenden Wechselwirkung zwischen geistiger und materieller Arbeit" erreichen. Louis Blancs Staatsfabriken hat er aber ebenso abgelehnt wie alle Organisationspläne der Gesellschaft kommunistischer Herkunft; nach dem Muster Englands und der Vereinigten Staaten sollte aber die „Selbsthilfe der arbeitenden Klassen" geweckt werden; sie hätte der Staat zu vermitteln und zu unterstützen. Blum steht hier stark unter dem Einfluß Bruno Hildebrands, dessen Buch „Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft" die Reichstagszeitung ausdrücklich empfahl. Die Versöhnung also zwischen Kapital und Arbeit, die Erweckung der Arbeiterschaft zu einem selbständigen, selbstbewußten

Mitgliede der Gesellschaft, aber im Rahmen einer reformierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung — dieses hohe, mit sicherem Instinkt erfaßte Ziel wünschte Blum auf einem entschieden revolutionären Wege in der deutschen Verfassungsfrage zu erreichen.

So empfahl er in der Reichstagszeitung: eine auf drei Jahre gewählte Nationalversammlung, einen von ihr gewählten Vollziehungsausschuß mit verantwortlichem Präsidenten und verantwortlichem Ministerium, den Föderativstaat der deutschen Einzelstaaten, die Republiken oder Monarchien sein können, die Konstituierung des Gesamtstaates allein durch die souveräne Nationalversammlung. Man begreift, wie Blum bei solchen Zielen unter den Frankfurter Entwicklungen leiden mußte; der Sinn der Märzrevolution schien ihm ins Gegenteil verkehrt zu sein: diese Nationalversammlung beriet die Grundrechte und baute sich ihr dynastisch-liberales nationalistisches Wunschreich auf; von der Not der Masse sprach sie ja auch, wie sie von allem anderen sprach, aber das, was wirklich geschah, geschah wider den Geist der Märzrevolution, wie ihn Blum und die Seinen verstanden. Aber in welcher Verlegenheit, in welchem Widerspruch befanden sie sich auch! Hatten sie nicht gerade das souveräne Parlament verlangt? Mußten sie sich nun nicht loyal unterordnen? Sollte jetzt der Acheron in Bewegung gesetzt werden, um der sozialen Versöhnung willen? Blum wandte sich so gern an die Vernunft, er war selbst im Begriff, unlogisch zu werden. Er wollte sich nicht überstimmt sehen, er wollte aber auch kein Putschist sein. Wie leicht war für einen Karl Marx die Konsequenz!

Auch der reaktionäre Partikularismus hatte mindestens die latente Konsequenz vorhandener Lebenskräfte für sich. Der protestantische Pfarrer aus dem braunschweigischen Stadtoldendorf Karl Jürgens gab mit Bernhardi und Löw seit dem 14. Juni eine Zeitung heraus, die wöchentlich zweimal erschien: „Die Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung“; Detmold, Radowitz, Mathy, Schmerling haben mitgearbeitet. Außerhalb des Parlamentes, und nun gar außerhalb Frankfurts, ist dieses Organ wohl kaum beachtet worden; für die Geschichte der Nationalversammlung und deshalb für die Geschichte der Revolution hat es hohe Bedeutung. Denn hier wurde nun versucht, das Recht der alten Mächte in dem Tone durchzufechten, den die neuen aufgebracht hatten: also grobschlächtig, starkfarbig, mit Schmalz und Pfeffer. Gegen die Lauen, gegen die Gründlinge der Mitte, gegen die Vorsichtigen, die mit dem Kompromiß anfangen, gegen die Revolutionsspekulanten und gesinnungslumpigen Stellenjäger, gegen die von jeder starken Bewegung aufgewirbelte und schnell verwehte menschliche und geistige Spreu wandte sich das Blatt mit scheltendem, spottendem Eifer. Politisch forderte es Beteiligung der Einzelregierungen an der Verfassung durch ein Organ der Mitwirkung, es bekämpfte den Einheitsstaat und das Regieren und Administrieren durch die Nationalversammlung; die deutschen Stammesverschiedenheiten müßten berücksichtigt werden; die Auflösung des Bundestags sei ein Fehler gewesen, die Zentralgewalt könne Deutschland nicht nach außen vertreten; durch Majoritätsbeschlüsse könne man keine Verfassung machen, das Geschichtlichgewordene sei nicht genügend dargestellt in Frankfurt und dürfe nicht mißachtet werden. So wehrten sich die Gestrigen nicht ungeschickt gegen die wahre deutsche Zukunft; sie hatten das ewige Recht alles Konservativen, das ja genau

so groß ist wie die Schwerkraft bestehender Einrichtungen und das persönliche Interesse ihrer Träger; vom Rechte der Revolution ahnte der Polterer und Nörgler Jürgens nichts, von diesem ewigen Rechte der Geburt und des Frühlings[69]).

Zentralgewalt und Nationalversammlung gingen also schon deshalb einen gefährlichen Weg, weil es in der Paulskirche selbst eine Linke und eine Rechte gab, die zunächst in der Presse an die außerhalb des Parlamentes stehenden Mächte der Reaktion und der Revolution appellierten.

Wenn die Zentralgewalt und ihr Reichsministerium den Kampf in der öffentlichen Meinung aufnehmen wollten, so brauchten sie nach einem Organe nicht lange zu suchen. Die in den Bundestagszeiten wohlbewährte Oberpostamtszeitung erklärte sich bereit, offiziöses Organ zu werden; das Blatt stellte sich für amtliche Mitteilungen und fortlaufende Nachrichten über die Tätigkeit der Zentralgewalt zur Verfügung. Am 28. September wurde nach einer mehrwöchentlichen Versuchszeit zwischen dem Reichsministerium des Innern und dem Bevollmächtigten des Fürsten von Thurn und Taxis, Herrn v. Vahlkampf, eine Übereinkunft abgeschlossen, die auch pressegeschichtlich interessant genug ist. Danach sollte die Zeitung alle amtlichen Nachrichten und politischen Neuigkeiten direkt und zuerst erhalten; sie verpflichtete sich dafür, ihre leitenden Artikel vor dem Abdruck der Billigung des Ministeriums vorzulegen; ein Mitglied der Redaktion sollte sich täglich mit einem Mitgliede des Ministeriums ins Benehmen setzen, um „Erinnerungen und Andeutungen“ entgegenzunehmen. Die Redaktion verpflichtete sich ferner, für gute Korrespondenzen aus allen Teilen Deutschlands zu sorgen und für die Gewinnung von Berichterstattern tätig zu sein, auf die das Ministerium sie aufmerksam machen würde; deren Arbeiten sollten vorzugsweise berücksichtigt und honoriert werden. Das Blatt erklärte sich bereit, alle ihm vom Ministerium zugewiesenen Artikel aufzunehmen; das Ministerium sollte aber den Raum und die Zwecke der Zeitung berücksichtigen. Das Ministerium behielt sich vor, gegebenenfalls bestimmte Korrespondenten zu beseitigen; damit war das Blatt einverstanden. Zum Schlusse war festgesetzt, daß die ganze Übereinkunft jeden Augenblick von beiden Seiten mit sofortiger Wirkung gelöst werden könnte[70]). Die meisten Artikel, die das Ministerium in der Oberpostamtszeitung hat erscheinen lassen, sind von Bassermann und Mathy geschrieben worden; auch der alte, ganz zur Bundesreform bekehrte Blittersdorff beteiligte sich lebhaft. Was die Redaktion selbst sagte, war meist in dem von früher bekannten vorsichtigen, scheinbar bescheidenen, aber wohlorientierten Tone gehalten. Seinen alten Überlieferungen blieb das Blatt besonders treu, wenn es sich kritisch gegenüber Preußen aussprach; von einer Ausschließung Österreichs wollte es durchaus nichts wissen. Auch zur Zeit des Gagernschen Ministeriums färbte es seine Politik immer im Sinne des Aufgehens in Deutschland, des unbedingten Vorwiegens der gesamtdeutschen, durch die Frankfurter Gewalten vertretenen Interessen. Die neugeschaffenen Organe — Venedeys „Reichstagsschau“ wäre noch zu nennen — waren ausgesprochene Meinungspresse mit schwachem materiellen Boden; die Oberpostamtszeitung überragte sie schon kraft ihres an den Inseraten stark interessierten alten Abonnentenstammes immer fraglos als die erste politische Zeitung der werdenden Reichshauptstadt Frankfurt.

*

Hätte sich Friedrich Wilhelm IV. entschließen können, vor dem 18. März nach Frankfurt zu kommen, so wären vielleicht Deutschland und Preußen im Sturm jener Tage eins geworden; der Besiegte der Berliner Märzrevolution mußte sich zurückhalten — auch die besten Freunde der deutschen Sendung Preußens, und gerade sie, begriffen die Notwendigkeit der Pause; so arbeitete etwa Fürst Lichnowsky gegen die Kaiseridee[71]); nur mit der Zeit konnten die Aussichten Friedrich Wilhelms IV. wachsen. Von diesem Standpunkte aus war es gut, wenn sich die Frankfurter Nationalversammlung lange mit den Grundrechten aufhielt. Hindernisse bauten sich aber doch in den Weg — die österreichische Reichsverweserschaft, das unitarische Reichsministerium. Da lud Köln ein, die sechshundertste Wiederkehr der Grundsteinlegung seines Domes am 14. August 1848 zu feiern.

Schon einmal hatte der Kölner Dombauverein, als der erste Stein zum Ausbau des Domes gelegt werden sollte, im Herbst 1842, ein Fest veranstaltet, das durch den legendären Trinkspruch des Erzherzogs Johann auf das starke, einige Deutschland politisch bedeutungsvoll geworden war. Konnte sich das nicht wiederholen in einem Augenblick hoher politischer Spannung? Jener Erzherzog war nun der Reichsverweser; als solcher war er dem preußischen König noch nicht begegnet; wenn nun in einem rheinischen Fest die Einheitssehnsucht der Deutschen denkwürdig gestaltet wurde? Köln baute seinen Dom, das ewige Sinnbild christlich-germanischen Geistes; in Köln, wir wissen es, redigierte Karl Marx die „Neue Rheinische Zeitung"; hier war die deutsche Zentrale für die kommunistische Arbeit; in diesem Köln trafen sich nun Reichsverweser, König von Preußen und Frankfurter Nationalversammlung: für ein paar Stunden vereinigten sich hier alle politischen Zeitmächte. Das Fest gelang glänzend, wie immer am Rhein; politisch aber geschah nichts. Das Frankfurter Parlament folgte der Einladung des Kölner Dombauvereins durch die Abordnung von 25 Mitgliedern; freiwillig sollten die anderen aus der Versammlung sich anschließen; viele Mitglieder der Linken kamen aber nicht, sondern zogen nach der Rheinpfalz, um dort Gegendemonstrationen auf Volksversammlungen zu veranstalten. Peinlicher noch war jenes Wort des Königs von Preußen, mit dem er gleich bei der ersten Begegnung die Ansprache Gagerns abfallen ließ: „Vergessen Sie nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland gibt und daß ich zu ihnen gehöre." Das war die Quittung auf Gagerns: „Einzig und allein", auf das omnipotente Gebaren des Reichsministeriums. Kein geselliges Behagen, keine feiertägliche Verbindlichkeit konnte die Kluft verdecken. Man war sich in all dem Jubel ferner und nicht näher gekommen. Der preußische König wirkte in seiner bekannten Art persönlich bezaubernd, hörte sich die Lösungsprojekte Stockmars und Bunsens interessiert an, aber ohne überzeugt zu sein, versprach nur Allgemeinstes und beteuerte, von der preußischen Kaiserkrone nichts wissen zu wollen. Die Frankfurter Herren mußten schon zufriedene Gesichter machen, aber der Gewinner bei der ganzen Veranstaltung war der König von Preußen; die Schlappe vom 18. März war überwunden, das Rheinland hatte ihn mit Wärme begrüßt, er war wieder der von Deutschland Umworbene[72]).

So hatte sich die Lage entwickelt, als nun um Schleswig-Holsteins willen der deutsche Nationalgedanke, das preußische Staatsinteresse, der politische Wille des Frankfurter Parlaments und die revolutionäre Wucht der Volksbewegung gegeneinander aufgerührt wurden; die neue Verwirrung wurzelte im Außenpolitischen

und im Vaterländischen, sie sollte sich in das Verfassungsproblem und in die Gesellschaftskrise fortsetzen. Die Revolution kehrte nun endgültig um.

In den Herzogtümern wirkte seit dem 24. März, wir wissen es, die Provisorische Regierung (vgl. I, 458). Preußen war für sie eingetreten; das Vorparlament beschloß, Schleswig solle in den Deutschen Bund aufgenommen werden; der Bundestag erkannte die Provisorische Regierung an, ihr Vertreter v. Madai bekam Sitz und Stimme im Bundestage, Droysen war einer der 17 Vertrauensmänner. Die Bundesversammlung beschloß am 12. April auch, daß Preußen auf den Eintritt Schleswigs in den Deutschen Bund hinwirken und die Mitglieder der Provisorischen Regierung gegen die dänischen Behörden in Schutz nehmen solle. Man konnte sich nicht amtlicher und bindender für die Herzogtümer einsetzen. Preußen führte im Namen des Bundes den Krieg mit Dänemark; Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg waren beteiligt. Welches Endziel wurde verfolgt? Die schleswig-holsteinischen Patrioten wollten von Anfang bis zu Ende im Grunde nichts anderes als die völlige und dauernde Zugehörigkeit beider Herzogtümer zu Deutschland. Georg Waitz entwickelte in einer an die preußische Regierung am 14. April gerichteten Denkschrift: Schleswig ist von Friesen und Angeln bewohnt, deutsch ist die Sprache des Gebildeten auch in den nördlichsten Distrikten; daneben gibt es dänischen Volksdialekt mit deutschen Bestandteilen; noch Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Herzogtümer amtlich als die deutschen Lande des Königs von Dänemark bezeichnet; die deutsche Kanzlei war ihre höchste Regierungsbehörde[73]). Waitz ging auch nach Berlin, um auf Preußen in diesem Sinne namens der Provisorischen Regierung einzuwirken. Preußen hatte aber eine andere Auffassung. Sein Hauptmotiv beim Einmarsch war, in den Herzogtümern die freiheitlichen Elemente niederzuhalten und die Entstehung einer nordalbingischen Republik zu verhindern. Es erklärte auch in der Note vom 8. April an Dänemark, eine friedliche Ausgleichung zu erstreben, und dachte sie sich offenbar damals schon in der Teilung Schleswigs; der nördliche Teil sollte an Dänemark fallen, der südliche mit Holstein verbunden in den Deutschen Bund eintreten. So stellte auch der Bundestagsgesandte Graf Dönhoff am 11. Mai in Frankfurt den Antrag: „Daß, so erwünscht dem Bunde auch der Eintritt der nationaldeutschen Teile des Herzogtums Schleswig in den Bund erscheine, derselbe jedoch in diesem Stadio der Verhandlung noch nicht auszusprechen ist." Auch der Vertreter der Herzogtümer, v. Madai, gestand selbst dem preußischen Gesandten zu, „daß der Beitritt des gesamten Herzogtums Schleswig mit Inbegriff des nördlichen Teiles dänischer Nationalität eigentümliche Schwierigkeiten darbiete"; die Frage sei nur, wie die Grenzziehung verlaufen solle[74]). Die Provisorische Regierung hatte in ihrem Aufruf an das dänische Volk vom 31. März zuerst den Vorschlag gemacht, eine Abstimmung in dem nördlichen Teile von Schleswig darüber zu veranstalten, ob dieser Teil in Dänemark einverleibt werden solle. Sie hat aber dann diesen Standpunkt nicht festgehalten; am 17. Mai schrieb sie an die Berliner Regierung: die Abstimmung der an Jütland grenzenden Bezirke wäre Aufopferung deutschen Lebens und deutscher Interessen; bis an die nördlichste Grenze wohnten zahlreiche Deutsche, in den Städten seien sie in der Mehrzahl: „Diese Deutschen haben während der dänischen Zwangsherrschaft für die deutsche Sache und Gesinnung schwere Opfer ertragen und erwarten

einen Schutz von Deutschland. Aber nicht nur die Deutschen, selbst die während der letzten Okkupation fanatisierten Dänisch redenden Bewohner Schleswigs wünschen nicht in Dänemark aufzugehen, sondern sie wollen Schleswiger und mit dem übrigen Schleswig verbunden bleiben; der Schutz, den sie für ihre Sprache und ihre nationalen Eigentümlichkeiten mit Recht in Anspruch nehmen, wird ihnen auch bei einer innigeren Verbindung mit Deutschland durch Aufnahme des Herzogtums in den Deutschen Bund zuteil werden können[75])."

Trotzdem hat der Teilungsgedanke die folgenden Verhandlungen beherrscht; er schien an sich vernünftig, wenn es eine gerechte Teilung gab. Unklug war es entschieden von der Provisorischen Regierung, nunmehr jede Idee einer Abstimmung und entsprechenden Teilung abzulehnen und als eine Art Verrat am Deutschtum zu brandmarken. So wurde auch von den Herzogtümern auf das Frankfurter Parlament eingewirkt. Aus Hadersleben, aus Apenrade, aus Tondern erschienen große Deputationen der deutschen Einwohner in Frankfurt und Berlin. Die schleswigsche Angelegenheit wurde so zur patriotischen Glaubenssache; unser empfindliches, weil junges vaterländisches Gefühl sollte hier besonders verwundbar werden. Man versteht den Stoßseufzer des preußischen Gesandten Bunsen: „Die unsinnigen Redensarten und Forderungen der Ultragermanen in Frankfurt und in den Klubs helfen uns nicht gegen die Dänen und ihre Verbündeten. Aber sie entfremden uns mehr und mehr England und verwickeln uns in einen bösen Krieg[76])."

Längst war ja nun die schleswigsche Frage aus einer deutsch-preußischen in eine europäische gewandelt worden. Lord Palmerston empfahl durch den englischen Botschafter Lord Westmoreland der preußischen Regierung dringend, keine Feindseligkeiten mit Dänemark zu beginnen (11. April): er sprach am 18. April durch eine von dem Gesandten überreichte Note nochmals die energische Hoffnung aus, daß Preußen keine Truppen nach Schleswig schicke oder daß die Truppen sogleich zurückgezogen würden; dabei wurde ausdrücklich Bezug genommen auf die englische Garantie vom 23. Juni 1720 betr. den sog. Gottorpschen Anteil des Königs von Dänemark am Herzogtum Schleswig. Die preußische Antwort vom 19. April verwies auf den Beschluß des Deutschen Bundes; die Rechte Holsteins auf Vereinigung mit Schleswig müßten gewahrt, Deutschland gegen einen dänischen Angriff geschützt, der legitime König vor einem blutigen Konflikt und Bürgerkrieg bewahrt werden[77]).

Inzwischen tat Palmerston einen diplomatischen Schritt in Kopenhagen, und Dänemark wandte sich um Hilfe an Rußland, Schweden und England. England bot dem dänischen Ministerium und gleichzeitig dem Deutschen Bunde seine guten Dienste an. Sie wurden selbstverständlich angenommen. In London entwickelte sich ein lebhafter diplomatischer Kampf um Schleswig. Bunsen schrieb sein bekanntes „Memoir" über die Herzogtümer, das von Disraëli im Unterhause so scharf angegriffen wurde, Syndikus Banks legte als Gesandter des Deutschen Bundes dem englischen Kabinette die deutschen Motive dar, der Däne Orla Lehmann stellte in London die Erhebung der Herzogtümer als einen Pöbelaufstand gegen die ordentliche Obrigkeit, in Paris als aristokratische Reaktion gegen das demokratische Kopenhagener Ministerium dar. Die Provisorische Regierung verlangte die Zuziehung eines von ihr Beauftragten zu den Verhandlungen in

London als eine Selbstverständlichkeit[78]). Sowohl die Londoner Regierungsstellen wie die öffentliche Meinung zeigten viel mehr Verständnis für den dänischen als für den deutschen Standpunkt. England fühlte sich eben als See- und Handelsmacht, als Vormund zudem der europäischen Kleinstaaten gegenüber den kontinentalen Großmächten für Dänemark verpflichtet; es besaß die Garantenstellung aus alter Zeit, es hatte an Dänemark manches gutzumachen; alle diese Motive wirkten. Die deutsche revolutionäre Bewegung erweckte ferner, wir wissen es, wenig Vertrauen in London; „die Furcht vor sozialen Kämpfen und Zuckungen", wie sie sich bei den Aufruhrszenen in Baden gezeigt hatten, war bei den Engländern groß; Sir Robert Peel sagte damals zu Bunsen: „Lassen Sie Deutschland die nächsten vier Wochen kein Wort in der europäischen Politik sprechen . . . Ihr redet aus dem Gefühl von einer Zukunft, wir hören mit dem Geiste des Zweifels. Macht schnell, konstituiert ein festes, starkes Deutschland, und dann kommt zu uns: ihr findet uns auf dem halben Wege[79])."

Indessen siegte Preußen militärisch; Wrangel berührte die Grenze Jütlands. Der sehr aktive englische Gesandte in Kopenhagen, Sir Henry Wynn, dessen Deutschfeindlichkeit sich sogar in wegwerfenden Äußerungen auf der Straße Luft machen konnte, gewann seinen russischen Kollegen zu einem gemeinsamen Schritte bei General Wrangel direkt; die beiden Diplomaten verlangten Waffenstillstand, Räumung von Jütland; Wrangel verlangte dafür die Räumung Alsens, die Rückgabe der gekaperten Schiffe. Dem Bundestag wurde dieser Meinungsaustausch vorgelegt[80]). Rußland drückte ferner in Berlin; der Gesandte v. Meyendorff erklärte das Verfahren Preußens und des Deutschen Bundes als ungerechtfertigt und den alten von Rußland garantierten Verträgen zuwiderlaufend; er kündigte formellen Protest an. Am 24. Mai stellte er den Freiherrn v. Arnim vor die Alternative: entweder den Friedensschluß mit Dänemark durch Räumung Jütlands zu ermöglichen oder die Gefahr des Bruches mit Rußland auf sich zu nehmen. Meyendorff war unermüdlich dabei, zur Verständigung zu raten, trat aber mit großer Energie auf und scheute keine Verantwortung. Sogar mit Oberst v. Griesheim trat er in Verbindung: er sollte einen militärischen Grund für die Räumung Jütlands ausfindig machen[81]). Auch Schweden stellte sich auf die Seite Dänemarks; im Namen von Schweden und Norwegen erklärte der schwedische Gesandte in Berlin, im Falle der Überschreitung der dänischen Grenze werde man, entsprechend den Verpflichtungen gegenüber Dänemark, ein Hilfskorps nach Fünen oder einer anderen dänischen Insel übersetzen. Zwei Millionen Kronen wurden dafür zur Verfügung gestellt, Truppen und Flotte auf Kriegsfuß gesetzt. Der skandinavische Gedanke zeigte sich so als bewegende politische Kraft gegenüber dem nationaldeutschen und verlangte Schleswig als Morgengabe. Die Lage verschärfte sich; Wrangel drang nun in Jütland vor, der dänische Patriotismus wurde in Kopenhagen entflammt, preußische Schiffe wurden beschlagnahmt — dafür belegte Wrangel die Jüten mit einer großen Kontribution und mit Sachlieferungen als Schadensersatz. Schweden setzte nun seine Expedition von 16000 Mann nach Fünen ins Werk. Rußland kündigte gleichfalls eine Flottendemonstration in der Ostsee an, Großfürst Konstantin bereitete die Abreise nach Stockholm und Kopenhagen vor. Der Kanzler Nesselrode drohte mit Bruch. Preußens militärische Erfolge wuchsen; seine diplomatische Stellung wurde aber immer

schwächer. Sollte es sich mit allen Nord- und Ostseestaaten wegen Schleswigs in schweren Konflikt bringen? Österreich hielt sich vollkommen abseits; es stellte keine Truppenteile für den dänischen Krieg des Deutschen Bundes; der österreichische Gesandte Freiherr v. Vrints blieb immer in Kopenhagen, die österreichische Flagge wurde infolge ausdrücklicher Erklärung des dänischen Ministers Grafen Knuth vom 18. Mai dauernd als neutral behandelt. Der Kaiserstaat war wohl von außen und innen zu bedrängt, um anders handeln zu können; vor allem wollte und konnte er es nicht mit Rußland und England verderben. England brauchte er für Italien, Rußland für Galizien und Ungarn; darauf beruhte der Rest seiner europäischen Stellung; Schleswig war ihm — Hekuba. Trotz alledem hat diese kluge Zurückhaltung in einer so großen vaterländischen Sache Österreich bei den deutschen Patrioten sehr geschadet.

Aber Preußen erntete auch keinen Ruhm. Es wich dem diplomatischen Drucke und nahm den englischen Vermittlungsvorschlag für den vorläufigen Waffenstillstand vom 19. Mai an: Räumung beider Herzogtümer von deutschen und dänischen Truppen, Auflösung der Truppen der bisherigen Provisorischen Regierung, Zurückbezahlung der Kontributionen, Trennung des dänischen, nördlichen Schleswig vom deutschen südlichen. Die Teilung Schleswigs sollte nicht auf dem Wege einer Abstimmung, sondern auf Grund von statistischen Erhebungen vollzogen werden. Das war angesichts der aufgepeitschten Leidenschaften und der vorhandenen Abhängigkeitsverhältnisse wohl der vernünftigste Weg[82]). Palmerston begründete seine Auffassung der schleswigschen Frage auf die in Berlin herausgegebene Sprachenkarte der Herzogtümer[83]). Preußen legte die englischen Vorschläge dem Deutschen Bunde vor, er nahm im wesentlichen an. Wrangel erhielt den Befehl, sich zurückzuziehen. Alle Kontributionen wurden eingestellt, sogar Nord-Schleswig wurde geräumt. Da keine Verstärkungen nachkamen, war dieser Schritt wohl auch militärisch gerechtfertigt; er wirkte auf die öffentliche Meinung und die deutsche Volksbewegung niederschmetternd. Der Schmerz und die Enttäuschung über Preußens Handlungsweise waren sehr groß. Noch war ja Dänemarks Einverständnis mit dem englischen Vorschlag gar nicht da. Preußens Nachgiebigkeit brachte ihm den Vorwurf einer schwachen und undeutschen Haltung ein; nun triumphierte der dänische Eigensinn; er verwarf die Teilung Schleswigs und jede Verbindung der Herzogtümer, er verlangte vor allem die Beseitigung der verhaßten Provisorischen Regierung, und auch Palmerston ließ sich für eine gemischte Interimsregierung gewinnen; Preußen wollte eine Oberaufsichtskommission zugestehen. Die Verhandlungen zogen sich hin, zum wachsenden Nachteil der deutschen Sache. Sollte man sich mit einem bloßen Waffenstillstand ohne Friedensgrundlage begnügen? Sollte man den Krieg energisch weiterführen, Jütland zwar in Rücksicht auf Rußland und Schweden-Norwegen aufgeben, aber sich auf Alsen werfen, um doch militärisch die Lage wieder zu verbessern? Sollte man Rußland für den Teilungsgedanken gewinnen und durch diplomatische Verbindung Rußlands und Englands den skandinavischen Widerstand besiegen? Bunsen war der Ansicht, dies sei der beste Ausweg; „natürlich wird er (der Ausweg) von der Straßenpolitik und Literatendiplomatie Deutschlands stark angefeindet, statt als ein Triumph über die dänische und russische Politik und Diplomatie angesehen zu werden[84]) . . .“

Die preußische Leitung fühlte wohl, was alles auf dem Spiele stand. Am 22. Mai richtete sie an Bunsen einen Erlaß, in dem es hieß: „Es ist undenkbar, daß wir den Schutz Schleswigs aufgeben könnten, um das Land den Dänen auf Gnade und Ungnade zu übergeben. Dänemark darf während des Provisoriums in keiner Weise eine Gewalt im Lande ausüben können, sonst ist alles, was wir getan haben, umsonst und neues Unheil unvermeidlich. Es handelt sich darum, eine für Dänemark möglichst wenig verletzende Form zu finden . . ."

Das war sehr freundlich gedacht von Preußen; in der Sache aber hatte es gewiß allen Grund, standhaft zu bleiben, denn es ging um seine europäische Stellung und zugleich um seine deutsche Mission. Wegen des patriotischen Krieges für die Herzogtümer vergaß die nationale Bewegung Preußen den 18. März; der Waffenstillstand von Malmö sollte aber leider außen- und nationalpolitisch werden, was der 18. März innerpolitisch gewesen war. Preußens Isolation nahm zu. Es hatte alle auswärtigen Mächte gegen sich und keine für sich; es war aber auch nicht mit der Provisorischen Regierung und mit der Frankfurter Nationalversammlung einig. Die Provisorische Regierung wollte durchaus nichts von der Teilung wissen; sie schrieb am 22. Mai an das preußische Ministerium aus Rendsburg: „Eine Trennung des Landes konnte früher, wo ein friedliches Zusammenwohnen dänischer und deutscher Bewohner unter dänischer Herrschaft möglich schien, mit Billigkeit durchgeführt werden; jetzt aber haben die Dänen in der kurzen Zeit des Kriegsüberzuges durch Menschenraub und jegliche Unbill dem deutschen Teile der Bevölkerung die Überzeugung aufgedrängt, daß ihnen beim Wiedereintritt der dänischen Herrschaft nur die Wahl zwischen Vernichtung oder Auswanderung frei bleiben würde. Die Trennung Schleswigs würde ein Verbannungsurteil für eine große Anzahl deutscher Familien enthalten[85]) . . ." So aufgewühlt waren nun die Leidenschaften; der dänische Nationalismus befürchtete dasselbe wie der deutsche, es war ein rechter germanischer Vetternkrieg. Darin hatte die Provisorische Regierung aber gewiß recht: es gab in Schleswig eine Grenze viel mehr nach Ständen als nach Distrikten; jede Grenzlinie mußte in dem eigentlichen Mischgebiet die Nationalität vieler verletzen. Die Berliner Regierung war aber verstimmt über die widerspruchsvolle Haltung der Provisorischen Regierung. Sie war der Meinung, daß die Forderung auf Aufnahme von ganz Schleswig und die Ablehnung des Teilungsgedankens wahrscheinlich jede Vermittlung unmöglich machen würde[86]). Preußen fühlte seine falsche und unglückliche Lage; es wäre gern auf eine gute Art aus der ganzen Angelegenheit herausgekommen. Die Schleswig-Holsteiner und die Frankfurter überschütteten Preußen mit Vorwürfen; Preußen wehrte sich, und so kam alles auseinander. Die schleswig-holsteinische Sache wurde, wie Usedom aus Frankfurt schrieb, „von vielen als Oppositions- und Popularisationsmittel ausgebeutet"; „demungeachtet bildet diese Stimmung eine Macht, die Preußen sehr zu menagieren Ursache hat. Nachgiebigkeit könnte leicht als Verrat an der deutschen Sache gedeutet werden[87])."

Nun saßen also die schleswigschen Abgeordneten in der deutschen Nationalversammlung, ohne daß Schleswig zu Deutschland formell gehörte. Schon bereiteten diese Abgeordneten den Antrag auf Schleswigs Aufnahme in den Deutschen Bund vor — da gelang es Usedom, diese Aktion durch Gagern zu

verhindern. Als die Bundesversammlung zu den preußischen Waffenstillstandsbedingungen ihre Zustimmung erklärte, beschloß sie, daß die etwaige Abtrennung einzelner Teile von Schleswig nur unter freier Zustimmung der betreffenden Einwohner stattfinden sollte. Dagegen protestierte aber der Gesandte für Holstein; jede Teilung Schleswigs sei abzulehnen, auch die Deutsch-Schleswiger wollten lieber zu Dänemark kommen, als in eine Trennung einwilligen[88]). Wie unstimmig war doch das deutsche Lager! Jede der vielen Instanzen hatte ein anderes Ziel. Daraus konnte nichts Gutes werden. Als die Bundesversammlung den bayrischen Gesandten v. Closen als Kommissar in das Hauptquartier Wrangels schicken wollte, um sich an Ort und Stelle von seinen Bedürfnissen zu unterrichten, widersprach Usedom aufs entschiedenste und auch mit Erfolg: ein solcher Schritt würde von Preußen als offener Mißtrauensbeweis angesehen werden. Den Zorn in Frankfurt über Wrangels Rückzug suchte Usedom durch den Hinweis auf die Gefahr eines europäischen Krieges zu beschwichtigen; man sollte doch Preußen nicht unnötig verdächtigen; es könne nicht um des schleswigschen Staatsrechtes willen den Schutz seiner Grenzen im Westen oder Osten vernachlässigen[89]). Die Beziehungen zu Rußland waren in der Tat sehr gespannt. Die Kaiserin schrieb im Namen des Kaisers Nikolaus ihrem Bruder, dem preußischen Könige, einen sehr bitteren Brief; Großfürst Konstantin brannte vor Tatendurst und besichtigte bereits dänische Blockadeschiffe; 150 000 Mann sollten schlagfertig an der russisch-polnischen Grenze stehen, ebensoviele in zweiter, 75 000 Mann in dritter Linie. Es hieß, man müsse den Polen und den Westeuropäern die Zähne zeigen[90]).

Die Uneinigkeit der Deutschen gegenüber dem Auslande führte zu grotesken Zuständen. Nach Kriegsbeginn war das dänische Postamt in Hamburg natürlich in ein schleswig-holsteinisches verwandelt worden; jeder Verkehr mit Dänemark wurde von ihm abgelehnt. Aber die Hamburger Stadtpost beförderte mit großer Pflichttreue alle nach Dänemark bestimmten Sendungen über Lübeck — darunter bedeutende aus Rußland stammende Posten in Silberbarren, die dort in dänische Spezies ausgeprägt wurden. Mit der gleichen Gemütsruhe konnte eine große Altonaer Reederfirma eine dänische Brigg, von Kopenhagen kommend, für Montevideo in Ladung nehmen; das Schiff stand sogar auf der Hamburger Börsenliste, allerdings nicht durch offizielle Affiche, nur durch private Anzeige. Da die Sache im Bundestage zur Sprache kam, wurde nachträglich der Befrachtungskontrakt aufgehoben[91]). Gewiß hatte der Hamburger und damit der gesamte norddeutsche Handel schwersten Schaden von dem Kriege mit Dänemark — aber wenn der Deutsche Bund schon einmal Krieg führte, mußten die Einzelstaaten wenigstens zusammenhalten und den Abbruch des Verkehrs mit Dänemark als Ehrensache betrachten. Preußen gab diese Selbstverständlichkeit auch dem Bunde in einer recht unverblümten Note zu verstehen: „Will der Deutsche Bund Krieg, so muß er auch geführt werden; will er ihn nicht führen, so möge er Frieden schließen, aber den einzelnen Staaten kann unmöglich erlaubt werden, im Kriege die Früchte des Friedens vorwegzunehmen[92]).“

Der Deutsche Bund mußte schon um der Frankfurter Nationalversammlung willen die Fortführung des Krieges bis zu einem ehrenvollen, für alle Einzelstaaten bindenden Frieden wollen. In diesem Parlamente saßen ja die wärmsten deutschen und schleswigschen Patrioten. Der alte Dahlmann, für den die Herzogtümer ein

Stück seines Lebens waren, sagte am 9. Juni in der Paulskirche: „Das Gleichgewicht Europas mag sich verrücken; aber wenn in der schleswigschen Sache nicht geschieht, was recht ist, so ist der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen[93]).“ Waitz stellte den Antrag, daß die Nationalversammlung die schleswigsche Sache als eine Angelegenheit deutscher Nation zu dem Bereiche ihrer Wirksamkeit gehörend anerkenne und daß energische Mittel zur Fortführung des Krieges ergriffen würden zur Wahrung der deutschen Ehre; seltsamerweise lehnte die Mehrheit, die diesen ersten Teil des Antrages annahm, den zweiten ab, wonach sich die Nationalversammlung die Genehmigung des abzuschließenden Friedens vorbehalten sollte. Die Gründe dafür liegen in dem eigentümlichen Zeitmomente: man stand vor der Einsetzung der Reichsverweserschaft, der Gegensatz zu Preußen war an sich schon groß. Preußen führte nun einmal den Bundeskrieg; konnte man es von Parlamentes wegen bevormunden? Und trotzdem war dieser Verzicht ein Eingeständnis der Schwäche; die große Angelegenheit war damit ganz der internationalen Diplomatie überantwortet; Preußen hatte noch einmal eine große Möglichkeit des Handelns — nach Deutschland hin hatte es den Rücken frei. Aber wiederum konnte es der Lage nicht Herr werden.

Am 23. Juni legte Lord Palmerston dem preußischen und dem dänischen Gesandten in London seinen zweiten Vermittlungsvorschlag vor, zugleich als Waffenstillstands- und Friedensgrundlage: Einsetzung einer zum Teil vom König-Herzog, zum Teil vom Deutschen Bunde ernannten siebenköpfigen Verwaltungskommission für beide Herzogtümer, in Zukunft entweder Teilung Schleswigs oder gemeinsame Verwaltung der Herzogtümer, gemeinsame Provinzialstaaten, Mitgliedschaft des dänischen Königs im Deutschen Bunde nur für Holstein. Der Vorschlag war ein Provisorium, kam aber insofern mehr dem deutschen als dem dänischen Standpunkte entgegen, als die Trennung auch Schleswigs von Dänemark und die gemeinschaftliche unabhängige Verwaltung der Herzogtümer festgelegt schien. Es wäre für Preußen das geschickteste gewesen, schnell zuzugreifen. Inzwischen hatten aber die Könige von Dänemark und von Schweden-Norwegen Besuche ausgetauscht; in Malmö entstand gegenüber der Londoner Konferenz eine Art Gegenkonferenz, bei der Rußland lebhaft mitspielte. Der englisch-russische Gegensatz wirkte sich aus. Preußen handelte wenigstens militärisch energisch; Wrangel ging wieder vor und erreichte schnell die jütische Grenze. Damit waren Preußens Verhandlungsmöglichkeiten verbessert. Statt nun aber mit England loyal und folgerichtig zusammenzuarbeiten, glaubte die preußische Regierung es mit Rußland nicht verderben zu sollen, mit Rußland, das im Interesse seiner Stellung an der Weichsel und der Donau das Feuer zwischen Deutschen und Skandinaviern nicht verlöschen lassen wollte! Am 15. Juni hatte der schwedische Gesandte in Berlin erklärt, Schweden werde keine weiteren Truppen nach Fünen senden, wenn Preußen die formelle Verpflichtung auf sich nähme, nicht wieder in Jütland einrücken zu wollen. Die Berliner Regierung antwortete, sie könne ohne Genehmigung des Deutschen Bundes eine solche Verpflichtung nicht übernehmen, aber es sei nicht ihre Absicht, ohne gezwungen zu sein, eine Offensive in Jütland zu ergreifen[94]). In diesen Tagen trat nun Arnim zurück; Schleinitz wurde sein Nachfolger. Eine ruhigere, sozusagen bescheidenere Auffassung kam damit zur Geltung. Der König wollte

keinen großen auswärtigen Krieg, er stand ganz unter dem Einfluß derjenigen, die es für viel besser hielten, die Truppen gegen den inneren Feind zu verwenden. Die Berliner Stimmung stand also auf Abblasen. Und da entschloß man sich, einem Einfalle des Königs zu folgen und den ihm nahestehenden Kammerherrn und Legationsrat Grafen Pourtalès direkt an den König von Schweden und Norwegen nach Malmö zu schicken. Es war eine Geste von Monarch zu Monarch, die zunächst erfolgreich schien, weil die Stimmung in Schweden durchaus nicht kriegerisch war. Wohl war die Jugend skandinavisch begeistert; Intelligenz und Wirtschaft seufzten aber unter den Rüstungslasten der Expedition nach Fünen und wünschten um Rußlands willen durchaus nicht in einen Krieg mit Deutschland oder gar mit England hineingetrieben zu werden. König Oskar nahm also den Grafen Pourtalès sehr freundlich auf. Die dänische Regierung wollte aber dabei sein. Der ehemalige dänische Gesandte in Berlin, Baron Plessen, erschien gleichfalls in Malmö, andere dänische Regierungsleute folgten, auch der Außenminister Graf Knuth kam herüber. Graf Pourtalès, der den Schweden klarmachen sollte, daß ihre Interessen viel mehr mit als gegen Deutschland gingen, der den König Oskar für die preußischen Vorschläge gewinnen sollte, befand sich plötzlich mitten in ernsthaften Verhandlungen mit den Skandinaviern, deren Ergebnis der erste Entwurf eines Waffenstillstandes von Malmö war. Er sah schlecht aus: statt der Provisorischen Regierung eine neue Verwaltungsbehörde von fünf Notabeln, vom Deutschen Bund und vom dänischen König eingesetzt, Räumung der Herzogtümer von den beiderseitigen Truppen bis auf geringe Reste, Aufhebung der Blockade, aber Zurückerstattung der Kontributionen. Damit war der revolutionäre Patriotismus der Schleswig-Holsteiner preisgegeben; auf einen solchen Waffenstillstand konnte nur ein fauler Friede folgen. Da war Palmerstons zweiter Vorschlag doch wesentlich besser, weil er Sicherungen für den Frieden bot. Die Dänen aber wollten keine Friedenspräliminarien, um die förmliche Anerkennung der Rechte der Herzogtümer auf alle Fälle zu vermeiden, sie wollten nur Waffenstillstand. Schon jetzt zeigte es sich, wie falsch das preußische Pochen an der Tür von Malmö war.

Da man also nur einen rein militärischen Waffenstillstand ins Auge faßte, wurde Pourtalès mit dem Entwurf zu Wrangel geschickt: er sollte nun weiterverhandeln. Der General beantwortete diese Zumutung mit der Anzeige des Wiederbeginns der Feindseligkeiten! Er protestierte in Berlin gegen den Inhalt des Entwurfs, besonders die militärischen Bestimmungen; die öffentliche Meinung, die Frankfurter Nationalversammlung entrüsteten sich. Trotzdem begannen nun Verhandlungen zwischen Wrangel und den Dänen auf dem Schlosse Bellevue bei Kolding; ein revidierter Entwurf war am 19. Juli fertig. Und nun tat die preußische Regierung einen neuen, überraschenden, wenig glücklichen Schritt. Sie erklärte, das Mandat zur Kriegsführung, das sie vom Bundestage erhalten habe, gehe nunmehr auf den neugewählten Reichsverweser zurück, und deshalb könne der Waffenstillstand nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Reichsverwesers abgeschlossen werden. Preußen war bisher immer so empfindlich gewesen gegenüber Frankfurt; Preußen war begreiflich verstimmt über die Wahl des österreichischen Reichsverwesers; und dieses selbe Preußen schaltete nun diese eben geborene, noch nirgends anerkannte Autorität des Reichsverwesers in die

Abwicklung der europäisch angeschwollenen Herzogtümerfrage ein! Preußen hatte gewiß gewichtige, wenn auch keine sehr guten Gründe. Es hatte anerkennenswerte Opfer für Schleswig-Holstein gebracht, es war in eine empfindliche außenpolitische Isolation geraten; nun wollte es zurück, es wollte und mußte liquidieren; die Liquidation versprach flau zu werden; sollte Preußen zu allem anderen auch noch allein die Verantwortung dafür tragen, vor Deutschland, vor Frankfurt? Die Frankfurter waren für die Berliner Begriffe in Ansprüchen groß — mochten sie nur ruhig den bitteren Ernst der internationalen Spannung mit auskosten und die praktischen Folgerungen ziehen.

Aber die Verwirrung steigerte sich. Dänemark lehnte es ab, den Vorbehalt der Ratifikation durch den Reichsverweser anzuerkennen; Wrangel weigerte sich — er tat es nur zu gern —, in Bellevue den Waffenstillstand ohne die Frankfurter Genehmigung zu unterzeichnen, und die Verhandlungen wurden am 24. Juli vorläufig abgebrochen; Schweden erklärte, nur dem Staate Preußen sei die schwedische Vermittlung angeboten worden, mit Preußen allein könne abgeschlossen werden. Auch Frankreich regte sich jetzt für Dänemark.

Die Provisorische Regierung hatte den in Paris wohlbekannten Kieler Professor Lorenz Stein dorthingeschickt, um in der französischen Presse zu ihren Gunsten zu wirken. Obgleich er alle Mittel aufbot und sich mit den wichtigsten Blättern in Beziehung setzte, gelang es ihm nicht, auch nur einen einzigen Artikel gegen Dänemark in einer Pariser Zeitung zu veröffentlichen. Um doch wenigstens etwas zu tun, gab Stein eine Flugschrift über die schleswig-holsteinische Frage in Paris heraus. Die französische Regierung fühlte sich nach der Junischlacht außenpolitisch wieder kräftiger: der Außenminister Bastide kündigte dem preußischen Geschäftsträger am 1. August einen Protest gegen das Vorrücken preußischer Truppen in Jütland an; sowohl nach Berlin wie nach Frankfurt sollte dieser Protest gehen. Nach französischer Auffassung lag in der deutschen Aktion ein Machtmißbrauch und eine völkerrechtlich nicht zu rechtfertigende Maßregel. Auf sachliche Erörterung mit Hatzfeld ließ sich der französische Minister gar nicht ein. Der amtliche Protest erfolgte, in sehr scharfer Form, er bezog sich auf die französische Garantie des dänisch-schwedischen Vertrages von 1770 (le roi très chrétien . . promettant de maintenir le roi du Danemarc dans la possession paisible de la partie ducale dudit duché, d. h. also des vormals Gottorpschen Anteiles an Schleswig). Vergebens hatte Hatzfeld zu zeigen versucht, daß es sich jetzt um wohlbegründete Rechte der Bevölkerung gegenüber ihrem Herzog, nicht um dynastische Ansprüche einer Linie gegenüber einer anderen handelte. Frankreich wollte in dieser europäischen Angelegenheit mitreden und befürchtete deutschen Machtzuwachs; am 10. August schrieb der „National“, die deutsche Intervention könne mit der französischen in Belgien, Italien oder Spanien nicht verglichen werden — Frankreich habe immer selbstlos gehandelt, Deutschland jedoch wolle eine Provinz gewinnen[95]).

Stark war jetzt die Entrüstung in England. Palmerston war vor Monaten von beiden Seiten als Vermittler mit der Angelegenheit befaßt worden; er hatte sich auf seine Weise redlich bemüht; nun verhandelte man in Malmö und in Bellevue statt in London! Nun weigerte sich der General Wrangel, zu unterzeichnen, und schickte sich an, den „Krieg à la Wallenstein“ weiterzuführen! England glaubte

in jeder Weise Preußen gegenüber zuvorkommend gewesen zu sein. Seit Kriegsbeginn lieferte es zum Beispiel Waffen sehr gerecht an beide Parteien. Auf Grund einer Einsprache des dänischen Gesandten in London erfolgte dann ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsgeräten nach den Gegenden, die mit Dänemark Krieg führten; zwischen Dänemark und England bestand darüber ein von 1670 stammender, 1814 erneuter Vertrag. Trotzdem erklärte der Kanzler des Schatzamtes dem preußischen Gesandten Bunsen, man werde die Ausfuhr von Waffen nach Deutschland nicht hindern, sobald sie nur nicht nach Holstein ginge; es sei aber gut, daß dies im stillen geschehe, der Außenminister dürfe es nicht wissen, daß eine Form gefunden werde, das Verbot für die englischen Fabriken unschädlich zu machen. Schon mehr als 40 Schiffskanonen waren nach Hamburg gegangen, andere folgten. Birmingham lieferte dafür den Dänen 20 000 Gewehre[96]).

Palmerston führte jetzt eine scharfe Sprache; er drohte, sich ganz vom Vermittleramte zurückziehen und Rußland alles überlassen zu wollen; Preußen sei moralisch zur Unterzeichnung verpflichtet; die Ratifikation durch den Reichsverweser lehnte er ab, der habe keine europäische Existenz. Daß der Vorbehalt der Genehmigung durch das Frankfurter Parlament nun vollends eine unsinnige und unparlamentarische Forderung sei, bestätigte auch Bunsen dem englischen Minister; Bunsen, der vergebens seine Berliner Regierung beschwor, die Verhandlungen nur in London zu führen, und zwar durch Übertragung einer Spezialreichsbotschaft für Schleswig-Holstein an den königlichen Gesandten[97]). Man sieht, wie England nicht ohne sichtbare Verschuldung Preußens allmählich ganz auf die dänische Seite geriet. Die Tories waren sowieso dänisch gesinnt, der Handel litt, man wünschte keinen europäischen Krieg; man wurde ungeduldig in England über die deutsche Langsamkeit und Inkonsequenz, und damit wurde man ungerecht. Bunsen berichtete dem Ministerpräsidenten v. Auerswald: sowohl Lord Palmerston wie Lord Aberdeen erklären offen in vertraulicher Form: Widersetzt sich die Frankfurter Zentralgewalt dem Abschluß des Waffenstillstandes, dann erscheint die englische Flotte, um Dänemark zu verteidigen und den Frieden zu erzwingen[98]).

Die preußische Regierung mußte sehen, wie sie aus der verfahrenen Lage herauskam. Persönlich schickte Friedrich Wilhelm IV. seinen Flügeladjutanten von Manteuffel nach Stockholm an den König von Schweden, um ihn sein Bedauern über den Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen auszudrücken. Den General v. Below entsandte er zum Reichsverweser nach Wien, dem er darlegen sollte: Fortsetzung des Krieges sei unmöglich bei den inneren Schwierigkeiten Preußens, der Reichsverweser möge die unbedingte Vollmacht zum Abschluß an Preußen erteilen. Erst hatte sich also Preußen hinter die Zentralgewalt versteckt — nun sollte die Zentralgewalt mit ihrer deutschen Autorität Preußen aus der Verlegenheit helfen, aber auf jedes Recht, mitzureden, verzichten. Der Erzherzog-Reichsverweser zögerte: eine Vollmacht könne er nicht erteilen ohne Beratung mit seinen Reichsministern. Below verhandelte dann weiter in Frankfurt mit Erzherzog Johann: Fügt die Zentralgewalt Klauseln bei, entwickelte er jetzt, dann kann Preußen die Sache nicht weiterführen, dann muß es sie der Zentralgewalt überlassen, und das wäre der völlige Bruch zwischen Preußen und der Zentralgewalt. Der Reichsverweser hatte aber damals mindestens moralisch und

für den deutschen Gesichtskreis die stärkere Position. Die Zentralgewalt erklärte sich bereit, die Vollmacht zu erteilen, aber unter drei Bedingungen: Die von der Provisorischen Regierung erlassenen Gesetze in den Herzogtümern sollten volle Kraft behalten, sowohl 3000 Mann Bundestruppen wie die schleswig-holsteinischen Truppen sollten unter dem Befehl des Bundesgenerals in den Herzogtümern stehenbleiben; eine Verständigung über die Personen der neuen Verwaltungskommission sollte vor Abschluß stattfinden; schließlich sollte ein Bevollmächtigter der Zentralgewalt die Verhandlungen mit führen. Preußen antwortete, solche Modifikationen würden große Schwierigkeiten, Verzögerungen und das Eingreifen des Auslandes zur Folge haben; man sei ja nicht in der Lage, die Bedingungen zu diktieren, und selbst bei energischer Fortsetzung des Krieges werde man auch nicht in diese Lage kommen. Fürst Leiningen machte in diesen kritischen Tagen noch den recht vernünftigen Vorschlag, den Prinzen Ferdinand von Preußen, Oheim des Königs, als Statthalter und die Mitglieder der Provisorischen Regierung als dessen Minister zu bezeichnen; preußischerseits fand man den Gedanken angemessen, wollte aber die Personenfrage erst nach Abschluß des Waffenstillstandes entscheiden. Die Vollmacht des Reichsverwesers wurde am 7. August erteilt; das Begleitschreiben, von Leiningen gezeichnet, hielt an den „Modifikationen" fest, und die Berliner Regierung wich wiederum zurück: sie erklärte, die Fassung der beiden Aktenstücke entspreche ja nicht ganz ihren Wünschen, aber der Versuch solle doch gemacht werden, auf dieser Basis zum Ziele zu gelangen[99]). Frankfurt hatte vorderhand gesiegt.

Als Bevollmächtigter der Zentralgewalt sollte zuerst der Reichsaußenminister Heckscher an den Verhandlungen teilnehmen; dann wurde der Unterstaatssekretär Max v. Gagern bestimmt, der über gute Beziehungen in England verfügte und auch schon mit der Provisorischen Regierung der Herzogtümer wegen einer Mission nach London in Berührung gewesen war. Die Frankfurter herrschende Auffassung war von Heinrich v. Gagern einmal treffend so formuliert worden: „Die schleswig-holsteinische Revolution ist eine Tatsache, die deutsche Ehre erfordert es, sie aufrechtzuerhalten[100])." Man konnte die Sachlage nicht einfacher und wahrer kennzeichnen; die provisorische Zentralgewalt, selbst eine Tochter der deutschen Revolution, erkannte vollkommen richtig diese Schicksalsverbundenheit; deshalb wollte sie auch die Führer der schleswig-holsteinischen Revolution sichern und die Kontinuität der Personen und Maßnahmen wahren. Der Frankfurter Bevollmächtigte sollte auch versuchen, über den militärischen Waffenstillstand hinaus zu Friedenspräliminarien zu gelangen; da Dänemark erklärt hatte, von der Existenz der Zentralgewalt amtlich nichts zu wissen — man befand sich ja im Kriege — so sollte er die vermißte Anzeige machen.

General v. Below, Wrangels Schwager, und Generalkonsul v. Wildenbruch gingen nun nach Malmö zum endgültigen Abschluß des Waffenstillstandes, nachdem Usedom und Graf Dönhoff abgelehnt hatten; sie bekamen die Anweisung, die drei Frankfurter Punkte durchzusetzen, sie wenigstens dem Sinne nach festzuhalten, wenn auch vielleicht nicht die Aufnahme in den Vertrag zu fordern. Schon das war etwas zweideutig. Später hat die preußische Regierung auffälliger Weise erklärt, Below sei von den letzten Instruktionen, die ihm durch ein besonderes Dampfschiff mit Parlamentärflagge zugegangen seien, nicht mehr recht-

zeitig erreicht worden[101]). Das Endergebnis vom 26. August war jedenfalls jammervoll. Preußen hatte in allen entscheidenden Punkten nachgegeben.

Die Zentralgewalt wurde überhaupt nicht erwähnt. Preußen, das sich so um die Vollmacht der Zentralgewalt bemüht hatte, erklärte jetzt, im Namen des „Deutschen Bundes" abzuschließen! Von der Ratifikation des Reichsverwesers, den Preußen selbst eingeschaltet hatte, vierzehn Tage vorher, um derentwillen es damals den Krieg fortsetzte, war nun gar nicht mehr die Rede. Die Dänen erreichten ferner die Ausdehnung des Waffenstillstandes auf sieben Monate, wodurch ihnen der schwierige Winterfeldzug erspart blieb, während Deutschland im Frühjahr wieder von der dänischen Flottenüberlegenheit bedroht war. Preußen gestand die Trennung der schleswigschen und der holsteinischen Truppen, die Aufhebung aller seit dem 17. März für die Herzogtümer erlassenen Verordnungen, Gesetze und Verwaltungsmaßregeln im Moment des Amtsantrittes der neuen Regierung zu: damit war die ganze revolutionäre Bewegung samt den Personen der Provisorischen Regierung preisgegeben. Die Herzogtümer sollten von den beiderseitigen Truppen geräumt werden, aber Dänemark und der Deutsche Bund sollten das Recht haben, ihre Hospitäler und militärischen Depots durch Truppen-Detachements in der Höhe bis je 1500 Mann zu besetzen; auf diesem Wege behielten die Dänen sogar die Insel Alsen in der Hand! Die stärkste Zumutung war aber wohl das preußische Einverständnis zur Ernennung des Grafen Karl Moltke-Nutschau, des Führers der Dänenfreunde, zum Präsidenten der neuen gemischten Verwaltungskommission. Man fühlte das in Berlin auch wohl und ließ den General v. Below sofort nach Abschluß wegen eines Wechsels auf diesem Posten mit den Dänen verhandeln, es wurde zwei Wochen später Graf Reventlow-Jersbeck in Aussicht genommen. Palmerston war in diesem Punkte ganz auf Deutschlands Seite[102]).

*

Die Empörung in Deutschland über dieses Gesamtergebnis war groß. Der Vertrag von Malmö demütigte die alte Großmacht Preußen; aber für das werdende deutsche Reich wirkte er vernichtend. Preußen hatte damit die Revolution und den nationalen Gedanken geopfert; mit der Revolution, dem Schleswig-Holsteiner „Rebellentum" zu brechen, war einflußreichen Berliner Kreisen nur angenehm; aber eine Angelegenheit des deutschen Vaterlandes so zu behandeln, das war doch gewagt, es war vielen guten Preußen sehr unerwünscht: was konnte nun noch aus Preußens „deutschem Berufe" werden? Gerade die Einzelregierung, an die sich die ernstesten deutschen Hoffnungen knüpften, behandelte die Organe, die Gefühle und die Interessen des Deutschtums am schnödesten.

Die Antwort aus den Herzogtümern fiel deutlich aus. Am 4. September beschloß die schleswig-holsteinische Landesversammlung einstimmig, wider ihren Willen könne sie weder aufgelöst noch vertagt werden, die Landesregierung könne nur mit ihrer Zustimmung geändert, die Gesetze der Provisorischen Regierung nur mit ihrem Einverständnis aufgehoben werden. Es war ein Glück, daß der neue Verwaltungspräsident Graf Reventlow-Jersbeck die durch den Vertrag aufgehobenen Gesetze gleich wieder in Kraft setzte; es wäre sonst zum Bürgerkrieg gekommen. Der Erlaß der bisherigen Provisorischen Regierung gegen die zuerst

vom Grafen Moltke erlassenen Bekanntmachungen, die persönlichen Drohungen gegen Moltke in Izehoe ließen ihn befürchten[103]). Die Provisorische Regierung hatte die Verhaftung der vom dänischen Könige eingesetzten dreiköpfigen Immediatkommission verfügt! Die Herzogtümer selbst waren von jeher ohnmächtig bei dem Spiel der europäischen Großstaaten; aber auch die Frankfurter Zentralgewalt war nicht als Macht, sondern als Ohnmacht behandelt worden. Ihr Vertreter Max v. Gagern erschien überhaupt nicht in Malmö, weil ihm von Preußen vertraulich abgewinkt wurde: seine Anwesenheit würde ungern gesehen und hätte vielleicht große Unzuträglichkeiten zur Folge. Da er seltsamerweise keine Instruktionen aus Frankfurt bekam und für den abweichenden Verlauf der Dinge, den er inoffiziell erfuhr, keine Verantwortung tragen konnte und wollte, so begnügte er sich, auf die Beschlüsse der Landesversammlung einzuwirken, dem General Wrangel einen Besuch abzustatten, den Frankfurtern beruhigende Briefe zu schreiben und dann nach Hause zu fahren. General v. Below teilte ihm nur die Tatsache des Abschlusses des Waffenstillstandes mit — vor Auswechselung der Ratifikationen könne er weitere Angaben nicht machen. Das Reichsministerium wartete ab und erhielt die Nachricht von den Bedingungen des Waffenstillstandes nicht früher als die ganze Öffentlichkeit — am 2. September. „Es bereitet sich ein Sturm vor", schrieb Camphausen am 1. September nach Berlin.

Am gleichen Tage schon richtete der Reichsminister Heckscher an den Ministerpräsidenten v. Auerswald durch Estafette eine energische und beleidigte Beschwerde; auch er hatte von Camphausen nur ein Billett mit der Mitteilung vom Abschluß erhalten. Der Reichsminister betonte, daß die Zentralgewalt die Vollmachtgeberin der preußischen Regierung sei: „Ich will voraussetzen, daß in dieser wichtigen Angelegenheit die kgl. preußische Regierung die Zentralgewalt . . ., nicht eine Stunde länger als es die schleunigste Behandlung der Geschäfte erfordert, in Unwissenheit über die Art und Weise der Ausführung der Vollmacht gelassen haben wird." Dann war die Behandlung Max v. Gagerns durch den General v. Below besprochen und über „diese unerklärliche Zurückhaltung" das lebhafte Bedauern des Reichsministerrates ausgedrückt. Zum Schluß hieß es: „Ich hege die Zuversicht, daß die Nachrichten, welchen ich entgegensehe, die Befürchtungen nicht verwirklichen werden, welche durch alles, was die Reichsgewalt bis jetzt weiß und nicht weiß, hervorgerufen sind. Aber die ganze Lage ist von der Art, daß ich nicht säumen darf, die Zentralgewalt von aller Verantwortung für die unglücklichen Folgen frei zu erklären, welche nicht ausbleiben könnten, wenn die Regierung des Reichsverwesers, sei es formell, durch unrichtige Würdigung der Stellung ihres Vertreters, sei es materiell, durch Ratifikation eines nicht mit der erteilten Vollmacht übereinstimmenden Waffenstillstandes, beeinträchtigt worden wäre[104])."

Preußen hatte durch Malmö mit Frankfurt gebrochen. Frankfurt begann zu quittieren. Von Berlin kam als Antwort auf Heckschers Beschwerde zunächst eine Art Entschuldigung: man habe die Expedition nach Frankfurt möglichst beschleunigt. Dadurch sollte wenigstens der Form Genüge geschehen. Die Sache selbst wirkte schon alarmierend genug. Am 3. September faßte das Gesamtreichsministerium den Beschluß: „Es steht fest, daß Preußen durch Abschluß des vorliegenden Vertrages seine Vollmacht überschritten hat und daß der Zentral-

gewalt als Auftraggeberin sowohl dritten Mächten als Preußen gegenüber keinerlei Verbindlichkeiten aus demselben erwachsen können, bevor die Genehmhaltung von seiten der Reichsregierung ausgesprochen ist. Diese kann von der Zentralgewalt nur infolge einer Entscheidung der Nationalversammlung erteilt werden, welcher der abgeschlossene Vertrag — als die Grenzen eines Waffenstillstandes im engeren Sinne überschreitend und einen politischen, den Friedensverhandlungen vorgreifenden Charakter an sich tragend — vorzulegen ist." Für die Nationalversammlung wurde dann eine Reihe von Aktenstücken gedruckt[105]).

An sich hätte das Reichsministerium Grund genug gehabt, einfach zurückzutreten; man hatte seine Vollmacht ignoriert; es stand und fiel mit dieser Vollmacht. Dann wäre aber auch dem Reichsverweser wohl nur der Rücktritt übriggeblieben. Das Reichsministerium wollte sich und die Zentralgewalt retten. Die Zentralgewalt mit ihrem ganzen Apparat war ein Geschöpf der Nationalversammlung; politisch richtig war es also, an sie zu appellieren. So geschah es, daß das Frankfurter Parlament, das zuerst mit Mehrheitsbeschluß sein Genehmigungsrecht beim Friedensschluß mit Dänemark abgelehnt hatte, das dann im Juli nur sehr vorsichtig an das gesetzliche Entscheidungsrecht des Reichsverwesers und der Nationalversammlung erinnerte, nun doch als oberste politische und moralische Autorität für den Waffenstillstand angerufen wurde.

„Die Stimmung in der Versammlung ist leidenschaftlich", depeschierte Camphausen am 5. September nach Berlin. Preußens weiteres Verhalten in diesen Tagen konnte die Erbitterung nur steigern. Heckschers Schreiben an Auerswald war gewiß scharf gewesen; Camphausen erklärte es als verletzend für Berlin, als entmutigend für ihn selbst; man erwiderte ihm, er solle beschwichtigen. Aber wie konnte er das, wenn er jetzt von Berlin die Instruktion zu erbitterten Erklärungen bekam: Preußen habe ja eine staatsrechtlich gültige Vollmacht des ehemaligen Bundestages in der Hand gehabt, es sei ein besonderes Entgegenkommen gewesen, die Ratifikation des Reichsverwesers vorzubehalten; Preußen habe gar nicht gewünscht, als Bevollmächtigter der Zentralgewalt die Verhandlungen zu führen — und wenn, dann nur mit ganz freier Hand; die Rolle eines Mandatars mit beschränkten Vollmachten unter der Kontrolle der Zentralgewalt sei mit seiner Stellung als selbständige europäische Macht nicht gut in Einklang zu bringen; Max v. Gagern sei voreilig abgereist, die für ihn bestimmte Abschrift der Konvention sei daraufhin von Preußen zurückgehalten worden[106]). Eine solche Mischung von Verdrehungen, faulen Ausreden und keckem Auftrumpfen nach einer schweren Blamage richtete die preußische Regierung nun vollends in den Augen der Männer der Zentralgewalt.

Das Reichsministerium rief also, freilich ohne klare Fragestellung, die Nationalversammlung an. Schon aber hatte die Nationalversammlung selbst die Initiative ergriffen. Immer wieder hatte es in der Paulskirche geheißen, es handele sich bei den Herzogtümern um die Ehre und Würde Deutschlands. Dahlmann stellte am 3. September an den Reichsminister Heckscher schriftlich fünf Fragen; als am 4. d. M. der Minister den Vertrag mitteilte und eine wenig glückliche Rechtfertigung seines Verhaltens bei der Angelegenheit daran knüpfte, trug Dahlmann seine fünf Fragen mündlich vor: streng, grimmig, unerbittlich. Sein Herzblut pochte in der Verurteilung des Waffenstillstandes. Die Wirkung war groß. Camphausen nennt

Dahlmann „unseren leidenschaftlichsten und rücksichtslosesten Gegner", verhandelte mit zahlreichen Parlamentariern, suchte besonders, und zwar mit Erfolg, Wilhelm Jordan zu gewinnen, gab Versicherungen wegen des Grafen Moltke ab[107]). Die Spannung war mächtig. Denn nun brach alles aus, was aufgespeichert war: der Gegensatz der Linken zu Preußen, aber auch die Ablehnung Preußens und seiner Politik durch viele Konservative; auf der anderen Seite der Wunsch im Zentrum, auf keinen Fall mit Preußen zu brechen; endlich die Befriedigung der Partikularisten von rechts und der Sozialrevolutionäre von links, daß sich die Zentralgewalt mit ihrer dynastischen Spitze und ihren unitarischen Absichten selbst verdarb; es entstand hier neue Hoffnung auf die Regierungen, dort neue Hoffnung auf den Fortgang der Revolution. Die Herzogtümer waren nur noch Anlaß; es handelte sich um Preußens Sendung, um das Schicksal der Nationalversammlung, um die Zukunft Deutschlands.

Die Nationalversammlung ließ sich trotz mancher heftiger Anträge am 4. September nicht zu sofortigen Beschlüssen hinreißen, sondern verwies die Angelegenheit an die vereinigten Ausschüsse für völkerrechtliche Fragen und für Bildung der Zentralgewalt; die Berichterstattung sollte in bezug auf den Rückmarsch der Bundestruppen binnen vierundzwanzig Stunden erfolgen: denn diese militärische Preisgabe der Herzogtümer schien das Aufregendste und Dringlichste; schon zogen die deutschen Soldaten in Eilmärschen zurück, man fürchtete das Nachrücken der Dänen. Über diese besondere Seite der Waffenstillstandsfrage berichtete Dahlmann also am 5. September; für den alten Kämpfer stellte sich von jeher das deutsche Revolutionsproblem ganz stark als Entscheidung über Schleswig-Holstein dar; er hatte persönlich gezeigt, was es heißt, Opfer zu bringen für eine Überzeugung; das Ethos der deutschen Patrioten und des deutschen Professors war in ihm verkörpert; die dünne trockene Stimme aus dem verdrießlich verkniffenen Munde klang diesmal erschütternd wie nie durch die Paulskirche; man fühlte: hier stand und fiel einer für die deutsche Wahrheit, für das deutsche Recht. Dahlmanns selbstbewußter Eigensinn hatte politisch wenig Gewinnendes; an diesem ernsten Tage wuchs er zum bezwingenden Seher, als er verkündete: wenn sich jetzt bei diesem ersten großen Anlaß das Parlament vor dem Ausland beuge, Deutsche preisgäbe und die deutsche Einheit zerbräche, dann werde es sein ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben. Dahlmann beantragte im Namen der Mehrheit der Ausschüsse Einstellung der zur Ausführung des Waffenstillstands erforderlichen militärischen und sonstigen Maßregeln. Vergebens sprach Schubert für die Minderheit dagegen: Sistierung sei Bruch mit Preußen, Sistierung der Maßregeln sei Verwerfung des Waffenstillstands selbst; vergebens versuchte Peucker vom militärischen Standpunkte zu beruhigen: die Räumung gehe in der Tat ganz langsam und vorsichtig vonstatten, noch sei nichts verloren; vergebens erklärte Schmerling im Namen des Reichsministeriums, aus unabweislichen Gründen müsse man den Waffenstillstand billigen, Preußen aber werde ersucht werden, sein Verhältnis zur Zentralgewalt mehr im Sinne des Gesetzes vom 28. Juni einzurichten. So dachte also das Reichsministerium aus der Sache herauszukommen; am Vormittag des 5. September hatte es beschlossen, die Kabinettsfrage zu stellen[108]); daß es gegen die preußische Großmacht und gegen das Ausland nicht aufkam, sah es selbst. Bestand noch ein

Zweifel, so wurde er durch das Auftreten des britischen Vertreters in Frankfurt, Lord Cowley, behoben. Palmerston übte den schärfsten Druck aus. Er erklärte, Lord Cowley sofort abberufen zu wollen, wenn der Waffenstillstand abgelehnt würde; ein Kurier ging nach Frankfurt mit dem Auftrage an Cowley, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drohen. Dem war das Ministerium Leiningen nicht gewachsen. Diese Schroffheit Palmerstons gegenüber dem Ministerium, dessen Präsident der Halbbruder der englischen Königin war, hat wohl Leiningens Laufbahn in Frankfurt ein Ziel gesetzt. Es geschah gerade das, was man am wenigsten erwartet hatte. Cowley beruhigte übrigens in seinen Berichten nach London und milderte viel durch sein persönliches Geschick[109]).

Der Rednerkampf am 4. September war wohl der größte, den die Paulskirche gesehen hat; Heinrich Simon, Bassermann, Wesendonck, Radowitz, Robert Blum, Beckerath, Lichnowsky traten auf. Es war schwer, den Waffenstillstand zu verteidigen: auch die Ultradänen seien nicht zufrieden, hieß es, kein dänischer Soldat sollte die Grenze überschreiten, die Abgeordneten für Schleswig blieben natürlich im Parlament; man möge Preußen um weitere aktenmäßige Auskunft bitten; die Vollmacht des Reichsverwesers habe keine ausdrücklichen Vorbehalte gemacht (die „Modifikationen" standen in einem Schreiben des Ministerpräsidenten!!), dem Friedensschluß sei überhaupt noch nicht vorgegriffen. Alles das klang nach Ausflucht, Silbenstecherei, Einschüchterung, amtlich wohlwollender Beruhigung. Tatsächlich war die Vollmacht nicht glücklich gefaßt; die Mißgriffe Heckschers nach Form und Inhalt lagen auf der Hand; viel wichtiger war aber doch, daß die Bedingungen des Waffenstillstands überraschend schlecht waren, schlechter als man sie in London und Bellevue und vielleicht auch in Malmö bei einigem Kraftaufwand hätte bekommen können; am schlimmsten wirkte, daß dieses Preußen, Schwert und Hoffnung Deutschlands, wie man meinte, unnötig vor dem Ausland zurückwich. Mit 238 gegen 221 Stimmen entschied die Nationalversammlung, daß die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstands einzustellen seien. Das verletzte Nationalgefühl hatte über alle politischen Zweckmäßigkeitsgründe gesiegt. Frankfurt jubelte. Man glaubte vor einer Wendung der deutschen Geschichte zu stehen.

Sämtliche Reichsminister und Unterstaatssekretäre des Ministeriums Leiningen reichten sofort geschlossen beim Reichsverweser ihren Abschied ein; Erzherzog Johann sagte die Entlassung mündlich zu; die laufenden Geschäfte wurden weitergeführt, aber keinerlei politische Amtshandlungen vorgenommen. Als Heinrich v. Gagern dem Fürsten Leiningen den Beschluß der Nationalversammlung vom 5. September zur Vollziehung übersandte, erklärte der Fürst, das alte Reichsministerium sei dafür nicht mehr befugt; das neue Ministerium Dahlmann möge diese Aufgabe übernehmen.

Zum ersten Male hatte in der Paulskirche die Linke gesiegt: die eigentliche Linke, die Fraktion Westendhall und das linke Zentrum machten mit den 11 Abgeordneten von Schleswig-Holstein und Lauenburg die Mehrheit aus. Und daraus sollte nun Dahlmann ein neues Reichsministerium bilden! Der alte Gelehrte gab sich Mühe, er griff auf frühere Kombinationen zurück, wenn er Stockmar das Präsidium und dem Freiherrn Heinrich v. Arnim das Auswärtige geben

wollte. Aber seine Gesinnungsgenossen vom rechten Zentrum, sogar die Schleswig-Holsteiner dieser Richtung, konnten ihm nicht folgen; der „Württemberger Hof" glaubte seine Stunde gekommen; mit ihm wäre es noch zur Not gegangen; mit den Republikanern und den Sozialrevolutionären aber verband den würdigen Geschichtsprofessor nichts. Dahlmann hatte ein Ministerium stürzen können, aber ein neues zu bilden vermochte er nicht; er hatte nicht wie ein rechter Politiker gehandelt, der sein eigenes Kabinett schon in der Tasche hatte, wenn er zu stürzen anfängt. Dahlmann hatte gepredigt und prophezeit, aber Instinkt für die wirkliche Lage hatte er nicht gehabt. Man konnte so handeln, wenn man am nächsten Tage die revolutionären Massen zum Bürgerkrieg gegen die preußische Regierung aufrühren wollte, wenn man von Frankfurt aus Preußen zerschlug und den Befreiungskampf gegen Rußland wagte — vorausgesetzt, daß Frankreich und England das ruhig mit angesehen hätten. Dahlmann hat gewiß nie an dergleichen gedacht, er war weder imstande, eine solche Bewegung zu entfesseln, noch sie zu leiten. Nur mit dem Pathos von der Würde und Ehre Deutschlands weiterzukommen, war nicht möglich. Die Tage vergingen, es geschah nichts, die Nationalversammlung wurde mit Recht ungeduldig. Camphausen schrieb nach Berlin: „Dahlmann hatte in der Versammlung so vernichtende Angriffe sowohl von der rechten wie von der linken Seite des Hauses zu erleiden, daß mit heute der alte Ruhm dieses Mannes leider für Deutschland verloren ist[110])." Der Prophet erschien als Stümper; man spottete über den Alten, der nun nicht mehr wußte, was er eigentlich sollte; das war gewiß wohlfeil, aber die Lage war so fatal, daß man sich irgendwie Luft machen mußte. Wenigstens hätte Dahlmann auf einige Tage ein Ministerium seiner Mehrheit bilden müssen, um den Rückmarsch des deutschen Heeres, dem Mehrheitsbeschluß der Nationalversammlung gemäß, aufzuhalten. Die Nationalversammlung hätte ja dann dieses Ministerium wieder stürzen können; und wenn dabei die österreichische Reichsverweserschaft zerplatzt wäre, hätte Preußen plötzlich Aussichten gehabt, sich herauszupauken; aber auch wenn es dabei zum Zerfall der Nationalversammlung gekommen wäre, so war dieses Ende wirklich besser als alles, was später geschah. Aber auch zu diesem für jeden Politiker von Ansehen möglichen Schritt, zur Bildung eines Eintagsministeriums als letzter Konsequenz seines Auftretens, brachte Dahlmann die staatsmännische Kraft nicht auf. Am Abend des 8. September gab er seine Vollmacht dem Reichsverweser zurück.

Der drohende Bruch zwischen Preußen und der Zentralgewalt gab der bayrischen Regierung Gelegenheit zu einem auffallenden Schritt; bisher am mißtrauischsten von allen gegenüber Frankfurt, hielt sie den Augenblick nun für günstig, ihre guten Dienste anzubieten: sie erklärte, die Zentralgewalt in allen Punkten anzuerkennen, im Sinne des Gesetzes vom 28. Juni, und alle Kräfte aufzubieten, um „die Einheit Deutschlands in Verbindung mit dem konstitutionell-monarchischen Prinzip der Einzelstaaten" herzustellen und zu befestigen; kräftigste Unterstützung und Vermittlung wurde in Aussicht gestellt. „Ein großes kompaktes Reich in Süddeutschland kann nur erreicht werden durch freimütigen Anschluß an die haltbaren Grundlagen der neuen Staatenbildung . . . Es gilt so deutschgesinnt als möglich zu sein." — Mit diesen Sätzen seines Antrags an den König enthüllte Graf Lerchenfeld die innersten Motive dieser

bayrischen Politik, die gegenüber dem Separatismus der beiden Großmächte Österreich und Preußen die Mitwirkung zur Ausübung der Zentralgewalt erstrebte. Camphausen gab dem Grafen Bray, der persönlich zur Darbietung seiner guten Dienste nach Frankfurt gekommen war und jetzt das Recht zu Reichsgesandtschaften zugestand, aus den Bevollmächtigten aber eine Art Geheimen Rat entwickeln wollte, eine sehr spitze Antwort: man sei preußischerseits sehr befriedigt, daß Bayern nun auch den Schritt der Anerkennung gegenüber der Zentralgewalt mache, den Preußen bereits am 4. Juli getan hätte; man sei auch angenehm davon berührt, daß Bayern die Notwendigkeit der Durchführung des Waffenstillstands einsehe. Bayerns Absicht war gewiß, zur Versöhnung beizutragen — es wollte aber etwas dabei gewinnen; nicht umsonst tauchte in diesen Wochen wieder der Gedanke auf, die Nationalversammlung in eine bayrische Stadt zu verlegen und so unter bayrischen Schutz zu stellen[111]). Bayern hoffte, die Verstimmung gegen Preußen ausnutzen und die Zentralgewalt samt der Nationalversammlung nach der großdeutschen Seite fortentwickeln zu können. Im bisherigen Reichsministerium war Bayern durch den Fürsten Leiningen vertreten gewesen, der ja ein kleindeutscher Unitarier war. Wenn jetzt der Reichsverweser den bayrischen Abgeordneten und Vizepräsidenten der Nationalversammlung, v. Hermann, Mitglied des „Württemberger Hofes", mit der Kabinettsbildung betraute, so sah das auch nach Abkehr von der Gagernschen Reformpartei aus.

Das süddeutsche, großdeutsche und demokratische Element schien an der Reihe zu sein. Aber Bayern dachte, wie gesagt, gar nicht daran, etwa die Verwerfung des Waffenstillstands mit seiner staatlichen Kraft zu unterstützen. Bray versicherte Camphausen wiederholt: solange er Minister sei, werde kein Mann der bayrischen Armee die Grenze in preußenfeindlicher Absicht überschreiten, wie auch die Entscheidung schließlich falle; auch für die Friedensverhandlungen mit Dänemark ihre Vermittlung anzubieten, kam der bayrischen Regierung nicht in den Sinn. Sie wollte nur Einfluß beim Neuaufbau Deutschlands gewinnen und sich an die Spitze Süddeutschlands stellen, ohne viel zu riskieren[112]). Camphausen wurde auch mit dem Abgeordneten v. Hermann beinahe einig; Hermann wollte ein Ministerium nach links hin bilden, jedoch die Genehmigung des Waffenstillstands befürworten. Die Linke versagte sich ihm aber, und das rechte Zentrum hatte Bedenken vom preußischen Standpunkt aus. Das Kriegsministerium sollte wieder an Preußen fallen — neben Peucker wurde auch General v. Schreckenstein genannt. Erzherzog Johann verhandelte mit vielen Politikern persönlich, ließ den Grafen Schwerin etwa rufen, ohne ihm aber ein Portefeuille anzubieten. Camphausen machte mit dem Oberstleutnant Fischer gemeinsames Spiel: „Wir hatten verabredet, die Antwort so zu geben, daß in keinem Falle die Ablehnung des Kriegsministeriums preußischerseits behauptet werden kann[113])."

Die Ministerlosigkeit dauerte an, die Erregung in der Nationalversammlung wuchs; immer stürmischer drängte sich die Frage auf, ob die Annahme des Dahlmannschen Antrages aufrechterhalten werden könne. Der Reichsverweser besprach sich auch mit Römer, Vogt, Robert Blum und Ludwig Simon, nicht um ihnen ein Ministerium anzubieten, wie sich mancher wohl denken mochte, sondern um ihre Ansicht zu hören und die Wahrheit über die öffentliche Meinung zu

erfahren. Als Vogt dem Erzherzog erzählte, Schmerling sprenge aus: der Reichsverweser will abdanken, wenn der Waffenstillstand verworfen wird, erwiderte Johann erregt: „Ich ermächtige Sie, das als eine Lüge zu erklären. Ich kenne meinen Beruf und meine Bestimmung.“ Überhaupt führte der Erzherzog eine feste Sprache: „Tun Sie mit Schleswig-Holstein, was Sie wollen — aber keine halben Maßregeln! Entweder — Oder! Die Zustände sind so, daß ein entschiedener Schritt geschehen muß.“ In den Kreisen der Linken dachte man auch an den Fürsten Waldburg-Zeil als Haupt einer neuen Regierung und verlangte von dem schwäbischen Magnaten bindende Erklärungen; er antwortete grob, er suche keine Stelle und unterwerfe sich keiner Partei, wolle aber seine Person einsetzen, wenn es nötig sei. Viele glaubten, daß der Augenblick schon jetzt für Heinrich v. Gagern gekommen sei. Er war in den kritischen Septembertagen in einer sehr gereizten Stimmung; der Rücktritt des von ihm auf den Schild gehobenen Erzherzogs hätte die Bahn für ihn selber frei gemacht, aber die Rolle Preußens bei der schleswig-holsteinischen Sache war zu schlecht, als daß die Gagernsche Reformpartei jetzt erfolgreich hätte vorgehen können. Sie mußte sich darauf beschränken, im Augenblick den Waffenstillstand durchzubringen und die bisherige Zentralgewalt zu halten[114]).

Die preußische Regierung versuchte die peinliche Lage durch lebhafte diplomatische Arbeit in den europäischen Hauptstädten zu verbessern. Überall wurde die Gefahr neuer Revolution in Deutschland betont und die Nachgiebigkeit Dänemarks in Anspruch genommen. Das einzige was erreicht wurde, war der oben behandelte Ersatz Moltkes durch Reventlow; aber auch in diesem Punkte sprach Dänemark keinen Verzicht auf amtlichem Wege aus, es war nur eine Regelung unter der Hand. Dänemark verlangte ferner unmittelbare Ausführung des Waffenstillstands; später sei die Möglichkeit für Modifikationen ja gegeben. Der völkerrechtliche Ausschuß war durchaus im Irrtum, wenn er annahm, Moltke sei offiziell fallengelassen, und mit sofortigen Modifikationen sei sicher zu rechnen[115]). Man glaubte, was man wünschte; mancher Zwischenträger mag dazu beigetragen haben, solche Hoffnungen bei der Nationalversammlung zu erwecken — um ihr eben den Rückzug zu erleichtern. Es wurde stark gearbeitet in diesen Tagen; der Herzog von Augustenburg selbst war nach Frankfurt gekommen und forderte die Abgeordneten der Herzogtümer ernstlich zur Besonnenheit auf[116]).

Am 12. September kamen die Berichte der vereinigten Ausschüsse an die Nationalversammlung. Die Mehrheit von 12 Mitgliedern befürwortete die Verwerfung des Waffenstillstands; die Minderheit von 10 Mitgliedern setzte sich ein für die Annahme. Da Arndt während der Beratung zur Minderheit überschwenkte, standen die Stimmen gleich, elf zu elf. Am 14. September begann die Verhandlung; sie dauerte drei Tage und war in ihrem Ergebnis lange ungewiß. Man hörte Heckscher beweisen, wie korrekt er in allem gehandelt habe, und wie Preußen eben gar nicht anders hätte vorgehen können, als es geschah; man hörte den Vizepräsidenten v. Hermann ein eventuelles Ministerprogramm entwickeln, dessen harmlose Trivialität die etwas beschämte Heiterkeit aller Nichtbayern hervorrief; man hörte Waitz, einen der führenden Gegner des Vertrages, mit kunstvollen Scheingründen jetzt für die Annahme eintreten; man hörte Lichnowsky,

ganz anders als sonst, mit schmerzlicher Milde zur Versöhnung mahnen; man hörte Karl Vogt den Bruch mit der preußischen Regierung empfehlen und die Leidenschaften der Volkskraft aufrufen; man hörte Robert Blums Beschwörung: die Volksbewegung werde sich steigern, die Revolution sei bis jetzt vor den Thronen stehengeblieben, es könne sein, daß eine zweite Revolution diese Throne hinwegschwemmen werde.

Den Ausschlag gab schließlich die überraschende Tatsache, daß vier schleswig-holsteinische Abgeordnete: Francke, Droysen, Michelsen und Neergard, gleich im Anfange der Debatte einen Sonderantrag einbrachten: die Vollziehung des Waffenstillstands nicht weiter zu hindern, über die dänischerseits in Aussicht gestellten Modifikationen baldigst eine Verständigung herbeizuführen und die provisorische Zentralgewalt zu schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen aufzufordern[117]). Wenn unter dem sichtbaren Druck des Herzogs von Augustenburg, der persönlich den Verhandlungen beiwohnte und nur mit Preußens Einverständnis, nur auf preußische Anregung so handelte, gerade führende Abgeordnete der Herzogtümer selbst sich mit dem Waffenstillstand abfinden wollten — dann mußte sich freilich mancher fragen, warum das gesamte Deutschland die ungeheuren Folgen eines Bruches auf sich nehmen sollte. Die Schleswig-Holsteiner selbst haben also letzten Endes entschieden. Der Antrag Dahlmann-Wurm, den Waffenstillstand nicht zu genehmigen und die Fortsetzung des Krieges durch das Reichsministerium zu veranlassen, wurde mit 258 gegen 237 Stimmen abgelehnt; der Antrag Francke-Droysen mit 257 gegen 236 Stimmen angenommen. Auch Dahlmann hatte sich nun entschlossen, dafür zu stimmen! Der Ausschußantrag, die Zentralgewalt zu beauftragen, über das Verfahren Preußens gegenüber der Zentralgewalt besonders zu berichten, wurde mit 205 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Die Linke hatte nach Annahme des Waffenstillstands an einer solchen Untersuchung kein Interesse mehr, viele Abgeordnete hatten verzweifelt die Paulskirche verlassen.

*

Der 16. September ist der schwarze Tag des Frankfurter Parlaments. Diese stolze Versammlung, die ganz aus ihrer Machtvollkommenheit heraus das neue Deutschland aufbauen wollte, hatte binnen wenigen Tagen in derselben Sache zuerst nein, dann ja gesagt; es war ja eine Illusion, daß sich irgend etwas Wesentliches verändert habe. Preußen war in Malmö vor den europäischen Großmächten zurückgewichen, es hatte die „Ehre und Würde Deutschlands" preisgegeben; die Mehrheit der Nationalversammlung sah das mit aller Deutlichkeit und billigte es schließlich, weil sie eben Preußen nötiger brauchte als Preußen sie. Preußens Ansehen in Deutschland hatte schwer gelitten; nun opferte auch die Nationalversammlung einen großen Teil ihres eigenen Ansehens; die übel behandelte Zentralgewalt, das übel behandelte Reichsministerium hatten aus Opportunitätsgründen für die Regierung, für die Politik eintreten müssen, von der sie die stärksten Schläge empfingen. Camphausen schrieb nach Berlin: „Der Sieg gehört zu denjenigen, deren man nicht viele erkämpfen kann, ohne zu verbluten. Hoffentlich kommen wir nicht wieder in einen Fall von so bedenklicher und schwankender Natur[118])."

Man hätte es verständlich gefunden, wenn Dahlmann nach der Verwerfung seines Antrags aus dem Parlament ausgetreten wäre; daß er unmittelbar danach für den Franckeschen Antrag stimmte, war völlig unbegreiflich. Ähnlich wirkte das Auftreten von Waitz. Der Beruf des deutschen Professors zur Politik wollte jetzt manchem zweifelhaft erscheinen. Der Abfall der vier schleswig-holsteinischen Abgeordneten rief Erbitterung und stärksten Unwillen hervor. Viele ehrliche Patrioten fühlten sich an der Nase herumgeführt. Der Mangel an politischer Voraussicht schien ebenso groß wie der Mangel an politischem Mut. Die persönlichen Gegensätze im Parlament waren durch solche Erlebnisse sehr verschärft worden und mußten seine weitere Arbeit empfindlich belasten. Das parlamentarische System als Mittel zu Regierungsbildungen und Exekutivhandlungen schien bei dieser ersten schweren Probe versagt zu haben; selbst wenn man die besonderen Umstände in Betracht zog, etwas von diesem unerfreulichen Eindruck blieb immer übrig. Der Glaube an das Parlament überhaupt und seine Leistungsfähigkeit hatte schwer gelitten. Die Paulskirche war immer sehr national in ihrer Mehrheit gewesen; gerade die lautesten Nationalisten zogen sich nun auf die staatsmännische Geste beschleunigten Kompromisses zurück. Und die Linksparteien, denen man gerne ihren Internationalismus vorwarf, hatten dem vaterländischen Gefühl die standhaftere Treue bewahrt. Viele begannen in der Erregung dieser Septembertage schon ernstlich an einem guten Ausgang der Arbeit des Parlaments zu zweifeln; ein Unglück war geschehen, man fühlte sich irgendwie elend und wund. Die Leidenschaft des Kampfes fuhr in die Volksmassen der Parlamentsstadt. Heckscher, dessen verletztes Selbstgefühl im Parlament so böse ausgebrochen war, daß er zur Ordnung gerufen wurde, mußte schwere Bedrohung an Leib und Leben erfahren; vor dem Hotel des Herzogs von Augustenburg, dem Friedrich Wilhelm IV. ausdrücklich herzlichen Dank für seine Tätigkeit in Frankfurt sagte, fanden tobende Demonstrationen statt. In den Fraktionen der Linken sprach man von geschlossenem Austritt, von der Konstituierung als Rumpfparlament, oder auch von Auflösung der Nationalversammlung und von Neuwahlen. In der großen, über 4000 Köpfe zählenden Versammlung auf der Pfingstweide, am 17. September, wurde wild und zornig gesprochen; die 257 Ja-Sager wurden als Verräter erklärt, die Linke sollte sich selbständig konstituieren. Umflorte deutsche Fahnen eröffneten den Protestzug in die Stadt. Man wollte Fraktur sprechen und — handeln. Der nationale und der demokratische Gedanke stand in deutlicher Angriffsstellung zum Dynastischen und Partikularen, der Augenblick für einen neuen Ausbruch der revolutionären Volksbewegung schien besonders günstig.

Die Lage im Westen und Südwesten Deutschlands war nun aufs äußerste gespannt: von Köln nach Frankfurt, von Frankfurt nach Hessen, Thüringen, in die Pfalz und nach Straßburg, von dort und von der Schweiz ins Badische liefen die Verbindungen der Sozialrevolutionäre. Die große Volksversammlung auf dem Frankenplatz in Köln, die Heinrich Bürgers am 13. September leitete, nahm einstimmig eine scharfe Adresse an die Berliner Nationalversammlung an und beschloß die Errichtung eines Sicherheitsausschusses. Vier Tage später trafen sich Tausende auf einer Wiese bei Worringen am Rhein. Die rote Fahne hatte hier die schwarz-rot-goldene verdrängt; der Führer der Düsseldorfer Delegation

war der dreiundzwanzigjährige Ferdinand Lassalle. Die Redner sprachen für die demokratisch-soziale Republik; eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung ermahnte zum Beharren im Widerstand gegen Preußen[119]). Am 25. September wurden in Köln Barrikaden gebaut, der Belagerungszustand wurde verhängt. Im Süden Badens war Struve zum Losschlagen bereit. Sein und Sigels Gedanke war, sich mit den Führern der Linken in der Paulskirche zu verbinden und eine provisorische Regierung „für sämtliche Republikaner diesseits und jenseits des Rheins" einzusetzen[120]). Wir wollen den zweiten badischen Aufstand nachher im Zusammenhang betrachten; er ist ein Teil der großen westdeutschen Bewegung, die sich gegen die Nationalversammlung und ihre dynastische Zentralgewalt richtete, die sich aber in einer Kette von örtlich begrenzten Aufständen verpuffte.

In Frankfurt war der Boden durch die linksstehenden Vereine aufgelockert; viele aufreizende Flugblätter, besonders aus dem August Strittschen Verlage, hatten die Geister erregt: Hetze gegen Aristokratie und bürgerliches Philistertum, scharfe Angriffe auf einzelne Personen wie auf Karl Mathy, den „abtrünnigen Demagogen", Drohungen gegen Reichsverweserschaft und Parlament waren alltägliche Kost. Auch das Spottlied Georg Herweghs auf Erzherzog Johann und seinen berühmten Toast in Köln wurde in Frankfurt als Flugblatt verbreitet:

„Und Fürstenwein ist teurer Wein,
Drum schenkt uns einen andern ein —
Gut Wind und gut Geschick
Der deutschen Republik[121])!"

Der uns wohlbekannte Esselen, der frühere Präsident des Frankfurter Arbeitervereins, war wieder in Frankfurt erschienen; in Höchst hatte er schon Anfang September die Barrikaden gefordert. Sein Nachfolger in der Führerschaft der Arbeiter war ein gebürtiger Prager, Gustav Hörfel, der als Kommis in Frankfurt tätig war. Germain Metternich arbeitete ebenfalls seit einiger Zeit in der Parlamentsstadt politisch; als einer der leidenschaftlichsten Wühler wirkte Saul Buchsweiler, vormals israelitischer Religionslehrer, der unter dem Namen „der Doktor" in allen Kneipen bekannt war[122]). Der ehemalige preußische Auskultator Friedrich Kapp stellte am 16. September als Leiter des demokratisch-republikanischen Vereins die Fäuste von 2700 Arbeitern zur Verfügung, wenn sich die Linke permanent erklären wollte. Sie tat es aber nicht, Robert Blum siegte über Wesendonck und Ludwig Simon, die den Austritt empfahlen und damit das Bündnis mit der offenen Gewalt. Blum war kein gewöhnlicher Putschist; er unterschätzte den Gegner nicht; er mißtraute allen großartigen Versprechungen von Zuzug und Hilfe von außen; vor allem fühlte er sich zu sehr als Mitglied dieses Parlaments, um dessen Schicksal es sich nun handelte.

Auch um das Schicksal der Zentralgewalt ging es; ihr klügster Träger, Schmerling, erkannte schnell in der drohenden Volksbewegung eine willkommene Möglichkeit, ihrem schnell geschwundenen Ansehen noch einmal aufzuhelfen. Der Reichsverweser hatte kein brauchbares Ministerium mehr; das mußte er vor allem wiederbekommen. An das bisherige Reichsministerium erging am Spätabend des 16. September das Ersuchen, sich wieder zur Verfügung zu stellen. Nur Fürst Leiningen erklärte für sich persönlich, nicht wieder teilnehmen zu

können; Heckscher kam bei der allgemeinen Erbitterung gegen ihn nicht mehr in Betracht. Er war nach Bad Soden gegangen und mußte sich dann in Höchst verhaften lassen, um sein Leben zu retten. Die übrigen Minister waren bereit, „alle Geschäfte mit voller Verantwortlichkeit so lange fortzuführen, bis das neue Ministerium gebildet sein wird" — „damit die wichtigen und dringenden Regierungsgeschäfte besorgt und bei der ernsten Zeit des Vaterlandes die Verpflichtungen der provisorischen Zentralgewalt in ihrem vollen Umfange erfüllt werden[123])". Da Beckerath nicht anwesend war — er war nach Berlin berufen worden —, wurden die Geschäfte des Finanzministeriums dem Handelsminister Duckwitz übertragen, das Auswärtige übernahm der interimistische Reichsminister des Innern v. Schmerling, der auch den Vorsitz führte.

In Frankfurt lag außer den stadtstaatlichen Truppen ein wenig zuverlässiges kurhessisches Bataillon. Bei einem Appell am Abend des 17. September blieb ein großer Teil der Stadtwehr aus. Stadt und Parlament waren also gegenüber dem drohenden Ausbruch wehrlos. Schmerling und der Reichskriegsminister Peucker hatten aber Vorbereitungen getroffen. Nur zögernd überließ die Regierungsbehörde der Freien Stadt den Schutz der Nationalversammlung den Reichsbehörden — sie behielt sich alle ihre Souveränitätsrechte vor: aber es ging nun nicht mehr anders[124]). In der Nacht zum 18. September trafen zunächst 2000 Preußen und Österreicher aus Mainz in Frankfurt ein. Peucker tat sofort weitere Schritte, um noch zwei weitere Bataillone aus Mainz, sowie sonstige Truppen aus Darmstadt zu erhalten, endlich auch um auf dem Marsch in der Nähe befindliche Truppen heranzuziehen, besonders Artillerie, denn die stadtfrankfurtische besaß weder Munition noch Bemannung noch schießgeübtes Personal.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung und die Frankfurter Bürgerschaft staunten, als man am Morgen des 18. September den Paulsplatz mit Österreichern und Preußen besetzt fand. Beide Bataillone waren von dem städtischen Obersten Hoffmann dicht zusammengedrängt, mit der Front nach der Kirche, aufgestellt worden. Der Platz war nicht abgesperrt; um das, was sonst in Frankfurt vor sich ging, kümmerte sich diese Truppe nicht. Die Sitzung der Nationalversammlung begann mit der Anfrage von der Linken, was das fremde Militär sollte. Schmerling antwortete, nachdrücklich und bestimmt: das Ministerium habe alle Anstalten für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens getroffen, ein Angriff auf die Nationalversammlung sei Hochverrat. Der Hanauer Rühl und andere von der äußersten Linken verlangten nun Neuwahlen. Die Dringlichkeit des Antrages wurde verneint; andere forderten die Zurückziehung der Truppen, da sie die Freiheit der Beratungen störten; dieser und andere Anträge fielen zu Boden, man fühlte, wie die Stoßkraft der Linken in der Versammlung erlahmte. Das Parlament wandte sich wieder den Grundrechten zu und beriet über die Freiheit der Wissenschaft.

Da pochte es heftig an der nördlichen Kirchentür; ein nicht sehr großer Volkshaufe hatte sich, vom Militär ungehindert, hier angesammelt und drang ein; Abgeordnete und Parlamentsdiener wehrten ab, es entstand Lärm und Getümmel, die dicht besetzte Galerie wurde unruhig, in der Versammlung aber wurde es totenstill. Gagerns machtvolle Mahnung hielt die gefährliche Lage; es gelang, einzelne Eingedrungene hinauszubefördern. Da griffen draußen die Truppen mit

dem Bajonett an. Viele Abgeordnete eilten zum Fenster. „Keine Komödie hier“, dröhnte Robert Blum. „Keine Komödie draußen“, trumpfte es auf von der Rechten. Die preußischen Soldaten standen dem Volkshaufen zunächst, sie also säuberten den Platz, einige Verwundungen fanden statt, ein paar Leute wurden festgenommen. Die Nationalversammlung war schnell gesichert; aber nun entstand eine große Erbitterung gegen die Preußen. Es waren Mainzer Soldaten, und mit Ingrimm mochte man sich der Mainzer Ereignisse vom April erinnern. Es waren Truppen gerade des Staates, der die schleswig-holsteinische Sache preisgab und dort einen Rückzug nach dem andern vornahm. Aber zum Kampf gegen unbewaffnete Bürger reichte es! Das Gerücht machte wie üblich aus den Verwundungen Morde; Bürger heraus! Zu den Waffen! Barrikaden! Die Preußen müssen fort! — so schrie es durch die Gassen. Auf dem Roßmarkt hatte gegen zehn Uhr eine Volksversammlung stattgefunden, bei der Metternich, Esselen und Arnold Reinach, dieser ein gebürtiger Frankfurter, die Menge beruhigen wollten, aber gegen den wachsenden Unwillen nicht aufkamen[125]). Der Barrikadenbau begann an vielen Punkten, die Buden der Herbstmesse auf dem Römerplatz lieferten gutes Material; mehr als vierzig Barrikaden sind bis zum Nachmittag entstanden. Waffen jeder Art mußten herhalten, die Sammlung des Bankiers Flörsheim lieferte Spieße und Hellebarden. Was am Tage vorher geplant war, die Sturmpetition an die Nationalversammlung auf Grund der Pfingstweide-Beschlüsse, verpuffte jetzt vollends; die Adresse wurde um zwei Uhr im Parlament vorgelesen, ohne irgendeinen Eindruck zu machen. Es handelte sich nun um etwas ganz anderes, um Kampf gegen das Militär, um Kampf gegen das an sich verhaßte Preußen, um Kampf gegen Zentralgewalt und Nationalversammlung, die sich solcher Mittel gegen das Volk bedienten, also um das, was es in Berlin, Wien und Prag schon gegeben hatte, um den Kampf der Revolution gegen die Autorität. Das republikanische Selbstgefühl der Frankfurter hatte sich schon immer gegen fremde dynastische Gewalten gewehrt; nun brach diese süddeutsche volksmäßige Stimmung erbittert aus; das örtlich Bedingte verband sich mit dem Allgemeinen zu schmähender Leidenschaft. Gegen die Österreicher wandte sich die Volkswut bezeichnenderweise gar nicht; man hoffte sogar, sie auf die Seite des Volkes zu ziehen — was schon deshalb mißlang, weil es sich um tschechische Soldaten handelte, die kein Wort von den Werbungen verstanden. Die Frankfurter Stadtwehr freilich ging großenteils zum Volke über.

Das Unglück hatte gewollt, daß sich unter den Verletzten an der Paulskirche auch ein Sachsenhäuser befand: so geriet dieser trotzige und eigenwillige Volksstamm wiederum in eine heftige Erregung. Sie duldeten keine Einmischung fremden Militärs und sperrten mit Erfolg die Mainbrücke ab. Auch nach dem Aufstand weigerten sie sich, Quartier für die Preußen herzugeben. — „Die Frankfurter hätten selbst für Ordnung sorgen sollen — sie haben die Preußen gerufen, nun sollen sie auch für sie sorgen“, hieß es. Als sich junge Leute an das Barrikadenbauen machten, wehrte ein Sachsenhäuser Bürgerausschuß unter Leitung der Bürger Dietzel, Rumbler und Strohhecker ab: „Wenn wir Barrikaden haben wollen, können wir sie selber bauen, kein Fremder soll sich das erlauben, wenn ihm sein Leben lieb ist[126]).“ Viele halfen aber drüben den Frankfurtern.

In Frankfurt rüstete sich die Altstadt zum Straßenkampf. Die Fremden, die am 17. September zur Pfingstweide-Versammlung in die Parlamentsstadt geströmt waren, hatten sie größtenteils wieder verlassen; die Haltung der Linken der Nationalversammlung hatte enttäuschend gewirkt; viele Abziehenden schossen in der Nacht zornig ihre Gewehre ab, weil es nun doch nicht zum Kampf zu kommen schien. Die militärische Besetzung des Paulsplatzes, das Auftreten der Preußen hatte die plötzliche Wendung hervorgebracht. Völlig ungestört leiteten Metternich, Esselen, Adler, der Sattlermeister Reutlinger den Barrikadenbau, nach wohlüberlegtem Plan, den Stadtgrundriß in der Hand. Das Militär beschränkte sich zunächst ganz auf den Schutz der Nationalversammlung; nicht einmal der Barrikadenbau auf dem Römerberg wurde verhindert; man habe keinen Befehl dazu, antwortete der preußische Offizier dem ärgerlich fragenden General von Auerswald. Vor den Toren verbreitete sich deshalb das Gerücht, die Preußen seien von allen Seiten eingeschlossen, in wenigen Stunden würde man schon mit ihnen fertig werden. Das regte natürlich mancherlei Zuzug an. Der Osten der Stadt mit der östlichen Altstadt als Kern der Stellung, mit Offenbach und Hanau als Reserven — so baute sich die Barrikadenfestung gegen den Westen auf. Turnerschaft und Arbeiterverein besetzten sie in erster Linie — sie allein verfügten über brauchbare Gewehre und Munition. Unter den Altegässern und Sachsenhäusern befand sich mancher erfahrene Wildschütze; wer als freiwilliger Jäger bei der Bürgerwehr gewesen war, verstand etwas vom Handwerk. Hier wiederholt sich eine Erscheinung, die wir von der Berliner Märzrevolution her kennen. Handarbeiter und Handwerker bewährten ihre Geschicklichkeit beim Zimmern der Barrikaden aus Fässern, Steinen, Holzstücken und umgestürzten Wagen. Die Beile sah man dann auch als Waffe. Auf der Barrikade in der Schnurgasse, nächst der Ziegelgasse, war die rote Fahne aufgesteckt. Ein Mann mit offenem Schwerte stand daneben[127]). Deutlich teilte sich die Frankfurter Bevölkerung in zwei ungleiche Hälften. Anders als in Berlin prägte sich in der behaglichen, verwöhnten Kaufherrnstadt der soziale Gegensatz scharf aus. Die Besitzenden und Gebildeten mißbilligten von Anfang an das Unternehmen. Der kleine Mittelstand, Handwerker und dergleichen, war aber dafür; hier wirkte die Agitation der letzten Tage und die politische Praxis der Vereine. Beweisgründe auch wunderlicher Art schlugen durch: Deutschland werde, so hieß es etwa, die Kosten des Dänischen Krieges zu zahlen haben, nächstdem werde mit der Verteilung begonnen, jeder käme daran[128]). Die Zahl der Personen, die sich aktiv am Straßenkampf des 18. September beteiligten, wird auf mindestens Fünfhundert geschätzt, hat aber wahrscheinlich erheblich mehr betragen, da nur ein Teil später vor die Frankfurter Gerichte gekommen ist und dieser Teil allein schon über sechshundert Köpfe zählte. Trotzdem wären wohl die beiden am Morgen vorhandenen Bataillone allein schon imstande gewesen, den Aufstand zu bekämpfen. Um ein Uhr traf dann das zweite österreichische, um halb drei Uhr das zweite preußische Bataillon ein. Erst um zwei Uhr begann der Angriff, dessen Oberkommando der österreichische General Graf Nobili übernahm.

Man fragt sich, warum das Militär nicht viel früher eingriff. Militärische und politische Gesichtspunkte waren dafür maßgebend. Die Hauptsache für das Reichsministerium war der Schutz der Paulskirche und des Bundespalais in der

Eschenheimer Gasse, des Sitzes der Zentralgewalt. Nach den Drohungen in den Versammlungen der vergangenen Tage rechnete man mit einer viel stärkeren Beteiligung auch von auswärts, als sie wirklich stattgefunden hat. Man wollte die Truppe nicht unnötig aussetzen; deshalb wurden auch einzelne Posten, die in der Stadt verteilt waren, zurückgezogen. Die sonstigen Barrikadenkämpfe des Revolutionsjahres hatten gezeigt, daß es besser war, den Feind zu überschätzen, statt zu unterschätzen. Mehrere direkte Angriffe des Militärs sind ja auch dann zuerst gescheitert, wie der der Österreicher auf die Barrikade am Trierischen Platz, wie der der Preußen beim Römischen Kaiser. Politisch mußte dann das folgende erwogen werden. Die Zentralgewalt konnte nicht viel riskieren. Sie konnte nicht wie eine alteingesessene Regierung etwa ihre Hauptstadt auf kurze Zeit verlassen, um sie mit überlegenen Kräften wieder zu erobern. Sie konnte auch keinen lange unentschiedenen Straßenkampf aushalten mit Kapitulation und Friedensschluß wie am 18. März in Berlin. Sie wankte politisch schon sehr erheblich, und deshalb durfte sie militärisch den Kampf nur unter fast sicheren Umständen beginnen. Wäre sie etwa nach Mainz gegangen, so hatte man in Frankfurt die Provisorische Regierung und den Konvent. Schmerling hat diese Lage am schärfsten erkannt und folgerichtig danach gehandelt. Mochte ruhig die Barrikadenfestung fertiggebaut werden in der Frankfurter Altstadt, die Zentralgewalt versäumte nichts; hatte sie erst alle Machtmittel beieinander, so war ihr der Sieg gewiß; und wenn der Kampf deshalb an Umfang gewann, so war der Sieg politisch nachher desto bedeutungsvoller. Schmerling hatte in jungen Jahren Offizier werden wollen; er bewies jetzt das kalte Blut und den Überblick eines Feldherrn. Nur dieses ganz Allgemeine konnte er freilich beeinflussen und letzten Endes entscheiden; die Schwächen der eigentlich militärischen Führung vermochte er nicht auszugleichen. Um fünf Uhr waren die drei Hauptbarrikaden noch nicht genommen; die Frontalangriffe waren wie immer beim Straßenkampf mühselig und verlustreich; Umgehungsversuche mißlangen; der Kampf stockte. Mit den Sachsenhäusern, die über die Brücke gekommen waren, wurde zuerst eine Art „Friede“ geschlossen. Die Abgeordneten der Linken bemühten sich um einen allgemeinen Waffenstillstand. Sollte das Blut der Freunde der Freiheit vergossen werden, sollte mit Kriegsgewalt gegen freisinnige Bürger vorgegangen werden? — hatte Robert Blum den Minister v. Schmerling vor Kampfbeginn vorwurfsvoll gefragt. Die Männer der Linken, die den Kampf nicht gewollt hatten, sahen den Hauptanlaß in dem Auftreten der preußischen Truppen; die Barrikaden waren doch nur zum Schutz gegen die Preußen gebaut worden! Eine Deputation von 17 Abgeordneten der Linken verlangte deshalb vom Reichsverweser die Zurücknahme der Truppen im Interesse der Ruhe der Stadt. Erzherzog Johann war ein alter Soldat; er tat aber, was Fürsten im Bürgerkriege immer tun — er verwies die Deputation an das Reichsministerium und gab ihr einen Zettel mit, auf dem er den Wunsch ausdrückte, „daß, was auf gütlichem Wege beigelegt werden kann, geschehe“: wohlmeinend, unklar, unverbindlich und jedenfalls nicht abweisend. Die Männer der Linken verlangten daraufhin von Peucker Zurückziehung der Truppen und verbürgten sich dann für Räumung der Barrikaden. Peucker und Nobili kannten aber die Erfahrungen von Berlin; sie drehten die Zugumzughandlung herum: erst Räumung der Barrikaden und

Niederlegung der Waffen, dann Einstellen des Feuerns. Eine halbstündige Waffenruhe wurde bewilligt — sie wurde dann noch um dieselbe Zeit verlängert und dauerte bis gegen sechs Uhr. Noch war alles unentschieden; Verhandlungen gingen hin und her; die Aufständischen sahen ihr augenblickliches Übergewicht und dachten nicht daran, die Barrikaden zu räumen; sollte nicht doch das Militär mit dem Rückzug anfangen? Das Blutvergießen wieder zu beginnen, erschien vielen ein harter Entschluß; auch Peucker schwankte. Hessische Infanterie und Kavallerie war aus Darmstadt eingetroffen und zur Verstärkung eingesetzt worden; die Artillerie war noch nicht da; es war zweifelhaft, ob man sie über die noch unvollendete Eisenbahnbrücke herüberbringen werde. Schmerling aber triumphierte, er blieb am härtesten; jede gütliche Beilegung wurde durch ihn verhindert. Der großherzoglich hessische Militärbevollmächtigte bei der Zentralgewalt, Major du Hall, erwarb sich das Verdienst, die Eisenbahnbrücke passierbar gemacht und damit das rechtzeitige Eintreffen der hessischen Artillerie ermöglicht zu haben. Dies brachte militärisch die Entscheidung; mit acht Schüssen wurde die Barrikade an der Löwenapotheke niedergelegt. Ebenso wurde der letzte Widerstand in der Altstadt überwunden. Die Zentralgewalt hatte militärisch gesiegt; es war nach Prag der erste klare Sieg über die Revolution; wieder war er unter österreichischer Führung und nun zugunsten der österreichischen Reichsverweserschaft errungen. Dieser Sieg bekam durch einen besonderen Zwischenfall noch eine erhöhte politische und moralische Bedeutung. Der Kampf war ein rein politischer gewesen; keine Verletzung des Eigentums durch die Aufständischen hat ihn befleckt; sie fochten für die Freiheit und die Republik gegen Militärgewalt und Dynastien; Achtung konnte ihnen auch der Gegner nicht verweigern. Da wollte es das Schicksal, daß zwei Abgeordnete der Nationalversammlung von einem fanatisierten Haufen, ganz abseits von der eigentlichen Kampfhandlung, auf abscheuliche Weise ermordet wurden, und diese Missetat hat einen tiefen Schatten auf die Frankfurter Septemberrevolution geworfen.

Fürst Felix Lichnowsky war wohl der einzige in Frankfurt am 18. September, der an leitender Stelle einen Krieg mitgemacht hat — in Spanien, wo er auch die Guerilla-Methoden kennengelernt hatte, die dem Barrikadenkampf so ähnlich waren. Es war also nicht der Temperamentsausbruch eines Husarenfähnrichs, wenn er mithandeln wollte — er hatte dazu ein sachliches Recht. Sein Name stand mit dem Gagerns und Heckschers und zehn anderen auf einer Art Proskriptionsliste, die in den revolutionären Vereinen umging; gleich den andern war er gewarnt, wollte eigentlich verreisen, wie es Fürst Leiningen tat, wünschte aber doch, den Schein der Furcht zu vermeiden, und blieb. Um drei Uhr besprach er lebhaft mit dem Grafen Nobili den Angriffsplan und gewann ihn für den Versuch einer Umgehung der Barrikadenkämpfer, der zum Teil auch erfolgreich durchgeführt wurde, an der Fahrgasse. Dann überredete er den Abgeordneten General v. Auerswald zu einem Rekognoszierungsritt nach Nordosten vor die Tore. Peucker hatte sich gegen den Gedanken Lichnowskys gewehrt, in dieser Richtung, vom Friedberger und Allerheiligentor eine Umgehung der Aufständischen durchzuführen, weil für den Augenblick zu wenig Truppen zur Verfügung standen. Nun wollte der Fürst der württembergischen Artillerie, die von Norden her kommen mußte, entgegenreiten, um sie gleich, wahrscheinlich in seinem Sinne,

richtig einzusetzen. Auch mit preußischen Infanteristen scheint er nach dieser Richtung Verabredung getroffen zu haben. Lichnowsky war tatendurstig und ehrgeizig; er sollte in den nächsten Tagen nach Berlin kommen und bei der Beilegung der dortigen Ministerkrise helfen. Gelang es ihm, an führender Stelle die Frankfurter Revolutionäre niederzuwerfen, so konnte ihm ein Ministerium winken. So wirkte Militärisches und Politisches zusammen. Die beiden Reiter wurden schon am Friedberger Tor erkannt und belästigt. Lichnowsky schoß in einen Volkshaufen. Statt zurückzugehen, verirrten sie sich in dem weiten, von wenigen engen Pfaden durchzogenen Gartenkomplex und trafen von neuem mit jenem aufgeregten Haufen zusammen, zu dem ein anderer, aus Ginheimer und Bockenheimer Turnern bestehender stieß. Jener Saul Buchsweiler befand sich als Hetzer und Treiber bei diesen Leuten, die sich mit Sensen bewaffnet hatten und mit den erwarteten Hanauern zusammen gegen die Preußen ziehen wollten. Nun trieb ihnen der böse Zufall zwei Preußen in die Arme, zwei wohlbekannte Führer, zwei „Parlamentskerle" — Lichnowsky besonders, den Verhaßtesten der Rechten, den eleganten Aristokraten, der sich so oft darin gefallen hatte, die Canaille herauszufordern. Dieser Volkshaufe bestand aus Arbeitern und Handwerksgesellen, die in ihren Vereinen zum Haß gegen die Fürsten und die Nationalversammlung erzogen waren. Am Morgen des 18. September hatte der Berliner Daniel Georg in den Frankfurter Vororten zum Sturz des Parlaments aufgerufen; nun bekam man ganz unverhofft zwei seiner Mitglieder in die Finger. Im Kirchenwäldchen von Bockenheim, hatte der Berliner verkündigt, wären die Stricke bereit, um die Abgeordneten von der Rechten aufzuknüpfen. Wozu die Umstände, dachte man; das kann auch auf der Stelle geschehen. Man wollte ein Exempel statuieren. Die greuliche Jagd auf die beiden Unglücklichen begann; zuerst wurde der alte Auerswald totgeschlagen; Lichnowsky hatte sich versteckt, wurde aber im Keller des Gärtnerhauses entdeckt. Man schimpfte ihn Fürstenhund und band ihm einen Pappdeckel auf den Rücken mit der Inschrift „Vogelfrei". Es wurde beratschlagt, „wie man den Hund aus der Welt schaffen könnte"; ein Wohlmeinender empfahl, ihn als Geisel zu nehmen; schließlich wurde Lichnowsky doch massakriert und so greulich verletzt, daß er am selben Abend starb. Der ihm befreundete Freiherr v. Bethmann hatte ihn zuerst in dem Gartensalon der Villa am Friedberger Tor aufgenommen; Lichnowsky selbst wollte in das Hospital gebracht werden, um Bethmanns Haus nicht zu gefährden[129]).

Der Oberste jenes Volkshaufens hat Schützenuniform getragen; er führte die rote Fahne. Auch sonst wird die rote Fahne mehrfach bezeugt, so durch die Aussage Arthur Schopenhauers vor dem Frankfurter Gericht: „Am 18. September ungefähr halb ein Uhr sah ich aus meinem Fenster einen großen, mit Mistgabeln, Stangen und einigen Gewehren bewaffneten Pöbelhaufen, dem eine rote Fahne vorangetragen wurde, von Sachsenhausen her über die Brücke ziehen, in dem eine Abteilung des hiesigen Linienmilitärs voranmarschierte[130])." Das war der tiefere Sinn des 18. September: die rote Fahne kämpfte gegen die schwarz-rot-goldene, die Republik der Sozialrevolutionäre gegen die Evolution, die durch die dynastische Zentralgewalt und die Nationalversammlung versprochen war. Das Reich der Paulskirche, selbst Produkt der Volksbewegung vom März, hatte über die patriotische, demokratische und soziale Unzufriedenheit einer

Volksbewegung gesiegt, die weiter gehen wollte. Vom 18. September an waren nun auch Zentralgewalt und Parlament „legitim", denn sie hatten Waffengewalt gebraucht und Blut vergossen. Ja sogar ihre Märtyrer hatten sie: den alten preußischen General, Kämpfer der Freiheitskriege, den Bismarck den praktischsten Politiker der drei Brüder Auerswald nennt, und den oberschlesischen Magnaten, der vielleicht ein Konkurrent Bismarcks hätte werden können, den liebenswürdig-arroganten Dandy der Politik, den die Männer eifersüchtig bespöttelten, den die Frauen so gern hatten: Felix Lichnowsky, den Meister der improvisierten Rede, den schillernden Florettfechter, den parlamentarischen Taschenspieler und Zauberer, den welt- und lebemännischen Führer und Verführer — halb der ins Staatliche gesprungene Pelham Bulwers, halb ein Antinous, wie ihn Wilhelm Jordan, auch er magisch gefesselt und geblendet von dem Schimmer des Vielgewandten, in seiner Totenklage nannte. Die im Blutrausch begangene Greueltat hat damals der demokratischen Linken und dem Gedanken der revolutionären Volksbewegung mehr als sonst etwas geschadet; es war ja so einfach, in diesem traurigen Einzelfalle das eigentlich Symptomatische zu erblicken; der solide Bürger hörte es mit angenehmem Gruseln, wenn nun alles Revolutionäre hingestellt wurde als ein rohes Banditentum. Wer wollte auch solche Schandtat ernstlich verantworten? Ein fühlbarer Ruck nach rechts vollzog sich; die Linke der Nationalversammlung, eben noch im Begriffe, nach den verantwortlichen Posten zu greifen, mußte es erleben, mindestens der intellektuellen Urheberschaft verdächtigt zu werden und in machtloser Isoliertheit dazustehen.

Frankfurt war nun ein Heerlager für 7000 Mann; die Verluste der Truppen betrugen an Toten und Verwundeten 6 Offiziere, 1 Fähnrich, 55 Unteroffiziere und Gemeine; die Aufständischen hatten 33 Tote, darunter 16 geborene Frankfurter, und 132 Verwundete, die bekannt geworden sind; viele, besonders die leichter Verwundeten, wurden, wie immer bei Barrikadenkämpfen, verheimlicht[131]). Noch am nächsten Tage erschienen Zuzügler im Weichbilde der Parlamentsstadt, oft von 50 Stunden Wegs her, die nun schleunigst umkehrten, durch einen Erlaß Schmerlings mit der Strenge der Gesetze bedroht. Die letzte noch ungenommene Barrikade in der Schnurgasse sollte am Morgen des 19. gestürmt werden, wurde aber in der Nacht freiwillig verlassen. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, das Kriegsgesetz verkündet. Alle Vereine wurden suspendiert, die allgemeine Entwaffnung angeordnet, gegen Germain Metternich, Esselen und Reinach Steckbriefe erlassen. Die Zentralgewalt wünschte Herr in ihrem Hause Frankfurt zu sein; aber weit darüber hinaus fühlte sie sich in ihrer deutschen und europäischen Stellung durch den Erfolg des 18. September gekräftigt und wagte eine Sprache, die sich von der anderer konservativ gestimmter Gouvernements nur insofern unterschied, als sie sich nun nicht gegen Volksbewegungen, sondern als die der Zentralregierung gegen die Einzelregierungen richtete.

Kurze Zeit vor der Septemberrevolution hatte es sich die preußische Regierung entschieden verbeten, daß Schmerling direkt an den preußischen Minister des Innern im Namen des Reichsministeriums des Innern Schreiben richtete, und zwar in der Form, in der sich vorgesetzte Behörden an ihnen untergeordnete wenden. Auf die Beschwerde Camphausens erklärte die Zentralgewalt, sich die

Berechtigung zum direkten Verkehr mit den Behörden vorzubehalten, in der Praxis aber mit den Bevollmächtigten verhandeln zu wollen[132]). Nun, nach ihrem Siege, trumpfte die Zentralgewalt wieder auf. Sie erklärte, alle Anstrengungen müßten auf die Stärkung ihrer Stellung und das Einvernehmen mit ihr gerichtet sein; ein „Systemwechsel" sei nötig: „Wir stellen keine vieldeutigen Formeln voran und fragen nicht, ob Preußen deutsch oder ob Deutschland preußisch werden sollte. Was wir ersehnen, ist, daß die Kräfte und Mittel, die Preußen besitzt, für die Bestrebungen und Zwecke des ganzen Deutschland verfügbar seien. Wir unsererseits sind entschlossen, Preußen das in der Gesamtregierung Deutschlands ihm zufallende Gewicht in vollem Maße einzuräumen und sicherzustellen. Es ist unerläßlich, daß die Leitung dieser Frage nach allen Richtungen ausschließlich in die Hände der Zentralgewalt übergehe, Preußen aber die Zentralgewalt mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstütze. Die Zentralgewalt muß deshalb darauf bestehen, an die Stelle der seitherigen Bevollmächtigten Preußens nunmehr ihr unmittelbares Handeln unter Mitwirkung Preußens zu setzen."

Das war also die politische Folgerung, die Frankfurt aus dem Septembersiege zog. Man hatte sich wohl oder übel für den preußischen Waffenstillstand eingesetzt — aber Vertrauen zu Preußen bestand nicht mehr. Die Zentralgewalt ernannte den Abgeordneten Stedmann zum Reichskommissar für die Herzogtümer Schleswig-Holstein und erklärte, auch die Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark direkt durch Englands Vermittlung führen zu wollen. Deshalb rollte die Zentralgewalt die Frage ihrer Anerkennung wieder auf und regte bei Preußen die Verschmelzung der diplomatischen Vertretungen Preußens mit denen Deutschlands von neuem an. Preußen erklärte aber wiederum, sich nicht selbst völkerrechtlich vernichten zu können[133]).

Der preußische Gegenstoß war die Anweisung an Camphausen, die Verlegung der Frankfurter Nationalversammlung nach Erfurt anzuregen. Aber Camphausen warnte davor, einen solchen Antrag ernsthaft zur Beratung bringen zu lassen; er würde nach seiner Ansicht nur die Verwirklichung des „immer noch vom Reichsverweser gehegten Wunsches" herbeiführen, nämlich die Verlegung nach Regensburg[134]). So verbesserte sich das Verhältnis Preußens zur Zentralgewalt infolge des Septembersieges durchaus nicht; die nunmehr wieder endgültig eingesetzten Reichsminister hatten eben das Gefühl: wir sind von Preußen schlecht behandelt worden, wir haben uns für Preußen maßlosen Angriffen ausgesetzt — deshalb wollen wir jetzt einen Ausgleich[135]).

Die Gefahr der roten Republik, in der sich der Westen und Südwesten Deutschlands im September befand, wurde nach der Auffassung des Frankfurter Ministeriums wesentlich dadurch herbeigeführt, daß Preußen die Zentralgewalt in eine schwankende und unehrenvolle Stellung gebracht hatte.

Das wollte die Zentralgewalt nun ausgleichen, aber es sollte sich zeigen, daß sie die Bedeutung ihres Sieges überschätzte. Dieselben alten Machtmittel der Dynastien, die sie zum Schutze herbeigerufen hatte, konnten sich doch auch eines Tages *gegen* sie wenden. Am 19. September beschloß das Reichsministerium, Beobachtungslager von 12000—14000 Mann bei Ulm, am Mittel- und Oberrhein, in Frankfurt und Thüringen „zur schnellen und kräftigen Unter-

drückung anarchischer Bewegungen und Aufstände" zu bilden; auch für Sachsen-Altenburg und die fürstlich reußischen Regierungen wurde ein Reichskommissar bestimmt; der Oberlandesgerichtspräsident v. Mühlenfels übernahm diesen Posten. Graf Keller wurde als Reichskommissar für Südwestdeutschland in Aussicht genommen. Mit dem Befehlshaber des VII. und VIII. Korps, Feldmarschall Prinz Karl von Bayern, nahm der Reichskriegsminister jetzt direkte Befehlsbeziehungen auf. An Frankreich ging eine vertrauliche Mitteilung über die fünf Beobachtungslager nebst der Anregung, es möchten keinerlei militärische Gegenmaßregeln stattfinden. Bassermanns Antrag, die Verhaftung von Mitgliedern der Linken der Paulskirche als notorischen Urhebern des Septemberaufstandes zu veranlassen, führte zu keinem Beschlusse; Schmerling schlug in der nächsten Sitzung die Einrichtung einer Reichsbehörde zur Ausübung der höheren Sicherheitspolizei im Umkreis von Frankfurt, mit unmittelbarer Unterstellung unter das Reichsministerium, vor[136]). Das ging nicht durch; aber die Zentralgewalt ermahnte durch ihr Rundschreiben vom 22. September alle deutschen Regierungen, ihre Behörden zu strenger Pflichterfüllung anzuhalten; der Reichsjustizminister Robert Mohl ließ seinerseits ein Rundschreiben folgen, durch das im Namen der provisorischen Zentralgewalt die Untersuchung und Ahndung jeder Art von Preßvergehen gegen Behörden und Beamte gefordert wurde. An die Nationalversammlung selbst traute sich das Reichsministerium doch nicht heran. Der Abgeordnete Naumann wollte Schmerling wegen bestimmter Äußerungen interpellieren, die der französische Minister Bastide zum Reichsgesandten von Raumer über die mutmaßliche Urheberschaft von Mitgliedern der Linken an dem Septemberaufstande gemacht haben sollte. Das Reichsministerium ersuchte aber Naumann, diese Interpellation zurückzuziehen[137]). Am 30. September erfolgte der Beschluß des Reichsministeriums, die Einzelstaaten zur Einsendung der Statuten aller politischen Vereine und sonstiger dienlicher Notizen aufzufordern, um so „eine genaue Statistik der in Deutschland bestehenden demokratischen Volksvereine und deren Verzweigungen" herzustellen[138]). Am 7. Oktober ging ein entsprechender Erlaß des Reichsministeriums des Innern heraus. Ausdrücklich versicherten die beteiligten Reichsministerien des Innern und der Justiz, daß das Vereinsrecht und die Pressefreiheit nicht angetastet werden sollten — eine Versicherung, die angesichts der eben beschlossenen Grundrechte immerhin begreiflich war; aber: „Vorfälle wie jene bei dem Kongresse der demokratischen Vereine zu Altenburg oder bei den Vereinen zu Köln, durch deren Beschlüsse das Ansehen der Nationalversammlung herabgewürdigt und zum Kampfe wider sie aufgefordert, durch welche die Führer des blutigen Aufruhrs als Helden gepriesen wurden, müssen als Verbrechen bezeichnet werden"; oder ein paar Tage vorher: die Preßfreiheit soll kein Freibrief sein, „zu den frechsten Beschimpfungen und Verleumdungen von Behörden und Beamten, zur Provokation von Aufruhr und Umsturz aller bestehenden Verhältnisse[139])".

Provisorische Zentralgewalt und Reichsministerium verkündeten also die Gegenrevolution; sie waren innerlich schwach und selbst revolutionären Ursprungs — um so schärfer klang ihre Sprache, um so lebhafter war ihr Bestreben, an Energieaufwand den alten Regierungen gleichzukommen. Die Frankfurter

Reichsgewalten glaubten am 18. September durch ihren Sieg ihr Daseinsrecht bewiesen zu haben; aber dieser Sieg kam schließlich jenen historisch gewordenen Mächten zugute, die den Schöpfungen der Nationalversammlung viel feindlicher gesonnen waren als die fortschreitende Revolution. Auch deshalb ist der 18. September der Tag des Umschwunges für die Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49 in ihrer Gesamtheit.

*

Der Zusammenbruch des Aprilputsches Friedrich Heckers bedeutete für Baden nicht das Ende der revolutionären Propaganda, sondern vielmehr einen Beginn für weitere politische Agitation. Erst jetzt wirkte sich die Tätigkeit der Klubs ganz in die Breite aus; erst jetzt wurde eine extrem gerichtete Pressearbeit ausgebaut. Das Großherzogtum befand sich Monate hindurch im Zustande der „gemütlichen Anarchie"[140]). Die Regierung hatte wohl die „Volksausschüsse", die Organe des ersten badischen Aufstandes, auch die demokratischen Vereine verboten — es nutzte gar nichts, denn unter dem Namen „Volksverein" bestanden sie ruhig fort. Ministerium und Kammer versuchten durch eine ehrliche Reformarbeit beruhigend zu wirken — es blieb erfolglos. Die neuen Finanzgesetze, die Kapital- und Einkommensteuer vorsahen, drohten auch der unteren Schicht mit Lasten, die zur Verzweiflung brachten. Sehnsüchtig pries man das Schweizer System. Sehr böses Blut machte das umständliche pedantische Gerichtsverfahren gegen die verhafteten Aufständischen. Fickler war 13 Monate in Untersuchungshaft! Die Amnestie im August befreite nur 70 Angeklagte; erst im November wurden 300 weitere begnadigt. Das wirkte engherzig und unklug. Die badische Regierung war gewiß nicht hart; nur großzügige Energie hätte ihr damals helfen können. Dazu fehlten die Voraussetzungen [141]).

Der badische Ministerpräsident v. Dusch versuchte, wo er konnte, mit kleinen Mitteln zu beschwichtigen, alles Gefährliche der Lage durch Retusche zu vergemütlichen; wiederholt hatte er den Abmarsch der in Baden eingerückten Bundestruppen verlangt; als im Juli die Bayern und Württemberger zurückgezogen werden sollten, war er wie von einem Donnerschlage getroffen, bat den bayrischen Gesandten inständigst um Aufschub, reiste nach Frankfurt, um eine Änderung herbeizuführen oder sonst Hilfe beim Bundestage zu schaffen — vergebens! Die Nachbarn Badens wollten eben ihre Soldaten nicht den „schändlichsten Verführungskünsten" aussetzen — wie sich der preußische Gesandte v. Arnim bei dieser Gelegenheit ausdrückte. Dies war auch die Meinung des Prinzen Carl von Bayern. Der bayrische Gesandte v. Verger sagte dem Minister v. Dusch ganz ohne Scheu ins Gesicht: „Hoffentlich bricht ein neuer Aufstand in Baden nach Abzug der Bayern aus, dann wird Bayern aber das Land auf eigene Rechnung, und nicht mehr um eine unfähige Regierung am Leben zu erhalten, mit 40000 Mann besetzen[142])".

Wie die badischen Truppen bearbeitet wurden, zeigt eine von den Flüchtlingen aus der Schweiz besonders für die Soldaten verbreitete Schrift: „Republik — ein Wort an das Volk"; darin wurde der edelgesinnte Soldat aufgefordert, zu den Kämpfern für das Volk zu desertieren; wenn er nach der Schweiz oder nach Frankreich herüberkäme, sollte er unterstützt und gepflegt werden[143]).

Der Heckerkultus beherrschte nach wie vor das Land und nahm wunderliche Formen an. Täglich wurde der geschlagene Revolutionär mehr der Abgott des Volkes: er sei der aus dem Kyffhäuser gekommene Kaiser Rotbart — eines Tages werde er wieder erscheinen, wie ein Messias, sagten die Bauern, und jedem so viel Geld geben, als er gebrauche. Er war für Thiengen in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt und glaubte trotz aller Vorkommnisse ein Recht zu haben, seinen Sitz einzunehmen. Die Debatte über seine Zulassung war eine der stürmischsten der Paulskirche. Die Nationalversammlung konnte und wollte nicht eine Amnestie für alle politischen Verbrechen, also auch die durch den ersten badischen Aufstand begangenen, aussprechen. Der Kampf um Hecker wurde so für das Parlament zugleich ein Kampf um das Recht zur Revolution, um das Recht der Revolution überhaupt. Die Schleswig-Holsteiner Patrioten waren in den Augen der Dänen doch auch Rebellen! Hatte man nicht die Führer des polnischen Aufstandes in Berlin begnadigt? War es ein Verbrechen, für die deutsche Republik einzutreten, wenn viele Deutsche an sie glaubten? Brentano trieb diese naheliegenden Vergleiche auf die Spitze durch seine berühmte Frage: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?" Die verwegene Logik dieses Satzes pfiff wie ein Peitschenhieb. Die preußischen Abgeordneten, alle Monarchisten tobten, die Linke jubelte, die Galerie brüllte. Die Sitzung mußte unterbrochen, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Heckers Aufnahme in die Nationalversammlung wurde dann mit 350 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Die Wähler von Thiengen blieben aber dem Volksmanne treu — in der Ersatzwahl wurde er von neuem bestimmt. Am 5. März 1849 beharrte das Frankfurter Parlament auf seinem Beschlusse. Er war nach Lage der Dinge verständlich, machte aber Hecker nun vollends zum Märtyrer. — Er erging sich von Muttenz, seinem Schweizer Asyle dicht an der badischen Grenze, in Drohungen gegen die Nationalversammlung, die mindestens dazu dienten, die Aufregung wach zu erhalten: mit dem Schwerte in der Faust werde er seinen Sitz in der Paulskirche erobern, die Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt sei ganz gut, so werde ihm vorgearbeitet, er werde sie übernehmen, wenn es Zeit sei. Heckers Organ, der „Volksfreund", kam massenweise nach Baden, Hessen-Darmstadt, in die Pfalz; gierig griff man nach dieser gepfefferten Speise[144]).

Struve und Heinzen warfen ihre Broschüre: „Plan zur Revolutionierung und Republikanisierung Deutschlands" tausendweise ins Land: eine Predigt des revolutionären Terrors, eine Ankündigung der Schilderhebung in ganz Deutschland, um die Nationalversammlung zu sprengen und eine provisorische Regierung für ganz Deutschland einzusetzen[145]).

Der Gegensatz zwischen Hecker und Struve war ja von jeher groß; nun kam es zum offenen Zerwürfnis. Hecker blieb immer der „freche Bub", wie er schon auf der Universität genannt wurde, ein Großmaul, das jetzt erklären konnte, er würde eine republikanische Regierung nur mit Hilfe einer transportablen Guillotine aufrechtzuerhalten vermögen — im Grunde aber doch eine unpraktische und unsichere Persönlichkeit. Als Besiegter legte er sich aufs Schmollen, Verdächtigen und Schimpfen; zur Leitung einer neuen Unternehmung wurde er von den Gesinnungsgenossen selbst nicht mehr in Aussicht genommen. Als er

in Straßburg die dortigen Freischaren inspizieren wollte, bekam er von den Behörden den Befehl, binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Im August entschloß sich der unstete Mann, allen Schwierigkeiten und Enttäuschungen zu entgehen und nach den Vereinigten Staaten auszuwandern; vergebens versuchten ihn Itzstein, v. Trützschler, Germain Metternich zum Bleiben zu bewegen; am 20. September schiffte er sich in Southampton ein. Sein Abschiedswort war die Schrift: „Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848“ — eine Verteidigung seines Handelns, die wider Willen eine Anklage gegen die Schwächen seiner selbst wurde. Der Revolutionsromantiker, der Libertiner aus Gefühl und Edelsinn, zeichnete sich darin nur allzu ähnlich ab.

Heckers große Volkstümlichkeit ließ ihn wenigstens keine Not erleiden. Hunderte pilgerten nach Muttenz, aus Baden, aber auch aus allen Teilen Deutschlands. Immer wieder erhielt er nicht unerhebliche Geldsendungen. Schlecht ging es aber zumeist den andern[146]). Die französische Regierung zahlte zuerst den Flüchtlingen 10 Sous täglich Unterstützung, was natürlich nicht ausreichte. Viele wurden in das Innere von Frankreich gebracht.

So erging es dem aus Struve, Bruhn, Löwenfels und Goch bestehenden „Zentralausschuß“, der in Straßburg lästig geworden war und sich nach Chalons-sur-Marne begeben mußte. Der Kolonne von A. Willich, die 320 Mann stark war, entzog die französische Regierung die Unterstützung ganz: um sich Brot zu verschaffen, veranstaltete sie ein Konzert, das 2400 Franken einbrachte. Die Nationalgarde sammelte für sie; 15 Mann lagen schon krank im Hospital, das weitere aufzunehmen sich weigerte. Willich schmiedete phantastische Rettungspläne — so die Bildung einer deutschen Legion, die den Italienern gegen die Österreicher zu Hilfe ziehen sollte. Willich unterhielt direkte Beziehungen zu den Kölner Kommunisten Leux, Dr. Gottschalk, Kaufmann Eiche, Maler Klienenbroich, besonders zu Freund Anneke. Er nennt sie in einem Briefe an Struve als seine Vertrauensleute. Struve stand auch in Verbindung mit dem Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankreich, Grebe, durch den Geldsendungen aus New York zur Verteilung gelangten „zur Unterstützung der infolge der letzten Kämpfe entstandenen Not“. Es waren einmal 3200 Dollar angekommen, die Struve für die deutschen Republikaner in Anspruch nahm[146]). Die Zänkereien und die Eifersucht der deutschen Flüchtlinge untereinander verminderten die Sympathien der elsässischen Bevölkerung für sie in empfindlicher Weise; am meisten Vertrauen erweckte noch Corvin, dem die Leitung des Unterstützungskomitees im Rebstock, dem Hauptquartier der deutschen Demokraten in Straßburg, übertragen wurde; Heinzen und Blind bildeten ein Gegenkomitee im Gasthof „Zum roten Männel“[147]). Es folgten noch weitere Spaltungen und Neugruppierungen. Auch in Paris erschienen Emissäre der revolutionären Parteien Deutschlands aus Baden, der Pfalz und Rheinpreußen — Kulmann, Blind und Didier. Savoye, der französische Resident in Frankfurt, spielte den Vermittler. Auf dem französischen Außenministerium wurden sie freilich nicht empfangen; mit der „faction Montagnarde“ und den Führern der Geheimgesellschaften traten sie aber in Verbindung. Man erwog die Ausrüstung von Freikorps im Elsaß, in Lothringen, im Moseldepartement, die unter französischer Fahne einmarschieren sollten. Es mag schon richtig sein, daß manche aus der „anarchistischen

Partei" einen Zusammenstoß zwischen französischem und deutschem Militär wünschten, um Kriegswirren zur Förderung ihrer revolutionären Ziele zu benutzen[148]). Für die Art, wie die badische Regierung gegen die Flüchtlinge im Elsaß zu arbeiten versuchte, ist ein Flugblatt bezeichnend, daß den Titel „Republik — ein Wort an das Volk" trägt. Da werden die „Irregeleiteten", die „Entarteten Söhne" bekämpft, die mit Hilfe der Franzosen einen Sturz der angestammten Dynastie durchsetzen wollten; Volksverführer, so heißt es da, machen die Arbeitswilligen brotlos: „Geht nach Straßburg und seht, wie im Rebstöckle beim Champagner Zeitungsartikel über das Volkselend geschrieben werden. Wie viel Geld ist den Bürgern schon abgepreßt worden[149])!"

Daß die republikanischen Führer ein Schlemmerleben führten, war eine böse Übertreibung; das brutale Auftreten besonders Heinzens kann leider nicht bestritten werden. Aber mit der Person des Großherzogs politisch zu arbeiten, wirkte auf alle Wissenden sehr ungeschickt. Der Schriftsteller Friedrich Kapp reiste ganz ungestört im Lande herum und sammelte Unterschriften für eine Riesenpetition: Um Blutvergießen zu vermeiden, solle der Großherzog der Krone entsagen; dann könne sich das Land von dem verhaßten Beamtendruck befreien und eine Republik werden. Mehrere tausend Namen wurden eingetragen. Das machte doch einen so starken Eindruck, daß einige einflußreiche Leute ernstlich daran dachten, dem Großherzog zu raten, der Sache zuvorzukommen, die Regierung niederzulegen und so einer energischen Regentschaft die Möglichkeit zu geben, die Dynastie zu retten. Moritz von Haber stand diesen Plänen nahe und hoffte, bei einer solchen Regentschaft Einfluß auszuüben. Der Großherzog war jedenfalls persönlich und sachlich unfähig, eine selbständige Politik zu machen; mit Bayern stand man ausgesprochen schlecht, von Frankreich und der Schweiz drohte die Revolution, Württemberg sah man in Karlsruhe mißtrauisch an — es blieb als einzige Möglichkeit, die Hoffnung auf Preußen; den bösen Eindruck der häufigen antipreußischen Demonstrationen suchte man deshalb möglichst zu verwischen[150]).

Ein waadtländischer Kommunist erklärte dem Vertrauensmann des preußischen Gesandten in der Schweiz, v. Sydow, im Juli 1848: Sehr bald werde es in Wien einen Aufstand wegen Windischgrätz und in Berlin einen Aufstand im Anschluß an den dortigen Arbeiterkongreß geben, während man sich in Paris ruhig verhalten würde; der Gesandte bezeichnete den Gewährsmann als höchst zuverlässig und glaubte in dieser Mitteilung einen neuen Beweis für den nahen Zusammenhang zwischen den Revolutionen durch ganz Europa sehen zu dürfen[151]). In der Schweiz liefen ja von jeher viele Fäden zusammen. Der Deutsche Bund, dann die provisorische Zentralgewalt und die badische Regierung versuchten auf diplomatischem Wege alles mögliche, um sich vor der revolutionären Arbeit zu schützen, die von dort ausging. Gleich nach dem ersten Aufstand hat Baden daran gedacht, von der Schweiz die Auslieferung Heckers und Struves zu erreichen; das war natürlich unmöglich; bescheidener wurde dann die Entfernung der Flüchtlinge aus den Grenzorten verlangt[152]). Die Schweizer Behörden befanden sich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Die Sympathien der Schweizer Bevölkerung für die deutschen Demokraten und Republikaner waren groß; was sie in Deutschland unternahmen, schien nur ein Kampf für dieselben Ziele und mit denselben

Mitteln, wie er in der Schweiz selbst schon durchgefochten war. Die Schweiz war demokratisch-stolz darauf, als Asyl von den politisch Verfolgten aufgesucht zu werden; sie konnte sich an Vorurteilslosigkeit mit England messen und dachte nicht daran, sich diese europäische Sendung verkümmern zu lassen. Die deutschen Behörden freilich fühlten die herrschende Staats- und Gesellschaftsform dauernd von diesen Gästen der Schweiz bedroht. Was eigentlich geschah, war in dem wirren Sommer von 1848 überhaupt nicht recht zu erkennen. Es sah zunächst so aus, als ob es eines Anstoßes von seiten der Flüchtlinge überhaupt nicht mehr bedürfe. Die Zahl der Republikaner, die Zahl der Sozialrevolutionäre wuchs ja, wie wir sahen, im Westen und Südwesten, aber auch in den deutschen Großstädten von Mittel- und Norddeutschland von Monat zu Monat. Die Flüchtlinge in der Schweiz und im Elsaß waren auch geschickt genug, wiederholt Gerüchte von vorbereiteten Putschen auszusprengen; wenn dann nichts geschah, so erschien ihre ganze Arbeit nicht mehr so ernst und die deutschen Behörden wurden sicherer. Natürlich versuchte man, die deutschen Republikaner zu bespitzeln. Vierzehn badische Gendarmen gaben sich im Elsaß als Dragonerdeserteure aus, pumpten einzelnen Flüchtlingen Geld und behorchten sie. Die badische Regierung bestach in der Schweiz einen Flüchtling namens Benz, ihr Berichte über Hecker zu liefern. Hecker bekam aber diese Berichte in die Hand, und die Behörde von Baselland entfernte den Verräter sofort aus dem Kanton[153]).

Nur bei besonders krassen Kundgebungen entschlossen sich die Schweizer Behörden, gegen Revolutionäre einzuschreiten. Als der Teilnehmer am Heckerputsch, Johann Philipp Becker, die Deutschen in der Schweiz zur Zusammenkunft nach dem Birsfelde einlud und im Namen seines Bieler Ausschusses dafür Rundschreiben erließ, wurden er und Hattemer im Juli vor Gericht gestellt und zu einjähriger Kantonsverweisung verurteilt. Becker hatte sich selbst für einen neuen Einfall nach Deutschland zum „Oberfeldherrn“ bestimmt, hatte die deutschen Arbeiter regelrecht im Gebrauch der Waffen eingeübt und auch eine sozialrevolutionär gerichtete Gesellschaft „Hilf Dir“ gegründet, deren Präsident er war[154]). Nach Veröffentlichung ihres „Planes zur Revolutionierung und Republikanisierung Deutschlands“ wurde auch Struve und Heinzen vom Kanton Baselland das Asylrecht gekündigt. Da aber eine große Anzahl Land- und Regierungsräte gegen diesen Beschluß Einsprache erhoben, wurde ihr weiterer Aufenthalt trotzdem geduldet[155]). Auch der Buchdrucker Walter sollte wegen des Druckes „jener scheußlichen Brandschrift“ zur Verantwortung gezogen werden. Struve konnte aber ruhig seinen „Deutschen Zuschauer“ in Basel weitererscheinen lassen und darin etwa erklären: „Die Tat ist heilig, welche die Fürstenherrschaft für immer bricht“; alle republikanischen Vereine, die nicht unmittelbar zur Tat schreiten, seien der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Eine neue Flugschrift Struves erschien gleichfalls — unter dem ironischen Titel: „Die Grundrechte des deutschen Volkes“. Da las man die Aufforderung: „Nehmt alle Polizeidiener, Gendarmen, Amtleute, Grundherren und Fürsten gefangen! Haltet euch bereit, mit den Söldnern den Kampf auf Leben und Tod zu beginnen.“ Struve forderte die Verbannung sämtlicher Mitglieder der deutschen Fürstenfamilien aus Deutschland und die Einziehung ihres Vermögens zugunsten des Volkes; diejenigen, die freiwillig für sich und ihre Erben auf ihre Vorrechte

verzichteten, sollten eine im Auslande zu verzehrende angemessene Pension erhalten. Als Beilage zu Struves Zuschauer erschien am 11. September eine Karte von Deutschland mit 23 Republiken, eine immerhin denkwürdige Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Entwicklung zum Ideal der „Vereinigten Staaten". Interessant ist die Bevorzugung der alten Bürgerstädte gegenüber den Residenzen bei der Wahl der Hauptstadt. Es sind die folgenden Republiken: Oberrhein (Mannheim), Mittelrhein (Mainz), Niederrhein (Köln), Schwaben (Stuttgart), Bayern (München), Tirol (Innsbruck), Illyrien (Triest), Steiermark (Graz), Österreich (Wien), Mähren (Olmütz), Böhmen (Prag), Franken (Würzburg), Hessen (Frankfurt), Westfalen (Münster), Niedersachsen (Bremen), Obersachsen (Leipzig), Thüringen (Erfurt), Brandenburg (Berlin), Schlesien (Breslau), Mecklenburg (Lübeck), Schleswig-Holstein (Hamburg), Pommern (Stettin), Preußen (Königsberg). Struve berechnet in derselben Nummer die jährliche Ersparnis bei einer so eingerichteten deutschen Republik auf 700 Millionen Gulden.

Es ging sehr bunt zu in der Schweiz im Sommer 1848: von Piemont kamen Polen nach Bern gezogen; aus Sardinien ausgewiesene Lombarden, die Frankreich nicht aufnehmen wollte, bildeten ein italienisches Kontingent; allerhand unlautere Elemente mischten sich immer bei. Reden und Schriften für die Revolution, für den Kampf gegen Könige und Aristokraten waren etwas Alltägliches in der Schweiz und machten ihren Behörden gar keinen Eindruck mehr; auch die Schweizer Bevölkerung blieb ruhig, machte beim Waffen- und Lebensmittelhandel mit den Flüchtlingen kein schlechtes Geschäft und war ganz zufrieden, wenn arme Handwerksgesellen, die nichts verzehren konnten, auch einmal über die Grenze abgeschoben wurden, zum Vorteil des eigenen Gewerbes. Revolutionsführer waren aber immer willkommen.

Im Juni erschienen Karl Vogt, Nauwerck und Johann Jacoby, sie trafen sich mit Hecker und Struve[156]). Man begreift die gleichmütige Duldsamkeit der Schweizer Behörden; aber auch die Unruhe der Deutschen ist verständlich. Wie entgegengesetzt die beiderseitige Auffassung war, zeigt sich in ihrem Schriftwechsel über die Flüchtlinge. Als Spezialbevollmächtigter des Deutschen Bundes ging Anfang August der bayrische Major von Liel in die Schweiz, um eine Note, vom 30. Juni datiert, persönlich zu überreichen. Der Bund verlangte darin die vollständige Entwaffnung und Auflösung der Freischaren sowie die Entfernung der Führer aus den Grenzkantonen; falls das nicht geschähe, müßten neue Truppenkontingente an der Grenze aufgestellt werden, zum empfindlichen Schaden des deutsch-schweizerischen Handelsverkehrs. Die Note war zuerst auf dem üblichen Wege den Schweizer Behörden zugegangen, aber unbeantwortet geblieben; deshalb wählte man nun diesen ungewöhnlichen Weg. Eine recht auffallende indirekte Antwort auf die Beschwerde des Bundestages war der Beschluß der Tagsatzung von Ende Juli gewesen: die Auslieferungsverträge mit Baden und mit Österreich zu kündigen. Baden hatte nämlich zur Zeit des Sonderbundkrieges auch die Auslieferung von politischen Verbrechern abgelehnt und befand sich deshalb gegenüber der Schweiz in besonders schwieriger Lage[157]). Dem Bunde bzw. seiner Rechtsnachfolgerin, der provisorischen Zentralgewalt, mußte freilich die Schweiz jetzt auch eine unmittelbare Antwort geben. Sie

bezeichnete die Sprache der deutschen Note als im diplomatischen Verkehr ungewohnt und erklärte, die Forderungen der Note beruhten nicht auf Tatsachen; von einer Organisation der Flüchtlinge, von Vereinigungen zum Zwecke eines Angriffes könne gar nicht die Rede sein — ihr Verhalten sei vielmehr ruhig, sie würden kontrolliert; die Fremdenpolizei sei Sache der Kantone; die Gewährung des Asyls gehöre zu den unveräußerlichen Prärogativen der selbständigen Nationen; die Schweiz werde an diesem seit Jahrhunderten gepflegten Grundsatz zugunsten der Verfolgten festhalten, die Eidgenossenschaft werde sich in dieser unparteiischen Bahn durch keine „imperatorischen Insinuationen, durch keine Drohungen beirren lassen[158])“. In derselben Weise wurde die Note des auch als badischer Ministerresident funktionierenden Freiburger Regierungsdirektors Freiherrn v. Marschall vom 5. Juli zurückgewiesen. Die Schweiz stellte sich auf den Standpunkt, daß eine neue Schilderhebung der Deutschen in der Schweiz und von der Schweiz aus nicht wahrscheinlich sei — trotz der Flugschriften, trotz der Waffenübungen, trotz der Waffendepots, trotz wiederholter von der badischen Regierung nachgewiesener Grenzverletzungen[159])!

In einer neuen scharfen Note sprach jetzt der badische Ministerresident der Tagsatzung sein Bedauern aus, daß die Beschwerde keinen Eingang gefunden habe, und wiederholte die Klage über die Mißstände, die im Namen des Asylrechtes von der Schweiz geduldet würden. Die Antwort war wiederum ablehnend[160]). Da wurde die Scheinruhe dieser letzten Wochen durch Struves Septemberputsch jäh unterbrochen. Auf die Nachricht von der Genehmigung des Waffenstillstandes von Malmö schrieb Struve in seinem „Deutschen Zuschauer“: „Triumph! Das Frankfurter Parlament ist entlarvt! Es gibt kein deutsches Parlament mehr — nur noch ein erzürntes Volk, ihm gegenüber eine Handvoll Schurken.“ In der gleichen Nummer stand das „Republikanerlied“, als Fanfare einer neuen Revolution:

„Freiheit, Gleichheit, Brudertreue!
Alterndes Geschlecht, erneue
Deinen hingewelkten Ruhm!
Aus versumpften Nationen,
Faulenden Religionen
Steige reines Menschentum.
Stürmt, ihr Glocken, Schlachtenmahner,
Stürmt wie sie, Republikaner,
Durch der Wetter Flammenblick!
Von dem Leichenberg der Würger
Ruft ins Tal befreiter Bürger:
Republik! Die Republik!“

*

Am Nachmittag des 21. September überschritt Struve von Basel aus die Grenze mit einer Handvoll Gesinnungsgenossen, unbewaffnet; aber Waffen waren vorher auf einem Wagen herübergebracht worden. Widerstandslos fand er Erfolg, das

Volk jubelte ihm zu. In Lörrach war schon vor seinem Eintreffen alles in Bewegung; die Bürger sammelten sich bewaffnet. Struve hat sich zu diesem Schritt ganz spontan entschlossen; geplant war eine gemeinsame Aktion mit den Flüchtlingen im Elsaß. Aber auf die Nachricht von der Revolution in Frankfurt glaubte er keinen Augenblick länger zögern zu sollen. Wie falsch die Gerüchte waren, die ihm zugingen, zeigte die Proklamation, die er im Namen der provisorischen Regierung von Deutschland erließ: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Das volksfeindliche Parlament ist endlich vom Volke auseinandergesprengt, das Militär geschlagen, die Stadt Frankfurt selbst mit Sturm genommen worden. Ganz Deutschland erhebt sich in diesem Augenblick gegen die Fürstenknechtschaft und für die Erringung der Volksfreiheit.“ Struve proklamiert vom Lörracher Rathaus die deutsche Republik; er selbst und seine nächsten Helfer erklären sich als Träger der provisorischen republikanischen Volksregierung in Deutschland. Die waffenfähige Mannschaft wurde ausgehoben, das Standrecht wurde Ungehorsamen angedroht; die Nachbarämter wurden zur sofortigen Erhebung aufgefordert. Die Bezirkskriegskasse war in Klein-Laufenburg eingerichtet; dorthin war für jeden Mann die Summe von 2 Gulden einzuzahlen; die Mannschaften sollten sich in Laufenburg sammeln; Bürgermeister und Gemeinderäte hafteten für die Ausführung mit ihrem Leben und Vermögen. Struves zahlreiche Proklamationen geben ein vollständiges Bild seiner Ziele; er wollte die „soziale Republik“, mit der immer wiederholten Formel: „Wohlstand, Bildung, Freiheit für alle“; die Anhänger der Monarchie sollten verhaftet, ihr Vermögen mit Beschlag belegt werden. Alle Grundlasten wurden für abgeschafft erklärt, alle Abgaben aufgehoben, die Zölle auf zehn Prozent herabgesetzt, das Grundeigentum des Staates, der Kirche und der Monarchisten sollte vorläufig, unter Vorbehalt späteren Ausgleichs, an die Gemeinden übergehen. Bezeichnend ist, daß die Eisenbahn der gesamten Bevölkerung zur freien Benutzung überlassen wurde — sie war eines der wichtigsten Revolutionsmittel. Struve war also entschlossen, die staatlichen Machtmittel voll in seine Hand zu bekommen. Ein burschikoser Wanderputsch mit leerer Kasse wie der Heckersche im Frühjahr lag dem verbissenen Revolutionsmechaniker nicht: er hatte sich, verrannt und ehrlich wie er war, sein Aufstandsrezept auskalkuliert, und nun sollte die Wirklichkeit damit bewältigt werden. Fahnen und Armbinden leuchteten rot durch den sonnigen oberrheinischen Herbst; schon stellten sich Beamte zur Verfügung und wurden auf die Republik verpflichtet. Wer Widerstand leistete, wurde in Gewahrsam genommen; andere wurden auch bloß ihrer Gesinnung wegen verhaftet.

Die Familie Blankenhorn in Müllheim, führendes Kaufmannspatriziat, wurde mit einer Kopfsteuer von je 1000 Gulden belegt. Den Juden in Sulzburg preßte man eine Summe von 966 Gulden als „Loskauf“ ab. Noch nie hatte in Deutschland eine revolutionäre Bewegung das Eigentum so angepackt. Struve war kein Kommunist und wäre von Karl Marx wohl auch dann bitter verhöhnt worden, wenn er mehr Erfolg gehabt hätte. Vom vormarxistischen Sozialismus steckt aber viel in ihm; internationale Kampforganisation lag ihm fern: er wollte ein sozial-republikanisches Deutschland auf gewaltsamem Wege. Ein Räuberhauptmann war er gewiß nicht, wie ihn der billige Spott des Spießertums gerne abmalte.

An persönliche Bereicherung hat er überhaupt nicht gedacht; er wollte ein fernes großes deutsches Ziel mit allen Mitteln, die er für nötig hielt; nicht an den Mitteln, so ärgerlich und peinlich manche Ausschreitung war, lag der Fehler, sondern an der völlig falschen Beurteilung der Gesamtlage, an der Verschrobenheit des politischen Denkens. Struves Stärke war die publizistisch lebendige und polemische Erfassung von Augenblickssituationen gewesen — da konnte er sophistisch beweisen, den Leser aufpeitschen, ihn mit all der Erbitterung erfüllen, die sich in dem Deklassierten angesammelt hatte. Aber handeln — mit revolutionärer Konsequenz nicht nur, sondern mit einer wirklichen politischen Tatkraft, das konnte der trockene Pedant nicht; und so wurde auch er, der persönlich soviel weniger mitreißendes Feuer hatte als Hecker, an der Unerschütterlichkeit des Ewig-Gestrigen zum Hansnarren. Struve war Terrorist aus Überzeugung, aber die Guillotine aufzubauen konnte er sich doch nicht entschließen, wie es seine Helfer Löwenfels und Neff verlangten. Einen von Grund aus moralistisch, weltverbesserisch veranlagten Jakobiner wie Struve konnte kein schlimmerer Fluch treffen, als daß nun allerlei fröhliche Kumpane von der Landstraße, abgebrannte Taugenichtse, Grenzlandstromer und gaunerische Gelegenheitsmacher den guten Anlaß dieser Revolution benutzten, um sich auf eine neue Manier gesund zu machen. Dieses nur äußerlich gemütliche Lumpengesindel hängte sich an Struve und seine Leute, konnte nur mühsam vom Schlimmsten abgehalten werden und verübte auf eigene Rechnung doch manche Missetat.

*

Struves Unternehmen dehnte sich im badischen Oberlande aus, zunächst widerstandslos und von der Schweiz her durch dauernde Nachschübe verstärkt. In Schaffhausen sammelten sich an die sechzig Gesellen, mit roten Abzeichen, am hellen Tage auf dem Marktplatze und zogen hinüber nach Engen. Viele schweizerische Wehrpflichtige liehen den Freischärlern ihre Dienstwaffen. Wirte und Buchdrucker der Grenzorte verdienten wie noch nie und beförderten auch persönlich den Putsch, wie etwa der Wirt von Großlaufenburg, Engelberger, der zugleich Bezirksamtmann war. Aus Winterthur bekam Struve eine vom 24. September datierte Zuschrift, die Mannschaft, Waffen und Munition auch aus Biel und Zürich ankündigte. Mehrere Schweizer Staatsangehörige waren an dem Aufstande aktiv beteiligt: Hauptmann Brast, der Wirt Trautmann, der Buchdrucker Hollinger werden genannt. Eine Reihe von kleineren Anschlägen ist von den Freischärlern auf die badischen Zollkassen und Eisenbahnkassen des Grenzbezirkes ausgeführt worden. Der in Emishofen wohnende, aus Konstanz gebürtige Advokat Stephani erhielt von Struve eine größere Summe, angeblich 1500 Gulden, um bewaffneten Zuzug zu organisieren. Stephani richtete auch ein Waffendepot im Sommerwirtshaus zu Tegerweiler ein. Gegen Säckingen führte der junge Liebknecht das Unternehmen; zwei italienische Flüchtlinge befanden sich bei seinem Trupp. Eine ganze Reihe von Revolutionären war bereits beim Heckerschen Aufstand beteiligt gewesen, so der Freiburger Student Langsdorff, der Kappenmacher Adolf Dengler, Eduard Strutt von Zell, der Gießer Schwikkard, Doll aus Rheinpreußen, der Lithograph Rixinger, Bastian von Baden-

Baden, der Kammacher Mathias Dossenbach aus Säckingen und dann wieder der uns wohlbekannte Mögling[161]).

Sogar von weither kamen Hilfsangebote. Der polnische Hauptmann J. B. Zielinski schrieb am 26. September, als der Zusammenbruch schon entschieden war, aus Arras einen Brief an Struve; er fragte an, ob polnische Hilfstruppen willkommen seien, Erfahrungen genug seien von ihm gesammelt in der polnischen Revolution von 1831, beim Heckerschen Aprilaufstand und bei den Wirren in Posen; wenn Struve sie brauchen könne, solle er Geld für die Reise und den Lebensunterhalt auf der Reise schicken. Das war also ein rechter Revolutionslandsknecht[162])!

Am 13. September fand in Wertheim eine Versammlung von 6000 Odenwalder Bauern statt. Nauwerck sagte ihnen, sie sollten nur die Zahlung der Steuern verweigern, dann käme die Republik von selbst. Auch der alte Itzstein entfaltete wieder eine auffallende Agitationstätigkeit, schickte Botschaften im badischen Lande herum und reiste zu vielen persönlich[163]).

Bei Ettlingen und Weinheim sind am 23. und 24. September die Eisenbahnschienen aufgerissen worden, um Truppentransporte zu verhindern; allen badischen Ortsbehörden wurde deshalb der Schutz der Eisenbahn durch Patrouillen besonders anempfohlen. Von Württemberg aus wurde ein Freischarenzug nach Baden versucht, der schnell zusammenbrach (vgl. S. 422): es gab also Symptome für eine weite Ausdehnung der revolutionären Absichten. Die badische Regierung verkündete das Standrecht, aber erst mit Wirkung vom 26. September, und sandte Truppen nach dem Oberlande, die Zentralgewalt schob weitere Streitkräfte hinterher. In Staufen erfolgte der Zusammenstoß. Dort waren die Revolutionäre am 24. angelangt, Struve und Blind sprachen vom Rathause zur Bevölkerung, die Kassen wurden beschlagnahmt. Im „Regierungsblatt der deutschen Republik“ stand, der Großherzog sei geflohen, Karlsruhe sei im Aufruhr; ein Bote brachte die Nachricht, das Militär sei zur Revolution übergegangen. Das war aber durchaus nicht so. General Hoffmann rückte von Freiburg her mit zwei Bataillonen Infanterie, einer Eskadron Dragoner und einer Batterie an. Die Freischaren verschanzten sich nun in dem Städtchen und leisteten dem Angriff tapferen Widerstand. Der Übermacht der Truppen und dem Kartätschenfeuer mußten sie aber nach knapp zwei Stunden weichen. Struve versuchte vergebens, auch mit der blanken Waffe, die Auflösung zu verhindern. Er mußte sich schließlich selbst mit seiner Frau und seinen Begleitern ins Gebirge schlagen, verkleidete sich als Bauer und wurde doch in Wehr bei Säckingen gefangengenommen. Auch Liebknecht wurde verhaftet. Das Militär hatte nur wenige Verwundete und Tote, die Aufständischen 11 Tote und viele Verwundete. Leider begingen die Soldaten mehrere beklagenswerte Ausschreitungen: am Tage nach dem Kampfe wurden neun Insassen eines Hauses niedergemacht, weil angeblich eine Kugel aus diesem Hause einen Soldaten getroffen hatte, und die ganz unbeteiligte Ortsmusik von Weil, sechs arme Musikanten, fielen den Artilleristen in die Hand und wurden „ohne Grund, Sinn und Zweck auf frevelhafte Weise zusammengeschossen[164])“.

In Karl Gottfried Nadlers „schönem neuem Lied vom weltberühmten Struwelputsch“ heißt es:

„Struwel eilte hin gen Staufen,
Weilt' in Müllheim eine Stund',
Blankenhorn mußt' sich erkaufen:
Tausend Gulden zahlen rund;
Mußt' als teures Angedenken,
Struwels Frau den Wagen schenken —
Und vier Pferde obendrein —
Und sie dankte und stieg ein[165])."

Das klang ganz gemütlich, und nachdem die Sache gescheitert war, konnte man ja den armen „Struwel-Peter" in Ruhe verulken. Im Wiesenthal wäre Struve bei seiner Durchfahrt als Gefangener beinahe in Stücke gerissen worden von denselben Einwohnern, die ihn drei Tage vorher bejubelt hatten; seine Person, sein Unternehmen hatten doch eine furchtbare Erregung hervorgerufen; wie zuerst die Hoffnung, so heftete sich nun der Fluch von vielen daran. Struves Prozeß wurde vom Kriegsgericht an das ordentliche Gericht verwiesen, weil das Standrecht erst nach seiner Gefangennehmung in Kraft getreten war. Das Standgericht in Müllheim debattierte eine ganze Nacht lang über die Zuständigkeitsfrage, ebenso das Staatsministerium in Karlsruhe. Bei den Soldaten und zum Teil bei der Bevölkerung herrschte große Erbitterung über solche formalen Bedenken. Die Gemeinden im Oberlande halfen sich selbst und trieben eine recht wenig sympathische Freischärlerjagd. Bei Struves Papieren fanden sich wichtige Aufschlüsse über den in Württemberg geplanten Aufstand; er sollte bei dem landwirtschaftlichen Feste in Cannstatt am 28. September ausbrechen.

Zum 25. September war in Kassel ein Aufstand angesagt, ebenso in Berlin und Wien; in Köln wurden an diesem Tage Barrikaden gebaut. Der Belagerungszustand wurde dort erklärt, die Bürgergarde aufgelöst, die Zeitungen suspendiert. So schien die Septemberrevolution als eine schwere Gefahr über ganz Deutschland geschwebt zu haben.

In der schweizerischen Tagsatzung zu Bern machte Ludini später darauf aufmerksam, daß sogar in Sizilien zur gleichen Stunde wie in Baden Revolution gemacht worden sei, und sah darin einen großen Zusammenhang[166]).

In Baden wurde die Regierung nun von den verschiedensten Seiten zur Energie ermahnt; der preußische Gesandte v. Arnim setzte aber größere Hoffnungen auf den Reichskommissar Grafen Keller und machte die denkwürdige Bemerkung: Wäre die Zentralgewalt etwas kräftiger gegenüber der Reichsversammlung gewesen, „dann hätte sich Baden mit Jubel zum unmittelbaren Reichsland erklären lassen; niemand würde das Verschwinden des Großherzogtums bedauern[167])." Das wäre allerdings ein Akt von genialer Einfachheit geworden: von Frankfurt aus die revolutionsbedrohten Kleinstaaten des Westens und Südwestens militärisch besetzen und daraus ein Kernstück für das neue Reich machen!

Die Schweizer hatten die günstige Gelegenheit des Putsches benutzt, um über die offene badische Grenze soviel Seidenwaren herüberzubringen, daß die Zollvereinsstaaten auf längere Zeit damit versorgt waren. Zum Transport benutzte man Luxuspferde, die man auf diese Weise auch noch loswurde. Aber den Behörden in der Schweiz schlug nun doch etwas das Gewissen. Mehr als die Hälfte

der Teilnehmer am Aufstande waren begnadigte oder flüchtige Putschisten vom Frühjahr. Die Regierung in Bern beschloß, allen Personen, die früher das Asylrecht genossen und jetzt wieder am Aufruhr teilgenommen haben, solle der Aufenthalt nicht weiter gestattet werden. In Basel war die Miliz aufgeboten worden, um weiteren bewaffneten Zuzug nach Lörrach zu verhindern; Waffenvorräte wurden beschlagnahmt, einzelne Flüchtlinge wurden entwaffnet[168]). Der Kanton Thurgau entschloß sich zu einer Anzahl ziemlich scharfer Maßnahmen, die immerhin die Berechtigung der deutschen Beschwerden zum guten Teil bewiesen; eine Anzahl Flüchtlinge wurde aus dem Kanton entfernt, Waffenvorräte wurden beschlagnahmt, Schuldige zur Verantwortung gezogen[169]). Trotz des guten Willens, den also einzelne Schweizer Behörden zeigten, hielt es die provisorische Zentralgewalt für richtig, auf Betreiben der badischen Regierung in einer Note vom 4. Oktober an den Vorort ungesäumte strenge Bestrafung der schuldigen Behörden und Beamten, die Entwaffnung und Entfernung der Flüchtlinge und eine Erklärung über Bürgschaften für die Zukunft zu verlangen und diese an sich schon scharfen Forderungen noch durch Androhung der militärischen Absperrung und des Zollkrieges zu belasten. Baden hatte sogar die Zahlung einer angemessenen Entschädigung gewünscht! Die Note ging von der doch irrigen Voraussetzung aus, es habe eine eigentliche Freischarenorganisation schon innerhalb der Schweiz stattgefunden und einzelne Beamte könnten als besonders schuldig angesehen werden. Die Begeisterung für Raveaux, den Reichsgesandten, war nun plötzlich in der Schweiz vorbei — die Schweizer Presse verspottete ihn jetzt als Kölner Zigarrenhändler und nannte die deutsche Note unverschämt und grob. Es erfolgte eine scharfe Antwort, die der preußische Gesandte geschickt nennen mußte. Nur die tiefe Hochachtung vor dem Reichsverweser veranlasse den Vorort, auf die deutsche Note einzugehen, die in den Archiven der Eidgenossenschaft ihresgleichen nicht fände; der Struvesche Aufstand sei im Zusammenhange mit der Frankfurter und anderen revolutionären Bewegungen in Deutschland erfolgt, die badische Regierung habe alle Vorsichtsmaßregeln unterlassen, die bedrohten Landesteile militärisch nicht geschützt und mit einer völlig sorglosen Polizei besetzt[170]). Eine Replik und Duplik im gleichen Tone verfuhr die Lage so gründlich, daß sich die Zentralgewalt an den preußischen Gesandten wenden mußte, um das Zerwürfnis zu schlichten. Es war kein Ruhm für das Frankfurter Reich, das doch die einzelstaatlichen Gesandtschaften abschaffen wollte, nun den guten Willen und die diplomatische Gewandtheit Herrn v. Sydows in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Nachwirkungen des Struve-Putsches waren viel bedeutender als das Ereignis selbst. Wenn in Frankfurt brutal gemordet worden war, so hatte nun in Baden das Eigentum die schwerste Bedrohung erfahren. Was konnte die Revolution als Gesamterscheinung mehr kompromittieren! Das sind, so hieß es nun, die letzten notwendigen Folgen vom Demokratie, Selbstbestimmungsrecht, Freiheit! Das sind die wahren Instinkte des „Volkes“! Darauf kommt es an: Raub, Plünderung, Mord, Anarchie, also Entwurzelung und Schändung alles dessen, was heilig ist! Struve und die anderen Sozialrevolutionäre in Deutschland hatten die Fürsten Ausbeuter und Räuber, die Bürokraten Menschenschinder, die Diplomaten Volksverräter, Offiziere und Soldaten Bluthunde genannt, sie hatten

Staat, Wirtschaft, Gesellschaft zertrümmern wollen, um sie besser und gerechter, von Grund auf neu zu bauen. Nun schlug der Angriff zurück. Die Revolution kehrte um, die Gegenrevolution erhob sich. War es denn früher nicht viel besser gewesen? Herrschte nicht damals Ruhe und Ordnung? Konnte nicht jeder seiner Nahrung nachgehen? Waren nicht die Beamten anständige und zuverlässige Leute gewesen, mit ganz wenig Ausnahmen! Wie tapfer und ritterlich waren doch die Offiziere, wie geistreich und kunstbeflissen die Höfe, wie wohlwollend und treubesorgt die Fürsten! Warum sollten ein hoher Adel und ein fleißiges Bürgertum sich nicht ihres Besitzes freuen? Das Geld kam doch unter die Leute; gerade der kleine Mann hatte doch sein Auskommen vom Vergnügen und der Eleganz der guten Gesellschaft! Und nun gab es also wirklich Menschen, die diese ganze schöne, anständige, fromme und vornehme Welt zerstören wollten — warum?

Aus purem Neid, aus Habsucht, aus Vernichtungstrieb, also aus den gemeinsten, häßlichsten Motiven! In den „vaterländischen" Regierungsvereinen, die das Ministerium Bekk in Baden nach der Septemberrevolution ins Leben rief und die nach dem Vornamen des Ministers „Baptisten" genannt wurden, entwickelte sich gegen alles „Rote" eine sehr merkwürdige gegenrevolutionäre Leidenschaft, die nicht ohne Geschick an die Urtriebe des deutschen Mittelständlers appellierte; was habt ihr gemein mit solchem Auswurf der Menschheit, mit solchen Anarchisten und Verbrechern? — hieß es da wohl; solche Brut, solches Ungeziefer muß mit allen Mitteln ausgerottet werden, mit Dolch und Gift! Der in Berlin gegründete „Verein zum Schutze des Eigentums und des allgemeinen Wohlstandes" erregte weit über die preußische Hauptstadt Aufsehen und fand auch in Baden Anhänger[171]). Sein Zweck war, die der Demokratie zuneigenden mittleren und kleineren Bürgerschichten nach rechts zu führen, zum Anschluß zu bringen an alles Konservative, Loyale, Staatstreue und Royalistische, das sich in Preußen so energisch wieder regte. Die Gegenrevolution marschierte. Es war die bedeutsamste Folge der Septemberkrise, daß sich die Kluft zwischen rechts und links so unüberbrückbar erweiterte. Bitter war das für die revolutionäre Linke, für die liberale Reformpartei, für die fortschrittlichen Nationalisten. Alle diese Mittelgruppen hatten ihre Stoßkraft durch die Verbindung mit der Volksbewegung bekommen; sie hatten revolutionäre Mittel gebraucht und Folgerungen aus der Revolution gezogen. Nun ging die Revolution weiter, sie bedrohte Ordnung, Eigentum, Autorität jeder Art; die Sozialrevolutionäre waren eine ganz kleine Minderheit, die Kommunisten eine noch kleinere; ihre Sprengwirkung durchzitterte aber die gesamte bürgerliche Mitte. Die Aufständischen der Septemberunruhen hatten gehofft, das Bündnis mit dem nationalen Kampfobjekt Schleswig-Holstein werde die Massen wirklich auflockern und herüberziehen. Es war ein Irrtum; Schleswig-Holstein und die armselige preußische Politik waren schnell vergessen; gefochten wurde um die Idee und das Recht der Revolution. Die Frankfurter Nationalisten und Reformisten hatten es verhältnismäßig leicht; sie stellten sich ohne weiteres hinter die Zentralgewalt, wenn sie Republikaner niederkartätschte. Was sollte aber aus den republikanischen Opportunisten werden, aus Männern wie Robert Blum? Sie waren in Gefahr, in jener Kluft zu versinken, die sich auftat. In Berlin erschien damals eine Broschüre, deren Motto Flügel bekam: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Die Parole war dichterisch schlecht, politisch noch

schlechter; sie kennzeichnet aber sehr gut den Umschwung. „Demokraten“ hießen sie nun bald alle, alle Anhänger eines neuen deutschen Volksstaates, die doch so viel verschiedene Wege dorthin sahen; aber das Wort „Demokraten“ war außerordentlich bequem, um jede der Zukunft zustrebende Richtung durch die ihr zunächst benachbarte in Verlegenheit zu bringen, das Gemeinsame der Gegnerschaft zum alten Staate als das eigentlich Wesentliche herauszuarbeiten und so diese neue Welt der Unordnung, des Geschreies, der Redewut, der Haltungslosigkeit, der unsicheren Augenblickserfolge im Namen des Dauerhaften, Festgefügten, im Namen der Disziplin und des würdevollen Herkommens, im Namen der ererbten und geheiligten Form durch Entfaltung urstaatlicher und urvolklicher Lebenskräfte zu zerbrechen. Die Mitte zersetzte sich, die Potenz ging nach den Flügeln. Die Vernünftigkeit parlamentarischen Diskutierens und Beschließens war an der außenpolitischen Dynamik zum Widersinn geworden; sozialrevolutionäre Verschwörung zerschellte an der Militärgewalt; nun brauchte nur noch der Gedanke des deutschen Nationalstaates an den Dynastien zugrunde zu gehen: dann lag die Revolution am Boden, dann war die Gegenrevolution über sie hinweggeschritten.

Vierter Abschnitt

Die Gegenrevolution in Österreich

Die Deutschen sollten in einem Zeitraum von dreißig Jahren das Wort Gemüt nicht aussprechen, dann würde nach und nach Gemüt sich wieder erzeugen; jetzt heißt es nur: Nachsicht mit Schwächen, eignen und fremden.
Goethe

Kaiser Nikolaus I. von Rußland erhielt im Sommer 1848 von einem ihm Unbekannten namens A. Richter eine Denkschrift, die ihm solchen Eindruck machte, daß er sie dem Zarewitsch Alexander mit eigenhändiger Notiz zuschrieb. In dieser Denkschrift war gesagt: Die revolutionäre Propaganda ist kein Phantom, sondern eine mächtige Organisation, die dem Prinzip der Autorität Todfeindschaft angesagt hat; die Regierungen sind bis jetzt gegenüber diesem unsichtbaren Feinde ohnmächtig gewesen; die Polizei genügt nicht; die Propaganda ist bezahlten Agenten überlegen; sie hat überall die Fäden ihrer permanenten Verschwörung gesponnen; um sie zu bekämpfen, muß man sich ihrer eigenen Mittel bedienen; notwendig ist also eine monarchische Propaganda, die gegen die anarchistische Propaganda zum Angriff vorgeht; alle guten Elemente müssen gegen den Geist des Bösen organisiert werden; die revolutionäre Propaganda hat sich nach dem Muster der Jesuiten ausgebildet; nach dem gleichen Muster, in der gleichen Disziplin sollen sich die „Loyalisten" schulen; bis zum Martyrium muß so der Kampf für die Autorität, für die Moral, für Gott geführt werden[1]).

Solche Gedanken berührten das Innerste im Geiste des russischen Kaisers; auch er sah den Tageskampf als Teil eines ewigen Konfliktes; Revolution war für ihn Sünde, und er selbst war der Hort des guten Prinzips. Wie gerne erörterte er im Sommer 1848 den Plan eines Propagandakrieges gegen Preußen! Er war kaum nötig, denn Preußen reagierte ja schon genügend auf diplomatischen Druck; er war auch kaum möglich, denn Seuchen lähmten die russische Schlagkraft; nur die Erklärung der Republik in Berlin hätte wahrscheinlich das sofortige Eingreifen des Kaisers zur Folge gehabt[2]). Die Vorgänge im österreichischen Kaiserstaat und auf dem Balkan mußten aber noch viel mehr die Besorgnisse in Petersburg erwecken. Die italienische und die deutsche Freiheitsbewegung berührten Rußland nur mittelbar; wenn aber das Feuer die slawische Welt ergriff, dann konnte auch der Zarismus ins Wanken kommen. Der revolutionären Propaganda in Mitteleuropa gegenüber konnte man sich abwartend verhalten; wenn aber in Osteuropa die „Anarchie" zum Angriff überging, dann mußte man sie, nach dem Grundgedanken jener Denkschrift, wiederangreifen.

Der Slawenkongreß in Prag war auseinandergebrochen, ohne greifbare Ergebnisse. Es gab keine slawische Einigkeit dem Ziele nach; stark, vielverzweigt,

widerspruchsvoll war die slawische Freiheits- und Nationalitätsbewegung, und sie wandte sich als Erwachen urstarken Volkstums gegen den bisherigen Aufbau des österreichischen Kaiserstaates und des dynastischen Preußens, sie wandte sich auch gegen den Zarismus. Die polnischen Revolutionäre arbeiteten mit Tschechen und Südslawen zusammen; die drei großen Propagandazentren waren Prag, Krakau und Semlin. Bakunin übertrug die Idee und politische Wirkungsform des Karbonarismus auf die slawische Welt. Wolhynien, die Ukraine und Podolien, die Moldau und die Walachei sollten bearbeitet werden; Waffen gingen von Fiume nach Odessa. Überall saßen Vertrauensleute; bei Brockhaus und Avenarius wurden Aufrufe in allen slawischen Sprachen gedruckt, in Form von Gebeten[3]). Kaiser Nikolaus beargwöhnte ja seine Slawophilen, selbst wenn sie erklärten, ihr Ziel sei die Vereinigung aller Slawen unter dem heiligen Szepter des Zaren. Bakunin aber, der den russischen Bauer erwecken wollte, der anarchistische Revolutionär hegelianischer Herkunft — Bakunin war des Kaisers Todfeind. Es gelang damals nicht, eine slawische Volksbewegung von Durchschlagskraft gegen die alten Fürstenmächte hervorzurufen; vielmehr sollten es gerade die Slawen sein, durch die der Freiheits- und Nationalitätsgedanke in Deutschland, Österreich und in Ungarn niedergeworfen wurde. Tsche hische Regimenter marschierten in Frankfurt und gegen Wien, die Kroaten Jellačićs waren hier und gegen die Ungarn dabei, die Russen zertraten schließlich die ungarische Selbständigkeit. Aus dem mitteleuropäischen Bürgerkrieg wurde im Osten ein Nationalitätenkampf; die Bitterkeit, mit der er ausgefochten wurde, erstickte hier zeitlich zuerst die Revolution im Namen der Gegenrevolution, im Namen der heiligen Autorität und der heiligen Ordnung.

Dem siegreichen Radetzky verlieh Kaiser Nikolaus das große Band seines Georgsordens — nur der Herzog von Wellington und Fürst Paskievič besaßen es damals; es war eine Demonstration, deren Bedeutung man in Europa fühlen mußte. Der russische Gesandte in Turin war abberufen worden; in Paris und London wurde eröffnet, jede Intervention der Westmächte müsse die Rußlands nach sich ziehen; wenn es sich um Abänderung der Wiener Verträge handele, dann hätten alle Unterzeichner das Recht, mitzusprechen, Lord Palmerston solle sich das merken[4]). Seit dem 9. August 1848 war in Italien der Waffenstillstand eingetreten, die Österreicher hielten wieder Mailand.

So stand außenpolitisch Rußland an der Seite des österreichischen Kaiserstaates, der so wenig mehr an sich geglaubt hatte, daß er die ganze Lombardei preisgeben wollte. Frankreich hatte sich aufs schärfste für die italienische Nationalität eingesetzt; nun mußte auch hier der neue Tatbestand berücksichtigt werden. Man wolle gar nicht Österreich schwächen, hieß es jetzt in Paris, eine Verfassung und Verwaltung Italiens sei auch unter österreichischer Souveränität möglich; Österreichs Macht solle sich aber nach dem Osten hin entwickeln[5]). Frankreich drohte freilich auch wieder mit bewaffneter Intervention — dann wurde aber ein großer internationaler Kongreß von ihm empfohlen zur Schlichtung aller europäischen Streitfragen. Auch Preußen wünschte, daß Österreich die guten Dienste der Großmächte annehme. Am deutlichsten hielt England an einer Italien freundlichen Politik fest. Das ganze Whig-Ministerium war darin einig, daß ein großes norditalienisches Reich die beste Stütze für England sowohl gegenüber Österreich

wie Frankreich sei. „Das Bestehen der österreichischen Macht in Italien ist unnatürlich", sagte Lord Palmerston zu Bunsen; „die Österreicher haben Italien gut bewirtschaftet, aber eben um es auszubeuten; niemand weiß ihnen Dank; wenn sie Italien verlassen, bleibt nichts zurück als unauslöschlicher Haß und endlose Verwünschungen; in Mailand braucht man dreißigtausend Mann, um die offene Empörung zu verhindern; Handel und Verkehr liegen darnieder; ist das ein Besitztum, für das sich der Aufwand von Geld und Blut lohnt[6])?"

Besonders schwierig war die Lage für Frankfurt. Die Linke der Nationalversammlung hatte starke Sympathien für die italienische Volksbewegung, die Rechte freute sich über die Niederlage der italienischen Revolutionäre. Aber auch in der Mitte überwog doch die Meinung, es handele sich beim Kampfe Österreichs um eine gute deutsche Sache; so versteht sich der Beschluß des Parlaments, jeder feindliche Angriff auf Triest solle als Kriegsfall für den Deutschen Bund gelten. Schmerling, damals noch österreichischer Bundespräsidialgesandter, hatte die Blockadeerklärung des sardinischen Admirals über Triest als Anlaß des sofortigen Bruches von Bundes wegen mit Sardinien erklärt haben wollen, war aber gegen Preußen nicht durchgedrungen[7]). Wer tiefer blickte, kam über den Widerspruch nicht hinweg. Preußen und der Bund zogen in Schleswig-Holstein für dieselben Ideen unter dem Beifalle des Parlaments zu Felde, gegen die Österreich unter dem Beifalle desselben Parlaments in Italien focht. Die österreichische Reichsverweserschaft in Frankfurt versuchte dann mit besonderer Absicht, bei den italienischen Dingen mitzuspielen. Sie wünschte nicht, daß Preußen beteiligt sei, sondern verlangte eine Vollmacht von Preußen für den Fall, daß die Unterzeichner des Wiener Vertrages alle zugezogen würden; sie erstrebte eine freie Verfassung der italienischen Provinzen Italiens, sie erklärte sich mindestens für den Beginn der Verhandlungen für volle Beibehaltung der Lombardei, während die Westmächte ja den Kaiserstaat hinter die Etsch zurückdrängen wollten[8]). Die Zentralgewalt verfolgte diese Ziele einmal aus formalen Gründen, um nach ihrem Scheitern in der dänischen Sache als mitbeteiligte Großmacht anerkannt zu werden; dann aber, weil die Neuordnung in Italien ja ganz deutlich mit dem Neuaufbau des Kaiserstaates selbst zusammenhing, und den dachte sich Erzherzog Johann anders als die Erzherzogin Sophie.

Erzherzog Johann unterhielt keine direkten Beziehungen mehr zur kaiserlichen Familie. Er hatte für die Stellvertretung des Kaisers im Juni und Juli 30000 Gulden erbeten und erhalten. Mit fühlbarer Absicht zog er eine Grenze zwischen sich, als dem deutschen Reichsverweser, und Österreich. „Mein vormaliger Herr, der Kaiser", pflegte er zu sagen. Das hinderte ihn freilich nicht, außer seiner Apanage noch 12000 Gulden Pension als österreichischer Feldmarschall und 8000 Gulden als Chef des Geniekorps zu beziehen. Vergebens drängte Johann auch auf Teilung des kaiserlichen Hausvermögens, um seinen Anteil für seinen Sohn zu sichern, der keinen Anspruch darauf hatte[9]).

Die durch Niederschlagung der Frankfurter Septemberrevolution erhöhte Autorität der Reichsverweserschaft wünschten Erzherzog Johann und sein nächster Ratgeber Schmerling gegenüber Österreich in durchgreifender Weise auszunutzen. Der Gedanke war, die wohlgesinnte deutsche Bevölkerung der Provinzen, deren alte Zuneigung zu Johann ja immer wieder hervorgetreten war,

zum Bewußtsein ihres Deutschtums zu bringen und sie gegen das durch die Slawenpartei gestützte Kaiserhaus auszuspielen. Johann und Schmerling wollten Großdeutschland; die gegebene Hausmacht des zukünftigen Frankfurter Volkskaisers war Deutsch-Österreich. Die Pläne der Frankfurter Zentralgewalt gingen also auf nichts anderes hinaus als auf die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie in der bisherigen Form; Schmerling sprach sich im vertrauten Kreise auch ganz rückhaltlos darüber aus; Ungarn solle mit seinen Nebenländern ein unabhängiges Reich unter dem Großherzog Stephan als König werden, die deutschen Provinzen sollten dem Erzherzog Johann zufallen „und dadurch sowohl der innige Anschluß derselben an Deutschland gesichert als auch dem zukünftigen deutschen Kaiser eine Hausmacht geschaffen werden. Durch das Aufgeben eines großen Teils der italienischen Provinzen sowie die Freigebung Polens solle Frankreich, England und Italien befriedigt werden. Die Rechte und Interessen der legitimen Dynastie des Kaiserreichs werden dabei wohlfeilen Kaufs verhandelt, daher Herr v. Schmerling für gut findet, sich noch nicht unbedingt für die Thronfolge des Erzherzogs Franz Josef auszusprechen[10])."

Wie bedeutsam ist diese geschichtliche Perspektive! Auflösung des Kaiserstaates, vielleicht Abfindung Erzherzog Franz Josefs mit Böhmen und Mähren, Erzherzog Rainers mit dem Reste von Italien, entschlossene Übertragung des Nationalitätenprinzips auf die Monarchie, Schaffung des wahren Großdeutschland! Alle preußischen Beobachter stimmten in ihren Bedenken, ja in ihrer sorgenvollen Erregung über solche Pläne überein. Dachte doch die Zentralgewalt daran, von sich aus im österreichischen Wirrsal Ordnung zu schaffen und die Aufrechterhaltung des Landfriedens eventuell durch Benutzung der bayrischen und sonstigen Kontingente zu erzwingen! Preußische Truppen wären dafür freilich nicht zu haben gewesen. Schwer genug war die Lage für die Frankfurter. Sie wollten die Deutschen in Österreich nicht aufgeben, sie hofften auf die deutsch-österreichische Provinz; die Hauptantriebe gingen aber von Wien aus; die Hauptstadt war großdeutsch, glitt aber für den Geschmack der Zentralgewalt zu sehr nach links. Die „Anarchie", die man eben in Frankfurt niedergeworfen hatte, schien nun in Wien ihr Haupt zu erheben. So geriet das Reichsministerium ins Schwanken: man konnte nicht die deutsche Richtung kräftigen und die „anarchische" dämpfen — denn beide fielen eben in Österreich zusammen[11]). So geschah es, daß jedes Eingreifen von außerhalb im Kaiserstaate ohnmächtig blieb. Die Pläne der Erzherzöge zergingen in Rauch. Erzherzog Stephan hatte sich als Palatin von Ungarn im schwierigen Spiele zwischen der demokratischen Patriotenpartei und dem Kaiserhause lange zu behaupten versucht. Immer wieder hatte er dem Kaiser seine Demission angeboten, um so neue Zugeständnisse zu erpressen; um nicht ganz ein Werkzeug Kossuths zu werden, verließ er im September Ungarn — sicher in der Hoffnung, wiederzukommen. Sein Haß gegen die Erzherzogin Sophie war glühend und wurde ebenso erwidert; man meinte sich gegenseitig völlig zu durchschauen. Nun erschien Erzherzog Stephan in Frankfurt und beriet mit Erzherzog Johann, dann reiste er nach England; überall erzählte er von der Unmöglichkeit des gegenwärtigen kaiserlichen Regimentes, ohne sich jedoch für die Nachfolge des legitimen Thronerben auszusprechen. Er, der eine so traurige

Rolle gespielt hatte, daß ihn die Mißachtung aller Parteien in gleichem Maße traf, erklärte nun in London, die Lombardei müsse aufgeopfert werden; auf diese Weise hoffte er für sich und seine Pläne den Lord Palmerston zu gewinnen, in dem das Kaiserhaus den bittersten Feind des schwarz-gelben Kaiserstaates sah[12]). So wuchsen die Gegensätze ins Große. Das Ungarn Kossuths stand im Kriege mit seinen südslawischen und slowakischen Untertanen. Die ungarischen Serben schlugen schon im Mai los, für den Kaiser, gegen die Revolutionäre in Budapest; der Banus Jellačić, zuerst in Acht und Bann getan, im September ohne Wissen des Ministeriums Wessenberg wiederhergestellt, führte seine Kroaten über die Drau. Zwischen ihm und Windischgrätz stellte sich das slawische Einverständnis gegen Deutsche und Ungarn her.

Auch in allen deutschen Alpenländern arbeitete die Volksbewegung weiter; sie hatte Erfolg, solange sie die Kraft zu haben schien, das Landvolk von den Lasten der Untertänigkeit und der Patrimonialherrschaft zu befreien. In Oberösterreich, in der Steiermark kämpften die alten Landtage um die Form der Ablösung, um die Landesverfassung, um „Grundrechte". Viel mehr als in Preußen zeigte sich hier ein Zug zum Provinzialismus, zur lokalen politischen Willensbildung. Der Gegensatz zur Hauptstadt Wien ist besonders deutlich in Tirol geworden. Der Bauer war hier freier als anderswo; aber weil der Geistliche zugleich Lehrer, Gemeindevorsteher, Wahlkommissar und Abgeordneter war, bildete sich hier zuerst in Österreich eine ausgesprochen katholische politische Bewegung heraus, die die Wahrung der provinzialen Interessen mit den Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie vereinigen wollte und allem Wiener „Freiheitsschwindel" von Grund aus abhold war. So knorrig das eigene lokale Selbstbewußtsein auftrat, so wenig Verständnis wurde aufgebracht für die besonderen Wünsche des alemannischen Vorarlberg, das doch sicher ebensogut katholisch dachte[13]).

In Innsbruck hatte der arme Kaiser Ferdinand überhaupt nicht von einer Rückkehr nach Wien sprechen hören können, ohne Nervenanfälle zu bekommen; nun erfolgte am 12. August doch der Einzug in die Hauptstadt. Die Erzherzogin Sophie war traurig und bedenklich bei diesem Entschluß; sie wollte nicht gerne in die Gewalt der Revolutionspartei kommen. Bei der Einfahrt mußte sie im Wagen des Kaisers und der Kaiserin sitzen, um vor Insulten geschützt zu sein. Offen wurde der Rücktritt des Kaisers erörtert. „Was ist zu tun, wenn der Kaiser nicht kommt?" fragte ein Plakat. Dann muß man ihn bitten, die Krone niederzulegen, lautete die Antwort. Die Hofpartei wünschte den unvermeidlichen Akt noch hinauszuschieben. Windischgrätz wartete mit wohlberechneter Ruhe ab. Auch in s e i n e m Lager, er empfand es so, war Österreich. Er ließ den Kaiser durch den Generaladjutanten Fürsten Lobkowitz in Wien bewachen; keine Zugeständnisse sollten gemacht werden — dann sei der Kaiser lieber nach Olmütz zu bringen; er, Windischgrätz, werde dann Wien erobern und die Abdankung zugunsten des Erzherzogs Franz Josef durchsetzen[14]). Die großen böhmischen Magnaten waren die Träger des stärksten Willens zum schwarz-gelben Kaiserstaat: es war deutlich, daß sie auf Gewalt und Bruch, nicht auf Versöhnung und gesetzliche Fortentwicklung, hinarbeiteten. Monatelang gab es nur ein Nebeneinander in Österreich.

Wenn die preußische Nationalversammlung bewies, daß ein freiheitliches Preußen schon längst vorhanden war, wenn das Frankfurter Parlament ein unsterbliches Deutschtum offenbarte, so zeigte nun der Wiener Reichstag das hippokratische Gesicht: Wollte Österreich freiheitlich sein, dann zerging der Kaiserstaat; er starb an den Feinden des Deutschtums, und auch am Deutschtum selbst konnte er nicht mehr gesunden. Was saß da an seltsamen Widersprüchen von Volkstum, Klasse und Gesinnung im Reichstag beieinander: Graf Alexander Borkowski aus Lemberg, der Aristokrat mit dem Christuskopf, Freiheitsgläubiger und sarkastisch ruhiger Oppositioneller, tief und scharf verfeindet allem österreichischen Staatswesen; der Tscheche Karl Hawliček, ein Kalmückengesicht, panslawistischer Naturbursche und Schimpfgenie, hemdsärmeliger Fanatiker, ein guter Kerl, der sich aus Überzeugung in die politische Flegelei hineinsteigerte; Franz Palacky, der Hohepriester des Tschechentums, steif, eckig, rauh in Sprache und Bewegung, Bücherwurm und Aktenschnüffler, aber doch noch etwas mehr als ein Forscher von Rang: Orakel, Prophet, Schicksalsdeuter; Franz Smolka, Doktor der Rechte aus Galizien, polnischer Freiheitskämpfer, der die österreichischen Gefängnisse gut kannte, trotzdem ein ruhiger Demokrat, beherrscht und sicher, eindrucksvoll, überzeugend als Redner; der Prager Buchhändler Alois Borrosch, ein geborener Wiener, ewiger Geschäftsordnungsredner und Wortklauber, schulmeisterlicher Kritiker aller Parteien, stolz auf seine etwas fruchtlose Tapferkeit, Feind der Nationalitätenschwärmerei, ein kleines, eifriges, bebrilltes Männchen, sonderbar genug emporgehoben über die eigene Mittelmäßigkeit, unantastbar, aber nicht gerade angenehm oder höherem Zwecke nutzbar; der Arzt Adolf Fischhof, populär seit der Märzrevolution, Meister des Beruhigens und Ausgleichens, Typus des wohlmeinenden Fortschrittsmannes, mehr vernünftig als willensstark, Berater, aber nicht Führer; Josef Goldmark, Wiener Mediziner und Jude wie Fischhof, sonst aber sein Widerspiel: redewütig, ein fuchtelnder Polterer, überall und nirgends, heftig und eitel, „Stoßvogel der Demokratie", betäubend, aber wenig überzeugend, uranständig, doch selbst unklar und deshalb ein Verbreiter von Unklarheit; endlich der dritte Arzt unter den führenden Parlamentariern, Ludwig Edler von Löhner: der begabteste Redner der Versammlung, fanatischer Tschechenfeind, genialisch warm, wundervoll in seinem Schwingen und Brausen, hinreißend durch den Adel seines dunklen Blicks, seines scharfen Profils, seiner hageren leidenden Gestalt, aber unfähig zu wirklichem Handeln, zerrissen, launisch, unstet, krankhaft schwankend zwischen den Polen der Stimmung; der katholische Priester und Universitätsprofessor Anton Füster, vielleicht der umstrittenste Wiener Zeitgenosse, der wiedererstandene Abraham a Santa Clara, wohlbeleibt, rührig, voll Begeisterung für die Jugend und die Freiheit, Abgott der Studenten und der Volksmasse, behaglich, anschaulich, feurig als Redner, lustig, grob, treffsicher in der lieben, gemütlichen Mundart, als Kneipkumpan bewährt und deshalb doppelt geachtet, aber auch imstande, durch Salbung zu rühren, selbst erschüttert die Hörer zu erschüttern, politisch im Grunde ahnungslos und schon deshalb ohne Falsch und persönliche Absicht, von der Zeit emporgetragen als ein reiner Eiferer und ebenso schnell wieder verschlungen; der Schriftsteller Franz Schuselka, das deutsche Gemüt mit den slawischen Zügen, ehrlicher Deutscher und Großdeutscher, sinnig und elegisch, aber doch auch

kräftig, umsichtig und tapfer, eine besonders österreichische Erscheinung, liebenswürdig und spontan, etwas unvorsichtig, ohne viel Geschick und Glück und darum ohne großen bleibenden Erfolg, schlecht behandelt von der Heimat und deshalb trotz aller Kämpfertreue wie mit einem Fluche behaftet; der Jurist Ernst von Violand, von der äußersten Linken, ein Magier der Revolution, deutsch und europäisch durch und durch, ein unwiderstehlicher Mensch, von den Visionen einer besseren Welt geschüttelt; und zuletzt der Jüngste, noch ein grüner Doktorand, gerade frisch vom Hörsaal gekommen, Hans Kudlich, der seinen Namen durch einen berühmtgewordenen Antrag weit über alle anderen trug, der blonde Lyriker österreichisch-deutscher Freiheitspolitik, ernst und fest, treu und offen, ein schwärmender Gläubiger, erfüllt vom Ideal der Humanität und Gerechtigkeit[15]). Soviel Talent, Gesinnung, nationales Selbstgefühl platzte aufeinander; die Diskussionen solcher Menschen mußten interessant sein, sie waren freilich von vornherein mit der Gefahr der Verwirrung belastet; man redete sich mehr auseinander als zusammen, es gab ja keinen Boden, auf dem alle standen. Die Zeitgenossen sahen vor allem die volkstümliche Kraft, die farbige Einzelerscheinung, die nach Schaffen drängende Begabung; der Forscher nimmt bei diesem Reichstage noch ganz andere Momente wahr — etwas Schicksalhaftes vor allem, einen Zug von sinnlosem Bemühen, eine unheimliche Freude an rhetorischer Folgerichtigkeit und politischer Unlogik.

Die Parteigruppierung war bestimmt durch den unlösbaren Widerspruch zwischen Freiheitsrationalismus und nationalistischer Dynamik. Sowohl unter Slawen wie unter Deutschen gab es Rechtser und Linkser; aber nicht das entschied; maßgebend wurde das Verhältnis der Nationalitäten zum Kaiserstaatsgedanken. So saßen die Tschechen auf der Rechten, als Gegner der Wiener Revolution, weil sie eben deutsch war; vor der Reaktion glaubten sie keine Angst haben zu müssen, sie arbeiteten für ein starkes, einiges Österreich, das heißt ein überwiegend slawisches Staatsgebilde mit tschechischer Vorherrschaft.

Die Konservativen unter den Deutschen wirkten mit den Tschechen und Ruthenen auf der Rechten und in der Mitte; für das Ministerium, für den Hof, für die Kamarilla, für alle gegenrevolutionären Kräfte entwickelte sich hier eine überaus willkommene schwarz-gelbe Bereitschaft. Die allermeisten Deutschen wurden freilich durch solche Möglichkeiten nach der Linken gedrängt; mit Polen und Italienern fanden sie sich hier zusammen im Bekenntnis zur Revolution. Sie wollten brechen mit dem historischen Rechte, sie wollten die Ruine des Absolutismus, die noch stand, nicht restaurieren; im Negativen einig, spalteten sie sich aber sofort bei jedem positiven Ziele. Wenn die Klerikalen sich nach rechts und der Mitte hielten, so trafen sich auf der Linken Freisinnige, Deutsch-Katholiken, Juden; das religiös-weltanschauliche Moment überbrückte vielfach den Nationalitätenzwiespalt, vermochte aber nur gewissermaßen vorläufig so zu wirken; besonders bei den Deutschen trieb es die Gegensätze zur Unversöhnlichkeit, während die Slawen sich doch im politischen Wollen wiederfanden. Zwischen den Austroslawen der Rechten und den großdeutschen Patrioten der Linken konnte sich die schüchterne Mitte mit ihrem loyal-klerikalen Provinzialismus und den leisetretenden bürokratischen Zentralisten selbständig nicht durchsetzen; sie unterstützte meist das Ministerium

und schadete ihm damit mehr, als sie ihm nützen konnte; im Zweifelsfalle fiel sie nach der Rechten um.

Am 26. Juli stellte Hans Kudlich jenen epochemachenden Antrag: „Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei.“ Der größte Teil aller Petitionen an den Reichstag betraf ja die Lage des Landvolks; es war die wahrhaft große Frage in dem agrarischen Kaiserstaat; die Untertanen wandten sich gegen die Herrschaftsbesitzer; sinnlos war es, eine neue Staatsverfassung aufbauen zu wollen, ohne ein befreites Staatsvolk zu besitzen. Praktisch hatten vielfach die Bauern einfach ihre Abgaben eingestellt, die Lasten abgeschüttelt. In jeder Provinz war die Lage anders, der Entwicklungsgrad verschieden. Was die deutsche Linke mit dem Antrag Kudlich wollte, war deutlich: das brennendste wirtschaftliche und soziale Problem sollte auf eine großartig einfache, revolutionär gestimmte Weise im Stile jener Augustnacht der großen französischen Revolution politisch gelöst werden; damit mußte man die Bauernschaft gewinnen, und das Bündnis zwischen dem städtischen Freiheitsgeist und der ländlichen Volkskraft war da. So klar und zwingend verlief die Angelegenheit nun nicht. Kudlich selbst machte den Fehler, in der Motivierung seines Antrages die Einzelheiten der Untertänigkeitsfrage anzuschneiden, und rief dadurch eine unübersehbare Flut von Sonderanträgen und Verbesserungsvorschlägen hervor. Gleich bei seinem ersten großen Thema erlag also auch der österreichische Reichstag der Gefahr junger, ungeschulter Parlamente, ins Breite zu geraten, über das Ganze der Angelegenheit, statt für oder wider den Antrag reden zu lassen, die Schärfe des Diskussionsstiles und das Ziel der Abstimmung zu vernachlässigen. Der Kampf spitzte sich immer mehr auf die Entschädigungsfrage zu. Schließlich wurde der Kollektivantrag des Salzburger Juristen Lasser angenommen, wonach die Aufhebung der obrigkeitlichen Gewalten der Grundherrn ohne Entgelt, die Aufhebung der Dienste und Abgaben aber gegen billige, das heißt angemessene Entschädigung unter Zuhilfenahme von Provinzialfonds bzw. gegen Ablösung seitens der verpflichteten Bauern, stattfinden sollte. Wenn Kudlichs Kollektivantrag auch durchfiel, so war doch seiner Anregung und dem scharfen Kampfwillen der deutschen Linken eine Tat zu danken, die die erste und die letzte des Reichstages bleiben sollte: durch das Gesetz vom 7. September wurde eine neue Gesellschaftsordnung in Österreich verkündet, auf eine vorsichtige, juristisch wohlabgewogene Art, durchaus nicht in dem ursprünglichen Sinne eines revolutionären Schlages. Trotzdem fühlte sich der altösterreichische Feudalismus tief bedroht; wir wissen, wie sehr der Kaiserstaat recht eigentlich auf ihm beruht hatte; der Reichstag hieb nun mit der Axt gegen die Wurzel seines Daseins; dem Feudalismus kam es ja nicht auf Entschädigung oder Ablösung an, sondern auf die faktische Macht, und die wollte er behalten. Wenn es noch eines Motivs bedurft hätte: seit dem Gesetz vom 7. September haßte die Aristokratie als Todfeind den Reichstag. Die Bauern aber glaubten nun erreicht zu haben, was zu erreichen war; ihr Interesse an der Volksbewegung flaute merklich ab, sie erwarteten vom Reichstage nichts mehr, was sie interessierte; sie verlangten die Durchführung des Gesetzes, und alles andere war ihnen gleichgültig. So ergab sich für die deutsche Linke das Gegenteil dessen, was sie von dem

Antrage Kudlichs erhofft hatte; nicht an sie schloß sich die Bauernschaft an, sondern an die Gruppen, die die Mehrheit und die Exekutive darstellten oder trugen. Der Reichstag endlich hatte sich in Geschäftsordnungs-Spitzfindigkeiten widersprechenden Beschlüssen, Protesten in Kompetenzfragen, Interpretationskünsten aller Art so erschöpft, daß das Gute der Tat, die doch schließlich zustande kam, durchaus nicht auf ihn zurückfiel. Das Ministerium hatte es vielmehr fertiggebracht, dem Reichstag gelegentlich des Gesetzes vom 7. September recht nachdrücklich zu verstehen zu geben: Gesetze bedürften der Sanktion durch den Monarchen, und die Verfassung muß mit der Krone vereinbart werden. Auch der österreichische Reichstag sollte begreifen, daß er keine souveräne Konstituante sei.

Diese Vorgänge konnten den Reichstag in den Augen der revolutionären Bewegung in Wien nur noch unpopulärer machen, als er dort an sich schon war. Die Rückkehr des Kaisers und des Hofes hatte zunächst beruhigend gewirkt. Nun begann neue Erregung, und zwar denkwürdigerweise von der kirchlichen Seite her. In Böhmen hatten gleich in den Märztagen schon viele Priester ihren Austritt aus der römischen Kirche vollzogen. In Wien war dergleichen nicht vorgekommen; gerade ein Mann wie Füster sagte nie etwas gegen die Kirche und galt für viele als ein lebendiger Beweis dafür, daß der Katholizismus und eine freie demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung sich sehr gut miteinander vertragen könnten. Nun kam aber Johannes Ronge nach Wien; am Stephansdom war auf einem riesigen Plakat unter dem Titel „Eine neue Religion in Wien!" die Quintessenz des Deutschkatholizismus in sechs Punkten zu lesen; im Odeon fand eine gewaltige Versammlung statt; zwei Kaplane, Pauli und Hirschberger, sprachen gegen Rom. Ronge selbst trat am 17. September auf, eine deutschkatholische Gemeinde wurde gegründet, die es schnell auf 2000 Seelen brachte. Nach der Oktoberrevolution ist sie sofort wieder unterdrückt worden. Obwohl Ronge das rein religiöse Moment stark betonte, so ist doch der Zusammenhang mit der politischen Freiheitsbewegung sehr deutlich; Schuselka gehörte zu den Deutschkatholiken, der uns wohlbekannte Agitator Schütte erschien nun wieder in Wien und arbeitete als Verbindungsmann zwischen den Deutschkatholiken, dem Wiener Sicherheitsausschuß und der Linken der Frankfurter Nationalversammlung. Das Schlagwort „Los von Rom!" ist damals in Wien von Pauli geprägt worden[16]); die Abwehr des römischen Klerus gegen die neue Lehre und was mit ihr zusammenhing war recht lebhaft; man rechnete mit Ausschreitungen, schon vertraute der päpstliche Nunzius seine Archive der französischen Gesandtschaft an. Das Wichtigste war, daß nun die Freiheitsbewegung in Wien auch mit dem Vorwurf deutschkatholischer Freigeisterei belastet schien; die Geistlichkeit begann ihren Einfluß gegen die Linke geltend zu machen. Füster, der schon als der zukünftige Primas von Wien galt und sich nicht ungern den konstitutionellen Bischof nennen ließ, sah sich plötzlich isoliert.

Auch Friedrich Hecker scheint vor seiner Abreise nach den Vereinigten Staaten wenigstens in der Umgegend von Wien gewesen zu sein. In Reichenau bei Gloggnitz (Oberösterreich) fand Anfang September eine viel beachtete Zusammenkunft linksstehender Journalisten und Parteiführer statt, an der er wahrscheinlich teilgenommen hat. Schon regte Minister v. Wessenberg beim badischen Gesandten

in Wien durch Verbalnote einen Schritt wegen der Ausweisung Heckers aus Österreich an, Freiherr v. Andlaw erwiderte aber, er sei ohne Instruktion von Karlsruhe, Hecker habe einem Kontumazurteil unterlegen, es sei deshalb lediglich Sache der Wiener Polizeibehörde, ob sie seinen Aufenthalt dulden wolle oder nicht[17]). Schütte stand mit Hecker und Karl Marx in Beziehungen, der Ende August gleichfalls nach Wien kam und, ebenso wie Julius Fröbel, in den Klubs lebhaft agitierte, auch zwei Versammlungen abhielt[18]). Wien wurde in diesen Wochen die große Hoffnung aller Linksstehenden; die Ohnmacht der gesetzlichen Autoritäten, die Zerrüttung der gesellschaftlichen Zustände ließen bei vielen die Hoffnung entstehen, von hier aus könnte noch einmal die deutsche Revolution in Gang gesetzt werden. Bis in den Hochsommer hinein waren Aula, Mittelstand und Arbeiterschaft politisch einig gewesen. Die Aula war studentisch — aber nicht studentisch allein; Kaufmanns- und Handwerksgehilfen drängten sich hinzu, gelockt von dem kecken Geist und frischen Ansehen dieser akademischen Führerschaft; auch mancher Schiffbrüchige, mancher Abenteurer gesellte sich bei; die Aula wurde so eine Organisation der Zwanzigjährigen, eine radikale Jugendgruppe, die, bewundert und gefürchtet, im Gefühle ihrer Bedeutung und ihres Berufes, nicht nur dem bisher Bestehenden, sondern auch neuen Bildungen, wie etwa dem Reichstage, Fehde ansagte; geistvoll und wahrheitsfanatisch traf diese Kritik oft genug ins Herz der Dinge. Aber soviel Verneinung trieb die Aula notwendig nach links[19]). Mit ihren Kalabreserhüten, die sich unter mehreren Federn bogen, schwarzrotgold bebändert und behängt, mit Kokarden wie mit Ordenssternen und Ordenskreuzen beladen, den Säbel klirrend übers Pflaster schleppend — so boten diese jugendlichen Revolutionäre ein anspruchsvoll-martialisches Bild. Daß ein altliberales, gediegenes Bürgertum, daß Geld- und Titelpatriziat keine dauernde Freude an solch respektlosem Treiben haben konnten, war natürlich. Der Rechtsabmarsch der Gehobeneren vollzog sich jetzt in Wien mit aller Deutlichkeit. Aber auch der Mittelstand suchte denselben Weg. In einer Eingabe vom 18. August sprach etwa Dr. v. Vivenot „im Namen der unermeßlichen Mehrzahl der Bürger und Nationalgarden Wiens“ den Unwillen aus über die Sympathien der Aula für die Republik; es geschähen Schritte, es würden Reden geführt, die einer offenen Anerkennung der Republik gleichkämen; ein Redner habe Friedrich Hecker „gottbeseelt“ genannt, ein begeistertes Lebehoch sei ihm gebracht worden; man habe die Fahne der französischen Republik bejubelt; man hege den Plan, eine Adresse der Wiener Universität an die Frankfurter republikanische Linke aufzulegen; in dem Tageblatt „Politischer Studentenkurier“ würden republikanische Grundsätze ganz unverhüllt dem Volke gepredigt; die Unterzeichneten, so hieß es, wollten demgegenüber an der Treue zum Kaiser festhalten; sie machten das Ministerium nicht bloß aufmerksam, sondern auch verantwortlich[20]).

Zwischen der Aula und der Arbeiterschaft lockerte sich das Band insofern etwas, als das Proletariat sich nicht mehr von den Akademikern nur mitschleppen und mit wohlmeinenden Reden vom „Bruder Arbeiter“ traktieren lassen wollte, sondern sich eigene Organisationen schuf. Buchdrucker und Schriftsetzer, die Intelligentesten, gingen, wie überall, voran: der erste Arbeiterbildungsverein wurde gegründet. Es folgten der erste allgemeine Arbeiterverein, der Wiener

Arbeiterklub. Forderungen auf Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Einschränkung der Frauenarbeit, Regelung des Maschinenwesens wurden bereits im April erhoben. Die bittere Arbeitslosigkeit und Teurung sollte durch Notstandsarbeiten bekämpft werden[21]). Füster, der gern alles zusammengehalten hätte, predigte noch im Juli vor der „ehrlichen, christgläubigen Arbeitergemeinde".

Aber die Regierung vermochte die Lasten finanziell nicht zu tragen. Man fütterte eine große Anzahl Arbeitsscheue, dazu viele Frauen und Halbwüchsige, durch mit ziemlich zwecklosen Erdarbeiten. Ein provisorisches Zentralkomitee für die Arbeiterangelegenheiten wirkte seit dem 2. August: es bestand aus Mitgliedern der Ministerien, Angehörigen des Sicherheits- und Gemeindeausschusses und drängte auf Ausweisung aller fremden Arbeiter, Ausmerzung der Arbeitsscheuen und Herabsetzung des Lohnes. Diesen Gedanken griff der Minister Schwarzer sofort auf und setzte kurzerhand, im Einverständnis mit Doblhoff, am 19. August den Tagelohn der Frauen und Halbwüchsigen um fünf Kreuzer herab. Wenn wirklich diese Maßnahme sachlich notwendig war, so wirkte doch ihre Verkündigung in der Auszahlungsstunde selbst sehr erbitternd. Es kam zu Unruhen; Arbeitermassen, besonders Frauen, zogen durch die Stadt; aus Lehm geknetete Puppen wurden herumgetragen, mit der Inschrift „Der Kreuzerminister", Fünfkreuzerstücke wurden ihm in den Mund gesteckt, damit der „Fünferlfresser" daran krepieren sollte; Zusammenstöße mit der Sicherheitswache und der Nationalgarde fanden statt, das Proletariat zählte 18 Tote und 282 Verwundete. Das Ministerium hatte mit einem gewissen Vergnügen den Anlaß benutzt, um zu einem Erfolge zu kommen; den Sicherheitsausschuß, der die Maßregeln gegen die Arbeiter nicht mitverantworten wollte, löste es einfach auf und ordnete Neuwahl des Gemeinderats an; es setzte sich selbst als Lokalpolizei und Lokalmagistrat ein. Alle Elemente der Wiener Revolution waren durch die Augustrevolte auseinandergehetzt; die Aula hatte nicht gegen die Arbeiter vorgehen wollen, sie bekam Vorwürfe von beiden Seiten zu hören; zwischen Nationalgarde und Proletariat herrschte Unversöhnlichkeit. Die Leitung der revolutionären Bewegung in Wien ging nun an den Demokratischen Verein über, der unter Tausenaus Führung alle Einzelverbände zentralisierte und auch mit den Ungarn, besonders dem Staatssekretär Franz Pulszky, in Verbindung trat. Von hier aus ist die Oktoberrevolution vorbereitet worden. Seinen ersten Versuch, durch Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses dem revolutionären Gedanken ein anerkanntes Organ zu schaffen, machte der Demokratische Verein gelegentlich der Septemberunruhen. Viele Angehörige des mittleren und kleinen Gewerbestandes waren auf einen Aktienschwindel hereingefallen und verlangten nun in tumultuarischer Weise die Hilfe der Regierung; der Verarmungsprozeß nahm durch derartige Zwischenfälle furchtbar zu, die revolutionäre Partei bekam neuen verzweifelten und verbitterten Zuzug. Das Ministerium versprach Hilfe, verlangte aber, geschwollen durch seinen Erfolg im August, energisch Ruhe; es ließ sogar, zum ersten Male seit dem Mai, Grenadiere zur Unterstützung der Nationalgarde aufmarschieren. Nun arbeitete der Demokratische Verein mit allen seinen Kräften. Die Aula verlangte den Sicherheitsausschuß zurück. Der Reichstag fühlte sich gefährdet und erklärte sich in Permanenz. Das Ministerium behauptete, die Aula wolle die Republik proklamieren, der Barrikadenbau habe begonnen. Die

Aufregung, das Mißtrauen, die innere Schwäche, die Ziellosigkeit vergrößerten alles ins Tragische.

Unmittelbar unter dem Eindruck dieser Ereignisse wurde am 15. September der Monarchisch-Konstitutionelle Verein gegründet; er hielt seine Versammlungen in den Räumen des niederösterreichischen Ständehauses; binnen 48 Stunden zeichneten sich 6000 Personen in seine Listen als Mitglieder ein; in wenigen Tagen stieg er auf das Drei- bis Vierfache; als Bänder wurden die kaiserlichen Farben Schwarz-Gelb angenommen. Auf dem Kohlmarkt verkaufte man solche Bänder in den Buden, der Andrang war groß[22]). So erwachte der besondere österreichische Patriotismus wieder; er wandte sich von der „Anarchie" ab; mit Erbitterung verfolgten alle Schwarzrotgoldenen die schwarz-gelben Farben. Von der Redaktion der gegenrevolutionären Zeitung: „Die Geißel" wurde die schwarz-gelbe Fahne durch Tausenaus Leute abgerissen. Der Farbenstreit wurde so ärgerlich, daß die Nationalgarde den Befehl erhielt, im Dienste überhaupt keine Abzeichen mehr zu tragen[23]).

Der Anstoß zur schließlichen Katastrophe kam von außen. In Italien herrschte die Militärdiktatur; Wahlen hatten hier nicht stattgefunden; im österreichischen Reichstage saßen weder italienische noch ungarische Abgeordnete. Er war weder der Reichstag des alten Kaiserstaates noch auch eines neuen Österreich, das noch nicht bestand. In Galizien erkrankten viele Zehntausende an der Cholera; tschechische Freischärler drangen in Nordungarn ein, um die slowakische Bevölkerung gegen die Magyaren aufzuwiegeln. Sechs siebenbürgische Vertreter verließen den Reichstag in Pest. So stieg das Chaos an. Entscheidend wurde der Verlauf der Ereignisse in Ungarn. Als Kossuths Riesendeputation von 120 Mitgliedern vom Kaiser ausweichend beschieden war, verließ sie Wien, die Kutscher und Pferde mit roten Bändern geschmückt; aber Kossuth machte noch einen letzten Versuch: eine Abordnung von 12 ungarischen Deputierten ging an den österreichischen Reichstag, um ihn zur Vermittlung zwischen Krone und Volk, zwischen Magyaren und Kroaten aufzufordern. Die Sitzung vom 19. September war eine der dramatischsten, die der Reichstag erlebte: mußte er nicht, als der wahrhafte Souverän, als das Volk in Person, die Gesandtschaft der verbrüderten Nation gastfreundlich aufnehmen und den Frieden im Kaiserstaate vermitteln, über alle Bedenken von Geschäftsordnung, Kompetenz und Subordination hinweg? Die Mehrheit des Reichstages beschloß aber die Abweisung der Gesandtschaft — die galizischen Bauern stimmten mit der Rechten, die oberösterreichischen mit der Linken: Austroslawentum und konservativer deutscher Zentralismus sahen in den Ungarn nur Rebellen; Schwarz-Gelb triumphierte, der Wiener und der Pester Reichstag reichten sich n i c h t demokratisch die Hand, das Ministerium wagte nun den offenen Kampf gegen die Magyaren; die Wiener Revolutionäre aber sahen, daß es immer ernster wurde, sie dachten, sie müßten nun schnell handeln.

Schlag folgt jetzt auf Schlag: der Kaiser ernennt ohne ministerielle Gegenzeichnung nach Abdankung des Palatins den Feldmarschalleutnant Grafen Lamberg zum königlichen Kommissar in Ungarn und Befehlshaber aller, auch der kroatischen Truppen; Lamberg wird, das ist die Antwort auf den inkorrekten Akt, gräßlich ermordet auf der Pest-Ofener-Brücke; die österreichische Regierung

erläßt das Oktobermanifest: Jellačić wird außerordentliche umfassende Gewalt erteilt, der Banus wird kaiserlicher Stellvertreter, sein kroatischer Kampf gegen die ungarische Verfassung wird durch kaiserliche Sanktion zum Kampf des legitimen Kaiserstaatsgedankens gegen die Revolution geheiligt, der ungarische Reichstag wird aufgelöst. Das deutsche, das demokratische Wien sieht vor sich diesen reaktionären Slawen als kaiserlichen Alter ego! Selbst die Zentralisten, die deutschen Klerikalen und bourgeoisen Schwarzgelben sind verlegen; dem Deutschtum wird recht viel zugemutet, es sitzt in einer Falle, es fühlt schon den Strick am Hals; gab es denn keinen Weg mehr zur Freiheit?

Der Demokratische Verein in Wien arbeitet; Tausenau, unermüdlich in der Agitation, gründet Ende September das „Zentralkomitee der radikalen Vereine" — nur ein knappes Dutzend Mitglieder versammelt sich im Gasthaus zur Ente, Chaizes, Fenneberg, Becher sind dabei, Studenten, Handwerksgesellen, Arbeiter stehen dahinter; entscheidend ist es, die Soldaten zu gewinnen. Die Magyaren haben den Kampf vorbehaltlos aufgenommen — Furchtbares geschieht: Graf Eugen Zichy wird von einem ungarischen Kriegsgericht standrechtlich behandelt und gehenkt — der Schutzbrief und die Proklamation des Banus, die er bei sich führt, kosten ihm das Leben —, vergebens bittet er, erschossen zu werden[24]).

Das Ministerium Wessenberg ist in der Auflösung begriffen: Doblhoff erklärt wochenlang, unpäßlich zu sein, Schwarzer hat wieder eine Zeitungsredaktion übernommen, wo er sich sicherer fühlt, Wessenberg findet keine Minister mehr, niemand hat Lust, Verantwortung zu übernehmen; am meisten in der öffentlichen Achtung erschüttert ist der Kriegsminister Graf Latour. Man weiß aus aufgefangenen Korrespondenzen, man weiß aus seinen eigenen gewundenen Erklärungen im Reichstag: der österreichische Kriegsminister hat wiederholt auf sein Ehrenwort versichert, es bestünde zwischen ihm und den ungarischen Militärautoritäten keinerlei Verbindung mehr seit dem 10. Mai; er hat wiederholt auf Interpellationen jede Gemeinschaft mit dem Banus Jellačić bestritten, ebenso im einzelnen jede Absendung von Geldern und Kriegsmaterial für die kroatische Armee; und nun ergibt sich, daß er aus österreichischen Kassen während dieser ganzen Zeit den Kroaten den Sold gezahlt, daß er Monturen und Verpflegung geliefert, daß er österreichische Artillerie nebst Munition zu Hilfe kommandiert hat! Latour steht persönlich, als Soldat und konstitutioneller Minister, aufs schwerste kompromittiert da; von dem Vorwurf des Wort- und Treubruches kann er sich nicht reinigen; die öffentliche Meinung behandelt den unglücklichen Mann mit aller Unbarmherzigkeit — besonders Schwarzer in der „Allgemeinen Österreichischen Zeitung". Der „Studentenkurier" teilt, wenn auch mit scheinbarer Mißbilligung, ein Gedicht mit, in dem die Aufforderung ausgesprochen wird, die Verräter der Freiheit an die Laterne zu hängen[25]).

Budapest, ganz Ungarn war erfüllt von der Glut des nationalen Freiheitskampfes; diese rücksichtslose Kraft faszinierte Wien, wo ja alles viel gespaltener, umstrittener, problematischer war. Die Männer der Reichstagslinken wollten durchaus keinen revolutionären Ausbruch, sondern ruhige parlamentarische Weiterarbeit; Tausenau und seine Leute bereiteten ihn dennoch vor. Das zerfallende Ministerium Wessenberg-Bach hätte sicher die Staatsautorität aufrecht-

erhalten können, wenn Windischgrätz ein paar Regimenter nach Wien hätte abgehen lassen; Windischgrätz war es aber ganz recht, wenn sich dieses konstitutionelle Kabinett ruinierte; man hatte Italien niedergezwungen, weil man rücksichtslos Truppen dorthin warf — mit Ungarn sollte nun dasselbe geschehen. Angesichts von soviel bösem Willen, doppeltem Spiel, hochmütigem Verharren auf überkommener Machtposition konnte auch der loyalste und friedlichste deutsche Patriot zum Sozialrevolutionär werden. Ungarn kämpfte heldenhaft; war das deutsche Österreich nicht imstande das gleiche zu tun?

Das Kabinett erwartete schon in den ersten Oktobertagen den Ausbruch; es kam Schlimmeres, als selbst der kluge Alexander Bach voraussah. Das Militär meuterte.

Am frühen Morgen des 6. Oktober soll das deutsche Grenadierbataillon nach Ungarn abgehen; es ist schon lange bearbeitet, die Großstadtgarnisonierung hat sowieso die Disziplin gelockert; am wichtigsten war: unter dem Slawen Jellačić gegen die ungarische Freiheit ziehen — das ist das letzte, was die Deutschen wollen, auch die deutschen Grenadiere. Sie rufen die Hilfe von Bürgern und Studenten an, viele betrinken sich; widerspenstig rücken sie doch aus, 5½ Uhr morgens, von Kürassieren eskortiert. An der Donaubrücke empfängt sie bewaffnetes Landvolk; die Brücke ist abgetragen, Nationalgarden, Legionäre haben den Damm besetzt. Das polnische Regiment Nassau, das die Grenadiere in der Hauptstadt ablösen soll, steht ihnen kampfbereit gegenüber — es will die Brücke wiederherstellen. Darüber beginnt das Gefecht, und die Grenadiere gehen zum Volke geschlossen über. Das ist neu, ein Ereignis, das begeisternd, entflammend wirkt; überall beginnt der Kampf. Die Nationalgarde zerfällt in zwei Teile, einen konservativen und einen revolutionären, die sich gegenseitig bekämpfen. Der Widerstand der Truppen ist überall schwach, sie weichen entmutigt zurück, auch das Regiment Nassau schießt meist in die Luft. Straße nach Straße wird verloren an die Aufständischen. Das Kabinett beratschlagt im Kriegsministerium — es bringt nur eine wirkungslose Proklamation zustande. Die Namen Bach und Latour, die verhaßtesten, werden gerufen. Man will sich ihrer bemächtigen. Doblhoff und Wessenberg fliehen, auch Bach entkommt, durch eine Mütze unkenntlich gemacht, später als Soldat verkleidet. Bach hat einen Boten an Graf Auersperg, den Befehlshaber der Wiener Garnison, geschickt, mit der Bitte um Hilfe; Auersperg verfügte über mehrere Bataillone, greift aber nicht ein —, sei es, daß er sich zu schwach glaubt, sei es, daß er annimmt, der Kampf sei schon zu Ende, sei es, daß er seiner Truppen nicht sicher ist, sei es, daß er die revolutionäre Bewegung anwachsen und sich austoben lassen will.

Auf dem Kriegsministerium haben die Führer der Linken heftigen Wortwechsel mit den Ministern geführt; nun stürmt die Menge das Gebäude; zurückgeblieben ist nur noch der Kriegsminister Graf Latour, also gerade der, dessen Namen durch die Hetze der letzten Tage in jedermanns Munde ist, der als der Schuldigste gilt, auch als der Urheber des Unglücks an diesem Tage, da er ja den Krieg gegen Ungarn gewollt und vorbereitet hat. — Der alte Mann, zermürbt und unsicher, war nicht imstande, durch tapfere Haltung die Lage und vielleicht sein Leben zu retten; er gab den Befehl, das Feuer einzustellen, dem stürmischen Druck von Unbekannten nachgebend, er unterschrieb seine Abdankung, unter Voraus-

setzung der kaiserlichen Genehmigung, er zog Zivilkleider an und versteckte sich. Die Abgeordneten Smolka, Fischhof, Borrosch versuchten, ihn unter Gefahr ihres eigenen Lebens vor der tobenden Menge zu schützen. Er solle vor Gericht gestellt werden, versicherten sie. Das Furchtbare geschah dennoch: Latour wurde massakriert und noch halb lebend zuerst an einem Fenstergitter und dann an dem großen Gaskandelaber vor der Hauptwache aufgehängt; der Leichnam ist entblößt und in scheußlicher Weise von Gassenbuben und Gassendirnen geschändet worden. Im Hofe des Kriegsministeriums stand eine ganze Kompagnie Infanteristen — die Offiziere beschworen sie, Latour zu retten. Es wäre leicht möglich gewesen — die Truppe blieb aber ruhig Gewehr bei Fuß stehen[26]). Moralisch war eben der Kriegsminister so völlig vernichtet, selbst in den Augen der Soldaten, daß keiner sein Schicksal abwenden wollte. Der wachthabende Hauptmann ist später bei der Eroberung Wiens gefallen und hat so den auf ihm ruhenden Makel ausgelöscht. Die Bestialität dieser Ermordung befleckte den Freiheitskampf in einem Grade, gegen den es keine Abhilfe gab. Wie die Ermordung Lichnowskys und Auerswalds in Frankfurt, wurde der Einzelfall von der Gegenrevolution benutzt, um die ganze Volksbewegung zu kompromittieren. Warum hatte die Reichstagsmehrheit nicht Anklage gegen Latour erhoben? Warum hatte Wessenberg ihn in seinem Kabinett geduldet? Warum hatten Kabinett und Reichstag nicht rechtzeitig und energisch für den Schutz der konstitutionellen Gewalten in Wien gesorgt? Sie standen eben zwischen Gegenrevolution und Revolution, ohne Plan und ohne Kraft; sie liefen aus Angst vor der Revolution der Gegenrevolution nach, um sich von ihr dann verachten und preisgeben zu lassen.

Das Ministerium war zersprengt; was würde nun der Reichstag tun? Nur ein kleiner Teil der Abgeordneten fand sich zu einer Sitzung zusammen; viel Mitglieder der Rechten waren schon geflohen, andere folgten nach Latours Ermordung; besonders die Tschechen verschwanden, auch Strobach, der Reichstagspräsident. Das Rumpfparlament wollte bremsen; es schickte Deputationen an den Kaiser und den Grafen Auersperg: ein volkstümliches Ministerium sollte gebildet werden, Hornbostel wurde genannt, auch Borrosch und Löhner. Der Reichstag beschloß, sowohl der Direktion der Nord- wie der Südbahn zu befehlen, dafür zu sorgen, daß kein Militär nach Wien geführt werde[27]). So hoffte er die drohende gewaltsame Auseinandersetzung zu verhindern. Man glaubte die Zurücknahme des verhängnisvollen Manifestes vom 3. Oktober erreichen zu können. Dieser Optimismus wurde durch ein gnädiges kaiserliches Handbillett gestärkt, dann aber bitter enttäuscht. Kaiser und Hof verließen, gedeckt von 6000 Mann, Schönbrunn und gingen nach Olmütz. Ein Erlaß, von Hornbostel gegengezeichnet, sprach den Bruch mit der Wiener Bewegung aus. Der Reichstagsrumpf versuchte weiter eine vermittelnde Rolle zwischen der Krone und der Revolution durchzuführen — er erklärte sich in Permanenz, setzte an Stelle des zersprengten Ministeriums einen „Sicherheitsausschuß" für Wien und die ganze Monarchie ein; die entscheidenden Antriebe gingen aber nicht mehr von ihm aus, mit Mühe hielt er sich auf der beschlußfähigen Zahl. Die Regierung spielte mit dem Reichstage ein raffiniertes Spiel; sie hielt ihn fest, verhandelte auch durch den Finanzminister Krauß immer weiter mit ihm, damit er nicht ganz in die Gewalt der revolutionären Bewegung fiele — sie richtete sich aber nicht nach seinen Wünschen, sie brauchte es auch nicht,

denn sie glaubte sicher zu sein, daß er es nicht auf einen offenen Bruch mit der Krone ankommen lassen würde. Krauß besonders wollte in einer Art Selbstaufopferung das Finanz- und Steuerwesen schützen, um den Schein einer gesetzlichen Regierung und Geldwirtschaft zu erhalten. So tat die eine Hälfte der Regierung konstitutionell, die andere handelte aber absolutistisch — den Schaden davon hatte die Volksbewegung.

Der Sieg der Wiener Revolution wurde durch die Eroberung des Zeughauses entschieden — vergebens hatte der Reichstag sie zu hindern versucht. Nun besaß die Volksmasse Waffen genug; die Zahl der bewaffneten Studenten, Bürger und Arbeiter wurde auf 100000 geschätzt. Die allgemeine Volksbewaffnung ist sofort angeordnet worden. Graf Auersperg räumte nun auch seine feste Stellung am Belvedere und bezog ein Lager bei Feyersdorf. Er hatte mit den Wiener Behörden merkwürdige Verhandlungen geführt; seine Forderung, „das Proletariat" zu entwaffnen, wurde abgelehnt und mit der Gegenforderung erwidert, er solle den Einfall des Banus Jellačić auf österreichischen Boden abwehren und seinen Rückzug veranlassen. Auersperg rechtfertigte dann seinen Marsch mit den täglichen, ja stündlichen Beweisen der Feindseligkeit des „übelgesinnten Teiles der Bevölkerung", in jeder Weise würden Verpflegung und Verkehr erschwert; gegen die Hauptstadt wolle er aber nichts unternehmen. Sein Rückzug erfolgte beschleunigt, ja fluchtähnlich, viele Effekten blieben zurück[28]); die Nationalgarde besetzte seine Stellungen. Wenige Tage später war Auersperg mit Jellačić vereinigt.

Die Revolution herrschte in Wien; der am 7. Oktober neukonstituierte linksstehende Gemeinderat war ihr vornehmstes Organ; der Studentenausschuß und der neue Sicherheitsausschuß traten daneben an Wirkung zurück; Tausenaus Zentralausschuß versuchte vergebens, den Gedanken eines Konventes mit uneingeschränkten Vollmachten durchzusetzen. — Tausenau begab sich bald nach Budapest, um die ungarische Hilfe für Wien zu betreiben; Chaizes, der Mittelpunkt einer überwiegend proletarischen „radikal-liberal" genannten Gruppe, die in der Arbeitervorstadt Wieden im Gasthaus zum weißen Kreuz ihre Sitzungen hielt, spielte als sein Nachfolger eine ebensowenig erfreuliche als saubere Rolle. Der Versuch, die revolutionäre Bewegung auch auf das Land zu verpflanzen, gelang nur zum kleinen Teil. Der Reichstag weigerte sich, den Landsturm aufzurufen; unmittelbaren Aufforderungen gegenüber blieben die Bauern zumeist taub. Vor allem erhöhten sie einmal die Lebensmittelpreise für Wien. Nur in der Steiermark, dem Heimatland Erzherzog Johanns, fanden ernstere aufständische Bewegungen statt, die mit Wien sympathisierten und durch den Gouverneur Grafen Wickenberg mehr oder weniger geduldet wurden. Steirische Nationalgarden sind nach Wien telegrafisch berufen worden, wie es hieß, um die Dienststunden der Wiener Nationalgarden zu erleichtern; das revolutionäre Element bekam so erhebliche Verstärkung[29]).

Die gesetzlichen und die neuen revolutionären Organe in Wien vermieden das Wort Republik; sie sprachen mit absichtlicher Betonung von der demokratischen Monarchie als ihrem eigentlichen Ziele; nur so konnten sie hoffen, vielleicht doch Anhängerschaft in den Erblanden zu bekommen. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn jetzt Erzherzog Johann hätte nach Wien kommen können! Der deutsch-österreichische, großdeutsche Patriotismus war der erste Hauptzug der

Wiener Oktoberrevolution; deshalb fand ihr Kampf auch solchen ergreifenden Widerhall überall in Deutschland. Dazu kam aber nun die sozialrevolutionäre Komponente. Die Nationalgarde und die Bürgermiliz hatten, wir wissen es, sehr stark bürgerlichen Charakter; der Gemeinderat sicherte ihnen jetzt teilweise Löhnung und Witwenversorgung zu; daneben trat nun als eine neue Schöpfung die Mobilgarde, mit regelmäßiger Löhnung und teilweiser Naturalverpflegung — das bewaffnete Proletariat, eine ausnehmend bunt und improvisiert bekleidete Truppe, die in vier Bataillone gegliedert war; sie trug die rote Farbe als Kokarde, Feder, Band oder Blume: der Schwerpunkt des revolutionären Wollens verlegte sich sehr bald in diese Mobilgarde, sie wurde das Werkzeug eines ausgesprochen politischen und sozialen Terrorismus. Exzesse gegen das Eigentum kamen jedoch kaum vor; Plünderern drohte das Kriegsgericht. Es wurde so strenge Disziplin gehalten, daß ein Mobiler wegen Notzuchtverbrechen einfach erschossen worden ist. Dies starke Hervortreten des bewaffneten Proletariats ließ den sozialistischen und kommunistischen Gedanken erwachen. Eine Anzahl Ideen, Triebe, Reformversuche dieser Art kamen zum Vorschein, wie es in Deutschland bis dahin noch nicht geschehen war. Manches an der Wiener Oktoberrevolution gemahnt an Vorgänge bei der Pariser Kommune 1871 und spätere Ereignisse in Rußland. Nach dem reinen demokratischen Majoritätsprinzip hätte das bürgerliche Element, das ja schon so vielfach schwarzgelbe Sympathien gezeigt hatte, die Oberhand haben müssen. Der revolutionäre Terror schüchterte es aber vollkommen ein; je mehr man einsah, daß man sich einem Verzweiflungskampf näherte, desto erregter wurde die Stimmung, desto hemmungsloser wurde die Lebensbejahung, desto häufiger mußte sich gegenüber Rauschzuständen jeder Art diktatorische Gewalt durchsetzen. Studenten und Arbeiter verbrüderten sich, die Frauen rasten und schwärmten. Ein Knistern, Brodeln und Tosen wie von einer neuen Zeit ging durch die ehrwürdige Stadt. Kokette Grazie, farbiger Pomp schien zergangen; Arbeits- und Lebensleidenschaft brannten. Die allgemeine Wohlfahrt, die Überwindung der Klassen, der soziale Rechtsstaat wurden verlangt; dem dumpfen Wollen der Arbeiterschaft gaben die Akademiker die zugespitzt scharfe Form; von Höchststundenzahl, von Erwerbsgenossenschaften, Gemeinschaftskassen, von Minimallohn, von Versicherung gegen Krankheit und Not, von Beteiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinn, von Steuerreform im Geist der Vergesellschaftung war die Rede[30]).

Das merkwürdigste Presseorgan der Wiener Revolutionszeit, das nun während der Oktoberwochen ganz in den Vordergrund trat, war „Der Radikale", den A. J. Becher leitete, Musikkritiker von Beruf, aber durch langen Aufenthalt in England mit extremen Ansichten vertraut, im Wesen beinahe harmlos, in den Anschauungen von einer überraschenden destruktiven Folgerichtigkeit, unbeirrt, leidenschaftlich und deshalb in hohem Grade wirksam; als sein eifrigster Mitarbeiter betätigte sich Hermann Jellinek, mährischer Jude von Herkommen, Jung-Hegelianer und Talmudist von Bildung, ein ehrlicher Prediger besseren Menschentums, dunkel, verschnörkelt, spitzfindig in seiner Phraseologie, zähe und unbarmherzig in der Abwehr des Alten, von den meisten mißverstanden oder nur halbwegs begriffen, dem letzten Ziele seines Wollen nach einer der fortgeschrittensten Geister dieser Tage. Talentvoll, phantastisch, schwer abschätzbar

in der Wirkung, wie alles im revolutionären Wien, war diese neue Presse des Revolutionssommers; größeren, ernsthaften publizistischen Stil erstrebten etwa der „Zuschauer", die „Allgemeine österreichische Zeitung", die „Presse" (nach französischem Muster als billiges Nachrichtenblatt gegründet), die „Konstitutionelle Donauzeitung" und die „Ostdeutsche Post" Kurandas; grob und klotzig in seiner Polemik war Häfners „Konstitution", die besonders auch den Magyarismus pflegte; der „Freimütige" und der „Gradaus" traten mit ihr in aufregenden Wettbewerb. Der alte Saphir versuchte seinen „Humoristen" ohne viel Glück aufs Aktuelle umzustellen und verwandelte ihn dann erfolglos in den „Politischen Horizont". Die Zeit wollte derbere Kost, so wie sie in den Eintagsfliegen „Der politische Esel", „Die Wiener Gassenzeitung", „Der Wiener Krakehler", „Die Wiener Katzenmusik", „Satan", „Der reisende Teufel" dargeboten werden mochte. Die obenerwähnte „Geißel" stellte den Versuch dar, all diesen mehr oder weniger revolutionären Organen im gröberen Tone, aber vom konservativen Sinne, zu antworten: also ungeschlacht, rüde im Ausdruck, triefend von Verleumdungen, mit wahrhafter Freude am Unrat, in der Form oft schlagend und witzig, häufig voll lustiger Reimereien im ungezogen improvisierenden Bänkelsängerstil. Überwiegend den proletarischen Bedürfnissen dienten das „Allgemeine Wiener Arbeiterblatt", zwei verschiedene „Arbeiterzeitungen", „Der Mann des Volkes", „Die rote Mütze", „Der Ohnehose", der „Proletarier", „Der Volksfreund", der „Vorwärts" u. a. Ein Blatt nannte sich „Der Völkerbund"[31]).

Literat, Verfasser des Arbeiterdramas: „Gold wiegt schwer" ist nun auch Wenzel Messenhauser gewesen, der auf lebhaftes Betreiben Bechers als dessen Freund und Gesinnungsgenosse nach verschiedenen anderen verfehlten Versuchen am 12. Oktober zum Oberkommandanten für Wien und Umgebung vom Reichstag und Gemeinderat ernannt wurde: ein seltsamer Mensch, Sohn eines Bataillonstambours, macht er den ungewöhnlichen Sprung vom Gemeinen zum Offizier, treibt weltgeschichtliche Studien, nimmt als zweiten Vornamen zur Kennzeichnung seines höchsten Ideales den Namen Cäsar an, wird Mitarbeiter an Saphirs „Humorist", schreibt Novellen, Lyrisches, Kunstsachen — unklar, unreif, aber nicht ohne einzelne hübsche Einfälle; mit Laube und Freytag steht er in Verbindung, sein Roman „Die Totengräber", pseudonym erschienen, bringt ihm endlich einen literarischen Erfolg; 1848 in Galizien in Garnison, übernimmt er die Organisation der Nationalgarde im Lemberg und muß deshalb den Abschied fordern; nun ist er endlich frei, stürzt sich in die Zeitbewegung, gibt eine Zeitschrift heraus, schreibt Politisches und Poetisches — immer nett und liebenswürdig, freiheitsbegeistert, aber fahrig und ohne wahre Kraft; das Schriftchen: „Wie muß eine Nationalgarde exerziert werden?" erlebt schnell sechs Auflagen und macht seinen Namen bekannt; persönlich hält er sich zurück, er ist menschlich bescheiden, ein lieber, freundlicher Kerl, belastet freilich mit einem Schriftstellerdünkel, der seine hübsche Begabung entschieden übertraf. Und da kommt der große Augenblick: mit beiden Händen, als das große Kind, das er war, greift der Sechsunddreißigjährige nach dem hohen Posten. Ist „Cäsars" Stunde nicht gekommen? Offizier, Freiheitsmann mit englischem Geschmack, Großdeutscher, Arbeiterfreund, geistiger Europäer — kann es einen besseren Führer im Kampf der Demokratie, der sozialen Revolution geben? Als Oberkommandierender

läßt er noch im „Radikalen" Charaktergemälde des dritten und vierten Standes von Wien erscheinen; die Korrekturen seines Arbeiterstückes begleiten, verfolgen ihn bis in die dunklen Nächte der Entscheidungskämpfe; am Tage vor seiner Hinrichtung verhandelt er noch mit dem Hofburgtheaterdirektor über die Aufführung[32]). Er war mehr Wenzel als Cäsar; selbst ein Eisenschädel hätte es wohl schwer gehabt, Wien zu verteidigen, was konnte aber dieser malerische Kopf schaffen mit seinen Träumeraugen? Messenhauser organisierte einen Generalstab und ein Hauptquartier, regelte Verpflegung und Uniformierung, hielt Paraden ab und besichtigte Befestigungsarbeiten — alles im Geiste eines wohlwollenden und etwas harmlosen Kompagnieführers, wozu er es ja beinahe in seiner normalen militärischen Laufbahn gebracht hätte; gegenüber den verschiedenen revolutionären Instanzen, die so eigenartig gegeneinander spielten, sich als Diktator durchzusetzen — dazu fehlte es ihm an allem; für die strategische Seite seiner Aufgabe, die Verteidigung der äußeren Linien, verschrieb er sich wenigstens den ergrauten Polengeneral Bem, einen bewährten Landsknecht noch aus der napoleonischen Zeit und viel hinundhergetriebenen Revolutionär. Während Messenhauser jeden Tag seine elegante Feder in endlosen Proklamationen Tinte ausströmen ließ, gibt es von Bem nur ein einziges Plakat: es blitzt aber dieselbe knappe Entschlossenheit darin, mit der er seine Leute persönlich hinzureißen wußte. Als Oberkommandierender wäre Bem, der nur gebrochen Deutsch sprach, unmöglich gewesen; Messenhauser aber war ein Unglück; wie anders hätte der feurige Fenner von Fenneberg, Messenhausers erster Adjutant, mit seinem Italienerblut als Führer gewirkt! Ihm ist der eine oder andere kräftigere Entschluß zu danken.

Eigene Freikorps bildeten die Italiener und die Polen; auch sonst gab es eine Reihe besonderer Korps; in das Corps d'élite traten später Robert Blum und Julius Fröbel ein. Die Artillerie wurde stark vermehrt, mancher altgediente Soldat ließ sich werben, sie verfügte über 72 Kanonen, litt aber bald an Munitionsmangel; bescheiden stand es mit der Kavallerie; die wohlhabendsten Bürger hatten beritten zur Nationalgarde gehört, sie blieben nun gern zu Hause.

Wien war also bereit, für die Freiheit zu kämpfen, zunächst ganz greifbar für die ungarische, damit aber auch für die deutsche und die europäische. Diese Frontstellung war gesinnungsmäßig, vom Pathos des Allgemeinen aus empfunden, einfacher als im Hinblick auf das Verhältnis der tatsächlichen politischen Gewalten zueinander. Hier gab es Widersprüche zwischen dem schwarzrotgoldenen Patriotismus der Großdeutschen und dem roten Internationalismus der Sozialrevolutionäre, Widersprüche, die im einzelnen zwischen dem Sicherheitsausschuß des Reichstages, dem Gemeinderat, der Aula, dem Oberkommando und den einzelnen Korps sehr fühlbar zum Ausdruck kamen. Einen bezwingenden Führer hatte die Oktoberrevolution ebensowenig wie ein einheitliches Programm. Es wirkte störend für den deutsch-patriotischen Charakter, daß Polen wie Smolka und Bem maßgebenden Einfluß ausübten; noch verstimmender war es, daß der Attaché an der französischen Gesandtschaft Bernes seit Monaten eine auffallende Rolle durch seine Verbindungen mit den Akademikern, den Ungarn, den Italienern spielte und auch offenbar reichliche Geldmittel fließen ließ; nach dem 6. Oktober reiste er nach Paris, erschien wieder und verschwand in der zweiten

Hälfte des Monats, als die Lage hoffnungslos wurde, aus Wien[33]). Denselben Schritt taten Presseleute wie Häfner und Tuvora. Häfner war es auch, der beim französischen Geschäftsträger de la Cour die Anfrage stellte, ob das Diplomatische Korps Schritte getan hätte, um die Stadt gegen ein Bombardement zu sichern; da de la Cour verneinte, erhielt er vom Gemeinderat die Aufforderung, einen Protest wegen der drohenden Beschießung Wiens vorzubereiten. Der Franzose ließ durch seinen Bürovorstand mündlich antworten, die fremden Repräsentanten mischten sich in solche Angelegenheiten nicht ein. Daß man sich gerade an den französischen Geschäftsträger wandte, der schon wegen seines bescheidenen Ranges zur Vermittlung am ungeeignetsten war, machte einen merkwürdigen Eindruck[34]). Häfner endete als Agent Napoleons III. in Paris.

So mengte sich in den hohen Schwung des Wiener Oktoberkampfes auch manches Unreine. Das Beste, was die Wiener Revolutionäre für sich in Anspruch nehmen konnten, war, daß sie die Volksbewegung vom März und Mai fortsetzen wollten; der Zusammenhalt des Kaiserstaates war ihnen gleichgültig im Verhältnis zum Parlamentarismus und zur sozialen Wohlfahrt; sie wollten den Sinn der Revolution von innen heraus vollenden. Vom Standpunkt der Kaiserstaatsidee war das nun nichts weiter als Rebellentum, Umsturz, Verbrechen.

Nach den Vorgängen des 6. Oktober erschienen die größten Feinde des Fürsten Windischgrätz in Prag bei ihm und erklärten, er könne ohne die geringste Besorgnis mit seinen Truppen nach Wien marschieren, sie stünden ihm für die Ruhe von Prag. Auch die liberalsten tschechischen Abgeordneten verließen ja den Reichstag, protestierten gegen Wien und hätten gern mit allen konservativen Elementen einen Trutz-Reichstag gebildet. Diese Überloyalität der Böhmen hatte ein sehr praktisches Ziel — die Verlegung der kaiserlichen Residenz nach Prag[35]). Es hatte schon seinen guten Sinn, wenn sich der Kaiser und der Hof nicht nach Prag, sondern nach Olmütz begaben. Die Niederwerfung Wiens sollte nicht aussehen wie ein Triumph der Tschechen, sondern wie ein Sieg der Legitimität. Der absolutistische Kaiser kämpfte gegen den konstitutionellen — gewiß: aber er bediente sich doch tschechischer und südslawischer Bauernsoldaten, um die deutschen Bürger Wiens wieder zu Untertanen zu machen. Dieser Gegensatz wurde nicht nur von den Wienern als bitter und aufreizend empfunden. Zu den Bewohnern der Dörfer Fünfhaus und Sechshaus ließ sich ein hochgestellter General wie folgt vernehmen: „Wir sind alle deutsche Generäle, und es würde uns das Herz bluten, wenn wir unserer guten Vaterstadt Wien ein Leid zufügen müßten. Aber ich beschwöre euch, ruhig zu bleiben, denn wir haben wilde Völker, welche, einmal losgelassen, nicht mehr zu halten sind." Und Graf Bernstorff schreibt: „Unter der Armee des Banus sind viele vollkommen unorganisierte, fast wilde Horden, die gar nicht uniformiert sind. Die Seressaner mit ihren roten Mänteln, rotem Fes, zahlreichen Pistolen im Gürtel und dem krummen Messer (Hassar) sehen mehr türkisch-asiatisch als europäisch aus[36])." Den Lagergästen zeigten diese Leute ihr scharf geschliffenes Messer und grinsten dazu: „Für Aula!" Denn sie meinten, ein Herr Aula habe alles Unheil angestiftet!

Militärisch stellte sich die Lage wesentlich einfacher dar als politisch. Banus Jellačić, von den Ungarn schwer bedrängt, war seit dem 9. Oktober ganz nahe bei Wien, bei Schwadorf, Rothneusiedel und Mögling; Auerspergs Truppen

lehnten sich an den Semmering an; von Böhmen rückte der zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber ernannte Fürst Windischgrätz an das linke Donauufer: die Zernierung der Hauptstadt bereitete sich sichtbar vor. Militärisch konnte Rettung nur von den Ungarn kommen. Am 19. Oktober überschritt die ungarische Armee die österreichische Grenze: sie verlangte, vom österreichischen Reichstag in aller Form zu Hilfe gerufen zu werden. Dies geschah nicht, und auch die Wiener Behörden wünschten den Ungarn die Initiative des Eingreifens zu überlassen. Seltsame Mattherzigkeit! Sie ist nur verständlich, weil bis zuletzt von mehreren Seiten auf eine friedliche Lösung hingearbeitet worden ist. Während das erste kaiserliche Manifest vom 17. Oktober nur von Aufruhr, Hochverrat und Insurrektion sprach, verbürgte das zweite vom 19. Oktober das kaiserliche Wort für die gewährten Rechte und Freiheiten, sprach ausdrücklich von der beschlossenen Aufhebung des Untertansverbandes und von der Fortsetzung des begonnenen Verfassungswerkes. Das erste Manifest entsprang dem Geiste des Fürsten Windischgrätz und seines Schwagers, des Fürsten Felix Schwarzenberg, der, bis dahin in Italien, vergebens als General den Grafen Auersperg am 6. Oktober zu scharfem Vorgehen hatte bewegen wollen und nun für die Bildung des Ministeriums der Gegenrevolution in Aussicht genommen war. Das zweite Manifest war der letzte ohnmächtige Gegenschlag Wessenbergs. Während der Kaiser dem Reichstage versichern ließ, die Stadt solle nicht angegriffen werden, während die volle Lebensmittelzufuhr nach Wien freigelassen wurde, während die Löhnung der verschiedenen Freikorps in Wien aus ordnungsmäßig bewilligten Regierungsgeldern bestritten wurde (!), ließ Fürst Windischgrätz die umliegenden Ortschaften entwaffnen, trieb fliehende Einwohner unbarmherzig in die Stadt zurück und belegte das flache Land mit kriegsmäßigen Requisitionen. Der Reichstag und sogar der Wiener Gemeinderat schickten Deputationen nach Olmütz, um zu verhandeln — Windischgrätz aber verfügte den Belagerungszustand für Wien und erklärte auf den Protest des Reichstags hin, der Reichstag sei nur eine konstituierende Versammlung, für Exekutivmaßregeln sei er überhaupt unzuständig.

Diese an sich schon wirre Lage wurde nun noch mehr verwickelt durch das Eingreifen der Frankfurter Autoritäten. Am 12. Oktober erteilte der Reichsverweser dem Abgeordneten Karl Welcker und dem oldenburgischen Obersten und Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt Ludwig Mosle, der ihm persönlich besonders nahestand und bereits für eine politische Mission nach Wien verwendet worden war, die Vollmacht, als Reichskommissare für „alle österreichischen Gebietsteile des deutschen Bundesstaates“ zu wirken. Alle Zivil- und Militärbehörden wurden aufgefordert, den Weisungen dieser Reichskommissare Folge zu leisten[37]). Daß diese Mission von vornherein sehr undankbar war, lag auf der Hand; David Hansemann und der Fürst Leiningen, die auch dafür ausersehen waren, bedankten sich. Welcker und Mosle gaben sich Mühe. Die Hauptsache, nach Wien vorzudringen und Einfluß auf die dortige Bewegung zu bekommen, mißlang. In einer aus Passau vom 19. Oktober datierten Proklamation, die auch als Plakat in den österreichischen Städten angeschlagen worden ist, bezeichneten die Reichskommissare ihre Sendung als „eine Mission des Friedens und der Versöhnung“; sie warfen die Frage auf, ob nicht die Fortdauer der unglück-

seligen Zerwürfnisse, die blutige Vernichtung der einen oder der anderen Partei „für die Freiheit, für die Verbindung der deutsch-österreichischen Stämme mit dem Gesamtvaterlande, für die Ehre, Blüte und Macht aller unter dem kaiserlichen Oberhaupt vereinigten Völker gleich verderblich wirken müßte“. Die Kommissare kamen in dem Glauben, ganz Deutsch-Österreich sei mit den Wienern einig; sie kamen als Deutsche zu Deutschen; wenn sie nun merkten, daß die Dinge verwickelter lagen, dann mußten sie sich doppelt bemühen, sich vor allem mit dem Reichstag dort in Verbindung zu setzen. Es wäre wahrscheinlich wohl möglich gewesen, noch nach der Hauptstadt durchzukommen; aber die beiden Reichskommissare, schon in München dringend vor der Wiener Revolution gewarnt, ließen sich zurückhalten und suchten nun den Fürsten Windischgrätz auf, der überhaupt nicht begriff, wer sie waren und was sie wollten, der sich jede fremde Einmischung verbat und jedes Einhalten der militärischen Operationen als unmöglich bezeichnete — selbst der Kaiser könne das nicht. Österreich, spottete er böse, habe noch Kraft genug, um des Schutzes durch badische und oldenburgische Truppen nicht zu bedürfen. Beim Hof in Olmütz war der Empfang der Reichskommissare nicht viel besser; wer vom Erzherzog Johann kam, der war hier an sich schon nicht gern gesehen. Wessenberg schilderte ihnen den Wiener Aufstand als eine Revolution des Proletariats und verhinderte ihre Weiterreise. In Wien hätte man sie als Vertrauensleute des Erzherzogs Johann ganz anders empfangen und sie hätten, von der richtigen Stelle aus, einen wirklichen Vermittlungsversuch machen können. Nach dem Fall Wiens reisten sie wieder nach Frankfurt, wo sie sich wegen ihres Verhaltens manches Wort herber Kritik gefallen lassen mußten[38]). Wie sehr man in Wien doch irgendwie auf Erzherzog Johann hoffte, beweist der Beschluß des Gemeinderats, eine Deputation an ihn zu schicken und ihn um Verwendung seines schützenden Einflusses zu bitten[39]).

Am 17. Oktober trafen in Wien Robert Blum, Julius Fröbel, Moritz Hartmann und Albert Trampusch ein — als Deputation der Linken der Frankfurter Nationalversammlung; die Mehrheit der Paulskirche hatte einen Antrag Bergers abgelehnt, der dem österreichischen Reichstag und der heldenmütigen Bevölkerung Wiens feierliche Anerkennung aussprechen sollte; da wollte wenigstens die Minderheit eine von 65 Parlamentsmitgliedern unterzeichnete Adresse als Zeichen ihrer Sympathie überreichen lassen. Die Frankfurter Abgeordneten wurden hoch geehrt, vom Reichstag, Gemeinderat und Studentenkomitee empfangen, mit deutschen Schwertern umgürtet und zu Ehrenmitgliedern der Legion ernannt. — Robert Blum suchte in Wien alles, was es in Frankfurt nicht mehr gab, und er glaubte es finden zu können. Erschütternd wirkt es, wie dieser Revolutionsführer an der Nationalversammlung in Frankfurt mehr und mehr erlahmte, wie er, auch von persönlichen Sorgen, Wirtschaftsnot und Familienplage gehemmt, im Laufe der Parlamentskämpfe sein politisches Lebensziel, den freien deutschen Volksstaat zergehen sah, wie er, so gern zum Kompromiß bereit, ein Gegner sinnloser Putscherei, doch durch die Macht der Dinge weiter nach links gedrängt und zum Kampf gezwungen wurde. Gern hätte er allein mit seinem mächtigen Wort für die gerechte demokratische Sache weitergekämpft; nun mußte er sehen, daß die Zeit der Worte vorbei war. Die persönliche Tragödie Robert Blums ist die

sachliche Tragödie alles halben Revolutionismus; politisch war er im Herbst 1848 erschöpft und hatte keine andere Hoffnung mehr als eine neue Volksbewegung. Da sah er den Wiener Kampf; wie vom Fatum gezwungen, befand er sich mit einem Male mitten drin: Reichstagsrumpf, studentische Leidenschaft, zur Revolution übergegangenes Militär, Volksbewaffnung, deutscher Patriotismus, internationale „Demokratie“ — alle Traumwünsche seiner politischen Phantasie waren hier verwirklicht. Entschied sich hier nicht das Schicksal der Revolution überhaupt? Viele empfanden es ja so; Robert Blum und seine Freunde ließen sich packen; sie bejahten diesen Kampf aus voller Seele. Blum, der Taktiker, der Rechner und Vermittler, wurde vom Besten seines Wesens, der politischen Leidenschaft überwältigt[40]). Er verkündete den Kampf bis zum Äußersten mit der ganzen Wucht seines rednerischen Daimonion; er nahm als Mitglied des Elitekorps aktiv am militärischen Kampf teil — gleich vielen anderen Nicht-österreichern; er und seine Freunde hätten für feige gegolten, hätten sie sich dieser letzten Folgerung entzogen. Eine wirklich führende Rolle haben sie aber nicht gespielt; ihre Teilnahme bedeutete freilich einen wichtigen moralischen Antrieb mehr: es strömte nun zum Elitekorps. In Wien sind damals wohl noch leidenschaftlichere Reden gehalten worden als von Blum; das Widerspruchsvolle und Unbefriedigende der politischen Seite des Wiener Kampfes ist ihm nicht verborgen geblieben, und er hat darunter gelitten. Er war und blieb ein Fremder mit einer etwas fremden Autorität in diesem österreichischen Strudel. Daß aber Blums und der Seinen Mission in Wien „bei der österreichischen Armee und den dem Kaiser besonders wichtigen Böhmen“ höchstwahrscheinlich den übelsten Eindruck machen mußte, daß sich die Lage durch diese Einmischung ebenso wie durch das Auftreten der Reichskommissare verschlimmerte, schreibt der preußische Gesandte Graf Bernstorff schon am 18. Oktober[41]).

> „Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien;
> Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien —“

so formte Freiligrath den Jammer, die Verzweiflung der Freiheitsfreunde ob des Wiener Oktoberkampfes und Novemberschicksals. Deutschland erhob sich nicht für Wien, es gab nähere Sorgen; überall war ja die Gegenrevolution schon im Aufmarsch. Aber ihr erster großer Sieg war nun die Unterwerfung Wiens.

Windischgrätz wollte keine Vermittlung, sondern, wie im Sommer in Prag, den klaren Kampf von Gewalt gegen Gewalt; des Sieges glaubte er sicher zu sein mit den reichlich 60 000 Mann, über die er verfügte. Zug folgt nun auf Zug: der Reichstag wird am 22. Oktober vertagt, in Kremsier, der Hannakenstadt in Mähren — das war eine Idee Palackys — soll er am 22. November seine Sitzungen wieder eröffnen; vom Hauptquartier Hetzendorf ergeht am 23. Oktober die Aufforderung, die Messenhauser selbst bekanntgibt: Die Bevölkerung Wiens soll binnen achtundvierzig Stunden die Waffen niederlegen, die Legion, alle Korps und Klubs werden aufgelöst, die Aula geschlossen, die Kommandanten der Legion und zwölf Studenten als Geiseln gestellt, mehrere noch zu bestimmende Personen ausgeliefert, die paßlosen Ausländer ausgewiesen, die Tageblätter außer der amtlichen „Wiener Zeitung“ suspendiert; als auszuliefernd werden am 26. bezeichnet: Bem, Pulszky, Schütte und die Mörder Latours. Der Reichstag erklärt

die Proklamation des Feldmarschalls für ungesetzlich, für einen feindlichen Akt gegenüber den Volksrechten und dem konstitutionellen Kaisertum. Neue Verhandlungsversuche scheitern an Windischgrätz' Härte; die Mehrheit in Wien wäre gern auf billige Bedingungen eingegangen; da man sich aber nicht demütigen will, wird gekämpft; Ausfälle, Kanonaden, Vorpostengefechte finden statt. Die Entfernung des Diplomatischen Korps aus der Stadt — jeder verließ Wien für sich ohne Aufsehen — wirkt niederschmetternd; nun erscheint das Bombardement als sicher. Große Erbitterung herrscht auf der militärischen Seite: das Regiment Latour ist mit schwarzen Fahnen von Prag abmarschiert und hat geschworen, weder Pardon zu nehmen noch zu geben, um seinen ermordeten Chef blutig zu rächen. Man sieht, wie sich das Kampfziel propagandistisch vereinfachte! Besonders die Artillerie ist in glänzender Stimmung: die Prager habe man zur Ordnung gebracht, man werde auch mit den Wienern fertig werden. Mehrere Versuche, revolutionäre Agitation in die Truppe zu tragen, mißlingen: ein als Offizier verkleideter Student wird sofort dem General vorgeführt und standrechtlich erschossen[42]). Ein anderes Mal werden zwei Agenten sofort von den Soldaten aufgehängt, durch einen hinzukommenden Offizier aber abgenommen und gefangengesetzt[43]). Als im Hauptquartier 80 gefangene Arbeiter eingeliefert werden, haben die Offiziere Mühe, sie vor der Wut der Soldaten zu schützen. Bis zuletzt kämpfen die Proletarier am heftigsten und erbittertsten; Graf Bernstorff nennt sie „sehr tapfer", auch Robert Blum schreibt, die Arbeiter seien „bewundernswert"[44]). Nun macht sich Nahrungs- und Wassermangel fühlbar; Aufregung und Beängstigung in der großen Stadt steigen aufs höchste; schon hoffen die besitzenden Klassen auf den Einmarsch der Truppen, aus Angst vor Greueltaten; keine Nacht vergeht ohne Feuerbrunst; zwischen den Führern der Revolutionäre, Bem und Kuchenbäcker, kommt es zu Zwistigkeiten. Das Ende naht.

Windischgrätz geht sehr vorsichtig weiter, nach seiner Art; am 26. Oktober sind der Nordbahnhof und der Augarten besetzt; am 28. Oktober wird bombardiert und gestürmt: die Vorstadt Landstraße wird genommen, nach erbittertem Kampf um die Barrikade am Praterstern auch die Leopoldstadt, die Jägerzeile, der Rennweg; die Truppen von den „Gutgesinnten" mit Jubel und Blumen begrüßt, stehen an den Wällen der Innenstadt; ein Feuerkranz loht durch die Nacht. Grenadiere und Artilleristen, die am 6. Oktober zum Volk übergegangen sind, werden unbarmherzig niedergehauen; jene Seressaner, die sogenannten Rotmäntel, hausen so maßlos gegen alles Lebende, daß man sie aus Menschlichkeit aus dem Kampf zurückzieht — so erzählt ein Offizier dem württembergischen Gesandten, der mit dem Fürsten Windischgrätz am gleichen Abend gespeist hat[45]).

Der Kampf ist heftig, blutig, hartnäckig; noch nirgends in Deutschland hat die Revolution solche Machtmittel beisammen gehabt, noch nirgends sind Armeen gegen sie eingesetzt worden. Messenhauser sieht die Aussichtslosigkeit des Kampfes ein und empfiehlt Unterwerfung; der Hauptgrund ist der Munitionsmangel, vergebens will man ihn durch improvisierte Erzeugung wettmachen; die Vertrauensmänner der verschiedenen Korps beschließen mit großer Mehrheit, gegen die Stimmen der Arbeitervertreter, die Übergabe auf Gnade und Ungnade;

Messenhauser verkündet das Ergebnis, schickt dem Feldmarschall die schriftliche Erklärung — die Proletarier nennen ihn erbittert Verräter. Viele verschwinden, auch General Bem; Pulszky war schon lange fort, die Aula ist leer, die Klubs verlassen; zahlreiche Studenten werfen ihr besonderes Wahrzeichen, den Stürmer, weg, um nicht erkannt zu werden. Der Gemeinderat versucht die Arbeiterschaft zu beschwichtigen durch die Versicherung, der Sold werde fortbezahlt werden, bis andere Erwerbsquellen gefunden seien.

Da lockt noch einmal die Hoffnung: die Ungarn rücken an zum Entsatz! Tatsächlich haben sie nun endlich alle Bedenken überwunden und marschieren vor, verstärkt durch deutsche Regimenter; bei Schwechat treffen sie auf Jellačić. Wien erwacht von neuem; Messenhauser, der Schwankende, wird gezwungen, vom Stephansturm aus die Lage zu begutachten; viele haben wieder die Waffen ergriffen, die Basteien besetzt; die Kampfwut besonders der Arbeiter schlägt toll empor; sie wittern Verrat und beginnen auf eigene Hand das Feuer gegen die kaiserlichen Truppen. Die Kapitulation ist gebrochen. Wilde Scharen durchziehen zügellos die Stadt, mißhandeln die Schwarzgelben, drohen mit Brand und Mord, wenn nicht alles wieder zu den Waffen greift. Der Terror erreicht seinen Gipfel. Messenhauser soll sein Kommando niederlegen, schließlich will er es mit dem eifersüchtigen Fenneberg gemeinsam führen. Zu retten ist nichts mehr, denn die Ungarn werden geschlagen, sie weichen zur Leitha zurück. Was soll nun werden? Jeder beschuldigt den andern der Feigheit und des Verrats, der Reichstag schweigt, der Gemeinderat erklärt, keine Macht mehr über die bewaffneten Haufen zu besitzen. Die Verwirrung steigt ins Maßlose. Die Weiber kreischen überall mit, die Hemmungslosigkeit wächst. Es gibt keine anerkannte Autorität mehr; die einen stecken die weiße Fahne auf, die andern reißen sie nieder; die einen legen die Waffen ab, die andern fahren Kanonen auf, um die Entwaffner zusammenzuschießen. In der Innenstadt herrscht die proletarische Minderheit; Bäcker- und Fleischerläden werden gestürmt, sonst wird auch jetzt nicht geplündert. Die rote Anarchie schwelgt in Drohungen; man will den Thron verbrennen, dem Franz-Denkmal den Kopf abschlagen, die Kaisersärge aus der Kapuzinergruft holen und auf die Bastei stellen; als die Brünner Nationalgardisten im Auftrage des Gemeinderats eine schwarz-gelbe Fahne auf dem Stephansturm hissen wollen, läßt Becher sie zerreißen und bedroht jeden mit Erschießen, der das schwarz-gelbe „Schandzeichen" aufpflanzt. Blum und Fröbel halten sich still in ihrem Gasthof.

Am Nachmittag des 31. Oktober beginnt Windischgrätz die Beschießung der Innenstadt; obgleich schon nach einer halben Stunde unter dem Regen der Granaten, Vollkugeln, Bomben und Raketen jeder ernsthafte Widerstand erstirbt, geht die Aktion noch drei Stunden weiter fort; 2000 Geschosse werden abgefeuert, viele sind aber nur mit halber Sprengladung versehen; Hofbibliothek, Augustinerkirche brennen; es war besonders auf die Stallburg, den Sitz des revolutionären Hauptquartiers, und das Reichstagsgebäude abgesehen. Nun häufen sich die weggeworfenen Waffen und Uniformstücke auf den Straßen; die einziehenden Truppen werden mit wehenden Taschentüchern aus den Fenstern empfangen; aber das Volk der Gasse erstickt die Vivatrufe der Bürger in gellendem Pfeifen. Die letzte Salve feuerte Becher ab, am Stock-im-Eisen-

Platz. Der Kandelaber, an dem Latour gehangen hat, wird von wütenden Soldaten in Trümmer gehauen und vernichtet bis auf die letzte Spur. Am Morgen des ersten November hängt am Stephansturm die schwarz-gelbe Fahne schlaff im strömenden Regen. Die deutsche Fahne Schwarz-Rot-Gold, die Fahne der Revolution, ist verschwunden. Auf den Plätzen lagern Soldaten um lodernde Kochfeuer, Gewehre sind in Pyramiden gesetzt. Die Kalabreserhüte, die wallenden Bärte, die Nationalgardeuniformen sind wie weggewischt. Manche berittenen Nationalgardisten sind freilich beim Einzug der Truppen aufgetaucht und haben ihnen den Weg gezeigt. Auch andere Anzeichen verborgener gegenrevolutionärer Arbeit sind vorgekommen. Der Reichstagsrumpf ist am 1. November zusammengetreten; Fürst Felix Schwarzenberg läßt einfach durch den Portier das Gebäude von außen abschließen; den Schlüssel steckt er in die Tasche und sagt: „Es gibt keinen Reichstag mehr." Die Abgeordneten können sich ungestört einzeln entfernen[46]).

Die militärische Gegenrevolution in Österreich war ihrem innersten Wesen nach antiparlamentarisch. Wenn es nach der Meinung der Feudalaristokratie gegangen wäre, wäre der Reichstag überhaupt nicht mehr zusammengetreten, auch in Kremsier nicht, und die in Wien zurückgebliebenen Parlamentarier wären in Anklagezustand versetzt worden; aber es war sicher klüger, den Schein konstitutioneller Legitimität zu wahren. Man mußte ihn der österreichisch-großdeutschen „Demokratie" wegnehmen, nur dadurch war sie ganz zu vernichten. In Wirklichkeit herrschte nun im Kaiserstaat das entschlossene Säbelregiment. Als der unglückliche Graf Latour Anfang Oktober nur vier Bataillone für den Banus von Windischgrätz erbat, antwortete der Fürst in einem Privatschreiben: „Je vous réponds par un refus formel, car l'Armée de Bohème est destinée à rétablir l'ordre à Vienne[47])." So war es nun gekommen; die Armee, so sagte Windischgrätz zum bayrischen Gesandten, ist das letzte Bollwerk; die Demokratie hat ihre Unfähigkeit bewiesen, etwas zu schaffen[48]). Windischgrätz war in diesen Monaten stark gealtert; er sprach ganz ruhig, sehr gemäßigt, völlig sicher seiner selbst und seiner Mission. Diese milde, beherrschte, abgeklärte, einsilbige Manier eines militärischen Grandseigneurs paßte auf eine seltsame Art zu seinem Handeln. Die Initiative zu seinem Vorgehen hatte e r ergriffen; er war im kaiserlichen Hoflager erschienen, ohne gerufen zu sein, erzählte er dem preußischen Gesandten; in vertraulicher Aussprache wandte sich der Fürst mit Schärfe gegen den intriganten Ehrgeiz der Erzherzöge; er verfolge demgegenüber die Erhaltung der Gesamtmonarchie, der legitimen Rechte seines kaiserlichen Herrn: „Das wahrhaft germanische Interesse erfordert nicht die Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen, sondern die Erhaltung des deutschen Einflusses in der Gesamtmonarchie[49])."

So wurde im Bündnis mit den Slawen der großdeutsche Patriotismus Wiens niedergekämpft — im Namen des „germanischen" Gedankens! Windischgrätz heuchelte nicht und liebte keine Redensarten; er sah die verwickelten österreichischen Dinge sehr einfach an und gebrauchte einfache Mittel. Er glaubte an die Vorsehung und hielt sich für ihr Werkzeug; es kann schon sein, daß es ihm menschlich manchmal schwer wurde, zu tun, was er für notwendig hielt. Welckers klassische Bildung verglich ihn mit Wallenstein; aber es war weder dessen dunkler

Dämon noch der Brand persönlichen Ehrgeizes in ihm: der Fürst diente dem Kaiser und dem Kaiserstaat im Kampfe gegen das „Böse".

Hunderttausend Männer hatten in Wien die Waffe der Revolution getragen — gar mancher gegen das Ende wider Willen unter dem Terror der Studenten, Arbeiter und abgefallenen Soldaten. Man konnte nicht hunderttausend, man konnte nicht zehntausend Leuten den Prozeß machen. Eine Auswahl unter den „Rebellen" mußte getroffen werden. Die Militärgewalt suchte natürlich die Führer; Messenhauser stellte sich selbst und wurde, trotz vielfacher Fürbitte, auch der von Wessenberg und Krauß, von Reichstag und Gemeinderat, standrechtlich erschossen. Das Urteil des Kriegsgerichtes lautete auf Tod durch den Strang; Windischgrätz beschleunigte diese Hinrichtung, weil er um der Armee willen auf den Kopf des ehemaligen Offiziers und Brechers der Kapitulation nicht verzichten zu können meinte. Messenhauser, tapfer bis zum Ende, kommandierte selbst die Exekutionssalve. Des Agitators Schütte sich zu bemächtigen, war mißlungen; in der Wohnung des hannoverschen Gesandten Freiherrn v. Bodenhausen wurde in dessen Abwesenheit vergebens nach ihm gesucht — der Gesandte protestierte wegen dieses Völkerrechtsbruches[50]). Bis zum 14. November wurden nach amtlicher Bekanntmachung 1600 Personen verhaftet, davon aber 966 wieder entlassen. Auch Füster war festgenommen worden, aber in Rücksicht auf seine Abgeordneteneigenschaft wieder in Freiheit gesetzt, freilich unter Androhung des kriminalgerichtlichen Verfahrens. Grenadiere der abgefallenen Regimenter wurden kurzer Hand erschossen, so Dangel, Hese, Richlinski, der Dr. jur. Porsch aus Böhmen aber wegen versuchter Verführung der Soldaten zum Treubruch zu sechsjähriger Schanzarbeit verurteilt und dann zu sechsjähriger Festungsarbeit begnadigt. Andere Verurteilungen lauteten auf Schanzarbeit, Stockhausarrest, Gassenlaufen. Bei der Verhaftung Bechers wurden wichtige Materialien über die Verbindung mit Ungarn entdeckt, die zur Untersuchung der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei und Festnahme von zwei Hofräten der ungarischen Kanzlei führten. Becher wurde erschossen, ebenso Jellinek, dagegen wurde der Porträtmaler Aigner, der Kommandant der akademischen Legion, begnadigt und sofort in Freiheit gesetzt. Der Arzt Paluci aus Wien, der Student v. Vogtberg, der mährische Schulgehilfe Elgner, der Fabrikarbeiter Schmalhofer, die alle zum Tode verurteilt waren, wurden zu Festungs- und Zwangsarbeit begnadigt. Für zwei italienische Geistliche verwandte sich der Nunzius[51]). Es war also beinahe ein Zufall, ob jemand mit dem Leben davonkam oder nicht. Daß die Behörden die Mörder Latours verfolgten und prozessierten, war selbstverständlich, denn hier handelte es sich um einen abscheulichen Exzeß wider jeden politischen Sinn. Daß aber nun in bunter Reihenfolge Schriftsteller, Soldaten, Nationalgardisten, Polen und Freischarenführer einmal zum Hängen oder Erschießen verurteilt, dann wieder ganz freigelassen, dann zu langjähriger schwerer Festungshaft oder anderen Freiheitsstrafen begnadigt wurden, war ein peinliches Schauspiel und entsprang dem politischen Bedürfnis nach Abschreckung und Rache, aber keinerlei Rechtsnorm. Bei der Verurteilung Bechers und Jellineks ist sogar ein förmlich aufgehobener Paragraph des Strafgesetzbuches widerrechtlich angewandt worden[52]). Für das gleiche Vergehen traf den einen der Tod, den andern, Glücklicheren Freilassung; bei dem einen wurde die höhere Bildung als Belastungsmoment, bei

dem anderen als Milderungsgrund angesehen. Die Berufung des Kriegsgerichtes auf die Theresianische Gerichtsordnung wirkte als Willkür. Gerade auch konservativ Gesinnte sprachen ihren Unwillen über ein so diktatorisches Gebaren aus. Im ganzen sind 24 Todesurteile vollstreckt worden. Bis zum Mai 1849 dauerte die Tätigkeit der Militärgerichte.

Den stärksten Eindruck machte nun die Hinrichtung Robert Blums. Am 29. Oktober morgens hatten er und Fröbel ihre Stellen als Hauptleute im Elitekorps, wozu man sie gewählt hatte, niedergelegt. Sie waren von der Aussichtslosigkeit weiteren Kampfes überzeugt und wußten von der Einleitung zu Kapitulationsverhandlungen. Daß sie für ihre Überzeugung auch die Waffe zu führen wußten, hatten sie ja gezeigt; eigentlich sollte das Elitekorps ja nur zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verwandt werden, die Verwendung im offenen Gefecht kam den beiden Abgeordneten überraschend — wenigstens sagten sie so vor dem Standgericht aus — aber sie konnten sich nicht drücken. Blums sechsunddreißigstündige Verteidigung der Rosomowskischen Brücke ist später von Haug als glänzende Kriegstat erklärt worden. Aber Blums guter politischer Instinkt verbarg ihm die Verschiebung der Lage nicht, die sicher auch als Motiv bei ihm gewirkt hat: er hatte sich eingesetzt für die Sache der Revolution mit seiner ganzen Person, er wollte jetzt kein Halber und Lahmer sein, und nun hatte er die Dinge anders gefunden, nun sah er den „Verrat“ als gefährlichsten Feind der Wiener Sache.

Es gab sicher „Verrat“ in Wien — er lag aber in dem Widerstand, der Gegenarbeit der oberen „schwarz-gelben“ bürgerlichen Schicht wider den Kampf bis zum Letzten. Wie sehr irrte Blum, wenn er auch Messenhauser für einen Verräter hielt! Zwischen Messenhauser und ihm ist das Verhältnis schlecht gewesen, wenigstens nach der ersten Kapitulation, und Messenhauser hat in seinen Aussagen vor Gericht Blum auch stark belastet. Es kann schon ganz gut sein, wie berichtet wird, daß Blum in seinen letzten Stunden es bitter beklagte, der Revolutionssache in Wien gedient zu haben. Jedenfalls ist es nicht zu verwundern, daß auch seine eigene Haltung und Stimmung mitten in einem solchen Widerstreit der Leidenschaften schwankte.

Am 30. Oktober schrieb Blum an seine Gattin: „Die Schlacht ist verloren, das boshafte Glück hat uns geäfft. Nein, das Glück nicht; der schmachvollste Verrat, den jemals die Weltgeschichte gesehen hat, war der Art gesponnen, daß er im Entscheidungsaugenblicke und nur und allein in diesem ausbrach[53]).“ Blum plante nun, so bald wie möglich Wien zu verlassen, nach Leipzig zu gehen und dort über seine Erlebnisse zu berichten. Die Hoffnung auf Entsatz durch die Ungarn scheint er geteilt zu haben; eine aktive Beteiligung beim letzten Verzweiflungskampfe ist nicht nachgewiesen, als Redner ist er aber noch aufgetreten. Am 2. November richtete er zusammen mit den drei anderen Deputierten aus Frankfurt ein Gesuch um den nötigen Passierschein an den zuständigen General, Feldmarschalleutnant Czorich. Dieser übergab die Sache dem Leiter der Stadthauptmannschaft, General von Cordon; Cordon ordnete an, daß Blum und Fröbel als Ausländer in militärgerichtlichen Verhaft zu nehmen seien — entsprechend dem Erlaß des Fürsten Windischgrätz vom 23. Oktober, daß paßlose Ausländer zur sofortigen Ausweisung anzuzeigen seien. Eine Verhaftung also zum Zwecke

des Abschubes! Moritz Hartmann, der gleichfalls am Kampfe teilgenommen hatte, und Trampusch hielten es für richtig, jetzt zu verschwinden; auch Robert Blum und Fröbel wurde vom Wirte ihres Gasthofes „Zur Stadt London" Gelegenheit zur Flucht angeboten; sie glaubten das verschmähen zu dürfen und ließen sich abführen. Sowohl der preußische wie der sächsische Gesandte hörten sofort am 4. November durch anonymes Schreiben von der Verhaftung. Graf Bernstorff ließ die Sache auf sich beruhen, weil es sich nicht um preußische Untertanen handelte[54]). Der sächsiche Gesandte v. Könneritz hatte am 20. Oktober Blum seinen Paß übergeben, von dem er hauptsächlich deshalb keinen sofortigen Gebrauch machte, weil Fröbel als Untertan von Schwarzburg-Rudolstadt keinen Paß bekommen konnte. Jetzt, nach Blums Teilnahme am Kampfe, war Könneritz sehr froh, daß sich Blum nicht um Hilfe an ihn wandte; er beurteilte von Anfang an Blums Lage als ernst, bemühte sich aber um milde Haft, was gar nicht notwendig war, da man den beiden Abgeordneten das beste Gelaß im Stabsstockhause angewiesen hatte. Statt daß sich Könneritz bei dem zuständigen Cordon für die Gefangenen verwandt hätte, sprach er in dem noch wenig arbeitsfähig gewordenen Außenministerium vor. Das sächsische Ministerium in Dresden war etwas energischer; in einer Depesche vom 3. November wies v. d. Pfordten den Gesandten an, den sächsischen Untertanen „ohne Unterschied und mit größter Tätigkeit" Schutz angedeihen zu lassen[55]). Nach Bekanntwerden der Verhaftung Blums schrieb Pfordten an Könneritz, er müsse „alles aufbieten, um Robert Blum zu schützen". Darauf ging der Gesandte nochmals ins Außenministerium, bekam aber keinen Bescheid, da völlige Desorganisation herrschte. An den Fürsten Windischgrätz wollte sich Könneritz nicht direkt wenden, um dieses äußerste Mittel nicht sofort zu erschöpfen.

Blum dachte nicht daran, sich auf seine sächsische Staatsbürgerschaft zu beziehen, da er sich als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung für ausreichend geschützt hielt. Vielleicht oder wahrscheinlich waren seine persönlichen Beziehungen zu Könneritz, einem Manne ganz der alten Zeit, nicht eben warm; ob ein sofortiges Eingreifen des Gesandten etwas genützt hätte, mag auch bezweifelt werden — genug: Blum hat sich immer wieder auf seine Unverletzlichkeit als Abgeordneter, und nur darauf, berufen. Das von der provisorischen Zentralgewalt im deutschen Reichsgesetzblatt Nr. 2 erlassene Gesetz vom 29. /30.September bestimmte, daß ein Abgeordneter mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer Tat ohne Zustimmung der Reichsversammlung weder verhaftet noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden sollte. Selbst in dem Falle der Ergreifung auf frischer Tat, der ja auf Blum nicht zutraf, war die sofortige Mitteilung an die Reichsversammlung verlangt und ihr die Möglichkeit gegeben, Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungen zu verfügen. Galt nun dieses Gesetz auch für Österreich? Der österreichische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt in Frankfurt hat am 11. Oktober dem Reichsministerium der Justiz den Empfang des Reichsgesetzblattes Nr. 1—3 in hundert Abdrucken bestätigt und die Verteilung an die Provinzialregierungen der österreichischen Bundesländer sowie die unverzügliche örtliche Veröffentlichung der Gesetze und Verordnungen durch diese Provinzialregierungen in Aussicht gestellt[56]). Das erste Stück des Reichsgesetzblattes ist auch tatsächlich in

der „Wiener Zeitung“ am 5. Oktober veröffentlicht worden, das zweite, mit dem Gesetz vom 29./30. September, aber nicht mehr. Auf diese formale Unterlassung haben sich nun die österreichischen Behörden immer berufen wollen, um die Rechtsgültigkeit des Gesetzes für Österreich zu bestreiten. Immerhin läßt sich dagegen sagen, daß Nr. 1 des Reichsgesetzblattes das gesetzliche Verkündigungsrecht für das ganze Reichsgebiet aussprach und daß damit die rechtsverbindliche Kraft aller Reichsgesetze für die Einzelstaaten festgelegt war. Und diese Nr. 1 war ja nun in Österreich verkündet. Eine Lücke bestand gleichwohl. Das Verfahren der Einzelstaaten gegenüber den Reichsgesetzen war verschieden; 18 Staaten druckten die Reichsgesetze in ihren Landesregierungsblättern ab, sieben Staaten legten das Originalgesetzblatt den Landesgesetzblättern bei; eine Reihe von Staaten hatte sich Anfang November überhaupt noch nicht geäußert. Man darf nicht verkennen, daß die „Reichsgesetze“ zu diesem Zeitpunkt etwas noch ganz Neues waren und daß die österreichischen Behörden sich viel zu erschüttert in ihrer Existenz fühlten, um schon rein formal, geschweige denn materiell, diese Frankfurter Reichsgesetze für sich aufzunehmen. Dies war Robert Blums Unglück, aber doch nur ein mehr für die nachträgliche Rechtfertigung als für den tatsächlichen Hergang der Dinge maßgebender Faktor.

Blum protestierte zusammen mit Fröbel energisch beim Präsidenten der Nationalversammlung in Frankfurt gegen seine Verhaftung — dieses Schreiben vom 5. November war es nun gerade, das den Fürsten Windischgrätz veranlaßte, sich wegen der Gefangenen mit seinem Schwager, dem Fürsten Felix Schwarzenberg, in Verbindung zu setzen, der jetzt schon an Wessenbergs Stelle die Geschäfte des Ministerpräsidenten führte. Die Frage, wie man kompromittierte Reichstagsabgeordnete behandeln solle, war schon mehrfach in diesen Tagen erörtert worden; Schwarzenberg vertrat den gesunden Standpunkt, die Überzeugung der moralischen Schuld genüge nicht, man bedürfe auch zwingender juristischer Beweise. Wir haben gesehen, daß aus solchen Erwägungen heraus Füster freigelassen wurde. Nun hatte man es plötzlich außer mit den österreichischen Reichstagsabgeordneten auch mit zwei Frankfurter Abgeordneten zu tun. Windischgrätz schrieb an Schwarzenberg am 6. November, er habe die Absicht, sie einfach aus Österreich ausweisen zu lassen, um diplomatische Schwierigkeiten zu ersparen. Da setzte nun der Einfluß eines alten bitteren Feindes Blums, des ehemaligen österreichischen Generalkonsuls in Leipzig, Hübner, ein, der als Freiherr, später als Graf, Schwarzenberg beriet; Hübner empfahl Blums Hinrichtung — er sei einer der gefährlichsten deutschen Anarchisten; sein Tod werde abschreckend wirken. Schwarzenberg griff den Gedanken auf: er hatte also einen großen Fang gemacht — den Freiheitsmann, den Volksredner, den Revolutionskämpfer, aber auch den Deutschkatholiken konnte er nun treffen, den hervorragendsten Demokraten; er wollte das Frankfurter Parlament mit seinen Machtansprüchen und seiner Reichsverweserschaft, er wollte die personifizierte Revolution in Robert Blum töten. Weit über die rein rechtliche Frage wuchs dieser Kampf um ein Leben in eine große politische, ja weltgeschichtliche Sphäre hinein. Schwarzenberg erklärte seinem Schwager, er nähme die Verantwortung auf sich. Windischgrätz möge „nach Ermessen vorgehen“. Blum „verdiene alles“. Da läßt Windischgrätz ein Kriegsgericht zusammentreten, am

8. November abends; Blum, der mit Fröbel einen neuen scharfen Protest an die hohe Zentralkommission zur Untersuchung der Vorfälle in Wien gerichtet hat, wird ganz kurz verhört, am nächsten Morgen wird er um fünf Uhr geweckt, das Todesurteil wird ihm mitgeteilt, er glaubt nicht daran und hat bis zuletzt nicht daran glauben wollen; mit dem katholischen Priester spricht er lange und ernst, er schreibt erschütternde Abschiedsbriefe und wird auf der Brigittenau, in Ermangelung eines Henkers, um halb acht Uhr erschossen.

Um die gleiche Stunde erhält Windischgrätz ein zweites Schreiben Schwarzenbergs: die Reichstagsabgeordneten sollen nicht standrechtlich behandelt werden, außer wenn sie in flagranti ergriffen sind; man solle sie auf freien Fuß setzen, aber alles Material gegen sie sammeln, um sie den ordentlichen Gerichten zu überliefern. Blum ist leider schon tot, aber Fröbel, ebenfalls vom Standgericht zum Tode verurteilt, wird nun völlig begnadigt und über die Grenze geschafft.

Was sachlich vor dem Kriegsgericht gegen Blum angeführt worden ist, seine Aularede, bestimmte Aussagen von Messenhauser, bedeutet viel weniger als das, was nicht erwähnt wurde: das Schlagwort vom „Latourisieren“, das noch nötig sei, und der höhnische Artikel im „Radikalen“ gegen die erste Proklamation von Windischgrätz. Auch eine „Proskriptionsliste“ soll bei ihm gefunden worden sein[57]). Aber der Prozeß selbst war ja eine reine Komödie. Blums Hinrichtung ist ein politischer Akt gewesen, erwachsen nach altösterreichischer Manier aus einer Verbindung von Menschenverachtung, Staatsräson, Intrige und Schlamperei. Man hatte die Gelegenheit benutzen wollen zu einem großen Schlage, hätte ihn jedoch ganz gern wieder rückgängig gemacht, wenn es nur möglich gewesen wäre, verteidigte ihn aber nachträglich mit aller spitzfindigen Polemik. Blum hat in seinen letzten Minuten schwer gelitten unter der Bitterkeit, seinen Familienangehörigen auf eine so dumme und brutale Weise entrissen zu werden, hat sich aber dann doch ermannt und ist tapfer gestorben für seine Sache, für die Freiheit und mit dem Wunsche, das Vaterland möge seiner eingedenk sein.

Robert Blum war durch die Märzbewegung schnell emporgehoben worden und hatte seitdem einen immer schwereren Stand gehabt; wer weiß, vor welchen schweren Enttäuschungen er durch dieses Ende bewahrt worden ist! Bei längerem Leben wäre ihm nichts anderes geblieben, als für diese Revolution, die er so wesentlich gewollt und gemacht hatte, doch wieder die Waffe zu ergreifen. Er war schon innerlich, politisch und menschlich, fast an dem Werk gescheitert, das er auf sich genommen hatte. Dies gibt seinem traurig-sinnlosen Ende doch etwas von einer tieferen Bedeutung.

So wie die Wiener Revolution durch die Ermordung Latours wider den Willen aller Maßgebenden die Handlung vollbracht hat, die sich am meisten einprägen sollte und ihre Beurteilung bestimmte, so hat keine Tat der Gegenrevolution in Österreich mehr gewirkt als die Hinrichtung Robert Blums; sie war eine Tapserei, ein Pech, ein ungeschickter Willkürakt, eine Gelegenheitsmacherei aus einer momentanen politischen Laune heraus — und sie wirkte als Bekenntnis, als Programm, sie bedeutete den Bruch des österreichischen Kaiserstaates mit dem freiheitlichen Deutschland; zwischen Wien und Frankfurt gab es nun keine Versöhnung mehr.

Der erste Widerhall kam von Sachsen. Die Vaterlandsvereine waren Robert Blums Werk gewesen — Hunderttausende schrieben und redeten nun Protest gegen die Ermordung des Führers. Eine Sturmpetition forderte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Österreich. In der Kammer kam es zur Interpellation des Ministeriums. Der Sprecher Tzschirner sagte unter lautem Schluchzen, daß der „größte deutsche Mann" zu atmen aufgehört habe; alle erhoben sich zu seiner Ehre. Auch die rechtsstehende Opposition war damit einverstanden, daß ein Rechenschaftsbericht eingefordert wurde. Eine außerordentliche Kommission wurde eingesetzt; sie berichtete im Februar. In Leipzig wurde der österreichische Adler am Konsulat heruntergerissen, zerschlagen und mit Füßen getreten, so daß der österreichische Gesandte Genugtuung fordern mußte[58]). Volksversammlungen, Trauerkundgebungen fanden überall statt. An der kirchlichen Totenfeier in der Dresdener Frauenkirche nahmen über 8000 Personen teil, auch die Minister. Aber weit über Sachsen hinaus scholl die Klage und die Forderung nach Sühne. In Mainz und Mannheim flaggten die Schiffe schwarz. In München versammelten sich an die zwölfhundert Menschen im Freien, da die Kirchen für eine Trauerfeier verweigert wurden. Johannes Ronge war anwesend. Graf Bray erklärte dem österreichischen Gesandten, er könne diese Demonstration nicht verbieten. Stürmisch wurde von Behörden und Vertretungen das Einschreiten in Wien verlangt. Wie im März ging noch einmal das Zittern durch die Masse, vor Erregung, vor Haß. Zum ersten Male huldigte die ganze breite Schicht in Deutschland einem großen Volksmann — das Problematische der Persönlichkeit verschwand, es blieb, was so viele beglückend empfunden hatten: die hinreißende Kraft eines erdgewachsenen Menschen. So stieg er aus aller Schwachheit und Unklarheit seiner letzten Zeit ins Heroische.

Mit überwältigender Mehrheit faßte die Frankfurter Nationalversammlung am 16. November den Beschluß, gegen die Tötung Blums Verwahrung einzulegen und das Reichsministerium zur Bestrafung der mittelbaren und unmittelbaren Schuldtragenden aufzufordern. Schon vor diesem Beschluß hatte das Reichsministerium der Justiz energische Schritte getan: es hatte am 9. November an das österreichische Justizministerium die dringende Aufforderung gerichtet, das Reichsgesetz betreffend gerichtliches Vorgehen gegen Abgeordnete möchte eingehalten werden; es entsandte ferner die beiden Abgeordneten Adolf Paur von Augsburg und Josef Pötzl von München als Reichskommissare nach Österreich mit dem Auftrag, an Ort und Stelle die Vollziehung dieses Gesetzes zu verlangen; man wählte zwei Bayern in der Hoffnung, dadurch noch am ehesten gefühlsmäßige Widerstände zu überwinden. Pötzl und Paur bekamen eine Instruktion mit, datiert vom 12. November: danach sollten sie den Frankfurter Rechtsstandpunkt vertreten und erläutern, förmlichen und feierlichen Protest gegen Fortsetzung jedes kriegs- und standrechlichen Verfahrens einlegen, sich, falls kein Justizminister in Olmütz vorhanden wäre, an den Außenminister v. Wessenberg wenden, amtliche Mitteilung über den Hergang bei der Erschießung Blums verlangen und über die Ergebnisse ihres Vorgehens schleunigst, eventuell durch Staffette, berichten[59]).

Nach dem erwähnten Beschluß der Nationalversammlung wurden die beiden Reichskommissare angewiesen, diesen Beschluß persönlich dem kaiserlichen

Minister zu übergeben und eine Verbalnote beizufügen; darin war gesagt, daß „die Erschießung Blums mit höchster Erregung und Entrüstung in ganz Deutschland aufgenommen sei, und zwar nicht nur von der politischen Partei des Getöteten, sondern von allen Seiten"; der Nationalversammlung sei „eine geflissentlich schwere Beleidigung zugefügt"; „nicht nur unzählige Klubs und Vereine, sondern konstitutionelle Autoritäten aller Art, ja Ständeversammlungen erlassen Beschlüsse und Adressen des heftigsten Inhalts. Die Reichsversammlung war einstimmig in ihrem Beschluß". Und dann wurde die allgemeine Folgerung gezogen. Österreichs Stellung zu Deutschland sei in diesem kritischen Augenblick sehr schwierig geworden; die klare Forderung des Rechts und politische Erwägungen von unermeßlicher Tragweite gingen in einer Linie; eine gerechte Sühne für das verletzte Rechts- und Nationalbewußtsein Deutschlands sei nötig[60]). Das Reichsministerium der Justiz sagte seinen Reichskommissaren auch ganz deutlich, wie es sich eine solche Sühne vorstellte: die einzige vollständige Sühne sei „außer der Bestrafung etwaiger schuldiger Untergeordneter die Entfernung des Fürsten Windischgrätz vom Kommando". So scharf sprach also das neue Frankfurt gegen das alte Österreich, das sich wieder erhob. Der Kampf um Leben und Tod des Abgeordneten Blum wurde ein Kampf parlamentarischer Rechtsauffassung gegen obrigkeitliche Gewaltanwendung.

Das einzige, was die beiden Reichskommissare in Österreich fertigbrachten, war der Befehl Wessenbergs zur Einstellung jeden Verfahrens gegen Abgeordnete am 18. November — es war nicht ganz bedeutungslos, weil der Abgeordnete Gritzner noch in Wien vermutet wurde. Die Reichskommissare erhielten auch Einblick in die Prozeßakten; sie äußerten sich vertraulich, daß „vom juristischen und österreichischen Standpunkt aus eine Einrede gegen das Verfahren sich nicht zu erheben finde[61])". Erst am 7. Dezember übergaben sie die Verbalnote. Die österreichischen Behörden versteiften sich auf ihren Standpunkt: Seit dem 6. Oktober habe es kein österreichisches Justizministerium gegeben, das Reichsgesetz vom 20. September sei amtlich nicht veröffentlicht worden, eine solche Veröffentlichung habe überhaupt nicht stattfinden können; die Verkündigung des Standrechts schließe jedes andere Gerichtsverfahren aus; Fürst Windischgrätz habe das Urteil gegen Blum gar nicht unterzeichnet, er habe überhaupt keinen Einfluß auf die beiden aburteilenden Militärkommissionen zu nehmen, nur im Falle mildernder Umstände würden ihm Urteile vorgelegt! Etwas anderes kam auch später nicht heraus, als Schuselka auf dem Kremsierer Reichstag wegen Blums Erschießung interpellierte. Nach Frankfurt ging zuerst eine aufschiebende und ausweichende Note des österreichischen Justizministeriums, dann eine Depesche an den österreichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, dann eine scharfe Antwort des Gesamtministeriums: immer dieselben, aus Wahrheit und Unwahrheit zusammengeschlossenen Argumente wurden wiederholt; neu war zuletzt noch, daß der Frankfurter Versammlung jedes Gesetzgebungsrecht für Österreich abgestritten wurde vor erfolgter Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland[62]). Robert Blum war tot, und niemand ist wegen seiner Erschießung bestraft worden. Rechtlich war der Zwischenfall erledigt; politisch wirkte er aufs stärkste weiter.

Die Entfremdung zwischen der von dem österreichischen Erzherzog getragenen deutschen Zentralgewalt, seinem Reichsministerium, der Frankfurter Nationalversammlung — und der Idee des österreichischen Zentral- und Gesamt-Kaiserstaates war die bedeutsamste Folge der Erschießung Blums, der Niederschlagung der Wiener Revolution überhaupt. Schmerlings Name stand unter dem Erlaß vom 29. Oktober und der Instruktion für Welcker vom 1. November, in denen die Suspension aller Tageblätter in einer deutschen Stadt wie Wien als unangemessen bezeichnet, die Verlegung des Reichstages nach Kremsier mißbilligt und Linz als geeigneterer Ort empfohlen war[63]). In der Instruktion desselben Reichsministers des Innern vom 10. November war der Übergang zur konstitutionellen Freiheit als nötig bezeichnet, Strenge müsse sich mit Milde vereinigen; die im März und Mai zugestandenen Rechte seien zu sichern; der Reichskommissar solle gegen alle Reaktionsbestrebungen auftreten und sich über die wirkliche Volksmeinung in Österreich hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland informieren: „Wir wollen die Wahrheit, die volle Wahrheit erfahren", so lautete der Schluß des Dokumentes, doch etwas unsicher und sorgenvoll[64]). Nachdem man diese volle Wahrheit in Frankfurt nun erfahren und begriffen hatte, wandte sich das Gesamtreichsministerium des Reichsverwesers mit aller Offenheit gegen das k. k. österreichische Gesamtministerium (18. November). Man hört den berechtigten Stolz Schmerlings sprechen, wenn er hier schreibt: „Frankfurt war der erste Ort in Deutschland, wo mit Aufrührern nicht verhandelt, wo kein zweideutiger Sieg erfochten wurde. Aber dieser Sieg wurde nicht zu reaktionären Tendenzen benutzt, noch wurde eine gewaltsame Justiz geübt." Dann folgte die Anklage gegen die österreichische Gegenrevolution: Militärische Diktatur, Terrorisierung und Einschränkung der Bevölkerung, spärliche offizielle Mitteilungen, Erschießung Blums, die den Charakter „einer gegen Deutschland gerichteten Erklärung" hat, aufreizende Sprache der Erlasse, offenbarer Bruch mit dem konstitutionellen System, bedauernswerte Nachwirkung in Deutschland: „Die deutsche und freisinnige Richtung der österreichischen Regierung ist mit Recht bezweifelt worden." Am Ende kommt die ernste Mahnung: das österreichische Ministerium soll entschieden konstitutionell sein, soll die öffentliche Meinung achten, gerechten Volksansprüchen Rechnung tragen, in allem offen vorgehen, mit dem Reichsministerium in Frankfurt in vertrauensvollen Verkehr treten: nur so sei es möglich, die öffentliche Meinung zu versöhnen; die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sei eben für die konstitutionelle Monarchie[65]).

Die Antwort darauf gab der neue Ministerpräsident und Minister des Äußern, Fürst Felix Schwarzenberg, bei der Programmerklärung auf dem Reichstag zu Kremsier (27. November): er und seine Mitarbeiter bekannten sich aufrichtig und rückhaltlos für die konstitutionelle Monarchie; sie wollten sich an die Spitze der liberalen Bewegung stellen; eine ganze Anzahl moderner Gesetze wurde angekündigt — wie Aufhebung der Patrimonialgerichte und Trennung von Verwaltung und Justiz; dann kam aber die Hauptsache, das Bekenntnis zum großösterreichischen, der Bruch mit dem großdeutschen Gedanken, die Absage an den Erzherzog Johann und die anderen Erzherzöge, die Absage an das Reichsministerium Schmerling; sie war deutlich und endgültig: „Österreichs Fort-

bestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis. Von dieser Überzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch unvollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuer, fester Form gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen!" Gab es denn kein deutsches Parlament, in dem ordnungsgemäß gewählte Vertreter der zum Deutschen Bunde gehörenden Länder des österreichischen Kaiserstaates seit Monaten saßen und berieten? War die Frankfurter Zentralgewalt denn keiner Erwähnung wert? Um sich als Großmacht zu erhalten, gab das Österreich Schwarzenbergs das neue Deutschland preis und sprach wieder vom Deutschen Bunde, den man doch feierlich begraben hatte.

Fürst Felix Schwarzenberg war nicht geschwätzig, nicht greisenhaft eitel, keine abgeleierte Pythia wie der späte Fürst Metternich; er war auch viel österreichischer als dieser: ferdinandeische Gegenreformation, theresianisches Rokoko rauscht, brennt und lächelt hinter dem großen süddeutsch-böhmischen Namen Schwarzenberg. Ein mediatisiertes Geschlecht wie die Fürstenberg, Hohenlohe oder Leiningen, entschädigt durch böhmische Magnatenherrschaft von wahrhaft fürstlicher Weite, brachte es auch in den nachgeborenen Söhnen, wie Fürst Felix einer war, Typen von so europäischer Geschliffenheit, von so weltmännischem Rhythmus hervor, daß sich ein auch nur vorsichtiger Vergleich mit preußischem Landjunkertum verbietet. Nur fünfzehn Jahre älter als Bismarck war Schwarzenberg; hätten diese beiden um die Vorherrschaft in Deutschland zu ringen gehabt, wäre der Sieg Preußens schwerer gewesen. Vor der Zeit nahm das Schicksal Schwarzenberg hinweg und gönnte Österreich keinen ebenbürtigen Ersatz. Eine hagere Figur, zart gebaut, zwanglos, grazil in der Bewegung, ein schmaler, glatter Kopf mit mattem, trübem Blick, früh ergraut, nicht nur infolge von Typhus, die schlanke Kavaliersgestalt noch plastischer ausgeprägt durch den weißen österreichischen Generalsrock: so trat Schwarzenberg in die große Geschichte ein, Rassepferd durch und durch, nicht eisern, aber zähe und trocken, kein lauter Gewaltmensch, sondern stiller Herrschsucht, stiller Herrschlust voll.

„Hätte ich nur mehr gearbeitet", hat Schwarzenberg kurz vor seinem Ende einmal gesagt. Niemand hatte es ihn gelehrt. Er dilettierte in Medizin und animalischem Magnetismus, liebte es, die früh verbrauchten Nerven auf der Anatomie und in Hospitälern zu kitzeln, las gerne seine Klassiker und übte sich beim Forellenfang in abwartender Grausamkeit. Was er sonst wußte, wußte er nur durch Zufall. Der kaustische Zug fiel schon bei dem Jüngling auf; diese scharfe Zunge salzte die Sätze so ein, daß manchem bitter zumute wurde. Dabei blieb er aber immer ein höflicher Fürst, der seinen Hochmut auf eine freundliche Art zur Schau trug. Als Neffe des zögernden Feldmarschalls der Freiheitskriege wurde Schwarzenberg zuerst Offizier, ging dann zur Diplomatie über, mußte aus St. Petersburg verschwinden, weil ihn die Freundschaft mit einem Dekabristenführer unmöglich machte, kompromittierte sich in Lissabon durch seine Sympathien für Dom Miguel, fuhr in besonderer Mission auf acht Tage nach Rio de Janeiro und kam nach London. Hier gewann er die Überzeugung, daß der

Parlamentarismus etwas ganz Ungeeignetes für Österreich war. Bis dahin ein spielerischer Frauenkollektioneur, erlebte er in England die große Liebe seines Lebens. Lady Ellenborough verließ ihren Gemahl, folgte dem Fürsten nach Paris und schenkte ihm eine Tochter. Ein pompöser Scheidungsprozeß machte diese Geschichte weltbekannt. Schwarzenberg blieb ein unverheirateter Freund vieler Frauen, aber doch nur nach außen ein frivoler Freigeist; abends las er jetzt in seinem Thomas a Kempis, entwickelte asketische Züge, schnell ermüdet und etwas gelangweilt von allem. Wissensgier erlosch in ihm; er war etwas und wollte so bleiben. Er wurde nun Gesandter an verschiedenen italienischen Höfen, als Vorgesetzter bequem und lässig, aber in Wichtigem streng, doch nicht erregt, sicher und klug in der Leitung. Grundmusikalisch, ein Bilderkenner, genoß er die italienischen Jahre als eine neue, ihm selbstverständliche Verwöhnung; in Rom erlebte er die geliebte Antike. Aber es ging auch alles bald bei ihm vorbei. Das Revolutionsjahr reißt ihn aus der Schlaffheit und Leere böser Skepsis; er kämpft an der italienischen Front, wird verwundet, kandidiert in seinem böhmischen Heimatsdorf, den Arm in der Binde, für den Reichstag, fällt durch — das kann seine Freude am Parlamentarismus nicht steigern; zwischen Radetzky und dem Kaiserhof funktioniert er als vielbewährter Verbindungsmann; wie nun eine Energie gesucht wird, weiß der kundige Hübner keine bessere; da hatte man ja alles beisammen, was die Gegenrevolution in Österreich brauchte — ein Feudaler mußte es sein, aus einer der ganz großen, wahrhaft österreichischen Familien, ein General und ein Diplomat, ein Kenner der Welt und ein Verächter der Menschen. Schwarzenberg war wach geworden durch die Gefahr und den Kampf, er war ein Waghals und Spieler, dem nur bei höchstem Einsatz wohl war; von Volksrechten verstand er nichts und hielt es nicht für nötig, sich darum zu sorgen; sein Instinkt fühlte aber den Kaiserstaat und dessen Lebensbedürfnisse; er selbst war ja ein Stück von diesem Österreich, und darum erhöhte sich sein persönlicher Stolz, wenn es noch dessen bedurfte. Er ging also seinen Weg voran, lockerer, kühner und freier, als Windischgrätz und viele Malkontente von der Armee es wünschten, etwas visionär, beinahe genialisch, in eisgekühlter Ruhe. „Fürst Schwarzenberg ist ein kalter, nüchterner Verstand mit einem österreichischen Herzen; er ist nicht Teutomane, nicht Russophile; er weiß seinem Willen das Ziel zu stecken und mit Festigkeit demselben zuzugehen", urteilt der württembergische Gesandte Freiherr von Linden[64]). Was Schwarzenberg nie so getan hatte, konnte er nun: arbeiten, vom Morgen bis in die Nacht, vom Willen angespannt und verzehrt, Meister auch in der Verwendung seiner Helfer.

Dies Ministerium Schwarzenberg sah durchaus nach sanfter Gegenrevolution aus — nicht weil Alexander Bach Justizminister wurde: der robuste Streber legte sich instinktiv dahin, wo er die Macht witterte; der Volksmann von gestern glitt, von Überzeugungen unbelastet, von Talent und Ehrgeiz gekitzelt, zum Adel und der Armee. Aber Graf Franz Stadion übernahm das Innenministerium — auch er der Träger eines großen Namens wie Schwarzenberg, von seinem Vater her aber an entschlossene Reformarbeit gewöhnt, in Triest und Galizien glänzend bewährt, loyal und ernst, aufgeschlossen und herzhaft, leider auch er früh erschöpft und körperlichem Zusammenbruch nahe. Wäre Erzherzog Johann noch einmal in Wien zur Macht gelangt — er hätte keinen besseren Innenminister

wählen können; der neue Ackerbauminister, der Hüttenbesitzer und Reichstagsabgeordnete Ritter von Thinnfeld, stammte sogar aus seinem Kreise steierischer Liberaler[65]). Er wurde der parlamentarische Sprechminister in Kremsier. Bruck, der Begründer des Österreichischen Lloyd, war der fähigste Handelsminister, den es geben konnte. Krauß hatte sich so bewährt als Finanzminister, daß er blieb. Nach dem Thronwechsel trat noch als Minister ohne Portefeuille der kroatische Magnat Baron Kulmer ein, der vertraute Freund des Banus Jellačić; er wirkte nun als „Vertreter des slawischen, antimagyarischen und antideutschen Prinzips", wie Graf Bernstorff schreibt. Sein Einfluß war groß. Den Tschechen wurde eine solche Vertrauensstellung, bezeichnend genug, nicht gegönnt; Schwarzenberg, der feudale Böhme, mußte ihnen genügen[66]). Es war alles in allem ein Ministerium, das dazu angetan schien, Kritik und Mißtrauen zu entwaffnen, ein Ministerium, das Wunden heilen und nicht wider den Zeitgeist arbeiten wollte, soweit es sich mit österreichischen Machtbedingungen und Autoritätsverhältnissen vertrug: ein durch und durch österreichisches Ministerium also, austroslawisch seiner Herkunft und seinen Wirkungsmöglichkeiten nach, großösterreichisch, nicht großdeutsch — nicht deutsch interessiert, sondern europäisch angelegt. „Österreich wird sich eher von Deutschland als von Österreich trennen", schrieb Radetzky am 9. November an den Reichstagsabgeordneten Egger[67]).

In Frankfurt konnten Erzherzog Johann und sein Minister Schmerling sich noch nicht darein finden. In der Sitzung des Gesamtreichsministeriums vom 6. Dezember wurde der Entwurf eines Schreibens des österreichischen Ministeriums besprochen, das aber offenbar nicht abgegangen ist[68]). Darin war das Kremsierer Programm begrüßt, insofern es sich zu den Grundsätzen der Wahrung der Volksrechte usw. bekannte; dies seien auch die Grundsätze der vorbereiteten deutschen Reichsverfassung; das verjüngte Deutschland sei aber, hieß es weiter, mit dem verjüngten Österreich verknüpft: „Deutschland hat ein heiliges Recht auf Österreichs deutsche Gebietsteile . . .; eine Trennung kann versucht, aber nicht dauernd durchgeführt werden"; „die künftige Verbindung beider Reiche soll der leitende Grundgedanke sein"; eine besondere Konstituierung Österreichs gäbe das „schmerzliche Bild einer Trennung", ein „rein völkerrechtliches Verhältnis der beiden Staaten genügt nicht". Beinahe rührend ist dieses Zeugnis der tiefen Verlegenheit in Frankfurt; es steht in auffallendem Gegensatz zu dem hochfahrenden Tone des Schreibens vom 18. November, das von Frankfurt an Olmütz ergangen war. Jetzt ließ Schwarzenberg auch Antwort darauf geben, durch den österreichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, Baron Menßhengen: die Maßregeln in Wien seien „zur Bekämpfung der Anarchie und Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, mithin im Interesse der deutschen Freiheit" nötig; das Programm von Kremsier dürfte „ein Eingehen auf die einzelnen Punkte der Zuschrift des Reichsministeriums überflüssig machen und alle Besorgnisse desselben über unsere Politik beseitigen". „Unser Programm soll kein toter Buchstabe bleiben, sondern zu lebendiger Wahrheit werden." Was sollte sich Frankfurt dabei denken? Der verbindliche Schluß über „vertrauensvolle Zusammenarbeit" klang geradezu höhnisch[69]).

Das Reichsministerium Schmerling hatte jetzt seine Existenzberechtigung wirklich verloren. War das „Zusammenarbeit", wenn Österreich nun auch in

Einzelfragen eine Absage nach der anderen nach Frankfurt schickte? Auf Grund der Weisung des Fürsten Schwarzenberg vom 6. Dezember erklärte Menßhengen dem Reichsministerium der Justiz, Österreich müsse die Aufforderung, die in Frankfurt fertiggestellte Wechselordnung in seinen deutschen Ländern als Gesetz bekanntzumachen, ablehnen; als Grund war lediglich angegeben, die gewichtigsten Bedenken stünden dagegen, die sich aus den eigentümlichen Verhältnissen der Monarchie ergäben und auch aus dem konstitutionellen Boden entsprängen[69]).

Hier ist einer der frühesten, sehr charakteristischen Fälle, daß Begriff und Tatsache des Konstitutionalismus für eigenstaatliche und unfreiheitliche Zwecke verwandt werden. Schon vorher hatte Menßhengen in der Flottensache eine ebenso niederschmetternde Erklärung in Schwarzenbergs Auftrage abgegeben: Österreichs Seemacht habe von jeher die deutsche und die nichtdeutsche Küste bewacht, die eigene und die deutsche Schiffahrt geschützt . . .; Österreich glaube also seine Bundespflicht in dieser Beziehung mehr als erfüllt zu haben und lehne deshalb die Zahlung des Matrikularbeitrages für die Flotte von 566138 Gulden und 33 Kreuzern ab[69]).

So also entfernten sich Frankfurt und Österreich voneinander. Am 1. Dezember schrieb die Wiener Zeitung: „Frankfurt will Österreich zertrümmern; die Frankfurter Versammlung hat also eine solche Feindseligkeit gegen Österreich beschlossen, wie sie weder Napoleon noch der Sardenkönig zu sagen wagte; die Frankfurter Reichsversammlung ist sohin gegenwärtig der größte Feind der österreichischen Monarchie, somit auch der größte Feind Wiens.“ Und die Provinzialstände von Krain verlangten gar von der Regierung die Zurückberufung der österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt[70]).

*

Die geringste Schätzung der Toten des Wiener Bürgertums beläuft sich auf zweitausend, die höchste auf fünf- bis sechstausend: so hatten die slawischen Soldaten im deutschen Blut gewütet. Die amtliche Verlustliste des Militärs gibt an Toten und Verwundeten 56 Offiziere, 1142 Soldaten und 70 Pferde an. Es war die größte Hekatombe, die bis dahin während der deutschen Revolution gefallen war. Wochenlang gab es in der Gestorbenenliste der „Wiener Zeitung“ eine namhafte Anzahl von Personen zu lesen, die den Folgen von Schußwunden erlegen waren. Was alles massakriert und in den Linien auf der Stelle niedergemacht worden ist, konnte nie festgestellt werden. Die Insassen von ganzen Häusern, Personen jeden Alters und Geschlechts wurden hingemetzelt, Scheußlichkeiten jeder Art begangen, mit der blutberauschten Mordlust der Soldaten verband sich gemeinste Raubsucht. Der Terror durchzitterte die unglückliche Stadt. Es empfahl sich, schnell loyal zu werden. Alle Waffengattungen waren nun in den Straßen zu sehen, in der Wohnung des württembergischen Gesandten lagen nacheinander 65 Kroaten, 30 Jäger und dreißig Polen — ohne erheblichen Schaden zu tun; die Effekten und das Archiv hatte man natürlich im Keller verborgen. Die Rotmäntel führten sich auch jetzt so auf, daß sie aus der Stadt wegverlegt werden mußten[71]). Nach wenigen Tagen war die Gasbeleuchtung wieder so weit hergestellt, daß das unheimliche Fackel- und Kerzenlicht entbehrt werden konnte. Land- und Wasserstraßen

waren bedeckt mit zurückströmenden Flüchtlingen. Die Handelswelt faßte wieder Vertrauen, bald stiegen die Metalliques auf 80 Prozent. So viel war zerstört an Gebäulichkeiten, daß die Arbeiterschaft mit einem Male genug zu tun hatte; wer noch unbeschäftigt war, bekam vom Magistrat zehn Kreuzer als Unterstützung bewilligt; der Stadtkommandant erreichte wenigstens für die Männer eine Erhöhung auf 15 Kreuzer; für die Frauen blieb es bei dem ersten Satze[72]).

Wien genoß die neue Ruhe, es zeigten sich wieder Equipagen; die Börse empfing das neue Ministerium mit Wohlwollen; zinstragende Effekten wurden schon wieder gern vom Publikum gekauft und so neues Kapital angelegt. Die Deputation des Wiener Gewerbe- und Fabrikstandes verfaßte eine besonders warme Adresse. 150 angesehene Männer, Vertreter der ersten Handelsfirmen, fuhren in einigen fünfzig Wagen nach Schönbrunn, um diese Adresse zu überbringen; sie schloß mit der Bitte „um den ferneren Schutz und das gnädige Wohlwollen des Fürsten". Alles wandte sich von den Demokraten, Großdeutschen und Sozialrevolutionären ab. Die akademischen Legionen in Prag und Graz legten freiwillig ihre Waffen nieder. Es wurde recht still in der Kaiserstadt. Aufreizende Reden an öffentlichen Orten wurden mit standrechtlicher Behandlung bedroht; an einem armen Teufel aus Mähren wurde tatsächlich das Exempel statuiert; auch wer Waffen verborgen hielt, wurde erschossen. Ein Wink des Fürsten Windischgrätz genügte, um jetzt mißliebiggewordene Personen aus dem Gemeinderat zu entfernen. Der Bezirk Mariahilf bereitete ein Mißtrauensvotum gegen den Abgeordneten Füster vor, den populärsten Mann von gestern. Die Innenstadt erklärte, an Stelle Pillersdorfs nun Schwarzenberg wählen zu wollen; Pillersdorf, auch Graf Potocki legten ihre Mandate nieder. Die „Wiener Zeitung" verlangte, daß Abgeordnete, die von ihren Wählern ein Mißtrauensvotum erhielten, zurücktreten sollten! Die Orte Schottenfeld und Breitenfeld sprachen sich gegen ihren Abgeordneten Goldmark aus. Der Stimmungsumschwung war vollkommen.

Eigenhändig übergab der Feldmarschall Fürst Windischgrätz in Schönbrunn den Soldaten an die 250 Tapferkeitsmedaillen. Radetzky und seine Armee richteten an Windischgrätz und seine Armee eine Ehrenadresse. Dieses Schriftstück war auch politisch interessant, weil von dem Zustandekommen der Konstitution die Rede war, welche „die Güte des Kaisers Seinen Völkern verbürgte". Als Abgesandter des Kaisers Nikolaus erschien der russische General Baron Lieven in Wien, um dem Fürsten Windischgrätz die Insignien des Andreasordens in Brillanten, dem Banus Jellačić den Wladimirorden zu überbringen. Als ganz besondere Auszeichnung sandte der Zar dem Feldmarschall den Stern, den er selbst jahrelang getragen hatte, mit den Worten: „Der Marschall kann die offiziellen Insignien doch nicht tagtäglich tragen, bringen Sie ihm hier meinen Orden." Baron Lieven gab dem russischen Kaiser den Bericht: niemand in Österreich verfolge reaktionäre Tendenzen, das Wort des Kaisers, seine Bewilligungen würden heiliggehalten werden, aber es bedürfe der Ordnung, der Gesetzlichkeit; zum Reichstage habe man kein Vertrauen; sehr erwünscht sei aber die vorbereitende und mitwirkende Tätigkeit der Provinzialstände. So stellte sich also der Schwarzenbergische „Konstitutionalismus" für St. Petersburg dar. Hätte Österreich nicht aus eigener Kraft die Wiener Revolution besiegt, dann wäre der

Kaiser Nikolaus auch ohne Aufforderung in Österreich einmarschiert. Graf Bernstorff, der preußische Gesandte, schrieb dies seinem preußischen Ministerium. Die Bereitschaft, einzurücken, hatte der Zar in aller Form erklärt. Es ist wohl gut, dieses Motiv bei der Beurteilung der Windischgrätzschen Aktion mit zu berücksichtigen. So stand Österreich mit Rußland vorzüglich. Gespannt war aber das Verhältnis zu England. Niemand wurde nach dem Thronwechsel zur Notifikation nach London geschickt. Schwarzenberg schrieb: „Der Kaiser hätte das Bedürfnis gehabt, der Königin seinen Regierungsantritt durch einen Prinzen seines Hauses zu notifizieren, habe aber nicht geglaubt, ein Mitglied seiner Familie in die Lage setzen zu sollen, mit dem jetzigen ersten Staatssekretär in Berührung zu kommen“[73]). Das war die Quittung für Palmerstons italienische und ungarische Sympathien. Die reaktionären Mächte Rußland und Österreich stellten sich wieder gegen Westeuropa.

Als der Banus Freiherr von Jellačić einmal im Kärtner Theater erschien, erhob sich das ganze Publikum, um ihn zu begrüßen; das Orchester mußte die Nationalhymne intonieren; als im Burgtheater die Stelle vorkam: „Es lebe die alte gute Zeit“ — erhob sich stürmischer Beifall. Jellačić machte auf die Wiener großen Eindruck; er strahlte und blitzte ja von Kraft und südlichem Temperament, wußte auch geistvoll und packend zu sprechen: in Wien sei er erzogen, er liebe diese Stadt. Der Banus bewohnte das Palais des Erzherzogs Maximilian d'Este in der Vorstadt Landstraße; mit glänzender Gastfreundschaft wurde der volkstümliche Kroate bewirtet und gefeiert; auch solchen Strapazen zeigte er sich herzhaft gewachsen. Die Wienerinnen schwärmten jetzt für kroatische Uniformen; so sehr bewunderte man das Militär, daß der Gemeinderat einstimmig die Ansicht aussprach, die Fortdauer des Belagerungszustandes sei in Wien bis nach Beendigung des ungarischen Krieges zu empfehlen.

Denn diese Aufgabe wartete ja noch auf die Armee, und schon deshalb mußte das neue Ministerium den Fürsten Windischgrätz und den Banus bei guter Laune erhalten; es ließ ihnen mehr Machtvollkommenheit, als es selber für gut hielt. Alle ihre Feinde wurden gegen die Ungarn aufgeboten: den ungarischen Serben bewilligte man die Konstituierung einer eigenen Woiwodschaft mit selbstgewähltem Woiwoden; Slawonien, Kroatien, Dalmatien, das Küstenland, die slowakischen Komitate und Siebenbürgen — sie alle wünschten nun ihre Deputierten nicht mehr nach Pest, sondern nach Wien zu schicken. Die Räte der ungarischen Hofkanzlei wurden aus Wien entfernt; kaiserliche Manifeste an die Ungarn verlangten noch einmal die Unterwerfung. Auch die Ausgabe von eigenem Papiergeld sollte sofort eingestellt werden. Trotzdem fuhr Kossuth mit der Emission seiner Banknoten fort und drohte bei Nichtannahme die Todesstrafe an. Es war mißlich für Österreich, dieses Geld als völlig wertlos zu behandeln, denn Wirtschaft und Verkehr der ineinandergewachsenen Länder ging doch irgendwie weiter. Schon waren in Pest ausländische Erzeugnisse nicht zu erschwingen, und inländische kosteten fast nichts. Viele hielten doch fest an der kaiserlichen Autorität; in Siebenbürgen wurde der Aufstand der Szekler von den kaiserlichen Truppen niedergeschlagen; einzelne Regimenter blieben kaisertreu und kämpften sich durch, so die Schwarzenberg-Ulanen, die von Arad aus teils nach Galizien, teils nach Siebenbürgen durchkamen, mit einem Verlust von 5 Offizieren und mehreren

Mannschaften, so auch das Husarenregiment Großfürst Michael, das über Galizien nach Prag marschierte. Es konnte wohl zutreffen, was ein aus Ungarn zurückkommender Offizier erzählte: die ungarischen Truppenteile kannten die kaiserlichen Proklamationen gar nicht, sie wurden in dem Glauben gehalten, der Kaiser sei in Österreich gefangen und der ungarische Aufstand bezweckte seine Befreiung[74]). Einen schriftlichen und einen mündlichen Versuch Kossuths, mit Windischgrätz in Unterhandlung zu kommen, lehnte der Feldmarschall schroff ab; den Satz des Fürsten, er unterhandele nicht mit Rebellen und Mördern, richtete der Bote freilich nicht aus. Ebenso ergebnislos verlief der Schritt Kossuths beim Gesandten der Vereinigten Staaten in Wien, Styles, dessen Vermittlung er in Anspruch nahm. Styles überschickte zwar das Schreiben Kossuths an Windischgrätz: dieser antwortete aber nicht darauf[75]).

Bedächtig nach seiner Art, bereitete der Feldmarschall den Feldzug gegen Ungarn vor; da man im Winter nicht mit dem Wassertransport rechnen konnte, wurden Kolonnenmagazine eingerichtet — 4000 Wagen mit 16000 Pferden mußten beschafft werden. Mochte auch Graf Stadion feierlich erklären, es gäbe in Österreich keine „militärische Diktatur", die Regierung werde jedoch „den äußeren wie den inneren Feinden eines großen einigen konstitutionellen Österreich" mit aller Kraft und Entschiedenheit entgegentreten; dieser „Konstitutionalismus", der bald in Europa Schule machen sollte, war eine geschickte Verbindung von absolutistisch bestimmter Staatsautorität und parlamentarisch-ständischen Dekorationsstücken. Abseits, nicht nur geographisch abseits, arbeitete der Reichstag in Kremsier an seiner Verfassung für dieses neu-alte Österreich; von der Armee war aber doch die Entscheidung gekommen und weiter zu erwarten. Man dachte an die Errichtung der Stelle eines ständigen Oberbefehlshabers nach dem englischen Vorbild Wellingtons; dafür sollte der Kriegsminister auf das rein Administrative beschränkt werden[76]). Der neue Kriegsminister General Cordon war persönlich unbedeutend und eine Kreatur des Feldmarschalls; man sieht, wie die beiden Schwäger, Windischgrätz in Schönbrunn und Schwarzenberg in Olmütz, in eine Art Wettbewerb um die tatsächliche Macht gerieten. Noch stand auf der Seite von Windischgrätz der Erfolg; der geistig weit Überlegene war aber Schwarzenberg. Es dauerte nicht lange, und diese Überlegenheit setzte Selbstgefühl und Ehrgeiz Windischgrätzens matt.

Der Sieg der Gegenrevolution in Österreich, der Entschluß, gegenüber Volkswünschen und Leidenschaften den Gesamt-Staatsgedanken durchzuführen, fand einen besonders glücklichen und starken Ausdruck im Thronwechsel vom 2. Dezember. Kaiser Ferdinand, schon längst unmöglich, ließ sich nun, zuletzt durchaus widerwillig und mit der Gegenrevolution gar nicht einverstanden, zur Abdankung bewegen; nach einigem Schwanken verzichtete auch sein Bruder Erzherzog Franz Karl; so konnte der eben achtzehn Jahre gewordene und vom Kaiser als volljährig für alle habsburgisch-lothringischen Länder einschließlich Ungarn erklärte Erzherzog Franz den Thron besteigen. Erzherzogin Sophie hatte nun gesiegt, der Traum der älteren Erzherzöge zerging. Der Kaiserstaat Österreich hatte einen jungen Herrscher und sollte selbst wieder jung dabei werden. Die Sätze der Proklamation des neuen Kaisers zeigten die Lage mit vollkommener Klarheit: Zentralismus, Konstitutionalismus, Staatsautorität; man fühlte deutlich

die Wendung gegen Ungarn; dieser neue, noch ungekrönte ungarische König brauchte sich nicht an alle die Zugeständnisse des Revolutionssommers, die seinem Vorgänger abgerungen waren, gebunden zu fühlen; für ihn war Ungarn ein erobertes Land, wenn es erst erobert war; er kannte nur Teile eines großen einheitlichen „Staatskörpers", er kannte nur die eine Monarchie mit dem einen Monarchen; man fühlte aber ebenso gewiß die Absage an das Großdeutschtum, an die Paulskirche, an die „Konstituierung der deutschen Provinzen Österreichs unter dem Hause Meran[77])". Das neue Österreich Kaiser Franz Josefs zerschlug die Frankfurter Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann. Franz hieß des neuen jungen Kaisers Großvater, der letzte römisch-deutsche Kaiser, der erste Kaiser von Österreich; es war klug und geschickt, daß zu dem Namen des vertrockneten Absolutisten der Name des Kaisers gefügt wurde, den die Völker des Kaiserstaates nie vergessen hatten, des edlen Kaisers Joseph. „Franz Josef" war schon ein Programm, das Programm des Sowohl-Als-Auch, der Zusammenzwängung des Disparaten, die Verbindung von Gotteshilfe und Volkswille, also ein sehr österreichisches Programm.

Der fürstliche Jüngling, an den sich nun so viele Hoffnungen knüpften, war unter so viel exzentrischen, arroganten, vertrottelten, intriganten, lebemännischen, militärstolzen Mitgliedern der alten Dynastie eine große Merkwürdigkeit: er hatte etwas völlig Normales. Er hätte der Sohn eines Sektionschefs und einer Fabrikantentochter aus der frommen Provinz sein können — ein braver, korrekter Bursch, gehorsamer Sohn und fleißiger Schüler, schlank und körperlich gewandt, mit unschönen, unregelmäßigen Gesichtszügen, ohne besondere Interessen, ohne Phantasie, amusisch, aber taktvoll, leise, ritterlich, ordentlich, pflichttreu in betrübter Langweile, früh fertig und dann ohne sichtbare Entwicklung, ruhig laufend im Geleise einer nie bestrittenen, einer nie auch nur für bezweifelbar gehaltenen römischen Katholizität, etwas spanisch-gemessen und humorlos, ohne viel Einfälle, unerschüttert und nüchtern: also im ganzen zwar der distinguierte Nachfahre gravitätischer Absolutisten, aber doch eigentlich das Muster eines anständigen Bürgerfürsten, der in Württemberg oder in Sachsen-Altenburg bei einem maßvollen Parlamentarismus sich und die Untertanen leidlich glücklich gemacht hätte. Nun war ihm dieses Österreich anvertraut, der zerrissene, durch die Gewalt eben gerade noch wieder zusammengepreßte Kaiserstaat, das Produkt der Lebensgeschichte einer Dynastie, an dessen Zukunft sogar ein staatsmännisches Genie wahrscheinlich gescheitert wäre. Was sollte dieser wenig interessante Durchschnittsmensch ohne glückhafte Wärme, ohne mitreißende Kraft, ohne eigene Ideen daraus machen?

Zunächst hatte er freilich den unschätzbaren Vorzug der Jugend; nicht als ob er besonders freundlich oder bescheiden gewesen wäre — man merkte vielmehr schnell eine ausgesprochene Neigung, von oben her zu kommandieren. Obgleich militärisch wenig begabt, zeigte er sich von vornherein als hoher Offizier; die Öffentlichkeit bekam zu hören, daß ihn „das frische Reis des Kriegsruhmes, errungen auf den Feldern Italiens, schmücke"; er hatte sich in der Tat bei Radetzky aufgehalten. Es war ja für Österreich eine kriegerische Epoche, alle bürgerlichen Freiheits- und Verfassungskämpfe verblaßten dagegen, die Uniform war das populärste Kleid; zahlreiche Militärbeförderungen waren die erste Tat

des jungen Kaisers. Er hat, so hieß es, die Mühen und Gefahren des Krieges mit der Armee geteilt, in der Armee wird er in den Stürmen der Zeit eine Stütze finden[78]).

Auch der bayrische Gesandte Graf Luxburg bezeugt die Vorliebe des jungen Kaisers für die Armee; er käme vielmehr auf die bayrische als auf die österreichische Seite heraus und sei in der einsilbigen, aber wohlüberlegten Art seiner selbstgewissen Haltung der echte Enkel des Bayernkönigs Maximilian I.[79]), der ja auch Joseph hieß.

Die Olmützer Szene der Abdankung erschütterte alle Teilnehmer. Kaiser Ferdinand schloß seinen Neffen in die Arme, gab ihm seinen väterlichen Segen und behauptete, es sei gern geschehen; alles zerfloß in Tränen; Erzherzogin Sophie triumphierte, sie benahm sich, wie der bayrische Gesandte schreibt, „auch bei diesem Ereignis mit der ihr eigenen Seelenstärke". Jeder war voll ihres Lobes. Kaiser Ferdinand war seit der Mairevolution „konstitutioneller Kaiser" genannt worden; stillschweigend hatte das vorige Ministerium das Gottesgnadentum gestrichen. Nun wurde für Franz Josef wieder der würdigere, alte „kirchlich-historisch-monarchische" Eingang „von Gottes Gnaden" gewählt[80]). Mit Befriedigung stellte Graf Bernstorff, der preußische Gesandte, fest, die Bezeichnung „konstitutionell" sei überflüssig und ungebräuchlich, nur dem Kaiser von Brasilien sei sie bisher beigelegt worden[81]).

Als Franz Josef die Deputation des Mährischen Landtages wenige Tage nach der Thronbesteigung empfing, erwiderte er ihre deutsche und tschechische Begrüßung ebenfalls in beiden Sprachen. Das lag ihm von Anfang an, konventionelle Dinge mit Sicherheit, ja mit Würde in allen Idiomen seiner Staaten auszusprechen. Anfälle von Schüchternheit, das bezeichnendste geistige Entartungssymptom alter Fürstenfamilien, ließen ihn aber oft plötzlich verstummen. Dann erschien er wohl nicht einmal so intelligent, wie er im Grunde war, wenn das auch mehr ein Talent des Aufnehmens, der Einteilung und der geschäftlich-vernünftigen Erledigung war als ein Talent kritischer Erforschung oder gar selbständig-scharf fragender Erfassung großer Zusammenhänge. Die früheren Habsburger Herrscher hatten gern bürgerlich gebiedermeiert; dieser tat nun von Anfang bis zu Ende soldatisch seine Pflicht, etwas ungemütlich und subaltern wie ein Kompagniechef, als Jüngling angeschwärmt, als Greis verehrt, wegen der Mühe, die er sich gab, geachtet, wegen vielfachen Unglückes bemitleidet, gewiß also im gewöhnlichen Sinne populär, um so weniger aber von denen geliebt, die ihn näher kannten. Der Thronwechsel gab dem Kaiserstaate eine große Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeit, die das damalige Preußen zu seinem Schaden entbehrte. Hier wirkte deshalb das Ereignis auch ungünstig. Man merkte, daß Deutschland nun mit einem jungen tatenlustigen Herrscher in Wien zu rechnen habe, und die Kreise um den Prinzen Karl und die Prinzessin Augusta, die die preußische Kaiserkrone wünschten, sahen diese Aussicht verschlechtert; man hätte es lieber gesehen, wenn gerade jetzt der Thronwechsel unterblieben wäre[82]), aber man mußte ihn nun hinnehmen. Die Zukunft hatte in Österreich sich leibhaft auf den Kaiserthron gesetzt.

Die Oktoberrevolution mit ihrem Blutvergießen, den Hinrichtungen, Greueln und Gewalttaten gehörte der Zeit des Vorgängers an. Der junge Kaiser Franz Josef bedeutete die Versöhnung und den Frieden. Der Blick war vorwärts

gerichtet. Wie bald kam aber die schwerste Enttäuschung! Das erste, was Franz Josef der glückwünschenden Deputation des Reichstages sagte, war die Mahnung, ihm recht bald die Konstitution zur Prüfung und Genehmigung zu unterbreiten. Niemand wagte einen Protest; vor der Oktoberkrise hatte der Reichstag doch mit demokratischer Eifersucht sein alleiniges Recht zur Konstituierung beansprucht. Der junge Kaiser hatte es zunächst leicht, für Österreich den Glauben und die Hoffnung darzustellen; was Deutschland von ihm zu erwarten hatte, war schwer zu sagen.

Kaiser Ferdinand aber zog nach dem Hradschin in Prag, pflegte seine Blumen und wurde 82 Jahre alt. Die Tschechen mußten sich mit diesem verabschiedeten Monarchen begnügen. Der junge Kaiser ging nach Wien.

Fünfter Abschnitt

Der preussische Staatsstreich

Es ist mit Meinungen, die man wagt, wie mit Steinen, die man voran im Brette bewegt; sie können geschlagen werden, aber sie haben ein Spiel eingeleitet, das gewonnen wird.

Goethe

Die Geschehnisse in Österreich waren an sich bedeutungsvoll genug; sie bekamen aber ihr volles geschichtliches Ausmaß erst durch die Rückwirkung auf Deutschland, besonders auf Preußen. Die Gegenrevolution in Wien gab den Mut zum preußischen Staatsstreich im November; weil im Oktober in Österreich so viel Blut geflossen war, verlief der Umschwung in Preußen unblutig. Friedrich Wilhelm IV. wäre vielleicht in Frankfurt nie zum Kaiser gewählt worden, wenn nicht die Thronbesteigung Franz Josefs dem Willen zum österreichischen Gesamtstaate den Sieg gesichert hätte. Der österreichische „Konstitutionalismus" endlich lockte zur Nachahmung. Der Volkswille hatte seinen Ausdruck im Reichstage; der Volkswille erhob sich in der Wiener Oktoberrevolution; auch die Krone und die Armee behaupteten, der Volkswille zu sein. Wo war das wirkliche Volk, wo war sein wahrer Wille? Es gab Stimmungskomplexe: diese Stimmungen wechselten; wie schnell das gehen konnte, zeigte die überwiegende Mehrheit des Wiener Bürgertums mit verblüffender Deutlichkeit. Noch war der österreichische Reichstag geduldet; die Stimmen mehrten sich, die meinten, er sei ja gar nicht mehr der Ausdruck des wahren Volkswillens, man sollte ihn nach Hause schicken. Und das Peinliche für den Freiheitsgedanken und die Volksbewegung bestand darin, daß diese Stimmen im Tatsächlichen — recht hatten. Dynastie und Armee hatten in Österreich Erfolg; gerade die breite Masse stellte sich auf die Seite des Erfolges. Der österreichische Reichstag, die preußische Nationalversammlung, das Frankfurter Parlament waren Ergebnisse des Erfolges von — gestern. Nur wenn sie kämpften und siegten, blieben ihnen die Massen treu.

Die österreichische Gegenrevolution bedeutete das Wiedererwachen des großösterreichischen Staatsgedankens gegenüber „Deutschland" und den Appell der alten Mächte an die „wahre" Volksmeinung gegenüber der Märzrevolution und ihren Organen. Der analoge Prozeß bereitet sich in Preußen klar genug schon im Sommer vor. Der 6. August, der Tag der aufgezwungenen Huldigungsparade für den Reichsverweser in Frankfurt, machte die Kraft der Gegensätze vielleicht zuerst deutlich, auch vor der großen Öffentlichkeit. An diesem Tage erschienen etwa tausend Bauern aus dem Teltower Kreis mit den preußischen

schwarz-weißen Fahnen, unter der Führung ihrer Prediger und einiger Gutsbesitzer, und sangen im Chore vor dem Denkmal der Freiheitskriege die Königshymne: „Heil dir im Siegerkranz!" Zwei Stunden später aber sammelten sich an die 12000 Berliner an derselben Stelle, jedoch nur 1000 Mann Bürgerwehr, und bedeckten das Monument mit schwarz-rot-goldnen Fahnen[1]). Der Gegensatz zwischen der Bürgerwehr und der breiten Volksmasse und innerhalb der Bürgerwehr selbst offenbarte sich gerade bei diesem Anlaß. Es entstand wegen der Huldigungsparade geradezu die Gefahr der Spaltung der Bürgerwehr und die Wahrscheinlichkeit blutiger Reibungen. „In meinem Bataillon sind von den Gagernschen (also den Anhängern der Frankfurter Zentralgewalt) die ärgsten Drohungen ausgestoßen worden", schreibt der Major Normann von der Bürgerwehr an das preußische Ministerium des Innern am 4. August[2]). Bei der Bürgerwehrparade am 8. August wurde ein Hoch auf den König, auf die Größe Preußens, und nicht auf den Reichsverweser, ausgebracht. Der preußische Partikularismus gewann in der Tat von Tag zu Tag mehr Boden. Von den Hüten der gediegenen Bürger verschwand die schwarz-rot-goldne Kokarde wieder; der König selbst entfernte das deutsche Abzeichen an seiner Uniformmütze am 17. Juli[3]). Wie weit war man in Sanssouci jetzt schon den Hegemonieansprüchen des 20. März entfernt! Die Frage der Huldigungsparade führte zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten im preußischen Staatsministerium; Graf Bülow, der Unterstaatssekretär im Außenministerium, erklärte dem bayrischen Geschäftsträger, der Befehl sei formell und materiell gleich anstößig — schon formell, weil er ein direkter Befehl des Reichsministeriums an die Landesministerien sei. Mehrere Regimenter sprachen dem Könige die Bitte aus, die dreifarbige Kokarde jetzt wieder abnehmen zu dürfen. Drei Kompanien der Bürgerwehr legten spontan die deutschen Farben ab und steckten die preußischen auf[4]). Einige Militärbehörden, auch die Ingenieurschule, flaggten nur schwarz-weiß.

In Potsdam fand die Huldigungsparade erst am 25. August statt, auf dem Bornstedter Feld, und endigte in einem schönen Volksfest am Schragen, an dem 25000 Menschen teilnahmen. Der König hatte abgelehnt, zu kommen, der Lustgarten war verweigert worden, der Oberst und ein Major der Bürgerwehr hatten deshalb abgedankt, ein zweiter Major war krank geworden — solche Schwierigkeiten hatte diese Angelegenheit gemacht!

Auf einem Berliner Flugblatt dieser Tage waren am Rande die Ruhmesdaten der preußischen Geschichte in Stahlstich zu lesen, seit Kurfürst Friedrich I.; und darunter stand: „Einem österreichischen Fürsten soll die preußische Armee Huldigung leisten? Nein!" „Hurrah für Preußen!" stand am Kopfe[5]).

Die altpreußische Provinz mit ihrem Selbstgefühl und ihrer eigenartigen Tradition regte sich. In Magdeburg trafen sich schon Mitte Juli viele preußische Rittergutsbesitzer und besprachen den Plan, beim Könige direkt wegen der von der preußischen Nationalversammlung geplanten Abschaffung der Fideikommisse vorstellig zu werden[6]). Preußen hatte jetzt 263000 Mann mobilisiert; in Berlin lagen wieder 9000 Mann, in Charlottenburg und Spandau 4000 Mann, in Potsdam 2000 Mann; mit den Garnisonen in Jüterbog, Magdeburg und Frankfurt an der Oder waren Ende Juli rund 30000 Mann disponibel. Es ist bezeichnend, daß der österreichische Gesandte bereits im Juli diese Rechnung aufgestellt, auf Grund

bester Informationen[7]). Brauchte sich Preußen also von der Reichsverweserschaft oder von dem Berliner Republikanertum etwas gefallen zu lassen? Gegenüber dem Frankfurter Parlament war das Ministerium sogar mit der Linken der eigenen Nationalversammlung sehr weit einig. Man wollte sich nicht verletzen, nicht demütigen, nicht „mediatisieren" lassen. Das Schlagwort „Mediatisierung" begann jetzt sehr wichtig genommen zu werden. Österreich und Preußen fühlten sich selbst bedroht; Preußen besonders, bis zum Herbst viel kräftiger als Österreich, machte sich bereit zur Abwehr und begann so, von sich aus, wieder Boden in Deutschland zu gewinnen.

Wir kennen bereits publizistische Äußerungen dieses erwachenden preußischen Selbstgefühls (vgl. oben S. 63). Die Ende Juli anonym erschienene Broschüre „Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee" machte besonders starken Eindruck und erlebte in einiger Zeit mehrere Auflagen. Ihr Verfasser war der auch sonst als Autorität und Sprachrohr des Generalstabskreises wirksame Oberstleutnant im Kriegsministerium von Griesheim. (Vgl. I, 547). Da stand es nun klar und deutlich zu lesen: Die deutsche Einheit ist eine abstrakte Idee; ein einiges Norddeutschland ist zu erstreben, mit Preußen als Kern; Preußen soll Preußen bleiben, Preußen hat ein Recht darauf, mit anderem Maßstabe gemessen zu werden als Liechtenstein; gegen Preußen ist der Angriff der Frankfurter gerichtet, Österreich ist schwach und zudem gedeckt von Erzherzog Johann; der Ruhm des preußischen Offizierkorps ist zweihundert Jahre alt, kein anderes steht ihm voran; die preußische Armee soll nicht durch die Frankfurter Herrn vernichtet und in eine „Reichsarmee" aufgelöst werden; das „Schattenreich" in Frankfurt hat den Mut, Preußen den Todesstoß geben zu wollen, und die Ignoranz, seine Paragraphen für durchführbar zu halten; im Feuer von 1813/15 ist die Organisation des preußischen Heeres als das Schwert von Deutschland geschmiedet worden[8]).

Die „Deutschtuerei", gegen die Griesheim hier so lebhaft schnarrt und klirrt, ist auch in anderer Form von dem wiedererwachenden Preußentum bekämpft worden: es bildete sich im Juni der „Preußenverein für das konstitutionelle Königtum", der nun im Laufe der kommenden Monate eine lebhafte Tätigkeit zur Sammlung aller loyalen Elemente, besonders in der Kleinstadt und auf dem platten Lande, entfaltete. Für die Art seiner Sprache ist z. B. die Eingabe charakteristisch, die er nach dem Zeughaussturme am 8. Juli an das Ministerium des Innern richtete[9]). Einer der Mitbegründer des Preußenvereins war Graf Otto Schlippenbach; ein von ihm unterzeichneter Aufruf vom 10. September zeigt, daß der Verein seine Ziele auch auf dem Wege der Wohltätigkeit zu erreichen suchte: er wolle, heißt es da, zusammen mit edlen Menschen Tränen trocknen und darbende Familien gegen Not und Elend schützen; Dampfküchen sollten angelegt werden zur Lieferung billiger Nahrung. Das klang ganz schön, aber man mußte schon bald merken, daß es auf den politischen Seelenfang ankam: „Gott wird denen verzeihen, die ein großes edles Volk irreleiten . . . Durch Intrigen haben sie es dahin gebracht, daß in derselben Stadt, die vor acht Jahren beim Tode Friedrich Wilhelms III., des ewig unvergeßlichen Vaters seines Volkes, einem Sterbehause glich — jetzt alles Große und Edle auf gottlose Art verhöhnt werden darf"[10]). Die guten Beziehungen des Preußenvereins zu der alten Gesellschaft und den Staats-

behörden brachten ihn schnell in den Ruf, er kümmere sich um jeden Quark und stecke in alles seine Nase, mit der Absicht, zu denunzieren. Gleich zu Anfang seiner Laufbahn ist das dem Preußenverein schon auf den Kopf zugesagt worden. Im „Rückschritt", Organ für freie Organisation, Nr. 9, stand am 1. Juni: „Heil und Segen dem Lande, welches so hochherzige Männer hat wie unser Berlin; es bildet sich soeben ein Verein — Preußenverein — der, von der freisinnigsten Tendenz geleitet, sich als heimlich-öffentliche Polizei deklariert und dessen Zweck das Anpetzen republikanischer Schriften ist[10])." Zum 6. August wurde ein „deutsches Einheitslied" als Straßenplakat verbreitet, das ein empörter Bürger „als ein Produkt jakobinischer Literaten" dem Polizeipräsidenten von Berlin einreichte — ein Bürger, der sich selbst in seiner Unterschrift als „keiner Partei zugehörig" bezeichnet[11]). Dieses Lied war eine Abwandlung des Arndtschen „Was ist des Deutschen Vaterland?" — vom deutschpatriotischen, antipreußischen Standpunkte aus. Oben war das Bild eines Atlas zu sehen, der die Weltkugel trägt; darum stand zu lesen:

„Deutschlands Einheit hergestellt,
Ein neuer Atlas, trägt's die Welt."

Die erste Strophe lautet:

„Was ist des Deutschen Vaterland?
Antwortet einer mit Verstand?
‚Ich bin ein Preuße!' brüllt das Pack,
Und hinterher der Arndtsche Schnack —
Und Schwarz und Rot und Gold,
Vom Preußenteufel wird's geholt."

Und dann ging es weiter gegen den märkischen Sand, gegen die Mauth, gegen die dreißigjährige Schande, gegen der Preußen Trug, gegen den Preußenverein. Der Schluß lautet:

„O Gott im Himmel, sieh darein,
Laß deine Menschen Menschen sein,
Und gib dem Volke neuen Mut
Und färbe das vergoßne Blut:
Gold soll es werden, Schwarz und Rot —
Für deutsche Freiheit oder Tod!"

Am 21. August machte Paul Krüger mit 658 anderen Berliner Bürgern eine Eingabe an das Staatsministerium mit scharf antidemokratischer Zuspitzung. „Man sollte", heißt es da, „unsern Feinden, den Republikanern, die sich vorderhand noch Demokraten zu nennen belieben, weil das etwas mäßiger und honetter klingt, danken für ihre Offenheit, die sich in der Beschimpfung des Prinzen von Preußen zeigt. Der aus Süddeutschland eingewanderte und geduldete demokratische Vereinsausschuß preist die demokratische Republik; die Duldung von seiten der Regierung scheint grundsätzlich zu sein; das gutgesinnte Volk hält sie für ohnmächtig; täglich frißt so das Gift weiter[12])." Es ist lohnend, zu verfolgen, wie die Angst vor dem Terror und der Unordnung der braven Bürger Altpreußens in

diesen Sommermonaten nach rechts abmarschieren ließ. Zu den bezahlten Regierungsspitzeln, die die Behörden mit nur allzu oft übertriebenen Nachrichten versorgten, gesellten sich freiwillige. Ein Kaufmann Benda wandte sich etwa am 1. August an das Staatsministerium mit der Behauptung, es werde am 6. August, dem Huldigungstage, ein „10. August 1792" vorbereitet; „es gilt, Preußen-Deutschland vor Anarchie und preußischem Terrorismus zu retten, vor der Herrschaft der Aula."

Der Minister machte zu dieser Eingabe die kühle Bemerkung: die Befürchtungen des Benda seien unbegründet, er sei durch Zeitungsartikel aufgeregt und geängstet[12]).

In einer Eingabe der verwitweten Geheimen Regierungsrätin Anna Bernauer, Besitzerin des Hauses Behrenstraße 72, Ecke Wilhelmstraße, vom 23. August werden geeignete Maßregeln gegen die andauernden Unruhen und Exzesse verlangt: „Die unbegreifliche und unverzeihliche Schwäche der Behörden begünstigt die Anarchisten-Zustände . . . Sind die hohen Steuern dazu da, um Personen und Eigentum zu schützen, oder um sogenannten Arbeitern, die weit richtiger Faulenzer hießen, das Geld zum Vergeuden und Verprassen zu verabreichen[12])?" — Der Patriotische Verein in Neudamm schrieb am 23. August an das Innenministerium: „Über das fast unaufhörlich stattfindende unruhige Treiben in der Hauptstadt werden die Bewohner der Provinz immer mehr gegen dieselbe aufgeregt, da sie überzeugt sind, daß für das Vaterland nur Heil durch strenge Handhabung der Ordnung entsprießen kann." Daran war die Bitte um energische Ordnung und Verstärkung des Militärs geknüpft. Als das Kriegsministerium im Juni die Berliner Landwehr einberief, dankte ihm der Patriotische Verein ausdrücklich durch eine Adresse[12]). Der militärische Drill saß eben den Altpreußen im Blute. Ein großer Teil der Bevölkerung litt geradezu physisch unter den Nebenerscheinungen der Revolution; sie hatten sich eben früher wohler gefühlt und wollten es wieder so haben. Dieser anerzogene Sinn für Disziplin und Korrektheit wollte von den positiven Erfolgen der Revolution gar nichts hören, hatte auch nicht mehr die Geduld, solche abzuwarten. Diese Kreise fanden eben die Lage unbehaglich, führten auch mit der üblichen Naivität in ökonomischen Dingen die Wirtschaftsnöte auf die Revolution zurück, während das Kausalverhältnis ja genau umgekehrt lag. Das altpreußisch-norddeutsche Philisterium war überwiegend revolutionsmüde; für die Angehörigen des Geld- und Titelpatriziats war schon sowieso alles zu weit gegangen; der Riß ging jetzt durch den Mittelstand. Handwerk und kleiner Ladenbesitz gingen zu den Loyalen und Patrioten über; sie dachten eben, daß die alte Gesellschaft doch kaufkräftiger sei als die „Kommunisten"; geistige Berufe und Nachwuchs hielten sich immer noch links.

Da ja jeder gesunde Preuße Soldat gewesen war — im Gegensatz zum übrigen Deutschland — so wurde Ansehen und Ruhm der Armee überall, besonders in der braven altpreußischen Provinz, als eine Art persönlicher Angelegenheit empfunden. Die Geschehnisse des 18. März wirkten aufreizend, aufregend nach. Hier war ja der schwache Punkt des ruhmreichen preußischen Heeres; hier setzte deshalb mit aller Energie die militärische Legende ein. Am 24. Mai hielt Generalmajor der Landwehr v. Webern im Landwehrkasino folgende Rede: „Kameraden,

wem haben wir denn eigentlich die Revolution zu verdanken? Doch niemand anderem als den französischen und polnischen Emissären und den verdorbenen Literaten, die wert wären, daß sie alle aufgehängt würden; ich weiß wahrlich nicht, wie ich diese Schurken passend bezeichnen soll. (Nach einer Pause der Besinnung.) Mit einem Worte: es sind Scheißkerls." Dieses Wort wiederholte der Redner zweimal und erntete donnernden Beifallssturm[13]). Den Stolz auf die Armee wollte man also in Preußen behalten. Bekam die Demokratie das Heer in die Hand, dann hatte die Reaktion verspielt; hier war der wichtigste Streitpunkt. Im Juni wandte sich ein Aufruf an die „Soldaten der ruhmvollen preußischen Armee". Da hieß es: Manneszucht ist ein notwendiges Erfordernis aller guten Heere; nur solche Heere haben Napoleon geschlagen; die Armee der freien englischen Nation hat weit strengeren Dienst als die preußische, die der freien Amerikaner ebenfalls[13]).

Der altpreußische Militärgeist schuf sich auch Presseorgane; seit Anfang Juli erschien die „Deutsche Wehrzeitung", später mit Recht „Preußische Wehrzeitung" umgetauft; die „Neue Berliner Zeitung", später „Deutsche Reform" genannt, hielt sich etwas mehr nach der Mitte hin und galt für ministeriell. Die „Neue Volkszeitung" gab sich im Titel recht demokratisch, um Leser zu fangen, war aber durchaus konservativ in der Richtung; ihr vier Quartseiten starkes Probeblatt vom 14. Juli, das alle Freitage das Erscheinen des neuen Organs ankündigt, mahnte zum „Zusammenhalten in Lieb' und Treue", erklärte, es gut mit König und Land zu meinen: Gesetz und Ordnung seien nun einmal nötig. Der biedere Ton spekuliert fühlbar auf den kleinen Mann[14]).

Den besonderen Interessen der Provinz wollte der „Provinzialvertreter" dienen, dessen Probeblatt am 1. Juli auch ausdrücklich die Aufnahme von Zusch iften aus der Provinz versprach. Man sieht, wie diese Stimmen in der Hauptstadt gehört werden wollten und sollten[15]). Am bedeutungsvollsten war die Gründung der „Neuen Preußischen Zeitung", die die Devise der Freiheitskriege „Mit Gott für König und Vaterland" und dazu das Eiserne Kreuz auf ihr Titelblatt setzte, wodurch ihr volkstümlicher Name „Kreuzzeitung" entstand. Die bekanntesten Vertreter des altpreußischen Adels hatten das Geld dazu gegeben, auch Kleist-Retzow und Bismarck-Schönhausen. Der russische Gesandte v.Meyendorff war an der Gründung beteiligt und zeichnete zwei Aktien. Er bezeugt, daß die Anhänger der „guten Sache" sich immer beklagten, keine Zeitung nähme ihre Artikel, und daß sie sich um russisches Geld bemühten. „Wenn die Konservativen Intelligenz und Tatkraft besitzen, werde ich um einige Fonds bitten", schreibt er am 18. Juni an den Kanzler Nesselrode nach Petersburg. Mit Vergnügen stellte er fest, daß die Anhänger Rußlands in demselben Maße zunähmen wie die Anarchie[16]). Die Kreuzzeitung verfocht nun, von Hermann Wagener gut geleitet, vom Kreise der Gerlachs mit Material versorgt, mit Energie die altpreußische Tradition aus den „Befreiungskriegen", die ja keine Freiheitskriege gewesen seien; die Freundschaft mit Rußland als außen- und innerpolitisches Prinzip; die Ablehnung aller „Deutschtuerei", also der Frankfurter Ideen und Einrichtungen. Vor allem versuchte sie die antiparlamentarische Stimmung auf dem platten Lande und in der Kleinstadt unter Erweckung des agrarischen Selbstgefühls, unter Betonung der wirtschaftlichen Gefahren der „Anarchie", der roten

Republik, des Jakobinertums und des Kommunismus zu organisieren und zum Angriff auf die Märzerrungenschaften und ihre Folgen auszuwerten. Am 20. Juli brachte sie zum Beispiel einen Brief von 205 Schulzen und Bauern aus Pommern an ihre westpreußischen Berufsgenossen. Ein jüdischer Kaufmann und Buchdruckereibesitzer Behrend zu Cammin hatte in der „Allgemeinen Pommerschen Zeitung" sich im Namen der Pommern an die Westpreußen auf dem Lande gewandt. Dagegen wurde nun Verwahrung eingelegt. „Die Unruhestifter sollen erfahren, daß die pommerschen Ochsen starke Köpfe und spitze Hörner haben, vollständig fähig, Vernunft zu lehren . . . Laßt uns erneut wirken, daß Preußen unbeschadet (!) der konstitutionellen Form wieder in seiner alten Macht und Größe ersteht . . . damit man mit Stolz das Lied singen kann:

‚Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben!'"

Dieser Artikel ist auch als Extraabdruck aus der Kreuzzeitung propagandistisch verbreitet worden[17]). Die Volksbewegung vom März sah sich also in die Defensive gedrängt. Das Rittergut wehrte sich gegen Klubs und bäuerlichen Landhunger. Es bildete sich unter Bülow-Cummerows Führung der „Verein zum Schutze des Eigentums und der Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen", der ganz überwiegend aus Gutsbesitzern bestand und im August in Berlin seine Generalversammlung unter dem Vorsitze Kleist-Retzows hielt, wobei er sich in „Verein zur Wahrung der Interessen des Grundbesitzes" usw. umtaufte. Hier organisiert sich die Bevölkerungsschicht, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu kurz gekommen war; es waren die Herren und Ritter vom Vereinigten Landtage, die nun zeigten, daß sie noch am Leben waren und nicht daran dachten, ihre politische und wirtschaftliche Macht auch nur zum kleinen Teile aufzugeben. Die Bezeichnung „Junkerparlament" für diese Tagung war überaus treffend; der Landadel und seine Mitinteressenten bedienten sich mit großem politischem Geschick der neuen demokratischen Wirkungsmöglichkeiten, der Presse und des Vereins. Es war ja auch „Volk", er hatte auch seine Meinung und wünschte sie zur Geltung zu bringen. Blut und Acker standen auf gegen Tinte und Intelligenz. Diese Generalversammlung einer Wirtschaftsgruppe wirkte politisch in der Tat als konservatives Gegengewicht zur Nationalversammlung[18]).

Es ist irrig, das altpreußische Junkertum nach Otto v. Bismarck beurteilen zu wollen. Dieser Sohn einer bürgerlichen Mutter lebte sich ja mit einem deutlichen Eifer in den junkerlichen Stil der väterlichen Überlieferung ein und übertrieb ihn wohl gerade deshalb, weil er selbst im Grunde davon sehr verschieden war. Das kam dann in der Laufbahn des Diplomaten und Ministers sehr schnell heraus: die geschmeidige, findige Intelligenz, die Ungebundenheit und Verwegenheit des Handelns, das Weltläufige und Eingebungsvolle der ganzen Persönlichkeit; beim alten Bismarck prägte sich wieder das Väterliche mehr durch, aber großartig, ins Fürstliche, Herrscherhafte gesteigert; für seine Kaste war Bismarck immer ein unheimlicher und etwas unsicherer Wildling. Der märkisch-pommersche Landadel hat auf den ost- und westpreußischen, schlesischen, preußisch-sächsischen stilbildend gewirkt, bekam aber seinerseits von diesen so andersartigen Gruppen verhältnismäßig wenig Antrieb; er war und blieb etwas für sich; seine Laufbahn und sein Glanz hatte mit dem Aufstiege der Hohenzollern-Dynastie immer gewonnen — jetzt zum ersten Male in der Geschichte kam durch die Märzrevolution

in Berlin ein schwerer Rückschlag von innen. Napoleon, den gefährlichsten äußeren Feind, hatte man besiegt; unerschüttert war danach und später die Stellung auf dem Rittergute, in der Armee, am Hofe geblieben. Sollte es nun anders werden?

Der altpreußische Adel kannte nur ein preußisches Vaterland, einen preußischen König, einen preußischen Gott. Sein Welt- und Staatsbild hatte stark primitive Züge, aber es war einheitlich-geschlossen, es hatte seine Kraft in sich. Dieses Junkertum war wenig gebildet, es reiste kaum, die Welt außerhalb existierte für es nur in undeutlicher Weise; es liebte die Städte nicht und war besonders mißtrauisch gegen Berlin. Daß Menschen zur Miete wohnten, daß sie keine „selbstgelegten" Eier, keine selbstgewachsenen Äpfel, keine selbstgeschossenen Hasen verzehrten, erschien ihm verächtlich. Die Junker waren echte Landmenschen, liebten ihre Buchen, ihre weidenbestandenen Bäche und Roggenfelder, fanden die Einwohner eines Staates so verschieden wie Pferde- und Hunderassen, sorgten mit kernigem Humor, etwas mitleidig, gnädig und zugleich strenge für ihre Hintersassen, teilten die Arbeit ein wie den Dienst in einer Schwadron und verehrten in dem König, dem Obersten Kriegs- und Lehnsherrn, eine Art Kombination von Gutsbesitzer und Regimentskommandeur. Diese preußischen Junker waren prachtvoll und unausstehlich zugleich, arrogant und gutherzig, je nachdem — arrogant, wenn ihnen das Verständnis für anderes oder Höheres ausging, und gutherzig, wenn man ihnen parierte; sie waren im allgemeinen ruhige, phlegmatische Leute, sie ließen alles an sich herankommen, bis zur Indolenz, und wenn etwas ihnen nicht paßte, klappten sie ihr Visier herunter; sie lehnten ab, was nicht von ihrer Art war; selten, sehr selten wurden sie zornig, dann war es aber ein Naturereignis an blitzender Wildheit. Die Landjunker Altpreußens waren zu vornehm, um zu renommieren, das überließen sie den preußischen Bürokraten, die es besonders in Neupreußen ja reichlich taten; dieser Adel nannte sein Schloß gerne Haus, seinen Park gern Garten; es gefiel ihm im Grunde nur bei sich, und wenn der alte Sitz verkauft war, dann fühlte er sich eigentlich zeitlebens heimatlos und unglücklich. Wehe aber dem Fremden, der es wagte, ihn im Ererbten zu stören! Dann zeigte er, was hinter all der ländlichen Tatenlosigkeit und Teilnahmlosigkeit, ja hinter einer manchmal wunderlichen Verbauerung steckte: ein wacher Instinkt für das politische Kommando. Aus solchem Stoffe waren die Männer gemacht, die im alten Preußen die Kreise verwalteten und die Kompagnien exerzierten, für den preußischen König, für den preußischen Gott. Den preußischen König nahm man, wie er war, einen alten Fritz konnte es nur einmal geben, aber man knetete sich diesen König nötigenfalls schon zurecht, wie man ihn brauchte; der preußische Gott war ein finsteres, norddeutsch reserviertes, trotz der Union altlutherisches Wesen, eine Art unnahbarer oberster Vorgesetzter, der eben auch seinen pünktlichen Dienst verlangte; der rechte Landjunker war selten mystisch vertieft, häufig pietistisch verbohrt, zumeist buchstaben- und dogmengläubig mit dem ihm eigentümlichen Starrsinn, er verlangte aber dafür auch von dem preußischen Gotte entsprechende Förderung, fand jede Abweichung vom Hergebrachten unstandesgemäß, „unanständig", im Grunde gewöhnlich, führte jedoch, ohne Sinn für Kritik und Konsequenz, im übrigen zumeist ein saftiges diesseitiges Leben, geregelt durch den Ehrenkodex des

preußischen Gardeoffiziers, der Engstirnigkeit und Weitherzigkeit auf eine merkwürdige Weise verband. Alles in allem: der altpreußische Landadel war ein soziologischer Sonderfall; man kann ihn lieben oder nicht lieben — fest steht, daß von ihm aus ein metallischer Klang politischen Wollens in das Revolutionsgeschehen drang, der sonderbar scharf und schrill die weiche, dunkle Streichmusik des deutschen liberalen Patriotismus zerschnitt. Wir kennen die Lehre Stahls (vgl. I. S. 276); sein großer Tag begann nun. Die Kreuzzeitungspartei prägte seine Lehre in die Scheidemünze des Tageskampfes um, er selbst beteiligte sich lebhaft dabei: alle lebendige Wirklichkeit hat ihr positives Recht, es bedarf übersubjektiver Sanktion und Bürgschaft, der Staat ist Rechtsstaat und sittliches Gemeinwesen; das Volk ist eine Abstraktion; die Stände sind eine Realität. Und daraus wurden für die Beurteilung des politischen Gegners nun alle Folgen mit verletzender Schärfe gezogen: der Liberalismus ist antireligiös, ist Emanzipation der Menschen von Gott, Auflehnung gegen seine Ordnung und Überhebung gegen seine Gebote; der Liberalismus ist eine Halbheit, das revolutionäre Prinzip endet im Sozialismus; auf die Rechtsgleichheit folgt die Vermögensgleichheit; Staat und Kirche sind gottverordnet, der soziale und wirtschaftliche Aufbau ebenso: erst verfällt der Glaube, dann die Sitte, dann der Wohlstand. — Merkwürdig ist, wie der Industriekapitalismus in der Kreuzzeitung ursprünglich feindselig behandelt wurde, wie aber Wagener dann einen Unterschied machte zwischen heiliger und unsittlicher Industrie. Deutlich und sehr bezeichnend sind aber die Sympathien für das zünftige Handwerk. Im Namen der Gerechtigkeit und wahren Freiheit wird vor allem für die Aufrechterhaltung der Fideikommisse gekämpft; sie werden dargestellt als Grundlage der staatlichen Ordnung und des gesellschaftlichen Aufbaus; das Wesen des Adels sei Erhabenheit der Gesinnung, Mut und Entschlossenheit; er wolle nicht bloß konservieren, sondern sich aufopfern für den Stand und den Staat, „den Rücken gegen den Mist, die Front gegen den Feind[19])".

Dies gute alte loyale Preußen! War es tot oder kam noch einmal sehr lebendig wieder? Wie rührend wußte auch Kaiser Nikolaus seinem preußischen Schwager davon zu schreiben! Wenn das alte preußische Banner die alten Preußen unter sich vereinigen sollte — aber nicht die Deutschen unter der Barrikadenfahne! —, dann wolle sich der russische Adler ihm zur Seite stellen. Der werde auch auf das „gute Deutschland" nachwirken: mit der alten preußischen Fahne werde es der König von Preußen zusammenführen können[20]).

Garde, Fideikommiß und Großpreußentum an der Seite des russischen Absolutismus: es waren nur die Einzelflächen einer vielseitig geschliffenen Totalität.

Das Altpreußentum war also zum Angriff vorgegangen. Das Deutschtum und besonders die Berliner Demokratie mußten sich wehren. Oberstleutnant von Griesheim, der Verfasser jener Broschüre, wurde von dem Volksführer Georg Jung als „der Berliner Cavaignac" mit seiner Arroganz und seinem Gamaschentum scharf abgewiesen; aber wie groß war das Erstaunen und die Erbitterung der Volksfreunde, als das Innenministerium zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung nun das Institut der „Konstabler" ins Leben rief — mehr als 1600 Wachleute, nach der sophistischen Angabe des Ministers Kühlwetter nur die bisherigen Polizeikräfte in neuer Kleidung, tatsächlich aber doch eine neue Organisation

mit neuem Budget, bei der außer alten Polizeihelfern nun mancher „verarmte Handwerker, hilfsbedürftige Bürger und dienstlose Handlungsdiener“ unterkam[21]). Im ganzen bedurfte die Großstadt Berlin gewiß dringend einer Neuordnung ihres Polizeiwesens; es wäre aber gut gewesen, wenn jeder Verdacht erneuter obrigkeitlicher Bevormundung vermieden worden wäre. Die Rigorosität und das subalterne Betätigungsbedürfnis der Konstabler beschwor den alten Polizeistaat wieder herauf. Eine gesetzliche Grundlage wurde mit Recht vermißt, und auch zur nachträglichen Vorlage eines Gesetzes, die Rodbertus und Berg in der Nationalversammlung forderten, ist es nicht gekommen[22]). Die Bürgerwehr wählte bei ihrer Kommandantenwahl wieder Rimpler; Held hatte nunmehr 2000 Stimmen bekommen, blieb aber in der Minderheit wohl auch deshalb, weil er erklärte, den Eid nicht leisten zu wollen, da er nicht an Gott glaube. Dieser Ausgang war ein Symptom dafür, daß die Bürgerwehr sich auch mehr und mehr zu einem Organ der Behörden gegenüber der Volksbewegung entwickelte; schon erfuhr sie Angriffe, weil sie sich zu einem Polizeiinstitut herabwürdige.

Die traurigen gewerblichen Verhältnisse zogen viele Familienväter von der Betätigung als Bürgerwehrleute ab und zwangen sie, an ihre eigenen Interessen zu denken. Diese Ärmeren waren meist die mehr links Stehenden. Unter ähnlichen Schwierigkeiten litt auch das Vereinswesen. Der Weinhändler Fähndrich hatte im Demokratischen Verein in Berlin monatelang den Haupteinfluß ausgeübt; in einer Druckerei, die er übernahm, ließ er den „Demokrat“ herstellen, er mußte aber das Blatt eingehen lassen und die Druckerei mit einem Verlust von 300 Taler aufgeben. Auch Uneinigkeit trat in den demokratischen Kreisen hervor. Die schlesischen Vereine lehnten es ab, sich dem von dem demokratischen Kongreß in Frankfurt eingesetzten demokratischen Zentralausschuß anzuschließen; sie betrachteten Schlesien als selbständiges Terrain und wollten es selbständig bearbeiten; am 15. Juli fand in Breslau ein eigener Kongreß statt, bei dem jedoch die demokratische Republik von der Mehrheit verworfen wurde[23]). Der Berliner Demokratische Verein hatte es schon schwer, ein Lokal zu finden; die Wirte der besseren Restaurants wollten ihn nicht haben, und so mußte er sich mit dem Vergnügungslokal „Eldorado“, im Voigtlande, der Proletariergegend im Norden, begnügen. Der eigentliche Bürgerstand zog sich aus dem Demokratischen Verein und aus dem Demokratischen Klub — beide bestanden nebeneinander (vgl. S. 274) — mehr und mehr zurück. In den Bezirksvereinen erhielt sich noch eine größere Gemeinsamkeit, weil sie auch sozialen Charakter hatte und für die heruntergekommenen kleinen Handwerker Vorschußkassen einrichteten; auch Krankenkassen wurden ins Leben gerufen. Die Komitees der verschiedenen Klubs traten wohl miteinander in Verbindung, aber dabei entwickelten sich oft Eifersüchteleien, so daß es statt zu einer Zusammenarbeit zum Verbrauch der Kräfte durch persönliche Zwiste und Meinungsverschiedenheiten kam. Es bestanden noch: der Republikanische Klub, unter Leitung seines Stifters und Hauptgeldgebers Dr. Oppenheim, der Volksklub, wo Streckfuß und Dr. Löwinsohn den Ton angaben, der Klub für Volksrecht, der Frauenklub, der Reformklub und der Volksverein. Die Berliner Katholiken bildeten den „Piusverein für religiöse Freiheit“. Man darf also sagen, daß sich alle auf dem Boden der Märzrevolution stehenden Kreise in demselben Maße zersplitterten, wie die Gegner

der Märzrevolution an Einheit und organisatorischer Schlagkraft zunahmen[24]). Die Eröffnung des Konstitutionellen Klubs am 22. Juli war der Versuch, alle Gegner der Republik zusammenzufassen; er wurde das Aufnahmegefäß für diejenigen, die sich unter Berufung auf Besitz und Bildung von der eigentlichen Volksbewegung zurückziehen wollten, und unterstützte im letzten Erfolg die Bestrebungen der neuen Konservativen Partei. Man sieht deutlich, wie sich unter dem Stichwort „Konstitutionalismus" ein Aufbau von Loyalismus und preußischem Patriotismus vollzieht, der in der Wirtschaft agrarisch und zünftlerisch empfand, verfassungsrechtlich aber im Namen des monarchischen Prinzips die Volkssouveränität fallen ließ. Am 22. Juli und den folgenden Tagen hielt der Konstitutionelle Klub eine Versammlung ab, bei der 99 Vereine aus allen preußischen Provinzen, auch aus Bayern und Thüringen, vertreten waren. Eine Gesamtorganisation zur Bekämpfung von Reaktion und Anarchie wurde beschlossen.

Das Gegenstück dazu war die erfolgreiche Weiterentwicklung der von Stephan Born geleiteten Standesorganisation der Arbeiterschaft. So wie das Bürgertum sich auf seine Überlieferungen und sein an die bestehende Staatsautorität gebundenes Interesse besann, so setzte sich in dem „Proletariat" vor allem der Wunsch durch nach Sicherung der Wirtschaftsexistenz, abseits von allen besonderen politischen Kampfidealen. Auf dem Berliner Kongreß der Handwerker- und Arbeitervereine (18. und 19. Juni), der sich hauptsächlich mit Bildungsfragen befaßte, entstand der Gedanke, einen allgemeinen selbständigen Arbeiterkongreß abzuhalten. Die Einladung erging im „Volk" am 17. Juni: „Eine soziale Volkscharte Deutschlands" sollte das Ziel sein, durch die alle Ausgebeuteten und Unterdrückten sich in fester Verbrüderung zusammenzuschließen hätten[25]). Der Kongreß trat am 23. August in Berlin zusammen und tagte bis zum 3. September. Drei Arbeiterkomitees (die von Berlin, Hamburg und Leipzig) und 31 Arbeitervereine waren durch 40 Teilnehmer vertreten. Aus Süddeutschland hatten nur Frankfurt und München Repräsentanten geschickt.

Überblickt man die Arbeit dieses ersten deutschen „sozialen Parlaments", so fällt besonders auf, wie sich die Mehrheit dieser Männer auf einen sozusagen gewerkschaftlich-nationalen Standpunkt stellte und deshalb gleich zu Anfang die kommunistischen Anregungen Weitlings ablehnte. Born und seine Freunde wollten vor allem organisieren. So baut der erste Teil der Beschlüsse des Arbeiterkongresses ein vollständiges Statut für die Arbeiterorganisation auf, vom Lokalkomitee zum Bezirkskomitee, vom Bezirkskomitee zum Zentralkomitee, mit allen notwendigen Bestimmungen über Bezirks- und Generalversammlungen, über Mitgliedschaft und Vereinsämter. Für 27 Städte werden bereits Bezirkskomitees als bestehend angegeben. Der zweite Teil der Beschlüsse handelt von der „Selbsthilfe der Arbeiter" und entwickelt den sehr bemerkenswerten Gedanken, mit dem Lokalkomitee Arbeits- und Arbeiternachweisbüros zu verbinden; Lohnfestsetzung, Arbeitsvermittlung sollten dadurch kontrolliert werden. Aus den Beiträgen der Arbeiter sollte eine Assoziationskasse geschaffen werden, mit allen Funktionen einer Kreditbank zu Darlehnszwecken, in erster Linie natürlich für Arbeiter. Erst der dritte, verhältnismäßig dürftig ausgefallene Teil handelt von der „Hilfe des Staates". Hier finden sich wohlbekannte Forderungen wieder, aktives und

passives Wahlrecht für alle Staatsbürger (aber nur die männlichen!) von 21 Jahren ab, keine Beschränkung des Niederlassungsrechtes, keinerlei Steuerbefreiungen, progressive Einkommensteuer, Aufhebung der Inlandzölle, Beseitigung der Schleuderkonkurrenz, der Zuchthausarbeit, Aufhebung der Majorate, Aufteilung großer Güter, freie Erlangung des Meisterrechtes durch öffentliche Prüfung, Mitwirkung der Arbeiter bei der Wahl der Werkführer, zehnstündige Arbeitszeit, Beseitigung aller Ausnahmegesetze über das Paßwesen, einjährige Militärdienstzeit für alle, allgemeine Durchführung der Volksbewaffnung. Nichts also von Sozialismus irgendeiner Färbung, keinerlei Republikanertum, keinerlei revolutionäre Stimmung! Vielmehr nüchterne Angleichung und Einordnung in die bestehenden Staats- und Wirtschaftsverhältnisse. Der letzte Teil über Volksbildung ist wieder ausführlicher; Trennung von Kirche und Schule, weltliche Volksschule, Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht, unentgeltlicher Volksschulunterricht, freie Lehrmittel für Unbemittelte, Lehrerwahl durch die Gemeinden, Befreiung der Kinder unter 14 Jahren von jeder gewerblichen Tätigkeit, Zwangsfortbildung der Lehrlinge, Gewährung technischer Weiterbildung für Gesellen, Gehilfen und Arbeiter durch Staatsinstitute, Volksbibliotheken, Kunstanstalten.

Auf einer großen Volksversammlung vor dem Schönhauser Tor, die von Tausenden besucht war, sprachen die führenden Männer des Arbeiterkongresses, also Born, Bisky und Wachsmuth aus Chemnitz, über ihre Ziele: Zusammenschluß als soziologische Gruppe, als arbeitender Stand, „Assoziation“ — das sei der gebotene Weg, der Weg der „gesetzlichen Revolution“; jeder Arbeiter müsse demokratisch denken, die Regierung müsse volkstümlich sein. Dies kam also noch nachträglich hinterher; die Organisation der Arbeit galt als die Hauptsache, die maßgebendsten Leute der Arbeiterschaft gingen jetzt ihren eigenen Weg, abseits von der bürgerlichen Revolutionsbewegung. Rechts und links setzte sich das dynamische Moment des ständischen Selbstbewußtseins durch. Was sollte da aus der „Demokratie“ werden?

So zerbarst also der Boden, auf dem die preußische Nationalversammlung, das Geschöpf der Märzrevolution, stand, auf dem sie ihre Verfassung aufbauen wollte. Die Frage war, ob die Revolution weitergehen und noch einmal alle Volkskräfte zusammenfassen konnte.

Da forderte das neuerwachte militärische Selbstgefühl die neue Staatsgesinnung wiederum auf das schärfste heraus. Am 31. Juli kam es in Schweidnitz zu blutigen Szenen. Der Kommandant der dortigen Bürgerwehr wollte seine Leute zum Exerzieren durch Trommelschlag zusammenrufen. Der Militärkommandant erlaubte zuerst, daß Appell geschlagen werde, verbot aber unmittelbar vor der Übung den Gebrauch der Trommel. Schon vorher hatte dieser Generalmajor Rolas du Rosey die Bürger durch allerlei Schikanen gereizt. Nun sollte ihm eine Katzenmusik gebracht werden. Die Bürgerwehr wurde dagegen aufgeboten, aber schon ehe sie ankam, hatte eine Militärkompagnie auf Befehl des Kommandanten den Platz vor dem Hause des Generals gesäubert. Damit wäre an sich der Fall erledigt gewesen. Eine große Menschenansammlung hatte stattgefunden, es wurde Sturm geläutet, da erschien eine zweite Militärkompagnie; ihr Führer glaubte an einen Aufstand, sie marschierte mit geladenem Gewehr auf den Platz und begann nun die inzwischen erschienene, sich ganz abseits von der Kom-

mandantur allmählich sammelnde Bürgerwehr zu beschießen. Es fielen 102 Schüsse, 14 Bürger wurden getötet, viele verwundet. Später wurde von militärischer Seite behauptet, die Truppe sei durch Steinwürfe gereizt gewesen, aus der Menge habe man geschossen, es sei gar kein Befehl zum Schießen gegeben worden, ein Gewehr sei zufällig losgegangen, habe einen Soldaten verletzt, die anderen hätten geglaubt, angegriffen zu sein, und hätten nun gefeuert. Das alles in Gegenwart der Offiziere und Unteroffiziere! Jedenfalls war ohne vorherige Warnung geschossen worden, und so war dies Vorgehen, mochte der Hergang im einzelnen sein wie er wollte, auf alle Fälle ungesetzlich[26]). Die Aufregung in Schlesien war groß, ein neuer, schlimmerer Ausbruch schien sich vorzubereiten. Der traurige Vorfall wirkte bis in die kleinen Einzelzüge hinein wie ein provinziales Gegenstück zum Berliner 18. März, fast ein halbes Jahr hinterher!

Aus Schweidnitz kam eine Reihe von Petitionen an die Nationalversammlung, diese konnte also einer Behandlung der Angelegenheit gar nicht ausweichen und war durchaus im Rechte dabei. Nun aber entstand aus dem Zwischenfall die ernsteste Prinzipienfrage. Die Petitionskommission war gespalten; die Mehrheit wollte Verlegung der kompromittierten Truppenteile aus Schweidnitz, die Minderheit wünschte erst Untersuchung des Hergangs an Ort und Stelle durch eine Kommission der Nationalversammlung selbst. Die Linke fand beides ungenügend. Der Abgeordnete Stein benutzte den Anlaß zu einem Angriff großen Stils. Die Ursachen dieses Ereignisses, sagte er, liegen tiefer; deshalb muß auch die Abhilfe allgemeiner Natur sein. „Ich sage, das Vertrauen wird nicht eher zurückkehren, als bis wir sowohl im Zivil wie im Militär solche Beamte haben, die von dem Geiste des neuen Staates, von den Ideen der neuen Zeit tief durchdrungen sind und mit uns dahin arbeiten, daß diese Ideen auch in der Tat verwirklicht werden."

Am 15. Juli hatte der Minister des Innern einen Erlaß an seine Beamten gerichtet, in dem er diejenigen Beamten mit Entfernung aus dem Amte bedrohte, die dem neuen Regierungssystem ihre Anerkennung versagten oder ihm geflissentlich zuwiderhandelten. Stein beantragte nun einen ähnlichen Erlaß für die Offiziere; der Kriegsminister solle die Offiziere ermahnen, „allen reaktionären Bestrebungen fern" zu bleiben und Konflikte jeder Art mit dem Zivil zu vermeiden; sie sollten vielmehr „durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit ihnen zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen".

Vergebens versuchte das Ministerium die Aufregung in der Nationalversammlung zu beschwichtigen. Der Militärkommandant wurde zur Disposition gestellt, der Kriegsminister v. Schreckenstein stellte die Entfernung des Bataillons von Schweidnitz in Aussicht. Die Linke wollte aber von dem Einzelfall aus aufs Ganze gehen. Der Geist der Offiziere, ja der ganzen Armee ist freiheitsfeindlich, erklärte sie. Waldeck verlangte Aufhebung der Militärgerichte und eine sofortige Neuorganisation der Armee. Der Abgeordnete Schulz-Wanzleben beantragte zu dem Steinschen Antrage den Zusatz, es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Überzeugungen der Inhalt des von Stein gewünschten Erlasses nicht vereinbar sei, „zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten". Sogar dieser gewiß weitgehende Antrag wurde von der Nationalversammlung angenommen,

freilich nur mit einer Stimme Mehrheit, während die Anträge der Kommission und der Steinsche Antrag eine große Mehrheit fanden.

Potsdam knirschte vor Zorn, die Aufregung in der Öffentlichkeit war ungeheuer. Sicher hatte die Linke den Bogen scharf, zu scharf gespannt. Das Ministerium, schreibt der bayrische Gesandte, scheint entschlossen zu sein, von dieser Aufforderung keinen Gebrauch zu machen[27]). Tatsächlich befand sich das Ministerium Auerswald-Hansemann infolge dieser Beschlüsse in der schwersten Verlegenheit. Es wollte ein Ministerium „der Tat" sein; es versuchte ehrlich, die Exekutive zu stärken; es wurde dennoch von der Rechten schwer mitgenommen; abscheulich waren besonders die Angriffe auf Hansemann[28]). Die konservative Opposition verdächtigte ihn, mit der äußersten Linken gegen das monarchische Prinzip und die bestehende Wirtschaftsordnung zu konspirieren; Hansemann plante freilich die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und der bäuerlichen Lasten, er war es aber gerade gewesen, der gegen Stein und Schulz offen hatte reden wollen, was der schwache Auerswald verhinderte[29]). Man behauptete auch, Hansemann habe seinem Freunde Beckerath in Frankfurt die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, um die provisorische Zentralgewalt als Gegengewicht gegen das preußische Königtum in Gang zu bringen[30]). Hansemann war eben eine an Intelligenz und Arbeitskraft so überlegene Persönlichkeit, daß Freund und Feind glaubten, er habe überall seine Hand mit im Spiele.

Ein neuer Straßenskandal verschlechterte die Lage noch wesentlich. In Charlottenburg wurden demokratische Klubbisten, die sich zusammenschließen wollten, meist Handwerksgesellen, von reaktionär Gesinnten auseinandergesprengt und schwer mißhandelt; es war eigentlich der erste Fall, daß sich dem angeblichen roten Terror ein weißer Terror entgegenstellte. Weder Polizei noch Bürgerwehr ließ sich sehen, als an die zweihundert fanatisierte Burschen die friedlich Versammelten im Weißbier-Gartenlokale „Jägerhäuschen" überfielen und massakrierten; auch die Brüder Bauer wurden dabei verletzt. In Charlottenburg hatte es die Reaktion ob des altererbten Gegensatzes zu Berlin besonders leicht. Nun revoltierte aber wieder die Berliner Straße. Von den Treppen des Opernhauses wurde „Rache, Rache!" gerufen; auch von Plünderung der Reichen soll dabei die Rede gewesen sein. Das Pflaster wurde in der Behrenstraße schon aufgerissen, man befürchtete Barrikaden. Die Menge zog zuerst nach dem Palais des Ministers des Innern, dann nach dem des Ministerpräsidenten v. Auerswald. Fenster wurden eingeworfen, Gaslaternen zertrümmert. Dowiat und Bakunin galten als Hauptanstifter. Der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff, der mit vielen anderen Diplomaten und Berliner Spitzen zu einer Assemblée bei Auerswald zu Gaste war, gibt folgende Schilderung: „Die Gesellschaft, worunter auch ich mich befand, war genötigt, da die aus dem Fenster ihr zukommenden Erfrischungen anfingen, den Aufenthalt nicht mehr komfortabel zu machen, das Weite zu suchen und sich aus dem Kreise der Projektile zurückzuziehen"[31]). Die neue Einrichtung der Konstabler hatte also durchaus nicht solche peinlichen Ereignisse verhindern können, sie waren verhöhnt und angegriffen worden, sie hatten gereizt statt zu beruhigen. Die Bürgerwehr hatte sich wiederum nicht übereilt, auf dem Kampfplatze zu erscheinen; das Unglück wollte, daß ihre Offiziere sich gerade zu einem Fest vor der Stadt vereinigt hatten; so war die Truppe nicht schnell aktionsfähig.

Der Ministerpräsident kündigte unter dem Eindruck dieses Tages in der Nationalversammlung ein Tumult- und Versammlungsgesetz an. Der Entwurf kam in den ordentlichen Geschäftsgang; mit Unrecht wurde der Nationalversammlung vorgeworfen, daß sie ihn verschleppte. Aber es war doch eine Art Antwort auf die überall sich mehrenden gegenrevolutionären Symptome, wenn gerade in diesen Tagen das Parlament das Gesetz über die persönliche Freiheit (Habeaskorpusakte) durch einstimmigen Beschluß verabschiedete (28. August). Nun begann auch die Beratung des schon lange nötigen Bürgerwehrgesetzes. Gerade die letzten Ereignisse hatten eigentlich Ministerium und Nationalversammlung wieder näher zueinandergebracht; beide hatten Gegner auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken. Das Ministerium aber wußte die Lage nicht zu benutzen; es erschöpfte seine Kräfte in überlangen Sitzungen, Auerswald hatte keinen Überblick und keine Schärfe, schon regte sich bei ihm die Eifersucht auf den überlegenen Hansemann, Kühlwetter war ein kluger Bürokrat ohne politisches Fingerspitzengefühl, Gierke zeigte Ehrgeiz über sein Ressort hinaus. Da in der Frage des Erlasses an die Offiziere gar nichts geschah, beschloß die Linke, das Ministerium zu interpellieren. Da kam als Antwort am 4. September ein Schreiben des Staatsministeriums: Der Kriegsminister werde weiter gegen jedes Bestreben, die konstitutionelle Freiheit zu stören, sei es von reaktionärer, sei es von republikanischer Seite, vorgehen, ein allgemeiner Erlaß sei aber dem Geiste und Wesen einer Armee nicht entsprechend, er sei deshalb nicht zweckmäßig; dem Kriegsminister seien die Mittel zu dem von der Nationalversammlung gewünschten Zwecke zu überlassen.

Das war nun eine Lösung, die keine Lösung war; es lag ein Beschluß der Volksvertretung vor, man konnte ihn weder umgehen noch ungeschehen machen. Gewiß hätte das Ministerium eine Form finden können, sich an die Armee zu wenden, die nicht unmilitärisch gewesen wäre und dem Willen der Nationalversammlung doch einigermaßen genügt hätte. Aber das Offizierkorps wünschte eben einen solchen Erlaß durchaus nicht, in keiner Form; der Dünkel der alten preußischen Sonderklasse wehrte sich erbittert gegen moderne Staatsgesinnung; Hof und Feudaladel standen hetzend dahinter, der Kampf ging aufs letzte. Neue Reibungen zwischen Militär und Zivil waren inzwischen vorgekommen; nur in Preußen schien das in dieser Art möglich. Stein, der Antragsteller, hielt am 4. September eine neue große Rede gegen den reaktionären Geist in der Armee, gegen die Bevorzugung der Offiziere in der alten Zeit, gegen die Erziehung in den Kadettenhäusern, gegen den Geist der Absonderung. Er erinnerte an 1813/14: damals habe eine Einigkeit von Heer und Volk bestanden, durch welche Preußen unüberwindlich war, und er schloß: „Die Ehre und Würde unserer Versammlung verlangt es, daß dieser Beschluß zur Ausführung gebracht wird."

Damit war der Ehrenpunkt berührt; die Versammlung hatte recht und wollte nicht nachgeben. Ob es klug war, die Dinge so auf die Spitze zu treiben, ist eine andere Frage; auch in der Sache sprechen freilich Vernunft und modernes Staatsgefühl für den Standpunkt der Versammlung. Stein war durchaus kein Antimilitarist; er wollte weder die Armee entehren, noch ein Inquisitionsgericht über die Offiziere einsetzen; der böse Wille der Gegenseite stellte es freilich so dar. Noch jetzt hätte der Rücktritt des Kriegsministers und ein kluger, patriotischer,

auf das Grundsätzliche beschränkter Erlaß das Ministerium retten können. Aber es wagte solche Schritte gegenüber der aufkommenden Reaktion nicht. Merkwürdig war, daß das Ministerium in der Sache selbst der Mehrheit der Nationalversammlung durchaus recht gab, daß es behauptete, es sei ja alles schon geschehen, was zu verlangen sei — nur in der Form wollte auch das Ministerium nicht nachgeben. Es rächte sich, daß es nicht sogleich Farbe bekannt hatte. Das Ministerium beklagte sich nun, daß die Versammlung in die „Exekutive" eingreifen wolle — die Versammlung hatte jedenfalls das Recht, zu der Art der Ausführung ihrer Beschlüsse Stellung zu nehmen und dementsprechend dem Ministerium Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen.

Unruh kennzeichnete die Lage mit den überaus treffenden Worten: „Wir stehen in diesem Augenblick zwischen einer Konterrevolution und einer zweiten Revolution", und er stellte den Antrag, dem Ministerium das Mißtrauen zu votieren, wenn es den Erlaß nicht an die Armee ergehen lassen wollte — „in Erwägung, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung, keinen Gewissenszwang, sondern nur die im konstitutionellen Staat notwendige Übereinstimmung zwischen Volk und Heer herbeizuführen, sowie reaktionäre Bestrebungen . . . zu vermeiden bezwecken." Sogar die Rechte stellte sich neben die von Unruh vertretene Gruppe der Mitte. Ihr Mitglied, der Abgeordnete Tamnau, beantragte eine Erklärung, durch die ein Erlaß an die Offiziere als Warnung vor reaktionären und republikanischen Bestrebungen als notwendig bezeichnet war „im Interesse des staatsbürgerlichen Friedens und zur Förderung des neuen konstitutionellen Staatssystems". In der Begründung war gesagt: „Sie (die Nationalversammlung) beabsichtigt nicht, die Offiziere der Armee zur Darlegung ihrer politischen Gesinnung zu nötigen oder dem Kriegsminister den Wortlaut des Erlasses vorzuschreiben." Zur allgemeinen Überraschung erklärte nun der Kriegsminister, auch im Namen der anderen Minister, sich dem Tamnauschen Amendement anschließen zu wollen. Gerade das erhöhte nun die Leidenschaft und den Eigensinn der Linken: sie verlangte ungestüm die genaue Durchführung der Beschlüsse vom 9. August. Das Ministerium hätte die Lage wohl noch retten können, wenn es den Unruhschen Antrag annahm, der ja sachlich kaum weiter ging; schwierig war seine Stellung auf alle Fälle — es hatte die Angelegenheit verzögert und war dann umgefallen; Lässigkeit, Hartnäckigkeit und Schwäche zugleich zerstörten seine Autorität. In einer mehr als fünfstündigen Sitzung hatten sich nun die Geister der Nationalversammlung erregt und ermüdet. Sowohl der Antrag Unruhs wie der Tamnaus fielen; Steins Antrag, die Aufrechterhaltung der Beschlüsse, wurde mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen. Die Linke hatte gesiegt; dank ihrer Energie und rednerischen Überlegenheit, dank auch der schlechten Taktik des Ministeriums hatten sich beide Gruppen der Mitte ihr angeschlossen. Man hatte das Souveränitätsgefühl der Versammlung angezweifelt und gereizt; das war nun die Antwort. Im Triumph wurde Stein durch die Straßen getragen[32]). War es nun so weit, daß aus der Konstituante ein Konvent wurde?

Das Ministerium nahm seine Entlassung, und zwar mit der Begründung, es habe nicht zugeben können, daß die Nationalversammlung die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln beanspruche; ohne dieses Prinzip könne die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen. So spielten sich also die Mitglieder dieses

Kabinetts als Hüter der Monarchie auf, nachdem sie sich selbst eben noch zu dem Erlasse grundsätzlich bereit erklärt hatten, der durch sie wochenlang verschleppt war. Es war ihnen um einen guten Abgang zu tun, aber der Abgang war beinahe noch schlechter als die Rolle, die sie gespielt hatten. Der einzige, der noch eine Wendung hätte herbeiführen können, war Hansemann; das Unglück wollte, daß er in den kritischen Tagen körperlich leidend war und deshalb nicht die volle Schlagkraft besaß. Auch merkte er wohl, um in seiner Sprache zu reden, die kommende Baisse der Demokratie, die kommende Hausse der Autokratie. Gegen den borussischen Agrarmilitarismus anzukämpfen, hätte ihn, an sich, gelockt; die Bundesgenossenschaft der entschiedenen Linken war ihm weniger angenehm, und ohne die wäre es nicht gegangen. Um sich auf die Mißerfolgsseite zu legen, witterte er zu gut. Er kam von der großen Wirtschaft und kehrte wieder zur großen Wirtschaft zurück; da er nicht den preußischen Verfassungs- und Volksstaat schaffen konnte, wurde er Chef der Staatsbank und gründete später die Disconto-gesellschaft.

Der König berief nun Hansemanns alten Freund, Fachkollegen und Kampfgenossen Beckerath, den Frankfurter Reichsfinanzminister, nach Berlin. Hansemann hatte die preußischen Dinge nur mit preußischen Mitteln bewältigen wollen, für ihn kam im Sommer 1848 zuerst Preußen, dann Deutschland. Sprach er doch von den deutschen Extravaganzen in Frankfurt! Seine Drohung an das dortige Reichsministerium, er werde die Kosten des schleswigschen Feldzuges an den preußischen Bundesmatrikularbeiträgen in Abzug bringen, das heißt, so lange keine Matrikulareinzahlungen nach Frankfurt leisten, bis nicht jene Kosten vollständig ausgeglichen seien, klang auch recht ungemütlich.

Der Name Beckerath bedeutete etwas anderes. Nach Camphausen und Hansemann sollte nun also der letzte Prominente der alten rheinischen Opposition an die Reihe kommen. Brachte er die Verbindung mit Frankfurt — die Versöhnung im Moment der strikten Meinungsverschiedenheit wegen Schleswig-Holstein, wegen der Huldigungsparade, wegen des Leiningenschen Entweder-Oder[33])? Der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff gibt die Annahme wieder: die Haltung der Mehrheit der Nationalversammlung beruhe auf dem Einverständnis mit dem Frankfurter Parlament; der Beschluß bedeute einen entscheidenden Schritt in der Niederkämpfung des Altpreußentums, Preußen solle eben jetzt „in Deutschland aufgehen[34])“.

Wenn freilich Friedrich Wilhelm IV. dem abtretenden Ministerium recht gab und bestätigte, daß sich die Nationalversammlung auf ein unkonstitutionelles Gebiet begeben habe, indem sie Verwaltungssachen in den Kreis ihrer Beratungen zog, dann deutete das auf den Entschluß energischer Abwehr.

Die Entwicklung stand vor einem entscheidenden Wendepunkt. Beckeraths Ministerprogramm bedeutete den entschlossenen Aufbau auf dem Boden der Märzrevolution: Annahme des preußischen Verfassungsentwurfes nach dem Vorschlage der Verfassungskommission, also mit einer aus den Gemeindevertretern ohne Zensus gewählten Ersten Kammer, mit Suspensivveto des Königs, Reorganisation des Heeres, also Auflösung der Garden und der Kadettenhäuser, Aufhebung des Militärgerichtsstandes, Avancement nach Fähigkeit der Soldaten, Erlaß an die Armee nach dem Beschluß der preußischen Nationalversammlung,

Abschaffung der Orden und Titel, endlich unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments. Dafür wollte aber Beckerath weiter die Exekutive stärken und Republikanern sowie Sozialrevolutionären energisch entgegentreten. Man kann vielleicht zweifeln, ob der etwas weiche und für einen Politiker vielleicht zu edel- und hochgestimmte Beckerath der Mann gewesen wäre, ein solches Programm gegen das Preußentum wirklich durchzuführen. In der preußischen Nationalversammlung war jedenfalls eine Mehrheit dafür sofort und sicher zu haben, denn die beiden Gruppen der Mitte und die monarchische Linke wollten nichts anderes, die Rechte hätte endlich jedes Ministerium unterstützt, das gegen die republikanische Linke aufgetreten wäre.

Es war selbstverständlich, daß die altpreußische Gruppe Beckerath energisch bekämpfte[35]). Den Ausschlag für die Ablehnung seiner Programme gab aber wohl das Verhältnis zu Frankfurt. Wir kennen die Septemberkrise des Frankfurter Parlaments. (Vgl. oben S. 153f.) Der Frankfurter Reichsterrorismus in der Außenpolitik brach sich an der Großmacht Preußen. Preußen dachte nicht daran, auch in der Frage der Neuorganisation Deutschlands der Frankfurter Reichsverweserschaft sich unterzuordnen. Im strengsten Geheimnis erklärte Rudolf v. Auerswald dem bayrischen Geschäftsträger, man wolle preußischerseits jetzt nicht in Wien verhandeln, sondern mit größter Beschleunigung ein Einverständnis der Königreiche Preußen, Bayern, Hannover erreichen, dann Sachsen und die übrigen zuziehen und so eine Mehrheit gegen Österreich, Baden und Württemberg aufbauen, nur so könne man zu einer Vereinbarung über die Grenzen der Reichsgewalt kommen[36]). Nicht umsonst gab Preußen dem Staatsminister Camphausen in Frankfurt eine besonders starke Stellung als Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt, drei hohe Beamte und ein Offizier wurden ihm beigegeben, große Geldmittel standen ihm zur Verfügung[37]). Schon Ende Juli war Beckerath einmal in Berlin, um, begleitet von dem Berliner Kommerzienrat Carl, im Auftrage Heinrich v. Gagerns die Stimmung zu erkunden. Sie fanden den Boden ganz anders, als sie hofften; der Gedanke, Preußen müsse auf alle seine Sonderinteressen zugunsten Frankfurts verzichten, „wirkte gar nicht mehr“. Als Kommerzienrat Carl auf der Berliner Börse sagte, „die preußische Nationalität müsse der deutschen geopfert werden“, gab es heftige Szenen: man drohte, ihn hinauszuwerfen, viele rissen die deutschen Kokarden ab und traten sie mit Füßen. In einer Adresse aus Halle an den Ministerpräsidenten v. Auerswald stand zu lesen: „Zwischen Hingabe an die deutsche Sache und dem Landesverrat an Preußen liegt nur eine schmale Grenzlinie[38]).“ „Schließlich bin ich König von Preußen und nicht König von Berlin“, sagte Friedrich Wilhelm IV. zum Grafen Lerchenfeld, als ihm dieser seine Glückwünsche zur Verbesserung des politischen Geistes aussprach[39]). Als Max v. Gagern auf der Reise nach Malmö auf einem Diner, das ihm der englische Geschäftsträger gab, im Sinne des Gagernschen Kreises alle „Gelüste nach Absonderung als Größenwahn“ bezeichnete und „Preußen seine eigene Geschichte und seine eigene Armee absprach“, war die Verstimmung in Berlin sehr groß. „Er hat sich wie ein toller Esel benommen“, sagte nach dem Bericht Lerchenfelds der Repräsentant einer Großmacht, womit wahrscheinlich der russische Gesandte gemeint ist. Aber selbst der englische Geschäftsträger Howard sprach sich skeptisch über die politische Befähigung seines Gastes aus. Graf Lerchenfeld schreibt: „Innerhalb

24 Stunden seines Aufenthaltes setzte Max v. Gagern eine solche Menge von Äußerungen in Umlauf, daß man nicht weiß, ob er beleidigen, froissieren oder imponieren will." Sogar vom ehemaligen Minister Heinrich v. Armin, also einem Gesinnungsgenossen, sagte Gagern, er habe den Frankfurter Erwartungen nicht entsprochen, „seine arme Imagination" habe nichts herausgebracht als den Krieg gegen das kleine Dänemark[40]). Die Gagerns hofften eben auf den Krieg gegen Rußland! „Preußen muß Preußen bleiben — ebenso wie Sie vor allem Bayern bleiben wollen", sagte Rudolf v. Auerswald zum bayrischen Gesandten. Lerchenfeld meldete mit großer Befriedigung dieses Wort nach München[41]).

Gegen diese borussisch-partikularistische Stimmung anzukämpfen, fand nun der Ministerpräsidentenkandidat Beckerath selbst fast aussichtslos. Er betrachtete sich als einen „Offizier, der den Auftrag hat, eine Batterie zu stürmen". Seine Verhandlungen mit dem König am 17. September verliefen negativ; die Garantien, die er brauchte, konnte und wollte ihm Friedrich Wilhelm IV. nicht geben. Frankfurt und Berlin kamen nicht zusammen; der Ausgang des Frankfurter Septemberaufstandes bestärkte nur das preußische Selbstgefühl: Reichsverweserschaft und Frankfurter Parlament unterwarfen sich der preußischen Außenpolitik und schlugen die republikanische und sozialrevolutionäre Bewegung militärisch nieder. Die Potsdamer Clique wünschte die gleiche Energie für Berlin. Der König erwog in der Tat den Gedanken, den abgegangenen Kriegsminister General v. Schreckenstein zum Gouverneur von Berlin zu ernennen, mit umfassenden Vollmachten. Noch aber wagte er nicht einen solchen Schritt[42]). Dafür wurde aber General v. Wrangel am 13. September zum „Kommandeur sämtlicher Truppen in den Marken" ernannt; später wurde diese neugeschaffene Stelle zum „Oberkommandanten in den Marken" umgewandelt. Wrangels Armeebefehl vom 17. September stellte seine siegreichen Truppen mit ihrem General an der Spitze als die Stütze der „guten Bürger" vor und erging sich in mancherlei dunklen Andeutungen für den Fall gewisser Ereignisse; am 21. September hielt er zum ersten Male wieder eine Truppenrevue in Berlin ab; die zahlreichen Soldaten hatten dort bis dahin beinahe im Versteck gelebt — nun sollten die Berliner einmal wieder militärische Uniformen sehen! Die Sache ging trotz mancherlei Befürchtungen gut ab; in seiner Ansprache rühmte Wrangel die Schlagkraft seiner Truppe und beklagte die Berliner wegen ihres heruntergekommenen Zustandes; in den Straßen der einst so blühenden Stadt „wachse jetzt Gras". Das gab nun Stoff für endlose Witzeleien. Lustig war besonders ein Flugblatt, das, „Die Wiener in Berlin" mit schlagender Anspielung überschrieben, jenes berühmte Lied aus Holteis Singspiel nachdichtete:

„Nach Berlin, sagt er,
Sollst du gehn, sagt er,
's wächst dort Gras, sagt er,
Sollst es mäh'n, sagt er,
Und die Köpf', sagt er,
Mähst du mit, sagt er,
Schleif die Säbel, sagt er,
Für den Schnitt!"

Oben war Friedrich Wilhelm IV. zu sehen, den Kopf auf der dicken Champagnerflasche, die Beine als Kelchgläser, und Wrangel, dessen Schädel auf einem schlanken Kanonenrohr steckt, während die Beine als Bajonette voranstechen[43]). Wrangel machte den Berlinern Spaß, und dafür erzeigten sie ihm von Anfang an als echte Weltstädter Dankbarkeit. Der damals 64jährige General war alles andere als ein bedeutender Feldherr oder auch nur begabter Truppenführer. Seine schlechte Strategie ist von Moltke gebührend abgelehnt worden. Wrangels unklarer Kopf saß aber auf einem starren Nacken. Ein Kavallerist von der Art, die am liebsten das Pferd ins Bett nimmt, in seinen jungen Jahren ein verwegener Dreschflegel, verdankte Wrangel seine Erfolge angeborener Gerissenheit; er war aber noch schlauer als gerissen, noch verschlagener als schlau; jeder ernsteren militärischen Bildung, jedem politischen und geistigen Interesse blieb er völlig fremd; groß war seine schauspielerische Begabung, kraft deren er sich nun schnell den Berliner Dialekt aneignete, den er früher nie gesprochen hatte; so kopierte denn dieser pommersche Filou den Mecklenburger Blücher und übersetzte jene legendäre Figur der Freiheitskriege durch seine clownhafte Person in das revolutionäre Berlin von 1848. Der Erfolg auf der Straße und in den Kneipen war besonders nach dem preußischen Staatsstreich durchschlagend; da hatte man nun wieder neben so vielen, feierlichen, hyperklugen, ledernen Schreibtischlampengesichtern einen kernhaften Witzereißer, einen unverwüstlichen, geriebenen Hansnarren, später sogar in blitzender Kürassieruniform!

Auch an der Spitze des neuen Ministeriums, dessen Ernennung am 22. September bekanntgegeben wurde, stand ein General; jener Gouverneur von Berlin aus den Märztagen, dem die Scharfmacher das Truppenkommando zugunsten Prittwitzens abgenommen hatten, jener General von Pfuel wurde nun Ministerpräsident und Kriegsminister. War die Wahl auf den beinahe Siebzigjährigen gefallen, um ihm jetzt Gelegenheit zu geben, das zu tun, was ihm in der Märzrevolution versagt worden war? In allem war Pfuel nun das Gegenstück zu Wrangel: der Sohn einer bürgerlichen Mutter, der Freund Heinrich v. Kleists und Adam Müllers hatte in seinen jungen Jahren sich ernsthaft mit Philosophie und Mathematik beschäftigt, hatte unter fremdem Namen in der russischen Armee gegen Napoleon gedient und sich bei Waterloo ausgezeichnet; seinem Kunstverständnis und seiner Tatkraft gelang die Rückgabe vieler der nach Paris verschleppten Berliner Kunstgegenstände. Als Feind des Gamaschen- und Kommißdienstes hatte er die sportliche Betätigung und Erziehung der Soldaten gefördert, war er doch selbst ein leidenschaftlicher Fußwanderer, Turner und Schwimmer. Dann bewährte er sich auch politisch als langjähriger Gouverneur von Neuenburg. Im Juli 1848 war er bei Kaiser Nikolaus gewesen, um die schleswigsche und posensche Politik zu rechtfertigen, den August hatte er in Frankfurt verbracht und dort manche alte Beziehung wiederaufgefrischt mit den Männern der Paulskirche. Reaktionäre Maßnahmen waren von dieser Persönlichkeit nicht zu erwarten — und doch hat offenbar der König die Mission so aufgefaßt. Der General war ein geistvoller Kopf, mit Anlage zum Sonderling, ein vornehmer Mann, dem alle politische Taschenspielerei und Hochstapelei tief zuwider war, ein echter Liberaler des alten Schlages, von der Art Boyens, der kein höheres Ziel kannte als die Versöhnung von Monarchie und Volkswünschen, freilich an Jahren schon

ein Greis, der sich zu nichts mehr schnell entschließen konnte und in schwierigen Lagen, ganz neu in solcher Stellung, sich wahrhaftig nicht leicht zu helfen verstand. Wenn sich der König in ihm getäuscht hat, so hat er sich auch in dem König getäuscht. Friedrich Wilhelm IV. glaubte, mit dem guten Namen und der ehrlichen Gesinnung dieses Generals das Spiel der sanften Reaktion machen zu können; und das mißlang.

Pfuel war der Ministerpräsident, aber das Kabinett wurde nicht durch ihn gebildet, sondern ihm von oben beschert. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Eichmann, wurde Minister des Innern und wirkte als besondere Belastung; er hatte wenig Glück bei der Nationalversammlung und steigerte durch altmodische Polizeimaßnahmen die politische Erregung. Der Oberpräsident von Sachsen, v. Bonin, war als Finanzminister der wenig ebenbürtige Nachfolger eines Hansemann; Justizminister wurde Oberlandgerichtspräsident Kisker, der bei Maerkers Ernennung seinen Abschied als vortragender Rat verlangt hatte, weil er dessen Richtung nicht mitmachen könnte; er war also ein Mann des alten Systems. Am erfreulichsten war die wenn auch nur als vorläufig bezeichnete Besetzung des Außenministeriums mit dem ehemaligen preußischen Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff. Die Ressorts des Kultus, des Handels und des Ackerbaus blieben leer[44]). Mitglieder der Nationalversammlung waren also ganz unberücksichtigt geblieben; es war ein unparlamentarisches Ministerium; würde es auch ein antiparlamentarisches Ministerium sein? — Die Spannung in diesen Tagen war sehr groß. Ein Aufruf der Berliner Demokraten vom 22. September nannte das Ministerium Pfuel das „Ministerium der bewaffneten Reaktion" und schrieb: „Das Vaterland ist in Gefahr[45])." Boten kamen und gingen, aufregende Nachrichten wurden verbreitet. „Breslau wartet nur auf unsern Befehl, Sachsen ist bereit", wurde behauptet. Wie weit die Vorbereitungen gingen, ist schwer auszumachen. Viele Momente sprechen aber dafür, daß der 25. September der einzige Tag war, an dem eine dem 18. März ähnliche Volkserhebung einigermaßen möglich war. Dies ist auch die Ansicht des österreichischen Gesandten. Am 25. September fand die aufsehenerregende Verhaftung des Mitgliedes des Junkerparlaments und des Preußenvereins Grafen Breßler statt, der Arbeiter zum Aufruhr und Barrikadenbau anfeuerte und später wegen Aufreizung zum Tumult zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist[46]). Sogar in Potsdam gab es jetzt Unruhen. Der Anlaß war ein Streit um die Verteilung der für die Verwundeten des 18. März gesammelten Geldbeträge. Vier Barrikaden wurden in der Berliner und der Gardedukorpsstraße gebaut, die Tore mußten besetzt werden. Ein Aufruf an die Soldaten, als Flugblatt des Demokratischen Vereins der Königsstadt gedruckt, wurde auch in Potsdam verbreitet: da war Verkürzung der Dienstzeit, Erhöhung des Soldes, Aufhebung der Militärgerichte, Offiziersprüfungen für alle Soldaten, Avancement bis zum Hauptmann nach Wahl, Beschränkung der Disziplinarstrafen verlangt. Gegen die „Junker", die „adeligen Ehrenwortsritter" sollte nun vorgegangen werden. „Waffenrock, Bluse oder Frack — was liegt am Kleide? Die Hauptsache ist das Menschenherz, das darunter schlägt[45])." „Auch ein Soldat kann Demokrat sein!" hatte schon vorher der „Publizist" erklärt, eine Zeitschrift für Freiheit und Gesetz usw.; es seien reaktionäre Kniffe, wenn behauptet werde, die Soldaten, die in den Volksversammlungen aufträten, seien gar keine rechten Soldaten,

sondern verkleidete Zivilisten. Von der Gegenseite kam als Antwort die Erinnerung an die Kriegskameradschaft der Jahre 1813—1815: „Lasset eure Offiziere nicht verleumden! Soldaten und Offiziere dürfen sich nicht trennen[47])!“ Die Kamarilla war in Verzweiflung, daß sich nun das Gift der Agitation sogar an die Garde wagte, und fürchtete die demoralisierende Wirkung auf den König. In der Tat fühlte sich dieser in Sanssouci nicht mehr sicher und siedelte eiligst nach Charlottenburg über[48]). In Potsdam wurde es aber schnell wieder ruhig. Die sehr loyale Bürgerwehr entfernte einen gewissen Dr. Tobing aus ihren Reihen, weil er bei den tumultuarischen Auftritten Branntwein verteilt hatte.

*

Als die Nationalversammlung in diesen Tagen aus der Singakademie in den Konzertsaal des Schauspielhauses am Gendarmenmarkt übersiedelte, ging das Witzwort um: „Das Singspiel ist zu Ende, das Drama beginnt[49]).“ Es gelang aber dem neuen Ministerpräsidenten v. Pfuel, noch einmal eine Entspannung herbeizuführen und ein leidliches Verhältnis zwischen der Regierung und der Nationalversammlung herzustellen. Pfuels Programm versprach, daß auf dem betretenen konstitutionellen Wege fortgeschritten und allen reaktionären Bestrebungen kräftig entgegengewirkt werden sollte; die Verfassung möge schnell durch die Versammlung zu Ende gebracht werden; über die Verwaltung erhalte sie Rechenschaft. Die Rechte der Krone, als der einzigen Trägerin der Exekutive, würden gewissenhaft gewahrt werden. Das Ganze war etwas matt in der Fassung und im Vortrag, aber ehrlich und anständig, so daß die Wirkung doch günstig war. Als Pfuel wegen Wrangels Auftreten sogleich interpelliert wurde, bestritt er dem Armeebefehl Wrangels die Bedeutung eines staatlichen Dokumentes, verneinte jede Ausnahmestellung Wrangels und erklärte, der General habe keinerlei geheime „Instruktion“, er stände jedenfalls unter seinem, des Kriegsministers Befehl. Das beruhigte so stark, daß ein Antrag Waldecks, der Armeebefehl Wrangels solle zurückgenommen werden, abgelehnt wurde. Das Wichtigste bedurfte aber noch der Klärung: die Stellung des neuen Ministeriums zu dem Steinschen Antrag. Da übte nun v. Unruh eine erfolgreiche Vermittlertätigkeit aus. Er beriet mit einem Beamten des Kriegsministeriums eine Fassung des umstrittenen Erlasses, die die Armee nicht beleidigen und die Nationalversammlung befriedigen sollte. Pfuel griff diesen Entwurf auf und teilte am 25. September zur allgemeinen Überraschung mit, er habe an die Kommandierenden Generäle einen Befehl gerichtet, durch den sie aufgefordert wurden, „reaktionäre Tendenzen in der Armee nicht zu dulden und das gute Einvernehmen zwischen Zivil und Militär nach Kräften zu fördern“. Alle Parteien waren befriedigt; Stein selbst beantragte Schluß der Debatte und erklärte, das Ministerium habe die Beschlüsse vom 9. August und 7. September ganz in seinem Sinne ausgeführt. Man sieht, daß auch die Männer der Linken zu haben waren, wenn man sie respektierte. So schnell wurde also durch etwas guten Willen auf beiden Seiten die leidige Angelegenheit aus der Welt geschafft. Die Spenersche Zeitung schrieb: „Dieser Erlaß konsolidiert die Revolution[50])“, aber die Altpreußen tobten, tiefe Mißstimmung griff um sich im Offizierkorps. Wrangel hatte in einer besonderen, geheimgehaltenen Ansprache den Offizieren gesagt, sie könnten bald zur Aufrechterhaltung der

Ordnung und Gesetzlichkeit gerufen werden[51]). Nun kam dieser Armeebefehl Pfuels! Sollte Wrangel oder sollte Pfuel die Zukunft Preußens bestimmen?

Im Diplomatischen Korps herrschte jetzt nach dem Zeugnis des österreichischen Gesandten Betretenheit; man fand die preußische Monarchie wahrhaft bedroht und befürchtete anarchische Bewegungen. Denn das war ja das Merkwürdige und reichlich Widerspruchsvolle der Lage: das unparlamentarische Ministerium des Generals v. Pfuel zeigte sich nachgiebiger gegenüber der Nationalversammlung als die früheren Kabinette, und von seiten Pfuels war das mindestens keine hinhaltende Tücke, sondern das achtbare Bestreben, konstitutionell zu sein. Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit (Habeaskorpusakte) wurde vom König genehmigt und wurde publiziert, die Sanktion des Jagdgesetzes kam gleichfalls heraus, das zur stärksten Erregung aller Besitzenden und Bevorrechtigten die Aufhebung der Jagdrechte ohne jede Entschädigung verfügte. Schon schickte sich die Nationalversammlung an, auch die bäuerlichen Lasten und Abgaben gänzlich zu beseitigen. Die Abschaffung der Todesstrafe hatte sie als erste deutsche Volksvertretung am 4. August beschlossen, der vorige Justizminister Maerker hatte sie befürwortet. 294 Abgeordnete von 331 Anwesenden hatten sich grundsätzlich dafür ausgesprochen; nur für den Fall des Krieges und des Belagerungszustandes wurde die Verhängung der Todesstrafe mit 165 gegen 160 Stimmen für zulässig erklärt (8. August). Hierzu kam jetzt unter Kiskers Einfluß eine Rückäußerung der Krone über die Fassung einzelner Paragraphen, so daß also eine nochmalige Beratung nötig wurde. Inzwischen war der Kommissionsentwurf der Verfassung fertiggeworden; am 12. Oktober begann die Debatte im Plenum über den ersten Titel, der vom Staatsgebiet handelte[52]).

Hier ergaben sich sofort grundsätzliche Konfliktsmomente. Wie sollte die Titulatur des Königs lauten? Sollte das Vereinbarungsprinzip zum Ausdruck kommen? Es wäre vielleicht besser gewesen, die Einleitungsformel erst nach Abschluß der Verfassung zu beraten, wie es aus dem linken Zentrum heraus empfohlen worden ist. Die Mehrheit entschied aber für sofortige Behandlung. Der Abgeordnete Schneider (Schönebeck) stellte nun den berühmten Antrag, die Formel: „Von Gottes Gnaden“ zu streichen. Der Linken schwebte das Vorbild Belgiens vor Augen, dessen Musterverfassung ja diese Formel nicht kannte. Immerhin hatte man es aber in Preußen mit einer alten historischen Dynastie und besonders mit einem Monarchen zu tun, der, wie man wissen konnte, mit allen Fasern gerade an dem hing, was hinter dieser Formel stand. Trotzdem glaubte die Linke auftrumpfen zu sollen, und beide Gruppen des Zentrums gingen mit; mit 217 gegen 134 Stimmen wurde der Wegfall der Gottesgnadenformel beschlossen. Ein zweiter Antrag Schneiders, statt König von Preußen König der Preußen zu sagen, fand aber keine Mehrheit. Ebenso wurde die Einleitungsformel der Linken abgelehnt, die nur von dem Beschluß der Volksvertreter sprach; das Vereinbarungsprinzip setzte sich mit großer Mehrheit durch: „Wir verkündigen die von den Vertretern des Volks durch Vereinbarung mit Uns festgestellte Verfassung.“ 284 Abgeordnete waren dafür, nur 43 dagegen: ein neuer Beweis dafür, daß die Mehrheit der Nationalversammlung durchaus monarchisch gesinnt war, daß nur eine kleine Minderheit als grundsätzlich

republikanisch und revolutionär angesehen werden durfte. Freilich war diese Mehrheit für eine schlichte, moderne, parlamentarisch-korrekte Monarchie, für ein neues Preußen im dunklen Bürgerrock, ohne Flitterkram und romantische Prunkstücke, aufgebaut auf sozialer Gerechtigkeit und humaner Klassenversöhnung. Die Mehrheit der Nationalversammlung kämpfte also gewiß für ein hohes, fernes Ziel; es lag an ihrer eigenartigen Zusammensetzung, daß sie diesem Ziel auf eine merkwürdig nüchterne, pedantische, unpsychologische, mehr juristisch-folgerichtige als politisch feinfühlige Weise zustrebte. Begreiflich ist, daß sie den Berendsschen Antrag: „Der Adel ist abgeschafft" annahm (31. Oktober); daß sie aber auch die Führung adeliger Titel und Prädikate, also der Bestandteile alter geschichtlicher Namen, untersagen wollte, ging etwas weit. Die Mehrheit war hier sogar noch größer (208 gegen 115) als bei der Abschaffung des Adels überhaupt.

Sehr vernünftig war die Abschaffung aller Titel, die nicht ein Amt bezeichneten; sie erfolgte einstimmig; die Abschaffung der Orden (mit 196 gegen 140 Stimmen) entsprang einer echt demokratischen Unterschätzung der Eitelkeitsmomente im öffentlichen Leben und einem Mangel an Sinn für Sparsamkeit am rechten Platz[52]). Ein neues Preußen, ein sehr fernes Preußen der Zukunft regte sich also gegen das noch recht lebendige, historisch gewordene Preußen des Landadels, der Geheimräte, der Ritter vom Schwarzen und vom Roten Adlerorden, dies von den Hohenzollern aus dem Nichts zusammengesparte, zusammenkommandierte, zusammeneroberte Preußen. Man darf nicht glauben, daß die Bürger des kommenden Preußen schlechte preußische Patrioten gewesen wären; viele von ihnen hatten genau dieselbe disziplinierte Herbheit in sich, die sie nun am alten preußischen Staat und seinen Kasten bekämpften. Mit einem ausgesprochen preußischen Selbstgefühl wandte sich ja die Mehrheit der preußischen Nationalversammlung gegen die vom Frankfurter Parlament gebilligte Demarkationslinie, durch die das Großherzogtum Posen zerschnitten wurde (vgl. oben S. 128). Ebenso energisch bekämpfte die Resolution Waldeck vom 24. Oktober die Autorität der Frankfurter provisorischen Zentralgewalt; sie verlangte, daß nur solche Gesetze und Erlasse für Preußen Geltung haben sollten, die von der preußischen Volksvertretung selbst beschlossen oder genehmigt seien. Die Resolution wurde allgemein als Gefährdung des deutschen Einheitsgedankens empfunden und fiel, allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit. Es ist bizarr, daß die Linke der Nationalversammlung dieselbe Auffassung über Frankfurter Reichsgesetze hatte wie der österreichische Justizminister Bach vom Reaktionsministerium Schwarzenberg! Gerade diese Abstimmungen über die Demarkationslinie und die Resolution Waldeck beweisen aber die preußische Sachlichkeit der Nationalversammlung. Eine große staatsmännische Kraft hätte mit ihr viel erreichen können; brauchbares Material bot sich genug; man mußte es nur richtig behandeln. So gut die Militär-Erlaßfrage erträglich gelöst worden war, ebensogut hätte bei der Gottesgnadenformel und bei den Adelsprivilegien noch ein erträglicher Mittelweg bei rechtzeitigem, geschicktem Eingreifen gefunden werden können. Dem alten Pfuel fehlte dazu die Beweglichkeit, und bei den andern fehlte der gute Wille. Man kann genau beobachten, wie die Beschlüsse der Nationalversammlung von Fall zu Fall mit steigender Befriedigung durch die altpreußische Clique aufgegriffen und zur Hetze gegen die Volksvertretung benutzt worden sind. Ideale Motive verbanden

sich dabei mit sehr materiellen; Königtum, Religion, Jagdprivilegien, bäuerliche Lasten und Todesstrafe gehörten auf eine eigentümliche Weise zueinander; das eine konnte sich nur halten durch das andere; dahinter stand die Garde und das Rittergut. Eine neue Staats- und Gesellschaftsauffassung griff die alte an; die alte Welt setzte sich zur Wehr, sie war ja durchaus nicht tot, es ging ihr wirtschaftlich sogar besser als irgendeinem anderen Stande. So bereitete sich die Katastrophe vor.

In und um Berlin wimmelte es von Soldaten. Sah denn die Nationalversammlung die Gefahr nicht? Sie glaubte, offenbar sehr lange und zu lange, an die Möglichkeit einer neuen siegreichen Revolution. Die Volksbewegung, die im Sommer in die Verteidigung gedrängt worden war, wurde im Herbst wieder lebhafter. Es entstand nun die Frage, ob sie mit der Mehrheit der Nationalversammlung oder gegen sie ging. Die Annahme des Bürgerwehrgesetzes am 13. Oktober war ein denkwürdiger Beweis dafür, daß die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit den gesetzlichen Weg ihrer Arbeit weitergehen, aber der Militärgewalt keinen bequemen Anlaß zum Eingreifen geben wollte. Nach diesem Gesetz sollte erst mit 24 Jahren der unbescholtene Staatsbürger in die Bürgerwehr eintreten dürfen; alle die fliegenden Korps der Studenten, Künstler, Arbeiter und Handwerksgesellen waren damit zur Auflösung verurteilt. Das Gesetz ist niemals durchgeführt worden — ein kaum begreifliches Versäumnis des neuen Innenministers v. Eichmann und eigentlich nur aus dem Bestreben verständlich, eine Herstellung der öffentlichen Ruhe durch die Autorität der Nationalversammlung zu verhindern. Das Bürgerwehrgesetz machte sehr viel böses Blut. Während der Beratungen sah man am 6. Oktober einen sonderbaren Aufzug in den Straßen; um drei Uhr nachmittags bewegte sich vom Alexanderplatz unter Führung Lindenmüllers und Vater Karbes eine fünfhundert Köpfe starke Menschenmasse nach dem Schauspielhaus zu; vorweg wurde eine kleine preußische Fahne getragen sowie mehrere schwarz und weiß angestrichene Stäbe, dann folgte, von einem Jungen geführt, ein blumengeschmückter Esel, der auf dem Rücken ein großes Plakat mit der Aufschrift: „Bürgerwehrgesetz" trug. In der Königstraße versuchte die Schutzmannschaft, die neuen Konstabler, die Masse zu zerstreuen — Hohn und Spott war die Antwort. Auf dem Gendarmenmarkt erfolgte dann die Verbrennung der Plakate, der Fahne und der Stäbe unter dem Toben der Menge. Viele waren mit langen Messern, sogenannten Genickfängern, bewaffnet. Mehrere Bataillone Bürgerwehr erschienen nun und gingen gegen die Tumultuanten vor; diese liefen zunächst fort, sammelten sich aber drohend von neuem, sobald die Bürgerwehr stillestand. Da traten viele Bürgerwehrmänner, mit Gewehr über, aus der Reihe vor und entfernten sich einzeln, unter den Bravorufen der Volksmenge. Der Rest der Abteilung gab die Sache nun verloren, machte kehrt und marschierte ab. Nach zwanzig Minuten erschienen aber zwei andere Bataillone auf dem Schauplatz, stellten sich, Gewehr über, vor der Volksmasse auf und warteten so lange, bis sie sich verlief[53]).

Man sieht, wie weit die Zersplitterung innerhalb des auf dem Boden der Revolution stehenden Staatsbürgertums schon vorgeschritten war. Die Reformpartei der Nationalversammlung war durchaus uneins mit der Straßendemokratie, die Bürgerwehr wußte gar nicht mehr, wohin sie sich stellen sollte. Eine Deputation der Bürgerwehr erklärte etwa den Abgeordneten der Nationalversammlung,

sie wollte sich nicht dem Gesetz unterwerfen und die Waffen, soweit nötig, durchaus nicht abliefern. Diese Leute warnten die Deputierten in aller Form vor den blutigen Konflikten, die die Folge der Annahme des Gesetzes sein würden. Wie schnell war doch die Versicherung vergessen, die die Bürgerwehr im Sommer der Nationalversammlung ausgesprochen hatte, sie werde für die Sicherheit und Unverletzlichkeit der Volksvertreter sorgen! Noch am 25. September hatte der Bürgerwehrkommandant Rimpler feierlich in einem Aufruf versprochen, er werde mit seinen Leuten dem ersten demokratischen Prinzip: „Achtung vor der Majorität" Geltung verschaffen. Jetzt, da eine gesetzliche Majorität gegen sie war, begannen die Volksmasse und die Bürgerwehr selbst zu revoltieren[54]).

Das Entscheidende aber für die kommenden Geschehnisse war der Bruch, der sich zwischen der Bürgerwehr und der Arbeiterschaft infolge der Unruhen am 16. Oktober vollzog. Das Verhältnis der Arbeiter zu diesem Organ der „Volksbewaffnung", von dem sie ausgeschlossen blieben, war von Anfang an nicht gut. Nun hatten seit Anfang Oktober die Arbeiter am Berliner Kanal verschiedene Ausschreitungen begangen, gegen die die Bürgerwehr scharf vorging. Genau wie in Wien war der Kern der Bürgerwehr handwerklich-mittelständlerisch, also durchaus für Ruhe und Ordnung und allem sozialrevolutionären, proletarischen Vorwärtstreiben der Volksbewegung tief abgeneigt. Gerade dieser Gesellschaftsgruppe, die, wie oben gezeigt, auch infolge der Wirtschaftslage das Übergewicht bekam, war die neue gegenrevolutionäre Stimmung sehr sympathisch. Am 12. Oktober zerstörten nun die Kanalarbeiter auf dem Köpenicker Felde die dort aufgestellte Dampfmaschine; es war die Schuld der Baubeamten, daß es so weit kam. Trotz der Drohungen hatten sie die Maschine ohne Schutz gelassen. Der Haß der Arbeiter wandte sich gegen diese Maschine, welche das Herauspumpen von Wasser besorgte, weil sie glaubten, durch sie brotlos zu werden — es war also ein typischer Sabotageakt frühkapitalistischer Natur. Zuerst wurde das Gerüst zerschlagen, so daß die Maschine ins Wasser fiel; da erschienen Schutzmannschaft und Bürgerwehr auf dem Schauplatz. Die Arbeiter erklärten, zur Arbeit zurückkehren zu wollen, wenn sie wieder abzögen. Als es geschah, wurde die Maschine aufs gründlichste zerstört[55]). Infolgedessen wurde nun hundert Arbeitern gekündigt. Die Erregung wuchs. Zuerst hatten die Arbeiter die Absicht, mit einer Puppe, die den General v. Wrangel darstellen sollte, einen Zug in die Stadt zu unternehmen und sie auf dem Gendarmenmarkt zu verbrennen. Dagegen wurden Vorkehrungen getroffen, man gab den Plan auf. Stimmung für eine solche Maskerade war auch schon nicht mehr. Von Schacht zu Schacht zogen die Arbeiter nun mit der roten Fahne und sammelten ihre Leute. Schutzmannschaft und Bürgerwehr marschierten wieder auf. Mit Steinwürfen begann es; dann kamen Verhandlungen — sie verliefen bei der Erregung auf beiden Seiten ergebnislos. Als der Steinhagel immer stärker wurde, gab die Bürgerwehr Feuer. Ob und von wem Feuer kommandiert worden ist, hat die spätere Untersuchung nicht ergeben. Auf der Stelle blieben fünf Tote. Nun begann der Barrikadenbau an der Köpenicker Straße, an der Roß- und Jakobstraße. Angesehene Bürger wie der Gymnasiallehrer Gerke legten sich ins Mittel; in der Köpenicker Straße trug man auch die Barrikaden wieder ab. An den anderen Stellen griff aber die Bürgerwehr ein, entwickelte große Energie und nahm die Barrikaden[56]). Auf der Barrikade in der Roßstraße

fiel der Arbeiter, der die rote Fahne hielt, von mehreren Kugeln durchbohrt[57]). Die Bürgerwehr war nun so oft verspottet worden wegen ihrer Schlappheit und ihres Zuspätkommens, daß sie endlich einmal zeigen wollte, was sie zu leisten verstand. Die Arbeiter waren nur mit Stangen, Latten und Knütteln bewaffnet — sie konnten also nicht viel ausrichten. Vater Karbe war zu Pferde unter ihnen und versuchte zu vermitteln. „Schlagt die Bürgerwehr! Schlagt die Hunde tot!" riefen die Arbeiter. Am Kottbuser Tor wurde eine Bürgerwache überfallen und ihrer Waffen beraubt. Besonders die verhaßten Konstabler wurden verfolgt, viele konnten sich nur durch Anlegung von Zivilkleidern retten. Aus der Wohnung eines Bürgerwehrfeldwebels in der Alexanderstraße wurden zwanzig Gewehre weggenommen. Das Haus des Bäckermeisters und Bürgerwehrhauptmanns Schulz, der zuerst Feuer kommandiert haben sollte, wurde mit Zerstörung bedroht. Besonders starken Eindruck machte es, daß ein Trupp von 80 Mann, bestehend aus Mitgliedern des Handwerkervereins, Handwerksgesellen also, ferner aus Studenten und Künstlern, also von den mit der Auflösung bedrohten Sonderkorps, sich an der Jannowitzbrücke den Arbeitern anschloß. Elf Menschenleben kostete im ganzen der Tumult, dazu viele Verwundete. Dreihundert Arbeiter zogen mit drei roten Fahnen und Fackeln unter dem Ruf „Es lebe die Republik!" noch in der Nacht durch die Straßen und sammelten sich am andern Morgen wieder auf dem Köpenicker Felde. Als die Toten herausgetragen wurden, weigerte sich die Bürgerwehr, zu präsentieren.

Dieser Aufeinanderprall von Mittelstand und Proletariat war den demokratischen Führern sehr unangenehm. Vergebens predigten die namhaftesten Männer Versöhnung und betonten, daß der Zwiespalt nur der Reaktion zugute käme. Die Freude in diesem Lager war auch so unverhohlen, daß die vielleicht nicht ganz törichte Verdächtigung große Beachtung fand, die Arbeiter seien von der bewaffneten Gegenrevolution angestiftet worden[58]). Die Arbeiter wandten sich an die Nationalversammlung mit einer Petition, in der die Bestrafung der Bürgerwehr, die Bestattung der Toten auf öffentliche Kosten und die Auszahlung des Lohnes für die versäumten Tage verlangt ward. Die Mitglieder der Linken empfahlen die Annahme, weil die Nationalversammlung versöhnend wirken solle; die Mehrheit nahm aber einen Antrag des Zentrums an, wonach die Petition dem Justizminister zur Begutachtung überwiesen werden sollte. Die Nationalversammlung faßte diesen Beschluß, während draußen die Arbeiter demonstrierten, zeigte also von neuem, daß sie sich nicht von der Straße terrorisieren ließ.

Die Beerdigung der Opfer des 16. Oktober fand am 20. statt und gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung. „Sie verdient", schreibt der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff, „als eine großartige Demonstration der demokratischen Partei besondere Beachtung[59])." Die Leiche des gefallenen Bürgerwehrhauptmanns und Hofvergolders Schneider wurde morgens acht Uhr für sich beigesetzt; die zehn Arbeiterleichen aber wurden trotz des ausdrücklichen Verbots auf der Treppe des Opernhauses aufgestellt. Die Polizei war machtlos, Militär wollte man nicht requirieren. Der Schriftsteller Braß hielt die Trauerrede; alle freiheitlichen Vereine marschierten auf, 26 Gewerke waren vertreten, die Linke der Nationalversammlung erschien selbstverständlich[60]). Die Notwendig-

keit, einträchtig zu sein und gegen die Reaktion zusammenzustehen, wurde immer wieder betont. Rührend war z. B. Vater Karbes Aufruf, in dem er seine Mitbürger beschwor, Blutvergießen zu vermeiden und einen neuen Gemeinderat in Berlin zu bilden[61]). Der entstandene Riß war aber nicht mehr zu heilen. Die linksstehende Presse versuchte vergebens, die Ereignisse vom 12. bis 16. Oktober als ganz bedeutungslos hinzustellen. Sie wurden mit Geschick von der Gegenseite dazu benutzt, um Forderungen im Interesse der Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu erheben. Das Innenministerium entschloß sich, die Konstabler zu bewaffnen, und ließ tausend Flinten an sie verteilen. Der Bürgerwehrklub teilte am 24. Oktober durch Flugblatt mit, daß dem bewaffneten Studentenkorps die in seinem Verwahrsam befindlichen Waffen durch einen Offizier auf höheren Befehl weggenommen worden seien, und ermahnte seine Wehrgenossen, die Waffen so aufzubewahren, daß ähnliche Maßregeln erfolglos blieben[62]). Der vielumstrittene Volksführer Held erließ am 25. Oktober im Namen des Sozialvereins die Aufforderung, Berlin solle sich wegen des drohenden Belagerungszustandes verproviantieren[63]). Die Verhetzung nahm zu: dem Superintendenten Kober wurde eine Katzenmusik gebracht, weil er seine Konfirmanden vor den demokratischen Klubs gewarnt hatte und dabei gesagt haben sollte, die Arbeiter müßten nun einmal mit den schlechtesten Nahrungsmitteln vorliebnehmen[64]). Wie erbittert waren die Vorwürfe, die die Rechte der Linken in der Nationalversammlung machte: sie, die Linke, sei mitschuldig an den Straßenunruhen! Man merkte in der Sitzung vom 21. Oktober deutlich, wie tief der Riß durch die Volksvertretung selbst schnitt. Der Konstitutionelle Klub erklärte in einer Eingabe an das Staatsministerium, die Sicherheit Berlins sei zwei Behörden anvertraut, deren Unzulänglichkeit nun erwiesen sei, der sogenannten gemischten Kommission, einem aus verschiedenen Behördenvertretern bestehenden Kollegium ohne eigentliche gesetzliche Grundlage und dem sogenannten Sicherheitsausschuß, der aus Vertretern des Magistrats und der Stadtverordneten bestand (vgl. oben S. 50); vom Staatsministerium wurde verlangt, es solle diese beiden Organe auflösen und einen neuen Sicherheitsausschuß einsetzen[65]).

Die Gegenrevolution in Preußen, die vom Rittergut und vom Garderegiment ausging, wurde täglich stärker durch den Zuzug, den sie nicht nur vom Geld- und Titelpatriziat, sondern auch vom Mittelstand bekam. Die Revolution mußte ihre Anhänger organisieren, wenn sie nicht kampflos unterliegen wollte. Die Wiener Ereignisse wirkten erregend und mahnend auf Berlin ein. Die demokratischen Führer begriffen auch die Aufgabe durchaus — eine Lösung mißlang ihnen. Sie scheiterten an der Uneinigkeit zwischen bürgerlichen Republikanern, Sozialrevolutionären, Arbeitervereinlern, marxistischen und anderen Kommunisten. Zwei Versuche sind noch in der letzten Stunde gemacht worden, eine Einigung der gesamten auf dem Boden der Märzrevolution stehenden Bewegung herbeizuführen: das sogenannte Gegenparlament und der zweite Demokratenkongreß, die Ende Oktober in Berlin stattfanden[66]).

Das „Gegenparlament" sollte die Abgeordneten der linken Opposition aus den verschiedenen deutschen parlamentarischen Körperschaften zu einer Aussprache und zur Stellungnahme gegen die provisorische Zentralgewalt und die Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung vereinigen. Die Tagung

begann am 27. Oktober; aber die Beteiligung von außerhalb war nur schwach, im ganzen erschienen nicht mehr als acht Nichtberliner, die sich dann nur noch unwesentlich vermehrten. Aus Frankfurt waren der ältere Schlöffel, Zitz, Simon von Trier und v. Trützschler gekommen. Die Versammlung erklärte die Sache der Wiener Revolution zu der ihrigen; eine Proklamation, Geldbeiträge zu stiften und bewaffneten Zuzug für Wien zu leisten, scheiterte an dem Widerstand der Berliner. Temme und d'Ester waren es besonders, die gegen jeden Straßenputsch arbeiteten. Waldeck setzte sich energisch dafür ein, auf dem gesetzlichen parlamentarischen Wege zu bleiben. Die Anregung zu seinem späteren Antrag, betreffend die Wiener Revolution, in der preußischen Nationalversammlung dankte er aber diesen Verhandlungen des „neuen Vorparlaments", das sich sonst als ein völliger Fehlschlag erwies. Die preußische Regierung verhielt sich lediglich zuschauend[67]).

Bedeutungsvoller war der zweite demokratische Kongreß, der am 26. Oktober seine Tagung begann, entsprechend den Frankfurter Pfingstbeschlüssen (vgl. oben S. 100). Es kamen an die 230 Deputierte als Vertreter von 260 Vereinen aus 140 Städten zusammen. Seit dem Juli befand sich der demokratische Zentralausschuß in Berlin; er unterhielt zahlreiche Verbindungen nach der Schweiz und den Vereinigten Staaten. Vollends seit der Frankfurter Septemberrevolution und dem Scheitern des großen Schlages gegen das Frankfurter Parlament und der Gründung einer westdeutschen Republik warfen sich alle Hoffnungen auf Berlin und Wien. Wien war nun mitten im revolutionären Kampfe drin, was sollte mit Berlin werden? Die im Juli aus Berlin erlassenen Aufrufe des demokratischen Zentralausschusses bezeichneten die demokratische Republik als die einzig haltbare Staatsform für Deutschland; das Vereinswesen sollte zentralisiert, regelmäßige Beiträge gesammelt werden, um diesem großen gemeinsamen Ziel zu dienen[68]). In dem Aufruf vom 14. Juli heißt es: „Das große Ergebnis der Kämpfe sehen wir in dem allgemeinen Bunde und der gemeinschaftlichen Organisation der freien Völker Europas, durch welche auch allein eine Lösung des sozialen Problems möglich werden kann." Das Manifest des Zentralausschusses vom 3. Oktober wandte sich dann in sehr scharfer Form gegen die Einsetzung eines Fürsten zum Reichsverweser, gegen die mit dem Willen des Frankfurter Parlaments vollzogenen militärischen Maßregeln, gegen den schmachvollen dänischen Waffenstillstand, gegen die Preisgabe Limburgs, gegen die Niederwerfung der Italiener durch Österreich, gegen die „vierte Teilung Polens", gegen die kostspieligen, vom Frankfurter Parlament beschlossenen Rüstungen, gegen die Unterlassung der Linderung der sozialen Not. Dieser demokratische Zentralausschuß litt dauernd unter Geldmangel; trotzdem gelang es ihm, mehrere Kreiskongresse abzuhalten und seine Vertrauensleute auf Reisen zu schicken. Nach Stettin ging ein gewisser Maron, der in der Berliner Märzrevolution tätig gewesen war; im Königreich und preußischen Herzogtum Sachsen reiste in Begleitung eines Polen, mit Geldmitteln voll versehen, ein gewisser Hans v. Streit umher, um Klubs zu stiften[69]). Rau ging nach Württemberg und wurde dort von der Polizei festgenommen und auf den Hohenasperg gesetzt; Julius Fröbel ging nach Wien. Der Ausschuß wirkte auch durch die Presse, in den befreundeten Vereinen, wandte sich mit Beschwerden an die Regierungen, warnte,

klärte auf, versuchte nutzloses Blutvergießen zu vermeiden. Sein Ziel war, gegenüber dem „freiheitfeindlichen" Parlament in Frankfurt und der reaktionären Zentralgewalt ein neues Parlament nach Berlin wählen zu lassen: „Das deutsche Volk muß nach Berlin als der Quelle seiner Zukunft sehen", heißt es in dem Bericht H. Krieges auf dem zweiten Demokratenkongreß[70]). Von Berlin aus, so wollte es der Ausschuß, solle die Revolution verwirklicht werden; aber „ohne Organisation eine Revolution zu machen, ist gewissenlos".

Am zweiten Demokratenkongreß nahmen eine Reihe der bekanntesten Volksführer teil: Professor Bayrhofer aus Marburg, der Anreger des ersten Demokratenkongresses in Frankfurt, der Lichtfreund Wiscelinus aus Halberstadt, die Kommunisten Weitling und Ewerbeck, Held, Braß, Corvin, Dr. Oppenheim, der Schriftleiter der „Reform", Arnold Ruge, jetzt aus dem Frankfurter Parlament ausgetreten, A. Streckfuß, Schasler, Gottfried Kinkel, Ludwig Bamberger, Graf Reichenbach, Georg Fein, Stephan Born, Professor Nees v. Esenbeck, der greise Führer der Breslauer Sozialisten, Löwinsohn aus Danzig, A. Friedländer und Gerke vom Berliner Arbeiterverein, Beust, Bernigau und Dr. Weyll als Vertreter der Kölner Richtung, Wolff aus Calbe, Anneke aus Guben, Wolff aus Hanau, Ascher und Imhof aus Potsdam.

Die Beratungen des Kongresses fanden im „Englischen Hause" in der Mohrenstraße statt; die republikanischen Fahnen der Schweiz, der Vereinigten Staaten und Frankreichs vereinigten sich zum Schmuck des großen Saales mit dem deutschen Schwarz-Rot-Gold. Wie schnell aber zeigte es sich, daß die Mitglieder dieses Kongresses außer dem sehr allgemeinen Ideal der Republik nichts Gemeinsames hatten! Auch die Debatten dieser Versammlung waren endlos, auch hier herrschte Schwachheit, Unklarheit, Haltlosigkeit; das breitere Publikum nahm kaum Anteil an den Verhandlungen, und die letzten großen Ziele wurden durch dieses betrübende Bild nur geschädigt[71]). Eine ganze Reihe von Mitgliedern reiste vor Schluß der Verhandlungen infolge mehr oder weniger persönlicher Reibungen ab. Viele Berliner schieden aus, darunter so namhafte Leute wie Oppenheim, Meyen und Siegmund, die beiden letzteren Mitglieder des Zentralausschusses. Auch zahlreiche Schlesier verließen den Kongreß; die Sonderbestrebungen dieser besonders stark politisch zersetzten und revolutionsreifen Provinz sind uns schon bekannt. Die seltsamsten Widersprüche kamen zum Vorschein; auf Kinkels Antrag wurde als Ziel die „demokratisch-soziale Republik" festgelegt; bei den Beschlüssen über Organisation wurde aber dann das Wort „republikanisch" bei der Bezeichnung der Partei weggelassen, „da viele in den Provinzen Anstoß daran nehmen könnten[72])".

In seinem Bericht des Zentralausschusses hatte Kriege gesagt: „Auf das Proletariat ist kein Verlaß, das ideale Proletariat ist gar nicht vorhanden"; es habe keine Einsicht in die wahre Sachlage, es könne sich nicht beraten und seine Interessen verfolgen, es habe seine Stellung nicht begriffen. Es lag hier die sehr wichtige Erkenntnis vor, daß Mittelstand und Arbeiterschaft einig sein müßten, um politisch etwas zu erreichen. Kriege, der sich selbst als Glied der äußersten sozialistischen Partei bezeichnete, fand aber mit solchen Äußerungen lebhaften Widerspruch von sozialistischer Seite. Und sobald Stephan Born, als Leiter des nach Leipzig verlegten „Zentralkomitees der deutschen Arbeiterverbrüderung"

gewiß eine Macht, nun den Vorschlag entwickelte, der zweite Demokratenkongreß möge die Arbeiterschaft auffordern, sich ihm anzuschließen, es gäbe nur ein Mittel gegen die Macht des Kapitals, die Assoziation, der Demokratenkongreß möge die Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses annehmen, da drang er nicht durch! Der Demokratenkongreß begnügte sich mit einer kühlen Sympathieerklärung für die Arbeiterassoziation. Wir wissen, wie zahm die Beschlüsse jenes Arbeiterkongresses gewesen waren; ihre Schwäche und ihre Kraft bestand in der Hervorkehrung des „Gewerkschaftlichen", der Zurückstellung des eigentlich politischen Moments. Nun entschied sich ein so vorsichtiger Mann wie Stephan Born, den Anschluß an die große politische Tagesbewegung zu suchen — und da schlug der Demokratenkongreß in seiner Verblendung die dargebotene Hand aus! Derselbe Demokratenkongreß, der so also die erste praktische Möglichkeit der Bildung einer deutschen „Sozialdemokratie" zerstörte, verschmähte es aber nicht, eine ihm von Dr. Oppenheim vorgelegte „Erklärung der Menschenrechte" anzunehmen, die ein mit geringfügigen Änderungen versehener Abklatsch der von Robespierre stammenden Fassung war; diese Fassung war seit 1830 das Parteiprogramm der französischen Sozialisten[73]).

Ja der demokratische Kongreß, der durch die vielen Aus- und Eintritte täglich sein Gesicht veränderte, ließ sich durch seine Kommission für die Arbeiterfrage ein vollkommen marxistisches Programm vorlegen. Der Berichterstatter dieser Kommission, Beust aus Köln, gehörte zum engeren Kreise von Karl Marx. Sein Bericht über die Lösung der sozialen Frage stellte als Grundsätze auf: Eigentum der Allgemeinheit an Grund und Boden, gesellschaftlicher, nicht privatrechtlicher Charakter des Eigentums, Vergesellschaftung des Eigentums durch den Sieg des Proletariats, Aufgabe der revolutionären Partei, das auf Massenausbeutung beruhende Bourgeois-Eigentum zu schwächen, Abschaffung aller materiellen Privilegien und Vorrechte, gleiche Verpflichtung aller Menschen, durch Arbeit zur Vermehrung des sozialen Kapitals beizutragen. Das Programm der Kommission war dann zum größten Teil eine wörtliche Wiedergabe des „Manifestes der Kommunistischen Partei in Deutschland" vom 1. April 1848 (nicht des großen Londoner kommunistischen Manifestes; vgl. I, 532); es zählte als Forderungen auf: die Umwandlung aller fürstlichen und feudalen Güter und Bergwerke ins Staatseigentum, die Umwandlung der Pachten in Steuern für den Staat, Begründung einer Staatsbank an Stelle der Privatbanken, mit gesetzlichem Zwangskurs für ihr Papiergeld, Verstaatlichung der Transportmittel, starke Progressivsteuern, Abschaffung der Konsumtionssteuern, Beschränkung des Erbrechts; Differenzierung der Beamtengehälter nur nach dem Familienstande, mit abmildernden Übergangsbestimmungen für die ersten 25 Jahre nach Gründung der Republik, völlige Trennung von Kirche und Staat, unentgeltliche Gerechtigkeitspflege, allgemeine unentgeltliche Volkserziehung, gleicher Arbeitszwang für alle, keine müßigen stehenden Heere, sondern Arbeiterarmeen, die zugleich produzieren und ein Mittel zur Organisation der Arbeit darstellen; Errichtung von Nationalwerkstätten, Existenzgarantie aller Arbeitsfähigen durch den Staat, Versorgung aller Arbeitsunfähigen durch den Staat[74]). Dieses Programm ist von dem demokratischen Kongreß gar nicht mehr durchberaten, sondern einfach

angenommen worden; in die gedruckten Beschlüsse wurde es aber dann doch nicht eingereiht[75]). Ergänzt wurde es noch durch den Antrag Karl Hexamers zu den Grundsätzen über Verfassungsfragen (alljährliche direkte Urwahlen, eine Kammer, Zurückziehbarkeit der Mandate, Volksveto durch Urversammlungen, unentgeltliche Abschaffung aller Feudallasten, allgemeine Volksbewaffnung, Abschaffung aller Privilegien) und durch den Antrag der Londoner Demokraten über Garantie von Grundrechten (Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit ohne jede Einschränkung, allgemeines direktes Wahlrecht mit Mandatwiderruf, Garantie der Bildung und der Arbeit).

So schweifte also der zweite Demokratenkongreß ins Theoretisch-Weite, in eine bestenfalls ferne Zukunft. Praktische Bedeutung hatten diese Beschlüsse gar nicht, sie dienten nur dazu, die „Demokratie" zu belasten und ihre Anhänger zu veruneinigen. In Wien wurde inzwischen blutig gekämpft, und vor Berlin stand Wrangel. Dieses unmittelbar Aktuelle mußte zuletzt auch einen so unklaren und zwiespältigen Kongreß wie den demokratischen zusammenreißen. Arnold Ruge und Schramm waren es, die am 28. Oktober auf dem Demokratenkongreß mit großer Energie den Gedanken verfochten, er müsse, in Gemeinschaft mit dem Gegenparlament, die Sache Wiens zu der seinigen machen und eine Volksversammlung dafür einberufen. Die Debatte darüber förderte eine Unzahl widersprechender Ansichten und Vorschläge zutage; es kam zu schweren persönlichen Vorwürfen, auch wegen Beschränkung der Redefreiheit. Schließlich wurde die Volksversammlung beschlossen. Sie fand am 29. Oktober statt, war gut besucht und beschloß, das Volk von Berlin wolle die Sache Wiens zu der seinigen machen. Ruge schlug mit großem Erfolg eine Sturmpetition in Massen bei der Berliner Nationalversammlung vor, um einen Beschluß für Wien zu erzwingen. Ruge und seine Freunde wußten, daß Waldeck einen Antrag wegen Wien in der Nationalversammlung beabsichtigte; er dachte sich ein Zusammenspiel und hoffte auf eine durchschlagende politische Wirkung. Der demokratische Kongreß wollte nun auch nicht zurückbleiben und beschloß auf Ruges Antrag in seiner Nachmittagssitzung vom 29. Oktober einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem er es als die heiligste Pflicht der deutschen Regierungen bezeichnete, Wien zu Hilfe zu eilen, und ebenso als die heiligste Pflicht des deutschen Volkes, jedes Opfer dafür zu bringen. „Rettet die Freiheit Wiens, rettet die Freiheit Deutschlands!" Was das Gegenparlament also abgelehnt hatte, tat der demokratische Kongreß: er ging, wiederum im vollkommenen Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Zentralausschusses, unter dem Einfluß von revolutionären Feuerköpfen auf die Straße; er wirkte dazu mit, daß sich vielleicht doch noch aus der Linken der Nationalversammlung, den Berliner Klubs, dem Gegenparlament und dem demokratischen Kongreß eine revolutionäre Angriffsfront zusammenfügte, von der der Gegenschlag gegen die vorbereitete Reaktion in Preußen ausging. Unter solchen Voraussetzungen spielte sich der Entscheidungstag, der 31. Oktober, ab.

Am 11. Oktober meldete der bayrische Geschäftsträger nach München, ein baldiger Wechsel des preußischen Ministeriums stehe in Aussicht: General v. Pfuel beklage sich über die Hindernisse, die ihm „von seiten der Prinzen und der Militärpartei" in den Weg gelegt würden, er wolle seine Entlassung nehmen[76]).

Am 7. Oktober erbat er sie zum ersten Mal, der König lehnte ab, äußerte aber seine Unzufriedenheit über Pfuel mit den stärksten Worten und erklärte, den Minister Eichmann nicht mehr sehen zu wollen. Das Diplomatische Korps wußte das so gut wie der ganze Hof[77]). Das Verhältnis des Königs zur Nationalversammlung war immer recht kühl gewesen. Im Sommer hatte er die Volksvertreter einmal zu einem Ausflug nach Potsdam eingeladen, der harmonisch verlief; König und Königin hatten gerade auch mit den Führern der Linken gnädig gesprochen. Ähnliches hatte sich dann nicht wiederholt. Am 15. Oktober war der Geburtstag des Königs. Die Nationalversammlung entsandte eine Deputation von 25 Mitgliedern, an der Spitze den Präsidenten, zur Gratulation; ebensolche Vertretungen schickten die städtischen Behörden und die Bürgerwehr. Der Streit um die Gottesgnadenformel hatte die Lage empfindlich verschlechtert. Friedrich Wilhelm sagte zu der Deputation der Nationalversammlung: „Alle früheren Regenten in Preußen sind stolz darauf gewesen, Herrscher von Gottes Gnaden zu sein; und wahrlich, bei dem großen Verfassungswerk, das jetzt unsere gemeinschaftlichen Bemühungen in Anspruch nimmt, haben wir die Gnade Gottes mehr als nötig[78])"; und unter Hinweis auf Frankreich meinte der König: „Vergessen Sie nicht, daß wir etwas vor anderen voraushaben: eine Macht, die man dort nicht mehr zu kennen scheint, eine Obrigkeit von Gottes Gnaden."

Als der Befehlshaber der Bürgerwehr Rimpler die Notwendigkeit der Volksbewaffnung betonte und versicherte, die Bürgerwehr werde sich stets die Erhaltung der Beschlüsse der Mehrheit der Nationalversammlung angelegen sein lassen, antwortete der König: er habe der Bürgerwehr die Waffen verliehen, er zweifle nicht daran, daß die Bürgerwehr diese Waffen auch zu anderen Zwecken gebrauchen werde[79]). Den Magistratsdeputierten gab er die Mahnung, aus Worten endlich Taten zu machen. Der vorsichtige Präsident Grabow teilte der Nationalversammlung die Äußerungen des Königs nicht mit, mit der Begründung, Seine Majestät habe frei gesprochen. So versuchte er die verletzend scharfe Wendung Friedrich Wilhelms gegen die Volksvertretung abzudämpfen. Bereits am 16. Oktober war der Kommandierende General des schlesischen Armeekorps, Graf Brandenburg, beim König in Sanssouci; er verhandelte mehrere Tage, sein Eintritt an Stelle Pfuels wurde von den bisherigen Ministern abgelehnt, den Gedanken, ein eigenes Kabinett zu bilden, wies er zunächst ab[80]). In einem Privatbrief an den Außenminister Grafen Bray schilderte der bayrische Geschäftsträger die Lage in Berlin überaus trübe: man stehe am Rande einer Katastrophe; das persönliche Ansehen des Königs werde täglich mehr untergraben; in Frankfurt wüchsen Preußens Aussichten auf die Hegemonie in demselben Maße, wie das Vertrauen in Berlin abnehme; niemand finde sich, der sich zu der Umformung des Ministeriums hergeben wolle; es gäbe nur eine Rettung: die Armee; ihr Geist ließe jetzt nichts zu wünschen übrig; dank der Tätigkeit der Offiziere sei die Arbeit der Wühler zerstört; mit einer Art von Neid sehe man die energischen Maßnahmen in München[81]).

Am 16. Oktober demissionierte das Ministerium Pfuel in aller Form, weil der König nicht den gesetzlichen Weg mit der Nationalversammlung gehen wolle, aber noch erfuhr die Öffentlichkeit davon nichts. Bonin und Eichmann lehnten die Nachfolge ab, ebenso Radowitz, der es vorzog, in Frankfurt zu bleiben. Der König

hatte von Pfuel die Erklärung des Belagerungszustandes verlangt, was dieser verweigerte. Nach den Unruhen des 16. Oktober sprach der König der Bürgergarde seinen Dank für ihre Haltung aus[82]). Was jetzt kommen mußte, war klar. Aber noch zauderte der König. Wieder wurden, wie nach der Märzrevolution, scharfe Anklageschriften gegen Friedrich Wilhelm IV. auf den Straßen verkauft. Ein Plakat verglich den 18. März mit dem 15. Oktober[83]). Dem österreichischen Gesandten sprach Friedrich Wilhelm am 26. Oktober seinen vollen Beifall zu den kaiserlichen Erlassen aus: das sei einmal eine energische Sprache; wenn in Berlin nicht mit Energie aufgetreten werde, so sei es nicht seine Schuld; Österreich werde aus der jetzigen Krise verjüngt hervorgehen[84]).

Mit Befriedigung vermerkte Graf Trauttmansdorff den Eindruck der Wiener Ereignisse; die dortigen Erfolge bedingten die Beschlüsse der preußischen Regierung.

Gab es aber für Preußen nur den Weg der partikularistischen Gegenrevolution? Wir kennen die scharfen preußischen Empfindungen der Berliner Nationalversammlung; nun wandte sich auch der Demokratenkongreß gegen die Frankfurter Reichsverweserschaft. Preußens eigenartige Lage bekommt erst durch diese Momente ihre volle Beleuchtung. Die Wiener Gegenrevolution wandte sich von Frankfurt ab und erledigte die Hausmachtgedanken des Erzherzogs Johann. Konnte jetzt Preußen nicht zugreifen — im Bunde mit der Volksbewegung? Anfang Oktober erschienen Stockmar und Graf Schwerin in Berlin, um wegen der Einziehung der Partikulargesandtschaften zu verhandeln. Stockmar sprach sich ganz im Sinne des berühmten Leiningschen „Entweder-Oder"-Artikels (vgl. oben S. 93) aus, schnitt auch das Thema Mediatisierungen an und bekam eine ablehnende Antwort. Alexander v. Humboldt sagte damals zum Freiherrn v. Aretin: „Seien Sie versichert, daß der König die ganze Sache durchschaut und daß wir nicht in die Falle gehen werden. Mein Freund Bunsen steckt auch unter der Decke — man kennt aber die Intrigen dieser Herren[85])." Eine Persönlichkeit des preußischen Kabinetts war aber doch den Stockmarschen Gedanken zugänglicher: der Außenminister Graf Dönhoff, den sein Unterstaatssekretär Graf Bülow vergeblich zurückzuhalten versuchte[86]). Dönhoff fand den Vorschlag Stockmars, von Frankfurt aus die auswärtigen Angelegenheiten des Reichs und Preußens zugleich zu leiten, durchaus annehmbar und sah bereits Camphausen oder gar sich selbst, den vormaligen preußischen Bundestagsgesandten, als Reichsaußenminister in Frankfurt [87]). Zur Bestärkung von Dönhoffs Ansichten erschien gerade jetzt der Legationssekretär in London Prinz Wilhelm Löwenstein als Bunsens Abgesandter in Berlin, um für die Fusion der preußischen mit der Reichsdiplomatie zu wirken. Graf Dönhoff sprach sich ganz unitarisch aus, erklärte die legitimen Regierungen für machtlos und die Frankfurter Zentralgewalt für eine große moralische Kraft[88]). Im preußischen Außenministerium wurde jetzt ein Plan fertig ausgearbeitet für die Übergabe des gesamten preußischen Konsulatswesens an die Reichsgewalt. Die Genehmigung des Königs stand freilich dafür aus und war wohl nicht leicht zu erlangen. Vorläufig wollte die preußische Regierung keine Verschmelzung der Gesandtschaften, man war aber bereit, der Zentralgewalt die preußischen Gesandten zur Verfügung zu stellen. Gerade daraufhin arbeitete ja auch Bunsen[89]).

In Frankfurt verstärkte sich also unter dem Eindruck der österreichischen Ereignisse täglich mehr der Gedanke, Preußen schnell an die Spitze zu stellen. Während im Sommer nach der Wahl des Reichsverwesers Preußen sich ganz kühl abwandte, gab es jetzt auch wieder in Berlin eine Richtung, die, vor allem von Graf Dönhoff vertreten, die günstigere Lage benutzen wollte. Dafür aber kränkte die preußische Nationalversammlung das Frankfurter Parlament. Das Verhältnis der beiden Volksvertretungen war von vornherein schwierig gewesen (vgl. oben S. 43). Konnte jetzt nun nicht die preußische Nationalversammlung ganz ausgeschaltet und eben darauf das Zusammenarbeiten der preußischen Regierung mit dem Frankfurter Parlament aufgebaut werden? Mit großem Argwohn beobachteten der österreichische und der bayrische Gesandte „das Wiedererwachen hegemonischer Ideen beim preußischen Kabinett[90])“. Sorgfältig notierte Trauttmansdorff, wenn irgendwo in Berlin die Beseitigung der Reichsverweserschaft verlangt wurde[91]). Am 19. Oktober zeichnete er die Lage so: Frankfurt nähert sich Berlin, Österreich wird durch die Wiener Ereignisse von Frankfurt weggerückt; im preußischen Außenministerium argumentiert man: Österreich muß entweder zerfallen oder sich durch das Slawentum retten; ergo ist die preußische Hegemonie gesichert[92]). Und in dem oben angeführten Privatbrief an Graf Bray schreibt Freiherr v. Aretin: „Ich habe als guter Bayer niemals große Vorliebe für Österreich gehabt; aber ich werde immer mehr zu der Überzeugung hingedrängt, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt von dort mehr Heil zu erwarten ist als von Preußen . . . Österreichs Interesse ist der Staatenbund, Preußens Interesse das zentralisierte Deutschland. Was für uns das vorteilhafteste ist, liegt auf der flachen Hand[93]).“

Preußen konnte also nach dem Urteil dieser gut unterrichteten und gewiß durch Wohlwollen nicht voreingenommenen Beobachter Ende Oktober den Staatsstreich, der vorbereitet wurde, nach zwei sehr entgegengesetzten Richtungen führen. Es konnte ihn zentralistisch-deutsch machen: die Reichsverweserschaft übernehmen, Mediatisierungen durchführen, sich mit dem Frankfurter Parlament verbinden, Norddeutschland besetzen und Einmischungen Österreichs oder Rußlands durch die Armee abwehren; oder es konnte den Staatsstreich borussisch-partikularistisch machen: den altpreußischen Staatskern durch Rittergut und Garde zusammenfassen und von da die unsicheren Provinzen, besonders Schlesien und Rheinland, bezwingen, Frankfurt und die deutsche Suprematie aufgeben, sich mit der österreichischen Gegenrevolution und mit Rußland auf einen Boden stellen. Das Opfer war in beiden Fällen die preußische Nationalversammlung; sie hinderte den deutschen Zentralismus genau so wie die borussische Reaktion.

Kamarilla und Militärpartei hetzten ja gegen die Nationalversammlung schon lange. Gewiß hatte die Nationalversammlung durch ihre Ablehnung der Gottesgnadenformel, durch ihre Beschlüsse gegen die Standes- und Wirtschaftsprivilegien des Adels das Altpreußentum schwer gereizt. Aber es ist doch nicht so, als ob die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit den Gedanken einer neuen Revolution aufgegriffen und das Bündnis mit der Straße und den Klubs gewünscht hätte. Die Mehrheit dieser Volksvertretung wollte, was Volksvertretungen immer wollen: in Ruhe ihre Arbeit durchführen. Die Nationalversammlung glaubte sehr stark an sich, an ihre Mission und an ihr Recht; aber

ihre Mehrheit hatte sich ausdrücklich zur Vereinbarung mit der Krone bekannt; noch war in keiner Verfassungsfrage das letzte Wort gesprochen; man hätte sich ein energisches, klug geleitetes Ministerium denken können, das mit einer gutwilligen Krone eine weitgehende Verständigung fertiggebracht haben würde.

Am 26. Oktober legte Grabow das Präsidium der Nationalversammlung nieder und nahm einen längeren Urlaub. Der Anlaß war ein Ordnungsruf, den er dem Abg. Kaplan v. Berg erteilte und gegen den der Betroffene mit Erfolg appellierte, so daß Grabow mit wenigen Stimmen in der Minderheit blieb. Die Versammlung hätte aber den bewährten und beliebten Präsidenten sofort wiedergewählt. Doch Grabow wollte nicht; er fühlte sich der kommenden Krise nicht gewachsen[94]). Sein Nachfolger wurde Hans Victor v. Unruh, der bisherige Vizepräsident. Die stärkste politische Begabung des Zentrums trat so ganz in den Vordergrund, unmittelbar vor weittragenden Entscheidungen. Unruh arbeitete mit seinem Freunde Rodbertus auf eine friedliche Lösung der Krisis hin — im Sinne der Sicherung der gesetzlichen parlamentarischen Arbeit. Dem ehrgeizigen, redebegabten Manne wurde der Wunsch nach einem Ministerportefeuille nachgesagt[95]). Er wäre einer der Besten gewesen, die überhaupt in Frage kamen; daß das Ministerium Pfuel nicht mehr zu retten war, sah jeder. Neuwahlen und Oktroyierung einer Verfassung waren beides Lösungen, die mehr Unsicherheit als Sicherheit boten. Warum also nicht noch einen letzten Versuch machen mit Männern aus der Versammlung selbst? Unruh genoß weitgehendes Vertrauen. Der rechte Flügel zählte rund dreißig, die äußerste Linke höchstens sechzig Stimmen; Unruh hatte die Stimmen der Rechten erhalten bei der Präsidentenwahl; Waldeck wurde Vizepräsident mit den Stimmen der Linken. Der Schwerpunkt in der Versammlung hatte sich gewiß unter der Drohung der Gegenrevolution etwas nach links verschoben, er lag aber immer noch in der Mitte und durchaus nicht auf der Linken. Die Abstimmungen waren immer fast genau vorher zu berechnen. Es ist völlig irrig, die preußische Nationalversammlung in ihrem letzten Stadium als einen tobenden Konvent hinzustellen. Die Ereignisse des 31. Oktober bewiesen das Gegenteil.

In der Abendsitzung dieses Tages beriet die Nationalversammlung den Antrag Waldecks: „Die Versammlung wolle beschließen, das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten". Die Sturmpetition Arnold Ruges, die Waldecks Antrag unterstützte, war bereits am Vormittag eingegangen. Ein Zug von rund tausend Menschen überbrachte sie. Seitdem war bis zum späten Abend der Gendarmenmarkt und das ganze Stadtviertel von erregten Volksmassen angefüllt. Man sah viele rote Fahnen[96]). Für einen rechtzeitigen Schutz der Volksvertretung hatten weder Innenminister noch Kriegsminister gesorgt. Man hat beinahe den Eindruck, als wäre den leitenden Stellen eine Katastrophe durchaus erwünscht gewesen. Sie trat aber nicht ein. Der Präsident v. Unruh setzte sich mit dem Bürgerwehrkommandanten Rimpler in Verbindung; im Schauspielhause wurde infolgedessen die Ordnung durch die Bürgerwehr durchaus aufrechterhalten. Draußen hatte Regen eingesetzt; viele zerstreuten sich. Gegen Abend nahmen Halbwüchsige und Angetrunkene zu.

Einige Rohlinge führten Stricke bei sich und erklärten, sie seien für gewisse Abgeordnete bestimmt. Der Haupteingang zum Gebäude war von Maschinenarbeitern mit roter Fahne besetzt; hier kam es zum Handgemenge und wenigen Verwundungen[97]). Im Vergleich zu den früheren Berliner Straßentumulten läßt sich eine Abschwächung, nicht eine Verstärkung feststellen. In den Sitzungssaal selbst drang niemand ein. Die Versammlung konnte völlig ungestört, ohne jeden äußeren Druck ihre Beratung durchführen. Der Antrag Waldecks, der auf ein Bündnis der preußischen Regierung mit der Wiener Revolution, also eine wahrhafte Absurdität abzielte, fiel mit 229 gegen 113 Stimmen. Der Plan, die Nationalversammlung durch die Sturmpetition in eine revolutionäre Bewegung im Sinne mancher Leute des demokratischen Kongresses hineinzureißen, mißlang vollkommen. Zwei Amendements waren eingebracht worden: vom Abg. Duncker (Zentrum): „die Regierung S. M. aufzufordern, bei der deutschen Zentralgewalt mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß nicht infolge der neuesten Wiener Ereignisse die Freiheit und die Nationalität eines deutschen Bruderstammes gefährdet werde", und vom Abg. Rodbertus (linkes Zentrum): „S. M. Regierung aufzufordern, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu tun, damit die in den deutschen Ländern Österreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen, und der Friede hergestellt werde[98])". Beide Amendements wollten also dasselbe; sie unterschieden sich nur im Tone; das Dunckersche betonte mehr das nationale Moment, das Rodbertussche das demokratische und parlamentarische; das Gemeinsame war der verlangte Schritt bei der Frankfurter Zentralgewalt; ein solcher war ja durch die Entsendung der Reichskommissare (vgl. oben S. 214) schon geschehen; ein Beschluß der preußischen Nationalversammlung in dieser Richtung bedeutete also einen vollkommen korrekten, verhältnismäßig harmlosen Akt innerhalb der gegebenen staatsrechtlichen Möglichkeiten, er war hauptsächlich eine Geste der Sympathie gegenüber deutschen Landsleuten und entbehrte jeden irgendwie sensationellen, revolutionären Charakters. Der österreichische Reichstag war eine genau so gesetzlich gewählte Volksvertretung wie die preußische Nationalversammlung — wir wissen, daß das Ministerium der österreichischen Gegenrevolution ja auch mit diesem Reichstage weiterarbeitete. Es war also wirklich kein Verbrechen, für diesen Reichstag einzutreten. Das Dunckersche Amendement kam zuerst zur Abstimmung und fiel mit 187 gegen 164 Stimmen; nun wurde das Rodbertussche angenommen; die äußerste Rechte sprach sich allein dagegen aus, mit 52 Stimmen; 261 Stimmen waren dafür. Sehr viele Abgeordnete, die zuerst für Duncker gestimmt hatten, stimmten nun für Rodbertus, weil sie die Kundgebung für Wien wünschten, so platonisch sie auch sein mochte. Auch der Ministerpräsident v. Pfuel, seit kurzer Zeit infolge Stellvertretung auch Mitglied der Nationalversammlung geworden, stimmte zuerst für Duncker, dann für Rodbertus. Als die Sitzung nach zehn Uhr nachts zu Ende ging, mußten die Türen für die Abgeordneten durch die Bürgerwehr frei gemacht werden. Zwischen Bürgerwehr und Arbeitern kam es wieder zum Handgemenge; es wurde geschossen. Manche Abgeordnete entgingen nur mit Mühe Mißhandlungen, einige tätliche Beleidigungen kamen tatsächlich vor[99]).

Der alte Pfuel vertraute sich dem Schutze von zwei Abgeordneten der Linken, Jung und Schramm, an und nahm, gänzlich erschöpft, für kurze Zeit Zuflucht in Jungs Wohnung. Für die Kamarilla galt er deshalb nicht nur für politisch, sondern auch für menschlich erledigt. Daß Pfuel staatsmännisch die außergewöhnliche Lage nicht meistern konnte, ist nicht zu bestreiten; daß sich aber der greise Patriot der Freiheitskriege nicht gegen den Volkswillen mißbrauchen ließ, macht ihm Ehre. Vollends zum Verräter wurde er dann deshalb gestempelt, weil er sogleich am 1. November dem Präsidenten v. Unruh mitteilte, daß er seine Entlassung eingereicht habe. Es war ja verabredet, daß diese Tatsache bis zur Bildung des neuen Ministeriums unbekannt bleiben sollte. Nun mußte auch Graf Brandenburg, der den wiederholten Bitten des Königs nachgab, dem Präsidenten v. Unruh schriftlich mitteilen, daß er mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt sei[100]). Dies Schreiben traf am Morgen des 2. November ein und erregte große und begreifliche Bestürzung[101]).

Graf Brandenburg, der Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, sah sehr gut aus; das war das Erbteil seiner schönen Mutter; mit seinem Halbbruder König Friedrich Wilhelm III. hatte er die Kommißnatur und ein großes Phlegma gemeinsam; der jetzt Achtundfünfzigjährige war Yorks Adjutant in Rußland gewesen und mochte aus dieser Zeit eine Antipathie gegen jede Art Rebellion haben. Bei Eckau hatte er sich den Pour le mérite geholt: ein schlanker Gardedukorps-Offizier, bieder und anständig, ohne Einfall, gelangweilt von sich selbst, in manchem an seinen Neffen, den Prinzen von Preußen, erinnernd, unkompliziert, eine Mischung von gehobenem Wachtmeister und Serenissimus, also der echte militärische Typ der Hohenzollern, ahnungslos, aber mißtrauisch gegenüber den Gepflogenheiten eines Verfassungsstaates, Feind aller „Konfusion"; im April 1848 hatte er sich geweigert, Truppen nach Posen zu senden — er müsse und werde „seine" Provinz Schlesien halten; das freiheitliche Breslau kannte die harte Hand dieses Generals; mit dem Könige, der ihm im Grunde unverständlich war, konnte er bei aller respektvollen Treue doch auch recht unsanft umgehen, wie mit einem jüngeren, noch nicht ganz ausgewachsenen Verwandten; er selbst hat von dieser seiner Hundetreue gesprochen[102]), aber er besaß auch ebensoviel von der Eleganz und der Torheit eines überzüchteten Tieres. Untertanen gegenüber empfand Graf Brandenburg freilich gern als Dynast — auch ein „Bastard von Preußen", wie ihn der König in Erinnerung an Schillers Bastard von Orleans mit etwas ängstlichem Stolze nannte, war ja zum Teil wenigstens von Gottes Gnaden. Wenn das brutal wirkte, so tat es dem Grafen vielleicht leid, er konnte es aber nicht ändern. Sympathisch an ihm war, daß er seine eigenen Grenzen durchaus fühlte und sich zu nichts drängte. Sein Ministerium hat er weder selbst gebildet, noch jemals wirklich geleitet. Da aber kein anderer seinen Kopf riskieren wollte, so tat er es, als ein loyaler Onkel und Soldat, den man in der Not brauchte. Nun war es Befehl, und folglich wurde der Dienst getan. Zähigkeit, Pomade und Gesinnung mußten das ersetzen, was sonst fehlte. Und schließlich ging der arme Graf Brandenburg zugrunde an der Aufgabe, für die er nicht paßte, wie ein braver Kavalleriegaul im Artilleriefeuer.

Die Intelligenz des neuen Kabinetts wurde Freiherr Otto v. Manteuffel — eine merkwürdig unjunkerliche Erscheinung, vom Landrat zum Ministerialdirektor

in der Behördenmaschinerie des inneren Dienstes emporgedient, intriganter Büromensch, solide, aktenstolz, erfüllt von einer etwas subalternen Arbeitswut, pergamentener Reaktionär ohne jeden deutschen oder gar europäischen Begriff. Dieses Kalkulatorengesicht mit den treuherzigen Brillengläsern lieferte nun, milde lächelnd, mit öligem Eifer alles und in jeder Aufmachung, was für den kommenden Staatsstreich an Oktroyierung gebraucht wurde.

Geschehen war wirklich wenig bis jetzt. Berlin hatte viel ernstere Tumulte gesehen als den vom 31. Oktober; der Verlauf dieses Tages bewies vielmehr, daß die revolutionäre Front des 18. März nicht mehr bestand. Ganze 1500 Mann hatten sich für Wien gemeldet; hingekommen ist davon wohl keiner.

Die Zahl der Verhaftungen war ganz gering. Dowiat saß „wegen aufreizender Reden" auf der Stadtvogtei und wurde am 15. Dezember zu sechs Jahren Festungsstrafe verurteilt; wie sehr er den Boden bei der liberalen bürgerlichen Gruppe verloren hatte, beweist das höhnische Inserat, das die Spenersche Zeitung am 4. November brachte: „Ich ersuche die Zeitungen, bei Nennung meines Namens das Prädikat ‚deutsch-katholischer Prediger' wegzulassen. Ich habe die religiöse Bewegung stets nur als Mittel zur sozialpolitischen Agitation betrachtet. Jetzt ist die Maske und folglich die ganze religiöse Bewegung unnötig. Ich habe nicht das geringste mehr mit derselben zu tun. Stadtvogtei. Dowiat[103])." Sonst waren nur zwei Redner der vom demokratischen Kongreß veranstalteten Volksversammlung verhaftet worden; dieser Kongreß selbst ging zerspalten auseinander und verpuffte in der Wirkung vollständig; es hieß, er wolle sich Ende November wieder in Köln vereinigen und einen revolutionären Handstreich in mehreren Städten gleichzeitig vorbereiten[104]). Es gab keine Einigkeit mehr zwischen den verschiedenen Gruppen der „Demokratie". Bürgerwehr und Proletariat waren bitter verfeindet; nach dem Urteil des Berliner Polizeipräsidenten v. Bardeleben war mit einer Erhebung großen Stils nur dann zu rechnen, wenn eine Beteiligung der Bürgerwehr in Betracht gekommen wäre[105]). Man fragt sich, wer eigentlich die angeblich geplante „rote Republik", vor der die reaktionären Heuler zitterten, ins Leben rufen sollte. Aber der Hinweis auf die sozialistischen und kommunistischen Programmpunkte wirkte prompt als Bürgerschreck[106]). Zwischen den Abgeordneten selbst der Linken der Nationalversammlung und der Volksbewegung war der Zusammenhang ganz locker. Unruh bezeugt die Erzählung mehrerer Abgeordneter, daß die Menge am 31. Oktober sie — anders als sonst — wenig beachtete; sie folgerten daraus, daß der Einfluß unbekannter Personen, also von Provokateuren der altpreußischen Seite, tätig gewesen sei[107]). Die Nationalversammlung tat alles, um sich nicht zu kompromittieren, sie wollte korrekt sein und glaubte an das Recht; sie dachte nicht (in ihrer überwiegenden Mehrheit) an eine neue Revolution; der Straßenkrawall war ja gerade g e g e n sie gerichtet! Um so bestürzter war sie durch die Ankündigung eines Ministeriums Brandenburg. Auch jetzt folgte die Mehrheit nicht den Vorschlägen Jacobys, der eine Kommission zum Vorschlag geeigneter außerordentlicher Maßregeln eingesetzt haben wollte, sondern beschloß die Übergabe einer Adresse an den König, die vor einem Ministerium Brandenburg warnte und die Einsetzung eines volkstümlichen Ministeriums erbat. Nach einigen Schwierigkeiten empfing Friedrich Wilhelm IV. die aus 25 Abgeordneten aller Parteien bestehende

Deputation, hörte die Verlesung der sehr respektvoll gefaßten Adresse durch Unruh an, nahm das Dokument entgegen, faltete es ohne Antwort zusammen und wandte sich zur Tür. Da ergriff Jacoby das Wort und fragte den Weggehenden, ob er nicht den Mitgliedern der Deputation Gehör schenken wolle; sie sei ja nicht nur zur Überreichung der Adresse gekommen, sondern um über die Lage des Landes Auskunft zu geben. Der König sagte im Weiterschreiten kurz: „Nein!" Und da rief ihm Jacoby erregt die berühmten Worte nach: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!"

Dieser spontane Satz wirkte zunächst durchaus peinlich auf die Anwesenden. Der König wandte sich noch dem Flügeladjutanten Edwin v. Manteuffel zu und sagte: „Sagen Sie dem Herrn Jacoby, daß ich auf solche Ausdrücke keine Antwort habe." Manteuffel richtete diesen Auftrag nicht Jacoby, sondern dem Präsidenten v. Unruh aus, der bemerkte, die Worte Jacobys seien rein persönlich; er und die anderen Mitglieder der Deputation mißbilligten sie durchaus[108]). Sicher war es ja in erster Linie Sache des Präsidenten, also Unruhs, als des Führers der Deputation, das Wort zu ergreifen. Aber das Auftreten des Königs war doch sehr schnöde: Jacoby war für schärfere Maßnahmen gewesen, er wollte den offenen Kampf mit der Reaktion; das kecke Wort war aus dem Munde dieses Republikaners eine Verurteilung nicht nur dieses Monarchen, sondern der Monarchie überhaupt. So wies es weit über den Anlaß und die Gegenwart hinaus in eine ferne fremde Zukunft. Korrekt war die Sentenz nicht, weder vom höfischen noch vom parlamentarischen Standpunkt aus. War es aber nicht Zeit, inkorrekt zu werden? Jacobys Wort schlug ein, es machte die Runde durch Berlin. Tausende brachten ihm einen Fackelzug. Er ließ dabei die Wiener Barrikadenkämpfer hochleben. Nun entstand eine außergewöhnliche Erregung in der unteren Schicht. Die Wiener Ereignisse wirkten nach dem Zeugnis des bayrischen Gesandten als starker Anreiz. Sollte Berlin zurückbleiben hinter Wien[109])? Ein wildes Berliner Flugblatt wandte sich gegen „den Bluthund Windischgrätz und den Schinderknecht Jellačić[110])". Auf einem Plakat war das kommende Ministerium Brandenburg als das Ministerium der Kontrerevolution bezeichnet; der König solle in die Hauptstadt zurückkehren; das Vaterland sei in Gefahr; die Bürger sollten sich rüsten „zum letzten Kampf für Vaterland, Recht und Freiheit[110])". Die Führer vermochten die Vorstadtbevölkerung jetzt kaum ruhig zu halten; auf das erste gegebene Signal war man dort bereit, loszubrechen. Durch einen außerordentlich ungeschickten Schritt stieß auch noch der bisherige Innenminister v. Eichmann die Bürgerwehr vor den Kopf: er teilte durch öffentlichen Anschlag mit, er werde in Zukunft Militär requirieren, falls die Bürgerwehr nicht rechtzeitig vollständig erschiene. Dagegen protestierte nun der Bürgerwehrkommandant Rimpler, und das Bataillon Linden-Pariser Platz sagte sich deshalb von Rimpler los. Die gewiß loyale Bürgerwehr zerspaltete sich also auch. So steigerte sich die Verwirrung[111]).

Im Exerzierhaus vor dem Prenzlauer Tor versammelten sich am 5. November auf einen Aufruf der demokratischen Bürgerwehr- und Landwehrvereine 1500 Menschen, um über die Bildung eines neuen Freischarenkorps zu beraten. Braß und Eichler sprachen: die Freiheit müsse erhalten werden, ob der Feind von außen oder von innen komme; die Zeit zum Handeln sei da; schon sei zuviel

Zeit mit Reden verloren worden, man solle sich nicht wieder betören lassen, wenn Leute in der Stadt herumritten und ausschrieen, sie seien ganz für die Konstitution! (Anspielung auf den Umritt des Königs.) Es wurde beschlossen, zwei Bataillone zu vier Kompagnien zu bilden; eine schwarze Bluse mit rotem Besatz sollte die Kleidung sein, an der Kopfbedeckung ein Totenkopf. „Mit einem solchen todverachtenden Korps", so wurde gesagt, „wird man die bunten Schufte aufreiben." Damit waren die alte Bürgerwehr und das Militär gemeint. Hier war also der Ansatz zu einer Berliner Revolutionstruppe[111]).

Mit erregten Eingaben wandten sich auf der anderen Seite die Anhänger von Ruhe und Ordnung wiederum an die Staatsbehörden. Mehrere Abgeordnete sprachen in ihrer Eingabe an das Ministerium des Innern vom 1. November von der völligen Gesetzlosigkeit, die in der Stadt herrsche: die Regierung müsse die Wiederholung solch „unwürdigster Exzesse" verhindern. Der „Preußenverein" schilderte in seiner Eingabe an das Staatsministerium vom 3. November beweglich die anarchischen Zustände in Berlin; die Abgeordneten müßten vor Terrorismus geschützt werden[112]).

Die Antwort des Königs auf die Adresse der Nationalversammlung war so milde, daß man schon auf eine Verständigung mit der Krone zu hoffen wagte. Graf Brandenburg, hieß es in der Botschaft vom 3. November, werde sich der Förderung der konstitutionellen Freiheiten widmen; so werde es ihm auch gelingen, sich das Vertrauen des Landes zu erwerben. In ähnlicher Weise sprach sich Brandenburg auch persönlich zum Präsidenten v. Unruh aus, der ihm nahelegte, den Auftrag in die Hände des Königs zurückzugeben. Dies wirkte auf die Nationalversammlung so beruhigend, daß der erneute Antrag auf Einsetzung einer Sicherheitskommission, den Waldeck stellte, abgelehnt wurde und daß sich die Versammlung der Beratung von Petitionsberichten zuwandte. Der noch amtierende bisherige Außenminister Dönhoff beauftragte Camphausen in Frankfurt, über die Wiener Zustände Erkundigungen einzuziehen. Auf diese Weise wurde also versucht, den Beschluß der Nationalversammlung über Wien zur Ausführung zu bringen[113]). Die Linke der Nationalversammlung blieb mißtrauisch und lehnte die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung ihrer Anträge in aller Form ab; die Mitte war optimistisch und gab die Hoffnung auf ein verfassungsmäßiges Ministerium noch lange nicht preis; die Rechte verhandelte unter der Hand mit dem Grafen Brandenburg und seinen Ratgebern. Eine Auflösung, wie sie zuerst geplant war, wurde als dem Wesen einer konstituierenden Versammlung zuwiderlaufend, aufgegeben; eine Verlegung und dementsprechend eine Vertagung der Versammlung erschien zweckmäßiger und womöglich mit dem Einverständnis ihrer Mehrheit durchführbar.

Es war wieder äußerlich ganz ruhig geworden in der Hauptstadt. Die Nationalversammlung tagte ungestört, die Krone hätte leicht einlenken können, wenn sie gewollt hätte. Sie glaubte es nicht nötig zu haben. Wrangel drängte. Bei der zunehmenden Herbstkälte war es nicht gut möglich, die in der Umgebung von Berlin kantonierenden Truppenmassen, die meist in Scheunen untergebracht waren, weiter so zu halten[114]). Wrangel erklärte, Geist, Gesundheit und Disziplin litten zu sehr; ein Entschluß mußte also nun gefaßt werden.

*

In einer seit dem 1. November erscheinenden neuen Zeitschrift wird an die Geschichte von Matthias Claudius erinnert, der wegen seines Liedes „Am Rhein, am Rhein, da wachsen unsere Reben" ein Faß Johannisberger erhielt und die Worte sprach: „So also schmeckt Rheinwein!?" Genau so sei es in Deutschland mit der Freiheit gegangen[115]). Das war die Berliner Novemberstimmung, ehe Wrangel einmarschierte. Die Kamarilla suchte lange Minister für das Kabinett Brandenburg, ohne welche zu finden. Nur alte Bürokraten wie Manteuffel und Ladenberg, der bisherige Verweser des Kultusministeriums, und ein Offizier wie der bei der Unterdrückung von Unruhen in Saarlouis bewährte Generalmajor v. Strothe (Kriegsministerium) gaben sich dafür her. Zwei andere Portefeuilles, Finanz- und Handelsministerium wurden „wahrgenommen"; die Verwaltung des Justizministeriums wurde „einstweilen von dem bisherigen Justizminister Kisker" beibehalten. Brandenburg bekam interimistisch die Leitung des Auswärtigen, Manteuffel interimistisch die der Finanzen. Das war ein sehr dürftiges Ergebnis. Mit diesem Rumpfministerium erschien nun Graf Brandenburg am 9. November in der Nationalversammlung und verlas eine königliche Botschaft: Unter Bezug auf frühere Mißhandlungen von Abgeordneten und die Ereignisse des 31. Oktober ward darin erklärt, die Versammlung entbehre der Freiheit, die Abgeordneten seien ohne genügenden Schutz, um uneingeschüchtert beraten zu können; die Krone verlege deshalb die Versammlung nach der Stadt Brandenburg und vertage sie bis zum Wiederbeginn der Sitzungen dort am 27. November. Graf Brandenburg legte, da Präsident v. Unruh die Sitzung nur mit Zustimmung der Versammlung schließen wollte, Verwahrung gegen jede Weiterverhandlung ein und verließ mit seinen Ministern den Saal.

Empörung und Erbitterung waren groß. Die Bürgerwehrwache des Sitzungssaales hätte gern die Minister auf der Stelle verhaftet, aber Unruh wollte weiter völlig korrekt bleiben. 77 Abgeordnete der Rechten entfernten sich; mit 252 gegen 30 Stimmen erklärte die übriggebliebene Mehrheit den Akt des Ministeriums für ungesetzlich. Es entfernten sich dann noch 19 Abgeordnete; aber auch die übrigbleibenden 263 Mitglieder hatten noch die absolute Mehrheit. Sie beschlossen fast einstimmig: die Versammlung werde weiter in Berlin beraten; die Krone habe nicht das Recht, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen; das Ministerium Brandenburg sei unfähig zur Regierung, da es sich schwerer Pflichtverletzung gegen Krone, Land und Versammlung schuldig gemacht habe; die Versammlung werde ihre Sitzungen in jedem Lokale fortsetzen, in das der Präsident sie berufen werde. In der Nachmittagssitzung setzte die Versammlung die Beratung des Lastengesetzes fort und vertagte sich auf den nächsten Morgen; der Präsident und zwei Schriftführer blieben die Nacht durch im Saale. Dem Präsidenten v. Unruh drückten die Abgeordneten vor dem Auseinandergehen ihren Dank für sein tapferes Verhalten durch Akklamation aus.

Das Ministerium Brandenburg hatte sich nach dem Kriegsministerium begeben, wo es während der Krise permanent blieb; es untersagte den Kanzleibeamten und den Stenographen das Betreten des Sitzungslokales der Versammlung; es erklärte in einem Schreiben an den „Regierungsrat" v. Unruh die Beschlüsse der Versammlung für völlig ungesetzlich und deshalb nichtig; die Abgeordneten, die sie gefaßt hatten, hätten sich Hoheitsrechte angemaßt und wider die Verfassung

vergangen; sie hätten „die gesetzlichen Schranken überschritten und dem Befehl S. M. des Königs den schuldigen Gehorsam" verweigert[116]). Das war der Ton des absoluten Militärstaates; das Ministerium ging weit über das hinaus, was es selbst verantwortlich angeordnet hatte. Auch eine vertagte Versammlung behält ihr Büro und ihren Präsidenten, sie braucht Hilfskräfte zur Bewahrung ihrer Akten. Die Versammlung hatte sich geradezu pedantisch bemüht, parlamentarisch korrekt vorzugehen; nun sollte sie sich gegen die „Verfassung" vergangen haben — man mußte sich fragen, gegen welche; das Recht der Krone zur Vertagung und Verlegung bestand, aber die Gründe mußten stichhaltig sein: ein Urteil über diese Gründe gehörte zur Kompetenz der Versammlung. Das Ministerium Brandenburg bediente sich der Gewalt; sollte die konstituierende Nationalversammlung mit Gewalt antworten?

Der Kommandant der Bürgerwehr Rimpler wurde vom Ministerium mündlich befragt, ob er den Anordnungen wider die Versammlung folgen werde: er erklärte, schriftliche Anweisung abwarten und dann mit seinem Stabe beraten zu wollen. Auch der Präsident v. Unruh bat Rimpler zu sich und fragte, was er tun werde. Rimpler erklärte, die Bürgerwehr werde, falls Truppen einrückten, nur zur Hälfte erscheinen, wenn es zum Kampfe käme, aus Mangel an ausreichender Munition, ohne Artillerie und höhere Führung kaum zu einem Viertel teilnehmen, die meisten Bürgerwehroffiziere seien reaktionär. Unruh beriet auch mit den Abgeordneten der Linken und kam zu dem Ergebnis, daß ein bewaffneter Widerstand von seiten der Kluborganisationen nicht vorbereitet und deshalb aussichtslos sei. Es war klar: die revolutionäre Front des 18. März war zerschlagen. Es gab eine große Anzahl Gruppen mit sehr verschiedenen Meinungen, aber keine einheitliche Zusammenfassung und keinen einheitlichen Willen. Unruh entschloß sich daher, alles zu tun, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu vermeiden. In der Nacht zum 10. November erhielt Rimpler vom Polizeipräsidenten die Aufforderung, am nächsten Morgen das Sitzungslokal abzusperren und keinem Abgeordneten den Eintritt zu gestatten. Der Kommandant der Bürgerwehr lehnte ab: er müsse die Freiheit schützen, die durch einseitige Vertagung der Versammlung gefährdet sei, und habe Befehle nur von der Gemeindebehörde zu empfangen. Am frühen Morgen des 10. November trat die Versammlung zusammen; die Bürgerwehr besetzte die Zugänge des Schauspielhauses. Eine große Anzahl Deputationen hatten ihre Zustimmung zum Verhalten der Volksvertretung erklärt und sich auch für den Konfliktfall zur Verfügung gestellt; Unruh erstattete Bericht und erklärte als seine Meinung, daß hier nur „passiver Widerstand" geleistet werden könne und daß die wahre Entscheidung über die schwere Krisis, welche durch die jetzigen Ratgeber der Krone hereingebrochen sei, in der Hand des Landes liege. Solange die Presse, solange das Assoziationsrecht nicht von neuem geknebelt sei, habe das Land die Mittel in den Händen, ohne Blutvergießen den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaktion durchzuführen. Die Versammlung stimmte bei, Deputationen von allen großen Städten, Tausende von Adressen erklärten später ihr Einverständnis.

Die Abgeordneten hatten sich den laufenden Beratungen zugewandt und arbeiteten den ganzen Tag. Nachmittags zwei Uhr marschierten die Truppen Wrangels ein — 13 000 Mann, 60 Geschütze — und erschienen auch auf dem

Gendarmenmarkt. Der Empfang war durchaus kalt. Die Masse des Volkes und die Bürgerwehr versagte dem Militär bewillkommnenden Gruß; jede freundliche Äußerung wurde unterdrückt. Erst die Quartierwirte innerhalb ihrer vier Wände wagten es, herzlich zu sein[117]). Ein Erlaß des Polizeipräsidenten an die Berliner rechtfertigte das Einrücken des Militärs und erklärte, die Maßregel der Verlegung der Versammlung sei nur ergriffen worden, um die Erfüllung der Verheißungen auf eine wahrhaft volkstümliche Verfassung zu beschleunigen; die Rechte und Freiheiten des Volkes sollten in keiner Weise beeinträchtigt werden. Das klang beinahe noch höhnischer als die Kundgebungen des Ministeriums Brandenburg. Die Nationalversammlung beschloß unter dem Eindruck des Truppeneinmarsches eine Proklamation an das Volk, in der sie in dem schweren Augenblick, „da die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinandergesprengt wird", dem Volke zurief: „Haltet fest an den errungenen Freiheiten, aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes. Die ruhige und entschlossene Haltung eines für die Freiheit reifen Volkes wird mit Gottes Hilfe der Freiheit den Sieg sichern."

Trotz dieser Mahnung schien kurze Zeit ein Zusammenstoß bevorzustehen; der demokratische Zentralausschuß arbeitete dafür fieberhaft seit Tagen. Er wollte das Proletariat mit den Waffen der nicht mehr zum Dienste erscheinenden Bürgerwehrleute ausstatten. Die Maschinenbauer betätigten sich eifrig auf dem Gendarmenmarkt. Sie „fraternisierten mit dem Volke" und übernahmen die Rolle von Friedensvermittlern zwischen der Menge und dem Militär. Um jeden Preis hielten sie die Truppen vom Einschreiten gegen die Nationalversammlung ab. Falls das Militär den Versuch gemacht hätte, aktiv gegen die Nationalversammlung vorzugehen, dann wäre der Kampf doch ausgebrochen[118]). Auf Wrangels Befehl wurde der Gendarmenmarkt von General v. Thünen mit zwei Bataillonen besetzt. Eine Abordnung der am Schauspielhause aufgebauten Bürgerwehr verhandelte nun mit Thünen an der Behrenstraße. Auf die Frage, was der General wolle, antwortete er: „Ich unterstütze die Bürgerwehr, wie immer, wenn sie der Regierung gehorcht. Ist dies nicht der Fall, werde ich das meinige tun." Da erschien von der gegenüberliegenden Seite, von der Markgrafenstraße, Wrangel persönlich[119]).

Vor dem Schauspielhause fand nun das berühmte Gespräch zwischen General v. Wrangel und dem Bürgerwehrkommandanten Rimpler statt. Wrangel erklärte, so lange bleiben zu wollen, bis sich die Abgeordneten aus ihrem Sitzungslokal entfernt hätten; Rimpler erklärte, die Bürgerwehr werde nicht vor den Abgeordneten den Platz verlassen. Der Präsident der Versammlung hatte den „passiven Widerstand" verkündet; das Militär beschränkte sich auf den passiven Angriff. Man einigte sich also auf eine unblutige Form des Konfliktes. Als Unruh dem General mitteilen ließ, die Nationalversammlung wolle keinen anderen Schutz als den der Bürgerwehr, antwortete Wrangel, er kenne keine Nationalversammlung, sie sei aufgehoben, er kenne auch keinen Präsidenten der Nationalversammlung, mit dem er zu unterhandeln habe, die Truppen würden nicht zurückgezogen, die im Schauspielhause versammelten Herren dürften wohl das Gebäude verlassen, aber nicht wieder hineingehen. Unruh verkündete daraufhin um fünf Uhr abends, der Akt der Militärgewalt sei nunmehr eingetreten, die Versammlung möge gemeinschaftlich mit der Bürgerwehr das Haus verlassen. Der Präsident erklärte noch den

förmlichen Protest gegen die militärische Gewaltanwendung; dann verließen die Abgeordneten, von Unruh geführt, geschlossen, von der Bürgerwehr in die Mitte genommen, feierlich das Haus und den Platz. Die Menge jubelte ihnen zu, das Militär stand dabei. An der Königswache Unter den Linden wurde nach längeren Verhandlungen die Bürgerwehrbesatzung vom Militär unter Erweisung der Honneurs abgelöst. „Überall bedurfte es der Erklärung der Truppen, daß sie ihren Auftrag auf jeden Fall ausführen würden[119])."

Schon am Tage vorher hatte sich Unruh um ein neues Versammlungslokal bemüht. Die Aula der Universität wurde ihm vom Rektor verweigert. Aber die Stadtverordneten und die Schützengilde boten ihre Säle an. Im Schützenhause fand nach einer Vorbesprechung im Hotel de Russie am Nachmittag des 11. November die nächste Sitzung statt, an der 247 Mitglieder teilnahmen. Durch königliche Verfügung wurde an diesem Tage die Bürgerwehr aufgelöst; die Nationalversammlung erklärte auch diesen Akt für ungesetzlich; jeder, der bei seiner Ausführung mitwirke, sei des Vaterlandsverrats schuldig; die Regierung möge die Maßregel zurücknehmen. Schon vorher war in den Fraktionen der Gedanke aufgetaucht, die Steuerverweigerung gegenüber dem Ministerium Brandenburg auszusprechen. Nun stellte die Linke den förmlichen Antrag; auf Unruhs Mahnung wurde er aber nur einer Kommission zur Prüfung überwiesen. Wieder zeigte sich, daß die Gemäßigten durchaus die Oberhand hatten. Andere weitgehende Anträge wurden einfach abgelehnt. Da kam am Abend des 12. November die Verkündigung des Belagerungszustandes für Berlin! Wenn schon die sofortige Auflösung der doch vorwiegend loyalen Bürgerwehr überrascht hatte — man hatte nur mit der lange fälligen Entwaffnung der fliegenden Korps (Studenten, Künstler, Gewerbetreibende und Arbeiter) gerechnet[120]) —, so wirkte die Verkündigung des Belagerungszustandes wie ein Donnerschlag. Es hatte absolute Ruhe geherrscht. Die Massen waren so diszipliniert oder so eingeschüchtert, daß tatsächlich bis dahin nicht ein Fall von Widersetzlichkeit bekannt wurde. Trotzdem wurden nun alle Behörden dem Oberbefehlshaber in den Marken unterstellt, der Kampf gegen die Klubs, die Presse, die bewaffneten Verbände, vor allem gegen die Nationalversammlung sollte bis zur Vernichtung durchgeführt werden. Wrangel hatte sein Hauptquartier im Schloß; 80 000 Mann standen ihm im ganzen zur Verfügung. 170 Kanonen waren bereit zum Bombardement auf Berlin — von den „Windmühlen" aus, gegen die Königstadt war es geplant[121]). „Dieser große militärische Apparat gegenüber der tapferen Versammlung wirkt sehr schlecht", schreibt der württembergische Gesandte; die Versammlung, die sich ja manche Sympathien verscherzt hatte, errang sich in diesem letzten Stadium auch die Achtung objektiv urteilender politischer Gegner. Diesmal, so ließ Friedrich Wilhelm IV. dem König von Württemberg durch Spezialkurier sagen, sei er entschlossen, nicht zurückzuweichen, selbst wenn es zum Äußersten, bis zum Bombardement käme[122]).

Manche wünschten das wohl. Es war wenig würdig, wie nun Polizei und Militär die Nationalversammlung von einem Lokal zum andern verfolgten. Im Saale der Stadtverordneten, in der Königstädtischen Halle, im Mielentzschen Saale wurden Sitzungen versucht; überall wurden sie durch eindringendes Militär aufgehoben. Der Vizepräsident Plönnies, ein treugebliebenes Mitglied der Rechten, mußte von

zwei Soldaten ergriffen und zur Tür herausgetragen werden. Unruh fühlte ganz richtig, daß durch solche Szenen das Ansehen der Versammlung und das Interesse an ihren Handlungen leiden mußte; er wollte deshalb am 14. November die Sitzungen schließen — so wäre der wenig glückliche Steuerverweigerungsbeschluß nicht zustande gekommen. Ein großer Teil der Versammlung verlor aber angesichts der Säbelherrschaft die bis dahin so vorbildlich gewahrte Ruhe. Am Nachmittag des 14. November wurde das Kriegsgesetz verkündet. Die Linke verlangte darauf eine Antwort und riß viele mit. Es gehörte nicht zur Kompetenz der Nationalversammlung, über das alte, vor ihrem Zusammentritt durch den Vereinigten Landtag genehmigte Budget zu beschließen. Sie hatte gegenüber dem Budget überhaupt nur die Rechte, die der Vereinigte Landtag gehabt hatte, als dessen Rechtsnachfolgerin sie in diesem Punkte galt (vgl. I, 536). Ihr Recht, das Volk zur Steuerverweigerung aufzufordern, war also sehr bestreitbar. Sie sah aber in dem Ministerium Brandenburg den Rechtsbrecher und glaubte, das letzte unblutige Mittel, das es noch gab, zur Abwehr anwenden zu sollen.

Die Sitzung am 15. November, im Mielentzschen Saale, war von 227 Mitgliedern besucht, also beschlußfähig; sie war die letzte in Berlin. Der Steuerverweigerungsantrag wurde beraten, Kirchmann empfahl im Namen der Kommission die Annahme. Die Zentren versuchten zu mildern. Schulze-Delitzsch, Phillips und Schornbaum beantragten: „daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, solange die Nationalversammlung nicht ungestört in Berlin ihre Beratungen fortzusetzen vermag". Zachariae beantragte den Zusatz, daß die Nichtbezahlung der Steuern sich nur auf die direkten Steuern beziehe und unter ausdrücklicher Verpflichtung zur Nachzahlung erfolgen solle. Da erschien Major Herwarth von Bittenfeld mit vier Offizieren und einem Zug Soldaten im Saale. Er erklärte dem Präsidenten v. Unruh, daß er Befehl habe, die Versammlung zum Verlassen des Saales anzuhalten und nötigenfalls Gewalt gegen sie anzuwenden. Unruh wollte die Versammlung schon auflösen, da erfolgte aber stürmischer Protest. Als der Major die Versicherung bekam, die Versammlung werde gleich nach der Abstimmung von selbst auseinandergehen, verließ er mit seinen Leuten den Saal. Es widerstrebte seinem Empfinden, gegen wehrlose Bürger einzuschreiten — Herwarth von Bittenfeld holte sich später den Lorbeer aus anständigeren Kämpfen. Nun wurde der auch von der Linken unterstützte Antrag Schulze-Delitzschs einstimmig angenommen. Unruh erklärte, der Beschluß sei rechtsgültig gefaßt und schloß die Sitzung. Über das Amendement Zachariae wurde nicht mehr abgestimmt. Auch sonst erhoben sich sofort Bedenken, ob der Beschluß geschäftsordnungsmäßig einwandfrei war. Jedenfalls verdarb sich die Nationalversammlung ihre bis jetzt mit so großer taktischer Vorsicht gehaltene Stellung in der Öffentlichkeit, denn der Steuerverweigerungsbeschluß ging über den Rahmen des passiven Widerstandes hinaus und hatte selbst in dieser milden Form keine Aussicht auf Erfolg.

Bis dahin hatten sich sehr viele städtische Behörden, Verbände und Vereine, auch Magistrat und Stadtverordnete von Berlin zum Ärger des Königs mit der Nationalversammlung solidarisch erklärt[123]). Nun kam der Rückschlag. Der Beschluß war formell und materiell angreifbar, er wurde gar

nicht recht verstanden, er erweckte Mißtrauen und Verlegenheit. Vor allem schien er zu beweisen, daß die Nationalversammlung sich den „Ultrademokraten" gefügt habe: so paßte dieser Beschluß zur Ablehnung der Gottesgnadenformel, zur Abschaffung des Adels, also zu jenen anderen Beschlüssen, die angesichts der ansteigenden Reaktion mindestens psychologisch falsch waren. Wir wissen, daß dieses Bild im ganzen unrichtig ist, daß die Mehrheit der Versammlung Maß halten und parlamentarisch korrekt bleiben wollte. Grade diese anständige, beherrschte Haltung hatte freilich den Mut der Gegenrevolution erhöht. Der Militärpartei wäre es ganz lieb gewesen, wenn sich die Nationalversammlung dazu hätte hinreißen lassen, das Volk zum Bürgerkrieg aufzurufen — dann hätte sie volle Revanche für den 18. März nehmen können. Der Steuerverweigerungsbeschluß aber gab wenigstens agitatorisch allen Loyalen ein kräftig wirkendes Mittel in die Hand.

Ein Beispiel dafür ist der Aufruf, der als Flugblatt verbreitet wurde: „Der Tag der Entscheidung ist da!" Darin war die Steuerverweigerung als die „wildeste Empörung" gekennzeichnet — die Zerstörung des eigenen Landes aus eiteler Rechthaberei; das Volk werde für dumm und schlecht gehalten; es klinge so schön: „keine Steuern mehr!" aber, so hieß es, man soll sich nicht irreführen lassen. „Die Verweigerung der Steuern ist Zerstörung allen Eigentums, die Zerrüttung des Broterwerbes, die Republik[123])!" Und ein anderer Aufruf, der als Straßenplakat angeschlagen wurde, rechnete nun mit der ganzen Arbeit der Nationalversammlung ab. Er wandte sich „An das Volk!" Bürger, Bauern, alle Preußen waren angeredet. Da stand zu lesen: „Die Nationalversammlung hat den vom König vorgelegten Verfassungsentwurf nicht beachtet, sie hat die Zeit mit lauter Nebendingen verschwendet, sie hat die Revolution zu Unrecht anerkannt, die Schreckensnacht (vom 18. März) ist gar keine Revolution gewesen, sondern absichtlich und heimtückisch herbeigeführter Kampf von Republikanern, die dem Königtum den Garaus zu machen hofften[124])." So hetzte also die Gegenrevolution! Feudalaristokratie, Armee, Geld- und Titelpatriziat, der loyale besitzende Mittelstand fügten sich zu einem mächtigen Block zusammen — die auf dem Boden der Märzrevolution stehenden Parteien befanden sich in völliger Uneinigkeit und Zersetzung.

Aus der Provinz kamen zahlreiche Stimmen für das Ministerium Brandenburg und seine Maßnahmen — so vom Konstitutionellen Verein zu Stettin, vom Patriotischen Verein zu Belgard, vom Patriotischen Verein zu Herzberg. Die Gemeinde Strohsdorf in Pommern erklärte dem Staatsministerium, sie stimme der Verlegung der Nationalversammlung voll bei[125]).

Die Linke der Nationalversammlung hatte den wenn auch mild gefaßten Steuerverweigerungsbeschluß bei der wachsenden Empörung gegenüber den militärischen Gewaltmaßregeln durchsetzen können. Sie plante noch mehr. Ein Revolutionskomitee sollte aus d'Ester, Jacoby und Stein gebildet werden; der uns schon bekannte Gedanke, einen revolutionären Militärkörper zu organisieren, wurde weiterentwickelt. Man dachte die Landwehr und den Landsturm zu erfassen; Braß wirkte dafür an der Spitze eines Ausschusses; ein gleicher Ausschuß bestand auch in Breslau[126]). Alles das blieb aber ohnmächtig im Ansatz stecken. In Schlesien wurden auch allein lebhafte Versuche gemacht, den Steuerverweigerungsbeschluß

durchzuführen. Sogar der Oberpräsident Pinder, der ehemalige Oberbürgermeister von Breslau, erklärte, er würde sich solcher Durchführung nicht widersetzen. Er wurde daraufhin sofort vom Amt suspendiert. Auch in anderen Provinzen kamen vereinzelte Ansätze zur praktischen Anwendung vor.

Die Entwaffnung in Berlin wurde gleichfalls ohne erhebliche Widerstände durchgeführt. Die Demokratische Partei erklärte jeden Bürger, der sein Gewehr abgäbe, für einen Verräter und bedrohte ihn mit der Volksrache. Deshalb wurden die Waffen durch Militärpatrouillen von Haus zu Haus abgeholt. Für den Fall von Widerstand und Schmähungen wurden diese ermächtigt, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen[127]). Eine Reihe von Verhaftungen kam denn auch vor, so wurde ein Kammergerichtsassessor festgenommen, der den Soldaten eine Ansprache hielt, statt seine Waffen herzugeben[128]). Schonendes Vorgehen ist zwar den Soldaten anempfohlen worden; es lag leider in der Situation, daß das bürgerliche Ehr- und Selbstgefühl oft genug verletzt worden ist. Am 25. November waren 19 681 Gewehre, 635 Büchsen von der Bürgerwehr abgeliefert: von den verabreichten königlichen Dienstwaffen fehlten noch 3679 Gewehre, 765 Büchsen. Von den 1375 verteilten Hirschfängern waren 608 abgeliefert, von den 4024 Säbeln 2009. Wer bis zum 27. November nicht abgeliefert hatte, wurde mit Strafe bedroht[129]). Reibungslos erfolgte die Waffenablieferung bei den Studenten und Künstlern; hier hatte man das Soldatenspiel wohl am meisten satt. Borsig versprach, persönlich für die Ablieferung der Waffen seiner Arbeiter zu sorgen. Im Lokal des polnischen Komitees wurden verborgene Gewehre, Pulver und Munition aufgespürt; fünf Mitglieder kamen deshalb in Haft[130]). Als der Demokratische Klub in der Leipziger Straße aufgehoben wurde, bekam der eintretende Offizier den Bescheid, man halte eine Betstunde. Darauf erklärte dieser, dann wolle er wenigstens den Prediger fassen und verhaftete den Vorsitzenden, den Abg. Stein[131]). Häufig wurden die Regierungsplakate abgerissen und durch gegnerische ersetzt. Auf einem wurde z. B. auf den Kopf des Grafen Brandenburg ein Preis gesetzt, Wrangel wurde für vogelfrei erklärt. An den General v. Möllendorff, der an der Seite Wrangels in Berlin eingeritten war, wurde die Anfrage gerichtet, wie es denn mit seinem am 19. März gegebenen Ehrenwort stünde, nie mehr gegen das Volk zu ziehen. Unterschrieben war der Antrag: „Das souveräne Volk von Berlin. Ihre großmütigen Begnadiger[132]).“ Der Demokratische Klub und der Demokratische Verein der Königstadt erklärten Wrangel für einen Verräter. Ein Leutnant v. W. sprach sich so scharf gegen das Ministerium und Wrangel aus, daß er nach Spandau abgeführt und vors Kriegsgericht gestellt wurde[133]).

Das zwölfte Bürgerwehrbataillon beschloß bei seiner Auflösung am 15. November, seinen Kassenbestand in der Höhe von 150 Talern dazu zu bestimmen, zwei Emissäre nach Pommern und Sachsen zu schicken, um dort auf dem platten Lande die reaktionären Schritte des Ministeriums Brandenburg „in ein grelles Licht zu stellen“. Andere Bataillone beschlossen ähnliche Maßregeln; so schickte das 11. Bataillon den Kommissionär Urbach nach Schlesien[134]) [135]).

Durch Bekanntmachung vom 13. November suspendierte Wrangel die folgenden Berliner Blätter: „Reform“, „Zeitungshalle“, „Lokomotive“, „Republik“, „Volksblätter“, „Ewige Lampe“, „Krakehler“ und „Kladderadatsch“. Die

Vossische und die Spenersche Zeitung kritisierten aber weiter scharf die Regierungsmaßnahmen — denn die Polizeibehörde verweigerte nach einer Erklärung des Polizeipräsidenten v. Bardeleben die Ausübung der Zensur. Da lud Wrangel die Redakteure der Vossischen und der Spenerschen Zeitung, Justizrat Lessing und Bibliothekar Spiker am 15. November vor und sagte ihnen: sämtliche Flugblätter und ein großer Teil der Zeitungen und Zeitschriften seien während des Belagerungszustandes untersagt; auch ihre beiden Zeitungen würden sofort verboten, sobald sie Artikel aufnähmen, die „frechen, unehrerbietigen Tadel oder Verspottung der Anordnungen im Staate enthielten, die Mißvergnügen und Unzufriedenheit gegen die Regierung oder Maßregeln des Oberhauptes des Staates“ zum Ausdruck brächten. Besonders machte Wrangel auf die Adressen an die Nationalversammlung aufmerksam; diese und die Verhandlungen der renitenten Abgeordneten dürften nicht aufgenommen werden. Die Redakteure versprachen nun durch Handschlag dem General ihre Bereitwilligkeit[136]). Als Graf Brandenburg gefragt wurde, was er täte, wenn die Provinzen Widerstand leisteten, antwortete er: „Nun, dann müssen wir eine Provinz nach der andern erobern.“ Und der König sagte zu einem schlesischen Abgeordneten: „Sagen Sie meinen Schlesiern, denn noch glaube ich sie mein nennen zu können, daß ich nicht eine Linie breit nachgeben werde und vorziehe, auf der Bresche einen heroischen Tod zu sterben, als an einer chronischen Krankheit zugrunde zu gehen[137]).

Als einige der kleineren suspendierten Blätter versuchten, trotzdem weiterzuerscheinen, wurden sie sofort unterdrückt. Die Plakate waren wie mit einem Schlage verschwunden. Das zahlreiche Militär, das überall in den öffentlichen Gebäuden, peinlicherweise auch in den Museen und im Sitzungssaal der Nationalversammlung untergebracht war (die unbeschäftigten Soldaten parodierten hier die Parlamentsverhandlungen!), gab Berlin wieder sein altes Gesicht. Ein paar schlichte Bürger antworteten auf die Frage, wie ihnen der Belagerungszustand behage: es sei ein Zustand wie jener unter der Regierung des seligen Königs (Friedrich Wilhelms III.), und sie seien damit zufrieden. Hoffentlich dauere er recht lange[138]). Theater und Vergnügungsstätten waren überfüllt, das sonntägliche Treiben war seit acht Monaten wieder zum ersten Male normal. Friedrich Julius Stahl bewies in der Kreuzzeitung, alles sei vom juristischen Standpunkt aus völlig einwandfrei. Nun wurden auch die Landwehren in den altpreußischen Provinzen und in Sachsen einberufen. Die Stände der Mark beschlossen, jedem Landwehrmann der Provinz eine tägliche Zulage von drei Silbergroschen zu geben. Schwierigkeiten gab es vor allem in der Provinz Sachsen. In Halberstadt wollten sechs Landwehroffiziere die Mannschaft abtrünnig machen — sie wurden sofort vors Kriegsgericht gestellt. Das Berliner Kriegsgericht ließ einen Soldaten des 2. Infanterieregiments, der den Dienst verweigerte, erschießen. In Potsdam wollte man durch Aufreißen der Eisenbahnschienen Truppensendungen nach Berlin verhindern. Das Ministerium Brandenburg richtete an alle Kriegskommandos und militärischen Behörden der Provinzen ein Rundschreiben mit dem Befehl, jeden Versuch zum Aufruhr mit militärischer Gewalt zu unterdrücken und, wenn notwendig, das Standrecht über die einzelnen Städte, eventuell die ganzen Provinzen zu verhängen. In Breslau wurden ansehnliche Truppenmassen

zusammengezogen, um jeden Empörungsversuch zu ersticken. Ein Teil Schlesiens war in vollem Aufstande. Blutige Ausschreitungen kamen in Erfurt vor. Die Bürgerwehr widersetzte sich der Einziehung der Landwehr, gab zuerst Feuer, neun Soldaten fielen als Opfer. Der Belagerungszustand wurde erklärt. General v. Voß hatte Landwehrleute nach Hause gehen lassen, die sich der Einkleidung widersetzten — er wurde dafür zur Rechenschaft gezogen. Es kam auch vor, daß stark bewaffnete Bauernhaufen die durchziehenden Husaren überfielen und einfingen. Ziemliche Erregung herrschte auch kurze Zeit lang in der Rheinprovinz[139]). In Westfalen entstand eine Bewegung von einigem politischem Ernst; die Haltung der Nationalversammlung einschließlich der Verkündigung der Steuerverweigerung fand bei dem jungen westfälischen Demokraten Friedrich Hammacher begeisterte Zustimmung; in seiner mit zwei juristischen Kollegen aufgesetzten „Proklamation an das Volk Westfalens" protestierte er und forderte Bürgerwehrmänner und Soldaten zum aktiven Widerstand auf. Ihrer Anregung zufolge trat am 18. November in Münster der westfälische Kongreß für die Sache und die Rechte der preußischen Nationalversammlung zusammen; 150 Deputierte aus ganz Westfalen erklärten mit allen gegen drei Stimmen die Berliner Nationalversammlung als einzige gesetzliche und gesetzlich handelnde Behörde und billigten den Steuerverweigerungsbeschluß. Am 27. November wurde aber Hammacher zugleich mit mehreren anderen Beteiligten verhaftet[140]).

Was sollte nun weiter in Berlin geschehen? Der österreichische Gesandte, Graf Trauttmansdorff, kennzeichnete die Lage sehr treffend durch die Sätze: Wiens Kanonendonner erweckt neues Leben in Berlin. Entweder man wird dem Beispiel Österreichs folgen — oder Preußen ergreift das Banner der Freiheit und stellt sich an die Spitze einer neuen, ganz volkstümlichen Bewegung: „der Sieg der Habsburger in Wien beraubt den Hohenzollern in Sanssouci des Schlafes[141])." Auch Reinhard, der württembergische Gesandte, bezeugt, daß das Hauptmotiv des Königs das Rivalitätsgefühl gegenüber Wien war; der König wollte sich auf dieselbe Linie stellen wie der habsburgische Kaiser, und zwar sowohl gegenüber dem eigenen Volke wie gegenüber den Frankfurtern. Der König wollte nunmehr nach Reinhards Wort „als Herr im eigenen Hause mit Wien verhandeln und durch Verständigung der Kabinette die deutsche Frage lösen[142])". Die Grundrichtung der preußischen Politik war damit gewiß richtig erkannt, aber es gab eine Reihe merkwürdiger Schattierungen. Wollte sich Preußen wirklich nur darauf beschränken, eine geistlose Nachahmung der Wiener Maßregeln durchzuführen, ohne jede feinere Anpassung an die eigene politische Lage? Wiederum bemühte sich, wie schon so oft, Frankfurt um Berlin, wiederum versuchte Frankfurt, Berlin zu einer Politik zu bestimmen, die preußisch und deutsch zugleich gewesen wäre.

Drei Missionen gingen im November 1848 von Frankfurt nach Berlin; die ersten beiden waren offiziell, die dritte in der Form privat. Der Unterstaatssekretär Bassermann sollte im Auftrage des Reichsministeriums Fühlung mit den preußischen Stellen nehmen; die Abgeordneten Hergenhahn und Simson wurden als Reichskommissare im amtlichen Auftrag nach Berlin geschickt; endlich machte der Präsident des Frankfurter Parlaments und kommende Präsident des

Reichsministeriums seinen ersten persönlichen Besuch in Berlin, um den preußischen Boden zu sondieren.

Als Camphausen in Frankfurt hörte — es war am 30. Oktober —, daß das Frankfurter Reichsministerium einen Reichskommissar nach Berlin schicken wollte, um dort mit energischen Mitteln die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Ordnung herzustellen, nannte er das „eine abgeschmackte Idee". Der unmittelbare Anlaß für das Reichsministerium war der Demokratenkongreß, von dem es mit Recht eine dem Frankfurter Parlament feindliche Tätigkeit erwartete. Als Reichskommissar war der General von Schäffer-Bernstein ausersehen. Sobald die Berliner Regierung diesen Plan erfuhr, erklärte sie ihr größtes Befremden und ersuchte Camphausen, dahin zu wirken, daß die Abreise Schäffers und womöglich die Bekanntmachung seiner Ernennung unterbliebe[143]). Unter dem Eindruck dieser Eröffnung beschloß das Gesamt-Reichsministerium am 4. November, von der Absendung eines Reichskommissars nach Berlin zwar Abstand zu nehmen, dagegen den Unterstaatssekretär Bassermann schleunigst dahin zu schicken, „um die Ansicht der Reichsregierung dort nachdrücklichst zur Geltung zu bringen und zur Herstellung des dem Gesetz völlig entsprechenden Verhältnisses Preußens und der Zentralgewalt und der vollen Freiheit der Beratungen der preußischen Nationalversammlung zu wirken[144])". Am 7. November reiste Bassermann nach Berlin ab. Nach seiner Vollmacht sollte er verhandeln über die Frage der Verkündigung der Reichsgesetze in Preußen, über den Beschluß der preußischen Nationalversammlung betreffend die Demarkationslinie in Posen, über die Frage der diplomatischen Vertretung auch der Einzelstaaten durch die Reichsgesandten, endlich über die von Preußen verlangte Erklärung, die deutsche Verfassung so anzunehmen, wie sie vom Frankfurter Parlament beschlossen würde. In der Frage des preußischen innerpolitischen Konfliktes nahm das Reichsministerium den Standpunkt ein, daß die Zentralgewalt berechtigt und verpflichtet sei, einzuschreiten; von beiden Seiten seien bedeutende Mißgriffe gemacht; ein blutiger Zusammenstoß müsse mit allen Mitteln hintangehalten werden; die preußische Regierung habe durch Berufung des Ministeriums Brandenburg dem Geiste des konstitutionellen Systems zuwidergehandelt; die Nationalversammlung habe Beschlüsse gefaßt, durch die sie ihre Befugnisse überschritten habe. Nach der Weisung des Reichsministers des Innern, die am 12. November neun Uhr abends an Bassermann abging und die er wahrscheinlich noch in Berlin erhalten hat, wurde von ihm verlangt: er solle veranlassen, 1. daß ein Ministerium nach den Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie von der preußischen Krone ernannt werde; 2. daß die preußische Nationalversammlung in ihre Verlegung einwillige; 3. daß die anarchischen Zustände in Berlin und die terroristischen Einwirkungen auf Abgeordnete und Nationalversammlung aufhören; 4. daß dann die Zurückverlegung der Nationalversammlung stattfände; 5. daß diese selbst gesetzliche Vereinbarungen mit der Regierung treffe im Interesse des Fortgangs ihrer Beratungen. In einer Instruktion, die Bassermann sicher nicht mehr in Berlin empfing, wurde er ersucht, die preußische Regierung und die Nationalversammlung zur Annahme der von der unparteiischen Zentralgewalt gestellten Bedingungen „gebieterisch aufzufordern". Bassermann sollte auch nicht, wie die beiden nach Österreich entsandten Reichskommissare, vorzeitig abreisen[145]).

Bassermann verließ Berlin aber schon am 14. November, hat also nicht mehr nach dieser letzten Instruktion handeln können; auch die Verhandlungen und Beschlüsse des Frankfurter Parlaments über den preußischen Konflikt erfuhr er erst auf dem Heimweg. Im ganzen war seine Mission ein Mißerfolg, und die Unmöglichkeit, die Frankfurter Forderungen mit seiner eigenen Auffassung der Lage in Einklang zu bringen, zermürbte ihn und machte ihn körperlich krank. Er war ja wenig unparteiisch, sondern stellte sich von vornherein auf den Standpunkt der preußischen Krone. Des Reichsverwesers Anerbieten von Unterstützung durch Reichstruppen wurde von Preußen im wohlbegründeten Vertrauen auf seine eigene Stärke höflich abgelehnt; Graf Brandenburgs Antwort war sehr würdig und sehr rühmlich für die preußische Armee[146]). Bassermann hatte von der preußischen Nationalversammlung einen ungünstigen Eindruck, für die Schärfe des politischen Kampfes in Berlin und die Typen der großstädtischen Straße fehlte dem Süddeutschen das Verständnis. So ist sein Wort von den „Gestalten" entstanden; es hat das kaum verdiente Glück gehabt, unsterblich zu werden[147]). Das einzig greifbare Ergebnis von Bassermanns Sendung war die Erklärung der Bereitwilligkeit seitens der preußischen Regierung, die vom Frankfurter Parlament beschlossene Demarkationslinie in Posen anzuerkennen; dies war aber kein Erfolg der Geschicklichkeit von Bassermann, sondern entsprang der Gegnerschaft der preußischen Regierung zu dem Beschluß ihrer eigenen Nationalversammlung über die Verwerfung der Demarkationslinie. Nichts hatte ja in Frankfurt mehr verletzt: am 29. Oktober hatte das Reichsministerium des Innern an Camphausen geschrieben, der Beschluß der preußischen Nationalversammlung vom 23. Oktober über Posen stehe im Widerspruch zu den Frankfurter Beschlüssen vom 27. Juli und müsse „deshalb als nicht ergangen betrachtet und behandelt werden[148])". Mit Vergnügen stellte sich nun das Ministerium Brandenburg auf den gleichen Standpunkt und nahm den hessischen Generalmajor v. Schäffer-Bernstein als Reichskommissar für die definitive Feststellung der Demarkationslinie zwischen dem deutschen und dem polnischen Teile des Großherzogtums Posen an. In diesem Punkt war also das Ministerium der borussischen Reaktion deutscher als seine allzu preußisch-demokratische Nationalversammlung (vgl. oben S. 127).

In allen anderen Punkten erreichte Bassermann nichts; man war freundlich zu ihm, man fand ihn sympathisch, man ging aber keinerlei Verpflichtungen ein[149]). Entsetzt war Bassermann über den Abgeordneten v. Kirchmann, den er beim früheren Präsidenten Grabow traf und der ihm erklärte, Brandenburg und Wrangel müßten in den Anklagezustand versetzt und die Prinzen müßten verbannt werden, sonst könne seine Partei, die Linke, nicht nachgeben. Kirchmann äußerte auch an diesem Tage, kurzsichtig genug, noch Hoffnung auf den Abfall des Militärs[150]). Bassermann erweckte Vertrauen in Berlin, weil er die Regierung zu Entschiedenheit und Energie ermahnte; vergebens versuchte er Unruh und die Seinen zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Es mußte ihm darauf ankommen, aus der Situation irgendeinen Vorteil für Frankfurt herauszuschlagen; deshalb bemühte er sich, bei den Mitgliedern der Rechten der preußischen Nationalversammlung Stimmung zu machen für Anrufung des Reichsverwesers als Vermittler. Nach Ansicht des bayrischen Gesandten arbeitete Bassermann letzten

Endes auf die Entfernung des schwarz-weißen Ministeriums Brandenburg und die Ersetzung durch ein „trikolores" Ministerium Beckerath.

Die Frankfurter Herren, stellte Graf Lerchenfeld fest, sind „neuerdings sehr zuvorkommend und kulant"; Bassermann und General v. Schäffer-Bernstein beteuerten, „daß man in Frankfurt jetzt vollkommen zur Einsicht gelangt ist, daß die deutschen Verhältnisse nur durch Vereinbarung mit den deutschen Regierungen geordnet werden können". Lerchenfeld sah darin eine Wirkung des Sieges in Wien[151]). „Jedes Zurückweichen", sagte in diesen Tagen Friedrich Wilhelm IV., „würde mich die Krone kosten. Jeden, der mir zu Konzessionen rät, muß ich als Verräter ansehen[151])." Die doch nur scheinbare Interessengemeinschaft des preußischen Königs und der Frankfurter Zentralgewalt gegenüber der Berliner Nationalversammlung ließ sich also nicht so leicht zu einem Fortschritt in der deutschen Frage auswerten. Friedrich Wilhelm IV. sagte am 22. November zum Grafen Lerchenfeld: „Preußen kann jetzt wieder als Macht, als schützende Macht in Deutschland auftreten; ich habe von vielen Seiten und noch jüngst durch Herrn Bassermann das Anerbieten erhalten, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen"; er, der König werde aber aus Pietät gegen die geschichtliche Tradition das althergebrachte Recht des Hauses Habsburg nicht verletzen und immer eine Stellung ablehnen, die nach seinem eigenen Gefühl Österreich gebühre. Friedrich Wilhelm entwickelte auch bei dieser Gelegenheit seine Gedanken von der „Gewaltenteilung": das Diadem für Österreich, das Schwert für Preußen, den „Connétable"; Deutschland solle in militärische Kreise eingeteilt werden, mit Inspektionsrecht Preußens im Frieden und der Leitung im Kriege; dies Ziel solle auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den königlichen Höfen erreicht werden; der Vorschlag des bayrischen Königs, die Trias, sei sehr annehmbar. Diesen Gedanken des Fürstenkollegiums verfolgte Friedrich Wilhelm IV. schon seit dem Juli; ob er wirklich so gut zu dem paßte, was Bayern unter der alten Devise „Trias" erstrebte, mußte erst ausgeprobt werden. Jedenfalls zog sich jetzt wieder das preußische Königtum gegenüber den Frankfurter Anregungen auf diese Betonung der fürstlichen Solidarität, auf dieses Vorentscheidungsrecht der „Kurfürsten", zurück und berief sich dabei gern auf das Einverständnis mit Bayern. Auch Graf Dönhoff hatte gegenüber Lerchenfeld unmittelbar vor seinem Rücktritt seine eigene Zentralisierungsideen preisgegeben und gesagt: „Sie wissen, daß wir dem Projekt der Trias beitreten, daß wir überhaupt mit wenigen Modifikationen den Ansichten des Königs von Bayern zustimmen und bereits in diesem Sinne Instruktion nach Frankfurt haben gehen lassen." Er erwähnte dann noch den Austausch von Handschreiben der Könige über diese Frage[152]). Camphausen trat schon im Oktober für die Trias in Frankfurt ein[153]). Trias — darunter wurde von Bayern die Überlassung Norddeutschlands an Preußen und die Hegemonie Bayerns in Süddeutschland verstanden; für Österreich, für diesen wiedererstehenden österreichischen Kaiserstaat Schwarzenbergs und Franz Josefs, schien, so glaubten die bayrischen Politiker, diese Lösung doch recht annehmbar. Es wurde von der bayrischen Diplomatie sehr beachtet, daß auch die grade jetzt erscheinende Schrift David Hansemanns über die deutsche Verfassungsfrage sich gegen ein preußisches Kaisertum wandte und die Trias empfahl. Und Lerchenfeld erinnerte an eine Geschichte aus dem Dreißigjährigen

Kriege; damals sagten die Minister des Kaisers in Wien aus Feindschaft gegen das Oberhaupt der Liga, den Kurfürsten Maximilian von Bayern: „Nicht der ist der Herr, der auf dem Throne sitzt, sei der auch noch so hoch, sondern der, welcher das Schwert und den Beutel hat[154].“ Die Kaiserstellung sollte also zu einem Ehrenpräsidium für Österreich zusammenschrumpfen, und Preußen und Bayern sollten sich das nicht-österreichische Deutschland teilen.

Der preußischen Regierung wäre es angenehm gewesen, wenn die Frankfurter Zentralgewalt die Maßnahmen gegen die preußische Nationalversammlung schnell und rückhaltlos gebilligt hätte. Das hätte besonders in Rücksicht auf die Stimmung am Rhein, im preußischen Sachsen und in Schlesien viel helfen können. Es geschah aber leider das Gegenteil. Das Frankfurter Parlament beschloß am 14. November, die preußische Regierung solle die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehmen, in Berlin Sorge für genügende Sicherheit der Beratung tragen, und der König möge ein Ministerium berufen, das das Vertrauen des Landes genieße. Wie sehr widersprach das Bassermanns Auftreten in Berlin! Es war begreiflich, daß er nun nicht mehr glaubte, das Vertrauen des Frankfurter Parlaments zu besitzen, und seine Demission als Unterstaatssekretär gab. Er mußte sich heftige Angriffe aller linksstehenden Politiker gefallen lassen. Eine Reihe von Abgeordneten der Berliner Versammlung fuhr nach Frankfurt, um aufklärend und berichtigend zu wirken. Die Linksstehenden Rodbertus und Schulz arbeiteten gegen Bassermann; die Rechtsstehenden Reichensperger und Ostermann arbeiteten gegen den Beschluß vom 14. November. Eine große Verwirrung herrschte. Auch hier sieht man, wie der Steuerverweigerungsbeschluß der Berliner Versammlung die Lage klärte, und zwar zu ihren Ungunsten. Ein neuer Beschluß des Frankfurter Parlamentes vom 20. November erklärte die Steuerverweigerung als rechtswidrig, die Staatengesellschaft gefährdend und deshalb für null und nichtig; im übrigen hielte aber das Frankfurter Parlament seinen Beschluß vom 12. November aufrecht. Noch mehr als dadurch mußte die preußische Regierung verstimmt werden durch den Aufruf des Reichsverwesers an das deutsche Volk vom 21. November, der als gedrucktes Flugblatt die weiteste Verbreitung fand und auch direkt an die Oberpräsidenten der preußischen Provinzen geschickt wurde, obgleich nach wiederholten Erklärungen in Berlin bestimmt erwartet wurde, die Frankfurter Reichsbehörden sähen von einem direkten Geschäftsverkehr mit den preußischen Behörden ab[155]). Und nun ließ sich Erzherzog Johann folgendermaßen vernehmen: „Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, welcher durch Einstellung der Steuererhebung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des preußischen Volkes zur Geltung bringen. Sie sollen ihm unverkümmert bleiben, wie allen deutschen Brüdern.“

Schon vorher, am 18. November, hatte das Reichsministerium, obgleich es die Auffassung der preußischen Regierung genau kannte, die Entsendung von zwei Reichskommissaren nach Berlin beschlossen — um das nachzuholen, was Bassermann nicht fertiggebracht oder nicht mehr hatte in Angriff nehmen können. Die Abgeordneten Eduard Simson und Hergenhahn wurden dazu ausersehen und erhielten die Vollmacht, „die friedliche Lösung des dortigen Konfliktes zu bewirken und erforder-

lichenfalls die der Zentralgewalt gemäß Gesetz vom 28. Juni zustehende oberste Entscheidung auszusprechen". Alle Zivil- und Militärbehörden wurden, wie üblich bei den Frankfurter Reichskommissaren, angewiesen, ihren Anforderungen „unverweigerlich Folge zu leisten und sie in der Durchführung derselben kräftigst zu unterstützen[156])".

Als Friedrich Wilhelm IV. gefragt wurde, was die beiden Reichskommissare wohl in Berlin ausrichten würden, sagte er: „Wir werden sie mit guten Gründen abspeisen." Simson war ein preußisches Landeskind — solche Wahl empfand Berlin als Mißgriff. Die Haupttätigkeit fiel deshalb von vornherein dem Nassauer Hergenhahn zu[157]). Bei der Konferenz, die Graf Brandenburg am 21. November mit den beiden Reichskommissaren hatte, sagte ihnen der Ministerpräsident zur Abwehr ihrer Forderungen, die preußische Regierung werde möglicherweise eine freisinnige preußische Verfassung oktroyieren, für den Fall, daß eine Vereinbarung mit der preußischen Nationalversammlung nicht zustande käme und man sie deshalb auflösen müsse.

Dies machte so bedeutenden Eindruck auf die Reichskommissare, daß Simson sofort zur Berichterstattung nach Frankfurt zurückreiste. Simson hat auch zuerst den Gedanken gehabt, daß nun die stärkste Frankfurter Figur, die es noch gab, Heinrich v. Gagern, eingesetzt werden müsse. Am 23. November beriet das Reichsministerium. Es beschloß, „Hergenhahn anzuweisen, darauf zu dringen, daß die preußische Krone sobald als irgend tunlich den Beschlüssen der verfassunggebenden Reichsversammlung (des Frankfurter Parlamentes) bezüglich der Bildung eines neuen Ministeriums entspreche und von dem Gedanken, die Grundlage der Vereinbarung der preußischen Verfassung aufzugeben und eine solche zu oktroyieren . . . auf das Entschiedenste abstehe[158])". Ferner wurde beschlossen, „den Präsidenten v. Gagern zu ersuchen, all seinen persönlichen Einfluß zur Unterstützung der beiden Herren Reichskommissare in Vollziehung der ihnen erteilten Aufträge anwenden und sich zu diesem Zwecke selbst an den kgl. preußischen Hof nach Potsdam und Berlin verfügen zu wollen[158])".

Frankfurt bestand also auf seiner Politik; die Reichskommissare sollten die preußische Nationalversammlung wieder flott machen und ein volkstümliches preußisches Ministerium auf die Beine bringen; Heinrich v. Gagern sollte dieses Programm beim König persönlich durchsetzen.

Die preußische Regierung hatte wohl einigen Grund, über die Frankfurter Parlamentsbeschlüsse verstimmt zu sein; der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Ministerium Graf Bülow wäre noch Bassermanns Vorschlägen gerne mehr entgegengekommen, als den Wünschen des Königs entsprach; jetzt äußerte er sich mit „Verachtung" über die Frankfurter Beschlüsse und erklärte, „der König werde nicht Minister opfern, die seine Sache mit Mut durchgefochten hätten". Die Reichskommissare wurden höflich behandelt, aber bedeutet, „ihr Einfluß werde sich in Berlin nicht geltend machen können". Sie blieben noch bis Anfang Dezember in Berlin, zogen allerhand Erkundigungen ein[159]), liefen aber neben der Entwicklung der Dinge her und konnten nicht auf sie einwirken. Der preußische Geist sei erwacht, sagt Reinhard in seinem Bericht über diese Vorgänge[160]).

Der Oktroyierungsgedanke, der die Frankfurter Politiker so erschreckte, ist in Preußen schon seit dem September von der Kamarilla bei Friedrich Wilhelm IV.

vertreten worden. Er wurde dann seit dem Sturze des Ministeriums Pfuel in aller Öffentlichkeit erörtert. In einem Artikel der „Deutschen Reform", den der württembergische Gesandte Reinhard als offiziell bezeichnet, wurde am 17. November ausgeführt, „die Oktroyierung einer preußischen Verfassung nach belgischem Muster sei durch die Unbeständigkeit oder den Verrat des Ministerpräsidenten Pfuel aufgehalten worden[161])". Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Darstellung objektiv richtig ist — sie ist als Stimmungssymptom der Novembermitte in erster Linie wichtig. Die Oktroyierung wurde von allen Anhängern der Autokratie grundsätzlich gewünscht, von allen ihren Gegnern grundsätzlich abgelehnt. Der Gedanke tauchte auf, wurde fallengelassen, von neuem erörtert und wieder dementiert. Es gab bei diesem Dilemma einen Ausweg — und er ist dann ja auch beschritten worden: man konnte durch die Oktroyierung als solche die konservativen, durch freisinnige Verfassungsbestimmungen die liberalen Kreise beruhigen; das Ministerium Brandenburg behauptete ja, „konstitutionell" sein zu wollen — es konnte einen schlagenden Beweis dafür bringen, der freilich leicht beiden Parteien mißfallen konnte, weil er beide zu befriedigen unternahm.

Die Frankfurter Reichspatrioten teilten das grundsätzliche Mißtrauen aller ihrer Art- und Gesinnungsgenossen gegen den Gedanken einer Oktroyierung. Andere Momente kamen hinzu. Die Eifersucht zwischen dem Frankfurter Parlament und der preußischen Nationalversammlung hatte schließlich das Frankfurter Parlament doch nicht gehindert, aus einem gewissen Kollegialitätsgefühl heraus für die schlecht behandelte und verfolgte Nationalversammlung einzutreten — trotz des ja auch von ihm mißbilligten Steuerverweigerungsbeschlusses. Eine Auflösung der Preußenversammlung war ein Schlag gegen die Parlamentsidee überhaupt, an die die Zeit ja mehr als sonst etwas glaubte. Und nun gar die Oktroyierung einer preußischen Verfassung, womöglich einer „freisinnigen", war deshalb ein schwerer Schlag gegen Frankfurt, weil damit das Werk des Frankfurter Parlaments zeitlich überholt, inhaltlich in den Schatten gestellt und in der politischen Wirkung schwer geschädigt werden mußte. Wir kennen die Gedanken einflußreicher Frankfurter Kreise — der Max v. Gagern, Stockmar, Leiningen —, Preußen zu „zerschlagen", um es in dem neuen Deutschland „aufgehen" zu lassen[162]). (Vgl. oben S. 90.) Die preußische Nationalversammlung war deshalb diesen Politikern von vornherein unbequem gewesen; die vorzeitige Festlegung einer liberalen preußischen Verfassung erschien ihnen als verhängnisvolle Gefährdung der eigenen politischen Arbeit. Auch Heinrich v. Gagern war von diesem Gedanken erfüllt. Camphausen berichtet: „Das alte Projekt Max v. Gagerns: Preußen an der Spitze und allein, aber ohne allgemeine Stände in Preußen und statt deren Provinzialstände, wird jetzt auch von Heinrich v. Gagern befürwortet[163])." In dem ideenreichen Frankfurt sind ja nun vielerlei Lösungen durchgesprochen worden; von da bis zu einer Vertretung solcher Gedanken in dem nüchternen Berlin der Brandenburg und Wrangel war noch ein weiter Weg.

Gagerns Reise nach Berlin wurde von der preußischen Regierung ungern gesehen. „Wir glauben, daß die Anwesenheit des Herrn v. Gagern in Frankfurt wirksamer und nötiger sein werde, als in Berlin[164])", sagte Graf Bülow trocken in seinem Erlaß an Camphausen. Als die Ankunft Gagerns durch den Telegraphen gemeldet wurde, schrieb Graf Lerchenfeld einen Bericht über die Lage nach

München, in dem es heißt: „Der König von Preußen wird wählen müssen, ob er König von Gottes Gnaden mit 400000 Bajonetten oder revolutionärer Kaiser von Gnaden der Demokratie sein will[165])". Nach Reichenspergers Mitteilung an Graf Lerchenfeld — er kam gerade von Frankfurt zurück — war der Zweck der Gagernschen Mission, „die erbliche Reichsgewalt sofort mit der Krone Preußen zu vereinigen". Auf das „Sofort" ist wohl der Hauptakzent zu legen. Heinrich v. Gagern kam nach Berlin, um dem König von Preußen die Kaiserkrone anzubieten — das war nun schon öfter geschehen, damit machte er keinen großen Eindruck mehr. Gagern hatte die Wahl des Reichsverwesers herbeigeführt; nun meinte er, müßte er einen zweiten kühnen Griff tun. Der Erzherzog Johann hatte Gagern in vielem enttäuscht; zu seinem großen Verdrusse mußte er merken, daß der Mann, den er als Werkzeug benutzen wollte, seine eigenen Pläne verfolgte[166]). Die österreichische Gegenrevolution hatte nun die großdeutsche Politik Erzherzogs Johann und Schmerlings zerbrochen. Heinrich v. Gagern war der kommende Reichsministerpräsident des kleindeutschen Reiches: er wollte Klarheit haben — nicht nur über die Frage, ob der König von Preußen die Kaiserkrone annähme, wenn sie ihm einmal angeboten würde. Gagern wollte in diesem hochgespannten Augenblick eine sofortige Entscheidung, und zwar persönlich von Friedrich Wilhelm IV. Es ist möglich, daß er dem König den Gedanken der preußischen Provinzialstände an Stelle einer preußischen Nationalversammlung vorgetragen hat; das Hauptgewicht bei seiner Werbung kann aber nicht wohl darauf gelegen haben. Drei Unterredungen haben zwischen dem König und Gagern stattgefunden; wir sind über ihren Inhalt nur in den Grundzügen, nicht im einzelnen unterrichtet[167]). Gagern stellte zwei Forderungen auf. Die erste war die Entfernung des Ministeriums Brandenburg. Der Eindruck von Gagerns Mission war ja so groß in Berlin gewesen, daß die Minister nach Empfang der Informationen Reichenspergers dem König ihre Entlassung anboten. Nun verlangte Gagern ganz im Sinne seiner Frankfurter Instruktion ein neues preußisches Ministerium — ein Ministerium, das natürlich die Brücke von Berlin nach Frankfurt zu schlagen geeignet gewesen wäre. Ob er die Namen Beckerath und Vincke genannt hat, ist nicht sicher, es ist möglich. Sehr nahe lag es, an Gagern selbst als den Präsidenten eines preußischen Ministeriums zu denken, Vincke und die Reichskommissare mögen ihn vorgeschlagen haben. König Friedrich Wilhelm IV. hat aber seine Minister auch Gagern gegenüber gedeckt. Damit war Gagerns Erfolg bei seiner zweiten Forderung schon wesentlich in Frage gestellt. Er entwickelte dem Könige, daß nun die Wahl noch bestünde zwischen dem ständigen Oberhaupt oder der Republik, und beschwor den König, sofort die Kaiserkrone anzunehmen. Wir wissen nicht, wie sich Gagern diesen Schritt im einzelnen dachte — wahrscheinlich wollte er eine sofortige Wahl durch das Frankfurter Parlament und dann, was sich von selbst verstand, den Rücktritt des Erzherzogs Johann. Der König lehnte auch jetzt wieder die Kaiserkrone ab. Er befand sich mitten in den lebhaftesten Verhandlungen mit den süddeutschen Fürsten. Wir kennen die Bedeutung, die die Triasidee wieder bekommen hatte. Friedrich Wilhelm IV. sah sich schon als den Vorsitzenden seines Königskollegs.

Er empfing im November wiederholt den Abgesandten des Königs von Württemberg, den Staatsrat Klindworth und ließ sich von ihm Denkschriften aus-

arbeiten[168]). Seine Minister freilich wollten mit dem fragwürdigen Manne nichts zu tun haben. Lerchenfeld erhielt gerade in der zweiten Novemberhälfte eine umfangreiche offene und daneben eine geheime Instruktion für seine Verhandlungen mit Preußen. Auch Prinz Karl von Bayern erschien Anfang Dezember in Potsdam und verhandelte über die Trias. Freiherr v. Verger, ein besonders lebhafter Anhänger der Trias, spielte von Karlsruhe aus die Begleitung dazu[169]). Friedrich Wilhelm IV. fühlte also vollkommene Rückendeckung hinter sich, wenn er sich Heinrich v. Gagern gegenüber kühl zeigte. Er sagte ihm auf die Bemerkung, Österreich habe sich unmöglich gemacht, er, der König, wolle Österreich erhalten, eine Suprematie in Deutschland könne er nur aus den Händen der deutschen regierenden Fürsten annehmen. Gagern hörte dabei vor allem das Wort „annehmen“ und fing den Ball auf: „Dann übernehme ich es, die Fürsten zur Wahl zu bestimmen und will von Hof zu Hof, von Land zu Land reisen[170]).“ Übel nahm der König Gagerns Prophezeiung der Republik und des Bürgerkrieges; wir wissen nicht, ob Gagern dabei mehr an das halb im Aufruhr befindliche Schlesien, an das unruhige, antiborussische Rheinland oder an den deutschen Südwesten gedacht hat. Auch der Königin schilderte Gagern die Lage als sehr ernst: „Im ganzen Süden sieht es schlecht aus; die Ruhe wird nur durch die Macht der Bajonette erhalten. In der Bevölkerung ist ein düsteres Drängen nach irgendeiner Erhebung. Württemberg ist am meisten bedroht, die unteren Volksschichten sind da am verdorbensten ... den Regierungen gebricht es an Kraft, Geld und militärischer Macht, um gegen jeden Ausbruch gerüstet zu sein[171]).“ Recht hatte Gagern gewiß, wenn er auf diese Gefahren hinwies; die Ereignisse von 1849 gaben die Bestätigung. Der König aber fühlte sich verletzt; er hatte den 18. März überwunden und wollte von dergleichen nichts mehr hören. Einige Tage zuvor hatte er sein innerstes Empfinden offenbart, als er zur Königin sagte: „Nun bin ich wieder ehrlich[172]).“ Der Umschwung in Preußen hatte ihn befreit, er fühlte sich gehoben. Und nun sprach Heinrich v. Gagern solche „Drohungen“ aus[173])! Es lag in Gagerns feierlicher Art, den Dingen etwas Tragisches zu geben; ganz von der Autorität der Frankfurter Nationalversammlung getragen, war er nach Berlin gekommen, selber eine deutsche Macht: er wußte, daß er bei diesen Unterredungen mit dem preußischen König um sein Lebenswerk kämpfte; er wollte ihn bezwingen, er hatte ja schon manches und manchen bezwungen. Gagern fühlte sich in diesen Berliner Tagen als Tribun; er dachte wohl daran, auch selbst den Acheron in Bewegung zu setzen, wenn die Götter nicht wollten wie er. Der Mann, solche Gedanken dann auch zur Tat reifen zu lassen, war er freilich nicht. Friedrich Wilhelm IV. hat seinen „Verführer“ am Schluß umarmt; so viel Männlichkeit, so viel patriotischer Ernst ließ ihn erbeben; er war beeindruckt, aber zugleich auch gereizt und geärgert. In seiner femininen Manier gab er sich, gefesselt und überwältigt, dem mächtigen Eindruck der Worte Gagerns hin; schlau und zähe, im Eigensinn und Selbstgefühle gekitzelt, dachte er aber sofort daran, wie er doch recht behalten würde, und freute sich heimlich der eigenen Überlegenheit. Gagern war ganz und gar offen; er konnte gar nicht anders sein, Finassieren lag ihm nie. Der König war keine so vornehme Natur; er wirkte in seinem Sprühen und Glitzern immer subjektiv ehrlich; auch scharfsinnigere Männer als Heinrich v. Gagern ließen sich im

Moment ganz von ihm erfüllen. Was hinter soviel Wortgesprudel, hinter soviel warmem Bekenntnis steckte, wußte niemand recht. Ein merkwürdiges Bild — die Zwiesprache dieser beiden deutschen Männer: begnadete Redner beide, beide tiefverwandt der Zeitbewegung, beide eigentlich gewillt, zusammenzukommen, beide gebannt und wieder abgestoßen voneinander. Jeder hielt wohl den anderen nicht für den großen Staatsmann, den die Zeit brauchte, und leider hatten beide damit recht. Aber schließlich hat sich doch Gagern mehr in dem König getäuscht als umgekehrt. Gagern war zum ersten Male in Berlin, er sah als echter Westdeutscher in dieser aus zwei ungleichen Staatshälften bestehenden preußischen Großmacht eine wenig glückliche Bildung. Er glaubte diesem Preußen durch das kleindeutsche Reich die größte Möglichkeit zur Entwicklung zu eröffnen. Die zähe Gesundheit des borussischen Kernes dieser europäischen Großmacht hat Gagern nie begriffen. Das Schicksal der preußischen Nationalversammlung kam für Gagern erst in zweiter Linie; mochte der König mit ihr machen, was ihm gefiel — wenn nur das Frankfurter Parlament zu seinem Ziele gelangte. Und da wollte er einfach das Nein des Königs nicht verstehen, er wollte es sicher nicht als das letzte Wort hinnehmen. Hatte dieser König denn nicht schon recht oft „Nein" oder „Niemals" gesagt, und hatte er nicht dann doch genau das getan, was er so scharf ablehnte? Die Periodizität des Vereinigten Landtages, 1847 mehrfach, vielfach abgeschworen, wurde im März 1848 bewilligt; das deutsche Parlament war zähe verworfen worden, dann hatte es der König selbst verkündet; die schwarz-rot-goldene Fahne, am 18. März noch von den Truppen beschossen, hatte Friedrich Wilhelm IV. drei Tage später durch die Berliner Straßen getragen; ein geschriebenes Blatt Papier sollte sich nie zwischen ihn und sein Volk drängen — nun war er im Begriff, eine Verfassung für Preußen zu oktroyieren. Es war eigentlich doch so: Wenn dieser Monarch leidenschaftlich eine Sache zurückwies, so durfte damit gerechnet werden, daß er sie schließlich begeistert ergriff. Würde es nicht mit der Kaiserkrone ebenso gehen? Gagern hielt Friedrich Wilhelms Weigerung für eine Art Ziererei, die man zur rechten Zeit schon überwinden würde. Und so nahm er von den Unterredungen mit dem Könige durchaus nicht den Eindruck eines völligen Mißerfolges mit. Gewiß: der König wollte sein Ministerium behalten und seine preußische Politik weitermachen, er konnte sich nicht entschließen, das Steuer ganz umzuwerfen und sofort mit Frankfurt zusammenzugehen; in preußischen Dingen verwies er Gagern überhaupt an seine Minister[174]). Gagern hatte, mit Absicht wohl, etwas überfordert, um so sicherer glaubte er den König für später in der deutschen Sache doch noch zu bekommen. Gagern hielt also an seinem Plan, dem Erbkaisertum für Preußen, durchaus fest, er wollte jetzt auf die deutschen Fürsten einwirken und die Vertrauenswürdigkeit der Frankfurter Versammlung durch „konservative" Gesetze (Wahlgesetz, Preßgesetz und Beschränkung des Versammlungsrechtes) beweisen; so schilderte einer seiner näheren Anhänger, wahrscheinlich Simson, Gagerns Absichten dem bayrischen Gesandten; zur Beruhigung der Bayern wurde noch beigefügt, Gagern wolle zwar keine Trias, aber auch keine „Hegemonie Preußens", keinen „kaiserlichen Despotismus": „Wir wollen einen Königsrat, in welchem Bayern ständig das Präsidium zu führen hätte und ohne dessen Einwilligung der Kaiser keine wichtige Beschlußnahme fassen könnte[175])." Merkwürdig ist Graf Lerchenfelds Satz:

„Gagern hat sich hauptsächlich bemüht, nichts auf die Spitze zu bringen, damit die Linke in Frankfurt nicht zu extremen Mitteln greift[176]).“ Gagern mußte eben schon einen Erfolg seines Berliner Besuches darin sehen, daß die neue preußische Verfassung nicht zu reaktionär ausfiel und daß ein Bruch zwischen dem Ministerium Brandenburg und Frankfurt nicht stattfand. Diese Basis brauchte er mindestens für seine weitere Arbeit in Frankfurt; daß man schließlich dort auf Friedrich Wilhelm IV. hoffen durfte, schien sich für Gagern aus seinen sonstigen Berliner Eindrücken am Hofe zu ergeben: Prinz Karl, die Prinzessin von Preußen, bei der er zwei Stunden war, auch verschiedene Würdenträger wollten die von Frankfurt dargebotene Hand durchaus nicht abweisen. Camphausen gab in Frankfurt ähnliche Erklärungen ab[177]). Der Prinz von Preußen war zurückhaltender. Er sagte am 27. November bei Tafel: „In bezug auf die Insinuationen des Herrn v. Gagern ist nichts zu fürchten, der König ist fester als ich selbst, und das will gewiß viel sagen[178]).“ Aber ein schroffes Auftreten gegen Frankfurt, wie es in Wien jetzt beliebt wurde, kam infolge der Gagernschen Mission für Preußen nicht mehr in Betracht. Man wollte sich die Frankfurter Möglichkeiten doch vorbehalten. Dies war auch der Sinn der Instruktionen, die der preußische Gesandte in Wien, Graf Bernstorff, empfing: Gagern habe sehnlich gewünscht, Preußen möge sich ganz und unbedingt der Nationalversammlung in Frankfurt und der Zentralgewalt anschließen, der König möge sich im voraus zur Annahme der Suprematiestellung bereit erklären: die Antwort Friedrich Wilhelms sei aber gewesen: er könne das Mandat der Versammlung nicht anerkennen und müsse den „Entschluß vom Charakter der Verfassung und der Verständigung mit den Bundesfürsten abhängig machen“. Man sieht deutlich, wie diese Fassung auf die Wiener Verhältnisse abgestimmt war; von einem definitiven „Nein“ ist durchaus nicht die Rede.

Denselben Geist atmet der Erlaß vom vorigen Tage: Preußen habe von anderen Staaten Vorschläge erhalten, um die Initiative zu ergreifen und unter Ausschaltung Österreichs sofort vorzugehen; Preußen sähe aber davon ab: die Absonderung Österreichs werde es als „traurige Notwendigkeit“ hinnehmen, wenn die Umstände und Österreichs Willen eine solche herbeiführen sollten; die neue Verfassung sei nur auf dem Wege der Vereinbarung der Regierungen zu machen; Preußen wolle nicht die Versammlung in Frankfurt als Mittel benutzen, um den übrigen Staaten etwas aufzudrängen; sie sei sich selbst zu überlassen und das Ergebnis ihrer Beratungen sei abzuwarten[179]). Friedrich Wilhelm IV. sagte am 1. Dezember zum bayrischen Gesandten, er sei ganz einverstanden mit König Maximilian: das Definitivum solle nicht beschleunigt, das Provisorium, also die Reichsverweserschaft, erhalten werden, da sie das einzige Band und die Garantie für Ordnung sei: „Man muß Befehle aus Frankfurt aber nicht ausführen, sich diplomatischer Wendungen bedienen, um Zeit zu gewinnen, wo das nicht ausreicht, offenen Widerspruch einlegen. Ich habe es auch so gemacht, und es ist damit nicht die mindeste Gefahr verbunden.“ „Ich gebe die Worte Sr. Majestät getreu wieder“, betonte Graf Lerchenfeld zum Schlusse ausdrücklich[180]).

Gagern blieb länger in Berlin, als es manchem mißtrauischen Beobachter lieb war. „Seine Anwesenheit lastet wie ein Alp auf mir“, gesteht der bayrische Gesandte[181]). Freilich war sein Auftreten nach den Unterredungen mit dem König

nicht mehr so „eroberer"mäßig wie vorher[182]). Erst nach den Unterredungen mit dem König suchte Gagern den Grafen Brandenburg und seine Ministerkollegen auf. Dies konnten nach Lage der Dinge nur kühle Höflichkeitsbesuche sein. Mit dem Präsidenten der preußischen Nationalversammlung v. Unruh hatte Gagern aber ein ausführliches und politisch merkwürdiges Gespräch. Er versuchte seinen preußischen Kollegen zur Versöhnlichkeit zu stimmen und riet ihm, mit der Krone wieder anzuknüpfen, um zu einem Ausgleich zu kommen. Gagern deutete auch an, daß die Befolgung dieses Rates im Interesse von Unruhs eigener Zukunft sei, Großes stünde ihm dann offen, womit nur ein Ministerposten gemeint sein konnte. Unruh beharrte auf seiner Haltung, und die Unterredung nahm ein gereiztes Ende. Unruh prophezeite zu Gagerns Ärger dem Frankfurter Parlament dasselbe Schicksal, das jetzt die Berliner Nationalversammlung bedrohte[183]). Man merkt, wie Gagern doch ganz im Sinne seiner Frankfurter Instruktion gegen den Bruch mit der preußischen Nationalversammlung und die Verfassungsoktroyierung arbeitete, sobald er eingesehen hatte, daß der König für ein sofortiges entschiedenes Bündnis mit Frankfurt nicht zu haben war. Gagern sah eben vier Eventualitäten vor sich: sofortige Übernahme der Kaiserkrone durch den König und Verzicht auf eigene preußische Volksvertretung; Versöhnung des Königs mit seiner Nationalversammlung, ruhige Weiterberatung des preußischen Verfassungswerkes mit einem neuen Ministerium, Anerkennung der werdenden Frankfurter Reichsverfassung; Auflösung der Berliner Nationalversammlung, Oktroyierung einer freisinnigen Verfassung — und damit doch noch Grundlage späterer Zusammenarbeit mit Frankfurt. Auch diese dritte Möglichkeit, so mager sie war, blieb immer noch der letzten vorzuziehen: der völligen Militärreaktion in Preußen und dem Bruche mit Frankfurt. So ist es zu verstehen, daß Heinrich v. Gagern die Arbeit gegen das Ministerium Brandenburg auch dann nicht aufgab, als er eingesehen hatte, daß der König an ihm festhielt.

Dem Grafen Brandenburg war es gelungen, inzwischen für sein Rumpfkabinett den bei der umstrittenen Rechtslage immerhin besonders nötigen Justizminister in der Person des Abgeordneten Rintelen zu finden. Durch den Eintritt dieses Parlamentariers bekam das Ministerium einen etwas versöhnlicheren Charakter; der Eindruck verstärkte sich noch durch die auffallende Tatsache, daß Rintelen gegen das Ministerium Brandenburg mitprotestiert und auch der Adressendeputation vom 2. November angehört hatte. Rintelen war Katholik, und es mag sein, daß man durch seine Heranziehung gegenüber den katholischen Demokraten Waldeck und v. Berg eine Art Gegengewicht schaffen wollte und für Rintelens Mitarbeit auch eine Sicherung katholischer Interessen zu geben bereit war[184]). Das Ministerium samt seinem neuen Justizminister arbeitete in aller Öffentlichkeit nun auf die Auflösung der Nationalversammlung und die Oktroyierung hin. Es wäre gerade deshalb ein sehr wirksamer Gegenschlag der Opposition gewesen, wenn sie bei der Wiedereröffnung der Nationalversammlung in Brandenburg vollzählig erschienen wäre. Der Steuerverweigerungsbeschluß war wirklich ein Fehlschlag gewesen — das sahen nun die meisten ein. Entweder konnte man darauf beharren und nicht nach Brandenburg gehen: dann war das Schicksal der Nationalversammlung besiegelt. Oder man konnte Nachgiebigkeit zeigen, vollzählig in Brandenburg erscheinen und das „volksfeindliche und freiheitsmörderische"

Ministerium durch einen neuen Mehrheitsbeschluß stürzen. Dann war die Krone in Verlegenheit gebracht, und vielleicht kam dann doch noch eine Versöhnung und eine Verständigung mit Frankfurt zustande. Dies war das Ziel auch der Bemühungen Heinrich v. Gagerns bei seinen Verhandlungen mit den Kammermitgliedern. Das Motiv parlamentarischer Solidarität kam wieder zur Geltung. Die scharfe Stimmung gegen das Kabinett führte jedenfalls Graf Lerchenfeld auch auf die „Intrigen“ Gagerns zurück[185]). Der sachliche Erfolg blieb aber aus. Die Opposition war und wurde nicht einig. Die äußerste Linke und fast das ganze linke Zentrum gingen zunächst nicht nach Brandenburg. Die übrigen, die hingingen, taten es in der sicheren Aussicht, gegenüber der Rechten in der Minorität zu bleiben, hätten es also auch besser unterlassen sollen. Sie mußten sich noch nachsagen lassen, sie wären nur nach Brandenburg gekommen, um ihre Diäten in Empfang zu nehmen[186]). „In dieser Versammlung ist der Unverstand groß — da ist nicht zu helfen“ — meinte Heinrich v. Gagern resigniert[187]).

Die Ereignisse liefen nun schnell ab. Die erste Sitzung am 27. November unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten v. Brünneck ergab Beschlußunfähigkeit, da nur 154 Mitglieder anwesend waren. Am 28. November war die Lage die gleiche — 159 Abgeordnete hatten sich eingefunden. Die Regierung wollte nun die fehlenden durch ihre Stellvertreter ersetzen — zweifellos eine ungesetzliche Maßnahme, da keine Mandatsniederlegung stattgefunden hatte. Der Plan allein schon hatte indessen den Erfolg, daß sich immer mehr Abgeordnete nach Brandenburg begaben. Am 1. Dezember war die Versammlung mit 259 Köpfen zum ersten Male wieder beschlußfähig. Die Opposition stellte den Antrag auf Vertagung und kündigte für den nächsten Tag die Ankunft einer größeren Anzahl von Deputierten, auch des Präsidenten der Versammlung, Unruh, und der beiden anderen an. Da die Vertagung fiel, erklärten die Mitglieder der Opposition, „für heute“ den Saal verlassen zu wollen — sie wollte sich eben nicht durch die Rechte niederstimmen lassen. Die Absicht war, daß Unruh am nächsten Tage nach Genehmigung des Protokolls vom 9. November sein Amt niederlegen sollte. Damit wäre dann der Steuerverweigerungsbeschluß auch mit unter den Tisch gefallen. Nun geschah aber das Beispiellose: die zurückbleibende Versammlung in der Stärke von zunächst 172 Köpfen, also zweifellos eine beschlußunfähige Körperschaft, beschloß am 1. Dezember die Einberufung der Stellvertreter der fehlenden Abgeordneten und vertagte die Versammlung um eine ganze Woche auf den 7. Dezember, obgleich für den 4. Dezember das Erscheinen einer sehr großen Anzahl der oppositionellen Abgeordneten sicher war. Nur 73 Mitglieder haben diese Entscheidungen getroffen, darunter 20 Juristen, 82 hatten sich der Abstimmung enthalten. Der innere und äußere Zerfall der Nationalversammlung war damit entschieden. Die rechtsstehende Minderheit stieß die linksstehende Mehrheit aus; Männer dieser Minderheit baten nun selbst das Ministerium um die Auflösung. Das traurige Schauspiel war zu Ende. Am 5. Dezember wurde die preußische „Nationalversammlung zur Vereinbarung einer Verfassung“ aufgelöst; und die Verfassung für Preußen wurde oktroyiert. Bis zum letzten Augenblick war also der Ausgang zweifelhaft gewesen. Die Opposition hätte nur rechtzeitig vollzählig anwesend sein sollen, es hätte nur die Zurücknahme der Beschlüsse vom 9. bis 15. November und ein sachlich formuliertes Mißtrauensvotum gegen das

Ministerium beschlossen zu werden brauchen — und die Lage wäre eine ganz andere gewesen. Vielleicht hätte der König dann noch ein neues Ministerium gebildet, denn er schwankte bis zuletzt — noch am 3. Dezember bot das Kabinett Brandenburg seinen Rücktritt an; vielleicht hätte dann nur die Auflösung stattgefunden und es wären lediglich Neuwahlen ausgeschrieben worden[188]) [189]).

Zugrunde ist die preußische Nationalversammlung zum guten Teile an sich selbst gegangen. Mit dem Glanze des Frankfurter Parlaments konnte sie sich von Anfang an nicht vergleichen — sie war eine nüchterne, sachliche, fleißige und etwas pedantische Körperschaft. Sie blieb immer das Geschöpf der Märzrevolution, als welches sie ins Leben trat. Aber es ist geschichtlich völlig unzutreffend, die preußische Nationalversammlung als eine von der entschiedenen Linken, dem demokratischen Republikanertum beherrschte und deshalb damals unbrauchbare parlamentarische Körperschaft hinstellen zu wollen. Ihre Mehrheit war, wie gezeigt, durchaus monarchistisch gesonnen, sie wünschte die ehrliche parlamentarische Monarchie nach westeuropäischem Muster. Das Hauptgewicht der Nationalversammlung lag in der Mitte; wäre diese einig gewesen, hätte etwas ganz anderes erreicht werden können. Gerade die beiden Zentren befehdeten sich aber am meisten. Die Uneinigkeit der bürgerlich-liberalen Parteien verdammte sie zur Unfruchtbarkeit. Das rechte Zentrum drängte das linke Zentrum an die Seite der Linken, und aus dem Zusammenarbeiten des rechten Zentrums und der Rechten kam bei der Schwäche der Rechten nichts heraus. Diese Parteizerrüttung, dieser vielfach auch von persönlichem Ehrgeiz bestimmte Wettkampf der Fraktionsklüngel hatte schon dem Ministerium Camphausen das Leben verleidet und machte vollends auch den verständigeren Elementen des Ministeriums Hansemann-Auerswald die Arbeit unmöglich. Die Mehrheit der Nationalversammlung hat wohl begriffen, daß man den alten Militärstaat Preußen nur modernisieren konnte, wenn man Einfluß auf die Exekutive bekam. Die tatsächlichen Machtmittel sollten dem Geiste des Selfgovernments untergeordnet werden. Schon gleich zu Anfang zeigte sich als Folge des 18. März das besondere Interesse für das Militär: Scharnhorst wollte das volkstümlichste Heer schaffen, aber Preußen hat heute das unvolkstümlichste Militär, sagte der Abg. Jung in der Sitzung am 30. Mai[190]). Es war einer der Hauptgedanken, nicht nur der entschiedenen Linken, sondern auch der liberalen Reformer in der Mitte, eine echte Volkswehr im alten Landwehrgeiste ins Leben zu rufen. Man wünschte das Petitions- und Versammlungsrecht für die Soldaten, man bekämpfte die Kadettenhäuser, die Militärgerichtsbarkeit. Immer wieder zeigte sich der tiefe Widerwille gegen den alten Kommandofimmel; das war durchaus keine pazifistische Stimmung, die Mitglieder dieser Versammlung waren auf ihre Art sehr selbstbewußte Preußen, und viele bejahten aus voller Überzeugung den Geist von 1813 — es war die Bekämpfung alten Hochmutes und alter Bevormundung, die als unerträglich für den modernen Staatsbürger galten. Wir kennen den Schweidnitzer Vorfall und seine weitgehenden Folgen. Der Kampf um das Bürgerwehrgesetz lieferte neue Beweise. Johann Jacoby etwa sah in der geplanten endgültigen Form der Bürgerwehr ein drittes selbständiges Institut neben Linie und Landwehr und eine Verwirklichung der allgemeinen Volksbewaffnung, die nach seiner Auffassung „die sicherste, ja einzige Garantie der bürgerlichen Freiheit" darbiete[191]). Als bei den Septemberunruhen in

Köln General Kaiser und Oberst Engels den Belagerungszustand erklärten und dabei auch die Presse suspendierten, erhoben linkes Zentrum und Linke in der Nationalversammlung stürmischen Protest — ein Attentat gegen das Volk sei geschehen. Ähnliche Debatten entwickelten sich über den Belagerungszustand in Posen. Bis weit in die gemäßigte Mitte hinein ging also das Mißtrauen dieser parlamentarischen Körperschaft gegen die Militärorgane; sie fühlte ganz mit Recht die ungebrochene Zähigkeit gerade dieser alten Gewalt und zeigte ihre Unruhe durch Anträge und Interpellationen, die häufig schikanös und eigensinnig wirkten, denen aber die Hast und das Unsicherheitsgefühl eines Existenzkampfes ohne entsprechende Machtmittel zugrunde liegt. Es fehlte also viel weniger an dem Instinkt für die „Macht" als an der Energie, sie sich rücksichtslos anzueignen. Acht von den zwölf Gesetzen, die die Nationalversammlung zu Ende beraten hat, sind vom König bestätigt worden, darunter die sogenannte Habeaskorpusakte und die Sistierung der Verhandlungen über die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse; vier Gesetze wurden nicht vom König sanktioniert — das Gesetz über die Aufhebung der Todesstrafe und über die unentgeltliche Aufhebung der bäuerlichen Lasten waren darunter. Zweiundzwanzig Gesetzentwürfe waren bereits durch die einzelnen Abteilungen hindurchgegangen und von den Zentralabteilungen begutachtet worden: ein ganz neues Preußen ersteht aus diesen Entwürfen — jenes Preußen, das erst nach einem Menschenalter ganz allmählich und endgültig erst durch die Revolution von 1918 aufgebaut worden ist. Man beachte etwa die Gesetzentwürfe über die Klassensteuerbefreiung, über die uneheliche Vaterschaft, über die Aufhebung der Gesindeordnung. Außerdem hat die preußische Nationalversammlung noch mehrere „Gutachten" erstattet und einige tausend Petitionen bearbeitet. Ihre Beschlüsse über die Verfassung des preußischen Staates unterlagen ja der Vereinbarung, hatten also keine gesetzliche Kraft, sondern legten nur einen Entwurf fest, über den die Krone sich noch hätte äußern müssen. Die Angriffe, die wegen der besonders auffallenden Beschlüsse über die Gottesgnadenformel und die Abschaffung der Adelsprädikate gegen die Nationalversammlung gerichtet worden sind, verkannten vielfach mit Absicht diesen Tatbestand. Die Nationalversammlung hatte selbst auch noch durchaus nicht das letzte Wort gesprochen.

Der Gedanke, eine Verfassungsurkunde in der westeuropäischen Art auch für Preußen festzulegen, stammte nicht erst aus der Märzbewegung, sondern ist von David Hansemann gefaßt worden, der schon 1830 nach belgischem und französischem Muster auch für Preußen eine Verfassungsurkunde verlangt hat[192]). Hansemann verfaßte dann auch 1848 den ersten Vorentwurf. Als Grundlage nahm er die belgische Verfassung, verstärkte aber das Königtum in der Art der französischen Charte der Restauration und kombinierte, ebenfalls unter französischem Einflusse, die Erste Kammer aus den königlichen Prinzen, aus den vom Könige ernannten Mitgliedern und aus einer dritten Gruppe, die indirekt gewählt werden sollte. Friedrich Wilhelm IV. setzte dann noch einige Änderungen im monarchischen Sinne durch — so die Erblichkeit der von ihm ernannten Pairs, die Anerkennung der königlichen Hausgesetze als Rechtsnorm u. a. m. So wurde der Entwurf dann als „Verfassungsgesetz" der Nationalversammlung vorgelegt. Aus dieser Vorlage und aus dem Geist des Verfassungsgesetzes durfte die National-

versammlung den Schluß ziehen, daß die Krone zum parlamentarischen Regiment grundsätzlich bereit war. Die aus 24 Mitgliedern unter Waldecks Vorsitz tagende Verfassungskommission hat den Entwurf dann wesentlich umgearbeitet, weniger unter Waldecks unmittelbarem Einfluß als unter dem von Peter Reichensperger. Nicht eine „Charte Waldeck" hätte ihn also Friedrich Wilhelm IV. nennen sollen, sondern eine Charte Reichensperger. Die Änderungen sind sehr durchgreifender Natur: suspensives Veto der Krone, statt des absoluten, Zusammensetzung der Ersten Kammer nur aus gewählten Personen über vierzig Jahre, finanzielle Abhängigkeit der Krone vom Budgetrecht der Volksvertretung usw. Auch der Frankfurter Entwurf der Grundrechte vom 19. Juni ist ausgiebig benutzt, die weiteren Frankfurter Beschlüsse sorgfältig berücksichtigt[193]).

Die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember hatte nun, nach dem Worte des bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, „die neue Freiheit von 1848 mit der Autorität der Krone und des Gesetzes" zu verbinden[194]). Die erlösende Formel, die wir schon von Österreich her kennen, hieß: „konstitutionell-monarchisch[195])". Ihr geistiger Vater für Preußen war F. J. Stahl. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel behauptete ja, nicht reaktionär zu sein. Der Widerstand im Lande hatte seit dem unglücklichen Steuerverweigerungsbeschluß, wie wir sahen, sehr abgenommen — die mangelhafte Taktik der beiden Mittelparteien hatte nun zum Schluß die Nationalversammlung auch in der öffentlichen Meinung zumeist ganz zugrunde gerichtet, die Lage für die Regierung hatte sich also seit Anfang November wesentlich gebessert. Die Reaktion mußte sich etappenweise vollziehen. So griff denn die oktroyierte Verfassung auf den Verfassungsentwurf zurück und verblüffte zunächst durch ihren liberalen Geist. Da man nun den so wenig populären und ja auch von den Frankfurtern mit besonderer Lebhaftigkeit bekämpften Weg der Oktroyierung beschritt, so wollte man wenigstens die Kritiker entwaffnen durch den Inhalt der Verfassung selbst. Preußenverein und Ultraroyalisten hatten noch in den letzten Tagen gegen die Oktroyierung gearbeitet, weil sie fürchteten, das Geschenk des Königs werde den Liberalen zu sehr entgegenkommen[196]). Tatsächlich waren die Liberalen zunächst angenehm überrascht und fühlten sich entwaffnet. Die Aufnahme in den Provinzen war sehr günstig und beruhigend. Die Royalisten verbargen ihre Enttäuschung nicht, hielten sich aber dann an die Ankündigung des Artikels 112, daß diese oktroyierte Verfassung revidiert werden sollte, und setzten darauf erneute Hoffnungen[197]).

Bülow-Cummerow trat sogleich mit einer Broschüre gegen das System der Urwahlen auf den Plan. Die Leute vom Rittergut fürchteten eben das Ende ihrer Vorherrschaft bei dieser neuen Verfassung. Untersagte doch der Artikel 31 die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Fideikommissen! War doch die Auflösung der bestehenden Bindungen dieser Art angeordnet, mit Ausnahme der königlichen, prinzlichen und ehemals reichsunmittelbaren Fideikommisse! Ordnete der Artikel doch damit die entschädigungslose Aufhebung der Gerichtsherrlichkeit, der gutsherrlichen Polizei, der obrigkeitlichen Gewalt und aller aus Schutzherrlichkeit und früherer Erbuntertänigkeit stammenden Verpflichtungen an! Waren doch in dem gleichfalls am 5. Dezember erlassenen Patente über die Zusammenberufung der Vertreter des preußischen Volkes — die neuen Kammern sollten am 26. Februar 1849 zusammentreten — auch weitere Verordnungen über

die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse angekündigt! Das Interesse der Konservativen bestand darin, entweder eine ganz gute oder eine absolut schlechte Zusammensetzung der neuen Volksvertretung zu erreichen; im ersteren Fall kam dann die Revision der Verfassung im reaktionären Sinne, im zweiten Falle erneute Auflösung und Oktroyierung einer endgültigen Verfassung. Als ungünstigste Möglichkeit galt eine Zusammensetzung mittlerer Güte — dann war weder die Revision leicht durchführbar, noch die Auflösung leicht zu begründen[198]). In diplomatischen Kreisen war die Verwunderung über die neue Verfassung groß. Einer der Herren sagte: „Dieser Monarch ist dazu bestimmt, die gewonnenen Positionen im Augenblicke des Sieges aufzugeben." Wenn man schon den Gewaltstreich der Oktroyierung wählte, schrieb der bayrische Gesandte, warum nicht mehr Vorteil daraus ziehen[199])? Um solche Grundsätze zum Gesetz zu erheben, bedürfte es doch schließlich nicht so gewaltsamer Mittel! Besonders betroffen waren die Gesandten der kleinen deutschen Höfe über dieses „demokratische" Vorschreiten Preußens und nannten den 5. Dezember einen zweiten 18. März. Man fürchtete, daß eine solche Verfassung in Preußen die Verfassungen in Sachsen, Hannover usw. ins Wanken bringen würde[200]). Höchst peinlich waren die Wiener politischen Kreise berührt. „Wie ist es möglich", fragte man, „daß die Regierung im Vollbesitze ihrer Macht eine Verfassung gibt, die bis auf wenige Bestimmungen kaum von der aufgelösten Versammlung hätte liberaler gegeben werden können, mit der man auf die Dauer jede Regierung für unmöglich hielt!" Österreich sah sich „auf das Unangenehmste gelähmt und überflügelt[201])". Wenn Österreich einen jungen Kaiser in Franz Josef hatte, so trumpfte Preußen mit einer jungen fertigen Verfassung auf. Sie hätten an Freiheitsrechten nicht zurückbleiben können, besonders in Rücksicht auf das Frankfurter Parlament, so rechtfertigten sich die preußischen Minister gegenüber dem österreichischen Gesandten[202]). Als politischer Akt war also die Oktroyierung im Augenblick durchaus ein Erfolg: sie bewies, daß Preußen als Staatskörper weiterleben wolle, aber im Bündnis mit den Mächten der Zeit; sie setzte dem Frankfurter Reichsunitarismus einen preußischen Staatsunitarismus gegenüber, streckte die Hand jedoch auch wieder aus nach den Verfassungsgrundsätzen der deutschen Reformpartei. Preußen tat durch die Oktroyierung den Schritt, der in der Zeit der Freiheitskriege fünfmal versprochen war, den es schon 1840 und dann 1847 hätte tun können und sollen: durch das liberale Bekenntnis zeigte es Bereitschaft und Reife zum deutschen Nationalstaat.

Bei näherer Prüfung freilich mußte sich dieser erste Eindruck in doppelter Hinsicht abschwächen; die oktroyierte Verfassung war nicht ganz das, was sie schien. Die Revisionsankündigung in den Anmerkungen zu Artikel 63 und 67 der Verfassung, die den Wahlmodus betrafen, wirkte als eine Art Drohung. Und dann: auf dem liberalen Gefilde ihrer Paragraphen selbst gab es reaktionäre Fußangeln. Sie ging wohl auf das von der Regierung vorgelegte Verfassungsgesetz zurück. Aber es war da doch noch einiges hinzugekommen. Artikel 105 gab der Regierung das unbeschränkte Recht, außerhalb der Tagungsperiode der beiden Kammern Notverordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen; Artikel 108 bestimmte die Weitererhebung der Abgaben und Steuern (während das belgische Vorbild die alljährliche Bewilligung des Budgets festlegt); Artikel 110 gab der

Krone das sehr weitgehende Recht der Verfügung des Belagerungszustandes und der Suspendierung der Grundrechte. Die Märzerlasse waren bis auf die immerhin recht wichtige Vereidigung des Heeres auf die Verfassung grundsätzlich erfüllt; die exekutive Gewalt aber wird dem Könige ausdrücklich allein zugesprochen (Art. 43); finanziell ist die Krone unbeschränkt, sie ist nicht auf eine Zivilliste angewiesen, sondern behält den Kronfideikommißfonds nach dem Gesetz von 1820 (Art. 57); sie hat das absolute Veto; die legislative und jurisdiktionelle Gewalt ist zwischen König und Volksvertretung geteilt (Art. 60). Eine Änderung des Wahlrechts ist zunächst nicht gewagt worden, und zwar unter dem entscheidenden Einfluß Rintelens[203]). Das Wahlgesetz für die Zweite Kammer vom 6. Dezember sagt freilich nicht mehr wie das vom 6. April: „jeder Preuße", sondern: „jeder selbständige Preuße" — aber das Ministerium gab dazu am 15. Dezember die Interpretation: da der genaue Begriff der Selbständigkeit nicht feststünde, dürfe niemand von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen werden, der sonst die Bestimmungen des aktiven Wahlrechtes erfülle[204]). Für die ebenfalls durchweg gewählte, aus 180 Mitgliedern bestehende Erste Kammer gab es aber kein allgemeines Wahlrecht; hier war die Eigenschaft eines Urwählers geknüpft außer an das Lebensalter von 30 Jahren an einen Grundbesitz im Mindestwert von 5000 Taler oder ein Jahreseinkommen von 500 Taler oder an eine direkte Steuerverpflichtung von 8 Taler — es begann also erst beim wirtschaftlich und gesellschaftlich gefestigten Mittelstande. Das passive Wahlrecht für die Erste Kammer setzte die Überschreitung des 40. Lebensjahres voraus. Die Mitglieder der Ersten Kammer bekamen keine Diäten, dadurch hoffte man oppositionelle Elemente aus ihr fernzuhalten[205]). Die ganz persönlichen Wünsche des Königs nach einem feudalen Oberhaus und einem auf abgestuftem Klassenwahlrecht beruhenden Unterhaus waren also zunächst nicht berücksichtigt. Im letzten Moment erst hatte sich die Regierung zu einer den Volkswünschen so entgegenkommenden Fassung entschlossen; für die Revision blieben die anderen Vorschläge ja immer noch als willkommenes Material übrig[206]). Nur der König blieb also wie ein mittelalterlicher Burgfried absolutistisch aufrechtstehen in dieser Verfassung; die altmodischen Seitenflügel, die ihn stützen sollten, waren abgetragen. Gerade dieses Zugeständnis in der Wahl und Zusammensetzung der Ersten Kammer wurde von den Royalisten mit besonderer Heftigkeit bekämpft — hier sei, so sagt man, doch die Regierung an nichts gebunden gewesen[207]). Für das Verhältnis zur Reichsverfassung enthält der Artikel 111 die Feststellung der Unterordnung der oktroyierten preußischen Verfassung unter die zukünftigen Frankfurter Bestimmungen. Mit besonderer Befriedigung teilte Camphausen dem Reichsminister des Innern diese Tatsache mit, zugleich mit lebhaftem Dank für die entschiedene Erklärung über den Beschluß der Steuerverweigerung. „Noch bevor die Nationalversammlung in Frankfurt zusammentrat, war zu dem preußischen Verfassungsentwurf der Artikel niedergeschrieben, welcher von der Preußischen Volksvertretung die Verzichtleistung auf das Beschlußrecht über die deutsche Verfassung fordert; heute nach sieben Monaten ist er buchstäblich in die Verfassung übergegangen[208])." Camphausen glaubte darin ein „Zeugnis der nicht wechselnden Gesinnung der preußischen Regierung" feststellen und damit eine etwaige Verstimmung in Frankfurt zerstreuen zu können.

Die Börse begrüßte die oktroyierte Verfassung mit einer Hausse. Am 30. November hatte die silberne Hochzeit des Königspaares stattgefunden. Das Fest wurde mit deutlicher Absicht als eine große loyale und höfische Kundgebung in Szene gesetzt. Es gab Galatafel und Diplomatencercle; auswärtige Vertreter, die seit fast einem Jahre nicht bei Hofe erschienen waren, wurden empfangen. Im Theater sang das Publikum enthusiastisch die preußische Nationalhymne. „Man beglückwünschte sich, sich wieder in guter Gesellschaft zu finden und in gewohntem Glanz das Königtum wiederzuentdecken, das gottlose rebellische Hände hatten verschwinden lassen wollen. So machen die Umstände das Familienfest zum politischen", schreibt der württembergische Gesandte[209]). Eine Bemerkung des belgischen Gesandten Nothomb traf, in wenig schmeichelhafter Weise freilich, den Kern der politischen Lage in Preußen: „Ce n'est pas avec des caporaux et des commis qu'on fait un coup d'état[209])." Mit dem Korporal war der Graf Brandenburg, mit dem Kommis war der Minister Otto v. Manteuffel gemeint. Der preußische Staatsstreich hatte recht brutal begonnen und endete mit scheinbarer Sanftmut. Die Militärüberschwemmung in Berlin hatte jeden ernsteren Widerstand unmöglich gemacht — ein blutiger Zusammenstoß irgendwo wäre aber gerade den Royalisten willkommen gewesen für eine schärfere Durchsetzung ihres Standpunktes. Die Art des Vorgehens der Regierungsgewalt war aus Tapsigkeit und Schläue gemischt. Zuerst hatte man den größeren Stil in Wien mit einer gewissen Hast nachgeahmt, dann hatte man sich bemüht, eine Länge voraus zu kommen. Der preußische Staatsstreich war ein subalternes Werk subalterner Leute. Mit Frankfurt hatte man ein ehrliches Bündnis gescheut, versuchte sich aber sofort danach wieder mit liberalem und nationalem Wesen anzubiedern. Zwischen dem Grafen Brandenburg und dem Verweser des Außenministeriums, dem Grafen Bülow, herrschte durchaus keine Einigkeit; und der König stand auf seine gewohnte Art wieder neben beiden, versprach nach allen Seiten zu viel und genoß seine überlegene Falschheit. Der kräftigste und hellste politische Wille herrschte bei den Royalisten; sie freuten sich auf die ausgeschriebenen Neuwahlen, sie waren entschlossen, alle Vorteile ihrer bisherigen Opposition auszunutzen und den Wahlmännern wirtschaftlich und gesellschaftlich fest zuzusetzen, um so das alles einzuholen, was bei den Wählern erster Ordnung nicht so leicht erreichbar schien[210]). Eine im Dezember 1848 erschienene Flugschrift „Das schwarze Buch" trat als „Warnungsspiegel für preußische Wahlmänner" auf; in einem alphabetischen Register führte sie die Abgeordneten der Linken an, jeweils mit den hauptsächlichen politischen Sünden, und warnte die Wahlmänner davor, solche Leute von neuem zu wählen[211]).

Gegen Gierke, Kirchmann und Temme wandten sich ihre Oberlandesgerichte. Der Präsident des Geheimen Obertribunals schrieb an Waldeck, er möge die geeigneten Schritte tun, um die Gemeinschaft mit den Richtern dieses Gerichts zu lösen, denn er habe sich zu andern Ansichten über „Recht, Pflicht und Treue" bekannt als denen seiner Kollegen. Alle diese Schritte gegen links stehende Richter geschahen mit Wissen und Willen des Justizministers Rintelen. Sie erregten peinliches Aufsehen[212]). Schwierig war die Lage für die „Demokraten", die Männer des linken Zentrums und der Linken. Wenn sogar Unruh für das rechte Zentrum einen Schlußaufruf in der „Breslauer Zeitung" ergehen lassen

mußte, weil er kein Berliner Blatt dafür fand, so ging es den entschieden linksstehenden Leuten noch viel schlechter. Manche arbeiteten jetzt unter Decknamen. Ein Manifest der Linken wandte sich an das Landvolk, ebenfalls in der „Breslauer Zeitung" (vom 3. Dezember). Bemerkenswert selbst bei ganz extremen Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung war immer ihr Mangel an sozialrevolutionärer Leidenschaft gewesen — im Gegensatz zu den entsprechenden Gruppen im Frankfurter Parlament, im österreichischen Reichstag, in der Badischen Zweiten Kammer. Es fehlt diesen Preußen fast ganz das Emotionale — sie sind Rationalisten, Verfassungsgläubige. Der Weg auf die Straße, der Weg zu einer auf Gewaltsamkeit gerichteten Organisation wurde ihnen schwer. Gerade aus diesen Kreisen wurde aber jetzt der Gedanke laut, eine neue, zweite Revolution sei nötig, sie müsse kommen, aber — sie sei mittels der oktroyierten Verfassung, also gewissermaßen loyal, zu machen. Die parlamentarischen Monarchisten und die Republikaner in Preußen wollten also den „Volkswillen" für sich aufrufen; die Neuwahlen gaben ihnen die Gelegenheit, zu zeigen, daß das Volk in seiner Mehrheit noch hinter ihnen stand. Noch war das Wahlrecht nicht angestastet, und mit diesem demokratischen Wahlrecht schien der Sieg gewiß. Welche Illusion! Die Märzrevolution hatte die Kette des Rechts zerrissen. Die Nationalversammlung hatte sich bemüht, auf dem Boden der Revolution ein neues positives Recht zu schaffen; sie war die Tochter der Revolution und wollte die Revolution legitimieren. Aber auch die Gegenrevolution bezog sich nun auf das — Naturrecht. Griffen denn diese Paragraphen der Parlamentsbeschlüsse nicht willkürlich in das eigentlich Lebendige ein, ohne Instinkt für wirkliche politische Kraft, ohne Verständnis für besonderes Wachstum? Nicht weil das preußische Königtum etwas Geschichtlichgewordenes war, mit allen Rechten historischer Individualität, also nicht nur um seiner romantischen Würde willen, sondern weil es mit seinen Organen, seinen Ständen, seinem militärischen und bürokratischen Aufbau immer noch naturhaft mächtig dastand: deshalb glaubte es, im Kern von der Revolution ungebrochen, der Revolution Halt gebieten zu dürfen und das neue positive Recht der Verfassung nach dem Maß seines lebendigen Daseins gestalten zu sollen. Dem Dynamischen der Revolution, das sich in Preußen so besonders schnell rationalisiert hatte, trat das Dynamische der Gegenrevolution gegenüber.

Der Justizminister Rintelen beschloß die Anklage gegen die Mitglieder der ehemaligen Nationalversammlung wegen der Steuerverweigerung und wegen sonstiger Aufforderung zum Aufruhr. Der Belagerungszustand in Berlin blieb monatelang aufrechterhalten. Truppen, die nicht in den Kasernen mehr untergebracht werden konnten, kamen in sogenannte „Alarmhäuser", also große öffentliche oder private Gebäude, Ministerien, Palais, Museen und Hotels reicher Privatfamilien; die unteren Räume wurden mit 100 bis 200 Mann angefüllt — beim geringsten Alarmzeichen erschienen die Soldaten geschlossen auf der Straße, was bei Einzelquartieren nicht möglich gewesen wäre.

Unter solchen Umständen mußten die Januarwahlen vorbereitet werden. Nach den bösen Erfahrungen, die man mit der Uneinigkeit der Fraktionen gemacht hatte, herrschte wenigstens zu Anfang bei den demokratisch Gesinnten der Wunsch, zusammenzuhalten und sich gegen die Novemberpolitik durch neuen

Aufbau der Kluborganisation doch durchzusetzen[213]). Eine Kundgebung des Demokratisch-Konstitutionellen Klubs in Thorn drückte diese auch in den Provinzstädten stark vertretene Stimmung gut aus: „Wir wollen das Königtum ganz und auch die Freiheit des Volkes ganz[214]).“

Nichts beruhigte das Gemüt der Berliner mehr, als daß Wrangel trotz des Belagerungszustandes den Weihnachtsmarkt gestattete; alle Ausstellungen in den Konditoreien und den öffentlichen Sälen, die zu den Gewohnheiten der Stadt gehörten, wurden erlaubt[215]). So konnte sich die große deutsche Gutmütigkeit denn wieder, nach so viel Tollheit, Gewühl, Geschrei, nach soviel Hetze und Gewalttat an den Familienofen setzen.

Das Altpreußentum hatte den 18. März überlebt. Es dachte nun, die Revolution sei vorbei.

Sechster Abschnitt

Das Werk des Frankfurter Parlaments

Niemand muß herein rennen
Auch mit den besten Gaben;
Sollen's die Deutschen mit Dank erkennen,
So wollen sie Zeit haben.
Goethe

Die kühnsten Gedanken, die in Frankfurt gedacht wurden, rührten an den Bestand des österreichischen Kaiserstaates, an den Bestand der preußischen Großmacht; niemals ist aber für diese Gedanken volle politische Kraft eingesetzt worden. Sie behielten etwas Beiläufiges; die Wiener und die Berliner Wirklichkeit setzten sich so entschieden durch, daß man es selbst in Frankfurt merken mußte. Die Zerschlagung der deutschen Großmächte in Länder eines neuen Reiches blieb also Idee. Wesentlicher für das tatsächliche Geschehen wurde ein anderer Plan, der das Problem des Neuaufbaues des deutschen Staatswesens gewissermaßen von unten statt von oben anpackte: es ist der Plan der Mediatisierung der Zwergstaaten und darüber hinaus der gründlichen Flurbereinigung in der Welt der Kleinstaaterei.

Die Männer von 1848 standen noch, sei es persönlich, sei es mittelbar, unter dem vollen Eindruck der Arbeit des Reichsdeputationshauptschlusses und des Wiener Kongresses. Die napoleonische Zeit hatte den alten deutschen Territorialbestand gründlich durchgeknetet und neugeformt; was übriggeblieben, was neu entstanden war, mußte mehr das Ergebnis von Zufällen des politischen Glücksspieles denn als „organisch" notwendige und berechtigte Bildung angesehen werden. Wie hatten der Freiherr vom Stein und Ernst Moritz Arndt gewettert gegen die „Häuptlinge" mit ihrer angemaßten Landeshoheit. „Das Land und das Volk sollen unsterblich und ewig sein, aber die Herren und Fürsten mit ihren Ehren und Schanden sind vergänglich", schrieb Arndt[1]). Görres verlangte eine natürliche Gliederung Deutschlands in geographisch-ethnisch abgerundete „Herzogtümer", Wilhelm v. Humboldt wollte wenigstens eine Einteilung in vier Kreise, im Interesse der Durchführung der bundesmäßigen Gestaltung von Kriegswesen und Rechtspflege. Seitdem haben entschlossene Unitarier wie Friedrich v. Gagern, Vorkämpfer des starken Bundesstaates wie Paul Pfizer, zaghafte Föderalisten und konservative Partikularisten ein Menschenalter miteinander gerungen um den Plan des neuen deutschen Reiches. Der erste Reichsministerpräsident Fürst Leiningen, ja selbst ein mediatisierter Fürst, hat den „Souveränitäts- und Legitimitätsschwindel" der Dynastien aus nächster Nähe gekannt und entwickelte sich unter solchen Eindrücken zu einem der unerbittlichsten Anhänger weitgehender Mediatisierungen. In der Paulskirche wurde zum ersten Male im

Juni bei der Beratung über die Errichtung der provisorischen Zentralgewalt über Mediatisierung gesprochen. Vincke und Radowitz verteidigten den Bestand der Einzelstaaten und betonten die Verbundenheit zwischen Dynastie und Landeskindern; Moritz Mohl aber schilderte beweglich das alte deutsche Elend der Zersplitterung in Fürstenstaaten, und der Weimarer v. Wydenbrugk verfocht gerade im Hinblick auf Thüringen die Zusammenlegung der kleinen Staatensplitter zu größeren leistungsfähigen Staatskörpern[2]). Die öffentliche Meinung bemächtigte sich jetzt des Problems; besonders in Thüringen riß die Diskussion nicht mehr ab[3]). Bei der Debatte über die Vorbehalte des Königs von Hannover sprachen Wesendonck und sogar Bassermann scharfe Worte im Sinne des Zentralismus und des Rechtes der Nationalversammlung, jeden Widerstand gegen die Einheit zu zermalmen, also auch durch Mediatisierung.

Schon vorher (4. Juli) hatte der württembergische Abgeordnete und Minister Römer über die Mediatisierungen an seinen König geschrieben. Er riet ihm, sich durch Verzicht auf einen Teil der Zivilliste und durch Eintreten für die deutsche Flotte der öffentlichen Meinung zu empfehlen, um bei der bevorstehenden Aufteilung eine gute Portion zu erwischen. Zu Römers Überraschung verhielt sich aber der König sehr kühl. Als er im Monat Juli in Frankfurt war, wurde die Mediatisierung in einer Unterredung mit Heinrich v. Gagern in Römers Gegenwart berührt. Da behandelte König Wilhelm die Frage etwaiger Erwerbungen mit einer Gleichgültigkeit, ja er wies sie mit einer solchen Bestimmtheit zurück, daß Gagern nachher seine Verwunderung gegenüber Römer aussprach[4]). Der König von Württemberg war eben viel zu schlau, um von der Volksbewegung Geschenke anzunehmen, die ihn in den Augen seiner fürstlichen Standesgenossen kompromittierten. Er kannte insbesondere die Auffassung des Kaisers von Rußland recht gut. Mediatisierungen durch die Fürsten selbst, wie es früher gewesen war — dabei hätte niemand etwas gefunden, das war der Wille der Vorsehung. Aber Mediatisierungen durch eine Volksvertretung — das war ein revolutionäres Verbrechen! Auch zum General v. Pfuel, der ihn in Petersburg aufsuchte, sagte Kaiser Nikolaus: er sei entschlossen, niemals einen neuen Stand der Verhältnisse anzuerkennen, der in Deutschland durch direkte oder indirekte Mediatisierung der regierenden Häuser hergestellt werden sollte[5]).

Das Reichsministerium in Frankfurt hat aber, auch nach Leiningens Rücktritt, den Gedanken der Mediatisierung mit Lebhaftigkeit verfolgt. Es sah in den Zwergstaaten mit Recht Herde des unitarischen Republikanertums. Sachsen-Altenburg und Anhalt-Köthen traten dabei besonders hervor. Die Volksbewegung hatte hier die vorhandenen Regierungskräfte völlig gelähmt. In Hohenzollern, ja in Nassau zeigten sich ähnliche Erscheinungen. Nach der Niederwerfung der Septemberrevolution in Frankfurt bildeten sich hier überall neue revolutionäre Zellen. Die einfachste und gründlichste Abhilfe schien die Vereinigung der Zwerg- und Kleinstaaten mit ihren nächsten größeren Nachbarn zu sein. Eröffnungen, die das Reichsministerium in diesem Sinne machte und die in der Anregung von Anträgen seitens der betreffenden Fürsten bei der Zentralgewalt gipfelten, hatten aber durchaus keinen Erfolg. Das dynastische Selbstgefühl der kleinen Fürsten reagierte sauer[6]). Mehrere Staaten betrieben aber die Mediatisierung im offensichtlichen eigenen Interesse. So wurde von Hessen-Darmstadt

der Gedanke einer Vereinigung mit Kurhessen betrieben; so beanspruchte Sachsen-Weimar die Einigung Thüringens unter seiner Leitung, erweckte aber dadurch die Eifersucht Gothas, das seinerseits auf englische Sympathien bei der Durchführung dieses Planes rechnete. Sachsen beobachtete und hoffte auch auf Gewinn[7]). Bei den zur Mediatisierung in Aussicht genommenen Zwergstaaten entstand der Gedanke eines Abwehrvereines — die Zentralgewalt in Frankfurt sah aber in der Mediatisierung nicht nur ein Mittel, die republikanische Partei zu schwächen, sondern auch einen aussichtsvollen Weg, die Staaten mittlerer Größe zu verstärken und so ein Gegengewicht gegen die Großmächte zu schaffen. An die Vergrößerung Preußens dachten die Frankfurter Reichspatrioten nicht, eher im Gegenteil. Das Ziel war die Bildung einer Reihe von annähernd gleich großen, wirtschaftlich und regierungstechnisch lebensfähigen Ländern, die eben auf eine starke zusammenfassende Reichsgewalt angewiesen waren. Camphausen erkannte diese Richtung wohl und gab seiner Berliner Regierung den Rat, die Sympathien der bedrohten Kleinen zu gewinnen und sie in ihrem Bestande zu schützen[6]).

Im August 1848 hatte der damalige Ministerpräsident v. Auerswald noch selbst als den größten Übelstand das Dasein der kleinen deutschen Fürstentümer bezeichnet; ihr Fortbestand mit der bisherigen Souveränität sei unmöglich; und er hatte es beklagt, daß sich diese Kleinen lieber von der Zentralgewalt in Frankfurt „gänzlich mediatisieren“ ließen, als daß sie sich „mit Aufopferung eines Teiles der Regierungsrechte mit einem großen Staate verbinden“ wollten[8]). Inzwischen waren aber die Dinge doch etwas anders gelaufen. Camphausen erhielt jetzt unter Pfuels Ministerpräsidentschaft die Weisung: Preußen wolle an Mediatisierungsplänen keinen irgendwie aktiven Anteil nehmen oder die Initiative ergreifen; es stellte sich vielmehr auf den Standpunkt der Loyalität und des Rechtes[9]).

Auch der Verfassungsausschuß des Frankfurter Parlaments befaßte sich nun mit der Mediatisierungsfrage[10]). In der Sitzung vom 14. Oktober verlangte Wigard, daß man „zum Trotz allen historischen Rechtes tief in die Privatverhältnisse eingreifen solle“; v. Lasaulx mochte überhaupt nur drei Staaten übriglassen, während Römer auf die alten Volksstämme zurückgehen und Waitz auf 12 bis 16 Einzelstaaten kommen wollte. Römers Auftreten erregte besonders in Karlsruhe Mißbehagen, da man Absichten des Königs von Württemberg dahinter vermutete[11]). Wigard wies dann noch sehr treffend darauf hin, daß die „neue Ordnung“ in Deutschland ihre treuesten Anhänger unter den kleinen Fürsten habe. Es war in der Tat so: Der republikanische Unitarismus, der in der Welt der Kleinstaaterei die öffentliche Meinung so stark beeinflußte, veranlaßte die kleinen Fürsten, sich an die Zentralgewalt „anzuklammern“[12]). Und nun sollte gerade die Zentralgewalt diesen aus Schwäche Loyalen den Garaus machen! Besonders vorsichtig waren Beseler und Dahlmann. Dahlmann wollte nur die beiden Mecklenburg, die ernestinischen Herzogtümer und die Anhaltischen Häuser zusammenlegen, außerdem mit den verschiedenen Hohenzollern, Reuß und Lippe aufräumen; für die Erhaltung der vier Freien Städte setzte er sich mit Entschiedenheit ein. Zwei Auffassungen zeichneten sich also deutlich ab, zwischen der einfachen Erhaltung des Bestehenden und dem konsequenten Einheitsstaate: eine überwiegend historisch bestimmte, die nur ganz unsinnige Zersplitterungen und Verzwergungen beseitigen — eine überwiegend praktisch-politische, die

gesunde und lebensfähige Länder mindestens von der Größe Nassaus schaffen wollte. Gegen beides erhoben sich die doch erheblichen Kräfte der nun einmal vorhandenen Existenz. Der Abgeordnete für das Fürstentum Lippe wandte sich etwa am 2. Oktober an die Mitglieder des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung mit einer als Handschrift gedruckten Eingabe, die mit feierlichen Worten warnte vor der Zerreißung von siebenhundert Jahre alten dynastischen Banden[13]).

Das fürstlich schwarzburgische Geheimrats-Kollegium in Sondershausen richtete am 28. Oktober an das preußische Ministerium des Auswärtigen ein Schreiben, in dem es angesichts „der Gefahr der politischen Vernichtung" den Rat und unter allen Umständen den Beistand Preußens erbat, dem Schwarzburg-Sondershausen „in älterer und neuerer Zeit so viel verdanke".

In dem Vorschlag, einen gemeinsamen Landtag und gleiche Verwaltungsmaßregeln für Thüringen einzurichten, wurde hier eine „Art Selbstmord" erblickt[14]). Der Herzog von Anhalt-Bernburg schrieb sogar persönlich an den König von Preußen, seinen „hochverehrten Herrn Vetter" (6. November); darin berief er sich auf die Dienste, die seine Ahnen für Preußen geleistet hätten, appellierte an den großmütigen und ritterlichen Sinn des Königs und bat „Mediatisierung oder eine sonstige Beeinträchtigung der Selbständigkeit zu verhüten[15])".

Der Zentralgewalt machte freilich dieser Schritt geringen Eindruck. Sie hatte angesichts der gänzlich verworrenen, durch die Geisteskrankheit des Bernburger Herzogs noch besonders verdunkelten Verhältnisse in Anhalt den Appellations-Gerichtsrat von Ammon nach Bernburg als Reichskommissar geschickt und bevollmächtigte diesen zu Verhandlungen mit Anhalt-Dessau wegen Übernahme von Anhalt-Bernburg für den Fall des Abtretens des gegenwärtigen Herzogs[16]). So sicher glaubte also damals die Zentralgewalt der Entwicklung der Dinge zu sein! An das schwarzburgisch-sondershausensche Geheimratskollegium richtete das Reichsministerium des Innern ebenfalls die trockene Aufforderung, es möchte Bevollmächtigte ernennen zu Verhandlungen zum Zwecke der Vorbereitung eines vertragsmäßigen Übereinkommens; die inneren geographischen Grenzen Deutschlands würden sich, wie die fürstliche Regierung richtig einsähe, verändern[17]). Mit Hohenzollern-Sigmaringen gelang auch tatsächlich ein vorläufiges Übereinkommen; Fürst Karl Anton erklärte am 8. Dezember, vorbehaltlich der Zustimmung der Agnaten, die Regierung in die Hände der provisorischen Zentralgewalt zu legen, „zum Zwecke der Verschmelzung des Fürstentums mit einem der Nachbarstaaten". Die Frankfurter Reichsgewalt übernahm vorläufig die Regierung; ein Reichskommissar trat mit der Regierung des Fürsten ins Benehmen[18]) [19]) [20]).

Nur ein einziger deutscher Fürst hat 1848/49 freiwillig abgedankt und sein Land mit dem eines größeren Nachbarn und Vettern vereinigt: Fürst Heinrich LXXII. von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf. Die Abschiedsworte dieses Fürsten stimmen nachdenklich: „Mein Trost über Bitteres ist die feste Hoffnung, die ich schon am 21. März öffentlich aussprach: Ein freies, großes, starkes Deutschland, so weit seine Sprache! Für das den letzten Blutstropfen. Mein herzliches Lebewohl denen meiner teuren Landsleute, die mir einen Rest von Liebe schenken[21])."
Die Thronentsagungen, die in Altenburg und Anhalt-Bernburg erfolgten, führten

nur zu einem Wechsel der Person des Fürsten, und ebenso sollte es in Hohenzollern gehen[22]). Eine dynastische Opferwilligkeit in Rücksicht auf die Interessen des großen Vaterlandes bestand tatsächlich nicht. Die bedrohten Fürsten klammerten sich an jede Macht an, die für sie eintreten wollte, ob es nun die Zentralgewalt in Frankfurt, der König von Preußen oder der russische Kaiser war. Angesichts einer solchen Stimmung mußte auch der Verfassungsausschuß, wenigstens in seiner historisch-evolutionistisch gestimmten Mehrheit, größere Vorsicht praktisch finden. Ausführungen wie die von Briegleb im Oktober über das mittelbare und unmittelbare Reichsland blieben deshalb rein akademisch und hatten keinerlei Nachwirkung. Im Plenum der Nationalversammlung hatten namhafte Mitglieder der Linken wie Hagen und Moritz Mohl die Mediatisierungsfrage mit Eifer aufgegriffen; die Mehrheit entschied aber für Verweisung aller Anträge an den Verfassungsausschuß[23]). Er sprach nun mit der ihm eigentümlichen Breite nochmals alle Möglichkeiten durch; die Mehrheit beschloß diesmal im November, auch den kleinsten Staaten, beiden Lippe und Waldeck, eine Vertretung im Staatenhause zu geben und der Nationalversammlung zu empfehlen, über alle Mediatisierungsanträge zur motivierten Tagesordnung überzugehen. Die Gründe für diese wirklich allzu zahme Haltung, die besonders von Beseler empfohlen worden ist, sind allgemeinpolitischer Natur. Preußen beschützte die kleinen Souveränitäten gegen den Hunger der mittleren Staaten; von Preußen hing das Schicksal des ganzen Verfassungswerkes ab; um einer Frage zweiter Ordnung willen durfte man es mit Preußen nicht verderben. An der Mediatisierungssache kann man besonders deutlich beobachten, wie das revolutionäre Feuer verpuffte und der Wunsch überhandnahm, in Verbindung mit bestehenden Machtfaktoren zu einem greifbaren Ergebnis in der Hauptaufgabe zu gelangen. Das Plenum des Parlamentes schloß sich diesmal dem Verfassungsausschuß und seiner hyperdiplomatischen Haltung doch nicht in allen Stücken an. Nach einer recht lebhaften Debatte, bei der Moritz Mohl für die Reichsunmittelbarkeitserklärung der Kleinstaaten, bei der Mölling besonders eindrucksvoll für die Neueinteilung Deutschlands in etwa zehn große Staatsgebiete eintrat, nahm zwar die Nationalversammlung den Ausschußantrag mit 253 gegen 198 Stimmen an, machte sich aber auch den Antrag Riessers zueigen, durch den die Zentralgewalt aufgefordert wurde, da, wo die Wünsche der Bevölkerung sich im Sinne einer Mediatisierung aussprächen, die Vermittlung zur Durchführung zu übernehmen. Die Zusammensetzung des Staatenhauses mit der Vertretung auch der Allerkleinsten wurde gleichfalls entsprechend dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen[24]).

Bei der zweiten Lesung der Reichsverfassung im Februar 1849 zeigte es sich, daß der Verfassungsausschuß noch mehr Zugeständnisse an die Kleinstaaterei gemacht hatte. Erneute Anträge von Abgeordneten der Linken auf Stimmenzusammenlegung, auf verfassungsmäßige Festlegung der Möglichkeit der Vereinigung kleiner Staaten oder direkt der Mediatisierung durch größere fielen durch. Die Mehrheit wünschte ihre Arbeit nicht durch eine Festlegung in dieser heiklen Frage zu belasten[25]). Noch im Oktober 1848 konnte Römer dem König von Württemberg schreiben, die Mediatisierung fände überall Anklang außer bei der republikanischen Partei[26]) — binnen wenigen Monaten hatte sich das vollkommene Gegenteil in der Auffassung durchgesetzt. Die Mediatisierung war

ein revolutionärer Gedanke; sobald das Frankfurter Parlament den Gedanken der folgerechten Durchführung der Revolution verließ, wandten sich die revolutionären Kräfte gegen sein Werk, ja gegen seine Existenz, während die gegenrevolutionären Kräfte keine Liebe zu diesem Geschöpf der Revolution aufbringen konnten und nur so lange mit dem Parlamente rechneten, als sie es nicht zu vernichten vermochten.

Von Frankfurt aus war also eine Initiative in der Mediatisierungsfrage nicht mehr zu erwarten. Der Reichskommissar Dr. v. Mühlenfels besprach sich wohl mit Schmerling und den Reichsministern über den Vereinigungsplan von Thüringen, erhielt aber vom neuen Ministerium Gagern keine offizielle Instruktion über diesen Punkt. Dies war einer der Gründe, warum die Konferenzen von Gotha am 3., 4. und 5. Januar scheiterten; der Widerstand der anderen Kleinen gegen Weimar war schon wegen dessen schlechterer Finanzlage allgemein[27]). Inzwischen begann Sachsen Verhandlungen mit Reuß, und der sächsische General Graf Holtzendorff, den das Reichsministerium als militärischen Reichskommissar nach Thüringen schickte, um die dortigen Kleinstaaten militärisch zu reorganisieren[28]), machte den Versuch, auch die anderen thüringischen Staaten wenigstens in militärischer Beziehung zum Anschluß an Sachsen zu veranlassen. Das Reichsministerium Gagern erklärte, überhaupt die Vereinigung Thüringens mit Sachsen fördern zu wollen, wenn das Königreich für das preußische Oberhaupt stimmen wolle. Da aber Pfordten sein Einverständnis nur für den Fall in Aussicht stellte, daß von keiner anderen Seite Einwendungen erhoben würden, lehnte Gagern jede weitere Einmischung in der Mediatisierungsfrage ab.

Schwarzenberg aber griff bezeichnenderweise den Mediatisierungsgedanken um so lieber auf, weil Preußen und die Frankfurter Zentralgewalt ihn fallenließen. In seinem Gespräch mit dem preußischen Gesandten Grafen Bernstorff am 27. Dezember 1848 skizzierte er die Einteilung Deutschlands in sechs, höchstens sieben Länderkomplexe, in denen der größte Fürst die Regierung gegenüber einer gemeinsamen Ständeversammlung zu führen habe; nur die königlichen Häuser seien in voller Souveränität zu erhalten; Baden, „der gefährlichste und verfaulteste Punkt“, müsse mit einem stärkeren Staate vereinigt werden. Schwarzenberg nannte das die „Mediatisierungs- oder Gruppierungsfrage“ und regte an, Preußen möge Nassau, Kurhessen, Mecklenburg, Anhalt u. a. „in das legislative und militärische System“ aufnehmen. Die Übernahme der Regierung von Hohenzollern durch den preußischen König nannte er aber eine unglückliche Lösung. In Süddeutschland wollte er Preußen nicht haben[29]). So traf sich der Führer der österreichischen Gegenrevolution merkwürdig genug mit den Männern der Linken der Paulskirche in der Idee, daß mit der Kleinstaaterei ein Ende gemacht werden müsse. Preußen dachte auch jetzt nicht daran, darauf einzugehen. Die Fürsten der Kleinstaaterei hatten keine Ahnung davon, welche dunklen Möglichkeiten der österreichische Ministerpräsident erwog, sondern suchten nach alter Gewohnheit gerade hier Schutz. In denselben Tagen, an denen sich Schwarzenberg so wenig verbindlich über Baden aussprach, langte der junge Prinz Friedrich in Wien an. Bernstorff nannte diesen Besuch eine große Captatio benevolentiae, denn niemand war nach Karlsruhe zur Notifikation des österreichischen Thronwechsels geschickt worden[29]).

An der Entwicklung der Mediatisierungsfrage läßt sich das Schicksal des ganzen Frankfurter Verfassungswerkes im voraus ablesen; hier kreuzten sich auf eine merkwürdige Weise der Wille der deutschen Großmächte und die Lebenszähigkeit der Kleinstaaterei, der konsequente deutsche Patriotismus und das Kompromißlertum, die erlahmende revolutionäre Leidenschaft und der wachsende Antrieb der Gegenrevolution. Die Zersplitterung Deutschlands in so viele kleine politische Zentren war doch das Haupthindernis für die Durchführung einer neuen Reichsverfassung. Verbündeten sich nicht überall die Märzminister mit dem Partikularismus der Dynastien und Bürokratien gegen den Frankfurter „Unitarismus"? Hier lag also etwas Wesentliches; Zentralgewalt und Parlament mußten sich mit der Macht zusammentun, die sich gegen die Kleinstaaterei wandte. Wenn es die Revolution nicht war, so mußte es der preußische Staat sein. Aber Heinrich v. Gagern hat dem König von Preußen in Berlin bei seinen Unterredungen keine Mediatisierungen angeboten, wie es dann ein paar Wochen später Fürst Schwarzenberg tat. Preußen, das die Kleinen beschützen wollte, um sich ihrer dankbaren Stimme zu versichern, legte sich wiederum auf die falsche Seite.

*

Das Frankfurter Parlament eröffnete in seiner hundertsten Sitzung, am 19. Oktober, die Beratung der Reichsverfassung. Dazu hatte Deutschland diese Versammlung gewählt; fünf Monate nach dem Zusammentritt begann sie ihre eigentliche Aufgabe. Der Verfassungsausschuß legte einen fertigen, mit sehr viel Sorgfalt, Gründlichkeit und Wissen durchgearbeiteten Entwurf vor; er galt für Gesamtdeutschland, selbstverständlich, so gut wie ja das Frankfurter Parlament von Gesamtdeutschland gewählt war. Der Entwurf beanspruchte im zweiten Paragraphen also alle deutschen Volksgenossen für das neue Reich: „Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein." Und er wies im dritten Paragraphen den Weg zur staatsrechtlichen Lösung: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen[30])." Vortrefflich; man konnte das nationale Problem in Deutschland juristisch nicht besser lösen. Aber es gab nun einmal einen österreichischen Kaiserstaat, der im Mai 1848 auseinanderfiel, aber im November zeigte, daß er weiterleben wollte. Der Kampf um die deutsche Reichsverfassung mußte ein Kampf um Österreich werden. Alle fühlten das. Detmold und Lasaulx beantragten ein völkerrechtliches Bündnis zwischen Deutschland und Österreich und fanden damit nur schwache Unterstützung. Das glaubte die Mehrheit noch nicht nötig zu haben. Gagern stellte den Antrag, daß „Österreich mit dem übrigen Deutschland in unlöslichem Bunde bleiben solle" — und zog ihn dann selbst bis zur zweiten Lesung der Verfassung zurück. Man sieht das etwas zaghafte Tasten — die Dinge waren in Österreich mitten im Fluß (27. Oktober). Jedenfalls nahm die Mehrheit des Parlaments die beiden Paragraphen des Entwurfes in der ersten Lesung an; die Schicksalsfrage an Österreich war gestellt[31]).

Die Erschießung Robert Blums war zwar nicht als Antwort darauf gemeint; aber sie wirkte so. Das neue schwarzgelbe Österreich war eine politische Tatsache.

Frankfurt faßte Beschlüsse und schickte Reichskommissare; es konnte Österreich nicht mit Waffengewalt erobern, es konnte nicht den österreichischen Kaiser — mediatisieren. Die Anhänger Preußens und die Männer der Linken waren entrüstet; für sie war die Frage einfach. Wenn Österreich nicht zu Deutschland gehören wollte, warum saßen dann die Österreicher in der Paulskirche, warum wurden gerade jetzt im Herbst noch in Mähren und Schlesien Nachwahlen vorgenommen, um die Zahl der Österreicher zu verstärken? Schwierig und schmerzlich war die Lage aber für die Österreicher selbst. Erzherzog Johann und sein nächster Berater Schmerling waren ja durch die Wiener Vorgänge enttäuscht und in tiefe Verlegenheit versetzt worden. Die neue großösterreichische Politik Schwarzenbergs machte alles echte Großdeutschtum zur Karikatur. Vielleicht hätte sich schon jetzt der österreichische Reichsverweser nicht mehr halten können, wäre nicht eine hochwillkommene Entlastung durch den preußischen Staatsstreich gekommen. Zentralgewalt und Frankfurter Parlament standen in einem nur mühsam abgeschliffenen Gegensatz zu Österreich; Schmerling klagte an und verteidigte zugleich. Genau so verhielt man sich nun zu Preußen. Die preußische Nationalversammlung, aber auch das Ministerium Brandenburg-Manteuffel wurden gemißbilligt. Die Frankfurter Reichskommissare erfuhren in Berlin dieselbe ablehnende Behandlung wie in Wien, der Erlaß des Reichsverwesers vom 21. November verletzte das preußische Selbstgefühl und vertiefte die Entfremdung in einem Augenblick, da man in Frankfurt Preußen besonders nötig brauchte. Ausschußbericht und Verhandlungen im Plenum des Parlamentes über die Berliner Ereignisse wurden lange verschleppt, sie blieben schließlich ohne jedes Ergebnis. Die gerichtlichen Untersuchungen gegen Mitglieder der aufgelösten preußischen Nationalversammlung erregten in Frankfurt solchen Anstoß, sie waren ein solcher Antrieb für die revolutionäre Propaganda, besonders im Rheinland, daß sich Gagern amtlich an Camphausen mit der Bitte wandte, Schritte zur Niederschlagung zu tun[32]). Immerhin hatte der zweifache Gegensatz zu Wien und Berlin zunächst die praktische Wirkung, daß sich die Frankfurter Organe zusammenrafften, um bald zu einem positiven und zwingenden Ergebnis, entsprechend der so völlig veränderten Lage, zu kommen. Der österreichische Erzherzog blieb Reichsverweser, aber sein Ministerpräsident wurde nun Heinrich v. Gagern.

Der Sturz Schmerlings war aus einer Reihe von Gründen das folgenschwerste Ereignis des Winters 1848/49. Seit Monaten hatte dieser Mann nun in der ersten Reihe gestanden und die Frankfurter Ereignisse mehr beeinflußt als irgendein anderer: der schlanke Vierziger mit dem gepflegten Äußeren hatte den Reichsverweser gemacht und den Sieg über die Septemberrevolution entschieden. In dieser zumeist sentimental oder pathetisch überbetonten Zeit fiel die kühle Ruhe Schmerlings beinahe peinlich auf. Die Durchschnittsmeinung nannte ihn gern einen Mephistopheles und glaubte damit, bieder und literarisch, die Psychologie dieser Persönlichkeit erschöpft zu haben. Es war doch noch etwas anders. Schmerling war ein bezwungenes Temperament. Im kleinen Kreise konnte die politische Leidenschaft des so verbindlichen Mannes schon hochgehen; wen es interessierte, der hörte seine Meinung auch auf eine recht heftige Art[33]). Selbst im Parlament hat er wohl einmal als erregter Zuhörer „zu laut gedacht“. Wenn er aber verant-

wortlich als Minister auftrat, dann herrschte der kluge Kopf. Es war eine Art Genuß, dieses glatte, blasse, wohlrasierte Gesicht über der Rednerbühne aufgehen zu sehen: bewegt, aber beherrscht, in behaglich leichtem und leisem Flusse, musikalisch-österreichisch gestimmt, inhaltlich aber scharf und schnöde, ironisch zugespitzt, gewandt das Wesentliche umspielend — so rieselten Schmerlings Sätze auf die Versammlung herunter, deren Mehrheit sich unterhalten, aber nicht belehrt, angeführt, aber nicht geleitet, abgefertigt, aber nicht erbaut fühlte. Das Frankfurter Parlament war zu unsicher und zu empfindlich, es nahm sich deshalb auch zu ernst, um für die überlegene, trockene Geschicklichkeit eines solchen Sprechministers, der beim Glase Wein so gewinnend sein konnte, das volle Verständnis aufzubringen. Viele wollten nicht merken, daß man es mit einem recht klugen und recht mutigen Manne zu tun hatte, dessen Bestes doch ein warmes deutschösterreichisches Herz blieb[34]).

Schmerling hatte beim Verfassungsentwurf der Siebzehn für den Erbkaiser gestimmt, aber dabei nach seiner eigenen späteren Erklärung an einen österreichischen Erbkaiser gedacht. Die Wahl des Reichsverwesers war für ihn der erste Akt der Gründung einer großdeutschen Bundes-Monarchie für das Haus Habsburg-Lothringen, vielleicht für das Haus Meran. Das großösterreichische Programm von Kremsier wurde von Schmerling in seiner schroffen, kahlen Verständnislosigkeit durchaus gemißbilligt. Der neue borussische Kurs in Berlin ließ ihn aber frische Hoffnung schöpfen. Für den Eintritt Gagerns in das Reichsministerium sprach er sich jetzt selbst lebhaft und zweifellos aufrichtig aus. Gagern war die große Hoffnung, der Vertrauensmann der sich immer deutlicher zusammenschließenden kleindeutschen Gruppe im Parlament. Schmerling war zu intelligent, um nicht einzusehen, daß Gagerns Autorität jetzt eingesetzt werden mußte, um noch irgend etwas zu retten. Den Glauben an Preußen beurteilte er aber skeptisch und meinte schon deshalb, daß mit dem neuen österreichischen Kaiserstaate noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Er entwickelte also in den Fraktionsversammlungen der Rechten und des Zentrums ein nicht sehr klares Programm, dessen Hauptkern erneute Verhandlungen mit Österreich über die zukünftige Verbindung mit Deutschland war. Gagern sollte diese Verhandlungen führen[35]). Schmerling wollte also gerade in diesem kritischen Augenblick Minister bleiben. Er wollte die Zentralgewalt und den österreichischen Reichsverweser stützen und erhalten, er wollte Gagern beaufsichtigen und beeinflussen, er wollte den preußischen Erbkaiser natürlich verhindern, die Frankfurter Schöpfungen aber so fortentwickeln, daß Österreich und Preußen sich damit abfinden konnten und daß das deutsche Einheitswerk doch noch zu einem positiven Abschluß kam. Es wäre vielleicht weise gewesen, Schmerlings bewährte Kraft wenigstens für das Reichsministerium des Innern noch eine Zeitlang beizubehalten; er blieb nun einmal der sachliche und persönliche Konkurrent Heinrich v. Gagerns; die Aufgabe war, diesen geriebenen Politiker nicht in eine offene Opposition abgleiten zu lassen. Gagerns vertrauensselige Natur hatte nichts gegen ein Zusammenarbeiten mit Schmerling, obgleich er wahrscheinlich selbst am meisten darunter gelitten hätte. Den Ausschlag gaben die Fraktionen des Parlamentes. Landsberg, Augsburger Hof, schließlich die Kasinopartei sprachen sich für Schmerlings Rücktritt aus. Noch am 6. Dezember hatte das Reichsministerium einstimmig nur

die „Ergänzung“ durch den Eintritt Gagerns als Ministerpräsident beschlossen. Schmerling selbst hatte sich nicht nur dafür, sondern auch des weiteren dafür ausgesprochen, daß Verhandlungen mit Österreich „durch einen diesem Staate nicht angehörigen Reichsminister geleitet werden“ müßten[36]). Am 15. Dezember aber reichten Schmerling und Würth ihre Entlassung ein, unmittelbar nach dem Beschluß des Kasinos. Diese Art der Entfernung Schmerlings machte viel böses Blut. Ein katholischer Preuße sprach etwa Camphausen gegenüber seinen Unwillen aus; es sei das Werk der Schleswigschen Koterie, „die Himmel und Erde bewegt, wenn einige Quadratmeilen von Schleswig aufgegeben werden sollen, und die dagegen Österreich wegschenkt wie ein Dorf[37]).“ Beseler hatte in der Tat im Kasino die Entscheidung gegen Schmerling herbeigeführt.

Die sofortige Folge war eine Neugruppierung der Fraktionen im Parlament. Schon seit dem Juli zerbröckelten ja die ersten Zusammenschlüsse des Frühjahrs. (Vgl. oben S. 126.) Die Waffenstillstandsfrage desorganisierte das Parlament, Vincke wollte zeitweilig austreten; aber das Parlament fühlte dann auch wieder seine Macht, mindestens insoweit, als es Deutschland in eine neue revolutionäre Bewegung stürzen konnte, falls man sich nicht mit den Regierungen einigte[38]). Die Spaltungen begannen beim linken Zentrum, dem Württemberger Hof, und gingen hier weiter. Über vierzig seiner Mitglieder schieden unter der Führung Robert Mohls, Fallatis und Widenmanns aus und gründeten die neue Fraktion des Augsburger Hofes. Es waren also gerade Mitglieder des Reichsministeriums, die diesen Entschluß faßten, und eine Reihe namhafter Abgeordneter, wie Wernher aus Nierstein, Biedermann, Laube, Rießer, Wurm u. a., darunter viele Bayern, nach sich zogen. Der Württemberger Hof erlitt das Schicksal jedes Liberalismus, der seine edelsten Prinzipien der Taktik des Alltags opfert; eine Zeitlang hatte es so ausgesehen, als werde er und die Fraktion Westendhall eines Tages das Zentrum einer neuen Regierungsbildung werden, die sich auch auf die eigentliche Linke hätte stützen müssen. Nun entschied die Niederschlagung der Septemberrevolution im entgegengesetzten Sinne. Der Augsburger Hof wollte mit der eigentlichen Linken möglichst wenig zu tun haben, er wünschte eine kräftige Unterstützung des siegreichen Reichsministeriums und einen Verzicht auf überwiegend negative Kritik; er war deshalb bereit, eine energische Aufbaupolitik im Sinne der einheitlichen Gestaltung Deutschlands von Frankfurt aus mitzumachen. Der Augsburger Hof trat deshalb in ein näheres Verhältnis zu seinen beiden Nachbarn nach rechts hin, dem Landsberg und dem Kasino, ein gemeinschaftlicher neunköpfiger Ausschuß dieser drei Fraktionen beriet die wichtigeren Fragen im voraus, sorgte für eine einheitliche Haltung und stellte den Zusammenhang mit dem Ministerium her[39]). Die Bildung des Augsburger Hofes bot also dem Ministerium eine entscheidende Stütze. Wenn es sich noch der Mitwirkung der eigentlichen Rechten, des Café Milani, vergewisserte, was in vielen Fragen ja möglich war, verfügte es über eine sichere Mehrheit von 60 bis 80 Stimmen gegenüber der Linken. Der Rechtsabmarsch des Augsburger Hofes drängte also die Gruppen der entschlossenen Revolution auch hier in die Verteidigung. Die Linke wurde noch schwächer, weil der Zersplitterungsprozeß auch sie selbst ergriff. Vom „Deutschen Hofe“ trennten sich im Oktober 12 Mitglieder, weil sie mit der Absendung der Deputation nach Wien und auch

mit der Haltung der Reichstagszeitung Robert Blums nicht einverstanden waren. Löwe von Calbe war ihr Führer, der Nürnberger Hof wurde ihr Vereinigungslokal[40]). Auf Grund dieser neuen Parteigruppierung hatte das bisherige Reichsministerium Schmerling mit ziemlicher Sicherheit arbeiten können. Schmerling war nun gestürzt; sofort wurde unter seiner lebhaften persönlichen Mitwirkung die alte Mehrheit zersprengt. Alle Gegner des preußischen Erbkaisers, überhaupt alle Gegner der einheitlichen Spitze des neuen Deutschlands, alle Anhänger der Erhaltung Österreichs beim Bunde, auch mit großen Opfern, bildeten eine neue Partei, die sich im „Pariser Hof" traf und davon zunächst den Namen bekam. Welcker und Reichensperger, Heckscher und Jürgens, also Partikularisten aus dem Süden und Nordwesten, trafen sich hier mit der Mehrzahl der Katholiken und Österreicher. Der Kern der gemäßigten Österreicher verließ das Kasino — es war die starke Minderheit, die für Schmerlings weitere Zugehörigkeit zum Reichsministerium gestimmt hatte. Schmerling war nie im Parlament beliebt gewesen; die Art, wie er sich zu Robert Blums Erschießung gestellt hatte, wurde selbst von seinen treuesten Anhängern gemißbilligt; nun sah er sich plötzlich als Haupt einer neuen parlamentarischen Gruppe, deren Hauptziel es war, das Gagernsche Programm zu bekämpfen, und die sich hierbei vortrefflich mit der Linken vertragen konnte. Der Partei, die ihn tief verletzte, den Ministern, die ihn im Stiche ließen, zeigte Schmerling, daß er noch lebte[41]).

Heinrich v. Gagern hatte die Leitung der Reichsministerien des Innern und des Äußern nebst der Präsidentschaft vom Reichsverweser unter sechs Bedingungen übernommen: Konstituierung Deutschlands als Bundesstaat, Nichtbeteiligung Österreichs daran, Bestimmung des Verhältnisses Österreichs und Deutschlands erst nach definitiver Konstituierung beider Zwillingsreiche, Mitwirkung des Reichsverwesers dabei, dieses Verhältnis in politischer und materieller Beziehung so eng als möglich zu gestalten; Verzicht auf jede Arbeit seitens Österreichs gegen die Konstituierung Deutschlands, auch wenn ein preußischer Erbkaiser an die Spitze Deutschlands gestellt wird; sofortige Abschickung einer Gesandtschaft nach Olmütz oder Wien, um die freundschaftlichsten und bundesgenössischen Verhältnisse zu kultivieren, die Frankfurter Schritte zu erklären, die Zukunft vorzubereiten. Erzherzog Johann hatte sich, nach einigem Zögern, das sich besonders auf den dritten und fünften Punkt bezog, doch einverstanden erklärt[42]). Er handelte also wie ein parlamentarisch korrekter Monarch, der dem Vertrauensmann der Mehrheit Gelegenheit gibt, zu zeigen, was er kann. Wie schwach Gagerns Anhängerschaft war, zeigte sich schon bei der Präsidentenwahl am 18. Dezember. Zu Gagerns Nachfolger wurde Eduard Simson nur mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt, der Pariser Hof und die Linke hatte als Gegenkandidaten Kirchgeßner aus Würzburg vom linken Zentrum aufgestellt, der dann wieder Vizepräsident wurde.

Gagerns Verhältnis zu dem Reichsverweser war niemals warm gewesen und konnte es nicht sein. Alle Folgen des „kühnen Griffes" mußten nun getragen werden. Johanns persönlicher Ehrgeiz, der ja jetzt ausgespielt hatte, mag Gagern ebenso befremdet haben wie Gagerns nun immer lebhafter vertretene Kaiserpläne den österreichischen Erzherzog. Der Reichsverweser gab seine kleinen Abendgesellschaften und seit Ende September alle Mittwoch einen Rout mit der

ausgesprochenen Absicht, hier einen neutralen geselligen Boden zu schaffen[43]). Politisch bedeutete das nicht eben viel, manche Mitglieder des Reichsministeriums waren noch Anfang November nicht bei ihm eingeladen worden[44]). Im neuen Jahre bekamen diese Empfänge beim Reichsverweser etwas mehr Gewicht; sie wurden zu Aussprachen zwischen einzelnen Gruppen benutzt und erzeugten eine gewisse antipreußische Stimmung[45]). Am meisten Privatverkehr hatte und behielt der Erzherzog mit Schmerling. In den „Conseils", die Johann mit den Ministern abhielt, beschränkte er sich darauf, Nachrichten, die ihm von außen zukamen, zur Kenntnis des Ministeriums und zur Besprechung zu bringen. Das politische Hauptgewicht hatten die Ministerkonferenzen selbst, die dem Reichsverweser zur Genehmigung vorgelegt wurden. Sie erfolgte immer anstandslos. Äußerlich verlief auch unter Gagern die geschäftliche Abwicklung fast stets ohne Reibung[46]). Für den inneren Gang der Dinge bedeutete der österreichische Erzherzog den natürlichen Kristallisationspunkt aller Gegnerschaften des Gagernschen Programms. Gagern hatte Johann gerufen, er wurde ihn nicht los und scheiterte tatsächlich zum Teil auch an dieser Einrichtung und an dieser Person.

Die bisherigen Minister behielt Gagern schon deshalb bei, weil er ja in den Persönlichkeiten Bassermanns und Mathys seine nächsten Gesinnungsgenossen und Vorkämpfer besaß. Es ist aber zu beachten, daß gerade diese beiden Männer auf scharfen Abwehrkampf gegenüber der Linken festgelegt und auch beim linken Zentrum durchaus unpopulär waren und daß Gagern, bisher der überparteiliche Präsident der Versammlung, nun als Reichsminister unwillkürlich in die gleiche Kampfstellung einrückte. Das Gegengewicht zu Bassermann und Mathy bildeten Robert Mohl, Fallati und Widenmann, die ja selbst aus dem linken Zentrum kamen und im Tone jedenfalls viel glücklicher gewesen sind. Peucker war mit seinem Militärfache sehr beschäftigt und ließ sich in den Sitzungen des Reichsministeriums kaum auf Gegenstände ein, die außerhalb dieses seines Ressorts lagen. Dieser einzige rechte Preuße im Ministerium hätte nun gerade auch ein politischer Verbindungsmann nach Berlin hin sein müssen. Der Rheinländer Beckerath versuchte diese Rolle ohne großes Glück zu spielen; hier war eine Lücke, die auch durch Camphausen nicht ausgefüllt werden konnte. Menschliche Fühlung bestand unter den Ministern wenig, unter den Fraktionen der Nationalversammlung fast gar nicht. Je mehr sich die Parteigegensätze infolge der Verwirrung der Lage verschärften, desto eigensinniger pflogen die Fraktionen nur noch den Umgang unter sich; die einseitigen Schichtungen prägten sich völlig durch, so daß am Ende des Frankfurter Parlaments ein Haß entstanden war, den man zu Anfang nicht für möglich gehalten hätte. Unter den Ministern war wohl gelegentlich davon die Rede, die Empfangszimmer des Thurn-und-Taxisschen Palais in der Eschenheimer Gasse zu gemeinschaftlichen Abendgesellschaften zu benutzen, um eben die Fraktionen etwas miteinander zu mischen und so auch politisch gefügiger zu machen. Man ließ den Plan aber wieder fallen, hauptsächlich weil die Besoldungen hinsichtlich der Repräsentationspflichten unreguliert waren und weil niemand das Parlament für solche Zwecke zur Festsetzung höherer Besoldungen veranlassen wollte. Auch hier bestand ein Gegensatz zwischen Schmerling und Gagern. Schmerling hatte die Gabe, auf eine menschlich-behagliche Art persönliche Freunde zu erwerben und so das wieder auszugleichen, was

sein amtliches Auftreten verderben mochte; Gagern war beim Wein am weißen Tisch zu ernsthaft und erhaben, er war auch von der Richtigkeit seines Programms zu stark überzeugt, um sich sehr darum zu bemühen, Kritiker zu bekehren; in der Versammlung riß seine Wucht und seine Ehrlichkeit bis zuletzt immer wieder viele mit, auch solche, die sich von ihm etwas bedrückt und vernachlässigt fühlten.

Gagern begann seine Ministerzeit an einem durchaus ungünstigen Zeitpunkte. Die Verfassungsberatung war festgefahren; der Bescheid, den Gagern aus Berlin mitbrachte, war nicht so ermutigend, wie er es selbst gern glaubte. Es kamen andere Nachrichten aus Berlin: so erklärte der Bonner Professor und Abgeordnete Walter auf Grund unmittelbarer Information, der König von Preußen werde ohne Zustimmung sämtlicher deutscher Fürsten nie eine Reichswürde annehmen, die Fürsten, nicht die Versammlung sollten nach Art der Kurfürsten die Wahl vornehmen, der junge österreichische Kaiser solle berufen werden. Die Oberpostamtszeitung brachte diese Ansicht, unmittelbar vor Gagerns Amtsantritt[47]). Erst solche Schwierigkeiten geben einen vollen Begriff von Gagerns beinahe verzweifeltem Mute. Er ging sofort zum offenen Angriff vor und holte sich eine entschiedene Niederlage. Vergebens hatte er sich noch vorher bei Preußen eine sichere Rückendeckung zu verschaffen versucht. In ganz vertraulichen Eröffnungen an Camphausen hatte er nochmals das unmittelbare, also sofortige und offene „Anschließen und Hingeben“ Preußens an die Nationalversammlung und Zentralgewalt angeregt, aber nur die Antwort erhalten, Preußen wolle zuerst die Beratungen in Frankfurt zum Abschluß kommen lassen[48]). Trotzdem und allem legte Gagern dem Frankfurter Parlament ein Ministerprogramm vor, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ: Nach der Erklärung zu Kremsier könne Österreich nicht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat eintreten, Österreichs künftiges Unionsverhältnis zu Deutschland sei mittels einer besonderen Unionsakte zu ordnen, die Verständigung mit Österreich sei auf „gesandtschaftlichem Wege“ einzuleiten; die Verfassung des deutschen Bundesstaates könne nicht Gegenstand der Verhandlungen mit Österreich sein. Gagern verlangte vom Parlament die Prüfung dieses Programms und die Ermächtigung, die Verbindung in der vorgeschlagenen diplomatischen Form mit Österreich anzuknüpfen. Gagern durfte glauben, gerade von Österreich keinen Schwierigkeiten zu begegnen, denn der österreichische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt Freiherr v. Menßhengen hatte schon vor Wochen erklärt, daß Österreich und Deutschland selbständige zentralisierte Staatskörper werden sollten, die ein enges Bündnis einzugehen hätten; nun teilte Menßhengen auch amtlich mit, er sei durch ein Schreiben des kaiserlichen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt, in allen amtlichen Beziehungen zur deutschen Zentralgewalt den üblichen diplomatischen Weg einzuhalten, d. h. alle Mitteilungen der Zentralgewalt an den Minister und umgekehrt zu leiten[49]). Der erste Widerstand gegen das Gagernsche Programm kam unmittelbar aus der Nationalversammlung selbst. Bei allen Gegnern Preußens erweckte es, wie Römer an den König von Württemberg schreibt, „einen Sturm der Entrüstung[50])“. Gerade jetzt hatte auch der Verfassungsausschuß die Erblichkeit des Kaisers verworfen: Nun überwies das Parlament das Gagernsche Programm nicht einem der bisherigen Ausschüsse, sondern wählte aus seinen fünfzehn Abteilungen einen fünfzehnköpfigen Sonderausschuß, der nur vier Anhänger

Gagerns zählte, im übrigen aber aus Österreichern und Mitgliedern der Linken bestand. Gagerns Schlappe war so peinlich, daß von einer neuen Ministerkrisis gesprochen wurde. Er hatte, im Vertrauen auf die Annahme der Paragraphen 2 und 3 und als kräftige Antwort auf das Kremsierer Programm, mit einem Schlage Österreich und die Österreicher aus der Paulskirche herausdrängen wollen; so einfach war das nun nicht. Ziel und Methode dieses Vorgehens sammelte die Gegner, die im Negativen wenigstens einig waren. Und Gagern mußte auch die andere bittere Erfahrung deutscher Staatsmannschaft machen, daß die Einigkeit seiner Anhänger im Positiven durchaus zu wünschen übrigließ. Schmerlings Stern stieg. Er reiste in der Weihnachtszeit zu Schwarzenberg[51]). Der Vertrauensmann des Erzherzogs Johann galt im neuen Österreich als durchaus verdächtig; man respektierte aber seine Begabung; auch Erzherzogin Sophie lud ihn wiederholt ein. Schmerling überzeugte Schwarzenberg davon, daß der Kaiserstaat seine deutsche Stellung nicht ohne Not aufgeben dürfe. In diesem Punkte verstanden sich der freiheitliche Großdeutsche und der großösterreichische Autokrat. Das Bündnis zwischen Schwarzenberg und Schmerling wurde geschlossen. Schmerling hatte zwei Konferenzen mit dem österreichischen Gesamtministerium, wobei er dessen Ansichten über die deutsche Angelegenheit wesentlich änderte[52]). Auf der Rückreise nach Frankfurt erhielt er in Leipzig die Ernennung zum österreichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt und erläuterte am 5. Januar, in dieser neuen amtlichen Stellung, mündlich das neue Programm des neuen Österreich: Das österreichische Ministerium habe nur unklare und unvollständige Berichte aus Frankfurt erhalten und sei erst jetzt ausreichend unterrichtet; es müsse Rücksicht auf die slawische Partei nehmen; seine eigene Verfassung sei noch sehr unklar; die österreichische Zentralgewalt werde Heer, Finanzen, Diplomatie immer in einer, der eigenen Hand behalten müssen; erst nach Abschluß des deutschen Verfassungswerkes könne Österreich beurteilen, ob seine Teilnahme wirklich unmöglich sei; zwischen Deutschland und Österreich müsse „ein Unionsverhältnis mit oberster Unionsgewalt" bestehen; Österreich brauche noch sechs Monate bis zur Vollendung seines eigenen Verfassungswerkes; die Grundrechte sollten in die österreichische Verfassung übernommen werden; die Frage der Verkündigung und Vollziehung der Reichsgesetze habe er, Schmerling, bei der Kürze des Aufenthaltes zu erörtern unterlassen; das Verfassungswerk solle in Frankfurt bis auf die Oberhauptsfrage vollendet werden, dann solle man Österreich ein halbes Jahr Zeit geben, bis es sich über die Annahme der Verfassung zu erklären habe[53]). Österreich, so hieß es in der österreichischen Note vom 28. Dezember 1848, ist noch eine deutsche Bundesmacht und gedenkt es zu bleiben[54]); es beteiligt sich am Verfassungswerke; es weist eine rein gesandtschaftliche Verbindung zurück; nur auf dem Wege der Verständigung zwischen den Regierungen kann die große Frage gelöst werden. Diese noch an Menßhengen gerichtete, von Schmerling mitverfaßte Note behauptete, eine Erläuterung des Programms von Kremsier zu sein; im entscheidenden Punkte modifizierte sie es aber; die Selbständigkeit Deutschlands, sich seine feste politische Form zu schaffen, war in Frage gestellt; alles sollte von Österreich abhängen. Was aber eigentlich werden sollte, war in dem dunklen, geschraubten Schriftstück nicht gesagt. Lenkte Österreich zurück zur alten Bundesakte? Ein Ministerium Gagern-Schmerling

hätte vielleicht bei beiderseitiger Resignation ein Bundesdirektorium und eine Volksvertretung am Bunde zustande bringen können; das wäre doch ein Ergebnis, wenn auch ein mageres, des großen revolutionären Wollens gewesen. Die Kleindeutschen, die Gagernsche Reformpartei, glaubten, noch nicht so bescheiden sein zu müssen. Gagern und Schmerling kämpften ihre Sache bis zu Ende durch. Gerade der scharfe und an Geschicklichkeit Gagern so überlegene Angriff Schmerlings rief zur Sammlung. Wenn Gagerns Auftreten zu naiv-offen gewesen war, so erweckte Schmerlings betriebsame Manier Widerwillen und Mißtrauen. Am 9. Januar teilte er dem Ministerpräsidenten v. Gagern mit, die österreichische Regierung ermächtigte ihn, wieder in direkten Verkehr mit dem Reichsministerium zu treten. Er fügte das bestimmte Ersuchen bei, keine direkten Zuschriften an kaiserliche Behörden zu richten: diese Vermittlung werde seine „erfreulichste Aufgabe" sein[55]). Die Zentralgewalt hatte in Wien nicht schlechter gestellt sein wollen als irgendeine europäische Macht; nun wurde jede direkte diplomatische Verhandlung mit Österreich abgeschnitten. Schmerling hatte sich zwischen Frankfurt und Wien mit Erfolg eingeschaltet. Wien hörte die Frankfurter Meinung, Frankfurt hörte die Wiener Meinung nur aus seinem Munde.

Gagern trat aber in dem neuen Ausschuß mit Glück auf; die „gesandtschaftliche Verbindung" mit Österreich ließ er fallen; den Widerspruch zwischen der staatlichen Einheit Gesamtösterreichs und der Einordnung Deutschösterreichs in den neuen Bundesstaat wies er nach; die Verständigung mit den Regierungen begrüßte er als nützlich; die Vereinbarung aber lehnte er ab: die Nationalversammlung müsse die Verfassung selbst schaffen. Der Ausschuß mußte dankbar sein für diesen erneuten Appell an das Selbstgefühl des Frankfurter Parlaments; die aus Österreichern und Demokraten bestehende Mehrheit nahm das Verbleiben Deutschösterreichs im Bundesstaate als selbstverständlich an und beantragte, die Zentralgewalt zu ermächtigen, mit der österreichischen Regierung über das Verhältnis des deutschen Bundesstaates zum außerdeutschen Österreich in Verhandlungen zu treten; die Minderheit des Ausschusses beantragte, dem Ministerium Gagern, entsprechend den Erklärungen vom 18. Dezember und 5. Januar, Vollmacht zu erteilen. Also sogar die Mehrheit wußte keinen anderen Weg, als dem Ministerium Gagern zunächst einmal die Möglichkeit des Handelns zu geben. Wenn man es stürzte, was an sich wohl möglich war, dann stand das Parlament vor dem Abgrund. Ein Reaktionsministerium Schmerling hätte nur eine Minderheit für sich gehabt. Vom 11. bis 13. Januar wurde der Kampf im Plenum der Nationalversammlung ausgefochten. Schmerling wirkte keck, kalt, unklar mit Absicht; man hörte das alte Österreich, dessen Hauptkunst das Abwarten und Ausspielen vorhandener Gegnerschaften gewesen war; ein neues Österreich hörte man nicht.

Gagern bekannte sich offen zum Erbkaiser, zur preußischen Spitze; auch viele seiner Gegner meinten, er müsse doch zeigen, was bei seinen Verhandlungen mit Österreich herauskäme; sie trauten nicht seinem Programm, aber seinem guten Willen und seiner Ehrlichkeit. Das Ministerium Gagern siegte mit der schwachen Mehrheit von 261 gegen 224 Stimmen. Die Entscheidung war durch einen Teil des linken Zentrums und der Fraktion Westendhall gebracht worden[56]). Der immer schärfer sich ausprägende Gegensatz von „Großdeutschen"

und „Kleindeutschen" — erst im Februar setzten sich diese Parteinamen voll durch — verstärkte die taktische Stellung der linken Gruppen, ja der eigentlichen Linken selbst. Unter dem Ministerium Schmerling waren sie eine ohnmächtige Minderheit gewesen. Unter dem Ministerium Gagern wurden sie eine Macht.

*

Noch vor Beginn des neuen Jahres hatte das Frankfurter Parlament wenigstens die Grundrechte auch in der zweiten Lesung zu Ende beraten; es war kein besonders glücklicher Einfall des eifrigen und sonst vielverdienten Schwaben Schoder, die sofortige, gesonderte Verkündigung der Grundrechte als deutsches Reichsgesetz anzuregen. Die Mehrheit ging darauf ein und bescherte also dem deutschen Volke zu Weihnachten wenigstens einen Teil der erwarteten Reichsverfassung, den grundsätzlichen, den theoretischen Teil — eine Maßregel, die geradezu aufmerksam machen mußte auf das torsohafte Ergebnis höchster Erwartungen und Bemühungen. Niederschmetternd war nun die Haltung der deutschen Einzelstaaten, wie sie sich in der Sitzung des Gesamtreichsministeriums aus den Äußerungen der Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ergab[57]). Der österreichische Vertreter lehnte jede Zusicherung wegen Publikation der Grundrechte ab und zitierte das Programm von Kremsier. Camphausen sprach die Hoffnung aus, Preußen werde die Grundrechte publizieren können — „allerdings ist in den Grundrechten einiges Bedenkliche erhalten, auch ist der Bevollmächtigte nicht in der Lage, heute eine bestimmte Erklärung namens der Regierung darüber abzugeben". Der bayrische Vertreter erklärte, ohne Instruktion zu sein; nach seiner persönlichen Ansicht bedürfte es der Zustimmung der bayrischen Stände, und eine sofortige Einführung gefährde auch das Vereinbarungsprinzip hinsichtlich der künftigen Verfassung Deutschlands[58]). Etwas wärmer und hoffnungsvoller sprach der Vertreter Sachsens, während der hannoversche Bevollmächtigte eine abgetrennte Verkündigung gefährlich, die Zustimmung der Stände und die Vereinbarung unumgänglich, den Verzicht auf die Veröffentlichung dringend wünschenswert fand. Die Vertreter Württembergs, Hessen-Darmstadts, Badens und Frankfurts sagten uneingeschränkt die Publikation der Grundrechte zu, während Kurhessen bedenklicher war; die kleinen thüringischen Staaten, beide Anhalt, beide Hohenzollern, Nassau, beide Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Braunschweig und Lauenburg sprachen von grundsätzlicher Bereitschaft; Luxemburg und Limburg verhielten sich ablehnend; Oldenburg erhob Bedenken wegen der Freizügigkeit, die von Lübeck, Bremen und Hamburg mit besonderer Lebhaftigkeit aufgenommen wurde. „Es ist dieser Vorschlag" (§ 3 der Grundrechte), sagte der Bevollmächtigte für Lübeck und Bremen, der alte Smidt, auch in Vertretung des abwesenden Lübeckers Brehmer, „ganz dazu geeignet, in Deutschland Zustände herbeizuführen, welche sich durch ein ähnliches Gesetz in Frankreich bereits verwirklicht und den Fortschritten des Kommunismus und Sozialismus die Wege gebahnt haben. Wenn eine Gemeinde jeden Proletarier zur Betreibung jedes Nahrungszweiges aufzunehmen und aufzuheimen genötigt ist, der nicht durch ein gerichtliches Erkenntnis für einen Vagabunden erklärt werde, so müssen sich alle Anstrengungen jedes Staates und jeder Gemeinde, ihren Genossen

hinreichende Arbeit und im Notfalle die erforderliche Unterstützung zu verschaffen, als vergeblich erweisen."

Kälter und geschäftlicher bemerkte der Hamburger Kirchenpauer, mehrere der in den Grundrechten enthaltenen Vorschriften könnten in Hamburg nicht ohne weiteres, jedenfalls nicht ohne langwierige gesetzgeberische Vorbereitungen, in Kraft gesetzt werden; wesentliche pekuniäre Opfer seien nötig; er müsse deshalb den Wunsch äußern, wenn nicht die Publikation, doch den Termin der Ausführung auf mehrere Monate hinauszuschieben. Der Gesamteindruck war: guter Wille nur bei den Kleinen, die sich auf die Gunst der Zentralgewalt angewiesen fühlten — sonst überall Bedenken, Zweifel, Ausflüchte, begreifliche, aber doch aufgebauschte Einwände, Verschleppungsversuche, Empfindlichkeit und im tiefsten Grunde: böser Wille. Heinrich v. Gagern erkannte nur die besonders gelagerten Verhältnisse in Österreich und in Limburg an, erklärte im Namen der Regierung des Reichsverwesers, sich der zuversichtlichen Hoffnung auf Beseitigung der Schwierigkeiten überlassen zu dürfen, und ließ die Grundrechte am 28. Dezember im Reichsgesetzblatt publizieren. Es war ein optimistisch-kurzsichtiger Akt; die größten Staaten, Preußen an der Spitze, verkündigten die Grundrechte nicht; der offene Widerstand gegen die souveräne Frankfurter Nationalversammlung wurde damit zur Tatsache. Wenn das schon beim Grundsätzlichen so begann — was sollte das Schicksal der eigentlichen Reichsverfassung werden?

Gagern und die Seinigen glaubten an sich, und das ist das Schönste an ihnen. Wahrhaftig, diese Grundrechte, die jetzt trotz allem für eine Zeitlang (bis zur Aufhebung durch die wiederhergestellte Bundesversammlung am 23. August 1851) geltendes deutsches Rechtsgut wurden, waren keine in Paragraphen abgefüllte dünne Theorie, die man deshalb für nötig hielt, weil fast alle geschriebenen Staatsverfassungen damit anfingen. Nicht nach der Lampe riechen diese Grundrechte, sondern nach deutschem Blut, nach deutscher Not. Hatte nicht der alte Fürsten- und Polizeistaat Briefe erbrochen, auf nichtigen Verdacht Haussuchungen gehalten, ohne Gerichtsbeschluß verhaftet, monatelange Untersuchungshaft ohne Verhör verhängt? Hatten nicht Sonderkommissionen und Spezialbehörden heimlich Urteile gesprochen, waren nicht Richter gemaßregelt, war das Recht nicht hundertmal um des politischen Zweckes willen gebeugt worden? Eine Meinung zu haben, war im Vormärz schon recht schwer gewesen; seine Meinung frei zu sagen, war unmöglich; wer sich mit anderen versammelte, galt bereits als Verschwörer. Das alte Deutschland war ein Klassenstaat gewesen, mit unzähligen ständischen, gesellschaftlichen, geistigen Vorurteilen, voller Hochmut und Mißtrauen, voller Unterdrückung und Ausbeutung, eine malerisch-barocke Welt des Sondertums, der Kleinmeisterei, der persönlichen, patriarchalischen Verbundenheit, der ehrpusseligen und biederen Brutalität; der Adel wollte nur von seinesgleichen abgeurteilt werden, erschien am liebsten gar nicht vor dem Gericht, er regierte schlecht und recht auf Gedeih und Verderb seine Bauern, die Beamten liefen nach Titeln und katzbuckelten, schlecht bezahlt, um billige Dekorationen; wer es nicht bezahlen konnte, bekam keine Bildung, die Konfessionen zankten sich um ihre Schäflein, der Staat war selbst protestantisch oder katholisch und schikanierte deshalb zur Ehre Gottes die Andersgläubigen, die

Juden, die Sektierer und besonders die Freidenker. Die Grundrechte legten nun das Fundament des neuen, freien deutschen Volksstaates: deutsches Reichsbürgerrecht, überall in deutschen Landen gültig; Wohn- und Arbeitsrecht im ganzen Vaterlande; Auswanderungsfreiheit ohne Abzugsgelder; Titel nur als Amtsbezeichnung; Verbot der Annahme fremder Orden; Zugang für alle zu allen Ämtern, gleiche Wehrpflicht ohne Stellvertretung; keine Todes- und Leibesstrafe; Zivilehe; keine Staatskirche; keine geistliche Schulaufsicht; Oberaufsicht des Staates über den Unterricht, keine Beschränkung des häuslichen Unterrichts; freier Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen; Beschwerderecht jedes Staatsbürgers; Enteignung nur auf Grund eines Gesetzes und gegen Entschädigung; Aufhören jedes Untertänigkeits- und Hörigkeitsverbandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit, der persönlichen Abgaben und Leistungen, die dem guts- und schutzherrlichen Verband entfließen, der Jagdfronen, der Familienfideikommisse und Lehensverbände; Selbstverwaltung der Gemeinden; Garantie der Rechte nichtdeutscher Minderheiten auf die eigene Sprache in Kirche, Schule und Rechtspflege; Ministerverantwortlichkeit; entscheidende Stimme der Volksvertretungen bei Gesetzgebung, Steuern und Budget.

Diese Grundrechte fassen die bitteren Erfahrungen des Menschenalters der Reaktion mit einer Klarheit zusammen, die noch in unsere Tage hineinleuchtet. Sie vererben solche Erkenntnisse, solche Forderungen dem Deutschland einer viel späteren Epoche. Über den Kampf der Zeit und des Tages hinaus wurden sie so eine goldene Mitgift für dies ferne junge Deutschland, das die Männer der Paulskirche nur von weitem sehen, aber nicht leibhaft betreten durften.

Gewiß: die Grundrechte haben auch die Schwächen ihrer Zeit. Sie sind liberal im Großen und — im Kleinen, wohl der am meisten klassische Niederschlag des deutschen Liberalismus. Sie unterschätzen die Dynamik des Selbstgefühls der herrschenden Stände und Kirchen; sie beachten zu wenig die Lebensbedingungen der werdenden Industriearbeiterschaft; sie lösen auf, schaffen ab, klagen an; sie sind am stärksten im Negativen. Der positive Aufbau sollte ja nun kommen. Vielfach wird auf die zukünftige Gesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten hingewiesen, so bei der Gewerbeordnung, den Fideikommissen, dem geistigen Eigentum, der Presse. Dadurch erhöht sich der Eindruck des Vorläufigen: es handelt sich um ein Seinsollen mehr als um ein Sein. Der Aufbau der Grundrechte ist zudem nicht geschlossen; an vielen Stellen merkt man, wie sich die Sorge des kleineren Tageskampfes in die Feierlichkeit des Allgemeinen und Allgemeinsten eingedrängt hat; lebendig wirken sie aber immer und gerade deshalb. Dem Glauben an Rechtlichkeit, Vernunft, Maß und Bildung sind sie entsprungen. Vom Staate verlangen sie wohl zu wenig, vom Einzelmenschen wohl zu viel. Aber sie kennzeichnen das nächste Ziel des Deutschtums von damals; es hätte ihm gutgetan, dieses Ziel bald zu erreichen; der Rest des Weges wäre ihm dann leichter geworden[59]).

In den Grundrechten fand sich ein sehr großer Teil des Frankfurter Parlamentes einig auf einem Boden zusammen. Die liberalen Überzeugungen gingen eben sehr weit nach rechts, die nationale Gesinnung ging sehr weit nach links. Die Aktualität der Grundrechte erhält eine merkwürdige Beleuchtung durch die zahlreichen Petitionen, die ihretwegen bei der Nationalversammlung einliefen. Nur wenige

sind negativer Natur. Für die große Masse des deutschen Volkes war etwa ein Protest gegen die allgemeine Wehrpflicht und das allgemeine Wehrrecht bedeutungslos — wie es von den Mennoniten in Westpreußen und in Baden ausging. Der Abgeordnete Mertens aus Danzig hatte vergebens im Plenum im Hinblick auf die Mennoniten das Amendement gestellt: „Wegen Befreiung vom Kriegsdienst aus Rücksicht des religiösen Glaubensbekenntnisses wird das über die Wehrverfassung zu erlassende Gesetz die näheren Bestimmungen enthalten." Gegen die Festlegung einer allgemeinen Eidesformel für alle Konfessionen, die die Anrufung Gottes enthielt, wurde gleichfalls von den Mennoniten Einspruch erhoben[60]). Ganz vereinzelt kamen Verwahrungen gegen die Judenemanzipation, die durch die Grundrechte festgelegt war. Eine Eingabe aus Walldürn zum Beispiel warnte vor der Überlassung von „Gerichts- und Administrativstellen" an Juden unter Berufung auf die Stimmung im Volke[61]). Hier ist ein deutlicher Nachklang der Ausbrüche des Revolutionsfrühlings.

Am umfangreichsten sind die Eingaben, die sich auf die Neuordnung der Wirtschaftsverhältnisse durch die Grundrechte beziehen. Die Auswüchse des Jagdrechtes hatte der Abgeordnete Minkus aus Marienfelde in einem eigenen Antrag am 18. Juli gekennzeichnet. „Abermals ist in meinem Wahlbezirk ein Menschenleben geringer angeschlagen worden als das eines Hasen", beginnt die Begründung eindrucksvoll. Und dann wird erzählt, wie ein Förster in der Feldmark Kuttlau einen Bauern, der auf die Hasenjagd ging, in das Rückgrat schoß[61]). In einer Eingabe aus Elbenau vom 25. Juli 1848, die rund dreißig Unterschriften, an der Spitze die des Schulzen trägt, heißt es: „Wir finden es unhuman, daß sich fremdes Vieh (Wild) auf unsern Grundstücken festfrißt und unsern sauern Schweiß hinnimmt. Das muß aufhören zu Ehren der Menschheit." Ähnliche Töne schlugen die Einwohner von Callenberge an[62]). In vielen Gegenden wurde seit der Revolution die Jagd einfach von den Bauern ausgeübt, ohne daß man eine gesetzliche Regelung abgewartet hätte. So gingen im Kreise Querfurt ganze Gemeinden geschlossen auf das Wild los. Als der Regierungspräsident in Merseburg den alten Zustand durch Militärkommandos wiederherstellen wollte, entstand die größte Aufregung bei der Bevölkerung; man traf Vorbereitungen, die militärische Gewalt in aller Form abzuwehren. Die Gerichte leiteten Verfahren wegen der Jagdauszüge ein — Tausende von Bürgern und Bauern wurden belangt. Nun verbündeten sich die Gemeinden untereinander, und im Spätsommer war ein offener Volksaufstand „mit Bestimmtheit zu besorgen", wenn nicht eine beschleunigte Regelung der Grundlasten eintrat. Die Eingabe des Magistrats Mücheln vom 31. August 1848, die diese Verhältnisse schildert, beantragte beim Frankfurter Parlament die schleunigste Aufhebung der Feudallasten überhaupt[63])[64]).

Der Ansturm auf das Privilegienwesen richtete sich sonst durchweg gegen die adelige Grundherrschaft auf dem Lande. Die sächsischen Verhältnisse haben wir früher behandelt (vgl. Band I, S. 229). Dutzende von sächsischen Landgemeinden gaben dem Leipziger Advokaten Heinrich Graichen Vollmacht, die Aufhebung des gesamten Lehnswesens, die Abschaffung aller Feudallasten für sie zu betreiben. Im Gesuch von 2845 Grundstücksbesitzern in 54 Gemeinden der Schönburgischen Lehnsherrschaften im Königreich Sachsen um Aufhebung aller Lasten werden die folgenden angeführt: „Fronen, Hütungen, Zehnten, Erbzinsen, Lehnsgelder,

Frongelder, Hufengelder, Schutzgelder, Hausgenossenzinsen, Stuhlzinsen, Jagdrecht, Triftrecht, Sterbelehen[65])." Der Querfurter Kreis machte eine Gruppeneinteilung der Lasten: Naturalfron, Getreidezinsen, Geldzinsen, Rentamtsgefälle, und zählte dabei auch folgende absonderliche Verpflichtungen auf: Dünger- und Mühlsteinfuhre, Henkersgeld, Erbsenzins, Rauchhühnerzins, Lieferung von Schöpsen und Osterlämmern. Ähnliche Eingaben haben wir aus dem Waldenburger Kreis in Schlesien, aus Schillingsfürst, aus der Grafschaft Glatz, aus Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen[66]). In der kurhessischen Gemeinde Waldkappel hatte sich wie an vielen Orten im Frühjahr und Sommer des Revolutionsjahres ein eigener „Volksrat" gebildet, der sich der Sache der Belasteten annahm. In seiner Eingabe vom 9. September wies er nach, daß die Zinserheber der adeligen Herren die Bruchteile der Zinsen immer nach oben abgerundet hätten; das in der Buchrechnung unerfahrene Volk hätte nichts gegen diese Erhöhung zu tun vermocht; in den Steuerbüchern seien immer diese vergrößerten Zinse eingetragen worden; aus den noch vorhandenen alten Steuerbüchern sei zu ersehen, daß früher die Beträge viel geringer waren; auch durch falsche Umrechnung der alten Maße, Metze und Mühlmaß seien die Lasten ungerecht vermehrt worden[65]).

So tief war also die Bewegung ins Volk gedrungen[67]); die Namenlosen meldeten sich; aus dem ganzen alten Deutschland drang der Schrei der Bedrückten nach Frankfurt, wo die Nationalversammlung das neue Deutschland formte. Die Grundrechte sollten das Laienevangelium der kleinen Leute sein. Zum Landvolk gesellte sich das Handwerker- und Arbeitervolk, freilich mit viel weniger Erfolg. Die Mehrzahl des Frankfurter Parlaments bekannte sich zur Gewerbefreiheit und sah eine in ihrem Geiste gehaltene Gewerbeordnung vor. Sie wurde am 26. Februar 1849 dem Parlament vorgelegt. Die Bedenken, die wegen der Gefahr der Proletarisierung infolge Arbeits- und Warenüberangebotes erhoben wurden, sollten durch ein Heimatgesetz beschwichtigt werden. Wir kennen die Einwände, die von bestimmten Einzelstaaten amtlich gegen diese tief einschneidende Reform erhoben wurden. Es gab ja in Deutschland drei verschiedene Gruppen von Gewerbeverfassung: Länder mit strenger Zunftverfassung, Länder mit vollkommener Gewerbefreiheit (wie Preußen und die rheinischen Gebiete mit noch geltender französischer Gesetzgebung), Länder endlich mit staatlicher Konzessionierung des Gewerbebetriebes. Für die Kleinstaaterei im alten Reich bedeutete die Gewerbefreiheit geradezu die wirtschaftliche Revolution. Wie nötig sie war, zeigt, als ein Beispiel von hunderten, etwa die Eingabe der Handwerksgesellen von Lübeck an die Nationalversammlung. Da war gefordert: Schutz der wandernden Gesellen gegen polizeiliche Willkür, Verbot der Akkordarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Fürsorge für invalide Gesellen, Kündigungsfrist für die Gesellen (nur die Meister hatten eine solche), Erleichterung des Meisterwerdens, Abstellung des Mißbrauchs, für ausgefallene Arbeit Geldabzüge zu machen. „Der Geselle ist den Älterleuten für alles und jedes tributpflichtig." — Dieser eine Satz klagt schärfer an als die Aufzählung aller einzelnen Mißbräuche[68]). Man sieht aber den Eindruck von allen Handwerkerkongressen (vgl. S. 101f.) bestätigt: der ringende gewerbliche Arbeiterstand verlangte auch von der Nationalversammlung mehr als nur die Freiheit. Wenn freilich die unglücklichen Weber in Schlesien die völlige

Abschaffung der Spinnmaschinen, ja das Verbot der Eisenbahnen forderten, dann konnte das nur als Hilferuf Ertrinkender gelten[69]). Ernster waren die zahlreichen, aber vergeblichen Versuche, die Grundrechte mit sozialpolitischen Gesichtspunkten durch das Frankfurter Parlament selbst auszustatten und ergänzende Gesetze durchzubringen. Biedermann forderte das Recht der Assoziation für die Arbeiter, Eisenstuck Fabrikgerichte und Arbeitsnachweisstellen, G. Beseler prophezeite dem Genossenschaftsgeist eine große Zukunft für den Schutz der Arbeit, Schütz feierte beredt das heilige Recht der Arbeit[70]). Simon von Trier verlangte als einzige Besteuerung die progressive Einkommensteuer. Alles dies fand keine Mehrheit; auch der Antrag Heubners aus Zwickau, das Lohnminimum gesetzlich zu bestimmen, fiel durch; ebenso war es dem Antrag auf Garantie der Arbeit von Staats wegen gegangen. Die Mehrheit der Nationalversammlung fürchtete, durch positive Bestimmungen über das Arbeitsproblem ihre Verfassung für die Regierungen zu sehr zu belasten.

*

In Zeiten des politischen Niederganges pflegen sich die wirtschaftlichen Kräfte vorzudrängen und den Anspruch zu erheben, das staatliche Leben zu bestimmen. Die Revolutionszeit hatte die alten Autoritäten tief erschüttert; die neuen mußten sich erst Ansehen und Geltung schaffen. Die Wirtschaftsnot der Zeit unmittelbar vor Revolutionsausbruch galt allgemein als eine der Hauptursachen des Ausbruches. Jede Gegenwart liebt die Vereinfachung der jüngsten Vergangenheit, um sich überhaupt über ihre eigenen Lebensbedingungen klar zu werden. Auch vom höheren Standpunkt geschichtlicher Epochenbildung war die Wirtschaftswandlung in Deutschland eine der grundlegenden Tatsachen des Zeitgeschehens. Die neuen Wirtschaftstypen drängten also in die Politik: Kaufleute, Landwirte, Handwerksmeister, Arbeiter taten sich zusammen, wie sich alle andern ja auch zusammentaten, sie verhandelten ihre Berufsinteressen auf parlamentarische Weise, berieten Anträge und faßten Beschlüsse. Die junge Wissenschaft der Nationalökonomie beanspruchte Einwirkung auf die wirtschaftliche, ja auf die politische Praxis, und die Achtung vor dem deutschen Gelehrten ließ da keinen Widerspruch aufkommen. Juristen und Geschichtsphilosophen sahen sich nun in die zweite Reihe gedrängt; ihre Art war dem alten Staatswesen zu verwandt, ihre Arbeit war den gestürzten Mächten auch zu häufig dienlich gewesen. In den Verhandlungen der Paulskirche merkte man deutlich das hohe Maß von Eindruck, das die Praktiker und Theoretiker der Wirtschaft hervorzurufen pflegten — wenigstens im Anfang. Der volkswirtschaftliche Ausschuß, genauer „Ausschuß für Arbeiter-, Gewerbe- und Handelsverhältnisse", war der anspruchsvollste und fleißigste unter allen Ausschüssen (vgl. oben S. 24). Stets fühlte er sich in einer Art von Wettbewerb mit dem Verfassungsausschuß, dessen immerhin noch unmittelbarer wichtige und nötige Arbeit er oft genug belastet und erschwert hat. Er wollte eben von der Wirtschaft aus das deutsche Gesamtproblem lösen; es mußte aber, wie alle großen politischen Aufgaben, in erster Linie politisch, das heißt durch konkrete Handlungen, gelöst werden und erst dann juristisch ausgebaut und ökonomisch untermauert. Der Wirtschaft bekommt es immer besser, wenn sie

gehorcht, als wenn sie befiehlt. Der volkswirtschaftliche Ausschuß erfüllte sich aber ganz mit der verbreitetsten Zeitkrankheit, dem Souveränitätsgefühl. Er wartete nicht ab, bis etwa Fragen an ihn gestellt wurden — überall sah er die drängenden Probleme; es gab keinerlei gesamtdeutsche Wirtschaftserfassung, Wirtschaftserkenntnis, Wirtschaftsleitung. Die Mitglieder dieses Ausschusses, darunter fast die Hälfte Professoren, fühlten das hohe Glück, Neuland vor sich zu sehen. Also: sie forschten, stellten Enqueten an, forderten und beschlossen. Wie selten war im damaligen Deutschland wirkliche Kenntnis des Auslandes, wie besonders hoch wurde sie deshalb geschätzt! Nun — der Bremer Duckwitz hatte als Gesandter seiner Vaterstadt in den Vereinigten Staaten die erste Postdampferverbindung zwischen New York und Bremen begründen helfen; Professor Hildebrand hatte in England die Arbeiterverhältnisse studiert; Moritz Mohl hatte fünf Jahre lang in Frankreich gelebt und war hier zum fanatischen Schutzzöllner geworden. Wer hatte im Vormärz je einen Fabrikanten um seine Meinung in öffentlichen Dingen gefragt? Das Auftreten der rheinischen Kaufleute auf dem Vereinigten Landtage hatte in Altpreußen doch einfach als Zudringlichkeit gewirkt. Nun sagte in der Paulskirche der Chemnitzer Bernhard Eisenstuck seine Ansicht auf eine sehr gründliche, sehr offenherzige Art, die Ansicht eines kenntnisreichen, warmherzigen, ja leidenschaftlichen Praktikers. Leider konnte Moritz Mohl nicht ebenso ernst genommen werden. Dieser Bruder des Reichsjustizministers war einer der unentwegtesten Gläubigen des Parlamentarismus: er hörte sich jedes Wort an, was in der Paulskirche gesprochen wurde, er verfocht seine Ziele durch zahllose, ausführlich mit der wissenschaftlichsten Gründlichkeit motivierte Anträge, er redete mit der eifervollen Hitze seines urwüchsigen Schwäbisch auf die Nationalversammlung ein, der so viel biedere aufgeregte Sachlichkeit auf die Nerven fallen mußte. Moritz Mohl war ein sehr ehrlicher, ein sehr anständiger Mann — ein rechter Süddeutscher aus den Gebirgswinkeln mit der seltsamen Verbindung von Engigkeit und Weite des Wesens, ein reaktionärer Revolutionär, ein verspießter Prophet, ein intoleranter Weltweiser; Instinkt für das Nächste und für das Mögliche blieb dem eigensinnigen Wuschelkopf versagt. Das war ja überhaupt das Wunderliche bei den Männern des volkswirtschaftlichen Ausschusses: sie vertraten das Recht des Praktischen meist auf eine sehr unpraktische Art. Sie fingen mit allem an und kamen deshalb nur mit wenigem zu Ende. Sie wollten das Wesentliche treffen und schweiften deshalb gerade ab. Sie zielten auf das Letzte und Allgemeinste und blieben stecken im Fachlichen und Spezialistischen. Als einzelne bedeuteten sie mehr als in der Zusammenarbeit. Und trotz dieser Schwächen und Hemmungen: wieviel brave, solide Arbeit ist von diesem Ausschuß geleistet worden! Für den deutschen Bundestag hatte es ja keine deutsche Volkswirtschaft gegeben; die Zentralgewalt konnte auf politischem und militärischem Gebiete als eine Fortsetzerin des Bundestages gelten; hier gab es Möglichkeiten der Weiterentwicklung. Ökonomisch mußte eben einfach mit dem Anfange des Anfanges begonnen werden. Der volkswirtschaftliche Ausschuß stand auch parteipolitisch im Gegensatz zu dem Verfassungsausschuß; bei diesem hatten die historisch gerichteten Evolutionäre das Übergewicht. Die Volkswirte neigten durchweg mehr zur Linken. Für die Kleinstaaterei kannten sie nur scharfe Ablehnung; nur daher kam ja die wirtschaftliche

Zersplitterung, Verelendung, Verkrüppelung in Deutschland, von der die zahllosen Petitionen zeugten, die diesem Ausschusse entweder direkt zugingen oder überwiesen wurden.

Man lese den Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die deutschen Flußzölle[71]). Die Uferstaaten erhoben Wasserzölle und Schiffsdepotabgaben nach den verschiedensten Prinzipien, im verschiedensten Umfange. Was es alles an Befreiungen, Nachlässen und Begünstigungen gab, war einfach nicht zu überblicken. Preußen hielt sich noch in vernünftigen Grenzen, aber die kleinen Elbuferstaaten betrachteten den Flußverkehr als eine gute Gelegenheit, nach Art von Wegelagerern, den Staatsbeutel zu füllen[72]). Die Linke wollte nun der „elenden Flußfreibeuterei" mit einem Federstrich ein Ende bereiten. In die Reichsverfassung wurde dann in der Tat die Zollfreiheit aller deutschen Flüsse aufgenommen, aber eine „billige Ausgleichung" für die Aufhebung der Flußzölle „bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen" festgesetzt (§ 25). Der volkswirtschaftliche Ausschuß hatte diese letzte Frage lediglich einem späteren Reichsgesetz vorbehalten wollen; der vorsichtigere Verfassungsausschuß setzte sich aber auch in diesem Punkte durch.

Wir kennen die anarchischen Zustände am Rhein, die im Frühjahr 1848 durch die Notlage des dortigen Schifferstandes hervorgerufen wurden (vgl. Band I, S. 512). Der volkswirtschaftliche Ausschuß widmete dieser Angelegenheit einen erschöpfenden Bericht. Die Dampfschiffahrt aufzugeben, um den durch sie Geschädigten zu helfen, konnte er gewiß nicht empfehlen — aber die Notwendigkeit, von Staats wegen die Segelschiffer zu unterstützen und gütliche Vereinbarungen mit dem Handelsstand zu vermitteln, erkannten sowohl er wie Plenum und Zentralgewalt an[73]). Das Verkehrsproblem hat in seiner ganzen Weite den volkswirtschaftlichen Ausschuß beschäftigt. Eine aus fünf Abgeordneten bestehende Minorität wollte sofort Reichseisenbahnen schaffen; durch Enteignung sollte im nationalen Interesse die Gesamtheit der bestehenden und neu anzulegenden Eisenbahnen in die Hand der Reichsgewalt kommen. Die Mehrheit des Ausschusses hielt wohl auch dieses Ziel für sehr erstrebenswert, wollte sich aber vorläufig mit dem Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht für das Reich begnügen. Der Verfassungsausschuß schränkte wiederum auch diese Kompetenz noch mehr ein durch die Schellersche Formel: „soweit der Schutz des Reiches und das Interesse des allgemeinen Verkehrs es erheischen." Das Plenum nahm den so gestalteten Entwurf an (§ 28) und fügte wiederum den Hinweis auf ein zukünftiges Reichsgesetz bei. Immerhin bestimmte der § 29, daß auch das Reich selbst, wenn nötig, Eisenbahnen anlegen könne, falls ein Einzelstaat die Ausführung auf seinem Gebiete ablehnen sollte. Ähnliches wurde über die Anlage von Kanälen und Landstraßen festgelegt. Der volkswirtschaftliche Ausschuß hatte ebensowenig vollen Erfolg bei der Post. Der einfache Antrag seiner Minorität, die Post zur Reichssache zu erklären, wurde im Plenum abgelehnt. Der Verfassungsausschuß machte seinen Einfluß geltend; die Verfassung bestimmte wiederum nur das Recht der Gesetzgebung und der Oberaufsicht über das Postwesen, und die Befugnis, wenn nötig, „das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten". Für die Übernahme von Telegrafenlinien war wenigstens der Weg

der Enteignung vorgesehen (§§ 41 bis 44). Über die Notwendigkeit, dasselbe Maß und Gewicht für ganz Deutschland einzuführen, herrschte in Frankfurt volles Einverständnis (§ 45). Anders stand es beim Münzwesen. Der volkswirtschaftliche Ausschuß verlangte die Durchführung eines einheitlichen Münzsystems und das ausschließliche Prägerecht des Reiches. Die Versammlung beschloß aber infolge der Bedenken des Verfassungsausschusses nur die Gesetzgebung und Oberaufsicht der Reichsgewalt, ihr Recht, Reichsmünzen zu prägen, und als Zukunftsaufgabe erst die Einführung des gleichen Münzsystems für ganz Deutschland (§ 46). Die Einzelstaaten sollten also ihr Münzregal behalten. An die Regelung des Banknotenwesens wollte der Verfassungsausschuß zunächst überhaupt nicht gehen. Wieder verlangte der volkswirtschaftliche Ausschuß außer der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Papiergeld die ausschließliche Befugnis des Reiches für die Oberaufsicht über die Zettelbanken und das Recht zur Errichtung einer „Nationalbank" mit Zweiganstalten. Schließlich wurde wenigstens Reichsgesetzgebung für Bankwesen und Papiergeld vorgesehen (§ 47)[74].

Der Reichshandelsminister Duckwitz war nächst dem Reichskriegsminister v. Peucker der einzige, der fast von den Anfängen des Reichsministeriums, seit dem 5. August 1848, bis zum Zusammenbruch im Frühjahr 1849 im Amte war. Er ist eine der sympathischsten Gestalten der Zeit: der echte Niederdeutsche an Humor und Bedachtsamkeit, bester Typ des deutschen Kaufmanns von damals: nüchtern und sicher, geprüft und abgewogen, kritisch, aber mit Maß, menschlich, aber gedämpft, des eigenen Weges so gewiß wie seine gute Vaterstadt Bremen, bei großen politischen Spannungen, beim Ausbruch der Leidenschaft ein etwas befremdeter Zuschauer und Schilderer[75]. Schon 1842 war er für die handelspolitische Einheit Deutschlands in Form eines deutschen Handels- und Schiffahrtsbundes eingetreten. Die Beförderung der deutschen Post nach Übersee hatte er für Bremen gesichert. Dem volkswirtschaftlichen Ausschuß war er im Juli vom heimatlichen Senate als Sachverständiger zugeteilt worden, aber es dauerte lange, bis er als Reichshandelsminister in gedeihliche Fühlung mit dem Ausschuß kam. Auch dem Verfassungsausschuß gehörte er als Berater an und konnte so manchmal zwischen diesen beiden feindlichen Lagern vermitteln. Der Hamburger Merck war Duckwitzens Gegenspieler im volkswirtschaftlichen Ausschuß: eleganter, beweglicher, auch wohl gewandter als Duckwitz, trug er die hanseatische Rivalität vom persönlichen Lebensrhythmus in die große Sachlichkeit des Tageskampfes um Schutzzoll oder Freihandel. Merck war überzeugter Freihändler, hatte den Frankfurter Freihandelsverein mitbegründet und trieb ihn als sein Präsident zu lebhafter Propaganda an. Duckwitz behielt aber auch unter dem Ansturm vieler widerstreitender Petitionen und Deputationen seine bremische Gelassenheit und war mit sich und der Welt nie zufriedener, als wenn er das gesunde Wasser seiner Menschen- und Geschäftskenntnis in den Wein extremen Ungestüms gießen konnte. So war er natürlich im Kreise des Reichsverwesers und auch der Gagernschen Partei beliebter als bei den süd- und westdeutschen Wirtschaftsunitariern.

Am 22. September 1848 trug Duckwitz dem Frankfurter Parlament seinen Plan der Begründung der „kommerziellen Einheit" Deutschlands vor[76].

Wie so häufig, herrschte beim Frankfurter Parlament im Negativen große Einmütigkeit. Es beschloß am 21. November, daß die Einzelstaaten die Binnen-

zölle aufzuheben hätten; es sollte in Zukunft nur eine einheitliche deutsche Zollgrenze nach rein merkantilen und nationalen Gesichtspunkten aufgerichtet werden. Die Hauptfrage war nun noch, wie sie aussehen würde. In die Verfassung selbst konnte gewiß nur der Grundsatz als solcher aufgenommen werden — unter Vorbehalt der Aussonderung einzelner Orte und Gebietsteile sowie unter dem Vorbehalt, außerdeutsche Länder und Landesteile durch Verträge an das deutsche Zollgebiet anzuschließen (§ 33). Die Erhebung und Verwaltung der Zölle wollte der volkswirtschaftliche Ausschuß allein der Reichsgewalt zuteilen; wiederum setzte der Verfassungsausschuß lediglich „Anordnung und Oberaufsicht" der Reichsgewalt fest und verwies für die Verteilung der Erträge zwischen Reich und Einzelstaaten auf ein zukünftiges Reichsgesetz. Die aus acht Abgeordneten bestehende Minderheit des volkswirtschaftlichen Ausschusses übte unter Eisenstucks Führung an dem Programm des Reichshandelsministeriums scharfe Kritik: Deutschland führe noch immer viel zu viel ausländische Fertigwaren ein; die heimische Produktion sei durch scharfe Schutzzölle zu entwickeln, Rohstoffe dagegen seien zollfrei einzulassen. Eisenstuck hatte schon im Sommer einen provisorischen Zolltarif ausgearbeitet, dessen sofortige Einführung er empfahl. Der kritische Merck berechnete, daß manche Waren darin mit 100 Prozent, andere mit 400 Prozent, einige sogar mit 900 Prozent belastet waren[77])! Solche Übertreibungen schienen gewiß geeignet, den Schutzzollgedanken überhaupt zu kompromittieren. Eine noch um zwei Abgeordnete vermehrte Minderheit des volkswirtschaftlichen Ausschusses verlangte wenigstens, daß die Bestimmungen des Verfassungsentwurfes über die Zollverhältnisse mit sofortiger Wirkung als „dringendes Reichsgesetz" angenommen werden sollten; dann sei wenigstens die kommerzielle Einheit Deutschlands für alle Fälle festgelegt, und der Boden für die Beratung eines Reichszolltarifes sei geschaffen. Das mußte die Mehrheit des Ausschusses und ebenso des Plenums als eine schon rechtlich unmögliche Gewaltmaßregel ablehnen; die patriotische Sorge, die hinter dem verwegenen Gedanken stand, verdient geschichtlich aber Achtung. Die Mehrheit blieb bescheiden und vernünftig. Die Zentralgewalt wurde lediglich ermächtigt, auf die Lösung der zwischen den deutschen Einzelstaaten und den Staaten des Auslandes bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge hinzuwirken und neue Verträge abzuschließen — auf Grund von Zollgesetzen und Zolltarifen, die der Nationalversammlung vorzulegen seien. Der Entwurf eines Handelsvertrages mit Belgien kam am 26. November im Gesamtreichsministerium zur Verhandlung. Als der belgische Gesandte Graf Briey Besorgnisse wegen der durch die neue deutsche Handelspolitik möglicherweise eintretenden Benachteiligung Antwerpens erbrachte, riet der Reichshandelsminister, Belgien möge doch die Einrichtung eines deutschen Entrepots unter deutscher Verwaltung dort beantragen[78]). Konvent wollte das Frankfurter Parlament auch in der Wirtschaft nicht sein; aber aus einer konstituierenden Versammlung hatte sich schon längst eine gesetzgebende entwickelt. Das Reichshandelsministerium arbeitete auch im Winter eine Reichszollordnung, eine Reichszollakte und ein Reichszollgesetz aus, die im Plenum eingehend beraten worden sind, aber den Bevollmächtigten der Einzelstaaten nicht mehr zugeleitet werden konnten. Die späteren Zollvereinskonferenzen haben aber diese wertvolle Arbeit benutzt.

Welche Mühe sich der volkswirtschaftliche Ausschuß beim Entwurf eines allgemeinen Zolltarifs gemacht hat, zeigt etwa der Fragebogen, den er bei den deutschen Fabriken herumgehen ließ[79]). Da sollen zum Beispiel die Bergbau- und Hüttenbetriebe Auskunft geben über Ausfuhrmengen, Abgaben, Durchschnittswert des Ertrages, entstandene Unkosten an Fracht und sonstigen Spesen; die Eisenwerke werden zum Beispiel gefragt nach der Zahl der Arbeiter, der Höhe der Arbeitslöhne, der Arbeitszeit, dem Brennmaterial, dem Absatzkreis, den Transportwegen, der fremden Konkurrenz, den Einrichtungen zugunsten der Arbeiter. Im ganzen sind solche Fragebogen vierzehn verschiedenen Gruppen von Firmen zugeschickt worden.

Um Freihandel und Schutzzoll tobte ein besonders heftiger Petitionensturm. Die norddeutschen Freihandelsmänner, bei denen sich der Standpunkt etwa des hamburgischen Großhandels mit den preußischen Zollvereinsinteressen eigenartig verbündete, erfuhren aus dem schutzzöllnerischen Süddeutschland entschlossene Angriffe, die oft die rein wirtschaftliche Einstellung durch politische Antipathien auffärbten. Eine Adresse von Weinhändlern und Weingärtnern aus Württemberg an die Nationalversammlung, die über 20 000 Unterschriften trug, sprach entrüstet von den freihändlerischen Plänen, die „alle Interessen der deutschen Arbeit gefährdeten", und ersuchte um gerechten Schutz der deutschen Landwirtschaft und Industrie[79]).

Reichshandelsministerium und volkswirtschaftlicher Ausschuß haben sich auch redlich um die Frage der deutschen Auswanderung bemüht. Die Auflösung des alten deutschen Gesellschaftsaufbaues hatte sich in der Zunahme der Auswanderungsziffer erschreckend abgezeichnet. 1841 reisten noch 88 Schiffe mit 9501 Passagieren von Bremen aus; im Jahre 1847 waren es 227 Schiffe mit 32 769 Passagieren. Die Auswandererzahl hatte sich also mehr als verdreifacht. In den nichtdeutschen Häfen Antwerpen, Le Havre und London war die Zunahme der deutschen Quote noch stärker. Allein 1847 waren hunderttausend Deutsche ausgewandert. Ein solcher Völkerstrom darf gewiß als weltgeschichtliches Ereignis bezeichnet werden, wie es der volkswirtschaftliche Ausschuß tat. Einzelne deutsche Staaten machten nun aus dem Abzug ihrer Untertanen ein blühendes Geschäft, indem sie sogenannte Auswanderungs- oder Abzugsgelder erhoben. Dem lag die Vorstellung zugrunde, daß der Staat sich für den Verlust an Arbeitskräften entschädigen durfte — während er gerade doch allein durch das Verschwinden von Personen schon erleichtert wurde, für die er keine Arbeit und Nahrung schaffen konnte. Manche mediatisierte Fürsten hatten das Recht, bis 20 Prozent vom Vermögen der Auswanderer einzubehalten. Der Abgeordnete Schulz schätzte die Einbuße an Volksvermögen, die Deutschland in den letzten Jahren vor der Revolution infolge der Auswanderung erlitt, auf 30 bis 40 Millionen Gulden! Für den Verlust an Geist und Kraft gibt es keinen Maßstab. Bedenklicher war noch die „Seelenverkäuferei", der abscheuliche Brauch, ganze Scharen von Kindern und Halbwüchsigen aus bestimmten kleinen Orten Nassaus und Kurhessens nach England zu verfrachten, wo sie dann zum Betteldienst mit fahrbaren Drehorgeln oder auch zum Hausieren mit einheimischen Produkten verwandt wurden[80]). „Am Großen Ozean kann ein mächtiges herrliches Neudeutschland erblühen, welches die natürliche Freundschaft der Vereinigten Staaten mit uns

noch bedeutend verstärkt" — diese Worte des Weilburger Abgeordneten Schulz stehen wie ein Motto über den Verhandlungen des Parlaments über die Auswanderung. Schulz wandte einen Blick auch nach dem Donauland, „unser Texas, unser Mexiko[81])". Hatten sich doch schon an den Fünfzigerausschuß Deutsche aus Siebenbürgen mit der Bitte um Schutz für ihr Volkstum und ihre Selbstverwaltung gewandt. Die Grundrechte setzten dann vollkommene Auswanderungsfreiheit, also ganz ohne Rücksicht auf die Wehrpflicht, fest und verboten Abzugsgelder (§ 136). Der volkswirtschaftliche Ausschuß hatte vergebens die interessante Bestimmung vorgeschlagen, daß die Auswanderer auch im Auslande nicht aufhören sollten, deutsche Bürger zu sein. Entsprechend der Ankündigung der Grundrechte, die Auswanderungsangelegenheit stehe unter dem Schutze und der Fürsorge des Reiches, arbeitete der volkswirtschaftliche Ausschuß dann ein Auswanderungsgesetz aus; darin war ein Auswanderungsamt von Reichs wegen vorgesehen, das in Zusammenhang mit den Auswanderungsvereinen die Agenten beaufsichtigen, die Überfahrt regeln und die Auswanderer in allem beraten sollte. Später sollte sich das Auswanderungsamt zu einem Reichsministerium entwickeln. Das Frankfurter Parlament hat dies Auswanderungsgesetz am 18. März 1849 angenommen. Auch im einzelnen fanden Unterstützungen der Auswanderungssache statt. So wurde dem Leipziger Schriftsteller Friedrich Gerstäcker, der auf eigene Kosten eine Reise nach Südamerika und Australien unternahm, um bestehende deutsche Niederlassungen zu untersuchen und die Orte, die sich in Zukunft für Auswanderung eignen sollten, zu prüfen, ein Zuschuß von 1000 Taler vom Gesamtreichsministerium bewilligt[82]).

In keiner Angelegenheit ist das Plenum den Vorschlägen des volkswirtschaftlichen Ausschusses mit so großer, fast uneingeschränkter Einmütigkeit gefolgt wie in der Frage der Spielbanken in den deutschen Badeorten[83]). Der volkswirtschaftliche Ausschuß beantragte am 13. Oktober die sofortige Aufhebung der Spielbanken in ganz Deutschland. Großer Schrecken entstand nun bei den Aktionären, besonders bei der Homburger Spielpachtgesellschaft. Die deutsche Gruppe der Aktionäre wandte sich an die Heidelberger Juristenfakultät, die Franzosen ließen sich ein Gutachten von Odilon Barrot und Crémieux anfertigen. Da die Verträge bis 1871 liefen, und von 1846 bis 1850 jährlich 40 000 fl., später 100 000 fl. jährlich an Pacht abzuführen waren, so konnte ein Recht auf Entschädigung nicht bestritten werden. Das Heidelberger Gutachten nahm dafür den Reichsfiskus in Anspruch, nicht den Staat Hessen-Homburg, da ja die Aufhebung durch ein Reichsgesetz geplant war; die Größe des Gewinnes sei aber, so führte es aus, nicht juristisch faßbar, die Höhe der Entschädigung sei deshalb nicht festzustellen und müsse nach Billigkeit erfolgen. Das französische Gutachten appellierte gleichfalls an das Billigkeitsgefühl der Nationalversammlung: es handele sich um einen Privatvertrag zwischen französischen Untertanen und einem deutschen Souverän, von diplomatischer Intervention sei deshalb ganz abzusehen. Immerhin hatte der französische Gesandte de Tallenay in einem Schreiben an das Reichsministerium des Auswärtigen auf die Notwendigkeit der Entschädigung der Aktionäre hingewiesen[84]). Trotzdem nahm die Nationalversammlung am 20. Januar 1849 nach einer sehr temperamentvollen Aussprache das Gesetz über die Schließung der Spielbanken und die Aufhebung der

vorhandenen Spielbankverträge zum 1. Mai 1849 an ohne jeden Zusatz über die Entschädigungsfrage[85]). In dieser Form wurde es auch von der Zentralgewalt erlassen. Die Einzelstaaten, die Spielbanken beherbergten, waren dadurch in eine etwas schwierige Lage geraten und halfen sich zunächst dadurch, daß sie gar nichts taten. Einen Protest an das Reichsministerium erließ nur die landgräflich hessische Regierung (5. Febr.). Das Reichsministerium sandte aber diese Zuschrift zurück, mit dem Bemerken, „daß dieses Aktenstück weder der Form noch dem Inhalte nach zur Berücksichtigung geeignet erscheine[86])". Die Zentralgewalt richtete am 18. April an die Regierung von Baden, Nassau und Hessen-Homburg die bestimmte Aufforderung, das Reichsgesetz zum 1. Mai zur Durchführung zu bringen, und drohte mit den gesetzlichen Exekutionsmitteln. Grundsätzlich erklärte die Zentralgewalt auch die Bereitschaft zu Entschädigungen, wollte aber darüber die Klage der Geschädigten und den Richterspruch des zukünftigen Reichsgerichts abwarten. Im Namen des Reiches bestätigte sie ausdrücklich, daß sie die Regierung der Einzelstaaten zum Vollzug nötige und deshalb die volle Verantwortung trage[87]). Am 3. Mai beschloß das Gesamtreichsministerium die Entsendung eines Reichskommissars nach Homburg und verfügte, daß für den Fall der Notwendigkeit militärischer Hilfe ein Bataillon österreichischer Infanterie nebst Reiterei bereitgehalten werden sollte. Tatsächlich ging der Staatsprokurator Knyn als Reichskommissar nach Homburg. Aber bekanntlich ist damals die Beseitigung der Spielbanken nicht gelungen.

Dem Reichshandelsminister Duckwitz unterstand endlich auch eine Marineabteilung und eine technische Marinekommission, die zusammen mit dem Marineausschuß des Parlaments die Flottenangelegenheit bearbeiteten (vgl. oben S. 128)[88]). Über dieser Sache waltete von Anfang an ein böser Stern. Die deutsche Flotte ist das Schmerzenskind der deutschen Revolution. Wir kennen die schöne Opferbereitschaft, die sich um ihretwillen allüberall entfaltete. Ein Gutsbesitzer aus Schleswig-Holstein stellte eine Reihe seiner besten Eichen für den Schiffsbau zur Verfügung, ein Mechaniker schenkte ein treffliches Teleskop für den Kapitän des ersten deutschen Kriegsschiffes; der Großherzog von Oldenburg stiftete eine Punschbowle in Form einer Bombe für die Offiziere des Schiffes, das seinen Namen tragen sollte. Denn Partikularismus und Eitelkeit traten gerade bei dieser so patriotischen Sache beschämend hervor. Wenn aus Oberbayern 15 000 Gulden kamen, so sollte auch gleich ein Kanonenboot „Wendelstein" heißen, was wirklich nicht für diese Summe zu haben war. Das erste, was der am 8. November durch Parlamentsbeschluß eingerichteten Marinebehörde zu tun oblag, war die Wiedergutmachung begangener Fehler: Die Korvette „Franklin" wurde dem Eigentümer unter Ersatz der Einrichtungskosten als für den Seekriegsdienst unbrauchbar zurückgestellt; die drei Dampfschiffe, die der Bundestag noch aus den Ulm-Rastatter Festungsbaugeldern angekauft hatte, „Hamburg", „Bremen" und „Lübeck", wurden den ganzen Winter zur Reparatur auf Dock gelegt; die Fregatte „Deutschland", mit 32 Kanonen, erwies sich nur als Übungsschiff tauglich; von den in England gekauften Dampffregatten langte nur eine glücklich an; die andere wurde so stark beschädigt, daß sie umfassender Ausbesserung bedurfte, und da die Mittel dazu fehlten, wurde sie auf Trockendock gelegt; das mit den Ausrüstungsgegenständen für

die beiden Fregatten befrachtete Segelschiff erlitt ebenfalls Havarie und mußte nach England zurückkehren. Die Kanonen für die Kanonenboote und die Küstenverteidigung wurden von Duckwitz einer neugegründeten Fabrik in Auftrag gegeben, wo sie — sei es aus Unkenntnis, sei es aus Betrügerei — hohl gegossen wurden; infolgedessen sprangen sie beim ersten Gebrauchsversuche. Sehr unangenehm war endlich auch die Angelegenheit des nordamerikanischen Kauffahrteischiffes „United States", das für deutsche Marinezwecke angekauft und umgebaut werden sollte. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhob Einsprache auf Grund des Gesetzes von 1815, das in Rücksicht auf das Völkerrecht die Ausfahrt und den Übergang in den Hafen einer kriegführenden Macht für Kriegsschiffe untersagte. Aus dem gleichen Grunde mußten auch die in England gekauften Schiffe als Handelsschiffe maskiert werden. Nach langwierigen Auseinandersetzungen, bei denen auch innerpolitische amerikanische Gesichtspunkte stark mitspielten, wurde schließlich doch die Ausfahrt der „United States" gegen Hinterlegung des doppelten Wertes von Schiff und Ladung gestattet[89]). Die populäre Schwärmerei hatte eben gar keinen Begriff davon, welches Maß von Zeit, Geld, technischem, militärischem und politischem Sachverständnis dazu gehörte, um eine auch nur bescheidene, aber doch ernst zu nehmende Seemacht aufzubauen. Es fehlte an Schiffsbauern, Ingenieuren und Offizieren; die Versuche, eine größere Anzahl Offiziere aus den Vereinigten Staaten zu erhalten, mißlangen. Der amerikanische Kommodore Parker, der darüber in Frankfurt verhandelte, war vorher in Berlin gewesen; dort machte man ihn mißtrauisch gegen das Frankfurter Reich und versuchte sogar, ihn für Preußen zu gewinnen. Parker warnte also seine Regierung vor Frankfurt. Denn obgleich der preußische Prinz Adalbert Vorsitzender der technischen Marinekommission war (er wurde auch einmal zum Reichsmarineminister ausersehen) und mit Wärme den Standpunkt vertrat, die Flotte müßte etwas Gesamtdeutsches werden, tat die gegenrevolutionäre preußische Regierung Brandenburg-Manteuffel alles, um die Frankfurter Marinepläne zu verderben, und baute eigene Kriegsschiffe.

Die erste Rate für die ausgeschriebene Umlage von sechs Millionen Taler war vor dem preußischen Staatsstreich geleistet worden; weitere Zahlungen erfolgten von Preußen dann nicht mehr; die zweite Rate wurde durch Anrechnung von eigenen Schiffbauten ausgeglichen, auf Grund gütlicher Vereinbarung mit dem Reichsministerium. Damit folgte Preußen dem von Österreich zuerst eingeschlagenen Wege. Österreich stellte sich nämlich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß es zum Aufbau einer Nord- und Ostseeflotte überhaupt keine Beiträge aufzubringen habe, da es ja eine Mittelmeerflotte besitze: die österreichische Marine habe sich stets bemüht, den deutschen Handel zu schützen, die österreichische Regierung erfülle so vollauf ihre Bundespflicht[90]). Diese Auffassung war immerhin, wenn auch nicht rein rechtlich, so doch politisch und wirtschaftlich haltbar, besser haltbar jedenfalls als die preußische. Preußen war selbst eine Nord- und Ostseemacht; es besaß eine nennenswerte Marine bis dahin überhaupt nicht, was lediglich seine eigene Schuld war. Wenn es sich jetzt plötzlich auf eine eigene Flotte verlegte, so tat es dem deutschen Flottengedanken dadurch empfindlichen Schaden.

Vollständig entrichteten ihre Marinebeiträge die Küstenstaaten (Hannover, Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Hamburg, Bremen, Lübeck) und eine Gruppe der reichspatriotischen Kleinstaaten (Nassau, Anhalt-Dessau, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Frankfurt); außer Österreich und dem aus allgemeinen politischen Gründen abseitsstehenden Luxemburg-Limburg zahlten die lediglich kontinental interessierten Kleinstaaten Sachsen und Kurhessen überhaupt nicht; alle übrigen Staaten zahlten wenigstens teilweise[91]). Von den zwölf Kriegsschiffen, über die die deutsche Zentralgewalt am 30. April 1849 verfügte, war kein einziges für Kampfhandlungen sofort einsetzbar; entweder waren sie überhaupt untauglich oder in Reparatur oder im Bau. Wenn die Schleswig-Holsteiner nicht selbst einige bewaffnete Dampfboote und Kanonenboote besessen und für ihre Küstenverteidigung gesorgt hätten, wäre gegen Dänemark überhaupt nichts auszurichten gewesen. Erst nach dem Zusammenbruche des Frankfurter Parlaments nahm die deutsche Marine einen ernsthaften Aufschwung. Die Flotte wurde jetzt immer mehr ein zugleich reichspatriotisches und partikularistisches Unternehmen, das wegen dieses doppelten Charakters von den Großmächten, besonders von Preußen, mit ebensoviel Mißgunst wie Mißtrauen angesehen wurde. Das Schicksal der ersten deutschen Flotte fiel dementsprechend aus.

Wieviel prachtvolle deutsche Jugend warf doch damals ihre Lebenshoffnung auf diese deutsche Flotte! Aus Bedrückung und Engigkeit sollte sie uns herausführen in die Größe der weiten Welt. Hören wir nur eine Stimme von vielen. Am 6. Dezember 1848 schrieb der Gärtnerlehrling Heinrich Laube aus Sagan in Schlesien an den Prinzen Adalbert: „Vor nicht gar langer Zeit vernahm ich aus öffentlichen Blättern den Aufruf an das gesamte deutsche Vaterland zur Unterstützung und Teilnahme am Bau einer deutschen Flotte; wieviel trostreiche Aussichten auf eine glückliche nahrungssorgenfreie und auszeichnende Zukunft in diesem Aufrufe liegen, das kann nur derjenige begreifen, dem gleich mir und Tausenden meiner deutschen Brüder vom unerbittlichen Schicksal das Los zuerteilt war: unbekannt, verachtet und in der dürftigsten Armut und der beständigen Knechtschaft der Reichen und Wohlhabenden sein ganzes Leben hinzuschmachten[92]) . . .“

Die deutsche Flotte ist eine Frage der Geldbeschaffung, aber mehr noch eine Frage der Menschen- und Materialbeschaffung gewesen. Auch wenn man noch schneller Geldsummen hätte flüssig machen können, wäre der Aufbau einer Flotte nicht wesentlich zu beschleunigen gewesen. Man kann also das Schicksal der deutschen Flotte nicht nur auf den Mangel der Bereitschaft der Einzelstaaten zurückführen, ihre Matrikularumlagen zu zahlen[93]).

Dasselbe gilt von den finanziellen Bedingungen, unter denen die Zentralgewalt und ihre Schöpfungen überhaupt lebten. Das Budget der Nationalversammlung und der Zentralgewalt vom 1. September bis 31. Dezember 1848 ist noch gerade vor Jahresschluß am 23. Dezember 1848 vorgelegt, beraten und von der Mehrheit genehmigt worden[94]). Der ganze Aufbau des Frankfurter Reiches in behördenorganisatorischer und finanzieller Beziehung läßt sich daraus ablesen. Ein Reichsminister bekam 1000 Gulden, ein Ministerialrat 250 Gulden monatlich; die höchsten Bezüge hatte der Präsident der Nationalversammlung mit 2000 Gulden im

Monat. Der Reichsverweser bezog keine Entschädigung; seine Wohnung, das Mühlenssche Haus, kostete freilich im Monat nebst Heizung und Unterhalt 1466 fl. und 40 Kr. Der Beamtenapparat war nach Lage der Dinge nicht überbesetzt zu nennen; alles war wohl sachlich auf die Dauer zugeschnitten, hielt sich rechtlich aber im Grundsatze an den provisorischen Charakter der gesamten Schöpfung der Zentralgewalt. Keine Anstellung war endgültig; keine gab dem Angestellten ein Recht auf Fortbezug seiner Besoldung oder ein Recht auf Ruhegehalt. Die Bezüge waren schon deshalb höher angesetzt, als es in den Einzelstaaten damals üblich war. Dies bedeutete einen Anreiz, in den Dienst des werdenden Reiches einzutreten, trotz der zunächst nicht vorhandenen Sicherheit der Existenz. Die Diätensätze besonders auch für das Büropersonal waren so hoch, daß der Finanzausschuß Verringerung verlangte. Wie jede neue politische Schöpfung wünschte die Zentralgewalt eine gewisse Behaglichkeit ihrer Wirtschaftsbedingungen an den Tag zu legen. Damit stand aber in einem beinahe peinlichen Widerspruche die Art, wie die Geldmittel nun beschafft werden mußten. Nach außen sah sich das alles sehr solide und zuverlässig an: die Reichsversammlung beschloß am 22. Dezember ein „Finanzgesetz", das vom Reichsverweser in aller Form verkündet wurde. Darin war die durch den Etat benötigte Summe von 10518622 fl., 32 Kr. als Kredit bewilligt; zur Deckung des Kredits wurden außer den Barbeständen und den vorhandenen verzinslich angelegten Reichsgeldern Matrikularumlagen bestimmt; die erste wurde am 30. September, die zweite am 10. Oktober, die dritte am 27. November und eine vierte am 22. Dezember ausgeschrieben[95]). Dies Verfahren erregte bei den Einzelstaaten Verstimmung und Widerspruch. Der braunschweigische Bevollmächtigte Liebe konnte sich zum Beispiel beim Reichsinnenminister bitter beschweren, daß ein ruhiges und vernünftiges Land wie Braunschweig an den Unkosten mittragen sollte, die durch die anarchischen Zustände in andern Ländern, wie etwa Sachsen-Altenburg, hervorgerufen wurden[96]). Gerade die revolutionären Bewegungen machten ja der Zentralgewalt hohe Kosten; so mußte das Reichsministerium nach der Niederwerfung des Struveschen Septemberaufstandes der badischen Regierung 150 000 fl. Vorschuß anbieten zur Unterstützung solcher Gemeinden, die die Verpflegung der Truppen nicht bestreiten könnten; aber nur im Falle der äußersten Not sollte davon Gebrauch gemacht werden[97]). Die Zentralgewalt wollte also samt dem Parlamente nicht allein selbst leben; sie sollte auch noch eine offene Hand zeigen. Und sie hatte nun die größten Schwierigkeiten, die Matrikularumlagen wirklich hereinzubekommen. Preußen begann sofort im Namen auch der übrigen Zollvereinsländer Verhandlungen mit der Zentralgewalt; der Erfolg war die Abrede, daß die von dieser Ländergruppe fälligen Matrikularbeiträge in Berlin zur Verfügung gehalten und erst im Januar 1849 bezogen werden sollten[98]). Aber dann ergaben sich natürlich neue Schwierigkeiten; Österreichs mißliche Finanzlage machte es ihm unmöglich, größere Summen für die Zentralgewalt flüssig zu machen, auch wenn es besseren Willen gehabt hätte. Und die Kleineren wollten nicht bluten, wenn sich die Großen schonten[99]). Von der durch das Finanzgesetz vom 22. Dezember festgelegten Bedarfssumme von über 10 Millionen Gulden waren nur 3685711 fl. verfügbar. Für die Aufstellung von Reichstruppen war zum Beispiel das Einnahme-Soll

auf 1750000 Gulden angesetzt; im Rückstand blieben 1710651 fl. 21 Kr.! Auch bei anderen Budgetposten waren die notwendigen Überschreitungen erheblich. Sie betrugen etwa bei der Reichsversammlung und Zentralgewalt am 1. Januar 110770 fl. 56 Kr., am 1. Juli 327910 fl. 36 Kr. Man half sich, indem man versuchte, möglichst hinter den Budgetsätzen zurückzubleiben; tatsächlich gelangen nicht unwesentliche Ersparnisse im Jahre 1849, das nun im Gegensatz zu der Reichlichkeit der ersten Monate im Zeichen der Verknappung stand. Ein Rundschreiben des Reichsfinanzministers vom 10. Februar 1849 an die rückständig gebliebenen Regierungen hatte keinen erheblichen Erfolg. Verhandlungen über eine auf matrikularmäßiger Haftung der Einzelstaaten aufgebaute Anleihe blieben ergebnislos. Wahrscheinlich hätten die Einzelstaaten die ganze Reichsgewalt schon frühzeitig einfach ausgehungert, wenn nicht glücklicherweise eine ansehnliche Reserve zur Verfügung gestanden hätte, der Baufonds und Approvisionierungsfonds für die Reichsfestungen. Aus den Bundestagszeiten übernahmen die neuen Machthaber diese bei Rothschild wohlaufbewahrten und verwalteten Gelder; auf Grund von Bundestagsbeschlüssen wurden weitere Summen dafür angefordert und, da die Einzelstaaten darauf nun seit langem eingestellt waren, auch zum großen Teil vereinnahmt[100]). Das Reichsfinanzministerium half sich deshalb so, daß es diese Festungsgelder einfach nicht für ihren eigentlichen Zweck ausgab. Von fast 2½ Millionen Gulden Einnahme wurden eben nur 1234815 fl. und 38 Kr. in die Festungen gesteckt; dem Rest konnte man „Vorschüsse“ für die anderen Budgetposten entnehmen. Im ganzen wurde der Festungsbau- und Approvisionierungsfonds bei Rothschild für den Reichsverweser und die Zentralgewalt mit 332604 fl. 35 Kr., für Reichsgesandte und Reichskommissare mit 102604 fl. 35 Kr., für Reichstruppen mit 501568 fl. 10 Kr., für die Marine mit 1326083 fl. 33 Kr. belastet; davon waren am 1. Juli 1849 beinahe 1½ Millionen Gulden ungedeckt. Der Finanzstand der Zentralgewalt wurde also im Laufe des Jahres 1849 immer mißlicher; der ganze neue Apparat fraß und fraß Mittel, die gar nicht vorhanden waren, der Aufwand für Reichstruppen und Marine aus dem Festungsfonds war als Rüstungssache schließlich noch zu verantworten; alles übrige stand in der Luft; die Ausstände deckten das Defizit allerdings siebenfach — der Partikularismus der Einzelregierungen hatte sich aber nun so gekräftigt, daß die Nichterfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Reich der Paulskirche geradezu als Patriotismus galt. Man muß sich diese traurigen Verhältnisse der Praxis klarmachen, um die Energie zu verstehen, mit der die Mehrzahl des Parlaments, gegenüber der deutlichen Meinung der Einzelstaaten, doch den Aufbau einer unabhängigen und starken Reichsfinanzverwaltung in der Reichsverfassung festlegte. Aus dem Ertrage der Zölle, der Produktions- und Verbrauchssteuern sollte „ein bestimmter Teil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweggenommen“ werden; der Rest sollte dann zur Verteilung an die Einzelstaaten gelangen (§ 35); soweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichten, sollte dann die Reichsgewalt außerdem das Recht haben, Matrikularbeiträge aufzunehmen (§ 50); die „sonstigen Einkünfte“ bestanden aus Seeschiffahrtsabgaben, Erträgnissen der Reichsanstalten, wie Post und Telegraphie, und Patentgebühren. Darüber hinaus bekam die Reichsgewalt aber noch die Befugnis, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzuerlegen,

Anleihen zu machen und Schuldverpflichtungen einzugehen (§ 51). Der Verfassungsausschuß hatte dem Reiche sogar, nach dem Muster der Vereinigten Staaten, die volle Verfügung über die gesamten Zolleinnahmen geben wollen. Aber auch der angenommene Text der Reichsverfassung machte das Reich finanziell wesentlich stärker, als es später das Bismarcksche Reich gewesen ist[101]).

*

Das Eigentümliche der Frankfurter Ereignisse bestand darin, daß ein deutsches Reich zu gleicher Zeit verfassungsrechtlich begründet und politisch in Funktion gesetzt wurde. Die Männer der Zentralgewalt hofften durch Zähigkeit aller Enttäuschungen und Schwierigkeiten doch schließlich Herr werden zu können. Wir kennen die diplomatischen Bemühungen, die von Frankfurt ausgingen (vgl. oben S. 109f.). Trotz empfindlicher Rückschläge wurden sie im Winter fortgesetzt. Als in Brüssel die Konferenz über die italienischen Angelegenheiten begann, forderte das Reichsministerium mehrmals, aber erfolglos, die preußische Regierung zur Äußerung darüber auf, ob sie die Geltendmachung der ihr aus der Schlußakte des Wiener Kongresses zustehenden Rechte der Reichsgewalt übertragen wolle. Man hoffte, Preußen leichter zu solchen Zugeständnissen zu bringen, wenn man etwa gleichzeitig beschloß, dem preußischen Gesandten in Stockholm die Geschäftsführung für das Reich zu übertragen[102]). Camphausen hatte schon im Oktober vorgeschlagen, die Zentralgewalt solle preußische Diplomaten auch ihrerseits mit selbständigen Instruktionen akkreditieren[103]). Allgemein läßt sich wohl sagen, daß sich die Frankfurter Zentralgewalt immer wieder im großen und kleinen um eine Zusammenarbeit besonders mit Preußen bemüht hat und sich auch durch wiederholte kalte Abweisung nicht hat abschrecken lassen. Die Reichsminister Peucker und Duckwitz haben mit den preußischen Behörden geradezu einen Kampf um Kriegsräte, Oberbauräte, Rechnungsräte geführt, die für die neuen Aufgaben in Frankfurt notwendig gebraucht wurden. Meist haben die preußischen Behörden erst nach Monaten und sehr unlustig ihre Beamten ohne Gehalt beurlaubt und so den provisorischen Eintritt in den Reichsdienst ermöglicht. Wegen der Neubesetzung des Reichsministeriums des Auswärtigen klopfte Frankfurt im Oktober 1848 wiederholt in Berlin an; man nannte dann vertraulich den kaum geeigneten Rudolf v. Auerswald, der schon wegen Malmö in Frankfurt nicht gut möglich war. Weitere Äußerungen über in Betracht kommende Personen lehnte Camphausen aber gekränkt ab. Max v. Gagern bot dann vergebens zwei Ministerialratsstellen für preußische Diplomaten an[104]). Trotz der wortreichen Versicherungen etwa des Grafen Dönhoff, der persönlich die besten Absichten gehabt haben mag, beharrte die preußische Politik gegenüber Frankfurt in einer schmollenden Haltung.

Preußen hatte seiner Zeit die Ausgestaltung der Institution der Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt zu einem Kollegium vorgeschlagen: das wäre eine Vorstufe für das erwünschte Staatenhaus gewesen; in Frankfurt witterte man aber eine Wiederbelebung des Bundestages und fand das unmöglich. Preußen wollte sich nun sein Wohlwollen nicht durch Besetzung eines weiteren Ministerpostens abkaufen lassen, sondern zog vor, ungebundener zu bleiben[105]).

Die Frankfurter Ansprüche auf die Diplomatie des neuen Reiches trafen bei Preußen eine besonders empfindliche Seite. Nichts enthüllt die innersten preußischen Empfindungen besser als die Sätze des Erlasses vom 6. Oktober an Camphausen: „Die Verhältnisse der europäischen Mächte untereinander bilden ein großes, durch bestehende Traktate geregeltes, vielfach verschlungenes System. Dies System ist durch die letzten Ereignisse an einzelnen Punkten erschüttert worden . . . aber die großen und wesentlichen Beziehungen der Mächte untereinander sind nicht verändert worden . . . die alten Traktate sind nicht gelöst . . . die alten Verpflichtungen und Berechtigungen nicht aufgehoben . . . Es erhebt sich im Innern Deutschlands eine neue Macht, die sich dem Auslande gegenüber an die Stelle der beiden deutschen Großmächte setzen will — dazu ist nicht nur die Zustimmung dieser Mächte, sondern auch die Anerkennung der anderen erforderlich." Mit schlecht verhehlter Befriedigung kommt dann die Feststellung, daß diese Mächte eine beobachtende, abwartende und mißtrauische Haltung eingenommen hätten: Österreich und Preußen, das ist der Schluß, können gar nicht das bisherige Verhältnis zu den fremden Mächten einseitig aufheben; Deutschland darf sich doch nicht kompromittieren; von Preußen kann keine Selbstvernichtung gefordert werden. Wenn also die Zentralgewalt für die Gesandten des Reichsverwesers eine Erklärung der Einzelstaaten verlangte, daß die Handlungen dieser Gesandten „vollen Glauben und verpflichtende Kraft" auch für die Einzelstaaten haben sollten, so wollte und konnte Preußen diesen Schritt nicht mitmachen, der allein den offiziösen Charakter der Reichsgesandten in einen offiziellen verwandelt hätte[106]).

Die Zentralgewalt hielt sich seitdem mit eigenen diplomatischen Versuchen ganz zurück; sie bemühte sich aber weiter um Reichskonsulate. Eine Ermutigung dafür kam sogar von Österreich; der letzte Auftrag, den Menßhengen vor seiner Ablösung durch Schmerling erhielt, bestand darin, vertraulich ein Anerbieten der österreichischen Regierung auszusprechen „zum Behufe einer Verschmelzung der Konsulate des deutschen Reichskörpers mit jenen des österreichischen Kaiserstaates"; Schmerling schnitt dann freilich weitere Erörterungen darüber ab[107]). Auf die Errichtung eines Reichskonsulats für Spanien wurde von Frankfurt aus verzichtet; der als Reichsgeneralkonsul für die Moldau und Walachei in Aussicht genommene Freiherr v. Richthofen ging als preußischer Generalkonsul nach Spanien; Preußen verhinderte die Sendung nach den Donaufürstentümern mit Rücksicht auf die Türkei[108]). Reichskonsulate wurden aber für die Vereinigten Staaten vorbereitet.

Das Werk des Frankfurter Parlaments, das nun reifen sollte, war zugleich Verwaltung und Verfassungsschöpfung: eine Summe von Handlungen, die sich in der deutschen und in der europäischen Politik ebensosehr durchsetzen mußten wie gegenüber der fortschreitenden sozialrevolutionären Bewegung. Zentralgewalt und Nationalversammlung bauten eine neue Legitimität auf, natürlich auf dem Boden der Märzrevolution, aber doch erfüllt von dem Bestreben, durch die alten Gewalten in ihrer Arbeit anerkannt zu werden. Die Frankfurter Paulskirchenrevolution mußte sehen, daß sie Gnade vor der Gegenrevolution fand — so weit war es nun gekommen. Der Geist der Märzrevolution war aber noch nicht tot. Von der Linken des Parlaments hatte sich mancherlei abgesplittert, das

Bündnis mit dem großdeutschen Gedanken gab ihr aber neue Wirkungsmöglichkeiten. Und außerhalb der Paulskirche ballte sich die Opposition gegen das anwachsende parlamentarische Kompromißlertum wuchtig zusammen. Die Revolution, so sahen es die führenden Köpfe an, ist versackt; sie muß wiedererweckt und zu einem wirklichen Siege geführt werden; die Revolution muß nicht beraten und verhandeln, sondern kämpfen, vernichten und das große Neue aufbauen. Die Idee der zweiten Märzrevolution entstand. Bakunin, der in dem polizeisicheren Köthen im Spätherbst 1848 mit Männern wie d'Ester und Hexamer lange zusammenhockte, schreibt in seiner Beichte an Kaiser Nikolaus I.: „Die deutschen Demokraten bereiteten für den Frühling 1849 einen allgemeinen Aufstand in ganz Deutschland vor[109])". Noch einmal sollte es eine große Volksbewegung geben. Die Reaktion in Österreich und in Preußen beobachtete diese Entwicklung mit großer Ruhe. Jeder neue extreme revolutionäre Ausbruch mußte auch den Frankfurter Reichsaufbau kompromittieren; mit den dortigen revolutionären Evolutionären wurde man desto leichter fertig. Für die Zentralgewalt und das Frankfurter Parlament bedeutete aber eben deshalb die Idee der zweiten Märzrevolution schwere Verlegenheit. Alles mußte sie daransetzen, um den Ausbruch zu verhindern, um ihr Werk in Frieden zu Ende zu führen. Und nun sollte es sich gerade so fügen, daß die zweite Märzrevolution das Frankfurter Werk, die Reichsverfassung, zu ihrer wahrhaft volkstümlichen Parole machte! Wiederum zeigten sich in Baden besonders fühlbare Symptome der Vorbereitung eines neuen Ausbruches. Schon Ende Oktober war dort die Rede von einem dritten Aufstand. Großes Aufsehen erregten die Beschuldigungen eines gewissen Thibaut aus Ettlingen, der alte Itzstein habe die Eisenbahnzerstörungen beim Struveputsch angeordnet. Itzstein, der sonst so vorsichtige und erfahrene Verschwörer, legte dieser Sache doch soviel Wert bei, daß er alles daransetzte, um den rabiat gewordenen Flüchtling zu beschwichtigen[110]). Aus dem Badischen strömten zum beginnenden Winter viele Handwerksgesellen in das preußische Rheinland — nach den bisherigen Erfahrungen ein Beweis dafür, daß auch hier ein Hauptschlag versucht werden sollte. An der Schweizer Grenze blieben die Verhältnisse nach wie vor sehr unerquicklich. Infolge des scharfen diplomatischen Briefwechsels zwischen der Zentralgewalt in Frankfurt und der Schweiz (vgl. oben S. 180) war das alte freundnachbarliche Verhältnis schwer wiederherzustellen. Die Schweiz wollte eben politische Flüchtlinge nicht schikanieren; und so kam es, daß sie zum anderen Tor wieder hereinkamen, wenn sie aus dem ersten hinausgeführt wurden. Der schweizerische Zentralkommissar Steigert traf einmal Germain Metternich in einem Baseler Bierhaus und veranlaßte persönlich seine Entfernung; von einer weiteren Verfolgung sah er aber ab, und die eigentlichen Schlupfwinkel der deutschen Revolutionäre blieben ungestört. So konnte sich die Stimmung im Lörracher Gebiet nicht beruhigen; der „Schutzverein" hatte nur vierzig Mitglieder — alles war beherrscht von der Angst vor den „Roten". Schon sei ein Teil des Militärs für die Sache des Volkes gewonnen, hieß es[111]).

Am 29. Oktober wandte sich das Reichsministerium des Auswärtigen an die Bevollmächtigten von Bayern, Württemberg und Baden mit einem Schreiben, in dem die Notwendigkeit betont wurde, die Schweiz zur Ausübung ihrer

Pflichten gegenüber den das Asylrecht beanspruchenden Aufrührern zu vermögen. Für den Fall der Weigerung der Schweiz sollten Repressalien in der folgenden Reihenfolge in Aussicht genommen werden: Entziehung aller Zollvergünstigungen, Strafzölle bzw. Einfuhrverbote, Erschwerung des Personenverkehrs, Grenzsperre, auch Postsperre, militärische Besetzung Schweizer Gebietsteile. Auch an Österreich wurde dieses Schreiben mitgeteilt, zugleich mit der Bitte um Unterstützung. Preußen würde aufgefordert, die von der Schweiz erbetenen Zollbegünstigungen abzuschlagen. Der Gesandte Raveaux wurde aber unterm 28. Oktober, also unmittelbar vorher, dahin instruiert, daß die Zentralgewalt zur Not sich zufriedengeben könnte, wenn gegen einige ganz offenbar schuldige Beamte eingeschritten würde, wenn die Kantonalregierungen ihre Verfügungen wirklich durchführten und wenn wenigstens als Zukunftsbürgschaft die Absicht der Dislokation versprochen würde; eine gewaltsame Republikanisierung Deutschlands, so sollte der Gesandte betonen, widerspräche doch den Interessen der Schweiz selbst[112]). Die Note freilich, die der Gesandte der Schweizer Bundesbehörde übergeben sollte, schlug wieder sehr scharfe Töne an[113]). Diese an sich schon peinlich zugespitzte Lage wurde nun noch dadurch erschwert, daß der deutsche Reichsgesandte Franz Raveaux am 24. Oktober seinen Posten verließ und sich auch nicht entschließen konnte, trotz eines ihm in Frankfurt abgenommenen Versprechens, die Geschäftsführung wiederaufzunehmen. Raveaux hat offenbar die Politik der Zentralgewalt nicht mitmachen wollen, sachlich teilte er zwar ihre Auffassung, aber der angeschlagene Ton ist ihm wohl zu scharf gewesen. Richteten sich doch die verlangten Maßregeln gegen Personen, die ihm politisch näherstanden als die Sieger der Frankfurter Septemberrevolution. Da Raveaux kein Entlassungsgesuch einreichte, wurde er durch Beschluß des Reichsministeriums von seinem Posten abberufen[114]).

Die Verhandlungen wurden durch den Gesandtschaftsrat bei der Reichsgesandtschaft in der Schweiz v. Neuwall weitergeführt, der interimistisch die Geschäfte bis zum April innehatte, aber schon am 12. März seine Entlassung mit der Begründung einreichte, daß er sich täglich mehr mit der vom Reichsministerium befolgten Politik im Widerspruch befände. Die Zentralgewalt hatte also gerade hier, wo die diplomatische formale Anerkennung keine Schwierigkeiten machte, in sachlicher Beziehung keine glückliche Hand. In Berlin fand dies Frankfurter Vorgehen sehr wenig Beifall; man fand, daß schon wegen der Schweizer Neutralität die ausgesprochenen Drohungen unausführbar waren[115]). Es zeigte sich auch, daß sich die Schweiz durch den scharfen Ton der Frankfurter durchaus nicht einschüchtern ließ. Der Bundespräsident Funck äußerte sich für seine Person versöhnlich, wies aber auch darauf hin, daß von Frankreich gleichfalls Bewaffnete in Deutschland eingefallen seien und daß gegenüber Frankreich die Zentralgewalt nicht in derselben Weise vorginge wie gegenüber der Schweiz. In der schriftlichen Beantwortung der deutschen Note war gesagt, der Austausch bitterer Worte führe nicht weiter; der Vorort habe den unzweideutigen Willen, nach seiner Kompetenz einzuschreiten; wenn man an die Schweiz unbillige Zumutungen richte, so könne sie dadurch zu Maßregeln gezwungen werden, „die mit den Grundsätzen der Humanität in Widerspruch" stünden, die Verantwortung dafür habe Deutschland zu tragen. Damit war die Ausweisung sämtlicher

Deutscher aus der Schweiz gemeint — eine Maßregel, die bei der damaligen schlechten Wirtschaftslage als Katastrophe gewirkt hätte, denn rund 30000 Deutsche fanden ihr Brot in der Schweiz[116])!

Der Amtsantritt der neuen Schweizer Bundesbehörden Anfang November hatte eine gewisse Entspannung zur Folge. An sämtliche eidgenössischen Stände erging am 30. November ein Schreiben, das die dringende Überwachung in den Grenzkantonen, das unverweilte Einschreiten gegen Widerspenstige, das Verbot von Bewaffnung und Zusammenrottung zur Pflicht machte; fortlaufende Berichte sollten erstattet, die Namen der Flüchtlinge dem Vorort eingesandt werden. Ein besonderer Kommissar sollte sich mit dem Freiherrn v. Marschall in Freiburg in Verbindung setzen; alle Teilnehmer an den beiden Putschen in Baden sollten nun wirklich aus den Grenzkantonen verschwinden. Die Grenzbehörden wurden angewiesen, nicht nur Putschisten, sondern alle Verdächtigen zu internieren. Die Flüchtlinge Neff, Löwenfels und Thielmann wurden ausgewiesen wegen ihrer Broschüre „Der zweite republikanische Aufstand in Baden", Basel 1848, die man als Bekenntnis zur roten Republik ansah[117]). Württembergische und badische Truppen hatten inzwischen die Schweizer Grenze militärisch besetzt, die Stimmung gegen Deutschland wurde so lebhaft, daß sogar im Theater die Zentralgewalt gröblich verspottet wurde[118]). Das sachliche Entgegenkommen der Schweiz veranlaßte das Gesamtreichsministerium, seine Beschlüsse über Repressalien zunächst auf vierzehn Tage aufzuhalten.

Viele Flüchtlinge wandten sich infolge der strengen Maßregeln der Schweiz nach dem Elsaß — hier empfing sie aber eine Verfügung der französischen Behörden, durch die allen Flüchtlingen auferlegt wurde, binnen zwei Tagen nach Besançon zu gehen — sonst geschähe der Abtransport mittels Gendarmerie. Das war ein energischer Anlauf, eine längst verkündete und den beschwerdeführenden badischen Behörden immer wieder versprochene Maßregel in die Tat umzusetzen. Bis dahin hatten sich die französischen Behörden um Flüchtlinge, die Subsistenzmittel hatten, überhaupt nicht gekümmert. Manche kamen regelmäßig bei Nacht über den Rhein und empfingen von ihren Angehörigen, was sie brauchten. Der Rechtsanwalt Stehlin von Ettenheim wohnte sogar beim Maire von Rheinau und übte von da seine Advokatenpraxis aus[119]).

Im ganzen läßt sich sagen, daß trotz der Bemühungen der französischen und Schweizer Behörden die sozialrevolutionäre Bewegung weiterging. Im Januar 1849 mußte der Schweizer Bundesrat sein Zirkular vom 30. November den nördlichen Grenzkantonen in Erinnerung bringen und nochmals die Teilnehmer an den badischen Putschen mit dem Verlust des Asylrechtes bedrohen, falls sie sich sechs Stunden von der deutschen Grenze betreffen ließen[120]). Am Asylrecht festzuhalten, galt der Schweiz auf alle Fälle als das Wichtigste. Sie kündigte am 26. Januar der badischen Regierung den Vertrag vom 30. August 1808, der die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern betraf, darunter auch von Personen, die wegen Hochverrats und Aufruhrs verfolgt wurden; diese Bestimmung, so begründet der Schweizer Bundesrat, steht im Widerspruch mit dem Asylrecht, dem „Attribut jedes souveränen Staates". Baden erklärte erst nach geraumer Zeit, am 10. Juli 1849, die Kündigung annehmen zu wollen[121]). Über die Vorbereitungen zu einer zweiten Märzrevolution wurde die Frankfurter Zentralgewalt

sehr genau durch die Kundschaftsnotizen unterrichtet, die dem Reichskriegsministerium zugingen. Es handelte sich dabei einmal um Waffentransporte; wenn etwa zwei Wagen voll Gewehre aus der Schweiz in das Sigmaringische eingeschmuggelt wurden, so saß in Engen ein Vertrauensmann, der diesen Vorgang nach Frankfurt meldete. In Bieschingen gab es einen Büchsenmacher, der systematisch Waffen in der Umgegend aufkaufte, instand setzte und an einen Kleiderhändler nach Baden verschob. In Kolmar waren die den Freischärlern auf französischem Boden abgenommenen Waffen unter der Aufsicht des Leiters des Ingenieurkorps aufbewahrt. Als die Flüchtlinge sie zurückverlangten, ersuchte das badische Ministerium des Äußern die französische Regierung dringend, nicht darauf einzugehen[122]). Nur manchmal gelang es den badischen Behörden, die Hand auf Waffentransporte zu legen; so wurden am 19. November in Meersburg am Bodensee 1600 Kartätschkugeln und zweihundert Handgranaten beschlagnahmt und nach Karlsruhe abgeliefert[123]). Die Zusammenkünfte der Freischärler fanden, wie schon früher, auf dem Birsfelde, dann auch im Käferholze bei Haltingen statt. Als Führer traten Willich hervor, der im November schon wieder 700 Mann gesammelt hatte, dann Doll, Mögling und Germain Metternich. Sie wechselten zwischen der Schweiz und Frankreich wiederholt hin und her. Mitte November waren die Proklamationen zum dritten Einfall nach Baden schon versandt, das Datum in den gedruckten Anschlägen brauchte nur ausgefüllt zu werden. Der Tod Robert Blums und die Berliner Krise steigerten die Hoffnungen der Revolutionäre aufs äußerste. Starke Ausbrüche von Haß und Rachebedürfnis kamen vor. Von Konstanz bis Straßburg knüpfte sich fest die Kette. Die Korrespondenz ging nicht durch die Post, sondern durch die Marktleute und Lebensmittelhändler. Der Plan war, das nächste Mal in den badischen Grenzorten Waffen aufzuhäufen und unbewaffnet über die Grenze zu gehen, um die Schweizer Behörden nicht in Verlegenheit zu bringen. In Straßburg befanden sich am 22. November 1848 nur noch kaum 40 Flüchtlinge, in Besançon aber 100, in Lyon 150; es war auch die Rede davon, sich auf französischem Boden zu sammeln und in das Rheinland einzufallen. Die Leute wohnten in Kasernen, durften auf den Straßen nicht mit Waffen erscheinen, übten sich aber auf den Stuben; im Freien turnten sie und machten Marschübungen. Viele arbeiteten in der Umgebung, sie wurden als beurlaubt angesehen und mußten sich bereithalten; ein Teil des Arbeitsertrages floß der Zentralkasse zu. Jeden Mittag um 12 Uhr fand Appell statt. Willich, der Führer, lebte auch in der Kaserne in Besançon, bezog denselben Sold wie die Mannschaften, zehn Sous den Tag, war allgemein beliebt und erhielt Einladungen von den Bürgern. Alle Unterstützungsgelder der französischen Regierung gingen durch seine Hand. Seltsame Nachrichten flossen in Frankfurt zusammen über die Vorbereitungen zur zweiten Märzrevolution, und manches mag reine Sensation oder gar absichtliche Irreführung gewesen sein, wie jene aus Commercey, den 30. Dezember 1848 datierte Zuschrift eines ungenannten Mitgliedes einer Geheimgesellschaft an Schmerling, in der er den Plan einer Verschwörung zur Veranstaltung einer Bartholomäusnacht unter Fürsten, Adel, Ministern und allen Monarchisten mitteilte. Wertvoller als echtes Zeitdokument ist ein Brief, den der Literat Georg Fein geschrieben hat und der merkwürdigerweise in Christiania beschlagnahmt und durch den Statthalter von

Norwegen v. Löwenskiold dem großherzoglich hessischen Ministerium in Darmstadt zugestellt wurde. Fein war von der Schweiz nach Österreich ausgeliefert worden und spielte im demokratischen Klub in Berlin eine führende Rolle. Der Brief ist datiert: „Berlin, den 22. November 1848" und lautet in seinen wichtigsten Stellen: „Der Stand der besitzlosen Arbeiter . . . fängt an, auch seine Stimme zu erheben. Auch der so verachtete Proletarier sehnt sich nach Religionsfreiheit, gleicher Verteilung der politischen wie sozialen Rechte . . . Am ärgsten ist es in Hessen und Baden. Darum haben wir beschlossen, mit diesen beiden Ländern anzufangen. Ich gehe selbst nach Karlsruhe, und Sibbenstein geht nach Darmstadt, und am Weihnachtstage soll es mit den beiden Herren Ludwig und Leopold ein Ende haben, sollen wir unsere Köpfe auch dabei verlieren. Sibbenstein hat mir sein Ehrenwort gegeben, daß er wird dafür sorgen, daß unserer Prinzessin Elisabeth und ihrer Familie nichts Übeles geschehe. Du weißt, daß wir ihr zu viel schuldig sind. Ich hoffe auch, daß wir die beiden Herren W — (Windischgrätz und Wrangel) — die beiden deutschen Albas, expedieren werden. Bassermann soll die Maßregeln des Königs billigen und sie zweckmäßig finden. Ja, man wird es später finden, und der Bassermann selbst wird es vielleicht finden, wenn er den Verrätern Lichnowsky und Auerswald folgen wird . . . Jetzt soll es erst richtig losgehen mit dem ganzen Gesindel der Könige und Königsminiaturen . . . Ich bekümmere mich ganz wenig für meine Person, aber fall' ich, so falle ich als des Vaterlandes Retter, und mein Name wird als der eines Märtyrers geheiligt werden. Du wirst das Nähere von Heinrich erfahren. Von Hamburg wirst Du nach Karlsruhe gehen. Du wirst bei Ruge meinen Aufenthaltsort erfahren — gewöhnlich ‚Zum Zähringer' . . . Lebe wohl, Du bist mein Bruder, und Du wirst meinen Tod nicht ruhig ansehen. Ewig Dein Georg[124])."

Der Gedanke des Tyrannenmordes, der in dem schlechten Deutsch dieses Briefes so romantisch-naiv zutage tritt, wurde auch sonst in den Kreisen der deutschen Sozialrevolutionäre mit aller Offenheit gepredigt. Johann Philipp Becker gab in Biel wieder ein Wochenblatt „Die Evolution" heraus — er kündigte „bei wichtigen Ereignissen" auch noch einen „Vorläufer" an; darin war ein Leitartikel von Karl Heinzen: „Der Mord" abgedruckt. „Der Mord", so hieß es hier, „ist das Hauptmittel der geschichtlichen Entwicklung; Meuchelmord auf großem Fuße organisiert heißt Krieg; die Barbarenpartei Europas läßt uns keine andere Wahl mehr, als den Mord zum eifrigsten Studium zu machen und die Mordkunst auf die Spitze zu treiben. Der Weg der Humanität wird über den Kulminationspunkt der Barbarei gehn."

Eine handfestere Kriegserklärung an die bestehende Gesellschaft konnte es nicht geben. Die Gegenrevolution hatte Blut vergossen; die zweite Märzrevolution wollte noch mehr vergießen. Im Februar erschienen Karl Vogt und Julius Fröbel in der Schweiz. Fröbel agitierte stark unter den Handwerksgesellen; auf den ersten Wink sollten sie zum Übertritt nach Deutschland bereit sein. In Freiburg in der Schweiz und in Bern sowie in kleineren Orten hielt er Handwerkerversammlungen ab und trat für die Idee einer allgemeinen Handwerkerassoziation ein. Besonders interessierte sich Fröbel diesmal für die Schlosser, die sich in Berlin und Frankfurt als handfeste Revolutionsgarde bewährt hatten[125]). Und schon gab die Gesellschaft deutscher Republikaner in Biel ihre Schuldscheine für ein freiwilliges

Anlehen zugunsten der deutschen Republik heraus. Die Scheine zeigten auf schwarz-rot-goldenem Schilde als Devise die Worte: „Freiheit, Bildung, Wohlstand“, sie waren vom 1. Januar 1849 datiert und trugen für die Gesellschaft deutscher Republikaner die Namensunterschriften des Bevollmächtigten Johann Philipp Becker und des Obergeschäftsführers Neudorf. Ein Wassersiegel von ziemlichem Umfange war beigedruckt; auf der Rückseite befand sich, von farbiger Randverzierung umgeben, der Plan der Anleihe. Das Gesamtreichsministerium beschwerte sich am 27. Februar beim Bundesrat in Bern über diese Angelegenheit[126]). Von allen Seiten flossen die Nachrichten über die bevorstehende neue Schilderhebung in Frankfurt zusammen. Das badische Ministerium übersandte etwa Abschriften der Aufrufe, die der sogenannte provisorische Landesausschuß in Mannheim unter Brentanos Vorsitz erließ; da war das Großherzogtum in acht Kreise eingeteilt, überall sollten Bezirksvereine gegründet werden — als Grundlage einer „Organisation des Volkes“ zur Durchsetzung der Volksherrschaft; hier sei also, klagte die badische Behörde, tatsächlich eine Organisation Gesamtdeutschlands zur siegreichen Verfechtung der Revolution vorbereitet[127]). Schon im November war zwischen der Freien Stadt Frankfurt, Kurhessen, Großherzogtum Hessen, Nassau und Hessen-Homburg eine Übereinkunft abgeschlossen, wonach „zum Schutze der Nationalversammlung und der provisorischen Zentralgewalt“ den uniformierten Sicherheitsbeamten der fünf Nachbarländer in jedem andern die Befugnis eingeräumt wurde, in dringenden Fällen zu verhaften und andere amtliche Obliegenheiten auszuführen — ein krampfhafter Versuch der Kleinstaaterei, sich der Revolution zu erwehren, die sich wenig um die Landesgrenzen kümmerte[128]). Als im Januar und Februar Nachrichten über bevorstehende Ruhestörungen im Nassauischen kamen — bewaffnete Vereine hatten regelmäßige Zusammenkünfte zu Waffenübungen, ein „Lahnwehrbund“ bildete sich von der Lahn entlang bis Wetzlar —, beschloß das Gesamtreichsministerium, die verfügbaren Teile der Festungsbesatzungen von Coblenz und Mainz in Bereitschaft zu setzen; das Reichskriegsministerium setzte sich mit den mobilen Korps bei Frankfurt und in Thüringen sowie mit dem Kommando des VII. und VIII. Bundesarmeekorps in Verbindung und richtete an alle Regierungsbevollmächtigten eine geheimzuhaltende Mitteilung des Inhalts, es seien neue Schilderhebungen der republikanischen Partei auf Grund weitverzweigter Pläne zu erwarten; nach allen Anzeichen werde an mehreren Punkten Deutschlands losgeschlagen werden; man habe mit Angriffen auf die Verkehrsmittel, besonders die Eisenbahnen, zu rechnen; deshalb wurde angeordnet: das Weiterbestehen des Aufgebotes des einprozentigen Infanteriekontingentes, die Einziehung der Beurlaubten, der Bahnschutz durch mobile kleine Militärkolonnen; da bei einer Schilderhebung Konzentration der vorhandenen Streitmacht nötig sei, behielt sich das Reichskriegsministerium die Bezeichnung von Sammelplätzen vor[129]).

*

Die zweite Märzrevolution in Deutschland bereitete sich vor; sie bedrohte die Zentralgewalt, sie bedrohte das gesamte Werk des Frankfurter Parlaments. Die deutsche Revolution war ein Stück der europäischen; nur eine europäische

Politik konnte auch Deutschland beruhigen. Die Frankfurter Zentralgewalt hatte immer wieder beansprucht, eine europäische Macht zu sein — es fiel ihr schwer, auch nur eine deutsche zu bleiben. Im Süden und Westen drohte neue Revolution; im Norden drohte neuer Krieg.

Der Waffenstillstand von Malmö war schon um seines materiellen Inhalts willen verhängnisvoll genug; seine innerpolitischen Folgen hatten die Septemberkatastrophe herbeigeführt. Das Schicksal der Herzogtümer Schleswig und Holstein ließ das Frankfurter Parlament und die Zentralgewalt auch weiterhin nicht los. Um Preußens willen hatte man in Frankfurt schwere Demütigung auf sich genommen; durch die Sache der Herzogtümer, so glaubte man, war ja Preußen an Deutschland gebunden. Nicht umsonst wirkten die Männer aus Schleswig-Holstein, die Droysen, Beseler, Dahlmann, so maßgebend auf die Frankfurter Ereignisse ein. Preußen, Deutschland, das neue, kräftig geformte Deutschland der Zukunft, und die Herzogtümer gehörten sinnvoll zueinander.

Der Waffenstillstand von Malmö brachte keine Beruhigung, sondern eröffnete neue Wirren. In einigen Punkten mußte Dänemark nachgeben. Aber auf längere Sicht verbesserte sich seine Lage nur, während sich auf der deutschen Seite Schwäche, Uneinigkeit und Ungeschick immer mehr bemerkbar machten. Dänemark legte den Vertrag auf seine Weise aus; es scheute sich nicht, die Schleswig-Holsteiner zum Ungehorsam gegen die neue Regierung aufzufordern — denn es stellte sich auf den Standpunkt, die Einwohner der Herzogtümer seien dem Terrorismus der deutschen Partei verfallen, von der ein Unrecht nach dem anderen ausginge. Eine wenig glückliche Rolle mußte der Waffenstillstandskommissar der Zentralgewalt, der Abgeordnete Stedmann, übernehmen. Er verhandelte in Berlin über die Ausführung des Waffenstillstandes und traf bei Preußen auf Übelwollen und Ausflüchte, bei dem dänischen Kammerherrn v. Reedtz auf hartnäckige Geschicklichkeit. Damals dachte die Zentralgewalt bereits daran, durch den für Dänemark als Reichsgesandten in Aussicht genommenen Syndikus Banks direkt in Kopenhagen zu verhandeln, was dann auch geschah[130]). Auch Stockmar erschien in Berlin, mit Aufträgen des Reichsverwesers in der schleswig-holsteinischen Sache; Preußen zeigte sich schon durch die Zahl und Verschiedenartigkeit der Frankfurter Unterhändler befremdet, benutzte aber dann die günstige Gelegenheit und ernannte Stedmann auch zum preußischen Kommissar für Ausführung des Waffenstillstandes an Stelle des Generalkonsuls v. Wildenbruch: so war dieser leidigste Teil der leidigen Angelegenheit auf die Zentralgewalt abgewälzt[131]). Stedmann erschien in den Herzogtümern und erreichte die Vertagung der Landesversammlung, den Rücktritt der provisorischen Regierung und, entsprechend der Anordnung der Zentralgewalt, die Einsetzung der neuen gemeinsamen Regierung. Es bestand nun die Einheit der Herzogtümer als eine, wenn auch nur vorläufig, jedoch selbst von Dänemark anerkannte Tatsache — je länger diese Tatsache dauerte, desto mächtiger wirkte sie als Faktor für die Zukunft. Wenn also jetzt Schweden den Vorschlag machte, eine „Deklaration“ abzugeben, durch die es gemeinsam mit England, Frankreich und Rußland die Garantie erneuern wollte, Dänemark in unlöslicher Vereinigung mit Schleswig zu erhalten, so war das ein diplomatischer Akt, der sich im offenbaren Interesse Dänemarks gegen den Kernpunkt des Waffenstillstandes von Malmö richtete. Die Verhand-

lungen über diesen Vorschlag zogen sich längere Zeit hin; Dänemark selbst griff ein und wollte, da sich England ablehnend verhielt, wenigstens Frankreich, Rußland und Schweden zu einer Erklärung im Sinne der Garantie von 1720 vermögen. Auch Frankreich zeigte wenig Lust, erklärte aber, am Vertrag von 1720 auch seinerseits festhalten zu wollen[132]). So blieb denn als Hauptmacht Rußland übrig; die russische Politik arbeitete mit großer Folgerichtigkeit daran, Dänemark den Rücken zu stärken, Preußen aber immer mehr in die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu verwickeln, auf diese Weise sein Ansehen in Deutschland und Europa zu schwächen und aus alledem den Hauptnutzen für die eigene Ostseestellung zu ziehen.

Die Frankfurter Zentralgewalt konnte es noch nicht verwinden, daß Preußen die direkten Verhandlungen mit Dänemark in Malmö geführt hatte, ohne der Zentralgewalt auch nur dabei zu gedenken; im Gesamtreichsministerium wurde darüber nachträglich ausdrücklich Beschwerde geführt, und Camphausen schaffte die Sache durch die mehr höfliche als geschichtlich erschöpfende Erklärung aus der Welt, die Übereinkunft sei vorbehaltlich der Genehmigung des Reichsverwesers abgeschlossen worden[133]). Preußen beherrschte, trotz der Zugeständnisse an die Stellung des Frankfurter Reichskommissars, die tatsächlichen Vorgänge in Schleswig-Holstein vollkommen. Sein Einfluß überwog bei der gemeinsamen Regierung, das ganze Heerwesen der Herzogtümer war in seiner Hand. Die Großmächte witterten bereits die Einverleibung in Preußen und waren in dem Gedanken einig, daß das verhindert werden müsse. So isolierte sich Preußen gerade durch die schleswig-holsteinische Politik in Europa, gewann dafür wohl einige Sympathien in Deutschland, erweckte aber bereits das Mißtrauen der Schleswiger und Holsteiner selbst. Diese wünschten durchaus nicht, preußisch zu werden, und fühlten sich in ihrer Freiheits- und Heimatliebe von der neuen reaktionären Regierung in Preußen empfindlich bedroht. Gerade die borussische Partei der Kreuzzeitung wollte aber am liebsten gar nichts mit den Herzogtümern zu tun haben. Sie sah in ihrer deutschfreiheitlichen Bewegung eine Rebellion gegen den legitimen Landesherrn und beklagte es tief, daß die Machtmittel des preußischen Staates für eine solche Sache in Anspruch genommen und dadurch das Verhältnis zu den europäischen Mächten gefährdet wurde. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel wäre also gern aus der Sache herausgekommen und hätte eine Wiederaufnahme des Krieges am liebsten vermieden. Jedenfalls war es der Meinung, daß die Schleswig-Holsteiner den Krieg, wenn er wieder ausbräche, in erster Linie selbst führen müßten. Preußen führte also in den Herzogtümern die allgemeine Wehrpflicht ein, stellte General v. Bonin an die Spitze des schleswig-holsteinischen Heerwesens und ließ eine größere Anzahl preußischer Offiziere in die neue Truppe übertreten. Überall wurde exerziert und rekrutiert, die ganze Jugend griff zum Gewehr. Bei den Großmächten aber steigerte sich der Wunsch, die Herzogtümer wieder mit dem harmloseren kleinen Dänemark vereinigt zu sehen.

Die Zentralgewalt in Frankfurt mußte bei diesen Vorgängen einfach zuschauen. Ihr Kommissar Stedmann machte den schweren Fehler, sich von Reedtz nach Kopenhagen einladen zu lassen und mit ihm gemeinsam eine Erklärung an die gemeinsame Regierung der Herzogtümer zu richten, in dem diese ermahnt wurde,

während des Waffenstillstandes keinerlei Präjudiz für den Frieden festzulegen, also weder die Verordnungen der provisorischen Regierung noch das Staatsgrundgesetz aufrechtzuerhalten. Die gemeinsame Regierung glaubte vollkommen korrekt gehandelt zu haben, da sie bei ihren Erlassen den Vorbehalt der Bestätigung durch den Frieden gemacht hatte[134]). Stedmann erklärte nun, als reine Verwaltungsmaßregel könnten die Anordnungen der gemeinsamen Regierung Geltung behalten. Diese wenig folgerichtige, nachgiebige, ja beinahe zweideutige Haltung erweckte großen Unmut gegen den Reichskommissar und damit gegen die Zentralgewalt. Schon forderten Eingaben aus den Herzogtümern Stedmanns Abberufung. Den Vorteil von solcher Verwicklung hatte Dänemark. Bereits am 15. Dezember erfolgte eine Erklärung von Kopenhagen: Die gemeinsame Regierung habe die gemachten Voraussetzungen nicht erfüllt, sie habe trotz der Bemühungen der beiderseitigen Kommissare die wesentlichsten Waffenstillstandsbestimmungen gebrochen; noch wolle sich der dänische König auf den Weg der Unterhandlungen beschränken, eine Anerkennung der „Rechtmäßigkeit der Gewaltmacht“ sei aber darin nicht zu erblicken. Preußen hatte nun die Wahl, ob es sich auf seiten Dänemarks oder der gemeinsamen Regierung stellen wollte; in keinem Falle fuhr es gut, und das wußte Dänemark ganz genau. Auch dem Reichsministerium des Äußern erklärte der dänische Gesandte in Frankfurt, wenn keine Änderung eintrete, werde die gemeinsame Regierung als eine „aufrührerische“ betrachtet werden, und Dänemark werde zur militärischen Besetzung schreiten; Schmerling parierte mit der Forderung, Dänemark solle die Zivilverwaltung von Alsen und Arrö der gemeinsamen Regierung übergeben; der Waffenstillstand solle, soweit er ausführbar sei, als ausgeführt anerkannt werden[135]).

Das Beste wäre in solcher Lage der Friedensschluß gewesen. Die Zentralgewalt bemühte sich redlich darum. Sie ernannte als Vertreter des Syndikus Banks, der nach London ging, den Grafen Friedrich August Ludwig v. Bismarck zum Gesandtschaftsrat und Geschäftsträger beim dänischen Hofe; sie verhandelte mit Bunsen und Stockmar über die Geschäftsführung in London. Bunsen sollte auch Vollmacht der Zentralgewalt bekommen, Stockmar erklärte sich bereit, während dieser Verhandlungen in London Aufenthalt zu nehmen und seine volle Tätigkeit im Interesse der deutschen Zentralgewalt einzusetzen[136]). Bunsen machte bei dieser Gelegenheit eingehende Vorschläge über die Einrichtung einer Reichsbotschaft in London, deren Leitung er zugleich mit der preußischen Vertretung übernehmen wollte. Andrian kam für eine solche Stellung nicht in Betracht, da er nach Bunsens Ansicht trotz seiner gesellschaftlichen Gewandtheit zu viel persönliche und amtliche Ansprüche gemacht und eine zu große Abneigung gegen alles Preußische gezeigt hatte. Bunsen sah die große Schwierigkeit der Verhandlungen über die Herzogtümer sehr wohl: die Dänen konzentrierten ihre ganze Diplomatie in London, Rußland und Frankreich unterstützten ihre Ansprüche durch zwei der angesehensten Diplomaten Europas, die Londoner Gesandten Freiherr v. Brunnow und Graf de Beaumont. Aber Bunsen hoffte, jetzt gerade die Anerkennung der Zentralgewalt durch England und damit die lange erstrebte Annäherung zwischen England und Preußen zu erreichen, zu denen sich als Bindeglied die Zentralgewalt gesellen sollte; deshalb hielt er es für nötig, daß in London ein Vertrauensmann Deutschlands arbeitete, eine Persönlichkeit, die schon durch

ihren Rang als außerordentlicher Botschafter älteren Gesandten wie denen von Bayern und Hannover voraufgehen und durch eine glänzende Repräsentation die Dänen auch gesellschaftlich ausstechen könnte. Ein sehr höflicher Briefwechsel zwischen Palmerston und Gagern stellte von deutscher Seite fest, daß Andrians außerordentliche diplomatische Sendung auf seinen eigenen Wunsch beendet werde, von englischer, daß seine Sprache und sein Auftreten höchst „acceptable" gewesen seien. Bei den jetzt dringend werdenden geschäftlichen Verhandlungen war dieser gute Österreicher freilich nicht mehr verwendbar[137]). Eine Zulage von 5000 Pfund im Jahr erklärte Bunsen für sich als Reichsgesandten nötig. Als Botschaftsrat dachte er sich Banks, dazu noch eine jüngere Hilfskraft und als Fachmann für schleswig-holsteinische Fragen Samwer[138]). Nicht aus pekuniären Gründen brauchte die Zentralgewalt solche Vorschläge abzulehnen, sie mußte aber auf Preußens Empfindlichkeit Rücksicht nehmen; sie erteilte Bunsen lediglich eine Vollmacht im Namen des Reiches und ebenso auch Banks, der so Bunsen zu dessen Ärger formal als Geschäftsträger gleichgestellt wurde. Bunsen fand die Vollmacht bedenklich und unzureichend; seine vorgesetzte Behörde in Berlin erklärte sich aber damit einverstanden. Leider fand aber auch das Foreign Office die Vollmacht formal nicht korrekt; es mußte eine Änderung vorgenommen werden[139]). Das war kein gutes Vorzeichen für die beginnenden Verhandlungen.

Vom englischen Gesichtswinkel aus gesehen, war die Frage der Herzogtümer ein Teilproblem des englisch-russischen Weltgegensatzes, in dem die europäische Revolutionsspannung zwischen Demokratie und Autokratie einigermaßen, wenn auch nicht vollständig, aufging. Die Sätze, die Lord Palmerston ein paar Monate später an Bunsen schrieb, beleuchten dieses Sachverhältnis mit greller Paradoxie: „Dasselbe Prinzip, das Preußens Handeln in Schleswig bestimmt, würde, nach meiner Ansicht, diese Macht zur Teilnahme an den Aufständen in Dresden und Leipzig, zur Unterstützung Kossuths gegen den Kaiser von Österreich geführt haben; statt dessen läßt Preußen die Russen durch sein Staatsgebiet marschieren, um die Ungarn niederzuschlagen[140])." Es gab englische Staatsmänner damals, die hofften, Preußen durch die Zentralgewalt und Schleswig-Holstein in das freiheitliche Lager hinüberziehen zu können, auch nach dem Novemberstaatsstreich. Lord Russel und Lord Clarendon betrieben solche Pläne wärmer als Palmerston, dem der Gedanke eines großen deutschen Zollsystems als Folge einer Einigung Deutschlands unter Preußens Führung ärgerlich war[141]). Lord Cowleys, des englischen Vertreters in Frankfurt, Ansicht ging dahin, daß die Gefahr bestünde, Deutschlands Monarchien könnten zum Vorteile Frankreichs und Rußlands in republikanischen Wühlereien untergehen; schon deshalb wünschte er eine Kräftigung und nationale Anerkennung der Zentralgewalt als einer Garantie für maßvolle Entwicklung. Dazu gehörte freilich auch der Erfolg in der Frage der Herzogtümer. Energisch arbeitete gegen diese Auffassungsweise die Torypresse. „Times" und „Morning Chronicle" behandelten die deutschen Wirren mit skeptischer Voreingenommenheit; ein Verständnis für die patriotische Seite der Angelegenheit Schleswig-Holsteins war hier nicht zu erwarten. Captain White, der Korrespondent der „Morning Chronicle" in Kopenhagen, galt als Vertrauter der russischen Gesandtschaft. Bunsen sagt ihm „gehässige und treulose Einflüsterungen" nach. So wurde von dieser Seite ausgesprengt, Preußen wolle

Schleswig in den Zollverein aufnehmen — eine geschickt auf Palmerstons Denkart berechnete Erfindung, der sofort eine Ausdehnung des Zollvereins über Deutschlands Grenzen als eine europäische Frage der ernstesten Art bezeichnete. Leider waren die deutschen Interessen in Kopenhagen unzureichend vertreten; Preußen hatte keinen Gesandten mehr dort; der Geschäftsträger der Zentralgewalt Graf Bismarck konnte sich keine einflußreiche Stellung am Hofe und in der Gesellschaft machen, obgleich er der Schwiegersohn des englischen Gesandten Sir Henry Wynns war, dessen gefärbte Berichte die Hauptquelle für die Londoner Auffassungen waren. Österreich gab in Kopenhagen die Erklärung ab, daß es sich ganz und gar für die gerechte Sache des Königs gegen seine rebellischen Untertanen einsetze und nur deshalb die von Rußland und Frankreich angekündigten Maßregeln nicht mitmache, weil es hoffe, durch Vorstellungen in Frankreich und Berlin der guten Sache desto besser förderlich sein zu können[142]).

Zwischen England und der Frankfurter Zentralgewalt ist es nun tatsächlich zu einer Einigung über die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage gekommen, die ziemlich vernünftig, wenn auch für den deutschen Standpunkt nicht voll befriedigend war. Als ihr geistiger Vater dürfte Lord Cowley anzusehen sein. Danach sollte Schleswig eine besondere Verfassung erhalten, verschieden von der holsteinschen, verschieden von der dänischen, und seine Unabhängigkeit unter einem eigenen Statthalter als Vertreter des Königs-Herzogs sowie seine Neutralität gegenüber Deutschland und Dänemark sollte garantiert werden; dieses Projekt wurde zwischen dem Gesamtreichsministerium in Frankfurt, Bunsen, der nach Frankfurt kam, und Lord Cowley eingehend beraten — es stellt die Ablehnung der früheren Vorschläge (Teilung Schleswigs, Vereinigung der Herzogtümer ohne Aufnahme Schleswigs in das Deutsche Reich) und die Festlegung eines Minimums für die deutsche Auffassung dar[143]). Von den Schleswig-Holsteinern selbst wurde der deutsch-englische Vorschlag scharf abgelehnt — mit Unrecht, denn er schien nach der damaligen Lage einigermaßen erreichbar, trug freilich deutliche Spuren diplomatischer Klügelei in sich. Dänemark glaubte aber, ein Eingehen darauf nicht nötig zu haben. Trotz englischer Warnungen zeigte es sich unversöhnlich und kündigte, auf russische Ratschläge hin, am 26. Februar den Waffenstillstand von Malmö. Vergebens hatte sich Heinrich v. Gagern bemüht, dem russischen Geschäftsträger Baron von Budberg klarzumachen, in wie zahlreichen Punkten sich Dänemark über die Waffenstillstandsbedingungen hinweggesetzt hatte[144]); vergebens wurden die dänischen Schikanen gegenüber schleswigschen Schiffen in Kopenhagen selbst zur Sprache gebracht; vergebens wurde auch durch Stedmann beruhigend auf die gemeinsame Regierung eingewirkt[145]). Der neue Bruch war da.

Bunsen hatte wohl ganz recht, wenn er meinte: Dänemark wollte auf alle Fälle den Status quo ante umwerfen; Holstein wäre es gern losgeworden, denn dadurch hätte es sich vom „Germanismus" und vom Demokratismus befreit; Schleswig aber wollte es behalten und einverleiben. Diese Trennung erschien aber gerade in den Herzogtümern selbst am wenigsten erträglich[146]). Immer mehr waren so die Herzogtümer ganz auf sich selbst gestellt; die Großmächte halfen dem verhaßten Dänemark, Preußen hatte schon lange keine Freude mehr an der ganzen Angelegenheit, die Frankfurter Zentralgewalt machte sich mit der Geschäftigkeit

ihres guten Willens nur unbeliebt. Immerhin hatte auch sie mit einem schlechten Ausgange schon frühzeitig gerechnet; bereits am 24. Januar erhielt das Reichskriegsministerium auf seinen Antrag die Aufgabe, einen Entwurf auf die Zusammensetzung und Aufstellung mobiler Streitkräfte von 70 000 bis 80 000 Mann auszuarbeiten, die eventuell nötig wären gegen Dänemark[147]). Im Gegensatz zu seiner Berliner Regierung zeigte der General v. Bonin eine unverkennbare Neigung, durch aggressive Schritte gegen Dänemark den Bruch zu beschleunigen. Er fand dabei zwar nicht die Billigung der Zentralgewalt, die sich auf seine Anträge nicht einließ, wohl aber die Anerkennung der Schleswig-Holsteiner Patrioten. Hier überwog schon lange angesichts der langwierigen diplomatischen Verhandlungen ein Gedanke alle Klugheitserwägung: nur ein neuer Aufstand, ein neuer Krieg kann Deutschland, vor allem Preußen, dazu zwingen, die Rechte der Herzogtümer mit ganzer Kraft zu verfechten. Genau wie die republikanischen Sozialrevolutionäre wünschten diese guten Deutschen einen zweiten März 1848. Wie hatte doch selbst Bunsen sich gegen solche Erwägungen gewandt: Preußen wolle und könne keine Diplomatie führen, die vorher auf der Straße beschlossen und vom Volke diktiert werde; wenn das den Schleswig-Holsteinern nicht paßte, dann möchten sie sich ihre Diplomaten woanders suchen[148]). Große Volksbewegungen können nicht wiederholt werden; was im März 1848 versäumt worden war, konnte man nicht nachholen; wer spontan handelt, denkt nur an die Zukunft und formt sie aus der gegebenen Lage heraus. Nichts beweist mehr, daß sich die revolutionäre Erhebung eigentlich schon totgelaufen hatte als diese immer wiederkehrende Hoffnung auf einen neuen Märzsturm.

Als Gagern dem preußischen Bevollmächtigten Camphausen erklärte, die Eröffnung des Streites mit Dänemark sei von Preußen ausgegangen, Preußen habe deshalb die Verlegenheiten mitzutragen, erhielt er die kühle Antwort: Preußen wünsche in Rücksicht auf die Erfahrungen des Vorjahres nunmehr den anderen den Vortritt zu überlassen, keiner könne ihm das verdenken; hätte Preußen im März 1848 nicht die Initiative ergriffen, dann wäre ja Schleswig von sich aus gegen die Dänen aufgestanden[149]). Man war also glücklich so weit, das gemeinsame Handeln in der Zukunft durch wechselseitige Vorwürfe über die Vergangenheit zu belasten. Bei den Verhandlungen über einen neuen Waffenstillstand wollte Preußen unter dem russischen Druck auf die Wiederherstellung des Status quo ante vom 24. März 1848 eingehen; die Besetzung Rendsburgs durch dänische Truppen und die Übernahme der Aufgabe, die Schleswig-Holsteiner unter solchen Voraussetzungen zum Frieden zu zwingen, konnte Preußen aber nicht zugestehen. In den Herzogtümern wurde inzwischen trotz Stedmanns Widerspruch die Landesversammlung einberufen. Es gab nichts anderes als die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Die Zentralgewalt mußte handeln. Ihre Streitkräfte marschierten; leider weigerten sich Lübeck und Hamburg, die Kosten für die vorübergehende Anlage von Küstenverteidigungswerken an der Ost- und Nordsee zu übernehmen; ähnliche Schwierigkeiten machte Hannover, so daß auch für die Befestigungen bei Bremerhaven Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden mußten[150]). In gemeinsamer Sitzung mit W. H. Beseler und Francke wurde vom Gesamtreichsministerium für den Kriegsfall eine Statthalterschaft für die Herzogtümer eingesetzt, bestehend aus Graf Reventlow-Preetz und W. H. Beseler; sie

sollten noch einen Dritten ihrerseits wählen (was dann nicht geschah) und die Regierung der Herzogtümer im Namen der deutschen Reichsgewalt, unter Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, bis zum Frieden führen, nach den Bestimmungen des in tatsächlicher Wirksamkeit bestehenden Staatsgrundgesetzes für die Herzogtümer. Die Statthalterschaft, auf die man große Hoffnungen setzte, hat dann leider nur eine recht schwache Stellung gehabt. Ferner wurde der Frankfurter Schöff Souchay, Bevollmächtigter der Freien Stadt Frankfurt bei der Zentralgewalt, als außerordentlicher Kommissar der Zentralgewalt nach Schleswig entsandt; er erhielt die Aufgabe, nach Besprechung mit Stedmann und der gemeinsamen Regierung, im Einverständnis mit der Landesversammlung, die Statthalterschaft in aller Form einzusetzen[151]).

Preußen stellte jetzt wenigstens als Oberbefehlshaber für die Reichsarmee den Generalleutnant v. Prittwitz zur Verfügung, da Wrangel nach amtlicher Erklärung in Berlin nicht entbehrt werden konnte. Prittwitz mußte genau wie vorher Prinz Carl von Bayern und Wrangel den verfassungsmäßigen Eid dem Reichsverweser leisten durch Unterzeichnung eines Reverses; dann erhielt er seine Ernennung als Kommandierender General der Reichstruppen und bekam vom Reichskriegsminister v. Peucker die Instruktion, den Angriff auf keinem Punkte herauszufordern, gegenüber dänischem Angriff aber zur Offensive vorzugehen[152]). Heinrich v. Gagern wandte sich zur Rechtfertigung seiner Maßregeln sowohl an seinen Hauptberater Lord Cowley direkt wie in einer Erklärung an die Gesamtheit der auswärtigen Mächte: Erst nachdem England als Vermittlungsmacht versichert habe, außer Stande zu sein, den Wiederbeginn der Feindseligkeiten während der Friedensverhandlungen zu verhindern, habe die Zentralgewalt zur Abwehr des drohenden Angriffs die erforderliche Truppenmacht in Bewegung gesetzt; der Waffenstillstand sei von Dänemark aufgekündigt worden, obgleich eine grundsätzliche Einigung für den Frieden erzielt worden sei; Dänemark wolle aber keinen ehrenvollen Frieden, sondern mache jetzt den dritten Überrumpelungsversuch seit 1846[153]). Aus diesem Grunde sah die provisorische Zentralgewalt auch die von England empfohlene Friedensgrundlage jetzt als hinfällig an. Der Gedanke, Schleswig eine eigene politische Existenz zu geben, schrieb Gagern an Bunsen, ist „innerlich unrichtig und unzweckmäßig"; Deutschland, meinte er, solle jetzt einer Erklärung über Friedensgrundlagen ausweichen und dänische Eröffnungen abwarten; England dürfe nicht aus der Rolle des Vermittlers in die gegnerische Koalition gedrängt werden. Und an Lord Cowley schrieb Gagern: „Wir können erstens nicht den Dänen zuliebe ungroßmütig gegen die Herzogtümer handeln, zweitens aber steht uns in der Unterhandlung der schwächere Gegner nicht vereinzelt gegenüber, und die Opfer, die wir bringen, werden nicht allein von Dänemark begehrt. Wollten wir auch dieses Verhältnis vergessen, Dänemark hört nicht auf, uns durch Wort und Tat daran zu erinnern." Dem Lord sprach Gagern dann noch eine Anerkennung aus, auf die dieser stolz sein konnte; sie beleuchtet das Verhältnis der beiden vortrefflich; „denn ich habe Sie einer anderen Politik als einer klaren und offenen nie das Wort reden hören[154])".

Was hatte das deutsche Vaterlandsgefühl um Schleswig-Holsteins willen leiden müssen! Nun kam eine Zeit der Genugtuung, ja des Triumphes. Sie dauerte leider nicht lange; trotzdem hat sie viel bedeutet. Vor Eckernförde erscheint die dänische

Flotte mit ihren besten Schiffen; das Linienschiff „Christian VIII.“ hat 84, die Fregatte „Gefion“ 56 Kanonen; die zwei Strandbatterien der Schleswig-Holsteiner im Hafen zählen nur ganze 12 Geschütze. Und trotzdem siegen die Deutschen; sie schießen die stolzen Kriegsschiffe zuschanden, „Christian VIII.“ fliegt in die Luft, der dänische Flottenkommandant begibt sich an Land als Gefangener, die Fregatte „Gefion“ wird im Namen des Reiches in Besitz genommen; das ist die Tat der Schleswig-Holsteiner, unterstützt von den Reichstruppen unter dem Herzog Ernst von Coburg-Gotha — die Tat einer Volkstruppe; Vaterlandsgefühl, Flottenbegeisterung, Reichsgedanke, Freiheitskampf — dies alles, von der Gegenrevolution schon fast zermürbt, richtet sich noch einmal auf und stählt sich an Eckernförde. Hannoveraner, Sachsen und Bayern stürmen dann die Düppeler Schanzen, die Bückeburger Schützen feuern nach Alsen hinüber, Kolding wird genommen — die schleswig-holsteinische Armee rückt an die jütische Grenze, indessen die Preußen und die andern deutschen Truppen weit im Schleswigschen zurückbleiben; die Schleswig-Holsteiner siegen bei Kolding und erscheinen vor Fredericia, die Belagerung der Festung beginnt.

Der Angriff auf Jütland war die Tat der Frankfurter Zentralgewalt. In dem Rundschreiben des Reichsministeriums des Auswärtigen an die auswärtigen Repräsentanten beim Reichsverweser erklärte Heinrich v. Gagern: Dänemark hat übertriebene und selbst beleidigende Bedingungen für Verlängerung des Waffenstillstandes gestellt; die dänische Blockade hat großen Schaden getan; der Angriff auf Jütland ist nötig, eine unrichtige Deutung ist nicht zu besorgen; nicht einen Augenblick soll diese Maßregel länger dauern, als die Erreichung des Zweckes gebieterisch erfordern wird[155]).

Der Krieg der Zentralgewalt gegen Dänemark fügte einen deutschen Sieg an den andern; die Preußen hielten sich hinten, es ging auch ohne sie. Und der junge Kaiser Franz Joseph sagte in Olmütz zu dem dänischen Gesandten, der ihm den Elefantenorden überbrachte — er möge seiner dänischen Majestät versichern, Österreich würde niemals an einem so ungerechten Unternehmen teilnehmen, die österreichischen Truppen würden sich niemals und nirgends schlagen, um gemeinsame Sache mit den Rebellen gegen den legitimen Souverän zu machen[156]). Der Bruch Preußens mit dem Ministerium Gagern sollte auch die schleswig-holsteinische Sache verderben; das Preußen Friedrich Wilhelms IV. wagte es nicht, Rußland und Frankreich zum Trotz, in Jütland die Lebens- und Tatgemeinschaft mit Deutschland einzugehen. Das war nun das Schicksal der Zentralgewalt; sie konnte Großes ohne Preußen beginnen und eine Zeitlang fördern — eine Vollendung ihres Werkes gab es nur mit Preußen und durch Preußen.

*

Preußen aber fühlte sich nach seinem Staatsstreich vor allem wieder als europäische Großmacht und war durch die schleswig-holsteinischen Revolutionäre ebenso in Verlegenheit gesetzt wie durch den ganzen reichsdeutschen Patriotismus in Frankfurt. Wenn auch der Staatsschatz erschöpft und die freiwillige Anleihe zu zwei Dritteln verbraucht war, so stand doch Preußen, sehr im Gegensatz zum österreichischen Kaiserstaate, im Kern unerschüttert da. Die Ausfälle in den öffentlichen Einnahmen infolge der politischen und wirtschaftlichen Erschütterung

waren verhältnismäßig unbedeutend. Das historische Preußen hatte sich mit seiner robusten Zähigkeit gegenüber einem demokratischen Preußen der Zukunft behauptet und bewies auch weiterhin, daß ein gut verwalteter Staat selbst an einer sehr schlechten Regierung lange nicht zugrunde zu gehen braucht. Die alten Gestalten der preußischen Vormärzpolitik krochen wieder aus ihren Löchern hervor; so arbeitete der ehemalige Außenminister General v. Canitz eifrig an dem Wiederaufleben der vertraulichen Verbindung der drei Höfe Berlin, Wien und St. Petersburg; der König empfing ihn mehrmals zu Unterredungen[157]). Am 1. Januar erhielt Wrangel das Großkreuz des Roten-Adler-Ordens mit Brillanten. Das Ordensfest wurde am 18. Januar in der alten Weise gefeiert, als Demonstration gegen die demokratische Ordensfeindschaft. Graf Brandenburg bat aber ausdrücklich, nicht mit dem Schwarzen-Adler-Orden geschmückt zu werden; so wurde auch kein anderer Minister dekoriert[158]). Die Januarwahlen gingen um den Novemberstaatsstreich; auch die Demokraten beteiligten sich, da das Wahlgesetz vom 6. April ja unangetastet geblieben war. Die Regierung Brandenburg-Manteuffel verlangte von allen ihren Beamten ein streng gouvernementales Betragen; sogar Militärpersonen, die seit sechs Monaten einem nicht verlegten Truppenteil angehörten, durften wählen; die Landwehr wurde nach Möglichkeit in ihre Heimat entlassen, um ihr Wahlrecht auszuüben. Eine Reihe von Verordnungen sollte Stimmung für die Wahlen machen — so über die Teilbarkeit der Bauerngüter in Westfalen, über die Aufhebung der noch bestehenden Grundlasten in Schlesien, über die neue Organisation der Justizbehörden; die Privatgerichtsbarkeit und der eximierte Gerichtsstand wurden aufgehoben, das mündliche und öffentliche Verfahren in Untersuchungssachen mit Wirkung vom 1. April für die ganze Monarchie eingeführt, ausgenommen in dem Bezirk des Appellationsgerichtshofes Köln. Sogar die katholische Geistlichkeit, der Erzbischof von Köln und der Fürstbischof von Breslau an der Spitze, mahnte, in „gutem" Sinne zu wählen. So gab sich die preußische Regierung große Mühe, weniger reaktionär zu erscheinen, als sie war. Immerhin wurde der Belagerungszustand in Berlin nicht aufgehoben, die Prozesse gegen mehrere Abgeordnete wegen des Steuerverweigerungsbeschlusses machten viel böses Blut; und die Verwandlung der neun Berliner Wahlbezirke in vier verriet zu deutlich die Absicht, die Wahlmänner der verschiedenen Richtungen zu mischen und so den Konservativen das Übergewicht zu verschaffen. Gerade das Gegenteil geschah in Wirklichkeit — die Demokraten siegten. Alle neun Kandidaten der Demokraten kamen durch: Jacoby, Waldeck, Rodbertus, H. Simon, Berends, Temme usw. Jacoby wurde auch noch in einem anderen Wahlkreis gewählt — das wirkte als besondere Kränkung des Königs. In der Provinz standen drei Fünftel Konservativen zwei Fünftel Demokraten gegenüber; das Gesamtergebnis war für die Regierung lange nicht so gut, wie sie gehofft hatte, doch verfügte sie über eine kleine Mehrheit — 184 Konservative, dagegen 160 Oppositionelle. Die Idee der grundsätzlichen Ablehnung der oktroyierten Verfassung hatte nur wenig Anhänger gefunden; andererseits waren auch viele Regierungstreue für Abänderung einzelner Bestimmungen. So ergaben die Wahlen durchaus kein klares Bild[159]).

Die scharfe demokratische Opposition hatte zeitweise Köthen zu ihrem Sammelplatz gewählt, den Sitz des „Comité directeur", des Zentralausschusses

der republikanischen Partei. Unruh und Uhlich, d'Ester und Jacoby konnten hier mit anderen Gesinnungsgenossen ungestört beraten[160]). Zwar kamen alle Notabilitäten der Linken der preußischen Nationalversammlung wieder; die Hauptmasse aber auch der Opposition neigte mehr zur mittleren Linie. Viele hervorragende Mitglieder des Frankfurter Parlaments waren nun auch in die preußische Zweite Kammer gewählt — so Vincke, Graf Schwerin, Heinrich Simon, Ludwig Simon, Wesendonck — sie erschienen jetzt in Berlin, weil sich ja fühlbar der Schwerpunkt der Ereignisse dorthin verlegte. Aber auch Koryphäen des Vereinigten Landtages tauchten wieder auf: Kleist-Retzow, Graf Arnim-Boitzenburg, v. Bodelschwingh und v. Bismarck-Schönhausen. So war die Zweite Kammer an Kapazitäten der aufgelösten Nationalversammlung entschieden überlegen — im dritten Jahre die dritte parlamentarische Körperschaft in Preußen, darf sie als die maßvollste und verhältnismäßig am besten zusammengesetzte gelten. Sie trug ihrer Zusammensetzung und Grundrichtung nach in der Mehrheit keinen gegenrevolutionären, sondern einen loyalen, aber bürgerlich-evolutionären Charakter. In der Zweiten Kammer überwogen Juristen (26 Prozent), Gutsbesitzer und Landbauern (22 Prozent), Beamte (22 Prozent); Lehrer und Professoren (9 Prozent) und Geistliche (7 Prozent) waren zahlreicher als Fabrikanten und Gewerbetreibende sowie Kaufleute (beide Gruppen 4 Prozent). Die Erste Kammer dagegen trug einen ausgesprochenen bürokratisch-agrarischen Charakter (Beamte 41 Prozent, Gutsbesitzer und Landbauern 21 Prozent); dann kamen wieder die Juristen (19 Prozent); Fabrikanten und Gewerbetreibende zählten nur 2 Prozent, Kaufleute wenigstens 4 Prozent. Sogar die Militärs waren diesen beiden Schichten mit 6 Prozent bzw. 5 Prozent in beiden Kammern überlegen[161]). Ein Vertreter der angestellten oder arbeitenden Schicht befand sich nicht im neuen preußischen Landtage. In der Ersten Kammer trafen sich eine große Anzahl pensionierter Minister und Diplomaten aus dem Vormärz mit den März- und Sommerministern Camphausen und Hansemann, Rudolf v. Auerswald, Milde und Gierke; dazu kamen dann die Führer der Kreuzzeitungspartei, Präsident v. Gerlach und Friedrich Julius Stahl. Die Thronrede war sehr vorsichtig gehalten; sie betonte, daß der Inhalt der oktroyierten Verfassung die Märzverheißungen treulich erfüllt habe, und bezeichnete die „innigere" Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate als Gegenstand der lebhaftesten Wünsche; der Weg zur Verständigung a l l e r deutschen Fürsten mit dem Frankfurter Parlament sei angebahnt. Der König erhob seine Stimme bei dem Worte „aller" — und dann ebenso bei der Erwähnung der preußischen Armee. Bei der Präsidentenwahl unterlag der letzte Präsident der preußischen Nationalversammlung H. V. v. Unruh mit nur wenigen Stimmen seinem ehemaligen Vorgänger Grabow; in allen Kommissionen hatten Konservative den ersten, Demokraten den stellvertretenden Vorsitz; nur in einer bekam der Demokrat den ersten. Das sah alles aus wie vernünftiger Ausgleich, bei leichtem Übergewicht eines konservativen Konstitutionalismus, der aber auf die Opposition Rücksicht nahm. So wurde auch bei der Adreßdebatte der d'Estersche Entwurf mit seinem Glaubensbekenntnis der Linken verworfen und die Rechtsgültigkeit der oktroyierten Verfassung anerkannt. Vincke war der leitende Geist dieser Politik. Er wollte einen sicheren Rechtsboden für Preußen, er wollte dem preußischen Ministerium gerne alle Zugeständnisse

für die innerpreußischen Fragen machen, wenn es sich nur in der deutschen Angelegenheit mit Frankfurt verständigte. Vincke wurde in diesen letzten kritischen Wochen der wichtigste Verbindungsmann zwischen Frankfurt und Berlin; der Plan war, das Werk des Frankfurter Parlaments durch diesen neuen preußischen Landtag in Berlin auf konstitutionellem Wege durchzusetzen. So garantierte wohl das Ministerium Brandenburg-Manteuffel die Ordnung im Innern und konnte dazu die oktroyierte Verfassung gewiß gut verwerten; in der deutschen Frage, die der Kernpunkt der Lage war, verhielt es sich passiv und schwankend. Die Aussicht von Vincke und seinen Gesinnungsgenossen bestand in der eigenartigen Tatsache, daß sowohl die Rechte des Landtages für die Frankfurter Pläne Neigung hatte, weil sie die preußische Suprematie betonten, als auch die Linke dafür zu haben war, weil die Frankfurter Verfassung stark demokratisch zu werden versprach. Bei den preußischen Prinzen blieb die Stimmung gegenüber Frankfurt geteilt. „Der König zählt gar nicht oder nur als Werkzeug", schrieb Prokesch etwas übertreibend[162]). Vincke stand also eine Zeitlang im Brennpunkt der Situation; durch „Vereinbarung" zwischen den Parlamenten konnte alles geklärt, konnte die entscheidende deutsche Lösung gesichert werden — so war die Hoffnung.

*

Preußen glaubte die Revolution hinter sich zu haben; es besaß seine neue oktroyierte Verfassung, seinen neuen Landtag. Nicht eine grobe und blutige, sondern eine gedämpfte Reaktion herrschte hier zunächst; es war und blieb ziemlich wahrscheinlich, daß Preußen mit der Frankfurter Zentralgewalt doch noch einig werden würde; gerade das wohlverstandene preußische Interesse wies in diese Richtung. Preußen war also Österreich Anfang 1849 um vieles voraus.

Die Gegenrevolution war von Österreich ausgegangen; Preußen hatte aber schneller durchgeführt, was notwendig erschien. Österreich fiel alles viel schwerer. Sein revolutionäres Parlament, der Reichstag, war nicht aufgelöst, sondern nur nach Kremsier verlegt — dort war nun der Endkampf zu führen. Ungarn und Italien befanden sich noch in vollem „Aufruhr". Der ungarische Landtag erklärte die Thronentsagung Kaiser Ferdinands für ungültig und verkündigte die Gesetze weiter in seinem Namen. Ungarn nahm also die Fehde um seine Freiheit und Selbständigkeit mit aller Folgerichtigkeit an, war aber selbst durch Bürgerkrieg tief zerwühlt: die Rumänen Siebenbürgens, die Serben Südungarns standen gegen die Magyaren auf. Windischgrätz marschierte nach Budapest, vermochte aber den Widerstand in der Provinz nicht zu brechen. Kossuth und Görgey organisierten eine großartige Verteidigung, an deren patriotischen Schwung die kaiserlichen Truppen erlahmten. So war im Frühjahr 1849 die Hauptaufgabe noch zu lösen. Indessen entwarf der Minister Graf Stadion seine großartigen Pläne einer Neuorganisation Gesamtösterreichs, also des Kaiserstaates einschließlich Ungarns[163]). Fürst Windischgrätz arbeitete als Führer des Feudalismus lebhaft gegen die Einrichtung eines großen Volkshauses; nach seiner Ansicht sollte an die vormärzlichen Landtage wieder angeknüpft werden. Schwarzenberg teilte diese Auffassung seines Schwagers nicht und setzte den Plan einer liberal gefärbten, zentralistisch gedachten Gesamtreichsverfassung durch. Um dasselbe

grundsätzliche Ziel bemühte sich nun der Reichstag von Kremsier, der am 4. Januar 1849 seine Beratung der Grundrechte begann, ein halbes Jahr nachdem er in Wien zusammengetreten war. Schon in solcher Schwerfälligkeit lag gewiß eine große Hemmung für ein schließliches Gelingen. Dieser bunte Reichstag mit seinen widerstreitenden Sprachen, Interessen, Meinungen so vieler Stämme wurde von den aristokratischen Regenten Österreichs verachtet, von den demokratischen und sozialrevolutionären Vorkämpfern einer neuen Zeit verdächtigt und verspottet. Es kann auch nicht wohl bestritten werden, daß im österreichischen Reichstage bei der Mehrzahl der Abgeordneten, im Gegensatze etwa zum Frankfurter Parlamente, einfach die politische Bildung zur Verfassungsschöpfung nicht ausreichte. Trotzdem wäre eine Einigung zwischen den Reichstagsparteien und einer wohlwollenden Regierung damals noch eher möglich gewesen als im späteren Österreich.

In dem aus dreißig Köpfen bestehenden Konstitutionsausschuß, der wieder je ein Sonderkomitee für die Grundrechte und für die Verfassung einsetzte, saßen sicher die verhältnismäßig berufensten Abgeordneten — trotzdem kam es zu ganz wunderlichen Vorschlägen[164]). Palacky aber arbeitete einen ernsthaften Verfassungsentwurf aus, der Österreich in einen Bundesstaat verwandelte, das Reich in Nationalgruppen gliedern und die Mehrzahl der Verwaltungszweige den Provinzialregierungen übertragen wollte. Die meisten anderen Mitglieder des Verfassungsausschusses konnten damit gar nichts anfangen — und mit den zentralistischen Plänen des Ministeriums stand dergleichen ja auch im schärfsten Widerspruch. Schon beim ersten Paragraphen der österreichischen Grundrechte kündigte sich der drohende Konflikt an. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" — diese doch schon nicht mehr besonders aufregende Theorie hatte eine grundsätzliche amtliche Ablehnung durch den Grafen Stadion zur Folge: „Das Ministerium", sagte er, „verwahrt sich gegen einen Grundsatz, in dessen Namen die Straßen zum Schauplatz wilder Ausschweifungen gemacht worden sind. Das erbliche monarchische Recht erscheint in der Staatsform der konstitutionellen Monarchie als eine heilige und unveräußerliche Quelle der obersten Gewalt"; dies Prinzip dürfe nicht verletzt werden, eine ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung des demokratischen Grundsatzes sei ein Eingriff in die unwandelbaren Grundlagen der Monarchie. Natürlich war auch die Ermordung Latours als Argument herangezogen worden. Der Reichstag empfand mit Recht in diesem schroffen Auftreten eine Kriegserklärung; besonders die slawische Rechte fühlte sich verkannt, geradezu mißhandelt. Es kam zu Umgruppierungen; die Mehrheit beschloß das Bedauern über die Ministerialerklärung. Aber man wollte doch das Ministerium nicht unnötig reizen, und deshalb wurde der umstrittene § 1 mit großer Majorität aus den Beratungen ausgeschaltet, der Konstitutionsausschuß sollte das Bekenntnis zur Volkssouveränität ersetzen durch eine Formulierung der Gewaltentrennung. Man könnte sagen: Rousseau wurde in Montesquieu verwandelt. Was aber kluge Nachgiebigkeit sein sollte, wirkte in der Öffentlichkeit als Schwäche. Das Ministerium wurde nur im Gefühl seines Übergewichtes verstärkt. Der Reichstag litt unter seiner Isolierung; seine Mehrheit merkte in der Hannakei doch wohl nicht mehr genau, was sich im eigentlichen Österreich vollzog. So beschloß die Versammlung die Abschaffung des Adels, die Trennung von

Staat und Kirche, das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren, die Unverletzlichkeit des Hausrechts, das freie Petitionsrecht, die Freizügigkeit, das Versammlungs- und Vereinsrecht, die Entfernung der Ausländer aus dem Offiziersstande, mit Ausnahmen allerdings, die Abschaffung der Todesstrafe. Die Mehrheit des Reichstages von Kremsier schloß sich also ganz bewußt dem an, was das Frankfurter Parlament und die preußische Nationalversammlung erstrebten. Mag sein, daß dabei eine Art Konkurrenzgefühl, ein Bedürfnis nach liberalem Bekennertum mitspielte, das gerade der noch unvollkommenen Wirklichkeit zum Trotz eine noch ferne Zukunft josefinisch-humanitär bannen und festlegen wollte. Ein gutwilliges Ministerium hätte auch mit diesen Grundrechten manches anfangen können; aber Schwarzenberg glaubte immer weniger, eine Verständigung nötig zu haben. Bereits am 20. Januar wurde die Auflösung des Reichstages beschlossen. Wenn auch der Verfassungsentwurf des Verfassungsausschusses nicht einmal mehr dem Plenum vorgelegt werden konnte, so verdient doch seine Lösung des österreichischen Problems im Hinblick auf die spätere Entwicklung respektvolle Beachtung. Die Föderalisten unter Palacky blieben in der Minderheit; die zentralistische Mehrheit sah ein auf mäßigem Zensus beruhendes Volkshaus für den Gesamtstaat und als Organ des Provinzialismus eine Länderkammer vor, die aus den Delegierten der Einzellandtage zu bestehen hätte. All dieses wertvolle Gedankengut wurde nun samt der neuen rot-gold-silbernen Trikolore weggefegt durch die oktroyierte Verfassung vom 4. März. Sie bedeutet zugleich die Absage an den Frankfurter Reichspatriotismus und an das Magyarentum: weder die deutschen Provinzen noch das Königreich Ungarn sollten eine staatliche Existenz nach dem Prinzip der Nationalität führen dürfen. Der Kaiserstaat wollte noch einmal eine geschlossene politische und wirtschaftliche Einheit sein. Der Kremsierer Reichstag hatte Ungarn immer außerhalb seiner Beratungen lassen wollen; hier war nun die Gesamtmonarchie festgelegt, deren Kaiser als solcher feierlich gekrönt werden sollte. Das Wahlrecht war beschränkt, das provisorische Verordnungsrecht der Krone bis zum Zusammentritt der Kammern ausdrücklich vorbehalten, die Einzellandtage in ihrer Bedeutung herabgedrückt, die früheren ständischen Vertretungen einfach aufgehoben, die ungarische Verfassung allein insoweit anerkannt, als sie der Gesamtstaatskonstitution nicht widersprach. Nur die Gesetzgebung über das bürgerliche und das Strafrecht war den Landtagen der Länder der ungarischen Krone ausdrücklich gelassen, denn man konnte ja nicht von heute auf morgen eine Umwälzung aller privaten Lebensbeziehungen wagen.

Österreich hatte nun Preußen eingeholt: es löste den Reichstag auf, es oktroyierte die Gesamtstaatsverfassung, die dann leider im wesentlichen ein wertloses Stück Papier blieb, denn die für den Kaiserstaat vorgesehenen parlamentarischen Körperschaften wurden gar nicht einberufen. Die einzelnen Kronländer bekamen ihre Landtage, im übrigen aber regierte die Zentrale, im allgemeinen durchaus nicht schlecht, durchaus geneigt, Lehren aus der Revolution zu ziehen, wie das bauernfreundliche Grundentlastungsgesetz vom 4. März 1849 beweist. Die Börse hatte die Oktroyierung mit Jubel aufgenommen, die Staatseffekten stiegen um 5 Prozent; Wien und seine Vorstädte glänzten in einer freiwilligen allgemeinen Illumination — der gute Bürger war völlig überzeugt, die Ordnung werde nun wiederkehren[165]). Eine freie Volksbewegung freilich sollte es in

Österreich nun nicht mehr geben. Verwirrung und Zorn bei den Mitgliedern des aufgelösten Reichstages war groß. Viele Mitglieder der Linken ergriffen in richtiger Erkenntnis der Lage die Flucht: Kudlich, Violand, Goldmark, Füster und andere retteten sich verkleidet hinüber nach Schlesien und suchten den Weg nach Amerika. Steckbriefe jagten hinter ihnen her. Fischhof wurde verhaftet und erst nach einer Untersuchungshaft von vielen Monaten von der Anklage auf Hochverrat freigesprochen. Andere Mitglieder der Opposition, die Beamtenstellungen innehatten, wurden abgesetzt, sehr viele kamen unter Polizeiaufsicht. Noch immer tagten ja Militärgerichte und sprachen ihre Urteile nach der peinlichen Halsgerichtsordnung. Als in der Vorstadt Neulerchenfeld ein Soldat von Arbeitern überfallen wurde, konnten die Offiziere nur mit Mühe die Selbsthilfe der Truppe verhindern. Ein armer Tischlergeselle aber, bei dem gerade in diesen Tagen eine versteckte Waffe gefunden wurde, ist deshalb standrechtlich erschossen worden — man brauchte eben ein Exempel, um einzuschüchtern[166]). Die Rekrutierungen konnten, durch solche Zwischenfälle kaum gestört, dann ruhig weitergehen. Die Wiener Presse war still und bescheiden geworden; 172 Tageblätter sind dem Belagerungszustand zum Opfer gefallen, darunter „Der politische Esel", „Die rote Mütze", „Der Ohnehose", „Der Rotmantel". Gegenüber der aus den Fugen gegangenen Verwaltung, der Faulheit und Feigheit vieler Beamten, dem Finanzelend, der Unanwendbarkeit der alten Gesetze, der allgemeinen Verschlampung — gegenüber allen diesen Folgeerscheinungen eines freiheitlichen Aufschwunges, dessen Rückhalt menschlich zu schwach war — erhob sich der noch ungebrochene Geist des alten Kaiserstaates im Hof, in der Feudalaristokratie, in der Kirche und in der Armee. Als der Großfürst Konstantin von Rußland den jungen Kaiser Franz Joseph besuchte, wurde er hoch geehrt und zum Chef eines Regiments ernannt[167]). Kaiser Nikolaus gab die Inhaberstelle seines treulos gewordenen ungarischen Regiments an Kaiser Franz Joseph zurück — da bat ihn dieser, dafür die Uniform eines österreichischen Feldmarschalls zu tragen; in seinem Dankesschreiben antwortete der Zar, er habe sich noch nicht genug verdient gemacht um Österreich für solche Ehrung. Die österreichisch-russische Annäherung bedeutete außenpolitisch das Gegengewicht zu der englisch-preußischen. So wie die ungarische Frage Österreich und Rußland ganz nahe zusammenführte, so trennte die deutsche Frage Österreich und Preußen, so trennte die italienische Frage Österreich und England. Schwarzenberg richtete an den getreuen Hofrat Baron Werner einen Erlaß, der dem englischen Gesandten Lord Ponsonby mitgeteilt werden sollte und der eine in der diplomatischen Welt Wiens als Sensation wirkende Stelle gegen Lord Palmerston enthielt; es war, als hörte man die hochmütige Stimme des Fürsten leibhaft in diesen Sätzen: „Ce langage tantôt doctoral, tantôt injurieux, toujours inconvenant, nous le souffrirons plus — j'ai connu dans le temps Lord Palmerston; j'ignore s'il se rappelle de moi; mais s'il le fait, il me croira sur parole[168])".

Dieser eiserne Wille griff nun auch ein in das Werk des Frankfurter Parlaments. Um die deutsche Reichsverfassung, insbesondere um die Oberhauptsfrage ist damals in ganz Deutschland gekämpft worden — zahllose Lösungsvorschläge produzierte allein schon die öffentliche Meinung. Diplomatisch hatte der Konflikt vier Hauptzentren: Frankfurt, Wien, Berlin und München. Von Frankfurt wirkte

die Wucht der Volksbewegung, von Wien Erbschaft und Anspruch der alten kaiserlichen Macht, von München der zäheste Widerstand des Partikularismus. Das waren drei in sich geschlossene Kraftkomplexe, mit denen sich der deutsche Reichsgedanke auf alle Fälle so oder so auseinanderzusetzen hatte. Zwiespältig war allein das, was von Berlin aus kam. Berlin war umworben; aber nicht nur deshalb wirkte es spröde. Der preußische Staat weckte im selben Maße Hoffnungen und Furcht; zwischen König und Prinzen, Ministern und Parlamentariern, Agrariern und Geldmännern, Adel und Titelpatriziat, Parteianschauungen und provinzialem Sondertum gab es in Preußen, mehr als sonst wo, Gegensätze; und da dieses Preußen sowohl robust wie innerlich unfertig war, hielten sich die Gegensätze die Waage; weil endlich eine klare Führung fehlte, traten die Gegensätze selbst zugleich mit den notgedrungen herbeigeführten Kompromissen an die große Öffentlichkeit.

*

Heinrich v. Gagern wollte den preußischen Erbkaiser — dies war das Ziel seines Ministeriums. Er und seine Freunde glaubten an die Erreichbarkeit dieses Zieles, weil Preußen amtlich und endgültig kein offenes Nein aussprach. Nach seinen Berliner Eindrücken meinte Gagern, König Friedrich Wilhelm IV. sei schließlich doch zu gewinnen. Am 2. Januar hatte Gagern mit Camphausen ein Gespräch, dem entscheidende Bedeutung zukommt. Die Wendung in Österreich hatte sich vollzogen — Österreich erklärte, seine Stellung in Deutschland behaupten, tausendjährige Bande nicht lösen zu wollen. Gagern fragte nun Camphausen: was will Preußen? Wenn Preußen derselben Auffassung ist wie Österreich, meinte Gagern, dann muß man der deutschen Nation kundgeben, daß das Frankfurter Parlament an physischen Schwierigkeiten scheitert. Camphausen antwortete, Preußen habe gehandelt, bessere Bürgschaften seien nicht zu geben, Preußen sei der Olmützer Regierung nicht verpflichtet[169]). Gagern mußte darin eine Ermutigung sehen, seine Politik weiterzuführen. Dies geschah, nachdem sich Camphausen und Gagern einig geworden waren, daß die in Berlin gewünschte sofortige Einsetzung eines Staatenhauses und Fürstenrates undiskutierbar sei. Camphausen hatte deshalb sein Amt zur Verfügung gestellt und blieb nur, weil Berlin auf seinen Plan verzichtete. Camphausen war also niemals identisch mit dem Berliner Ministerium, und das Berliner Ministerium war auch nicht identisch mit dem König von Preußen. Hinter Camphausens Rücken führte Friedrich Wilhelm IV. seine Sonderverhandlungen mit den süddeutschen Königen (vgl. oben S. 279)[170]), hinter Camphausens Rücken knüpften Ministerium und König direkte Besprechungen mit Schwarzenberg an — doch gewiß unter der Voraussetzung der Undurchführbarkeit des Werkes des Frankfurter Parlaments aus eigener Kraft. Während das preußische Ministerium aber doch wenigstens für einen engeren und weiteren Bund eintrat, setzte sich Friedrich Wilhelm IV. persönlich durch die mehrfachen Sendungen des Grafen Brühl für eine sofortige Begründung eines Königskollegiums ein. Es ist höchst unerquicklich, diese Mischung von Unklarheit, Falschheit und Bauernfängerei zu verfolgen, die die preußische Politik damals darstellte[171]). Auf die Einzelheiten in dieser diplomatischen Klopffechterei kommt es auch sehr wenig an. Betrogen wurde jedenfalls

das Ministerium Gagern und das Frankfurter Parlament. Niemals hätten die Erbkaiserlichen in Frankfurt so viel Mühe an ihr großes Ziel gewandt, wenn sie auch nur annähernd von dem eine Vorstellung gehabt hätten, was alles in Berlin neben- und durcheinanderlief. Fürst Schwarzenberg war doch wenigstens ein offener Gegner: er war der Meinung, wie er zum Grafen Bernstorff sagte, die Frankfurter Versammlung müsse in sich zerfallen, ein Volkshaus für Gesamtdeutschland sei unerwünscht, Österreich wolle nicht nur an einem weiteren, sondern auch an einem engeren Bunde teilnehmen, das Präsidium im alten deutschen Bunde habe immer Österreich gehört; als Gesamtstaat wolle es dem großen deutschen Staatenbunde beitreten und so die Idee „der großen germanischen zentraleuropäischen Staatenkonföderation" fördern[172]). Das war also Großdeutschland und Mitteleuropa zugleich, das war der wuchtige Gedanke eines Völkerblocks zwischen Westeuropa und Osteuropa unter deutscher Führung. Das verwirrte und schwankende Preußen Friedrich Wilhelms IV. hatte dagegen nichts Gleichwertiges anzusetzen, weder eine Idee, noch einen Machtwillen, noch ein Führertum. In der deutschen Frage lenkte das Schwarzenbergische Österreich also zum alten deutschen Bunde zurück, wenn auch mit Verbesserungen, die die österreichische Vorherrschaft verstärken sollten. Soweit damit der preußische Erbkaiser bekämpft wurde, hatte es einen entschlossenen Verbündeten in Bayern.

Bayerns deutsche Politik während der Revolutionszeit war niemals deutsch, was die österreichische und die preußische doch wenigstens zeitweise gewesen sind, sondern immer schlechtweg bayrisch. In den ersten Monaten der Tagung des Frankfurter Parlaments hoffte Bayern, in Frankfurt eine Erhöhung seiner eigenen Machtstellung durchsetzen zu können; denn das leitende Motiv bei König Maximilian war die entschiedene Abneigung überhaupt gegen ein erbliches Kaisertum und die Hegemonie einer der beiden deutschen Großmächte; „alles ist mir lieber", sagte er dem Grafen Bernstorff bei dessen Abschiedsaudienz, „als diese Eventualität; das ist mein erstes und letztes Wort: ich werde meinen letzten Blutstropfen daransetzen, um das zu bekämpfen[173])". So war gewiß nicht die Gesamtheit der Angehörigen des bayrischen Staates gesonnen. Die Rheinpfalz war reichspatriotisch, zum Teil demokratisch-republikanisch; in Franken gab es unter dem Adel und in der evangelischen Geistlichkeit viel Sympathie für Preußen. Alt-Bayern aber war partikularistisch durch und durch, einer preußischen Führerschaft entschieden abgeneigt, aber auch Österreich gegenüber neidisch und habgierig. Im Falle des Ausscheidens Österreichs aus dem deutschen Reichsverbande machte man sich in Bayern in Erinnerung an die napoleonische Zeit schon Hoffnung auf Tirol und andere deutsch-österreichische Kronländer. Für die Stellung eines Reichsstatthalters dachten bestimmte Münchner Kreise an den Prinzen Luitpold, ja König Max selbst wurde als Kaiserkandidat genannt — denn war er nicht der Souverän des größten „reindeutschen" Staates[174])? Als im Sommer 1848 der Kriegsfall Frankreich-Österreich erörtert wurde, wegen Italien, stellte sich König Maximilian entschieden auf den Standpunkt, Deutschland dürfe sich da nicht einmischen, Österreich habe immer aus seinen Kriegen Reichskriege gemacht und damit Deutschland sehr geschadet. Ein österreichisches Kaisertum wünschte also Bayern damals genau so wenig wie ein preußisches[173]). Der österreichische Gesandte hielt es für möglich, daß Bayern, trotz der deutschen

Gesinnung des Publikums, wieder die Rolle von 1805 bis 1813, also die einer französischen Satrapie, spielen könne[175]). Solange die beiden deutschen Großmächte durch die Revolution gelähmt waren, konnte Bayern seine Machtstellung als eine deutsche und auch europäische voll genießen. Es pflegte sorgfältig seine Beziehungen zu Frankreich und Rußland. Mit Befriedigung wurde in München die Ernennung eines neuen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Französischen Republik in der Person des Herrn Klein begrüßt. Der russische Gesandte schrieb bei dieser Gelegenheit: „Da die Neigung für Frankreich in der bayrischen Politik Tradition ist, so ist es natürlich, daß man auch unter dem gegenwärtigen Beginn in Paris die Beziehungen nicht vernachlässigt, auf die man in allen Zeiten so großen Wert gelegt hat[176])." Bayern war der erste deutsche Staat, der einen Gesandten der Französischen Republik offiziell annahm. Der russische Gesandte Severin war der engste Vertraute des Außenministers Grafen Bray, der seine schöne Petersburger Zeit nicht vergessen konnte und den Ehrgeiz hatte, Reichsbotschafter beim Kaiser Nikolaus zu werden. Severin, der vom Kaiser selbst auffällig ausgezeichnet wurde, spendete dann auch unausgesetzt seinen guten Rat: Bayern dürfe sich nicht mediatisieren lassen, dürfe keinen politischen Selbstmord begehen durch teilweises Aufgeben seiner Selbständigkeit, es müsse zur Bundesakte zurückkehren[177]). Als ein russischer Maler Sverčkow, der Sohn eines Generals, wahrscheinlich ein russischer politischer Agent, in München den Kaiser Nikolaus im Café verteidigte und sich dabei zwei Duelle zuzog, bewilligte ihm der russische Gesandte 500 Gulden zur Heimreise und empfahl ihn der Huld des Kaisers, da er dem russischen Namen Ehre gemacht habe[178]). Vielleicht geschah auch auf russischen Rat jener üble Schritt der bayrischen Regierung bei Frankreich und England gegen eine erbliche deutsche Kaiserkrone, sei es bei dem Hause Habsburg-Lothringen oder bei dem Hause Hohenzollern. König Maximilian schrieb persönlich an den bayrischen Geschäftsträger in Paris, es sei ihm wichtig, baldigst zu erfahren, was Frankreich dazu dächte und „ob ferner die übrigen Kabinette, besonders jenes von Sankt Petersburg, nicht die Gefahr in Betracht ziehen, welche hieraus für die Weltlage entspringen muß, ob man die Aufrechterhaltung der Wiener Schlußakte schon aufgegeben hat". Bayern also zitterte für die Weltlage und das europäische Gleichgewicht, Bayern sorgte sich um die Wiener Verträge — wegen der „verderblichen Kaiserwürde"[179]). Dem Briefe des Königs folgte ein amtlicher Schritt des bayrischen Kabinetts bei den Regierungen in London, Paris und Petersburg, durch den auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Verträge von 1815 mündlich hingewiesen wurde. Infolge des törichten Verhaltens des bayrischen Geschäftsträgers in London, Freiherrn v. Cetto, kam die heikle Angelegenheit an die Öffentlichkeit und führte zu einer sensationellen Blamage der bayrischen Weltpolitik.

Jene auffallende Reise des Grafen Bray nach Frankfurt während der Septemberkrise (vgl. oben S. 154) vermochte also nur kurze Zeit die bayrischen Sorgen zu beschwichtigen; er hatte damals als Ergebnis den Verzicht des neuen Reichsministeriums Schmerling auf ein Kaisertum und die Aussicht auf das Direktorium mitgebracht, bei dem Bayern eine von drei Stimmen erhalten sollte. Außenminister Graf Bray hatte dafür die Verwendung für Anerkennung

der Zentralgewalt in St. Petersburg und den Verzicht auf die eigenen bayrischen Gesandtschaften, freilich außer den Missionen in Rom und Athen, in Aussicht gestellt[180]). Seit der Übernahme der Frankfurter Geschäfte durch Gagern wuchs die Unruhe in München erheblich. Heinrich v. Gagern hatte schon seit Monaten die Bedenken König Maximilians hervorgerufen; seine Verkündigung der Souveränität des Frankfurter Parlaments quittierte der bayrische König mit den bitteren Worten: „Auf meine Souveränität kann und darf ich nicht verzichten." Auch Graf Bray meinte im Gespräch mit dem preußischen Gesandten, die Zentralgewalt in der Hand eines katholischen Erzherzogs sei als Provisorium wohl möglich, für die definitive Form wünsche Bayern das Direktorium[181]). Die Proklamationen und Erlasse des Reichsverwesers erregten dann große Unzufriedenheit; Fürst Leiningen, der erste Reichsministerpräsident, fiel in Ungnade in München und wurde beim Zusammentritt des Landtages nicht mehr zum Präsidenten der Kammer der Reichsräte bestimmt. Die Zahl der preußenfeindlichen Artikel in der bayrischen Presse nahm seit dem Sommer sichtlich zu. „Wir sind überzeugt, daß Preußen und alle deutschen Einzelstaaten mit der Deutschtümelei weiterkommen als mit der Preußendümmelei. Die lächerliche, königliche und gänzlich preußische Idee, da man nicht Krone und Zepter Deutschlands sein könne, doch das Schwert Deutschlands sein zu wollen — ist eben eine königliche und gänzlich preußische Idee, und das ist (wenig) genug. — Wir sind auch ohne Preußen immer noch eine Nation, die es mit jeder in Europa aufnimmt. Das preußische Rheinland, das preußische Sachsen wird zu uns stehen . . . Will Preußen nicht in Deutschland aufgehen, so muß es in Rußland untergehn." So schrieb der Literat Voigt im „Bayerischen Eilboten" am 30. Juli 1848, und der Außenminister Graf Bray erklärte dem preußischen Gesandten, nichts dagegen machen zu können[182]). Es war natürlich, daß die Person Friedrich Wilhelms IV. immer wieder herangezogen wurde, um das Mißtrauen gegen Preußen zu steigern. „Friedrich Wilhelm IV. ist unmöglich geworden und ist unmöglich auch als Fürst des kleinsten deutschen Staates", schrieb das zweimal in der Woche erscheinende Blatt „Das freie Wort" nach dem preußischen Staatsstreich. Und die „Augsburger Postzeitung" brachte am 12. Dezember eine aus Frankfurt 6. Dezember datierte Korrespondenz, die den alten und neuen Groll in Bayern beinahe klassisch zum Ausdruck bringt: „Norddeutschland hat uns im Zollverein übervorteilt, es will uns wider unseren Willen unsere bürgerliche Ordnung durch das Geschenk der Handelsfreiheit auflösen, es nimmt jetzt mit einer Anmaßung ohnegleichen und allem historischen Rechte und nationalen Gefühle zuwider auch noch die Hegemonie in Anspruch! Ist es nicht auch Preußen gewesen, an dem die alte deutsche Reichseinheit zugrunde ging? . . ." Deshalb sei Preußen 1848 mit seinen östlichen, noch slawischen Provinzen zum Deutschen Bunde getreten, deshalb habe es Posen geteilt, um durch diese Vergrößerung seiner angeblich deutschen Macht ein größeres Gewicht in die Waagschale des neuzugestaltenden Reiches zu legen . . .! Bayern, so schloß der Artikel mit der alten Triasforderung, soll an die Spitze der mittleren und kleinen Staaten treten; eher sei die Republik zu ertragen als die preußische Suprematie. Der Freiburger Professor Gfrörer polemisierte in der „Neuen Münchner Zeitung" am 15. Dezember lebhaft gegen Dahlmann; der Artikel hieß „Das Staatenhaus und die geheimen Pläne, denen es

dienen soll“ und verlangte die deutsche Kaiserkrone für den Kaiser von Österreich: er sei der mächtigste deutsche Fürst, er habe unbestreitbare historische Anrechte. Österreich öffne für Deutschland das Tor nach dem europäischen Osten. Das gleiche Blatt unterstrich diesen Standpunkt in einem halbamtlichen Artikel: Süddeutschland werde handgreiflich übervorteilt zu Nutz und Frommen einer „ultra-schwarz-weißen, lichtfreundlich-protestantischen, handelsfreiheitlichen Sonderpolitik[182]).

Solange der Reichsunitarismus der Frankfurter Zentralgewalt den Widerstand Preußens hervorrief, war eine preußisch-bayrische Annäherung sehr wohl möglich (vgl. oben S. 279). Sobald aber die Gefahr einer Einigung zwischen Preußen und dem Frankfurter Parlament auftauchte, wandte sich Bayern gegen Preußen, gegen die kleindeutsche Gruppe im Frankfurter Parlament, und näherte sich dem wiedererstarkten österreichischen Kaiserstaate. Nicht einmal in seinem geliebten Direktorium wollte König Max Preußen dauernd den Vorsitz zugestehen — wäre es auch nur, um das Diplomatische Korps, das bei der Zentralgewalt zu beglaubigen sei, abwechselnd auch einmal in München zu sehen. Solche Gesichtspunkte hatten bei diesem etikettefreudigen Monarchen große Bedeutung[183]). Maximilian war ja eine schwächliche Natur, die es mit niemandem verderben wollte; gerade weil er eine preußische Frau hatte, betonte er das Bayerntum, gerade weil er, nach Geist hungrig, hohe Kulturinteressen verfolgte, über jeden Konfessionalismus hinaus, ließ er den Neurömischen freie Hand; er hörte sehr viele Ratgeber und war dann der Ansicht dessen, den er zuletzt gehört hatte. Wer es geschickt anfing, konnte schnell ein Vertrauter des aufnahmefähigen und immer interessierten Königs werden; aber es war nicht leicht, sich in solchem Verhältnis bei einem so mißtrauischen und abwechslungsbedürftigen Manne zu behaupten; einmal war Fürst Wallerstein, dann Graf Armansperg hellenischen Andenkens das Orakel von Nymphenburg, dann kam der württembergische Gesandte Graf Degenfeld an die Reihe, den sein König direkt instruierte zur Bearbeitung Maximilians; Frankfurt war nach dem Urteil des russischen Gesandten der „Cauchemar“ des Bayernfürsten; von seinen Ministern, die noch die Tyrannei seines Vaters gewohnt waren, bekam der Kleinmütige wenig Halt. Graf Bray, der Außenminister, war ein anständiger Charakter und voll korrekter Gesinnungen, aber mittelmäßig begabt und dazu noch in hohem Grade indolent. Er ließ die Dinge laufen, wie sie wollten, machte das, was er tat, gewissermaßen aus Liebhaberei, war durchaus nicht informiert über die Vorgänge, hatte keinerlei selbständigen Einfall, litt aber gar nicht darunter, sondern half sich mit seinem glücklichen Temperament durch allgemeine Redensarten und nette Witze. So überliefert der preußische Gesandte seine Bemerkung über die bayrischen Finanzen: sie wären sowieso schon in Unordnung, da sei nicht mehr viel zu verderben. Die fremden Gesandten besuchten diesen gemütlichen, aber etwas uninteressanten Außenminister des bayrischen Reiches schließlich nur noch, wenn sie einen speziellen Auftrag hatten. So wußten König und Regierung, besonders in der deutschen Frage, nie, was sie wollen und was sie lassen sollten; ihr einziger Gedanke war, bei den Verlegenheiten des Augenblicks irgendwie durchzuschlüpfen und dabei einen Sondervorteil für Bayern so oder so herauszuschlagen. Schon als halbwüchsiger Junge hatte König Maximilian alles

wissen, alles vertiefen, alles zu einem guten Ausgleich bringen wollen. Der fleißige Göttinger Student hatte dann mit Gelehrten leben gelernt, ohne selbst gelehrt zu sein; er war ein unermüdlicher, manchmal wunderlicher Frager; er glaubte an Bildung und wollte in Bayern nachholen, was da seit langem versäumt war; seine eigenen Gedichte, die er gern hätte drucken lassen, legte er auf Geibels Rat wieder in das Pult; er war eine Wagnernatur, die nun eifersüchtig den Souverän spielen mußte. Noch hauste ja in den alten königlichen Räumen der Residenz der abgedankte König Ludwig, der jeden Tag mehr diesen Schritt bereute, der mit seinen Geldansprüchen den jungen Hof belastete und seinem schon mehr als gut zur Selbstkritik neigenden Sohne durch böse Sarkasmen das Vergnügen am Königspielen schadenfroh versauerte. Alles wollte sich im Anfange König Maximilian vorbehalten und schließlich selbst entscheiden, und so kam er, schnell ermüdend und gründlichen Debatten nicht gewachsen, bei entschieden konstitutioneller Gesinnung doch zu einer Kabinettsregierung, die wunderlicherweise manchmal die Formen despotischer Ungeduld und Launenhaftigkeit annahm: es war ein Regierungsstil, den man ja in Bayern schon gut kannte, der aber zu der zarten und anständigen Wesensart gerade dieses Fürsten recht wenig paßte. Jede Woche ging König Max einmal nach Schloß Berg, nur von einem Adjutanten begleitet, um dort in aller Heimlichkeit peinliche Leute zu empfangen. Es entwickelte sich bei dem König eine Neigung für Agenten und Publizisten, die einem nicht unberechtigten Mißtrauen gegen seine amtlichen Helfer, auch einer gewissen modernen Vorliebe für unabhängige und originelle Talente, noch mehr aber seinem Sinn für geheimnisvoll waltendes Gottesgnadentum entsprang[184]). So arbeitete der König gern mit Klindworth, dem bekannten Privatdiplomaten des Königs von Württemberg, und besprach mit ihm das Direktoriumsprojekt zu fünfen, bei dem Preußen und Bayern auf einer Stufe vor den übrigen Königreichen rangieren sollten; Württemberg sollte durch den Bundesoberbefehl, Sachsen durch den Befehl über die thüringischen Kontingente entschädigt werden. Der König von Hannover freilich lehnte Verhandlungen mit einem so „anrüchigen Subjekt“ wie Klindworth ab. Der bayrische König gefiel sich in einem schwankenden Projektemachen; eine leitende politische Idee fehlte durchaus. So geriet Maximilian in eine Unzuverlässigkeit, ja Falschheit hinein, sein von Haus aus so lauterer Charakter zersetzte sich durch Schwäche. Schon begann die Volkstümlichkeit Maximilians zu leiden; viele sehnten sich nach dem alten König Ludwig, der doch wenigstens durch und durch deutsch gesinnt gewesen war. Folgerichtig war dieses unfruchtbare Bajuvarentum nur in der Verneinung; nie und nimmermehr, sagte König Max zum preußischen Gesandten, werde er sich dem Frankfurter Kaiserplan fügen; mit allen Kräften wolle er sich dem widersetzen; wollte man darauf bestehen, so könne nur der Bürgerkrieg die Folge für Deutschland sein. Er habe den Wunsch, mit Preußen im Sinne des Prinzips der Vereinbarung Hand in Hand zu gehen; und zum sächsischen Geschäftsträger sagte der König, sein ganzes Volk stünde in der Ablehnung des preußischen Erbkaisertums hinter ihm. Mit Recht machte der preußische Gesandte den König Max darauf aufmerksam, daß in der bayrischen Presse der Wunsch, mit Preußen irgendwie zusammenzugehen, keinen Widerhall fände[185]).

Die Sprache in der bayrischen Öffentlichkeit wurde jetzt so leidenschaftlich, daß es schon nach Verzagtheit und erschüttertem Selbstgefühl aussah. Die Schutzzöllner, die neurömischen Eiferer, die blau-weißen Hofleute und Aristokraten waren im Preußenhaß sogar mit bestimmten Demokraten und Republikanern Bayerns einig. Protestantisch und Preußisch galt als gleichbedeutend; es kam doch vor, daß einem namhaften Gelehrten von neurömischer Seite sein Umgang mit dem preußischen Gesandten zum Vorwurf gemacht wurde![185]) Als die Hauptsache galt es, ein guter Bayer zu sein, alles Reichsdeutsche, alles wahrhaft Nationale wurde verdächtigt und gescholten; ob es ein Deutschland gab und wie es aussah — diese Frage wurde mit grober Gleichgültigkeit behandelt. Der Bibliothekar des Königs, Dönniges, bildete mit Professor Bluntschli und dem Publizisten Rohmer ein gewichtiges Triumvirat, das, vom König oft genug inspiriert und reichlich besoldet, den literarischen Kampf des patriotischen Reichsbayerntums führte; der dabei immer wiederkehrende stereotype Ausdruck „mit Preußen Hand in Hand gehn" hieß auf gut bayrisch: mit Preußen auf ein und derselben Stufe des politischen Einflusses stehen; das Wünschenswerteste, so hieß es jetzt auch schon in München, ist die Rückkehr zum alten Deutschen Bunde, höchstens mit einem Nationalparlamente. Die bitter nötige Reorganisation der bayrischen Armee, die jetzt in Angriff genommen wurde, ließ sogar das stolze Wort entstehen: „Mit einem Heere von hunderttausend Mann läßt man sich nicht befehlen[186])."

Dieser blau-weiße Patriotismus fand durch die sogenannte „Lithographierte Korrespondenz" Eingang in die Mehrzahl der bayrischen Blätter; in der „Augsburger Postzeitung" wurde da am 15. Januar die deutsche Erbkaiserwürde für „das jugendliche Haupt Franz Josephs I." gefordert; wie stark auch die Kreise auf dem platten Lande gegen das preußische Kaisertum bearbeitet wurden, zeigt etwa ein Artikel in dem „Bayerischen Landboten", dem Evangelium der Bauern, der mehr als 7000 Abonnenten zählte. Das Aufgehen Preußens in Deutschland wird da verglichen mit dem Vorgehen eines Mannes, der einem Armen heute einen Taler schenkt, um ihn morgen dafür bis aufs Hemd auszuziehen. „Ja, ihr guten Bayern, das ist ein saurer Apfel, bei dem wir uns schon ein bißchen besinnen wollen, ehe wir hineinbeißen." Allen Nichtpreußen in Frankfurt wird Vorsicht anempfohlen, die Zentralgewalt habe doch wenigstens ein moralisches Ansehen, was von Friedrich Wilhelm IV. nicht behauptet werden könne; politische Gesichtspunkte sollten den Ausschlag geben, „nicht unsere Abneigung gegen Preußen, bei der die wenigsten einen Grund anzugeben wissen und die der Sohn hat, weil sie der Vater hatte . . ."

Die Reise Heinrich v. Gagerns nach Berlin weckte die bayrische Politik aus ihrer Erstarrung auf; der österreichische Thronwechsel erhöhte die Unruhe und das Unbehagen in München. Man sah ihn ungern, weil zunächst der Eindruck überwog, die klerikale Erzherzogin Sophie habe nicht so viel Einfluß, wie man wünschte. Zur Beglückwünschung Kaiser Franz Josefs wurde der bisherige Bundestagsgesandte und Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt, Freiherr von Closen, nach Olmütz geschickt — eine Wahl, die nicht nur deshalb unglücklich war, weil Preußen einen Prinzen schickte, sondern auch weil der schnell noch am Vorabend seiner Abreise zum Staatsrat beförderte Closen als ein ehrlicher

Anhänger der politischen Reformbewegung galt. Er war ein Teilnehmer des Hambacher Festes und deshalb in eine Untersuchung wegen hochverräterischer Umtriebe verwickelt gewesen aber freigesprochen worden; immerhin galt er für bemakelt und durfte nicht in die Ständeversammlung von 1838 eintreten. Seine angebliche Sympathie für die Volkssouveränität verschaffte ihm nun einen sehr schlechten Empfang bei der österreichischen Reaktion, obgleich er sich in einer Broschüre über die österreichische Frage für den staatsrechtlichen Anschluß Österreichs an Deutschland ausgesprochen hatte: es sei die Existenzfrage für beide[187]). Die Münchner Politik mußte diesen Mißerfolg Closens um so schmerzlicher empfinden, als ihr eine Verständigung mit Österreich jetzt besonders notwendig erschien. Der dortige bayrische Gesandte Graf Luxburg erschien als Protestant nicht völlig zuverlässig[188]); König Max schickte deshalb gegen Graf Brays Willen den durch seine Berliner Berichterstattung vom Sommer 1848 in Gunst gekommenen klerikal-konservativen Legationsrat von Aretin nach Olmütz mit dem Auftrage, für das Verbleiben Österreichs im deutschen Staatsverbande zu wirken[189]). Aretin machte aber auf den Fürsten Schwarzenberg offenbar sehr geringen Eindruck; nur der peinliche Mangel an bedeutenden Köpfen in Bayern konnte eine so begrenzte Persönlichkeit in den Vordergrund bringen[190]). Die bayrische Auffassung in diesem Zeitpunkte wird durch die Äußerungen eines dem König nahestehenden Mannes, wahrscheinlich Dönniges, gut gekennzeichnet, die der österreichische Gesandte berichtet: „Tritt Österreich zu Deutschland in ein rein vertragsmäßiges Verhältnis, dann ist Deutschland den Händen Preußens und damit dem revolutionären Prinzip überliefert; die Mediatisierung der übrigen deutschen Souveräne wird die Folge sein. Wird Friedrich Wilhelm IV. Kaiser, wird Deutschland von Österreich verlassen, dann kommen unübersehbare europäische Verwicklungen.“ Und ebenso sprach Graf Bray: Preußen hat mit seiner oktroyierten Verfassung, die überraschend demokratisch ist, uns einen schlechten Dienst erwiesen; alle unsere Hoffnungen beruhen nunmehr auf Österreich; wenn schon ein Reichsoberhaupt sein muß, so sind alle unsere Sympathien für die imposante Macht und die historische Überlieferung, die Österreich darstellt[191]).

*

Österreich und Bayern fanden sich also jetzt zusammen; in der Ablehnung des preußischen Erbkaisertums mindestens waren sie einig. Gerade darin aber gipfelte das Werk des Frankfurter Parlaments. Wer nüchtern dachte und ein Ergebnis auf dem reinen Verhandlungswege erstrebte, merkte auch in Frankfurt wohl, daß nach dem Verpuffen der ersten Märzrevolution jetzt nur noch ein Bundesdirektorium erreichbar war. Das Reichsministerium Gagern glaubte aber, so nüchtern nicht sein zu müssen, und riß, trotz aller sichtbaren Hindernisse und Widerstände, die Mehrheit des Frankfurter Parlaments mit. Im Verfassungsausschuß wurde auch das Direktorium mit aller Gründlichkeit durchgesprochen; nur der Abgeordnete Schreiner aus Graz setzte sich aber dafür ein — er machte auch einen genau ausgearbeiteten Vorschlag nebst Zusätzen für ein Direktorium zu fünfen[192]). Im Plenum fand das Direktorium nur 84 Stimmen. 120 Stimmen waren für die republikanische Spitze, das heißt für die Wählbarkeit eines jeden

Deutschen. Schüler, Wigard und Heinrich Simon vertraten diesen Standpunkt im Verfassungsausschuß. Eine Ernennung des Reichsoberhauptes auf sechs Jahre verlangten dort Ahrens, Reh, Welcker u. a., zwölf Jahre wünschten Waitz und Zell, dazu die Beschränkung auf Österreich und die fünf Königreiche. Welckers Antrag, die Reichsgewalt alle sechs Jahre zwischen Österreich und Preußen wechseln zu lassen, wurde im Plenum mit 377 Stimmen gegen 80 abgelehnt. Die Mehrheit des Verfassungsausschusses hatte sich auf den lebenslänglichen, erblichen „Kaiser der Deutschen" geeinigt. Der Kaisertitel des Oberhauptes ging mit kleiner Mehrheit durch (214 gegen 205), die Erblichkeit wurde aber in der ersten Lesung vom Plenum verworfen, und zwar mit einer nicht sehr großen, aber doch durchaus klaren Mehrheit (263 gegen 211). Die entscheidenden Abstimmungen fanden am 19., 23. und 25. Januar statt. Der Reichsrat, der die Vertreter der Einzelstaaten vereinigen sollte, kam mit der knappen Mehrheit von 11 Stimmen durch, über die Zahl seiner Mitglieder und über die zur Ernennung berechtigten Staaten kam aber kein Beschluß zustande (26. Januar). So unvollkommen, ja so problematisch erschien das Werk des Frankfurter Parlaments fünf Wochen nach der Übernahme der Geschäfte durch Heinrich v. Gagern! Auch dem wohlwollenden Beurteiler mußten die Zweifel kommen, ob es überhaupt noch aus eigener Kraft zu einem brauchbaren Ergebnis gelangen könnte. Die deutschen Regierungen arbeiteten nun auch fieberhaft — das Rennen ging sichtbar zu Ende, Entscheidungen mußten fallen.

Der Kaiserkandidat des Gagernschen Reiches, König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, trat wiederum an den Hebelpunkt der deutschen Geschicke. Was war nun alles von diesem Mann erhofft und erwartet worden! Wie hatte er seine Zeitgenossen auf die Probe gestellt, ja auf die Folter gespannt, wie hatte er, unermüdlich und nie gebrochen, sprühend und beflissen, die politische Gegenwart mit immer neuen Wendungen überrascht und unterhalten — in denen im Grunde stets dieselbe Unfruchtbarkeit steckte! Österreich, so meinte er, sollte die alte römisch-deutsche Kaiserkrone wiedernehmen, Preußen sollte als Erzfeldherr des Reiches mit den andern Königen zusammen das in sechs Reichskreise neueingeteilte Deutschland regieren. Wenn das preußischer Ehrgeiz war, so war es ein merkwürdig blinder und bescheidener Ehrgeiz. Die drei Bünde — der große Reichsbund mit ganz Österreich, der deutsche Staatenbund mit den deutsch-österreichischen Ländern und der Bundesstaat unter dem Königskolleg, von denen Friedrich Wilhelm IV. in seiner Denkschrift vom 21. Dezember phantasierte, berührten sich ja merkwürdig genug mit Gedanken Schwarzenbergs und König Maximilians. Friedrich Wilhelm IV. war wirklich der beste Verbündete der geschworenen Gegner des preußischen Staates. Denn das Ergebnis einer so monströsen Bundesverschachtelung wäre sicher die Verstärkung der österreichischen Stellung in Europa und die Erhöhung der gefährlichsten Konkurrenten Preußens, Bayerns und der kleinen Königreiche gewesen.

Die preußische Politik hatte doch bisher mit ganz gesundem Instinkt die ganz Kleinen vor dem Appetit der kleinen Gernegroße schützen wollen, nun verkehrte auch hier der König von Preußen die Vernunft in ihr Gegenteil[193]). Bereits am 4. Januar gab Friedrich Wilhelm IV. in einer zweiten Denkschrift schon wieder den weiteren Reichsbund auf, hielt aber am Königskolleg, in dem provisorisch auch

Österreich sitzen sollte, an Reichsherzogtümern, am ständischen Ober- und Unterhaus fest. Keiner seiner Berater, weder die Minister in Berlin noch Camphausen in Frankfurt wollten und konnten sich auf solche Schwankungen des königlichen Fieberthermometers einlassen. Während sich Fürst Schwarzenberg mit dem königlichen Vertrauten, dem Grafen Brühl, recht gut verstand, versuchten die verantwortlichen Leiter der preußischen Politik eine selbständige Aktion vorzubereiten, die dem Könige zum Trotz doch noch Berlin und Frankfurt zusammenführen sollte. Camphausen und Bunsen arbeiteten dazu mit dem Grafen Bülow gemeinschaftlich. Ein Doppelspiel vollzog sich: Schwarzenberg ging auf die königlichen Anregungen zum großen Teile ein, spitzte sie zu und formte sie um, übertrumpfte sie auch durch den groben Vorschlag, sofort Truppen gegen etwaige revolutionäre Versuche bei Frankfurt zusammenzuziehen, hoffte aber, auf solcher Basis eine Einigung mit Preußen zu erreichen. Da schlug das Rundschreiben der preußischen Regierung vom 23. Januar wie ein Blitz ein; in tagelangem Kämpfen war es dem widerstrebenden König abgerungen worden. Diese berühmte „Zirkulardepesche" an alle deutschen Regierungen, zu der Camphausen den Entwurf geliefert hatte, war nach Fassung und Ton eines der geschicktesten politischen Schriftstücke der ganzen Zeit — es wäre ein Glück für Deutschland gewesen, wenn an diesem Programm nun endlich festgehalten worden wäre. Preußen streckte nach langem Schweigen und Zögern dem Frankfurter Parlament jetzt die Hand hin; es erkannte seine Arbeit mit warmen Worten an und erklärte, jede deutsche Regierung werde zu einem glücklichen Schlußergebnis mithelfen wollen; die Notwendigkeit der Verständigung zwischen dem Parlament und den Regierungen wurde natürlich betont — Verständigung, freilich nicht Vereinbarung, wollte ja auch das Ministerium Gagern. Die Note unterstrich das Zustimmungsrecht der Regierungen zum Verfassungswerk, betonte auch die Gefahr der vielen widersprechenden Ansichten, wollte aber alles dies dem Frankfurter Parlament mitgeteilt wissen, damit es bei der zweiten Lesung berücksichtigt werden könnte. Die Note stellte sich deutlich gegen Österreich und lehnte Schwarzenbergs letzte Vorschläge ab; sie bezog sich auf das Programm von Kremsier und bekannte sich, ganz im Sinne Gagerns, zu „einem Bundesstaate innerhalb des Deutschen Bundes". Der engere Bund unter preußischer Führung war also hier zum ersten Male amtlich bejaht. Preußen warnte jedoch das Frankfurter Parlament: es werde keine ihm angebotene Stellung anders annehmen als mit freier Zustimmung der Regierungen; aber Preußen ermutigte doch das Frankfurter Parlament, auf seinem Wege voranzuschreiten: „Preußen hält sich verpflichtet, sich bereit zu erklären, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesamtheit verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte"; endlich war auch noch die Kaiserwürde behandelt; die preußische Regierung sprach die Ansicht aus, sie sei zu einer wirklichen Einigung nicht notwendig — aber sie lehnte die Kaiserwürde nicht durchaus ab, sondern stellte sie, wohlwollend und gewissenhaft, nochmals zur entscheidenden Diskussion. Die preußische Zirkulardepesche wischte alle bisherigen Erörterungen vom Tisch; sie desavouierte die persönliche Politik des Königs, sie stellte das Bündnis dar zwischen einem gesunden preußischen Selbstgefühl und dem Frankfurter Reichspatriotismus — sie brachte also endlich

das, was die besten deutschen Männer seit Monaten von Preußen erwartet hatten[194]).

Die Wirkung in Frankfurt war dann auch vorzüglich. Camphausen stellte fest, daß aus dem Parlament niemand die preußische Note angriff, daß alles mit ihr einverstanden war, sowohl Gagern und Bassermann als Radowitz und Welcker. Jede Partei bemühte sich, sie günstig auszulegen; die Zurückhaltung Preußens hinsichtlich der Kaiserwürde wurde wohl von vielen beklagt; man bezeichnete jetzt das Direktorium zu dreien als die nicht unwahrscheinliche Lösung, gab aber die Hoffnung auf den Erbkaiser durchaus nicht auf — das Wichtigste war das erfreuliche und stärkende Gefühl: Preußen stellt sich zur Verfügung, Preußen läßt uns nicht im Stich, man kann mit Preußen beraten und vorwärtskommen. Lord Cowley erklärte Camphausen in einer Unterredung über die preußische Note: das englische Kabinett billigt den Plan eines Bundesstaates im Bunde mit Preußen an der Spitze entschieden und befördert ihn[195]). Groß war die Verstimmung in Österreich über Preußens Schritt. Schwarzenberg hatte gewiß nur allzu recht, wenn er den Widerspruch zwischen den bisherigen Eröffnungen des Königs und der jetzt siegreichen Politik seiner Ratgeber feststellte. Zum württembergischen Gesandten sagte der Fürst, die Sachlage sei in Berlin völlig verändert, man habe nicht mehr den König, sondern das Ministerium vor sich; es herrsche in Preußen Furcht und Hinterhältigkeit; die Unzuverlässigkeit der preußischen Politik führe Deutschland aus der Krise in die Katastrophe; der Wille des Monarchen scheine annulliert zu sein; die Minister hätten die Krone auf den Boden des Unmöglichen gestellt; ohne Österreich könne es nur einen innerlich uneinigen und nach außen ohnmächtigen Bundesstaat geben; Deutschland mit Österreich aber machte einen einigen, zur weiteren Ausbildung fähigen, mächtigen Staatenbund aus. Zum Grafen Bernstorff sagte Schwarzenberg, das preußische Kabinett habe einen Bock geschossen — deshalb solle es kein Zerwürfnis geben, nur gestalte sich das gemeinsame Werk jetzt sehr schwierig; Österreich werde sich nunmehr an die Höfe von Stuttgart, München und Hannover wenden; der König von Preußen werde es zu büßen haben: „in Frankreich werden sie sich freuen". „Österreich", so sagte Fürst Schwarzenberg am nächsten Tage, „läßt sich nicht aus Deutschland herausdekretieren durch einen Beschluß der Frankfurter Versammlung; etwas anderes ist es, wenn sich die Fürsten Deutschlands von Österreich abwenden; dann würde sich der Kaiser auf seine Staaten zurückziehen. Österreich hat nicht nur den Staatenbund, sondern auch den Bundesstaat gewollt, das was Preußen anstrebt, ist der einheitliche Staat, was die Republik ist. Möge der König von Preußen die Kaiserkrone nehmen — er wird damit den Republikanern den Weg nicht vertreten, die vielleicht nur wenige Wochen später ihre Wirren über Deutschland ausgießen; wenn es dann drunter und drüber geht, so darf sich Österreich frei von Schuld wissen[196])." Gegen die Kaiserkrone wandte sich Schwarzenberg ein paar Tage später nochmals mit besonderer Energie: Österreich kann einen fremden Kaiser nicht annehmen, der Kaiser Franz Josef hat seine Krone; es wünscht keine andere; würde sie ihm angeboten, entstünde nur Verlegenheit; der Kaiser hat genug für sich zu tun; allein wenn die deutsche Kaiserwürde einem andern Monarchen übertragen würde, so könnten wir dies nicht annehmen; „hinauswerfen aus Deutschland lassen wir uns nicht[197])." Auch die

Wiener öffentliche Meinung wandte sich scharf gegen Berlin und Frankfurt. In dem Leitartikel der Wiener „Presse“ vom 3. Februar war gesagt: Bayern und ein großer Teil Süddeutschlands haben eigene und von Norddeutschland abweichende Interessen. Welche Zukunft hätten diese Staaten, wenn sie, an Preußen gewiesen, von Österreich getrennt, in eine unnatürliche Bahn genötigt würden? Das natürliche Becken des Handels von Österreich und Süddeutschland ist der Osten; durch den Lauf des Inn und den Lauf der Donau ist Österreich mit den süddeutschen Staaten eng verbunden[198]).

Schon vor dem Bekanntwerden der preußischen Note hatte Fürst Schwarzenberg den Grafen Rechberg in besonderer vertraulicher Mission nach München, Stuttgart und Frankfurt gehen lassen; die Absicht war, für die geplante Truppenzusammenziehung bei Frankfurt in der Höhe von 40 000 Mann unter dem Kommando des Königs von Württemberg zu wirken und die gemeinsame Erklärung Österreichs und der königlichen Höfe in Frankfurt über die Notwendigkeit sofortiger Vereinbarung vorzubereiten (vgl. oben S. 355). Während Rechberg in München war, erschien die preußische Zirkularnote, und sogleich erhielt er eine neue Instruktion von Schwarzenberg. Sie entsprach inhaltlich teilweise der Note, die Österreich am 4. Februar als Antwort nach Frankfurt ergehen ließ und in der es den Bundesstaat im Bunde ablehnte, aber am Einigungswerk weiter mitzuarbeiten erklärte[199]). In der Instruktion für Rechberg wurde der Gedanke der Einteilung Deutschlands in sechs Kreise wiederaufgegriffen; die deutschen Könige sollten an die Spitzen dieser Kreise treten und zum Anschluß an die am 4. Februar gemachten Eröffnungen gewonnen werden. Graf Rechberg wurde vom König Maximilian mit großer Auszeichnung empfangen: er wolle nur mit Österreich zusammengehen, sagte der König, und sei bereit, allein oder gemeinsam mit den anderen Königen einen Sonderbund gegen Preußen zu schließen. Graf Rechberg durchschaute den König von Bayern sofort und bezeichnete als seine hervorstechendsten Charakterzüge „seine Unentschlossenheit und die maßlose Sucht, die Rolle einer großen Macht zu spielen“. Graf Bray, der schwankend war und es mit der teilweise zu Preußen neigenden Linken nicht verderben wollte, erhielt vom König Max den direkten Befehl, sich den österreichischen Vorschlägen anzuschließen und dementsprechend den stellvertretenden Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, v. Xylander, zu instruieren. In Stuttgart fand Graf Rechberg die Gesamtlage ungünstiger als in München; „der Boden weicht unter den Füßen des Königs, über das ganze Land breitet sich ein republikanisches Netz, die Staatsmaschine ist desorganisiert“, schrieb er nach Hause. König Wilhelm versicherte aber auch, nur mit Österreich gehen zu wollen; mit dem „perfiden Preußen“ wolle er sich nicht einlassen; der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt solle erklären, man wünsche in Stuttgart ein Direktorium an Stelle der einheitlichen Zentralgewalt, um das Verbleiben Österreichs im Deutschen Bunde zu sichern. In Darmstadt eröffnete Rechberg dem Prinzen Emil, dem alten österreichischen Vertrauensmann, Österreich wolle durchaus keinerlei Mediatisierung, sondern erstrebe nur die Vereinigung der militärischen Kräfte — Österreich habe immer die einstimmige Einwilligung der Fürsten in der Verfassungsfrage verlangt. In Karlsruhe fand Rechberg wenig Entgegenkommen, der frühere badische Minister v. Blittersdorff arbeitete energisch für das preußische Erbkaiser-

tum und erklärte, durch eine neue revolutionäre Schilderhebung könnten alle Fürsten außer dem preußischen König und dem österreichischen Kaiser mit einem Schlage weggefegt werden. In Frankfurt sprach Rechberg den Reichsverweser, der ihn mit den Worten begrüßte: „Sie stehen einem moralisch und physisch abgenutzten Manne gegenüber." Und bitter beklagte sich Erzherzog Johann über sein „an Preußen wenigstens durch moralische Bestechung verkauftes Ministerium". Österreichs einzige Stütze im Reichsministerium war noch der Unterstaatssekretär v. Biegeleben, der aber ganz isoliert stand. Angesichts der sehr schwierigen Stellung Schmerlings empfahl Rechberg „vage" Instruktionen, damit Zeit gewonnen und die Entscheidung hingezögert werde. Schmerling erzählte dem Grafen Rechberg, er habe von Preußen einen beliebigen Ministerposten angeboten bekommen, so viel käme Preußen darauf an, ihn von Frankfurt zu entfernen; Gagern, meinte Rechberg, habe die Anarchie bekämpft, es stehe aber zu befürchten, daß er sich mit ihr verbinden werde zur Erfüllung seines Lebenstraumes. Schon zeigten sich ja wieder aufrührerische Straßenplakate in Frankfurt, die seit dem 18. September verschwunden waren[200]).

So baute sich also eine süddeutsch-niedersächsisch-österreichische Kampffront gegen Berlin und Frankfurt auf. Die preußische Presse schlug jetzt zeitweise einen recht scharfen Ton gegen Österreich an: es sei hinfällig und in militärischer Hinsicht leistungsunfähig — schon deshalb habe es keinen Anspruch auf den ersten Platz in Deutschland[201]). Um so stolzer war man in Berlin, wenn sich die Kleinstaaten um militärischen Schutz an Preußen wandten, wie es jetzt von Hohenzollern-Hechingen, Anhalt, beiden Mecklenburg geschah; die Eifersucht der größeren sah in dieser militärischen Assimilation ein verdächtiges Manöver, besonders im Augenblick der Entscheidung über das Frankfurter Reich[202]). Die Veröffentlichung der preußischen Zirkularnote vom 23. Januar im Staatsanzeiger machte sie zum Manifest, wie Graf Trauttmansdorff urteilte[203]). Dieser biedere, steife altösterreichische Kavalier, der nun seit Jahr und Tag den Kaiserstaat in Berlin mit diskreter Indolenz, ordentlich, aber ohne Ideen, vertreten hatte, fühlte sich durch die Zirkulardepesche geradezu vor den Kopf geschlagen. Er sah darin einen Akt „eklatanter Treulosigkeit" und erklärte, noch am Tage vorher vom Grafen Brandenburg und Grafen Bülow Äußerungen vernommen zu haben, die einen solch „rücksichtslosen Betrug" eigentlich ausschlossen; der König sei irregeführt worden. In der Tat hatte noch am 22. Januar Graf Bülow dem österreichischen Gesandten entwickelt, das Frankfurter Parlament solle sich selber zugrunde richten, man wolle lange Nachsicht mit ihm haben, auch eine Vereinbarung versuchen, aber jedenfalls es nicht gewaltsam auflösen, da es immer noch eine große Hoffnung in vielen Landesteilen sei und seine zerstreuten Abgeordneten überall Unruhe verbreiten würden; der König wolle die Oberhauptswürde nicht. Dies war sicher ein ganz anderer Ton als der des Rundschreibens. Aber das half nun alles dem alten Trauttmansdorff nichts; er hatte sich eben einwickeln lassen; Schwarzenberg berief ihn von seinem Posten ab, und in der Öffentlichkeit wirkte dieser Schritt als eine Strafe für grobe Fahrlässigkeit in der Berichterstattung[204]).

Trauttmansdorffs Nachfolger wurde Freiherr Prokesch v. Osten; er trat Anfang März den neuen Posten an und kam also gerade recht zum Endkampf um

die Kaiserkrone: einer der merkwürdigsten Menschen der Zeit, bescheidenen Herkommens aus dem steiermärkischen Winkel, aus Graz, wo sich schon das Südostdeutsche mit dem Slawischen berührt, verführerisch an Gestalt und geistiger Begabung, glühend und sprühend, Offizier und Poet, von Ehrgeiz und Bildungshunger vorwärts- und immer höher getrieben — so macht dieser universale Humanist einen ungewöhnlichen Weg, der den alten österreichischen Kaiserstaat ebenso ehrt wie ihn. Aus dem Orient holt sich der diplomatische Offizier nicht nur seinen Adelstitel: er schreibt griechische Geschichte nach dem Muster des Thukydides, sammelt antike Münzen und dringt zu den Katarakten des Nil vor, die er ebenso sachlich wie hinreißend beschreibt. Welch eine Weisheit seines alten Gönners, des Fürsten Schwarzenberg, diesen zum halben Levantiner gewordenen Romantiker, diesen Magier der Rede und der Schreibe aus der Odyssee seiner griechischen Gesandtschaftszeit wegzuholen und ihn bei Friedrich Wilhelm IV. anzusetzen! Hatte er doch alles leibhaft gelebt, was dieses Königs Inbrunst zu träumen liebte. Geschmeidig, aber zähe, überlegen an persönlichem Zauber und Weltkunde, ein warmherzig-geschickter Neuösterreicher im Besten, was es für den Kaiserstaat geben konnte, persönlichste Verkörperung zukünftiger Ostpolitik, so trat Prokesch auf den kahlen, kalten Boden Norddeutschlands, widerwillig und doch auch gelockt durch die Bedeutung der neuen Aufgabe, bald populär schon durch die Eleganz seines weißen Generalsrockes[205]).

*

In Berlin ging es schon vor Prokeschs Eingreifen völlig drunter und drüber. Der König machte dem Grafen Bülow die bittersten Vorwürfe über seine Politik. Der russische Gesandte Baron Meyendorff ließ seinen Einfluß spielen: „Täuschen sich Eure Majestät nicht", sagte er wörtlich Friedrich Wilhelm IV., „die Kaiserkrone von Frankfurt annehmen, hieße nichts anderes, als sich vor den revolutionären Wagen spannen und Herrn v. Gagern zum Kutscher machen[206]). Der Ministerpräsident Graf Brandenburg selbst war der intimste Gegner der durch die Zentralnote eingeschlagenen Richtung; er beurteilte die Lage sehr düster und redete auf seine simple Art vom Kampf mit dem „Sozialismus", wagte aber in der Außenpolitik gegenüber diplomatischem Wortschwall keine eigene Initiative[207]). Nach dem Eindruck des württembergischen Gesandten ähnelte die Lage in Preußen sehr derjenigen zur Zeit von Haugwitz und Luchesini, da man beständig zwischen Vergrößerungsehrgeiz und loyalen Hemmungen hin und her schwankte[208]). Auf die Courage folgte immer die Angst, und aus der Angst rappelte man sich zu einer neuen Courage auf. Zuerst war man in der diplomatischen Welt Berlins zornig über die Zirkularnote; bald aber trat mokante Geringschätzung an die Stelle. Die kleinen deutschen Gesandten, Graf Lerchenfeld (Bayern), Reinhard (Württemberg), v. Wangenheim (Hannover) und v. Beust (Sachsen) veranstalteten Anfang Februar eine „private" Zusammenkunft, bei der beschlossen wurde, auf die Denkschrift der königlichen Höfe zum Verfassungsentwurf der Siebzehn zurückzugreifen und der Nationalversammlung in Frankfurt sofort ein Staatenhaus entgegenzusetzen — hinter dem sich dann die Einzelregierungen verstecken wollten; der „Imperialismus", der Kaisergedanke also, formuliert man hier sehr praktisch, ist identisch mit dem Republikanismus, während der Mon-

archismus nur durch den Partikularismus gehalten werden kann. Die Königreiche suchten also Hilfe und Schutz bei Österreich, während die kleineren Kleinstaaten es mit Preußen nicht verderben wollten. Ein Potentat nach dem andern erschien jetzt mit geschäftiger Ängstlichkeit in Berlin. Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha arbeitete hier, beraten von seinem belgischen Onkel, für den „sächsischen Kreis"; sogar der Kurfürst von Hessen ließ sich in Berlin sehen; niemand verstand, warum er sich bei den überaus kalten Beziehungen zwischen den beiden Höfen die Unbequemlichkeit der Reise gemacht hatte — er wollte aber Hannover und das Großherzogtum Hessen anschwärzen und sich nähere Auskünfte über die Kaiserfrage holen[209]). „Eine Perle zur preußischen Kaiserkrone bringen" wolle er durchaus nicht, versicherte er: „Es ist besser, König von Gottes Gnaden als Kaiser von Volkes Gnaden zu sein[210])." Geradezu sensationellen Eindruck in Berlin machten die antipreußischen Verhandlungen in den beiden bayrischen Kammern. Die Zweite Kammer wandte sich einmütig gegen ein preußisches Kaisertum, gegen ein halbes Deutschland mit Ausschluß Österreichs; sie erklärte sich für ein „ganzes, großes, freies und mächtiges Deutschland und darin ein freies, kräftiges Bayern". Während in der Zweiten Kammer aber nur von dem preußischen Kitzel gesprochen wurde, ein Stückchen Geschichte zu machen, meinte die Kammer der Reichsräte ihren ritterlichen Sinn und ihren blau-weißen Patriotismus noch kräftiger dadurch bekunden zu müssen, daß sie beschloß: „Die Kammer glaubt dem Gebote der Ehre und Pflicht zu folgen, indem sie sich gegen ein preußisches Kaisertum erklärt." Der preußische Gesandte richtete deshalb eine amtliche Beschwerdenote an den bayrischen Außenminister Grafen Bray, erhielt aber keine Antwort darauf; lediglich mündlich wurde erklärt: die Absicht, zu verletzen, habe fernegelegen; man bedauerte, daß eine Blöße in der Form gegeben war, aber in der Sache gab es bei den Maßgebenden nur eine Ansicht in München[211]). Als bei einem Künstlerfest, dem auch das Königspaar beiwohnte, ein Melodrama aufgeführt wurde, das die Wiedererstehung Friedrich Barbarossas zeigte, und als zum Schluß unter rauschender Musik und dem Jubelruf aller Mitspielenden die Verse ertönten:

„Der Kaisergeist schlief einst in deutschen Landen,
Des Kaisers Herrlichkeit — sie ist erstanden!" —

verhielt sich das Publikum völlig stillschweigend, in eisiger Ablehnung. Die Verstimmung war groß, und alle sagten: man sehe wohl, daß dieses Gedicht schon vor einigen Monaten geschrieben sein müsse[212]).

Die Sympathien für Österreich nahmen in demselben Maße zu wie Preußens Isolation. So versuchte man in Berlin wieder einzulenken. Graf Bülows Stellung war erschüttert. Er versprach den Gesandten der königlichen Höfe, die sich gegen Deutschlands Zerstückelung wehrten, die Befugnisse der Zentralgewalt sollten minder unitarisch gestaltet werden, man wolle mit Österreich über ein Direktorium verhandeln. Nach Frankfurt ging das Ersuchen, man möge die zweite Lesung der Reichsverfassung noch verschieben, um Zeit für eine Einigung unter den Regierungen zu lassen. Aber in Frankfurt war man der richtigen Meinung, daß Zeit nicht mehr verloren werden könnte. Am 22. Februar war Graf Bülow gestürzt, und der vormalige Gesandte in Wien, Graf Arnim-Heinrichsdorf, wurde sein Nach-

folger. Diese Wahl war gemeint als ein Zugeständnis an das österreichische Kabinett, konnte aber das vorhandene Mißtrauen nicht so schnell zerstreuen, besonders da Graf Brandenburg zu spröde war, um nun recht schnell, wie es der König wollte, diese Ernennung in Wien als Symptom preußischer Versöhnlichkeit zu erläutern. Man hatte mehr den Eindruck der immer zunehmenden Schwäche und Verwirrung in der preußischen Regierung[213]). Graf Arnim lenkte zum Ärger Camphausens und Bunsens wieder zurück in eine skeptische Haltung gegenüber Frankfurt und in die alten Bestrebungen, durch direkte Verhandlungen mit Österreich und den königlichen Höfen zu irgendeinem Ergebnis zu kommen. Die Maßnahmen seines Vorgängers konnte er aber nicht ungeschehen machen. Dem neuen österreichischen Gesandten v. Prokesch gab er sich bei seiner ersten Unterredung freundlich, aber wortkarg und empfindlich; Prokesch merkte wohl, daß es nur eine Gewißheit bei der preußischen Politik gab, nämlich die Tatsache ihrer völligen Unsicherheit; er unterschätzte aber durchaus nicht die Bedeutung des Gedankens, eine Erweiterung der preußischen Herrschaft durchzusetzen, der durch England gestützt war. Mit derselben Geschwindigkeit, mit der der Hegemoniegedanke in der Zirkularnote vom 23. Januar hervorgetreten und dann wieder zurückgetreten war, konnte er wieder auftauchen[214]).

Der französische Gesandte de Tallenay machte einmal die richtige Bemerkung: das Frankfurter Parlament war im Begriff, wie Butter zu zerschmelzen, als die preußische Zirkularnote ihm einen neuen Halt gab. In der Tat: das Frankfurter Selbstbewußtsein hatte sich entschieden gekräftigt, und es vollzog sich deshalb dort eine Reihe von Ereignissen, die Graf Bülows Sturz beschleunigt haben. Heinrich v. Gagern lehnte in einem Schreiben an Camphausen die weitere Hinausschiebung der zweiten Lesung deshalb ab, weil „das deutsche Verfassungswerk seinen entscheidenden Fortschritt zur endlichen Lösung" gemacht haben müsse, wenn das neue preußische Parlament zusammentrete; es bestünde die Gefahr, daß viele Abgeordnete der Paulskirche dann nach Berlin gehen würden; und Gagern berührte ein altes, schon im Sommer 1848 wiederholt angeschlagenes Motiv: „abgesehen davon, daß ein gleichzeitiges Tagen so großer politischer Versammlungen innerhalb des gemeinsamen Vaterlandes nicht zu wünschen, kaum künftig zu ertragen sein wird[215])".

Das Frankfurter Parlament arbeitete also weiter an seiner Reichsverfassung; es war nach Camphausens Ansicht jetzt bei dem Allerwichtigsten, nämlich dem Wahlgesetz angekommen. Camphausen wünschte es „konservativ", annehmbar und anwendbar nicht nur für das Volkshaus des Reiches, sondern auch für die Zweiten Kammern aller deutschen Staaten[216]). Elf Sitzungen, vom 15. Februar bis zum 2. März, waren mit den Beratungen über das Wahlgesetz ausgefüllt. Der Verfassungsausschuß hatte das allgemeine Wahlrecht und öffentliche Abstimmung vorgeschlagen[217]). Vor Schmerlings Sturz hätte diese Bestimmung bei dem ausgesprochenen Widerwillen der Einzelstaaten niemals durchgehen können. Jetzt schlossen sich auch die rechtsstehenden Österreicher der Linken an und belasteten gerade durch das allgemeine Wahlrecht mit vollem Bewußtsein die Reichsverfassung so sehr, daß sie für die Fürsten, besonders den König von Preußen, immer weniger anziehend wurde. Ausgesprochene Monarchisten, wie Somaruga, Neuwall und Beda Weber, stimmten also mit entschiedenen Republi-

kanern zusammen. Der Antrag Georg Beselers, das Wahlrecht an eine bestimmte Steuer bzw. an ein bestimmtes Einkommen oder Grundeigentum zu knüpfen, fand nur 117 Anhänger; alle Österreicher, außer einem einzigen, stimmten dagegen. Sogar die öffentliche Abstimmung fiel, eine ganz knappe Mehrheit (239 gegen 230 Stimmen) setzte die geheime Abstimmung fest. Das Spiel der Linken war ehrlich; sie kämpften für ein Prinzip, dem die Zukunft gehörte; das Spiel der Österreicher war aber unehrlich; sie benutzten eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung zu einem taktischen Manöver und verfälschten so, moralisch und politisch, die Gesamtlage. Mit dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht war voraussichtlich nicht nur der König von Preußen, sondern die Gesamtheit der maßgebenden Kräfte des damaligen preußischen Staates nicht zu haben. Die Kämpfe um das Wahlgesetz vollzogen sich bereits unter der neuen, der letzten Parteigruppierung im Frankfurter Parlament.

Österreich gab auf die preußische Zirkularnote vom 23. Januar überhaupt keine direkte Anwort, sondern verblieb in einer „vagen", ablehnenden Haltung, während es die Königreiche bearbeitete. Der Erfolg zeigte sich in den Antworten Bayerns und Hannovers an Preußen: Bayern verlangte eine Verfassung, welche die deutschösterreichischen Länder mitbegriffe, und für den Fall einer nicht österreichischen Zentralgewalt die ebenbürtige Teilnehmerschaft für sich selbst[218]); Hannover bezeichnete die österreichisch-preußische Verständigung als Grundvoraussetzung alles Weiteren; Sachsen sprach dasselbe etwas zaghafter aus; nur Württemberg wollte die Frankfurter Beschlüsse anerkennen, die Oberhauptsfrage aber im Sinne des Direktoriums gelöst sehen. Für das Frankfurter Parlament konnte sich aus diesem Wust von Noten, Promemorien, amtlichen und vertraulichen Eröffnungen, Reskripten, Instruktionen, Programmen, Sitzungsprotokollen und Ministerdepeschen nur das eine ergeben — der Antrieb, seinerseits so schnell wie möglich zu handeln, um durch die Wucht von deutschen Volksbeschlüssen diese ganze brüchige, zersetzte, tief egoistisch-partikularistische Fürstenwelt noch einmal mitzureißen. Die österreichischen Abgeordneten warteten vergebens auf irgendeinen positiven Schritt der Wiener Regierung; da er nicht kam, handelten sie mit ihren Gesinnungsgenossen im Parlament auf eigene Faust, sie setzten dem preußischen Erbkaiserplan den großdeutschen Gedanken gegenüber: jetzt, Anfang Februar, entstand aus dem „Pariser Hof" die großdeutsche Fraktion; als ihr Organ trat die „Frankfurter Zeitung" ins Leben, unter der Schriftleitung Obermüllers, der 1833 den Sturm auf die Frankfurter Hauptwache mitgemacht hatte[219]). Die Großdeutschen traten in der Versammlung in der „Mainlust" am 15. Februar an die breite Öffentlichkeit und versuchten schon hier, die Sympathien der Linken durch eine freiheitliche Ausgestaltung ihres Programmes zu gewinnen. Binnen wenigen Tagen veröffentlichten sie einen eigenen Verfassungsentwurf, der mit unbestreitbarem politischem Geschick allen föderalistischen und partikularistischen Strömungen entgegenkam: möglichste Einengung der Reichsgewalt, kein Reichsrat, kein einheitliches Oberhaupt — eine Reichsregierung vielmehr aus sieben Gliedern, mit einem Reichsstatthalter an der Spitze, und diese höchste Würde alternierend alle drei Jahre zwischen Österreich und Preußen: ein Projekt, das zwar in Berlin so wenig Beifall fand wie in Wien, in den Königreichen und bei allen antipreußisch gestimmten, demokratischen und klerikalen Gruppen im

„Reiche" aber viel Glück haben mußte. Die Antwort der Erbkaiserlichen auf die „Mainlust"Versammlung war der entschlossene Versuch, alle Anhänger der preußischen Spitze nun auch in einer einzigen Fraktion zu sammeln; am 17. Februar fand im „Weidenbusch" die erste Zusammenkunft statt — die „Weidenbusch"Partei war damit ins Leben getreten, die Partei der Kleindeutschen, wie sie von den Großdeutschen spöttisch genannt wurde. Die Gegensätze hatten sich jetzt klar herausgestaltet: Gagern und Schmerling standen sich mit ihren Anhängern als eine größere und als eine kleinere Minorität gegenüber; die Entscheidung lag bei der dritten Minorität, der Linken. Die Großdeutschen und die Linke wurden auf je 120 bis 130 Stimmen, die Erbkaiserlichen auf 220 bis 230 Stimmen geschätzt.

Die kleinen Regierungen Norddeutschlands wetteiferten jetzt, ihr Einverständnis mit der Politik des Ministeriums Gagern in Frankfurt und Berlin zu erklären. Auch Baden eröffnete durch den Mund des Ministers v. Dusch, daß es Preußen folgen wolle; aber hinsichtlich des Inhalts der Reichsverfassung wolle es „Gut und Blut daransetzen, nicht in eine Stellung gebracht zu werden, welche hinter der Württembergs oder Sachsens zurücksteht"; so stark war die Eifersucht der Kleinen erwacht, daß die badische Regierung nicht nur auf die intensive Ausbildung und Entwicklung ihres Landes hinwies, die das kleine Minus von Areal und Bevölkerung gegenüber Württemberg reichlich ersetzte, sondern sogar erklärte, sie könne aktenmäßig nachweisen, daß auch dem Kurfürsten von Baden der Königstitel von Napoleon angeboten worden sei, von ihm aber aus Bescheidenheit zurückgewiesen worden sei — vorher habe Baden als achter, Württemberg aber nur als neunter Kurstaat auf der Kurfürstenbank gesessen, und nachher im Rheinbund habe der König von Württemberg das Präsidium des Großherzogs von Frankfurt zu erleiden gehabt[220]).

Gegen solche Armseligkeiten mußten sich Gagern und Camphausen behaupten! Mit der ihm eigenen Gründlichkeit arbeitete Camphausen jetzt die Reichsverfassung zusammen mit den anderen Bevollmächtigten durch und befürwortete bei seiner preußischen Regierung eine Menge Zusatzvorschläge und Änderungen für die zweite Lesung. Überhaupt verdient ja das Maß an Fleiß und Hingabe hohen Respekt, mit dem die Erbkaiserlichen alle Möglichkeiten einer günstigen Lösung zu erschöpfen versuchten. Trotz der erneut spröden und zweideutigen Haltung Berlins verloren sie nicht Mut und Hoffnung. Wiederholt stand das Ministerium Gagern vor der Gefahr des Sturzes; die Nachfolgerschaft wäre dann einer Kombination Schmerling-Heckscher-Wydenbruck-Welcker zugefallen. Am 23. Februar lag die Kollektiverklärung von 26 Regierungen zugunsten der preußischen Führung mit Verbesserungsvorschlägen vor, als Antwort auf die Aufforderung der Zentralgewalt vom 28. Januar, sich zu dem in erster Lesung vorliegenden Verfassungswerk zu äußern. Zehn Regierungen gaben Einzelerklärungen ab, mit Vorbehalten. Keine Antwort war von Österreich, Hannover und Liechtenstein gekommen. Württemberg legte erst in der Sitzung des Gesamtreichsministeriums vom 24. Februar eine vertrauliche Antwort vor, in der es hieß: „Eine Lostrennung Österreichs aus dem deutschen Staatsverbande müßte die königliche Regierung als eine freiwillige Selbstverstümmelung des Vaterlandes ... betrachten." Schmerling erklärte in der Sitzung zum allgemeinen

Befremden: „Ich habe gar keine Erklärung abzugeben und muß mich darauf beschränken, mit Interesse von allen Bemerkungen Kenntnis zu nehmen, welche von seiten der Regierungen abgegeben worden sind, und dieselben sofort meiner Regierung mitzuteilen[221]). Bayern verhandelte inzwischen mit Schmerling und den königlichen Regierungen; der bayrische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld übernahm die Stellung eines Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt und arbeitete mit den Bevollmächtigten Österreichs, der Königreiche und der mißvergnügten Kleinstaaten Baden, Kurhessen, Braunschweig und Sachsen-Weimar ein großdeutsches Direktoriumsprojekt aus, das in allen wesentlichen Punkten mit dem Entwurf der großdeutschen Partei übereinstimmte, den Wechsel zwischen Österreich und Preußen aber nur alle Jahre eintreten lassen wollte[222]). Bayern war auch diesmal der Führer des Widerstandes gegen den preußischen Erbkaiser, während sich Österreich immer noch zurückhielt: sein Bevollmächtigter Schmerling setzte aber alles daran, die zweite Lesung der Verfassung hinauszuschieben.

Zwischen dem Großdeutschtum im Frankfurter Parlament und dem Großösterreichertum des Fürsten Schwarzenberg gab es recht erhebliche Unterschiede; Heckscher, Somaruga und der Bayer v. Hermann merkten das wohl an dem Empfang, den sie als Abgesandte der großdeutschen Partei in Olmütz erfuhren. Somaruga schrieb an Arneth, es sei für die deutsche Sache dort nichts zu machen[223]). „Frankfurt", sagte Fürst Schwarzenberg, „steht auf dem Boden der Revolution; Österreichs Aufgabe ist es, die Revolution zu bekämpfen." Und zu Heckscher gewandt fuhr er fort: „Sie sind selbst Minister gewesen, sagen Sie mir, ob es möglich ist, mit diesen Grundrechten zu regieren?" Schwarzenbergs Sprache war hochfahrender als je: „Österreich wird sich unter keinen Umständen dem Frankfurter Parlament unterordnen; Österreich kann jetzt sprechen, und es wird sprechen" — sagte er zum württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, der seinen Eindruck dahin zusammenfaßte: „Der Fürst weiß, was er will und wie er es will[224])." Als nun Schmerling endlich Anfang März von Schwarzenberg instruiert wurde und mit einem greifbaren Vorschlage in der Konferenz der Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt hervortrat, sah dieser doch wesentlich anders aus, als es sich die Großdeutschen wünschten. Österreich schlug jetzt ein neunstimmiges Direktorium von sieben Köpfen vor, womöglich gebildet aus Mitgliedern regierender Häuser; Österreich und Preußen sollten je zwei Stimmen, Bayern eine Stimme führen, in die übrigen sollten sich alle übrigen Staaten teilen; der Vorsitz sollte dauernd Österreich zufallen, über eine Volksvertretung war nichts gesagt. Da hatte man nun den ganz kräftigen Streich gegen den preußischen Erbkaiser; dieses Direktorium war wirklich nichts anderes als ein verengerter Bundestag; auf einen neuen Bundesstaat war damit verzichtet, der Rückweg zu den alten staatenbundlichen Verhältnissen eingeschlagen[225]). Es war kein Wunder, daß die vier königlichen Regierungen sich prinzipiell mit den Fundamenten dieses Baues einverstanden erklärten. Im Frankfurter Parlament mußte die Wirkung anders sein; Preußen und die Erbkaiserlichen sahen jetzt, wohin die Reise ging.

Aber die Hauptüberraschung kam noch. Die Nachricht von der Auflösung des Reichstages von Kremsier und der Oktroyierung der neuen österreichischen Gesamtstaatsverfassung traf am 11. März nachts in Frankfurt ein. Schmerling

erhielt von Schwarzenberg den Auftrag, eine vom 9. März datierte Note dem Reichsministerium zu übergeben; darin verlangte der Fürst den Eintritt des gesamten Kaiserstaates in den neuen Staatenbund, ein nicht aus Volkswahlen hervorgegangenes, sondern aus Kammermitgliedern der Einzelstaaten zusammengesetztes Staatenhaus und — das war das Äußerste — in diesem Staatenhaus 38 Stimmen für den Kaiserstaat und nur 32 Stimmen für das ganze nichtösterreichische Deutschland[226]). Ein solches Großösterreichertum mußte allerdings das Frankfurter Großdeutschtum zerschlagen. Schmerling selbst, der einem der Hauptwortführer der Großdeutschen, dem alten Welcker, sogleich genaue Mitteilungen über diese Wendung machte, schickte als Antwort auf den Empfang der Note, die er am 13. März übergab, sein Entlassungsgesuch nach Olmütz und ersuchte gleichzeitig Gagern, ihm keine amtlichen Mitteilungen mehr zukommen zu lassen. Arneth und Würth erklärten ihren Austritt aus dem Frankfurter Parlament; die anderen Österreicher hätten den gleichen Grund gehabt, zogen aber vor zu bleiben, um wenigstens den preußischen Erbkaiser zu verhindern.

Die großdeutsche Fraktion spaltete sich. Ohne seinen Gesinnungsgenossen ein Wort zu sagen, stellte Welcker am 12. März in der Paulskirche den berühmten Antrag, die gesamte deutsche Reichsverfassung in dem zur zweiten Lesung vom Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurf durch einen einzigen Gesamtbeschluß anzunehmen und die erbliche Kaiserwürde dem König von Preußen zu übertragen; Österreich solle der Eintritt in den Bundesstaat für die deutschösterreichischen Lande weiterhin offenbleiben. Es war ein großer und kühner Schlag, ganz echt aus Welckers prachtvollem Kämpfertemperament geboren; er konnte das werden, was Dahlmann kurz vorher zuerst schlagwortmäßig, angesichts der Hochflut von bürokratischer Tintenklexerei, bei der Diskussion über das Veto des Oberhauptes, die „rettende Tat" genannt hatte[227]). Seit dem Kampf um die Reichsverweserschaft hatte das Frankfurter Parlament einen so großen Tag nicht erlebt. Heinrich v. Gagern sah den Sieg schon unmittelbar vor sich. Er glaubte bereits alle nichtösterreichischen Großdeutschen hinter sich zu haben und meinte, ein Feilschen um die einzelnen Verfassungsbestimmungen, besonders das Wahlgesetz, sei nicht mehr nötig, man bedürfe der Linken nicht mehr, die Majorität sei jetzt sicher[228]). Es war eine seiner vielen Selbsttäuschungen; durch Welckers Antrag wurden neue Schwierigkeiten eröffnet.

Der erste Schritt des Reichsministeriums hätte jetzt das Ersuchen an Österreich sein müssen, seine Abgeordneten aus der Paulskirche abzurufen und, wenn Schwarzenberg das nicht tat, ihren Ausschluß durch die Zentralgewalt herbeizuführen. Die Zentralgewalt hatte aber leider der österreichische Erzherzog inne, der beim Kampf um den preußischen Erbkaiser als ein zwar passives, aber doch recht schwerwiegendes Hindernis wirkte. Jeder Versuch, die Autorität der Zentralgewalt irgendwie zur Beschleunigung und Klärung der Oberhauptfrage einzusetzen, brachte die Gefahr einer Reichsverweserkrise oder einer Kabinettskrise. Es ergab sich sehr schnell, daß Welckers überraschender Schritt von vielen seiner Gesinnungsgenossen und nun gar von zahlreichen bisherigen Gegnern nicht gebilligt wurde; auch die technische Durchführung war schwer, denn die zweite Lesung der Reichsverfassung mußte erst begonnen werden,

die Abänderungsvorschläge der 27 Regierungen lagen vor, man konnte sie weder unter den Tisch fallen lassen, noch ohne Beratung annehmen. Welcker hatte sich einen großen schnellen Schlag gedacht, unter dem Eindruck des österreichischen Vorgehens; dazu kam es nun nicht, vielmehr wurde lebhaft weiter hin und her debattiert. Hinter den Kulissen gingen daneben die Besprechungen zwischen den Fraktionen. Die Erbkaiserlichen waren zu schwach; mindestens mußten sie den Zuzug der Reste der Partei Westendhall haben. Heinrich Simon aber stellte Bedingungen: den ausdrücklichen Anspruch auf Deutsch-Österreich, das geheime Wahlrecht und das suspensive Veto für den Kaiser. Die Erbkaiserlichen wollten darauf nicht eingehen. Und so wurde der Welckersche Antrag trotz der letzten Anspannung aller Kräfte, trotz der stärksten rednerischen Leistung, die die Paulskirche überhaupt erlebte, der Rede Gabriel Rießers, am 21. März abgelehnt. 283 Stimmen waren dagegen, nur 252 dafür. Sofort nach dieser Entscheidung fand eine Sitzung des Reichsministeriums mit dem Parlamentspräsidenten Simson und den Vizepräsidenten statt. Simson erklärte, es sei kein Anlaß zum Rücktritt gegeben, angesichts der gefährdeten Lage Deutschlands müsse das Reichsministerium vorläufig bleiben. Trotzdem beschloß das Kabinett abends 7 Uhr einstimmig, seine Demission beim Reichsverweser einzureichen. In seinem Schreiben an den Erzherzog Johann erinnerte Gagern an das Programm vom 16. Dezember, das er in sechs Punkten zusammenfaßte (vgl. oben S. 307), und kennzeichnete dann in ein paar knappen Feststellungen die Lage: aus den verschiedenen Erklärungen Österreichs geht hervor, daß es eine Verfassung wie die im Frankfurter Parlament beratene nicht für seine deutschen Staaten annehmen kann; an dem Welckerschen Antrage war das Reichsministerium unbeteiligt, aber seine dem Parlament angehörenden Mitglieder haben ihn unterstützt; durch die Verwerfung dieses Antrages ist eine neue Lage geschaffen; die größeren Staaten folgen den Anordnungen der Zentralgewalt nur in sehr bedingter Weise; am entschiedensten hat sich Österreich der Wirksamkeit dieser Anordnungen entzogen; durch Österreich ermutigt, beharren Bayern und Sachsen auf ihrem Widerstande gegen die Anordnungen der Zentralgewalt; durch das Ausbleiben der Beiträge zur Gründung der Flotte ist dies nationale Institut in Frage gestellt; der Krieg mit Dänemark beginnt von neuem; „die Macht Deutschlands beruht auf der Macht Preußens"; die Parteien sind zerklüftet, das Ministerium hat keine klare Majorität und erbittet deshalb seine Entlassung[229]).

Der Reichsverweser nahm die Entlassung an und bat das Ministerium Gagern, die Geschäfte interimistisch weiterzuführen. Gagern und seine Mitarbeiter entschlossen sich dazu, weil die Erbkaiserlichen den Kampf weiterführen wollten. Denn noch waren ja nicht alle parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft. Auch die Gegner der Erbkaiserlichen konnten einen positiven Sieg nicht erringen; viele von der Linken machten das Bündnis mit den Großdeutschen nicht durch dick und dünn mit, und so fiel im Plenum auch das Direktorium, genau wie der Erbkaiser gefallen war. Die Erbkaiserlichen errangen bei einem erneuten Vorstoß wieder einen Erfolg; die zweite Lesung der gesamten Reichsverfassung wurde auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar sollte nach Eisenmanns Vorschlag Paragraph für Paragraph zur Abstimmung kommen, aber nur unter Berücksichtigung solcher Abänderungsvorschläge, die von fünfzig Mitgliedern unterstützt

wurden. Die freimütige Bankerotterklärung des Kabinetts Gagern war deshalb zum mindesten voreilig; man hätte besser getan, Simsons Rat zu befolgen. Wenn es nun doch zum Siege kam, so stand das Ministerium Gagern mit geminderter Autorität dabei. Das Bündnis zwischen den Erbkaiserlichen und der Gruppe Heinrich Simon kam nun zustande. Die Erbkaiserlichen taten dasselbe, was sie den konservativen Österreichern vorgeworfen hatten: sie erklärten zum großen Teil, für stark demokratische Verfassungsbestimmungen eintreten zu wollen, die sie bis dahin immer verworfen hatten. Über 100 Mitglieder der Erbkaiserlichen verpflichteten sich schriftlich, für das aufschiebende Veto und das Wahlgesetz zu stimmen; 81 Mitglieder, unter ihnen auch Heinrich von Gagern, gingen noch die folgende schriftliche Zusage ein: „Die Verfassung, wie solche von der Nationalversammlung beschlossen werde, für dergestalt gültig anzuerkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite diese etwa verlangt werden sollten, nicht stimmen würden[230]).“

Diese Unabänderlichkeitsformel war doch eine recht schwere Bindung für die Erbkaiserlichen; es wickelte sich nun das merkwürdige Schauspiel ab, daß die Linke, die sich zur Zeit der Maienblüte der Revolution 1848 nicht hatte durchsetzen können, mitten in der Gegenrevolution von 1849 einen Enderfolg nach dem andern errang. Angesichts der verzehrenden Eifersucht zwischen den Großmachts- und Kleinstaatspartikularisten gehörte eben die politische Zukunft dem demokratischen Reichspatriotismus, dem auf der organisierten Masse aufgebauten deutschen Nationalstaate. Das gleiche und geheime Wahlrecht fand eine sehr große Majorität; das suspensive Veto siegte über das absolute Veto; ja nicht nur bei Gesetzen, sogar bei Verfassungsänderungen sollte das Oberhaupt nur das suspensive Veto haben. So taten die Österreicher weiter alles Mögliche zur Empörung der Erbkaiserlichen, um die Verfassung vom monarchischen Standpunkte aus zu verschlechtern; und was die Linke nicht von den Österreichern bekam, erhielt sie von den Erbkaiserlichen. So gelang es, mit Hilfe von Hildebrand, Claussen, Löwe von Kalbe, Heinrich Simon und Genossen den Erbkaiser durchzubringen — aber nur mit vier Stimmen (267 gegen 263); den Ausschlag hatten schließlich doch — vier Österreicher gegeben, die loyal genug waren, die Schwarzenbergische Gewaltpolitik mit dem Eintreten für die preußische Führerschaft zu beantworten. Der letzte Schlag der vereinigten schwarzgelben und großdeutschen Demokraten war die Beseitigung des Reichsrates aus der Verfassung — ebenfalls am 27. März. Der Reichsrat war gedacht als ein Kollegium der Bevollmächtigten der Einzelstaaten mit der Funktion der Begutachtung der Gesetzentwürfe. Da die Verfassung ein Staatenhaus enthielt, das zur Hälfte durch die Regierungen, zur Hälfte durch die Volksvertretung der Einzelstaaten ernannt werden sollte, und zwar auf sechs Jahre, mit Erneuerung alle drei Jahre (§ 86f.), so war das einzelstaatliche Interesse immerhin ausreichend vertreten; trotzdem wäre der Reichsrat, genau wie der Bundesrat der Bismarckschen Reichsverfassung, in dem er wieder auflebte, ein praktisches Instrument einer diskret ausgleichenden Reichspolitik gewesen; das Wegfallen des Reichsrates machte die Reichsverfassung gerade für die größeren Kleinstaaten noch ungenießbarer.

Am 28. März 1849 konnte nun das Frankfurter Parlament zur Kaiserwahl schreiten. 538 Mitglieder waren anwesend; nur 29 fehlten. 290 Abgeordnete wählten König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen; 248 enthielten sich der Wahl. Man konnte also sagen, daß die Wahl einstimmig gewesen war. Ganz linksstehende Männer wie Heinrich Simon, Rösler von Öls, Zimmermann von Spandau, der Schwabe Schoder, Graf Oskar Reichenbach und Mölling aus Jever wählten den preußischen König, zum Teil getreu der getroffenen Abrede, zum Teil aus einem spontanen Gefühl für den großen geschichtlichen Augenblick. Der einzige Fürst, der noch in dem Frankfurter Parlament saß, Fürst Waldburg-Zeil, enthielt sich der Stimme mit den Worten: Ich bin kein Kurfürst. Hier blitzte etwas Welthistorisches auf. Nur Fürsten hatten den alten römischen Kaiser deutscher Nation küren dürfen; eine deutsche Volksvertretung hatte nun einen Volkskaiser gewählt, zum ersten und einzigen Male. Das neunzehnte Jahrhundert hatte schon manche Königswahl durch Volksvertretungen gesehen: der französische Senat berief Ludwig XVIII. auf den Thron, die Nationalversammlungen von Griechenland, von Belgien wählten sich die Könige für diese neugegründeten Staaten aus dem Kreis der deutschen Fürsten. Der Vorgang in der Frankfurter Paulskirche hatte also für die Zeitgenossen nicht den Charakter eines völligen Sonderfalles; er war ein natürlicher Ausfluß der herrschenden Überzeugung vom demokratischen Verfassungsstaat. Zwei Momente freilich brachten diese Kaiserwahl aber doch in Gegensatz zu allen Königswahlen: einmal wurde hier einem gekrönten Haupte eine gewissermaßen ranghöhere Krone im Namen des Volkes angeboten — darin lag für die Strengen eine Art Verletzung des monarchischen Prinzips; und dann: die mit dieser Krone verbundene Herrschaftsstellung war erst zu erringen gegenüber dem Mißtrauen und der Ablehnung der partikularen monarchischen Gewalten. Die Frankfurter Kaiserwahl bedeutete also aus diesem doppelten Grunde eine Erschütterung des Monarchismus in Deutschland. Gegen die ganze Buntheit der vorhandenen Legitimismen und Konstitutionalismen trat nun eine in Deutschland neue Möglichkeit auf den Plan: die Verbindung von Demokratie und Kaisertum.

*

Am 28. März, dem Tag der Kaiserwahl, sind Reichsverfassung und Reichswahlgesetz amtlich verkündet worden. Das Frankfurter Parlament hatte sein Werk vollendet, sehr spät und sehr mühsam, wie es selbst am besten wußte. An dieses Werk glaubte es, so stark es nur immer an sich selbst geglaubt hatte. Betrachtet man das Werk, die schließlich zustande gekommene Reichsverfassung, noch einmal in ihrer Gesamtheit, so fällt auf, wie sehr doch alles Kompromißlerische, alles, was nur aus den taktischen Notwendigkeiten parlamentarischer Kampfsituationen ganz begriffen werden kann, verschwindet hinter einem freien und stolzen Zuge. Die Kühnheit des Märzgeistes von 1848 lebte noch merkwürdig frisch in den sieben so schwer erarbeiteten Abschnitten. Diese Reichsverfassung war eine Tochter der Revolution; das Beste hatte sie mitbekommen, was in dieser so sehr deutschen Revolution zutage getreten war. Der aktuellen Lage vom März 1849 paßte sie sich nun gar nicht an — trotzig und mutig waren die großen Anfänge, der Geist des Raveauxschen Antrages, das „Einzig und

allein" Soirons, Heinrich v. Gagerns kühner Griff fortgesetzt und vollendet. Schlicht und klar, noch erfüllt von der sprachlichen Gewissenhaftigkeit der großen literarischen Epoche, mit einem zugleich juristisch korrekten und philosophisch verantwortungsvollen Feingefühl für die Form — so baut diese Reichsverfassung auf dem Reichsgebiet die Reichsgewalt auf, stattet diese Reichsgewalt aus mit den Hoheitsrechten der diplomatischen Vertretung, der internationalen Vertragsschließung, der Entscheidung über Krieg und Frieden, der Verfügungsgewalt über das Heer und die Reichsmarine, der Oberaufsicht über Verkehrs- und Postwesen; diese Reichsgewalt wird dann in dem Reichsoberhaupt, dem Kaiser der Deutschen, personifiziert, dem erblichen Inhaber der höchsten Würde, mit Zivilliste und verantwortlichem Reichsministerium, mit oberstem Kommando, mit Auflösungsrecht gegenüber dem aus Staatenhaus und Volkshaus bestehenden Reichstag; der Kaiser ist ein mächtiger, unitarischer Faktor gegenüber den Einzelstaaten, gegenüber dem ebenso unitarisch gestimmten Reichstag, aber beschränkt durch das lediglich aufschiebende Veto. Das Reichsgericht endlich gesellt sich als der dritte unitarische Faktor, als politisches Austrägalgericht und als Garant gesamtdeutscher Rechtseinheit und autonomer Rechtspflege hinzu. Dieser unitarische Grundzug der Frankfurter Reichsverfassung ist aber in ihrer endgültigen Fassung doch durch eine Reihe von Zugeständnissen gemildert worden, in Rücksicht auf die Wünsche der Einzelregierungen[231]). Die Einzelregierungen sollten auf Gesandte und Konsuln verzichten, aber Vertretungen beim Reichsoberhaupte unterhalten, die Ernennung der Offiziere wurde ihnen überlassen; die Reichsgesetzgebung war auf bestimmte Materien beschränkt, weitere Ausdehnung sollte als Verfassungsänderung angesehen werden; das Reichsbudget war auf der Vorwegnahme von Zöllen und Abgaben aufgebaut; nur im Notfalle sollte es Reichssteuern geben (vgl. oben S. 328); die Abänderung der Regierungsform in den Einzelstaaten war an die Zustimmung der Reichsgewalt gebunden und damit der Übergang zur Republik so gut wie unmöglich gemacht; das Reichsgericht sollte auch für Klagen von Einzelstaaten gegen die Reichsgewalt zuständig sein. Konservativ und föderalistisch wirkte endlich auch das Staatenhaus sowohl durch seine Zusammensetzung wie durch seine Funktion. Es war ganz geeignet, alle Schroffheiten abzudämpfen, die etwa von dem auf allgemeinem gleichem und geheimem Wahlrecht beruhenden Volkshause ausgehen sollten. Dieses Wahlrecht, das die Zeitgenossen durch seinen revolutionären Charakter so sehr beunruhigte, fand also schon in der Reichsverfassung selbst seine Korrektur. Die einzelnen Schwächen des Werkes des Frankfurter Parlaments, besonders in den Grundrechten (vgl. oben S. 131), sollen gewiß nicht bestritten werden; im großen gesehen, war es eine politisch und geistig gleich hochstehende Tat, Bekenntnis und Forderung, frisch und doch sehr wohl abgewogen, über alle Entwürfe seiner Urheber im Verfassungsausschuß siegreich hinausgewachsen: so wie diese Verfassung schließlich aussah, hatte sie kein einzelner, auch keine Fraktion gewollt — sie war wirklich die Schöpfung einer inneren, echt demokratischen Gemeinsamkeit, sie konnte den Fürsten und ihrem Beamtentum, sie konnte allen Gewalten des Partikularismus und der Gegenrevolution ein Anstoß und Ärgernis werden; die deutsche Volksbewegung von 1848 aber erkannte in ihr den besten deutschen Geist wieder und sollte sich noch einmal an ihr entflammen.

Von allen Frankfurter Türmen läuteten die Glocken ihren Gruß dem erwählten Volkskaiser der Deutschen — der alte Kaiserdom selbst ließ die tiefe Stimme der Kaiserglocke ertönen. Der Senat der Freien Stadt Frankfurt befahl die Prägung des Kaiserguldens mit dem Kopfe Friedrich Wilhelms IV. Der Reichsverweser Erzherzog Johann beschied sein interimistisches Ministerium, die Präsidenten und Schriftführer des Frankfurter Parlaments am Abend des Kaiserwahltages zu sich und erklärte vor ihnen zu Protokoll, daß er seine Würde niederlege. Dieser Schritt entsprach völlig der politischen Lage; er geschah eher zu spät als zu früh. Wieder entfaltete Eduard Simson die würdevolle Überredungskunst, mit der er begnadet war; und leider hatte er hier den Erfolg, den er beim Reichsministerium einige Tage zuvor nicht gehabt hatte. Als Simson seine Gegenerklärung ebenfalls zu Protokoll gegeben hatte, in der er mit beweglichen Worten auf Deutschlands gefährliche Lage hinwies, als auch die Reichsminister sich im gleichen Sinne äußerten, nahm sich der Reichsverweser eine Stunde Bedenkzeit. Er empfing nun Schmerling und Heckscher, die ihn beschworen, zu bleiben; darauf schrieb Johann an Heinrich v. Gagern: er beharre auf seinem Entschluß, bitte aber, die Abdankung erst dann zu vollziehen, „sobald es ohne Nachteil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen kann[232])“. Gleichzeitig drückte der Reichsverweser Heinrich v. Gagern seinen Wunsch aus, „die interimistischen Minister möchten die Geschäfte mit voller Amtsgewalt und Verantwortlichkeit bis auf weiteres interimistisch fortführen[233])“. Das wenn auch nur provisorisch gemeinte Verbleiben des Erzherzogs wirkte als eine Art Protest gegen die Kaiserwahl und erschwerte dadurch den weiteren Ablauf der Dinge erheblich. Wiederum hatte die Regie der Erbkaiserlichen versagt; sie klagten immer über die „Perfidie“ der Großdeutschen und Österreicher; aber diese waren eben den Erbkaiserlichen in der geschickten Ausnutzung von Situationen erheblich überlegen.

Trotz der nach außen stark betonten Erfolgsstimmung war die Meinung der Berufenen sehr geteilt darüber, ob der König von Preußen die Wahl annehmen werde. Viele rechneten damit, daß Vincke ihn doch dazu bringen könne, nicht abzulehnen, und daß er dann ein neues Ministerium in Preußen bilden werde[234]). Graf Arnim depeschierte am 29. März an Camphausen, er möchte unter der Hand dahin wirken, daß die von der Nationalversammlung gewählte, aus 33 Mitgliedern bestehende Kaiserdeputation nicht nach Berlin abreiste; sie könnte dort leicht die größte Aufregung veranlassen, und eine bestimmte Antwort könnte ihr nicht gegeben werden[235]). Ebenso bekamen die von der Freien Stadt Frankfurt zur „Bekomplimentierung“ des Königs von Preußen ausgesuchten Gesandten, Schöff v. Günderode und Schöff v. Harnier, vom preußischen Legationsrat Balan den Rat, ihre Reise um zwei Tage zu verschieben; „bis dahin dürfte nämlich die Entscheidung hier sein, die unter den obwaltenden Umständen keineswegs unbedingt zustimmend erwartet wird[236]).“

Camphausen hatte sogleich nach Ablehnung des Welckerschen Antrages Vorbereitungen getroffen, eine preußische Initiative einzuleiten, in Anbetracht der Tatsache, daß Österreich durch Schwarzenbergs letzte Forderung seinen Standpunkt „außerhalb des Vertrages von 1815“ gewählt habe. Er hoffte so die größte Schwierigkeit seit dem Juni 1848, die Existenz der österreichischen

Zentralgewalt, zu überwinden. Viel schärfer als die Erbkaiserlichen im Parlament und als das Gagernsche Kabinett sah er die wirkliche Lage. Camphausen lud die Bevollmächtigten der preußisch gesinnten Kleinstaaten zu einer Konferenz ein, auf der er entwickelte: die Aufgabe sei, mit Zugrundelegung der Frankfurter Reichsverfassung einen Verein zu bilden, unter Anerkennung der Verträge von 1815; er solle auch den anderen Staaten offenstehen und den Fortbestand des Staatenbundes mit Österreich zulassen; Camphausen empfahl den Kleinstaaten als Mittel zur Erreichung dieses Zieles den Abschluß von Militärkonventionen mit Preußen, wie es einzelne ja schon in die Wege geleitet hatten. Ein Komitee wurde gebildet und der Entwurf einer Übereinkunft niedergelegt; ein Bundesstaat solle durch die freiwillige Zustimmung der Regierungen der Einzelstaaten entstehen, die Frankfurter Reichsverfassung solle dem „kleineren Vereine angepaßt" werden; Preußen solle in der Zwischenzeit ein Schutz- und Trutzbündnis mit den zum Anschluß bereiten Staaten eingehen; eine neue Versammlung solle sofort an einen zu bestimmenden Ort einberufen werden. So wollte Camphausen „von dem noch etwas revolutionären Wege vollständig auf den des Rechtes hinübertreten"; keine deutsche oder europäische Macht könne dagegen begründeten Einspruch erheben[237]). Camphausen war es also, der als erster, zunächst ganz von sich aus, eine preußische Bereitschaftsstellung aufrichtete für den Fall des Mißlingens des Werkes des Frankfurter Parlaments.

Zwischen Camphausen und den Mitgliedern des Gagernschen Kabinetts kam es in diesen kritischen Tagen zu lebhaften Auseinandersetzungen. Gagern und seine Minister versuchten, Camphausen für die eventuelle Ablehnung der Kaiserkrone durch Preußen verantwortlich zu machen — und Camphausen war es ja gewiß gewesen, von dem immer wieder Ermutigungen ausgingen; mit Recht wies er aber zu seiner Verteidigung auf die verhängnisvolle Gestaltung der Zentralgewalt und ihres Verhältnisses zum Parlament hin. Die besonnensten Männer waren schließlich auch in Frankfurt der Meinung: „in der Annahme der Kaiserkrone liege große, in der Ablehnung unendliche Gefahr[238])". Ganz vertraulich machte Hannover dem preußischen Bevollmächtigten den Vorschlag: der König von Preußen solle die Zentralgewalt provisorisch in die Hand nehmen, und zwar mit den Befugnissen des Reichsoberhauptes der neuen Reichsverfassung, also nicht nach dem Gesetz vom 28. Juni[239]). Die Idee war gar nicht übel.

Camphausen wohnte selbst dem Wahlakt in der Paulskirche nicht bei, betonte aber nach Berichten der Teilnehmer, daß er mit Takt und Würde vollzogen worden sei. Er selbst wollte die Kompetenz des Frankfurter Parlaments zur Kaiserwahl nicht anerkennen, war aber der Meinung, daß „die Kundgebung einer aus dem ganzen Volke erwählten Versammlung zu ehren und zu achten ist". Die Antwort mußte also nach seiner amtlichen Ansicht „einen positiven Charakter" haben: „daß S. M. bereit seien, als Schirmherr an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, wenn und insoweit Ihnen dieser Wunsch von deutschen Fürsten und Regierungen zu erkennen gegeben werde"; die Verfassung des Bundesstaates sei einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen. Camphausen meinte, die beschlossene Reichsverfassung sei selbst vom Standpunkte des Parlaments aus deshalb nicht verbindlich, weil dieses nicht das Recht haben könne, eine Ver-

fassung für Deutschland ausschließlich Österreichs zu geben; die österreichischen Abgeordneten hätten keine Kompetenz, die Verfassung eines Bundesstaates zu beschließen, an dem Österreich nicht teilnähme; aber — „man kann die Versammlung nicht einfach nach Hause schicken; man würde ihr dadurch eine neue revolutionäre Energie einhauchen; wir müssen denjenigen Wert, welchen die Wahl S. M. des Königs wirklich hat, nicht mehr aus den Händen geben[240])." Camphausen wies endlich das Berliner Ministerium auf die Notwendigkeit hin, sich mit den beiden preußischen Kammern über Reichsverfassung und Kaiserkrone zu verständigen; die Stimme der Kammern sei deshalb so wichtig, „weil sie bei dem Eingehen in ein bundesstaatliches Verhältnis der meistbeteiligte Teil sind; denn die Regierungsrechte S. M. werden nicht vermindert, sondern erheblich vermehrt; die Rechte hingegen, welche die preußischen Kammern auszuüben haben, werden insofern sehr vermindert, als sie an die gemeinsame Repräsentation übergehen". Von Berlin hing nun in der Tat einmal wieder alles ab; die Bevollmächtigten der norddeutschen Kleinstaaten unterzeichneten zunächst Camphausens Separatkonvention nicht — „sie hoffen auf Größeres." Bevollmächtigte und Parlamentsmitglieder trafen sich in dem gleichen erregten Gefühle: das deutsche Reich ist fertig, der König von Preußen hat keine andere Wahl, als ja oder nein zu sagen[241]).

In Berlin war die Erregung aller politischen Kreise sehr groß. Sofort beschlossen beide preußischen Kammern, Adressen an den König zu richten und die Annahme der Kaiserkrone zu empfehlen. Einmütig war die Stellung der Ersten Kammer am 2. April, dem Tage der Ankunft der Kaiserdeputation in Berlin. Und die Antwort des Grafen Brandenburg klang gewiß nicht sehr klar, aber durchaus nicht abweisend: der Frankfurter Beschluß sei ein wesentlicher Fortschritt zum Ziele der deutschen Einheit, für die freiwillig bestimmenden Regierungen sei er verbindlich, die Regierung werde alles versuchen, um ein Einverständnis zu erzielen — also, so mußte der allgemeine Eindruck sein, war diese preußische Regierung selbst grundsätzlich einverstanden. In der Zweiten Kammer empfahl Graf Arnim-Boitzenburg vom Standpunkt der Rechten aus, die Annahme der Kaiserkrone von vorherigen Änderungen der Reichsverfassung abhängig zu machen. Die Linke befürwortete unter Unruhs Führung die unbedingte Annahme. Den Sieg errang Vinckes Adreßentwurf: Der König wurde darin angegangen, sich aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit dem an ihn ergangenen Rufe nicht zu entziehen, vorausgesetzt, daß die Einzelregierungen zustimmten. Dieser Antrag wurde mit 156 gegen 151 Stimmen angenommen; es war aber klar, daß sich alle drei Entwürfe für die Annahme der Kaiserkrone aussprachen, nur aus verschiedenen Gründen und unter verschiedenen Voraussetzungen; die Annahme als solche hatte eine viel stärkere Mehrheit als die Vinckesche Adresse. Nur die äußerste Rechte war für Ablehnung, einfach aus antideutscher, rein borussischer Gesinnung heraus. Der Leitartikel der Kreuzzeitung vom 1. April zeigte, daß von 70 bayrischen Abgeordneten 55, von 26 württembergischen 18, von 19 badischen 14, von 12 hessischen 7 nicht für den König von Preußen gestimmt hatten; die Entscheidung sei also durch die eigenen preußischen Stimmen erfolgt. Bei näherer Betrachtung waren freilich diese Zahlen, vorausgesetzt, daß sie stimmten, lange nicht so ungünstig, wie es die Kreuzzeitung darstellte[242]).

In den Straßen Berlins herrschte eine Bewegung wie seit dem Sommer 1848 nicht mehr. Die parlamentarischen Körperschaften, die städtischen Behörden bereiteten der Frankfurter Kaiserdeputation einen glänzenden Empfang; der Belagerungszustand verhinderte freilich manches. Schwarz-rot-goldne Fahnen durften nicht ausgehängt werden, das Illuminieren der Fenster wurde verboten. Ein Ständchen, das der Sängerverein dem alten Arndt bringen wollte, mußte im Hofraum unterhalb seiner Wohnung stattfinden[243]). Mit einer Ablehnung der Kaiserkrone rechnete kaum jemand. Als das Wahrscheinlichste galt eine bedingte Annahme oder eine Hinausschiebung der Antwort unter bestimmten Voraussetzungen. Presseorgane und Korporationen wetteiferten in der Empfehlung der Annahme. Magistrat und Stadtverordnete setzten sich dafür ein. Gagern wurde Ehrenbürger der neuen Reichshauptstadt Berlin. Die Mitglieder der Kaiserdeputation waren ihre Gäste. In der Hofgesellschaft war die Stimmung überwiegend günstig; diskutiert wurde hauptsächlich, ob Bedingungen gestellt werden sollten oder nicht. Im Diplomatischen Korps wurde die Unabänderlichkeitsformel, die ja auch Gagern unterschrieben hatte, sorgenvoll kommentiert. Prinz und Prinzessin von Preußen sprachen sich mit aller Deutlichkeit für die Annahme aus. Das preußische Selbstgefühl schien etwas anderes auszuschließen. 28 Regierungen erklärten sich ja für die Reichsverfassung! Vincke triumphierte schon. Es wurde sehr lebhaft hinter den Kulissen gearbeitet; der österreichische Gesandte glaubte sicher zu wissen, daß besonders durch Radowitz die Entwicklung in Frankfurt mit Absicht befördert worden sei, weil man das Angebot in Berlin haben wollte, um etwas damit zu machen[244]). Im Ministerium waren die Minister v. d. Heydt, Rintelen und v. Raabe für unbedingte Annahme, die übrigen für bedingte. Am bedenklichsten war Graf Arnim. Graf Brandenburg überschaute die Verhältnisse nicht genug, um eine entschiedene Meinung zu haben; noch am 22. März hatte er dem österreichischen Gesandten v. Prokesch die Hand gegeben mit den Worten: „So müssen sich auch beide Regierungen die Hände geben und nicht voneinander lassen." Dann war er aber doch für bedingte Annahme. Er sagte am 17. März zu Prokesch: „Stirbt Frankfurt eines seligen Todes, desto besser. Aber da es noch lebt, können wir nichts tun, was aussieht, als wollten wir seinen Tod." Gerade auch bei richtigen Altpreußen erwachte nun der preußische Ehrgeiz. Als schon einmal Mitte März die Nachricht in Berlin umlief, der König sei zum Kaiser in Frankfurt ausgerufen worden, entstand in fast allen Kreisen freudige Erregung: „es würde Preußen und seiner Eitelkeit schmeicheln", bemerkte der bayrische Geschäftsträger dazu. Derselbe Gewährsmann stellt fest, daß in der Zweiten Kammer die Äußerung des schlesischen Grafen Renard lebhaft applaudiert wurde, er hoffe, daß den Hohenzollern neuer Glanz bevorstünde. Schon rechnete Graf Paumgarten mit einem Siege des „Kaiserparoxysmus", wodurch denn das Odium der Ablehnung auf Bayern fiele[245]). In den letzten Märztagen war die Stimmung selbst bei ganz nüchternen Personen so kaiserlich, daß Meyendorff schon alle Hoffnung aufgab. Graf Brandenburg fiel durch seine Wortkargheit auf. Er und viele andere Anhänger der „großpreußischen Partei", wie sie der österreichische Gesandte nennt[246]), glaubten den Widerstand von Sachsen, Hannover, Württemberg, selbst Bayern nicht überschätzen zu sollen; man hoffte, diese Staaten unschwer einschüchtern zu können — ging doch die

„militärische Mediatisierung“ Norddeutschlands lebhaft weiter, wenn auch etwa Kurhessen sich energisch dagegen wehrte. So zeichnete sich ein deutlicher Unterschied zwischen der borussisch-partikularistischen Gruppe der Kreuzzeitungsmänner und der „großpreußischen“ Gruppe der Prinzen, Militärs und Parlamentarier ab; die erste Gruppe wollte die Ablehnung der Kaiserkrone und des ganzen Frankfurter Werkes, die zweite Gruppe wollte von dem Angebot einen für Preußen möglichst nützlichen Gebrauch machen, mit oder ohne bedingte Annahme der Kaiserkrone, jedenfalls mit bedingter Annahme der Reichsverfassung.

Als Hauptgegner der Kaiserkrone und auch der Reichsverfassung wirkte also der Außenminister Graf Arnim. Dieser geistig wenig bedeutende Mann war in Wien recht wohl gelitten gewesen als ein „praktischer Diplomat aus der historischen Schule“, als ein Freund des Fürsten Metternich und, aus seiner Pariser Zeit, des französischen Ministers Guizot[247]). Schon am 21. März gab er dem Gesandten v. Prokesch sein Wort, der König werde die Kaiserkrone nicht annehmen; es müsse nur eine nicht verletzende Form der Ablehnung gefunden werden. Arnim sah vor allem die außenpolitische Lage: die Annäherung Rußlands und Österreichs im Interesse der Gegenrevolution, die Gefahr für Preußen, um Dänemarks willen sowohl mit der osteuropäischen Mächtegruppe wie mit der westeuropäischen in Konflikt zu geraten, die Unzuverlässigkeit Englands, das zwar die Bildung Kleindeutschlands unter preußischer Führung lebhaft protegierte, aus Gegnerschaft gegen Österreich, genau wie es die italienische Freiheitsbewegung förderte — sich aber in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gegen Preußen stellte; sollte Preußen um der Frankfurter Kaiserkrone und Reichsverfassung willen zu alledem noch die Schwierigkeiten mit Österreich und den Süddeutschen auf sich nehmen? Der russische Gesandte v. Meyendorff und der österreichische Gesandte Freiherr v. Prokesch bemühten sich mit Erfolg, den Grafen Arnim in dieser etwas ängstlichen Auffassung der Gesamtlage zu bestärken[248]). Wenn Heinrich v. Gagern auch jetzt wieder glaubte, der König von Preußen könne und solle die Kaiserkrone und den Krieg um Schleswig-Holstein zugleich annehmen und aufnehmen, auf die Gefahr eines Konfliktes mit Rußland, so baute sich in Berlin dagegen der Ostbund des Legitimismus und der Reaktion auf. König Friedrich Wilhelm IV. war unter diesen Borussen, Großpreußen und Kleindeutschen der einzige Großdeutsche in Berlin. Er verabscheute die Frankfurter Kaiserkrone, weil sie demokratisch und nicht österreichisch-römisch war; der Zuschriften seiner fürstlichen Standesgenossen in Hannover und Bayern bedurfte es gar nicht, um diesen seinen instinktiven Widerwillen zu bestärken[249]). Gerade rechtzeitig traf nun auch noch ein Brief seiner russischen Schwester vom 14./26. März ein, in dem gegen „Lady William“, die Prinzessin von Preußen, verwandtschaftlich gehetzt wurde: „Sie ist sehr deutsch, das heißt jetzt leider Frankfurt am Main’sch gesonnen. Es sollte mich nicht wundern, wenn sie Dich (!) zur Annahme der sogenannten Kaiserkrone riete. Nein, da wirst Du fest bleiben, und sogar die Furcht, Dich mit der schweinschen Wirtschaft, während der Dauer Euerer Kammer zu brouillieren, wird Dich nicht hindern, fest zu bleiben, und dies wird ein großer Moment in Deinem Leben sein, wo Du edel und erhaben über den Schmutz der miserablen Ambition eine Krone ausschlagen wirst[250]).“ Kaiser Nikolaus hatte also seine Meinung gesagt.

Die Gegenseite bearbeitete aber den König von Preußen nicht minder kräftig. Fürst Leiningen begann aus Frankfurt eine Reihe von Briefen mit der Prinzessin von Preußen zu wechseln[251]); v. Saucken-Tarputschen, Ernst v. Bodelschwingh, Ernst Moritz Arndt, Beckerath, Moritz August v. Bethmann-Hollweg, Bunsen wandten sich direkt an Friedrich Wilhelm IV. Noch einmal marschierten die Argumente der Erbkaiserlichen hier auf, aber in größeren Zusammenhang gestellt, als es in Frankfurt geschehen konnte. Bunsen betonte besonders, daß der letzte Schwarzenbergische Vorschlag gar keine andere Wahl lasse. „Deutschland kann in Zukunft nur bestehen als freies Bundesreich neben dem österreichischen Gesamtstaate, dazu nur in Form eines Reiches mit einem erblichen Oberhaupte. Preußen hat zwischen dieser hohen Stellung und einer kümmerlichen Abhängigkeit von Österreich und Rußland zu wählen[252]).“ War damit nicht Graf Arnim schlagend widerlegt? Die Antwort des Königs mußte schon vom preußischen Großmachtstandpunkt aus positiv sein, positiv mindestens in dem Sinne, wie es auch Camphausen befürwortete. So stürmten denn in diesem Augenblick alle Kräfte der Revolutionszeit mit einem Male auf Friedrich Wilhelm IV. ein. Zuerst wollte ja der König nach Frankfurt sagen lassen, die Kaiserdeputation sollte gar nicht abreisen, dann erklärte er, sie nicht empfangen zu wollen; das Ministerium bestand aber darauf[253]). Der erste Entwurf zur Antwort an die Kaiserdeputation, den Graf Brandenburg dem König vorlegte, bedeutete eine bedingte Annahme der Oberhauptswürde. Friedrich Wilhelm IV. selbst formulierte einen schwungvollen Bescheid in ganz anderem Sinne, unter dem Einfluß des Gerlachschen Kreises: Das Parlament hat keine Kaiserkrone zu vergeben, nur die deutschen Fürsten können über diese Krone verfügen, sie ist weder anzunehmen noch abzulehnen, das Angebot als solches ist nichtig. In der Sitzung des Staatsministeriums am 2. April kamen die vorhandenen Gegensätze zum stürmischen Austrag.

Wieder erlebten die preußischen Staatsmänner in diesen Tagen das beschämende Schauspiel eines Monarchen, der abwechselnd tobte, brüllte, flennte und jammerte, der gefühlvolles Gerede mit groben Schimpfworten mischte, dem es bei alledem viel weniger auf Deutschland als auf die eigene Person ankam. Mehrmals verlangte er einen Fürstenkongreß als berufenes Wahlorgan und drohte mit Abdankung, wenn man ihn zur Annahme der Volkskrone zwänge; so viel Glück sollte nun Deutschland nicht beschieden sein. Man wünsche die Abdankung in Frankfurt, flüsterte der österreichische Gesandte schlau dem Könige zu und sagte ihm damit etwas, was dieser recht gern hörte. Im Gespräch mit Prokesch nannte Friedrich Wilhelm IV. die Frankfurter Kaiserkrone die „Schweinkrone“; im Briefe vom 7. März an den Großherzog von Hessen hat er sie etwas gemütlicher als „Wurstprezel“ bezeichnet, nicht von Gottes Gnaden, sondern „von Meister Bäcker und Metzger“ kommend[254]). So war für den König diese Kaiserkrone das Allerwichtigste; die als Reichsgesetz schon verkündete Reichsverfassung trat für ihn persönlich ganz zurück[255]). Das Staatsministerium mußte sich mit dieser Tatsache abfinden; in dem Protokoll vom 2. April steht die in ihrer Nüchternheit vielsagende Feststellung, und zwar an letzter Stelle, als Punkt 4: „Die Annahme des Kaisertitels halten S. M. der König unter allen Umständen für unangemessen.“ Als Sinn und Ziel des Bescheides an die Kaiserdeputation wurde aber hier festgelegt: Zunächst ist der Versuch zu machen, mit Österreich zu einer Einigung zu

kommen über den beabsichtigten Bundesstaat unter preußischer Führung; dieser Bundesstaat in der Art der Frankfurter Reichsverfassung kann nur gelingen, wenn die deutschen Könige einverstanden sind; sind sie es nicht, dann wird Preußen mit den norddeutschen Kleinstaaten sein Schutzverhältnis eingehen, so wie es Camphausen bereits vorbereitet hat[256]). Staatsministerium und König waren sich also nach diesem Protokoll einig in der Ablehnung des Kaisertitels, aber in der positiven Bereitschaft zum Bundesstaat unter bestimmten Voraussetzungen. Dementsprechend wurde die Antwort an die Kaiserdeputation formuliert: sie war gemischt aus Ja und Nein; sie verschweißte die beiden widersprechenden Entwürfe; konservative Einflüsse brachten schließlich einen kritischen Passus gegenüber der Reichsverfassung hinein. So verworren war der König, daß er unmittelbar vor der Audienz doch noch den Anspruch auf die Reichsstatthalterschaft einfügen wollte, was ganz gut gewirkt hätte[257]). Die berühmte Antwort enthielt also zu viel und zu wenig. Sie begann mit einem Blick gen Himmel und versicherte, der mache „das Auge klar und das Herz groß". Davon war aber dann nichts zu merken. Gewiß: es kam eine Verbeugung vor der Stimme der Vertreter des Volkes, es kam sogar ein Dank für das Vertrauen der Nationalversammlung. „Ich bin bereit, durch die Tat zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben." Dies war der sehr allgemein gehaltene positive Teil; es folgte der viel konkretere negative. „Das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und Freien Städte" wurde als notwendige Voraussetzung für die zu treffende Entschließung bezeichnet. Darin lag noch nichts Überraschendes; man konnte ja vielleicht etwas nachhelfen. Ganz unlogisch kam aber jetzt der Hieb gegen die Reichsverfassung: „An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand . . . die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seines Volkes zu erfüllen." Nichts also von dem engeren Bundesstaat, keine Anerkennung der geleisteten Arbeit, kein bejahendes und ermutigendes Bekenntnis! Zum Schluß aber ein schlechter und gänzlich abgedroschener Trost, dazu in verletzender Form: „Bedarf es des deutschen Schildes und Schwertes gegen äußere und innere Gefahr, so werde Ich, auch ohne Ruf, nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg Meines Hauses und Meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue."

Diese Kundgebung war sprachlich und sachlich ein sehr unglückliches Produkt der preußischen Regierungsweisheit; sie brachte den Willen des Ministeriums, das Ja mit Vorbehalten nur matt zum Ausdruck; Friedrich Wilhelm IV. machte zudem aus diesem unzulänglichen Ja durch schroffe Betonung beim Lesen ein nur schlecht verhülltes Nein. Er lehnte mit Freuden, schnöde und hochnäsig auf seine charmante Art, die Volkskaiserkrone ab; sie wurde in diesen Sätzen so verächtlich behandelt, daß sie nicht einmal ausdrücklicher Erwähnung wert erschien. Der russische Gesandte, der mit der Gräfin Lerchenfeld dem Empfang der Kaiserdeputation beiwohnte, konnte seine Freude daran haben[258]). Das war nun die letzte königliche Rache für den 18. März 1848: Friedrich Wilhelm zerschlug das Frankfurter Werk und rasselte mit dem preußischen Säbel. Die Frankfurter

Kaiserdeputation hatte völlig recht, wenn sie trotz der Bedenken Dahlmanns, Rießers und Biedermanns, die vierzehn Tage Bedenkzeit geben wollten, schriftlich diese Antwort als Ablehnung quittierte und abreiste. Mochte das preußische Ministerium sehen, wie es mit diesem König weiterkam und was es schließlich mit dem Werke des Frankfurter Parlaments anfing. Mit Friedrich Wilhelm IV. war der Frankfurter Reichspatriotismus fertig. Es bleibt sein tiefster, aber auch sein edelster Irrtum, diesem Monarchen die Volkskaiserkrone überhaupt angeboten zu haben. Sie war zu gut für ihn. In Heinrich v. Gagern und seinen Freunden hatten wohl schon lange jene Verse Max v. Schenkendorfs geklungen, die der Hamburger Wurm bei der Kaiserwahl in der Paulskirche anführte:

„O werde endlich weiser,
Du Herde ohne Hirt,
Und wähl dir deinen Kaiser,
Und zwing ihn, daß er's wird!"

Man wollte den König von Preußen zwingen. Wer so oft umgefallen wie er, dem war gewiß auch dieses Letzte von Nachgiebigkeit zuzutrauen. Die Berechnung war aber falsch. Friedrich Wilhelm IV. wurde nun gewiß nicht deshalb zum folgerichtigen Staatsmann, weil er die Kaiserkrone nicht haben mochte; er war nur auch einmal — inkonsequent in seiner Inkonsequenz. Was nun aus der deutschen Revolution noch herauskommen sollte, mußte sich zeigen. Wie war dieser König von Preußen der Volksbewegung nachgelaufen — ein Jahr vorher! Nun spie er auf sie. Vielleicht begann jetzt die Revolution von neuem? Eines war sicher: zum zweiten Male wurde in Deutschland eine Volkskaiserkrone nicht mehr angeboten.

Siebenter Abschnitt

Die Rettung des Partikularismus

Die Deutschen sind ein gut Geschlecht,
Ein jeder sagt: „Will nur, was recht!"
Recht aber soll vorzüglich heißen,
Was ich und meine Gevattern preisen;
Das übrige ist ein weitläufig Ding,
Das schätz' ich lieber gleich gering.
Goethe

Durch die Vollendung der Reichsverfassung und die Kaiserwahl bannte das Frankfurter Parlament noch einmal die Aufmerksamkeit der deutschen Nation. Es war ja hervorgegangen aus einer gesamtdeutschen Bewegung, dem unvergeßlichen Märzsturm von 1848; es sollte der damals erlebten nationalen Einheit die dauernde politische Form schaffen; nun schenkte es wirklich dem deutschen Volke ein deutsches Reich. Man erinnerte sich also wieder dieses Frankfurter Parlaments — denn, die Wahrheit war leider so: man hatte es beinahe schon vergessen. Längst hatte sich der Schwerpunkt des politischen Geschehens wieder nach den Einzelstaaten verschoben. Nahe und nächste Sorgen verdrängten das Ferne. Wie alles in der deutschen Geschichte, zersplitterte sich auch diese erste große Volksbewegung. Bitter läßt sich der alte geschichtliche Grundsatz abwandeln: cuius regio eius — revolutio. Das Frankfurter Parlament konnte wohl seine provisorische Zentralgewalt, Reichsverweser und Reichsministerien schaffen, über Mediatisierungen streiten und Reichsgesetze beschließen. Seit dem Herbst 1848 hatte sich die Lage gewandelt, und nicht nur bei den beiden Großmächten. War denn aber der Reichsgedanke nicht gerade in der Kleinstaaterei am glühendsten bejaht worden? Es entwickelte sich etwas Seltsames. Die Fürsten mit ihrem Beamten- und Militärapparat hatten schwer und sinnlos auf dem Übermaß an Länderfetzen gelastet; nun entstand in diesen künstlichen Bildungen auch eine eigene öffentliche Meinung, ein aufgeregtes Parteiwesen, ein erbitterter Kampf in den parlamentarischen Körperschaften; der lokale Ehrgeiz erwachte und stürzte sich in die lokale Arbeit. Im Frankfurter Parlament saßen die bedeutenden Leute und mühten sich um das große Ganze; die Kleinmeister, die Wichtigmacher, die Häuptlinge der Klüngel, Bünde und Vereine wollten aber auch etwas leisten und fanden in der Einzelstaatlichkeit ein willkommenes Betätigungsfeld. Während Geld- und Titelpatriziat sich überwiegend dem nationalen Gedanken zuwandten und alles förderten, was aus der Engigkeit herausführte, entstand bei dem höheren Mittelstand eine neue Sorte von behäbigem Partikularismus; hier fürchtete man geschäftliche Nachteile von einer stärkeren Zentralisierung im neuen Reiche, hier fürchtete man, Gelegenheiten zu verlieren, eine Rolle zu spielen und Einfluß

auszuüben. Der notleidende kleinere Mittelstand und die in der Zersetzung und Proletarisierung begriffene untere Schicht, der die neue Revolutionsherrlichkeit durchaus keine Erleichterung brachte, war nun um so eher geneigt, gegenüber dieser neuen Form des Partikularismus scharf unitarisch zu werden, dann aber im Sinne der einen deutschen Republik mit sozialrevolutionärem Programm. Für die alten Mächte in der deutschen Kleinstaaterei konnte es keine bessere Konstellation geben. Dynastien und Bürokratien gingen ein Bündnis mit dem ortseingesessenen Spießertum ein, das sich nun hochgeehrt und endlich anerkannt fühlte; Anhänger des nationalen Kaisergedankens und republikanische Umstürzler wurden aber von diesem vereinigten Partikularismus in einen Topf geworfen und der Fluch darüber ausgesprochen im Namen aller bodenständigen Sitte. Wer fragt, warum der große Aufschwung und Aufwand der Märzrevolution so schnell vertan war, der findet in diesen Verhältnissen die Antwort. Alle neuen politischen Lebensformen wurden abgebraucht, zur Karikatur verzerrt, in Widersinn und Widerspiel verkehrt im Deutschland der Kleinstaaterei. Der Frankfurter Reichsgedanke hatte nicht den Mut und die Kraft, wahrscheinlich auch bald nicht mehr die praktische Möglichkeit, hier aufzuräumen; die Kleinstaaterei war aber robust genug, um alles, auch das maßvoll Unitarische, alles Nationale und Zentrale, kurz die Gesamtheit des wahrhaft Deutschen, das von Frankfurt ausging, zu verdächtigen und zu entwerten. Im Großösterreichertum und Großpreußentum ballten sich immerhin geschichtliche Kräfte von Rang zusammen; der Gedanke des Deutschtums wußte hier, womit zu rechnen war. Der Partikularismus Bayerns und der Kleinstaaterei stellte dagegen etwas überwiegend Negatives dar — eine Mischung von bösem Willen, Angst und Zaunkönigsgezwitscher, nur scheinbar harmlos, aber töricht, zähe und zufrieden mit sich selbst. Es gab nicht eine deutsche Revolutionsbewegung, nicht eine Parteiengruppierung, nicht ein nationales Ziel; nein — es gab Lübecker, Anhaltiner, mecklenburgische und noch viele viele andere Revolutionen und Revolutiönchen, es gab große, mittlere, kleine und liliputanische Parlamente, es gab Parteien nach religiösen, konstitutionellen, monarchisch-dynastischen, ökonomischen, familiären und sonst noch allerhand Gesichtspunkten, es gab sehr zahlreiche Ziele, Ziele für die Gesamtheit, aber auch Ziele für die Gruppen, die Interessenten, für die Arrivierten und für die einstweilen Zurückgebliebenen. So herrschte in dem revolutionierten und gegenrevolutionären Deutschland am sicht- und greifbarsten das laute und bunte Durcheinander eines politisch-geistigen Jahrmarkttreibens, ein Übermaß an Bildung und Betriebsamkeit, eine Minderleistung an Takt und Umsicht. Neben echte Propheten, vornehme Führer, ernste Mahner, wohlmeinende und erleuchtete Rufer zu ehrlichem Streit traten Gaukler, Geldmacher, Schwindler, Schwätzer, Schwärmer, Schelme und Narren. Deutschland war einmal wieder arm durch seinen Reichtum, klein durch seine Größe, aber groß n Kleinlichem, reich an Armseligkeiten.

Gewiß hatte das Reich der Paulskirche einen bestimmten Wirkungsradius, innerhalb dessen es tatsächliche Macht ausübte. Am meisten spürte diese Wirkung die Freie Stadt Frankfurt, deren Leben durch Nationalversammlung und Zentralgewalt zwar hochgeehrt, aber politisch noch mehr belastet und gefährdet war[1]). Belagerungszustand und Einrichtung einer Platzkommandantur, wie sie durch

das Gesamtreichsministerium nach der Septemberrevolution verfügt wurden, schalteten den Senat fast völlig aus, wenn ihm auch die erhöhte Sicherheit angenehm war. Sehr unbehaglich schien dem altfrankfurter Geist die offene Erörterung der Frage, ob nicht auch Frankfurt einverleibt oder zum Reichsgebiet gemacht werden solle. Zwischen Parlamentariern der Nachbarstaaten wurde etwa die Zusammenlegung beider Hessen, Nassaus und Frankfurts zu einem Staate besprochen. Die frankfurtische Begeisterung für die Wahl Friedrich Wilhelms IV. entsprang vielleicht auch einem Gefühle der Erleichterung: Frankfurt wäre wohl gerne zeitweilige kaiserliche Residenz, aber ungern Sitz einer Reichsverwaltung geworden. Nur sehr zögernd ging auch der Frankfurter Senat an die von allen Minderberechtigten und fortschrittlich Gesinnten stürmisch geforderte Verfassungsreform. Ein dem Senat aufgezwungener „Verfassungsrat" setzte die Einberufung einer besonderen, von allen Staatsangehörigen in Stadt und Land frei gewählten verfassunggebenden Versammlung von 120 Köpfen durch. Die zu beschließende neue Verfassung sollte, diesen Vorbehalt machte der Senat, von den Staatsangehörigen in seiner Gesamtheit schließlich angenommen oder abgelehnt werden. Neben die große deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche trat also nun im Hause Limburg die kleine Frankfurter „Konstituante" — ein seltsames Zeitprodukt: rabiat und immer etwas eifersüchtig auf die große Schwester, geneigt, allgemeindeutsche Dinge mitzubeeinflussen, zusammengesetzt aus einer Minderheit von liberalen Geld- und Titelpatriziern, die den höheren Mittelstand leiteten, und einer Mehrheit von entschlossen-demokratischen kleineren Mittelstandsmännern, die von Intellektuellen, dem Rechtsanwalt Dr. Reinganum, dem Arzt Dr. Schwarzschild — beides Juden — und dem Pädagogen Nikolaus Hadermann geführt wurden.

Hadermann ist die originellste Figur dieses Frankfurter Lokalkreises: Theologe von Haus aus und dann, vernunftgläubig, mit Dogma und Kirche zerfallen, Doktrinär der großen französischen Revolution und als Publizist und Leiter einer Privatlehranstalt nun beflissen, seine Anschauungen vom besten Staat und der besten Gesellschaft Schülern, Hörern und Lesern wohlmeinend, aber unerbittlich einzutrichtern, ein Humanitätsapostel, der, von ältlichen Töchtern angebetet, ein Sonderlingsdasein führte und dennoch einen erstaunlichen Instinkt für das Aktuelle und politisch Wirksame besaß. Diese brave Gestalt, mit wallenden Bart- und Haupthaaren, mit den zuckenden Bewegungen und der gurgelnden Redeweise, durfte doch nicht zu harmlos genommen werden; es brodelte der Freiheitsgedanke gar wild in Hadermann herum; er war ein revolutionärer Demokrat, dem es auf den Neubau der ganzen Gesellschaft ankam und der deshalb, würdig seines Namens, in ständigem Zank mit sich und anderen, rücksichtslos, grobianisch scheltend und dreschend, den Weg vom Verfassungsideal zum praktischen Sozialismus gegangen ist, zu einem vormarxistischen Sozialismus natürlich, der mit Kommunismus nichts zu tun haben wollte. Seine Lehre von der direkten Progressivsteuer auf Einkommen, Vermögen und Grundbesitz, seine Forderung, die Arbeiter sollten sich in Erwerbsgenossenschaften zusammenschließen, der Staat sollte einen „Arbeitsrat" schaffen, seine Vorstellung von der sittlichen Fortbildung des Proletariats von Staatswegen — das alles weist weit über seine Gegenwart hinaus ins Ferne. Unter Hadermanns vorherrschendem Einfluß

arbeitete nun der Ausschuß der Frankfurter „Konstituante" einen Verfassungsentwurf aus, der die vom Geiste Rousseaus und Fazys erfüllte Genfer Verfassung stark verwertete und so aus der alten aristokratischen Kaiser- und Reichsstadt mit aller Folgerichtigkeit einen demokratischen Freistaat machen wollte: die Souveränität sollte beim „Volksrat" liegen, dem Inhaber der gesetzgebenden Gewalt; ein „Regierungsrat" hatte unter stärkster Kontrolle die vollziehende Gewalt inne; für beide besaß jeder großjährige Staatsbürger das aktive und das passive Wahlrecht! Am Tage nach der Kaiserwahl wurde dieser Entwurf der Konstituante vorgelegt; vier Minderheitsgutachten enthielten bereits schärfste Kritik. Alles, was es in der alten Stadt an konservativen, historisch gebundenen, dem Bestehenden verantwortungsbereit zugewandten Kreisen gab, wehrte sich in Vereinen und in der Presse mit zäher Erbitterung gegen den, wie es hieß, klubbistischen, tyrannischen, ungerechten, unvolkstümlichen, unbodenständigen Charakter des Verfassungsentwurfes. Man verdächtigte seine Urheber der Religionslosigkeit, der Aufreizung zum Klassenkampf, des verkappten Kommunismus; Handwerksmeister und Landbevölkerung wurden über die angeblich katastrophalen Folgen der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, der Heiratsfreiheit, der Trennung von Staats- und Gemeindevermögen aufgeklärt. Kirchliche und Schulbehörden protestierten. Trotzdem beschloß die Mehrheit der Konstituante die Verfassung (3. Dezember 1849), Hadermann übersandte sie nebst Einführungsgesetz und Übergangsbestimmungen an den Senat, mit dem Ersuchen, sie zur Abstimmung durch die volljährigen Staatsangehörigen zu bringen. Der Senat griff nun zu dem bewährten Mittel der deutschen Gegenrevolution, zum Staatsstreich — nicht nur unter dem Eindruck der leidenschaftlichen Gegenkundgebungen, sondern auch aus Angst, die Bundeszentralkommission, die Vorläuferin des Bundestages, möchte in die Frankfurter Verfassungswirren eingreifen. Das Mandat der Konstituante wurde für erloschen erklärt, und die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung der alten Verfassung nach dem alten Modus wurden ausgeschrieben.

Etwas weniger dramatisch verliefen die Dinge in Hamburg, aber der Sinn der Entwicklung war der gleiche[2]). Auch hier setzte sich im Sommer 1848 der Gedanke durch, eine Konstituierende Versammlung müsse zur Verfassungsreform berufen werden. Die Männer der „honetten Demokratie" sammelten sich unter Dr. Baumeisters Führung im „Deutschen Klub"; der „Patriotische Verein" war die Gegengründung aller konservativeren Elemente, also der angesehensten Kaufleute wie Godeffroy, der Börsenmakler und Zunftmeister, des juristischen Nachwuchses und mancher Schulmänner. Die eigentlichen Demokraten hatten ein klares und durchschlagendes Programm, waren ganz frei von sozialistischem Einschlag, blieben aber bei den Wahlen zur Konstituante entschieden in der Minorität. Der Verfassungsentwurf, der am 11. Juli 1849 fertig wurde, sah demgemäß viel maßvoller als der Frankfurter aus. Auch hier waren wohl die Grundrechte des deutschen Volkes eingearbeitet, auch hier Staatsbürger- und Wahlrecht jedem Volljährigen zuerkannt. Die „Bürgerschaft" von dreihundert Köpfen sollte aus direkten geheimen Wahlen hervorgehen. Der „Rat" (Senat) aber sollte nicht von den Staatsbürgern selbst, sondern von der Bürgerschaft gewählt werden, ein Mindestalter von dreißig Jahren war vorgeschrieben, die Amtsdauer auf sechs

Jahre ausgedehnt. Die Bestimmungen über Rechtsreform und Schulorganisation waren die üblichen; der Charakter des Stadtstaates war aber erhalten, die Stellung der Landgemeinden gegenüber Hamburg wesentlich verbessert. Trotzdem kamen von allen Privilegierten energische Einsprachen: die Geistlichen beschwerten sich über die vorgesehene Entziehung der Schulaufsicht, Grundbesitzer und Börsenleute wollten das Wahlrecht an eine bestimmte Steuerleistung binden, die Senatoren verlangten Amtsdauer auf Lebenszeit und Anteil des Senats an der Gesetzgebung. Der Senat selbst erhob als solcher Bedenken: die neue Verfassung gewähre keine Erhaltung der gewohnten Ruhe und Ordnung, der nötigen Sicherheit auch für die Interessen der Welthandelsstadt, des bisherigen Gleichgewichtes der Verhältnisse. Eine Kommission der Konstituante entkräftete in besonderer Denkschrift alle diese Bedenken. Durch den Einmarsch der preußischen Truppen am 13. August 1849 wurde aber eine ganz neue Lage geschaffen. Eine Abteilung Bayern folgte: auf unbestimmte Zeit sollten diese Soldaten in Hamburg einquartiert sein. Am Millerntor, am Gänsemarkt und an der Drehbahn kam es zu schweren Ausschreitungen. Nun zogen desto mehr Preußen ein, auch mit Geschützen. Hamburgs Selbständigkeit schien bedroht. Der Senat erklärte zwar, die preußische Regierung werde die Rechte und die Unabhängigkeit des Freistaates in jeder Weise ehren, mußte aber, nicht gerade beruhigend, hinzufügen, das Einrücken der Truppen sei weder mittelbar noch unmittelbar von ihm, dem Senate, in irgendeiner Weise veranlaßt. Die „Patrioten“ frohlockten; das echt hamburgische Selbstgefühl, wie es sich besonders im Grundeigentümerverein ausprägte, blieb aber äußerst mißtrauisch. Die österreichischen Sympathien, die von jeher in Hamburg überwogen, erhielten neue Stärkung. Von Österreich und dann auch von Preußen kamen neue Warnungen wegen des zur „Anarchie“ führenden Verfassungsentwurfs[3]). Es begann eine Reihe von reaktionären Maßregeln des Senates gegen die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, gegen das Wahlrecht des Bürgermilitärs; eine Neunerkommission zur Prüfung des Verfassungsentwurfes wurde eingesetzt, die nur aus „Patrioten“ bestand. Auf eine gütliche Verständigung mit der Konstituante glaubte man mehr und mehr verzichten zu können; der Senat versuchte, durch eigene Vorschläge einen neuen Weg zur Verfassungsreform zu finden, eine Reihe notwendiger Gesetze wurde noch von der Konstituante erledigt. Dann vertagte sie sich auf unbestimmte Zeit; Versuche, sie zu einer Revision der Verfassung noch einmal in Bewegung zu setzen, scheiterten; in ihrer letzten Sitzung am 2. Mai 1850 war sie nicht mehr beschlußfähig. Die neue Verfassung Hamburgs vom 23. Mai 1850 ging über alle wesentlichen Punkte des Verfassungsentwurfes der Revolutionszeit hinweg.

Verhältnismäßig leicht kam Lübeck durch die Revolutionszeit[4]). Seine neue Verfassung vom 8. April 1848 wirkte zunächst beruhigend, die Senatoren waren danach auf Lebenszeit von der „Bürgerschaft“ zu wählen; die Bürgerschaft selbst, aus 120 Köpfen bestehend, beruhte auf der Wahl durch die Gesamtheit der unbescholtenen Bürger des Freistaates, die sich zum Zwecke der Wahl in vier „Stände“ (Gelehrte, Kaufleute, Krämer und Gewerbetreibende) einteilte; als fünfter Stand kamen dazu die Landbewohner. Die Zusammenberufung der auf diese Weise neugewählten Bürgerschaft, am 2. Juni 1848, gestaltete sich zu einem großen städtischen Fest, das sich in den mächtigen Räumen der ehrwürdigen

Marienkirche gravitätisch abspielte. Nicht alle waren aber zufrieden. Die entschiedenen Liberalen, Verfassungsdemokraten und folgerichtige Republikaner, in dieser guten Stadt ohne jeden sozialrevolutionären Zug, kritisierten das „ständische" Wahlrecht aufs schärfste und verlangten an Stelle von solch überaltertem Korporationen- und Kollegienwesen, das den Gerechtsamen von ehemals vorsichtig Rechnung tragen wollte, das allgemeine gleiche Wahlrecht, das Wahlrecht also des Frankfurter Parlaments und der werdenden Reichsverfassung. Alle kaufmännischen Angestellten, alle Handwerksgesellen hatten ja als „Abhängige" kein Wahlrecht; der Gelehrte konnte nur den Gelehrten, der Krämer nur den Krämer wählen. Sollte denn Lübeck ewig ein kleines China bleiben? Der Senat selbst schlug, einsichtig genug, das allgemeine gleiche Wahlrecht vor. Als aber die Bürgerschaft am 9. Oktober über diesen Antrag beschließen sollte, kam es zu einem bösen Tumulte, der von den Anhängern des ständischen Prinzipes angezettelt war. Die Versammlung wurde in der Reformierten Kirche, ihrem Tagungsorte, förmlich belagert, sie mußte schließlich vor der tobenden Menge über das Dach flüchten, es wurde geschossen. Reichstruppen rückten nun in Lübeck ein. Trotz des Widerstandes besonders der Zünfte wurde aber das allgemeine gleiche Wahlrecht doch eingeführt; am 20. Dezember 1848 veröffentlichte der Senat die revidierte Verfassungsurkunde, lange Zeit die modernste unter den Verfassungen der deutschen Stadtrepubliken, ja der deutschen Staaten überhaupt.

In Lübeck herrscht an sich eine gute nationale Gesinnung; was vom Frankfurter Parlament und der provisorischen Zentralgewalt kam, wurde beachtet und befolgt; um so schmerzlicher empfand man es, daß nach dem Entwurf zum Reichswahlgesetz Lübeck als Staat von weniger denn 50 000 Einwohnern keinen eigenen Wahlbezirk bilden sollte. Dagegen bäumte sich der partikularistische Geist. Lübecks merkwürdiges Verhältnis zum Schleswig-Holsteinischen Kriege entfernte die Ostseestadt dann vollends vom gesamtdeutschen Wesen. Lübeck hatte zwar für die deutsche Flotte ein eigenes Kanonenboot gebaut, das auf der Trave fröhlich schaukelte; es wurde aber nie bestückt und bemannt. Lübeck führte keinen Krieg gegen Dänemark. Es hatte seine besonderen und wirksamen Beziehungen zu Kopenhagen. Die lübischen Schiffe fuhren unter russischer Flagge; kein Däne tat ihnen etwas. Die dänischen Postschiffe besorgten über Travemünde ungestört den Verkehr mit dem Kontinent. Während die anderen Seestädte schwer litten, füllte sich die Trave mit großen und kleinen Schiffen, und die Lübecker Kaufmannschaft machte ein schönes Geschäft. Ein Mitglied der Bürgerschaft konnte sich rühmen: „Daß ich ein schlechter Deutscher bin, gebe ich zu; dafür glaube ich ein desto besserer Lübecker zu sein[5])."

So führte also Lübeck sein eigensinniges und eigenartiges Sonderdasein, nnterdrückte die Travemünder, liebte die Preußen durchaus nicht — wie es sich denn vom Dreikönigsbündnis möglichst zurückhielt — sorgte für die Schiffahrt nach Dänemark und die Bahn nach Büchen; das schleswig-holsteinische Kanonenboot „von der Tann", das in der Travebucht Schutz suchte, wollte der Senat im Juli 1850 entwaffnen lassen; es sprengte sich dann selbst in die Luft. Das war ein nach Seerecht korrektes, aber kaum ein patriotisches Vorgehen Lübecks. Bitterste Kritik wurde von den Zeitgenossen daran geübt. Schließlich sah die Hansestadt als Bundeseinquartierung noch österreichische Truppen aus der Lombardei, unter

einem leibhaftigen Erzherzog — die ersten Kaiserlichen seit dem Dreißigjährigen Kriege!

Am meisten Sturm unter den Freien Städten erlebte Bremen[6]). Nach einem provisorischen Wahlgesetze, das das allgemeine und direkte Stimmrecht vorschrieb, wurde hier im Frühling 1848 eine Konstituierende Versammlung gewählt, in der die gemäßigten Elemente trotzdem die Überhand hatten. Die von einer Kommission im Entwurf ausgearbeitete, im Herbst 1848 fertiggestellte Verfassung dehnte das Staats-Bürgerrecht bis ganz nach unten aus; die gesetzgebende Versammlung von 300 Köpfen sollte von der Gesamtheit der Staatsbürger, die 16 Senatoren sollten lebenslänglich von ihr aus ihrer Mitte gewählt werden; Rechtspflege und Regierung sollten endlich ganz getrennt sein. Die demokratische Minorität wollte nur Senatoren auf sechs Jahre; aber auch die Majorität verlegte den Schwerpunkt des politischen Einflusses vom Senate auf die neue Bürgerschaft. Der Verfassungsentwurf arbeitete noch die deutschen Grundrechte ein, gab den Gemeinden im Bremer Staatsgebiet Selbständigkeit und setzte die Abschaffung der Todesstrafe fest. Der Senat bemühte sich zwar um konservative Abänderungen, verkündete aber dann gutwillig die neue Verfassung am 8. März 1849; er selbst blieb vereinbarungsgemäß im Amte. Bremen erlebte also den Zusammenprall eines ganz aus dem Vormärz stammenden Senates und einer nach den neuen Zeitanschauungen gewählten Bürgerschaft.

Ganz ähnlich wie Hadermann in Frankfurt, trat in Bremen eine Persönlichkeit von Eigenart und Wucht in den Vordergrund: der Pfarrer der Liebfrauengemeinde Rudolf Dulon. Erst im Sommer 1848 war er in die Freie Stadt gekommen, aus Magdeburg, wo er sich aus einem strenggläubigen Geistlichen zum Lichtfreunde entwickelt hatte. Jetzt wurde er von den extremsten Zeitgedanken ergriffen: eine religiöse Natur, fühlte er sich urchristlich erweckt; angeekelt von den Auswüchsen kaufmännischer Besitzerzivilisation, wandte er sich zu den Armen und Elenden; pfäffisches und dynastisches Unwesen geißelte er mit der Rücksichtslosigkeit des gottbeseelten, charismatisch erfüllten Redners; er setzte sich zu den elenden Zigarrenarbeitern, zu den gedrückten Handwerkern, zu den Dienstboten der großen Kaufleute und fand in diesen Armen, Beladenen, Mühseligen und Geknechteten seelische Reinheit, Tugend und Gesundheit. Wenn er predigte, staute sich die Kirche vor Fülle; er erteilte Trost und Rat jedem, der zu ihm kam, und genoß solche Achtung, daß es die Hochmögenden gruselte. Bald wuchs er über Bremen hinaus: mit Arnold Ruge in London stand er in Verbindung, alle Sozialisten und Kommunisten des deutschen Nordwestens fanden bei ihm Hilfe und Schutz; er war ein feuriger, unerschrockener, religiöser Sozialist, dem bald auch die Regierungen die Ehre antun mußten, ihn gefährlich zu finden. Durch die patrizische Geruhsamkeit Alt-Bremens zitterte aber etwas wie vom Posaunenklange des Gerichtes. Dulon, gedanklich verworren, aber an Gesinnung so ehrlich, als man sein kann, gab eine politische Zeitung, die „Tageschronik", heraus und trug in seiner zweibändigen Aufsatzsammlung: „Vom Kampfe um Völkerfreiheit" die Propaganda bis in die Katen der Landarbeiter und Kleinbesitzer. Er sympathisierte mit dem Märzverein (vgl. unten S. 455) und griff die „Potsdamer Kamarilla-Konstitution" lebhaft an[7]). Die Gegenseite blieb die Antwort nicht schuldig. Aus dem Bremer Verfassungsstreit entstand also ein Geistes- und

Klassenkampf; die Bürgerschaft von 1849 hatte eine entschieden demokratische Mehrheit. Der Volksschullehrer Feldmann wurde in den Senat, zwei linksstehende Anwälte zu Richtern gewählt. Die Bauern gewann man durch ein freiheitliches Ablösungsgesetz. In alle Deputationen wurden Fortschrittsmänner geschoben: Kaufleute, Gelehrte; sowohl Pietisten wie Rationalisten waren entsetzt. Und das alles vollzog sich, während in ganz Deutschland die Gegenrevolution voranschritt! Um die Gewerbeordnung, um das sehr reformbedürftige Schulwesen, um die Finanzen entspannen sich erregte Kämpfe, schwere Unterschleife eines Ältermannes konnten aufgedeckt, Mißstände beim Aufbau Bremerhavens ans Licht gezogen werden. Mancher kleinliche Zank spielte dabei mit, im ganzen muß man den Mut achten, mit dem die bremische Linke trotz der veränderten Zeitverhältnisse vorging. Zuletzt galt Bremen als ein gefährlicher Revolutionsherd, der die Ruhe Deutschlands gefährdete. Die Intervention der Großstaaten drohte; der Senat sorgte sich schon um die Selbständigkeit der Republik. Noch nie war es der Stadt so gut gegangen: die Auswanderungsziffer stieg in der Reaktionszeit (1851 beförderte Bremen 38 000, 1852 über 60 000 Personen über See); Bremen galt bei den Nachbarn als fetter Brocken. Im Frühjahr 1851 verlangte der Senat von der Bürgerschaft die Revision des Wahlgesetzes. Bei den teilweisen Neuwahlen im Juni 1851 verstärkte sich aber nur die Linke. Jetzt wandte sich der Senat an den wiederhergestellten hohen Bundestag. Die Intervention in Bremen wurde beschlossen; der hannöverische General Jacobi erschien als Bundeskommissar in der Freien Stadt; die angemessene Truppenmacht, die ihm zur Verfügung stand, brauchte jedoch nicht einzurücken. Die Bürgerschaft wurde aufgelöst, ein neues Wahlgesetz oktroyiert, das Vereins- und Presserecht beschränkt. Dulon wurde zu Gefängnis verurteilt und abgesetzt. Die theologische Fakultät von Heidelberg billigte diesen Akt als notwendige Pflicht, um die Kirche vor seinen antichristlichen Lehren zu schützen. Dulon ging nach Helgoland, später nach den Vereinigten Staaten. Der neue Bürgerkonvent wurde nach Ständen und Klassen gewählt. —

Der Reiz der mecklenburgischen Verfassungskämpfe besteht erstens in der Zwitternatur des schwerinschen und strelitzschen Staatswesens, zweitens in dem Aufprall des parlamentarischen Systems auf einen noch rein erhaltenen Feudalzustand[8]). Die Reformpartei hatte hier einen ausgesprochen städtischen Charakter; von den Seestädten und Schwerin lief der Strom durch alle Bürgergemeinden; das Programm des „Reformvereins“ schrieb dem außerordentlichen Landtage, der ausnahmsweise in Schwerin abgehalten wurde, den Weg vor. Die Ritterschaft versuchte vergebens Verschleppung. Es erfolgte die von den Regierungen der beiden Mecklenburg genehmigte Erklärung der Stände, daß sie ihre bisherigen grundgesetzlichen Landstandschaftsrechte aufgeben und daß in Zukunft nur gewählte Vertreter die Ständeversammlungen bilden sollten. Als Wahlrecht wurde das indirekte, freie, gleiche und allgemeine festgesetzt — „nach Kopfzahl mit Zwischenwahlen ohne Zensus“, wie man damals sagte. Unter solchen Voraussetzungen wurde die verfassunggebende Abgeordnetenkammer gewählt: sie trat am 31. Oktober 1848 wieder in Schwerin zusammen. Das Übergewicht hatte durchaus die Linke; die äußerste Rechte, die Partei der Ritterschaft, war die schwächste Partei. Das rechte und das linke Zentrum gewannen im Laufe der

Verhandlungen an Bedeutung. Erster Präsident war der hervorragend politisch begabte Rechtsanwalt Moritz Wiggers aus Rostock. Über 2000 Petitionen stürmten auf dieses erste moderne Parlament in Mecklenburg ein, verschiedene Ausschüsse bemühten sich um die Aufgabe einer Verwandlung, eines gründlichen Umbaues des Überkommenen. Zahlreiche Arbeitsniederlegungen, Zusammenrottungen und Mißhandlungen auf dem Lande zeigten die ganze Unhaltbarkeit der dortigen Zustände. Truppen mußten die erregte Bevölkerung zur Ruhe bringen. Die Handwerker und die sogenannten freien Tagelöhner auf dem Lande sowie die Hoftagelöhner befanden sich in gleich trostloser Lage. Für beide Gruppen wurde die Verleihung von Ländereien in Zeitpacht und die Bildung von Schiedsbehörden für Streitigkeiten beschlossen. Am notwendigsten waren solche auf dem übervölkerten Domanium, das überaus kostspielig verwaltet wurde und deshalb einen ganz geringen Reinertrag abwarf. Von anderen Gesetzen waren für die mecklenburgischen Verhältnisse besonders bezeichnend: das Gesetz betr. Übergang der Verwaltung der drei Landesklöster an den Staat, das Gesetz betr. die Aufhebung der Prügelstrafe (!), das Gesetz über Rekrutierung und die Militärkonvention mit Preußen. Das Staatsgrundgesetz endlich war die Hauptleistung der verfassunggebenden Versammlung. Der Entwurf hatte das Bekenntnis zur Volkssouveränität, das Erlöschen des großherzoglichen Oberbischofamtes und das allgemeine Wahlrecht als besondere Verwegenheiten enthalten. Die endgültige Fassung sah immerhin die Aufhebung der Fideikommisse (außer dem besonders zu regelnden Besitze des großherzoglichen Hauses) und für ein Drittel der Abgeordneten allgemeine Wahlen ohne Zensus vor. Für Schwerin kam auch eine Vereinbarung über die Abtrennung des großherzoglichen Hausgutes und der Krondotation von dem sonstigen Domanialgut zustande. Der Widerstand gegen diese verhältnismäßig bescheidene Modernisierung Mecklenburgs ging nun von Strelitz aus, hinter das sich die Ritterschaft steckte. Strelitz warf die Frage auf: Sollen die beiden Staaten vollkommen getrennt oder vollkommen verschmolzen werden? Nur eines von beiden sei möglich. Und Strelitz zerbrach die seit 1523 bestehende landständische Union; am 11. August 1849 erklärte der Strelitzer Großherzog, außerstande zu sein, die Verhandlungen mit der verfassunggebenden Versammlung weiter fortzusetzen; die Strelitzsche Regierung sprach die Auflösung aus, die aber allein der schwerinschen zustand. Schwerin ging auch ruhig seinen Weg weiter. Das vereinbarte Staatsgrundgesetz wurde von Großherzog Friedrich Franz eigenhändig vollzogen; er gelobte, die Verfassung fest und unverbrüchlich zu halten.

Die Ritterschaft hatte inzwischen gearbeitet und alles zur „loyalen Opposition gegen den angestammten Landesherrn“ vorbereitet. Sie gründete den „Allgemeinen Politischen Verein“ und als Zeitung den „Norddeutschen Korrespondenten“; sie berief einen „Konvent“, erließ eine Rechtsverwahrung und kündigte die Anrufung der Bundesgewalt an. Die großherzoglichen Agnaten gaben öffentliche und feierliche Proteste von sich; auch der König von Preußen protestierte, gestützt auf den im 18. Jahrhundert erneuerten Sukzessionsvertrag von 1442! Die Ritter gingen noch weiter, sie wandten sich an die Regierungen von Österreich und Preußen und erwirkten Noten von dort an die schwerinsche Regierung; Strelitz erhob förmliche Klage gegen Schwerin beim Bundesschiedsgericht. Die

erste ordentliche mecklenburg-schwerinsche Abgeordnetenversammlung trat am 27. Februar 1850 zusammen; Linke und Rechte hielten sich die Waage; wieder wurde Wiggers Präsident. Schon war aber ein Erlaß der Bundeszentralkommission ergangen, der den Rittern und der strelitzschen Regierung rechtgab. Als Bundesbevollmächtigter erschien der preußische Unterstaatssekretär Graf v. Bülow, demnächst mecklenburgischer Ministerpräsident in Schwerin. Der Großherzog fügte sich, die Kammer wurde vertagt und trennte sich unter Protest; der zum Schiedsrichter erwählte König von Hannover, Ernst August, gewiß eine besonders berufene Persönlichkeit für Verfassungskonflikte, ließ durch seinen Geheimen Kabinettsrat Freiherrn v. Schele als Bevollmächtigten — ein preußischer und ein sächsischer Schiedsmann wirkten mit — den Spruch verkündigen: das Staatsgrundgesetz und das Gesetz über die Aufhebung der landständischen Verfassung werden für nichtig erklärt; der Großherzog hat nach dem Landesvergleich von 1755 einen neuen Landtag auszuschreiben. Die Restauration siegte, es folgten Versammlungs- und Presseverbote sowie die Aufhebung der deutschen Grundrechte.

Ein privilegierter Stand wie die mecklenburgischen Ritter arbeitete also gegen die Dynastie und besorgte ihr aus Klassenegoismus eine schwere politische Demütigung; in dem friedlichen Oldenburg wäre so etwas nicht möglich gewesen. Hier gab es aber eine Krise sozusagen des Staatsgebietes; denn die Birkenfelder jagten nicht nur ihren Präsidenten, den Staatsrat Hannibal Fischer, weg, sondern diskutierten auf ihre rheinisch erregte Art auch die Frage, ob sie sich nicht vom oldenburgischen Reiche lossagen und entweder preußisch werden oder noch lieber eine eigene Republik bilden sollten. „Ja es ist nicht unmöglich, daß es Personen gab, die von der nahen Vereinigung der beiden Republiken Birkenfeld und Frankreich träumten“, schreibt ein kundiger Zeitgenosse[9]). Im eigentlichen Oldenburg hatte es nun nie irgendeine Art Verfassung gegeben; es herrschte ein anständiger phlegmatischer Absolutismus. Die versprochenen Landstände sollte ein 1847, also etwas spät eingesetzter Beamtenausschuß vorbereiten (vgl. Band I, S. 230). In den Märztagen gab es Deputationen und eine loyale Bewegung; nur die Friesen aus dem alten freien Jeverlande drohten mit einigem Ingrimm. Ein Ausschuß von städtischen und ländlichen Amtspersonen brachte einen Verfassungsentwurf zustande; die Regierung erließ ein provisorisches Wahlgesetz mit Beschränkungen der Wählbarkeit, die böses Blut machten. Der Landtag gestand nach einigem Schwanken dem Großherzog das absolute Veto zu. Viel ernster und ausführlicher, eigentlich als das Wichtigste, wurde die Frage des Domaniums behandelt. Der sonst so milde und gerechte Großherzog Paul Friedrich August verstand dabei keinen Spaß. Er wollte das Hausvermögen vom Staatsvermögen trennen, beanspruchte aber einen recht erheblichen Teil des Domaniums zum Nießbrauch und dazu eine Zivilliste von 180000 Talern. Zu dieser nicht geringen Summe sollten noch die Apanagen besonders kommen! Der Landtag wollte viel weniger gewähren, der Großherzog bestand aber auf einem Domanialreinertrag von 172000 Talern. Es war ein zäher Kampf, der im Lande viel Widerhall fand. Der demokratische Arbeiterverein von Jever betätigte sich besonders. Der Großherzog gab schließlich etwas nach und war mit einem Gesamtbezuge von 170000 Talern zufrieden. Das Staatsgrundgesetz konnte am

1. Mai 1849 verkündigt werden. Der nach dem allgemeinen Stimmrecht neugewählte Landtag, in dem zuerst auch die Birkenfelder erschienen, hatte noch einiges demokratisches Temperament — so strich er die Militärlasten zusammen und hatte es besonders auf die Kavallerie abgesehen. Aber schon schlug die Regierung die Revision des Staatsgrundgesetzes vor, entsprechend den veränderten Zeitverhältnissen. Das neue Staatsgrundgesetz von 1852 hat dann vor allem das allgemeine Stimmrecht beseitigt und indirekte Dreiklassenwahlen eingeführt.

Das Grotesk-Komische im Partikularismus wird besonders durch Anhalt vertreten[10]). In Anhalt-Köthen starb Anfang 1848 der letzte Herzog dieser Linie; er war katholisch geworden, hatte das Ländchen in sinnlose Schulden gestürzt und durch eine Spielhölle die Anziehungskraft der Residenz zu erhöhen versucht. Köthen war außerdem zu kurioser Berühmtheit gekommen als einer der ersten Eisenbahnknotenpunkte Deutschlands, als Hauptsitz der Homöopathie und als Ausgangsort der Sekte der „Protestantischen Freunde". Nach dem Tode des Herzogs zunächst nur in Personalunion mit dem Lande Dessau verbunden, genoß es während der Revolutionszeit eine beinahe republikanische Freiheit, die manchem politischen Flüchtling, so auch Bakunin zugute kam. Eine Vereinigung Dessaus, Köthens und Bernburgs zu einem anhaltinischen Reiche hätte nun nahegelegen, wurde auch erstrebt, scheiterte jedoch an dem bernburgischen Patriotismus. Der Bernburger Herzog Alexander Karl, gleichfalls der letzte seiner Linie, war zwar seit Jahren unbestritten regierungsunfähig, führte aber weiter das Zepter; seine von gerührtem Danke überfließende Märzansprache an die getreue Untertanenschaft ist in ihrer angstvollen Geschraubtheit eines der belustigendsten Zeitprodukte. Bernburg erlebte eine Aufhebung der Zensur, die alle Konzessionen und Kautionen beibehielt, eine Bürgerwehr, die eine Polizeitruppe für die Obrigkeit wurde, Wahlen, bei denen ein Wahlkommissar mit souveräner Willkür über „Selbständigkeit und Unbescholtenheit" der Wähler entschied. Zum Frankfurter Parlament wurde in Bernburg nicht allgemein und direkt gewählt, sondern die Bernburger Volksvertreter bestimmten den Abgeordneten! Auch in Bernburg kam nun eine abscheuliche Finanzlage an das Tageslicht, während Dessau in allem gut abschnitt. Das bernburgische Volk spaltete sich, wie die übrigen Deutschen, in Parteien: die „Vereinigungspartei" und die „Protestationspartei" zankten sich wütend über Verfassungsparagraphen und das fürstliche Hausvermögen. Der bernburgische Absolutismus war ein Unsinn gewesen; aber das „konstitutionell-monarchische Prinzip auf breitester demokratischer Grundlage" mit Stöcken auf der Galerie und Bestrafung auch der reaktionären Gesinnung machte den Unsinn nur größer statt kleiner. Schließlich brach der Landtag mit dem Ministerium, bestellte selbst einen neuen Premierminister und erklärte sich in Permanenz; der blöde Herzog floh von Ballenstedt außer Landes nach Quedlinburg; der Reichsverweser sandte auf Wunsch des Landtages als Reichskommissar den ehemaligen Düsseldorfer Oberprokurator v. Ammon (einen Märtyrer der preußischen Reaktion) nach Bernburg, um Ordnung zu schaffen. Schmerling schrieb den Bernburgern am 12. Dezember 1848 die spitzen Sätze: „. . . Ein Land von nur 50000 Seelen kann unmöglich aus eigenen Kräften alle die Anstalten in wünschenswerter Vollkommenheit erhalten, welche zu einem geordneten fortschreitenden Staatsleben erforderlich sind . . . Zweierlei

Recht, zweierlei Ständekammern und zweierlei Ministerien auf der gleichen Fläche der vereinigten Herzogtümer Bernburg und Dessau wäre in den Augen des Unterzeichneten eine Ironie auf die schönen einheitlichen Bestrebungen unserer neuen Zeit . . .“ Als es nun noch im März 1849 zu einem Blutbade kam, dem eine Reihe harmloser Demonstranten zum Opfer fiel, erklärte das Bernburger Ministerium den Belagerungszustand und rief preußische Truppen, Infanterie und Kavallerie, an die tausend Mann, zu Hilfe[11]). Die vom Dessau-Köthener Vereinigten Sonderlandtag fertiggestellte Verfassung ist trotz der Sanktionierung durch den Herzog in den Jahren 1849 und 1850 auf dem Verordnungswege reaktionär „revidiert“ worden; der vereinigte Landtag von 1850 wurde sofort nach Zusammentritt „geschlossen“. —

Als die Frankfurter Kaiserdeputation nach Berlin reiste, ist sie in keiner Stadt so begeistert begrüßt und herzlich bewirtet worden wie in Braunschweig. Später haben die flüchtigen Schleswig-Holsteiner Patrioten, der Statthalter Beseler an der Spitze, hier ein warmes Asyl gefunden. Heinrich v. Gagern wurde Ehrenbürger der Stadt. Das Herzogtum Braunschweig war ganz überwiegend frankfurtisch schwarz-rot-gold gesonnen; die „Reichszeitung“ bekannte sich mit Eifer zum Volkskaisertum und zur Reichsverfassung der Paulskirche. Dem Herzog Wilhelm freilich kam das alles viel zu demokratisch vor — er verlegte seine Residenz nach Blankenburg und mochte gar nicht mehr in die Hauptstadt zurückkehren. Seine Truppen gab er nur sehr ungern für Schleswig-Holstein her — er wollte sie als unzertrennlichen Verband erhalten und womöglich selber anführen. Kavallerie schickte er nicht mit, sie sei für das dortige Gelände ungeeignet[12])! Auch der sehr loyale Minister v. Schleinitz kam nicht mehr zurecht mit dem schmollenden Fürsten. Einen auch nur bescheidenen Verzicht auf die ihm 1832 zugesicherte Jahresrente lehnte der Herzog Ende 1849 mit Schärfe ab. Das wirkte bereits als Anzeichen kommender Reaktion. Unter dem Drucke der Großmächte wurde dann in Braunschweig gegen kommunistische Handwerksgesellen und freiheitliche Zeitungsmänner polizeilich eingeschritten; das allgemeine Stimmrecht, nach dem 1848 gewählt worden war, wurde durch ein Zensus- und Klassenwahlrecht ersetzt[13]).

In Anhalt war die Zusammenlegung der Landfetzen schließlich nicht zu umgehen; handelte es sich hier doch nur um verschiedene Zweige eines fürstlichen Hauses. Was sollte aber aus der thüringischen Zersplitterung werden? Die Mediatisierungsgedanken hatten hier ein dankbares Feld (vgl. oben S. 299); überzeugt davon waren am wenigsten die zunächst Beteiligten. Die Mediatisierung, oder, wie Moritz Mohl wollte, die Reichsunmittelbarkeit als Übergangszustand, wurde im Frankfurter Parlament in der Debatte nur von den Nichtthüringern empfohlen; von den thüringischen Abgeordneten wagten bloß vier bei der Abstimmung dafür einzutreten. In keinem der Kleinstaaten kam eine Petition um Verschmelzung mit einem größeren Nachbarstaate zustande.

Eine gemeinsame thüringische Zeitung konnte nicht gegründet werden; dafür gab es aber eine Menge neuer Organe in den verschiedenen rivalisierenden Residenzen, und jedes bewies die führende Stellung der eigenen Heimat. Die Weimaraner mißgönnten den Koburgern, die Gothaer wieder den Weimaranern den Vorrang. Das Haus Koburg mobilisierte seine internationalen Beziehungen;

der sonst so reichstreue Koburger Herzog wirkte durch den Prinzgemahl und den König Leopold von Belgien auf die Königin Victoria ein im Interesse der Erhaltung seiner Selbständigkeit[14]). So waren alle die verschiedenartigen Bestrebungen, Thüringen irgendwie zu vereinheitlichen, damals zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Das stärkte die republikanische Bewegung; es war ja leicht zu beweisen, daß hier der fürstliche Egoismus besonders vernunftwidrig war. Am deutlichsten trat das Republikanertum in Altenburg hervor. Der dortige Vaterlandsverein schrieb schon am 28. Mai 1848 an das Frankfurter Parlament: „Der Verein bekennt sich offen zur Republik". Der Landtag verkündigte vorsichtiger, das Volk von Altenburg werde in Zukunft herrschen, der Herzog bloß regieren. Die Waldbewohner verlangten billiges Holz und Verminderung des schädlichen Wildstandes; die Bauern wünschten Aufhebung der Fronden und Lehnsgefälle, Aufhebung der Steuerfreiheit der Privilegierten, Armenversorgung durch den Staat. Als dann aber die Einkommensteuer an die Tür klopfte, wiesen reiche Besitzer ihre Unterstützungsbedürftigkeit nach! Im Altenburger Vaterlandsverein agitierten die Sensenmänner wild gegen das Frankfurter Parlament nach Unterdrückung der Septemberrevolution; nun rückten Reichstruppen ein; das Altenburger Bataillon, das von der Deputation gründlich bearbeitet war, mußte ausmarschieren, von sächsischer Kavallerie und Artillerie eskortiert. Der Frankfurter Reichskommissar Graf v. Holtzendorff war genötigt, sich wegen verleumderischer Beleidigung an das Gericht zu wenden.

„Wenn drüben deutsche Brüder stehn,
Kam'rad, dann schieße nicht!" —

so klang es aufrührerisch durch die Gassen dieser roten Residenz. Auf die Sachsen folgten hannoversche Truppen, auf die Hannoveraner die Preußen. Der Hauptagitator, der Kandidat der Theologie Douai, wurde verhaftet[15]).

Auch in Weimar wurde für die Republik gearbeitet. Als Opfer des Volksunwillens fiel hier der Kanzler v. Müller, Goethes Freund. Man warf ihm Ungerechtigkeit vor, weil er gegen belastete Justizbeamte von Berka nicht eingeschritten sei, aus Rücksicht auf seinen Bruder, der der dortigen Regierung angehörte; auch mischte sich Müller in die Wahlbewegung und forderte einen Beamten auf, die Wahl der Fortschrittsmänner Fein und Schüler zu verhindern; die Jenaer Studenten bekamen den Brief in die Hand, hefteten ihn an den Straßenecken an und erschienen in Weimar, um Müllers Haus zu demolieren. Der Kanzler nahm schnell seine Entlassung; die Studenten hatten erklärt, sie würden Jena einäschern, wenn Schüler nicht gewählt würde[16]).

Die Presse nahm in Weimar starken Aufschwung unter der Wirkung der Märzbewegung. Zahlreiche Anfragen und Erklärungen, zum Teil humoristischer Natur, bewiesen die neue Lust an der Öffentlichkeit. Wann wird, so hieß es einmal, Professor Fein in Jena seinen logischen oder juristischen Kommentar über Gleichbedeutung von Protestation und Petition erscheinen lassen[17])? Während Weimar immer eine gewisse höfisch-klassische Anmut bewahrte, tobte sich Jena nun auch politisch burschikoser aus: Redner stiegen auf Tische, Verbrüderungsküsse wurden getauscht, Volksversammlungen wandelten sich in Tumulte[18]). Daß für den Weimarer Landtag mittelbare Wahlen ausgeschrieben

waren, erregte Erbitterung. Jena beeinflußte auch wesentlich die Pfingstversammlung der deutschen Studenten auf der Wartburg. Im Eisenacher Programm vom 17. Juni wurde verlangt, die Universitäten sollten Nationalanstalten werden: die Aufhebung der Fakultäten, der akademischen Gerichtsbarkeit, der Wegfall der Kollegienhonorare und Examensgebühren, Abschaffung der offiziellen lateinischen Sprache, Wegfall des philosophischen Examens für Mediziner, die Konstitution von wohlorganisierten Studentenschaften, die Beteiligung der Studierenden an der Besetzung der Lehrstühle und der Wahl der akademischen Behörden sollte dazu dienen. Viele Studenten widerstrebten aber der Einmischung in eigentlich politische Fragen, die Korps nahmen im Gegensatz zu den Burschenschaften überhaupt keine öffentliche Stellung dazu ein. Eine Minderheit von 170 Studenten trat zu einer Adresse an das Parlament für den republikanischen Bundesstaat ein; Arnold Ruge überreichte sie in Frankfurt; der Berliner Märzkämpfer v. Salis beantragte mit Erfolg eine persönliche Adresse an Friedrich Hecker, den Schwertführer der Republik, den Helden der Freiheit. Auch Johann Miquel trat für die Republik ein. Die Mehrheit von über vierhundert Studenten befürwortete aber die konstitutionelle Monarchie — Ägidi hatte sich, feurig auf seine Art, dafür eingesetzt[19]).

Die großherzoglichen Behörden ließen die Studenten ruhig machen. Auch die Zusammenkünfte, die flüchtige Polen mit weimarischen Republikanern abhielten, verliefen zunächst ungestört. Im Bürgerverein, wo sich Schriftsteller mit Kaufmannsgehilfen und Studenten trafen, überwog das Republikanertum; wenn es schon Fürsten geben müsse, hieß es dort einmal, muß man sie aus dem Volke nehmen. Der „politische Verein", der zum größten Teil aus Juristen bestand, versuchte durch akademische Belehrung dagegen aufzukommen. Republikanische Ideen wurden auch von Pfarrern geteilt, besonders im Neustädter Kreise, wo es so unruhig wurde, daß die Regierung Truppen einsetzte. Als Träger sozialrevolutionärer Ideen traten in Weimar der Theaterdichter Rost und der Redakteur Jäde hervor (vgl. Band I, S. 367), der das „Weimarische Volksblatt" mitleitete. Gegen Jäde wurde im August die Anklage wegen Hochverrats erhoben; er wurde, da er flüchtete, durch Steckbrief verfolgt, verhaftet, zu Gefängnis verurteilt, nach seiner Freilassung 1849 von neuem angeklagt, zuerst von den Geschworenen freigesprochen, dann wiederum mit vier Monaten Kriminalarrest belegt[20]). Jäde war mit seiner spitzen Nase, seinem schwachen rötlichen Vollbart das rechte Gegenstück seines Gesinnungsgenossen, des Herausgebers des „Volkstribun", Dr. Lafaurie, eines schwarzhaarigen, mageren Menschen, mit scharfem Zinken, bleicher Gesichtsfarbe und funkelnden dunklen Augen, der auch im Wesen ganz südlichen Fanatismus, ganz romanische Intellektualität zeigte, der Abstammung entsprechend (vgl. Band I, S. 366). Lafauries Stärke war Agitation und Organisation — er leitete den Demokratischen Klub in Jena; Jäde wirkte mehr als Schriftsteller.

„Ist denn Hermanns alte Rieseneiche
Abgefault und mark- und blätterleer?
Horstet in dem weiten deutschen Reiche
Sonnenkühn kein wackrer Adler mehr?" —

so begann sein Gedicht: „Das Gebet des Mannes ist die Tat", das im Weimarischen Volksblatt stand. Weniger harmlos klang sein Aufruf, in dem der herrschenden Partei vorgeworfen wurde, sie plane einen Raubzug nach demokratischen Führern auf Grund des alten historischen Rechtes, im Stile ehemaliger diplomatischer Verschwörungen. Nur eines gebe es dagegen: die Gewalt, „denn es gibt keine politische Verbrechen mehr, sondern nur Parteihandlungen", nicht Strafe gibt es gegen eine Partei, sondern nur Rache, zwei Parteien stehen sich gegenüber — die republikanische und die kosakische; kommen wir in eure Gefängnisse, so sind wir besiegt — für den Augenblick, aber nicht rechtlich verurteilt; wir sind dann in keiner gesetzlichen Gewalt; siegen wir einmal, dann werden wir humaner verfahren! — Jäde und Lafaurie bearbeiteten auch das Militär, sie gewannen Anfang Mai 1849 sechs Soldaten als Vertrauensmänner der Kompagnien, ließen diese einen Protest gegen den befohlenen Ausmarsch nach Sachsen unterzeichnen, veranstalteten eine Versammlung, an der 150 Soldaten teilnahmen, und erreichten so, daß das ganze Bataillon den Ausmarsch zuerst geschlossen verweigerte; erst die Bitten des beliebten Chefs, des Majors v. Tümpling, der ganz verzweifelt war, brachten die Truppen zum Gehorsam. Die soldatischen Rädelsführer kamen ins Zuchthaus, Lafaurie und Dr. Otto erhielten wie Jäde Kriminalarrest.

Als Führer der Gemäßigten traten in Weimar der Buchbindermeister Adam Henß, der Vorsteher des Kunstinstituts Hofrat Schöll und Superintendent Schwarz hervor. Henß besaß eine sehr zeitgemäße Begabung für blumige Rede und Schreibe: als Vertreter des gediegenen nach oben strebenden Mittelstandes bewies er, daß die konstitutionelle Monarchie im Gegensatz zur Republik eine Stütze gegen den Kommunismus sei: „der Kommunismus aber ist die tausendköpfige Schreckensherrschaft des Volkes, die bald genug zum Despotismus eines Einzelnen führen wird"; nur die Monarchie, sagte er in seinem „Politischen Bekenntnis", kann das Unheil der Nahrungslosigkeit und des Notstandes abwenden. Geschickter war der Versuch von Henß zwischen „echten" und unechten, das heißt sozialrevolutionären Republikanern einen Unterschied zu machen. „Die echten Republikaner", heißt es in seiner Dankadresse an das Frankfurter Parlament nach der Wahl des Reichsverwesers, „werden zu den Konstitutionellen stehen, denn sie wollen Achtung vor dem Gesetz, und wir wollen neben diesem auch alle die Freiheiten und Bürgschaften, welche sie verlangen." Das hätte auch der Abgeordnete für Weimar im Frankfurter Parlament v. Wydenbrugk sagen können: der alte Oppositionsführer (vgl. Band I, S. 367) hatte mit koketter Bescheidenheit nur auf ein Jahr das ihm angebotene Ministerium in den Märztagen angenommen und spielte sich nun in Frankfurt als eine Art Botschafter des Weimarer Geistes auf: vielgeschäftig stellte sich der Gernegroß dahin, wo die Mitte an die Linke stieß und die Linke in die Mitte überging, ein ehrgeiziger Sophist, der sein Übermaß an Taktik vergebens durch ein Übermaß freimütiger Biedermännerei zu verhüllen suchte; für die weimarischen Hofbegriffe wirkte seine Frankfurter Beflissenheit viel zu demokratisch, und der Minister v. Watzdorf bat ihn einmal energisch um Aufklärung seiner Handlungsweise. Dem Weimarer Lokalpatriotismus tat es aber wohl, wenn die Weserzeitung Wydenbrugk als Reichsminister des Auswärtigen empfahl; seine große Rede über das Gagernsche

Programm im Januar sollte er gehalten haben mit einer Ministerrede in der Tasche; eine vorzügliche Leistung war sie sicher[21]). Erst 1854 schied er aus dem weimarischen Ministerium, ein Zeichen, daß die Reaktion hier sanft war. Das suspensive Veto, das dem Großherzog im Januar 1850 noch vom Landtage zuerteilt wurde, votierte dieser schon nach wenigen Wochen freiwillig wieder zurück. Die Aufnahme der Grundrechte in das weimarische Staatsgrundgesetz verhinderte Watzdorf; das allgemeine Wahlrecht wurde in Weimar, Gotha, Meiningen, Altenburg, Rudolstadt, Sondershausen und Gera wieder beseitigt. In Koburg und in Greiz war eine neue Verfassung gar nicht zustande gekommen. Der Hauptstreit ging überall um das Domanium. In Weimar, wo die Dynastie ja besonders reich an Privatvermögen war, konnte das großherzogliche Haus auf die ihm zugebilligte Zivilliste (vgl. Band I, S. 212) noch zeit- und teilweise verzichten. In Altenburg griff der Landtag recht scharf zu — in der Reaktionszeit setzte das großherzogliche Haus eine Erhöhung der Bezüge durch. In den beiden Schwarzburg ging nur die Verwaltung, nicht das Eigentum des Domaniums, an den Staat über. In Meiningen sollte ein Teil des Domaniums als Fideikommiß des Landesherrn ausgeschieden werden — das gesamte Eigentum ist dann doch wiederhergestellt worden. In Reuß-Greiz kam es überhaupt zu keiner Veränderung. In Koburg war schon 1846 das volle Eigentum des Landesherrn anerkannt, die Verwaltung aber unter Kontrolle gestellt und zum Teil zugunsten der Landeskasse geregelt worden; in Gotha wurde ein Allod aus dem Domanialvermögen ausgeschieden und über die Nutznießung ein Vergleich erzielt. Die wirtschaftliche Überlegenheit der thüringischen Fürstenhäuser als solche wurde also von der Revolution nicht erschüttert; das Land blieb in der Hand eines Konzerns von Großgrund- und Waldbesitzern, an deren Stellung und Einfluß jede sozialrevolutionäre Agitation um so sicherer abprallte, je gebundener die Untertanenschaft bis in den kleinen Mittelstand war, je abhängiger die überwiegende Mehrzahl auch geistig und gesellschaftlich sein wollte[22]).

Was Bayern in Süddeutschland war, wäre Hannover gern in Norddeutschland gewesen. Bayern befand sich aber schon geopolitisch in einer viel freieren Lage, es hatte nach Umfang und Gewicht eine europäische Existenz, es konnte sogar das Wagnis unternehmen, durch seine Beziehungen zu Frankreich und Rußland Preußen einzukreisen, selber im Rücken gedeckt durch den österreichischen Kaiserstaat. Hannover dagegen steckte zu seinem Ärger zwischen den beiden Kneifern der preußischen Zange, und die englische Freundschaft begann erst jenseits der Nordsee. Zwischen Bayern und Hannover gab es dennoch viel Gemeinsames: die Stammeszähigkeit, die Kirchlichkeit, der Einfluß der Hofgesellschaft, die Bedeutung des agrarischen Elementes, die Antipathie gegen das Frankfurter Reich. So spannen sich denn auch zwischen Bayern und Hannover allerhand diplomatische Fäden; München wußte genau, daß hier seine Politik des Widerstandes aus Grundsatz am meisten Beifall erhielt, beide Königreiche fanden sich in dem Wunsche zusammen, wenigstens als Hindernis auf die deutsche Geschichte einzuwirken.

Mit gesuchter Affektion trug der alte König Ernst August seine Vorliebe für Österreich zur Schau; er zog die österreichische Kavallerieuniform an, so oft

es nur ging, und ärgerte damit das Publikum; einmal setzte er sich sogar zum Dolman seiner eigenen Gardehusaren den österreichischen Kolpak auf! Jellačić bekam das Großkreuz des Guelfenordens, Windischgrätz den St.-Georg-Orden — trotz des Abratens des Außenministers Grafen Bennigsen, der deshalb seine Demission gegeben haben würde, wenn nicht gerade das ganze Ministerium schon aus anderen Gründen um den Abschied eingekommen wäre[23]). Die Überzeugung, daß Preußen „Arrondierungspläne" verfolge, war dem König nicht auszutreiben. Und auch dem Grafen Bennigsen entschlüpften im Gespräch mit dem preußischen Gesandten einmal die Worte: „Es ist nur sehr wahrscheinlich, daß Hannover binnen kurzem eine preußische Provinz sein wird[24])." Dem König Ernst August war das ganze Treiben des Frankfurter Parlaments in der Seele zuwider. Er pflegte Preußen vorzuwerfen, daß es die revolutionären Impulse nicht streng genug unterdrückt habe, und die Behauptung aufzustellen, er selbst sei der einzige Souverän Deutschlands, der sich nicht unter das revolutionäre Joch gebeugt und die provisorische Zentralgewalt nur „mit Bedingungen" anerkannt habe. Das war unwahr, die unumwundene Anerkennung durch Hannover war erfolgt (vgl. oben S. 105); aber dergleichen störte den Alten nicht. Mißtrauen und Verstimmung gegen die preußische und die Frankfurter Politik gehörten zu seinem Leben. Es gab keinen empfindlicheren fürstlichen Partikularisten als ihn[25]). An den hannöverschen Gesandten in München, v. d. Knesebeck, schrieb er zum Beispiel eigenhändig, um ihn ja davon abzubringen, keine Sendung für die Reichsgewalt zu übernehmen[26]). Die schleswig-holsteinische Angelegenheit war dem König wegen England und der von dort bezogenen Apanage äußerst unangenehm, er versuchte deshalb die Leistungen möglichst zu verzögern und zu verschleppen. In aller Form erkundigte sich Hannover in London, ob die freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten eine Änderung erfahren würden, und ob Hannovers Handel und Untertanen anders als bisher behandelt würden, wenn es am Einmarsch mit den Herzogtümern teilnähme. Schon drohte der englische Gesandte in Hannover, England werde die Überschreitung der schleswigschen Grenze als Unterstützung einer Revolte auffassen und zugunsten Dänemarks intervenieren. Das hielt Palmerston ja dann nicht aufrecht; England bot aber am 15. April 1848 in einer an Hannover gerichteten Note seine guten Dienste an: die Überschreitung der schleswigschen Grenze war darin als einer gütlichen Beilegung der Angelegenheit hinderlich bezeichnet. Der preußische Gesandte wurde vertraulich von Minister Heinrich v. Arnim angewiesen, Klarheit darüber zu verlangen, ob Hannover den Bundesbeschluß vollstrecken oder sich von ihm lossagen wolle, ob es seine Instruktionen von London oder von Frankfurt zu beziehen wünsche[27]). Als jetzt Kammerherr v. Reedtz in Hannover erschien, um für Dänemark Sonderverabredungen zu treffen — er bot Neutralität für die hannoverschen Küsten und Schiffe, wenn der hannöversche General Halkett mit seinen Truppen nicht weitermarschierte: da wies Graf Bennigsen doch energisch diesen „unwürdigen Verführungsversuch zur Sonderbündelei" zurück[28]). Hannover gab aber seinem General trotzdem sehr vorsichtige Instruktionen; nach dem Waffenstillstand von Malmö erhielt Halkett erst auf energische Vorstellungen von Preußen genaue Weisungen über sein Verhalten. Die persönlichen Ansichten König Ernst Augusts gingen immer etwas neben

der Politik des Märzministeriums Stüve-Bennigsen her. Partikularistisch-hannöverisch waren aber die neuen Räte so gut wie die alten. Der König drohte offen, im Falle des Ausbruches von Terrorismus und Anarchie das Land zu verlassen und nach England zu gehen: Kew war dafür in Aussicht genommen, und die Gräfin Grote bestärkte Ernst August in diesem Plane. So weit kam es aber nun durchaus nicht. Das niedersächsische Land fand unter Stüves klarer, fester Leitung sehr schnell in die ihm gemäße gediegene Gesetzlichkeit zurück. In Göttingen drohten die Professoren mit dem Auszug nach Hamburg, und die Studenten rückten wenigstens — an die fünfhundert Köpfe — nach Northeim ab. Das Sommersemester begann aber wieder ganz ruhig. Die einzige Stadt, in der es während der ganzen Revolutionszeit politisch gärte, war Hildesheim. Hier entsprangen der konfessionellen Spaltung bestimmte Gegensätze, die Stadtverwaltung war nicht so sauber, wie sie sein sollte. Als der Führer der Bewegungspartei, Dr. Weinhagen, verhaftet wurde, bauten seine Anhänger Barrikaden und dachten daran, die Republik zu proklamieren. Weinhagen sollte mit Hecker und Struve Beziehungen unterhalten haben; da seine Frau die Papiere verbrannte im Augenblicke der Beschlagnahme, fehlte der Nachweis[29]). Hildesheim blieb der Sitz einer demokratischen Richtung, die im hannoverschen Stammlande wenig Aussichten hatte. Wie in den fränkischen Bischofssitzen, zeigte sich in Hildesheim der antidynastische und antibürokratische Zug der werdenden katholischen Volkspartei, die sich ebenso in den katholischen Teilen Frieslands regte; auch im Osnabrückischen arbeitete die niedere katholische Geistlichkeit energisch für die volkstümliche Opposition[30]).

Das Märzministerium sah seine erste Aufgabe in der Beseitigung der Adelsvorrechte und war dabei sicher, Geld- und Titelpatriziat sowie den Mittelstand hinter sich zu haben. Die Erste Kammer wurde so bedrängt, daß ihre Mehrheit freiwillig auf alle Privilegien verzichtete. Der Adel verlor die adelige Bank im Oberappellationsgericht, die adelige Forstkarriere und die Vorrechte im Verwaltungsdienst; die Ritterakademie in Lüneburg, die Pflanzschule der Exklusivität, sollte 1850 eingehen. Stüve entwarf eine neue Zusammensetzung der Ersten Kammer — ein damals in Deutschland noch völlig neues und unerprobtes System, nämlich die Interessenvertretung der großen Berufsstände; neben einigen Edelleuten und erblichen Majoratsherren sollten dort die Vertreter der Grundbesitzer ohne Unterschied des Standes, der Gewerbetreibenden, der Kirche, Schule und Justiz sitzen. Die Erste Kammer erklärte sich damit einverstanden, nur dadurch konnte sie eine konstituierende Versammlung vermeiden. Entschieden Liberale wie Lüntzel hatten sich für das Einkammersystem eingesetzt[31]). So gelangte Hannover als einziger deutscher Bundesstaat zu einer sehr wesentlichen Verfassungsreform auf dem reinen Verhandlungswege durch Fortentwicklung der vorhandenen politischen Körperschaften, im Sinne des alten Staatsgrundgesetzes. Der Vorgang erinnert an Angelsächsisches, er entsprach ganz niederdeutschem Rechtsgefühl und Rechtsempfinden. Das „Reformgesetz" konnte am 5. September verkündet werden. Es enthielt die Verpflichtung des Königs auf die Landesverfassung bei Regierungsantritt durch ausdrückliches Patent, die strenge Ministerverantwortlichkeit, die Vereinigung der beiden Generalkassen, die Bestimmung einer Zivilliste, die obligatorische Zustimmung der Stände zu allen

Gesetzen; das Wahlrecht zur Zweiten Kammer war an die Leistung der direkten Landessteuer gebunden; alle Vorzüge der Geburt, alle Befreiungen von Lasten waren aufgehoben — die vollen bürgerlichen Rechte blieben aber auf Christen beschränkt; die Gerichtspflege sollte von der Verwaltung getrennt, der bevorzugte Gerichtsstand aufgehoben, Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens und Schwurgericht für Kriminalsachen eingeführt werden. Diese Modernisierung der Rechtspflege war das letzte, was noch zu tun übriggeblieben war.

Das altliberale Bürgertum, wie es Stüve repräsentierte, war also durchaus antirevolutionär; es schloß mit den Vernünftigen des Adels sein Bündnis zum Zwecke einer durchaus vorsichtigen, gedämpften, konservierenden Evolution; das Ministerium wehrte sich gegen Eingriffe des Fünfzigerausschusses, genau wie sich der König gegen die Huldigung der Truppen an den Reichsverweser wehrte, und beide waren dabei des Beifalles der Mehrzahl der Hannoveraner sicher. Vergebens sprach sich eine Volksversammlung für die nachträgliche Abhaltung der Huldigung aus[32]).

Dieser behutsam entwickelte Staatsorganismus mußte deshalb die Grundrechte als einen tiefen Eingriff in das geliebte Sondertum, die hannöversche „Individualität“, auffassen. Der Grundbesitz sollte unbedingt geteilt werden — in einem Lande, wo sich der freie zum geschlossenen Grundbesitz wie eins zu acht verhielt? Kirche und Staat sollten getrennt, alle schutzherrschaftlichen Lasten aufgehoben, die Grundsteuer eingeführt, die Volksschule kostenfrei werden? Eben hatte man eine langjährige, früher schwer gefährdete Verfassungsentwicklung glücklich vollendet — und nun sollte man wieder das Wichtigste umkehren? Die Absicht Stüves, die Gewerbefreiheit wenigstens auf dem Lande einzuführen, hatte schon im Sommer zu energischen Protestationen der städtischen Gewerbe, zu eingeworfenen Fensterscheiben bei Stüve selbst, zur Demolition des Hauses des Grafen Bennigsen und des Polizeigebäudes geführt[33])! Sollte solcher Unfug wieder von neuem anfangen?

Aber es ereignete sich das Seltsame: sowohl die Zweite wie sogar nach einigem Zögern die Erste Kammer sprach sich für die Einführung der Grundrechte aus. Ein hoher Richter wies nach, die Grundrechte seien einfach als solche hannöversches Landesgesetz. Rechtssinn und Sondertum gerieten in einen schweren Konflikt. Das Ministerium Stüve nahm seine Entlassung, wurde aber von neuem berufen, da ein anderes nicht möglich schien[34]). Die Grundrechte, so war sein Standpunkt, müssen wie die Bundestagsbeschlüsse erst durch den König verkündigt werden, wenn sie rechtsverbindlich sein sollen. Da die Zweite Kammer diese Rechtsauffassung mit großer Mehrheit ablehnte, wurde der Landtag auf vier Wochen vertagt. Die Durchreise der Kaiserdeputation, die in Hannover übernachtete, gestaltete sich zu einem Volksfest der breiten Schicht[35]). Das Ministerium Stüve hielt sich noch bis zum März 1850 — emsig am inneren Ausbau des geschaffenen Werkes tätig, in der deutschen Frage entschlossen partikularistisch, eigensinnig und klug, selbst auf die Gefahr der Unpopularität. Die hannöversche Staatsräson einigte König, Adel und bürgerliche Patrizier. Erst unter dem neuen König Georg (seit 1851) kam es zu reaktionären Versuchen; da es keine scharfe Revolution in Hannover gegeben hatte, hatten sie nicht viel auszubrennen.

König Ernst August und sein gesinnungsverwandter Nachbar, der Kurfürst von Hessen, waren vor der Revolution die verhaßtesten deutschen Fürsten gewesen; die Gegner der Dynastenherrschaft in der deutschen Kleinstaaterei hatten Charakter und Handlungsweise gerade dieser beiden immer wieder zum Beweis verwandt. Während der Revolutionszeit verhielten sich diese Fürsten auffallend zahm. Natürlich blieb der Kurfürst ganz der alte; unentschlossen sah er dem neuen Treiben zu, da und dort griff er ins Einzelne ein in der gewohnten Art. Bei der Huldigung für den Reichsverweser am 8. August 1848, die genau nach den Angaben des Reichskriegsministers stattfand, brachte er selbst das Hoch aus und erschien bei dem nachmittäglichen Volksfest zum ersten Male seit Menschengedenken in Zivil — die guten Kasselaner waren von soviel gnädigem Entgegenkommen tief gerührt[36]). Als aber im April 1849 die Kammer dringend, jedoch in der Form durchaus ehrerbietig, an den Kurfürsten die Bitte richtete, er möge die Zivilliste ermäßigen, lehnte er das entschieden ab. Im Verhältnis zur Kopfzahl der Bevölkerung überstieg die kurhessische Zivilliste die jedes anderen deutschen Souveräns sehr weit; sie war im Verhältnis achtmal größer als die preußische; und trotzdem fand es der Kurfürst unmöglich, auch nur für ein Jahr zugunsten der sehr bedürftigen Landesfinanzen auf einen kleinen Teil zu verzichten, das heißt — mehr verlangte man gar nicht! — „diese Summe zu Bauten in den Schlössern zu verwenden, wodurch ohne direkten Verlust der Kasse den arbeitenden Klassen einiger Verdienst zugewandt" worden wäre[37])! Der preußische Gesandte stellte „bei den Wohlgesinnten eine schmerzliche, in den Massen eine aufregende Wirkung" dieser Unnachgiebigkeit fest. Das Orangeriegebäude in der Au war so verfallen, daß schon im Jahre vorher eine Bürgerdeputation die Restauration beim Kurfürsten dringend befürwortete. Er glaubte, dazu nicht in der Lage zu sein, denn er hatte unter dem Druck der Ständeversammlung auf die sogenannte Rotenburger Quart, die Apanagegüter und Einkünfte aus dem seit 1834, dem Todesjahre des letzten Rotenburger Landgrafen, freigewordenen Domanialbesitze verzichtet, vorbehaltlich freilich der Geltendmachung seiner Ansprüche im Rechtswege. Dadurch hatte die Staatskasse eine jährliche Mehreinnahme von rund 60000 Taler, die sich noch steigern mußte. Die Ständeversammlung verzichtete auf eine Rückvergütung der seit 1834 dem Kurfürsten zugeflossenen Beträge allzu gutmütig, bloß, um die leidige Angelegenheit zu Ende zu bringen. Sofort meldeten die beiden Philippstaler landgräflichen Linien Apanagenerhöhung an, freilich erfolglos. Zank um Geldangelegenheiten gehörte nun einmal zur kurhessischen Politik. Wir wissen, daß das wenig beliebte und angesehene kurhessische Staatsgebilde der bevorzugte Gegenstand der Mediatisierungsdebatten war. Dieses Signales bedurfte es aber nur, um stürmische Bekenntnisse des kurhessischen Patriotismus zum angestammten Herrscherhause hervorzurufen. Darin waren alle Parteien einig: bloß nicht darmstädtisch werden! Und der Minister v. Schenk ging in besonderer Mission nach Frankfurt, um gegen die jüngere großherzogliche Linie und ihre imperialistischen Gelüste zu arbeiten[38]).

Der Gedanke des Zusammenschlusses und Selbstschutzes brachte in Kassel noch allerhand wunderliche Erscheinungen hervor. Neben die Bürgerwehr, die es dort gab wie überall, trat eine „Schutzwache der Alten", an die tausend Köpfe stark;

da konnte man die höchsten Beamten mit pensionierten Generälen zusammen in Reih und Glied marschieren sehen, die Muskete auf der Schulter. Das Gegenstück war die „Freischar", eine schwerbewaffnete Jungmannschaft, die man vergebens zum Ausmarsch nach Schleswig-Holstein zu bestimmen versuchte. Sie hatte nicht viel Lust dazu; die Geldmittel fehlten auch, und so machte sie eben zu Hause einigen Lärm. Rote Bänder und Kokarden entsprachen ihrem ungeschminkt republikanischen Bekenntnis. Fast sämtliche Schneidergesellen gehörten ihr zeitweise an; sie erklärten, ohne erhöhten Lohn nicht zur Arbeit zurückkehren zu wollen. Das Handwerk feierte, lange war kein neuer Rock zu bekommen[39]).

Anfang Juli wurde die Freischar aufgelöst. Ruhmreicher war das Verhalten der Hanauer Sensenmänner; sie nannten sich voller Selbstgefühl „Korps der Rache" und legten nach dem großen Erfolge der Hanauer Deputation (vgl. Band I, S. 361) ihre Waffen feierlich auf dem Rathause nieder. Die Provinz Hanau führte monatelang ein beinahe republikanisches Dasein. Sie stellte keine Truppen und zahlte keine Steuern; die eigenen kurhessischen Soldaten durften beim Durchzug in der Stadt nur einen Rasttag halten[40]). Regelmäßige Volksversammlungen faßten Beschlüsse und benahmen sich als souveränes Urvolk. Der „Politische Verein" und der „Arbeiterverein" hatten sozialrevolutionär-kommunistischen Charakter; der „Demokratische Verein" arbeitete für parlamentarische Republik. Der „Verein zur Beförderung des wahren politischen Fortschrittes" sammelte die konstitutionellen Monarchisten zur Abwehr. Die Arbeitslosigkeit der Goldarbeiter verschärfte die Spannung. Notstandsarbeiten im Sumpf- und Heidegelände sollten helfen. Hanau blieb einer der Hauptsammelpunkte der revolutionären Bewegung im Rhein- und Maingau; am Turnertag vom 2. Juli 1848 vereinigten sich hier 800 Vertreter aus dem ganzen deutschen Westen. An der Frankfurter Septemberrevolution nahmen viele Hanauer teil; die Kasseler Behörden mußten sich manchen Vorwurf darüber gefallen lassen, daß sie der Zersetzung von „Zucht und Ordnung" in Hanau aus Furcht vor einem Putsche im Heckerschen Stile so lange ruhig zugesehen hatten[41]). Auch in Kassel fanden in Abständen von acht Tagen Volksversammlungen statt, ohne aber die Ereignisse so bestimmen zu können wie in Hanau. Es schieden sich frühzeitig Sondergruppen ab. Die konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage hatte am meisten Anhänger; sie fanden sich in dem „Bürgerverein" zusammen, der seinen mittelständischen Charakter auch durch die Gründung einer Gewerbs-Vorschußkasse zur Unterstützung seiner gewerbetreibenden Mitglieder bewies[42]). Schon im Mai verbanden sich die Republikaner zu dem Demokratisch-Sozialen Verein, aus dem die parlamentarischen Republikaner aber schnell ausschieden. Die Restbestände schwollen schnell an durch den Zustrom aus den arbeitenden Klassen und nannten sich auch „Sozialdemokraten". Bei der für das Frankfurter Parlament infolge Philipp Schwarzenbergs Mandatsniederlegung notwendiggewordenen, auf den 11. November angesetzten Neuwahl prägten sich die Parteien sehr interessant aus: die „Konstitutionellen", also die liberale Reformpartei, siegten über die „Sozialdemokraten", das sozialrevolutionäre Republikanertum. Eine Sonderfraktion gewerbetreibender Demokraten, die den Professor Winkelblech aufgestellt hatte, erzielte nur wenige Stimmen. Ganz zurück hielt sich damals noch die orthodox-reaktionäre Partei, die sich unter dem Marburger Gymnasialdirektor

Vilmar, dem geschickten Schriftleiter des „Hessischen Volksfreundes", auf bessere Zeiten vorbereitete.

Der Kandidat der „Sozialdemokraten" war der ehemalige Göttinger Privatdozent Dr. Kellner gewesen, der sich dort als Organisator von Katzenmusiken bewährt hatte. Er gab seit Anfang August zusammen mit dem Rechtskandidaten Heise die „Hornisse" heraus, ein amüsantes und wirklich an Witz und Einfällen unerschöpfliches Blatt, die „Zeitung für hessische Biedermänner", dem ganzen braven wohleingesessenen kurhessischen Spießertum wegen ihrer rücksichtslosen Frechheit und roten Gesinnung bald tief verhaßt. Zuerst rein satirisch, stellte es sich Anfang 1849 zum politischen Organ höheren Stiles um. „Gemeinheit und Blutgier dieses republikanischen Blattes kann schwerlich irgendwo übertroffen werden", klagte bekümmert der preußische Gesandte. Als die „Hornisse" nach Robert Blums Erschießung schwarzumrändert erschien und unter der Überschrift „Zur Geschichte der deutschen Fürsten" schrieb: „Am 9. November 1848 wurde in Wien Robert Blum von den Spießgesellen der Fürsten ermordet. Bis zu dieser Stunde ist Robert Blum noch nicht gerächt" — erblickte Graf Galen darin eine Aufforderung zum Fürstenmord und brachte die Sache bei dem kurhessischen Außenminister zur Sprache. Kurhessischerseits verlangte man aber eine amtliche schriftliche Beschwerde, sonst könne man nicht einschreiten; das unterließ der preußische Gesandte dann vorsichtigerweise, um den vorhandenen Preußenhaß nicht noch zu vermehren[43]). Flugschriften für Vertreibung der Fürsten und Vertilgung der Reichen wurden schon vor der Gründung der „Hornisse" verteilt. In Rotenburg und anderwärts kam es zu Ausschreitungen gegen die Juden und zu schändlicher Brandstiftung[44]). Im Sommer 1848 sah es eine Zeitlang danach aus, als vermöchte sich das Märzministerium gegenüber soviel Unruhe nicht zu halten. Die Verzichterklärung des Abgeordneten Henkel auf sein Mandat in Frankfurt wurde als Anzeichen dafür verstanden. In der Ständeversammlung, die nur durch einige Mandatswechsel verjüngt und aufgefrischt war, stellte Henkel den Antrag auf Änderung der Verfassung im Sinne eines strengen Parlamentarismus; der Souverän solle die Ausübung aller Regierungsrechte, soweit sie den Staat und ihn nicht persönlich beträfen, ausschließlich in die Hände seiner Minister legen. Der Kurfürst empfand diesen Antrag als die Aufforderung zur Abdankung; er wurde auch nur einem Ausschuß überwiesen und tauchte nicht wieder auf. Henkel erhielt aber begeisterte Huldigungen; Hecker und Struve ließ man bei dieser Gelegenheit einmal wieder hochleben[45]). Die überwiegende Mehrheit in Kurhessen war und blieb gestimmt für eine ruhige und vorsichtige Entwicklung. Unter dem Präsidium des trefflichen v. Baumbach erledigte die Ständeversammlung eine bedeutende parlamentarische Arbeit in verhältnismäßig kurzer Zeit: allgemeine Amnestie, Pressefreiheit, neue Zusammensetzung des obersten Gerichtshofes, Einführung der Schwurgerichte, neue Organisation des gesamten Gerichtswesens, die freilich etwas teuer wurde, Zivilehe, Bildung neuer Verwaltungsbezirke, Jagdgesetz, Ablösung aller Lehns-, Leihe-, Meier-, Erbpacht- und sonstigen gutsherrlichen Verbände gegen Entschädigung. Das Schwierigtse war das neue Wahlgesetz. Der am 14. Oktober vom Ministerium vorgelegte Entwurf wollte ein Drittel der Abgeordneten durch die 700 höchstbesteuerten Grundbesitzer und Gewerbe-

treibenden wählen lassen, Stadt und Land trennen und das aktive Wahlrecht an ein Alter von 30 Jahren und die Zahlung der direkten Steuer binden. Neu war auch die direkte Wahl und der Wegfall zahlreicher Beschränkungen der Wählbarkeit, wie sie das geltende Wahlgesetz von 1831 noch enthielt. Trotz vieler Bedenken gelang es dem Ministerium, seinen Entwurf mit der notwendigen Dreiviertelmehrheit provisorisch durchzubringen. Der Übergang zu neuen Zuständen bedeutete in Kurhessen also eigentlich nichts anderes als die endliche Verwirklichung der Verfassung von 1831 und zugleich ihre streng legale Fortentwicklung; die Revolution hatte als Impuls gewirkt, aber verfassungsgeschichtlich gab es keinen Bruch und keine spontane neue Rechtsschöpfung.

Die Wahlen zur neuen Ständeversammlung, die am 29. November 1848 zusammentrat, fanden unter dem Eindruck der Gegenrevolution in Österreich und in Preußen statt. Die Mehrheit bekam trotzdem die liberale konstitutionelle Reformpartei; auch die Konservativen nannten sich konstitutionell — nicht einmal der Adel wollte also damals eine rückläufige Bewegung. Die Demokratische Partei unter Bayrhofers Führung verfügte nur über neun Stimmen. Der Kampf begann sogleich wieder um das Wahlgesetz. Ministerium und Ständeversammlung konnten sich aber nicht einigen, eine Ministerkrise drohte. Im Lande entstand große Aufregung, die sich in zahlreichen Adressen äußerte. Das allgemeine gleiche Wahlrecht der werdenden Frankfurter Reichsverfassung wirkte stark propagandistisch ein. Die Hanauer Arbeiter etwa verlangten mindestens auch Standesvertreter für die Arbeiterschaft. Das neue endgültige Wahlgesetz trug dennoch einen sehr gemäßigten Charakter, gemäßigter als in den meisten Einzelstaaten: aktives und passives Wahlrecht erst von 30 Jahren ab, unter Voraussetzung der Unbescholtenheit und Selbständigkeit, d. h. eigener Haushaltsführung und Zahlung der Staatssteuer; drei Gruppen von Abgeordneten: Städte, Landgemeinden, höchstbesteuerte Grundbesitzer und Gewerbetreibende, für jede Gruppe 16 Abgeordnete; direkte Wahl durch Erklärung zu Protokoll. Zum Teil war dieses Wahlrecht noch konservativer als das preußische Dreiklassenwahlrecht! Da es ja keine Erste Kammer in Kurhessen gab und die Virilstimmen des adeligen Grundbesitzes, der Standesherren und Prinzen wegfielen, sah es etwas demokratischer aus.

Kurhessens Verhältnis zu den Frankfurter Gewalten gestaltete sich vor der Septemberrevolution behaglicher als nachher. Die Grundrechte wurden in der Gesetzessammlung amtlich veröffentlicht, nicht aber als Landesgesetz gegeben, weil sich der Kurfürst weigerte, sie zu sanktionieren. Die Frage ihrer Gültigkeit blieb also, wenn auch nicht nach Reichsrecht, so doch nach kurhessischem Landesrecht, unentschieden. Die wichtigsten Bestimmungen waren freilich bereits durch eigene Gesetzgebung auf verfassungsmäßigem Wege Rechtens geworden. Ein unbequemer Erlaß wie der des Reichsjustizministers vom 22. September wurde zwar einzelnen Behörden zur Nachachtung mitgeteilt, aber nicht amtlich publiziert[46]).

Das partikularistische Moment entwickelte sich also auch hier schnell im Märzministerium. Der leitende Kopf war Wippermann, ein echter Sohn der Grafschaft Schaumburg: kritisch, zähe, arbeitsfroh; Eberhard vertrat gegenüber diesem Niederhessischen das heitere und behagliche Mainfrankentum, beherrscht freilich

von humaner Gesinnung und strenger Rechtlichkeit[47]). Hof und Regierung standen der Entwicklung der Oberhauptsfrage in Frankfurt mißmutig gegenüber; wegen der Volksstimmung und aus dynastischen Gründen meinte man sich zu deutlich weder nach Berlin noch nach Frankfurt hinneigen zu sollen. München ließ mißbilligende Äußerungen über allzugroße „Deferenz" gegenüber Frankfurt nach Kassel gehen. Zu Österreich hatte das Kurhaus altüberlieferte Beziehungen. „Wie der Ochse zwischen zwei Bündeln Heu, steht Kassel zwischen Berlin und Frankfurt und weiß nicht wohin", schrieb der preußische Gesandte[48]). Wegen dieser durcheinandergehenden Richtungen und gleichfalls aus einer alten Tradition hielt die französische Regierung Kassel damals für einen so guten Beobachtungsposten, daß sie den bisherigen Geschäftsträger Rothan, einen noch jungen Mann von gründlicher Bildung, zum Gesandten aufrücken ließ — in demselben Augenblick, da die kleinen Einzelstaaten ihre diplomatischen Beziehungen zum Auslande aufgeben sollten[49]).

Intellektuelle und unterer Mittelstand waren auch in Kurhessen die Kreise, die gegenüber dem Partikularismus aller aristokratischen, agrarischen und mittelständlerisch-selbständigen Elemente den nationalen Gedanken zu behaupten versuchten. Von Kassel ging der Gedanke aus, einen „Deutschen Nationalverein" zur Unterstützung und Durchführung des Frankfurter Werkes zu gründen. Der konstituierende Kongreß fand dort nach zwei Aufrufen im September und Oktober am 3., 4. und 5. November statt: dreißig Abgeordnete aus vielen kurhessischen Orten, aber auch aus Braunschweig, Wolfenbüttel, Hamburg, Bremen, Dresden und Leipzig, fanden sich zusammen. Graf Lehrbach aus Darmstadt, dann Hauptmann v. Baumbach, also zwei aus der Kaste herausgewachsene Adelige, leiteten die Verhandlungen. Nationalsouveränität, freie Selbstbestimmung der einzelnen Stämme, konstitutionell-demokratische Monarchie waren die Grundsätze des neuen „Zentralvereins der deutschen Nationalvereine"; Kassel wurde der Vorort für ein Jahr, ein Vereinsblatt wurde ausgegeben. Der Zentralausschuß der vereinigten konstitutionellen Vereine im Großherzogtum Hessen, der Zentralausschuß der mittelrheinischen Vereine, vierzig deutsche Vereine in Sachsen, sechzig hannöversche Vereine schlossen sich an; mit Stuttgart und Nürnberg wurde Verbindung aufgenommen. Die demokratischen und sozialrevolutionären Republikaner hielten sich von dieser Gründung abseits[50]). Für den Kampf um die Frankfurter Reichsverfassung leistete die Kasseler Gründung wesentliche Arbeit. Hier wurde die Brücke vom Westen nach dem Nordwesten und dem östlichen Mitteldeutschland geschlagen.

Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau, dazu die Landgrafschaft Hessen-Homburg, lagen unmittelbar unter der Einwirkung der Kräftestrahlen des Frankfurter Parlamentes. Sie mußten sich mit der Zentralgewalt vertragen, denn sie spürten ihre Machtmittel. In Wiesbaden rückten — es war der erste Fall während der Revolutionszeit — bereits im Juli 1848 „Reichstruppen", zweitausend Mann Österreicher und Preußen ein, um die Bürgerwehr zu entwaffnen; zwischen ihr und der Artillerie war es zum Krawall gekommen; der Bürgerwehroberst war am Leben bedroht worden; drei Kompagnien hatten den Gehorsam verweigert. Der Anlaß war die wahrscheinlich zu harte Bestrafung einiger Artilleriesoldaten, die zur republikanischen Partei neigten. Minister Hergenhahn wollte keine militärische

Hilfe requirieren, Max v. Gagern setzte sie aber durch[51]). Hergenhahn konnte sich wegen seiner Tätigkeit im Frankfurter Parlament nur wenig um die nassauischen Zustände kümmern; der Herzog war vollständig apathisch, unterzeichnete alles, was ihm vorgelegt wurde, sah nur wenig Menschen bei sich und kompromittierte sich durch hübsche junge Engländerinnen[52]). Nassau bot das Bild eines völlig zersetzten, lebensunfähigen Kleinstaates, vielleicht mehr als irgendein anderes deutsches Land. Die tatsächliche Macht wurde von den revolutionären Sicherheitsausschüssen und den Subalternbeamten in unfruchtbarem Wettbewerb ausgeübt (vgl. Band I, S. 358). Als Führer der Opposition tat sich Präsident Raht aus Dillenburg hervor, der im März zuerst provisorisch mit der Geschäftsführung beauftragt war, ehe sie Hergenhahn endgültig übernahm, und der nun aus gekränktem Ehrgeiz die republikanische Propaganda unterstützte — nachdem er vor der Revolution nicht einmal besonders liberal gewesen war. Auch die katholische Geistlichkeit arbeitete gegen die protestantische Dynastie[52]). Alle ernste Parteibildung wurde durch Eifersucht und private Haßgefühle verdorben. Bei dem leicht entzündlichen Temperament der Nassauer entwickelte sich ein förmlicher Kleinkrieg der persönlichen Leidenschaften. Ein kundiger Zeitgenosse schildert diese Zustände anschaulich genug: „Der Republikaner entzog dem monarchischen Schuster seine Kundschaft; der Konservative mochte seinen Schoppen nicht mehr an einem Tisch trinken mit dem Radikalen; der Demokrat würde dem Aristokraten nie und nimmer seine Tochter zur Ehe gegeben haben; der gegenseitigen Verunglimpfung und Verdächtigung war kein Ende[53])." Das familienhafte Zusammenhocken der Menschen erzeugte nun auch politisch eine widerwärtige Klatschbaserei, ein abgeschmacktes Krähwinklertum. Der neue, nach indirektem aber allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählte Landtag verzehrte seine Zeit und Kraft in Zank und Geschwätz. Eine die Reichen scharf anpackende Einkommensteuer scheiterte an dem passiven Widerstand der Steuerpflichtigen, die einfach ihr Einkommen nicht angaben, und mußte wieder aufgehoben werden. Die Bauern jagten die Gerichtsvollzieher vom Hofe, die neuen Landbürgermeister wagten häufig einfach nicht die Ausführung der amtlichen Verfügungen, die Bürger sehnten sich bald wieder nach der alten Autorität. Es fehlte durchaus an Persönlichkeiten, die das positive Ergebnis der Revolution festgelegt und nutzbar gemacht hätten. Jeder Kreis dachte nur an sich; die Landleute im Taunus und Westerwald kümmerten sich um ihren neuen Waldbesitz und schossen nach dem neuen Jagdgesetz ungehindert das Wild ab, zum Ärger der altbewährten und allbekannten Wilddiebe; Reichspatriotismus, wohl gar Opferbereitschaft für die Frankfurter Reichsverfassung war hier nicht zu erwarten. Auf preußischen Wink holte sich der Herzog im Frühjahr 1849 einen Mann aus dem alten „Rattenkönig" (vgl. Band I, S. 182) als Minister; mit dem Kabinett Wintzingerode begann die Reaktion, aber auch die Ordnung. Die Idsteiner Demokratenversammlung verpuffte.

Im nassauischen Weiltale versuchte Pfarrer Snell nicht ohne Erfolg, sozialistische Theorien zu predigen; stärkeren Eindruck machte damit der protestantische Vikar Kattmann in der hessendarmstädtischen Odenwaldgemeinde Kirchbrombach — ein süddeutsches Gegenstück zu Rudolf Dulon. Kattmann trat mit einem großen Teile seiner Bauern aus der hessischen Landeskirche aus und

gründete eine freie Gemeinde; eine Anzahl anderer folgte. Die „Kirchbrombacher Lehre“ wurde durch Reiseapostel im Land verbreitet und in einem eigenen Zeitungsorgan vertreten, dem „Luzifer oder Kirchenteufel“. Kattmann verkündete: „Wir wollen Menschen sein, nichts als Menschen“, predigte im gewöhnlichen Rocke und sagte in seinem Aufruf an die Odenwälder vom 10. Mai 1849: „Seid ihr freie Männer, dann seid ihr genug, die Rebellen, mögen es Fürsten oder andere sein, mit dem Knüppel totzuschlagen.“ Er kam deshalb vors Schwurgericht, wurde aber freigesprochen. Die Regierung untersagte ihm aber jede geistliche Verrichtung; 1850 ist er nach Amerika ausgewandert. In Kirchbrombach mußte schließlich ein Truppenkommando den Dorfkrieg unterdrücken[54]).

Das Großherzogtum Hessen war von der Gagernschen Reichsgesinnung durchaus beherrscht. Viele dachten sich: da es nun der hessische Ministerpräsident zum Reichsministerpräsidenten gebracht habe, könne auch Ludwig III., der neue Großherzog, der seinem Vater im Sommer auf dem Throne folgte, noch etwas avancieren. Er genoß viel Vertrauen im Lande, zahlreiche Adressen bezeichneten ihn als erwünschten Statthalter oder gar Kaiser; der Abgeordnete Heldmann stellte einmal in der hessischen Zweiten Kammer ganz ernsthaft den Antrag, ihm die Reichsstatthalterschaft zu übertragen. Leider hatte der alte Großherzog zwei Millionen Gulden Privatschulden bei Rothschild hinterlassen, die nun durch Veräußerung eines Teils der Domänen gedeckt werden mußten. Die Folge war eine erhebliche Verringerung der Zivilliste. Im Hofstaate herrschte schon Angst und Schrecken deshalb[55]). Gagerns Nachfolger als Minister des Innern wurde sein Freund, der tüchtige Theodor Eigenbrodt, der es aber nicht leicht hatte, dasselbe Maß an Vertrauen zu erringen wie Gagern, und bald als Vertreter Hessens nach Frankfurt ging[56]); Karl Heinrich Jaup übernahm am 16. Juli das Innere und den Vorsitz; Geheimrat Hallwachs betreute das Ministerium des Äußern und des Hauses, Zimmermann die Finanzen. Jaup war ein solider Verwaltungsbeamter und fleißiger Geschäftsmann, der, im Gegensatz zu manchem anderen Revolutionsminister, keine hohe deutsche oder gar europäische Politik zu machen versuchte, sondern ordentlich und modern regierte. Verwaltung, Forstwesen, Jagdrecht, Kirche und Schule wurden neugestaltet, in Gießen volle Lehr- und Lernfreiheit eingeführt, die Vorrechte der Standesherren bis auf die privaten Stiftungen aufgehoben. Die Stelle des Divisionsgenerals wurde gestrichen — Fürst Wittgenstein mußte von diesem Posten zurücktreten und sah sich nun nach anderer Verwendung um. Graf Lehrbach, jener Oppositionelle aus gekränktem Ehrgeiz (vgl. Band I, S. 173), der sich in der Märzrevolution gleich diplomatisch betätigt hatte, konnte nun nicht genug Ämter in sich vereinigen: er war Oberhofmarschall, Kriegsminister und Hoftheaterintendant; er war Kandidat für eine Reichsgesandtschaft nach Spanien und hielt sich auch für die Würde eines Reichskriegsministers berufen. Darmstadt war eben nahe an Frankfurt; wenn das Großherzogtum sich als Reichsland fühlte, so konnte auch die Zentralgewalt ein wenig hessisch werden. Hessen sah sich, ebenso wie Nassau und Baden, an als die „Pepinière der hohen Stellen des unitarischen Reichsdeutschland[57])“. Alle diplomatischen Vertreter des Großherzogtums Hessen wurden aus dem Auslande abberufen; ebenso bat man, von der Akkreditierung neuer Gesandten in Darmstadt abzusehen[58]). So entschieden vernünftig und

sparsam war kein anderer deutscher Staat. Die Linke verlangte aber die Auflösung des Landtages und die Einberufung einer Konstituante; das Ministerium wollte die Aufregung von Neuwahlen vermeiden und erst die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments über die allgemeinen Grundsätze abwarten. Die Agitation für die Konstituante nahm ziemlich stürmische Formen an; sie verfügte über einen recht wirksamen Rednerstab in Gestalt der linksstehenden Abgeordneten des Frankfurter Parlaments, die sich ein Vergnügen daraus machten, als hochgeehrte politische Apostel Missionsreisen am Rhein, an der Bergstraße und in der Wetterau zu unternehmen. Das politische Leben im Großherzogtum bekam dadurch mehr Schwung und Farbe als sonstwo. Man glaubte manchmal, hier in dem ersten rechten Reichsland zu sein. Das neue Wahlgesetz sah das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Zweite Kammer und Zensuswahlen für die Erste Kammer vor; es wurde erst im Mai 1849 beschlossen, am 1. September 1849 verkündet.

Starkenburg war ein loyaler, friedlicher Landesteil; beim Kampf um die Reichsverfassung sollte er das Hauptquartier des militärischen Gegenstoßes werden. Rheinhessen und Oberhessen zeigten ein anderes Gesicht. Das Mainzer Bürgerkomitee bildete sich zu einem förmlichen Wohlfahrtsausschuß aus und arbeitete mit revolutionären Beschlüssen bis zum Zusammenbruch des ersten badischen Aufstandes. Der Mainzer Demokratische Verein führte eine Sprache gegenüber dem Frankfurter Parlament wegen der monarchischen Zentralgewalt, wie sie damals keine Regierung wagte. Ludwig Bamberger sagte in der „Mainzer Zeitung“ seine entschiedene Ansicht auf eine sehr entschiedene Art.

Die neue katholische Volkspartei schuf sich ihr kämpferisches Organ im „Mainzer Journal“. Der Konstitutionelle Verein in Mainz konnte mit seiner „Rheinischen Zeitung“ dagegen nicht aufkommen; sie ging schnell ein. Noch lange zitterte der Mainzer Krawall nach (vgl. oben S. 18f.). In Worms und Alzey wurde am 18. September die rote Fahne aufgesteckt und die Republik in aller Form ausgerufen. Ein Regierungskommissar mußte dorthin geschickt werden[59]). Am Jahrestage der französischen Februarrevolution fand in Mainz ein Bankett statt, bei welchem die rote Fahne die Namen Robespierre und Spartakus schmückten und der Preis in läppischer Französelei auf „einen Franc“ festgesetzt war. Als der Bischof neugewählt werden mußte und das Domkapitel den irenischen Gießener Theologieprofessor Leopold Schmid bestimmte, schrieb das klerikale Mainzer Journal: „Wird die Freiheit der Bischofswahl nicht im Interesse aller, sondern nur weniger ausgebeutet, so mag sie hinfahren, diese Freiheit, und es wäre uns lieber, wenn der Präsident der Republik (Louis Napoleon!) uns aus Paris einen Bischof schickte — wir wüßten dann wenigstens zum voraus, daß wir einen heiligen Mann bekämen, wie der große Joseph Ludwig Colmar war, den seinerzeit der Erste Konsul als Hirten uns geschickt hat[60]).“ Die Wahl Schmids wurde von Rom verworfen und von drei durch das Ministerium zusammen mit dem Domkapitel bezeichneten Kandidaten der Probst der Berliner Hedwigskirche, Freiherr v. Ketteler, zum Bischof bestimmt (Juli 1850).

Wenn in Mainz Zitz und seine Turnergarde mit breitem Pathos das öffentliche Leben im demokratisch-republikanischen Sinne beherrschten, so leistete für Oberhessen dasselbe Karl Vogt, aber auf eine schärfere und klügere Art. Die „Freie

Hessische Zeitung", die der Gießener Naturwissenschaftsprofessor mit seinem geisteswissenschaftlichen Kollegen Moritz Carrière herausgab, nahm freilich einen zu hohen Standpunkt ein, um sich lange halten zu können. Die grobe Kost, die August Becker in Gießen in seinem „Jüngsten Tage", später „Hessischer Zuschauer" genannt, darbot, hatte mehr Glück. Trotz verschiedener Hochverratsprozesse lebte dieses Blatt bis 1850. Gegen Karl Vogts Amtsstellung wurde schon im August 1848 von seinen politischen Gegnern gearbeitet; Minister Jaup, der ihn gewiß nicht lieben konnte, dachte aber zu anständig, um etwas gegen ihn zu tun. Damals war Vogt noch maßvoll im Vergleich zu später: die Respektlosigkeit war in ihm personifiziert und tobte sich desto schärfer aus, je mehr die Widerstände wuchsen. Eine ganz unhistorisch gerichtete Persönlichkeit, derb bis zum Zynismus, turbulent schon im Äußern, grenzenlos in naturwissenschaftlichem Souveränitätsgefühl, hell und wach, dreist und gewalttätig, gegenüber Gefühlswerten stets bereit zu höhnender Schärfe, materialistisch durch und durch und deshalb der Verkündiger der Macht des Kampfes, des äußeren Krieges gegen Rußland und des Revolutionskrieges gegen dynastische und kirchliche Legitimität. Der ganze liberale Optimismus der Mittelparteien des Frankfurter Parlaments hat aber ebenso seinen gefährlichsten Gegner in diesem Mann gehabt, der sicher den persönlichen Mut besaß, auch die letzten Folgerungen seiner Ansicht zu ziehen. In einer so sentimental-feierlichen Zeit konnte ein korpulenter, fröhlich schwadronierender Witzereißer wie Vogt nicht gerade beliebt werden; die Wirkung als origineller Sonderfall war ihm aber sicher. Durch das friedliche oberhessische Land fegte der Unermüdliche wie ein Wirbelwind; aus der Studentenschaft stellten sich ihm gerne unternehmende Burschen zur Verfügung, für die Flugblattverteilung und allerhand Straßentumult[61]).

Die Königreiche Sachsen, Württemberg, Bayern und das Großherzogtum Baden wurden Schauplatz der „zweiten Märzrevolution", des revolutionären Kampfes um die Frankfurter Reichsverfassung. Württemberg und besonders Bayern waren nur zum Teil davon ergriffen, in Baden und Sachsen zeigte sich die politische Zersetzung am vollständigsten. Sachsen war das industriell und sozial am meisten fortgeschrittene Land Deutschlands. Die erste Sorge des Märzministeriums Braun mußte die Fürsorge für die Arbeiter, die Linderung der schweren Wirtschaftskrise sein. Die böse Arbeitslosigkeit wurde durch öffentliche Arbeiten, besonders den Eisenbahnbau, bekämpft; 300000 Taler gab der Finanzminister als Vorschuß auf Waren und zur Wechseldiskontierung, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Der hochverdiente Albert Christian Weinlig[62]), ursprünglich Arzt, dann Professor der Nationalökonomie in Erlangen, seit 1846 Vorstand der Abteilung für Handel, Fabrikwesen und Landwirtschaft im Dresdener Innenministerium, verfaßte eine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit und leitete die sogenannte „Arbeiterkommission", einen gemischten Ausschuß aus Beamten, Sachverständigen der einzelnen Wirtschaftszweige und Vertretern der Gewerbe, die von den aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten Bezirksausschüssen gewählt wurden — der erste moderne Volkswirtschaftsrat in Deutschland trat damit ins Leben. Die Grundlage für eine neue Gewerbeordnung wurde dadurch geschaffen; Weinlig ist auch der Vater der obligatorischen Fortbildungsschulen in Sachsen.

Leipzig entwickelte sich zu einem der Brennpunkte der Arbeiterbewegung; am 1. Mai 1848 erschien die Leipziger Arbeiterzeitung. Hier wurde Achtung des Staates und der Gesellschaft vor dem Proletariat verlangt; die Polizei solle sich um Vagabunden und Diebe kümmern; die Arbeitslosen habe sie nicht in Korrektionshäuser zu sperren, sondern ihnen Arbeit zu verschaffen. Durch die freie Presse, durch literarische Vereine und unentgeltliche Erziehung sei für die Bildung des Arbeiters zu sorgen[63]). In ganz Sachsen organisierten sich Arbeitervereine, teils für einzelne Arbeitszweige, teils allgemeiner Natur, als Standesvertretung; terroristische Gedanken waren den meisten dieser Vereine fremd. Sogar in Chemnitz, wo 4000 Arbeiter auf einmal entlassen wurden, blieb es zunächst ruhig; nur im oberen Erzgebirge kam es zu Ausschreitungen und Zerstörung von Maschinen. Politische Exzesse fanden erst wieder im Herbst 1848 in erheblichem Umfange statt: Dresden, Leipzig, Zwickau waren die Schauplätze; jetzt wurden auch in Chemnitz Barrikaden gebaut, Militär kam zum Einsatz.

Die entschiedenen Sozialisten mehr theoretischer Natur sammelten sich in dem „Demokratischen Verein" in Leipzig; die soziale Reform war aber auch hier als Ziel aufgestellt, der Kommunismus abgelehnt. Die Hauptmasse in Leipzig war im Vaterlandsverein Robert Blums organisiert, der seine Zweiggruppen über das ganze Land ausdehnte und eine wirkliche Macht darstellte. Er spaltete sich trotz Blums Bemühungen dann in eine republikanische Mehrheit, den „Republikanischen Vaterlandsverein" unter Ruge und Jäckel, und eine monarchistische Minderheit, den „Deutschen Vaterlandsverein" unter dem Historiker Wuttke, der dann Robert Blums Nachfolger im Frankfurter Parlament wurde. Einen republikanischen Klub hatte es schon vorher in Leipzig gegeben. Der „Volksverein", die kleinste Gruppe, trat allein für gewaltsamen Umsturz und Massendiktatur ein. Zur Abwehr der überwiegend mittelständlerischen Verfassungsdemokraten und Gesinnungsrepublikaner im Vaterlandsverein schlossen sich alle gemäßigt Liberale schon im April zum „Deutschen Verein" zusammen, der ganz unter der Führung des Leipziger Geld- und Titelpatriziats stand. Eine konservativere Gruppe, die „Konservativ-Liberalen", wie man damals bezeichnend sagte, die mit dem Grundsatz der „konstitutionellen Monarchie auf breitester demokratischer Grundlage" nicht ganz einverstanden war, bildete den „Konstitutionellen Verein", der sich aber nicht völlig vom Deutschen Verein löste. Von der Dresdener Hofgesellschaft ging die Gründung des partikularistischen und feudalen „Sachsenvereins" aus. Das Vereinswesen war also in Sachsen, entsprechend seinem sozialen Aufbau, differenziert wie kaum sonstwo in Deutschland; die Vereine hatten Fühlung miteinander, sie erschöpften sich nicht in akademischen Aussprachen und Bildungsbeflissenheit, obgleich natürlich auch diese Züge nicht fehlten — sie erstrebten politischen Einfluß und gelangten infolge ihrer großen Mitgliederziffer auch schnell dazu. Die Vaterlandsvereine besonders nahmen Stellung zu allen Gesetzen und Regierungsmaßnahmen und wirkten dadurch auf Ministerium und Volksvertretung mit einem gewissen, nicht immer sanften moralischen Drucke ein. Die erste Frage war schließlich bei jedem Tagesereignis: was werden die Vereine dazu sagen? Überall entstanden endlich neue Blätter, die die Macht der Vereine unterstützten. Die konstitutionelle „Staatsbürgerzeitung"

nannte sich wieder wie vormals „Vaterlandsblätter“ und wurde das Organ des Vaterlandsvereins; das Dresdener Journal, kurze Zeit von Biedermann geleitet, wurde schließlich vom Minister v. d. Pfordten zu einem halboffiziellen Abwehrorgan gemacht. Der Deutsche Verein bediente sich der „Deutschen Blätter“, die von Göschen und Haupt vorzüglich geleitet, aber nicht viel gelesen wurden. Die konservativ-reaktionäre Partei gründete die „Freimütige Sachsenzeitung“, den „Konstitutionellen“ und die „Fackel“.

Republikanische Gesinnung hat sich jedenfalls in Sachsen sehr früh und sehr weit verbreitet, zumeist nicht mit sozialrevolutionärem Temperament, sondern auf eine ganz nüchterne vernünftige Manier, als natürliche und praktische Folge verfassungsdemokratischer Überzeugung. Wie staunte der preußische Gesandte, als im Juli 1848 im Dresdener Rathause selbst ein Aufruf zu einer republikanischen Versammlung angeschlagen war[64])! Frühzeitig wurde auch das Militär agitatorisch erfaßt. Aus diesem Grunde, und nicht Ersparnis halber, löste man die Dresdener Gardedivision auf und verteilte ihre Mannschaft unter andere Truppenkörper[65]). Ungehorsam des Militärs kam oft vor: die Soldaten erschienen nicht zum Exerzieren, sie reichten Petitionen ein wegen vorhandener Mißbräuche; in Zwickau befreiten sie einen Kameraden aus dem Gefängnis.

Sogar ein wohlbestallter, vom König Friedrich August immer ausgezeichneter und unterstützter Kapellmeister der königlichen Oper in Dresden, Richard Wagner, sprach sich im Vaterlandsverein für die Republik aus und vertrat seine Ansicht in der Presse — ein freilich wunderliches Republikanertum, denn Wagner stellte die Forderung auf, der König von Sachsen solle selbst sein Land zum Freistaate erklären und dann an die Spitze des Freistaates treten. Heinrich Brockhaus, selbst Republikaner, schrieb damals in sein Tagebuch über Wagner: „Dieser unbesonnene Mensch[66]).“

Die weitere Verbreitung republikanischer Gedanken in Sachsen wird durch nichts besser bewiesen als durch die vorsichtige Art, in der von dem „Deutschen Verein“ dagegen gearbeitet wurde. „Wir sind überzeugt“, heißt es in einem Wahlmanifest vom Dezember 1848, „daß das echte konstitutionelle Königtum alle Vorteile der Republik gewährt, ohne durch Nachteile derselben die Vorteile wieder aufzuheben.“ Man darf überhaupt nicht verkennen, daß die grundsätzliche Überzeugung von der Republik als der gerechtesten und besten Staatsform im humanistisch-gymnasial gebildeten Deutschland von 1848 weit verbreitet war und sich als Kennzeichen wahrer menschlicher Kultur auch bei der nicht akademisch belehrten Schicht durchsetzte, mit aller Anziehungskraft sozialer, moralischer und intellektueller Überlegenheit. Dynastisch zu sein, galt deshalb oft als ein Beweis geistiger Beschränktheit, wirtschaftlicher Abhängigkeit und gesellschaftlicher Bindung. Eine andere Frage war es, wie schnell man zur Republik praktisch gelangen könne. Robert Blum hat diesen Unterschied wohl gesehen. Seine Stadt Leipzig empfand im Sommer 1848 jedenfalls so überwiegend republikanisch, daß sich die monarchistischen Verbände entschließen mußten, für ihre gegen Blum gerichteten Adressen die Methode zu wählen, unter der Hand von Haus zu Haus Unterschriften zu sammeln, statt sie offen aufzulegen; dabei konnte man dann leicht behaupten, es werde die sofortige Abschaffung des konstitutionellen Königtums in Sachsen und die Einführung der Republik erstrebt[67]).

König Friedrich August war nach seiner ganzen Veranlagung weder gewillt noch imstande, im politischen Kampfe hervorzutreten. Vom preußischen Erbkaiser wollte er, bei aller Freundschaft für Friedrich Wilhelm IV., nichts wissen[68]). Der unbeliebte Thronfolger Prinz Johann tat klug daran, sich zurückzuhalten. Das Märzministerium war ungleichartig zusammengesetzt. Braun war ein ehrenwerter Rechtsanwalt aus der Provinz, voller Kenntnisse, aber zu pedantisch in Geschäften, auch gesundheitlich nicht fest; Oberländer übertraf ihn an Wärme und Hingabe; es fehlte ihm Folgerichtigkeit, geistige Selbständigkeit und das für politische Arbeit nötige Mißtrauen; weich und gutmütig, ließ er sich von dem Außenminister v. d. Pfordten einwickeln; da Georgi, der sorgfältige und etwas ängstliche Finanzminister, sich ganz in seinem Ressort hielt, wuchs Pfordten zum leitenden Manne — eine zugleich hitzige und berechnende Natur, die sich im Anfang recht deutsch und demokratisch gab, bald aber, der bayrischen Herkunft entsprechend, eine antipreußische und unfreiheitliche Haltung zeigte, die diesen Politiker, auch um der tastenden und verzögernden Taktik willen, allen partikularistischen und dynastischen Mächten empfahl[69]).

Präsident der Zweiten Kammer des nach dem alten Wahlgesetz am 18. Mai zusammengetretenen außerordentlichen Landtages wurde jener Webermeister Rewitzer aus Chemnitz, der sich schon im Vormärz hervorgetan hatte — der erste deutsche Handwerker auf solchem Posten (vgl. Band I, S. 220). Der neue Geist zeigte sich ebenso in dem Antrag von 21 ritterschaftlichen Mitgliedern auf Gleichstellung des ritterschaftlichen mit dem bäuerlichen Grundbesitz und völlige Beseitigung der Vorrechte der Rittergutsbesitzer. Noch zitterten schlimme Ereignisse auf dem Lande aus der Märzbewegung nach: dem Fürsten Schönburg-Waldenburg, der die tobende Masse auf den gesetzlichen Weg verwiesen hatte, stürmte sie das Schloß und zündete es an; das schwache Militär wagte nicht einzugreifen, der Fürst entkam nur mit Mühe. Den Grafen v. Schönburg in Glauchau schützte aber der tapfere Bürgermeister Pfotenhauer und die Kommunalgarde.

Hauptaufgabe des Märzministeriums war ein neues Wahlgesetz. Sein am 4. September vorgelegter modifizierter Vorschlag wollte die Erste Kammer in Zukunft aus 48 Mitgliedern bestehen lassen (38 gewählt von den Grundbesitzern ohne aktiven und mit geringem passivem Zensus; 10 als Vertreter der Universität, Geistlichkeit, höheren und Volksschullehrerschaft); für die Wahlen zur Zweiten Kammer sollte ein Wahlalter von 21 Jahren und „Selbständigkeit" die Voraussetzung sein. Dagegen setzte nun der Vaterlandsverein in leidenschaftlicher Agitation die Forderung auf Einkammersystem, direkte Wahlen ohne Zensus und Ständeunterschiede und die Einberufung einer Konstituante. Ministerium und Landtag beharrten auf dem Entwurf; er wurde noch dahin umgearbeitet, daß die Erste Kammer aus 50 Mitgliedern bestehen und nur von den Grundbesitzern gewählt werden sollte. Nach Erledigung einer Reihe von Gesetzen über Justizreform, Kommunalgarde, Einkommensteuer, Presseverhältnisse und Anerkennung der Deutschkatholiken als christliche Religionsgesellschaft ging der außerordentliche Landtag auseinander. Die Neuwahlen fanden unter dem Eindruck der Erschießung Robert Blums statt, die bei allen Parteien die größte Empörung hervorrief, politisch aber die Linke verstärken mußte. Die Vaterlandsvereine hatten dann auch zur Bildung von Freischaren und Sammlung von Geld

aufgerufen, um der Berliner Demokratie zu Hilfe zu ziehen. Dagegen schritten die Behörden ein. Der neue sächsische Landtag fiel aber viel demokratischer aus als die aufgelöste preußische Nationalversammlung. Sowohl die Erste wie die Zweite Kammer bestand zu sechs Siebenteln aus Anhängern der republikanischen Vaterlandsvereine — zum Teil vollkommenen Neulingen, die nun als junge Opposition die ältere Opposition des Vormärz zu übertrumpfen suchten. Der unerwartete Wahlerfolg führte zu Zwistigkeiten unter den Siegern; der „simplen" Linken trat eine „äußerste" Linke unter Tzschirner und v. Trützschler entgegen; der Ton der Volksversammlungen und Flugblätter drang ins Parlament: „Unverstandslandtag" schalten es Konservative und Liberale. Die Hofpartei frohlockte; denn nun war aktives Republikanertum im Marsch, aktive Abwehr schien nötig. Der Deutsche Verein wollte den preußischen Erbkaiser, das Ministerium ein Direktorium, die Mehrheit beider Kammern aber entsprechend einem Antrage Schaffrath einen verantwortlichen Präsidenten an Deutschlands Spitze (53 gegen 7 in der Zweiten Kammer)[70]. Das Ministerium Braun erbat schon acht Tage nach dem Zusammentritt des neuen Landtages die Entlassung; aber erst als beide Kammern die sofortige und unveränderte Einführung der Grundrechte verlangten, trat es endgültig zurück (Febr. 1849). Es hinterließ völlige Zerfahrenheit: die neuen Gesetze waren unzureichend und häufig unklar, in den Ministerien saßen infolge falscher Sparsamkeit die versteiften Räte des Vormärz, die ihre Verwaltung im alten Trott weiterführten und auf die Reaktion warteten. Die starke deutschvaterländische Woge vom Sommer 1848 war noch nicht zerronnen, die Republikaner fühlten sich als mindestens ebensogute Patrioten wie die Monarchisten. Sie waren aber unzufrieden mit der Entwicklung des Frankfurter Parlaments, mit dem gegenrevolutionären Charakter der Zentralgewalt. Sie dachten, der Kampf müsse in den Einzellandtagen ausgefochten werden, und so verstärkte dasselbe Republikanertum den Partikularismus, das dann die Reichsverfassung von 1849 als nationales Kampfziel verkünden sollte.

Das neue Ministerium Held war ein braves Beamtenkabinett unbestimmter Färbung, eine geheimrätliche Verlegenheitslösung, die die Entwicklung der Dinge nur strecken, nicht wandeln konnte. Die stärkste politische Persönlichkeit war wiederum der Außenminister, Freiherr v. Beust, bis dahin Gesandter in Berlin, ein noch junger, vom Hof verwöhnter Diplomat, der eine tiefe Antipathie gegen Preußen so geschmeidig-korrekt einzuspeicheln wußte, daß bei seinem Amtsantritt in der Öffentlichkeit mit seiner preußischen Gesinnung gerechnet wurde. In Wirklichkeit teilte er ganz die Auffassung seines Amtsvorgängers v. d. Pfordten, Erbkaisertum, preußisches Oberhaupt und Einheitsstaat seien abzulehnen; die von den Kammern beschlossene Einziehung der sächsischen Diplomatenposten im Auslande hat er nicht ausgeführt[71]).

Die Grundrechte freilich veröffentlichte das Ministerium Held in aller Form und bemühte sich, sie durch eine Reihe von Gesetzentwürfen zu verwirklichen: Habeaskorpusakte, Aufhebung des Lehnsverbandes und der Fideikommisse, Kirchen-, Schul- und Gewerbereform, Neuorganisation der Verwaltungsbehörden wurden vorbereitet. Dazu kamen Jagdgesetz, Berggesetz, neues Pensionsgesetz, Gemeindeordnung; nur das Jagdgesetz und das Einführungsgesetz zur Reichswechselordnung kamen ordnungsgemäß in Zusammenarbeit mit den Kammern

zustande. Dieser stürmische Landtag hatte ganz andere Ziele als vorsichtige Reformarbeit. Schon die Wahlagitation verriet seine eigentlichen Absichten; sie kamen nun in einer Flut von Interpellationen, Dringlichkeitsanträgen, Mißtrauensvoten zum Ausdruck. Das Ministerium wurde grob behandelt, gequält, in die Enge getrieben. „Das Volk", so hieß es, „will Volkskraft, will Volkswillen[72]." Die entschiedene Linke wünschte also das Einkammersystem, Abschaffung des suspensiven Vetos, aktives und passives Wahlrecht für jeden Volljährigen, Ersatz des stehenden Heeres durch Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere, Wahl der Verwaltungs- und Justizbeamten durch das Volk, Aufhebung des Pensionswesens und dafür Beteiligung aller Staatsdiener an einer allgemeinen Rentenanstalt — Ersetzung also des alten Staatsbeamtentums durch eine „Volksverwaltung", kontrolliert durch ein Volksministerium. Von einer Monarchie wäre beim Eingehen auf solche für die damalige Zeit wirklich weitgehenden Ideen nicht viel übriggeblieben; die Beamtenregierung Held konnte sich nicht darauf einlassen; die Antwort war das erklärte Mißtrauen der Kammern. So spitzten sich die Gegensätze gefährlich zu. Alle gemäßigten Kreise wehrten sich in Kundgebungen und Adressen gegen den „Terror" der Landtagsmehrheit. Die schwache Stellung des Ministeriums wurde aber noch schwächer durch den peinlichen Umstand, daß es noch kein ordentlich bewilligtes Budget gab und die Regierung die Steuern provisorisch forterheben mußte. Hier hakte die Kammermehrheit mit Vergnügen ein, und das verfassungsmäßige Recht war auch dabei auf ihrer Seite. Sollte die Krone zur Kammerauflösung schreiten? Als letzter wichtigster Faktor wirkte der Kampf um die Reichsverfassung ein. Kammern und öffentliche Meinung sprachen sich überwiegend für sie aus — Krone und Hofpartei wehrten sich. Sachsen stand vor dem Bürgerkriege.

*

In Baden ist der Bürgerkrieg schon beinahe eine Angewohnheit gewesen, mit der man sich irgendwie abfand. Die Dynastie war seit den Märztagen so unsicher, daß sie nicht wieder das Gleichgewicht zurückfand[73]). Im Sommer 1848 erwog man eine Regentschaft an Stelle des so völlig unzulänglichen Großherzogs; Moritz v. Haber, der mächtige Karlsruher Bankier, gedachte dabei mitzuwirken. Die Angst vor drohender Mediatisierung beherrschte die ganze Karlsruher Politik. Seit dem Aprilputsch standen die Bayern in Mannheim und waren nicht leicht wieder herauszubringen. Als sie abmarschierten, war Dusch freilich entsetzt. Die bayrische Regierung dachte aber an Rückkehr, denn die Gelegenheit schien ihr jetzt gekommen, die Pfalz auf den alten Umfang abzurunden und damit die Landbrücke vom bayrischen Hauptstaate nach „Rheinbayern" zu schlagen. Nicht minder groß war die Furcht, Österreich werde seine alte feste Stellung an der Rheingrenze wiedererstreben und die Hand auf den Breisgau legen wollen. Das Wort Fürst Metternichs, Baden sei nicht auf der Höhe seiner durch die geographische Lage ihm erteilten Aufgabe, als Vortrupp gegen Frankreich zu wirken, wurde wieder angeführt und bedeutete im Munde des bayrischen Gesandten v. Verger eine Drohung. Wessenberg dachte genau so. Er arbeitete von Freiburg aus recht betriebsam und sagte offen, der kaiserliche Hof könne nicht davon abgehen, am Oberrhein Fuß zu fassen, es sei ein altes Projekt, das er persönlich

immer weiterverfolge[74]). Auffallend war dabei seine Eifersucht auf den sehr modern gewordenen, in Frankfurt wirkenden Blittersdorf. Wenn also der Norden Badens für Bayern, der Süden für Österreich abgetrennt wurde, dann blieb vom Großherzogtum gerade noch das Mittelstück übrig, mit dem sich dann Württemberg hätte ergänzen können. Die beiden Putsche 1848 galten für die Öffentlichkeit außerhalb Badens als schlagender Beweis mangelnder Lebensfähigkeit. Keine deutsche Regierung war deshalb so isoliert wie die badische. Mit einer gewissen Übereile hatte sie sich an die Spitze der nationalen und freiheitlichen Bewegung im März gestellt, natürlich in der Hoffnung, dabei etwas zu gewinnen, an Land und sonstigen Vorteilen. Nun verständigten sich die anderen untereinander, und Baden wurde geschnitten. Der Minister v. Dusch versuchte sich deshalb anzubiedern, wo er konnte — mit der echt kleinstaatlichen, charakterlosen Treuherzigkeit in der Politik, die ihn bei allem persönlichen Anstand auszeichnete.

Zweifellos waren die Sympathien für das österreichische Kaiserhaus, besonders den neuen jungen Kaiser, im Breisgau stark, in erster Linie bei der Beamtenschaft, die Österreich als Beamtenparadies ansah. Im Reichsdirektorium verlangte Dusch den siebenten Platz; zum österreichischen Gesandten Grafen Apponyi sagte er: „Alle unsere Verlegenheiten kommen von Stuttgart, beständig trafen vom König von Württemberg Briefe beim Großherzog ein, die ihn beschworen, sich nicht auf das Frankfurter Reich einzulassen[75]).“ Während man dem Grafen Apponyi versicherte, mit keiner anderen Regierung in Verhandlung zu stehen, wurde der Großherzog dazu vermocht, einen Brief an den König von Preußen zu schreiben, um ihn gegenüber österreichischen Mediatisierungsplänen um Schutz und Hilfe zu bitten. Die antipreußisch gesinnte Großherzogin Sophie strich noch mit eigener Hand das Wort Schutz aus und ersetzte es durch Unterstützung. Dann nahm General v. Schäffer das Schreiben persönlich mit nach Berlin[76]). Das badische Ministerium dachte aber nicht daran, offen erbkaiserlich zu sein. Als der bayrische Gesandte den Minister v. Dusch fragte: „Wie können wir uns verständigen, wenn Sie die erbliche Krone auf das Haupt des Königs von Preußen setzen wollen?“, erhielt er die Antwort: „Mein Gott, täuschen Sie sich nicht, sehen Sie denn nicht, wenn Sie der Sache auf den Grund gehen, daß wir die Mittel und Wege schaffen wollen für die legitimen Ansprüche des Kaisers Franz Josef?“ Freiherr v. Verger spottete: um das zu erkennen, habe sein Scharfsinn allerdings nicht ausgereicht[77]). Duschs Ansicht war manchmal, die Kaiserkrone sollte zwischen Österreich und Preußen alternieren. Dem preußischen Gesandten aber bekannte er sich als Anhänger des Erbkaisertums und schalt auf das Großdeutschtum des badischen Bevollmächtigten Welcker[78]). Die deutsch-österreichischen Länder sollten aber nach Duschs Meinung zum neuen Reich gehören. So widersprach jede neue Ansicht der vorhergehenden. Ein warmer Freund der Souveränität und Unabhängigkeit des Großherzogtums war eigentlich allein noch der französische Gesandte in Karlsruhe Lefèvre; vom Standpunkt der französischen Nachbarschaft erklärte er es als Verrücktheit, diesen Staat zu opfern. Der württembergische Gesandte v. Wächter urteilte treffend, so mache Frankreich Proselyten für die deutsche Einheit[79]). Das skandalöse Verhalten des Großherzogs beim Neujahrsdiner hatte die Debatte über Badens Zukunft wieder in Fluß gebracht. Die Gesandten von Preußen und Bayern behandelte er mit fühlbarer Kälte; zum

württembergischen Gesandten sagte er, der König sei sein treuester Freund und Verbündeter, seine Ansichten seien ihm von größtem Werte. Laut erklärte er, für die „deutschen Errungenschaften" habe er wenig Sympathien. Seine Ansprache schloß: „Besonders empfehle ich aber dem Schutze der Mächtigen unter den souveränen Herrschern, namentlich den deutschen, das kleine Baden". Daß er auch mit den ausländischen Mächten rechnete, zeigte die gnädige Behandlung des französischen und des russischen Geschäftsträgers. Tränen im Auge, nahm der Großherzog beide Hände Ocerovs, schüttelte sie herzlichst und sagte, während der Russe in sichtlicher Verlegenheit den Blick senkte: „Ich erblicke es als einen wahrhaften Beweis des Wohlwollens Ihres Souveräns gegenüber mir, daß er Sie bei mir gelassen hat während dieser Zeiten voll Unruhe und Anarchie. Hier, unter uns, kann ich Ihnen ja gestehen, was mein Herz unter all der Undankbarkeit gelitten hat, die mir mein Volk erzeigte — und besonders die Bauern, auf die ich rechnen zu können glaubte. Das hat mir allen moralischen Halt genommen, und ich habe mich ohne jede Stütze im kritischsten Augenblicke meines Lebens befunden, angewiesen allein darauf, das Heil meines Landes von den Großmächten zu erwarten. Schon einmal hat der Kaiser Alexander das Großherzogtum Baden gerettet. Gott allein weiß, ob es nicht Ihrem gegenwärtigen Souverän vorbehalten ist, noch größere Dienste dem gesamten Deutschland zu leisten. Er allein ist der Halt und Hort der monarchistischen Prinzipien. Übermitteln Sie, bitte, Seiner Kaiserlichen Majestät den Ausdruck meiner vollen Bewunderung und meiner tiefen Ergebenheit für seine erhabene Person[80])."

So kroch dieser deutsche Fürst vor dem Kaiser Nikolaus! Die jammervolle Unsicherheit in Karlsruhe zeigte sich auch in einer manchmal bis zum Komischen gehenden Furcht vor Attentaten. Ein Subalternbeamter der Eisenbahn aus Heidelberg versetzte die Residenz in tagelange Aufregung durch seine Angaben über ein Gespräch zwischen zwei Turnern, die die Quellen beim großherzoglichen Schloß hätten vergiften wollen; Polizei und Militär begaben sich auf die Jagd nach den Verbrechern, bis man schließlich zur Annahme kam, der Angeber habe die Sache um der großherzoglichen Belohnung willen erfunden[81]). Ein anderes Mal erhielt der Innenminister Bekk den Brief eines deutschen Flüchtlings, in dem der Plan enthüllt war, an einem Tage alle deutschen Fürsten zu ermorden. Es lief auch eine Schwarze Liste der zum Tode verurteilten Staatsmänner um; Bekk und der Kriegsminister Hoffmann standen darauf. Die Liste kam aus Christiania[82]) (vgl. oben S. 335).

Und wie bemühte sich diese wankende Dynastie um Popularität! Die Großherzogin übergab persönlich den Führern der Bürgergarde ihre Fahnen — das Datum des 29. Februar 1848, des Tages der Waffenverleihung war eingestickt. Der Großherzog lud die Offiziere der Bürgergarde zur Tafel — Markgraf Wilhelm aß aber nicht mit. Die jungen Prinzen gingen auf die Bürgerbälle und tanzten sogar[83]).

Das waren Mittelchen; man hatte keine Mittel. Die größte Energie des Landes saß leider nicht im Karlsruher Ministerium, sondern leitete den republikanischen Landesausschuß (vgl. oben S. 336). Lorenz Brentano war kein revolutionärer Querkopf wie Hecker, kein starrer Sozialtheoretiker wie Struve, sondern eine Jakobinernatur mit viel praktischem Instinkt: noch jung an Jahren, Rechtsanwalt

von Beruf, hatte er Itzsteins Kreis angehört und frühzeitig den Weg in die badische Kammer gefunden. Seine Redeweise war scharf, kalt, logisch; er traf sicher und verletzte tief. Den Heckerschen Putsch belächelte er skeptisch; er selbst sah sich vor, ging gern langsam weiter, haßte aber gründlich, aus voller Galle, und dachte lebhaft nach über die republikanische Sache und die eigene Rolle dabei. Nachdem seine Wahl zum Mannheimer Oberbürgermeister von der Regierung nicht bestätigt worden war, kannte er keine Versöhnung mehr. Aus der Paulskirche war er schon im Spätsommer 1848 verschwunden und widmete sich ganz badischen Dingen. Für sozialistische Zukunftshoffnungen war er zu nüchtern; er verschmähte es auch, andere mit Ideen zu berauschen, an die er nicht glauben konnte. Zu begeistern vermochte er nicht; er riß herunter, er höhnte, er vernichtete — vor allem: er bewies — so klar, so schlagend, daß nur ein gleich heller Kopf ihn widerlegen konnte. Wer ihn reizte, mußte seinen verkniffenen Zorn ertragen, die Logik wütete dann aus ihm auf eine merkwürdig giftige Art. Als Verschwörer, als Organisator, als unheimlicher Vorarbeiter der Revolution war er einer der Stärksten; seine Ruhe und Schärfe erweckte aber mehr Vertrauen, als er verdiente; um wirklich zu siegen, hätte er eine mächtigere Natur, naiver und brutaler sein müssen. Ging es aufs Letzte, sah man ein schmächtiges Gestell, mit hängendem Schnurrbart und zerzaustem Knebel, rechthaberisch perorierend, einen entgleisten, verbitterten Wildling, der niemanden mehr überzeugte, obgleich er alles vorher gewußt haben wollte.

Nie triumphierte Brentano so wie bei dem Freiburger Geschworenenprozeß gegen die Teilnehmer am Septemberaufstande, der am 20. März 1849 begann. Mit unendlicher Pedanterie war die Untersuchung geführt worden; es sah so aus, als halte die Regierung mit Absicht die politischen Gefangenen in überlanger Haft. Wenn sie auch nicht gerade mißhandelt wurden, so wirkte die Freiheitsberaubung als solche doch schon erbitternd auf die zunehmende Anhängerschaft. Nun verwandelte Brentanos spitzer Zungenschlag und brillante Kampflust das Tribunal in eine politische Szene großen Stils; er führte nicht nur Struves Sache, sondern die der Republik überhaupt, er geißelte schonungslos das jammervolle Verhalten von Dynastie und Ministerium, er verkündete unter brausendem Beifall der Zuhörerschaft, der Klubs, der Presse, seiner ganzen Partei im Lande das Recht der neuen Zeit auf neue politische Gestaltung. Struve, Blind und Genossen erhielten mildernde Umstände und kamen mit acht Jahren Zuchthaus davon, wie sie auch der Staatsanwalt selbst beantragt hatte. Das Geschrei der Monarchisten über Rechtsbeugung war also genau so propagandistisch wie Brentanos Auftreten. Die revolutionäre Partei bereitete ungeniert neuen Bürgerkrieg vor. Jedermann, sogar die Regierung Dusch-Bekk rechnete mit dem Ausbruch im Frühjahr. Das einzige Mittel, ihn zu vermeiden, wäre die Auflösung der alten Kammer und Wahl einer Konstituante nach allgemeinem gleichem Stimmrecht gewesen. Brentano und seine Anhänger verlangten das und brachten Hunderte von Petitionen zusammen. Auch Frauen und Kinder unterschrieben fröhlich mit, manche setzten Bezeichnungen wie „Souverän", „von Gottes Gnaden", „roter Republikaner" hinzu[84]). Die konstitutionelle Reformpartei unter Leitung Ludwig Häussers versuchte Abwehr: die badische Regierung solle auf die Vollendung der Frankfurter Reichsverfassung warten, die laufenden Arbeiten erledigen — also besonders die

Gesetze über die Durchführung der amtlich verkündeten Grundrechte — und ein neues Wahlgesetz beschließen, wodurch die Erste Kammer vor allem umgestaltet werden mußte; dann sollte sie sich auflösen. Am 10. Februar 1849 fand dieses Programm die Mehrheit; es war, im größeren Zusammenhange angesehen, verhängnisvoll; die erregte Leidenschaft konnte sich nicht in Neuwahlen austoben. Brentano, er selbst eigentlich widerwillig, trat mit der Mehrheit seiner Anhänger aus der Kammer aus; nur Itzstein, Mez und Kuenzer verblieben. Elf in der Mehrheit demokratisch-republikanische Bezirke verweigerten Ersatzwahlen. Die Auflösung des Bestehenden nahm zu. Der Landtag wurde als „Sumpf- und Rumpfkammer" beschimpft. Den Großherzog nannte man „Leopold Baden", den Reichsverweser einen alten Übeltäter, das Frankfurter Parlament die „Reichsbajazzos". Die Agitation in den Städten befaßte sich besonders mit der arbeitenden Klasse. In Heidelberg fand ein Kongreß der Arbeitervereine statt; er wählte diese Stadt zum Vorort, in Rücksicht auf die „strategische Lage", wie es hieß; hier erklang das sozialrevolutionäre Motiv mit primitiver Eindringlichkeit; der Kampf gegen die „Reichen" kündigte sich an; in Heidelberg erschien auch das Blatt „Die Republik", von den Fabrikarbeitern regelmäßig gelesen. Ein Emissär der Berliner Zeugdrucker reiste im Land herum, um die badischen Zeugdrucker zum neuen Leipziger Kongreß einzuladen, auf dem über die Abschaffung der Maschinen beraten werden sollte. Die Köchlinsche Fabrik wählte als ihren Vertreter einen eifrigen Republikaner, den ehemaligen Zeugdrucker, jetzigen Polizeidiener Mast[85]). Von Zeit zu Zeit trafen auch auswärtige Demokraten ein, um zu agitieren, wie der aus Berlin bekannte Oppenheim. Auf dem platten Lande erregte die bevorstehende Einführung der Grundrechte Unruhe und veranlaßte viele, sich gegen das Ministerium zu wenden, obgleich ja auch für die Republikaner die Grundrechte als ein Teil der Reichsverfassung ein notwendiger Ausgangspunkt waren. Die Grundrechte werden einen allgemeinen Aufstand sehr erleichtern, prophezeite der kluge Itzstein. Endlich bearbeitete die Agitation mit besonderem Eifer die Soldaten, speziell die Artillerie; in den Bierhäusern ging es hoch her, bei verwegenem Wort dröhnte Beifall. Der Militärstand sollte auf zwei Prozent der Bevölkerung erhöht werden. Da stellte sich ein großer Teil der Einberufenen nicht und flüchtete in die Schweiz und das Elsaß. Überall gleiche Zersetzung: seit März war der Preis für Vermögenswerte um mehr als ein Drittel gesunken; wer verkaufen mußte, ruinierte sich; blühende industrielle Unternehmen verödeten, vormals wohlhabende Gegenden konnten keine Steuern mehr aufbringen; das Defizit schwoll an. Mit dem Kredit war es aus, und deshalb galten Bayerns Aussichten als nicht schlecht — man traut es seiner finanziellen Gesundheit zu, die badische Erbschaft mobil zu machen[86]).

Immer gab es noch viele „Wohlgesinnte" in der Residenz; wer auf einem gesitteten Balle revoluzzisch zeterte, flog. Dafür feierten die Republikaner in Karlsruhe Friedrich Heckers Namenstag als großes Volksfest; in Volkartshausen wurden Puppen, die die deutschen Fürsten darstellten, unter dem Jubel des Volkes mit Pulver und Blei hingerichtet; in der Innenstadt krönte die Menge eine als Struve zurechtgemachte Puppe, und vier Puppen, Großherzog Leopold, Markgraf Wilhelm, Staatsrat Bekk und Fürst Windischgrätz, mußten am Galgen baumeln. Hecker kommt wieder, erzählten sich die Leute. Tatsächlich hatte er dem

Spezereiwarenhändler Merian in Basel, seinem Munitionslieferanten, geschrieben, er werde demnächst in Le Havre eintreffen — angeblich um seine Familie nach den Vereinigten Staaten zu holen[87]).

Wir kennen das Flüchtlingswesen an der Schweizer und Elsässer Grenze. Bunt und abenteuerlich ging es da hin und her: Soldaten, Schmuggler, Grenzwachen mit frauenzimmerlichem Anhang, verschoben Getreide, Seide, politische Broschüren und schöppelten dazu in den Schmugglerkneipen; die Handwerksburschen stromerten rheinauf- und abwärts; Germain Metternich, Löwenfels, Fein und Mögling tauchten mittels Eisenbahn da und dort zwischen dem Elsaß und der Schweiz auf. Als zu Beginn des Jahres 1849 die Flüchtlingsunterstützung in Frankreich aufhörte und das Lager von Besançon aufgelöst wurde, schwamm eine Menge Jammergestalten wieder zur Rheingrenze; der Schwarzwald muß insurgiert werden, hieß es. Manch armer Teufel sprach auch bei den Grenzbehörden vor und erklärte, gerne dem politischen Treiben entsagen zu wollen, wenn er nur wieder Arbeit bekäme[88]). Menschenleben war wieder einmal billig. Schon entwickelte sich in der deutschen Schweiz eine unbehagliche Stimmung: ob denn gegenüber einer deutschen oder südwestdeutschen Republik die Schweizer Staatseinheit erhalten werden könnte. Mit Geld war viel zu machen, arme und weniger arme Bettler, Glücksritter, revolutionäre Reisläufer wirbelten durcheinander; Idealismus und Geschäftssinn halfen sich gegenseitig nach; wer sich aufs Schimpfen verstand, Neuigkeiten wußte, gruselige Sachen erlebt hatte, auch einmal scharf schoß und in der Tasche klimpern konnte, kam schnell in den Geruch eines großen Mannes.

Sympathien für Preußen gab es in Baden nur wenige, im Unterland beim pfälzischen Geld- und Titelpatriziat und bei den badischen Berufsoffizieren; es erbitterte den ehrlichen Häusser geradezu, daß er mit den Ideen der Deutschen Zeitung im eigenen badischen Lande so gar nicht aufkam, und sein zorniges Schelten auf das Demagogentum der Gegner verrät tiefe Enttäuschung. Die liberale Reformpartei gewann die Neue Freiburger Zeitung und einige andere Blätter für sich, auch die Karlsruher Zeitung, und rief die „Vaterländischen Blätter für Baden“ ins Leben. In der Karlsruher Bürgergesellschaft „Eintracht“ schwärmte man für den preußischen Erbkaiser. Die Kaiserwahl selbst wurde aber im Lande fast mit Teilnahmlosigkeit aufgenommen. Die eigenen süddeutschen Sorgen waren zu groß. Wenn es zu neuer Erhebung kam, konnte es übel hergehen. Schon vor Monaten hatte Dusch bei der Zentralgewalt beantragt, es möchten 5000 preußische Truppen von Reichs wegen nach Rastatt gelegt werden; Frankfurt zeigte aber bei der Unzuverlässigkeit der badischen Regierung keinen Eifer, Preußen ebensowenig. So rächte sich manches[89]).

*

„Man ahnt nichts von der Erbärmlichkeit der kleinen deutschen Regierungen, die jetzt schon im stillen sich mit Rußland verständigen“ — diese Randbemerkung des preußischen Ministers Heinrich v. Arnim zu einem Berichte des Grafen Dönhoff mag sich besonders auf Württemberg bezogen haben[90]). König Wilhelm wollte ja eigentlich auch im neuen Deutschland etwas werden (vgl. oben S. 362), da es aber nicht recht damit gehen wollte, verlegte er sich aufs Schmollen und

glaubte nur an seine Kanonen und seinen Schwager, den Kaiser Nikolaus von Rußland. „Bitte, sagen Sie dem Thronfolger und dem Kaiser Nikolaus selbst, wenn Sie sie sehen", schrieb König Wilhelm an seinen Gesandten in Petersburg, den Fürsten Hohenlohe-Kirchberg, am 4. Juli 1848, „daß ich in nichts meine Ansichten, Meinungen und Prinzipien geändert habe und daß ich nur für den Augenblick der Macht der Umstände weiche. Umgeben von Ministern, zu denen ich kein Vertrauen habe, lahmgelegt durch den Frankfurter Einfluß, durch die revolutionären Klubs und das verderbliche Beispiel meines (badischen) Nachbars, halte ich mich nur von einem Tage zum andern aufrecht und sehe den Augenblick voraus, da ich gezwungen bin, meine Stellung zugunsten meines Sohnes aufzugeben, eine Stellung, in der ich jeden Tag mehr durch persönliche Angriffe beunruhigt werde und gezwungen bin, gegen mein Prinzip und das wahre Wohl des Landes zu handeln. Sie werden verstehen, daß ein Mann meiner Zeit, vor die Wahl des Verzichtes auf sein Prinzip oder auf seinen Thron gestellt, keinen Augenblick zweifeln kann, wofür er sich entscheidet." Im moralischen Einfluß des russischen Kaisers sah König Wilhelm das einzige Mittel, aus der Anarchie herauszukommen[91]). Der russische Gesandte Fürst Gorčakov wuchs immer mehr in die Rolle des intimsten Vertrauten hinein. Bald gab es König Wilhelm auf, mit den Märzministern persönlich zu arbeiten, und ließ sich ihre Berichte nur noch durch seinen Kabinettssekretär unterbreiten. Mit Vergnügen schaute er den Schwierigkeiten dieser Neulinge zu, dachte nicht daran, mit seiner Erfahrung zu helfen, und tauschte mit dem Fürsten Gorčakov Sarkasmen über die braven Leute aus. Dafür ließ er sich dann vom russischen Gesandten versichern, er, der König könne allein Württemberg vor der Auflösung retten. Die Abberufung der Gesandten Württembergs in Petersburg, London und Paris sowie des Ministerresidenten im Haag wurde bereits Anfang Juli in Aussicht genommen, in Paris und Petersburg sollten Geschäftsträger zurückbleiben. Diesem energischen Schritt des Märzministeriums entsprach auch sein Verhalten gegenüber dem Diplomatischen Korps in Stuttgart selbst. Die neuen Minister machten keine Höflichkeitsbesuche und nahmen also keinerlei persönliche Beziehungen auf. Gorčakov beklagt sich einmal über dieses unnormale Verhältnis: vor der Revolution habe man diese Herren in den Salons nicht getroffen — niemand kenne sie deshalb[92])!

König Wilhelm verhielt sich aber im Sommer 1848 zunächst ganz passiv; durchtrieben wie er war, markierte er den alten ehrlichen Soldaten, der wenig Worte machen könne, und ließ sich von der Großfürstin Olga und Gorčakov beschwören, bis auf weiteres wenigstens nicht abzudanken. Der Kronprinz hielt seine Stunde schon für nahe und suchte Anschluß an den russischen Gesandten, erweckte aber dadurch die Eifersucht seines Vaters. Gorčakov bekam jedenfalls die chiffrierte Instruktion aus Petersburg, er möge im Namen des Kaisers den König auffordern, nicht in der Gefahr seinen Posten zu verlassen, sondern so lange als möglich auf der Bresche zu verharren; sollte aber der König vor stärkeren Zumutungen im Interesse seiner Herrschaftsstellung weichen müssen, dann sollte nach Ansicht des Kaisers Nikolaus die ganze königliche Familie ausnahmslos im Interesse der Zukunft gleichfalls das Land verlassen; Gorčakov erhielt den Befehl, in einem solchen Falle dem König ins Ausland zu folgen[93]).

Es war ein Unglück für Württemberg, daß der stärkste Mann des Märzministeriums, Römer, fast andauernd abwesend war, um seine Abgeordnetenpflichten in Frankfurt zu erfüllen. Er und Pfizer hatten sich die Wahl dorthin gewünscht — sie hätten aber in Stuttgart viel nützlicher wirken können. Denn die Lage im Lande war böse: die Erbitterung über die Feudallasten erzeugte den leidenschaftlichen Wunsch auf völlig unentgeltliche Ablösung; die Standesherren waren tief verletzt, beinahe ebenso wie der „Geheimrat", jene merkwürdige oberste Staatsbehörde, die aus den Ministern und anderen vom König beliebig berufenen Räten bestand und alle Staatsangelegenheiten tyrannisch an sich zog. Die Arbeitslosigkeit war groß; reiche Leute versteckten schon Goldmünzen; Einkäufe wurden unterlassen, Bauten eingestellt[94]). In den zahlreichen Arbeiterversammlungen trat als wirksamster Redner der Fabrikant Rau von Gaildorf auf; schon beim Fünfzigerausschuß hatte er eine Eingabe im Namen vieler Vereine vorbringen können, Deutschland solle eine Föderativrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika werden. Auf diesem Wege wirkte er weiter, in Verbindung mit den Männern des Frankfurter und des Berliner Demokratenkongresses. Im Juni versuchte er in Württemberg eine Zweigstelle des Demokratenbundes zu gründen; am Tage vor seiner Abreise nach Berlin wurde er verhaftet, Instruktionen der demokratischen süddeutschen Klubs wurden bei ihm gefunden[95]).

Rau war ein Mann von Geschick und Geist, der sich nicht leicht von den Behörden überführen ließ. Durch maßvolle Form versuchte er die Gewaltsamkeit seiner Prinzipien abzuschwächen, so auch in dem von ihm herausgegebenen Tagblatt „Die Sonne". Mit aller Ruhe und ohne Störung der Ordnung, sagte er wohl, kann man diskutieren, ob die Monarchie ein Kadaver ist oder nicht, welcher Staatsform die Zukunft gehören soll. In Zusammenhang mit dem Struveputsch des September 1848 ging er freilich kräftiger vor. In Eßlingen trat er, mit einer roten Fahne in der Hand, die phrygische Mütze auf dem Kopfe, vor die Volksversammlung und fragte: „Was sind die deutschen Fürsten?" Die Antwort lautete: „Tyrannen des Volkes." „Was soll mit ihnen geschehen?" war die nächste Frage. „Totschlagen! Ins Wasser werfen!" erscholl es aus tausend Kehlen. Die Abschaffung der Fürsten sei notwendig zur Verbesserung der sozialen Zustände. Auf der Versammlung in Rottweil proklamierte Rau dann die Republik; er hatte in der „Karlsruher Zeitung" einen revolutionären Aufruf erlassen und 4500 Flugblätter zur Verteilung gebracht, die er im Namen des „Volksausschusses" (zuerst Republikanischen Ausschusses) unterzeichnete, auch hoffte er auf den Zuzug von Freischärlern über den Schwarzwald her. Der große Volkstag in Cannstatt am 28. September sollte der Revolution in Württemberg zum Durchbruch verhelfen (vgl. S. 179). 30 000 Menschen waren angesagt, alle sollten bewaffnet kommen. Das Ministerium drohte mit militärischem Einschreiten und warnte vor dem Besuch des Festes; mit 5000 Mann und zwanzig Geschützen war die große Cannstatter Wiese umstellt — so ging die Gefahr vorüber[96]). Rau wurde schwer enttäuscht, da der Zuzug in dem erwarteten Umfange ausblieb. Die Balinger Bürgerwehr rückte überhaupt nicht ab. Die Rottweiler marschierten wieder nach Hause, von zweihundert mit Gewehren und Sensen bewaffneten Schrambergern kamen in Cannstatt nur sieben mit ihrem Befehlshaber an, und zwar ohne Waffen. Aus

Rauhenbrezingen zogen 24 Mann aus, nachdem beschlossen war, die Zurückbleibenden sollten Geld aufbringen zu Tagegeldern von 3 Gulden für jeden kämpfenden Mann. Auf dem Marktplatz in Sulz hielt Rau seine letzte Rede, aber mit gebrochener Kraft. Schon waren Steckbriefe hinter ihm erlassen, Geld hatte er auch nicht mehr. So wurde er verhaftet und auf den Hohenasperg gebracht. Unter seinen Anhängern befanden sich mehrere Fabrikanten, viele Gemeinderäte und Schultheißen, einige Ratsschreiber und Buchdrucker, ein Pfauenwirt, ein Bärenwirt, ein Kronenwirt, ein Lehramtskandidat, ein Forstassistent, auch der Präzeptor Rümelin in Hall — nur wenige Lehrgehilfen. Die Akten nennen Rau und seine Vertrauensleute „demokratische Republikaner mit sozialistischer Richtung[97])".

„In jedem Dorfe", schreibt Fürst Gorčakov, „zwischen Stuttgart und Ulm wird man mit Hochrufen auf Hecker und die Republik empfangen." Als der Abgeordnete Johannes Scherr gefragt wurde, warum man keine Republik habe, antwortete er: „Sobald ihr wollt, habt ihr sie[98])." Es ist aber doch auch in Württemberg nicht so, als ob die Mehrheit aller derjenigen, die sich unter dem Namen „Demokraten" zusammenfanden, für eine sofortige Einführung der Republik gewesen wäre. Die Mehrheit der „Volkspartei", wie sie sich zuerst in Württemberg nannte, war vielleicht gefühlsrepublikanisch, aber verstandesmonarchistisch. Einig war sie in der Forderung auf Abschaffung aller Vorrechte, auf wahre Ministerverantwortlichkeit und Herstellung einer reinen Volksvertretung durch das allgemeine gleiche Wahlrecht. Uneinigkeit herrschte jedoch in der Volkspartei über die Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Die Mehrheit war auch hier für den gesetzlichen und nicht für den revolutionären Weg. In der Volkspartei standen Arbeiterschaft und kleiner Mittelstand nebeneinander. Der gehobene Mittelstand und die Beamtenschaft setzte dagegen das Schlagwort „konstitutionell-monarchisch"; die Hofpartei, die Leute der Ritter- und Prälatenbank gesellten sich einstweilen gern dazu, denn so war eine Sammlung aller an der Erhaltung des Bestehenden interessierten Elemente möglich. Die Konstitutionellen stellten alle Anhänger der Volkspartei als Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten, kurz als ein „miserables rotes Gesindel" hin und erklärten Thron, Altar und Geldbeutel für gefährdet, lebhaft unterstützt durch die sogenannte „gute Presse", die jeden Skandal, jeden Zwischenfall ausbeutete; die „Ulmer Chronik" übernahm dabei die Führung, wie es hieß, von Mitgliedern der Hofgesellschaft subventioniert. Denselben Zweck, aber auf eine pietistisch-mildere Art, verfolgte der im Oktober gegründete „Christlich-politische Verein"; er wollte „gegenüber den widerchristlichen, unsittlichen und undeutschen Elementen, die sich der politischen Zeitbewegung angehängt haben, die echt christliche Wahrheit im wohlverstandenen deutschen Interesse zur Geltung bringen". Der Verein wurde von Angehörigen der protestantischen Geistlichkeit, wie Staudenmeyer und Schwab, geleitet und griff auch nach Baden über. Er gab ein Volksblatt heraus, das vom König auf streng diskretem Wege durch das geheime Kabinett unterstützt wurde[99]). Das satirische Wochenblatt „Die Laterne" fand für alle diese „Juste-Milieu-Patrioten" die Abwehr in volkstümlich derber Form; auf seinem Titel war der Tod als Freischärler zu sehen, der einer stumpfsinnigen Menge die Laterne anzündet, um ihr — heimzuleuchten.

In Cannstatt sollten am dritten Pfingsttage zwei Raubmörder hingerichtet werden. Eine große Anzahl Einwohner richtete eine Petition an den König: er möchte sie begnadigen und versprechen, künftig die Todesstrafe völlig abzuschaffen. Beides lehnte der König ab. Da zerstörte die Menge das Schafott bei Tagesanbruch und drohte, die Gefangenen zu befreien. Die Bürgergarde konnte und wollte nicht einschreiten; Militär mußte ausrücken; die Hochrufe des Volkes auf die Republik blieben unbeachtet.

Der Gerichtshof beschloß, die Hinrichtung zu verschieben. Noch lange hielt das Ereignis die Öffentlichkeit in Aufruhr[100]). In den alten Reichsstädten zeigte sich der Oppositionsgeist am kräftigsten. Das achte Regiment in Heilbronn petitionierte um humanere Behandlung, befreite den Verfasser der Petition, einen Unteroffizier, aus dem Arrest und verweigerte den Gehorsam. Bürger und Soldaten verbündeten sich. Das Regiment wurde nach Ludwigsburg verlegt und entwaffnet, das Standrecht verkündet; erst nachdem 63 Hauptschuldige auf den Hohenasperg abgeführt waren, bekam das Regiment wieder seine Waffen. In Ulm wurde eine demokratische Klubversammlung von Kavalleristen zersprengt; einzelne waren roh mißhandelt, ein Bürger getötet, viele verwundet worden. Offiziere hatten das widerliche Vorgehen gebilligt, zwei kamen auf die Festung deshalb und wurden dort verhätschelt. Die Bürger hatten die Kaserne stürmen wollen; Barrikaden wurden gebaut. Der Fall erinnert an die Vorkommnisse in Schweidnitz und Mainz: der Festungsgouverneur nahm sich das Leben[101]). Die württembergische Regierung fragte damals ganz vertraulich bei der bayrischen an, ob sie im Notfalle bayrische Truppen auf dem Bundeswege erhalten könne. Bayern war bereit; es hätte gern statt nach Baden nach Württemberg Truppen gelegt[102]).

Friedrich Römer führte wegen seines Rechtsgefühls schon auf der Schulbank den Spitznamen „Cato“: der Pfarrerssohn war auch an Furchtlosigkeit und derbem Ausdruck ein echter Schwabe; in der Paulskirche hielt er sich immer links und bekämpfte die preußische Hegemonie. Im Heimatlande wollte er kein Radikalinski sein, sondern glaubte als wohlbestallter Staatsrat auch Beweise staatsmännischer Besonnenheit geben zu sollen. So geriet er bald in eine schwierige Stellung, aus der er bis zum unfreiwilligen Rücktritt (Oktober 1849) nicht mehr herausfand. Republikaner gleich vielen der alten Kampfgenossen konnte er nicht wieder werden, weil er sich an den König gebunden fühlte, mit dem er von Frankfurt aus einen offenherzigen Briefwechsel unterhielt; für die Hof- und Militärclique wurde Römer deshalb ein ungemein bequemes und nützliches Instrument, seine Schiffe waren hinter ihm verbrannt, wie König Wilhelm sagte, er mußte sich an die „Konstitutionellen halten“; da ihm nicht wohl dabei war, wurde er reizbar und ausfällig gegenüber jeder Kritik; das nahmen die Demokraten aber übel und verstärkten ihre sachliche Opposition zu bitterem persönlichem Angriff. Römer, der sich immer für einen anständigen Kerl gehalten hatte, ließ sich nichts gefallen, schlug plumper darauflos, als es für einen Minister paßte, und diente damit den alten Gewalten, die ihn ausquetschten, solange ihnen das nützlich schien[103]).

Das Natürliche wäre in Württemberg gewesen, so schnell wie möglich die Kammer wieder einzuberufen und die Reformarbeit zu beginnen. Das Märzministerium setzte aber zunächst nur eine „Organisationskommission“ ein, die

aus Fortschrittsmännern und Leuten der Schreiberkaste bestand; sie saß, beriet, beschloß, entwarf, verwarf — solide und voll besten Willens, aber umstandskrämerisch, bedenklich und unabsehbar. Die ungeduldige Volkspartei verlangte Einberufung einer Konstituante auf Grund des gleichen allgemeinen Wahlrechts, Verfassungsrevision, gerechte Steuern, Verminderung der Zivilliste und der Apanagen. Sie organisierte die Volksvereine durch einen „Landesausschuß"; die Konstitutionellen gruppierten ihre Anhänger in den vaterländischen Vereinen, vaterländisch natürlich im partikularistischen Sinne. Als am 21. September endlich die Kammer wieder zusammentrat, traten sich eine ausgeprägte Rechte und eine viel stärker ausgeprägte Linke gegenüber. Die schwache Mitte der ministeriellen Alt-Liberalen gab keinen Ausschlag, sie war mit den bisherigen „Errungenschaften" ganz zufrieden und hätte gern stürmische Weiterentwicklung verhindert. So unterstützte sie meist die Konstitutionellen und damit die Politik der Vertröstung und Verschleppung. Man erledigte das Jagdgesetz, die Zehntablösung, die Ausdehnung des Amts- und Gemeindeverbandes auch auf die Domänen und feudalen Grundherrschaften — alles in mühseligen Kämpfen, bei denen das Märzministerium sich immer auf die Seite der alten Privilegierung stellte. Der Innenminister Duvernoy, ein zahmer Studierstubenmensch, klammerte sich in seiner doktrinären Gewissenhaftigkeit an jeden Paragraphen des geschriebenen Rechtes; die Volkspartei setzte gegen ihn ihre Ansichten durch. Kritisch wurde die Lage bei der Zivilliste. Durch Gesetz von 1820 war die Zivilliste für die Regierungszeit König Wilhelms auf 850 000 Gulden festgesetzt worden — diese erste derartige Regelung in Deutschland war recht reichlich ausgefallen, besonders da ja das dem Staat damals zugewiesene „Kammergut" niemals Eigentum der fürstlichen Familie gewesen ist. Schon 1820 war die Möglichkeit einer Verminderung vorgesehen worden. Die Kammermehrheit erbat also jetzt eine Herabsetzung auf dem Wege der Gesetzgebung, in Anbetracht der schweren Wirtschaftsnot (60 gegen 18 Stimmen). Nach vielem Hin und Her erklärte König Wilhelm aber, wohl jährlich 200 000 Gulden nachlassen zu wollen, solange er es für notwendig halten werde, eine grundsätzliche Neuregelung aber ablehnen zu müssen. Römer beschwor den Landesherrn, von sich aus das Opfer zu bringen; das Land habe die Schuldenmasse des Kammergutes übernommen, zwischen der Zivilliste und den an das Land gekommenen Vermögenswerten habe ein Mißverhältnis bestanden, unter allen Ständen sei nur eine Stimme für die Verminderung[104]). Als Duvernoy dem König zuerst den freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Zivilliste vorschlug und sagte, ein solcher Akt werde günstig auf die Öffentlichkeit wirken, drehte ihm der Monarch den Rücken und verließ das Zimmer[105]). Römer mußte noch mit Rücktritt drohen, ehe der König sein scheinbar freiwilliges Zugeständnis machte. Vor der Kammer verteidigte dann Römer die Entscheidung König Wilhelms und erklärte, doch wohl wider seine eigene Rechtsüberzeugung, der mit der Krone abgeschlossene Vertrag über die Zivilliste sei unantastbar. Für den Fall, daß die Kammer auf ihrem Standpunkt beharren wolle, stellte er auch ihr gegenüber die Kabinettsfrage[106]).

Die entstandene Verstimmung vermehrte sich durch weiteren Geldzank. 14 Millionen Gulden waren seit Bestehen des Königreiches vom Lande an Apanagen, Wittümern und Heiratsgütern aufgebracht worden; eine Revision

dieser Lasten meinte aber das Märzministerium nicht vertreten zu können, sondern versprach lediglich eine schärfere Besteuerung der Apanagen. Ein böses Zeichen beginnender Reaktion war das Wiederauftauchen des Prinzen Paul von Württemberg in Stuttgart; er hatte seit dreißig Jahren in Paris gelebt, war nach der Februarrevolution nach Brüssel übergesiedelt und nahm nun auf Wunsch des kaiserlich russischen Hofes, sehr gegen seinen persönlichen Geschmack, den ihm zustehenden Platz in der Ersten Kammer ein; seine heftige, zum entschiedensten Absolutismus neigende Manier konnte nur den Eigensinn des Königs versteifen[107]).

Ohne die Zustimmung König Wilhelms wurde die formelle Anerkennung und Verkündigung der Grundrechte von der Regierung verfügt. Die Kammermehrheit selbst wollte ursprünglich der Landesvertretung die notwendigen Reformen vorbehalten und auf diesem Wege zu einer Modernisierung des württembergischen Wahlrechtes und vielleicht zur Abschaffung des Zweikammersystems kommen. Römer aber erklärte, eine württembergische Volkssouveränität nicht anerkennen zu wollen, und stellte die notwendigen Verfassungsänderungen durch Regierungsvorschläge in Aussicht, so daß also eine eigene Konstituante unnötig wäre. Man sieht auch hier den allgemein deutschen Gegensatz zwischen Sonderparlament und Reichsversammlung. Römer verzögerte den notwendigen Neuaufbau in Württemberg durch den tröstenden Hinweis auf Frankfurt, die Kammermehrheit beschloß auch die unbedingte Anerkennung der Frankfurter Beschlüsse als Gesetz — was wollte aber Römer für die praktische Durchsetzung des Frankfurter Werkes tun? Hatte er sich doch bereits mit den alten Mächten Württembergs auf Gedeih und Verderb verbunden! Die Ernte der Revolution sollte eingefahren werden — revolutionäre Mittel, revolutionäres Temperament, alles Nationale war eben bei dem Partikularismus längst verpönt, beim dynastischen ebensogut wie beim „konstitutionellen".

Kein Märzministerium, auch das württembergische nicht, dachte an eine rechtzeitige Verständigung der Kleinstaaten zugunsten der werdenden Reichsverfassung. Das hing gewiß auch mit dem Mangel an Begeisterung für Preußen zusammen. König Wilhelm hegte von jeher Sympathien für Österreich, hatte seine Feldzugserlebnisse zusammen mit Österreichern gehabt und unterhielt seitdem einen ununterbrochenen Briefwechsel mit österreichischen Staatsmännern und Offizieren. Der württembergische Adel fand den preußischen Novemberstaatsstreich lange nicht energisch genug und die oktroyierte Verfassung viel zu freisinnig. Die Söhne der aristokratischen Familien dienten immer noch durchweg in der kaiserlichen Armee. Nur beim konstitutionell gesinnten Geld- und Titelpatriziat gab es ein gewisses Verständnis für Preußens deutschen Beruf. So wurde die Kaiserwahl durchaus kühl aufgenommen, der Sieg der Österreicher bei Novara, der am Tage darauf bekannt wurde, erweckte eine ganz andere Stimmung[108]). Das württembergische auswärtige Departement suchte schon vor der preußischen Januarnote Anlehnung an Bayern und verhandelte hier wegen Abänderungen der Frankfurter Reichsverfassung. König Wilhelm und König Maximilian trafen sich in Meran im Herbst 1848 und fanden sich im Direktoriumsplan, der württembergische König machte auch den Versuch, den Gedanken einer „Konvention der Könige" dem Kaiser Nikolaus schmackhaft zu

machen und seine Unterstützung, besonders auch bei England und Frankreich, dafür zu erlangen. Gorčakov, der Kluge, fand das Projekt gleich recht vage und zu sehr aus eigenem dynastischem Interesse geboren; in seinen Berichten spiegeln sich deutlich die Schwankungen in König Wilhelms Ideen wieder. Er vertröstete ihn aber mit der Hilfe des Kaisers Nikolaus, um König Wilhelms Eigenliebe nicht zu verletzen. Wie bemühte sich doch dieser süddeutsche König um die russische Gunst! Die Spionageberichte seiner Geheimagenten über die französischen Truppenbewegungen und die Quartierverteilung in Lothringen und den Nachbarprovinzen gab er dienstbeflissen durch Gorčakov an den Feldmarschall Paskiewič nach Warschau weiter[109]). Im Februar schickte König Wilhelm den Kronprinzen nach Rußland, um ihn dort von der Gefahr der liberalen Zeitideen zu heilen. Kaiser Nikolaus antwortete wohl auf den ersten, aber nicht auf den zweiten Brief des schwäbischen Schwagers; den Vorschlag König Wilhelms, die kleineren Staaten zu „inkorporieren", zwar nicht vollkommen, aber doch finanziell und militärisch, fand der Kaiser „injuste et inpracticable", laut einer eigenhändigen Randbemerkung zur Denkschrift des Königs. Nach der Frankfurter Kaiserwahl schrieb der König sofort an seinen Gesandten in Petersburg, den Fürsten Hohenlohe-Kirchberg: „Die Frage ist nun ganz klar für Rußland: zieht es ein deutsches Kaiserreich mit einem einzigen Souverän vor, der alle andern mediatisieren muß, oder will es ein konföderiertes Deutschland (Allemagne confédereé), bestehend aus der Vereinigung der Könige und des Kaisers von Österreich . . . Die Folgen können überaus ernst sein; denn dieses demokratische Kaiserreich muß uns zur Republik führen, wenn man sich nicht mit aller Kraft dagegen stemmt; alle Gutgesinnten sind davon überzeugt." Kaiser Nikolaus bemerkte am Rande des Originals dieses Briefes: „Je partage l'opinion de Roi; mais ce n'est pas à moi de l'empêcher; c'est bien à eux tous à le faire." Schon vorher hatte Nesselrode dem württembergischen Gesandten eröffnet: der Kaiser will sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen, solange durch eine Neuordnung nicht die Würde der Krone verletzt ist. Umfangreiche Mediatisierungen könnten aber nicht mit den Prinzipien von Recht und Billigkeit vereinigt werden, die die Politik des Kaisers leiten, freiwillige Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien sei nötig, die Grenze sei sehr schwer zu ziehen.

Genau wie der König von Bayern Frankreich und England gegen den Kaisergedanken und die nationale Freiheit mobil zu machen versuchte, probierte es der König von Württemberg beim Kaiser von Rußland; Kaiser Nikolaus bedurfte aber der besorgten Ratschläge König Wilhelms nicht und ließ ihn in demütigender Weise abfahren. Schon die intime Anrede „Cher frère" erwiderte er nicht. Bei soviel fürstlicher Würdelosigkeit konnte seine Achtung nicht eben wachsen[110]).

König Wilhelm arbeitete nach seiner Gewohnheit geschäftig hinter den Kulissen, aber eine offene Ansicht über die Oberhauptsfrage hütete er sich zu äußern. Der württembergische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt erhielt auf Anfrage den Bescheid, die Regierung wünsche sich zur Zeit, also Anfang Januar, über die Oberhauptsfrage überhaupt nicht auszusprechen. Über Schwarzenbergs Politik wurde Württemberg rechtzeitig durch den österreichischen Gesandten Grafen Rechberg unterrichtet; das württembergische Außenministerium erklärte nunmehr nachdrücklich, einem Bund im Bunde nicht das

Wort reden zu können, die Lostrennung Österreichs wäre freiwillige politische Selbstverstümmelung[111]). Zum Dank erteilte Schwarzenberg den Rat, ein Frankfurter Verlangen, Truppen nach Schleswig-Holstein zu schicken, einfach abzulehnen: „Lassen Sie es doch darauf ankommen! Die Truppen werden nicht ohne Befehl Seiner Majestät das Land verlassen!" sagte der Fürst zum Freiherrn v. Linden[112]). Römer seinerseits warnte den König vor dem Egoismus und der Perfidie Bayerns, aber ohne Erfolg[113]). König Wilhelm suchte mit allen Mitteln Römers gefühlsmäßig vorhandene Antipathie gegen Preußens Führerschaft zu bekräftigen. Er schrieb am 15. März 1849: „Das Anerbieten der Kaiserkrone Deutschlands an den König von Preußen wird nach meiner Ansicht die Sache nicht endigen. Nimmt der König die Krone an, so wird Österreich auf sein Recht nicht verzichten, im Deutschen Bunde zu bleiben und diejenigen Rechte auszuüben, welche ihm die Kongreß-Akte von Wien unter Garantie der europäischen Mächte zugestanden hatte; es ist im Falle, die Garantie von Frankreich und Rußland aufzurufen. Wir können einem deutschen Bürgerkriege entgegensehen, und zuletzt durch den Einfluß fremder Mächte würden die inneren Angelegenheiten Deutschlands wie in unserer früheren Geschichte geregelt werden." Als Antwort legte Römer seine Auffassung der Lage in einer Denkschrift vom 16. März nieder: Das Anerbieten der Kaiserkrone schmeichelt dem preußischen Volke so sehr, daß es selbst einen großen Krieg darauf wagen würde; auch die Militärkamarilla in Berlin betreibt die preußische Kaiseridee; die Annahme ist also wahrscheinlich, wenn auch nicht unter dem Titel „Kaiser"; fortdauernde Weigerung des Königs könnte Thronentsagung zugunsten des Prinzen von Preußen nach sich ziehen; die zeitweise Hegemonie Preußens ist bei der gegenwärtigen österreichischen Politik unvermeidlich und das beste Erreichbare; kommt Preußen durch Beschluß des Frankfurter Parlaments an die Spitze, muß Württemberg den König von Preußen anerkennen; Bayerns sofortiger Beitritt ist zweifelhaft, schon seiner nördlichen Provinzen wegen wird es bald nachkommen; Württemberg soll sich nicht auf Allianzerbietungen von Österreich oder Bayern einlassen, sondern ruhig zusehen[114]). Aus Vernunftgründen stellte sich also Römer jetzt auf die Seite der preußischen Hegemonie, zum Ärger seines Königs, der weiter Stimmung dagegen zu machen versuchte. „Es ist mir noch sehr zweifelhaft, ob Frankreich den deutschen Einheitsstaat anerkennen wird, ohne daran Bedingungen zu knüpfen, die für Deutschland sehr lästig werden könnten", schrieb er am 18. März. Römer sah die Dinge ganz anders an; er fand, daß Württemberg sich unter allen deutschen Staaten in der vorteilhaftesten Lage befände; „der König von Preußen", schrieb er an König Wilhelm, „wird nicht annehmen, ohne die bedeutendsten deutschen Fürsten zu fragen"; dann solle König Wilhelm keine unbefriedigende Antwort an Friedrich Wilhelm IV. geben; der zukünftige Kaiser werde dann auf Württemberg immer die größte Rücksicht nehmen[115]). Jetzt endlich wollte Römer auch der württembergischen Kammer ein neues Wahlgesetz entsprechend dem Wahlgesetz der neuen Reichsverfassung vorlegen lassen. König Wilhelm dachte aber nicht daran, diesen Ratschlägen zu folgen. Aus seinen Weisungen an Reinhard in Berlin sieht man, wie er mit allen nur irgend in Betracht kommenden Beweispunkten gegen den preußischen Erbkaiser arbeitete[116]).

Ein dreifacher Konflikt kündigt sich also in Württemberg an: zwischen dem König und dem Märzministerium, zwischen dem König und der Kammermehrheit, zwischen der Kammermehrheit und dem Märzministerium.

*

Bei Gott und in Bayern ist kein Ding unmöglich — das alte Sprichwort bewährte sich nur allzugut im Revolutionsjahr. Wie schnell war doch das Vertrauen heruntergewirtschaftet, das dem neuen König Maximilian entgegengebracht worden ist! Die Anfänge waren vorzüglich; Märzministerium und Ständeversammlung zeigten großen Reformeifer. Es gab Amnestie, Verbesserung der Beamten, Vermehrung der Deputiertensitze für die mit Absicht kurz gehaltene Pfalz; zwei Bürgerliche erhielten sogar die Berufung in die Kammer der Reichsräte — nur Minister Heintz nahm aber an, der augsburgische Fabrikbesitzer Forster lehnte ab und erntete damit den Beifall aller, die dies feudale Oberhaus gründlich umgestalten wollten. Die Reichsräte setzten es aber durch, daß nur ihre „Erweiterung" in Aussicht genommen blieb. Sehr schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über das Ablösungsgesetz der Lehen. Dem hochherzigen Verzichte Fürst Leiningens auf alle seine standesherrlichen Gerechtsame (vgl. Band I, S. 505) folgte nur nach wenigen Tagen Graf Giech, jener ehrenwerte „altfränkische" Edelmann, der auch im Frankfurter Parlament saß. Das Ablösungsgesetz, das schließlich zustande kam, enthielt sehr wesentliche Zugeständnisse an die Aristokratie. Von einer Fixierung der Lehntaxe hatte man absehen müssen. Weitere Ergebnisse der Landtagsarbeit waren: das Gesetz über die Wahlordnung, das mit dem ständischen Prinzip brach, wenn es auch den Zensus und den indirekten Wahlmodus beibehielt, die Gesetze über Ministerverantwortlichkeit und Paßfreiheit. Am unerfreulichsten war die Wirkung der notwendigen Finanzreform. Der neue Finanzminister, Freiherr Gustav v. Lerchenfeld, selbst der Sohn eines bayrischen Finanzministers, ein vortrefflicher Jurist, der lange in der Pfalz gewirkt hatte, in seiner Jugend burschenschaftlichen Ideen nahestand, langjähriges altliberal-oppositionelles Kammermitglied, gab auf ehrliche Weise ein klares Bild der bayrischen Finanzlage, das mehr als trostlos war: der Reservefonds für außerordentliche Militärbedürfnisse von über zwei Millionen Gulden war völlig verschwunden, das sogenannte Arrosierungsanlehen hatte nur 4,6 Millionen Gulden gebracht. Lerchenfeld kündigte ein neues Anlehen von 7 Millionen Gulden sowie eine Einkommen- und Kapitalsteuer an. So mußten die neuen Männer mit starken Geldforderungen kommen, um die Mißwirtschaft des alten Regimes einigermaßen zu liquidieren; die Folge war das törichte Geschrei über die „teure" Revolution[117])! Wenig glücklich war Lerchenfelds sogenanntes Sparkassengesetz, durch das die bisherige Pflicht zur Barauszahlung der Einlagen aufgehoben und die Einleger gezwungen wurden, Staatsobligationen zum Nennwert anzunehmen. Das sah wirklich aus wie beginnender Staatsbankrott, und dies in einem Lande von so starker, im Grunde unerschütterter patriarchalisch-ökonomischer Gesundheit! Der am 30. Mai aufgelöste Landtag hatte also das fertiggebracht, was in Württemberg so verhängnisvoll verschleppt worden ist: die schnelle Umstellung auf den gegenwärtigen Stand der Dinge und die Grundlegung für die Arbeit einer neu zu wählenden parlamentarischen Körperschaft.

Es geschah gewiß auf eine recht behutsame und von gesamtdeutschen Entwicklungen innerlich kaum berührte Art — doch es geschah.

Die Pfalz lag freilich im Strichfeld der Frankfurter Ideen, im engsten Wirkungsbereich der sozialrevolutionären Bewegung des deutschen Westens. Sie stand dem bayrischen Wesen immer fern und entfremdete sich jetzt von Monat zu Monat mehr, mit voller Bewußtheit, dem Münchner Regiment. Noch überwog auch hier die ländliche agrarische Produktionsweise; aber es war ein Bauern- und Winzerland mit Bürgersitte und homogenem Recht; das behende, geschäftsfrohe Volkstum lebte seit der französischen Zeit ohne privilegierte Stände; die katholische Pfarrgeistlichkeit, eine besoldete Klasse wie andere, hatte lange nicht den bevormundenden Einfluß wie in Altbayern; die protestantische Kirche war reformiert und wirkte schon deshalb verstärkend auf die freiheitlich-demokratische Gesamtrichtung. In Frankental und Ludwigshafen waren Industriekolonien entstanden, in St. Ingbert und seinem Hinterlande arbeiteten die Hochöfen; die Schuhfabrikation von Pirmasens zeigte bereits fortgeschrittene Formen hochkapitalistischen Unternehmertums. Die Güter wurden durch immer weitere Teilung zerfetzt und zertrümmert, der kleine Ackerbauer oder Winzer fing, findig wie er war, noch nebenbei einen Handel oder ein Gewerbe an, der eine Sohn mußte möglichst studieren, ein anderer ging wohl in die Fremde, die Gewerbefreiheit lockte jeden kleinen Meister zum Spekulationsbetrieb und machte ihn abhängig von den Wirtschaftsschwankungen und hörig den Wucherern[118]). Die Pfalz war vielleicht mehr als irgendein anderes deutsches Land bereit zur Aufnahme republikanischen und sozialrevolutionären Gedankengutes. Außerhalb der Festungen Landau und Germersheim entstand unter der blauweißen Fahne ein kaum gehemmtes freistaatliches Klub- und Zeitungswesen, an der Spitze der „Pfälzische Volksverein" in Kaiserslautern und der „Arbeiterverein" in Speyer. Für München war die Pfalz Ärger, Last und Sorge. Wir kennen das Projekt, durch die Erwerbung der badischen Pfalz diesen fremdartig entlegenen Außenposten dem bayrischen Staatskörper unmittelbar zu verbinden; andere hätten gern die ganze Pfalz aufgegeben, wenn in unmittelbarer Nähe am Inn, im Salzburgischen ordentlicher Ersatz zu finden war (vgl. oben S. 169)[119]).

Gemütliche, manchmal auch ungemütliche Anarchie gab es auch recht lange in den fränkischen Bauerngegenden, ohne daß deshalb gerade der Staat ins Wanken geriet. In den Reichsstädten Frankens und Schwabens rumorte ein etwas zopfiges Republikanertum, zuerst eher rückwärts als vorwärts gerichtet. Nürnberg hätte gern den Reichsverweser auf seiner Burg residieren gesehen, genau wie Regensburg aus alter Reichstagsbeherbergung Anrecht auf das Frankfurter Parlament zu haben glaubte. Der Nürnberger Volksverein trat auf Anregung des Frankfurter Volksvereins ins Leben, um Republikaner und Monarchisten zur Anerkennung der unbedingten Autorität der Frankfurter Gewalten zu sammeln. Da wurde dann im „Goldenen Adler" eifrig debattiert, gekannegießert, akademischer Belehrung gelauscht, zum Nachteil oft des bürgerlichen Geschäftes, auf eine fränkisch bewegte freimütige Art. Als der verdiente Stadtbibliothekar Dr. Ghillany gegen die Republik auftrat, zeigte es sich, daß durch die Konkurrenz, die „politischen Vereine", schon viel zu viel demokratisch-republikanische Überzeugung verbreitet war. Es kam zu Spaltung und Mißhelligkeit. Der Redakteur

des „Freien Staatsbürgers", Gustav Diezel, wurde ausgewiesen und wehrte sich in einer Broschüre erbittert gegen Eisenmann und den „Nürnberger Korrespondenten von und für Deutschland"[120]); auf dem Frankfurter Demokratischen Kongreß tauchte er wieder auf. Der von Eisenmann und anderen alten Burschenschaftern gegründete „Konstitutionelle Verein" war der erste außerpreußische Klub, der sich dem Bunde der preußischen Konstitutionellen anschloß. Ein Kreistag in Erlangen sah Vertreter auch aus Schwabach, Bamberg, Hof, Bayreuth, Neusiedel, Nördlingen, Dinkelsbühl, Kempten; Nürnberg wurde zum Vorort gewählt[121]). Die Konstitutionellen hatten es aber schwer, über beruhigende allgemeine Erbaulichkeiten hinauszukommen; in die Masse konnten sie damit nicht dringen. Die lebendigere, schärfere Wirkung nahmen ihnen die Demokraten weg; grob, beinahe terroristisch traten sie in Bamberg auf, wo nicht einmal mißliebige Privatpersonen des Schutzes der ordentlichen Behörden sicher waren. Dieser „böse Geist Bambergs" wurde vom preußischen Gesandten vor allem auf die „schnöde Art" zurückgeführt, mit der König Ludwig die alte heitere Stadt, die nie schmeicheln konnte, wegen ihrer Ablehnung der Lola Montez behandelt hatte.

Die politische Agitation der Demokraten drang von allen Seiten auf das Reich Bayern ein, das wenigstens in seinem altbayrischen Bestand als ein schwerer Block zähen Widerstand leistete. Von Frankfurt, von Thüringen, von Österreich, von der Schweiz, vor allem aber von Württemberg strömten Volksmänner und Zeitungsblätter ins Bayrische[122]). Die Nördlinger Versammlung vom 27. August, die auf Einladung der württembergischen Volksvereine stattfand, gestaltete sich zu einer recht eindrucksvollen Kundgebung des republikanischen Gedankens. 25 bayrische und württembergische Vereine waren vertreten, mehr als 12000 Menschen nahmen teil. In einer Adresse an das Frankfurter Parlament wurde das unbedingte Assoziationsrecht gefordert; die allgemeine Organisation der Klubs über ganz Deutschland ist hier zuerst verlangt worden. Auch Fürst Wallerstein beehrte die Versammlung mit seiner Anwesenheit und trat als Redner auf; es hieß, er spekuliere jetzt auf eine Arbeiterrevolution, um wieder an die Spitze der Geschäfte zu gelangen. Das Erstaunen der Volksmänner über diesen abgewirtschafteten Aristokraten war groß. Daß er mit Absicht schäbige Kleider angezogen habe, um sich seinem neuen Milieu anzupassen, bestritt er später in öffentlicher Erklärung und ließ sich ein Zeugnis des Rats von Nördlingen darüber ausstellen[123]). Voll Bitterkeit erinnerte man sich jetzt in der bayrischen Öffentlichkeit daran, wie grausam gerade während der Ministerzeit des Fürsten Wallerstein politische Gefangene behandelt worden waren, und viele glaubten gern das falsche Gerücht, er sei wegen seines Auftretens in Nördlingen auf die Festung gebracht worden[124]). Das bayrische Schwaben war nun ein besonders dankbares Feld für die Arbeit der Bewegungspartei. Augsburg hatte seine große Presse und den Anfang moderner Industrie; die konfessionelle Parität hatte den Geist geschärft, den Gesichtskreis erweitert. Während München sich immer mehr partikularistisch-bayrisch verbohrte, konnte in Augsburg ein freiheitlich gestimmtes warmes Großdeutschtum heimisch werden und das alte Kulturerbe vermehren. Kempten, einst fürstabtliche Residenz, und sein Allgäu wurden der Schauplatz einer eigenartigen, gegen alles engstirnige Bajuwarentum gerichteten reichspatriotischen Volksbewegung, bei der manche Züge an die Schweizer Nachbarschaft erinnern.

Der „Diktator des Allgäu", Balthasar Waibel, der jetzt als Schriftleiter der „Kemptner Zeitung", als Gründer des Volksvereins und des Volksvereinsblattes ganz in den Vordergrund trat, war ein altbewährter Kämpe für Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Sauberkeit der Verwaltung und Trennung von Verwaltung und Polizei. Rasch mit der Feder, noch unbedachter, aber immer mannhaft mit dem Wort, wetterte und fegte dieser unermüdliche Spötter in die idyllische Hockerei eines altschwäbischen Gemeinwesens hinein und versuchte voralpines Kantönlitum zu erfüllen mit dem neuen Gefühl des erwachenden deutschen Nationalstaates. Sein Lohn war natürlich Schikane und Verfolgung; den körperlich zarten Mann haben die allerlei Strafen, die ihm die Reaktion aufbrummte, nicht einschüchtern oder gar zerbrechen können[125]).

In der Hauptstadt München selbst war es bis zum Spätsommer fast immer still. Für sozialrevolutionäre Agitation gab es hier wenig Boden. Als die Schustergesellen höheren Lohn ertrotzen wollten, verfügte die Behörde: wer nicht zum Meister zurückkehrt oder, wenn er arbeitslos ist, sein Wanderbuch nicht visieren läßt, wird per Schub nach der Heimat gebracht, binnen 24 Stunden. 135 Gesellen fügten sich nicht, sammelten sich in der Herberge des Handwerks und wollten randalieren; da hob sie die Polizei, von Militär unterstützt, einfach auf und schob sie nach allen Richtungen ab. Das Volk verhöhnte die unfreiwillig Abreisenden: „So ist's recht, so muß man's mit Lumpen machen[126])!" Die „anarchischen" Schilderhebungen, die für den Pfingstmontag im Zusammenhange mit einem angeblichen Besuch Heckers in München erwartet wurden, fanden nicht statt; einem früher energisch oppositionell gesonnenen, jetzt sehr gemäßigt gewordenen Kaufmann wurde eine Katzenmusik gebracht. „Übrigens sind wie er schon viele andere Gewerbetreibende zur Besinnung gekommen, und im Augenblick zählt München vielleicht mehr vernünftige Reaktionäre als irgendeine Stadt in Deutschland", schreibt der württembergische Gesandte[127]). Fremde Emissäre wurden kurzerhand verhaftet und entfernt — so ein Badener, ein Norddeutscher. Als die Wiener Aula eine Deputation nach München schickte, um eine deutsche Fahne feierlich zu überreichen — der Rektor Thiersch sollte die Studenten aus Österreich amtlich empfangen —, da verhinderte die Polizei die Feier und entlarvte ein Mitglied der Deputation als „verrufenen" Schneidergesellen, ein anderes als einen Schwindler aus München, der sich fälschlich Baron nannte[128]). Der Wiener Besuch löste aber doch einen Krawall aus, den die Behörden mit etwas übertriebener Ängstlichkeit als Vorbereitung republikanischer Schilderhebung auffaßten. Es ging nämlich das Gerücht, der Staatsschatz sei nicht mehr vorhanden, Lola habe ihn zum Teil mitbekommen, der Rest sei vergeudet. Die Aufregung über die elenden Staatsfinanzen war an sich schon groß; nun verlangte eine Bürgerversammlung den Staatsschatz zu sehen, nicht nur die Kisten, sondern den Inhalt; eine Kommission wurde dafür gewählt. Der Bürgermeister tat sein Bestes, um die vom Schrannenplatz in das Rathaus eingedrungene Menge zu beruhigen; das Militär aber schoß, es gab viele Verwundungen; als die Kommission beim Innenminister erschien, wies er sie kurzerhand hinaus. Der Oberhofmeisterstab machte einen Maueranschlag: mit seiner dienstlichen Ehre verbürgte er sich für das Vorhandensein des Staatsschatzes. Das Ministerium beantragte beim König, der Staatsschatz möchte der öffentlichen Besichtigung freigegeben werden. Es hatte

Vivats auf Hecker gegeben, Karikaturen liefen von Hand zu Hand, darunter die bekannte: „Der wiegt euch alle auf." Man sah in der einen Waagschale einen Haufen Königskronen, in der anderen nichts als den einen kecken Heckerhut[129]). Während der Wiener Oktoberrevolution wurden zahlreiche Aufrufe des „österreichischen Volkes" von Salzburg aus unter den bayrischen Soldaten und in den Wirtshäusern verbreitet: Bayern sollte sich nicht, hieß es da, als „preußische Provinz" behandeln lassen, der Landsturm in Niederösterreich und der Steiermark sei aufgeboten, „der große, lang ersehnte, lang vorausgesagte Kampf zwischen Deutschen und Slawen" sei losgegangen; jeder deutsche Mann müsse für die deutsche Sache eintreten mit Gut und Blut[130]). Der demokratische Bauhofklub, im Mai aufgelöst, jetzt wieder im Gange, trat ein für „gesetzliche Freiheit", Verbesserung des Lohnes der Arbeiter, Wiederherstellung Polens „als Vorposten gegen den Selbstherrscher aller Reußen", Freiheit des Handels innerhalb ganz Deutschlands; die Wiederkehr eines deutschen Kaisertums bekämpfte er als Donquichotterie. In seinem „Rundschreiben an die Klubmitglieder" sagte der Oberfranke Dr. Karl Riedel: „Reichen wir uns gegenseitig die deutsche Bruderhand! Die alte meerbeherrschende Hansa teile ihren Ruhm mit den Schwesterstädten an Istriens Gestaden, hinaus über die klassische Stelle des jusqu'à la mer und den gordischen Knoten der Rheinschiffahrtsplackereien, hinab bis wo unser deutscher Riesenstrom den Karpathengürtel gesprengt hat; die Freiheit rüttle so lange an den morschen Schlagbäumen eines abgelebten Zollsystems innerhalb der deutschen Marken." — Die Oberhauptsfrage wollte Riedel durch einen Bundesvollzugsrat mit einem auf Jahresdauer gewählten Präsidenten lösen[131]).

Das Blatt der Münchener Demokraten hieß „Vorwärts"; es erschien unter dem Motto: „Durch Wahrheit, Entschiedenheit und Ausdauer zur Freiheit." Nachrichten aus Deutschland brachte es nach Frankfurter und Berliner Muster unter der Rubrik: „Vereinigte Staaten von Deutschland." Sein Hauptkampf ging gegen den deutschen Philister neuesten Datums: der eine sei immer dümmer als der andere; entweder sei er vom Adel, oder er sei Beamter, oder er habe ein Geschäft, das ihn „anständig" ernährt; er sei zufrieden, erzähle den Leuten, wie begabt seine Kinder wären, und wolle keinerlei Neuerungen: für das Elend der Arbeiter, Landbewohner und kleinen Bürger hat er aber kein Herz, denn er hat zu leben und gibt zwei Groschen an die Armenkasse. Unter Republik versteht er Mord, Totschlag, Raub und Güterverteilung (Nr. 7 vom Sonntag, 13. August)[132]). Wie gering der Einfluß der Demokraten in München war, zeigte der Verlauf der vom Bauhofklub und dem Bildungsverein für Arbeiter veranstalteten Volksversammlung in Neuburghausen am 17. September 1848, an der noch nicht 400 Personen teilnahmen. Die Beschlüsse richteten sich gegen Preußen, das Deutschlands Ehre dem Hohn des Auslandes preisgegeben habe; gegen das bayrische Gesamtministerium, von dem Unterordnung unter die provisorische Zentralgewalt gefordert wurde; gegen die „reaktionäre" Regierungsverordnung vom 12. August, durch die „Vereine zu gesetzwidrigen Zwecken" verboten worden waren. Der Protest enthüllt die innerste Meinung der Versammelten: „Wir stehen in Deutschland auf dem Standpunkt der Tat, wir sind in der Revolution begriffen"; die Selbständigkeit Bayerns französischer Herkunft sei unheilbringend, es solle sich der neuen Reichsgewalt unterwerfen[133]).

Das war nun Münchens schwächster Punkt; zehn der bekanntesten demokratischen Führer wurden jetzt verhaftet, darunter Riedel, Dr. Greiner und Roller. Dr. Sensburg, der Leiter des „Vorwärts", war noch rechtzeitig geflohen. Zum Oktoberfest wurden alle wieder freigelassen. Pfälzer, Franken und Schwaben bedrohten schon den Bestand des bayrischen Staates; was sollte werden, wenn sich dieses agitatorische Gift in der Hauptstadt selbst verbreitete! Sollte sich auch in Bayern wie in Österreich und in Preußen aus der Revolution eine Staatskrise entwickeln? Wer wollte dieses künstliche Königreich napoleonischer Herkunft gegen den Auseinanderfall schützen?

Auf die bayrische Armee war kein großer Verlaß. Die freiheitliche Bewegung hatte sie überall ergriffen. In München beschwerten sich die Unteroffiziere, daß sie nicht mit Offizierstellen bedacht würden; in Bamberg versammelte sich eine neu dorthin versetzte Infanteriekompagnie auf dem Kasernenhof und verlangte Soldzulage, nur zweimal Exerzieren in der Woche während der heißen Jahreszeit, Erleichterungen des Gepäcks und des Nachtdienstes[134]). Die Soldaten nahmen an dem politischen Vereinsleben teil — nur den Offizieren gab der Kriegsminister den Wunsch zu erkennen, sie möchten sich fernhalten. Die Offiziere des Jägerbataillons gaben sich das Wort, jeden Kameraden auszustoßen, der Sympathien für die Republik zeige. Der Gegensatz zwischen Mannschaften und Offizieren verschärfte sich also. Der „deutsche Soldatenkatechismus" fand Verbreitung auch in der bayrischen Truppe. „Was ist ein königlicher Soldat? Er ist ein fünfzigfaches Vieh, denn er läßt sich als Hetzhund und Mörder seiner Gebrüder gebrauchen!" hieß es darin. „Was ist eine Majestät? Ein Gespenst des Aberglaubens", stand weiter zu lesen. In der Presse wurde die Frage sehr lebhaft behandelt, ob es richtig sei, die Armee auf die Verfassung zu vereidigen. Vielfach wurde die Ansicht vertreten, jeder einzelne Soldat müsse die Entscheidung darüber haben, ob er bei Unruhen gegen das Volk verwendet werden wolle oder nicht. Der Kriegsminister mußte an die hohen militärischen Dienststellen am 7. September einen Erlaß richten, durch den ein Leitfaden über das Verhältnis von Diensteid und Konstitutionseid für die „Minderbeholfenen" empfohlen wurde. Anlaß dazu gab der üble Fall des Unterkanoniers Georg Magg vom Artillerieregiment Prinz Luitpold. In einem Artikel der „Bayrischen Volksblätter" wandte sich dieser selbst an die Öffentlichkeit. Magg hatte von der ihm verfassungsmäßig zustehenden Redefreiheit Gebrauch gemacht, kam deshalb in Stockarrest und dann ins Militärgefängnis. Er hatte gesagt, daß er sich nicht gegen das Volk gebrauchen lassen wolle außer bei offenbarer Verfassungsverletzung; er werde vielmehr das Gewehr bei Fuß nehmen und das Bajonett herunterschlagen: „Ich kann nicht in diesem Augenblick die Verfassung beschwören und sie im nächsten Moment selbst verletzen", erklärte er dem Auditeur.

Sogar das Leibregiment brachte seinem Obersten einmal eine Katzenmusik und trachtete einem mißliebig gewordenen Leutnant nach dem Leben[135]). Das beste war sicher, die bayrische Armee nicht durch allzu ernste Aufgaben auf die Probe zu stellen; wenn die Tölzer Bauern die königlichen Forsten in Scharen auswilderten, rauften die Münchener Infanteristen ganz gern mit ihnen — das schafften sie noch mit einiger Bestimmtheit. Aber in der Verwendung bayrischer Truppen beim fernen Feldzuge in Schleswig-Holstein sahen die richtigen Blauweißen einen

teuflischen Versuch der Gagernschen Partei, die Kräfte des bayrischen Staates zu zersplittern, zum Vorteil der Preußen; durften doch die Württemberger zu Hause bleiben[136]).

Selbst die naive Königstreue der oberbayrischen Wildlinge hatte durch die Zeitideen einen Stoß bekommen. Eine Bauerndeputation erbat beim König einmal direkt die Republik. „Wollt ihr mich denn nicht mehr haben?“ fragte Maximilian II. betrübt. „Ja, doch, gewiß, wir wollen den Herrn König behalten, aber wir wollen auch die Republik haben[137]).“

Es ging hier eben anders zu als sonst in Deutschland; die Dinge hatten einen primitiven Zug, Unwissenheit und Grobheit war groß, Studenten, Künstler und Literaten vollführten ihre Streiche, sie waren oft lustig, manchmal kindisch; man fühlte sich aber als etwas Starkes und verlangte mit Empfindlichkeit besondere Maßstäbe. Wenn es dann einmal losging, klappte nichts, die Verantwortlichen verloren ihr bißchen Kopf, der Spaß wurde unschön, die Roheit tobte, und zuletzt lief alles wie vorher: passiert war viel, aber geschehen war nichts. Ernsthafte Politik fiel eben den Münchnern schwer. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, so wurde er durch den Bierkrawall vom 17. Oktober erbracht, der ungestört stattfand, obgleich die Regierung den um einen halben Kreuzer erhöhten Bierpreis sofort wieder aus Angst herabsetzte. Brauhäuser wurden demoliert, unentgeltliche Bierabgabe verlangt, Lebensmittelläden geplündert, Brauknechte mißhandelt. Einige Bäcker warfen freiwillig die Wecken auf die Gasse, um Scheiben und Einrichtung zu schützen. Das Militär rückte aus und sah sich die Sache von weitem an. Die Minister des Innern und des Krieges hielten sich im Hintergrunde. Verstärkungen ließen sich Zeit. Es hätte also kaum der Verbarrikadierung der Straßen bedurft. Arbeiter, Handwerkslehrlinge und dienstfreie Soldaten verübten gemeinsam die Ausschreitungen; zum Teil sollen es in Uniform gesteckte Zivilisten gewesen sein, auch Wiener Flüchtlinge mit schwarzbefederten Kalabresern nahmen teil. Das Schlimmste war die Plünderung und Verwüstung der Pschorrschen Privatwohnung: man erbrach Kästen und Schränke, zerschnitt Betten und Bilder, riß die Tapeten von den Wänden, streute bares Geld, Banknoten und Wertpapiere zum Fenster hinaus, schmiß alle Möbel, Geräte, Porzellan, ja sogar einen ganzen Flügel auf die Straße! Was die Landwehr schließlich noch festnehmen konnte an Tumultuanten, war sinnlos besoffen[138]). Der Zerstörungstrieb hatte sich einmal wieder ausgepöbelt. Mit Politik hatte das an sich nichts zu tun, aber die Folgen waren politisch. Der brave Bürger war nun vollends überzeugt, daß die Revolutionserrungenschaften zum Straßenraub führten. Und nun mußte er noch Maueranschläge erleben wie etwa den, den der russische Gesandte interessant genug fand, um ihn an den Kaiser Nikolaus zu schicken: „Allen Volksverrätern zum warnenden Beispiel“ lautete die Überschrift; man sah links die Nemesis, rechts einen Arbeiter, der einen Bürger zu Boden schlägt, in der Mitte einen Galgen mit einem Gehängten. Latour, so hieß es, fiel der Volksrache als Volksverräter zum Opfer: „man kann die Volksjustiz nicht billigen, aber man muß doch zugestehen, die Nemesis hat ihn erreicht“; Fürst Lichnowsky war auch ein Feind des Volkes, hat sich als Spion in die Reihen des Volkes gewagt, hat mit dem Leben der Landleute grausamen Spott getrieben: „einen Bauern hat er mit der Jagdflinte in den entblößten Hintern geschossen und so einen Vater mehrerer

Kinder auf mutwilligst-bübische Art getötet, das Volk lebt in schmählicher Sklaverei; wenn es einen Unterdrücker tötet, so ist das kein Mord". Das Flugblatt schloß: „Wir wollen sehen, ob Latours Tod für andere Minister, namentlich für die Reichsminister in Frankfurt, ein abschreckendes Beispiel war, oder ob sie nach ähnlicher Ehre geizen[139])?" Zum Straßenraub, so empfand es also der solide Münchner, gesellte sich noch die Verherrlichung des Mordes und die Aufreizung dazu! Mit Vergnügen las er Abwehrschriften, wie etwa die schon im Frühjahr erschienene Broschüre „Es brennt!" Da hörte man nun sicher die Wahrheit: „In Frankreich existiert eine eigene Partei. Sie besteht auch aus Deutschen und nennt sich die Kommunistische — eine große Räuber- und Diebesbande. ‚Republik', das heißt so viel wie: Hans, Jörg, Christoph, Martin, ihr müßt jetzt dreifache Steuern zahlen, weil ihr Republikaner seid . . . Armeen werden in Arbeitervereine umgewandelt, das heißt: eure Söhne, die jetzt den ehrenvollen Stand, den Soldatenstand, bekleiden, müssen jetzt im Namen der Republik nach ihrer Peitsche schustern, drechseln, wie ein Bär tanzen . . . Die Hypotheken am Bauernland werden Staatseigentum. Stoffel, wenn du dir hundert Gulden zusammengespart hast und die als Hypothek anlegen willst, so stiehlt dir die Republik dein sauer Erspartes . . . Im deutschen Parlament sollen die Volksvertreter sitzen, und die Könige sollen keine Vertreter ihrer Königsrechte haben dürfen . . . Ich habe nicht für die Herrenleut, sondern für die Landleut geschrieben. Und nun behüt euch Gott[140])!"

Die bayrische Revolution hatte den König Ludwig besiegt, weil der katholische Klerus hinter ihr stand. Er lenkte die Gegenrevolution vielleicht in noch stärkerem Maße. Die Revolution war in München eine laute „Hetz" gewesen, sehr spontan, sehr persönlich, eine dramatische Anekdote. Die Gegenrevolution arbeitete still und langsam. Die Verbindung von bayrischem Staatsgedanken und katholischer Weltanschauung hat Bedeutung für Gesamt-Deutschland und damit für Europa. Es lag hier die alte geschichtliche Wirkungsmöglichkeit für Bayern; nur dadurch war es ein „Reich", nur dadurch konnte es ein Reich bleiben; die Dynastie war schwach, das Heer vernachlässigt, die Verwaltung mäßig; dies alles und die Opposition der Reichsstädte, der nicht bayrischen Stämme, des deutschen Nationalgedankens, der demokratischen und, wie man es in Bayern nannte, der „sozialrepublikanischen" Kritik — es wurde samt und sonders aufgewogen durch die Kraft des altbayrischen Katholizismus, der sich seine Anhängerschaft, auch außerhalb des früher herzoglichen Gebietes, im ehemaligen Abts- und Bischofslande, rasch zu schaffen wußte. Der Liberalismus war geistig, das Bürgertum ständisch zersplittert; im Katholizismus gab es noch Einheitlichkeit; er band die Feudalherren, Handwerksmeister und bäuerlichen Hofbesitzer fest aneinander und kristallisierte so innerhalb einer von Auflösung bedrohten Gesellschaft einen harten Kern heraus, eine Dauerzelle, die sich nun weitere Zellen anfügen und so das Ganze durchwirkend formen konnte. All dies Naturhafte in Bayern, diese Abneigung gegen feine Vielwisserei und bewegliche Anpassungsfähigkeit, dieser gemütvolle, zähe Sinn, dieses unbekümmerte Triebleben fand Halt und Geborgenheit im katholisch-kirchlichen Glauben, Kult und Brauch; dadurch entstand das Sicherheitsgefühl bei aller Abseitigkeit, ein zugleich frommer und herzhafter Lebensstil, dieser robuste Unabhängigkeitsstandpunkt, der seine Macht unbekümmert aus sich selbst nahm.

Schon auf dem Reformlandtag hatte sich beim Ablösungsgesetz eine Gemeinsamkeit zwischen Reichsräten, Gutsbesitzern mit Gerichtsbarkeit und katholischen Klerikern herausgebildet. Die Temporalrechte der Kirche fanden in dem Pfarrer Ruland einen eifervollen Verteidiger: wenn der Staat sie vermindere, dann werde der Segen der Kirche von ihm weichen, aber die Kirche werde sich schon selbst zu schützen wissen[141]). Dieser Würzburger Professorensohn Anton Ruland (1809—1874) hatte unter dem Ministerium Abel gegen die Redemptoristen und Jesuiten angekämpft; der gelehrte Leiter der Würzburger Universitätsbibliothek war eigentlich ein Gegner der politischen Betätigung des Klerus, besonders beim Wahlgeschäft; wenn aber der Kirche irgendwie zunahegetreten wurde, dann fing dieser kernige Unterfranke doch auch an zu glühen und zu wettern.

In der Zeit des Ministeriums Abel hatte es sich gezeigt, daß der bayrische Klerikalismus sowohl konservativ wie demokratisch war — demokratisch in der Art, daß er die Volkskräfte im Interesse der Kirche zu erwecken wußte, wenn er wollte auch gegen die Dynastie selbst. Nun begannen die bayrischen Katholiken auch den Freiheitsgedanken für sich in Anspruch zu nehmen. Ein Aufruf an die „Katholiken der Stadt und Umgegend" fordert Ende Juni die Unterzeichnung einer Adresse zur Mahnung der Unabhängigkeit der Kirche: Freiheit der Lehre, freies Versammlungsrecht, Freiheit des Unterrichts, des Vermögenserwerbs und der Vermögensverwaltung, Wegfall der Mitwirkung des Staates bei der Besetzung von Kirchenämtern war verlangt. Guido Görres war der Verfasser der Adresse: der ehemalige Bundestagsgesandte v. Obercamp und Medizinalrat Ringseis, zwei Hauptführer der Neurömischen, legten sie im Rathaussaale aus. Es kam zum Tumult, das Schriftstück wurde zerrissen, Militär schritt ein[142]). Auch auf dem Lande war die Bevölkerung recht böse darüber, daß die Geistlichen nicht auf ihren Zehnten verzichten wollten, denn das war doch offenbar der Kern der Sache. Mit dem Adressenskandal begann die ausgesprochen katholische Vereinsbildung in München. Aber es war zunächst so, daß sich auch in den demokratischen Vereinen klerikale Vertrauensleute betätigten — so trat im republikanischen Klub Professor Sepp gegen das dynastische Apanagewesen auf. Der konstitutionelle monarchische Klub, der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung", der sich gegen das republikanische Wühlertum richtete, waren stark klerikal gefärbt[143]). Die Taktik bestand eben darin, einstweilen überall dabei zu sein, so von allem Bescheid zu wissen und dadurch die Interessen der Kirche zu fördern.

In Wahrheit war die kirchliche Machtstellung als solche in Bayern unerschüttert und unerschütterlich. Bei der Fahnenweihe der sämtlichen Freikorps, also des Landwehrfreikorps, des Korps der Künstler, des Korps der Studenten und des Korps der Bürgersöhne, gab es eine rein katholische Feier, trotz der zahlreichen protestantischen und jüdischen Teilnehmer. Der lutherische Dekan und der Rabbiner erhielten eine Einladung als „Zeugen", der aber nur der Rabbiner folgte. In der Presse stiegen allerhand Proteste hoch gegen solche Intoleranz; dem Erzbischof sollte eine Katzenmusik gebracht werden — sie unterblieb, und die Angelegenheit war erledigt[144]).

Das ernste fromme Auftreten des Königs Maximilian bei der Fronleichnamprozession, im Gegensatz zu König Ludwig, der immer sehr weltlich herumguckte, die Zunahme der Deutschkatholiken in München, die leibhafte Erscheinung

der Mutter Gottes in einem Nachbarort — das waren Ereignisse, die den Durchschnittsbürger immer noch viel mehr interessierten als irgendeine Parlamentsdebatte. Am 8. September, dem Namenstage der Königin Marie, begann der Kaplan Weingärtner beim feierlichen Festgottesdienst in der Frauenkirche mit beredten Worten die Mißbräuche bei den Geistlichen zu schildern: die ungleiche Verrichtung der Taufe, je nach der Höhe der Gebühren, das Lob reicher Toten in Grabreden, die Nötigung Sterbender zu frommen Stiftungen bei Erteilung der letzten Ölung — auch das Verdummungssystem vieler Kleriker wurde gegeißelt. Der Gläubigen bemächtigte sich starke Erregung: der Kaplan wurde im Auftrage des Dompfarrers unterbrochen, zum Verlassen der Kanzel aufgefordert und schließlich von Domherr, Dompfarrer und Kirchendiener gewaltsam heruntergezerrt, wobei seine Stola zerriß. Noch in der Kirche wurde dem Kaplan, in Gegenwart der Gemeinde, der geistliche Ornat abgenommen. Das Ereignis wirkte lange nach. In einer Flugschrift wurden die Münchner Katholiken aufgefordert, zu verhindern, daß dem „Mann der Wahrheit" Unrecht zugefügt werde. „Würde unser Herr und Heiland wieder einmal in Knechtsgestalt unter den Menschen wandeln, die Diener seiner Kirche würden ihn fürwahr abermals ans Kreuz schlagen." Die Geistlichkeit setzte aber ihre Autorität durch; der kecke Kaplan sagte pater peccavi[145]).

Besonders viel lag der werdenden bayrischen katholischen Volkspartei daran, nicht durch das Schlagwort „ultramontan" als antideutsch verdächtigt zu werden. „Jeder schlichte, redliche, gläubige Katholik ist ein Ultramontaner", steht in einer Flugschrift. „Wir sind weder Finsterlinge, noch Heuchler, noch Zeloten, noch Überkirchliche; unser religiöser Mittelpunkt befindet sich jenseits der Berge . . . Wir wollen echte Deutsche, wahre Liberale, verständige Konservative sein", heißt es dann weiter. „Weg mit der Deutschtümelei, die nur die deutschen Farben gelten lassen will und dem Provinzialgeist, der sie verpönt . . . Alle Deutschen sollen den herrlichen Dom vaterländischen Glückes bis zur Vollendung bauen[146])." Man sieht, wie stark das Bedürfnis hervortritt, sich in der Mitte zu halten und einseitige Festlegung zu vermeiden. Im „Manifest der bayrischen Ultramontanen" wird zuerst das religiöse Moment stark betont: „Wir sind Katholiken, nicht halbe, kalte, farblose, sondern warme, entschiedene." Dann werden die Jesuiten in Schutz genommen — sie seien jetzt das Losungswort der Radikalen, wie vorher Pfaffen und Aristokraten; der Orden sei eine innerkatholische Angelegenheit; solange er keine Gesetze verletze, hätten Nichtkatholiken und Namenskatholiken sich nicht darum zu kümmern. Eine gewisse Toleranz wird bekannt: „Jeder christlichen Konfession ihre Rechte von Herzen gönnend, verlangen auch wir das Recht der freiesten Entwicklung." „Konservativ bezüglich aller unveränderlichen Wurzeln des Seins und des Wissens, sind die Ultramontanen Männer des Fortschritts in bezug auf die rastlose Entwicklung dieser Wurzeln . . . Sie schließen keine Regierungsform aus und wollen der bestehenden bis zum Tode gehorchen[147])."

Auf dem Staffelstein bei Bamberg wurde am zweiten Osterfeiertage 1848 ein demokratisches Komitee halb totgeschlagen; man hatte dem Volk gesagt, es bestände aus Atheisten und wolle eine neue Religion einführen[148]). So leicht war es, den vorhandenen kirchlichen Fanatismus ins Politische zu modulieren!

Die Rückkehr Karl v. Abels nach München im August 1848 — er war endlich beurlaubt von seinem „abnorm" gewordenen Gesandtenposten in Turin — galt allgemein als Kennzeichen der stärker werdenden Gegenbewegung. Eifrig verkehrte er wieder mit der hohen Geistlichkeit. Die Oktoberkrawalle hatten einen erbitterten Adressensturm der Münchner hervorgerufen und den Rücktritt des kaum zureichenden Innenministers v. Thon-Dittmer nötig gemacht. Freiherr Gustav v. Lerchenfeld wurde sein Nachfolger und ließ sich noch in seiner Gutmütigkeit das Kultusressort dazu aufhalsen. Der bürgerliche Kriegsminister General Weishaupt mußte, sachlich ganz unnötig, dem völlig unbekannten General v. Lesuire Platz machen. Das wenig dankbare Finanzportefeuille fiel dem ebenso unbekannten Staatsschuldenkommissar v. Weigand zu, nachdem es an die verschiedensten Leute herumgeboten worden war. Lerchenfeld erhielt aber schon Ende Dezember auf unsanfte Art seine Entlassung, weil er sich freimütig gegen absolutistische Launen aussprach und in der deutschen Frage nicht mit dem König übereinstimmte; Staatsratswürde und Pension lehnte der übel verletzte Mann ab. Sein Nachfolger wurde eine Kreatur Abels, der unbedeutende Freiherr v. Schrenck[149]).

Das Märzministerium war damit zersprengt. Lerchenfeld hatte sich besonders auch mit der Presse Mühe gegeben; Altbayern wurde durch die „Neue Münchner Zeitung", Schwaben durch die „Augsburger Zeitung", Franken durch den „Nürnberger Korrespondenten" und das „Frankfurter Journal" beeinflußt, mit denen allen das Innenministerium vorsichtige Verbindung unterhielt. Über die deutsche Politik pflegte Ministerialrat v. Hermann unter dem Rhombuszeichen in der „Neuen Münchner Zeitung" zu berichten[150]). Für das platte Land sorgte seit dem Frühjahr die biedere „Bayrische Landbötin": der viermal wöchentlich erscheinende „Bayrische Volksfreund" versprach dem kleinen Mittelstand „politischen und gemischten" Inhalt; ähnliches Publikum suchte sich „Der politische Gevattersmann". Das schon im 46. Jahrgang befindliche „Münchner Tageblatt" wurde von dem Lieblingskinde der Münchner Revolution, den „Münchner Neuesten Nachrichten", zurückgedrängt. Besonders bezeichnend für die Münchner Verhältnisse wurden aber die humoristischen Blätter — die 1847 begründeten „Leuchtkugeln", Handzeichnungen zur Geschichte der Gegenwart, dann die von E. M. Schleich gegründete witzige „Lokalchronik", der Münchner „Punsch", und am lebendigsten und fröhlichsten von allen die „Fliegenden Blätter" Kaspar Brauns, die seit 1845 erschienen und sich für kurze Zeit ganz politisch gebärdeten[151]). Graf Franz Pocci, Spitzweg und Moritz v. Schwind arbeiteten damals mit; ganz Süddeutschland lachte über Eisele und Beisele, über Wühlhuber und Heulmeier. Freilich war es eine unpolitische Politik, die hier gemacht wurde; der harmlose Humor ließ die Dinge sonniger erscheinen, als sie waren; vom großen Wollen, von der bitteren Not, vom Leiden und Ringen der Zeit war hier kaum noch etwas zu spüren, so sehr wurde alles verniedlicht und versüßlicht. Etwas von dem Pfeffer und Salz, an dem Berlin beinahe zu viel hatte, hätte dieser naiven Verdalberung entgegenwirken können. So wurde der schwere Gegenwartskampf den Münchnern von ihren lieben Zeichnern und Spaßmachern bagatellisierend und scheinbar überlegen als ein Kasperletheater dargestellt, im herzhaften Volkston, mit sinniger Bedeutung, auch voll tieferer, augenfeuchter

Wahrheit — politisch im Grunde aber genau so fremd, unwirklich und zurückgeblieben, wie nun einmal die ganze altbayrische Art, an Gesamtdeutschland gemessen, dastand, Künstlerweisheit, die nicht so hyperklug sein wollte, Staat und Gesellschaft völlig ernst zu nehmen, römisch-katholische Lebensauffassung, die über alles Weltliche, Laizistische hinausstrebte, endlich die Verlegenheit einer steckengebliebenen Großmacht, die an die Stelle des ihr versagten schöpferischen Führertums etwas anderes setzen mußte: eigenartig fügte sich aus diesen Komponenten das Münchner Wesen zusammen.

Im Dezember fanden die Landtagswahlen statt. Das neue Parlament wurde im Januar mit einem dem Zeitgeschmack und der schlechten Wirtschaftslage wenig entsprechenden theatralischen Gepränge eröffnet — „streng nach dem Ritus Ludwigs XIV.", wie der „Vorwärts" boshaft schrieb. Die Abgeordnetenkammer saß voll neuer Leute — am stärksten waren die bäuerlichen Landbesitzer (23), die Staatsdiener (15), die Handwerksmeister (14), Kaufleute (14), Wirte und Bierbrauer (16), katholischen Geistlichen (13). Das Schwergewicht lag bei den katholischen Kleinbesitzern, aus denen sich das rechte und das linke Zentrum zusammensetzten; die Rechte war schwach, sie bestand aus ehemaligen Ministern wie Abel und Handwerksmeistern wie dem Münchner Schlossermeister Wiedermann[152]). Der Unterschied zwischen den Parteigruppen lag wesentlich in der Auffassung des Verhältnisses zur Zentralgewalt in Frankfurt. Die Rechte war „konservativ-liberal" und ausgesprochen partikularistisch, die Zentren betonen die Notwendigkeit der „Verständigung" mit Frankfurt; die Linke (56 Mitglieder, darunter 15 aus der Pfalz, 24 aus den drei Franken, 3 aus Schwaben und Neuburg) forderte die unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung. Eine Mehrheit hatte weder die Regierung, noch die Klerikalen, noch die Demokraten. Zum Präsidenten der Kammer der Reichsräte wurde, nach der energischen Ablehnung des Grafen Giech, Freiherr v. Stauffenberg, ein entschiedener Aristokrat, ernannt; unter den Vizepräsidenten befand sich Graf Karl Seinsheim, ein klerikaler Reaktionär, der gegen das neue Wahlgesetz gestimmt hatte. Der Kurs der Regierung ging also scharf nach rechts; das Ministerium war unvollständig und zerspalten, die Ministerkrise eigentlich chronisch.

Die Regierung zeigte ihre peinliche Unsicherheit zuerst bei der Frage der Grundrechte. Die Kammermehrheit wollte die Anerkennung, der König war durchaus gegen die Verkündigung, das Ministerium versuchte sich durch eine gewundene Erklärung zu helfen, in der zwar die Grundrechte als Grundlage anerkannt, aber die Abänderung der bayrischen Verfassung als notwendige Voraussetzung zur wirklichen Einführung bezeichnet und demgemäß angekündigt wurde. Die Linkspresse drohte mit dem Abfall Frankens und der Pfalz, wenn die Grundrechte nicht sofort angenommen würden. Die konservativen und klerikalen Kreise aber arrangierten einen wilden Adressensturm gegen die Grundrechte; besonders das Handwerk prophezeite seinen eigenen und aller übrigen Berufsstände Ruin; die Münchner Bürger sahen bereits ihre ganze Nahrung bedroht durch den Zustrom fremder Konkurrenz. „Grundverderbungsrechte" wurden die Grundrechte in der katholischen Lokalpresse gescholten. Auch das Oberappellationsgericht gab seinen Spruch dahin ab: die unbedingte Annahme der Grundrechte „steht mit der Landesverfassung durchaus im Widerspruch"; erst die Verabschiedung durch die

Stände können ihnen Gesetzeskraft verleihen[153]). Und der Schlossermeister Wiedermann pflegte seine Reden mit dem Bekenntnis zu beginnen, er sei ein guter Katholik — zu schließen aber mit dem Rate, man müsse mit den Reichen und Vornehmen gehen, sie allein gäben den Handwerkern zu verdienen. Der preußische Gesandte nannte ihn einmal den „inkarnierten bayrischen Staatspartikularismus[154])".

Das Verhältnis der bayrischen Stellen zum Erbkaisergedanken haben wir oben behandelt (vgl. S. 356). Der preußische Gesandte v. Bockelberg machte seine Arbeit für den Erbkaiser wohl etwas zu plump und mußte sich dabei allerlei gefallen lassen. Fürst Öttingen-Wallerstein brachte eine Interpellation wegen seiner Einmischung in innerbayrische Angelegenheiten, Präsident Freiherr v. Stauffenberg verwahrte sich gegen jede Zensur irgendeiner Gesandtschaft; Bockelberg bekam von seinem Ministerium einen Rüffel, weil er die preußisch-bayrischen Beziehungen durch sein Auftreten verschlechtert hatte, statt sie zu verbessern[155]). Die bayrische Offenheit ließ nichts mehr zu wünschen übrig; der Anschluß an das preußische Interesse werde Bayern binnen wenigen Jahren zu einem Bettelvolk machen, erklärte der Minister v. Beisler; als sich Bockelberg beschwerte, meinte Graf Bray gleichmütig, Beisler habe das Talent, der Regierung Verlegenheiten zu schaffen, er mische sich in Dinge, die ihn nichts angingen; der „Volksbote für Bürger und Landmann" schrieb aber z. B.: „Bayern und die andern Länder werden es nicht leiden, daß der preußische Adler, der mit einem Schnabel schon gefräßig genug gewesen ist, noch einen zweiten Schnabel dazubekäme, um rechts und links Länder zu schlucken und so Bayern als eine kaiserlich preußische Provinz einpacken zu können[156])." Dasselbe Blatt meinte: „Für eine preußenkaiserliche Flotte wird aber Bayern keinen Kreuzer zahlen, weil Bayern keinen Preußenkaiser will." Und später: „Bayern wird dem preußischen Hochmut, dem preußischen Unglauben, der preußischen Not zum Opfer werden." Als sich Stockmar kurz und geheimnisvoll in München aufhielt, widmete das Blatt diesem Vertreter der preußischen „Kniffe und Pfiffe" den Stammbuchvers:

„Geht heim zu Eurer Erzreichsstreusandbüchs' —
In Bayern, Herr Baron, da schafft Ihr nix."

In den höchsten wie in den niedersten katholischen Kreisen war dieses Organ damals verbreitet; in jedem Salon, in jedem Bierhaus wurde es mit Freude verschlungen. Als der Redakteur des „Landboten" einen Artikel mit dem Satze schloß: „Lieber preußisch sterben, als undeutsch verderben", mußte er ausscheiden, so lebhaft war die Empörung gegen so viel Entgegenkommen[157]). Nur in der fränkischen und der schwäbischen Presse versuchte man der Gagernschen Politik etwas gerechter zu werden; das Mißtrauen blieb auch hier groß.

Zur Feier des Jahrestages der französischen Revolution fand in München ein Bankett der Demokraten und Arbeiter statt, über dessen Verlauf eine besondere Broschüre erschien[158]). Schon in der Einleitung ist von dem „lichtscheuen Nachtgevögel einer im Schweiße des Volkes sich mästenden hohen Aristokratie" und der „unter solchem Einflusse verdorbenen und entarteten hohen Bourgeoisie" die Rede. Die bekanntesten republikanischen Führer traten auf dem Bankette auf: Dr. Riedel verlangte ein einheitliches Deutschland nach dem Vorbilde der

amerikanischen Freistaaten und sprach die Hoffnung aus, Deutschland werde seinen Washington hervorbringen; Dr. Sensburg stellte dem Fürstenverrat die ewigen Menschenrechte gegenüber: „Unsere sozialen Zustände müssen umgestaltet werden; das ist unmöglich, solange der sogenannte Konstitutionalismus besteht, die soziale Reorganisation ist nur möglich durch die soziale Demokratie, die zugleich die wahre Freiheit sichert . . .“; andere Reden feierten Hecker und Robert Blum; auf die Pathetiker folgte als „Ruhepunkt“ auch ein Humorist. Sozialrepublikanische Gedanken sind also hier offen entwickelt worden — aber das Bankett schloß um 12 Uhr mit der dringenden Aufforderung, ganz ruhig nach Hause zu gehen, keine Ausschreitungen zu begehen, sich nicht zu betrinken, sondern stillen Ernst zu bewahren. Denn gerade das sei den Gegnern das Unerwünschteste. Rechts und links hinter dem Präsidium war die französische und nordamerikanische Flagge angebracht gewesen; dazwischen als Inschrift: „Es lebe die Arbeit!“ Das war ein ganz neuer Klang in München. Siebenhundert Personen hatten an dem Bankett teilgenommen, man ließ die „teutsche Republik“ leben. In den darauffolgenden Tagen machten die Arbeiter eine Sturmpetition beim Bürgermeister und Regierungspräsidenten; das „Recht auf Arbeit“ war darin proklamiert. Bei der Regierung wuchs die Furcht vor einer allgemeinen Schilderhebung; sie steckte allnächtlich starke Militärabteilungen in besondere Wachlokale; auch in Nürnberg wurden die alten Stadtmauertürme armiert und mit Truppen belegt. Ähnliche Maßnahmen traf man in Augsburg und Bamberg. In diplomatischen Kreisen ging das Gerücht, Kaiser Nikolaus habe dem König von Bayern eine Goldsubvention angeboten, wenn er zur Niederhaltung der demokratischen Bestrebungen sein Heer auf 120 000 Mann brächte[158]).

Die Matrikularbeiträge für die Reichskasse in Frankfurt konnten nicht aus dem ordentlichen Budget aufgebracht werden, da die neuen Lerchenfeldschen Steuern im erwarteten Ertrage weit zurückblieben. Das Kabinett, das seit dem 9. Februar in Demission war, schlug deshalb eine außerordentliche Steuer vor und erzielte damit den übelsten Eindruck im Lande. 300 Proteste liefen bloß bei der Reichsratskammer ein. Die schwache Dynastie, die schon durch den immer wieder aufflammenden Broschürenkrieg der Beteiligten über die Lola-Zeit tief eingeschüchtert war, erhielt einen weiteren kräftigen Stoß durch die Kammerdebatte über die griechische Anlehenssache. Mit seiner echt pfälzischen Freude am Kretschen und Krischen deckte der Abgeordnete Kolb den ganzen bösen Stunk auf, der seit Jahren verborgen worden war: Griechenland erhält eine Anleihe von Bayern, sie beläuft sich mit Zinsen Ende 1848 auf 1 529 333 Gulden; Griechenland hat außer 700 000 Gulden nichts mehr zurückgezahlt und zahlt auch nicht mehr, aber König Otto bezieht jährlich seine Apanage von 80 000 Gulden weiter; die eigenhändige Erklärung König Ludwigs, für das Geld zu haften, verschwindet spurlos aus den Akten; Graf Karl Seinsheim, der frühere Finanzminister, soll das gefingert haben; das Geld ist dem Festungsbaufonds entnommen worden, also Geldern des Deutschen Bundes, die dem König Ludwig zu treuen Händen übergeben sind; für den Germersheimer Festungsbau werden aber bayrische Staatsgelder angegriffen. Auf Kolbs Anregung verlangt jetzt der Finanzausschuß: König Ludwig soll für die Restsumme haften, die Apanage König Ottos soll als Pfand bis zur völligen Abdeckung zurückgehalten werden; Graf Seinsheim und alle beteiligten Beamten

sind strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen und zivilrechtlich zur Zurückerstattung zu verklagen. Der Kammerbericht wurde an allen Straßenecken angeschlagen[159]).

König Maximilian und sein zerborstenes Kabinett wußten zunächst keine andere Hilfe aus solcher Verlegenheit als die Vertagung der Kammern auf den 10. April. Wochenlang herrschte Ungewißheit über das, was nun werden sollte. Man hoffte die Kammer durch Verschleppung zu ermüden und gedachte vor allem in der deutschen Frage die Entwicklung abzuwarten. Braven Bürokraten, die nie an so hohe Ehre gedacht hatten, wurden Ministerposten angeboten. Kultusminister wurde jetzt Ministerialrat Ringelmann, ein früherer Würzburger Professor der Rechte, dem die klerikale Partei aber seine jüdische Abstammung nicht verzeihen konnte. Daß niemand daran dachte, etwas gegen diese Partei zu unternehmen, zeigte die eben jetzt vorgenommene, freilich scharf kritisierte Wiedereinsetzung von Lassaulx' und Phillips in ihre Lehrämter[160]). Den stärksten Einfluß übte Abel aus, der aber kein Portefeuille übernehmen wollte; sonst bestand der in Bayern ja chronische Mangel an wirklichen Talenten; Graf Maximilian Lerchenfeld galt als mittelmäßig an Verstand und unzuverlässig an Charakter, Graf Armansperg und Fürst Wallerstein waren unmöglich. Prinz Carl von Bayern empfahl nach österreichischem und preußischem Muster einen energischen General und nannte den Fürsten Theodor Taxis[161]). Graf Arco-Valley, den die Öffentlichkeit als Hauptführer der Klerikalen ansah, war lediglich ein Werkzeug, geistig eine so ausgesprochene Nullität, daß ihm Dr. Moy seine Anträge und Reden in der Kammer der Reichsräte aufsetzen und einblasen mußte[162]). Graf Bray hielt nicht allzuviel von Österreich, war etwas frankfurtisch belastet und hätte sich nie so lange halten können, wenn nicht König Max ein starkes Interesse an seiner Gemahlin genommen hätte. Da erschien als ein wahrer Nothelfer Ludwig v. d. Pfordten in München, in Sachsen stellungslos geworden; König Maximilian kannte ihn seit Jahren persönlich und lud ihn zu vertraulicher Aussprache nach Nymphenburg. Der Sohn des Innkreises war zwar Protestant und erweckte bei vielen als ehemaliger Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung" trotz seiner Tätigkeit in Sachsen (vgl. oben S. 413) immer noch irgendwie liberale Vorstellungen. Gerade das machte ihn aber vielleicht noch brauchbarer: er konnte die klerikal-partikularistische Gegenrevolution in Bayern zugleich führen und verdecken. So trat er denn in das regenerierte Kabinett ein als Minister des Äußern, bald als Ministerpräsident, noch jugendlich, ein Achtunddreißigjähriger, cholerisch-sanguinisch an Temperament, unermüdlich und scharf, Gelegenheitsmacher, der schnell merkte, was an der Reihe war. Seine Stellung in München war aufgebaut auf dem Gegensatz zu Preußen: er könne gar nicht begreifen, sagte er zu dem neuen österreichischen Gesandten Grafen Thun, „wie Bayern nur einen Augenblick anstehen könne, eine ganz entschiedene Stellung gegen Preußen einzunehmen[163])".

Einen solchen Halt brauchte König Maximilian. Nun wurde die unbequeme Kammer von neuem bis in den Mai vertagt; nun wurde das Verhältnis zu Österreich weiter mit Liebe gepflegt. Feldmarschall Radetzky hatte nach dem Sieg von Novara den selten verliehenen höchsten bayrischen Orden vom heiligen Hubertus erhalten; als der sardinische Gesandte Markgraf Pallaviccini darin eine Art

Neutralitätsverletzung sah, bekam er zur Antwort: man habe Radetzkys Verdienste um den europäischen Frieden anerkennen wollen! Graf Thun hatte sich im März auf seinem neuen Posten mit der Erklärung eingeführt: Fürst Schwarzenberg ist grundsätzlich zum Abschlusse eines völligen Zollvereins zwischen Österreich und Bayern bereit. So bot Österreich auch handelspolitisch Preußen Schach. Gegen die eigentliche Meinung des abgehenden Grafen Bray einigten sich der König und Graf Thun darauf, daß Bayern „Hand in Hand mit Österreich", „im engen Anschluß an Österreich" vorgehen wollte[164]). Verhandlungen über die Einzelheiten des Zusammengehens wurden als vorerst bedenklich von Österreich hinausgeschoben auf später; das Wichtigste war das Einverständnis über die gemeinsame politische Haltung der beiden Mächte. Graf Thun stimmte dem Gedanken des Königs lebhaft bei, daß die andern deutschen Regierungen aufgefordert werden sollten, förmlich gegen Kleindeutschland und den Ausschluß Österreichs zu protestieren. Schon nach dem Welckerschen Antrage hatte Bayern ein vertrauliches Rundschreiben an die königlichen Höfe gerichtet und seinen ausdrücklichen Protest angekündigt. Hannover erklärte, ganz mit Bayern in der Sache einverstanden zu sein, es müsse aber seine höchst ungünstige geographische Lage im Auge behalten, die einen Bruch mit Preußen ganz unmöglich mache; Sachsen war etwas entgegenkommender, meinte aber auch, der Stimmung im Lande Rechnung tragen zu sollen und die materiellen Interessen berücksichtigen zu müssen, die ganz nach Preußen gerichtet seien. Der König von Württemberg schrieb zwar an König Max die schönsten Worte, er hoffe bald das Ministerium Römer los zu sein, gleichzeitig aber auch Briefe an den König von Preußen, die durchaus nicht dazu paßten. Die Aussicht auf einen „Süddeutschen Bund" war also zunächst vage. Der König von Bayern verlangte deshalb Klarheit von Österreich: kann Österreich, sagte er zum Grafen Thun, keine annehmbaren Vorschläge machen, will es nicht ganz oder zum Teil in Deutschland eintreten, dann wird Bayerns Stellung sehr mißlich sein; Österreich muß uns solche materiellen Vorteile bieten, solche Unterstützung zuteil werden lassen, daß wir uns an Österreich anschließen und das übrige Deutschland entbehren können. Thun erklärte, Österreich werde Ende April auch wieder größere Truppenmassen zur Verfügung haben; der Kampf mit der Umsturzpartei werde unvermeidlich sein; Preußen sei selbst dadurch gefährdet; entweder trete an Preußens Stelle die Republik und damit die Anarchie, oder Preußen werde in seinem Kaiserreich alle kleinen Regierungen verschwinden lassen: bei einer solchen Frage von Sein und Nichtsein könnten materielle Angelegenheiten nur in zweiter Linie stehen; Bayern möge sich aber hierüber nur offen zu Österreich aussprechen, das ja nicht wissen könne, woran es Bayern besonders läge.

Man sieht das wenig erfreuliche Spiel der beiden Mächte: Österreich braucht Bayern und will es gegen Preußen möglichst ohne große Opfer festlegen, Bayern hat mit einer selbständigen deutschen Politik sehr wenig Erfolg, klammert sich an Österreich fest und will dabei irgendwelche materiellen Vorteile herausschlagen. Dabei warnten namhafte Politiker vor den gefährlichen Folgen eines einseitigen Anschlusses an Österreich; und wenn Gesamtösterreich in den Zollverein einträte, dann müßten die Zolleinnahmen nicht mehr nach der Kopfzahl, sondern nach der Konsumtionskraft verteilt werden; ob Bayern dabei gut abschneiden

würde, war allerdings die Frage. „Wir wollen weder preußisch noch protestantisch werden", hieß es beim Hofadel. Stockbayern, Klerikale und Bürokraten sprachen sogar davon, Bayern müsse sich ganz Rußland und Österreich in die Arme werfen und mit Preußen Krieg führen. Dem Könige war aber durchaus nicht wohl dabei[165]).

Nach der Kaiserwahl in Frankfurt sagte König Max zu einem deutschen Diplomaten, wahrscheinlich zum Grafen Degenfeld, dem er besonderes Vertrauen schenkte: „Ich werde nie darein willigen, erblicher Präfekt zu werden. Wenn der König von Preußen annimmt, bleibt mir nichts übrig, als mich an die Spitze meiner Truppen zu stellen." Das waren starke Worte eines schwachen Mannes; sehnlichst hoffte man am Hofe auf die Ablehnung der Kaiserkrone und hätte sich mit einer preußischen Reichsverweserschaft oder Reichsstatthalterschaft schließlich abgefunden[166]). Fürst Wallerstein war der Meinung, daß sich fünf Sechstel von Bayern sogar auch in ein preußisches Kaisertum gefügt hätten; im Münchner „Museum", einem höheren Klub, wurde die Antwort Friedrich Wilhelms IV. an die Deputation als Zusage aufgefaßt und mit lautem Beifall begrüßt, während der Rat eines einzelnen, König Max solle sich an Deutschlands Spitze stellen, mit Gelächter aufgenommen wurde. Die Klerikalen freilich wüteten: Graf Giech und Freiherr v. Rotenhan erfuhren wegen ihrer Abstimmung für den preußischen Erbkaiser bittere Anfeindung; es sei ein „Verrat lutherischer Abgeordneten an dem bayrischen Königtum". Ernsthaft wurde sogar erörtert, den Grafen Giech wegen versuchten Landesverrats und Verletzung des Eides als bayrischen Reichsrats gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen!

Die Kaiserwahl deckte den tiefen Zwiespalt im bayrischen Staatsleben nun vollends auf. Die Pfalz und die drei Franken hatten die Ziel- und Ratlosigkeit der Münchner Leitung so satt, daß sich hier die Diskussion fast nur noch darum drehte, „ob man sich als republikanischer Staat dem Bundesstaat unmittelbar oder mittelbar als preußische Provinz anschließen müsse[167])". So sehr entfernte sich die Volksstimmung unter dem Eindruck des endlich erreichten Zieles von der Meinung der Kammern kurze Zeit vorher! Das bayrisch-dynastische Interesse fand in einem großen Teile des Königreiches keine tätige Unterstützung mehr. Nur dieses negative Moment ist einheitlich. Die Pfälzer Demokraten sprachen sich gegen die Wahl des Königs von Preußen aus; ihr Republikanertum wollte kein Zugeständnis machen; anders die fränkischen Volksmänner; sie sahen in der Reichsverfassung so wesentliche Bürgschaften für eine parlamentarisch-demokratische Weiterentwicklung, daß sie sich mit dem monarchischen Oberhaupt und sogar mit der Person des Königs von Preußen einverstanden erklären wollten. Die Stimmung war durchaus lauwarm für Preußen, aber entschieden anerkennend für das Werk des Frankfurter Parlamentes. Auf diese Art trafen sich jetzt in Franken die demokratischen Gruppen mit den Konstitutionellen: das war ja die Zauberkraft der Reichsverfassung, daß sie den alten liberalen Bruderkrieg schlichtete — leider nur für einen kurzen geschichtlichen Augenblick[168]). Die Ablehnung von Kaiserkrone und Reichsverfassung ließ die Konstitutionellen verzweifelt resignieren und trieb die Demokraten in die Revolution hinein.

In Bayern bäumte sich aber die öffentliche Meinung auf und brüllte böse. Die „Neue Münchner Zeitung" brachte am 1. April eine außerordentliche Beilage,

die als Ausdruck der Regierungsmeinung angesehen werden durfte: „Bayern, das Zentrum Deutschlands, will keine Grenzprovinz Kleindeutschlands werden, Bayern will nicht wie über eine eroberte Provinz über sich verfügen lassen. Bayerns altes freies, den Hohenzollern nicht untertäniges Königtum soll nicht zum erblichen Vasallen eines erblichen preußischen Oberherrn herabgewürdigt, die bayrischen Völker zur Erniedrigung unter die preußischen Stämme verdammt, ganz Süddeutschland zerrissen und dem nordischen Einflusse erblich unterworfen werden." Am 4. April brachte dasselbe Blatt ein grausig schönes Gedicht in Stanzen von Dr. Friedrich Beck — an Österreichs Adresse:

„Steht fest, ihr Brüder aus des Ostreichs Gauen,
Die man als Fremde ausstieß und geschmäht,
Getrennt von Deutschland soll man euch nicht schauen,
Solang der stolze Gang der Donau geht,
Solang sich hoch der Alpen Gipfel bauen,
Solang des Doppelaares Banner weht,
Wo Deutschland ist, da soll auch Österreich wohnen,
Kein Parlament vernichtet Nationen[169])."

Die Person des preußischen Königs wurde wieder in einer Reihe von Flugblättern gröblich angegriffen. „Das Wundertier" lautete da etwa die Überschrift zum „Schema zu einem deutschen Kaiser".

„Dies Vieh hat stets Champagnerdurst
Und heißt der deutsche Reichshanswurst[170])."

Ein anderes Blatt will einen Rückblick auf Friedrich Wilhelm IV. vom kritischen Standpunkt geben, der Verfasser bezeichnet sich als geborenen Preußen. Die Kaiserwahl wird „Deutschlands unauslöschliche Schmach" genannt. Der preußische Gesandte, der der Meinung war, daß man in Bayern nur durch grobes Auftreten Eindruck machen könne, beschwerte sich beim Außenministerium und erreichte, daß das „empörende Schmähblatt" beschlagnahmt, eine Untersuchung darüber eingeleitet wurde.

Welche tiefe Erleichterung bedeutete für München die Absage des Königs von Preußen! — Der Kampf gegen die Reichsverfassung wurde um so fröhlicher weitergeführt. „Die Hauptseligkeiten der Frankfurter Reichsverfassung, ein mahnendes Wort an die Bürger und Landleute in Bayern (München 1849)" hieß eine weitverbreitete populäre Broschüre, die als Folgen der Reichsverfassung entwickelte: „Der bayrische Stamm wird nach einer tausendjährigen ruhmvollen Geschichte aus der Reihe der selbständigen Völker ausgetilgt; Bayern verliert sein angestammtes Fürstenhaus und wird eine preußisch kaiserliche Provinz; Bayern muß jährlich 13 Millionen Gulden in die Reichskasse fließen lassen; Reichsschulden, Matrikularumlagen, Bier-, Branntwein-, Wein- und Tabaksteuern drohen; Bayern verliert sein Verfügungsrecht über seine schiffbaren Flüsse, Eisenbahnen, Landstraßen, Post, Zoll, ja über seine Armee; aus dem nördlichen und westlichen Deutschland und aus Schlesien wird liederliches Gesindel aller Art kommen und die einheimischen Schneider und Schuster um ihre Nahrung bringen, in den Hungertod jagen, wie in Irland und Schlesien; der Boden wird wie in Frankreich

und am Rhein zerstückelt werden; Ablösung der Realrechte ist undurchführbar in Bayern, da sie 60 Millionen Gulden betragen; die preußische Herrschsucht und die Revolutionsgier der Linken arbeiten zusammen — jeder meint den andern zu betrügen; ‚lieber bayrisch sterben, als frankfurtisch verderben'[171])."

Der Partikularismus war der wahrhaft deutsche Fluch. Bayern wurde seine klassischste Stätte, weil hier das Gewicht des Volkstums am stärksten wuchtete — weil die Staatsgewalt daneben ohnmächtig blieb und sich an den katholischen Gedanken klammern mußte. Es gab kein natürliches gesamtbayrisches Interesse, alle Einzelstämme strebten sondertümlich auseinander, und zwar um so kräftiger, je reicher, je urwüchsiger ihr Eigenleben war. Denn ein Partikularismus übertrumpfte in Deutschland ja immer den andern: die Dynastien wehrten sich gegen ein Oberhaupt, die Reichsstädte gegen die Residenzen, die beherrschten Stämme gegen die Vorherrschaft eines Stammes — der nun im Staate Bayern gerade der am meisten zurückgebliebene war. —

Das Frankfurter Parlament wollte die deutsche Geschichte vollenden; erst mußte noch deutsche Geschichte gemacht werden. Alles echt Nationale blieb noch Forderung; Wirklichkeit blieb die antinationale Eigenstaatlichkeit. Die Fürsten schmollten und zitterten um ihre Thronsessel; die ärgerlichsten Tyrannen des Vormärz stellten sich artig und warteten auf bessere Zeit; die Kronprinzen von gestern waren nicht besser als ihre königlichen Väter — sie intrigierten, sonderbündelten, rheinbündelten, versprachen viel, hielten wenig, rasselten mit den kleinen eingerosteten Säbeln und küßten dem Kaiser von Rußland die Stiefel. Zwischen den Fürsten und den allergetreusten Untertanen entstand überall ein bitterer Zank um Geld und Boden; die Revolution, hieß es, ist teuer — die Fürsten wurden aber durchaus nicht billiger. Und wollte ein Fürst entgegenkommen, dann zwang ihn der eigene Adel ins Alte zurück. Die Not seufzte auf allen Gassen; dem Arbeiter in Stadt und Land zu helfen, war schwer; man hatte auch nicht viel Zeit für ihn, denn es mußte in Vereinen geredet, in Zeitungen geschrieben, in all den vielen kleinen Parlamenten über Paragraphen debattiert und beschlossen werden. Und gerade die redliche Arbeit, die auch hier geleistet wurde, intensivierte wieder den Partikularismus. Der neue Partikularismus der vielerlei Ständeversammlungen, der vielerlei Parteien, der tausend Klubs zersetzte das neue Deutschland beinahe schlimmer, als das alte durch den alten Partikularismus zersetzt war. Der schlimmste Feind der Revolution waren die vielen Revolutiönchen. In jedem Einzelstaat gab es fast ein anderes Wahlrecht; überall wurde nach Ämtern gejagt, je kleiner die Verhältnisse waren, desto mehr verdarb persönlicher Wettbewerb, Eitelkeit und Mißgunst das Leben der Gruppen und Grüppchen. Proletarier schrien nach Bildung, Pfarrer predigten sozialistische Zukunft, eine „Konstituante" galt überall als letztes Heilmittel, sogar die Soldaten sprachen von ihren Menschenrechten. Die Frankfurter Reichskommissare reisten durch Deutschland, wollten Ordnung und Ruhe schaffen und holten sich Püffe. Von einem Einzelstaat in den andern marschierten Reichs- und andere Truppen; diese ganzen kuriosen Grenzen von 1815 waren nicht mehr sicher; es krachte in der morschen Kleinstaaterei; mit einem kräftigen Stoß wäre sie zu zerschlagen gewesen. Es war aber niemand da, der diesen Stoß wagte. Der deutsche Partikularismus rettete sich.

Achter Abschnitt

Der Bürgerkrieg um die Reichsverfassung

Diesem Amboß vergleich ich das Land, dem Hammer den Herrscher
Und dem Volke das Blech, das in der Mitte sich krümmt.
Wehe dem armen Blech, wenn nur willkürliche Schläge
Ungewiß treffen und nie fertig der Kessel erscheint!

Goethe

Drei Gedankenkreise gab es neben und über der partikularistischen Zersplitterung Deutschlands: den nationalen, den klerikalen, den sozialistisch-kommunistischen. Der nationale und der sozialistisch-kommunistische Gedankenkreis wurden aber selbst von der Zwiespältigkeit ergriffen, die das deutsche Schicksal der ganzen Zeit charakterisiert; nur der Katholizismus war im Grundwesen einheitlich als ein neues Moment auch politischer Willensbildung.

Der neurömische Geist ist uns immer wieder da und dort als mitwirkender Faktor begegnet: in Hildesheim, Münster, Köln, Freiburg, München, Wien. Wie sieht das Gesamtbild aus? Zunächst: Der Episkopat freut sich über den Sturz des Polizeistaates durch die Revolution, denn nun, meint er, muß auch das veraltete Staatskirchentum versinken. Es hat noch Verteidiger, wie den Konstanzer Dekan Kuenzer im Frankfurter Parlament und den Hermesianer Braun[1]). Aber der Erzbischof von Köln, Geißel, der Winzersohn aus der Haardt, den einst Kardinalspurpur und Kette des Schwarzen-Adler-Ordens schmücken werden, geht mit kluger und rücksichtsloser Energie gegen allen „liberalen" Katholizismus vor. Im Mai versammelt er seine Suffraganbischöfe um sich; das kirchenpolitische Programm wird entwickelt: freier Verkehr der Bischöfe mit Rom, Leitung der Schule durch die Kirche nach eigenem kanonischem Recht. Der neurömische Gedanke gewinnt in dem Freiburger Professor Buß (vgl. I, S. 156) einen höchst wirksamen populären Agitator: er gründet Zeitungen und Vereine, er weckt die Massen, nimmt die neue Freiheit nun auch für das Leben der Kirche in Anspruch. Der Verein zu Münster gibt zuerst als Wahlparole die Devise aus: „Für Wahrheit, Freiheit, Recht!" Neben den „Katholik" treten die „Rheinische Volkshalle" (Köln), der „Katholische Volksbote" (Trier), die „Salzburger Konstitutionelle Zeitung" (Salzburg), das „Mainzer Journal" und andere Blätter mehr. Mainz wird die Geburtsstadt der katholischen Demokratie: hier tritt der Piusverein ins Leben, schon am 23. Mai 1848, der „Verein zum Schutz der religiösen und kirchlichen Freiheit"; hier findet im Oktober unter dem Vorsitz von Buß der erste deutsche Katholikentag statt, der die Zusammenfassung der Piusvereine zu einem „Katholischen Verein Deutschlands" in glanzvoller Kundgebung bringt. Von einer „gewaltigen Macht", die sich hier bildet, von den katholischen Vereinen, die „ganz Deutschland überziehen", spricht warnend der feinhörige preußische

Gesandte in Karlsruhe, v. Arnim[2]). Wenn er allerdings meint, die katholische Geistlichkeit schlösse eine „offenkundige Allianz mit den Imperialisten und Republikanern der Paulskirche", so ist das doch etwas zu einfach gesehen. Die werdende Katholische Volkspartei war in vieler Beziehung ein Sonderfall. Sowohl gegen die „Imperialisten", also die Erbkaiserlichen, wie gegen die Republikaner des Frankfurter Parlaments machte sie schließlich Opposition, wenn sie auch vielleicht ein Stück weit mit ihnen ging. Sie war eine Macht und eine Klasse für sich. Die Klubs nehmen an Bedeutung ab, schreibt der bayrische Geschäftsträger in Karlsruhe, Riederer; nur der „Katholische Verein" in Freiburg wächst; die Bevölkerung dort hat nie badische Sympathien gehabt; nun zeigt sie ostensibel Neigung für die katholische Sache; die hierarchischen Bestrebungen der katholischen Partei sind überall am Rhein Gegenstand der Beobachtungen und Kommentare der Zeitungen[3]).

In Mainz treffen sich zuerst persönlich Buß und Freiherr Wilhelm v. Ketteler: das soziale Problem wird vom Katholizismus aufgenommen. Kolpings Gesellenverein erhält seine Ergänzung durch den Vinzentiusverein; der Pauperismus soll bekämpft, Gewerbe- und Fabrikwesen zeitgemäß gestaltet, Arbeitsunfähige sollen unterstützt, Arbeitslose untergebracht werden. Alle diese Dinge wird eines Tages Ketteler zur Reife bringen — die mächtigste Figur dieser aufsteigenden Welt, der stolze altwestfälische Baron, der als Jüngling Preußen nicht liebt und ein grausam leichtsinniges Jägerleben führt, der dann umkehrt, de Maistre und Fénélon liest und sich durch den Standesgenossen, den Grafen v. Reisach, den Erzbischof von München-Freising, in den Priesterstand geleiten läßt: ein kämpfender Mönch, voll der Begnadung des geborenen Gebieters, gewaltig an Leiblichkeit, herzensfromm und aufbrausend, despotisch, ohne jene Gefühlseligkeit der ästhetisierenden älteren katholischen Romantik, auch ohne Prälateneleganz, weder Gelehrter noch Diplomat, sondern der echte Arbeiterbischof, klug, nüchtern, vor allem tätig, rasch, offen, auf praktische Wirkung bedacht[4]).

In der Berliner Nationalversammlung sitzt Erzbischof Geißel persönlich und hält die katholischen Parlamentskollegen aus dem Westen durch regelmäßige Besprechungen zusammen, ohne daß es zur Bildung einer eigenen Fraktion kommt — Peter Reichensperger und der Bonner Kirchenrechtler Walter stehen ihm am nächsten. Geißel bearbeitet auch den Breslauer Fürstbischof Diepenbrock, der sehr unwillig und auch ungeeignet im Frankfurter Parlament sitzt, er befürwortet und verwirklicht Fühlungnahme der katholischen Abgeordneten der Frankfurter und der Berliner Versammlung; der „Katholische Verein" im Frankfurter Parlament, dreißig bis vierzig Köpfe stark, von Radowitz geleitet, von dem warmherzigen „Gotiker" August Reichensperger als Vizepräsidenten stark beeinflußt, wächst sich gleichfalls nicht zu einer Fraktion aus, sondern bleibt eine Gesinnungsgemeinschaft zur Wahrung der katholischen Interessen von Fall zu Fall, besonders bei Kulturfragen: die Kirche soll unabhängig vom Staate sein, aber doch als öffentlich-rechtliche Korporation erhalten bleiben; die Mitglieder wenden sich in den rein politischen Dingen oft gegeneinander und erwecken gerade dadurch Mißtrauen. Radowitz spricht aus wohlerwogener taktischer Absicht im Namen des Vereins gegen die Zulassung des Jesuitenordens in Deutschland, Geißel zieht in derselben Zeit die ersten Jesuiten nach Köln! Innerhalb des

Vereins selbst gibt es viele Schattierungen, mit den Bestimmungen der Grundrechte über Kirche und Schule glauben die Katholiken nicht zufrieden sein zu können. Eine Fülle von Petitionen der katholischen Vereine im Lande strömt in das Parlament und stützt die katholischen Abgeordneten. Nach der zweiten Beratung der Grundrechte löst sich der katholische Verein der Paulskirche, der Klub des „Steinernen Hauses", auf.

Einen offenen scharfen Kampf gegen das Frankfurter Parlament unternehmen die Neurömischen aus mehreren Gründen nicht. „In Betracht des Umstandes, daß die Nationalversammlung in Frankfurt fast noch die einzige bestehende Autorität in Deutschland ist und die letzte Garantie für Erhaltung der Ordnung und einer gesetzlichen Zukunft bietet, hat die Versammlung darauf verzichtet, durch eine vorläufige Aussprache gegen manche Beschlüsse, welche die kirchliche Freiheit kränken, die Verlegenheiten zu vermehren" — so lautet der erste Beschluß der Würzburger Bischofskonferenz (22. Oktober bis 11. November 1848). Sie ist Geißels Werk, das „erste Nationalkonseil des 19. Jahrhunderts", bezeichnend genug auf bayrischem Boden, berufen, um den Anmaßungen des Polizeistaates entgegenzutreten. Den Gedanken Döllingers, eine deutsche Nationalkirche zu gründen, läßt Geißel freilich in den Akten verschwinden — das wäre ja eine Wendung gegen Rom gewesen, und der Vatikan sah diese Konferenz von 22 deutschen Bischöfen auch sehr ungern. Geißel will ja für Rom arbeiten: die episkopale Autorität in Verbindung mit der Bewegung der Gläubigen ist gegenüber dem Staate festzulegen; die öffentliche Aussprache der Bischöfe vom 11. November beruft sich auf die Grundsätze des Tridentinums und auf das Wort des heiligen Irenäus, daß nach Rom allein die Blicke der Christenheit gewendet sein müssen. Fürsten und Obrigkeiten, heißt es weiter, ist Gehorsam zu leisten; aber die Kirche verlangt bei der Neugestaltung der staatlichen Dinge ihren Anteil: „Sie wird wieder eintreten in jene Selbständigkeit, welche ihr angehört und die ihr, wahrlich nicht zur Förderung des Gesamtwohls, so lange verkümmert wurde. Sie wird vor allem ihr heiliges Anrecht auf Erziehung und Unterricht wahren und niemals zugeben, daß ihr, der Begründerin der Volksschule, das Kind vom Mutterherzen genommen werde." Zum Schlusse wird die Revolution als Strafe Gottes bezeichnet — das gegenwärtige Geschlecht soll zur Mutterkirche zurückkehren. Eine für die Regierungen bestimmte Denkschrift der Bischöfe fordert Aufhebung der Konkordate, des landesherrlichen Plazet usf., also Unabhängigkeit der Kirche vom Staate und die Aufhebung der die kirchlichen Vermögensrechte betreffenden Ablösungsgesetze[5]).

Alle lebendigen Kräfte des deutschen Protestantismus haben sich in der Revolutionszeit gegen kirchliche Bindungen gewandt und in der Bewegung der freien Gemeinden wahrhaft religiös vertieftes Ringen und Wirken hervorgebracht; von der politischen Arbeit war solche Entwicklung freilich ganz abgekehrt — die bestehenden kirchlichen Organe hatten es um so leichter, die orthodoxe Erstarrung offiziellen Kirchentums in den Dienst der alten Mächte zu stellen. Die Fürsten waren eben die Landesbischöfe. Wie anders im deutschen Katholizismus! Hier fühlen sich die Bischöfe gegenüber dem Landesfürstentume sehr frei; im überwiegend katholischen Baden schützt der Bischof das Volksinteresse gegen das Fürstenhaus, im fast durchweg protestantischen Sachsen stützen sich die

Neurömischen auf den katholischen Hof; in den Ländern mit protestantischen Fürstenhäusern und protestantischer Mehrheit verstärkt die Katholische Volkspartei die Kritik und die Opposition, um so ihre Interessen zu fördern; in Bayern und Österreich stützen aber alle katholischen Autoritäten die katholische Dynastie und unterdrücken die Minderheiten religiösen und politischen Charakters.

Die deutsche Zersplitterung macht den neuen politischen Katholizismus besonders stark. Ohnmächtig zerrinnt der Deutschkatholizismus in der freiheitlichen Gesamtbewegung des Revolutionsjahres; er wird von den weltlichen Gruppenbildungen übertrumpft; gerade in den katholischen Ländern verschärft er noch den Kampfeswillen der römischen Kirche. Die werdende katholische Partei ist zugleich konservativ, liberal, sozial und demokratisch — sie ist sehr deutsch ob ihrer universalen Spannweite, ihrer weltanschaulichen Fundamentierung; sie wird gefördert von Feudalen und Notablen, sie ist mittelständlerisch und arbeiterfreundlich, sie hilft dem Handwerk gegen die Fabrik, dem Proletarier gegen den Kapitalismus, dem Bauern gegen den Handel; sie ist aber durchaus eine Gegnerin der sozialrevolutionären Bewegung, aller Gewaltsamkeit, allen Blutvergießens, kraft ihres religiös bedingten irenischen Geistes; Diepenbrock mißbilligt den Steuerverweigerungsbeschluß der Berliner Nationalversammlung: Unordnung und Abenteuer des Bürgerkrieges ist Sünde. So wirkt die katholische Partei schließlich doch konservierend, so gern sie sich aller modernen Lebensformen der allgemeinen Volksbewegung bedient hat; die Neurömischen sind auch trotz der religiösen und kirchlich-organisatorischen Bindung an Rom national, aber auf eine kontemplative Art, von alter heiliger Überlieferung bestimmt, allem Partikularen, Provinzial-Landschaftlichen, Familienhaften, aller Bodenverwurzelung und Stammesechtheit befreundet, instinktiv dem zentralistischen protestantisch-preußischen Erb- und Volkskaisertum abgeneigt, großdeutsch aus vollem warmem Herzen und deshalb gewillt, das Haus Habsburg und den österreichischen Kaiserstaat nicht fahren zu lassen, beides vielmehr, wo nicht in Form eines „mitteleuropäischen Kaisertums", so doch wenigstens durch die Direktoriallösung der Oberhauptsfrage festzuhalten.

Die klerikale Gedankenwelt hat durch das Scheitern der Revolution nicht verloren, sondern gewonnen. Die Neurömischen haben sich den Freiheitsgedanken als belebende Kraftquelle in die nachrevolutionäre Zeit hinübergerettet. Die Generalversammlung aller katholischen Vereine in Linz 1850 zeigte die Macht der politisch-kirchlichen Erweckung[6]): der Borromäusverein zählt 380 Zweigvereine und verbreitet 200000 Schriften; der Verein der heiligen Kindheit befaßt sich mit der Jugend, 96 Konferenzen zählt der Vinzentiusverein allein in Preußen; der konservativ-katholische Presseverein greift den Protestantismus so heftig an, daß er in Preußen verboten werden muß; überall entstehen Klöster: Ordensmissionen, Prozessionen, Wallfahrten vervielfältigen das kirchliche Leben. Der Bischof von Mainz vernichtet durch sein Priesterseminar die katholisch-theologische Fakultät in Gießen, der Bischof von Fulda zwingt das kurhessische Ministerium zum Nachgeben, der Erzbischof von Freiburg untersagt die Totenfeier für den verstorbenen protestantischen Großherzog in seinem Dom.

*

In Köln hat der schärfste klerikale Wille der Revolutionszeit gesessen; auch Karl Marx und Friedrich Engels wirken von Köln (vgl. oben S. 95). Nach der Septemberkrise erscheint ihre „Neue Rheinische Zeitung" infolge des Ausnahmezustandes kurze Zeit lang nicht. Die Aufforderung, gegen den Berliner Novemberstaatsstreich geschlossen Widerstand zu leisten, die Steuern zu verweigern, den Landsturm zu organisieren, Waffen und Munition zu beschaffen, bringt dann Marx, Engels und den Verleger Korff vor die Kölner Geschworenen. In Düsseldorf wird Ferdinand Lassalle verhaftet. Alle werden aber freigesprochen. Die „Neue Rheinische Zeitung" kämpft weiter: sie verhöhnt die Parlamente und Ministerien, feiert den Kampf der Wiener und der Ungarn, verlangt den Revolutionskrieg gegen Rußland, erklärt die Revolutionierung Englands für nötig, damit der Weltmarkt erschüttert und aus dem Weltkrieg die Weltrevolution geboren werde. Die Frankfurter Kaiserwahl erfährt nur Spott, und die geschichtliche Bedeutung der Reichsverfassung bleibt unverstanden. Der kecke Spaßvogel Georg Weerth behandelt die Frankfurter Bemühungen als pure Posse in seiner Feuilletonserie unter dem Strich[7]). Marx und Engels sehen deutlich den Bund der konstitutionellen Reformpartei des Geld- und Titelpatriziats mit den alten Mächten der Partikularstaaten vor Augen; ihr eigener Gedanke, die gesamte demokratische Opposition revolutionär zu entflammen, gewinnt gerade jetzt beim Kampf um die Reichsverfassung eine gewisse praktische Möglichkeit. Um so merkwürdiger ist, daß Marx, Schapper, Wolff, Hermann Becker und Anneke am 15. April ihren Austritt aus dem demokratischen Kreisausschuß erklären — es seien zu viel heterogene Elemente beisammen, die engere Verbindung der gleichgearteten Arbeitervereine sei vorzuziehen. Damit schwenkt aber der Kölner Arbeiterverein mit seinen Zweiggruppen in der Provinz hinüber zu der Organisation Stephan Borns — ein sehr verspätetes und deshalb zur Wirkungslosigkeit verurteiltes Manöver.

Ganz ohne die gallige Freude an rücksichtsloser Polemik, die Marxens Größe und Schwäche ist, hat der nüchterne, umsichtige Stephan Born sein Zentralkomitee für die deutschen Arbeiter in Leipzig gegründet (vgl. oben S. 57) und seit Oktober die „Verbrüderung" herausgegeben, die zuerst bei Brockhaus, vom 1. Januar 1849 ab von dem Arbeiterverband, der Leipziger Vereinsdruckerei, gedruckt wird; Born schreibt dieses wöchentlich zweimal erscheinende Organ meist selbst, versucht in ruhiger Weise die Leser sozialpolitisch zu belehren, druckt auch einmal Heinrich Heines „Weber" ab und schlägt sich im freiheitlichen Sachsen ganz behaglich mit der Justiz herum. Eine große Anzahl von Bezirksvereinen wird ins Leben gerufen, Born hält Vorträge und präsidiert in Versammlungen, bis nach Königsberg und nach Frankfurt erstreckt sich die Organisation. Wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen stehen ganz im Vordergrund, die eigentliche Politik des Tages und nun gar weltpolitische und weltgeschichtliche Perspektiven liegen Born nicht, und so lenkt er, auch taktisch ganz im Interesse seines Werkes, daran vorbei. Auch die Arbeiterinnen schließen sich an — Luise Otto bekennt sich zu ihm mit warmen, starken Worten[8]). Bei der Berliner Novemberkrise freilich fordert Born auch zur Bewaffnung der Arbeiter auf — die Beschlüsse der preußischen Nationalversammlung sollen unterstützt werden. Es blieb erfolglos. Wirksamer ist Born bei seinen Bemühungen für Arbeitsvermittlung: Die Berliner Gewerbekomitees werden etwa beim Arbeitsnachweis von den Kom-

munalbehörden praktisch herangezogen. Genossenschaftsgründungen treten ins Leben: bei den armen schlesischen Webern wird Leinwand im großen gekauft und von Näherinnen zu Hemden für die Assoziation verarbeitet; ein Großeinkaufsverein wird im Januar 1849 in Berlin gegründet, es folgen ähnliche Verbände zum Einkauf von Bekleidungsgegenständen und Zigarren. Alles das ist sehr bescheiden, die Umsätze sind klein, die Teilnahme ist ganz freiwillig: lebhafter ist das Interesse für die „Gewerbevereine" selbst — im Berliner Bereich haben sich im Sommer 1849 immerhin 19 solcher Vereine der „Arbeitsverbrüderung" angeschlossen. In ganz Deutschland hat sie es auf 12000 Köpfe gebracht.

Born und seine Gesinnungsgenossen merken bald, daß sie den Staat brauchen, wenn sie dauernd Erfolg haben wollen. Das Zentralkomitee macht als Ergebnis eines sächsischen Lokalkongresses Ende 1848 in Leipzig eine Eingabe an die Volksvertretungen der Einzelländer, in der es als Pflicht des Staates bezeichnet wird, denen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft, durch Geldmittel beim Aufbau ihrer Assoziationen behilflich zu sein; vom Königreich Sachsen werden dazu vorläufig vier Millionen Taler gefordert; eine zweite Petition verlangt das uneingeschränkte Wahlrecht von 21 Jahren ab. So werden in Sachsen, dem wirtschaftlich vorgeschrittensten Lande Deutschlands, gleichzeitig ganz moderne Forderungen einer späteren Entwicklung vorweggenommen. Ende Januar 1849 folgt dann der lebhafte Heidelberger Provinzialkongreß, der eine programmatische Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen Gewerkschaftsmann Stephan Born und Winkelblech bringt. Julius Fröbel, der republikanische Sozialrevolutionär, führt den Vorsitz. Born siegt: das Leipziger und das Frankfurter Zentralkomitee werden vereinigt, die „Verbrüderung" wird auch zum Organ der süddeutschen Vereine erklärt, Born spricht im Mainzer Demokratischen Verein und besucht in Köln Karl Marx und seinen Kreis. Die Gegensätze sind ja sachlich und menschlich groß: die Kölner Kommunisten Fanatiker mächtigen Stils, Marx voll Denkerhochmut und der unwirschen Gründlichkeit des Systematikers, Engels der stolze, kecke Tagesschreiber und politische Aktionsmensch; Born dagegen nur ein bescheidener Mann, solide und fleißig, handwerklicher Kleinmeister in allem, was er tut, aber in seiner Tagesarbeit recht zuverlässig und zufrieden mit den kleinen Erfolgen, die sich bieten; die Kölner sind ihm zu schwungvoll und stürmisch, er ist den Kölnern zu schulmeisterlich und spießbürgerlich brav; man kann sich nicht lieben, aber man respektiert sich, macht Gebrauch voneinander und hilft sich weiter. Im Februar haben die norddeutschen Vereine einen Arbeitertag, dem ein Mitglied des Leipziger Zentralkomitees präsidiert; die gleichzeitige Thüringer Konferenz in Altenburg leitet Born selbst. Die Württemberger Vereine tagen im März in Göppingen, bilden den „Zentralarbeiterverein für Württemberg" und nehmen mit Leipzig die Fühlung auf; ihre Zeitschrift heißt „Sonne". Hier wird besonders der Gedanke einer Wanderunterstützungskasse besprochen.

Anfang April nimmt Born an dem bayrischen Arbeiterkongreß teil. So hat sich also die „Arbeiterverbrüderung" in dem ganzen außerösterreichischen Deutschland als sozialistisch-gewerkschaftliche Organisation, als ein vielversprechender Anfang durchgesetzt. Aus den Proletariern macht sie an vielen Orten schon Proletariat, sie weckt das Berufsinteresse und damit das Klassenbewußtsein, sie ist

stammesmäßig aus örtlichen Bedingungen erwachsen und streckt sich ins Nationaldeutsche; ob sie eine politische Macht sein kann in Kampfeszeiten, muß sich zeigen. An das Frankfurter Parlament schickt die „Arbeiterverbrüderung" Eingaben, wie viele andere, ohne unmittelbare Einwirkung nehmen zu können. Als einen Triumph ihrer Sache betrachtet sie wohlbefugt das nur durch die Forderung der dreijährigen deutschen Staatsangehörigkeit beschränkte allgemeine und gleiche Wahlrecht der Reichsverfassung. Dem preußischen Erbkaiser steht sie recht kritisch gegenüber; alle Vermittlungen und Vereinbarungen lehnt sie ab, fordert dagegen nach der Ablehnung der Kaiserkrone „eine neue, dann aber entscheidende Revolution".

Gegenüber der machtvollen Organisation der werdenden Katholischen Volkspartei wirken diese Anfänge einer berufsmäßigen Zusammenfassung und Politisierung des deutschen Proletariats durchaus uneinheitlich. Die Kölner Kommunisten haben ein weitausschweifendes Ziel mit richtiger Taktik verfolgt; Born und sein Kreis verfolgte ein näheres, erreichbareres Ziel, war aber der politischen Aufgabe des Tages taktisch nicht gewachsen. Die Kölner und die Leipziger Zentrale arbeiteten doch mehr neben- und gegeneinander, als sie selbst merkten und wünschten. Wie eigenartig, daß der Berliner Vorsitzende der Arbeiterverbrüderung, Bisky, überhaupt mit jenem Schuhmacher Haetzel keine Verbindung unterhielt, der als Mitglied des Kommunistenbundes seine Berliner „Gemeinden" stiftete zur Vorbereitung einer „einigen, unteilbaren sozialdemokratischen Republik" (vgl. oben S. 97)! Beim Kampf um die Reichsverfassung haben Kommunisten, Gewerkschaftler, Arbeiterverbrüdler und noch ganz unorganisierte Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter gegen den Partikularismus der Dynastien mitgefochten; eine geschlossene nationale Proletarierpartei hat es nicht in Deutschland gegeben.

Bedeutungsvoller noch als die innere Zwiespältigkeit des werdenden deutschen Proletariats ist sein unklares Verhältnis zu den „bürgerlichen" Sozialrepublikanern und den Sozialrevolutionären. Männer wie Friedrich Hecker, Gustav v. Struve, Julius Fröbel sind ganz bewußt aus der „bürgerlichen" Sphäre herausgetreten; als vor- und unmarxistische Sozialisten wurden sie freilich nachträglich von der marxistischen Orthodoxie „kleinbürgerlich" gescholten und deshalb verworfen. Politisch haben diese Männer die Lage aber richtiger beurteilt als die Kölner Kommunisten; die zweite Märzrevolution, wie das Schlagwort lautete, war nur zu machen, falls es noch einmal gelang, den ganzen mittleren und kleineren Mittelstand mit dem entstehenden Proletariat zu einem einheitlichen Stoße zusammenzufassen — demokratisch und national. Das Märzprogramm von 1848 konnte 1849 nur verwirklicht werden, wenn man es fertigbrachte, die Volksbewegung zur Durchführung eines klaren vaterländischen Zieles neu zu erwecken. Internationale, sozialistisch-kommunistische Ideen waren im damaligen Deutschland dazu ganz ungeeignet, sie wurden als reine Utopie von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt. Der Nationalgedanke konnte es aber vielleicht doch noch schaffen; er war die stärkste Triebkraft in Deutschland seit einem Menschenalter, Kaiserwahl und Reichsverfassung bedeuteten seine endliche Erfüllung. Demokratisch und national mußte Deutschlands Zukunft sein — demokratisch in dem alten ganz umfassenden Sinne der Verneinung des Obrigkeitsstaates, national in

dem unsterblichen Sinne der Verneinung des Provinzialismus, der Sonderstaatlichkeit, des Partikularismus, der Bejahung eines einheitlichen deutschen Reiches in einem verjüngten Europa. Der stärkste Ausdruck dieses demokratischen Nationalismus ist der Zentralmärzverein, der Ende November von Mitgliedern der Linken der Paulskirche gegründet worden ist: Simon von Trier, Raveaux, Eisenmann, v. Trützschler, Wesendonck; Vorsitzender wurde Julius Fröbel.

Der Zentralmärzverein will das schaffen, was den demokratischen Konferenzen in Frankfurt und Berlin mißlungen ist — die linke Einheitsfront im Kampf gegen rechts; seine Führer sehen mit wachsender Sorge das Versagen des Frankfurter Parlaments, die Verschleppung, Unklarheit, Kompromißlerei, sie beobachten mit dem Scharfblick politischer Gegnerschaft die zunehmende Abhängigkeit der liberal-konstitutionellen Reformpartei von den erstarkenden Einzelstaaten; sie sehen in der Gründung des gesamten deutschen Staates die wahre Lebensfrage der Nation und mißtrauen, bei allem Respekt vor dem Patriotismus der Erbkaiserlichen, am stärksten Preußen und seinem König; sie glauben an die Größe des revolutionären Gedankens, wollen ihn wachhalten, in neuem Kampfe durchsetzen; die meisten Männer des Märzvereins sind Republikaner aus Verzweiflung am deutschen Fürstenwesen, viele wollen die Großstaaten zerschlagen, die Klein- und Zwergstaaten zusammenlegen und so die vereinigte Republik, bestehend aus Stammesstaaten, schaffen, manche wünschen sich auch ein einheitliches Volkskaisertum. Im positiven Ziele herrscht beim Märzverein viel weniger Klarheit als in der Ablehnung des Egoismus der Dynastien. Der Zentralmärzverein ist ausgezeichnet organisiert, wird „absolutistisch" geleitet und dehnt sich schnell über Mittel- und Süddeutschland aus. Jeder Zweigverein wählt einen Ausschuß, in jeder Provinz, in jedem Einzelstaat vereinigen sich die Zweigvereine zu einem Zentralausschuß. Die lithographierten Mitteilungen des Vorstandes in Frankfurt gehen den Provinzausschüssen in so viel Exemplaren zu, als er Ortsvereine zählt. Alle unter den verschiedensten Namen schon vorhandenen Verbände werden angeschlossen[9]). So vereinigt sich etwa der Jenaer Verein der „Farblosen" sofort mit dem Zentralmärzverein.

Die württembergischen Volksvereine mit ihren zahlreichen Nebenorganisationen schließen sich im ganzen Lande dem Zentralmärzverein an. Er reicht bis in die kleinsten Dörfer und Flecken; die „Wahrung der Märzerrungenschaften" wird von dem Landvolk vielfach nicht nur als Abschaffung der Feudallasten, sondern einfach als Befreiung von den Steuern verstanden. Schon im Februar ist nach Ansicht der preußischen Gesandten die Vorbereitung zum Aufruhr in Württemberg fertig; der Schwarzwald heißt wegen seiner „anarchischen Gesinnung" Heckerinsel; die preußischen Handwerksburschen reisen in auffallender Zahl über Stuttgart und verlangen das Visum nach Straßburg. Der Vaterländische Verein in Stuttgart läßt eine besondere Abwehrschrift anonym erscheinen: „Die Linken in Frankfurt und der Märzverein" (Stuttgart, Metzlersche Buchdruckerei), deren Verfasser Gustav Pfizer ist. Schriften und Waffen werden durch den Zentralmärzverein verteilt; es wird in der Tat eine Dachorganisation, die alles Lokale und Zersplitterte sinnvoll zusammenfügt und Ende März 1849 950 Zweigvereine mit fast einer halben Million Mitgliedern umfaßt[10]). Die

Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preußen gibt ihm schließlich die nationale Parole, die er zum Handeln braucht; überall dringt die Gegenrevolution vor; ist aber Deutschland nicht jetzt noch einmal zur revolutionären Selbsthilfe zu entflammen für diese Frankfurter Reichsverfassung, auf die sich Linke und Reformpartei schließlich geeinigt haben? Können die nationalen, vaterländischen, patriotischen Vereine mit dem Märzverein verbunden werden? Kann sich der revolutionäre Gedanke bis nach der rechten Mitte des Frankfurter Parlaments, bis zu den liberalen Geld- und Titelpatriziern ausdehnen, um des großen, einigen Deutschlands willen?

Der Zentralmärzverein stellt diese Frage und scheitert daran. Es entsteht keine einheitliche nationale Partei in Deutschland.

*

Als der französische Gesandte in Kassel dem kurhessischen Minister des Äußern seine Bedenken gegen eine preußische Kaiserkrone vorträgt, erhält er die Antwort: wenn der König von Preußen unbedingt nein sagt, so haben wir hier im Lande völlige Anarchie[11]). Und der kluge König von Belgien Leopold sagt zum Reichsgesandten v. Drachenfels: „Der König hat die Kaiserkrone abgewiesen, er setzt also nicht die Vergrößerungspolitik seiner Vorfahren seit dem großen Kurfürsten fort. Auf den Kaiser kommt es nicht an; ein starker einheitlicher Bundesstaat soll aber zustande kommen; die Form ist Nebending, die Sache muß gerettet werden[12]).“ Wirklich sieht es zuerst so aus, als könne dies geschehen. Das preußische Ministerium erklärt in seiner Zirkularnote vom 3. April: Friedrich Wilhelm IV. will an Stelle von Erzherzog Johann die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehmen, auf Antrag der Regierungen und unter Zustimmung des Frankfurter Parlaments; die Kaiserwahl kann nur durch freies Einverständnis der Regierungen volle Rechtsgültigkeit erlangen, die Verfassung kann nur auf dem Wege der Vereinbarung festgestellt werden; der König will an die Spitze eines Bundesstaats treten, der aus den sich freiwillig anschließenden Staaten besteht; Bevollmächtigte der Einzelstaaten sollen nach Frankfurt gehen, um dort mit dem Frankfurter Parlament über den Bundesstaat und die Vereinbarung und das Verhältnis zu den nicht dem Bundesstaat beitretenden Staaten zu beraten. Also: die Sache ist durchaus nicht zu Ende! Berlin bricht nicht mit Frankfurt! Die preußische Regierung, so faßt es der österreichische Gesandte v. Prokesch auf, will das Frankfurter Votum benutzen, um die Reichsverweserschaft an sich zu ziehen und den engeren Bund mit Frankfurt und in Frankfurt zu schaffen: „Verlangen Sie nicht von mir“, sagt Prokesch zum Außenminister Grafen Arnim, „daß ich offenen Auges nicht sehe. Ihr Gang ist nicht der unsrige. Sie wollen nicht die Kaiserkrone, aber die Schirmherrschaft, den engeren Bund!“ Graf Arnim aber gesteht, er wünsche, daß Frankfurt zum Teufel gehe, man möge in Wien die Zirkularnote milde aufnehmen, der König habe abgelehnt, Preußen wolle mit Österreich gehen[13]). Ist das nun Komödie oder Zerfahrenheit? Der König hat ja und nein gesagt. Die preußische Regierung hat das Anerbieten der Frankfurter Deputation nachher anerkannt und ihre Eröffnungen darauf begründet: Man hat zuerst unter Vorbehalten abgelehnt, dann unter Vorbehalten zugesagt. Jeder sieht, daß Graf Brandenburg etwas anderes gemeint hat als der

König. Die Prinzessin von Preußen gibt zu Ehren der Kaiserdeputation einen Tee-Empfang, bei dem mit völliger Offenheit über das Ministerium Brandenburg hergezogen wird; Graf Bülow ist dabei anwesend — der „Gefeierte der kaiserlichen Partei", wie der bayrische Geschäftsträger spöttisch schreibt. Noch fühlt sich also Prinzessin Augusta nicht besiegt[14]). Prokesch ist sich mit dem englischen Gesandten Lord Westmoreland und dem russischen Gesandten v. Meyendorff darin einig: der König ist völlig unzuverlässig, die bestimmtesten Äußerungen sind nichtig, das intelligenzstolze Preußen ist ärmer an Männern als jedes andere Land, eine Koterie arbeitet gegen die andere — am wichtigsten ist die Prinzessin von Preußen, die engste Verbindung mit Gagern und Vincke unterhält; Vincke spricht wieder laut von der Abdankung des Königs; die Partei Gagern arbeitet am Sturz des Grafen Arnim[15]). Das Urteil des Ministers v. d. Heydt lautet: „Es gab nur zwei Wege für den König, ein unbedingtes Ja oder ein unbedingtes Nein; beide Wege führten an die Spitze von Deutschland (denn dahin müssen wir); er hat den dritten, furchtsamen, gewählt, der zu nichts führt." Und schon entwickelt Prokesch Schwarzenbergs grundsätzliche Ablehnung: der Bund ist unauflöslich, kein Bundesglied kann mit anderen gegen den Bundeszweck Verbindungen eingehen; Veränderungen sind nicht durch Majoritätsbeschlüsse möglich, die Gesamtheit muß einstimmig sein, die Frankfurter Versammlung ist ein Organ der Revolution, ihre Verfassung ist unannehmbar. Sehr schüchtern antwortet Graf Arnim: Der engere Bund, namentlich die militärische Verschmelzung, will die Rechte der Gesamtheit der Bundesmitglieder wahren; die deutschen Fürsten, sogar der König von Hannover, drängen den König zum engeren Bunde; wählen den König die Fürsten zum Kaiser mit tragbarer Verfassung, dann will er die Kaiserkrone nehmen; Preußen hofft freie Hand gegenüber Frankfurt zu bekommen und will sich dann mit Österreich verständigen. Preußen will eine Art „politischen Zollverein". Wenn sich Bayern und Württemberg nicht anschließen, soll ihnen der Zollvertrag gekündigt werden — so hört der bayrische Gesandte[16]).

Schon Fürst Metternich hat seinerzeit nichts mehr gefürchtet als Preußens Bündnis mit der national-deutschen Bewegung. Dies Bündnis war seit Revolutionsausbruch wiederholt möglich; jetzt kommt die letzte Gelegenheit. Schwarzenberg setzt seine ganze Kraft ein. „Die Nation wendet sich in letzter Instanz dahin, wo Stärke und Haltung wahrzunehmen sind. Beides fehlt Preußen. Es ist deshalb vorauszusehen, daß Österreich obsiegen wird. Aus einer deutschen Organisationsfrage ist eine Frage der Umwandlung des zentraleuropäischen Staatensystems entstanden, dessen Gestaltung gegenüber von Preußen zu überwachen andere Großmächte nicht außer acht setzen werden", schreibt schon im März Freiherr v. Linden nach einer Unterredung mit Schwarzenberg[17]). Der Fürst sieht die deutsche Lage vom europäischen Standpunkt. Österreich wirft das revolutionäre Italien nieder, läßt sich von den Russen in Siebenbürgen helfen, es wird den Kaiser Nikolaus zu Hilfe rufen gegen das revolutionäre Ungarn, das sich zur Republik erklärt; das Bündnis Preußens mit dem revolutionären Deutschland gedenkt Schwarzenberg zu verhindern. Schon beargwöhnen die kleinen Staaten Veränderungen auf dem europäischen Kontinent und damit die Bedrohung ihrer eigenen Existenz; Belgien fürchtet etwa das Opfer preußisch-französischer

Verhandlungen über den engeren Bund zu werden — die Entschädigung für Frankreich[18])! Die „preußischen Usurpationsideen“, wie Prokesch sich ausdrückt, beunruhigen also Europa; im Namen der Ruhe Europas soll Preußen zum Zurückweichen gebracht werden — denkt Schwarzenberg. Er läßt durch den neuen österreichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt Grafen Rechberg das Ersuchen des Kaisers an den Erzherzog Johann überbringen, auf dem Reichsverweserposten auszuharren; Johann schickt einen Offizier nach Wien mit allgemein bejahender Antwort. Prokesch erhält den Auftrag, in Berlin diese Entschlüsse auf eine geschmeidig salbungsvolle Art als Ausfluß bundestreuer und bundesgesetzlicher Gesinnung zu rechtfertigen[19]). Gleichzeitig werden die österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt abberufen; Schwarzenberg bricht mit dem Frankfurter Parlament, nachdem dessen Mehrheit mit Österreich gebrochen hat.

Preußens Verlegenheit wächst; mit der Reichsverweserschaft für Friedrich Wilhelm IV. ist nun nicht mehr zu rechnen; das Staatsministerium berät ganz bieder die Reichsverfassung und legt Änderungswünsche fest — Erhaltung des Adels, Beibehaltung der Todesstrafe, Streichung des freien Unterrichts für Unbemittelte, Beschränkung des Wahlrechts, Wegfall der Vereidigung der Truppen auf das Reichsoberhaupt, Wiederherstellung des absoluten Vetos und des Reichsrats. Das ist viel und verrät gerade kein Übermaß von gutem Willen zur Verständigung mit dem Frankfurter Parlament. Camphausen rechnet auch schon nicht mehr damit und empfiehlt, der König von Preußen möge auf dem Verordnungswege die Frankfurter Reichsverfassung einem aus Mitgliedern des Frankfurter Parlaments bestehenden Volkshaus und einem nach der Frankfurter Reichsverfassung zu wählenden Staatenhaus in Weimar oder Gotha vorlegen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese parlamentarischen Körperschaften einigermaßen konservativ gerichtet gewesen wären und eine Revision der Reichsverfassung sich so leicht hätte ermöglichen lassen. Dann war doch eine gewisse Kontinuität der Bundesreform gewahrt. Heinrich v. Gagern fühlt sich aber noch nicht besiegt. Er lädt in Abwesenheit Camphausens die Bevollmächtigten zu einer Sitzung des Gesamtreichsministeriums ein, übergibt ihnen die ja schon als Reichsgesetz verkündete Reichsverfassung und ersucht um Stellungnahme; Österreich und Bayern machen Ausflüchte und Vorbehalte, zuerst auch Sachsen und Oldenburg, aber Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogtum Hessen und so weiter sprechen die unbedingte Anerkennung aus, die anderen folgen, zuletzt Lippe; einige Bevollmächtigte erklären, zur Durchführung überall mitwirken zu wollen, der Kurhessische erklärt, daß Abänderungen der Reichsverfassung nur auf dem in der Verfassung selbst bezeichneten Wege möglich seien[20]). 28 Regierungen übergeben dem Gesamtreichsministerium eine gemeinsame Note, indem sie ihr Einverständnis mit der Kaiserwahl, ihre Befriedigung über den vom König von Preußen gemachten Vorbehalt, ihre Zustimmung und ihre trotz einzelner Bedenken uneingeschränkte Anerkennung der Reichsverfassung aussprechen. Das Einverständnis auch der vier Königreiche wird auf Badens Vorschlag zum Schluß als obligatorisch für die bindende Verpflichtung dieser Erklärung bezeichnet. Die Antwort auf die Note vom 3. April ist da — etwas anders sieht sie freilich aus, als die Frage gestellt war. Camphausen erläutert:

Der Beschluß des Frankfurter Parlaments ist jetzt nachträglich durch 28 Regierungen legalisiert; die Vorbehalte des Königs von Preußen sind erledigt — 28 Regierungen haben geprüft und zugestimmt; Preußen hat jetzt das Parlament und diese 28 Regierungen als einheitliche Front. Die neue Wendung befriedigt Camphausen nicht, er erklärt das auch offen Heinrich v. Gagern; die Bevollmächtigten der Kollektiverklärung verweigern Verhandlungen über Modifikation der Verfassung — Preußen soll ohne Vorbehalt annehmen.

Preußen könnte also nun zugreifen; mit einiger Energie sind auch Bayern und Hannover zu bekommen — Preußen aber will nicht. Graf Arnim erklärt dem sehr befriedigten Prokesch: Preußen geht trotzdem nicht auf die Reichsverfassung ein, selbst nicht unter dem Vorbehalt der Revision durch die nächste Reichsversammlung; der preußische Minister spricht persönlich noch die Hoffnung aus, daß aus der Frankfurter Verwirrung gar nichts herauskommt! König Friedrich Wilhelm IV. gibt dem bisherigen österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, den er in Abschiedsaudienz empfängt, den Auftrag, seine Ansicht dem Kaiser Franz Josef und dem Fürsten Schwarzenberg mündlich zu übermitteln: die Frankfurter Deputation brachte ein Halsband von ungegerbtem Leder, womit man mich an die Revolution binden wollte, Sachsen, Bayern und Hannover sind gegen mich; Zentraleuropa muß eine große politische Macht werden; der Kaiser von Österreich soll sich nach den Siegen in Italien in Aachen oder Rom (!) zum römischen Kaiser krönen; Preußen will Reichsfeldherr sein; viele Fürsten stellen Anträge auf militärische Einverleibung in die preußische Armee[21]). Als Graf Lerchenfeld die ablehnende Haltung des Königs von Bayern rechtfertigen will, sagt Friedrich Wilhelm IV.: „Keine Entschuldigung! Ihr König tut, wie ich wünsche. Ich bin ihm Dank schuldig. Ihr König allein hat mich richtig verstanden. Er hat erkannt, daß ich nicht unbedingt ablehnen konnte, sondern dieses mir erst durch die andern Könige und Fürsten mußte möglich gemacht werden. Meine Hoffnung war, daß alle Könige durch ein entschiedenes Nein mir beispringen, mir möglich machen würden, mit Frankfurt zu brechen. Wäre ich als Reichsverweser von den Fürsten betraut an die Spitze Deutschlands getreten, hätte ich unabhängig von meinen Kammern und Ministern Gagern und Gefährten fortgejagt, ein sicheres Ministerium gebildet und die Nationalversammlung in Frankfurt entweder zur Auflösung oder zur Unterwerfung gebracht. Nun muß man zuwarten und dem Zufall (!) das Weitere überlassen[22]).“ Und zu dem wohlmeinend ratenden Beckerath, der im Auftrage des Reichskabinetts nach Berlin gefahren ist, sagt der König: „Selbst wenn die Verfassung brauchbar wäre, nähme ich sie nicht an, denn ich will König von Preußen bleiben[23]).“

Das preußische Narrenspiel geht also weiter, es gibt immer drei verschiedene offizielle Ansichten. Graf Arnim-Heinrichsdorf will gehen, sehr zur Befriedigung seiner Kollegen, aber zum Entsetzen des Königs; die preußische Zweite Kammer drängt zur Annahme der Reichsverfassung; sogar Graf Arnim-Boitzenburg und Graf Schwerin von der Ersten Kammer sagen: „Die Verfassung ist schlecht, aber sie muß angenommen werden.“ Mehrere von den 28 Staaten entschuldigten sich in Berlin wegen ihrer Voreiligkeit! Gerade das Bohren der preußischen Volksvertretung bringt Klarheit: am 21. April erklärt Graf Brandenburg in der Zweiten Kammer: Preußen kann die Frankfurter Reichsverfassung ohne Änderungen

nicht annehmen. „Das Eis bricht", frohlockt Prokesch. „Sie wollen heraus." Graf Brandenburg wünscht, daß sich der ganze Unsinn totmacht, er fürchtet, daß Frankfurt vielleicht noch nachgibt; mit der Kammer hier, sagt er, werden wir fertig; wir weichen keiner Majorität darin[24]). Den Ausschlag zum Bruch scheint aber Gagerns energische Haltung in der schleswigschen Sache gegeben zu haben; Lord Cowley ist empört darüber, daß er Preußens Ratschläge nicht befolgt und den Vormarsch in Jütland betreibt. So treibt die nationale Frage der Herzogtümer endgültig Berlin und Frankfurt auseinander. Aber nicht einmal der nun wirklich vollzogene Bruch der preußischen Regierung mit dem Frankfurter Parlament vollzieht sich auf eine ehrliche Weise. Camphausen fühlt sich durch die Erklärungen des Grafen Brandenburg preisgegeben und bittet um seine Entlassung; die Brücke, die er schlagen wollte, war ihm zertrümmert worden im Moment, da er den Schlußstein setzen will.

Die Berliner Regierung hat ihren Standpunkt binnen einer Woche von neuem gewechselt; zuerst sollten die Regierungen zur Kaiserwahl Stellung nehmen, dann erst durfte Preußen über die Verfassung sprechen; nun ist die ganze Sache an Preußen gescheitert; Preußen hat sich selbst aus einer verhältnismäßig günstigen taktischen Stellung in eine sehr schlechte hineinmanövriert — die opponierenden Königreiche können sich freuen. Dieser Schnitzer soll nun offenbar wieder gutgemacht werden. Denn in der Note vom 28. April sagt die preußische Regierung wieder ganz harmlos: „Die Haltung und die weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung werden ergeben, inwieweit auf eine Verständigung mit denselben und ein Mitwirken zu dem angestrebten Ziele zu hoffen ist." So wird dem Frankfurter Parlament auf eine grausame, spielerische Art immer noch einmal die Hand hingestreckt, damit es in der Öffentlichkeit die Schuld am Bruche tragen soll.

Die Erbkaiserlichen sind verzweifelt; mit den Linken zusammen haben sie einen Dreißigerausschuß zu gleichen Teilen eingesetzt, er soll die Durchführung der Reichsverfassung vorbereiten. Kann das Parlament eine neue Verfassung improvisieren, die Preußens und Österreichs Gnade hat, kann es die Revolution aufrufen, um die beschlossene und gesetzlich verkündete Reichsverfassung in Wirksamkeit zu bringen? Oder soll es den Kampf aufgeben und sich vertagen? Oder soll es sich ganz auflösen? Die Linke beantragt Einsetzung einer Reichsregentschaft und Berufung des verfassungsmäßig vorgesehenen Reichstages. Man wartet aber lieber noch ab. Am 26. April beschließt das Reichskabinett die Entsendung von bevollmächtigten Reichskommissaren (der Titel wird dann auf Wunsch des Reichsverwesers vermieden): Bassermann soll nach Berlin, Mathy nach München, v. Watzdorf nach Dresden, Staatsrat Seebeck nach Hannover gehen[25]). Dies ist der letzte amtliche Schritt, den Frankfurt tun kann, um den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Selbst gemäßigte Erbkaiserliche sind so erregt über das preußische Verhalten, daß sie erklären: unter keinen Umständen dürfen die 28 verfassungstreuen Regierungen aufgegeben werden, und wenn es selbst gegen Preußen geht. Schwer gereizt ist besonders Heinrich v. Gagern gegen Berlin: die Reaktion greift um sich, Preußen schließt ein Bündnis mit Rußland gegen Deutschland, Preußen treibt den deutschen Südwesten in die Revolution hinein[26])! Erzherzog Johann erklärt einmal wieder, zunehmende Kränklichkeit hindere ihn, die Reichsverweserschaft weiter auszuüben, er wolle

sie zum 1. Juni in die Hände des Frankfurter Parlaments zurücklegen; der Linken ist das willkommen — sie will in Verbindung mit den Märzvereinen die Abdankung des Erzherzogs beschleunigen, eine provisorische Regierung einsetzen und süddeutsche Truppen nach Frankfurt ziehen[27]).

Die Verhandlungen, die der Bevollmächtigte Bassermann in Berlin führt, stellen den allerletzten verzweifelten Versuch dar, Preußen mit der großen nationalen Bewegung zu versöhnen, die in diesen Tagen die deutschen Kernlande ergreift. Die preußische Regierung hat am 26. April die Zweite, reichsverfassungsfreundliche Kammer aufgelöst, die Erste Kammer vertagt und den Belagerungszustand noch weiter ausgedehnt. Sie stellt sich Bassermann gegenüber auf den Standpunkt: die Reichsverfassung ist nicht rechtsgültig, und eine Einmischung in innere preußische Angelegenheiten muß abgelehnt werden. Bassermann meint trotzdem einen Weg der Einigung durch folgende persönliche Vorschläge weisen zu können: Der König von Preußen übernimmt auf Antrag der Frankfurter Nationalversammlung vorläufig die Zentralgewalt mit den Befugnissen des Oberhauptes; er beruft einen Reichstag nach Maßgabe der Verfassung und des Reichswahlgesetzes; er legt diesem Reichstag seine Abänderungen zur Annahme oder Ablehnung vor, die Nationalversammlung beschließt, daß der erste Reichstag solche Abänderungen mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen könne. Graf Brandenburg erkennt Bassermanns guten Willen an, sagt aber trocken, daß die Verwirklichung seiner Vorschläge durch die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung vom 4. Mai unmöglich geworden sei; sie hat jetzt alle Regierungen und Gemeinden der Einzelstaaten, das gesamte deutsche Volk aufgefordert, die Reichsverfassung zur Anerkennung zu bringen, den Reichstag auf den 15. August einberufen, und bestimmt, wenn Preußen dort unvertreten sei, daß der nächstmächtige Staat die Reichsstatthalterschaft zu übernehmen habe. Eine Vertagung des Parlaments auf unbestimmte Zeit ist nicht durchgegangen; die Nationalversammlung droht in der Tat ein Konvent zu werden.

Am Nachmittag des 6. Mai telegraphiert Heinrich v. Gagern an Bassermann nach Berlin: „Der Ausbruch der gewaltsamsten Revolution im mittleren und größten Teil von Süddeutschland läßt sich nur noch durch das entschiedenste Eintreten für die Reichsverfassung verhüten; die Hoffnung auf Niederhalten hängt an einem Faden. Abänderungen der Reichsverfassung könnten der noch erhaltenen konservativen Mehrheit der Nationalversammlung nur dann vorgeschlagen und ein weiterer Versuch der Verständigung eröffnet werden, wenn die preußische Regierung in bündiger Erklärung diejenigen Verfassungsveränderungen bestimmt artikuliert, von welchen sie die Annahme der Verfassung und die Übernahme der Oberhauptswürde abhängig macht. Eine Abänderung des Wahlgesetzes scheint unmöglich und wäre dessen Revision nur vom zukünftigen Reichstage zu erwarten. Die 30 (28 plus Württemberg und Sachsen) der Verfassung adhärierenden Regierungen könnten vielleicht die Vermittlung zwischen der Nationalversammlung und Preußen übernehmen." Gagerns vorletzte Handlung als Reichsministerpräsident ist also der offizielle Verzicht jener von ihm selbst unterschriebenen, von Camphausen ihm so verübelten Unabänderlichkeitsklausel (vgl. oben S. 372), er glaubt der scheinbaren preußischen Bereitwilligkeit, doch noch mit Frankfurt zusammenzukommen, auch dieses schwerste Opfer bringen

zu müssen, das seine eigene politische Arbeit als aktiver Staatsmann auf alle Fälle beendet. Graf Brandenburg, dem Bassermann diese Depesche vorlegt, erklärt aber: die Bedingungen einer Verständigung sind nicht mehr gegeben[28]).

Radowitz ist nach Berlin berufen und wird inoffizieller Nachfolger des Grafen Arnim-Heinrichsdorf[29]); Preußen beginnt seine Unionspolitik, dies flaue Nachspiel der großen Volksbewegung, gedanklich gespeist gerade von dem Frankfurter Werk, das von Preußen zerstört ist; Preußen hofft durch Niederwerfung der Revolution so viel Beliebtheit bei den Mächten der Reaktion, bei Rußland und Österreich, anzusammeln, daß ihm aus Gnaden die verwässerte Kopie, der kleinere Bundesstaat, doch noch erlaubt wird; Preußen, vom Kaiser Nikolaus in Vormundschaft genommen[30]), läßt seine Soldaten gegen die Reichsverfassung marschieren und will sich gleichzeitig aus dem Frankfurter Schiffbruch, den es hauptsächlich verschuldet, möglichst viel Strandgut sichern; mit der Hälfte der Kraft, die es jetzt zur Negation einsetzt, hätte Preußen wahrscheinlich frühzeitig irgendein bescheidenes positives Ergebnis erzielen können; aber den Mut, den Preußen gegen die Reichspatrioten und den nationaldemokratischen Gedanken aufbringt, wird es leider nicht gegenüber dem österreichischen Kaiserstaat und dem Drucke des Auslandes zeigen, so daß die Unionspolitik mit demselben Fiasko abschließt, das die preußischen Rechnungen der ganzen Revolutionszeit aufweisen. Schwarzenberg, nicht Radowitz, formt die neuen staatlichen Zustände Deutschlands.

Der Reichsverweser Erzherzog Johann entwickelt in diesen trüben Wochen mehr Energie als jemals in den besseren Zeiten vorher. Er setzt eine Abschwächung der Vollmachten für die Bevollmächtigten an die königlichen Höfe durch; er läßt den Reichsministerrat wissen, daß er die Annahme der Reichsverfassung „nur durch moralische persuasive Mittel befördert wissen wolle[31])“. Zwischen der Mehrheit des Parlaments, das die Beschlüsse am 4. Mai gefaßt hat, und dem Erzherzog besteht also keine Gemeinschaft mehr. Das interimistische Reichsministerium Gagern erkennt allmählich doch, daß der Erzherzog das bedenklichste Hindernis zum Vorwärtskommen war und ist. Aber auch im Ministerrate selbst ist keine Einigung mehr zu erzielen über die Maßnahmen zur Durchführung der gesetzlich verkündeten Reichsverfassung; Beckerath besonders wehrt sich gegen Schritte der Gewaltsamkeit. Da Watzdorf ablehnt, wird Moritz Briegleb als Bevollmächtigter für Sachsen bestimmt; das Reichskabinett zieht fünf der bekanntesten Parlamentarier zu einer Beratung über die in Dresden ausgebrochene Revolution. „Bis zu welchem Grade“, so fragt man sich, „ist einer solchen Bewegung Spielraum zu gewähren, wenn sie die Durchführung der Verfassung zum Zwecke hat?“ Man sieht das schwere Dilemma der Erbkaiserlichen: sollen und können sie das Bündnis mit der Revolution eingehen, dürfen sie ihr heiliges Recht mit den Mitteln der Gewalt durchfechten?

Der Zentralmärzverein arbeitet fieberhaft. Am 6. Mai erläßt der Kongreß sämtlicher Märzvereine in Frankfurt zwei Aufrufe, die die Unterschriften Julius Fröbels als Präsidenten, Franz Raveaux' als Vizepräsidenten und der Schriftführer H. Wöhler und Ludwig Simon von Trier tragen. Der erste Aufruf wendet sich an das deutsche Heer. Die „deutschen Krieger“ sollen ihre Ehre und Vaterlandsliebe höherstellen als die Treue und die Willkürherrschaft der Fürsten und Peiniger des Volkes, sie sollen dem Willen der souveränen Nationalversammlung

gehorchen, welche das ganze Volk und somit auch die Soldaten aufgefordert hat, die Reichsverfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. „Streitet für die deutschen Grundrechte, welche die deutschen Soldaten erst zu freien Menschen machen! Wer hat die Soldaten auf ewig vom Offiziersstande ferngehalten? Der alte fürstliche Absolutismus, welcher jetzt mit unerhörter Frechheit sich wieder erhebt und dabei auf eure Hilfe zählt. Wer hat auf euch die Schmach geladen, daß die Invaliden an den Türen betteln müssen? Das alte Regiment der Junker und Schreiber. Jetzt aber hat für euch die Stunde der Befreiung geschlagen. Die Reichsverfassung befähigt euch, zu allen Ehrenstufen aufzusteigen, sie gibt euren Invaliden Ehre und Brot, sie gewährt euch alle Freiheitsrechte, die eure bürgerlichen Mitbrüder besitzen." Zum Schluß werden die preußischen Landwehrmänner aufgefordert, dem Beispiel ihrer Kameraden in Elberfeld und Krefeld zu folgen und der Nationalversammlung, der Reichsverfassung Gehorsam zu leisten (vgl. unten S. 471). Der „Aufruf an das deutsche Volk" spannt den Rahmen noch weiter — er erklärt das, was viele vergebens von der Frankfurter Nationalversammlung selbst hören wollen.

„Die Verfassung, welche die Vertreter des Volkes beschlossen und endgültig verkündet haben, soll durch die Gewalt rebellischer Regierungen umgestürzt, vernichtet werden. Die preußische Regierung erklärt, daß sie überall rechtzeitig erscheinen werde, um gewaltsam die Erhebung des Volkes zugunsten der Verfassung niederzuschlagen. Russische Horden ruft man zu Hilfe, um die Freiheit zu unterdrücken und die Macht des einigen Deutschland aufs neue zu lähmen." Deshalb: Selbsthilfe! „Wer Waffen tragen kann, rüste sich, sie zu gebrauchen. Bildet Wehrvereine, schließt euch aneinander! Schließt euch uns und dem Zentralmärzverein an. Einheit tut vor allem Not! Einheit des Planes, Einheit der Tat! Einzeln können wir unterliegen, vereinigt müssen wir siegen!" Durch den ganzen Westen und Süden, auch durch die Mitte Deutschlands fliegen diese Aufrufe der Märzvereine. Die Revolution will handeln; kann das Frankfurter Parlament, können Zentralgewalt und Reichskabinett passiv bleiben[32])?

Vom Zentralmärzverein ist auch wahrscheinlich ein merkwürdiges Flugblatt in Frankfurt und Umgebung verbreitet worden, das sich an das deutsche Volk und Heer wendet. Es wird darin an den Reichstagsbeschluß vom 9. Oktober 1848 erinnert, der im Reichsgesetzblatt Nr. 3 verkündet worden ist. Danach wird jeder gewaltsame Angriff auf die Reichsversammlung als Hochverrat bezeichnet und mit Gefängnis, nach Verhältnis der Umstände mit Zuchthausstrafe bis zu zwanzig Jahren bestraft. Dies nimmt also die Linke jetzt als ihr Recht in Anspruch!

Am 8. Mai legt der Reichsministerrat ein neues Programm dem Reichsverweser vor; die Nationalversammlung hat Anwendung von Zwang zur Anerkennung der Reichsverfassung weder beabsichtigt noch gutgeheißen; die provisorische Zentralgewalt kann nur moralische Mittel anwenden; ihre Aufgabe ist es, zu vermitteln, wenn eine Regierung gegen die Reichsverfassung einschreitet; das Gesamtreichsministerium weist Angriffe auf Regierungen und Eingriffe in die Funktionen ordentlicher Behörden zurück, „es wird aber jeder Intervention einer oder mehrerer Einzelstaaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfassung in anderen Einzelstaaten entgegentreten". Dieser letzte Satz ist deutlich gegen Preußen gerichtet; er

bedeutet den Versuch, trotz aller betonter Friedlichkeit doch aktiv die Unterdrückung der Reichsverfassung auf gewaltsamem Wege durch die gleichen Mittel zu verhindern. So weit ist Heinrich v. Gagern jetzt gekommen. Der Reichsverweser erklärt aber in einem eigenhändigen Schreiben: es fehlten dazu die legalen Mittel, er wolle nicht etwas beginnen, was nicht durchzuführen sei, die Greuel des Bürgerkrieges müßten ferngehalten werden von Deutschland. Da findet am 9. Mai eine Sitzung des Kabinetts statt, zu der alle Bevollmächtigten außer dem preußischen Vertreter v. Kamptz eingeladen sind. Kamptz erscheint doch; Gagern nimmt ihn ins Nebenzimmer und erklärt: die Absicht des Kabinetts sei, die Nationalversammlung jetzt aufzulösen, den Reichsverweser zum Rücktritt zu zwingen und die provisorische Zentralgewalt Preußen zu übertragen. Das ist also Gagerns letzter politischer Gedanke: er will den Reichsverweser, der sich ihm versagt, beseitigen und durch eine Art Gewaltstreich Preußen auf seine Bahn zwingen. Aber auch das mißlingt; der Erzherzog weicht nicht; das interimistische Reichsministerium Gagern erbittet am 9. Mai seinen endgültigen Abschied und hat ihn am nächsten Tage vollzogen in der Hand[33]). In der allgemeinen Verworrenheit dieser Wochen macht das Ereignis doch starken Eindruck. Gagern hat die Verbindung zwischen Parlament, Zentralgewalt und preußischer Regierung immer noch hergestellt; nun klafft alles auseinander. Die Fraktion der Erbkaiserlichen selbst zerspringt; der linke Flügel, der von der Linken herkam, wendet sich zurück, konstituiert sich als neue Fraktion des „Nürnberger Hofes“ und beschließt mit der eigentlichen Linken am 10. Mai: Preußens Einschreiten in Sachsen ist Bruch des Reichsfriedens, mit allen Mitteln ist dem entgegenzutreten; Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter zur Durchführung der Reichsverfassung sind zu schützen; die Zentralgewalt soll diese Beschlüsse durchführen. So wendet sich Gewalt gegen Gewalt; das Rechtsbewußtsein des Parlaments erhebt sich gegen Regierungsmacht; der Bürgerkrieg muß durchgefochten werden. Die alte Gagernsche Reformpartei macht das nicht mit. Bassermann geht ihr in der Entscheidung voraus — er kehrt nicht mehr nach Frankfurt zurück, schlägt sich auf Preußens Seite und empfiehlt das werdende Dreikönigsbündnis, die Unionspolitik.

Was wird aus dem Reichsverweser? Prokesch hat schon Ende April verlangt, daß er sich in die Festung Mainz begeben soll, dann sei er doch nicht mehr genötigt, als „Schweif des Konvents“ zu dienen. Als Ersatz denkt sich der österreichische Gesandte in Berlin einen preußischen Prinzen, während Graf Lerchenfeld und Baron Meyendorff Friedrich Wilhelm IV. als Nachfolger unbedenklich finden[34]). Oberstleutnant Fischer erscheint in Frankfurt: er überbringt die Abberufungsorder des Königs für die preußischen Abgeordneten des Parlaments — da ihr Mandat erloschen, wird ihnen weitere Teilnahme an den Sitzungen verboten! — und die Aufforderung an den Erzherzog, die Zentralgewalt provisorisch in die Hände Preußens zu legen, damit „der Kampf gegen die Revolution einheitlich sei“; er soll schließlich den Reichsverweser bitten, den noch verbleibenden Rest des Parlaments kraft seiner Stellung aufzulösen; auch Prokesch schreibt seinem alten Gönner, dem Erzherzog: er möge die Wünsche Preußens erfüllen, nur Preußen habe augenblicklich die Macht, die Revolution in Deutschland zu bekämpfen; aus dem Provisorium werde kein für Österreich nachteiliges

Definitivum werden, spätere Verhandlungen hätten das zu entscheiden. Fürst Schwarzenberg mißbilligt aber diesen Schritt seines Gesandten; er wünscht, daß der Erzherzog sein Amt behält. Johann ist durch Ton und Inhalt der preußischen Anfrage verletzt; nachdem er immer über Kränklichkeit geklagt hat und wiederholt dem König von Preußen sein Amt übertragen wollte, erklärt er jetzt, er lasse sich nicht verdrängen; zur Auflösung des Parlaments hält er sich nicht gesetzlich für befugt, die Reichsverweserschaft kann er, wenn überhaupt, nur mit Einwilligung seines Kaisers übertragen; ob Preußen, das die Reichsverfassung abgelehnt hat, überhaupt geeignet ist, die Reichsverweserschaft zu übernehmen, stellt er in Frage[35]).

Preußen muß das alles einstecken, und Erzherzog Johann bildet ein neues Reichsministerium. Der Abgeordnete v. Hermann, schon im September 1848 Ministerpräsidentschaftskandidat, bemüht sich um ein großdeutsch-süddeutsches Kabinett, eine Zusammenfassung also der partikularistisch-klerikalen Opposition; er will sogar dem Reichsverweser die dauernde Oberhauptswürde übertragen zum Schrecken der Wiener Regierung; damit wäre von Bayern aus gegenüber den beiden deutschen Großmächten der konservative Block eines dritten Deutschland geschaffen gewesen; die provisorische Zentralgewalt bekommt durch solche Gedanken auf einmal wieder politische Bedeutung. Auch in der Paulskirche sitzen ja nur noch Abgeordnete aus diesem dritten Deutschland — es ist mit einem Male vorhanden, leibhaftiger und schneller, als gedacht. Hermann scheitert; aber der Hannoveraner Detmold bringt eine Kombination zustande, die nicht viel anders aussieht; Jochmus, der viel umhergetriebene west-östliche General, vertritt das klerikal-österreichische Element, der hessische Fürst Wittgenstein-Berleburg die kleinstaatliche Nachbarschaft, die am Fortbestehen der Frankfurter Gewalt so stark interessiert ist; der Hamburger Großdeutsche Handelsherr Merck nimmt mit besonderer Befriedigung die Stelle des Bremers Duckwitz ein; der alte, graue, verdrießliche, langweilige Grävell, Jurist von der äußersten Rechten, als Märtyrer seines Rechtsgefühls 1818 suspendiert, der komisch-lästige Parlamentsquerulant und Geschäftsordnungspedant der Paulskirche, läßt sich als Renommier-Preuße für dieses merkwürdige Kabinett gewinnen und zuerst in den Ministerpräsidentenposten, dann auf das Innenministerium vorschieben. Der Reichsverweser hat die Naivität, sich in Berlin sehr darum zu bemühen, daß doch General v. Peucker oder General Aschoff einstweilen die Funktionen des Reichskriegsministers übernehme; er werde sich sonst als von Preußen verlassen ansehen. Preußen lehnt böse ab; es will nichts mehr mit Frankfurt zu tun haben; es erkennt der Zentralgewalt keine Vertretung seiner politischen Interessen und keine Verfügungsberechtigung über seine Truppen mehr zu[36]).

Das Ministerium Grävell wird von der Mehrheit des Parlaments als Witz aufgefaßt; Detmold pflegt sich aber bei seinen Witzen etwas zu denken, und wenn er die Frankfurter Nationalversammlung beleidigen will, dann weiß er warum. Das geschickte Programm des neuen Kabinetts, das Grävell[37]), dies Opferlamm, mit der ihm eigenen gespreizten Einbildung verliest, stammt von Detmold: die Zentralgewalt, so hört man, hat nach dem Gesetz vom 28. Juni 1848 mit der Durchführung der Reichsverfassung nichts zu tun; sie ist bereit, die Anerkennung bei den Regierungen zu vermitteln, wird aber ungesetzlichen Bewegungen mit allen

Mitteln entgegentreten; nur ihr selbst steht Regierungsgewalt zu, Einmischungen und Zugriffe wird sie nicht dulden. Das Mißtrauen, das ihm die Mehrheit prompt bescheinigt, beantwortet das Kabinett Grävell mit Gemütsruhe: es wird bleiben, auch der Reichsverweser bleibt; zwar hat er sein Amt von der Nationalversammlung, seine Macht aber von den Regierungen; nur in die Hände der Regierungen wird er seine Macht zurücklegen. Eine feine Unterscheidung! Am Tage der Kaiserwahl noch hat Johann nicht zwischen dem Amt und der Macht unterschieden; jetzt ist die Lage anders. Preußen hat seine „Macht", soweit es sie übertragen hat, zurückgenommen; der Erzherzog bleibt als Machtträger Österreichs und Bayerns. Jochmus, sein Vertrauter, bekämpft mit Energie die Rücktrittsideen, die der Reichsverweser privatim, sicherlich ehrlich, immer wieder äußert; die Rolle, die Johann zufällt, ist demütigend genug, für ihn ist die Reichsverweserschaft seinerzeit die Vorstufe zu Höherem gewesen; nun schrumpft sie zusammen zur Platzhalterschaft für — den alten Bundestag[38]). Kamptz schreibt über das Intrigenspiel des Erzherzogs und seiner Leute: „Viele unreine Hände sind mit seinen Angelegenheiten beschäftigt, bummelnde Zwischenträger, die so tun, als ob sie etwas zu vermitteln hätten."

Die Nationalversammlung will mit einem Schlage die Lage klären: am 19. Mai beschließt sie die Ernennung eines Reichsstatthalters, der den vorgesehenen Reichstag einberufen soll. Heinrich v. Gagern soll diese Rolle übernehmen. Schon seit Tagen ist die Rede davon, ihn an die Spitze der Volksbewegung zu stellen, Biedermann hat nun den Antrag vertreten. Gagern ist an diesem Tage krank, sonst hätte er sich gleich gegen diese Idee gewehrt. Gagern ist kein Florian Geyer, auch kein Gracchus oder Gambetta. Er hat bei Waterloo gekämpft, sein Bruder ist gegen Hecker gefallen — er kann nicht auf die Straße gehen. Genau so steht es mit Dahlmann, mit Rießer, mit allen Häuptern der Erbkaiserlichen. Moralischen Mut haben diese Männer genug gezeigt; aber selbst wenn sie als Politiker die zweite Märzrevolution, die nun mitten im Gange ist, für aussichtsvoll gehalten hätten — sie sind nicht für den Barrikadenkampf gemacht. Sie sind, ganz ohne Ironie gesprochen, für den Terror zu human. Sie können vom Unrecht der Gegenwart an das Recht der Zukunft appellieren, wie sie es in Gotha machen werden; Preußen, an das sie geglaubt haben, hat ihnen immer wieder bitter weh getan; trotzdem: die Mächte der Zerstörung, der revolutionären Selbsthilfe aufzurufen, vermögen sie nicht; sie sind edle, wohlmeinende Reformer, Männer des Gedankens und des Wortes, gedämpft und abgeklärt, maßvoll und deshalb nicht zur äußersten Tat berufen; ihre Größe ist zugleich ihre Schwäche. Gagern, Dahlmann, Soiron wollen Vertagung des Parlaments und damit mindestens das formale Ausharren, nicht den Austritt, der den Verzicht bedeutet, sie fügen sich aber dem Mehrheitswillen ihrer Partei und setzen ihre Namen unter die Austrittserklärung der Sechzig vom 20. Mai. Ein weiterer Teil der Erbkaiserlichen unter Fallatis und Biedermanns Führung folgt wenige Tage später, als die Linke die beschlußfähige Anzahl der Mitglieder auf hundert herabsetzt. Der Rest der Erbkaiserlichen scheidet am 26. Mai aus. Der Name Rumpfparlament, eine Reminiszens aus der englischen Revolutionsgeschichte, trifft eigentlich weder historisch noch politisch das Richtige. In Wirklichkeit sind Rumpf und Gliedmaßen abgeschnitten, und der Kopf ist geblieben. Uhland hat einen Aufruf an das deutsche

Volk entworfen, Welcker beantragt einen Zusatz, durch den jede ausländische Einmischung von Osten oder Westen in den inneren deutschen Zwist abgewiesen werden solle; er ist gegen den Verdacht des Zusammenhanges der deutschen Volksbewegung mit dem französischen Sozialismus gerichtet. Die Mehrheit hält das für überflüssig und verwirft den Zusatz; nun scheiden Rießer, Welcker, Biedermann, Zachariä und ihre Freunde aus. Aus einer Dichterseele, sagt schon Karl Vogt, ist ein kristallheller Strom in diesen Aufruf geflossen: Uhland erinnert an die Ratlosigkeit der Regierungen im Frühjahr 1848, an die feierlich verkündete Nationalsouveränität; eine Vereinbarung über die zukünftige Reichsverfassung könne nie zwischen allen deutschen Regierungen zustande kommen; nicht der Bürgerkrieg soll jetzt geschürt werden, aber das Volk muß „in dieser eisernen Zeit" wehrhaft und waffengeübt dastehen; die Volkswehr soll sich aufstellen; unter ihrem Schutz sollen die Wahlen am 15. Juli nach dem beschlossenen Wahlrecht stattfinden. Das Rumpfparlament will also zusammenbleiben, das letzte Band der deutschen Volkseinheit soll nicht zerreißen, ein Kern soll bestehen, an den sich wieder ein vollerer Kreis anschließen kann; dieser Rest will die zerfetzte Fahne in die Hände des neuen Reichstages niederlegen. — Der Aufruf ist voller Würde und gesetzlicher Gesinnung. Auch er vermeidet die Erweckung offener Gewalt gegen die Gewalt, wie es Johann Jacoby will, wozu Karl Marx und Friedrich Engels bei einem kurzen Frankfurter Aufenthalt treiben. Die äußerste Linke auch der Paulskirche sieht wohl, daß man nun an der Schwelle der erklärten Revolution angelangt ist; sie will kämpfen, sie muß es wollen. Der Bruch mit dem Reichsverweser und dem Reichsministerium ist klar, frische Truppen der Regierungen ziehen sich in Frankfurt zusammen; muß das Rumpfparlament weichen? Kann es nicht die Revolution nach Frankfurt rufen und das ganze Rheinland mitreißen? Uhland warnt vergebens vor dem Wegzug, Eisenmann, Schott, Vischer, Venedey wenden sich dagegen, Schoder drängt eifrig dazu, auch der Jurist Römer sieht in dem Rumpfparlament die wahre, vollberechtigte und zu weiterer parlamentarischer Arbeit fähige Nationalversammlung. Eine schwache Mehrheit beschließt am 30. Mai die Verlegung nach Stuttgart[39]). Die Männer des Anfang Mai gegründeten Großdeutschen Vereins, Buß und Welcker an der Spitze, verwahren sich in der „Frankfurter Zeitung" gegen diesen Beschluß; die Großdeutsche Partei betrachtet ihre in Frankfurt zurückbleibenden Abgeordneten als die allein rechtmäßige Nationalversammlung.

Buß erklärt schon am 20. Mai in einem Schreiben an den preußischen Bevollmächtigten v. Kamptz, nur die Gesamtheit der Regierungen sei zur Zurückberufung der Abgeordneten berechtigt. Die Bevollmächtigten Mosle und Eigenbrodt versuchen noch einmal, in diesem letzten Augenblick, den Rücktritt des Erzherzogs-Reichsverwesers zugunsten Friedrich Wilhelms IV. oder auch des Prinzen von Preußen herbeizuführen, damit die Zentralgewalt in Frankfurt bleiben könne. Schon geht der Reichsverweser nach Mainz, um sich von den österreichischen Offizieren zu verabschieden; er hat auch dem preußischen Geheimen Legationsrat v. Savigny die mündliche Zusage seines Rücktritts gegeben. Da wird er von den Großdeutschen wieder umgestimmt. Das Reichsministerium antwortet den Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, die Zentralgewalt habe die Befugnisse des Bundestages von allen Staaten einschließlich Preußens erhalten

und werde sie bis auf weiteres ausüben. Eine Presseindiskretion jagt nun die andere. Erzherzog Johann selbst hilft dazu mit. Wenn ihm der preußische Bevollmächtigte Depeschen vorlegt, die nur für ihn bestimmt sind, macht er sich Bleistiftnotizen, „weil sein alter, schwacher Kopf nichts mehr behalten könne", und am andern Tage steht alles in der Oberpostamtszeitung. Am 22. Juni wird Kamptz als preußischer Geschäftsträger nach Hamburg versetzt; Preußen erklärt, keine weitere Vertretung bei der Zentralgewalt mehr nötig zu haben; auch könne es nach Auflösung der Nationalversammlung kein verantwortliches Ministerium mehr geben.

Die österreichisch-großdeutsche Clique um den Reichsverweser läßt sich aber gar nicht stören. Biegeleben stellt am 17. Juni eine ausführliche Denkschrift fertig, in der gesagt wird: „Die Behauptung des Amtes des Reichsverwesers ist nicht eine Frage der Macht oder der augenblicklichen Zweckmäßigkeit, sondern die Frage des Daseins der letzten den Begriff und den Umfang des Bundes bewahrenden Autorität. Dem Dreikönigsbündnis wird der Reichsverweser nicht auf Grund des formellen Bundesrechtes entgegentreten, obwohl es bundesrechtlich bestreitbar ist. Auch Preußen hat erklärt, nicht in die Befugnisse der Zentralgewalt eingreifen zu wollen, sie nicht ersetzen, sie vielmehr wahren zu wollen ... Der Reichsverweser ist zu einer offenen und freundschaftlichen Verständigung mit Preußen bereit." Und der König von Bayern schreibt dem Reichsverweser am 4. Juni einen warmen Anerkennungsbrief für die bewiesene Standhaftigkeit: „Heute halte ich mich aufs neue gedrungen, dem eigenen, und ich darf sagen, dem Gefühle aller edlen Söhne des Vaterlandes Ausdruck zu geben, indem ich Ew. Kaiserl. Hoheit unter Darlegung des wärmsten Dankes für die bisher bewiesene Hingebung an eine heilige Sache die dringende Bitte vorführe, dem deutschen Volke inmitten unabsehbarer Wirren jenen Trost zu bewahren, daß von Euer Kaiserl. Hoheit noch ein Mittelpunkt gegeben sei, von welchem aus Ruhe und Ordnung und vor allem die Freiheit Deutschlands wiederaufgebaut werden könne[40]).

Erzherzog Johann bleibt also weiter der „Mittelpunkt" für Ruhe und Ordnung; im Sommer geht er nach Gastein und nimmt Jochmus mit. Zwischen diesem und dem in Frankfurt verbliebenen Fürsten Wittgenstein entspinnt sich eine lebhafte politische Korrespondenz über die Radowitzschen Pläne: will Preußen nur den Nordbund, wird es den Südbund als Gegengewicht dulden, hält es fest an seinem Widerstand gegen das Direktorium im engeren oder auch gegen zwei Direktorien im engeren und weiteren Bunde? Im Nachlasse des Fürsten Karl Leiningen befindet sich eine Reihe lithographischer Blätter, die die verschiedenen Projekte der Lösung des deutschen Einheitsproblems praktisch veranschaulichen wollen[40a]). Die ersten drei stammen aus den letzten Monaten von 1848 und wandeln die Möglichkeiten der Gestaltung der zentralen Reichsgewalt ab. Das vierte Projekt aber ist datiert vom 10. Juli 1849 und gibt besonders plastisch die damalige Frankfurter Auffassung wieder. Die Zentralgewalt soll danach bestehen aus einem österreichischen, einem norddeutschen und einem süddeutschen Repräsentanten. Ein Reichs- oder Zentralministerium soll in Frankfurt sitzen, ein „austrogermanischer" Reichstag dort tagen. Einem Norddeutschen Bundesstaat unter preußischer Führung soll ein Süddeutscher Bundesstaat unter

bayrischer Führung gegenübertreten, beide mit Bundesministerien und Bundeskammern. Das Kaiserreich Österreich mit seinem eigenen Ministerium und seinen eigenen Kammern führt ebenso sein Leben weiter für sich. Gemeinsam allen drei Körpern sollen sein: Reichsgericht, Reichsoberfeldherr, Reichsbotschafter, Entscheidung über Krieg und Frieden, Post, Telegraph, Reichsfestungen, Gewicht, Maß, Patentrecht, Handel, Schiffahrt, Zollverband; die Reichsfinanzen sollen auf Matrikularbeiträgen beruhen. Der südwestdeutsche Frankfurter Reichsgedanke tröstet sich besonders mit der Entschlossenheit Bayerns, sich nicht dem Hause Hohenzollern unterzuordnen und keine katholischen oder partikularen Interessen preiszugeben. „Man begreift dieses Gefühl, wenn man im Wittelsbacher Ahnensaale gewesen und die Walhalla gesehen hat", schreibt Jochmus an Wittgenstein am 10. Juli. Weder österreichisch noch preußisch, sondern deutsch will die Zentralgewalt sein; „der Erzherzog-Reichsverweser repräsentiert das Prinzip der Rechtskontinuität", schreibt Jochmus am 11. Juli. Und Wittgenstein befürwortet bei der österreichischen Regierung eine baldigstmögliche Vereinbarung mit Preußen. Biegeleben wird im September von der Zentralgewalt auf Reisen geschickt, um bei den deutschen Regierungen Mittel und Wege zu finden, die Zentralgewalt aufrechtzuerhalten „oder durch ein anderes auf dem Grunde der Verträge und allgemeiner Zustimmung beruhendes Organ zu ersetzen". Auch die Bundestagwelt, die immer hinter der Zentralgewalt am Leben geblieben ist, besinnt sich auf ihre Legitimität. Diese Frankfurter Mitwirkung hat wesentlich zum Abschluß des Interims zwischen Österreich und Preußen vom 30. September 1849 beigetragen. Als im September der Prinz von Preußen dem Erzherzog Johann nur als österreichischem Prinzen seinen Höflichkeitsbesuch in Frankfurt macht, sagt ihm dieser ganz trocken: „Den Erzherzog habe ich zu Hause gelassen und nur den Reichsverweser bei mir[41])."

*

Trotz des Belagerungszustandes hat das demokratische Berlin die erste Wiederkehr des 18. März zu feiern versucht. Man mußte sich schon an das Vergangene erinnern, denn das Weiterschaffen war schwer geworden. Die „deutsche Arbeiterverbrüderung" hat das Lied ertönen lassen:

„Darum haben wir den Reih'n
Hand in Hand geschlungen,
Von der Menschheit Jugendwein
Glühend heiß durchdrungen,
Und nach unserm hohen Ziel
Männlich kühn gerungen
Und für unser gutes Recht
Unser Schwert geschwungen[42])."

Als „Totenopfer den am 18. März im Kampf für die Freiheit gefallenen Brüdern gewidmet", ist bei Louis Hirschfeld ein Gedicht als Flugblatt erschienen, das bitter genug die Veränderung während eines kurzen Jahres schildert:

„Die für das Recht des Volks gekämpft —
Sie unterlagen der Macht des Stärkern.
Man hat ihren Freiheitsmut gedämpft —
Wo ihr sie findet? In dumpfigen Kerkern!
‚Hochherzig benahm sich das Volk im März' —
Das sind des Königs höchsteigene Worte.
Wo finden wir aber ein hohes Herz?

Schlaft sanft, ihr Brüder, in euerem Grab
Und verzeiht, daß eure Ruhe ich störte.
Ich wollt euch nur sagen: Wir warten's ab!
Vielleicht . . . Halt, wenn ein Spion uns hörte!?
Nein, nein! Wir freuen uns gar zu sehr —
Die Gewerbe blühn! Wir kennen nicht Mangel.
Es gibt keine Größe im Volke mehr —
Groß sind nur noch Hinckeldey und Herr Wrangel . . ."

„Rückblick und Hoffnung am 18. März" nennt sich ein drittes Flugblatt; ein bekränztes Kreuz steht über dem Anfang der Verse, die an den „großen Völkerfrühling" vor einem Jahre erinnern.

„Blieb uns nichts? Ging ganz verloren uns die Ernte jener Saat,
Die der Frühling jenes großen Jahres ausgestreuet hat?

Ist umsonst das Blut der Helden an dem heilgen Tag verraucht?
Naht der Tag nie, wo der Freiheit Stern am Himmel aufgetaucht?

Doch! Uns ist ja eins geblieben: das Bewußtsein, daß der Geist,
Welcher jenen März gewecket, ungesehn die Welt umkreist;

Keine scharfgeschliffnen Schwerter, keine Kugeln in dem Lauf
Halten ihn, den Allgewaltgen, in dem ewgen Gange auf.

Und der Tag kommt, wo der Rächer einst aus ihrem Blut ersteht,
Wo gelangt zu seiner Geltung auch des Volkes Majestät,

Wo die Toten der Gedanke nicht im Schlaf zu stören braucht,
Daß ihr Herzblut in dem heilgen Kampfe ist umsonst verraucht."

Die sechs Strophen werden durch eine Schlußvignette abgeschlossen. Die Freiheitsgöttin fliegt über den Erdball[43]). —

Berlin erlebt keinen zweiten achtzehnten März. Mit starker Mehrheit hat am 26. April die Zweite Kammer für die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt — auch einer der Gründe für das Auflösungsdekret. Nichts schadet dem Ministerium mehr als die Verwendung plumper Fälschungen gegen die „Demokraten". Vom „Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen" wurden zu

Anfang des Jahres 1849 vier Hefte „Enthüllungen“ herausgegeben[43]. „Mysterien der Berliner Demokratie“; darin waren Bruchstücke einer angeblich von den Demokraten angefertigten schwarzen Liste veröffentlicht, eine Reihe von Personen waren darin für die Todesstrafe, andere für Vermögenskonfiskation vorgemerkt; in unserem Besitze, wurde kühn behauptet, befindet sich die Originalanweisung zur Empfangnahme der Guillotine, die auf dem Potsdamer Platz errichtet werden sollte. Minister v. Manteuffel scheute sich nicht, mit solchem Material vorzugehen und einzelne Abgeordnete der Linken der Teilnahme an Verschwörungen zu bezichtigen. Die Gerichte erwiesen später die völlige Haltlosigkeit.

Die Auflösung der preußischen Zweiten Kammer ist ein Schlag gegen das allgemeine Wahlrecht, ein Schlag gegen die als zu demokratisch empfundene oktroyierte Verfassung Preußens, ein Schlag zugleich gegen Frankfurt und seine Reichsverfassung; Preußens Regierung schließt jetzt die Zeit der sanften Reaktion ab und beginnt mit der schärferen Tonart. Wrangel und der Berliner Polizeipräsident v. Hinckeldey halten den Belagerungszustand für unentbehrlich, sonst werde der Aufruhr beginnen. Berlin sieht nur unbedeutende Zusammenrottungen; ein paar Rempeleien, ein paar scharfe Schüsse des Militärs auf Unbewaffnete, und der Spuk ist aus. Breslau aber baut Barrikaden, es schaut ein paar Tage ernst aus, der Belagerungszustand wird auch hier verhängt, die bedeutendsten Städte von Ostpreußen und der Rheinprovinz halten in Königsberg und Köln Städtetage ab, auf denen die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen und das Frankfurter Parlament zur Durchführung aufgefordert wird; gegen die von der preußischen Regierung angeordnete Einberufung der Landwehr zum Kampf gegen die Revolution wird Verwahrung eingelegt[44]. Auf dem platten Lande, in der Mark und in Pommern besonders regt sich nur wenig. Die konservativen Vereine haben das Übergewicht, die konstitutionellen Vereine beschränken sich auf Kundgebungen. In der Provinz Sachsen putscht es zusammenhangslos in vielen einzelnen Orten. Die katholischen Vereine am Rhein und in Westfalen wirken gegen jedes revolutionäre Mittel und begeistern sich nicht für eine Reichsverfassung mit protestantischem Erbkaiser. Die Garnisonen werden verstärkt. Es fehlt der Volksbewegung an jeder einheitlichen Organisation, es fehlt an Waffen. An mehreren Orten des Rheinlandes, wie Prüm und Gräfrath, werden die Zeughäuser der Landwehr gestürmt, in Siegburg unter Führung des Bonner Professors Gottfried Kinkel mit Mißerfolg. In Bonn sitzt das Direktorium des Demokratischen Vereins in Permanenz. Düsseldorf, Iserlohn, Solingen, Hagen, Elberfeld werden Schauplätze ernsterer Ereignisse infolge der Einwirkung des Zentralmärzvereins, dem der Politische Klub in Elberfeld aktiv angehört. Hier, also in überwiegend protestantischem Gebiet, verweigern die Landwehrleute den Gehorsam. Die Generalversammlung der Landwehr von Elberfeld faßt am 3. Mai folgenden Beschluß: „Unterzeichnete Landwehrmänner Elberfelds erkennen und erklären, daß das die Krone umgebende Ministerium als ein volksfeindliches zu betrachten, und halten sich der absoluten Krone entbunden. Dagegen erklären sich dieselben mit der von der Frankfurter Nationalversammlung festgestellten Verfassung einverstanden und sind entschlossen, die Einführung dieser Verfassung für Deutschland mit ihrer Person und Ehre zu bewerkstelligen.“

Die Elberfelder Landwehr erklärt am 6. Mai, sie werde von ihren Waffen Gebrauch machen, falls nur ein Soldat das Weichbild der Stadt betrete. Alle Landwehrmänner des Großherzogtums Berg und der Grafschaft Mark werden am 7. Mai von dem Landwehrkomitee aufgefordert, gegen die „ungesetzlichen Maßnahmen des volksverräterischen Ministeriums Brandenburg-Manteuffel" nötigenfalls mit den Waffen in der Hand zu protestieren; die Zeit des passiven Widerstandes sei vorüber. In Elberfeld zuerst werden Barrikaden gebaut und die Gefängnisse gestürmt, die andern Orte folgen nach. Der Zeichenlehrer Körner in Elberfeld schmiedet den Plan für den Aufstand im ganzen Rheinland, begeistert tut der junge Friedrich Engels mit, er will dieLandwehr zur revolutionären Armee entwickeln und den bergisch-märkischen Industriebezirk zum Zentrum des Aufruhrs machen, das linke Rheinufer soll zum Kampf aufgerufen, von dort sollen die Festungen und Garnisonstädte bearbeitet werden. Republikaner, Sozialrevolutionäre, Kommunisten sollen sich unter der Parole der Reichsverfassung zusammenfinden. Alle Revolutionshandlungen bleiben aber vereinzelt, Uneinigkeit zeigt sich sofort. In Elberfeld hat sich ein Sicherheitsausschuß gebildet, der ehemalige preußische Artillerieoffizier v. Mirbach wird Befehlshaber; Engels aber, der die Entwaffnung der Bürgerwehr, die Bewaffnung der Arbeiter fordert und die schwarz-rot-goldene Fahne durch die rote Fahne ersetzen will, wird möglichst schnell aus der Stadt entfernt[45]). Gewiß haben die Reichspatrioten recht, wenn sie sich nicht kommunistisch kompromittieren wollen, aber ohne revolutionäre Leidenschaft kann man keinen Bürgerkrieg führen; alles bricht zusammen, die Bürgerwehr in Elberfeld stellt die Ordnung wieder her. Die Industriellen lassen einiges Geld springen und retten damit Fabriken und Häuser. Der Belagerungszustand wird über Rheinland und Westfalen verhängt, das preußische Militär erzwingt die Ruhe. Am meisten Blut fließt in Iserlohn: auch hier bildet sich ein Sicherheitsausschuß, viele Bewaffnete von Hagen, Hamm und kleineren Städten ziehen zu, sie bemächtigen sich schnell des Regiments und üben solchen Terror aus, daß Frauen und Kinder fliehen; Männer werden nicht herausgelassen; eine Zwangsanleihe wird eingetrieben zur Löhnung der Freischaren. Das Militär dringt dann kampflos ein, und viele Unschuldige fallen den Soldaten zum Opfer, die doppelt erbittert sind, da ihr Kommandeur durch einen Schuß aus dem Hinterhalt niedergestreckt wird. Waffen aller Art werden eingezogen.

Die Staatsautorität im Rheinland ist hergestellt. Nun wird auch die „Neue Rheinische Zeitung" in Köln unterdrückt. Ihre Hetze gegen das Frankfurter Parlament ist der preußischen Regierung ganz lieb gewesen; den Aufruf zur rheinischen Unabhängigkeit und zum Klassenkampf will sie nicht dulden. Die einheimischen Redakteure werden ins Gefängnis gesetzt, die ausländischen ausgewiesen. Die letzte Nummer vom 19. Mai ist auf rotes Papier gedruckt. Freiligrath schreit der Reaktion das Trutzlied von der „Rebellin" in die Ohren.

Preußen vollendet die Gegenrevolution; am Tage nach der Veröffentlichung seiner Unionsakte nebst Wahlgesetz vom 26. Mai wird dasselbe Wahlgesetz auch für die Neuwahl seiner Zweiten Kammer oktroyiert: öffentliche Wahlen statt der geheimen, indirekte Wahlen statt der direkten, Dreiklasseneinteilung der Wählerschaft nach dem zu entrichtenden Steuerbetrage. Gegen den Reichspatriotismus

der nationalen Revolution wird der preußisch-partikularistische Patriotismus angesetzt. Der „Treubund für König und Vaterland“ entsteht in diesen Maitagen, mit einem Zentralkomitee und einem Großmeister an der Spitze, mit monatlichen Beiträgen von wenigstens einem Silbergroschen. Der Treubund will die „echt konstitutionelle Gesinnung“ pflegen, die Ordnung und Anhänglichkeit an König und Vaterland bewahren, die „wahre Freiheit“ dadurch aufrechterhalten, er verbreitet Lieder, die nicht schön sind, aber desto besser gemeint:

„Graf Brandenburg ist ja ein tüchtiger Mann,
Der das Land und die Stadt hat errettet;
Herr v. Manteuffel mehr noch wie ein Wunder kann —
Neu den ganzen Strom hat gebettet.
Sie beide sind des Staates Zier,
Die Treuen zollen euch Dank dafür.“

Oder das andere, eine Abwandlung des Preußenliedes:

„Ich bin ein Preuße, will als Preuße sterben,
Als echter Preuße leben allerwärts,
Und meine Kinder sollen von mir erben
Ein echtes preußisches Soldatenherz.
Laßt stolz die Fahnen wehen,
Ein jeder soll sie sehen —
Wir rufen frei ins freie Land hinaus:
‚Wir fallen gern für unser Königshaus!‘ “

Das Organ des „Treubundes“ ist die „Königszeitung“, deren erste Nummer am 15. Juli 1849 erscheint: sie will den neuen Versuch machen, ein „edles Volksblatt“ zu sein, und erscheint wöchentlich zweimal bei Rudolf Ferdinand Habel. „Reaktionär will sie sein“, schreibt sie, „der Partei gegenüber, welche das Wohl des Volkes auf die Fahne schreibt mit der rechten Hand, während sie mit der linken die Taschen des Volkes leert, um die ihrigen zu füllen“; das Neue, so heißt es poetisch-organologisch, wachse aus dem Alten hervor, und der Kern sterbe, wenn der Baum erzeugt ist; das Blatt ist auch „gegen die Freiheit, die den Staat auflöst und nichts ist als ein Krieg aller gegen alle“. Es will die sichere, glückliche Zukunft des preußischen Volkes zu gewinnen suchen auf konstitutionellem Wege — „trotz allen Rückwärtsern und Rotfähnlern[46])“. Der „Treubund“ wird durch eine besondere Organisation für Preußens Frauen und Jungfrauen ergänzt, deren Zweck es ist, Liebe und Verehrung für die Hohenzollern zu pflegen; ein „Musterhaus“ wird geplant zur „Erzielung wohlfeileren und sittlicheren Lebens“ sowie der Erziehung der Kinder der ärmeren Volksklassen. Vier Grade werden unterschieden: Henriettengrad (grün), Sophiengrad (weiß), Luisengrad (rosenrot), Elisabethgrad (himmelblau). Das Organ dieses Frauenbundes heißt „Gott mit uns“. Graf Otto Schlippenbach, der Redakteur, spricht darin erbaulich vom „neuen Gigantenkrieg“, veröffentlicht süßliche Gedichte und orakelt über den Gesellschaftsaufbau, der wie die äußere Natur aus einem Oben und einem Unten

bestehen müsse[47]). Wie unentwegt bekämpft auch etwa die „Preußische Volkszeitung" die „Schlange der Revolution und das anarchische Wesen"! Sie bildet in ihrer Nummer vom 15. August den Adler ab, der die Schlange zerbeißt — eine Plastik, die die Deputation des Breslauer Patriotischen Vereins dem König geschenkt hat; sie wird in Sanssouci aufgestellt. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", hat Oberstleutnant v. Griesheim Ende November mit schnell volkstümlich gewordener Prägnanz verkündet. Nun leitet dieses Schlagwort den Aufruf an das preußische Heer ein (vgl. oben S. 181). Der alte Militärstaat Preußen hat seine Mission gefunden — die preußische Armee fühlt sich als die „einzige noch fest und aufrecht stehende Säule in Deutschland"; sie trägt „den letzten Rest der Ordnung"; sie will der „Mittelpunkt sein, um welchen sich das neue Gebäude aufbaut".

„Also heulen durch das Land
Die unsaubern Geister,
Bis das Kreuz mit fester Hand
Drüber schlägt der Meister.
Bei dem ersten Trommelklang
Fahren sie davon mit Stank!
Gegen Demokraten
Helfen nur — Soldaten[48])!"

Was für Bayern der Neukatholizismus ist, das ist für Preußen der Glaube an die Armee; von da aus kann und will sich Preußen wiederaufbauen. Es vertraut auf seinen Genius, es beschwört seine Vergangenheit. „Wie der König von Preußen groß genug war, eine Kaiserkrone auszuschlagen, die sein Volk mit Auflösung bedroht hätte, so glüht in dem preußischen Volke ein Funke, der den preußischen Staat erhalten wird. Es ist der Gedanke an seine große Vergangenheit, die Erinnerung an seine großen Kurfürsten und Könige, welchen es durch die Treue ihres Volkes gelang, Preußen groß zu machen und es aus allen Gefahren zu retten", schreibt ein Anonymus vom 10. Mai 1849[49]). Preußen will also Preußen bleiben, es will, wie in einer anderen Flugschrift gesagt ist, nicht „seine Militärmacht, seine Verwaltung, seinen Handel, seine Finanzen und folglich auch die Wohlhabenheit und wahre Freiheit seiner Einwohner" durch die Reichsverfassung zugrunde richten lassen[50]). So wird jetzt in Berlin das Militärische und Dynastische romantisch verklärt, um über alle Fehler und Enttäuschungen der Politik hinwegzukommen. Der nationale Kampf für die deutsche Reichsverfassung wird hingestellt als Kampf gegen „Gesetz und Ordnung" — so etwa in einem „Armeebefehl" genannten Erinnerungsblatt für die preußische Armee. „Es gilt, das Vaterland zu retten", heißt es da, „von Gesetzlosigkeit und Republik. Es gilt, zu kämpfen wider Eidbruch, Lüge, Verrat und Meuchelmord." Es wird an 1813 und 1815 erinnert; es wird an „die preußische Kriegertugend" appelliert: sie soll zum ewigen Ruhme dem preußischen und deutschen Vaterlande werden. Der König wird „edel" genannt, das Hohenzollernhaus als erhaben gepriesen, der König von Preußen mit dem Lorbeerkranz dargestellt[51]). „Recht muß Recht bleiben", steht über der Kopfvignette, dem Preußenadler mit Fahnen. So setzt

sich also ein Recht gegen das andere: das neue positive deutsche Recht der Kämpfer für die Frankfurter Reichsverfassung gegen das preußische Naturrecht auf konservative Eigenstaatlichkeit; Preußen mobilisiert nicht nur Soldaten gegen Deutschland; Loyalität, organische Entwicklung, militärische Disziplin, die bürgerliche Ordnung des Dreiklassenstaates marschieren gegen den parlamentarisch beschlossenen Idealstaat freier Bürgerlichkeit und gesamtdeutscher Nationalität.

*

Was kann die norddeutsche Kleinstaaterei gegenüber der Entfaltung solch preußischer Militärmacht tun? Die 28 reichsverfassungstreuen Regierungen fallen um, sobald Preußen die Frankfurter Reichsverfassung endgültig ablehnt, und schließen sich, wohl oder übel, meist ohne Wärme, dem Dreikönigsbündnis an. Die einzige norddeutsche Regierung, die folgerichtig der Reichsverfassung widersteht, Hannover, wird deshalb im Lande selbst scharf angegriffen. König Ernst August und seine Minister zittern geradezu vor der Möglichkeit der Annahme der Kaiserkrone; um so lebhafter ist die Freude über die Ablehnung — der engere Bundesstaat, den Preußen seinerseits weiter erstrebt, bleibt aber verdächtig; „das Schreckbild der Mediatisierung erhebt furchtbarer als je sein Haupt" — so schildert der preußische Gesandte den Eindruck der offiziellen Kreise. Graf Bennigsen nennt die Frankfurter Verfassung „die organisierte Revolution und den Übergang zur republikanischen Staatsform", aber, so wünschenswert er eine Verständigung zwischen den königlichen Höfen finden mag, um wenigstens ein Provisorium zustande zu bringen — irgendwelchen Eifer darf Preußen von Hannover bei der Mitwirkung zur Neugestaltung nicht erwarten[52]). Man temporisiert; der Bevollmächtigte nach Frankfurt für die preußischerseits vorgeschlagenen Verhandlungen wird zwar bestimmt, aber nicht abgeschickt. Erst am 4. Mai reisen Stüve und Wangenheim dann nach Berlin. Vorher hat Hannover in ziemlich milder Form den engeren Bundesstaat abgelehnt und eine Verständigung mit Österreich als besonders wünschenswert bezeichnet. Inzwischen erlebt das Königreich eine starke Bewegung für die Frankfurter Reichsverfassung. In Celle, dem Zentrum des politischen Emissärwesens, tagen 75 Volksvereine, um sich über die notwendigen Schritte zu verständigen. 53 Abgeordnete der Kammern verlangen die Einberufung der Volksvertretung. Eine Adresse läuft um, durch die die Regierung aufgefordert werden soll, sich für die Frankfurter Verfassung einzusetzen. Die Antwort des Königs ist die Auflösung der beiden Kammern vom 25. April — mit der sonderbaren Begründung, daß der Versuch, eine Mehrheit während der Vertagung zu einem bestimmten Zwecke zu vereinigen, unverträglich mit dem Wesen einer repräsentativen Verfassung sei. Systematisch und gleichförmig, unter der Wirkung der Weisungen des Frankfurter Zentralmärzvereins, geht aber die Bewegung weiter durch das ganze Land. Viele Magistrate und Bürgervorsteherkollegien sprechen sich für die Annahme der Reichsverfassung aus: Emden, Göttingen, Einbeck, Hameln, Osterode; fast alle Bürgerwehren ziehen feierlich zur Parade und treten ein für die Reichsverfassung; in Eystrup und in der Residenz Hannover selbst finden große Volksversammlungen statt; eine Deputation zu empfangen, lehnt freilich der König ab.

Trotzdem erscheint eine Abordnung der Volksvereine im Schloß mit der Forderung: Entlassung des Ministeriums, Berufung der Stände und Einführung der Reichsverfassung. Der Adjutant des Königs nimmt die Adresse entgegen. Stüve weist aber alle dergleichen Anträge formell und materiell zurück. Die Regierung ist entschlossen, wenn nötig, die Bürgerwehr aufzulösen. Der Chef legt das Kommando nieder, da die Mehrheit für die Reichsverfassung stimmt. Das Polytechnikum in Hannover wird wegen Disziplinmangels vor Ablauf des Schuljahres geschlossen. Der Bevollmächtigte der Zentralgewalt Seebeck, der die Anerkennung der Reichsverfassung und die Zusammenberufung des Landtages befürwortet, wird sehr höflich, mit voller Anerkennung seines geschickten Auftretens, aber durchaus abschlägig beschieden. Das einzige Zugeständnis ist das Versprechen der Regierung, die Jagdverhältnisse provisorisch ordnen zu wollen — denn die Agitatoren für die Reichsverfassung arbeiten mit der Behauptung: die reaktionäre Aristokratenclique wolle deshalb die Reichsverfassung nicht, weil sie die bisherigen Jagdberechtigungen aufhebe. Keinerlei Exzesse geschehen in dem ruhigen Lande. Der Redakteur der „Zeitung für Norddeutschland“, der ehemalige Theologe Theodor Althaus, empfiehlt als einziger am 7. Mai öffentlich in seinem Blatte die Einsetzung eines revolutionären Landesausschusses — der weiche, grüblerische Mann, eine Zeitlang Kommunist, nun religiöser Sozialist von ergreifender Echtheit, wird eine Woche später verhaftet und wegen versuchten Staatsverrates zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sonst ereignet sich gar nichts; in den kritischen Tagen vom 6. bis 8. Mai sind die Bahnhöfe besetzt und das Militär in den Kasernen konsigniert gewesen — das genügt. Das Volk fügt sich. Die hannoverschen Abgeordneten werden aus Frankfurt zurückberufen, nur einer, E. v. d. Horst, geht trotzdem mit nach Stuttgart[53]).

Die Reichsverfassung hat deshalb einen so starken Erfolg gerade in der norddeutschen Kleinstaaterei gehabt, weil sie allen Mediatisierungsbestrebungen zum Trotze selbst die Kleinsten am Leben ließ. Diese waren glücklich, daß sie nun ihren Lokalpatriotismus mit dem Reichspatriotismus liebenswürdig vereinbaren konnten, während die größeren Kleinstaaten ja zu gern etwas gewonnen hätten.

In Oldenburg etwa wird die Reichsverfassung in aller Form verkündigt, die öffentliche Meinung erklärt sich so lebhaft dafür, daß die Regierung im Interesse der Ruhe und Ordnung sowie ihres eigenen Bestehens durch diesen freiwilligen Akt etwas Unvermeidliches tun zu müssen glaubt. Die preußische Politik findet deshalb auch ganz offene Kritik. In der Note des oldenburgischen Ministers Schloifer vom 14. Mai heißt es, die Bevollmächtigten der kleinen Staaten hätten sich bei ihrer bekannten Frankfurter Erklärung vom 14. April der Hoffnung hingegeben, „Preußen werde eine Entscheidung getroffen haben, welche die in glühenden Aufschwung versetzten Geister der Nation in seiner Richtung mit sich fortgerissen haben würde“.

„Die oldenburgische Regierung geht hauptsächlich von der Ansicht aus, daß es in der wilden und gefahrvollen Strömung, in die das deutsche Vaterland seit einem Jahre geraten ist, durchaus notwendig sei, einen den herrschenden Ideen zusagenden Einigungspunkt, falls das Glück einen solchen in die Hand gab, mit Vorsicht und Kraft festzuhalten. Sie ist des Glaubens, daß ein solcher in der Reichsverfassung gefunden sei.“ Die Bedenken, heißt es dann, seien nicht so

groß, um „einen Bruch zwischen Regierungen und Nation heraufzubeschwören[54])". Natürlich kann sich ein kleiner Staat wie Oldenburg nicht der Gefahr eines Bruches mit Preußen aussetzen, und so fügt er sich schließlich der antinationalen preußischen Politik, wenn auch mit Widerwillen. Auch Braunschweig bleibt nichts anderes übrig; es wagt den schärfsten Ton. In einem Rundschreiben vom 16. Mai fordert es die anderen reichsverfassungstreuen Staaten auf, sich über gemeinsames Handeln untereinander zu verständigen und auf den Zusammentritt des vom Frankfurter Parlament beschlossenen Reichstages hinzuwirken; Württemberg soll dabei die Leitung haben. Preußen erklärt darüber sein Befremden. Der Schritt sei wenig angemessen, Braunschweig sei nach seinem bisherigen Verhältnis zu Preußen und der ganzen Lage der Dinge am wenigsten berufen zu einer solchen Initiative. Preußen erwarte Zurücknahme, sonst müsse Braunschweig die Folgen dieses gegen Preußen gerichteten Auftretens tragen. In seiner Antwort vom 25. Mai beklagt sich Braunschweig bitter über die preußische Politik. Es erinnert an die Berliner Märzrevolution und ihre Folgen; wenn Preußen die Reichsverfassung nicht annehmen wollte, dann hätte es nach dem Frankfurter Angebot nicht so lange in einer abwartenden Haltung verbleiben dürfen, „da dies Verfahren in manchen Regierungen und überall in der Masse der Bevölkerung die Ansicht hervorrief und hervorrufen mußte, daß Preußen gewillt sei, die Reichsverfassung anzunehmen, daß daher die Regierungen selbst unwillkürlich zur Annahme der Reichsverfassung hingedrängt wurden". Mit Stolz betont die braunschweigische Regierung: „Das Herzogtum gehört zu den wenigen deutschen Ländern, in welchen seit März 1848 offene Gewalttätigkeiten nicht stattgefunden haben." Sie weist auf den Enthusiasmus der Bevölkerung für die Reichsverfassung hin, die einen starken Druck ausgeübt habe; von einer feindlichen Absicht gegen Preußen, erklärt sie mit hörbarem Zähneknirschen, könne gar nicht die Rede sein. Preußen hat sich durch sein schwankendes und dann wieder schroffes Auftreten in Norddeutschland keine Freunde gemacht, die in Hannover vorhandene Animosität gegen Preußen hat sich nach dem Urteil des preußischen Gesandten selbst „zum förmlichen Haß ausgewachsen[55])".

Wie verwirrend und beunruhigend die preußische Politik wirkte, zeigt sich mit besonderer Schärfe in Kassel: der Kurfürst hat dringend gewünscht, daß Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone, zwar unter der Bedingung der Einwilligung der Einzelstaaten, aber doch definitiv annehmen werde; er hätte sofort und unbedingt beigestimmt; nun ist ein neues Provisorium entstanden, der preußische Gesandte befindet sich in der eigentümlichen Lage, daß er seine Regierung gegen den Vorwurf eines Übermaßes von Loyalität verteidigen muß! Das kurhessische Ministerium hat große Angst vor Gegenintrigen Österreichs. Es wird jeden Schritt Preußens auf dem Wege der Verwirklichung der deutschen Einheit um so freudiger begrüßen, je unbedingter und kühner er geschieht, schreibt der preußische Gesandte nach Berlin; „ein Warten auf die Zustimmung der Fürsten kann diese Zustimmung nur erschweren und die partikularistischen Tendenzen, die schon im Absterben waren, nach oben und unten hin neu erwecken." Der Kurfürst hat gehofft, sich durch die Reichsverfassung auch den Thron zu sichern; Preußens Appell an seine Zustimmung erweckt gerade seine Bedenken, er fühlt sich wichtig genommen und wird schwierig. Auch Minister v. Schenk hat zuviel

Angst vor der Frankfurter Bewegung und will gegenüber den preußischen Unionsbestrebungen eine abwartende Haltung einnehmen. Er sagt am 10. Mai zum preußischen Gesandten v. Thile: „Es komme, wie es wolle, wir können nicht anders, unsere Lage ist verzweifelt, und mir wäre es das liebste, wenn Preußen käme und unserer Selbständigkeit ein Ende machte.“ Eine andere „streng konservative und wohlgesinnte“ Persönlichkeit sagt am gleichen Tage: in der ganzen Bevölkerung sind nicht 20 Personen, die dem Landesherrn persönlich von Herzen zugetan wären[56]). So lehnt Kurhessen die Teilnahme an den Berliner Unionsverhandlungen offiziell ab. Einstimmig hat die Ständeversammlung vor ihrer Vertagung am 14. April beschlossen, Kurhessen solle die Reichsverfassung als ohne weiteres rechtsverbindlich anerkennen. Die Staatsregierung hat sich dazu verpflichtet; sie hat auch erklärt, die Reichsverfassung nach Möglichkeit gegenüber anderen Staaten zu stützen und Veränderungen nur auf dem durch die Verfassung bezeichneten Wege für ausführbar zu halten. Reichsverfassung und Reichswahlgesetz werden am 30. April in der Gesetzsammlung verkündigt.

Die ablehnende Haltung Preußens ruft in Kurhessen eine Volksbewegung von erheblichen Ausmaße hervor: die Bürgerwehr rückt aus und erklärt sich feierlich für die Reichsverfassung. Am 12. Mai treffen sich in Kassel die Vertreter politischer Vereine und der Gemeinden — sowohl Konstitutionelle wie Demokraten — und verlangen die Beeidigung des ganzen Volkes, besonders des Militärs und der Staatsbeamten auf die Reichsverfassung, ja die eidliche Angelobung des Kurfürsten in die Hände des Staatsministeriums, daß er alles zur Durchführung der Reichsverfassung tun werde und keine Truppendurchmärsche gestatten wolle. Es wird weiter beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zu den verfassungsfeindlichen Staaten abzubrechen, die bei dem Telegraphen angestellten preußischen Beamten zu entfernen, endlich die allgemeine Landesbewaffnung zur Durchführung der Reichsverfassung zu organisieren und der Bürgergarde Geschütze und Munition zu verabfolgen. Das Land bleibt aber ruhig, diese Beschlüsse werden dort nur sehr zum Teil gebilligt, man will keine revolutionäre Erhebung. Das Staatsministerium äußert sich beruhigend und verspricht die verlangte Beeidigung für später; die Vertrauensmänner der Vereine und Gemeinden setzen in Kassel ein ständiges Büro ein und fahren nach Hause. Die Verstärkung der Volkswehr bleibt in den Anfängen stecken. Der Kasseler Nationalverein, der gleichzeitig mit dem Zentralmärzverein am 14. und 15. Mai in Frankfurt seinen Kongreß abhält, ist unentschlossen, mutlos, resigniert. Eine Einigung mit den Märzvereinen mißlingt. Man will das Ziel der Revolution, scheut aber vor den Mitteln zurück. Sylvester Jordan ist der erste kurhessische Abgeordnete, der aus dem Frankfurter Parlament austritt. Die ganze so ehrliche reichspatriotische Bewegung verpufft[57]). Der Kurfürst merkt, daß seine Zeit wiederkommt. Schon am 22. Mai weiß der preußische Gesandte von der Absicht des Kurfürsten, die militärische Hilfe eines großen Nachbarstaates anzurufen, nicht bloß zum Zwecke der Dämpfung etwaiger revolutionärer Ausbrüche, sondern auch zur Beseitigung des ganzen bisherigen Regierungssystems. Noch läßt der Kurfürst alles geschehen, vermeidet Gegenbemerkungen und setzt seinen Namen möglichst nicht unter Ministerialbeschlüsse im Sinne der Frankfurter Politik. So wird durch die Gefahr eines Revolutionsausbruches, der sich aber dann nicht ereignet, gerade der Mut der

Gegenrevolution geweckt. Die kurhessische Bevölkerung bleibt gesetzlich, weil sie nicht anders kann; da sinnt der Kurfürst auf neue Gewalttat und rechnet damit, daß man sie gleichfalls geduldig tragen wird.

*

Mehr Temperament steckt in Sachsen. Hier sind Regierung, Krone und Volksvertretung schon wegen der Budgetschwierigkeiten ineinander festgefahren. Die Frage der Reichsverfassung spaltet nun das Ministerium. Zwei Minister, Weinlig und v. Ehrenstein, wollen sie ohne weiteres annehmen. Beust und Rabenhorst legen sich auf Vereinbarung fest, mit ihnen geht der König. Der Ministerpräsident Held ist unschlüssig, schlägt sich aber angesichts der wachsenden Volksbewegung auf die Bejahungsseite und verzichtet mit Weinlig und v. Ehrenstein zusammen aufs Amt. Der schwankende König hat die Kammern aufgelöst und sieht sich mit einem Rumpfkabinett der Revolution gegenüber. Erst eine vorherige Anfrage in Berlin hat ihm dazu den Mut gegeben. Bisher hat sich die sächsische Regierung sehr stolz gegen Angebote militärischer Hilfe aus Berlin und Frankfurt gewehrt. Nun ist die Lage anders. Der König hat den Legationsrat v. Carlowitz in vertraulicher Sendung nach Berlin gehen lassen; der hat dort erklärt: die Regierung kann dem revolutionären Drängen nicht widerstehen; wenn sich Preußen nicht sofort durch offiziellen Akt gegen die Frankfurter Reichsverfassung ausspricht, dann muß Sachsen genau so handeln wie Baden, d. h. die Reichsverfassung annehmen. Preußen soll aus seiner zweideutigen Haltung heraustreten. Carlowitz bringt die Versicherung des preußischen Außenministers zurück, man werde die Reichsverfassung verwerfen[58]).

Die sächsischen Kammern sind auseinandergegangen mit einem Hoch auf die gesetzliche Frankfurter Reichsverfassung. Der Zustimmung des Landes waren sie dabei sicher. So energisch die Kammermehrheit vorgegangen ist und die Regierung durch Prinzipienkämpfe, Eingriffe in die Verwaltung und Sturzwellen von Anträgen von einer Verlegenheit in die andere gejagt hat — der Agitation in den Klubs ist das nicht genug. Die Mehrheit in Sachsen steht links, aber diese Linke ist gespalten. Es gibt parlamentarische Demokraten, Sozialrepublikaner, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten — auch der letzte Parteiname ist zeitgenössisch bezeugt[59]). Die Vaterlandsvereine verlangen „Taten" von den Abgeordneten. Bei ihrer Dresdener Versammlung am 22. April haben die Extremsten das deutliche Übergewicht — 219 Vereine sind hier vertreten, im ganzen haben 280 bestanden mit rund 75000 eingeschriebenen Mitgliedern. Die Mehrheit verlangt von den Kammern die Steuerverweigerung, die Minderheit wird als „reaktionär" gebrandmarkt und spaltet sich ab. Den „deutschen Vaterlandsvereinen" treten die „demokratischen Vaterlandsvereine" gegenüber. Es ist die zweite Trennung dieser Art (vgl. oben S. 411) und übt die stärkste Einwirkung auf die Revolutionsereignisse der nächsten Tage aus. Nirgends hat man offener und lebhafter von dem großen Frühjahrsausbruch der zweiten Märzrevolution gesprochen als in Sachsen; im Augenblick, da es losgehen soll, zerbricht die Front endgültig. Stadträte, Stadtverordnete, Kommunalgarde und die Leipziger Universität wenden sich an den König: er soll die Reichsverfassung sogleich anerkennen und veröffentlichen, ein neues reichsverfassungstreues Ministerium

berufen und die Neuwahlen für den Landtag schleunigst ansetzen. Die Dresdener Behörden und Vereine entsenden Deputationen mit dem gleichen Ziele. „Aufstand zur rechten Zeit", drohen die Leipziger. Der demokratische Vaterlandsverein in Dresden erklärt jeden Widerstand gegen die Reichsverfassung als revolutionären Akt und macht das Ministerium für alle Folgen verantwortlich[60]). Von Berlin ermutigt, lehnt der König definitiv ab, die Reichsverfassung anzuerkennen. Nachdem sogar der frühere Minister v. Carlowitz vergebens zum Nachgeben geraten hat, wird am 2. Mai der ganz unpolitische hohe Richter Geheimrat Zschinsky zum Vorsitzenden des Ministerrates und Justizminister ernannt. Die übrigen Posten sollen später besetzt werden. Niemand wird daraus klug. Was die Öffentlichkeit sieht, ist ein reaktionäres Ministerium Beust.

Vaterlandsverein und Arbeiterverein sprechen in Dresdener Maueranschlägen am Morgen des gleichen Tages unter Hinweis auf Württemberg, Bayern, Schlesien und Hannover von der Tat, vom Einsatz von Gut und Blut für Volkssouveränität und Reichsverfassung[61]). Bei der Kommunalgarde überwiegt aber die friedliche Partei; sie hält eine Parade ab zu Ehren der Reichsverfassung und richtet eine Adresse an den König. Glauchau, Zwickau, Freiberg schicken Deputationen in die Hauptstadt; die Regierung ermahnt durch Anschlag zu Vertrauen und Geduld: solange Preußen die Reichsverfassung nicht anerkennt, sei sie für Sachsen bei bestem Willen nicht möglich. Das wirkt mehr aufreizend als beruhigend; kann Sachsen, so fragen sich die Gemäßigten, nicht denselben Weg gehen wie die vielen anderen Kleinstaaten, kann es nicht durch entschiedenes Bekenntnis zu Frankfurt das offenbar schwankende Preußen vorantreiben? Krone und Ministerium klammern sich aber gerade an Preußen an; für sie handelt es sich viel weniger um die Reichsverfassung, mit der sie sich vielleicht vorläufig abgefunden hätten, als um die Gelegenheit, gegen die so lästig gewordene demokratische Bewegung einmal gründlich vorzugehen. Der größte Teil der sächsischen Armee kämpft aber in Schleswig-Holstein; in Leipzig, Dresden und Chemnitz stehen immerhin noch etwa 800 Mann zur Verfügung; so richtet Beust auf dem diplomatischen Wege an die preußische Regierung das Ersuchen, schleunigst einige Bataillone nach Dresden zu Hilfe rücken zu lassen. Dies geschieht bereits in der Frühe des 3. Mai, ehe es zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten kommt[62]). Der Schritt wird bekannt und erweckt starke Empörung; die Dresdener Stadtverordneten verlangen als Antwort einen Landesverteidigungsausschuß gegen fremde Truppen: als „Sicherheitsausschuß" tritt er in Tätigkeit. Leider verknüpft sich das reichspatriotische Motiv mit dem lokalpatriotischen; die Erhebung in Dresden geht zugleich gegen die Reaktion und gegen die Preußen. Es tritt freilich dazu noch das sozialrevolutionäre Moment in einer bis dahin in Deutschland noch nicht erlebten Weise. Der Reichsverfassungskonflikt ist genau wie für die sächsische Krone auch für Michael Bakunin nur ein Anlaß, mit dem Gegner abzurechnen. Die Persönlichkeit, der treibende Einfluß dieses Mannes gibt den sächsischen Revolutionskämpfen weltgeschichtliche Weite und Spannung.

Seit Ende Dezember 1848 lebt er in Leipzig und unterhält außer mit den deutschen Demokraten, wie Hexamer und d'Ester, Beziehungen zu jungen Tschechen und Polen; den deutschen Frühjahrsaufstand will er auf die österreichischen

Slawen ausdehnen; seit dem Prager Slawenkongreß kennt er die Bedeutung und die Möglichkeiten Böhmens; von Böhmen, wo die Gegenrevolution stark gesiegt hat, kann, so meint er, auch der entscheidende Schlag für den Umsturz in Osteuropa ausgehen. Er denkt sich in diesem feudalen Lande eine scharfe soziale Bewegung der unterdrückten Tschechen gegen den deutschen Grundbesitz: Zerstörung der Schlösser, Vernichtung der Dokumente, Annullierung der Hypotheken — eine Kleinbauernrevolution also, die in ihren Strudel auch Deutschland ziehen und dort aus der überwiegend städtischen Bewegung einen wahren Volksaufstand machen soll. Bakunin hält nichts von schnell zusammenlaufenden Freischaren, von der „geschwätzigen Anarchie" der Klubs und Zeitschriften, er will die Diktatur und ein reguläres Heer aus Fabrikarbeitern, Handwerkergesellen und beschäftigungsloser Jugend. Er hält auch nichts von dem deutsch-slawischen Kongreß, den d'Ester und Hexamer in Leipzig abhalten wollen. Die „Slawische Linde" in Prag beeinflußt er politisch so weit, daß sie sich für Kossuth erklärt. Welch ein Gedanke! Die ungarische Revolution unterstützt durch einen tschechischen Nationalaufstand! Daran kann das Österreich Schwarzenbergs und Franz Josefs vielleicht zugrunde gehen[63]). Bakunin kennt die Uneinigkeit und partikularistische Befangenheit der deutschen Demokraten, die Ohnmacht des Leipziger Zentralkomitees, den Mangel an Vorbereitung, Organisation und Bewaffnung, vor allem das Fehlen einer entschiedenen Führerschaft in Deutschland, aber die sächsische Revolution kann vielleicht doch die Revolutionierung des Ostens, die ihm vorschwebt, unterstützen — und so steht er plötzlich unter ihren Führern: dieser mächtige Mensch, ein Riese schon an quellender Leiblichkeit, überlegener aber noch an Energie des Geistes, gewaltig strömend in der Rede wie die Wolga, für junge Menschen unwiderstehlich, aber auch für ältere erregend durch diese blinde, gleichsam unpersönliche Willenskraft, immer in Rausch und Glut, verzehrt von den ungeheuren Spannungen seiner weiten Natur. Er ist offenherzig und tückisch, brutal und geschmeidig, er schmettert und winselt, er girrt und brüllt, er will sich demütig auslöschen und ersehnt die höchste Herrschaft; immer denkt er nur an eines, vertut aber lässig seine Tage, er spottet kritisch-unbarmherzig und ertrinkt in Phantasterei, er pumpt, um zu verschwenden, er bettelt um Kleinigkeiten und fühlt sich über alle erhaben, er ist rührend hilflos im Alltag, aber überzeugt, als ein Begnadeter allein der Welt neue Gestalt geben zu können, er verliert sich hundertmal, um die Idee und darin sich selbst immer wieder mit der heißen Wonne majestätischen Selbstgefühls zu finden; er ist kein Narr, kein Genie, kein Held, kein Abenteurer, kein Welterlöser, kein Verbrecher, kein Staatsmann, aber doch so sehr ein Stück von alledem, daß er, Kind und Ungeheuer zugleich, mit seiner ganzen Zaubergewalt immer wieder in die Gegenwart eingreifen muß, zerstörerisch-spielend, wie von einem anderen Stern gefallen, und beglückt schon über Zerstörung, missionarisch dienstbar aber einer undeutlich-grandiosen Zukunft.

Am Morgen des 3. Mai erscheint der Ausbruch in Dresden trotz der großen Erregung der Bevölkerung noch vermeidbar; eine zweite Parade der Kommunalgarde wird nicht erlaubt, sie wird nach Hause geschickt bis auf zwei Bataillone, die man zur Aufrechterhaltung der Ordnung braucht, sie leistet fast durchweg gutwillig dem Befehl Folge. Als am Nachmittag der Barrikadenbau beginnt,

greift die Kommunalgarde aber auch nicht ein — sie scheint sich neutral verhalten zu wollen. Ihr Kommandant legt den Befehl nieder. Der Beginn des Kampfes geht von den Turnern aus: sie stürmen das Zeughaus, das Militär feuert, es gibt die ersten Toten; ein zweiter Ansturm wird, ohne daß Befehl gegeben ist, mit Kartätschenfeuer abgewehrt. Letzte verzweifelte Vermittlungsversuche scheitern. Die Regierung will kämpfen; aus Leipzig und aus Chemnitz sind Truppen herbeordert, von Görlitz wird preußische Hilfe erbeten, die aber dort nicht schnell abkömmlich ist. Der Adjutant Leutnant Funke von der sächsischen Artillerie gibt in der Nacht zum 4. Mai von Jüterbog die telegraphische Depesche an die preußische Regierung auf: sie möge schleunigst Truppen zur Unterstützung senden. Unter allerlei Abenteuern gelangt er persönlich nach Berlin: zwei Bataillone sollen sogleich am 5. Mai abgehen, weitere Hilfe sei erst nach zehn Tagen, nach Mobilisierung der Landwehr möglich, lautet der Bescheid[64]).

Auch im März 1848 hat der König lange Widerstand geleistet; die Erinnerung daran rechtfertigt die Bemühungen der Gemäßigten. Jetzt läuft die Entwicklung anders; die Reaktion will kämpfen, Bakunin und Tzschirner, die Führer der äußersten Linken der Kammer wollen auch kämpfen; viele Gemäßigte, die Leute des parlamentaristisch-monarchistisch gesinnten Mittelstandes ziehen sich vor dem Kampfausbruch zurück, verzweifelt, angewidert und gelähmt; gerade das ermöglicht den steigenden Einfluß der Extremen. Bakunin und Tzschirner beherrschen seit dem Nachmittag des 4. Mai den Sicherheitsausschuß; die Kommunalgarde bekommt in dem ehemals griechischen Oberstleutnant Heinze einen neuen Kommandanten mit unumschränkten Vollmachten: er soll ihr Munition verschaffen; Turner, Techniker, Fabrikarbeiter und Bergleute schreien nach Waffen, von den Türmen läutet es Sturm, Raketen steigen auf. Bakunin, unterstützt von seinen polnischen und ungarischen Freunden, leitet nach einem schnell entworfenen Plan die Verbarrikadierung der Stadt; der Plan ist nicht schlecht, die bauliche Ausführung der Barrikaden läßt manches zu wünschen übrig, Semper, der königliche Hofbaumeister, sagt, wie man es machen muß. Denn viele Intellektuelle ergreifen die Sache des Volks; Semper wird von dem königlichen Kapellmeister Richard Wagner zum Barrikadenbau herangeholt, von Wagner, der seit Wochen in engster Verbindung mit Bakunin, Röckel und Heubner steht, an geheimen Zusammenkünften teilnimmt, sich um die Volksbewaffnung kümmert, Schießvorräte ansammelt, Handgranaten bestellt, sich auf dem Kreuzturm als Beobachter betätigt und Zuzug von außerhalb heranbringt. Wagner ist in diesen Revolutionstagen ein leidenschaftlich bewegter, übereifriger und stürmischer Helfer gewesen; daß er für eine Führerschaft nicht in Betracht kam, merkte Bakunin schnell genug[65]).

Am frühen Morgen des 4. Mai flieht der König; zuerst will man ihn in der Uniform eines leichten Reiters in Reih und Glied inmitten der Schwadron verschwinden lassen, das lehnt er aber ab. Nach langem Drängen und Verhandeln, unter dem Eindruck des falschen Gerüchts von Revolutionsausbruch in Leipzig, begibt sich Friedrich August mit seiner Gemahlin und allen drei Ministern, dem Oberstallmeister und dem Generaladjutanten zu Fuß auf ein gut geheiztes Elbdampfschiff und fährt ab nach der Festung Königstein — wieder

ein Schritt, der, so wenig mutig er aussieht, den Entschluß der Regierung zeigt, sich auf eine Verständigung mit der Volksbewegung durchaus nicht einzulassen. Der Sicherheitsausschuß erfährt die Abreise sofort, zwar empfiehlt er, den König in Pirna aufzuhalten, tut aber nichts zur Durchführung. An sich ist es ihm willkommen, daß die königliche Regierung so völlig kopflos und lautlos Platz gemacht hat. Die Lücke muß ausgefüllt werden. Das Übergewicht der extremen Partei setzt sich immer mehr durch. Gouverneur und Stadtrat schließen einen Waffenstillstand bis zum 5. Mai, zwölf Uhr mittags — die Stimmung der Bevölkerung ist erbittert, reichspatriotisch, revolutionär, aber nicht gerade blutgierig; auf beiden Seiten will man eigentlich weiteren Kampf vermeiden. Das solide Bürgertum empfindet zunehmende Angst vor Terrorismus und Plünderung. Die Kommunalgardisten erscheinen zum größten Teil nicht zum Dienst, trotz energischen Aufrufs, die Ernennung Heinzes wird scharf kritisiert; wer nicht mitmachen will von der Kommunalgarde, gibt wenigstens seine Waffen einem Turner oder Arbeiter.

Tzschirner drängt auf Einsetzung einer provisorischen Regierung; er ruft die in Dresden anwesenden Mitglieder der aufgelösten Zweiten Kammer zusammen; der Abgeordnete Köchly, bewährter klassischer Philologe und eifriger Schulreformer, jetzt Mitglied des Sicherheitsausschusses, schlägt drei Männer vor — außer Tzschirner als Vertreter der Mittelparteien Robert Blums Freund Todt, als Vertreter der gemäßigten Linken Heubner: ein merkwürdiges, durch Zuruf gewähltes Triumvirat, das viel mehr auf den Willen zu gesetzlicher Fortarbeit als auf den Wunsch nach blutigem Umsturz schließen läßt. Denn der Geheime Regierungsrat Todt, eine Zeitlang Bundestagsgesandter, hat ja noch vor wenigen Tagen im Namen des Königs als Regierungskommissar die Kammern aufgelöst; er ist ein parlamentarischer Vernunftmonarchist, selbstgefällig und ohne starken Charakter, überzeugt von seiner Unentbehrlichkeit und deshalb geneigt, das geflohene Ministerium, dem er persönlich und dienstlich ganz nahe steht, gewissermaßen zu vertreten; der Freiberger Kreisamtmann Heubner, Abgeordneter der aufgelösten Kammer und Mitglied des Frankfurter Parlaments, ist Todts Widerspiel: ein stiller, schlichter Mann, wegen seiner lauteren, sachlichen Art hochgeschätzt in seinem Wirkungskreise, grundehrlicher Demokrat und deshalb bei aller persönlicher Sanftheit doch imstande, bis zu letzten Notwendigkeiten mitzugehen. Todt und Heubner wollen nicht die Verfassung des Landes stürzen, nicht die Republik in Sachsen einführen, sich nicht die allgemeinen Regierungsrechte anmaßen; sie wollen loyal in die gefährlich entstandene Lücke eintreten, sie wollen dem Volkswillen entsprechend Sachsens Einverständnis mit der Reichsverfassung herbeiführen und durchsetzen, sie hoffen auf die Einsicht des Königs und schließliche Amnestie für alle. Tzschirner freilich, von Bakunin beraten und getrieben, will etwas ganz anderes; vor allem will er sich selbst. Nicht umsonst setzt er mit eigensinniger Jakobiner-Eitelkeit seinen Namen zuoberst unter alle Aufrufe; er will s e i n e Diktatur, er will den revolutionären Kampf und jenseits des Kampfes das „einige, freie, demokratische Deutschland", wie es im Aufruf des „Zentralkomitees zum bewaffneten Schutze deutscher Volksfreiheit" heißt, also die Proklamation der demokratischen Republik, die er auch Bakunin für den Fall des Sieges ausdrücklich verspricht. Wenn die Namen

Todt und Heubner die Gemäßigten aus der Mitte herüberziehen, dann soll es Tzschirner recht sein, die Hauptsache ist ihm, die breite Masse in Bewegung zu bringen.

Die Zeit des Waffenstillstandes wird von beiden Parteien ausgenutzt. Die provisorische Regierung teilt dem Frankfurter Parlament die Flucht des Königs und ihre eigene Einsetzung „zur Abwehr der Anarchie sowie zur Aufrechterhaltung der vom deutschen Volke anerkannten deutschen Reichsverfassung" mit. „Wir stellen Sachsen unter den Schutz der Regierungen Deutschlands, welche die Reichsverfassung anerkannt haben", heißt es im Aufruf vom 4. Mai: Die provisorische Regierung wendet sich auch direkt an die sächsischen Soldaten mit der Aufforderung, das Land gemeinschaftlich mit ihr zu schützen, dem Volke die Bruderhand zu reichen und sich zur Verfügung der Landes- und Reichsverfassung zu stellen. „Folgt dem Beispiele anderer braver Soldaten, vergeßt nicht, daß ihr vereidete Staatsbürger seid und daß ihr für die Rechte und Freiheiten des Volkes zu wachen habt." Oberstleutnant Heinze macht persönlich als Parlamentär mit der weißen Fahne den Versuch, die Soldaten zur Anerkennung der provisorischen Regierung zu bringen; mehrfach, so am Schlosse, mißlingt es. Im Zeughaus aber schließen die Offiziere selbst, da die Truppe unsicher ist, mit den Volksführern eine Konvention ab, kraft deren die Kommunalgarde die Besetzung des äußeren, das Militär die Besetzung des inneren Zeughauses übernehmen soll. Fußartillerie und Teile des Regiments Albert liegen hier. Hauptmann v. Rohrscheidt läßt sich bestimmen, mit dem Kommunalgardenführer, dem Rechtsanwalt v. Marschall, ins Rathaus zu kommen, auf den Balkon zu treten und dort vor der versammelten Menge die Verbrüderung zwischen Volk und Militär darzutun. Rohrscheidt ist deshalb später vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt, aber vom König zu fünfzehn Jahren Festung ersten Grades begnadigt worden, ein anderer beteiligter Offizier, der Artillerieleutnant Kritz, erschießt sich am nächten Tage[66]). Die provisorische Regierung verkündet jetzt triumphierend, daß das brave sächsische Militär „dem Gebote der Pflicht gegen die heiligsten Interessen des Vaterlandes Genüge geleistet habe". Tatsächlich vollzieht sich auf dem Zeughaus sehr bald der Rückschlag; es gelingt einigen älteren Offizieren, wenigstens die Auslieferung von Geschütz und Kriegsmaterial an das Volk zu verhindern.

Hundertacht Barrikaden sperren die Straßen Dresdens; die provisorische Regierung stellt ihren Bewaffneten Gutscheine aus, auf Grund deren Lebensmittel und Kleidungsstücke bei den Besitzenden beansprucht werden; über siebzig Personen werden als mißliebig festgenommen und interniert — Aristokraten und ehemalige Offiziere, sie werden aber sehr gut behandelt; Pechkränze werden beschafft, denn einige planen, das Schloß, das Prinzenpalais und andere Gebäude in Brand zu setzen; Pulver wird bei den Händlern beschlagnahmt, die königliche Pulvermühle bei Dresden wird besetzt; beim Rathaus wird eine Werkstatt zur Herstellung von Schießbedarf eingerichtet; einige Böller bringen die Bergleute aus Burgk herbei; da es an Geschützkugeln fehlt, werden Eisenstangen zerschnitten, mit den zylindrischen Stücken wird geladen; das gibt böse Verletzungen, Generalmajor Homilius erliegt einer solchen Wunde.

Die Zahl der aktiven Volkskämpfer beträgt in den eigentlichen Kampftagen

10 000 bis 12 000; die Mehrheit ist vollbewaffnet, sogar Spitzkugel- und Zündnadelgewehre werden verwandt. Bei richtiger Organisation des Zuzuges vom Lande, bei völliger Einigkeit der politischen Klubs wäre die Menge der Volkskämpfer wesentlich größer gewesen; die Zahl der jugendlichen und weiblichen Revolutionshelfer ist schwer abzuschätzen; sie mag die Zahl der eigentlichen Kämpfer zeitweise übertroffen haben. Wohl durchweg kommt sie aus den unteren Volksschichten. Neben die schwarz-rot-goldene tritt die rote Fahne. Robert Blums bekränztes Bild entflammt Rachegefühle. Gegen die schimpfliche Lauheit und Teilnahmlosigkeit des soliden Mittelstandes, der sich in der Kommunalgarde besonders verkörpert, wendet sich die provisorische Regierung in einem besonderen Aufruf. Nach den Vorstädten und aus den Vorstädten wieder nach den Landorten zu bewegen sich lange Züge von Flüchtlingen, Einheimischen und Fremden, die Leben und Habe in Sicherheit bringen wollen vor Plünderung und Bombardement.

Die königliche Regierung hat inzwischen schnell ihren Fehler eingesehen, geschlossen vom Platz zu weichen. Die Minister Beust und Rabenhorst sind nach Dresden zurückgekehrt, verwahren sich gegen die Einsetzung der provisorischen Regierung und veröffentlichen Ansprachen des Königs und des Ministeriums. Am Morgen des 5. Mai sendet der Stadtrat an sie eine Deputation; Beust und Rabenhorst stellen als Bedingungen für Beilegung des Konfliktes: Auslieferung der Leiter des Aufruhrs, besonders der Mitglieder der provisorischen Regierung, Ablieferung der Waffen binnen vierundzwanzig Stunden; Wegräumung der Barrikaden und Wiederherstellung der Straßen und Schleusen in brauchbaren Zustand; Haftung der Stadt für die durch den Aufruhr entstandenen öffentlichen Unkosten. Eine Antwort darauf seitens der revolutionären Organe ist nicht erfolgt; die Versuche der früheren Minister Oberländer und v. Ehrenstein, die Anerkennung der Reichsverfassung doch noch beim König zu erwirken, bleiben ergebnislos.

Zu Mittag des 5. Mai werden die Preußen erwartet; zwischen fünf und sechs Uhr langt das Füsilier-Bataillon des Alexander-Regiments unter Führung des Oberstleutnants Grafen Waldersee wirklich an. Die Eisenbahnschienen waren aufgerissen; der Lokomotivführer muß mit Gewalt zur Weiterfahrt gezwungen werden[66]). Die sächsischen Truppen haben aber schon um zehn Uhr früh ihrerseits den Angriff begonnen — ein offenbarer Bruch des geschlossenen Waffenstillstandes, der ja bis zwölf Uhr dauert. Der Grund ist wohl in der Absicht der sächsischen Regierung zu suchen, nach außen nicht in völliger Abhängigkeit von der preußischen Hilfe zu erscheinen; tatsächlich haben die sächsischen Truppen keine Aussicht, aus eigener Kraft durchschlagenden Erfolg zu erringen, schon weil sie stellenweise unsicher sind. Nur wenn man verschiedene Volksstämme aufeinander losläßt, kann in Deutschland Bürgerkrieg geführt werden. Die Märker, die Pommern und die Schlesier, die die preußische Regierung nach Dresden schickt, fühlen sich hier völlig in Feindesland. Dies zeigt besonders ihr Verhalten gegenüber gefangenen Volkskämpfern. Während die sächsischen Truppen zuerst Gefangene machen, geben die Preußen keinen Pardon — nach der Angabe des Grafen Waldersee in Erinnerung an die Vorkommnisse der Berliner Märzrevolution; die Sachsen übernehmen dann sehr schnell diese Methode des „kurzen

Prozesses" und machen sogar wehrlose Gefangene nieder; einige werden einfach in die Elbe gestürzt, in anderen Fällen müssen Offiziere mit gezogenem Säbel die Gefangenen vor ihren eigenen Soldaten schützen[67]). Das Kriegsministerium muß am 7. Mai daran erinnern, daß Gefangene unter dem Schutze des Gesetzes und der bewaffneten Macht stehen; ein anderer Tagesbericht sagt freilich in verhängnisvoller Doppeldeutigkeit: „Die Regierung ist nicht durch zu viele Gefangene zu belästigen." Es ist Befehl, jeden mit der Waffe in der Hand Betroffenen zu erschießen. Die blinde Roheit der Anwendung wird durch den traurigen Fall des österreichischen Obersten Prinzen Wilhelm zu Schwarzburg-Rudolstadt erwiesen, der samt seinem ebenso unschuldigen Kammerdiener nach dem Sturm auf das Hotel Stadt Rom als privater Logiergast über den Haufen geschossen wird, ohne daß sich jemand die Mühe gibt, festzustellen, um wen es sich eigentlich handelt. Da er eine Pistole für alle Fälle in der Hand hält, wird der Unglückliche einfach für einen Mitkämpfer gehalten; ein paar kurze Fragen hätten sofort das Gegenteil erwiesen.

Die Ankunft der Preußen veranlaßt die provisorische Regierung zu einem erbitterten Aufruf am Abend des 5. Mai:

„Der König von Sachsen hat preußisches Militär herbeikommen lassen, um seinen Eigenwillen dem Willen des Volkes gegenüber durchzusetzen. Das sächsische Volk, welches seine besten Söhne auf die Barrikaden gesandt hat, um für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu kämpfen und Sachsen insbesondere vor den unwürdigen Folgen eines verräterischen Sonderbündnisses zu bewahren, wird diese Kunde mit einem Schrei der Entrüstung aufnehmen." Die Freiheitskämpfer werden dann wegen ihres Mutes gelobt und verdoppelte Leistung erwartet. „Der Tod für die Freiheit ist schön, und der Sieg ist euer im Leben und Sterben. Kämpft fort, wie ihr gekämpft habt. Du aber, sächsisches Volk, stehe wie bisher fest zur Sache, die wir führen. Wir wollen die Reichsverfassung und durch die Reichsverfassung die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, das Heil Sachsens, und für das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode."

Das sind tapfere Worte, und die meisten Aufständischen kämpfen auch tapfer; nur die Führung ist leider sehr schlecht bei ihnen; Oberstleutnant Heinze macht solche Torheiten, daß ihn viele — mit Unrecht — für einen Verräter halten. Der Kampf löst sich in zahlreiche Einzelhandlungen auf; die Aufständischen beschießen aus ihren vorzüglichen Stellungen die Truppen, die Truppen antworten mit dem Feuer auf Barrikaden und Gebäude. Es wäre im Anfang nicht schwer gewesen für die Aufständischen, ihre Position zu verbreitern und dadurch dem Militär den Erfolg noch mühseliger zu machen; das Militär kommt nur langsam voran, Häuser müssen gestürmt, die Wände im Innern von Haus zu Haus durchbrochen werden; die militärische Leitung ist gleichfalls weder bedeutend noch energisch, man will auch den Truppen nicht zuviel zumuten und unnötige Verluste vermeiden. Die provisorische Regierung ist uneinig; seit dem 6. Mai fehlt der Name Todts unter ihren Erlassen, er hat sich vorläufig zurückgezogen und verläßt Dresden, angeblich um beim Frankfurter Parlament Hilfe zu erwirken.

Gewaltakte sozialrevolutionärer Natur sind von der provisorischen Regierung nicht vorgenommen worden; sogar die öffentlichen Kassen werden geschont. Die einzige Handlung größeren Stils, die vielfach terroristisch aufgefaßt worden

ist, aber viel mehr militärischen Charakter trägt, ist die Niederbrennung des Opernhauses, eines alten, baufälligen Kastens, der jedoch Garderoben und Dekorationen im Werte von 60- bis 80 000 Taler enthielt; der Befehl dazu wird wohl nicht von der provisorischen Regierung offiziell gegeben worden sein, sondern geht auf Oberstleutnant Heinze zurück, der die Anregung möglicherweise von Bakunin empfing. Die Aufständischen konnten eben das Opernhaus nicht mehr halten und wollten es dem Militär nicht als Stütze preisgeben, auch im Hinblick auf die Nachbarschaft; das sind Gesichtspunkte, die bei jeder Kampfhandlung vorkommen; es ist also abwegig, in der Niederlegung des Opernhauses einen Akt besonderer Barbarei zu erblicken. Tief beklagenswert bleibt freilich der Verlust wertvoller Kunst- und Wissenschaftsgüter — denn vom Brande wurde der daranstoßende Zwingerpavillon ergriffen, und wertvolle Naturaliensammlungen gingen zugrunde[68]).

Mancher Volksstreiter gibt die Sache auf im Laufe des vier Tage und Nächte währenden Kampfes, aber viele Zuzügler kommen auch neu; andere werden erwartet, und ihre Ankunft wird in Aussicht gestellt — so die von achthundert Hanauern[69]). Die provisorische Regierung droht den Ortsbehörden auf dem Lande Strafe an, wenn sie keine Hilfe schicken, und fordert alle Kommunalgarden außerhalb auf, herbeizueilen. Der Gedanke, die Vermittlung der französischen und englischen Gesandtschaft in Anspruch zu nehmen, wird fallengelassen. Aber es entsteht das Gerücht, diese beiden diplomatischen Missionen hätten gegen das Einrücken der Preußen Einspruch erhoben; Beust gibt sofort ein Dementi[69]). Ein zweites und ein drittes preußisches Bataillon langen an; so neigt sich der Sieg immer deutlicher dem Militär zu; die Volkskämpfer werden nach dem Alten Markt hin zusammengedrängt, die äußeren Straßen gehen verloren. Am Abend des 7. Mai wird der Kommandant Heinze in voller griechischer Offiziersuniform vom Militär wohl nicht ganz unfreiwillig gefangengenommen[70]); die provisorische Regierung ernennt an seiner Stelle Stephan Born, der aus Leipzig zum Gewerbekongreß Anfang Mai herübergekommen war und den ganzen Kampf tätig mitgemacht hat. Man wählt den bekannten Arbeiterführer, denn die Mehrzahl der Barrikadenkämpfer ist jetzt ausgesprochen proletarisch geworden. Born tut sein Bestes, ärgert sich schwer über faule Genialität Bakunins, kann aber die Volkssache nicht mehr retten. Am 9. Mai, morgens drei Uhr, macht die provisorische Regierung bekannt, daß sie sich nach Freiberg zurückziehen werde; viele Volkskämpfer erfahren es nicht und kämpfen weiter, besonders an der Wilsdruffer Gasse, bis um 8 Uhr dreimal drei Schläge vom Kreuzturm das Zeichen zum allgemeinen Rückzuge geben. Der Rückzug der Volkskämpfer geschieht unter Borns geschickter Leitung in der großen Zahl von 2000 Mann mit viel Ordnung, zum großen Teil in Reih und Glied, verfolgt von den Gardereitern. In Tharand trennt sich schon Tzschirner von den andern und flieht als erster ins Ausland — der lauteste und heftigste Revolutionär gibt seine Sache mit allzu großer Behendigkeit auf; in die Schweiz begibt sich auch Todt. Heubner will mit Bakunin von Chemnitz aus den Kampf fortsetzen — beide werden gefangengenommen. Auch Röckel, Professor Richter, Minkwitz fallen der königlichen Regierung in die Hand; Wagner, Semper und Köchly entkommen. Advokat Böttcher aus Chemnitz ist als einziger unter den Führern im Straßenkampf gefallen,

Dr. Haußner aus Pirna ist von den Soldaten auf der „Flucht“ erschossen und in die Elbe geworfen worden. Er ist nicht der einzige. Rund fünfzig Menschen fanden in der Elbe den Tod. An Toten verliert das Militär 5 Offiziere, 26 Soldaten; an Verwundeten 6 Offiziere, 91 Soldaten; die Volkskämpfer haben rund 250 Tote und schätzungsweise 400 Verwundete; nur 11 Tote gehören den höheren Ständen an. Der Gesamtschaden, einschließlich des durch Brand verursachten, beläuft sich auf 1,5 Millionen Taler. Die Regierung macht dafür die Anstifter und Kampfteilnehmer haftbar.

Am 7. Mai, also während der Kämpfe, wird Regierungsrat v. Friesen zum Innenminister ernannt; über Dresden und Umgegend wird der Belagerungszustand erklärt; die Gegenrevolution hat gesiegt. Dieser Sieg ist weder sehr schnell noch, trotz vieler Ordensverleihungen, besonders ruhmreich errungen worden; als erster Sieg über eine Volkserhebung zugunsten der Reichsverfassung hat er große politische Bedeutung. Wäre das gesamte Land der Dresdner Bewegung gefolgt, hätten die preußischen Truppen noch etwas mehr Arbeit gehabt; Leipzig als erste Stadt hat sich aber der provisorischen Regierung versagt. Der Leipziger Stadtrat beschließt am 4. Mai, den Stadtverordneten Rechtsanwalt Cichorius nach Frankfurt abzuschicken, um „bei der provisorischen Zentralgewalt die Vermittlung in dem zwischen dem König von Sachsen und dem sächsischen Volke über die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung entstandenen Konflikt in Anspruch zu nehmen und deshalb bei der Zentralgewalt um Einleitung der ihr dazu nötig erscheinenden Schritte und um deren ungesäumte Ausführung zu bitten[71])“. Ein eigenartiger Schritt! Aber es kommt noch merkwürdiger. Der Rat von Leipzig wird auf das heftigste durch Deputationen und Volksversammlungen bestürmt, die provisorische Regierung anzuerkennen und den Volkskämpfern zu helfen. An der Spitze eines großen Haufens trägt der Sozialdemokrat Semmig die rote Fahne; Arnold Ruge verlangt als der Führer 80 000 Taler zum Ankauf von Waffen. Der Stadtrat läßt sich aber auf nichts ein, sondern beschließt am 6. Mai: die Gemeinde Leipzig stellt sich bis zum Austrage des Konfliktes zwischen Krone und Volk unter den Schutz der deutschen Zentralgewalt. Dieser Beschluß, der aus Leipzig eine Art provisorische Reichsstadt macht, wird amtlich nach Frankfurt mitgeteilt! Da die Schützen nach Dresden geholt sind, gibt es überhaupt keine Soldaten mehr in Leipzig; als nun Barrikaden gebaut werden, muß die Kommunalgarde helfen; sie wird aber schnell flau, und mancher will mit den Aufständischen verhandeln. Der Vizebürgermeister Koch reißt aber alles noch zusammen. Mehrere Bürger fallen bei der Hauptbarrikade an der Grimmaischen Straße.

In Chemnitz muß der Stadtrat die Kommunalgarde auf die Reichsverfassung vereidigen; Zwickau, große Teile des Erzgebirges und des Vogtlandes, im ganzen 24 Städte, erkennen die provisorische Regierung an; in Annaberg wird der Wunsch geäußert, der König möge abdanken. In einer anderen Stadt ist die Kommunalgarde schon nach Dresden abmarschiert, wird aber vom Stadtrat unter der Wirkung eines verzweifelten Ansturmes der zurückgebliebenen Frauen wieder zurückbefohlen! Die entscheidende Hilfe fehlt aber, alles ist lokal befangen, häufig in sich widerspruchsvoll; die Vernünftigen und Nüchternen sind in der Überzahl, sie wünschen sich die Reichsverfassung, scheuen aber das Risiko; die jungen Leute denken anders, vor allem die Turner, aber auch die jungen kaufmännischen

Angestellten; Opfermut ist also wohl vorhanden, er kann aber nicht entscheidend durchschlagen.

Der durch Preußens Eingreifen errungene Sieg des militärisch-dynastischen Prinzips über die Volksrechte in Sachsen schüchtert die Volksbewegung auch in Böhmen, Thüringen, im bayrischen Franken tief ein; auf Sachsen wirkt dies Ereignis wie eine halbe Annexion; das sächsische Königshaus, zwischen der preußischen Großmacht und dem Kaiserstaat Österreich eingeklemmt, von jeher das Opfer beiderseitiger Eifersucht, hat die demokratische Bewegung unterdrücken zu müssen geglaubt, um seinen Thron zu retten; sehr widerwillig schließt es sich der Unionspolitik an und macht den geschickten Vorbehalt des Eintrittes Bayerns; Beust und v. d. Pfordten verständigen sich bald; Preußen wird schnell um den Dank gebracht, auf den es rechnet. Innerpolitisch freilich lenkt Sachsen in Preußens Bahn. Noch einmal wird dort ein Landtag nach allgemeinem Stimmrecht gewählt; dann wird das Wahlgesetz vom 15. November 1848 aufgehoben; auch Sachsen wird nun Dreiklassenstaat. Die Maikatastrophe gestaltet zunächst das innere Leben des Königreichs vollkommen um: Tausende werden verhaftet, die Gefängnisse sind so überfüllt, daß viele gegen Kaution entlassen werden müssen, rund 9000 Untersuchungen werden eingeleitet, in Dresden allein wird gegen 869 Personen die förmliche Untersuchung eröffnet, die Hälfte davon gehört dem Arbeiterstande an. 26 Advokaten und Bürgermeister, 9 Ärzte oder Apotheker, 7 verabschiedete Offiziere, 13 Lehrer, ebensoviel untere Beamte, zwei Professoren und ein Regierungsrat sind darunter. Führer, wie Heubner und Röckel, kommen auf viele Jahre ins Zuchthaus, eine widerwärtige Angeberei wird Mode, und gerade solche, die eigentlich auch für die Frankfurter Reichsverfassung redeten, aber zu feige gewesen sind, um für sie zu kämpfen, eilen nun, sich durch Dienstbeflissenheit bei den Behörden beliebt zu machen. Beamte und Lehrer werden suspendiert, neue Steuern werden auf dem Verordnungswege eingeführt, die Vaterlandsvereine aufgelöst, die deutschen Vereine machen die Schwenkung nach Gotha mit, alles, was schwarz-rot-gold war, erscheint aufs schwerste kompromittiert durch die sozialistisch-kommunistische Teilnehmerschaft und die Ereignisse des Straßenkampfes; die meisten wollen mit einer so besiegten Sache nichts mehr zu tun haben. Viel zu lange, bis Anfang Juli, bleibt König Friedrich August auf der Festung Königstein; diese Abgeschlossenheit wirkt unversöhnlich; er kann sich kein richtiges Bild machen, die Umgebung, die königliche Familie verstärken die Besorgnis um seine Sicherheit, ein paar Drohbriefe dienen als willkommene Bestätigung. In Pillnitz etwa hätte der König gar nichts zu befürchten gehabt, urteilt der preußische Gesandte[72]).

*

Ohnmächtig haben Zentralgewalt, Ministerium Gagern und Frankfurter Parlament den sächsischen Ereignissen zusehen müssen. Der weimarische Minister v. Watzdorf, der trotz anfänglicher Weigerung als Bevollmächtigter am 6. Mai in Dresden erscheint, kann mit seinen Mahnungen zu Ruhe, Ordnung und Gehorsam bei keiner der kämpfenden Gruppen etwas ausrichten. Der Abgeordnete Briegleb, der als Reichskommissar zur Erhaltung des Reichsfriedens sogar bei

den Nachbarregierungen Requisition um Beihilfe und Unterstützung zu stellen bevollmächtigt wird, langt am 10. Mai in Dresden an, an dem Tage des endgültigen Sieges der königlichen Regierung. Die erste Nachricht, die er empfängt, ist die vom Rücktritt des Ministeriums Gagern, die Lage hat sich also in ihr Gegenteil verkehrt; Briegleb bleibt nichts übrig, als seine Sendung als beendet anzusehen[73]).

Eine völlige Abfuhr holte sich Karl Mathy als Bevollmächtigter der Zentralgewalt in München. Der König empfängt ihn lediglich, weil der Name des Erzherzogs Johann unter seiner Vollmacht steht; Pfordten spricht nur wenige Minuten mit ihm, verweist ihn auf seine öffentliche Erklärung vom 23. April und verhindert, daß sich Mathy wie ein akkreditierter Diplomat benimmt; nur als Privatperson wird er geduldet. Mathy hält sich sehr zurück, meidet jede Berührung mit demokratischen Kreisen, erklärt, auf Instruktion von Frankfurt warten zu wollen — eine Abänderung der Reichsverfassung käme allerdings nicht in Betracht; er bekommt dann von Pfordten die kühle Mitteilung, die bayrische Regierung sähe seine Sendung als erledigt an[74]).

Erledigt ist aber damit nicht die Frankfurter Reichsverfassung in Bayern. Der Kongreß der Märzvereine in Frankfurt weiß wohl, warum er beschließt, die gesamte Agitation für Anerkennung der Reichsverfassung auf München zu konzentrieren. In München hat sich ein provisorischer Zentralmärzverein für Bayern gebildet, der den Frankfurtern sein Bekenntnis zum „Recht der freien Selbstbestimmung des Volkes" übermittelt, aber auch wesentliche Bedenken gegen die Reichsverfassung äußert: „Möge es gelingen, das Kaisertum wie den maskierten Bundestag zu überwinden und den besten deutschen Mann an die Spitze des neuerstandenen Vaterlandes zu bringen." Trotzdem gibt der Münchner Zentralmärzverein an seine Zweigvereine die Weisung, im Moment der Entscheidung einträchtig zusammenzuwirken und das Frankfurter Parlament bei der Überwindung des Partikularismus zu unterstützen. Die große Versammlung der Märzvereine im Pratersaal am 27. April, die von Tausenden besucht wird, entschließt sich dann doch für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung[75]). Die im Rathaus ausgelegte Adresse bekommt 12 000 Unterschriften. Die Studenten verlangen drohend Bewaffnung und Vereidigung auf die Verfassung und rufen alle deutschen Kommilitonen auf; die Arbeitervereine und die Künstler verbünden sich mit ihnen. Der „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit" sammelt seine Leute zum Gegenstoß. Er spricht in einer Adresse an den König, die 9000 Unterschriften findet, seine Zustimmung zur amtlichen Ablehnungspolitik aus[76]). Ein paar Tage sieht es in München kritisch aus. Presse und Flugblätter toben; v. Trützschler läßt Pfordten sagen: ehe zwei Wochen vergehen, wird auch Bayern uns gehören; die Liberalen der Zweiten Kammer fühlen sich von der österreichischen Reaktion so abgestoßen, daß sie lieber mit Preußen gehen wollen; an die Landwehr werden scharfe Patronen verteilt. Nur allzu berechtigte Zweifel an der Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit der bayrischen Armee werden selbst von Ministern ganz offen geäußert; Oberst v. Xylander gibt in Frankfurt zu, daß die Regierung nicht mehr als 10 000 bis 12 000 tüchtige Truppen auf die Beine bringen kann. Redakteure und Studenten werden verhaftet; Dresdener Barrikadenkämpfer, die sich nach München geflüchtet haben, werden verfolgt; den Schülern der polytechnischen Schule werden

die Waffen abgenommen. Die Hügel bei München werden von der Militärbehörde auf die Möglichkeit der Anbringung von Batterien untersucht. Der Demokratenführer Riedel berichtet über den Frankfurter Kongreß der Märzvereine und erklärt: zwar seien sie Republikaner aus innerster Seele, wollten aber davon abstehen, nur das geringste Maß an Freiheit möge garantiert werden; die Demokraten seien keine Kommunisten und Räuber, aber die Fürsten seien nun an der Reihe, Opfer zu bringen: sie sollten die Reichsverfassung anerkennen. Riedel vertritt als erster in München den Gedanken, König Maximilian solle die Reichsstatthalterschaft von Deutschland übernehmen; drei Abgeordnete des Frankfurter Parlaments, darunter Wigard und Lohmann, erscheinen am 23. Mai in München, um ihm diese Würde für den Fall anzubieten, daß er die Reichsverfassung annähme; nach einer Unterredung mit Pfordten reisen sie wieder ab unter Verzicht auf ausdrücklichen Bescheid. Fürst Wallerstein will ihnen eine Audienz beim Könige erwirken, aber vergebens[77]). Der österreichische Gesandte Graf Thun rät dem König: für den Fall, daß die nördlichen Provinzen abfallen, möge er nach Altbayern gehen und dort 30000 Gebirgsschützen um sich sammeln. Gerade im Gebirge aber herrscht große Mißstimmung wegen der Jagden; die Demokraten sagen, daß infolge der Reichsverfassung der König auf die Jagden verzichten müsse. Das macht Eindruck. Da gibt der König freiwillig das Jagdrecht auf, außer in den Parkgebieten. Nun kommt der Umschwung: die Bergbewohner erklären, der Regierung im Falle der Not zu Hilfe zu kommen. Auch die Festung Ingolstadt wird als Zufluchtsort für König und Hof in Betracht gezogen. Dem König ist das aber auch nicht sicher genug. Er erklärt bereits, er wolle sich lieber nach Österreich begeben, als irgendein Zugeständnis machen[78]). V. d. Pfordten ist zähe, seine amtlichen und privaten Äußerungen wiederholen immer das gleiche, der Frankfurter Bundesstaat wird bekämpft, indem er als Einheitsstaat gedeutet wird, der „wahre" Bundesstaat wird verlangt, und alle Eigenschaften des alten Staatenbundes werden von ihm gefordert; die tausendjährige Geschichte Bayerns wird bemüht, die Gestalt Heinrichs des Löwen beschworen — zum Schutze der materiellen Interessen des Südens; dem deutschen Volkskaisertum, das in den Kerngebieten des alten Reiches als die wahre Lösung des Gegenwartskampfes eine so überwältigende Wirkung ausübt, wird die Unauflöslichkeit der Bundesakte entgegengestellt; an den Märzerrungenschaften will Pfordten aber festhalten, keinen Vormärz erneuern, die Grundrechte als „Richtschnur" nehmen, ihre nachteiligen Bestimmungen entfernen. Man sieht, wie Pfordten nicht als der Reaktionär erscheinen möchte, der er ist; in Frankfurt will er die Revolution bekämpfen, dort feiert sie ihren recht eigentlichen und letzten Sieg, Preußen will sich arrondieren, Bayern kann sich da nicht wie Reuß-Lobenstein oder Waldeck behandeln lassen.

„Ich will Kleindeutschland verhindern", sagt auch König Maximilian, „und wenn dies nicht möglich ist, will ich wenigstens dafür sorgen, daß es so klein wie möglich ausfalle." „Preußen", urteilt der preußische Gesandte v. Bockelberg, „hat seine unversöhnlichsten Gegner nicht zu Wien, sondern zu München[79])." Als Friedrich Wilhelm IV. durch seinen Flügeladjutanten Fürsten Croy die Übernahme der Zentralgewalt durch Preußen mit Einwilligung der Fürsten vorschlägt und Truppen gegen die Revolution anbietet, antwortet König Maximilian mit dem

aufgewärmten Direktoriumsprojekt, und Pfordten nennt im Gespräch mit Graf Thun den preußischen Schritt eine „neue preußische Perfidie"; Preußen sei die Schlange am Busen Deutschlands[80]).

Inzwischen wächst aber eine großartige Volksbewegung für die Reichsverfassung heran im bayrischen Schwaben, in den drei Franken und in der Pfalz. In Immenstadt, Sonthofen, Füssen, Lindau veranstalten die Volksvereine Versammlungen, empfehlen Volksbewaffnung, arbeiten gegen die Münchener Regierung; die Jungen und Nichtbesitzenden stehen auch hier im Vordergrund. Ein bewaffneter Zug gegen München wird zeitweise geplant. Die Regierungsbehörden bitten um Verstärkung der Gendarmerie und der Garnisonen[81]). Das eigentliche Landvolk schweigt, es ist zu sehr im Felde und in der Wirtschaft beschäftigt, auch im allgemeinen zu gleichgültig. In den kleinen Landstädten regt es sich aber stark. Auf der Volksversammlung in Weißenborn haut der Redakteur der Ulmer Schnellpost die bayrische Fahne mit einem Hirschfänger von ihrem Stock und tritt sie mit Füßen[82]). So bäumt sich gegen den bajuvarischen Staatsgedanken der schwäbische schwarz-rot-goldene Reichspatriotismus auf. Es ist durchaus irrig, die Bewegung für die Reichsverfassung hier als überwiegend republikanisch abtun zu wollen. Das Republikanertum ist in Bayern verhältnismäßig schwach; wir haben oben gesehen, wie sogar die Münchner Märzvereine ihre Bedenken gegen die Frankfurter Verfassung zurücktreten ließen; einzelne extreme Zeitungsartikel dürfen nicht überschätzt werden. Das erste Ziel der Bewegung ist, den König von Bayern zur Anerkennung der Verfassung zu bringen, genau so, wie es in Sachsen versucht und in Württemberg erreicht worden ist.

Erst dahinter steht stellenweise der vage Gedanke, den bayrischen Partikularismus zu zerbrechen und ein deutsches Volkskaisertum, vielleicht gar eine Republik, aufzurichten. Die Volksversammlung in Nürnberg faßt den Beschluß: „Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes, denn die von dem deutschen Parlament verkündete Reichsverfassung ist Gesetz für Deutschland; unsere Regierung steht auf dem Boden der Rebellion, denn sie hat sich empört gegen dieses Gesetz." Zwei Volksversammlungen auf dem Judenbühl drohen mit dem Abfall Frankens. Der Senat der Universität Erlangen, Magistrat und Gemeinde-Kollegium in Würzburg wenden sich an den König mit der Bitte, die Reichsverfassung bedingungslos anzunehmen. Die Frankfurter Verfassung, das ist die herrschende Meinung, bedeutet trotz ihrer Mängel den positiven Abschluß der Volksbewegung von 1848, die Garantie von Ruhe, Ordnung und Einigkeit gegenüber „sozialistischen oder gar kommunistischen Elementen". Ganz Franken sieht in diesen Maitagen auf den Kampf in Sachsen; siegt dort die Revolution, so wird sich auch Franken erheben. „Alles steht auf dem Spiele", meint selbst Pfordten zum preußischen Gesandten[83]). Die Entsendung preußischer Truppen nach Sachsen begrüßt er mit offizieller Wärme. Die Vorstellung, sie könnten auch nach Franken marschieren, läßt München zittern. In der Tat: eine preußische Brigade, die für die Reichsverfassung eingesetzt worden wäre, hätte Franken selbständig gemacht; Freiherr v. Rotenhan äußert den Gedanken, gegen die fränkische Revolutionsgefahr aus Sachsen die Preußen herbeizurufen, und muß sich noch nach Monaten deshalb vom König Maximilian „unpatriotische Handlungsweise" vorwerfen lassen[84]).

Bayern sieht im Mai 1849 eine große preußische Machtentfaltung vor sich und fühlt doppelt die eigene Schwäche. Nervös fragt Pfordten den preußischen Gesandten, ob die Nachricht von der Bildung eines Lagers bei Kreuznach und der Zusammenziehung von Truppen dort begründet sei; er fürchtet, eine solche Aktion könne erregend auf die revolutionäre Partei in der Pfalz wirken. Bockelberg antwortet ausweichend; die Truppenansammlung bei Kreuznach gehe von Koblenz, nicht von Berlin aus[85]). Tatsächlich hat der Bürgermeister von Kreuznach schon am 1. Mai die amtliche Ankündigung erhalten, in und bei Kreuznach sollten 40000 Mann aufgestellt werden.

Die bayrische Pfalz steht dennoch auf für die Frankfurter Reichsverfassung. Der geschäftsführende Ausschuß der pfälzischen Volksvereine lädt alle Abgeordneten und Vertrauensleute zur vorbereitenden Versammlung am 1. Mai: „Wenn die Regierung zur Rebellin geworden, werden die freien Bürger der Pfalz zu Vollstreckern der Gesetze werden", heißt es ganz ähnlich, aber etwas kräftiger als in Nürnberg. Ein provisorischer Landesverteidigungsausschuß von zehn Mitgliedern wird vorgeschlagen und am 2. Mai gewählt von der Volksversammlung in Neustadt; der Ausschuß fordert von den Regierungsbehörden die sofortige Anerkennung und Veröffentlichung der Reichsverfassung; wenn es nicht geschieht, droht er mit Absetzung, vereidigt die Beamten auf die Reichsverfassung und bietet die Volksbewaffnung auf. Rund 500 Mann, ein Teil der Besatzung von Germersheim, geht zum Volk über; ebenso die Besatzung des Brückenkopfs von Ludwigshafen. Ein Anschlag der Revolutionäre auf die Festung Landau mißlingt aber. Die Beurlaubten der pfälzischen Garnisonen stellen sich nur zum kleinsten Teil; auch die aus Frankfurt schnell herbeigezogenen Truppen schließen sich zumeist der Bewegung an. In wenigen Tagen ist die ganze Pfalz gewonnen, bis auf die zwei Festungen. Der Regierungspräsident flieht nach Germersheim; in Kaiserslautern wird am 17. Mai die Einsetzung einer provisorischen Regierung beschlossen; Reichard, Culmann, Hepp, Schüler, Kolb sind Mitglieder, Greiner, Fries und Schmitt Ersatzmänner; der Reichsverweser erhält davon Anzeige; die Pfalz hat sich von Bayern losgesagt, sie will keine „zinspflichtige Domäne des Hauses Wittelsbach" mehr sein. Der Richterstand der Pfalz erklärt sich „neutral" und beschließt, keinerlei Klagen aus Anlaß der Bewegung Folge geben zu wollen. Fast ohne Ausnahme erklären sich die Verwaltungsbeamten zur Anerkennung der Reichsverfassung bereit. Die Münchner Regierung befindet sich in peinlicher Verlegenheit. Sie muß zunächst die Pfalz ihrem Schicksal überlassen; bei der Frankfurter Zentralgewalt bittet der bayrische Bevollmächtigte um Truppenhilfe, hat das keinen Erfolg, will man das gleiche Ansuchen an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz richten[86]).

In der Ersten Kammer versucht Fürst Leiningen eine Oppositionsgruppe gegen das Ministerium v. d. Pfordten zu bilden, findet aber nur die wenig förderliche Zustimmung des Fürsten Wallerstein. In der Zweiten Kammer beantragt der Pfälzer Kolb die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung. Der Präsident weigert sich, den Antrag in seinem ersten Teil zur Abstimmung zu bringen, da er wider die Staatsverfassung sei. Dem zweiten Teil entsprechend wird aber eine Kommission eingesetzt, am nächsten Tage wird dann doch der ganze Antrag mit kleiner Mehrheit angenommen — ein peinlich unlogisches Verfahren: die

erste von mehreren parlamentarischen Niederlagen des Ministeriums Pfordten, die es aber mit der ihm eigenen liebenswürdigen Inkonsequenz überlebt und mit der Auflösung der Kammer beantwortet.

Wieder einmal steht Bayern zwischen Österreich und Preußen; mit Österreich will es politisch zusammenarbeiten, aber gegen die Revolution kann im Augenblick nur Preußen helfen. Pfordten verhandelt also nach beiden Seiten. Seine Hauptsorge, Preußen könne sich doch noch mit der Paulskirche und der reichspatriotischen Volksbewegung verbünden, ist unbegründet; Preußen drängt sich ja vielmehr zur Rolle des Büttels gegen seine ehrlichsten Anhänger. „Wenn aber Preußen nach selbstsüchtiger Besiegung der Anarchie mit hegemonischen Gelüsten hervortritt[87])?" fragt König Maximilian den Grafen Thun. Fürst Schwarzenberg will die norddeutsche Kleinstaaterei der preußischen Großmacht schließlich überlassen, denn er glaubt nicht an ihre Lebensfähigkeit. Bayern muß aber bleiben, was es ist; er warnt Bayern vor der Hilfe Württembergs, er schreibt, Graf Lerchenfeld sei zu preußisch gesinnt, um die Interessen des Münchner Hofes in Berlin mit Unbefangenheit zu vertreten. Er regt die Abberufung des bayrischen Gesandten in Wien, Grafen Luxburg, an, da er seinem Posten nicht gewachsen sei. Er bietet Bayern einen unverzüglich abzuschließenden Allianzvertrag und eine Zollkonvention mit Österreich an[88]). Bayern soll an die Spitze eines süddeutschen Bundes treten, so wie Preußen an der Spitze eines norddeutschen stehe. Österreich will ohne Anspruch auf Suprematie in enger Verbindung mit dem süddeutschen Bunde stehen. Solche Ratschläge und Angebote bilden Bayern die Rückendeckung bei seinen Verhandlungen mit Preußen. Preußen verlangt ja von Bayern Teilnahme an seiner Unionspolitik. Die starke militärische Stellung Preußens im Westen zwingt Bayern, wenigstens einige Zeit ein freundliches Gesicht zu machen. Aber Bayern vertritt den Standpunkt, Preußen sei zur Hilfeleistung schon durch die Wiener Schlußakte verpflichtet; es will nur von Bundes wegen Hilfe erbitten und annehmen, jedenfalls für die militärische Hilfe keine politischen Zugeständnisse machen. Preußen erkennt ja die Zentralgewalt nicht mehr an, es nimmt also keine Bundesgewalt mehr wahr, die es zur Hilfeleistung anhalten könne, es will ganz unabhängig von Frankfurt handeln und glaubt Bayern zum Anschluß an die Unionspolitik auf diese Art zwingen zu können. Pfordten schreibt an Graf Lerchenfeld, daß selbst Napoleon zur Zeit seiner schrankenlosesten Macht keiner Regierung Zumutungen gestellt habe wie jetzt die preußische der bayrischen. Als König Maximilian die Nachricht vom Einrücken der Preußen in die Pfalz erhält, schreit er stundenlang, das sei ein Landfriedensbruch. General v. d. Mark wird nach Berlin geschickt, um gegen einseitiges Einrücken der Preußen zu protestieren — einige Bataillone Bayern sollen wenigstens dabei sein! Preußen beginnt also Bayern vor der Revolution zu retten, ohne ausdrücklich darum gebeten zu sein; dafür führt Bayern wochenlang Preußen durch Scheinverhandlungen irre[89]). Erst nachträglich, am 4. Juni, hat Bayern ein direktes Gesuch an Preußen gerichtet.

Die notgedrungene Untätigkeit der bayrischen Regierung angesichts des Aufstandes und des Abfalles der Pfalz hat den Frankfurter Gewalten eine Einwirkung ihrerseits als aussichtsreich erscheinen lassen. Anfang Mai geht der Abgeordnete Eisenstuck als Reichskommissar nach der Pfalz. Statt aber den Landesverteidi-

gungsausschuß auf rein vereinsmäßige Befugnisse zu beschränken, bestätigt und legitimiert Eisenstuck diesen Ausschuß als ein öffentliches Organ im Gegensatz zu den königlichen Behörden, er erkennt ihm die Befugnisse zur Organisation der Volkswehr zu; obgleich Gagern ihm die schärfsten Vorwürfe wegen seines Verhaltens macht, geht Eisenstuck auf dem betretenen Wege weiter, verlangt auf Grund seiner Vollmacht Gehorsam von allen Militär- und Zivilbehörden, ja er erreicht es, daß das Festungskommando von Landau sich weigert, preußische Truppen einzulassen. Es ist der einzige Fall, daß ein Frankfurter Reichskommissar oder Bevollmächtigter sich an die Spitze einer Volksbewegung gestellt hat, die er eigentlich beschwichtigen und in das Gesetzliche zurückleiten soll; die Verwirrung der Begriffe ist groß, die mächtige Parole „Reichsverfassung" drängt alles andere zurück[90]). Am 10. Mai wird Eisenstuck ersucht, seine Tätigkeit einzustellen.

Die Pfalz bewaffnet sich. Zwei Leute aus Kaiserslautern erscheinen in Lüttich und kaufen für Rechnung der „provisorischen Regierung von Rheinbayern" 25 sechs- bis zwölfpfündige Feldkanonen; in zahlreichen Fabriken erstehen sie auch Handfeuerwaffen und schicken sie direkt nach Deutschland. Die belgische Regierung findet nach der bestehenden Gesetzgebung keine Mittel, dagegen einzuschreiten; der preußische Gesandte in Brüssel benachrichtigt aber die Eisenbahndirektionen in Luxemburg und Trier, damit die Waffensendungen aufgehalten werden. In der Tat werden auch in Köln 600 für die Pfalz bestimmte Gewehre beschlagnahmt. Als die belgische Regierung den einen der beiden Pfälzer, Seitz, einen gelernten Büchsenmacher, der sich als ein begeisterter Republikaner bekennt, ausweisen will, werden die Waffenfabrikanten von Lüttich dagegen vorstellig — mit der Begründung, man solle doch ihren Absatz nicht hindern. Die königlich belgische Gießerei lehnt auch solche Lieferungen ab; der König der Belgier bedauert ausdrücklich diesen Sachverhalt, der weitere Maßnahmen ausschließt. Frankreich verbietet zwar die Ausfuhr von Waffen an die deutschen Revolutionäre, aber bei der Stimmung an der Grenze ist die Ausführung dieses Befehls sehr zweifelhaft. Aus England kommt über Ostende Kriegsmunition auf mehreren Schiffen, auch auf einem belgischen; sie ist angeblich für die deutsche Marine bestimmt, wird aber auf Bunsens Benachrichtigung hin aufgehalten[91]).

Erst nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König ist im Süden und Westen Deutschlands die Begeisterung für die Reichsverfassung warm geworden. Man sagt sich hier: wenn ein Mann wie Friedrich Wilhelm IV. die Krone nicht haben will und an der Verfassung herummäkelt, dann müssen beide doch recht gut sein; die tiefe Antipathie gegen diesen Monarchen erwacht wieder überall; manche bedauern, daß ihm die Volkskaiserkrone überhaupt angetragen worden ist, weil sie für ihn viel zu kostbar sei, weil er sie doch nur unwürdig getragen hätte. Manche sind froh, daß man den Schritt getan habe und damit den besten Willen gezeigt habe — sie sehen nun eine freie Bahn vor sich. Die Reichsverfassung wird zur Waffe gegen den preußischen Partikularismus. Es ist nicht leicht, ein einfaches Ziel der zweiten Märzrevolution festzulegen; die verschiedenen Gruppen der verschiedenen Einzelstaaten denken sich verschiedenes dabei; jede Woche bringt ja auch eine Veränderung der Gesamtlage. Die monarchistischen Reichspatrioten hoffen durch den Kampf um die Reichsverfassung den

preußischen König doch noch zur Annahme oder aber zur Abdankung zu zwingen, sie suchen nach einem andern deutschen Monarchen, der die Politik des Frankfurter Parlaments als Reichsstatthalter unterstützt und durchführt; die deutschen Republikaner trauen keinem deutschen Fürsten mehr und hoffen durch den Kampf um die Reichsverfassung der deutschen Republik oder wenigstens der republikanischen Verfassung für eine Reihe Einzelstaaten näherzukommen. Wenn sich dabei sozialrevolutionäre Bundesgenossenschaft einstellt, so muß ihnen das recht sein — trotz der leicht zu berechnenden Rückwirkung auf das an sich reichspatriotisch gesinnte solide Bürgertum. Die Aussichten des offenen Kampfes erscheinen nicht schlecht — der Erfolg der ungarischen Republikaner gegen Österreich weckt Begeisterung zu ähnlicher Tat. Der Kampf um die Reichsverfassung beginnt als ein Kampf für das Volkskaisertum des Königs von Preußen und wandelt sich zu einem nationalen Kampf gegen jeden monarchistischen Partikularismus, besonders aber den preußischen.

Die norddeutsche Kleinstaaterei tritt für die Reichsverfassung ein und macht, abhängig von Preußen, wie sie nun einmal ist, den Übergang zur Unionspolitik widerwillig mit. In West- und Süddeutschland laufen die Dinge anders. Nassau, Hessen-Darmstadt, Baden nehmen die Reichsverfassung an, weil sie die Volksbewegung zu beschwichtigen hoffen. In Bayern sogar stimmt, wie wir sahen, die Zweite Kammer für Annahme, während sich die Reichsräte dagegen wehren; den stärksten Eindruck machen die Ereignisse in Württemberg.

*

Hier schließen sich die Altliberalen und die Volksvereinler zusammen, um das Ministerium Römer beim Wirken für die Reichsverfassung gegenüber dem Widerstande des Königs zu unterstützen. Die Kammer bekennt sich zur Reichsverfassung, Römer bearbeitet noch von Frankfurt aus den König Wilhelm: er sei überzeugt, sämtliche Staaten Deutschlands würden die Reichsverfassung anerkennen; die Preußen in Frankfurt seien sehr erstaunt, daß die Deputation die Antwort des Königs von Preußen als Ablehnung angesehen habe. In den Staaten, die die Reichsverfassung ablehnen sollten, werde der Annexionssturm ausbrechen: „Eure Majestät gelten unter den deutschen Fürsten als der einzige wahre Repräsentant der Idee der neuen Zeit, deren Macht niemand schneller verspüren wird als der König von Bayern. Lehnt wider Erwarten der König von Preußen ab, so wird in der Nationalversammlung die Rede davon sein, Eure Majestät an die Spitze Deutschlands zu stellen." Deshalb rät Römer dem König, die Reichsverfassung bald zu verkündigen, um in einem solchen Falle Mißdeutungen zu vermeiden[92]). Ein altes Motiv klingt also wieder an und beeinflußt die kommenden Ereignisse: Württembergs König an der Spitze der kleineren deutschen Regierungen! Er selbst hat sich im Jahre zuvor in eine solche Stellung hineingeträumt; kann jetzt nicht Württemberg mit der starken Persönlichkeit seines Monarchen Mittelpunkt eines reinen Deutschland werden, das sich wohl gar gegen die Großmächte und Bayern als unabhängiger politischer Körper durchsetzt!? Dergleichen schwebt Römer als letzte Möglichkeit vor; deshalb befürwortet gerade er so lebhaft die Verlegung des Frankfurter Parlaments nach Stuttgart. König Wilhelm freilich bleibt kühl, er will keinen derartigen Schritt tun,

keinen „Parteiweg“ beschreiten, er will abwarten, wie sich Wien, Berlin und München zueinander stellen werden. Die Volksbewegung in Württemberg dringt aber auf eine klare Entscheidung. Auf dem Marktplatz in Stuttgart veranstalten die städtischen Kollegien eine großartige Volksversammlung, die alle verschiedenen Parteigruppen zu dem Bekenntnis vereinigt: „Unverbrüchliches Festhalten an der Reichsverfassung[93])!“ Gleichzeitig mustert König Wilhelm seine Soldaten in den Kasernen und verhindert so die Teilnahme des Militärs an der Kundgebung. Am 16. April findet unter dem Vorsitz des Königs der entscheidende Ministerrat statt. König Wilhelm spricht gegen die erbliche Kaiserwürde; Römer ist auch der Ansicht, daß das Erbkaisertum nicht im Interesse Deutschlands sei, verlangt aber eine Erklärung Württembergs, daß es die Reichsverfassung anerkenne; einen Teil der Verfassung könne man aus einer solchen Erklärung nicht ausschließen; nimmt Preußen nicht an, sind die das Oberhaupt betreffenden Verfassungsbestimmungen hinfällig; nimmt es aber doch an, dann muß man sich fügen. Denn die Demokratische Partei wird sonst fortwährend revolutionieren[94]).

Der König will aber Aufschub; da gibt das Ministerium Römer seine Entlassung; der König erläßt ein Dekret ohne Gegenzeichnung, in dem er Österreich und die Idee der Gesamtnation dem Willen des Frankfurter Parlaments gegenüberstellt. Der Ministerrat läßt sich nicht einschüchtern. Württemberg, so schreibt er an den König, muß so bald als möglich die Verfassung anerkennen, um den Anschein zu vermeiden, als werde es dazu gezwungen; durch die Verwerfung des preußischen Oberhauptes muß Württemberg gegenüber Preußen und gegenüber der zahlreichen revolutionären Partei in ein sehr schwieriges Verhältnis kommen. In einem sehr beweiskräftigen geschichtlichen Rückblick weist der Ministerrat hin auf die Beschlüsse des Bundestages, die Verordnungen des Königs selbst, die Eröffnungsrede der Kammern vom 20. September, die Erlasse an den Bevollmächtigten in Frankfurt — die alle darin übereinstimmen, daß die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung unbedingt bindend sein sollten und der Weg vertraglicher Vereinbarung als ungangbar nicht zu beschreiten sei[95]). Römer schreibt persönlich an den König: „Wir kennen die Stimmung in Deutschland besser als bezahlte Agenten, welche befürchten, ihre Erwerbsquellen zu verlieren, wenn die Idee der neuen Zeit zum Durchbruch kommt.“ (Das geht auf Klindworth, König Wilhelms bevorzugtes Werkzeug!) „Die Regierungen von Bayern, Hannover und Sachsen werden durch ihre Völker genötigt werden, die deutsche Reichsverfassung anzuerkennen.“ Österreich habe sich selbst ausgeschlossen, ein Deutscher Bund existiert nicht mehr seit Errichtung der provisorischen Zentralgewalt; besser, Österreich scheidet aus, als Süd- und Norddeutschland werden getrennt; „Deutsch-Österreich wird voraussichtlich nicht lange allein stehen, sondern sich den deutschen Brüderstämmen in einer nicht entfernten Zukunft anschließen[96]).“ Der Rücktritt des Märzministeriums entfesselt eine gewaltige Erregung; städtische Körperschaften, Vereine, die Zweite Kammer setzen sich für Römer ein. Die Standesherren wagen überhaupt nicht, über die Reichsverfassung zu beraten! Als die Bürgerwehr ebenfalls für die Reichsverfassung demonstrieren will, legt ihr Kommandant Alberti seine Stelle nieder: alles wendet sich gegen ihn. König Wilhelm bemüht sich, ein neues Ministerium zustande zu bringen; er findet aber nur den katholischen Grafen Schaesberg bereit, Mitglied der Kammer der Standes-

herren, einen alten Herrn, der niemanden auftreibt, der mit ihm im Kabinett sitzen möchte. An Truppen stehen nur 1500 Mann zur Verfügung; Reserven können nicht einberufen werden, weil die Kassen leer sind. Der Korpskommandant Prinz Friedrich von Württemberg gibt den in Baden stehenden württembergischen Truppen Befehl, sich zum Rückmarsch bereitzuhalten; das ist aber eine Sache von mehreren Tagen, und es droht unmittelbar die Republik in Württemberg. Prinz Friedrich erklärt wenigstens dem russischen Geschäftsträger, er habe die Beweise dafür in der Hand, daß eine republikanische Regierung, bestehend aus Polizeidirektor Seeger, dem Abgeordneten Becher und Johann Scherr in Stuttgart, für den Fall eingesetzt werden soll, daß der König auf seiner Weigerung beharrt[97]). Was soll König Wilhelm tun? Bayern und Österreich haben Truppen versprochen; die Bayern sind zu langsam, und Österreich muß alles gegen Ungarn einsetzen. Der König hofft auf die dem österreichischen Kaiserhause günstige Stimmung im katholischen Oberschwaben; aber auch dort will ihm niemand helfen, die Stimmung ist für die Reichsverfassung! Am 21. April empfängt König Wilhelm die Kammer-Deputation; er ist sehr erregt, seine Äußerungen werden heftig, ohne Zusammenhang herausgestoßen. Erst nach Entlassung der Deputation gewinnt er seine Fassung wieder; nun wird sie zurückgerufen, und mit einiger Mühe wird eine Formulierung der königlichen Antwort zu Papier gebracht, der König unterzeichnet sie, ohne etwas zu ändern. Durch Extrablatt des Schwäbischen Merkurs geht sie in die ganze Öffentlichkeit[98]). Diese Formulierung schwächt zwar einiges ab, gibt aber noch recht anschaulich das Spontane und Widerspruchsvolle der königlichen Äußerungen wieder, die gewaltiges Aufsehen machen und sehr lange politisch nachgewirkt haben. Zuerst weist König Wilhelm auf die Unklarheit der Lage hin: Preußen selbst hat die Reichsverfassung noch nicht anerkannt, es wird über ihre Änderung verhandelt . . . „Was soll Ich also schon jetzt anerkennen, was noch gar nicht existiert? Lassen Sie Mir Zeit. Ich versichere Sie, daß Ich die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. Dem Hause Hohenzollern unterwerfe Ich Mich nicht, Ich bin dieses Meinem Lande, Meiner Familie und Mir selbst schuldig. Würden aber alle Fürsten von Deutschland es tun, so würde auch Ich dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Ich kann durch Ihre Erklärungen durch Aufruhr im Lande dazu genöthigt werden. Wenn Sie sich auf den Boden der Revolution stellen und Mich zwingen, Mein Wort zu geben, so ist es kein freies. Das erkennen Sie selbst an und können es auch nicht wollen, denn ein erzwungenes Wort wäre für Mich nicht bindend, Ich könnte es ja widerrufen, wenn Mein Wille wieder frei wäre. Die Deutsche Verfassung werde Ich in Meinem Lande durchführen, wie Ich die Grundrechte zuerst eingeführt habe. Ich gebe Ihnen mein Wort, aber dem Hause Hohenzollern unterwerfe Ich Mich nicht, Mein Gewissen und Meine Überzeugung lassen es nicht zu. Dem Kaiser von Österreich, wenn er gewählt worden wäre (da Ich die Überzeugung habe, daß es für Württemberg vortheilhaft gewesen wäre), würde Ich Mich unterworfen haben."

Zum Schlusse sagt der König: es herrsche zwischen ihm und dem Ministerium Meinungsverschiedenheit nur über den Zeitpunkt der Erklärung; die Aufregung sei durch die Vereine künstlich hervorgebracht; er habe Mut, müsse es darauf ankommen lassen und spreche nach Überzeugung und Gewissen.

Die Antwort der Abgeordnetenkammer auf diese Meinungsäußerung des Königs ist der Beschluß, daß die Frankfurter Reichsverfassung als württembergisches Gesetz anzusehen, daß jeder Staatsbürger zu ihrem Schutze verpflichtet, daß jeder Angriff auf sie ein Verbrechen ist. König Wilhelm verläßt am 23. April die Residenz, geht nach Ludwigsburg und warnt in einer Proklamation ohne Gegenzeichnung eines Ministers vor „vorschneller Entschlußnahme" in der Reichsverfassungsangelegenheit. Jetzt bildet sich das erste Freikorps, die Bürgerwehren rüsten, die Kammer setzt eine permanente außerordentliche Fünfzehnerkommission ein. Das in Demission befindliche Ministerium erhält vom König die Anweisung, daß ihm die Geschäftsgegenstände nachgeschickt werden sollen.

Römer schreibt dem König, es liege im Geist des konstitutionellen Systems, daß das unmittelbare Verhältnis zwischen Staatsoberhaupt und verantwortlichen Räten nicht allzu lange unterbrochen werde[99]). Die Volksbewegung schwillt hoch. Heilbronn regt eine Versammlung sämtlicher Gemeindebehörden in Stuttgart an, der Landesausschuß, das leitende Organ der Volksvereine, verhindert wohl den geplanten bewaffneten Zuzug nach Stuttgart und damit die unmittelbare Vorbereitung revolutionärer Schilderhebung, sorgt aber für Volksbewaffnung zum Zwecke der Abwehr und ermahnt die Soldaten in einem Aufruf, nur Befehlen zu gehorchen, die von einem verantwortlichen Minister ausgehen, und dem Verfassungseid treu zu bleiben[100]). Die Offiziere erklären dem König in Ludwigsburg, gegen jede persönliche Gefahr werde er geschützt werden, aber wider die Verfassung könnten sie nichts unternehmen. Überall im Lande werden Kugeln gegossen, andere Munition bereitet; die Erhebung des Landsturms steht bevor. Familie und älteste Vertrauensleute bitten den König, nachzugeben. Am 24. April erkennt er die Reichsverfassung an, „unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung, daß sie in Deutschland in Wirksamkeit trete"; diese an sich nichtssagende, aber doch sehr ausdeutbare Klausel findet zwar beim Ministerium Römer keinen Widerspruch, aber bei der permanenten Kammerkommission. Der König muß sie fallenlassen. Der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt erklärt auf direkten Befehl des am 25. April in Ulm befindlichen Königs das Einverständnis Württembergs damit, daß der König von Preußen sich provisorisch mit Zustimmung der Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stellt. Am Abend des 25. April spricht die Staatsregierung die Gültigkeit der Reichsverfassung aus; sie soll überall feierlich bekanntgemacht werden. Die Kammer beschließt, bei der Frankfurter Nationalversammlung die Verpflichtung der Staatsdiener auf die Verfassung anzuregen, sie wünscht eine allgemeine politische Amnestie und dankt den Gemeinden als Antwort auf die Adressenbewegung für die „Treue und kräftige Haltung des Volkes[101])".

Römer kann stolz sein; er hat sein in Frankfurt gegebenes Versprechen eingelöst; die Front der widerstrebenden Königreiche ist gebrochen — und zwar auf gesetzlichem Wege; der Rechtszustand ist erhalten geblieben; wer auf Umsturz bei dieser Gelegenheit gehofft hat, ist enttäuscht. Aber die ersehnte Wirkung auf die deutsche Politik bleibt leider aus. Der besiegte König ist stärker als der Sieger Römer. Er findet, daß er doch eigentlich recht gehabt hat, und sinnt auf Sühne für die beispiellose Demütigung.

Was König Wilhelm will, sagt er allein dem russischen Geschäftsträger: „Man hat mich in jeder Weise zu kirren versucht, man hat mir die Kaiserkrone gezeigt, man hat mir das Truppenkommando in Schleswig-Holstein angeboten, in einem Kriege, den ich für ein Verbrechen halte; schon im vorigen Sommer habe ich Gagern gesagt, er werde Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen. Wenn ich meine Truppen in Ulm versammelt habe, werde ich sehen, ob sie treu sind. Meine Frau und meine Töchter werde ich nach dem Haag schicken, dort sind sie sicher ... Ich hoffe, daß der Kaiser von Rußland meine Auffassung und meine gerechten Appréhensions teilt[102]."

„Heil dem einigen, dem freien Deutschland" — so haben viele tausend Stimmen in Stuttgart gerufen und die Kammerbeschlüsse vom 25. April begrüßt. Der König plant auf der Stelle gewalttätigen Gegenstoß; das Märzministerium Römer tut gar nichts mehr. Sachsen, Bayern und Baden gehen nicht den Weg Württembergs. Die Revolution schreitet aber voran. Römer und Württemberg hängen zwischen Revolution und Gegenrevolution. Sie müssen die Ziele der Revolution billigen, sie wollen ihre Mittel nicht gutheißen. Die württembergische Kammer verlangt, daß die Regierung in Verbindung mit der provisorischen Zentralgewalt die Niederkämpfung reichsverfassungsfreundlicher Volksbewegungen durch andere Staaten verhindere; ein Reichsheer soll aufgestellt werden, es soll den Reichsfrieden aufrechterhalten. Das Frankfurter Parlament wünscht sich genau dasselbe! Man sieht, wie sich Frankfurter Parlament und württembergische Rechtsauffassung annähern. Die württembergische Kammer beschließt weiter, daß sich die reichsverfassungstreuen Regierungen zum Schutze der Nationalversammlung und der Reichsverfassung ins Einvernehmen setzen sollen; württembergisches Militär soll nicht gegen die Nationalversammlung verwandt, vielmehr schleunigst auf die Reichsverfassung vereidigt werden. Das Ministerium Römer ist damit einverstanden; tatsächlich sind trinkende Soldaten und regalierende Bürger so einig, daß fast sämtliche Truppen an der badischen Grenze unter General Miller versammelt werden; er soll ihnen wieder Kriegsgeist beibringen. Die dramatischen Vorfälle der badischen Militärrevolution verschüchtern das solide Bürgertum in Württemberg; der Schrei nach Ruhe und Ordnung setzt ein. Der Landesausschuß der Volkspartei will aber die Dinge vorwärtstreiben; er steht in nächster Verbindung mit den Märzvereinen; schon bei der Aprilkrise ist die Auflösung der Kammern von neuem verlangt, die Einberufung einer Konstituante zum Zwecke der Verfassungsänderung, auch ein neues, weniger drückendes Steuersystem gefordert worden. Der Zank um die königliche Zivilliste wirkt sehr antimonarchisch.

Die Volkspartei wünscht die Verbindung mit Baden, es geschieht aber das Gegenteil, wohl aus grenznachbarlichem Eigensinn. Sogar die Heilbronner Bürgerwehr hilft übergetretenen treugebliebenen badischen Truppen gegen badische Freischaren! General Miller bietet den badischen Soldaten Anschluß und Schutz; aber er soll sich passiv verhalten und zieht sich aus der Neustadter Gegend nach Rottweil zurück — zur Verfügung der Gegenrevolution, wenn sie ihn braucht. Preußen erklärt sich sehr energisch in Stuttgart gegen die braunschweigische Anregung, die reichsverfassungstreuen Regierungen sollten sich zusammenschließen und die Leitung vorläufig Württemberg übertragen (vgl. oben S. 477)[103]. Der König will davon nichts wissen, Römer nimmt den Vorschlag durchaus ernst.

So wächst die Verlegenheit des Ministeriums Römer von Woche zu Woche. Die große Reutlinger Pfingst-Versammlung vom 27. Mai will die Entscheidung bringen. Die Vertrauensleute stellen ein Programm von fünf Punkten auf: Bündnis mit allen Reichsländern, besonders mit Baden und der Pfalz, Zurückberufung der Truppen an der badischen Grenze und Ablehnung des Durchmarsches reichsverfassungsfeindlichen Militärs, Bewaffnung des ganzen Volks zur Abwehr des Angriffes jedes Reichsfeindes, Vereidigung von Militär und Zivil auf die Reichsverfassung, allgemeine politische Amnestie. Mehr als 20000 Menschen sind in Reutlingen vereinigt; die badischen Abgeordneten Fickler und Hoff verkündigen die Revolution, Becher mahnt zur Gesetzlichkeit. Die fünf Punkte werden angenommen, ein Wehrausschuß gebildet. Ein besonderes Programm für Württemberg wird entworfen: Konstituante, unentgeltliche Abschaffung der Feudallasten, Aufhebung der Apanagen und Pensionen, Einkommensteuer, Abschaffung des stehenden Heeres, Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann, Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, Selbständigkeit der Gemeindeverwaltungen. Die bewaffnete Erhebung des Landes wird bis in die genauen Einzelheiten vorbereitet. Feuersignale von den Stuttgarter Bergen sollen das Zeichen geben, Beschlagnahme der öffentlichen Kassen, Besetzung der Gewehrfabrik Oberndorf, der Dampfer in Friedrichshafen soll sogleich erfolgen. In dem gedruckten Bericht, den Haußmann und Zeller verfaßt haben, ist die Rede von der „heiligen Pflicht, auch ohne Ministerium und Kammer seine Schuldigkeit zu tun[104])". Ein Revolutionsausschuß von 15 Mitgliedern soll die Bewegung leiten. Beseitigung des Königs, Proklamierung der Republik mit Standrecht ist beabsichtigt. Der Aufruf der „schwäbischen Legion in Baden" bezeichnet als Sammelplätze Oppenau, Gernsbach, Pforzheim, Bretten, Eppingen, Siegelsbach. Es heißt da: „Jeder Württemberger, welcher in den Reihen der Legion für die heilige Sache der Freiheit zu kämpfen sich entschlossen hat, möge sich daher nach dem ihm zunächst gelegenen Sammelplatze bewaffnet oder unbewaffnet begeben, um von da aus seiner weiteren Bestimmung entgegengeführt zu werden[105])." Der Zusammenhang der Reutlinger Beschlüsse mit dem badischen Aufruhr gilt den württembergischen Untersuchungsbehörden später als erwiesen.

Römer muß jetzt aus seinem Schwanken, aus seiner Verwirrung irgendwie heraus; er droht mit seinem Rücktritt — das wäre für ihn und alle das beste gewesen. An die Spitze der Revolution kann er sich nicht stellen, dazu ist er zu sehr an den König gebunden. Der König schreibt ihm am 30. Mai in schroffer Form: Jedes Nachgeben sei ein Nachgeben „gegen die anarchische revolutionäre Partei"; die Folge sei der Bund des württembergischen Volkes mit der revolutionären Bewegung in Baden und Rheinbayern. „Dieser ausgesprochene Bürgerkrieg in Verbindung mit anderen revolutionären Ländern widerspricht so sehr meinen Grundsätzen, meiner Ehre als Oberhaupt des Staates und meinem festen Willen, daß ich es auf das Äußerste ankommen lassen werde und die Verantwortung der unabsehbaren Folgen, welche für unser Vaterland daraus entstehen werden, auf Sie und die übrigen Minister hiermit ausspreche (sic!)[106])." Römer wendet sich gegen die Volkspartei, seine Gruppe in der Kammer marschiert ab nach rechts. Die Deputation der Reutlinger erhält eine Absage; in der Kammer wird das Bündnis mit den Reichsländern durch eine Klausel belastet und so in das Gegenteil

des Gewünschten verkehrt: nur wenn diese Länder den durch ihre Anerkennung der Reichsverfassung übernommenen Pflichten in allen Beziehungen nachkommen, will Württemberg ihr Verbündeter sein; Baden und die Pfalz haben aber die Reichsverfassung verletzt, so ist die Argumentation, und deshalb bleibt Württemberg neutral. Mit dieser Formel siegt Römer über die Volkspartei. Die Reutlinger sind geschlagen, bevor sie gekämpft haben. Aber die Spannung ist noch sehr groß. Die Ankunft des Frankfurter Rumpfparlaments in Stuttgart gestaltet die Lage von neuem um.

Römer hat sie gewünscht und mitdurchgesetzt; der König will die Übersiedlung nur gestatten, wenn Reichsverweser und Reichsministerium mitkommen; kann man nicht, fragt er Römer, der Nationalversammlung die Wirksamkeit in Stuttgart verbieten? Römer antwortet: das Recht dazu ist unbestreitbar, aber die Politik verlangt, daß man dem Rumpfparlament kein Hindernis in den Weg lege. Der König ist sehr unzufrieden; die Königin und die Prinzessinnen hat er ins Bad geschickt; dem Ministerium ringt er in Gegenwart der Generale und Regimentschefs die Verkündigung des Belagerungszustandes ab, damit sich der Rest der Truppen in Stuttgart nicht völlig auflöst; allein schon in der Tagung der Nationalversammlung sieht er einen revolutionären Akt, den er am liebsten niederschlagen möchte[107]). Die Verfügungen des Reichskriegsministeriums über württembergische Truppen werden abgelehnt; die Vereidigung auf die Reichsverfassung erfolgt nicht. Fickler, das Mitglied des badischen Landesausschusses, erscheint in Württemberg, angeblich mit 5000 Gulden aus der badischen Staatskasse; seine Absicht soll sein, die württembergischen Truppen für die Revolution zu gewinnen. Er wird am 2. Juni verhaftet, auf den Hohenasperg gebracht, aber nach sechs Monaten gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt[108]). Die badische provisorische Regierung ist darüber so entrüstet, daß sie in einer schmetternden Proklamation die württembergische Regierung mit Krieg bedroht und das württembergische Volk auffordert, diese Regierung zu verjagen. Zum zweiten Male wirkt eine Verhaftung des Pechvogels Fickler auf die Revolutionsereignisse ein (vgl. Band I, S. 490). Der Erfolg des badischen Pronunziamentos ist schwere Verstimmung auch gerade bei den linksstehenden Württembergern: soll man sich wirklich von den Badensern voranschleppen lassen, braucht man die weisen Ratschläge der Karlsruher, kann man nicht seine Sachen ganz allein besorgen?

Römer ist in peinlichster Verlegenheit; alles, was er von einer Verbindung des Frankfurter Rumpfparlaments mit der württembergischen Regierung und dem württembergischen König erwartet hat, zergeht im Nebel. Die Volkspartei sieht schon jetzt in ihm einen Verräter, aber auch der König hat nicht das geringste Vertrauen zu ihm und glaubt an sein geheimes Einverständnis mit dem Landesausschuß. Und die republikanische Gruppe des Landesausschusses, Becher an der Spitze, hat doch die Absetzung des Königs von sich aus als letztes Mittel nach dem Scheitern der Reutlinger Aktion ins Auge gefaßt[109])!

Das Rumpfparlament erfährt in Stuttgart nicht den warmen Empfang, auf den es gerechnet hat. „Hätten wir das vorausgesehen, dann hätten wir Kanonen mitgenommen", sagt Karl Vogt; Römer antwortet: „Für diesen Fall haben wir auch noch ein paar übrig, um euch fortzujagen[110])." Noch immer will Römer die gesetzliche Revolution; niemand weiß, was er sich eigentlich darunter vorstellt;

der alte Republikaner mag seine Stellung beim König nicht verlieren; dieser Demokrat möchte sehr gern Minister bleiben, dieser Reichspatriot denkt doch vor allem an Württemberg. Mit einem Rumpfparlament, das Württemberg in die revolutionäre Front gegen Preußen bringen will, kann sich Römer nicht mehr vertragen. Der Präsident Löwe-Calbe entwickelt ihm seinen, Römers, eigenen alten Gedanken: der König von Württemberg soll Reichsstatthalter werden; wenn der König nicht will, dann soll Römer selbst diesen Posten übernehmen. Erst dadurch bekommt doch die Übersiedlung nach Stuttgart ihren vollen politischen Sinn. Römer weist beides zurück, er trägt dem König nicht einmal darüber vor. König Wilhelm lehnt es ab, den Präsidenten der Nationalversammlung zu empfangen, bittet aber den Abgeordneten Schoder zu sich; er hat gehört, die Männer des Rumpfparlaments seien in Geldverlegenheit (tatsächlich werden am 1. Juni auf Grund eines Beschlusses des Gesamtreichsministeriums die für das Parlament fälligen 25 000 Gulden Diäten nicht mehr ausbezahlt[111]), er will ihnen etwas unter die Arme greifen, damit die Versammlung bald das Land verlasse, im Interesse der öffentlichen Ruhe. Schoder, Geheimrat im württembergischen Innenministerium, antwortet, Seine Majestät müsse falsch berichtet sein, und versucht vergebens, dem König die politische Aufgabe des Parlaments klarzumachen[112]).

Das Rumpfparlament (104 Mitglieder sind anwesend, 50 haben sich entschuldigt) darf zunächst den Sitzungssaal der württembergischen Kammer benutzen; da keine andere Lösung gefunden ist, setzt es eine provisorische Reichsregentschaft ein an Stelle der bisherigen Zentralgewalt: Franz Raveaux, Karl Vogt, Schüler aus Zweibrücken, Heinrich Simon, August Becher werden gewählt. Ihr Erlaß vom 7. Juni ruft alle Deutschen auf, für die Reichsverfassung sich einzusetzen und „den unvermeidlichen Kampf zwischen dem Absolutismus und der Freiheit“ mit voller Kraft durchzufechten. Sofort beginnt die Reichsregentschaft, der württembergischen Regierung Befehle zu erteilen.

Erst am 13. Juni tritt Römer aus der Nationalversammlung aus. Sein Ministerium aber protestiert sofort gegen das Verfahren des Rumpfparlaments und die Reichsregentschaft — gleichfalls im Namen der Reichsverfassung, der auf gesetzlichem Wege, durch ausführbare Mittel Geltung verschafft werden soll! Römer will nicht revolutionärer Reichsstatthalter sein; aber revolutionäre Reichsregenten in Stuttgart, vier Landesfremde und der Schwabe Becher, den er schon so nicht leiden kann: das ist zu viel für sein Selbstgefühl als württembergischer Staatsminister. Im Rumpfparlament und in der württembergischen Kammer wird der Streit, vielfach von denselben Personen, parlamentarisch ausgetragen: wer hat das Recht, die Reichsverfassung durchzuführen? Welche Zentralgewalt ist gesetzmäßig? Will die Reichsregentschaft Geld und Truppen vom Königreich Württemberg in Anspruch nehmen? Wird die württembergische Kammer das Ministerium Römer in seiner Ablehnung der Reichsregentschaft unterstützen? Der letzte Punkt wird mit 60 gegen 14 Stimmen, bei 12 Enthaltungen, verneint. Der Bruch zwischen der Nationalversammlung und Württemberg ist da.

Es ist eine zugleich württembergische und deutsche Angelegenheit. Der Präsident des neuen Reichsministeriums in Frankfurt, Fürst Wittgenstein, richtet an die württembergische Regierung ein Schreiben, in dem er die Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart und die Einsetzung der Reichsregentschaft

als rechtswidrig bezeichnet. Der gesetzliche Boden ist verlassen. Die offene Anarchie hat begonnen; das ganze Verhalten ist „aufrührerisch"; die württembergische Regierung wird ersucht, gegen die sogenannte Reichsregentschaft vorzugehen, und falls die dortigen Mittel zur Ausführung jenes Ansinnens nicht ausreichen sollten, wird die Zentralgewalt sofort das Erforderliche anordnen[113]). Noch schärfer geht Preußen vor. Der preußische Gesandte in Stuttgart bekommt die Anweisung, zu erklären: die preußische Regierung ist erstaunt, daß die württembergische Regierung einem solchen Zustand nicht rechtzeitig vorgebeugt hat. Will die württembergische Regierung den Unfug dulden oder mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten? Die bisherige zweideutige Stellung festzuhalten, wird weder der Würde der württembergischen Regierung noch ihrem Interesse angemessen sein; wenn die Regierung das Rumpfparlament ruhig forttagen läßt oder gar seine Beschlüsse anerkennt, dann soll der preußische Gesandte allen amtlichen Verkehr abbrechen; „denn es entspricht nicht der Würde der preußischen Regierung, Vertreter in einem Lande zu lassen, das ein solches Treiben duldet[114])". In der Note, die der Gesandte, General v. Thun, am 14. Juni übergibt, werden für den Fall, daß die württembergische Regierung zum Einschreiten keine geeigneten Mittel habe, preußische Streitkräfte angeboten. Wenn keine befriedigende Erklärung erfolgt, will die preußische Regierung im Verein mit ihren Verbündeten von sich aus geeignete Maßregeln in Erwägung ziehen. — Das ist die Antwort auf die Ausfälle König Wilhelms gegen die Hohenzollern und auf die Weigerung des Ministeriums Römer, an den Berliner Unionsverhandlungen teilzunehmen! Römer ist nie ein Freund Preußens gewesen; in der Kammer erklärt er, krankhaft gereizt, Württemberg werde sich nie an Preußen anschließen; „wir haben jetzt eine Zentralgewalt in Frankfurt, eine in Stuttgart und vielleicht demnächst eine in Berlin", sagt er mit bitterem Ingrimm. Der Minister des Innern, Duvernoy, schickt an den preußischen Gesandten einen Vertrauensmann, um die Wirkung zu mildern: noch könne Württemberg dem „norddeutschen Bunde" nicht beitreten, vielleicht sei es später durch die Verhältnisse dazu gezwungen[115]). Römer will jedenfalls mit Preußen möglichst wenig zu tun haben; das Auswärtige Ministerium dankt der preußischen Regierung für ihr Truppenanerbieten, erklärt, genug eigene Kräfte zu haben, und verwahrt alle Rechte gegenüber unerwünschtem fremdem Eingriff. Römer lehnt sich viel lieber an Bayern an — „er ist ganz bayrisch gesinnt", meldet befriedigt der bayrische Gesandte nach München[116]). Da sich Norddeutschland zusammenschließt, sichern sich auch die Süddeutschen.

Württemberg steckt in einer schweren Staatskrise. Der König erklärt, nicht wieder nach Stuttgart zurückkommen zu wollen, solange Rumpfparlament und Reichsregentschaft dort sind. Aus seinem Geheimen Kabinett in Ludwigsburg gehen sehr entschiedene militärische Befehle ins Land; das Ministerium Römer muß endlich offen umkehren. Römer selbst, körperlich leidend, seelisch zerrüttet, das leibhaftige böse Gewissen, zögert und schwankt bis zuletzt; verzweifelt verbohrt er sich in seine Juristerei und sucht Hilfe durch cholerisches Schimpfen. Der Ständesaal wird jetzt dem Rumpfparlament gesperrt, es läßt das Fritzsche Reithaus als Sitzungslokal für sich herrichten. Die Reichsregentschaft verlangt 5000 Mann württembergische Truppen, um Rastatt und Landau gegen den

preußischen Anmarsch zu schützen. Das Ministerium Römer lehnt ab und fordert die Reichsregentschaft wegen Revolutionsgefahr im Interesse der Selbsterhaltung auf, ihren Sitz ohne Verzug in ein anderes Land zu verlegen. Die Reichsregentschaft beharrt auf ihrer Forderung: Württemberg soll alle seine Truppen aufbieten, sich offen der gesetzlichen Reichsgewalt anschließen; diese muß da ihren Sitz behalten, wo sich die Nationalversammlung befindet. Das Rumpfparlament erklärt die Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann für erloschen.

Die Württemberger wollen aber Herr im eigenen Hause bleiben, und darin wenigstens sind alle amtlichen Instanzen einig. Dasein und Auftreten der Reichsregentschaft erweckt den schwäbischen Widerspruchsgeist in ganz besonderem Maße; in Württemberg wäre vielleicht die Revolution zum vollen Ausbruch gekommen, wenn die Nationalversammlung in Frankfurt geblieben oder nach Baden gegangen wäre. So aber erstickt der Partikularismus die Reichsverfassungstreue; das Ministerium Römer findet seine goldene Brücke in der Notwendigkeit, die württembergische Staatsautorität zu wahren.

Im Volke freilich vertieft sich der Zwiespalt, verknäult sich die Wirrnis. Die Stuttgarter Bürgerwehr erklärt, ihre 1100 Wehrmänner wollen fest an der Nationalversammlung halten, alle Mitbürger sollen helfen. Viele Volksvereine, viele Gemeinden schließen sich an; aus dem bayrischen Schwaben, aus Mitteldeutschland erhält das Rumpfparlament Kundgebungen der Sympathie. In Heilbronn rückt die Bürgerwehr auf den Marktplatz und bekennt sich mit aller Entschiedenheit für die Nationalversammlung. Sie will sie „gegen Fürsten und hochverräterische Regierungen" schützen. Da setzt die Regierung zum Gegenstoß ein. Sämtliche Truppen des Generals Miller sind von der badischen Grenze zurückgezogen und im Lande verteilt. Der König handelt als alter Soldat. Der Reichsregentschaft hat Miller erklärt, daß er auf ihre Befehle keine Antwort zu geben habe, und wird von ihr als Reichsgeneral abgesetzt[117]). Nun läßt er Truppen nach Heilbronn einrücken, um die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr zu vollziehen. Das ist nicht so einfach. Die sehr gut organisierte Bürgerwehr, die beste in Württemberg, läßt Generalmarsch schlagen, sammelt sich auf dem Marktplatz und zieht auf die Frankenbacher Höhe außerhalb der Stadt. Zuzug aus den Ortschaften läßt die Gesamtzahl auf 4000 Mann steigen. Apotheker Mayer, ein führendes Mitglied der Volkspartei, ruft zur Selbsthilfe auf. Indessen stürmt die Menge das Rathaus in Heilbronn und erbeutet 88 Gewehre. In Löwenstein, dem strategisch richtigen Punkt zur Abwehr gegen das Militär, sollen sich aus der ganzen Umgegend die Volkskämpfer sammeln. Am andern Morgen herrscht aber große Entmutigung; als sich eine Kavalleriepatrouille zeigt, beginnt sich alles aufzulösen; nur 60 Mann gelangen unter Mayer nach Wimpfen und machen die Kämpfe in Baden mit[118]). In Heilbronn wird der Belagerungszustand verkündet.

Die Heilbronner Ereignisse sind ein Vorspiel dessen, was sich nun in Stuttgart vollzieht. Die Aussichten für eine Volkserhebung sind ganz schlecht geworden. Alle Straßen nach dem Oberlande sind militärisch besetzt; auf den Höhen um Stuttgart stehen Kanonen. Die Nationalversammlung hat am 16. Juni im Reithause das Gesetz über Errichtung der Volks- und Landwehr zum Schutze der Reichsverfassung beschlossen. Vier Heerbanne sollen gebildet werden. Die Reichsregentschaft erläßt am 17. Juni die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes.

Das deutsche Volk wird zu den Waffen aufgerufen. Außerdem wird eine Finanzvorlage eingebracht. Es ist kein Geld mehr da; was von der provisorischen Regierung in Baden geschickt wird, was freiwillig in Stuttgart gesammelt wird, reicht nur für Tage; fünf Millionen Gulden sollen für den Bedarf in den beiden Monaten Juni und Juli aufgebracht werden. Bedürftige Abgeordnete erhalten Unterhaltsgelder. Die deutsche Revolutionsregierung taumelt dem Untergange zu. Sie will kämpfen bis zum letzten Moment; verhungern will sie aber nicht. Nun erhält der Präsident Löwe-Calbe ein Schreiben des württembergischen Gesamtministeriums, von Römer gezeichnet: Das Ministerium kann ein weiteres Tagen der Nationalversammlung, ein weiteres Schalten der Reichsregentschaft nicht mehr dulden; Württemberg will die Last der Durchführung der Reichsverfassung nicht tragen; zwischen Nationalversammlung, Reichsregentschaft und dem Landesausschusse der Volksvereine bestehen nahe Verbindungen in revolutionärer Absicht; Nationalversammlung und Regentschaft sollen sich jeden weiteren offiziellen Aktes enthalten und ihren Sitz außerhalb Württembergs verlegen; Mißachtung dieses Ansinnens wird Anwendung geeigneter Mittel zur Folge haben, auch auf Gefahr blutigen Konfliktes.

Am Morgen des 18. Juni wimmelt es in Stuttgart von Truppen. Infanterie besetzt das Reithaus: General Miller verlangt persönlich die Schlüssel. 12 Sappeure erhalten den Befehl, die ganze Einrichtung wegzuräumen: Büro, Tribüne, Sitze und Bänke. Die Soldaten arbeiten mit der Zimmeraxt; bald ist alles nur ein wüster Haufen von Brettern und Balken. Fahnen, Draperien, Inschriften, Widmungen patriotischer Frauen werden zerrissen und zerfetzt. Ein Generalstabsoffizier leitet diesen Vandalismus, ein Zivilkommissar drückt seine Zufriedenheit aus.

In der württembergischen Kammer, deren Mehrheit jetzt die Anerkennung des Rumpfparlamentes ablehnt, spricht der Abgeordnete Schoder die Abschiedsworte für die deutsche Nationalversammlung. „Die Nationalversammlung wird heute untergehen; die deutsche Sache wird für kurze Zeit vielleicht in den Staub getreten werden; aber den Geist, meine Herren Minister, werden Sie nicht in den Staub treten, und dieser Geist wird sich trotz aller Bajonette bald wieder Bahn brechen. Das deutsche Volk hat dann wenigstens die Männer kennengelernt, welche die Sache der Freiheit auch im Augenblicke der Gefahr nicht verlassen haben. Ich sage Ihnen, meine Herren Minister, die Männer der Nationalversammlung, welche Sie heute auseinanderjagen werden, werden aufrecht von dannen gehen.“ Diese letzten Worte hat ein Jahr zuvor Römer gesprochen im Hinblick auf den Rücktritt seines Märzministeriums. Der Pfeil sitzt.

Ludwig Uhland, der in diesen letzten Tagen mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Rechts- und Sittlichkeitsgefühls viel mehr hervortritt als jemals in Frankfurt, hat angeregt, die Abgeordneten sollten sich beim Hotel Marquardt, ihrem Konversationshause, sammeln; von dort setzt sich nun der Zug in Bewegung, der Präsident an der Spitze, rechts von ihm Uhland, links von ihm Schott, der Schwiegervater Römers, dann alle anderen, zu viert in einer Reihe, feierlich, langsam, gefaßt — so wie sie mehr als ein Jahr zuvor in die Paulskirche einzogen. Die meisten von damals sind nicht mehr dabei. Aber die Idee der deutschen Nation schreitet mit. Sie nehmen den Weg nach dem Reithause; daß sie nicht hinkommen werden, wissen sie.

„Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu" — das Dichterwort, oft wiederholt in den vergangenen Wochen, wird jetzt von diesen deutschen Männern gelebt.

Mancher Zuruf begrüßt den stummen Zug. Dann wird, wie Uhland gesagt hat, die Gewalt an ihm vollendet. Infanterie sperrt die Straßenecke ab. Die Abgeordneten nähern sich den Soldaten. Ein Zivilkommissar, die weiße Binde am Arm, tritt vor, fordert die Abgeordneten auf, zurückzugehen, und erneuert das Verbot, weitere Sitzungen abzuhalten. Präsident Löwe verlangt vom Militär im Namen der deutschen Nation Platz; er und Uhland und zwei andere treten ganz dicht an die Soldaten heran. Sie schicken sich an, in die Phalanx einzudringen. Trommelwirbel ertönt. Löwe versucht mehrmals zu sprechen, er protestiert gegen den Hochverrat; da wird kommandiert: Fällt das Bajonett! Die Soldaten zögern, den Befehl zu vollziehen. Mann steht gegen Mann, Uniform gegen Bürgerrock. Uhland ruft in starkem Zorne: die Söldner sollen seine deutsche Brust durchbohren. Der Zivilkommissar will ihn herausziehen und retten, Uhland bleibt. Da läßt General Miller, der die Szene durch die Lorgnette beobachtet, Kavallerie aus der Seitenstraße kommen. Nun geht es schnell. Das Kommando: Einhauen! ertönt, es wird aber nur im Schritt vorgegangen und mit dem flachen Säbel gearbeitet. Die Abgeordneten stellen sich mit dem Rücken gegeneinander, um nicht niedergeritten zu werden. Das hilft nicht viel. Der Zug wird völlig zersprengt, viele werden umgestoßen, beschmutzt, durch die Pferdehufe verletzt; Uhland wird der Hut vom Kopfe geschlagen. „In dem Getümmel wurden mehrere Abgeordnete der Nationalversammlung nicht unerheblich mißhandelt", schreibt der russische Geschäftsträger[119]). Ein Teil der Abgeordneten flieht in Häuser, andere zurück nach dem Hotel Marquardt; dort will einer von ihnen vom Balkon zur Menge sprechen. Ein Kavallerieoffizier, der an der Spitze seiner Abteilung gefolgt ist, droht mit sofortiger Verhaftung, falls er nicht aufhört. Die Bürgerwehr sieht dem ganzen widerwärtigen Schauspiel unbeweglich zu. Zwar hat die Bürgerwehrartillerie dem Rumpfparlament Schutz angeboten, und ist auch von diesem ersucht worden, mit ihren Geschützen bei dem Versammlungslokal vorzufahren — aber leider nimmt die Regierung die Kanonen vorher in Verwahrung[119a]). Auch die Reichsregenten (außer Becher, der in Eßlingen Zuzug holen will) kommen in einem Wagen von ihrem Gasthause angefahren, wollen zum Sitzungslokal, müssen aussteigen, werden mit Feuer bedroht, kehren um und werden vom Besitzer des Hotels Marquardt aufgenommen, der zwar kein Gesinnungsgenosse, aber empört ist über so viel Gewalttat. Im Hotel Marquardt hält die Nationalversammlung nun auch ungestört ihre allerletzte Sitzung ab. Sie stellt den Tatbestand fest, nimmt Erklärungen entgegen, ist aber mit 98 Teilnehmern nicht beschlußfähig. Manche wollen Römer als Reichsverräter erklären und den General Miller in Anklagezustand versetzen, manche wollen das Rumpfkabinett an einen anderen Ort verlegen. Es herrschen Illusion und Verwirrung: man muß mit Ausweisung und Verhaftung rechnen. Schließlich wird verabredet, sich bis auf weiteres informell täglich im Wernerschen Lokale zu treffen.

Am 19. Juni bereits verfügt der Minister des Innern die Ausweisung aller Abgeordneten, die nicht die württembergische Staatsangehörigkeit besitzen; Römer freilich sorgt für milde Handhabung[120]). Präsident Löwe beruft die nächste

Sitzung auf den 25. Juni nach Karlsruhe ein; sie findet nicht mehr statt. Das Lied ist aus.

„Als wäre nichts geschehen, ist es stille. Die Stadt sieht aus wie nach einer Leichenfeier, wo alles wieder gleichgültig seinen Geschäften nachgeht und nur die wenigen Bluts- und Geistesverwandten der Hingeschiedenen ihren tiefen Schmerz durch die Alltagswelt mit sich tragen. Die Schwaben sind am vorgestrigen Tage mit einer Schmach bedeckt worden, welche ihnen, solange sie sich nicht davon gereinigt haben, gegen keinen anderen deutschen Stamm die Augen aufzuschlagen erlaubt", so schreibt am 21. Juni 1849 der „Beobachter"[121]). An einer Reihe von Orten werden infolge des Stuttgarter Gewaltstreiches doch noch Aufstandsversuche gemacht. In Kirchheim unter Teck sammeln sich Bürgerverein und Jugendbanner. Der Rechtskonsulent Härlin und der Sprachlehrer Schwartz teilen dem Oberamtmann den Beschluß mit, zum Schutz der gesprengten Nationalversammlung auszuziehen, und machen ihn durch Ausschellen trotz der Warnungen der Behörde bekannt; aber nur an die sechzig Mann marschieren ab, mit einem Wagen Munition und mehreren Kistchen scharfer Patronen. In Reichenbach stellt sich der Pfarrer Elsenhans an die Spitze: Alarm wird getrommelt, freiwillige Geldbeiträge werden gesammelt; das Volk, so heißt es, muß sich selbst helfen. In Calw läßt der Rechtskonsulent Zeller 3000 scharfe Patronen wegnehmen; in Freudenstadt wird ein provisorischer Sicherheitsausschuß eingesetzt, reaktionäre Beamte sollen unschädlich gemacht werden; einige Wehrmänner holt man unter körperlichen Mißhandlungen aus den Häusern; aus sechs Zentnern Pulver werden Patronen hergestellt; in Baiersbronn heißt es, man muß nach Stuttgart ziehen, den König und die Minister vertreiben. Rechtskonsulent Klumpp erklärt: die Zeit ist da, für die Reichsverfassung mit Gut und Blut einzustehen; Becher, der überall tätige, verspricht Hilfe aus Baden, es werde Geld geschickt, ein polnischer General sei schon in Tübingen eingetroffen, Mannschaft und Kanonen kämen aus Rastatt, wer nicht mitgehen wolle, werde erschossen. Alle diese Unternehmungen brechen aber zusammen[122]). Unter persönlicher Leitung des Königs sind alle Schwarzwaldpässe besetzt worden; es ist keine Verbindung mit der badischen Bewegung herzustellen. Die Revolution wird im Lande aus eigenen Kräften erstickt. Ein nochmaliges preußisches Hilfsangebot kann mit höflichem Dank abgelehnt werden.

Langwierige Kriminaluntersuchungen und Hochverratsprozesse setzen ein; außer den Führern sind viele Schulmeister und Wirte, einige Ärzte, mehrere beurlaubte Soldaten, verschiedene Bauern und Landwirte, nur wenige Arbeiter, aber eine große Anzahl Handwerker beteiligt. Die Strafen sind schwer, besonders gegen die in Abwesenheit Verurteilten; da lauten sie alle auf mindestens fünf Jahre Zuchthaus. Johannes Scherr bekommt 16 Jahre, die Rechtskonsulenten Eduard Zeller und Klumpp 18 Jahre, ebenso viele der Redakteur des „Beobachters" Adolf Weißer, der Redakteur des „Eulenspiegels" Ludwig Pfau aber 21 Jahre, Adolf Becher 25 Jahre, der Kanonier v. Oelhafen 22 Jahre Zuchthaus; zu lebenslänglichem Zuchthaus werden zwei Soldaten und der Apotheker Mayer verurteilt. Im ganzen werden 32 Verurteilungen in absentia ausgesprochen. Klumpp, der sich 1852 stellt, erhält von den Geschworenen vier Jahre Kreisgefängnis und wird als reumütig nach zwei Jahren begnadigt. Die Verfolgung

gegen die Mitglieder des Rumpfparlaments setzt auch sofort in Stuttgart ein. Preußen stellt bei Württemberg den Antrag, die beteiligten preußischen Untertanen auf der Stelle zu verhaften — also besonders Löwe-Calbe, Johann Jacoby, Graf Reichenbach, Simon von Breslau, Rösler von Öls und den Bürgermeister Zimmermann aus Spandau. Der letztere hat im havelländischen Volksblatt einen Aufruf an das deutsche Heer erlassen, in welchem er alle Truppen zum Widerstand gegen den König von Preußen und seine Behörden auffordert! Sogar die Namen der Stenographen des Rumpfparlaments soll der preußische Gesandte herausbringen. Johann Jacoby stellt sich später dem Hochverratsprozeß; die anderen bleiben im Auslande. Rösler von Öls wird auf Antrag des Breslauer Stadtgerichts durch Vermittlung des preußischen Generalkonsulats in New York im American Bairood Journal and General Advertiser gesucht; die Gerichtsladung ist ihm dann in Milwaukee (Wisconsin) zugestellt worden[123])!

König Wilhelm von Württemberg fühlt sich rehabilitiert; die Revolution hat ihn gedemütigt, es drohte das Schicksal Badens, er hat die Bewegung aber niedergeschlagen, sehr persönlich, als Monarch und Soldat. Nun wird ein Zensuswahlgesetz eingeführt, mißliebige Beamte werden versetzt; im Herbst zieht der König den widerwilligklebenden Römer vom Ministersessel; die neuen Minister erscheinen zu den Sitzungen wieder im Frack. Die Gegenrevolution hat gesiegt.

*

Entscheidend für das Gelingen einer revolutionären Erhebung ist das Verhältnis zur bewaffneten Macht. Die rheinischen und Dresdener Ereignisse zeigen es so gut wie der Verlauf in der Pfalz und in Württemberg. Baden nun ist das einzige deutsche Land, in dem der größte Teil sämtlichen Militärs zur Revolution übergegangen ist. So sehr auch die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Ausbruches im Frühjahr 1849 gerade in Baden besteht (vgl. oben S. 419), dies Ereignis wirkt doch ganz ungewöhnlich. Die politische Leitung in Karlsruhe ist schwach. Die Zustimmung zur Reichsverfassung war unter Vorbehalt erfolgt, und wenn der Vorbehalt auch als eine Art Selbstverständlichkeit nicht viel bedeutet: ein Vorbehalt ist und bleibt er, er bietet den Anhaltspunkt zum Angriff — wenn man durchaus angreifen möchte, wie es nun einmal die Opposition in Baden will. Die Reichsverfassung findet tatsächlich fast im ganzen Lande enormen Widerhall; bezeichnend ist besonders der Protest der Katholiken Rastatts gegen die Behauptung des Abgeordneten Buß, die Bewohner Badens seien in der Mehrzahl Katholiken und könnten deshalb schon aus konfessionellen Gründen nicht zugeben, daß Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt werde. Buß, so heißt es in der Adresse, gehört zwar seit geraumer Zeit der Partei der Ultramontanen an, ist aber nicht in Frankfurt als Abgeordneter der Katholiken Badens[124]); die Katholiken Badens haben auch einen protestantischen Großherzog; warum also keinen protestantischen Kaiser? Im Breisgau freilich ist die Stimmung vielfach anders. Minister v. Dusch hat nicht Kraft und Mut zu einer klaren Politik; er hat Angst vor Österreich und Bayern, spricht sich für die Reichsverfassung aus und will aber auch bei einer durch Preußen herbeizuführenden Vereinbarung mitwirken; er ist zu jedem Zugeständnis an die revolutionäre Partei bereit; wenn man wieder festen Boden unter den Füßen hat, braucht man ja nichts zu halten[125])! Die Demütigung des

Königs von Württemberg, seine erzwungene Anerkennung der Reichsverfassung wird von der Karlsruher Bürgerwehr durch eine patriotische Zuschrift an die württembergische Bürgerwehr gefeiert; als freilich aus Berlin die Nachricht von der endgültigen Ablehnung der Reichsverfassung kommt, nimmt die Freude am Unterschreiben dieser Adresse wesentlich ab[126]). Die Zweite Kammer verlangt jedoch am 10. Mai die amtliche Veröffentlichung der Reichsverfassung, die Vereidigung auf sie von Militär und Zivil, Abwehr jedes Angriffes auf die Reichsverfassung und jedes Oktroyierungsversuches, Vorbereitung der Reichstagswahlen, Verzicht auf die Teilnahme an den Unionsverhandlungen in Berlin. Die Regierung bewilligt alles; sie hat sich nun der Reihe nach vor Frankfurt, München und Berlin bloßgestellt; Widerstandskraft gegen die Volksbewegung besitzt sie überhaupt nicht mehr; kein Wunder, daß die Volksbewegung über sie hinwegschlägt. Schon seit Wochen finden an der Schweizer Grenze in Klein-Laufenburg, Säckingen, Rheinfelden Demokratenversammlungen statt; die Flüchtlinge sind bereit, herüberzukommen; ein katholischer Vikar und ein Rechtspraktikant sind die Führer in Säckingen; der Kaufmannssohn Müller reist von Ort zu Ort und hält die Verbindungen aufrecht[127]). Aus Karlsruhe zieht am 9. Mai eine bewaffnete Schar von Turnern, Handwerksgesellen, Technikern und Schülern nach der bayrischen Pfalz; den diplomatischen Vertretern Preußens, Österreichs, Bayerns und dem Markgrafen Wilhelm werden Katzenmusiken gebracht[128]). Zur Entschuldigung wirft Dusch beim preußischen Gesandten v. Arnim seine Karte ab; mit dem russischen Gesandten Ocerov wird etwas mehr Umstand gemacht: Hof und Magistrat bitten um Verzeihung und geben als Grund für den Unfug an, man habe den preußischen Gesandten im Hause des russischen vermutet[129])! Die Tagungsperiode der Kammern geht zu Ende; ihre letzte Aufgabe ist das neue badische Wahlgesetz, an Stelle der privilegierten Ersten Kammer soll eine Vertretung nach drei Steuerklassen treten. Für die Zweite Kammer ist das geltende Frankfurter Reichstagswahlrecht vorgesehen. Die Konstitutionellen glauben, damit stark entgegengekommen zu sein und den Sturm beschwichtigen zu können. Der Landesausschuß der Volksvereine ist aber äußerst unzufrieden; er will überhaupt keine Erste Kammer mehr, er hält die Grundrechte für verletzt. Badische und deutsche Motive wirken zusammen. Der Landesausschuß sieht die Regierung taumeln, er will nachstoßen.

Es wird zur Volksbewaffnung aufgerufen. In einzelnen Blättern, wie dem „Volksführer", wird die Aufpflanzung der roten Fahne verlangt. „Jede Ortswehr pflanze die rote Fahne auf zum Zeichen, daß der Weg zur Volksfreiheit über blutgedüngte Felder gehen muß[130])!"

Da bricht am 12. Mai der Soldatenaufstand aus. Das badische Militär hat jahrelang unter roher Anmaßung und harter Behandlungsweise gelitten, wie sie Markgraf Wilhelm beim Offizierkorps förderte. Die Exerzierzeit ist kurz, die Beurlaubungen lang; der Mann kennt seinen Offizier kaum, wird aber dafür vom Korporal angeschrien und erniedrigt. Nun wird die allgemeine Wehrpflicht nach Reichsgesetz plötzlich eingeführt, 2 Prozent der Bevölkerung muß dienen, das altbeliebte „Einsteherwesen" hört auf; unter den 14 000 Mann des badischen Bundeskontingentes gibt es 4000 Mann „Einsteher" — Unteroffiziere, Spielleute und Soldaten; die Einsteher werden zum Teil entlassen, altgediente Soldaten, die

nun sehr unzufrieden sind und mit sich nichts anfangen können; neue, politisch geweckte Elemente kommen in die Truppe; die Einstandsgelder werden zurückgezogen, aber der Sold törichterweise nicht erhöht; bei steigenden Preisen und Lebensbedürfnissen bleibt er niedriger als sonstwo. Manche Unteroffiziere werden seit der Märzrevolution zu Offizieren befördert; die Mißgunst der Nichtbeförderten, der frische Hochmut der Darangekommenen erhöht die Verstimmung, statt sie zu mildern. Die Soldaten betätigen sich politisch, nehmen an Versammlungen teil, veranstalten selbst welche, lassen sich von den Bürgern freihalten und verschlingen die Flugblätter. Es kommt vor, daß arretierte Mannschaften oder Unteroffiziere unter dem Druck der Kameraden von den Vorgesetzten freigegeben werden müssen. Im Gamaschendienst verblöden und dann noch auf deutsche Brüder schießen — das erscheint den meisten neuen Rekruten etwas viel verlangt.

In Rastatt erfolgt der erste Ausbruch. Am 13. Mai soll in Offenburg die entscheidende Versammlung der Volksvereine stattfinden. In Freiburg werden die politischen Angeklagten, darunter der junge Wilhelm Liebknecht, freigesprochen, ebenso vorher Fickler; warum sollen also Struve und Blind und die andern fünf Jahre lang sitzen? Struves Frau agitiert in Rastatt; fast die ganze Garnison verschwört sich, die Gefangenen zu befreien. Die Behörden führen sie nach Bruchsal ab; die Karlsruher Garnison wird marschfertig gemacht. Sie ist aber auch schon unsicher. Der Rechtsanwalt Karl v. Rotteck hat in Freiburg die Mehrzahl der Garnison bewogen, ein Gelübde abzulegen, nicht gegen das Volk zu kämpfen. Garnison und Bürgerwehr versammeln sich in Rastatt Tag für Tag unter freiem Himmel. Ein Infanterist, wegen aufreizender Reden verhaftet, wird aus dem Arrest mit Gewalt befreit, die Kasernenwache läßt es zu. Es wird Generalmarsch geschlagen; eine Deputation der Soldaten erklärt ihn für überflüssig. Am Abend des 16. Mai werden Offiziere mit Steinen beworfen, der Oberst, der Gouverneur werden verwundet; aus der Wohnung des Obersten wird die Fahne herausgerissen. Der Kriegsminister General Hoffmann kommt persönlich von Karlsruhe herüber und fragt nach den Beschwerden. Die Soldaten wollen Verschmelzung mit der Bürgerwehr, eine neue badische Verfassung, Befreiung der Gefangenen, sie wollen an der Offenburger Versammlung teilnehmen; dagegen hat General Hoffmann nichts. Mißhandlung und Tumult nimmt aber überhand, viele Soldaten betrinken sich: Gehorsam und Disziplin sind nicht wiederherzustellen. Der Kriegsminister wird persönlich bedroht und flieht nach Karlsruhe. In Bruchsal, Freiburg, Lörrach finden gleichzeitig ganz ähnliche Ereignisse statt. In Freiburg wirft Oberst v. Röder vor der Front seines Regiments, das den Gehorsam verweigert, seinen Degen hin; in Lörrach wird Oberst v. Rottberg in den Leib geschossen, als er sich der Befreiung der Gefangenen widersetzt, sein Neffe erhält einen Kopfhieb[131]). General v. Gayling führt die wenigen treugebliebenen Truppen nach Kandern.

Das alles ist der Auftakt zur Offenburger Versammlung vom 13. Mai. Der Kongreß der Abgeordneten der Volksvereine am Vortage beschränkt sich noch auf rein badische Forderungen: Rücktritt des Ministeriums, Auflösung der Kammer, Konstituante auf Grund des allgemeinen Stimmrechts, Aufhebung der Kammerbeschlüsse seit dem 1. Januar, allgemeine Amnestie, Zurückberufung der politischen Flüchtlinge. Am Morgen des Sonntags, des 13. Mai, spricht noch Minister Bekk in Karlsruhe mit der Deputation der Volksvereine diese Forderungen

in aller Gemütsruhe, aber ablehnend durch und macht auf die traurigen Folgen eines Umsturzes der verfassungsmäßigen Staatsordnung aufmerksam. Er droht mit den Bajonetten des übrigen Deutschlands, das sich keine badische oder südwestdeutsche Republik gefallenlassen werde. So verschärfen sich die Gegensätze, es gibt keine Brücke mehr.

Die Offenburger Volksversammlung geht mit Entschiedenheit über die Forderungen des Vortages hinweg. Wieder strahlt die alte Stadt im Frühlingslicht, nun schon wiederholt bewährt als Schauplatz politischer Entscheidungen. Alte und neue Revolutionäre treffen zusammen: der Pfälzer und Wahlfranzose Savoye, Gottfried Kinkel mit seinem Jünger Karl Schurz, die meisten Koryphäen der badischen Kammer, die Mannheimer Volksführer, die rabiaten Bürgermeister aus dem Taubergrund; von Appenweier kommen viele Elsässer und bringen falsche Nachrichten von einer neuen Revolution in Paris. J. V. v. Scheffel bezeugt, wieviel ehrenwerte, solide, handfeste Landleute, Wirte, Ortsvorsteher als Vertreter der Volksvereine auftreten. Eine gesunde, gewaltige Volkskraft erhebt sich, „wirkliches rotbackiges Volksleben". „Auf großen Leiterwagen, zum Teil sechsspännig, mit prächtigen Pferden fahrend, kommen die Mannen aus dem sogenannten Hanauer Lande, d. h. aus den früher Hanau-Lichtenbergischen Ämtern am Rhein — kräftige, große Burschen und Männer in ihrer unvergleichlichen Tracht, in der Sommer wie Winter gleichmäßig getragenen Pelzkappe, in roter Weste, weißer Jacke und schwarzen Hosen." Das Rot verdrängt aber das Schwarz-Rot-Gold vom Vorjahre. „Die Hanauer Bauern hatten sogar ihren Pferden große rote Blumensträuße auf die Häupter gesteckt und große rote Blumengirlanden um die Wagen gebunden . . ." Scheffel schließt seine Schilderung mit dem Geständnis, es wäre ihm gleich schmerzlich zumute gewesen in all dem Jubel und betäubenden Lärm. „Die wehmütige alte Volksweise:

‚Wo's schneiet rote Rosen,
Da regnet's Tränen drein'

summte mir durch den Kopf und wollte mich nimmer verlassen[132])."

Die Beschlüsse der Offenburger Landesversammlung beginnen mit der Feststellung, daß sich Deutschland fortwährend im Zustande voller Revolution befinde; sie sei hervorgerufen „durch die Angriffe der größeren deutschen Fürsten auf die von der deutschen Nationalversammlung endgültig beschlossene Reichsverfassung und die Freiheit überhaupt". Der „Hochverrat der Fürsten an Volk und Vaterland" liege offen zutage; die Fürsten riefen sogar Rußlands Armeen zur Unterdrückung der Freiheit zu Hilfe: „Die Deutschen befinden sich also im Stande der Notwehr, sie müssen sich verbünden, um die Freiheit zu retten; sie müssen dem Angriff der fürstlichen Rebellen den bewaffneten Widerstand entgegensetzen." Es folgt dann die Ankündigung, daß das badische Volk die Volksbewegung in der Pfalz mit allen Mitteln unterstützen werde, und die Bekanntmachung von 16 Beschlüssen, die Badisches und Deutsches, Politisches, Militärisches und Soziales merkwürdig miteinander verbinden: Unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung, Betrauung Brentanos und Peters mit der Bildung eines neuen Ministeriums, sofortige Wahl einer verfassunggebenden Landesversammlung auf Grund des aktiven und passiven Wahlrechtes aller Volljährigen,

Volksbewaffnung auf Staatskosten, Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, freie Offizierswahl; Zurückberufung der politischen Flüchtlinge, Entlassung der Militär- und Zivilgefangenen; unentgeltliche Aufhebung der sämtlichen Grundlasten, Selbständigerklärung der Gemeinden, Neuwahlen der Gemeindevertretungen, Aufhebung sämtlicher seit dem 17. Januar getroffenen Kammerbeschlüsse, besonders des reichsverfassungswidrigen Wahlgesetzes; Einführung von Geschworenengerichten für alle Kriminalfälle, Abschaffung der alten Verwaltungsbürokratie und Ersetzung durch freie Verwaltung der Gemeinden oder anderer Körperschaften; Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Übergewicht der großen Kapitalisten; Einführung der progressiven Einkommensteuer an Stelle des alten Steuersystems; Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann, Wegfall der Pensionen für Staatsbeamte.

Das Wort Republik kommt in den Offenburger Beschlüssen nicht vor; daß eine damalige deutsche Dynastie sich auf sozialrevolutionäre Forderungen solcher Art nicht einlassen konnte, hatte man in Sachsen gesehen. Die Ähnlichkeit der Programme in Sachsen und in Baden ist bemerkenswert. Die Offenburger Beschlüsse tragen die Unterschrift Amand Goeggs, der sich hier zuerst gegen den krankheitshalber abwesenden Brentano durchsetzt. Brentano selbst hat eine Sturmpetition und den Sturz des Ministeriums, aber kein allgemeines Programm gewünscht, dessen Sozialismus ihn in Verlegenheit bringt. Goegg ist eine der sympathischsten Figuren der badischen Mairevolution. Der wunderlich verkniffene Denkerschädel mit den tiefliegenden Augen und der wißbegierig vorgestreckten Nase war das Gefäß eines lauteren Geistes. Als Sohn des Schwarzwaldstädtchens Renchen ist er Landsmann Grimmelshausens gewesen, des Simplizissimusdichters und Renchener Schultheißen, und er durfte wohl von sich sagen, daß etwas von dem Leidensstolz, dem Kämpfermut, dem Wandertrieb, dem Kulturgewissen dieses Großen auch in ihm selber steckte: eine vielleicht zu weiche Natur, vom katholischen Kinderglauben früh geschieden, freiheitlich tätig schon in der Studentenzeit, aber auch fachlich bewährt im Finanzdienst, ein nach Neuland sehnsüchtiger Abkömmling behäbig-gediegenen Bürgerstandes und gerade deshalb leicht in Frankreich bekehrt zum Proudhonschen Sozialismus, kein menschenverachtender Dialektiker, sondern ein Weltverbesserer ohne Giftzahn, zähe in der Kritik aller Halbheiten und billiger Kompromißlereien, warm gläubig in der Vertretung seines Gesellschaftsideals, unanfechtbar als Charakter und als Verwalter öffentlicher Angelegenheiten und Geschäfte — so wird er ganz natürlich in den Vordergrund der Geschehnisse getragen, die zu meistern er freilich nicht der Mann ist[133]).

Der neugewählte, auch durch Soldatenvertreter ergänzte Landesausschuß hat den Auftrag, die Offenburger Beschlüsse „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln“ durchzuführen und die Landesausschüsse von Rheinbayern sowie der übrigen Nachbarstaaten von dem Ergebnis zu unterrichten — ein riesenhafter Bahnzug, vollgepfropft mit Turnern, Freischärlern, Soldaten, bringt den Landesausschuß nach Rastatt, der Residenz der Revolution[134]). Es fehlt nur noch das Letzte: der Stoß gegen Regierung und Dynastie in Karlsruhe. Das taumelnde

Ministerium hat jetzt die Reichsverfassung unbedingt angenommen und Militär und Bürgerwehr auf die Reichsverfassung beeiden lassen; es hofft wohl, damit der Volksbewegung die durchschlagende Parole wegnehmen zu können. Ein Bote nach dem andern bettelt in Frankfurt um wenigstens ein Regiment zuverlässiger Truppen. Die Zentralgewalt weiß aber selbst nicht wohin und hat für das unzuverlässige Baden am wenigsten etwas übrig. Schon mehren sich Fälle von Gehorsamsverweigerung in Karlsruhe; zwei abgelöste Kompagnien des Leibregiments tragen aus Bruchsal Ausschreitung und Widerstand in die Residenz. Das Kommando arretiert und läßt wieder frei; Hetze und Freibier tun das übrige.

Ein Trupp Soldaten verbrennt öffentlich seine Gamaschen — eine symbolische Handlung, die nicht mißverstanden werden kann und Begeisterung hervorruft. Man will Pedanterie, Kleinkram, Quälerei nun endlich lossein. Es beginnt der Angriff auf die Offiziere: der Oberst des Leibregiments wird mit blanker Waffe bedroht, körperlich mißhandelt und schwer geschädigt; Prinz Friedrich, der spätere Großherzog, damals Bataillonskommandeur, entzieht sich der drohenden Lebensgefahr durch Flucht aus dem Fenster des Erdgeschosses. Bewaffnete Soldaten lassen ihn aus Mitleid mit seiner erschrockenen Jugend laufen. Es herrscht völliger Kriegszustand: die Wohnung des Obersten wird gestürmt und leider ausgeplündert, die Infanteriekaserne demoliert, die dort ergriffenen Waffen werden an das Volk verteilt, das Zeughaus wird belagert und von der Bürgerwehr tapfer verteidigt. Hier scheint die revolutionäre Bewegung zu zerschellen. Die meisten Offiziere haben aber die Stadt verlassen, viele in Zivil; General Hoffmann hat ganze vierzig Dragoner draußen gesammelt. Die Artillerie in Gottesaue vor der Stadt wartet auf Befehl zum Einsatz — der Befehl kommt aber nicht. Schon am Abend des 13. Mai ist keinerlei militärische oder bürgerliche Oberleitung mehr spürbar. Am Morgen des 14. Mai wird bekannt, daß der Großherzog die Stadt verlassen hat — völlig außer Fassung, niedergeschmettert, bei Nacht und Nebel; zuerst wollte er mit der Bahn nach Mannheim, dann kommt die Nachricht, die Verbindung sei bereits unterbrochen; zu Fuß läuft der betrübte Landesvater durch den Haardtwald. General Hoffmann setzt ihn auf den Protzkasten einer Kanone und bringt ihn nach Germersheim, dort rät ihm der Festungskommandant, nicht zu verweilen, und so geht die Flucht weiter ins Elsaß, auf französisches Staatsgebiet, nach Hagenau.

Nach Hagenau gehen auch der österreichische und der russische Gesandte, ebenso die großherzogliche Familie, die von den französischen Behörden mit großer Zuvorkommenheit behandelt wird. Der preußische Gesandte hat Karlsruhe bereits am Nachmittage des 13. Mai verlassen und ist mit den wichtigsten Akten nach Frankfurt gereist; seiner Regierung hat er anheimgestellt, angesichts der letzten Handlungen der badischen Minister die preußische Mission in Karlsruhe zurückzuziehen; für den Fall der Ausrufung des Großherzogs zum Kaiser erbittet er besondere Instruktion[125]). Daran denken wohl nur wenige unter den Revolutionären. Nichts kann den republikanischen Gedanken in Baden mehr stärken als die kopflose Flucht des Großherzogs außer Landes. Die Minister verschwinden nun hinterher. Maßnahmen und Anordnungen, um auch nur den Schein einer gesetzlichen Regierung zu wahren, sind nicht getroffen. Gestern hat noch die Bürgerschaft Karlsruhes gegen die Aufständischen gekämpft — heute

ruft sie den Landesausschuß aus Rastatt in die Residenz; sie kann nicht anders. Die revolutionäre Regierung übernimmt die Geschäfte, denn es ist keine andere da. In Beamten-Uniform begrüßt Herr von Jagemann Brentano und seine Leute bei der Ankunft am Bahnhof in Karlsruhe[136])!

Aus Berg in der Rheinpfalz ist der Aufruf des Großherzogs vom 17. Mai datiert — ein rührseliges und jämmerliches Erzeugnis völliger Hilflosigkeit; die Minister haben nichts hinterlassen als eine öffentliche Erklärung, in der vom „größten Drang der Umstände", von der „ganz unerwarteten Meuterei" auf eine verworrene Art die Rede ist. Das Ministerium habe, so wird darin mehr kühn als wahrheitsliebend behauptet, dem Großherzog geraten, seine Residenz auf kurze Zeit zu verlassen und sich „womöglich" (!) an den Sitz der provisorischen Zentralgewalt nach Frankfurt zu begeben. Alle Behörden und Beamten sollen „in ihrer Treue gegen den Großherzog, gegen die Reichs- und Landesverfassung unerschütterlich beharren". Nach Frankfurt gehen dann in der Tat die Minister; der Großherzog beendet vorläufig seine Irrfahrt als Gast des preußischen Königs auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz. In Baden regiert unbestritten der Landesausschuß. Seine Aufrufe sind nicht schlecht, klipp und klar, weder großsprecherisch noch ideologisch; er will kämpfen gegen die „Konterrevolution", gegen die Neubegründung der absoluten Fürstenherrschaft. Er betont das Wichtigste der badischen Revolution mit allem Nachdruck: „Die Armee hat sich mit uns verbunden"; das Ziel soll sein, „bei der Erringung eines volksmäßigen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigentums zu wahren". Die Regierungsmaschine soll in Gang erhalten werden, das Volk selbst soll über die Regierung das Nötige verfügen. Zum Zwecke der allgemeinen Volksbewaffnung sollen Geldmittel gesammelt werden. Die bisherigen Minister werden durch Dekret vom 16. Mai abgesetzt. Die Regierungsgeschäfte werden von einer „Exekutivkommission" übernommen, die aus Brentano (Vorsitz und Inneres), Peter (Justiz), Eichfeld (Krieg), Goegg (Finanzen) besteht. Das bisherige Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wird mit dem Innenministerium vereinigt. Die Beeidigung der Beamten wird sofort begonnen; die Soldaten erhalten vier Kreuzer tägliche Zulage. Der Landesausschuß wendet sich sowohl an die badischen wie an die sonstigen deutschen Soldaten: „Das badische Heer hat dem gesamten Soldatenstande Europas ein großartiges Beispiel gegeben. Es hat einmütig erklärt, das Blut seiner Väter und Brüder nicht vergießen zu wollen, sich nicht gebrauchen zu lassen zum Schergen der Tyrannei. Das badische Heer hat aus seinen Reihen diejenigen Führer entfernt, welche die Rechte des Volkes mit dem Schwerte in der Hand bekämpften, und an deren Stelle Offiziere gewählt, welche bereit sind, Volk und Soldatenstand zu einem großen Bunde der Freiheit zu vereinigen." Aber der Landesausschuß ermahnt zur Disziplin: „Das alte Joch des blinden Gehorsams stolzen Führern gegenüber ist auf immer gebrochen. Allein der selbstbewußte Gehorsam gegenüber den freigewählten Männern des Vertrauens bildet die notwendige Voraussetzung militärischer Ordnung[137])."

Irgendein ernster Widerstand gegen den Landesausschuß findet nirgends statt — denn längst ist das großherzogliche Regime moralisch verbraucht. Einen bescheidenen Rest der Truppen bringt General v. Gayling jetzt nach Neustadt, General Hoffmann führt seine Reiter und 14 Geschütze schließlich bis Bonnfeld; auf

württembergischem Boden wird der kleine Haufen von Revolutionstruppen zersprengt. Zwei Hauptleute erschießen sich, der eine aus Scham über erlittene Mißhandlung, der andere aus Entmutigung und Verzweiflung. Das sind die einzigen traurigen Opfer. Der Dragonerrittmeister v. Glaubitz, der mit seinen Reitern allein einen Gegenputsch versucht, kommt als Gefangener nach Rastatt. Die Hauptmasse der badischen Truppen stellt sich hinter die Revolution, manche wohl mit Zögern und innerem Schwanken, aber vorwärtsgetrieben von den Entschlossenen. Solderhöhung und Offizierswahl macht das neue Regiment vollends populär. Auch die Beamtenschaft sperrt sich nirgends und leistet, eingeschüchtert und auf den Posten materiell angewiesen, fast ohne Ausnahme den Eid, „vorbehaltlich der Verpflichtung auf die Landesverfassung" — worunter jeder verstehen kann, was er will; nur die Richter verweigern den Eid, setzen aber ihre Amtstätigkeit fort. Zum ersten Male macht ein deutsches Land den revolutionären Übergang von der Monarchie zur Republik durch — das ist einfacher, als es sich die meisten vorher gedacht haben. Die entflohene Regierung hat ihrer revolutionären Nachfolgerin auch die Sache dadurch sehr leicht gemacht, daß sie die gesamten flüssigen Gelder in den Staatskassen ließ. Der Landesausschuß beginnt seine Arbeit mit vier Millionen Gulden Barbestand. Der bürokratische Apparat läuft also reibungslos weiter. Brentano tritt mit großer Mäßigung auf, erwirbt schnell das Vertrauen bei dem wohlhabenden Bürgertum, das schon für den Geldbeutel gefürchtet hat, gibt sich große Mühe, Unkorrektheiten zu vermeiden, spricht den Namen Republik nicht aus und freut sich sichtbar der errungenen Macht. Er arbeitet sich kaputt wie in einer Advokatenkanzlei und muß zu seinem Schrecken einsehen, daß er ein Führer ist, der nicht ahnt, was alles hinter ihm steht. Denn eine großherzoglich badische Republik so nüchterner Art paßt den meisten doch nicht; sie wollen aus Baden für Westeuropa das machen, was die Republik Ungarn für den Osten sein will — die Keimzelle einer umfassenden Bewegung.

Eine große Anzahl Berufsrevolutionäre erscheint jetzt in Karlsruhe: Struve mit seinem Anhang, Willich, der im April wegen seiner sozialistischen Propaganda „als gefährlichster Anarchist" aus Frankreich nach der Schweiz ausgewiesen worden ist und wie ein Galeerensträfling mit einem eisernen Halsring von Station zu Station nach der Grenze geschoben wurde[138]); dann Karl Blind, Bornstedt, Tzschirner, der Flüchtling aus Sachsen, Dr. Oppenheim — dazu mancherlei Polen, Franzosen, Schweizer, Ungarn. Polen und Ungarn bilden eigene Legionen; ein Freikorps nennt sich „Robert Blums Legion". Auch Johann Philipp Becker stellt sich ein — im März hat er noch mit der sizilianischen revolutionären Regierung ein Abkommen geschlossen über Lieferung einer deutsch-schweizerischen Legion unter seinem Kommando, bei der Karl Heinzen und Lommel Offiziersstellen haben sollen. Die Schweizer haben in Rücksicht auf ihre Neutralität Schwierigkeiten gemacht — nun schlägt sich der Revolutionslandsknecht Becker mit den Gesinnungsgenossen nach Baden[139]). In den politischen Flüchtlingskreisen der Schweiz und in Frankreich wirkt der Sieg der pfälzischen und badischen Revolution als Epoche. Die in Genf versammelten deutschen Revolutionäre verbreiten nach gemeinsamer Beratung als Gesamtüberzeugung ihrer Partei unter dem Titel eines Beiblattes der „Evolution" (deren Weiter-

erscheinen seit einigen Wochen verboten ist) das „Manifest der deutschen Demokraten im Auslande". Hier ist zunächst abgerechnet mit den „Halb- und Scheindemokraten"; dazu werden gezählt „nationale Politiker, republikanische Bourgeois, philosophische Politiker und kleinbürgerliche Sozialisten". Als eigenes Programm wird verkündigt: Der Staat ist die organisierte Gesellschaft, die Allmacht des Staates steht über allen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen; nicht nur die große, sondern alle und jede Produktion soll Sache des Staates sein, aber kein mechanisches Kasernenleben darf die Individualität vernichten; die deutsche Reichsverfassung und der Sieg der Ungarn sind die beiden Anknüpfungspunkte für die Bewegung in Deutschland; die Revolution ist eine Zeit der Helden — sie entfesselt die Leidenschaft des Menschen, sie verdoppelt seine Kräfte. „Die Proletarier werden die Revolution, die Hinterlassenschaft der sterbenden Bourgeoisie, übernehmen"; die Menschheit soll „neue Bahnen" beschreiten[140]). Basel quillt über von Flüchtlingen. Die Baseler Banken lehnen schon weitere Depositen von Wertgegenständen ab, in Rücksicht auf ihre eigene Sicherheit. Aus Baden erscheinen Agenten, die schweizerische Offiziere, besonders Artilleristen, für die Revolution gewinnen wollen[140]).

Auch in Paris hat sich ein neues deutsches Revolutionskomitee organisiert: Hochstetter, Wilhelmi, Saß, Hentze, früherer preußischer Offizier, Bäust, früher Offizier des Wiener revolutionären Generalstabes, gehören dazu. Viele deutsche Flüchtlinge verlassen Paris mit falschem Paß, unter Decknamen; ein Teil geht nach Thüringen und Sachsen, um die Verbindung der revolutionären Bewegung zwischen Berlin, Böhmen und Wien herzustellen. Ein Teil geht nach München und an den Rhein. Als Hauptführer werden genannt: der Berliner Dr. Eichler, Bems ehemaliger Flügeladjutant Niederhuber, der ehemalige Kapitän der Wiener akademischen Garde, Hauf[141]). Ein besonderes Komitee besteht für die Bearbeitung der ungarischen und österreichischen Angelegenheiten — Teleki steht an der Spitze. Im Hotel Corneille besteht ein Ausschuß für Anwerbung von Freiwilligen, bei dem mehrere Elsässer mitmachen. Savoye bringt Mittel durch Subskription im Elsaß auf und schickt Waffen nach Deutschland. Auch Mieroslawski ist in Frankreich; an schwerer Verwundung leidend, hält er sich in Versailles auf und erklärt, sich wieder an die Spitze der Bewegung stellen zu wollen. „Die große Schlacht soll geschlagen werden, die das Schicksal der Gesellschaft entscheidet", erklärt Savoye. Es werden ihm nahe Beziehungen zu französischen Montagnards, besonders zu Pierre Leroux, nachgesagt[142]). Der tätigste und intelligenteste Verbindungsmann zwischen den deutschen und französischen Sozialrevolutionären ist Dr. Hermann Ewerbeck, der Übersetzer Cabets, Mitglied des Bundes der Gerechten in Paris. Aus seinen in Paris beschlagnahmten Papieren geht das letzte Ziel dieser Gruppe mit aller Deutlichkeit hervor: die Errichtung einer Rheinischen Republik, bestehend aus Baden, der Pfalz und dem Elsaß. Der Gedanke war, am 10. Mai diese Republik zu proklamieren und dann die revolutionäre Flut durch das ganze Rheinland bis nach Köln und Elberfeld strömen zu lassen[143]). Es ist ganz richtig, wie der Reichsminister Jochmus erklärt hat; wäre der Reichsverweser Mitte Mai zurückgetreten, wäre das Frankfurter Parlament in Frankfurt geblieben, statt sich in die Stuttgarter Sackgasse zu begeben, dann wären die Aussichten der revolutionären

Bewegung, den ganzen rheinischen Westen wenigstens zeitweise mitzureißen, viel größer gewesen.

Gegen einen Vorwurf müssen freilich die deutschen Revolutionäre verteidigt werden: an eine Zusammenarbeit mit der offiziellen französischen Politik haben nur wenige von ihnen gedacht — das wäre auch ganz aussichtslos gewesen. Louis Napoleon, der Präsident der französischen Republik, erklärt dem badischen Geschäftsträger nicht umsonst, wie sehr er die traurige Veranlassung bedauerte, die den Großherzog von Baden gezwungen habe, französisches Gebiet zu betreten, und daß er ihm keine würdige Gastfreundschaft habe anbieten können, und er fügt hinzu: der Sozialismus sei das letzte Wort — „sinon l'expression instantanée de la révolution[144]“. Schon der Gedanke, das Elsaß in die geplante Rheinische Republik einzubeziehen, zeigt den tiefen Gegensatz seiner Vertreter gegen den herrschenden Nationalkonservativismus des werdenden zweiten Kaiserreiches; deshalb ist auch die Charakteristik dieser Bestrebungen mit dem Schlagwort revolutionärer Rheinbund abwegig. Natürlich wäre es den deutschen Revolutionären lieb gewesen, von der französischen Republik anerkannt zu werden, aber nur der Sturz Louis Napoleons durch die Sozialisten hätte dafür die Möglichkeit eröffnet. Deshalb war auch die Entsendung des Mitgliedes des Frankfurter Parlaments Schütz als „Geschäftsträger“ der Pfalz nach Paris eine völlig wirkungslose Geste; er vermochte weder diplomatische Beziehungen mit Frankreich anzuknüpfen, noch französischen Schutz oder gar aktive Hilfe durch „Zusendung von Munition und Generalen“ herbeizuführen. Der Gedanke, Frankreich zu bewegen, wie es in der Instruktion heißt, „Truppen gegen Preußen marschieren zu lassen“, war völlig kindisch. Der badische Landesausschuß hat bei aller revolutionsbrüderlichen Schwärmerei für Frankreich derartigen Unsinn weder gedacht noch zu Papier gebracht. Brentano schickte Karl Blind nach Paris, weil er ihn gern in Karlsruhe loswar — er ist aber viel zu nüchtern gewesen, um die Pfälzer Phantastereien mitzumachen[145]). Die Regierung Louis Napoleons ignorierte die badisch-pfälzische Abordnung amtlich vollkommen, ihr Verkehr mit der äußersten französischen Linken machte sie so verdächtig, daß Karl Blind verhaftet wurde und Schütz nur mit Mühe dem gleichen Schicksal entging. Die badische Bewegung, die um der Reichsverfassung willen ausbrach, ist zu Unrecht in den Verdacht einer antinationalen Gesinnung gekommen. Es war freilich die billigste und wirksamste Propaganda ihrer partikularistisch-dynastischen Gegnerschaft, Republikaner, Reichspatrioten und Sozialisten als eine in sich einheitliche Gesellschaft von Hochverrätern hinzustellen.

Die kühle Skepsis des amtlichen Frankreich wird vorzüglich charakterisiert durch die Auffassung der bourgeoisen Presse: Nicht mehr um die deutsche Einheitsfrage handelt es sich jetzt, schreibt das „Journal des Débats“ am 17. Juni 1849, sondern um den Kampf der Anarchie gegen die Gesellschaft; Deutschland sei mit einem Netz von revolutionären Klubs bedeckt, die ganz öffentlich den außergesetzlichen Widerstand und die bewaffnete Propaganda organisieren; die Märzvereine zählen 120 000 Mitglieder und arbeiten mit demokratischen Formeln nach französischem Muster; von einem Ende Europas zum andern vereinen sich die Apostel der „falschen Demokratie“; Blusenmänner mit roten Krawatten beginnen die Pfälzer Revolution: „zwischen Pike und Säbel

schwankt jetzt Deutschland und ganz Europa". Und am 19. Juli schreibt dasselbe Blatt: „In den schönen südlichen Gegenden ist man jung; man treibt die Politik nach Art der ‚Räuber' und des ‚Götz', fern von konstitutioneller Prosa. Die Revolution ist für die Landschaft eine Dekoration mehr. Hohe Stiefel, Federhüte, Spitzbart — sie sehen aus wie Bandenführer aus Wallensteins Lager. Junge Leutnants beginnen eine Bonapartekarriere. Die Nächte werden an der Bergstraße und am Neckar mit Singen und Trinken verbracht. Verbirgt sich eine tiefe Zersetzung von Staat und Gesellschaft unter dieser fröhlichen Außenseite? Die Bourgeosie läßt sich ein Regiment von Studenten und Korporalen gefallen, das kleine Volk hofft auf Genüsse, wünscht panem et circenses — die Ladenbesitzer zeigen einen lächerlichen und unfruchtbaren Geist der Opposition. Wir in Frankreich haben an unserer Grenze lieber die preußische Pickelhaube als die rote Mütze[146])."

*

Brentano also regiert einstweilen das revolutionäre Baden. Der Großherzog hat ihm nicht rechtzeitig die Geschäfte übertragen wollen, er kann jetzt den Großherzog nicht gleich zurückrufen. Mit den Beamten arbeitet er zusammen, so gut es geht, muß aber erfahren, daß alles, was über die Erledigung der Tagesgeschäfte hinausläuft, nur allzu leicht von diesen Virtuosen der Büros sabotiert werden kann; er läßt sie gewähren; nach außen ist die Revolution jedenfalls sanktioniert. Struve wirkt als Brentanos Widerpart. Er will ein neues, revolutionäres Beamtentum. Er verlangt für die Minister 6000 Gulden Besoldung. Er hält die Entsendung von Gesandten an die Schwesterrepubliken Rom und Venedig, von Revolutionsagenten nach Ungarn und nach Petersburg für nötig. Er will alle Reaktionäre im Lande einsperren oder unschädlich machen, er will ihr Vermögen beschlagnahmen. Noch leistet die Mehrheit der Führer solchem Terror Widerstand. Struve gehört dem Landesausschuß nicht an. Er steht daneben, als Nörgler und Hetzer. Die ersten empfindlichen Schwierigkeiten zeigen sich bei der Armee. Man duldet Offizierswahl nur bis zum Hauptmann, um überhaupt noch befähigte Führer zu behalten. Man hat nicht Gewehre genug, um die Volksbewaffnung wirklich durchzuführen. Kriegskommissare trommeln und drillen die Jungmannschaften zusammen; Soldaten und Bürgerwehr vertragen sich selten und widerstreben der Verschmelzung. Der ehemalige Oberleutnant Karl Eichfeld, Verfasser einer Schrift über „stehendes Heer und Volkswehr", durch die Volksbewegung aus dem Festungsarrest befreit und zum Kriegsminister der Revolution gemacht, erinnert etwas an Messenhauser: ein Spintisierer mit Kunstgefühl, ein liebenswürdiger Improvisator, unter dessen Händen alles verschlampt. Goegg, der Finanzminister, und Brentano verbrauchen für sich selbst keinen Pfennig zu viel. An die Flüchtlinge nach Frankreich und der Schweiz lassen sie aber Tausende von Gulden abfließen, nicht immer mit greifbarem Nutzen für ihre Sache.

Zivilkommissare sorgen für Durchsetzung der neuen Regierungsautorität im Lande. Sicherheitsausschüsse unterstützen sie; nur selten wird passiver oder gar aktiver Widerstand geleistet. Wer nicht gehorcht, wird abgesetzt. Zeitungen mit abweichender Meinung werden unterdrückt. Der vorhandenen Beamtenschaft wird ein ganz neues Element revolutionärer Vertrauensleute aufgepfropft,

meist Rechtsanwälte, Ärzte, Gastwirte, Lehrer und Apotheker jüngeren Alters, die lokalen Honoratioren also, die sich durch Leistung und Vermögen Ansehen und Stellung erworben haben, Leute, die Menschen und Verhältnisse kennen, die deshalb nicht nach kahlen Akten zu urteilen brauchen. Manche abenteuerliche Erscheinung, mancher Student ohne bestandenes Examen, mancher kaufmännische Angestellte mit mehr Lebenshunger und Tatendurst als Barmitteln drängt sich dazu. An Stelle des nüchternen Schemas tritt Temperament, Humor, wohl auch Laune und Willkür, gar mancher benutzt die schöne Gelegenheit, sein Mütchen zu kühlen. Statt der reaktionären Protektionswirtschaft gibt es nun revolutionäre Vettern- und Freundesklüngel. Auf süddeutsche Art wird dabei geschimpft, gebrüllt, gelacht, warm gefrühstückt, reichlich gevespert und viel guter hitziger Landwein getrunken. Was „requiriert" wird, ist immer ganz harmlos. Ernste Gewalttat, böses Vergehen an Leben und Eigentum kommt nicht vor. Prügel werden viel öfter angedroht als verabreicht. Verhaftete läßt man schnell wieder springen. Wer als reaktionär angegeben oder von früher persönlich mißliebig ist, wird geplagt und gefrotzelt. Wichtigmacherei, Schabernack, Unverstand mischen sich mit dem schönen Freiheitswillen zu einem Revolutionstheater von tragikomischem Reiz. Johann Philipp Becker steigt jetzt zum Führer der gesamten badischen Volkswehren auf. Neben ihm tritt der alte Böning besonders hervor, dies löwenhafte weiße Lockenhaupt, ein Wiesbadener Uhrmacher von Haus aus, Mitkämpfer der Freiheitskriege, als nassauischer Leutnant von Unruhe und Abenteurerlust gepackt und nach Griechenland getrieben, als philhellenischer Streiter hochgeehrt — nun tummelt er sich mit quecksilbrigem Enthusiasmus von einem Revolutionsschauplatz zum andern. Er wird mit Hoff zusammen der Organisator der Schweizer Arbeiterlegion, die als verwegenste Vertreterin des revolutionären Sozialismus gilt[147]).

Zur Durchführung der sozialistischen Forderungen des Offenburger Programms tut freilich Brentano gar nichts; schon wird er als verkappter Reaktionär und „Heuler" angefeindet. In Karlsruhe entsteht der „Klub des entschiedenen Fortschritts". Struve, Tzschirner, Martiny sind die Führer, die Schweizer Legion unter Becker und Böning die Hauptstütze. Brentano bildet zur Abwehr die provisorische Regierung der Fünf Männer (Brentano, Fickler, Peter, Goegg, und an Stelle Eichfelds Franz Sigel). Die provisorische Regierung soll die gesamte Gewalt des Landesausschusses und der Vollziehungsbehörde in sich vereinigen. Brentano will sich nicht so viel dreinreden lassen, er duldet von Sozialisten nur den braven Goegg um sich. Ohne Störung sollen die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung verlaufen. Brentano will deshalb die Schweizer Legion an die hessische Grenze schicken. Becker und Böning mögen sich aber nicht ausschalten lassen. Die Bürgerwehr will schon schießen, da legt sich Struve ins Mittel, die Legion rückt schließlich ab.

Jeder kennt aber nun die Gegensätze zwischen den Führern; sie zanken sich und versöhnen sich vor dem Volk, der innere Haß ist nur stärker geworden. Brentano hat zweifellos Erfolg im badischen Lande selbst; mit der Pfalz ist schon am 16. Mai ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach Baden und Rheinbayern in militärischer Beziehung ein Land bilden sollen. Die Pfälzer bekommen aber leider weder Waffen noch Geldmittel von den Badenern; sechs Kanonen dürfen

sie sich schließlich kaufen, ein Anlehen wird verweigert. So zeigt sich der Partikularismus mächtiger als die revolutionäre Brüderlichkeit. Auch Julius Fröbel, der badische Vertreter bei der pfälzischen Regierung, kann als Verbindungsmann nicht viel durchsetzen.

Weitere Erfolge sind nun der Volksbewegung durchaus versagt[148]). Der Anschlag auf die Festung Landau mißlingt; in Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Kreuznach sind Verbindungen angeknüpft; ein Teil der hessischen Armee gilt als unzuverlässig, ein Angriff auf die Reichsarmee wird von der Pfalz aus vorbereitet, man dringt auch bis Worms vor — weiter erfolgt nichts. In Rheinhessen wird der Belagerungszustand erklärt. Der Oberbefehlshaber der badischen Truppen, Franz Sigel, und der ihm als Zivilkommissar beigegebene Franz Raveaux rechtfertigen den Kampf für die Reichsverfassung in einem umfangreichen, mit starken Angriffen auf Hessen-Darmstadt versehenen Manifest an das deutsche Volk[149]). Die badischen Revolutionstruppen dringen an der Bergstraße vor und werden bei Hemsbach von den Hessen zurückgedrängt. Verbrüderungsversuche mißlingen. Weder Württemberg noch Nassau noch Hessen-Darmstadt werden in den revolutionären Strudel gerissen. Schon jetzt, Ende Mai, ist er ganz zweifellos lokalisiert. Als die provisorische Zentralgewalt den im Reichsdienst stehenden württembergischen General v. Miller zum Gouverneur von Rastatt ernennt, läßt Brentano am 5. Juni einen geharnischten Protest los, der noch einmal sehr bezeichnend seine Auffassung festlegt: die frühere badische Regierung ist außer Landes geflohen, sie hat sich der Regierung des Landes begeben, sie kann deshalb keinen Gouverneur für die Reichsfestung Rastatt ernennen und der provisorischen Zentralgewalt zur Genehmigung vorschlagen; in Baden besteht eine neue Regierung, „welche vom Lande und den Behörden anerkannt und mindestens tatsächlich im Besitze der obersten Regierungsgewalt ist"; die provisorische Zentralgewalt kann schon deshalb nicht aus eigener Machtvollkommenheit einen Gouverneur für Rastatt ernennen und einseitig über die Besetzung der Festung verfügen; eine Zentralgewalt kann überhaupt nur zusammen mit der Nationalversammlung bestehen; das gegenwärtige Reichsministerium hat sich nicht um die Nationalversammlung gekümmert und sich nicht an ihren jetzigen Sitz begeben; damit ist jede Verantwortlichkeit illusorisch gemacht; gegen Ernennung eines Gouverneurs von Rastatt und Besetzung durch württembergische Truppen wird also Verwahrung eingelegt[150]). Nur dadurch wäre freilich der preußische Einmarsch zu verhindern gewesen.

Brentano genießt noch den Triumph, die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung ohne Zwischenfall vollzogen zu sehen; 76 Abgeordnete ziehen in Karlsruhe ein, das erste republikanische Parlament eines deutschen Fürstenstaates, an Qualität nicht schlechter, aber auch durchaus nicht besser als das, was es sonst an lokalen Volksvertretungen im damaligen Deutschland gegeben hat. Die konservativ und konstitutionell Gesinnten haben sich vielfach der Wahl enthalten, kein erhebendes Zeichen gerade für ihre Gesinnungsstärke. Gewählt sind die revolutionären Vertrauensmänner, die Volkshonoratioren, die bei sich zu Hause wohl ein Urteil haben mögen, nun aber, angesichts größerer Aufgaben, den Mangel an Geschäftserfahrung und politischer Bildung durch Geschrei und Gesinnungswucht zu ersetzen versuchen. Brentano selbst ist davon enttäuscht,

daß diese Volksvertretung sich so wenig arbeitsfähig zeigt. Ihr hauptsächlicher politischer Mangel ist wohl die zu große Einheitlichkeit des Deputiertentyps; es gibt weder eine Opposition der Rechten noch eine Opposition von weiter links stehenden Gruppen. Das Parlament benimmt sich wie eine große Parteiversammlung, deren Debatte durch Häuptlingsrivalitäten bestimmt wird. Der politische Schwerpunkt des revolutionären Baden liegt schon nicht mehr in dieser gewählten Versammlung, sondern in den Klubs, Ausschüssen und Legionen. Mit dem badischen Revolutionsparlament läßt sich vielleicht eine republikanische Verfassung für Baden machen, wenn ihm Zeit und Ruhe dazu gelassen wird. Für die Reichsverfassung, für die deutsche Republik kann es nichts tun. Ziel und Mittel der Bewegung werden immer inkongruenter. Die Volksbewegung für die Reichsverfassung hat ein Angriff sein sollen; er wollte mitreißen und durchschlagen. Das ist nun schon vorbei. Die Führer bedrängt die Sorge der Verteidigung. Der Antrag, den Junghanns in der verfassunggebenden Versammlung am 13. Juni auf Zurückberufung des Großherzogs stellt, fällt unter Hohn und Zorn durch; aber eine leistungsfähige Regierung von nur wenigen braucht auch das provisorisch republikanische Baden: eine Regierung „mit diktatorischer Gewalt". Es ist in wenig Wochen die dritte Regierung — ein Triumvirat: Brentano steht immer noch an der Spitze, dann Goegg, und als der Dritte der Rechtsanwalt Werner aus Oberkirch, ein Mitglied der Linken im Frankfurter Parlament, das Gegenstück zu Goeggs sanfter Gesinnungstüchtigkeit: laut, nervös, aufgeregt und unfruchtbar in seiner betriebsamen Hast. Brentano merkt wohl, daß er bei jeder neuen Regierung statt mächtiger nur ohnmächtiger wird; er ist alles andere als ein Erster Konsul. Die Sozialrepublikaner trauen ihm nicht über den Weg. Seine Kollegen in der Dreimänner-Diktatur sind Aufpasser.

Innerlich zermürbt, unsicher der eigenen Lebensform, soll sich nun das revolutionäre Baden gegen die Gegenrevolution verteidigen. Gibt es keine Möglichkeit der Vermittlung? Der flüchtige Großherzog und seine Berater wären gern auf friedlichem Wege in das Land zurückgekommen. Die badischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament verlangen einen versöhnlichen Schritt, und so entschließt sich der Reichsverweser, die beiden Deputierten der Linken, Christ und Zell, als Reichskommissare nach Baden zu schicken. Gagern leistet noch die Gegenzeichnung als „Der Reichsminister des Innern ad hoc". Mit den beiden Reichskommissaren arbeitet der Fabrikant Mayer aus Ettlingen zusammen. Diese Herren nehmen in Karlsruhe Fühlung mit Gemeinderat und Bürgermeister. Brentano empfängt sie in aller Morgenfrühe in seinem Schlafzimmer. Er erklärt, einer durch den Prinzen Friedrich anzubahnenden Vermittlung günstig zu sein, lehnt es aber ab, etwas Schriftliches zu geben. Die Vertrauensleute fassen ihre Eindrücke folgendermaßen zusammen: In Baden wünscht man Regelung allein durch die Zentralgewalt, nicht durch preußische Truppen. Militär und Volk haben nach wie vor große Anhänglichkeit an die Dynastie, Prinz Friedrich genießt allgemeines Vertrauen. Die preußischen Truppen sind ebenso verhaßt wie gefürchtet, ihr Einrücken brächte unberechenbares Unglück; die Dynastie müßte dauernd das Odium tragen, durch preußische Bajonette wiederhergestellt zu sein. Es müßte eine Form gefunden werden, die vielen Badenern die Rückkehr zur

rechtmäßigen Gewalt ermöglicht; die Reichstruppen müßten beim Einrücken die weiße Fahne führen und die Bevölkerung auffordern, sich unter die Reichsgewalt zu stellen. — Das Reichsministerium erklärt sich am 12. Juni mit diesem Bericht und diesen Vorschlägen einverstanden; nur schnelle Unterwürfigkeit könne das Einrücken der Preußen verhindern[151]). „Die Hälfte der Bevölkerung", hat Christ aus Karlsruhe geschrieben, „harrt einer solchen friedlichen Lösung mit Sehnsucht." Man begreift, daß Minister v. Dusch diese Möglichkeit mit beiden Händen erfaßt und lebhaft fördert; „Dusch fühlt sich fortwährend getrieben, Hintertüren zu fabrizieren, obgleich er eben erst durch eine solche aus dem Großherzogtum hinausgeworfen worden ist", urteilt sarkastisch der preußische Gesandte[152]). Das Ministerium Dusch-Nebenius, das der Großherzog aus Mitleid mit Männern beibehält, die ihm ins Exil gefolgt sind, kann sich also durchaus nicht entschließen, offen Preußen um militärische Hilfe zu bitten. Dusch will sogar mit Geldern der großen Frankfurter Finanz eine eigene badische Legion ausrüsten. Er bekommt dafür einen stattlichen Vorschuß vom Reichsministerium, dessen Zurückzahlung später Baden schwerfällt. An demselben Tage, an dem Dusch mit Kamptz über ein vertrauliches Schreiben des Großherzogs an den König von Preußen wegen militärischer Hilfe verhandelt, richtet das großherzogliche Staatsministerium amtlich an das Gesamtreichsministerium das Gesuch um Hilfe der Reichsgewalt zur Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes im Großherzogtum. „Da wir auf ein früheres Gesuch zu einer Zeit, da der Umsturz aller Staatsverhältnisse in Baden mit verhältnismäßig geringen Kräften hätte verhindert werden können, den begehrten Reichsschutz wegen Unzulänglichkeit der Mittel, über welche die provisorische Zentralgewalt zu verfügen hat, nicht erlangen konnten, so bitten wir um schleunigste Vermittlung des Reichsministeriums bei der preußischen Regierung, damit durch diese der Reichsschutz für Baden geleistet werden möge[153])." Graf Rechberg läßt aber jetzt seine Gegenminen spielen; er erklärt, daß Österreich seine Bundespflichten erfüllen wolle, daß es die deutsche Sache in Italien und an der Donau verteidige, daß es im Begriffe sei, in Bregenz Truppen aufzustellen und gerne in Baden helfen wolle, wenn man es brauche[154]). Österreich, die süddeutschen Staaten und die Zentralgewalt sind in dem Bestreben einig, daß ein Eingreifen Preußens in Süddeutschland unter allen Umständen verhindert werden müsse. Graf Rechberg reist nach Darmstadt, General Jochmus, der Reichsaußenminister, nach Koblenz, um die Großherzöge von Hessen und Baden davon abzubringen, dem Dreikönigsbündnis treu zu bleiben. Sogar Prinz Friedrich wird aufgefordert, seinen Vater zur Abdankung zu bewegen — die Zentralgewalt und Österreich wollten ihn dann als Regenten in Baden installieren. Der Gedanke ist, daß die preußischen Truppen, wenn überhaupt, so doch nur so in Baden verwendet werden sollen, daß sie einen Teil der Reichsarmee bilden. Der Reichsverweser wünscht Prinz Emil von Hessen als Oberkommandierenden eines aus hessischen und bayrischen Truppen bestehenden Expeditionskorps für Baden und die Pfalz. Der Reichskriegsminister Fürst Wittgenstein will 10 000 Österreicher aus Italien, 7000 Österreicher aus Böhmen, unter Fürst Karl Schwarzenberg, mit 11 500 Bayern, unter Fürst Thurn und Taxis, vereinigen; dazu sollen 10 000 Preußen stoßen, die aber nur zur Besetzung von Frankfurt und Umgebung zu verwenden wären. Leider

brauchen aber die Österreicher aus Italien 27 Tagesmärsche, und in Böhmen sind überhaupt keine Truppen verfügbar.

Die revolutionäre Festungsbesetzung von Rastatt hat nun auch gegen den Willen des Landesausschusses beschlossen, die Festung den Truppen der Länder zu öffnen, die die Frankfurter Reichsverfassung anerkannt haben[155]). Die Lage gestaltet sich also so, daß Zentralgewalt und Süddeutsche für die sanfte Methode eintreten, während Preußen von der Zentralgewalt nichts mehr wissen will und die harte Methode befürwortet. Die Möglichkeit, daß es auch auf die milde Methode gegangen wäre, ist bei sorgfältiger Erwägung aller Umstände doch nicht ganz von der Hand zu weisen. Der Großherzog von Baden, nun fast ganz zur komischen Straßenfigur in Mainz herabgesunken, schwankt lange, er schwankt auch weiter, nachdem er schon am 9. Juni durch Dusch unmittelbar in Berlin bundesgenössische Hilfe hat erbitten lassen, wie es Preußen verlangt hat. Preußen läßt ihn nun nicht mehr los. Nur gegen den Beitritt zum Dreikönigsbündnis will Preußen den Großherzog Leopold wieder in sein Land zurückbringen, unter Bedingungen und Mitteln, die preußisch und nicht badisch-süddeutsch sind. Der Zentralgewalt stellt Preußen seine Truppen zur Verfügung. In mehreren Erlassen an Arnim kennzeichnet das preußische Außenministerium die Hauptziele seines Vorgehens: ein badischer Zivilkommissar soll bestellt werden, das Kriegsrecht ist zu verkündigen, die Schuldigen sind energisch zu bestrafen, die Presse durch strenge Verordnungen im Zaume zu halten; Beamte, die ihren Eid gebrochen haben, sind zu kassieren. Für treulose Militärpersonen ist die Todesstrafe anzuwenden. Eine Amnestie, die das Rechtsgefühl aller Besseren empören würde, ist abzulehnen. „Die Strenge des Gesetzes muß am ersten an denjenigen erkannt werden, welche zu seinen Organen berufen sind[156]).“ Solche Gesichtspunkte können keinen energischeren Vertreter finden als gerade Arnim; er verlangt sogar für die badischen Offiziere, die sich zum Eintritt in das preußische Expeditionskorps melden, eine ehrengerichtliche Prüfung ihrer Anschauungen! Die durch und durch faule badische Bürokratie, meint er, muß reorganisiert werden, sie ist der eigentliche Herd der Revolution; Brentano habe mit seiner Energie ein ganz gutes Beispiel gegeben; der großherzoglichen Regierung möchten doch die notwendigen Maßnahmen in ganz bestimmter Weise bezeichnet werden, Radowitz solle direkt an den Großherzog schreiben[157]).

Preußen wird in der Tat Badens Vormund. Ein bewährter Beamter, vormals im preußischen Staatsdienst, F. A. Klüber, übernimmt die Nachfolgerschaft Duschs. Der mit den Verhandlungen in Koblenz betraute Geheime Legationsrat v. Savigny steht Pate bei der Bildung des neuen badischen Kabinetts. Dem Gesandten v. Arnim wäre freilich eine Art Diktatur für Baden lieber gewesen, die einfach alle Gesetze seit Beginn der Märzrevolution als erledigt betrachtet hätte.

Preußen marschiert also gegen die Revolution in der Pfalz und in Baden; es marschiert damit gegen die Revolution überhaupt; ein Exempel soll statuiert werden. Was Windischgrätz in Prag und Wien, was Kaiser Nikolaus in Ungarn tut, soll jetzt der Prinz von Preußen in Südwest-Deutschland vollbringen. Gerade ihm wird das Kommando übertragen. Der 18. März in Berlin erhält so die letzte Sühne. Preußen hat sich diese Aufgabe gewünscht und vollbringt sie als deutsche und als europäische Großmacht. Dem mißtrauischen französischen Außenminister

Tocqueville muß der preußische Geschäftsträger Graf Hatzfeld versichern, es handele sich nicht um eine Intervention im fremden Lande, sondern um eine bundesbrüderliche Hilfe, und Tocqueville, der gerade eine Reise durch Deutschland gemacht hat, meint, das Gefühl für eine größere Einheit Deutschlands werde auch von den Männern der deutschen Rechten geteilt; Frankreich werde eine Einigung unter preußischer Führung nicht nur nicht mit Mißfallen, sondern mit Befriedigung sehen. Lord Normanby, der englische Gesandte in Paris, findet freilich, daß die preußischen Rüstungen nicht im Verhältnis zu ihrer augenscheinlichen Aufgabe stünden. Und der „National" schreibt, Preußen gehe im Einverständnis mit Österreich und Rußland am Rhein vor, es werde in die Schweiz einrücken und Neuenburg erobern! Die armen deutschen Revolutionäre lassen Plakate in den französischen Ostprovinzen anheften und hoffen auf diese Art Sympathien beim französischen Militär zu erwerben. Das bonapartistische Frankreich von 1849 billigt aber aus vollem Herzen die Niederwerfung der sozialrepublikanischen Revolution im deutschen Südwesten. Graf Hatzfeld bittet dringend und streng vertraulich, Preußen solle ja jede Andeutung darüber vermeiden, als habe die französische Regierung, wenn auch nur indirekt, sich bereit gezeigt, an der Niederwerfung des Aufstandes mitzuwirken[158]). Schon meldet sich die österreichische Eifersucht: durch Baden bekommt Preußen die ganze Rheingrenze und damit eine gefährlich übermächtige Stellung in Paris. Baden ist ein wahrer Krebs am deutschen Körper[159]).

Preußen will also die Revolution in Baden niederschlagen. Es läßt sein ganzes politisches Übergewicht spielen, um Erfolge der seit dem 2. Mai unter dem Oberbefehl des ehemaligen Reichskriegsministers und immerhin auch preußischen Generals v. Peucker stehenden Reichstruppen zu verhindern, die aus der Division Schäffer-Bernstein (Hessen und Württemberger) und dem in und bei Frankfurt stehenden mobilen Truppenkorps bestehen (Hessen, Preußen, Nassauer und Frankfurter). Für Peucker ist es eine recht unangenehme Überraschung, plötzlich den Besuch des hessischen Majors und Flügeladjutanten Grafen v. Ysenburg zu erhalten, der ihm meldet: der Großherzog von Hessen läßt, wenigstens vorderhand, die großherzoglichen Truppen am Überschreiten der Neckarlinie und Eindringen ins Badische nicht teilnehmen! Damit fällt für Peucker beinahe die Hälfte der Infanterie und Kavallerie und zwei Drittel der Artillerie aus [160]).Ebenso entschließt sich kurze Zeit darauf der Herzog von Nassau, seine zum Peuckerschen Korps gehörenden Truppen direkt unter den Befehl des Prinzen von Preußen zu stellen[161]). Wittgenstein nennt das eine „willkürliche Sistierung der Bundespflichten". Inzwischen hat ein recht gereizter Briefwechsel zwischen dem Prinzen von Preußen und Wittgenstein stattgefunden. Der Prinz erklärt, er habe infolge direkter Requisition der badischen Regierung und auf Grund des danach abgeschlossenen preußisch-badischen Bündnisses den Auftrag erhalten, das Großherzogtum zu „pazifizieren", eine Aufgabe, „die ich auch mit den mir zu Gebote stehenden Kräften zu erfüllen vermag. Daß sich die Großherzogliche Regierung gleichzeitig an andere Mächte in gleicher Absicht gewandt haben sollte, ist mir gänzlich unbekannt und wäre auch den Grundzügen des Bündnisses völlig entgegen." Wenn österreichische Truppen nötig wären, schließt der Prinz, dann wird sich der König von Preußen „bei der engen Freundschaft beider Höfe"

unmittelbar nach Wien wenden. Wittgenstein verblüfft den Prinzen etwas dadurch, daß er ihm die Abschrift des Gesuches der badischen Regierung an die Zentralgewalt überschickt. Wenn der Prinz von Preußen den Einmarsch österreichischer Truppen nicht wünscht, soll er zunächst unterbleiben. Das Reichskriegsministerium hat aber die Berechtigung, stellt Wittgenstein fest, „das in Baden kämpfende Korps Reichstruppen je nach Umständen durch andere Reichstruppen zu verstärken". Österreich hat in Erfüllung seiner Bundespflicht das Bregenzer Korps zur Disposition der Zentralgewalt gestellt; es kann verwendet werden, ohne daß eine preußische Requisition bei Österreich nötig wäre[162]).

Solcher Zwiespalt kann den militärischen Operationen nicht günstig sein. Sie ziehen sich in der Tat länger hin, als zu erwarten war. Der Truppenaufwand von seiten Preußens und der zentralgewalttreuen Staaten ist recht erheblich. Aus dem Kreuznacher Lager ziehen am linken Rheinufer 25 000 Mann Preußen gegen die Pfalz unter General v. Hirschfeld. Auf dem rechten Rheinufer marschieren unter General Graf v. d. Gröben ebenfalls 25 000 Mann vor. Auch Peucker verfügt über die gleiche Anzahl Reichstruppen. Bayern sammelt bei Aschaffenburg, Donaueschingen und Nürnberg unter dem Fürsten v. Thurn und Taxis ein Korps von 15 000 bis 16 000 Mann. Daß die Preußen nicht auf diese Bayern warten, sondern einfach vorwärts gehen in der Pfalz, nimmt die bayrische Regierung sehr übel — es seien „kombinierte Operationen" verabredet, sagt sie. Preußen handele gegen getroffene Bestimmungen[163]). Um doch auch etwas zu tun, läßt Bayern später seine Truppen in den badischen Seekreis einmarschieren, zieht sie aber auf Aufforderung Peuckers sofort wieder zurück. Der Gedanke war, daß diese Formationen zusammen mit den in Vorarlberg stehenden 10 000 Österreichern operieren sollten[164]). Da auch Württemberg bei Heilbronn schließlich 8000 Mann sammelt, so kann man wohl von einer völligen Umzingelung des badischen Revolutionsherdes sprechen. Der Prinz von Preußen nimmt auch direkte Fühlung mit dem König von Württemberg auf, übersendet ihm etwa Korrespondenzen gefangener Aufständischer, die sich auf Württemberg beziehen, und gibt Ratschläge zur Abwehr von Freischareneinfällen. Dem Wunsche des Königs von Württemberg, die beiden württembergischen Bataillone bei der Peuckerschen Armeegruppe nach Hause zu schicken, gibt er freilich nicht nach[165]).

Die Revolutionäre sind außerstande, gegenüber einer solchen Übermacht etwas auch nur einigermaßen Gleichwertiges aufzubieten. Mitte Mai stehen in Baden rund 15 000 Mann Bürgerwehren unter Waffen. Eine weitergehende Organisation durchzuführen, fehlt es zwar nicht an der Möglichkeit, wohl aber an der mitreißenden Entschlußkraft. Den Oberbefehl über die Revolutionsarmee übernimmt Ludwig v. Mieroslawski, der noch junge polnische „fahrende Landsknecht", ein Dreißiger von gedrungener Gestalt und lebhaft sprühendem Blick, in Frankreich geboren und durch die hohen Militärschulen dort gegangen, zuerst als scharfer Kritiker des polnisch-russischen Feldzuges von 1831 anerkannt, dann in einem bunten Abenteurer- und Verschwörerleben vielgeprüft, im Frühjahr 1848 Kommandierender beim sizilianischen Aufstande, nun berufen zu einer nicht lösbaren Aufgabe, an die er aber so viel Talent und Entschlossenheit setzt, daß die preußischen Gegner selbst anerkennen müssen: er habe es ihnen recht schwer gemacht. Mieroslawski schätzt seine „Rhein-und-Neckararmee" auf 20 000 Mann

sagt aber, daß nur zwei Drittel davon kampffähig sind und nur die Hälfte imstande ist, ein richtiges Gefecht auszuhalten. Zählt man alles zusammen, was im ganzen badischen Lande an Volkswehren, Bürgerwehren und Liniensoldaten überhaupt zur Verfügung gestanden hat, so kommt man auf rund 45 000 Mann und höchstens 45 Geschütze. Die Linientruppen selbst mögen in Baden rund 20 000 Mann, in der Pfalz nur wenig mehr als 3000 Mann betragen haben[166]). Der Hauptmißstand der Revolutionsarmee liegt aber in der Führerfrage. An die dreihundert badische Offiziere sind außer Landes gegangen. Wer soll sie ersetzen? Bis zur Kompagnieführung reichen die Unteroffiziere wohl aus; beim Stabe hapert's. Gegen die ehemaligen preußischen Offiziere Anneke, v. Beust, v. Schimmelpfennig herrscht starkes Mißtrauen; nicht sie kommandieren, sondern Dilettanten wie Blenker und Zitz. Etwas mehr Vertrauen genießt der vom Heckerzuge her bekannte Willich, dessen Kompagnie „Besançon" eine Art Elitetruppe von 800 Köpfen darstellt. Um Beschaffung von Volkswehruniformen und Munition erwirbt sich Meyerhofer Verdienste, um die Verproviantierung von Rastatt sorgt sich mit Erfolg der alte Schlöffel. Der aus Struve, Peter, dem Offizier Hennecke und dem Unteroffizier Cordel als Oberkriegskommissar bestehende revolutionäre „Kriegssenat" arbeitet Aufbau, Verteilung, Uniformierung und Bewaffnung der Volkswehr in 17 Paragraphen aus. Nach dem mißglückten Treffen bei Heppenheim soll Sigel ins Kriegsministerium abgeschoben werden, erscheint aber wieder an der Neckarfront. Die Hanauer Turner und die Heilbronner Scharfschützen sind der einzige Zuzug von außerhalb.

Sehr vorsichtig, mit pedantischem Vorpostendienst, gar nicht genial, voll der sicheren Bedächtigkeit des Gamaschenreglements, schiebt die Führung des Prinzen von Preußen das Korps Hirschfeld in fünf Kolonnen nach der Pfalz vor. Am 14. Juni verläßt die provisorische Regierung Kaiserslautern. Eine Reihe von kleineren Gefechten findet statt. General Sznayde, ein alter dicker polnischer Herr, der sich bei der Mahlzeit und Nachtruhe ungern stören läßt, gegen ein stattliches Honorar Führer der Pfälzer, hat nur junge, militärisch kaum ausgebildete Leute. Am besten schlagen sich noch die rheinhessischen Scharfschützen. Gegen die preußischen blauen Husaren und die Ulanen ist schwer anzukommen. Bei Zweibrücken reißt die pfälzische Artillerie einfach vor der preußischen aus. Der ungarische Oberst Türr soll Ludwigshafen verteidigen, seine Kanonen hat aber Mieroslawski schon über den Rhein gezogen. Die Preußen nehmen eine Barrikade nach der anderen und besetzen die Stadt (15. Juni). Im allgemeinen wird der Kriegsbrauch zwischen den Kämpfenden eingehalten. Es gibt leider Ausnahmen. Im Schloßgarten zu Kirchheim-Bolanden werden 17 hessische Turner von den Soldaten einfach zusammengeschossen. Ebenso werden in Alzei Mainzer Freischärler an die Wand gestellt. Die Verkündigung des Kriegszustandes in der Rheinpfalz durch den Prinzen von Preußen am 14. Juni ohne Wissen und Willen der bayrischen Regierung ist völkerrechtlich jedenfalls ein angreifbarer Akt. Am 16. Juni erklärt Fürst Thurn und Taxis die Rheinpfalz von Oppenheim am Rhein aus bayrischerseits in den Kriegszustand! Die Reste der Freischaren werden in der Pfalz als „Banden" verfolgt, es entsteht eine wahre Treibjagd mit vielen wenig angenehmen Einzelheiten.

Militärisch ernsthafter sind die Kämpfe an der Neckarlinie, die am 15. Juni wieder lebhaft einsetzen. Mieroslawski greift im Gegenstoß Peucker heftig an,

um Großsachsen wird zwei Tage gekämpft, ohne klare Entscheidung. Die revolutionären Badener schlagen sich gut, ihre Artillerie schießt besser als die der Reichstruppen, eine Anzahl Dragoner geht freilich über. Mieroslawski ist voller Hoffnung, er merkt, wie seine Führung sich durchsetzt und alles zusammenrafft, er glaubt viel versprechen zu können, mehr jedenfalls, als er halten kann. Sein Plan ist, die Preußen über den Rhein zu locken und dann auf den Fluß zurückzuwerfen. In der Tat überschreitet das Korps Hirschfeld den Rhein. Philippsburg wird genommen; hier, bei Wiesenthal, wird Prinz Friedrich Karl von Preußen verwundet[167]). Aber Peucker wendet sich durch den Odenwald zum oberen Neckar, und das Korps v. d. Gröben rückt in die Peuckersche Stellung nach — es erscheint bei Weinheim. Die Übermacht baut sich umfassend und bedrohlich im Halbkreis vor Mieroslawski auf. Da greift er mit seiner ganzen Kraft das Korps Hirschfeld an, bei Waghäusel. Die Preußen müssen sich zuerst auf Philippsburg zurückziehen, bekommen dann aber Verstärkung und schlagen die Revolutionsarmee völlig. Gegen Wiesloch und gegen Heidelberg strömen die Fliehenden. Eine Verfolgung unterbleibt aber, das Gröbensche Korps greift nicht ein, die Revolutionstruppen können sich wieder sammeln und erholen. Mieroslawski und Struve treten einen geordneten Rückzug durchs Neckartal an. „Mieroslawski hat sich mit wunderbarer, höchst ausgezeichneter Geschicklichkeit der Schlinge entzogen", schreibt ein preußischer Generalstabsoffizier[168]), und Gottfried Keller, damals in Heidelberg, der diese Hergänge unmittelbar miterlebt, schildert sie folgendermaßen: „Die Preußen haben ihren Sieg teuer erkaufen müssen, obgleich sie die Übermacht hatten. Besonders die badischen Kanoniere haben sich heldenmütig gehalten. Sie arbeiteten, da es sehr heiß war, im bloßen Hemd, wie die Bäcker vor dem Backofen, bei ihren Kanonen und waren noch forsch und wohlgemut dabei. Ihre Verwundeten haben sie selbst völlig totgeschossen, damit sie den Preußen nicht in die Hände geraten[169])." Auch der junge Friedrich Engels hat hier mitgefochten. Er ist zuerst in Kaiserslautern gewesen, wo er sich, abgesehen von einem kleinen Zeitungsartikel, dem revolutionären Treiben fernhält. „Als aber die Preußen kamen, konnte ich der Lust nicht widerstehen, den Krieg mitzumachen", schreibt er an Frau Marx. So wird er Willichs Adjutant, macht vier Gefechte mit, „wovon zwei ziemlich bedeutend, namentlich das bei Rastatt und (ich) habe gefunden, daß der vielgerühmte Mut des Dreinschlagens die allerordinärste Eigenschaft ist, die man haben kann. Das Kugelpfeifen ist eine ganz geringfügige Geschichte, und während des ganzen Feldzugs hab' ich trotz vieler Feigheit kein Dutzend Leute gesehen, die sich im Gefecht feig benahmen. Desto mehr aber ‚tapfere Dummheit'. Enfin — ich bin überall glücklich durchgekommen, und au bout du compte ist es gut, daß einer von der Neuen Rheinischen Zeitung dabei war, weil alles demokratisches Lumpenpack in Baden und in der Pfalz war und nun mit nicht getanen Heldentaten renommiert. Es würde wieder geheißen haben: ‚Die Herren der Neuen Rheinischen Zeitung sind zu feig, sich zu schlagen'[170])."

Durch Waghäusel ist der Feldzug entschieden; gewiß ist dies Gefecht kein Sieg im strategischen Sinne, aber die zahlenmäßige und organisatorische Übermacht der vereinigten Preußen und Reichstruppen wirkt sich jetzt voll aus. Dampfwalzenmäßig decken sich ihre Kolonnen über die Straßen des schmalen

badischen Landes. Mieroslawski hat Geschütz, Material und Gepäck in großem Umfang gerettet. Er erscheint wieder bei Bruchsal, vermag aber die Murglinie nicht zu halten, mehrere Gefechte, besonders bei Durlach, halten den Rückzug nicht auf.

Die Revolutionsregierung in Karlsruhe bricht zusammen. Goegg, Werner, Florian Mördes, jetzt Innenminister, Heunisch, jetzt Finanzminister, reisen bei den Truppen herum, verbreiten Siegesnachrichten im Lande und versuchen Widerstände niederzuwerfen, vor allem die Opposition von Bürgerwehr und Gendarmerie zu dämpfen. Die Pfälzer Flüchtlinge erhöhen die Verwirrung. Brentanos Autorität zerschmilzt ganz. Auf weitere gütliche Verhandlung hat er vergeblich gewartet. Die Konstituierende Versammlung verlegt ihren Sitz nach Freiburg. Struve, durch Ersatzwahl ihr Mitglied geworden, erhebt nun die offene Anklage gegen Brentano. Sein Antrag geht durch, „jeden Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrat am Vaterlande zu betrachten und zu bestrafen". Nun legt Brentano sein Amt nieder und entflieht in die Schweiz. Die Konstituante schickt ihm die Achtserklärung nach. Brentano verteidigt sich mit bitterer Offenheit in seiner berühmten Erklärung vom 1. Juli aus Feuerthalen, Kanton Zürich[171]). Struves Terrorismus setzt sich also im Augenblick der Katastrophe doch noch durch. Brentano hat von den Staatsgeldern immer einen ordnungsmäßigen Gebrauch gemacht — er hat sie natürlich verwandt zum Aufbau und zur Verteidigung seiner Regierung, aber persönliche Begehrlichkeit kennt er nicht und unterdrückt sie, wo er kann. Daß die Diktatoren die öffentlichen Kassen aus Karlsruhe mitnehmen, ist selbstverständlich — sie haben keinen Grund gehabt, das Beispiel der großherzoglichen Regierung zu befolgen und ihrem politischen Gegner die Unterhaltungsmittel zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Geldern erhält jeder Mitkämpfer einen Notpfennig von fünf Gulden. Auch die Requisitionen der Revolutionstruppen wird man begreiflich finden. Bedauerlich bleiben aber gelegentliche Mißhandlungen, Erpressungen von Geld und Plünderungen von Wertsachen, wie sie im Schloß Eberstein, in Donaueschingen, Rastatt, Lahr und Lörrach vorkommen. Soldaten regulärer Armeen haben sicher an vielen Orten in Feindes- und Freundesland Ähnliches und Schlimmeres begangen. Die verzweifelten Revolutionäre in Baden sind gewiß auch in einer besonders schwierigen Zwangslage gewesen, sie stehen vor dem Untergang ihrer Sache, vor der Flucht ins völlig Ungewisse, und so raffen sie zusammen, was ihnen zum Weiterkommen, zur Selbstbehauptung irgendwie helfen kann. Es gehört zu Struves verbissener Folgerichtigkeit, die Achtung vor dem Privateigentum in solcher Not mit aller Entschlossenheit als sinnlos zu behandeln. Trotz allem und trotz der durch die Umstände gebotenen Milde bei einer geschichtlich zu wertenden Beurteilung bleiben einige, wenn auch nicht viele, dunkle Flecken haften.

Sechsmal ist nun über das unglückliche Baden der Kriegszustand verhängt worden — zuerst von Sigel am 5. Juni, dann einschränkend von der provisorischen Regierung, dann durch Gesetz der Konstituierenden Versammlung, dann durch General v. Peucker, dann durch den Prinzen von Preußen (19. Juni), dann durch das großherzogliche Ministerium aus Mainz, 23. Juni. Das ganze Land wird bis zum 11. Juli von Preußen, Hessen, Mecklenburgern besetzt. Raveaux, der Reichsregent, denkt daran, von Freiburg aus die Diktatur zu übernehmen, Sigel,

Mieroslawskis Nachfolger als Oberkommandant seit dem 1. Juli[172]), will in Donaueschingen noch einmal eine Regierung einsetzen. L. Simon und Rösler von Öls versuchen, den Schwarzwald in Bewegung zu bringen. Alles verpufft, Baden wird „pazifiziert", die Revolutionskämpfer werden zersprengt, der Kampf um die Reichsverfassung ist zu Ende.

Noch rund 6000 Revolutionskämpfer sind in der Festung Rastatt eingeschlossen, ein Infanterieregiment, von den übrigen vier nur Trümmer, ebenso Splitter von der Reiterei und Feldartillerie, vollzählig aber die Festungsartillerie; dazu die Reste der polnischen und ungarischen Legion, der Freiburger akademischen Legion, der schwäbischen Legion, auch der Robert-Blum-Legion — im ganzen zwei Drittel Soldaten, ein Drittel Freischaren und Volkswehren. Daß dieser Rest der Revolutionsarmee auf die Dauer gegen die vielfache Übermacht der Preußen und Reichstruppen die Festung nicht halten kann, ist militärisch völlig klar. Auch das Oberkommando des Prinzen von Preußen hat kein Interesse daran, durch große Opfer die doch sichere Übergabe zu beschleunigen. Zudem wendet sich Fürst Wittgenstein an den Kommandierenden der Belagerungstruppen, Grafen v. d. Gröben. Die förmliche Belagerung und Beschießung der Reichsfestung Rastatt sei nicht im Reichsinteresse, das Reich müsse die Kosten sowohl der Verteidigung wie des Angriffes tragen, es möge kein Artillerieangriff auf die mit großen Kosten kaum vollendeten Wälle stattfinden, die Übergabe der schlecht verproviantierten Festung müsse doch sehr bald erfolgen[173]).

Gouverneur der Festung ist Gustav Nikolaus Tiedemann, Heidelberger Professorensohn, in seiner Jugend badischer Dragonerleutnant, als griechischer Freiheitskämpfer zum Oberstleutnant aufgestiegen, verheiratet mit einer Griechin, als Ausländer aus dem griechischen Dienst entlassen, 1849 bei seinen Eltern in Heidelberg zu Besuch und hier durch die Aufforderung der badischen provisorischen Regierung zu seiner Freude wieder in die Lage versetzt, sich als Soldat zu betätigen: ein Kondottiere also, kein Revolutionär aus bestimmter politischer Überzeugung, Soldat ohne besonderes Talent, ein unruhiger Mensch, persönlich tapfer und abenteuerlustig, gutmütig zu seinen Untergebenen, aber empfindlich, aufbrausend und etwas gespreizt: wie er so, ein angegrauter Fünfziger, mit gestutztem Schnurrbart, in seinem dunkelblauen, kokett-einfachen Waffenrock durch die Festung stolziert als der Oberste, den krummen Säbel hinter sich schleppend. Tiedemanns Widerpart ist Ernst v. Biedenfeld, ein braver alter pensionierter badischer Infanteriemajor, schon in den napoleonischen Kriegen bewährt, der ganz still und ohne politisches Interesse in Bühl gelebt hat. Er läßt sich bereden, die Führung des dritten Infanterieregimentes zu übernehmen, wird also doch noch Oberst, wie er es sich gewünscht hat, zeigt auch, daß er etwas kann im Kommiß, hält auf Zucht und Ordnung und wird von Truppe und Einwohnern hoch geachtet, ja wegen seiner anständigen, ruhigen Gerechtigkeit geliebt. Wenn Tiedemann schwadroniert und auf seine zugleich verworrene und kleinliche Art herumfuchtelt, dann bestürmen alle Gemäßigten den alten Biedenfeld, er möge Schluß damit machen und sich an seine Stelle setzen. Biedenfeld aber ist zu brav zu einem solchen Streiche. Buntes Volk sitzt da beieinander in Rastatt: v. Corvin und Böning, der Pole Mniewski, der Leiter des Kölner Arbeitervereins Jansen, der Schriftsteller Ernst Elsenhans, schwäbischer Pfarrerssohn und selbst

ursprünglich Theologe, dann entschlossener Freidenker und eifervoller Freiheitsprediger, zugehörig zum Klub des entschiedensten Fortschritts und in diesem Geiste Leiter des Rastatter „Festungsboten", ein dickköpfiger, aber auch sonderbar lebenshungriger Überzeugungsmensch — und endlich Karl Schurz.

Dieser Schulmeisterssohn und Bauernenkel aus der Kölner Gegend, aufgewachsen auf einer gräflich Wolff-Metternichschen Burg, ist nicht ein Typus, sondern ein beglückender Ausnahmefall der Zeit. Längst ehe er nach Amerika kommt, trägt er die Neue Welt schon mit sich herum: ein echter deutscher Student, aber auch ein gutes Stück Cowboy steckt in ihm. Das Schöne an diesem ganzen Kerl ist, daß er aller Pose, aller Wichtigmacherei, aller Streberei, allem sentimentalen Salbadern völlig fremd und feind ist. Der Neunzehnjährige befindet sich darum in einem denkwürdigen Widerspruch zum Stil der herrschenden Generation von 1848. Er hält nichts von großen feierlichen Sprüchen, und es wird denn auch kein verkniffener Verschwörer, kein schmieriger Kneipenbramarbas aus ihm. Hell und frei, quick und fix, kühn und blitzend — so geht er seinen Weg als ein Volkskämpfer für das Echte und Rechte, mit zäher Zuverlässigkeit, ein innerlich ausgewogener, durch und durch ehrlicher Mensch. Die Frauen finden seinen blühend hübschen Jungenskopf zum Küssen, die Männer haben herzhaften Spaß an ihm und prophezeien das Beste. Schwierigkeiten kennt er nicht. Was der Zauber seiner liebenswürdigen Natur nicht überwindet, was noch dem rheinischen Singsang reizender Redekunst widersteht, das überwindet die Frische und die Findigkeit des Tausendkünstlers der Tat. Viele Deutsche kennen ihn ja als den munteren Erzähler seiner Lebenserinnerungen — ein prachtvolles Leben fürwahr, frisch und verwegen durchgelebt, in nichts schwerfällig, aber durchaus nicht abenteuerlich, nur um des Abenteuers willen, sondern sehr deutsch-beflissen um eine große Sache. Der Märzsturm ist in diesem Menschen nie still geworden. Das ewig junge deutsche revolutionäre Wollen hat sich in ihm gestaltet, sympathisch und überzeugend wie wohl bei keinem anderen. Gewiß: auch er fängt als bescheidener deutscher Mittelstandsmensch schüchtern an. Der Bonner Frankone überwindet alle Hemmungen und erfüllt sich mit dem Burschenschaftswollen. Er ist lustig und ritterlich, flott und angespannt, bei allem Herzhaften gern dabei und nicht gerade umständlich mit Tröpfen und Perücken. Spintisieren liegt einer so saftigen Persönlichkeit durchaus nicht. Nicht umsonst hat er einen „Ulrich v. Hutten" dichten wollen. Gern wagt auch er den guten Kampf, glänzend, beweglich, besonnen. Das Herz steigt ihm nicht ins Hirn, der Kopf bleibt immer oben. Seine Flucht aus Rastatt durch die Wasserkanäle ist ein Filmstück, längst ehe es Filme gab; wie lange wird man es sich noch entgehen lassen? Schon als Schuljunge schreibt er über die Einheit der deutschen Nation — der Lehrer findet es bedenklich, aber streichelt ihm doch voll Anerkennung über den Schopf. Wer hätte ihm auch böse sein können? Das rheinisch Goldige und das amerikanisch Smarte ist in diesem sachlich glühenden Patrioten auf eine wundersame Weise vereinigt.

*

Der ersten Aufforderung des Grafen Gröben, die Festung Rastatt zu übergeben, stellt am 2. Juli die revolutionäre Besatzung ein entschiedenes Nein entgegen. Die Belagerten hoffen auf Entsatz. Sie vermögen sich kein zutreffendes Bild

vom Zusammenbruch ihrer Sache im badischen Lande zu machen und sind mißtrauisch gegen das, was ihnen die Belagerungsarmee an Orientierung zukommen läßt. Schon lockert sich die Disziplin. Ohne den Willen des Gouverneurs unternehmen am 8. Juli Volkswehr und Artillerie einen Ausfall, bringen aber nur Lebensmittelvorräte und eine preußische Kanone als Beute heim. Am 15. Juli erfolgt ein zweiter Ausfall gegen Niederbühl. Das Bombardement der Belagerer ist nicht besonders energisch und hat wenig Ergebnis. Zwischen dem Festungskommandanten Tiedemann und Graf Gröben spinnt sich nun ein Verkehr in allen Formen militärischer Courtoisie an. Gröben schickt auf Wunsch Tiedemanns tausend Blutegel für die Verwundeten der Revolutionsarmee. Die Belagerten lassen zum Dank einen Gefangenen frei und erklären sich zur Auswechselung eines anderen bereit. Entscheidend für den Verlauf wird Gröbens Angebot, Abgeordneten der Besatzung und der Bürgerschaft von Rastatt zu gestatten, unter militärischer Bedeckung sich vom Stande der Dinge im Oberland persönlich zu überzeugen. In der Bürgerschaft gibt es natürlich eine starke Stimmung für Kapitulation. Noch ist keine eigentliche Not vorhanden, bis Ende Juli reichen die Lebensmittel. Aber der Vorschlag von Elsenhans, Papiergeld zu schaffen, wirkt sehr beunruhigend. Ihm schwebt eine Zettelbank nach amerikanischem und ungarischem Muster vor; sie soll die auszugebenden Banknoten zur einen Hälfte in barer Münze, zur anderen Hälfte mit Papiergeld einzulösen berechtigt sein. Schon der Gedanke treibt sogleich die Preise in die Höhe. Tiedemann geht auf Gröbens Vorschlag ein. Der Generalstabschef Otto v. Corvin und der ehemalige Feldwebel, jetzige Major Lang, aber keiner von der Bürgerschaft, werden als Vertrauensleute bestimmt und reisen durch ganz Baden[174]). Am 21. Juli erstatten sie Bericht vor dem großen Kriegsrat.

Die Lage ist hoffnungslos, die ganze Revolutionsarmee ist zersprengt, rund 2000 sind in die Schweiz übergetreten. Die Festung hat keine Aussicht auf Entsatz, die Besatzung kann sich auch nicht durchschlagen. Kapitulation unter möglichst guten Bedingungen bleibt als einzige Möglichkeit übrig. Die Mehrheit billigt diese Auffassung. Darauf schreibt Tiedemann an Gröben sein Kapitulationsangebot vom 22. Juli. Man will, so heißt es darin, die Reichsfestung zur Verfügung des Reichs stellen; über das Schicksal der Besatzung wünscht man aber klare Bestimmungen. „Die Soldaten und Volkswehren fügten sich der im Lande bestehenden und anerkannten Regierung und fochten für die Reichsverfassung, welche sie noch unter dem Großherzog beschworen hatten und welche von dem größten Teil der deutschen Fürsten anerkannt wurde. Der Großherzog hatte mit seinen Ministern das Land verlassen und so die Soldaten gezwungen, der an seine Stelle sich setzenden Regierung zu gehorchen. Die Proklamationen des Großherzogs sind von ihnen ferngehalten worden und ihnen ebenso wenig zur Kenntnis gekommen wie das Anerbieten um Verzeihung für alle die, welche sich bis zum 5. Juli dem Großherzog wieder unterwerfen würden, da die Festung bereits seit dem Ende des vorigen Monats so eng zerniert war, daß kein Blatt hineingelangen konnte.“ Dann spricht Tiedemann von den Fremden: Sie haben „der in Baden allgemein anerkannten Regierung ihre Dienste zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung“ angeboten, sie stehen also mit den Truppen in einer Kategorie. „Die ganze Besatzung, für eine loyale Sache fechtend, glaubt vollkommen in ihrem Rechte gehandelt zu haben und verwahrt sich daher gegen den Titel Rebellen

und die gegen solche gebräuchliche Behandlung. Jetzt, da die provisorische Regierung sich aufgelöst hat, was die Besatzung erst seit heute morgen weiß, und der Großherzog sein Recht auf die Regierung fernerhin behauptet — was er durch sein Verlassen des Staats aufzugeben schien —, so steht die Besatzung keinen Augenblick an, sich ihrem rechtmäßigen Fürsten zu unterwerfen." Zum Schluß verlangt Tiedemann eine etwas bestimmtere Fassung der preußischen „Zusicherungen milder Behandlung", weist auf die Möglichkeit hin, die Festung noch einige Wochen zu halten, betont den dem Reich durch sofortige Übergabe erwachsenden Nutzen und verlangt gleichmäßige Behandlung aller Teile der Besatzung, für die Kranken besonders freien Abzug nach Frankreich oder der Schweiz. Als Zeichen des Vertrauens schickt Tiedemann den gefangenen preußischen Generalstabsmajor v. Hindersin, der in der Festung sehr ordentlich behandelt worden ist, zurück ins preußische Quartier. Dieser im einzelnen nicht immer geschickt gefaßte Brief beschwört noch einmal die ganze schicksalhafte Verworrenheit der Lage. Recht haben die Revolutionäre mindestens darin: sie durften den Kampf für die Reichsverfassung für gesetzlich und loyal halten, sie durften der provisorischen Regierung mindestens provisorisch gehorchen, denn es gab keine andere. Sie durften die vom Großherzog feierlich angekündigte Amnestie sinngemäß auch für sich in Anspruch nehmen. Die badischen aufständischen Truppen, die sich dem preußischen General v. Hirschfeld in Freiburg ergaben, sind ja auch ohne weiteres freigelassen worden.

General Graf v. d. Gröben ist persönlich milde gestimmt. Es scheint, daß der Prinz von Preußen eine härtere Auffassung vertreten hat[175]). Gröbens Antwort geht über Tiedemanns Rechtfertigung des Kampfes für die Reichsverfassung sehr kurz und etwas unlogisch hinweg: „Preußen kämpft nicht für sich, sondern für Deutschlands Einheit, für seine wahre Freiheit. Zunächst in Baden für S. Kgl. Hoheit den Großherzog von Baden. Wenn die Besatzung sich den vor Rastatt stehenden preußischen Truppen ergibt, so ergibt sie sich ihrem rechtmäßigen Landesherrn. Die Übergabe erfolgt aber dann nur auf Gnade und Ungnade. Auf besonders zu bewilligende Bedingungen kann nicht eingegangen werden. Ich werde mich jedoch dahin verwenden, daß der Besatzung alle diejenige Rücksicht zuteil werde, welche die Umstände gestatten." Auch mündlich bittet Graf Gröben den Unterhändler Corvin, man möge doch Vertrauen zu ihm haben. Es mag sein, daß Corvin für sich persönlich keinerlei Vorteil ausdrücklich gefordert hat, aber es entspricht ganz der verwickelten Lage, daß Graf Gröben, dem auf die baldige Übergabe der Festung viel ankommt, besonders freundlich zu dem Unterhändler ist und Corvin andeutet, daß ein guter Ablauf der Sache dessen eigenes Schicksal mildern werde. Corvin lehnt wohl deshalb auch die Flucht ab, weil er sicher ist, persönlich mit dem Leben davonzukommen. Die Annahme der preußischen Bedingungen befürwortet er trotz der augenscheinlichen und absichtlichen Unklarheit und setzt sie auch beim Kriegsrat durch. Corvin und Oberst v. Biedenfeld unterzeichnen die schriftliche Kapitulation vom 23. Juli. Es heißt darin: „Die Besatzung unterwirft sich auf Gnade und Ungnade S. K. H. dem Großherzog von Baden und ergibt sich den vor der Festung stehenden preußischen Truppen. Sie nimmt dabei die Gnade S. K. H. in Anspruch, die anderen Truppen unter ähnlichen Verhältnissen bewilligt sein soll. Eine feste Zusage kann der

Kommandierende General des 2. Armeekorps nicht geben, wird aber seine gestern gegebene Verheißung zu erfüllen bemüht sein.“ Das klingt schon wesentlich ungewisser als die Zusicherung in Gröbens Brief.

An sich ist es höchste Zeit zur Kapitulation. Spionenjagd hat es schon seit Beginn der Belagerung gegeben, mit allen bösen Erscheinungen der Torheit und Brutalität; zwischen Freischärlern und Soldaten kommt es zu Balgereien um die Tuchvorräte des Monturmagazins, das im Rastatter Schloß untergebracht ist. Desertionen nehmen von Tag zu Tag zu. Bei den Verhandlungen des Kriegsrates macht schließlich mit, wer Lust hat; was an Wein aufzutreiben ist, wird von den Soldaten vertilgt; die Festungsgeschütze werden demoliert. Noch ein paar Tage länger, und die dann einsetzende Knappheit muß Plünderung und Gewalttat jeder Art hervorrufen. Tiedemann hat als Gouverneur durchaus versagt. Biedenfeld erhält bei seinen Infanteristen Disziplin bis zuletzt. Mit klingendem Spiel rückt er aus, er selbst an der Spitze, die Brust voller Orden, die Pfeife im Munde, wie beim Gefecht, voll des Bewußtseins, in einem ehrlichen Kampf besiegt zu sein. Da herrscht ihn ein junger preußischer Offizier an, er solle die Musik schweigen lassen und die Pfeife wegtun — vor königlich preußischen Truppen rauche man nicht.

5600 Gefangene kommen in die Kasematten der Festung. Der Bürgerkrieg in Baden und in der Pfalz ist zu Ende. Der Gesamtverlust der Preußen und der Reichstruppen beträgt rund 1000 Mann, darunter 150 Tote. Diese offiziellen Zahlen sind schon damals allgemein als zu gering angesehen worden. Die Verluste der Revolutionäre dürften wesentlich höher gewesen sein. Verlustlisten haben sie nicht geführt.

Der Sieg der preußischen und Reichstruppen im badisch-pfälzischen Bürgerkriege war ein Erfolg des Materials, der Maschinerie und der Masse, nicht das Ergebnis überlegener Führung. Die preußischen Darstellungen der Ereignisse haben später etwas unwillig den auf längere Sicht hoffnungslosen Widerstand der Revolutionsarmee doch als militärisch nicht belanglos anerkennen müssen. Einen Ausgleich haben sie darin zu finden gesucht, daß sie die Besiegten als eine Art Verbrechergesellschaft hinstellten. Hohn über Unterlegene hat das heutige Deutschland verlernt. Gerechtigkeit gegenüber beiden Parteien des traurigen Bürgerkrieges um die deutsche Reichsverfassung von 1849 ist freilich auch jetzt noch nicht gerade leicht.

Die Manneszucht der preußischen Truppen war im allgemeinen gut, bei der Linie freilich besser als bei der Landwehr. In Frankfurt zum Beispiel wurde die Landwehr unfreundlich empfangen. Das ging in einzelnen Fällen so weit, daß den Soldaten die Aufnahme in die Quartiere verweigert wurde. „Es ist dagegen auch nicht in Absprache zu bringen, daß sich das Benehmen der Landwehr von dem der Linie zum wenigsten hier in Frankfurt sehr unterschieden hat“, schreibt Freiherr v. Leonhardi[176]). Sehr verletzend wirkte besonders in Rastatt der überhebliche preußische Ton, der ja, was das Schlimmste an ihm ist, gar nicht so schlimm gemeint war — die scharfe spöttische Manier, jeden Bürger als einen Freischärler und somit als Schweinehund zu behandeln. Auch Offiziere betrugen sich anmaßend und taktlos gegenüber den Gefangenen. Es ist kein Zweifel, daß die Art des preußischen Auftretens von vornherein die Stimmung der Bevölkerung

verschärft, und wie es die badische Regierung gleich ganz richtig befürchtete, die revolutionäre Erbitterung gesteigert hat. Die Preußen fühlten sich in Feindesland, und die Badener litten unter dem Druck eines fremden Einfalls. Eigentliche Ausschreitungen geschahen viel mehr bei den Reichstruppen als bei den Preußen. Die Nassauer benahmen sich so, daß sie nach Hause geschickt werden mußten. Der preußische Gesandte v. Arnim meint einmal, „rohes und unfreundliches Benehmen, welches sich bisweilen zu gewalttätiger Zerstörung des Eigentums gesteigert hat", könne nach Art der Umstände den Soldaten nicht einmal sehr zum Vorwurf gereichen und schüchtere außerdem die Bevölkerung in politisch erwünschter Weise ein[177])! Der Haß gegen die Norddeutschen trete immer wieder hervor und zeige sich auch in schlechter Verpflegung. „Nur Furcht, Achtung und Anspruch auf Dankbarkeit haben wir uns bis jetzt hier erworben. Aus diesen aber würde sich eine wirkliche Zuneigung entwickeln, wenn Preußen das Odium strenger Maßregeln auf sich laden und damit das Land von dem fast unvermeidlichen Untergang erretten wollte."

Mit Ärger sieht Arnim, daß die leitenden badischen Persönlichkeiten aufs engste durch Bande der Familie und Bekanntschaft mit den politisch „Kompromittierten" verknüpft sind und daß dadurch das energische Vorgehen, das Preußen wünscht, sehr erschwert wird. Corvin sagt ganz richtig, man konnte schließlich nicht zwei Fünftel der Badener erschießen und weitere zwei Fünftel ins Zuchthaus stecken[178]). Zunächst werden von den badischen Behörden im ganzen Lande massenweise Revolutionäre festgenommen, ohne daß Verurteilungen erfolgen. Schon darin sieht man die Absicht, irgendwie zu einer Amnestie zu kommen. Klüber setzt dem immer wieder scharfmachenden Arnim auseinander: viele haben nur mit unzweideutigem Widerstreben und mit der Absicht, der gesetzlichen Regierung zu nützen, sich der revolutionären Regierung unterworfen, viele folgten lediglich rat- und willenlos dem Beispiel ihrer Vorgesetzten; der sehr verklausulierte Eid kann allein nicht wohl als Beweis der Untreue angesehen werden. Die Entfernung von Beamten aus ihren Stellen gegen ihren Willen ist durch die Zivildienstpragmatik vom 30. Januar 1819 sehr erschwert, die ein Bestandteil der Verfassungsurkunde ist; Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Verfassung ist aber von größter Wichtigkeit; endlich darf die Regierung nicht durch allzu harte Maßregeln die ganze Beamtenschaft auf einmal in die Opposition treiben[179]). Klüber macht auch große Schwierigkeiten bei der Einsetzung der Kriegsgerichte — man habe dazu keine geeigneten Persönlichkeiten: Soldaten, die noch vor wenigen Tagen selbst Insurgenten waren, könnten nun nicht die Kameraden erschießen. Zornig klagt Arnim, der verdorbene Behörden-Apparat werde bis zu einem neuen Sturm fortbestehen, „der die ganze faule bürokratisch-konstitutionelle Wirtschaft zusammenwirft[180])".

Preußen bevormundet Baden, und Baden will sich das doch nicht gefallen lassen. Jeden Tag schreibt der badische Gesandte in Berlin v. Meysenbug viele Seiten nach Karlsruhe, angefüllt mit preußischen guten Ratschlägen. Preußen verhindert es, daß Baden einen neuen Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt an Welckers Stelle ernennt, denn es wünscht keine Anerkennung dieser Institution durch eine solche Neubesetzung, sondern rückhaltlosen Anschluß an die preußische Politik[181]). Der Großherzog, der gern in sein Land

zurückkehren möchte, hält es für richtig, seinen als ziemlich derb bekannten Oberstallmeister v. Seldeneck nach Karlsruhe zu schicken, um sein Ministerium zu größerer Strenge zu ermahnen. Aber was soll schließlich geschehen, da doch fast die ganze diensttaugliche Jugend bei der Revolutionsarmee gestanden hat?!

Preußen will nicht umsonst in Baden eingerückt sein. Soll Preußen zurückstehen hinter dem, was Schwarzenberg und Windischgrätz, was Haynau und Radetzky in Wien, Ungarn und Italien vollbringen? Der preußische Staat bekämpft die Revolution als solche, genau so wie der österreichische und der russische Staat es tun. Preußen will als antirevolutionäre europäische Großmacht ernstgenommen werden, und deshalb muß Blut fließen. Man hat zwar mit der Rastatter Besatzung verhandelt, nicht wie mit Rebellen, sondern wie mit einer kriegführenden Macht. Aber man verfährt nun mit den Gefangenen wie mit Rebellen. Nach dem mehrfach gegebenen Worte des preußischen Generals Grafen v. d. Gröben darf mit Todesurteilen überhaupt nicht, höchstens mit einer Reihe von Verurteilungen zu Festung gerechnet werden, die aus grundsätzlichen Gründen die Führer und die preußischen Untertanen in erster Linie treffen müssen. Was geschieht aber? Das Rastatter Standgericht, das am 7. August seine erste Sitzung hält, besteht nur aus Angehörigen der preußischen Armee, es urteilt aber im Namen des Großherzogs von Baden. Der Ankläger ist ein badischer Staatsanwalt. Zur Verteidigung sind badische zivile Anwälte zugelassen. Schon gegen diesen Aufbau können wohl schwere juristische Bedenken erhoben werden. Der Oberkommandierende ist der Prinz von Preußen, nicht der Großherzog von Baden; entweder konnte man ein Standgericht der Besatzungsarmee oder ein Kriegsgericht nach der Verordnung des Großherzogs als Landesherrn einsetzen. Die Mischform ist anstößig, und Kriegsgerichte gibt es ja außerdem noch! Ferner: die Urteile des Standgerichts bedürfen keiner Bestätigung; es kann nicht Berufung eingelegt werden; erst nachträglich wird bei nicht einstimmigen Urteilen die Bestätigung des Großherzogs angefordert.

Das erste Opfer ist Elsenhans; das preußische Gericht ahndet seine wilde Schriftstellerei und sein Zanken auf den „Kartätschenprinzen" mit dem Tode — sehr zum Ärger und Bedauern des Prinzen von Preußen selbst, der gerade diese Hinrichtung gern verhindert hätte. Aber er ist, nicht ohne Absicht, als preußischer Thronfolger aus dem Standgerichtsapparat in Rastatt ausgeschaltet. Das zweite Opfer ist der alte Biedenfeld. Seine Hinrichtung trägt alle Merkmale eines groben Justizmordes. Das Todesurteil ordnet die Hinrichtung innerhalb 24 Stunden an; die Rastatter Bürgerschaft setzt sich für Begnadigung ein, General v. d. Gröben wendet sich deshalb an den Gouverneur v. Holleben. Biedenfeld hat ja die Kapitulation unterzeichnet! 24 Stunden nach Urteilsverkündigung verlangt der Verteidiger, Rechtsanwalt Strauß, seinen Klienten vom Standgericht zurück. Rechtlich kann Biedenfeld nur noch vor ein anderes Gericht gestellt werden, für ein ganz neues Verfahren, und auch das ist wohl strittig. Das Kriegsministerium in Karlsruhe fragt aber an, warum die Hinrichtung nicht vollzogen sei. Es hat offenbar Bedenken gegen Begnadigung und findet die Verzögerung unbequem. Und da geschieht das Ungeheuerliche: Ohne daß die Begnadigungsaktion abgewartet wird, trotz des Ablaufs der Frist und der dadurch vollzogenen Aufhebung des Urteils, wird Biedenfeld nachträglich mit unwürdiger Eile erschossen!

Das Standgericht muß auswählen. Man begreift, daß es sich an die Führer der Revolutionsbewegung hält. Also müssen Tiedemann und Georg Böning fallen. Auch der badische Artilleriewachtmeister Konrad Heilig und die badischen Korporale Joseph Kielmarx und Konrad Lenzinger sind wenigstens als Unterführer hervorgetreten. Schwer verständlich bleibt aber die Hinrichtung von einfachen Soldaten, wie die des Kanoniers Philipp Zenthöfer, der Infanteristen Ludwig Peter Schade, Kohlbecker, Gunthard und Jäger, des Dragoners Kunis, des Pioniers Gottfried Bauer. Einige davon werden als Anstifter zur Meuterei bezeichnet, andere aber nur des Hoch- und Landesverrates und Treubruches schuldig befunden — also der Vergehen, die viele hundert in Baden begangen haben, derentwegen andere Soldaten mit zehn Jahren Zuchthaus davonkommen, die meisten aber überhaupt nicht verurteilt werden! In dieser terroristischen Auswahl und Willkür steckt bei einem scheinbar rechtlichen Verfahren doch ein Höchstmaß an Unrecht. Sehr hart ist auch die Behandlung von zwei zum Tode verurteilten preußischen Untertanen, des ehemaligen Leutnants v. Bernigau und des Arbeiterführers Jansen, beide aus Köln; das Urteil wird am 25. August gesprochen und erst am 20. Oktober vollzogen! Andere sind am Tage der Verurteilung sofort erschossen worden, wie etwa der unglückliche Pole Theophile Mniewsky, der nur durch Zufall den preußischen Truppen in Karlsruhe in die Hände fällt und nun daran glauben muß. Der ehemalige preußische Major Heinzius kommt mit zehn Jahren Zuchthaus davon, ebenso wird aus den bekannten Gründen hierzu der zum Tode verurteilte Otto v. Corvin begnadigt. Von den in Rastatt abgeurteilten Zivilpersonen erhalten ein Strumpfwirker, ein Kameralassistent, ein Metzgermeister und ein Gastwirt zehn Jahre Zuchthaus; der „Schreiner und Deutschkatholik“ (Deutschkatholizismus gilt also als eine Art politischer Sekte!) Karl Jakobi aus Mannheim wird am 3. September zum Tode verurteilt und am selben Abend erschossen.

Auch in Freiburg und Mannheim arbeiten Standgerichte. Hier werden ganz überwiegend Zivilpersonen abgeurteilt: zwei katholische Pfarrer, mehrere Gelehrte und Lehrer, ein Goldarbeiter aus Hanau, ein praktischer Arzt, ein Apotheker, verschiedene Studenten, eine Anzahl Schuhmacher und Schneider, ein Eisengießer, ein Buchdruckerlehrling, ein Metzgergeselle, ein Seifensieder, ein Hutmacher, ein Tagelöhner, ein Seidenzeugmacher aus Wien; auch ein Schweizer und ein Ungar sind dabei. Die Zahl der Todesurteile ist hier geringer als in Rastatt. In Mannheim werden der badische Infanterist Peter Lacher, der sächsische Klempner Heinrich Dietz, der Volksschullehrer Karl Höfer und als der bekannteste das Mitglied des Frankfurter Parlaments, der Dresdner Appellationsgerichtsassessor Wilhelm Adolf v. Trützschler erschossen. Trützschler hat sich als Zivilkommissar in Mannheim und Regierungsdirektor für den Unterrheinkreis durch sein ruhiges und gerechtes Auftreten besondere Sympathien erworben[182]). An der Organisation der Verteidigung und den militärischen Operationen nimmt er maßgebenden Anteil. Theodor Mögling ist am 19. Oktober zum Tode verurteilt, aber zu zehn Jahren Zuchthaus begnadigt worden. In Freiburg werden erschossen der badische Infanterist Gebhard Kromer, der bekannte republikanische Agitator und Schriftsteller Friedrich Neff von Rümmingen bei Lörrach und der ehemalige königliche preußische Auskultator und Landwehr-

unteroffizier Maximilian Dortu. Neffs Schriften gehören zu den beliebtesten der revolutionären Propagandaliteratur; seine „Beiträge zur Bauernpolitik" sind nach seiner Erschießung zugleich mit anderem Agitationsmaterial in Massen wieder von der Schweiz in Baden eingeschmuggelt worden[183]). Denn gerade unter dem Eindruck der Niedertretung der Volksbewegung setzt die revolutionäre Arbeit vom Auslande her wieder stark ein.

Dortu, ein Potsdamer Kind, Sohn eines Justizrates, gilt als Urheber des Ausdruckes „Kartätschenprinz" für den Prinzen von Preußen und hat während der Berliner Revolutionsbewegung als Freund des jüngeren Schlöffel in den Volksvereinen eine leitende Rolle gespielt; der „Naturalist und Freigeist" will seine „Brüder im Volke" erwecken, führen, begeistern, und sein kraftvolles Auftreten reißt mit; nach dem preußischen Novemberstaatsstreich flieht er nach Frankreich und eilt zurück auf die Kunde von Ausbrüchen des Bürgerkrieges um die Reichsverfassung; als Freischarenführer macht er mehrere Gefechte mit und wird — wie es heißt, von klerikalen Fanatikern — gefangen und dem Standgericht überliefert. Er erklärt: „Ich sterbe voller Freude und Mut, weil ich für die Befreiung des Volkes gekämpft habe. Ich gehe meinem Ende mutig entgegen, weil ich das Bewußtsein habe, daß ich der Sache, die ich als die richtige und vernünftige erkannt, treu und redlich gedient, daß ich meine Pflichten dem Vaterlande gegenüber erfüllt habe." Auf dem Kirchhof des Freiburger Stadtteils Wiehre ist Dortus Grab; er ist glücklicher als die Rastatter Revolutionsopfer, deren Leichen in eine große Grube am nördlichen Ende des Friedhofes übereinandergeworfen werden, ohne Sarg, ohne Grabhügel, ohne Inschrift[184]). Der ehemalige preußische Oberstleutnant Ludwig v. Rango aus Berlin erhält wegen Teilnahme am Hochverrat in Freiburg die harte Strafe von zehn Jahren Zuchthaus; als besonders empfindliche Buße wird vom Freiburger Standgericht wiederholt ausgesprochen: „im Zuchthause zu erstehende Festungsstrafe und Verlust der preußischen Nationalkokarde", also Ehrverlust. Das muß ja wohl am meisten schon die Zeitgenossen erbittern, daß die Standgerichte kein Verständnis aufbringen für die politische Natur der Vergehen und es geradezu deshalb darauf absehen, die Verurteilten ehrlos zu machen.

Auch Gottfried Kinkel soll erschossen werden; der preußische Gesandte v. Arnim schreibt am 5. August, es dürfte am folgenden Tage geschehen. Der bayrische Ministerpräsident v. d. Pfordten beklagt sich gegenüber dem preußischen Gesandten v. Bockelberg einmal ausdrücklich, daß es noch nicht geschehen ist — wegen seiner hervorragenden geistigen Anlagen sei er der gefährlichste Demagog. Bockelberg gibt zur Antwort, man möge doch diese strengen Ansichten auf die Pfälzer Revolutionäre anwenden. Tatsächlich wundert sich König Max über das Ausbleiben von Exekutionen in der Pfalz und versteht sich erst zu einer Amnestie, als ihm sein Ministerium klarmacht, bei strikter Anwendung der Gesetze müßten Zehntausende in Untersuchung gezogen werden[185]). Gottfried Kinkel wird von dem Rastatter Kriegsgericht (nicht dem Standgericht!) zu lebenslänglicher Festungsstrafe und Verlust der Nationalkokarde verurteilt; dies Urteil bezieht sich nur auf seine Teilnahme am pfälzisch-badischen Kriege; er war Sekretär der provisorischen Regierung der Pfalz gewesen, kämpfte in der Kompagnie „Besançon" unter Willichs Führung und wurde bei Durlach verwundet und

gefangen. (Wegen des Sturmes auf Siegburg kommt er erst 1850 vor die Kölner Assisen und wird freigesprochen.) Das Urteil vom 4. August wird nun vom General v. Hirschfeld wegen Rechtsbedenken nicht bestätigt, sondern nach Berlin geschickt, das dortige Generalauditoriat in Berlin beantragt Kassation, weil auf Tod hätte erkannt werden müssen. Kinkels tapfere Frau Johanna setzt einen Sturm in Bewegung — findig, unermüdlich, brillant wie immer, etwas heftig in ihrer Bemutterung, ein wahrhaft freier, unerschrockener Mensch, durch Klugheit schön. Bettina v. Arnim, die Prinzessin von Preußen bearbeiten den König, der auf seine Art weich wird und von der Reue Kinkels alles abhängen lassen will, schließlich auch auf einstimmigen Antrag des Staatsministeriums Gnade übt, indem er die lebenslängliche Festungsstrafe „zum Vollzuge in einer Zivilanstalt“, also im Zuchthause, bestätigt.

Diese Gnade des Königs wird damals von Kinkel selbst und später immer wieder von der Öffentlichkeit als eine sinnlos-grausame Strafverschärfung gegenüber einem sensitiven Geistesmenschen aufgefaßt; die Entrüstung darüber wird selbst von Konservativen geteilt. Man empfindet die Sache allgemein als Skandal, und Kinkel steigt besonders deshalb neben Robert Blum zum volkstümlichsten Revolutionsmärtyrer auf. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Kriegsgerichtsurteil selbst schon nicht um Festungs*haft*, sondern um die entehrende Festungsstrafgefangenschaft; in Preußen wurden damals Festungssträflinge viel schlechter als Zuchthäusler behandelt; sie lebten bis zu 20 Mann in einem Raum, hatten nur eine Pritsche als Lager und wurden mit den niedrigsten und schmutzigsten Arbeiten rudelweise beschäftigt, auch bei den geringsten Anlässen körperlich gezüchtigt. Dagegen ist die Verwandlung in Zuchthausstrafe mit Einzelzelle tatsächlich als Wohltat anzusehen.

Kinkel ist weder ein starker Dichter noch ein politischer Führer von Bedeutung gewesen; mitgerissen und emporgesteigert durch seine immer treibende Frau, wird er aber einer der merkwürdigsten Mitkämpfer der Revolutionszeit. Führer des demokratischen Vereins in Bonn, Präsident des Handwerkerbildungsvereins für Arbeiter und Handwerker, Herausgeber der demokratischen „Bonner Zeitung“ und des eigenartigen Organs „Spartakus“, des Extrablattes zur Belebung des Handwerkerstandes und zur Besprechung und Förderung seiner Interessen, auch Mitglied der preußischen Zweiten Kammer (Februar bis April 1849) — so wirkt er als ein warm fühlender, lyrisch-pathetisch klagender und anklagender Verfechter der Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Armen und Unterdrückten. Er ist Demokrat in jener umfassenden und vertieften Bedeutung des Zeitbegriffes, nicht Marxist, aber Gesinnungssozialist und Prinzipien-Republikaner, am bedeutendsten vielleicht als Leitartikler, wobei sich die immer religiös gebliebene Urnatur des ehemaligen Theologen laienpredigerhaft entladen kann. Religion, Kunst und Sozialismus haben bei ihm gemeinsame Wurzeln; hat Kinkel doch die Kunst- und Literaturgeschichte als einer der ersten in Deutschland universitätsfähig gemacht; ist er doch der vornehmste Bahnbrecher des Volkshochschulwesens gewesen! Und dieser zarte, nur im Glauben starke, von den reinsten Beweggründen deutscher Menschlichkeit getriebene, politisch schon wegen seines naiv egozentrischen Selbstgefühls harmlose Edel-Mann muß nun Wolle spulen in preußischen Zuchthäusern — zuerst in Naugard, dann in Spandau!

Dort befreit ihn auf unerhört kühne Weise Karl Schurz — zur Freude aller Anständigen[186]).

*

Weder in Sachsen noch in der bayrischen Pfalz haben infolge des Bürgerkrieges um die Reichsverfassung Hinrichtungen stattgefunden. Mit Eifersucht wahrt Bayern seine staatliche Autorität in der Pfalz und läßt sich von Preußen nicht in die „Pazifizierung“ hineinreden. In der Pfalz gibt es keine Standgerichte und keine Kriegsgerichte. Hier wird langer, nicht kurzer Prozeß gemacht. Der Generalstaatsprokurator der Pfalz erhebt vor dem Appellationsgericht in Zweibrücken Anklage wegen bewaffneter Rebellion und Hochverrat gegen 333 Personen, darunter Anneke, Ludwig Bamberger, Fenner v. Fenneberg, Hilgard, Mieroslawski, Schimmelpfennig, Schüler, Struve, Willich. Es erfolgt auf das Urteil vom 29. Juni 1850 Nichtigkeitsbeschwerde beim Oberappellationsgericht und das zweite endgültige Urteil vom 25. November 1850. Todesurteile werden wohlweislich nur gegen Abwesende gefällt. Kein Todesurteil kommt also zur Vollziehung[187]). Alles spielt sich im Rahmen der ordentlichen Gerichtsverfassung ab.

Das schwache Baden kann nicht so lebhaft wie Bayern auftreten gegenüber seinem Retter. Dafür sorgt Preußen aber, daß die Bayern aus Mannheim verschwinden. Der Fürst von Thurn und Taxis reagiert anfangs gar nicht; es kommt zu einem Schriftwechsel von kräftiger Gediegenheit mit dem Prinzen von Preußen; erst auf Weisung von München weicht der bayrische General. Zwischen preußischen und bayrischen Truppen herrscht eine täglich steigende Erbitterung; man fürchtet Zusammenstöße[188]). Gerade das Unterland bleibt lange unruhig; noch im September wird in Mannheim ein Plakat angeschlagen, das den Prinzen von Preußen bedroht; der Feldzug hat ja für ihn schon begonnen mit einem Attentat in Ingelheim, wo aus dem hohen Korn auf ihn geschossen worden ist[189]).

Wenn die preußische Politik geglaubt hat, durch eine Anzahl ausgewählter standrechtlicher Hinrichtungen, mit einem gewissermaßen gut preußisch sparsamen Terror ihre gegenrevolutionäre Arbeit in Baden schnell und günstig durchführen zu können, so hat sie sich entschieden geirrt: in der Pfalz und in Sachsen, ebenso in Württemberg vollzieht sich die Beruhigung viel schneller als in Baden. Der durch die Hinrichtungen aufgeregten und eingeschüchterten badischen Bevölkerung erscheint es vielfach als das beste, das Land zeitweise oder ganz zu verlassen. Eine Reihe kompromittierter Personen, darunter viele Juden, gehen nach der Schweiz oder nach England[190]); viel mehr andere wandern nach Amerika aus. Denn neben den Standgerichten und den Kriegsgerichten tun ja auch hier die ordentlichen Gerichte ihre Arbeit. Beinahe tausend Verurteilungen finden statt, 80000 Badener gehen für immer fort von der Heimat. Es gibt, wie gesagt, kaum eine Familie, die nicht irgendwie betroffen ist. Die Bevölkerung Badens beträgt damals rund 1,4 Millionen. Beinahe jeder Achtzehnte wandert aus, auf hundert Seelen wird ein Staatsbürger verhaftet, auf vierzehnhundert Seelen wird ein Staatsbürger verurteilt. Der Verlust allein an Staatsgut wird amtlich auf rund fünf Millionen Gulden angegeben. Die monatelange Besetzung mit fremden Truppen kostet viele Hunderttausende. Als sich das Reichsfinanzministerium im Dezember 1849 an Baden wegen rückständiger Flottenbeiträge wendet, antwortet

Finanzminister Regenauer mit großer Erbitterung, Baden habe kein Geld, es habe seine früheren Beiträge immer pünktlich gezahlt, was für Baden von Frankfurt gekommen sei, sei „die schmachvollste und teuerste Revolution[191]“.

Nur ein Land von so großem natürlichem Reichtum kann diese schwere Heimsuchung verhältnismäßig schnell überwinden.

Flehentlich spricht das badische Staatsministerium schon am 22. Juli, gleichzeitig mit seinem Danke an das Gesamtreichsministerium, die Bitte aus, „daß fernere Truppensendungen in das Großherzogtum, welche demselben zu den bereits von ihm getragenen unsäglichen Lasten noch fernere Opfer auferlegen würden und insofern auch nur neue Klagen und Beschwerden der Einwohner veranlassen könnten, fortan unterbleiben möchten[192]“. Am 17. August erhält Peucker von Wittgenstein den Befehl, das Reichskorps sogleich aufzulösen. Damit hat sich Preußen gegenüber der Zentralgewalt völlig durchgesetzt. Der Großherzog, der am 18. August endlich in sein Land zurückkehrt, tut es lediglich als preußischer Schützling. Arnim meint, Preußen müsse auf eine Reihe von Jahren Mittel zur Verfügung stellen, um den Gehorsam im Lande zu befestigen[193]).

Dem etwas sanfteren Nachfolger Arnims, dem neuen Gesandten v. Savigny erklärt der Großherzog bei der Antrittsaudienz unter hellen Tränen, an jenem Tage, an dem er auf dem Ehrenbreitstein Savignys Rat angenommen habe, hätte ein neues politisches Leben für ihn begonnen. Der Himmel hätte seine Schritte seitdem gesegnet, die badische Regierung solle sich in allen wichtigen Fragen vor der Entscheidung mit Savigny verständigen[194]). Durch Erlaß vom 14. Juli hat der Großherzog das ganze badische Armeekorps bis auf das in Schleswig-Holstein befindliche Bataillon und die vier treugebliebenen Dragonerschwadronen aufgelöst. Es gibt kein badisches Heer mehr, die meisten Offiziere werden in den Ruhestand versetzt. Kann es noch einen badischen Staat geben? Russische Agenten reisen durch Deutschland und rühmen die große Uneigennützigkeit, die der Kaiser Nikolaus in Ungarn bewiesen habe; sie hetzen gegen Preußens ehrgeizige Pläne und vertreten das Projekt: man möge den Großherzog von Baden mit zehn Millionen Gulden entschädigen und dem Herzog von Leuchtenberg das Großherzogtum geben. Von Bayern kommen immer mehr Stimmen, besonders klerikaler Herkunft: es wäre erwünscht, die Pfalz auf eine gute Art loszuwerden, Preußen könne sie vielleicht übernehmen, eine andere Gebietseinteilung im südwestlichen Deutschland müsse kommen. Pfordten erinnert ganz offen an die alten Ansprüche aus der Sponeckschen Erbschaft, an den Rieder Vertrag, betont die unnatürliche Gestaltung des badischen Grenzlandes und denkt sich den Süden mit Württemberg, den Norden Badens mit Bayern vereinigt[195]). Am 10. Juli veröffentlicht die Augsburger Postzeitung einen Plan der Aufteilung Badens und droht mit Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Fürsten Wittgenstein[196]).

Preußen hat sich und die Gegenrevolution militärisch in Baden durchgesetzt.

Die Art seines Vorgehens hat viel Haß erzeugt. Noch lange wird in dem schönen unglücklichen Lande das „Badische Wiegenlied“ gesungen:

„Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Dort draußen geht der Preuß.

Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,
Dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Dort draußen geht der Preuß."

„Wir alle müssen stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein",

heißt es in der zweiten Strophe. Und in der letzten:

„Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Dort draußen geht der Preuß.
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht.
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuße Platz[197])."

*

Preußen hat den Reichspatriotismus, dessen vornehmster Gegenstand es selber war, hingerichtet. Politisch hat es aber nichts gewonnen. Überall regen sich die Gegenkräfte. Österreich denkt daran, sein Besatzungsrecht für Rastatt zur Ausübung anzumelden, Bayern soll sich beteiligen[198]). Einen Norddeutschen Bund will man, wie gezeigt, den Preußen in Wien gönnen, weil man das nicht verhindern kann. Bayern soll aber als Gegengewicht an die Spitze eines Süddeutschen Bundes treten, mit engster, durch Schutzzollunion bekräftigter Verbindung zu dem österreichischen Kaiserstaat. Aus Süddeutschland soll jedenfalls Preußen fernbleiben. Als der Fürst von Hohenzollern-Hechingen in München zu Besuch ist und von dem geplanten Familienabkommen über das Fürstentum erzählt — der Märzverein hat ihn in Friedrichshafen festhalten wollen! —, da sagt König Max ganz aufgeregt: „Das tun Sie nicht, um Gottes willen nicht, denn da würde ja Preußen festen Fuß in Süddeutschland fassen[199])!" Preußen, meint Fürst Schwarzenberg, hat sich in Baden unzweifelhafte Verdienste um die gute Sache erworben, aber diese Dienste geben ihm noch kein Recht, sich als Herr und Sieger, noch weniger als Eroberer aufzuspielen[200]).

Großes Unbehagen erweckt in Wien die Sprache des Prinzen von Preußen gegenüber einem französischen Agenten, den er Mitte September in Karlsruhe empfängt. Zwar bezeichnet er in dieser Unterredung nur den Nordbund als das Ziel Preußens; Österreich solle seinen Südbund haben. Auch erklärt er, Preußen denke nicht daran, Neuenburg wiederzuerobern, dazu seien 150000 Mann nötig, das lohne nicht den Aufwand. Aber er sagt: „Man kann nicht dulden, daß die Schweiz ein Herd demagogischer Intrigen und Rendezvousplatz revolutionärer Bandenführer wird. In Baden bleibt die preußische Armee, solange es nötig ist. Warum gibt Frankreich immer der österreichischen Politik recht? Schwarzenberg ist wenig dankbar gegenüber Preußen. Wenn sich Frankreich Preußens Plänen günstig zeigt, dann könnte ein Bündnis mit Preußen doch auch für Frankreich nützlich sein. Prinz Louis Napoleon möge recht sorgfältig darüber nachdenken[201])."

Es ist die Frage, ob sich der Prinz von Preußen wirklich im Wortlaut so geäußert hat. Das Angebot an die französische Adresse erscheint etwas aufgefärbt im Interesse der Gegenarbeit. Aber gesamtpolitisch ist die Lage nun nicht anders. Preußen hat die Revolution besiegt. Wenn es aber das nationale Ziel deutscher Einigung, dessen revolutionäre Vorkämpfer es niederwirft, selbst wiederaufnehmen will, dann braucht es die Flankendeckung nach Osten und Westen. Preußen kann die schleswig-holsteinische Frage lösen nur mit der russischen Freundschaft; es kann sich gegen Österreich durchsetzen nur mit der französischen Freundschaft. Viele Momente sprechen dafür, daß der Nordbund 1849 wirklich praktisch erreichbar war. Er wäre doch ein leidliches Ergebnis der großen Bewegung gewesen. Preußen will aber mehr. Und deshalb bedeutet der badische Feldzug, diese Niederwerfung der Kämpfer für die Frankfurter Reichsverfassung, den Anfang der großen diplomatischen Niederlage, mit der die Unionspolitik endet. Das ist die Rache der erschossenen Revolutionäre.

Als sich Savoye in seiner Eigenschaft als Vertreter des oberrheinischen Volkes an den Präsidenten Louis Napoleon und seine Minister mit der Bitte wendet, Frankreich möge im Namen der Menschlichkeit zugunsten der unglücklichen Opfer der preußischen Standgerichte brüderlich einschreiten, erfolgt gar nichts[202]). Frankreich ist es ganz recht, wenn Preußen die Ordnung in Baden wiederherstellt und infolgedessen keine roten Funken über den Rhein springen. Das schmale, schwache Großherzogtum bleibt ihm der liebste Nachbar. Und als Preußen Hamburg in diesen Wochen besetzt, meint der französische Außenminister Tocqueville: Hamburg ist ein europäischer Punkt, eine dauernde Besetzung wird Frankreich mißfallen und England ebenso[203]). Über die Flüchtlinge werden sich Frankreich und Preußen schneller einig als Preußen und die Schweiz. Tocqueville erklärt, man könne die Grenze nicht hermetisch abschließen und die Flüchtlinge zurückstoßen, werde sie aber nach den westlichen Departements schaffen und dort konzentrieren. Subventionen sollten sie im allgemeinen nicht bekommen. Diejenigen, die keine genügenden Garantien böten, wolle man vor die Wahl stellen, nach Algier als Kolonisten geschickt oder nach einer gewünschten Richtung abgeschoben zu werden. Die französische Regierung sorgt auch gerne dafür, daß politische Führer, wie Eisenhardt, Heckers Schwager, und Osterhaus aus Straßburg nach Le Havre abreisen[204]). Sie nehmen dort Friedrich Hecker in Empfang, dem nichts anderes übrigbleibt, als bis Straßburg und dann wieder nach Amerika zurückzufahren. Für eine Deportation aller deutschen Flüchtlinge nach Algier, die Preußen freundlicherweise anregt, ist freilich Tocqueville nicht zu haben: man müsse sich hüten, meint er, eine zu große Anzahl dort anzusiedeln und so eine politisch radikale Bevölkerung zu schaffen[205]). Frankreich stellt sich auf den Standpunkt, nur solchen Flüchtlingen Asyl gewähren zu wollen, die vor verfolgenden Truppen fliehen, und lehnt deshalb 450 Polen ab, die die Schweiz nach Frankreich abschieben will. Täglich steigt die Zahl der Flüchtlinge in der Eidgenossenschaft. Anfang Juli sind es mehr als dreitausend. Die Kosten sind groß. Trotz der drückenden und unheimlichen Lage der Flüchtlinge ist ihre Stimmung eher noch revolutionärer als vorher. Sie schieben ihre Niederlage auf die schlechte Führung und verfolgen ihre Ziele mit großer Erbitterung weiter. Immer wieder werden an der Grenze Fälle von mündlicher Propaganda auch

unter den preußischen Soldaten bekannt. Die rheinischen Truppen singen nun auch das Heckerlied; sogar in der Kirche wird es einmal von einer andächtigen Gemeinde angestimmt[206]).

Die Schweiz entschließt sich zur Ausweisung solcher Flüchtlinge, die das Asylrecht dadurch verletzt haben, daß sie zum zweiten Male aus der Schweiz nach Baden eingefallen sind — das sind u. a. Struve, Heinzen, Neff, Thielmann, Löwenfels, Lommel; ferner werden die Mitglieder der provisorischen Regierungen der Pfalz und von Baden und die namhaftesten militärischen Anführer ausgewiesen, wie Mieroslawski, Sigel, Doll, Blenker, Germain Metternich. Für die übrigen regt die Schweiz bei Bayern und Baden möglichst baldige Amnestierung an, da die Zahl zu groß und die Last deshalb zu drückend sei. Preußen veranlaßt Baden, die Amnestierung abzulehnen, und Bayern vertröstet auf den dazu nötigen Beschluß der Kammern. Mehrere hundert Flüchtlinge, die weniger belastet sind, kehren freiwillig nach Deutschland zurück, da sie eine Verurteilung dem Flüchtlingselend vorziehen[207]). Die Gesamtzahl der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz beträgt über 11 000. Ende 1850 sind es nur noch 150. Bis 1852 hat die Schweizer Regierung rund 1 475 000 Franken Flüchtlingskosten aufgewandt[207a]). Das Gesamtreichsministerium in Frankfurt läßt es sich nicht nehmen, den k. k. österreichischen Generalmajor Georg Eberle als deutschen Reichskommissar nach der Schweiz zu schicken, um dort sämtliche von den Revolutionskämpfern abgelieferten Vorräte an Waffen, Munition, Kriegsgegenständen im Namen der Zentralgewalt von den schweizerischen Behörden zu reklamieren und, insoweit sie badisches Eigentum sind, sie der badischen Regierung, sonst dem Reichskriegsministerium zur Verfügung zu stellen[208]). Preußens Ärger über diesen Schritt ist nicht gering.

Die Gegenrevolution hat gesiegt und hält die Revolution für tot. Großherzog Leopold von Baden beglückwünscht den Kaiser Nikolaus zu seiner Niederwerfung des Aufstandes in Ungarn. Er habe der Welt ein neues Beispiel dafür gegeben, wie er mit Weisheit und Energie sich während seiner ganzen glorreichen Regierung standhaft den „Anstrengungen der anarchischen Partei“ entgegengesetzt habe. Nun sei ein starker Wall der Sturmflut der Insurrektion an der deutschen Ostgrenze entgegengesetzt und damit die Ruhe Europas von neuem gefestigt worden. Und in demütigen Worten dankt der Großherzog dem Kaiser dafür, daß er es nicht verschmäht habe, auch den revolutionären Bewegungen in Baden seine Aufmerksamkeit zu schenken und den russischen Geschäftsträger Ocerov mit ihm, dem Großherzog, habe ins Ausland gehen lassen während des Kampfes, der mit Hilfe des Schwagers des Kaisers, des Prinzen von Preußen, durchgeführt wurde. So pariert Großherzog Leopold das Projekt Leuchtenberg und alle Teilungspläne an der mächtigsten Stelle.

Kaiser Nikolaus antwortet sogleich mit einem bedeutungsvollen Glückwunsch zur Rückkehr in die Hauptstadt und zur moralischen Befriedung des Landes: „Il a plu à la Providence divine de faire triompher en Hongrie une cause qui est celle de tous les trônes et de l’ordre social tout entier. Votre Altesse royale a justement apprécié la haute importance de ce triomphe. Il continuera, j’aime le penser, à consolider, l’oeuvre salutaire, qu’elle a vu s’accomplir dans ses propres Etats[209]).“

Neunter Abschnitt

Ende, Ergebnis, Fortgang

Nichts ist zarter als die Vergangenheit;
Rühre sie an wie ein glühend Eisen;
Denn sie wird dir sogleich beweisen:
Du lebest auch in heißer Zeit.
Goethe

Die deutsche Revolution von 1848/49 ist in fünf Abschnitten verlaufen: Vorbereitungszeit, erster Ausbruch und scheinbarer Sieg, sozialrevolutionäre und nationalistische Bedrohung, infolgedessen Beginn der Gegenrevolution, zweiter Ausbruch, endlich der Sieg der Gegenrevolution.

Die Vorgeschichte der Revolution geht natürlich bis zur Volksbewegung von 1830, ja bis in die napoleonische Zeit und die Freiheitskriege zurück. Ich habe mich auf die eigentliche „Vorbereitungszeit" beschränkt, also die vierziger Jahre, in denen alle Elemente der Volksbewegung von 1848/49 schon stecken: die Zersetzung des Metternichschen Systems und die ständische Bewegung in Österreich, die preußische Verfassungsfrage und der Vereinigte Landtag, die durch Lola Montez hervorgerufene bayrische Staatskrise, die Wunderlichkeiten und die Lebenskraft in der Kleinstaaterei, die Unzulänglichkeit des Deutschen Bundes und die deutschnationalen Reformbestrebungen, die Zersplitterung der Klassen, die Nahrungs- und Beschäftigungslosigkeit der unteren Schicht, die Gärung im Denken, der Drang, die Unruhe im geistigen und künstlerischen Schaffen: das alles deutet mit Sicherheit auf den Ausbruch hin, es ist nach Gesinnung und innerer Spannung, nach Schärfe des Tones und rücksichtsloser Folgerichtigkeit der letzten Forderungen bereits durchaus revolutionär.

„Der erste Ausbruch und der scheinbare Sieg" umfaßt die Zeit der März- und Aprilrevolution von 1848 und die Entwicklung bis zum Juni. Die Volksbewegung setzt sich überall mit glänzendem Erfolge durch; die Männer der bisherigen Opposition werden zur Verantwortung berufen; nur an wenig Punkten kommt es zum Kampfe, er endet mit dem politischen Siege der neuen Ideen, in Berlin mit der unzweideutigen Demütigung des Obrigkeits- und Militärstaates; der neuerwachte nationale Wille soll kraftvolle Organe gesamtdeutschen politischen Wesens erhalten; dieses nationale Gefühl überströmt alles, es wendet sich gegen Dänemark, gegen Polen und Rußland, es faßt im Innern, voll Vertrauen auf die Ehrlichkeit und Lebensfähigkeit der reformwilligen fürstlichen Machtgebilde, die vaterländischen Gedanken und Massen zusammen zur Abwehr des gewaltsam revolutionierenden, sozialistisch gestimmten Republikanertums. Der scheinbare Sieg endet mit dem Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt und der Errichtung der provisorischen Zentralgewalt. Ein fürstlicher

Reichsverweser mit verantwortlichen Reichsministern garantiert die Überleitung in eine endgültige nationale Lebensform auf gesetzlichem Wege, die Errichtung und Durchführung der Reichsverfassung für das neue Deutschland. Viele sehen in der Reichsverweserschaft den Beginn eines zentralistisch aufgebauten Großdeutschland unter der Dynastie Lothringen-Meran.

„Die sozialrevolutionäre und nationalistische Bedrohung, infolgedessen Beginn der Gegenrevolution“ umfaßt die Zeit vom Juni bis zum November 1848. Die Träger der revolutionären Gedanken sind tief unbefriedigt. Die neue Zeit ist durchaus nicht neu. Die beratenden Versammlungen in allen deutschen Residenzen und besonders in Frankfurt helfen keiner wirklichen Not. Es entstehen Arbeiterverbindungen, es finden Handwerker- und Gewerbekongresse statt. Die „Neue Rheinische Zeitung“ erhebt die kommunistische Anklage. Die Demokratenkongresse in Frankfurt und Berlin wollen den Fortgang der Revolution vorbereiten. Dem höheren und mittleren Bürgertum wird sein Bündnis mit den alten Mächten, sein leicht zu befriedigender Optimismus tief übelgenommen. Die Front der Märzrevolution zerbirst. Man sieht ohnmächtige Märzminister und dahinter die alte Allmacht der Bürokratie, man sieht Volksversammlungen und Bürgerwehren, dahinter aber die alte Militärgewalt, man liest Zeitungen und hört Reden — aber in den Partikularstaaten lebt noch ein ungebrochener fürstlicher und aristokratischer Herrschaftswille. Neben den deutschnationalen Gedanken tritt der Nationalismus der anderen. Die Polen berennen die preußische Großmacht. Slawen, Ungarn und Italiener drohen, den österreichischen Kaiserstaat zu zersprengen; noch mehr: die nationale Idee eines allumfassenden starken Deutschland wendet sich gegen den preußischen Staat, seine Großmachts-Tradition, seine Lebensbedingungen, seine territoriale Gestalt — genau so aber auch gegen die napoleonische Staatsschöpfung Bayern, gegen all das Kunterbunt der Klein- und Zwergstaaterei.

Vom Frankfurter Parlament, von der neuen Zentralgewalt wird nationale Kraft und starker Erfolg nach außen verlangt. Das Versagen beim Waffenstillstand von Malmö erweckt zugleich die nationalistischen und die sozialrevolutionären Elemente zu gewaltsamem Vorstoß. Die österreichische Armee wirft in Krakau und in Prag die Nationalitäten nieder; die Septemberaufstände im Rhein- und Maingebiet nötigen die neuen Reichsautoritäten zur Anwendung der alten staatlichen Machtmittel; die Wiener Oktoberrevolution kämpft verzweifelt für ein freiheitliches Großdeutschland gegen das unfreiheitliche Großösterreich von Dynastie, Feudalismus, Klerus und Militär. Nun wagt auch das preußische Königtum den Streich gegen seine konstituierende Nationalversammlung, die, dem Rittergut und dem Garderegiment zum Trotz, einen demokratischen Rechtsstaat aus Preußen machen will. Frankfurt und Berlin, die schon längst hätten zusammenkommen müssen, so lange Österreich schwach ist, werden aber dadurch nicht zueinandergeführt.

„Der zweite Ausbruch“ umfaßt die Zeit vom November 1848 bis zum April 1849. Österreich zeigt mit zunehmender Schärfe den Willen zum kaiserlichen Gesamtstaat, es wirft das „Rebellentum“ in Italien und Ungarn nieder, es verhindert durch sein Wesen und Wirken den gesamtdeutschen Nationalstaat, aber genau so gut die sogenannte kleindeutsche Lösung des Gagernschen Programms.

Bayern und die gesamte Kleinstaaterei werden in ihrem Bestande durch Verfassungskampf, Wirtschaftsnot, Unanwendbarkeit des Staatsapparates und Sondertümelei älterer reichsdeutscher Herkunft erschüttert. Gerade diese Sondertümelei verbindet sich überall mit dem Reichspatriotismus, der, trotz partikularen und dynastischen Gegenspieles, überall im alten Deutschland die Durchführung einer freiheitlichen und nationalen Staatsschöpfung verlangt. Diese Stimmung gibt der Frankfurter Reichsverfassung eine so bedeutende Wirkungsmöglichkeit. Sie wird tatsächlich von sämtlichen deutschen Volksvertretungen, außer in Österreich und in Liechtenstein, angenommen, in Bayern nur von der Zweiten Kammer, nicht von den Reichsräten. Die Ablehnung der Volks-Kaiserkrone durch den König von Preußen, noch mehr aber die Ablehnung auch einer modifizierten Frankfurter Reichsverfassung durch die preußische Regierung läßt die Volksbewegung noch einmal in ganz Deutschland aufflammen. Sie ist nach den ersten Schlägen der Gegenrevolution seit Monaten vorbereitet worden. Wiederum wirken nationale und sozialrevolutionäre Motive zusammen, widerspruchsvoll in sich und deshalb schon mit dem Fluche der Erfolglosigkeit beladen.

Der Kampf um die Reichsverfassung ist mehr als nur ein letzter verzweifelter Versuch, das Werk des Frankfurter Parlamentes doch noch irgendwie zu einem positiven Abschluß bringen zu wollen. Er bedeutet darüber hinaus das größere, verwegenere Unternehmen, alles das, was die Märzrevolution von 1848 versäumt hat, im letzten Moment nachzuholen. „Der Sieg der Gegenrevolution" in Deutschland reicht vom April bis Juli 1849. Er umfaßt äußerlich den Bürgerkrieg in Sachsen und in Baden, die Bewegungen in Bayern, Württemberg, Thüringen und dem Rheinland; die europäische Großmacht Preußen stellt sich durch den Einsatz ihrer Militärkraft gegen den deutschnationalen und den sozialrevolutionären Gedanken mit vollem Bewußtsein an die Seite Österreichs und Rußlands. Der Kampf gegen die Revolution ist nun zum großen außenpolitischen Problem geworden. Nur durch eine rechtzeitig geschickte außenpolitische Orientierung hätte Preußen das vollbringen und erfüllen können, was die Besten seinen deutschen Beruf nannten. Schon der Krieg mit Dänemark hat gezeigt, daß es an dieser außenpolitischen Orientierung Preußens völlig fehlt. Es weicht wiederholt russischem Druck — und auf englische Gunst und französische Freundschaft ist kein Verlaß; aus beiden wäre aber wohl mehr zu machen gewesen, denn die Westmächte freuen sich an der Zwietracht der beiden deutschen Großmächte und neigen daher zu Preußen. Nun wirft Preußen die Reichspatrioten als Rebellen zu Boden und will darauf die matte Unionspolitik aufbauen. Ein bescheideneres Ziel — der Norddeutsche Bund — wäre damals bei rechtzeitiger Vorbereitung wohl erreichbar gewesen. Der Griff nach Süddeutschland bringt aber Preußen schließlich nach Olmütz. So endet die Revolutionszeit mit einer völlig veränderten Lage. Preußen, die große Hoffnung der Fortgeschrittensten während der Vorbereitungsperiode, hat allgemein enttäuscht, hat seine treuesten Anhänger mißhandelt und sich zum harten Schergen der Gegenrevolution gemacht, ohne auch nur den bescheidensten greifbaren Gewinn zu erzielen; Österreich dagegen konnte sich einem sehr heftigen Ansturm feindlicher Kräfte gegenüber mit erstaunlicher Lebenszähigkeit behaupten und hat alle Aussicht, nicht nur in Süd- und Westdeutschland die Sympathien zu erben, die sich Preußen verscherzt hat.

Die Revolution in Deutschland war zu Ende; der Geist der Revolution war aber nicht tot. In der Vorbereitungszeit hatte schon die Revolution, in der Revolution schon die Gegenrevolution gesteckt; so steckte in der Gegenrevolution schon die spätere neue Reformperiode, die zur Reichsgründung von 1871 führte. Freilich nicht nur sie; der Sieg der Gegenrevolution in Deutschland war ein Sieg über die konstitutionelle Reformpartei, über parlamentarische und sozialrevolutionäre Demokraten; er gab den Kommunisten recht, die vor allen Halbheiten, vor dem zu großen Vertrauen gewarnt hatten. Die Mitte sank verwundet und ohnmächtig zu Boden, die Extreme standen sich gegenüber mit desto bitterer Feindschaft: die obrigkeitliche militär-kapitalistische Großmachtsidee und der Marxismus.

Der Sieg der Gegenrevolution in Deutschland wirkte als Bankerott der bisherigen revolutionären Methode und Idee, ja der Idee überhaupt. Oktroyierung von Verfassungen, Truppeneinmärsche, Zersprengung von Parlamenten, Ausmerzung der politischen Gegner durch Standgerichte, Entehrung der politischen Gegner durch das Zuchthaus: die Politik materialisierte sich, und mit ihr Geist und Kultur. Die Aktion war von der Idee erfüllt gewesen. Die Reaktion bekannte sich zum Gegenteil. Jetzt entstand der so überaus bezeichnende, naiv paradoxe Pleonasmus Realpolitik. Autoritäre Machtpolitik, naturwissenschaftliche Selbstüberschätzung und marxistischer Sozialismus waren an Materialismus einander ebenbürtig. Nichts beweist freilich mehr die — reale Bedeutung der Idee für die Geschichte als die Erbitterung, mit der man sie bekämpft, und die oft unbewußte Heuchelei, mit der man sich ihrer als Vorwand bedient.

Mancher Betrachter der deutschen Revolution von 1848/49 hat ihr den Namen Revolution nicht zugestehen wollen. Gewiß: romanische und slawische Revolutionen haben mit heißerem Ungestüm die letzten Möglichkeiten der revolutionären Tat erschöpft; auch die englische Revolution des 17. Jahrhunderts ist voll stärkerer Spannung, wenn sie auch mit der deutschen Revolution den eigenartigen Zug gemeinsam hat, möglichst schnell in eine neue Legitimität zurückfinden zu wollen. Jedes Volk macht nun einmal die ihm angemessene Revolution. Krieg und Außenpolitik bringen, bei allen möglichen Schattierungen, doch ein absolutes Maß bester übernationaler Leistung hervor; Revolutionen sind die individuellste Offenbarung der Volkspsyche. Verkniffene Revolutionen bekommen schlecht; die Revolution von 1848/49 hat sich nicht voll durchsetzen können, und das geht dem deutschen Volke bis heute nach. Um so energischer hat aber die Gegenrevolution seit 1848/49 das deutsche Schicksal geformt. Der Revolutionsversuch mit seinen Scheinerfolgen war nun einmal da, er war gemacht worden. Alle deutschen Fürsten und Staatsmänner haben seitdem mit der Revolution gerechnet und sich mit Gegenmaßnahmen auf sie eingerichtet. Der Riß war vorhanden, die Unschuld war weg. Die gemachte Erfahrung wirkte klirrend fort. Man könnte sagen: erst die Gegenrevolution in Deutschland beweist die volle geschichtliche Existenz der Revolution.

Die alten Gewalten hatten nun gemerkt, worauf es ankam. Sie fürchteten die Wiederholung und beugten vor. Die Polizeiorgane hatten sich als unzulänglich erwiesen; deshalb war es nötig, die militärische Truppe so oft einzusetzen. Das wurde nun anders. Die Armenpflege, der Nachrichtendienst, die Verkehrsmittel,

die Zensur hatten vielfach versagt; der alte Staatsorganismus war technisch den Anforderungen nicht gewachsen gewesen, er zerbrach unter dem Druck des neuen Inhalts, die Selbsthilfe der Untertanen hatte deshalb eingesetzt; die schlecht bezahlte und sozial gedrückte mittlere und untere Beamtenschaft hatte sich fast überall auf die Seite der Volksbewegung gestellt. Der neue Autoritätsstaat gedachte nicht mehr, sich das gefallen zu lassen; er verlangte das Selbstvertrauen und die Disziplin, welche die höhere Beamtenschaft in Preußen, aber auch in den meisten Kleinstaaten nie aufgegeben hatte, nun von jedem Staatsdiener; er war entschlossen, illegale Organisationen, Selbstbewaffnung, revolutionäre Bünde mit angemaßter politischer Selbsthilfe nicht mehr zu dulden; der Autoritätsstaat kämpfte um sich und kannte deshalb keine Gnade. Die Revolution hatte die Desorganisation des Bestehenden durch das Talent bedeutet; die Gegenrevolution brachte die Organisation des Willens zur Selbsterhaltung durch mäßig begabte Leute. Die Hauptsache war, im Untertan eine neue Loyalität zu erziehen; er sollte es als Genuß empfinden, sich führen zu lassen; wer brav und arbeitsam war, kam voran. Der genialische Weltenbummler, der souveräne Ironiker von Heinrich Heines Gnaden wurde unmodern; die Zeit Anton Wohlfahrts kam herauf, des fleißigen Bürgersohnes, der es im Haben weit bringt, weil er das Soll richtig versteht. Der Autoritätsstaat war der Sieger, und als Sieger schrieb er die Geschichte der Volksbewegung von 1848/49: alles war nichts gewesen als Narrheit und Torheit, als Unreife, Philisterei, Kinderei und Komik. Die Pädagogen führten das auf mangelhafte Erziehung, die Professoren auf traurige Unwissenheit zurück; die Beamten beklagten so viel Insubordination, die Militärs die Disziplinlosigkeit, die Diplomaten die naive Plumpheit der Form, die Vornehmen fanden die Revolution ordinär, die Wohlhabenden lehnten sie ab als eine neumodische Form des Bettels oder gar des Straßenraubs; die Deutschen, hieß es, sind politisch unbegabt; das beste ist, wenn das Regieren weiter durch Fachleute geschieht.

Es war die eigentliche Meisterleistung der Gegenrevolution, im deutschen Volke die Überzeugung von seinem Mangel an politischer Begabung sehr weit zu verbreiten. Vor 1848 war man vom Gegenteil überzeugt: der nationale freiheitliche Staat war ja das letzte, einzige, was den Deutschen noch fehlte, nachdem in Philosophie und Kunst alles Hohe und Höchste erreicht war. Und diese eigentliche Vollendung unseres geschichtlichen Schicksals sollte uns nun versagt bleiben, denn wir waren nicht — reif dafür!?

Die deutsche Gutmütigkeit glaubte es tatsächlich ihrer hohen Obrigkeit, das „Volk" habe alles sehr dumm gemacht, und daraus verstehe sich das ganze Unglück; sie glaubte, Parlamentarismus und Demokratie seien ausländische Importartikel, die sich eigentlich für das wahre Deutschtum gar nicht schickten; sie glaubte, eine wohlwollend oktroyierte Verfassung böte alles das, was an „Konstitutionalismus" schließlich nicht entbehrt werden könne; die deutsche Gutmütigkeit wurde also wieder militärfromm und adelsnärrisch, sie lernte das Geld respektieren, besonders das viele Geld; sie ochste tüchtig und wühlte sich in allerlei Kleinkram; selbständiges politisches Denken galt bald als eine Art Frechheit; Schriftsteller wurden wieder für zügellose, unbescheidene Leute gehalten, Demokraten für schlechte Kerle, Menschen von weltbürgerlicher Gesinnung für Auslandsnarren, patriotische Deutsche für Verräter an Landesfürst,

Stammesstaat und Bundestag. Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht — das wurde der Ersatz für schöpferisches Staatsbürgertum. Das „tolle“ Jahr war vorbei, und jeder ging wieder vernünftig seinen Pflichten nach. Deutschland hatte groß, frei, stark sein wollen — und nun war alles wieder wie früher. Und warum sollten die guten Deutschen denn unzufrieden sein? Sie konnten ja wieder dichten und denken, was sie so gut verstanden, sie konnten wieder alles vertiefen und vernebeln, sie konnten grübeln und klügeln, Worte klauben und Weisheiten drechseln, sie konnten Fäden spinnen und darauf tanzen, ja sogar dabei herunterpurzeln, sie konnten mit ernsthafter Forschermiene Begriffe spalten und den letzten dünnsten Scheit Vernunft fachmännisch zum Nichts zerzanken. Wollten die Deutschen denn nicht glücklich dabei sein? Nein; es war ein Unsicherheitsgefühl in ihnen; seit 1848 leidet Deutschland unter dem politischen Minderwertigkeitskomplex. Das echte große stolze Selbstbewußtsein war dahin und kam nicht wieder. Die Gewalt, nicht die Vernunft hatte gesiegt. Viele beteten die Gewalt nun an und dachten, es ginge nicht anders. Viele wandten sich resigniert ab, viele dichteten Gasele, flüchteten zur mittelalterlichen Sage oder zu den germanischen Göttern oder zu Buddha. Nun hatte also Hegel doch nicht recht! Die letzte große deutsche Synthesis war mißlungen. Schopenhauers Tag brach an.

Es war aber nicht so wie früher. Es war irgend etwas gutzumachen. Eine Schuld war noch zu tilgen. Dies Gefühl beherrscht die folgenden Jahrzehnte. Es war im Innersten des Deutschtums etwas zerschlagen, etwas verkrüppelt worden. Die Wunde hat sich nicht geschlossen, bis heute nicht.

War es denn umsonst gewesen? Dies Wagen und Hoffen, dies Schwärmen und Glühen? War so viel Aufwand an Gedanken, Gefühl, Wille um nichts vertan? Und so viel Aufwand an Glück, Blut und Gut! Die Zahl der während der Revolutionszeit gewaltsam ums Leben gekommenen Personen einschließlich des in den Bürgerkriegen getöteten Militärs möchte ich auf fünftausend schätzen, den Verlust an Volksvermögen auf zwölf Millionen Gulden. Ein mittleres Gefecht im Deutsch-Französischen Krieg hat mehr Blut, ein Tag im Weltkrieg hat mehr Geld gekostet. Dieser Maßstab ist freilich falsch. Man muß die Bedeutung der Zerstörungen während der Revolution von 1848/49 abmessen an dem Lebensstil der vierziger Jahre. Diese innerlich so reiche und überquellende Zeit bedeutete die Erfüllung einer langen Friedensperiode, sie schuf hohe Werte bürgerlich-friedlicher Art, sie fand das Menschenleben sehr kostbar und war bestimmt von der Überzeugung, daß ein öffentlicher Glückszustand durch Güteranhäufung und schöpferische Teilnehmerschaft der Gesamtheit daran auf dem Wege vernünftig-harmonischer Entwicklung erreichbar sei. Schon die psychische Wirkung von Straßenkämpfen übertrifft die von militärischen Vorgängen der damaligen Zeit um ein Vielfaches. Jede Verwundung, nun gar jede Tötung inmitten der bürgerlichen Arbeitswelt pflanzte sich in der Wirkung auf eine erregende, übertreibende Art als einschüchternder, aufhetzender Faktor in der Masse fort. Erst im Laufe der Revolutionszeit läßt sich eine Abstumpfung feststellen; die Empfindlichkeit und Erbitterung steigert sich dann wieder bei den ganz neuen verwirrenden Formen des Bürgerkrieges von 1849 mit seinen Nebenerscheinungen. Schwer abzuschätzen ist der Teil des Verlustes an deutschem Volksvermögen, der nicht infolge von Güterzerstörung, sondern infolge von Entwertung des Besitzes und not-

gedrungener Verschleuderung eintrat. Die industrielle Entwicklung der vierziger Jahre hatte einen so großen Vorrat an gewerblichen Erzeugnissen aufgehäuft, die Einfuhr aus dem Auslande hatte besonders in den Zollvereinsländern den Bedarf so überbefriedigt, daß die normale Produktion schon seit 1846 sehr stark sank und eine empfindliche „Nahrungslosigkeit", „Brotlosigkeit" in den Fabriken und im Handwerk eintrat. Andererseits stiegen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Preise. Der große und der mittlere Besitz in den überwiegend agrarischen Bezirken Österreichs, Preußens, Bayerns, Hannovers hatte bessere Tage als seit langem; der feudal-konservative Widerstand gegen die Zeitbewegung hatte hier eine sehr gesunde ökonomische Grundlage. Gewiß wurde auch diese Schicht von der Verschlechterung des Geldmarktes, dem Kurssturz der Wertpapiere und der Entwertung auch der immobilen Objekte betroffen. Zu verkaufen brauchte sie aber nicht. Hypotheken hatte sie oder bekam sie doch. Höhere Zinssätze ließen sich unschwer aufbringen. Der Gutsbesitz kam am besten durch die Revolutionszeit; er war die Gegenrevolution sozusagen in Person. Das Unglück des städtischen Bürgertums lag darin, daß es in demselben Augenblick, da es sich endlich zum ausschlaggebenden politischen Faktor zu machen versuchte, von der Wirtschaftskrise in schwere Sorgen gestürzt wurde. Die Kaufkraft war erheblich gesunken, die Umsätze schrumpften zusammen, der Kredit war überspannt, die Börse flau, Wechsel wurden nicht eingelöst. Robert Blums Briefe etwa geben ein lebendiges Bild von den Schwierigkeiten eines fleißigen mittleren Geschäftsmannes, dessen politische Arbeit dadurch nicht nur naturgemäß vergällt, sondern auch erheblich davon mitbeeinflußt wurde. Dem allgemeinen Geldmangel entsprach der Menschenüberfluß. Freischärler waren billig zu haben, aber auch Demonstranten, Agenten und Spitzel. Neben die ernsthaften Politiker und Reformer der sozialen Not traten die Projektenmacher und Weltverbesserer. Ein solcher Mann war etwa der Berliner Bürger H. Ch. Raidt, der den Magistrat und den Polizeipräsidenten mit Eingaben bestürmte; er empfahl den Ministern, brüderlich zusammenzuhalten, entwickelte ein großartiges Steuerreformprojekt, machte Vorschläge über Verbesserung des Gefängniswesens, verlangte, alle Landstraßen sollten mit Obstbäumen bepflanzt werden, und bemerkte so nebenbei, man möge Rußland das preußische Polen schenken, und dafür müsse es alle mehrfachen Diebe, Mordbrenner und Rebellen aus Preußen für Sibirien übernehmen; „der Magistrat ist schuld, daß es so viele Arme gibt", heißt es tiefsinnig in einer dieser Eingaben[1]).

Ernsthafter ist der Berliner I. Baszynski, der im Selbstverlage eine kleine, acht Oktavseiten starke Flugschrift unter dem Titel „Nationale Lösung der sozialen Frage für ganz Deutschland" herausgab. Darin lehnt er „sozialistische" Gedanken ab, wie: „Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitalismus durch Errichtung eines National-Hypotheken-Institutes ohne Zins, Errichtung von National-Magazinen für die Produkte des Ackerbaues und der Industrie, Parzellierung des ländlichen Besitzes". Er selbst empfahl als nötige Reformen: Verkleinerung der Beamtengehälter, Einführung einer Einkommensteuer für die Reichen, Ankauf aller Eisenbahnen, Chausseen, Kanäle und Gasanstalten, Abschaffung der indirekten Steuern. Die „Arbeitslosen" sollten mit öffentlichen Arbeiten, also Anlage von weiteren Eisenbahnen, Kanälen usw., beschäftigt werden. Das Hauptmittel sollte aber die Erwerbung von überseeischen Kolonien zur Aufnahme des

Bevölkerungsüberschusses und die Schaffung einer deutschen Marine zu ihrem Schutze sein; zwanzig Millionen Taler sollten für die Flotte, 160 Millionen Taler für die Erwerbung der Kolonien aufgebracht werden.

Das waren gute Gedanken, wenn auch Begründung und Berechnung im Dilettantischen steckenblieben[2]). Sozialgeschichtlich bedeutete die Revolution von 1848/49 den Versuch, dem Bevölkerungsüberschuß solche ökonomischen Bedingungen zu verschaffen, daß er einen sicheren Platz in der neuen Gesellschaft, im neuen Staate gewönne. Wir kennen die verschiedenen Versuche, die die Berufsverbände auf ihren Kongressen zu diesem Zwecke machten; auch das neue preußische Handelsministerium hat sich redlich um Arbeitsbeschaffung und Arbeitsverteilung bemüht[3]). Das sind alles bescheidene Anfänge. Die Gegenrevolution verhinderte die Entstehung eines freien deutschen Volksstaates, der für die Gesamtheit der Volksgenossen angemessene Arbeit geschaffen hätte; der Bevölkerungsüberschuß strömte nach dem Auslande ab.

Die überseeische Auswanderung aus Deutschland betrug 1846 94 581 Seelen. Sie stieg infolge der verschärften Wirtschaftskrise 1847 auf 109 531 Seelen. (Vgl. Bibliogr. Nr. 1265, 1267.) Im Revolutionsjahr sank sie scharf ab auf 81 895 Seelen. Sie blieb auch 1849 (89 102) und 1850 (82 404) ungefähr auf diesem Stande. Die Zahl der eigentlichen politischen Flüchtlinge brachte also kein sofortiges Anschwellen hervor. In der Schweiz gab es rund 10 000 Flüchtlinge, viel weniger in Belgien und Frankreich, eine kleine Zahl auch in den russischen Ostseeprovinzen. Nach 1850 wirkten sich aber die wirtschaftlichen Folgen der Revolution ganz aus; die politischen Verhältnisse beruhigten sich, der Wert des Grund und Bodens stieg, die Getreidepreise zogen an, die Kurse hoben sich, die industrielle und gewerbliche Produktion setzte wieder ein, aber bei niedrig bleibenden, möglichst knapp auskalkulierten Löhnen; der Proletarisierungsprozeß verschärfte sich zugleich mit der Reichtumsvermehrung. Ein Teil des Mittelstandes rettete sich zum besitzenden Bürgertum, ein Teil hielt sich in bescheidener Weise, ein Teil sackte ab.

Die Auswanderungsziffern steigerten sich nun von Jahr zu Jahr: 1851 112 547, 1852 162 301, 1853 162 568, 1854 rund 300 000 Seelen. Die Zahlen beruhen auf den Anmeldungsregistern; außerhalb dieser amtlichen Kontrolle fanden aber damals noch sehr viele den Weg nach Amerika, so daß nach dem Urteil zeitgenössischer Sachverständiger ein Zuschlag von 20 bis 25 Prozent zu den amtlichen Ziffern gemacht werden muß. Für 1854 übersteigt die Angabe der amerikanischen Einwanderungsbehörden sogar noch die Rekordziffer von 300 000 Seelen[4]). Da die Bevölkerung Gesamtdeutschlands Anfang 1849 rund 46 Millionen Seelen betragen hat und da von 1849 bis 1854 schätzungsweise 1,1 Millionen Menschen ausgewandert sind, so hat im Laufe dieser fünf Jahre beinahe jeder vierzigste Einwohner das Vaterland verlassen. Das ist der Bevölkerungsverlust, den sonst nur ein großer Krieg hervorbringt. Darüber, was an Geldkapital mitgegangen ist, und darüber, was für Deutschland an Aufzuchts- und Erziehungskapital dadurch verlorengegangen ist, wage ich keine Schätzung. Eine für das damalige Nationalvermögen sehr erhebliche Summe, die nicht unter dreihundert Millionen Taler liegen dürfte, muß aber wohl, auch als direkte Folge der gescheiterten Revolution, hier angesetzt und abgebucht werden. Wieviel die Achtundvierziger für die Entwicklung besonders der Vereinigten Staaten von Amerika

bedeutet haben, ist im allgemeinen ja bekannt[5]). In der Presse und in den Schulen haben sie Bedeutendes gewirkt, in der Politik haben sich Karl Schurz, Oswald Ottendorfer, Hans Kudlich hervorgetan; als Offiziere holten sich im Sezessionskriege Franz Sigel, Friedrich Hecker, Blenker, Osterhaus, Willich, von Gilsa schönen Lorbeer; einer von diesen Kriegsleuten, Konrad Krez, war wohl der begabteste unter den zahlreichen deutsch-amerikanischen Lyrikern; Friedrich Kapp schrieb anerkannte Werke über die Einwanderung der Deutschen, viele Kleinere verbreiteten Musikpflege, lehrten Gesang und Klavierspiel, entwickelten eine ernsthafte Musikkritik; Lorenz Brentano wurde hoher Richter und kehrte als amerikanischer Konsul für Dresden einige Zeit in das bismarckische Deutschland zurück; Karl Schurz brachte es am weitesten — er wurde Minister und Gesandter seines zweiten Vaterlandes.

Die Folgen der Revolution für den gesellschaftlichen Aufbau des deutschen Volkes ergeben sich unmittelbar aus unseren früheren Erwägungen. Vor 1848 hat es kein selbstbewußtes Proletariat bei uns gegeben. Die Ansätze dazu haben sich jetzt entwickelt. Das Hanauer Flugblatt zum 1. Januar 1849 ist betitelt: „Gruß zum neuen Jahre an unsere Brüder, die Proletarier[6])". Gerade weil die Gegenrevolution gerne jeden Freiheits- und Volkskämpfer als Proletarier bezeichnete und damit den soliden Bürger ein- und abzuschrecken versuchte, wurde das Wort Proletarier mit einem gewissen Stolze aufgenommen und klassenkämpferisch verwertet. So heißt es etwa auch in dem „Lumpensammlerlied":

„Hat mich Gott verdammt auf Erden,
Jetzt ein Lumpenkerl zu werden;
Darum ruf ich ungescheut:
Lumpen! Lumpen! — weit und breit.
Fort mit Samt- und Seidenlappen,
Fort mit Prunk und Narrenkappen,
Fort mit Weihrauch, Wust und Dampf,
Vorwärts in den Lumpenstampf[7])!"

Das Selbstgefühl des Arbeiters wendet sich oft mit Schärfe gegen bürgerliche Mißachtung. In dem Aufruf an die Arbeiter in Frankfurt a. d. O. wird Klage darüber geführt, daß eine gewisse Klasse von Einwohnern den Arbeiter, der sein tägliches Brot durch Tagelohn verdienen muß, „Bummler" nenne; meistens, heißt es da, wird dieser Ausdruck von denen gebraucht, die wirklich Bummler sind. „Ein ordentlicher Arbeiter ist kein Bummler[7])!" Erschütternd in seiner Bitterkeit ist das in Sachsen während der Revolutionszeit entstandene Lied „Die Not":

„Jetzt kenn ich nur noch einen Gott —
Der Gott, er heißt — die Not!
Hilft der uns nicht von Trug und Spott,
Bald sind wir alle tot.

Die dorten in den Städten sitzen,
Auf taubem Weisheitsei,
Sich mühen, quälen und zerschwitzen,
Ob nichts gebrütet sei —

Die tugendhaften Sabbat-Christen,
Die höchstglücksel'gen Egoisten,
Sie sehn die zehn Gebot' —
Doch dich nicht, hehre Not!

Sie haben Kapital und Renten
Und lieben sehr den Staat,
Darin sie leben von Prozenten
Und ernten ohne Saat." . . .

Und die letzten Zeilen schließen:

„Der Freiheit Morgenrot,
Entzündet hat's die Not[8])."

In einer Stadt, wo es noch gutmütig und patriarchalisch herging, wie in München, dachte man solche Not am besten durch das Almosen zu bekämpfen. Als im März 1848 König Ludwig sich dem Volkswillen gefügt hatte, wurde auf eine Tafel geschrieben: „Auch die Armen sollen sich freuen." Landwehrleute trugen die Tafel herein und hatten binnen einer Stunde 958 Gulden gesammelt. Solche Stimmung hielt bestenfalls so lange an wie das Almosen; die Not aber war nachher da, genau wie sie vorher da war[9]).

Am meisten auf die deutsche Öffentlichkeit hat damals wohl Proudhon gewirkt, dessen sozialistische Schriften in deutscher Übersetzung von mehreren Verlegern verbreitet wurden, so von dem stark oppositionell gerichteten Leipziger Verlagsbüro und der Literarischen Anstalt in Frankfurt a. M. (J. Rütten). Auch die Bücher des kritischen Adolphe Thiers über das Eigentum, von A. Vinet über das Prinzip des Sozialismus, von Frédéric Bastiat über Protektionismus und Kommunismus wurden übersetzt. Ebenso ließen sich deutsche Anhänger und Gegner der neuen Ideen hören. Die Kreuzzeitung veröffentlichte 1849 eine Broschüre „Zur Lösung der sozialen Frage"; Carl Ludwig Michelet, Graf Bressler, Friedrich Mathias Perthes, Carl Friedrich Kreyssig, C. J. J. Rauh, Johann Baptist Hirscher schrieben über die Not der Arbeiter, über die „Beantwortung der gesellschaftlichen Frage", über die alte und die neue Lehre von „Gesellschaft, Staat, Kirche, Schule, Ehe und Arbeit". Anonym ließ Viktor Aimé Huber seine Schrift erscheinen: „Die Selbsthülfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung." Ein Porzellanfabrikant namens A. Schumann entwickelte einen Plan zur Versorgung der Arbeitsunfähigen durch den Staat mittels Gründung einer Nationalinvalidenkasse; Gustav Bleibtreu wollte „Allgemeine Hilfskassen für Arbeiter mit gesetzlicher Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer" begründen; die besondere Not der Arbeiter auf dem Lande, die „Quellen der zunehmenden Armut bei den Landbewohnern" erfuhren sachverständige Behandlung; ein Handwerker teilte seine Erlebnisse mit und kam zu dem Ergebnis, mit dem goldenen Boden des Handwerks sei es vorbei[10]).

„Heilig ist das Eigentum", so hatten es die Liberalen bei Ausbruch der Märzrevolution verkündet. Vielen erschien nun das Eigentum als sehr unheilig. Wer feinfühlig war, der mochte wenigstens nicht durch Prunken und Schwelgen die Gefühle anderer verletzen. Wie das Palais Borgnis in der Eschenheimer Gasse

als ein eleganter Klub für die Mitglieder des Frankfurter Parlaments gemietet werden sollte, erhob Eisenmann mit Erfolg Einsprache: „Ich kann nicht einwilligen, auf Samt zu ruhen, während das Volk draußen darbt. Auf hölzernen Bänken, in Schuppen und nicht in vergoldeten Räumen, müssen die Vertreter des Volks sich erholen[11]).“ Wenn aber in Berlin ein Arbeiter einmal viel verdient hatte und sich eine Droschke nahm, um nach Hause zu fahren, dann fanden das die Bürger wieder ungehörig und schimpften[12]).

Bruno Bauer hat wohl die Revolution von 1848/49 zuerst „die bürgerliche Revolution“ genannt und hat damit eine Auffassung begründen helfen, die bis heute herrschend geblieben, aber durchaus irrig ist[13]).

Wir können wohl absehen von einer Erörterung dessen, was Bauer unter „bürgerlich“ verstanden haben mag. Üblich geworden ist diese Bezeichnung für die Revolution von 1848/49 im Gegensatz zu „proletarisch“ oder „sozialistisch“. Gewiß ist es richtig, daß im Vordergrunde der Bewegung das städtische Bürgertum, genauer gesagt, der in Zersetzung begriffene städtische Mittelstand steht und daß sein Hauptkampfziel die deutsche Verfassungsreform war. Was sich aber daneben und dahinter abspielte, hat das Schicksal der Bewegung geradezu entschieden: die Agrarrevolten, die Handwerker- und Arbeiterassoziationen, das Streben nach neuen Formen und Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland, oft stark weltanschaulich unterbaut, kritisch scharf zugespitzt, revolutionär befeuert. Der Kampf um neue Verfassung war an sich nicht so aussichtslos und wäre vielleicht innerhalb einer rein „bürgerlichen“ Sphäre nicht völlig ergebnislos verlaufen. Die „unbürgerlichen“ Ideen und Personen, die überall, wenn auch als Minderheit, treibend mitwirkten, verwickelten die Lage und erleichterten es der Gegenrevolution, das „Bürgerliche“ zu spalten und zu schwächen. Abgesehen aber von der soziologischen Entwicklung, die nicht auf eine Zusammenfassung, sondern auf Neubildung und Absonderung hinzielte — die geistige Haltung der Volksbewegung war sowohl bei den einen entschlossen und bekenntnismäßig bürgerlich wie bei den anderen bewußt unbürgerlich. Dies Neben- und Gegeneinander macht die Zeiterscheinungen so uneinheitlich, ja geradezu widerspruchsvoll. Die Gegenrevolution spottete gern über manchen biedermeierischen und spießbürgerlichen Zug der neuen Leute; viel stärker war aber der jugendliche Schwung, den die Bewegung bis zuletzt behalten hat. Die erste Zeltenversammlung in Berlin am 6. März 1848 plante schon eine „Adresse der Jugend“. Die Jungen fühlten sich jung, sie durften davon sprechen und darauf stolz sein, sogar Schulkinder und Konfirmanden verlangten Gehör und Beachtung. Das war schön so. Junge Künstler und Schriftsteller, Studenten und eben gerade examinierte Juristen, wie etwa Johannes Miquel und Ludwig Bamberger, traten auf und wirkten als Führer zum Extremen; sie packten aus und nannten die Dinge beim rechten Namen, gerade das Kühne und Unbedingte ihrer Jugendlichkeit erweckte Vertrauen und formte ihnen eine Anhängerschaft aus den einfachen Menschen von unten, die nicht wohlweise belehrt, sondern mitgerissen werden wollten. Manchmal ist es ja edler und auch fruchtbarer, ein wenig töricht zu sein als zu superklug; die empordrängende Schicht bejahte die Emotion; das Stärkste in ihr war ein blindes naturhaftes Wollen, und so suchte sie die Leidenschaft, um sich an ihr zu entzünden. Sie glaubte, weil sie glauben wollte, sie brachte dafür

Opfer, oft das Opfer an Existenz und Leben. Mit Recht ist von einem für Revolutionen typischen Ausbruch sinnlicher und zugleich religiöser Ergriffenheit gesprochen worden. Etwas Absolutes reckte sich empor. Die Masken fielen. Die Unbedingtheiten des geschichtlichen Lebens traten nackt zutage. Die Natur selbst forderte ihre ewigen Rechte. Es war die Aufgabe der Führer, gegenüber allem Konventionellen hier eine sittlich-vernünftige Rechtfertigung zu finden. Denn alles Vernünftige galt für erreichbar. Gewiß war der letzte große Kampf um die Reichsverfassung voll Torheit; nichts ist einfacher als den Nachweis dafür zu erbringen. Aber damit ist nur etwas Unwesentliches gesagt. Das neue, freie, starke, wahrhaftige, gerechte Deutschland wurde von den Erregten, Erweckten, Verblendeten mit heroischer Leidenschaft gesucht; sie wollten es auch selber ein bißchen besser haben — warum nicht? Jeder echte Kämpfer kämpft für sich und für das Ganze zugleich. Man soll das nicht trennen. Es war jedenfalls sehr unbürgerlich, soviel Einbildungskraft und soviel Opfermut zu besitzen; diese Eigenschaften machen die Besiegten von 1849 zu Vorkämpfern der ewigen Revolution der Menschheit.

Natürlich gab es auch Schwarmgeister und Quacksalber in dieser deutschen Revolution, so gut wie es dergleichen in jeder anderen gegeben hat. Das Bedürfnis nach dem Neuen, nur weil es neu war, ergriff die Masse so sehr, daß geschickte Scharlatane und Geschäftemacher in Gesinnung leicht solche Jahrmarktskonjunktur erfaßten und an Witzen, Projekten, Schlagworten und doktrinärer Phantastik das anboten, was Absatz fand. Am bittersten war dieser Zustand für die alten Oppositionellen der Zeit vor 1848; ihre Ernsthaftigkeit, ihre Sachkunde wurde mit einem Male übertrumpft durch steril aufgeregtes und maßloses Herumfuchteln; abgestoßen, ja angeekelt zog sich die frühere Opposition entweder ganz zurück oder suchte den Anschluß an die alten Mächte, meist unfähig, das Starke in dieser neuen, jungen Opposition zu begreifen, das bei aller Querköpferei doch in ihr stecken mochte.

Dieser oft von uns beobachtete Vorgang bedeutet für die deutsche Sozialgeschichte und die darauf beruhende Entwicklung unseres Parteiwesens etwas Entscheidendes. Vor 1848 waren viele Voraussetzungen dafür da, daß sich im Zusammenhang mit der Entstehung eines deutschen Nationalstaates eine breite Unterschicht in Deutschland bilden würde, bestehend aus Handwerksgesellen, Angestellten, Dienstboten, Arbeitern, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, die demokratisch im weitesten Wortsinne, das heißt national, parlamentarisch und sozial gewesen wäre und sich mit einem Volkskaisertum sicher gerne abgefunden hätte. Die Gegenrevolution verhinderte die Bildung dieser Schicht und damit eine solche Parteientwicklung. Die Parteibezeichnung „demokratisch", deren Vieldeutigkeit infolge Gedankenüberfluß und polemischer Verzerrung uns bekannt ist, verschwand für lange Zeit aus der deutschen Parteigeschichte. Die 1848/49 auch schon vorkommende Bezeichnung „Volkspartei" trat in Süddeutschland dafür ein. Der Name und Begriff „Sozialdemokratisch", den wir in Baden, Sachsen und Kurhessen haben auftauchen sehen, sollte später eine großartige Laufbahn durchmessen. Arnold Ruges 1849 erschienene Flugschrift „Die Gründung der Demokratie in Deutschland oder der Volksstaat und der sozial-demokratische (so!) Freistaat" versucht vielleicht zuerst feinere Unterschiede, klarere Gegensätze festzulegen.

Der Widerstand gegen soziale Unterdrückung ist ein wesentliches Moment der Parteienbildung im Revolutionsjahr. Noch immer gab es den verletzenden Unterschied zwischen Fräulein und Demoiselle, Lehrer wurden oft nicht „Herr" genannt, Soldaten wurden mit „Er" angeredet. Noch 1847 erging eine Zirkularverfügung des preußischen Ministeriums des Innern mit der Bestimmung, daß „körperliche Züchtigung nur gegen Personen der unteren Volksschichten anwendbar sein soll[14])". Ein Berliner Plakat vom Juli 1848 verlangte die sofortige Abschaffung des Schuldarrestes. Solche Zustände und Bräuche sind während der Revolutionszeit immer wieder angeprangert worden; der Humanitätsgedanke bäumte sich dagegen auf. Wenn man im Anfang der Volksbewegung die allgemeine Anrede „Bürger" und „Bürgerin" einzuführen versuchte, wenn sie bei der badischen provisorischen Regierung 1849 wieder amtlich zur Anwendung kam, so darf man darin nicht nur eine etwas kindische Nachahmung des Vorbildes der großen französischen Revolution erblicken, sondern eine Reform, die die übliche Markierung der Standesunterschiede in der Anrede gründlich abschaffen und zugleich mit dem Titelunwesen aufräumen wollte.

Überhaupt läßt sich sagen, daß der Humanitätsgedanke folgerichtig nur von den linksstehenden Gruppen vertreten und ausgewertet worden ist, während der Altliberalismus nicht ohne eine gewisse Verlegenheit Vorbehalte machte; beim Baron sollte der Mensch nicht mehr anfangen; dafür fing er nun beim Professor und beim Fabrikbesitzer an. Der Altliberalismus zeigte, daß eben Aufklärung und Romantik mit ihrem ganzen metaphysischen Widerspruch in ihm wohnten. Seine Größe war die kritische Haltung gegenüber Orthodoxie, Absolutismus, Klassenherrschaft, Wirtschaftsbindung, Sondertümelei, Befangenheit und Vorurteil. Nun kam die Stunde der eigenen Schöpfung, des eigenen Aufbaues; es zeigt sich, daß der so gerechte und alles verstehende Altliberalismus auch seine Dogmen besaß, daß er sich in Grenzen bewegte und Schranken aufrichten wollte, daß ihm trotz alles Glaubens an das Gute, das Rechte und das Vernünftige selber nichts übrigblieb als Intoleranz, Zwang und Anwendung staatlicher Machtmittel. Der Altliberalismus von 1848/49 war eben offenbar auch nur der Ausdruck eines Klasseninteresses und eines Klassenwillens — eben jenes Geld- und Titelpatriziats, das sich, wie wir sahen, während der Vorbereitungszeit der Revolution so lebendig und anspruchsvoll neben und gegen die alte Aristokratie gestellt hatte. Die Revolutionszeit selbst brachte die erste starke Krisis des deutschen liberalen Gedankens zum Ausbruch; seine Anhänger wandten sich gegeneinander und warfen sich Untreue, Opportunismus, Haltlosigkeit, Mangel an Mut und Konsequenz oder aber Verblendung, Eigensinn und Doktrinarismus vor. Die Grenze im Bürgertum lief eben nicht nur horizontal, sondern auch vertikal. Die Höhe der Einkünfte, die soziale Geltung waren nicht das Alleinentscheidende. Die Eingesessenen, die mittleren Bürokraten, die Ladenbesitzer und Handwerksmeister, die meisten Frauen neigten mehr nach rechts, gebildetere Beamte, Lehrer, Ärzte, Intellektuelle, die Söhne reicher Leute, überhaupt die Jugend und die klügeren Frauen neigten mehr nach links. Das liberale Erbgut wurde durch solche Gegensätze hin und her geworfen, umgewertet und entwertet. Das Echte, das Große des Liberalismus hat freilich diese und spätere Krisen überlebt; es wird immer wieder hervortreten, wenn das Recht auf Persönlichkeit in Bildung und

Lebensgestaltung von der organisierten Massenhaftigkeit in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft bedroht wird; freilich wird wohl die Zahl derer mehr und mehr sinken müssen, die bei der zunehmenden Entseelung, bei dem Aussterben des Originalen den inneren Anspruch behalten, sich liberal zu nennen.

Man muß versuchen, die Erbitterung der unteren Schichten gegenüber dem Geld- und Titelpatriziat infolge der Erlebnisse der Revolutionszeit zu begreifen; es hatte die Führung der Volksbewegung überall beansprucht, und nun kämpfte es den Kampf nicht durch. War es nicht gegangen wie in Goethes Egmont: Klärchen ruft zum Kampf auf, und die Bürger schleichen ab? Der Standeshochmut der Reichsgrafen und Barone hatte gewiß viel Verletzendes für den kleinen Mann; Geldstolz und Bildungsdünkel reizten aber vielleicht noch mehr. Es war alter Aristokratenstandpunkt, die Handarbeit als solche zu verachten und deshalb auf Handwerker und Bauern herabzusehen; nun wurde diese Haltung an Schärfe noch übertroffen durch den Unternehmergeist, der die „Hände", die Fabrikarbeiter, verachtete, und leider manchmal auch durch das Akademikerselbstbewußtsein, das sich, oft bar jeder pädagogischen Liebe, ehrfurchtsvoll und ehrbedürftig an die gesellschaftlich herrschenden Klassen klammerte. Der traurige Ausgang der Revolution wirkte verschärfend auf die Gegensätze der Stände und Parteien in Deutschland. Die Konservativen freuten sich, wenn den Liberalen vorgeworfen wurde, sie hätten sich gedrückt und die armen Teufel auf den Barrikaden und im Bürgerkriege bluten lassen. Es ist eine der merkwürdigsten Folgen der Revolution, daß der kleine Mittelstand bei uns für lange Zeit politisch tot war. Die Revolution hatte ihn sozial zersetzt, er fand sich nicht mehr zusammen und verzichtete meist lieber ganz auf staatsbürgerliches Wollen, als daß er von neuem viel aufs Spiel gesetzt hätte. Das beste war eben doch, so sagte man sich hier, möglichst schul-, militär- und obrigkeitsfromm zu werden, dann kam man wenigstens materiell voran. Geistige und wirtschaftliche Momente wirkten zusammen, um aus den stabil gerichteten Urinstinkten von Handwerkern und Landwirten Material zu formen zum Aufbau der Partei der Gegenrevolution.

Die Parteien, die sich auf den Boden der Revolution stellten, hatten ihre eigenen Anhänger durch Uneinigkeit, Zank der Häuptlinge und schwer verständliche Verfeinerung der Programme in Verwirrung gesetzt. Man sah zumeist nicht das letzte, sondern das nächste Ziel; und da war es ja immer viel bequemer, eine neue Sondergruppe zu gründen, als mehrere bestehende Gruppen zu einer größeren Einheit zusammenzufassen. Gerade der Zwist zwischen den Nachbarn und Vettern war am heftigsten — so der zwischen den Vereinbarungsliberalen und den liberalen Zentralisten der Paulskirche, zwischen den evolutionären Demokraten und den Sozialrevolutionären. Sehr häufig wogen die Fraktionen in den Volksvertretungen zahlenmäßig einander auf, so daß die eine immer die positiven Vorschläge der andern zu Fall bringen konnte und infolgedessen lange gar nichts geschah. Also wurde, trotz der Bemühungen Einsichtiger, der Streit selbst der Inhalt des Handelns. Die Freude an der Diskussion war besonders zu Anfang groß, denn es war der neue politische Lebensstil; Beschlüsse und Kundgebungen wurden sehr wichtig genommen, der deutsche Sinn für Komplikation, die Begabung fürs Theoretische schwelgten sich aus, Protokolle und bedrucktes Zeitungspapier garantierten die Unsterblichkeit jeder Rechthaberei. Der Rück-

schlag kam als Anbetung der positiven Machtentfaltung, der „rettenden Tat", also alles Autoritativen, und sollte den Ausgleich bedeuten für das Gefühl der eigenen Schwäche und Unsicherheit. Der Bankerott der Revolution war auch ein Bankerott der großen Worte. Das Pathos hatte keine Tatsache verändert. Man glaubte nicht mehr daran.

Nach einem englischen Sprichwort ist jeder Liberale in Gefahr, ein Narr, jeder Konservative in Gefahr, ein Dummkopf zu werden. Die deutsche Gegenrevolution war in einem Punkt der Revolution überlegen: sie organisierte die Nichtintelligenz besser, als diese die Klugheit organisiert hatte. Vor 1848 hatte es sehr viele konservierende Elemente in Staat und Gesellschaft gegeben; erst nach 1848 gab es eine konservative Partei. So wie die Gegenreformation an Zucht, Geschlossenheit und durchgebildeter Haltung die Reformation weit übertraf, so geschah es nun auch bei der Gegenrevolution im Verhältnis zur Revolution. Sie setzte den Willen gegen die Begeisterung, die Gewalt gegen die Stimmung, die ruhige Tat gegen den Rausch des Erlebnisses, die Stabilität der Dinge selbst gegen labile Lebensform — Klasse, Gruppe, geformte und geführte Masse gegen das anarchisch Individuelle.

Altpreußen war sicher das unrevolutionärste Gebiet in ganz Deutschland. Hier gab es nichts von Verschwendung, keinen Überschwang an Ideen und Leidenschaft wie im Süden und Westen, auch kein zähes, anspruchsvolles Rechtsgefühl wie im Niedersächsischen. Die Revolution entfernte das Altpreußentum von Deutschland mehr als je. Die Hoffnung auf ein deutscheres Preußen erhielt sich dennoch weiter; zunächst versteifte sich freilich dieses Preußen in seinem eigenen Stil und sammelte auf seine harte, rauhe, nüchterne Art Kraft an, unliebenswürdig, aber diszipliniert. Der Haß gegen alles „Demokratische", der vom militärischen und bürokratischen Berlin ausging, war schon deshalb so unerbittlich, weil sich das böse Gewissen regte, wegen des vielen angetanen Unrechtes. Feindseliger als etwa in Wien wirkten hier alle Maßnahmen — Prozesse, Zeitungskontrolle, Beamtenverfolgung —, deren Zweck es war, den staatsbürgerlichen Stolz zu zerstören. Diese Demokraten- und Kommunistenhetze ist vom „Kladderadatsch" schon am 31. Dezember sehr hübsch verulkt worden. Eine „türkische Verordnung" sei ergangen, schreibt er, um alle Sinnbilder der roten Republik zu zerstören: die rote Farbe sei ein für allemal abgeschafft, der Regenbogen solle in Zukunft nur aus fünf Farben bestehen; die Vögel hätten rote Federn abzulegen; das Blut, dieses gefährliche Sinnbild, sei den Demokraten abzuzapfen; rote Nasen seien einzeln abzuliefern, um in Scheidemünze umgeprägt zu werden; Rotköpfe und Rotbärte sind einzufangen und abzuschneiden; den Damen sind rote Schleifen verboten, ebenso die Schamröte; die Abend- und die Morgenröte sind abgeschafft, und danach sind alle Gedichte zu ändern, zum Beispiel:

„Lenore fuhr zur Frühstückszeit
Empor aus wilden Träumen."[15])

In Frankfurt erschien Ende April 1849 eine Zeitungsnummer, die eine getreue persiflierende Wiedergabe der Kreuzzeitung darstellt. Das auch pressegeschichtlich besonders denkwürdige Blatt nennt sich „Neueste Preußische Zeitung", „Für Unsinn und Lüge". Unter den mitgeteilten Ernennungen ist bemerkenswert:

Waldeck sei mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, in dem v. Kirchmann das Justizministerium übernehmen solle, und v. Bismarck-Schönhausen habe wegen seiner trefflichen antidiluvianischen Rede am 21. April das Prädikat „Alleruntertänigster Untertan" erhalten[16]).

Das borussische Selbstgefühl beschwor auch zur Abwehr der deutschnationalen und freiheitlichen Forderungen immer wieder die Gestalt Friedrichs des Großen. Die Statuten des Preußenvereins für konstitutionelles Königtum vom 21. Mai 1848 verlangten als Hauptsache die Festigung des Staates des großen Friedrich. In einem Flugblatt, das den Prinzen von Preußen als Reichsfeldmarschall empfahl, war auf den Sinn und Geist der preußischen Geschichte und des Werkes Friedrichs beweiskräftig Bezug genommen[17]). Ein Exemplar des preußischen Verfassungsentwurfes wurde von seinen heftigsten Gegnern an der Stelle verbrannt, wo das Denkmal Friedrichs des Großen Unter den Linden errichtet werden sollte[18]). Die Reformpartei wollte aber den großen Alten mit all der magischen Kraft seines Genies nicht dem Altpreußentum gönnen. Ein anderes Flugblatt läßt Friedrich aus dem Elysium einen Brief an „seine lieben Berliner" schreiben, in dem es in friderizianisch angefärbter Sprache heißt: „Ich sah noch die Strahlen der heraufdämmernden Freiheit. Ich zürnte auf Deutschland, daß es noch grabesstill geblieben war — der Genius lag noch in tiefem Schlummer. Als ich hinüberging, müde, über Sklaven zu herrschen, war mein letzter Hauch ein Segen für die, die nach mir kommen sollten als Befreier der Menschheit. Wenn der Name Preußens ferner strahlen soll in unvergeßlichem Ruhme, so werdet mit Hingebung Deutsche[19])." Und ähnlich meint es das etwas komische Festgedicht, das gelegentlich der feierlichen Aufstellung der Büste Friedrichs des Großen im Friedrichshain, geschmückt mit dem Bilde des Königs auf dem Pferde, verbreitet wurde:

„Sein Bild sei die Devise,
Die zu den Sternen zeigt:
Die Freiheit ist ein Riese,
Dem auch der Fürst sich beugt[19])."

Dieser Kampf um Friedrich den Großen war ein Kampf um die Deutung der preußischen Tradition. Die Konservativen haben christliche Religion, preußische Geschichte und deutsche Politik in ihren wahren Tiefen sicherlich zum guten Teile mißverstanden; es bleibt also nicht eben viel übrig, was sie wirklich verstanden haben außer den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Vorteilen ihres Standes. Sie haben in entscheidenden Dingen versagt und waren beinahe hilflos, wenn sie sich außerhalb ihrer Schranken gestellt sahen. Aber man muß es ihnen lassen: sie waren vorzügliche Geschäftsleute und Familienpolitiker, sie hatten auch immer den Mut, die Macht, über die sie verfügten, zu gebrauchen, ja manchmal die Verwegenheit, mehr Macht anzuwenden, als sie eigentlich besaßen. Ihr Selbstgefühl übertraf jede Hochschätzung, die ihnen von außen entgegengebracht werden konnte: sie diskutierten nicht, sondern sie bestimmten. So erklärten sie jetzt ihre Fideikommisse für nötig im Namen von Recht, Gerechtigkeit und wahrer Freiheit; sie erklärten sie für die Grundlage der staatlichen Ordnung und des gesellschaftlichen Aufbaues. Wer anderer Ansicht war, galt eben als eine Art Anarchist. Der Adel wurde als ein geistiges Gut gerechtfertigt, als

eine angeborene Begnadung an Mut, Entschlossenheit, Erhabenheit und Anständigkeit der Gesinnung. Volk und Nation galten als Abstraktionen; nur die Stände, hieß es, sind eine Realität; Stände können vertreten werden, Vertreter des „Volks", also parlamentarische Abgeordnete, sind ein Widersinn; das individualistische Wahlrecht ist revolutionär. Alle diese Anschauungen gehen ja zurück auf Friedrich Julius Stahl, dessen große Zeit nun gekommen war und der sich bei zahlreichen Reden, Artikeln und Broschüren hören ließ: der Liberalismus, so lautete das Urteil, ist antireligiös, ist Auflehnung gegen die Autorität, ist Emanzipation des Menschen von Gott, ist Überhebung über sein Gebot; der Liberalismus ist die halbe Durchführung des revolutionären Prinzipes, er ist nur der Anfang von Demokratie, Sozialismus und Kommunismus; die Rechtsgleichheit endet mit der Vermögensgleichheit; Ursache aller dieser Unordnung ist die Sünde wider die beiden, von Gott verordneten, zusammengehörigen Prinzipien Staat und Kirche; auf den Glaubensverfall folgt der Sittenverfall, auf den Sittenverfall der Verfall des Wohlstandes. — Industrie und Börse wurden von den preußischen Konservativen zunächst durchaus feindlich behandelt; der Agrarkapitalismus wurde als gut, der Fabrik- und Handelskapitalismus als böse angesehen; später machte Hermann Wagener den feinen Unterschied zwischen heiliger und unsittlicher Industrie.

Da war es schwer, nicht satirisch zu werden. Es geschah häufig. „Die Kunst, ein Preuße zu werden. Mit Gott für König und — nur 5 Silbergroschen" ist ein Beispiel dafür[20]). Die Inanspruchnahme der christlichen Gedankenwelt beschränkte sich aber durchaus nicht auf den ideologischen Unterbau; man wollte den Armen und Unterdrückten auch helfen, man wollte die vom Liberalismus ausgebeuteten und niedriggehaltenen Handwerker- und Arbeiterschichten dadurch politisch erwecken und für die Gegenrevolution gewinnen. Radowitz hat diese Möglichkeiten ganz richtig gesehen. Der Assoziation der freien Gesellen- und Arbeiterverbände wurde die zünftlerische Korporation gegenübergestellt. Rodbertus sprach sich für Gewinnbeteiligung der Arbeiter aus. Im März 1849 legte die Berliner gemeinnützige Baugenossenschaft den Grundstein für neue Arbeiterhäuser in der Ritterstraße — der erste Anfang einer fürsorglichen Lösung des proletarischen Wohnungselends[21]). Auch Viktor Aimé Huber ist hier zu nennen. Das christlich-soziale Moment, die handelnde Karitas, war sicher der sympathischste Zug des preußischen Konservativismus. Er berührt sich hier mit der Entwicklung im Katholizismus und den Bestrebungen, die, zum Teil zu Unrecht, an den volkstümlichen Namen Kettelers angeknüpft zu werden pflegen (vgl. oben S. 449).

Der preußische Staatsprotestantismus wurde, nicht zu seinem Heile, als Helfer und Diener vom Geist der Gegenrevolution in sein System eingeordnet; der Katholizismus hielt sich freier und blieb volkstümlicher; die allgemeine Parteizersplitterung gab ihm große praktische Wirkungsmöglichkeiten, die er auch weiterhin im revolutionären Sinne, als Freund und Verbündeter alles Eigenwüchsigen und Traditionellen, zu seinem Besten natürlich, aber doch nicht wider das Beste des Ganzen ausnutzen sollte. Was der Piusverein in Augsburg am Tage des heiligen Märtyrers Sebastian 1849 als seine Forderung verkündigte, gibt in besonders charakteristischer Prägung die damals allgemein herrschende Stimmung des katholischen Volkstums wieder: „Volle Freiheit, volles Recht in kirchlichen

Dingen wie für uns so auch für alle von uns getrennten Mitmenschen! Aber wohl gemerkt: auch für uns!"

Der Aufschwung der vierziger Jahre hatte Erwartungen erweckt, die die Volksbewegung von 1848/49 nicht ganz erfüllen konnte. Die Gegenrevolution setzte sehr früh ein und hatte bei dem triebhaften Überschwang der Erscheinungen kein allzu schweres Spiel. Die fünfziger Jahre sind nun ein merkwürdiges Widerspiel zu dem Jahrzehnt vorher: statt Blutfülle Blutleere, statt Freudigkeit und fordernder Energie — Kleinmut und Ermüdung. Die Romantik wurde noch einmal aufgekocht; was herauskam, war zumeist leichte Lektüre. Der Fürstenstaat wurde historisierend verklärt; die Gegenwart zeigte statt Farben nur Nuancen. Die Poeten leitartikelten loyal; was Kraft hatte, ging in die Wirtschaft, so wie es Karl Mathy tat. Das neuerrungene Aktienrecht ließ die Unternehmerintelligenz groß werden. Es wurde rücksichtslos, mit einer Art Verbissenheit gearbeitet im nachrevolutionären Deutschland; Politik galt diesen Resignierten als ein ausgeträumter Traum; der Staat wurde denen überlassen, die etwas davon hatten. Die Reaktionszeit rühmte sich später der ökonomischen Erweckung, die sie zustande gebracht hatte. Was hätte es bedeutet, wenn etwas politische und geistige Freiheit dabei gewesen wäre!

Der Aufschwung der siebziger Jahre ist sachlich schon in den fünfziger Jahren möglich gewesen. Nur schwer kam Deutschland über die innere Krise hinaus. Man sagt bei den Ärzten, daß der Mensch noch einmal ganz seine Individualität im Todeskampfe zeigt. So glich auch der Tod der Volksbewegung ganz und gar ihrer lebendigsten Zeit. Die Gegenrevolution merkte das wohl und war bei aller Brutalität ängstlich. Es war nicht mehr dasselbe wie früher. Auch der Fürstentyp änderte sich in Deutschland.

Wir haben unsere Stuarts und Bourbons ja alle behalten; aber diese Revolution, die ein europäisches Ereignis war, zitterte in den Fürstenfamilien lange nach. Ein grobes Republikanertum war aufgetreten und hatte Drohungen ausgestoßen, die nicht so leicht vergessen werden konnten. Wir wissen, daß aber auch der Humanitätsgedanke die Überzeugung von der Republik als der absolut besten Staatsform sehr weit verbreitet hatte. „Wir wollen eine Republik, in welcher nicht die Selbstsucht der einzelnen Klassen, sondern die Bruderliebe das Recht schafft und handhabt", heißt es im „Politischen Wochenblatt" von Gera, am Mittwoch dem 23. August 1848 (Nr. 7). Polizeischergen, Helotentum, Speichelleckerei, hündische Treue sind, so heißt es weiter, der Spott jeder großen Nation und jedes freien Mannes. Julius Fröbel nannte die demokratische Monarchie eine fürstliche Diktatur auf unbestimmte Zeit; nicht jede Republik sei eine Demokratie, aber jede Demokratie müsse eine Republik sein[22]). Aber auch Erzeugnisse, wie der konstitutionelle Katechismus mit seinen zehn konstitutionellen Geboten, die die Monarchie bejahten, gehen mit den Fürsten sehr respektlos um. „Ich bin dein konstitutioneller König, der dich zwar stets nach Kräften angeführt hat . . .", fängt das erste Gebot an[23]). Der „Generalpardon des deutschen Volkes an die Fürsten" beginnt: „Wir von Gottes Gnaden souveränes Volk von Österreich, Preußen usw. finden uns durch die jüngsten Ereignisse gnädigst bewogen, einen Generalpardon für alle politischen Sünden der Fürsten ergehen zu lassen." Und dann werden als Sünden aufgezählt: dreißig Jahre lang aufgeschobene, vor Gott

und Menschen gegebene Versprechungen, Verdummung, Mätressenwirtschaft, Verhöhnung der Armut durch orientalischen Luxus usw. In Berlin sind zum Gedächtnis der am 16. Oktober Gefallenen „Sechs neue Fürstenmörderlieder“ erschienen; häufig genug wurden Berechnungen darüber angestellt, wieviel Millionen die deutschen Fürsten mit ihrem ganzen höfischen Anhange die Allgemeinheit kosteten. Ein solches „Rechenexempel“, das auch die mediatisierten Fürsten umfaßt, kommt auf 1553 fürstliche Individuen und eine Unterhaltssumme von siebzig Millionen Talern. Die deutschen Fürsten waren nun damals durchaus keine blutgierigen Tyrannen größeren Stiles, sondern meist weltfremde, verwöhnte Feudalherrentypen, Uniformträger ohne ernsthafte militärische Interessen, die hilflos erschraken über jeden Anspruch der Untertanen, sich selber auf eine naive Art aber durchaus nichts übelnahmen; immerhin gab es launische und eifersüchtige Despoten wie die Landesväter von Hannover und Kurhessen, phantastisch verworrene Absolutisten wie den bayrischen Ludwig und den preußischen Friedrich Wilhelm. Der republikanische Gedanke konnte durch solche Persönlichkeiten nur gefördert werden. Die Charakterlosigkeit der Fürsten, die alles, was sie hundertmal abgelehnt hatten, nun meist binnen ganz kurzer Zeit bewilligten, bloß um am Ruder zu bleiben, entwaffnete zunächst die Volksbewegung. Beispiele persönlicher Tapferkeit waren ganz selten, Beispiele des Gegenteils desto häufiger. Kein Wunder, daß unter solchen Eindrücken der Gedanke eines Volkskaisertums so viele Anhänger gewann und daß das Republikanertum sehr bald bereute, „vor den Thronen stehengeblieben“ zu sein. Ernsthaft und auch halb scherzhaft wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es nicht das beste wäre, doch ganz und gar mit dem Fürstenwesen aufzuräumen.

Theodor Fontane erzählt, daß mehreren Damen in Berlin prophezeit worden ist, sie würden eines Tages als Präsidentin der Republik durchs Brandenburger Tor einziehen. Die Fürsten, samt ihren höfischen Umgebungen, kamen lange aus Befremdung und Ängstlichkeit nicht heraus; sie kleideten sich bürgerlich, biederten sich an, erklärten, alle Wünsche erfüllen zu wollen, trafen Anstalten zur Sicherung von Boden und Eigentum, schmollten, versteckten sich, verhielten sich dem Auslande, besonders dem Kaiser von Rußland gegenüber durchaus würdelos und bereiteten, falsch und liebenswürdig, die Gegenrevolution vor. Die Liberalen, die Männer der nationalen Reformpartei, die sich vor die Fürsten gestellt haben, konnten dann Erfahrungen sammeln zur Psychologie menschlicher, deutscher und fürstlicher Undankbarkeit. Nach der Revolution kam aber doch ein neuer Fürstentyp auf, dessen bester und erfolgreichster Vertreter Großherzog Friedrich I. von Baden gewesen ist. Nicht als ob diese Herren nicht ein ebenso starkes dynastisches Selbstgefühl gehabt hätten wie ihre Väter; sie sahen aber ein, daß es mit dem ungenierten, interessanten und stürmischen Gottesgnadentum einfach nicht mehr ging; sie gaben sich also bieder-bürgerlich, obgleich sie das oft langweilen mochte, sie betonten ein gesittetes Familienleben, privatisierten und sekretierten etwaige außereheliche Nebendinge, beförderten Kunst und Wissenschaft im braven Zeitgeschmacke, bekannten sich häufig zum Konstitutionalismus und sogar zur deutschen nationalen Freiheit — die Schonung natürlich der fürstlichen Rechte vorausgesetzt: kurz, sie boten der Öffentlichkeit des fleißigen und loyalen Deutschtums in den fünfziger und sechziger Jahren das Bild,

das es gerne sehen wollte, weil es ihm selber glich. So half dies wohlmeinende mittel- und süddeutsche Fürstentum dazu mit, den Übergang zu einer neuen Reformperiode zu gewinnen, die freilich um vieles gedämpfter war als die der vierziger Jahre.

Der Kampf gegen das Fürstentum 1848 war nur zum Teil eine grundsätzliche Verneinung vom republikanischen Standpunkte; schärfer und gewissermaßen praktisch gefährlicher wirkte sich die Ablehnung der Kleinstaaterei aus. Die Mediatisierung ist immer wieder verlangt worden (vgl. oben S. 298f.). Es war doch so, daß man alle Grenzen von 1815 mit Energie und guten Gründen anzweifelte. Die ganze Zersplitterung des alten Reiches wachte wieder auf. Eine Karikatur stellt ganz treffend die 38 Potentaten des deutschen Bundes als Flickschneider dar, die nicht wissen, wie sie den zerrissenen Staatsrock des heiligen römischen Reiches ausbessern sollen; dem deutschen Michel wird deshalb der Rat erteilt, er solle die dummen Flickschneider alle herausschmeißen, die Fetzen in den Walktrog werfen, dort ordentlich durchwalken und dann aus neuem Zeuge einen Rock in neuem Stile schneidern[24]). Man begreift, daß das Frankfurter Parlament die Mediatisierungsfrage schließlich überhaupt nicht fortentwickeln und entscheiden wollte, da es dabei wohl viele Anfänge gab, aber kein Ende. Die Idee des Volkskaisertums und der damit sehr nahe verwandte Traum der deutschen Einheitsrepublik entsprangen eigentlich der Verzweiflung darüber, daß der Partikularismus eben eine uralte deutsche Krankheit war, die gerade in der Revolutionszeit von neuem ausbrach und gegen die es eigentlich nur ein Heilmittel gab — die Gewalt, sei es sozialrevolutionären, sei es cäsaristischen Charakters. Gewiß waren auch manche bescheidener und hofften auf den Erfolg kleiner Mittel. Eine Eingabe aus Hillerstein in der Eifel vom 12. Juni 1848 meinte etwa noch durch eine „möglichst eng begrenzte Erbfolge der einzelnen Fürsten“ die Wiedervereinigung des zerrissenen Vaterlandes erreichen zu können[24]). In einer Flugschrift von Dr. Ludwig Frauer in Tübingen, der Gervinus ein Sendschreiben als Einleitung beigab, wird die Hoffnung ausgesprochen, die Fürsten der kleinsten Staaten würden doch freiwillig ihre Souveränität aufgeben (April 1848)! Die Zahl der Vorschläge, Deutschland eine neue, einfachere Einteilung in eine Anzahl „Volks-Herzogtümer“ oder Kreise zu geben, ist sehr groß. Andere dachten sich wieder viel kleinere Einheiten in der Art der französischen Departements. Wieder andere wollten nur mit 21 oder mehr kleineren Staaten ein Ende machen, so daß dann die übrigen 17 oder noch weniger mit ihrem bisherigen geschichtlichen Namen und der eigenen Überlieferung übrigblieben. Daß Baden nicht dazu gehören sollte und konnte, war die Meinung der meisten; es zeigt sich aber, daß gerade Baden jetzt ein gesundes Staatswesen wurde, eben weil es die Revolution bitter genug ganz bei sich aus- und durchgekämpft hatte. Es meldeten sich auch warme Verteidiger der Kleinstaaten, die auf deren Verdienst um Kunst und Wissenschaft, auf ihren Reichspatriotismus und ihr durch eigene parlamentarische Körper bekräftigtes und bestätigtes Eigenleben hinwiesen[25]). Die Diskussion war, offenbar der Natur des Gegenstandes nach, auf dem rein logischen Wege nicht zu Ende zu bringen. Es gab soviel Arten von Partikularismus, als es Staatstypen in Deutschland gab, und alle beriefen sich auf die alte Libertät. Die beiden Großmächte Österreich und Preußen pochten auf ihren europäischen Charakter und setzten von da aus alles

Nationaldeutsche, Einheitsstaatliche matt. Preußen hatte nichts Eiligeres zu tun, als nach Wiederherstellung des Bundestages die Aufnahmen von Ostpreußen, Westpreußen und des überwiegenden Teiles von Posen in den Deutschen Bund für ungültig erklären zu lassen; es wollte ja nicht weiter den Eindruck erwecken, als „ginge es in Deutschland auf". Bayern, das so gern betonte, der größte rein deutsche Staat zu sein, setzte, getreu dem Geist des Rieder Vertrages von 1813, die europäische Diplomatie in Bewegung, um jede Schmälerung seiner Souveränität durch einen neuen nationaldeutschen Staat abzuwenden (vgl. oben S. 353). Bayern wurde deshalb der klassische Staat eines antinationalen Partikularismus, weil es zu klein war, um selbst der Träger des nationalen Einheitsgedankens zu werden, weil es auch wieder groß genug war, um als ernsthaftes Hindernis nach außen zu wirken und um im Innern selbst das Sondertum der Pfälzer, Franken und Reichsstädter als eine Gefahr für seine Eigenstaatlichkeit zu empfinden; diese beruhte ja nur auf der schwachen Dynastie, dem damals recht ungepflegten Militär und der Bürokratie, die als die bürokratischste in Deutschland gelten durfte. Friedrich Rohmer nennt einmal Bayern das Musterbild bürokratischen Elends[26]). Die bayrische Eigenstaatlichkeit war aber durchaus nicht auf einem einheitlichen Stammesbewußtsein begründet, wie etwa die württembergische, sondern war, ganz wie die preußische, ein „Reichsgedanke", der Ausdruck des von zentralen Organen getragenen autoritären Machtwillens eines Minderheitsstammes gegenüber der Mehrheit, klerikal gefärbt, so wie der preußische protestantisch-positiv gefärbt war. Wie Bayern seine „Reichsräte" besaß, prägte das damalige Preußen seine „Reichstaler". Darin lag schon die symbolische Verneinung eines gesamtdeutschen Reiches.

In der Kleinstaaterei endlich rang auf sonderbare Art der Stammespartikularismus mit dem Fürstenpartikularismus. Es gab eine birkenfeldische, gegen das Hauptland Oldenburg und gegen den umfassenden Nachbarstaat Preußen gerichtete Sondergesinnung; es gab aber auch eine gesamtoldenburgische Staatsidee, die dieselben Ansprüche machte wie etwa die hannoversche. Ebenso gab es einen gesamtmecklenburgischen, aber auch einen schwerinschen, strelitzschen, ja einen rostockischen und wismarischen Partikularismus; es gab thüringische Stammesgesinnung und einen gothaischen, erfurtischen, weimarischen Lokalpatriotismus; der eine gönnte dem anderen durchaus nichts und war wenig gut auf ihn zu sprechen. Alle diese Triebe und Schwingungen deutschen Volkstums waren in der Revolutionszeit sichtbar und fühlbar geworden; die ganze deutsche Staaten- und Stammesgemeinschaft benahm sich wie eine Gesellschaft von Blutsverwandten, die sich abwechselnd zanken und vertragen, die sich die Wahrheit auf eine spitze und schnöde Manier zu verstehen geben, aber doch immer weiter voneinander Gebrauch machen, nicht nur weil sie aufeinander angewiesen sind, sondern weil sie eben doch aneinander hängen. Der Krach ist Dauererscheinung, aber unmöglich wäre der Bruch.

*

Die nationale Zusammengehörigkeit, die nationale Lebensführung waren in Deutschland längst vorhanden, ehe es eine kräftige nationale Daseinsform gab. Deshalb war die Sehnsucht der Vorgeschrittenen so groß; man schämte sich

geradezu, so reich zu sein und doch so unfertig. Die Revolutionszeit von 1848/49 brachte den deutschen Nationalgedanken mit einer Wucht, mit einem Adel zum Durchbruch und zum Bewußtsein seiner selbst wie niemals vorher und nachher. In früheren Zeiten war die Gesamtheit nicht so erfaßt worden, und die späteren Zeiten waren satter und gesetzter. Der Gedanke von der starken deutschen Nation, die sich nun ihr starkes Reich erschüfe, war bei weitem das mächtigste Moment des Zeitgeschehens; er erfüllte und umfaßte alle führenden Deutschen, von Radowitz bis Robert Blum; er drängte für die Mitlebenden alles andere, das Liberale, das Demokratische, das Soziale in den Hintergrund — vielleicht zu sehr. Immer wieder haben die Männer des Frankfurter Parlaments in dem noch unvollendeten Kölner Dom das Symbol dieses deutschen Reiches der Zukunft begrüßt: so wie der Dom werde auch dieses Reich eines Tages fertig sein und stolz aufragen. Franz Raveaux rief einmal mit feierlichem Ernst den Versammelten zu: „Reißen Sie eine Säule aus diesem Dome, und er wird zusammenstürzen und als Ruine daliegen, er kann nur erhalten werden in seiner großartigen Einheit.“ Und dann führte der Kölner die uralte Stadtdevise seiner Vaterstadt an, zum Beweise, wie sehr er sich an das Reich gekettet fühlte:

„Halt faß am Rich, do kölsche Boor,
Un mag et fallen söös of soor!“

(Halt fest am Reich, du kölnischer Bauer, mag es nun fallen süß oder sauer)[27]. Der Reichsgedanke erweckte durch die absolute und endgültige Art seines Auftretens Widerspruch, Kritik und Ablehnung. Das deutsche Nationalgefühl war ja selbst erstarkt erst durch die Abwehr jeder Fremdherrschaft in der Franzosenzeit und später; nun erfüllte es sich mit dem positiven Inhalt eigener Forderung. Schleswig-Holstein wurde deshalb das Schicksalsland der Zeit. Nichts wurde der preußischen Regierung so übelgenommen als ihr Versagen in dieser nationalen Angelegenheit: erst sie aufnehmen, dann wieder fallenlassen, erst Hoffnungen erwecken, dann zurückweichen, sich in Widersprüche verwickeln, fremde Eingriffe ertragen, sich aber vor der Verantwortung drücken und zuletzt die Patrioten der Herzogtümer völlig preisgeben — das hat auch die wärmsten Anhänger der preußischen Mission in Deutschland auf das schwerste verstimmt und allen Kritikern in Wien, in Bayern und bei der Frankfurter Reichsverweserschaft billige Sympathien verschafft[28]. Daß Preußen ein russisches Hilfskorps auf posenschen und schlesischen Eisenbahnen nach Ungarn beförderte — das preußische Ministerium erteilte dafür die dringendsten Befehle wie bei einer eigenen Mobilmachung[29]: dies war sicher ganz im Geist der Gegenrevolution und im Geist der Bundesbruderschaft mit den absolutistischen Kaiserstaaten gehandelt, verletzte aber deshalb das deutsche Nationalgefühl stark; wie wirksam zeigte sich doch die Internationale der Reaktion! Sie war die erste Internationale von praktischer Bedeutung.

Als die Kaiserdeputation auf dem Wege nach Berlin in Hannover stürmisch gefeiert und besonders dem alten Ernst Moritz Arndt begeistert gehuldigt wurde, wehrte dieser ab mit den Worten: „Nicht mir, nicht mir! Dem Glück der Zeit gebührt dieser Spruch, der unbezwinglichen Gewalt des deutschen Geistes. Er

reist durch die ganze Welt, er wird an Kaliforniens öder Küste wie im Innern Asiens grünen und gedeihen. Wohin ein Reis dieses ewigen Baumes gesteckt wird, wird es in grünes Laub schießen, wird es mächtige Stämme zeugen. Dem Geist der Wissenschaft, dem Geist der Liebe, dem Geist der Treue, dem Geist der Ausdauer, dem Geist der Tat, dem deutschen Geist ein Hoch[30])!" Noch herrschte in diesen Tagen der Glaube, der deutsche Geist werde mit seiner Allgewalt den Widerstand doch noch bezwingen. Arndt hat ja „die Rechte der Deutschheit", von denen der Verfassungsausschuß in seinen Motiven zur Reichsverfassung spricht, mit einer Entschiedenheit in Anspruch genommen, bei der die meisten doch nicht mitkonnten. Belgien, Holland, die deutsche Schweiz bezeichnete er in seiner Frankfurter Rede vom 19. Juli 1848 als die abgerissenen Teile des großen Germaniens, in dessen Schoß sie eines Tages zurückfallen müßten[31]). So wuchs aus dem Bewußtsein des Volkstums der Volksgeist, so wuchs aus dem sich staatlich wollenden Volksgeist das Nationalgefühl, so wuchs aus dem sich zu seiner letzten Konsequenz steigernden Nationalgefühl der Nationalismus. Das war eine ideelle Entwicklung, der gegenüber sich die Tatsächlichkeit des österreichischen Kaiserstaates, der preußischen Großmacht und der Kleinstaaterei ablehnend verhielt. Der deutsche Nationalgedanke trug revolutionären Charakter. Er stand gegen die Dynastien und den Partikularismus in jederlei Gestalt. Das deutsche Volk wurde national, indem es zum Leben erwachte; die Einzelstaaten wehrten sich dagegen, denn sie waren antinational und wollten es bleiben, um ihrerseits weiterzuleben.

In der Frankfurter Paulskirche ist einmal wunderschön gesagt worden, es sei zu befürchten, der preußische Landtag werde das eiserne Rad in der goldenen Repetieruhr des Reiches sein[32]). Man kann die ungelöste, vielleicht unlösbare deutsch-preußische Problematik nicht besser veranschaulichen. Im Anfang der Revolutionszeit schien der Geist der Burschenschaft zu siegen; die Bewegung schloß mit dem Triumph der Korps: die Borussen, die Sachsen und Westfalen schlugen die Alemannen, Germanen und Teutonen. Erst 1852 verschwand auch die schwarz-rot-goldene Fahne vom Frankfurter Bundespalais. Die Mehrzahl der Bundestagsdiplomaten hätte sie gern als Symbol der nationalen Zusammengehörigkeit, im Interesse der Volkstümlichkeit des wiedererstandenen Bundestages, weitergeführt. Die notwendige Einstimmigkeit war aber nicht zu erzielen[33]). Preußen bekämpfte ebensosehr die deutsche Fahne wie die deutsche Flotte. Bei gutem Willen wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, die deutsche Flotte nach dem Wunsche der nordwestdeutschen Küstenstaaten für den Deutschen Bund zu erhalten. Preußen wünschte aber neben seiner eigenen Flotte keine andere. Wieder siegte das Großmachtsinteresse des Einzelstaates über eine gesamtdeutsche nationale Angelegenheit, die freilich herabgesunken war zu einem Spekulationsobjekt der Kleinstaaterei. Die Bitterkeit aller Reichspatrioten von 1848 über das schmachvolle Ende von Fahne und Flotte, dieser Heiligtümer der großen Volksbewegung, behält trotzdem ihr Recht.

Man kann genau beobachten, wie sich der nationale Gedanke, das große allumfassende Erlebnis des Revolutionsausbruches, im Laufe der Ereignisse vergröberte. In der Idee und in dem letzten Ziele lag etwas, was überwältigte und einigte; die Wege der Ausführung liefen auseinander und kreuzten sich wohl gar.

Die Erbitterung gegen dänische Übergriffe ist vielleicht die dauerhafteste Stimmung der Zeit. Das Mißtrauen gegen Rußland erhielt sich im Westen und im Süden Deutschlands trotz aller Versicherungen, die aus Berlin kommen mochten. Einen antifranzösischen patriotischen Ausbruch hervorzubringen, wurde mehrmals zu Ablenkungszwecken versucht, aber mit geringem Erfolge. Sehr empfindlich war jedoch die Öffentlichkeit gegenüber jedem Verdachte einer direkten Verbindung mit dem Auslande. Die Hetze gegen Preußen fand kein schlagenderes Argument als die Abhängigkeit der preußischen Politik von der russischen — und daß da ein besonderes Vertrauensverhältnis seit den Freiheitskriegen bestand, daß ohne Rußland Preußen wahrscheinlich ganz verschwunden, jedenfalls nie wieder zur europäischen Großmacht angewachsen wäre, entsprach ja auch der geschichtlichen Wahrheit. Ein Flugblatt schildert einmal die nächste Zukunft Berlins im Stile der Berichte über Napoleons Rückkehr aus Elba. Zuerst heißt es, daß die Russen, das kannibalischste Volk Europas, an der Grenze stünden, und der Schluß lautet: Der edle Kaiser Nikolaus hält auf strenge Mannszucht; die befreundete Nation, die erhabenen Russen, sind unsere willkommenen Gäste[34]). Die Gegenrevolution brandmarkte dafür ihrerseits die Demokratie und den Kommunismus, die sie mit Absicht zusammenwarf, ja identifizierte, durch den Vorwurf des Internationalismus. Gewiß gab es eine kommunistische Internationale, wenn auch nur erst als Postulat einer kleinen Verschwörergesellschaft. Gewiß haben bürgerliche Evolutionäre wie etwa Venedey und Robert Blum allzuviel Vertrauen auf die Humanitätspolitik der zweiten französischen Republik gesetzt. Eine wirklich ernsthafte politische Verbindung hat zwischen den Demokraten auf den beiden Rheinufern viel weniger bestanden als innerhalb des Fürstenkonzerns, der die Volksbewegung bekämpfte.

In einer Reihe von Äußerlichkeiten wurde wohl der englische und französische Parlaments- und Revolutionsstil nachgeahmt. Vincke nannte nach englischer Art die Abgeordneten nie bei ihrem Namen, sondern immer nach ihrem Wahlkreise und fand Nachahmer; man sprach, wie oben erwähnt, von „Bürgern" und „Bürgerinnen", von Kommissaren und Kommissariaten, man gründete Wohlfahrts- und Sicherheitsausschüsse, man nannte die Fürsten mit dem Vornamen und dem Familiennamen nach dem Vorbild von Ludwig Capet. Eine „deutsche Marseillaise" wurde versucht, konnte sich aber nicht durchsetzen. Sie begann:

„Heraus, mein Schwert, mein stolzes Schwert,
Heraus aus deiner Scheide!
Ich weihe dich, ich taufe dich
Mit immer neuem Eide."

August Braß dichtete unter der Überschrift: „Vive la liberté!" einen Gruß an Frankreich, am ersten Tage der freien Presse in Preußen; er umfaßt 27 Strophen:

„Ich grüße dich — und weithin hall' es wieder,
Ich grüße dich aus gläubigem Entzücken,
Gelobtes Land, zu dem die Völker blicken,
Dich grüß ich mit dem besten meiner Lieder."

Das war unreife Schwärmerei, die gar nichts Positives bedeutete, aber der Volksbewegung in den Augen der national Empfindlichen schaden mußte und auch geschadet hat. So enthielt das „Märzenbüchel“, eine Unterweisung für unstudierte Leute über die Proklamation vom 6. März in München, den Anhang über die französische Glückseligkeit (Augsburg 1848): „Wir haben allerlei Freiheiten bekommen, aber vor einer Freiheit bewahr uns Gott — vor der französischen . . .“, heißt es da. „In Frankreich haben sie einen König fortgejagt und haben dafür jetzt fünf Könige.“ So erleichterte es die Französelei allen Vertretern der alten Gewalten, sich selbst als das wahrhaft Deutsche, das Neue aber als eine geschmacklose Ausländerei hinzustellen. In Wirklichkeit war die Revolution von 1848/49 im großen und im kleinen etwas Urdeutsches; ausländische Vorbilder wirkten als Mummenschanz, in tieferem Sinne auch als Anregung; es war gerade ein ausgesprochen deutscher Zug, sich an der geschlosseneren und schon vollendeten nationalen Gestalt der Nachbarn zu messen und so Mut und Kraft zum eigenen Weg zu gewinnen.

Im Frankfurter Parlament sind Montesquieu, Rousseau, Sieyès, Mirabeau beschworen worden; man hat mit ihren Worten Beweise zu erbringen versucht, man hat um ihre Deutung gestritten[35]). Über Mirabeau wurden mehrere besondere Flugschriften veröffentlicht; die große französische Revolution war noch so lebendig als die Zeitgeschichte der väterlichen Generation, daß sogar die Namen der Führer und der Parteien, oft irreführend, zur Kennzeichnung der Gegenwartserscheinungen gebraucht wurden: man sprach von einer deutschen Gironde, von einem deutschen Necker oder Danton. Schärfere Köpfe empfanden dabei überwiegend den ungewollten Witz. Der große erste Napoleon warf aber noch leibhaft seinen mächtigen Schatten auf die deutsche Volksbewegung; wer den Geist des Rheinbundes bekämpfte, der bekämpfte auch ihn; seine Schöpfungen, sein Geist und Wille ragten gigantisch in das Leben von 1848 hinein; die Bauern am Rhein, meinte Wernher von Nierstein, hätten sicher Louis Napoleon zum Präsidenten gewählt, wenn sie noch zu Frankreich gehört hätten[36]). So wirkte auch hier Magie von Name und Gestalt; sie verkündete den Weg der Überwindung der Revolution durch den autoritären, monarchischen Machtstaat.

Viele hofften im Anfange, daß es nicht so zu kommen brauchte. Man berief sich warnend auf die englischen Kritiker der großen französischen Revolution, auf Edmund Burke vor allem, auch auf Adam Smith und Macaulay. Der Kampf um Sinn und Bewältigung der deutschen Revolution spielte sich manchmal als ein Ringen zwischen der parlamentarisch-geschichtlichen Zucht, Ordnung und Freiheit englischen Stils und dem intellektualistischen Radikalismus französischen Stils ab. Sogar Arndt verschmähte es nicht, getreu seinem Lehrmeister, dem Freiherrn vom Stein, pädagogisch beschwörend auf das beruhigende Muster englischer politischer Selbstbeherrschung hinzuweisen. Viel mehr als die französischen Geschichtsreminiszenzen hat das englische Beispiel auf die praktische Arbeit des Frankfurter Parlaments eingewirkt. Arnold Ruge bezog sich auf die Gewaltenlehre der Junius-Briefe; Lassaulx nannte den Grundriß der englischen Verfassung das Ideal aller konstitutionell-monarchischen Verfassungen; über das absolute Veto stritten Mittermaier, Vincke, Dahlmann mit Beispielen aus der englischen Politik; Karl Vogt verglich die deutsche Überfülle an Beamten mit der Sparsamkeit

der englischen Selbstverwaltung, geißelte aber freilich die Mißstände bei englischen Wahlen; Mittermaier wieder rühmte das englische Gesetz über die Beamtenverantwortlichkeit als ein Meisterwerk, das erste und vorzüglichste in ganz Europa: „Man kann nichts Besseres tun, als es ganz einfach übersetzen[37]." Die Grundrechte des deutschen Volkes sind wiederholt greifbar beeinflußt von der Habeaskorpusakte.

Der universale deutsche Geist hatte sich die Weltliteratur als Ausdruck und Wirkungsfeld des Deutschtums geschaffen; er hatte diese empirische Weite mit dem Sternenzelt der Philosophie kosmisch überwölbt — nun rang er um den nationalen Staat, im Wettbewerb mit den bestehenden Nationalismen, das Wirkliche aus Wissens- und Gerechtigkeitstrieb ganz und gar umfassend, ins All hinausschweifend, auf der Suche aber immer nach seinem eigentlichen Ich.

Arnold Ruge stellte am 23. Juli 1848 in der Paulskirche den Antrag, einen Völkerkongreß ins Leben zu rufen zu dem Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung, da „der bewaffnete Friede durch seine stehenden Heere den Völkern Europas eine unerträgliche Bürde auferlegt und die bürgerliche Freiheit gefährdet". Ruge wies hin auf Lamartines Kundgebungen, auf die englischen Bestrebungen, eine europäische Entwaffnung herbeizuführen, auf den Verzicht der Vereinigten Staaten von Amerika auf ein stehendes Heer: die drei großen Nationen Europas, Deutschland, England und Frankreich, müßten sich einigen — Rußland könne dann nicht in der Isolation bleiben; eine neue demokratische und republikanische Ordnung sei nur auf diesem Wege möglich. In der Debatte nannte Beckerath einen „allgemeinen Völkerbund" zwar nicht eine Utopie, aber eine Anticipation. Ruges Antrag fand keine Mehrheit. Geistesgeschichtlich ist er von hohem Interesse; für den Kampf des Tages von damals konnte er nur als Kuriosität wirken[38]). Der geschlossene und kräftige deutsche Nationalstaat blieb das nächste Ziel; was nachher kam, war Sache der Späteren. Deshalb fand auch der Gedanke des Abgeordneten Sepp, ein deutsches Herrschergebiet in Mitteleuropa zu schaffen, nur ungläubige Verwunderung: ein Zollbund als weltpolitischer Block auf dem europäischen Kontinent, Deutschland und den österreichischen Kaiserstaat mit allen seinen verschiedenen Nationalitäten umfassend — die Idee war großartig, widersprach aber durchaus der Vollendung des Deutschtums im Nationalen schlechtweg, die der überwiegenden Mehrheit des Frankfurter Parlaments als das Oberste galt[39]). Der erbitterte und wahrhaft haßerfüllte Kampf zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen beruht ja auch auf einer Invertierung und Pervertierung dieses überempfindlich gewordenen Nationalgefühls; am Ende der Revolutionszeit überwog dieser Haß jede andere Stimmung in Deutschland, auch gegenüber irgendeiner ausländischen Gewalt, und ließ guten Beobachtern die Auseinandersetzung auf kriegerischem Wege als unvermeidbar erscheinen.

Wenn Ruge und Sepp bei ihren Vorschlägen die Aufmerksamkeit auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika hinlenkten, so schlugen sie damit eines der wirkungsvollsten Motive des politischen Denkens der Zeit an. Die Deutschamerikaner selbst wiesen ja immer wieder ihre ehemaligen Landsleute auf die Einrichtungen der neuen Heimat hin. Schon 1847 wurde ein Flugblatt mit dem Datum New York, 25. Mai 1847, als lithographierte Handschrift in den Gegenden am Rhein und Main verbreitet; der Text warnte die Deutschen vor dem

Glauben an hohle Deklamationen, vor dem fürstlichen Militärdienst, vor den Pfaffen, den Wortführern jeder nichtswürdigen Regierung, vor den Bürokraten und Despoten, die alle Versprechungen gebrochen haben, vor den „superklugen Gelehrten"; Deutschland solle sich erheben, sich die Republik erkämpfen; es soll praktisch werden — dann wird es auch frei sein[40]). Dieser Revolutionsaufruf ist dann mit dem Datum 25. März 1848 als „Zuruf eines Deutschen aus Amerika" von August Stritt in Frankfurt gedruckt und als Flugblatt verbreitet worden.

Nach Revolutionsausbruch fanden in den drei Zentren des Deutschamerikanertums, im mittleren Westen, Pennsylvanien und New York Massenversammlungen statt, die in Adressen ihre Sympathien mit der deutschen Volksbewegung aussprachen. „Verjaget alle Fürsten und schafft vollkommen freie Republikaner!" heißt es in dem Aufruf der Deutschen Philadelphias. 494 Deutschamerikaner unterzeichneten die „Adresse der deutschen Brüder in dem freien Staatenbunde Amerikas an das deutsche Volk" vom 19. April 1848; das Schiff „Washington" brachte diese Adresse nach Bremen, zugleich mit einer Gabe von 3500 Dollar — es hatte zwei Flaggen gesetzt, die amerikanische der Streifen und Sterne und das deutsche Schwarz-Rot-Gold[41]). Am 29. Mai wurde diese Adresse in dem Frankfurter Parlament mitgeteilt; ihren Verfassern brachte die Versammlung ein Lebehoch — der einzige Fall dieser Art. Die Deutschamerikaner bemühten sich auch, überall in den Zeitungen und Zeitschriften der Union Verständnis für die deutsche Volksbewegung bei ihren Mitbürgern anderer nationaler Herkunft zu erwecken. Die Flüchtlinge, die nach den ersten republikanischen Schilderhebungen hinübergingen, Hecker an der Spitze, entfalteten eine unermüdliche Agitationstätigkeit, vor allem auch mit der Absicht, Geldmittel zusammenzubringen. Hecker hielt eine große Anzahl Versammlungen ab; Konzerte und Basare wurden zum Besten der deutschen Volksbewegung veranstaltet; republikanische Arbeitsausschüsse bildeten sich an vielen Orten. Eines der seltsamsten Erzeugnisse dieser Bemühungen ist wohl das öffentliche Preisausschreiben im „Philadelphia Democrat" vom 10. Januar 1849; danach hatte sich in den Vereinigten Staaten eine besondere Gesellschaft mit dem Zwecke gebildet, Geldmittel bereitzustellen zur Ermordung deutscher Fürsten und Aristokraten. Eine Proklamation an das deutsche Volk setzte zunächst auf den Kopf des Kaisers Franz Josef 25000 Gulden, auf den Kopf König Friedrich Wilhelms IV. 20000 Gulden, auf den Kopf eines Königs, Kurfürsten, Großherzogs oder Herzogs der Mittel- und Kleinstaaten je 10000 Gulden. Der Aufruf ging in mehrere andere amerikanische Blätter über und wurde in der deutschen, besonders der württembergischen Lokalpresse vielfach abgedruckt. Das Frankfurter Gesamtreichsministerium beauftragte den Reichsgesandten v. Rönne mit Nachforschungen und ermächtigte ihn, die gerichtliche Verfolgung der Urheber solcher aufreizenden Bekanntmachungen zu veranlassen. Nach Rönnes Feststellungen bestand eine förmliche Gesellschaft gar nicht; die ganze Sache war von einem gewissen Wullenweber, einem allgemein gemiedenen Menschen, als eine Art grober Spaß aufs Tapet gebracht: niemand dächte daran, auch nur einen Heller zu zahlen; es sei eine Wichtigmacherei, von der am besten keine Notiz zu nehmen sei; gerichtlich käme nur ein Injurienprozeß in Betracht, dessen Ausgang unbestimmt sei, der aber sicher zur Ergötzung des amerikanischen Publikums dienen würde[42]). Übrigens wurde Wullenwebers Proklamation von

vielen amerikanischen Organen auch stark gemißbilligt. Der „Republikaner“ von Cincinnati schrieb: Georg III. hat Prämien auf das Leben der amerikanischen Patrioten gesetzt; diese Männer dachten aber viel zu edel und erhaben, als daß sie die Aufforderung zu ihrer Ermordung mit Gleichem vergolten hätten[43]).

So sprach also, manchmal auf wunderliche Weise, Amerika zu Deutschland. Ernsthafter und stärker war Deutschlands Antwort, denn sie war getragen von einer großen Sehnsucht. Die Verfassung der Vereinigten Staaten wurde immer wieder als das Beispiel aller Beispiele empfohlen. Eine Stuttgarter Broschüre veröffentlichte nicht nur sie, sondern auch die der Einzelstaaten Pennsylvanien und Texas, zugleich mit den Verfassungen von Belgien, Norwegen, der Schweiz und England. Andere Autoren unternahmen Ähnliches. Dr. Eduard Vehse verlangte eine deutsche Bruderrepublik, einen Freistaat „der Deutschen Vereinigten Staaten“, mit Beibehaltung der Selbstregierung von den Gemeinden bis herauf zu einer Gliederung nach Stämmen unter fürstlichen Herrschern. Nach dem Erscheinen der Grundrechte wurden in einer badischen Flugschrift die Menschenrechte der Vereinigten Staaten der Arbeit der Paulskirche mit scharfer Kritik gegenübergestellt; musterhaft habe die amerikanische Verfassung außerdem das demokratische Element verschmolzen mit dem repräsentativen und föderativen. Theodor Hilgard, ein Flüchtling der dreißiger Jahre und selbst lange in Amerika gewesen, ließ eine Schrift erscheinen: „Eine Stimme aus Nordamerika“, in der er sich zum Ideal des dortigen Bundesstaates bekennt: zwei Kammern, suspensives Veto, verantwortlicher Präsident mit kurzer Amtsdauer, der aber, im Gegensatz zu drüben, nicht wiederwählbar sein soll. Mehr wissenschaftlichen Charakter trägt die Abhandlung des Doktors der Rechte und der Philosophie Johann Joseph Roßbach: „Die Bundesverfassungen in historisch-politischer Entwicklung“ (Würzburg 1848). Er verlangte organische Bundesreform in Deutschland nach dem Vorbild Nordamerikas, das dabei seine Exekutive nicht genug entwickelt habe. Graf Robert v. d. Goltz dagegen ist der Meinung, die nordamerikanische Verfassung sei an sich für kein europäisches Land maßgebend, enthalte aber zahlreiche Elemente, die mit dem monarchischen Prinzip vereinbar wären, und Hermann Abeken warnt vor theoretischer Übertragung fremder Verfassungen auf Deutschland; in Deutschland bleibe die monarchische Regierungsform der Vereinigungspunkt der Sonderinteressen, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, deren geschichtliche Entwicklung er beleuchtet. Rönne selbst weist schon in seiner Kandidatenrede am 28. April 1848 auf die amerikanische Bundesverfassung hin, erläutert aus eigenem Studium ihr Wesen und prophezeit, daß neben einen deutschen ein italienischer, ein skandinavischer und ein slawischer Bundesstaat treten werde[44]).

Die äußerste Linke der Paulskirche hat bereits in ihrem ersten Parteibericht vom 1. August 1848 als Vorbild für den zukünftigen deutschen Gesamtstaat die nordamerikanische Republik ausdrücklich festgelegt; in den Einzelstaaten wollte sie sowohl die konstitutionell-monarchische wie die republikanische Verfassung zulassen, wenn die demokratische Grundlage gesichert sei. Selbst der Starrsinn dieser extremen Opposition erstrebte also eine Verwertung amerikanischer Erfahrungen zu autonomer deutscher Schöpfung, und durchaus keine sklavische Kopie. Die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments zeigen an vielen Stellen, daß damals

zuerst das Gefühl einer Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zwischen dem deutschen und dem Volke der nordamerikanischen Union entstand. Der Präsident der Vereinigten Staaten war das einzige ausländische Staatsoberhaupt, das die deutsche Nationalversammlung direkt begrüßte; diese Botschaft wurde in der Presse viel abgedruckt. Auf der berühmten Worringer Versammlung (vgl. oben S. 158) sprach Henry Brisbane aus New York, der Redakteur der demokratischen „New York Tribune". Zwei Mitglieder des Frankfurter Parlaments hatten persönlich die Vereinigten Staaten besucht — Tellkampf und Friedrich v. Raumer; sie pflegten sich auf ihre gemachten Erfahrungen zu berufen. Raumers Buch über Nordamerika wurde neben Tocquevilles berühmter Schrift über die amerikanische Demokratie zitiert; Tellkampf schlug sogar einmal vor, in allen den Punkten, welche durch die freilich recht lückenhafte Geschäftsordnung der Paulskirche nicht festgelegt seien, solle die deutsche Übersetzung von Jeffersons parlamentarischen Regeln ergänzend eintreten[45]). Neben Jefferson sind auch Hamilton, Story, Kent u. a. als Autoritäten für das Wesen der bundesstaatlichen Verfassung im Ausschußbericht vom 19. Oktober 1848 genannt worden. Ahrens wies auf den amerikanischen Wahlmodus im Staatenhaus hin, Mittermaier auf das amerikanische Preßgesetz, das amerikanische Reichsgericht und die niemals angewandte Suspensionsmöglichkeit der Habeaskorpusakte, Eisenstuck auf die amerikanische Handelspolitik, Bassermann auf die damals noch in vielen Staaten der Union bestehende Zensuswahl, Döllinger, Beseler, Wedekind endlich auf die religiöse Freiheit und die Kirchenverhältnisse in den Vereinigten Staaten. Schon der Siebzehnerentwurf war vom amerikanischen Muster beeinflußt gewesen; die endgültige Reichsverfassung enthielt mehrere Paragraphen, bei denen das amerikanische Vorbild nachgewiesen ist, so die über das Reichsgericht und die Offiziersernennung durch die Einzelstaaten.

*

Im Anfange der Revolution erschien in Dresden eine Flugschrift von Dr. S. Reißmann, die den vielversprechenden Titel trug: „Aktenmäßige Darstellung der Wirksamkeit der deutschen Bundesversammlung, betreffend die Vertretung, Verteidigung und Wahrung der Rechte des deutschen Volkes gegen die Gewaltschritte der deutschen Regierungen seit ihrem Bestehen bis auf die neueste Zeit." Aber hinter dem Titel befindet sich in dieser Schrift nichts als ein Bogen unbedruckten Papieres[46])! Das war ein Scherz, aber ein sehr bitterer Scherz. Man schämte sich tief, daß für die Rechte des deutschen Volkes von den Verantwortlichen nichts, auch gar nichts geschehen war. Der Grundgedanke der Volksbewegung war eben: Etwas mehr Recht! Keine Unterdrückung, keine Überhebung, keine Ausbeutung, keine Willkür! Etwas mehr Menschenwürde! Statt Fürstenrecht Volks- und Menschenrecht! Die Deutschen von damals ekelte es vor Einbildung, Faulheit und schnöden Launen, die sie in der herrschenden Schicht wahrnahmen. Es war zu häufig und zu hartes Unrecht geschehen. Der Humor war den meisten dieser Generation vergangen. Die Deutschen der Freiheitskriege hatten eine bessere Welt, eine ethisch wertvollere Daseinsform schaffen wollen. Daran glaubte die Mehrzahl im Jahre 1848 nicht mehr. Sie wollte nicht mehr das Maximum des Ethos, aber doch das Minimum des Rechtes:

Rechtsgarantien, Rechtsordnung, den Rechtsstaat. Die Revolution war in Deutschland ihrem tiefsten Sinne nach ein Kampf ums Recht. Gegenüber dem historischen Recht, das ja so stolz war auf seine Ruheseligkeit und der „organischen" Entwicklung gern alles überlassen hätte, gegenüber diesem „heiligen" Rechte der Vergangenheit, der Dauer, des Seins erhob sich „das ewige Urrecht der Menschheit auf das Werden[47])", das Suchen, Ringen, Kämpfen um neue Rechtsnormen, das handelnde, naturhafte, vorwärtsdrängende Rechtswollen.

Wir kennen die hohe Bedeutung der sozialen und ökonomischen Probleme für die Volksbewegung; sie trieben an, sie setzten sich durch, sie erfüllten und verwandelten das Politische; auf den Rechtsgedanken bezogen aber auch sie sich mit besonderem Ernst. Die Paulskirche wirkte wie ein Transformator, der einen ästhetisch-literarischen Lebensstrom in einen politisch-wirtschaftlichen wandelt. Das Gemeinsame blieb: die Schaffung neuen, lebendigen, angemessenen Rechtes. Dem Chaotischen sollte ein baldiges Ende gesetzt werden durch — Gesetz. Wie hatte doch Uhland gesungen:

> „Und Freie seid ihr nicht geworden,
> Weil ihr das Recht nicht festgestellt!" ! ?

Das Wort wurde oft angeführt[48]). Einst hatte der Dichter gekämpft um das gute alte Recht; nun stritt er für das bessere neue. Auftreten und Sprache der Revolutionsführer atmen dieses Rechtsbedürfnis; in den Reden der Parlamente läßt sich dieser juristische Zug genau nachweisen. Die Wortauswahl zeigt wohl das verfeinerte Sprachgefühl aus der literarischen Reifezeit, der Satzaufbau verrät, oft zu sehr, die Schulung der klassischen Philologie, Beweisführung, Erledigung von Einwänden, Interpretationskunst und Antragsformulierung ist aber Jurisprudenz, und meist vorzügliche. Was Robert Mohl über Reichsbürgerrecht und Staatsbürgerrecht sagte, was die Motive zum Gesetz über das Reichsgericht zur rechtsphilosophischen Begründung des Rechtsstaates lieferten, war glanzvoll und tief zugleich. Die Protokolle des Verfassungsausschusses sind ein Denkmal umsichtiger, gewissenhafter, gründlicher deutscher Juristenarbeit. Ein großer Prozentsatz des Frankfurter Parlaments, ein noch größerer der Berliner Nationalversammlung war ja juristisch gebildet. Umständlichkeiten, Tüfteleien, unfruchtbares, rein akademisches Theoretisieren blieb gewiß nicht aus. Die wahrhaft politischen Naturen konnten bei solchen Kämpfen ums konkrete Wort manchmal ungeduldig werden. Lothar Bucher hat sich in Berlin einmal sehr charakteristisch über dies Mißverhältnis geäußert: „Ich gehöre selbst dem Juristenstande an, und mit Neigung; aber ich habe schon öfter Anlaß gehabt zu bedauern, daß wir hier so zahlreich vertreten sind. Wir bringen nur zu leicht den beschränkten richterlichen Maßstab an die ungeheuren Fragen . . . Wir dürfen nicht verfahren wie der Richter, der mit skrupelloser Prüfung aus den vorhandenen, für ihn unantastbaren Gesetzen sein Urteil ableitet, sondern wir müssen mit staatsmännischem Sinne die Notwendigkeiten erkennen, unsern Beruf erkennen, der vielleicht beispiellos dasteht, den Beruf, die Konsequenzen einer nicht fertiggewordenen Revolution im friedlichen Wege der Gesetzgebung herbeizuführen[49])."

Eine nicht fertiggewordene Revolution! Dies war das Entscheidende: die Politiker hatten sich mit einem scheinbaren Siege begnügt, und nun sollten die

Juristen da ein Gebäude errichten, wo gar kein Bauplatz frei war. Der deutsche Instinkt verlangte aber gerade dieses Legitime; er wünschte, daß alles rechtlich und ordentlich zuginge, daß die Revolution sich selbst möglichst schnell durch Anbau an das Überkommene, durch Umbau alles nicht Zerstörten legalisiere. Das Ergebnis war in Frankfurt (Berlin wurde nicht fertig) ein neues, sehr vorsichtig gehaltenes, mehr konservatives als revolutionäres positives Recht. Die Gegenrevolution hatte weniger Skrupel: sie fegte Parlamente und Verfassungsentwürfe mit all ihrer juristischen Korrektheit weg und machte sich selbst daran, neues geschriebenes Recht zu schaffen, nicht mit der durch Volkswahl legitimierten Majorität, sondern kraft geschichtlicher, auf ungeschriebenem Rechte beruhender Autorität. Die Revolution war, von nahe betrachtet, ein rationaler Kampf um Verfassung, um die Verfassung des neuen Deutschen Reiches, um die Verfassung der Einzelstaaten; schon darin lag eine ebenso stark politische wir juristische Aufgabe. Im Hintergrunde des Geschehens handelte es sich noch um ganz andere Dinge.

Wir wissen von den politischen Kräften, die außerhalb der Parlamente wirkten. Die Volksbewegung war erfüllt von einem tiefen Mißtrauen gegenüber der Rechtsprechung, sie sah in ihr den Ausdruck eines bestimmten politischen Glaubens, des auf Selbstverteidigung gerichteten Herrschaftswillens einer bestimmten Klasse. Deshalb waren Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgericht eine überall vorkommende Märzforderung; nur die Mitwirkung des Laienrichtertums schien wahre Gerechtigkeit verbürgen zu können. Über die Geschworenengerichte entstand eine ganze Spezialliteratur: Adolf Hermann Völker ließ eine „volkstümliche Vorbereitungsschule für die Geschworenenrichter in Deutschland" erscheinen, und andere versuchten Ähnliches; Rudolf Gneist veröffentlichte 1849 eine Studie über die Geschworenengerichte, mit besonderer Berücksichtigung Englands und Frankreichs, nebst einem Gesetzentwurf; Christian Reinhold Köstlin stellte das Geschworenengericht ausdrücklich für Nichtjuristen dar; Ludwig Simon endlich beschwor, selber Jurist und Kämpfer für die Reichsverfassung, die deutschen Geschworenen, gerecht gegenüber denen zu sein, die für die gesetzlich zustande gekommene Verfassung die Waffe ergriffen hatten, zu einem Kampf also wiederum ums Recht.

Ein Reichsgericht, als oberster Wächter der Rechtfindung für Gesamtdeutschland, sollte nach der Meinung sehr vieler wenigstens bei der Gerichtsorganisation die Einheit verbürgen, die es im materiellen bürgerlichen Rechte selber noch nicht in Deutschland gab. Die Einwirkung des am ganzen linken Rheinufer geltenden Code Napoleon auf die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments läßt sich mehrfach nachweisen, so bei der Erörterung des Begriffs „bürgerlicher Tod", bei der Zivilehe, bei der Erörterung des Verhältnisses vom früheren und späteren Gesetz. Die germanische Rechtsschule wehrte sich gegen solches Vordrängen romanistischer Auffassungen. Die Meisterschaft der Franzosen in der formalen Redaktion ihrer Gesetze hat August Reichensperger mit Nachdruck gerühmt. Um die Todesstrafe ist im Frankfurter Parlament und in mehreren Einzelparlamenten leidenschaftlich gerungen worden, unter Aufbietung aller damals zur Verfügung stehenden kriminalistischen, philosophischen und politisch-sozialen Argumente.

Die Bedeutung der Historiker für die Revolutionskämpfe von 1848/49 ist allgemein bekannt; es galt als selbstverständlich, daß Kenner und Lehrer der Geschichte auch berufen seien, am Geschichtemachen mitzuhelfen. Weniger geläufig ist dem Bewußtsein der Späteren die große Anteilnahme der Juristen. Männer wie F. J. Stahl und Bluntschli sind uns wiederholt begegnet. Der alte Heidelberger Rechtslehrer Heinrich Zöpfl trat in seiner am 30. März 1848 als erste zensurfreie Druckschrift in Baden erschienenen Broschüre für Bundesreform, deutsches Parlament und „Bundesgericht" ein. Er hat dann noch mehrfach zu Tagesfragen Stellung genommen. Zum dauernden Ruhme gereicht es dem Göttinger Staatsrechtler H. A. Zachariae, daß er 1850 „die Rechtswidrigkeit der versuchten Reaktivierung der im Jahre 1848 aufgehobenen deutschen Bundesversammlung" nachwies. Dahlmanns Schwiegersohn, der Tübinger Rechtslehrer A. L. Reyscher, der vergebens für das Frankfurter Parlament kandidierte, ließ wenigstens seine gehaltvollen Wahlreden erscheinen[50]). Der hessische Oberappellationsrat Christian Friedrich Elvers, früher Professor in Göttingen und Rostock, holte seine Gedanken über den deutschen Bundesstaat (Bundesrat der Fürsten und allgemeiner deutscher Landtag aus den Abgeordneten der Landstände, Bundesgericht, Bundesfeldmarschall) aus dem Jahre 1831 wieder hervor. Der Heidelberger Rechtslehrer Karl David August Röder verlangte von Preußen die Aufgebung Polens und damit der „eitlen Rolle einer kleinen europäischen Großmacht"; das Reichsoberhaupt solle aus den Fürsten gewählt, ein Volksrat, ein Reichsstaatsrat und ein Reichsgericht sollten gebildet werden. Der Gießener Staatsrechtler Karl Eduard Weiß legte auch besonderen Wert auf den „Reichsjustizhof", der als Staatengerichtshof und für die Fälle von Justizverweigerung in Frankfurt tagen sollte. Der Leipziger Staatswissenschaftler Friedrich Bülau wünschte einen Kaiser nur auf zehn Jahre, eine aus Regierungsvertretern und Vertretern der Stände gemischte Erste Kammer, eine indirekt gewählte Zweite Kammer und ein Bundesgericht nach amerikanischem Vorbild. Während sich der deutsche Rechtsagent in London Adolf Bach das Reichsgericht aus der Wahl der zwanzig Oberappellationsgerichte hervorgehend dachte, schlug der Marburger Staatsrechtler Karl Vollgraff vor, das „Bundesgericht" möge so zusammengesetzt werden, daß die Volkskammer hundert Juristen namhaft mache und der aus Vertretern der Landesregierungen bestehende Senat daraus fünfzig Mitglieder auswähle[51]). Zahlreich sind auch die Stimmen der in der praktischen Rechtspflege stehenden Justizräte, Justizkommissare, Appellationsräte, Obergerichtsanwälte, Rechtskonsulenten; hohe Staatsbeamte außer Diensten, wie der Staatsminister v. Kamptz, also auch Juristen von Haus aus und an juristische Beweisführung gewöhnt, betätigten sich gleichfalls publizistisch. In den Petitionen an das Frankfurter Parlament finden sich oft rein staatsrechtliche Formulierungen. Es war, als säße die noblesse de robe des älteren Deutschland nun zu Gericht bei dem Prozeß der neuen deutschen Staatsbildung.

Gegen das Schwergewicht solcher Urteile wehrten sich Philosophen und Philologen; Kant, Fichte, Schelling, vor allem aber Hegel, haben viele Redner der Paulskirche gelehrt, den „Egoismus des Verstandes und der Theorie" zu bekämpfen, die Sendung der Deutschen „nach dem ewigen Weltplan" zu verkünden, die Polarität der „Naturkräfte" im Staatswesen zu betonen oder den

Staat zu feiern als die „Totalität des Gesamtlebens eines Volkes". Gegen den Kampf ums Wort stellte sich also der Kampf aus der Idee um die Idee. Die Philologen aber, besonders die Germanisten, setzten beiden, dem Materialismus verbaler Interpretation und der ideologischen Universalität, ihr Bestes und Schönstes gegenüber: das lebendige deutsche Volkstum, aus dem Wesen und Sinn seiner Sprache gedeutet, mit dem Rechte seiner nur ihm eigenen Entwicklung auf wertvoll-natürliche Gestalt. So entspann sich ein Streit der Fakultäten, und die eine warf oft genug der andern vor, sie sei unpraktisch und komme nicht los vom Theoretisieren. Andererseits darf wohl gesagt werden, daß oft berufene Universitätslehrer damals zu den wenigen gehörten, die ihr deutsches Vaterland aus eigener Anschauung wirklich kannten.

*

Und auch für die Reformbewegung an den Universitäten selbst traf die Anklage eines unpraktischen Idealismus fehl. Die vorhandenen Mißstände wurden wohl erkannt, daran mangelte es in Deutschland ja durchaus nicht; nur die Änderung machte man sich gern schwer. Sofort nach dem Siege der Märzrevolution in Berlin regten sich die Extraordinarien und Privatdozenten der Universität. Einer der Hauptanreger war der Botaniker Wilhelm Gerhard Walpers, der sich eben gerade habilitiert hatte. In einem Briefe vom 4. April an Rudolf Gneist, der bald die Führerrolle übernahm, bezeichnete Walpers als wünschenswert: die völlige Beseitigung der Konduitenlisten; die Unabsetzbarkeit sämtlicher Universitätsmitglieder in administrativem Wege (Suspension nur durch einen von drei Vierteln der Standesgenossen gefaßten Beschluß, Absetzung nur durch richterliches Erkenntnis); Aufhebung der außerordentlichen Professuren als einer durch wissenschaftliche Momente nicht begründeten Zwischenstufe; sofortige Gewährung eines mäßigen Gehaltes an die Privatdozenten; Aufhebung der vielfachen Ämteranhäufung der Ordinarien, die ihnen höhere Einnahmen als Ministergehälter verschafften bei der „positiven Unmöglichkeit, alle ihnen obliegenden dienstlichen Geschäfte mit der nötigen Pünktlichkeit und Gründlichkeit" zu versehen; Teilnahme sämtlicher Dozenten an allen gemeinsamen Universitäts- bzw. Fakultätsangelegenheiten, Zuziehung zu den Doktorprüfungen usw.; gründliche Revision der Promotions- und Habilitationsgesetzgebung nebst Gebührenermäßigung; Verbannung der lateinischen Sprache aus allen amtlichen Universitätskundgebungen; Beseitigung der Universitätsgerichte und des eximierten Gerichtsstandes; Beseitigung der namentlich an nichtpreußischen Universitäten üblichen Doktorpromotionen gegen Einsendung einer Geldsumme und einer meist vom Einsender nicht selbst verfaßten Dissertation[52]). Über diese Ideen fanden eingehende Beratungen bei den Nichtordinarien statt; nur die mildesten Forderungen — Teilnahme der Nichtordinarien an den Fakultätsberatungen, an der Wahl des Rektors und der Dekane, Einführung des Deutschen als Amtssprache und Gleichstellung der Privatdozenten mit den Professoren bei Vergünstigungen für ihre Angehörigen — wurden dem Senat vorgelegt. Nun nahm das preußische Kultusministerium die Angelegenheit in seine Hand und forderte am 15. April 1848 sämtliche preußische Universitäten auf, Vorschläge über die Abänderung der Bundesgesetze von 1819 und 1834 zu machen,

insbesondere über die Umgestaltung der akademischen Gerichtsbarkeit. In Bonn war inzwischen aus freien Stücken ein eigenes Reformprogramm entstanden. Der Senat der Berliner Universität geriet bald in scharfen Konflikt mit dem Kultusministerium und den Nichtordinarien, entschloß sich aber zu einigen bescheidenen Zugeständnissen, besonders zur Zulassung von Vertretern der Extraordinarien zu den Sitzungen der Fakultäten. An allen anderen deutschen Universitäten entstanden inzwischen analoge Bestrebungen; die Jenaer Nichtordinarien ließen ihre Adresse an den „illustren Senat" bei Frommann erscheinen; ein allgemeiner deutscher Universitätskongreß in Jena (September 1848) blieb aber unfruchtbar, weil Berlin die offizielle Teilnahme ablehnte und andere preußische Universitäten das nachmachten. Seine Beschlüsse sind in einer besonderen Broschüre veröffentlicht worden (Kassel 1848). In Heidelberg führten 1849 Angriffe der „Deutschen Zeitung" auf den Kurator und die Universitätsverwaltung einen lebhaften Meinungsaustausch, auch in Flugschriften, herbei. Es kam praktisch aus der Gesamtbewegung schließlich nichts weiter heraus als der Anteil für die Berliner Extraordinarien am Senat, an der Leitung der Seminare und der Benutzung der Institute. Die preußische Regierung hätte ihnen auch gern die ständige Mitwirkung bei den Fakultätsgeschäften zugebilligt, die Ordinarien verhinderten es aber jetzt (September 1849). Der in einer bei Meidinger erschienenen Denkschrift vorgetragene Gedanke, in der Parlamentsstadt Frankfurt eine freie akademische Universität zu gründen, war auch den Weg aller Freiheitsideen der Zeit gegangen.

Das Bedürfnis des Nachwuchses, schneller dranzukommen, das Empordrängen benachteiligter und unterdrückter Berufsstände entstand infolge der Revolutionserschütterung überall. Wenn Preußen in der Universitätsreformbewegung führte, so stand Sachsen bei den Fragen der Gymnasialreform an der Spitze. In Eisenach fand vom 28. bis 30. September die erste allgemeine deutsche Lehrerversammlung statt, unter Hermann Köchlys Leitung. Wie sehr bemühte er sich, den lateinischen Schuldrill der veralteten Gelehrtenschule zugunsten des Deutschen, des Griechischen und der modernen Sprachen zurückzudrängen! In Sachsen wurde auch zuerst die Forderung erhoben, das Ministerium des öffentlichen Unterrichts möchte seinen Referenten für das Gymnasialwesen aus dem Gymnasiallehrerstande wählen. Dasselbe Bild, aber schon mehr ins Sozialkämpferische gewandelt, findet sich bei den Volksschullehrern, deren Monatsgehalt in Preußen 1846 noch acht Taler betrug; dasselbe Bild bei den mittleren Beamten: die Postsekretäre in Schlesien erhoben einmal förmlichen Protest gegen Härte und schlechte Bezahlung[53]). A. C. Busse richtete eine Denkschrift über die Reorganisation der Volksschule an die Berliner Nationalversammlung. Am 26. April 1848 bereits fand eine preußische Lehrerversammlung in Berlin statt, die eine Petition an die Volksvertretung ausarbeitete. Der junge Berliner Hilfslehrer Theodor Hielscher, der sich rühmte, dem König Friedrich Wilhelm IV. am 19. März mit vorgehaltener Flinte „Hut ab vor den Toten!" zugerufen zu haben, forderte mit wahrer Erbitterung eine freie, von den Geistlichen unabhängige Volkserziehung. Sein Lehrer Adolf Diesterweg behandelte auf bewährte kluge Art die Frage des konfessionellen Religionsunterrichts in einer Flugschrift. Volksbibliotheken in den kleineren Städten und auf dem Lande wurden von dem bekannten Tages-

schriftsteller und volkstümlichen Revolutionshistoriker Friedrich Gerhard gefordert. Die Reform der Medizinalverfassung in Preußen, besonders auch des Militärmedizinalwesens und des Apothekerwesens, wurde in zahlreichen Broschüren umstritten und auf der Generalversammlung der Berliner Ärzte und Wundärzte verhandelt. Ein eigenes Medizinalministerium verlangt Joseph Hermann Schmidt in einer an Rudolf Virchow gerichteten Schrift.

Auch die deutsche Frau empfand die Revolutionszeit, mindestens zu Beginn, als die Eröffnung neuer Möglichkeiten. Als Malvida von Meysenbug einem armen Bürgerweib das Flugblatt mit den Grundrechten des deutschen Volkes brachte, sagte diese unter Tränen: „Ja, wenn es so ist — wenn meine Kinder ein besseres Leben erwartet, dann will ich gern gelitten haben." Die soziale Unterdrückung, das tiefe Unrecht, das ganze Generationen von Männern in Deutschland leiden mußten, wirkte sich bei ihren Müttern, Schwestern und Gattinnen als schmerzlichere Demütigung aus. Namenlos sind alle diese Frauen der dreißiger und vierziger Jahre dahingesunken, die mit der mühsamen Arbeit ihrer Hände den Männern des sich zersetzenden Mittelstandes eine Lebensführung ermöglicht haben, die zwar kärglich, aber immer doch noch selbständig und bürgerlichwürdig war. Es war sehr bitter für diese Mütter, Kinder großzuziehen mit der sicheren Aussicht des sozialen Abstiegs. Vielleicht darf man die Zeit bis 1850 als die erste große Heldenzeit der deutschen Hausfrau bezeichnen. Später wurde der Typus einer häuslich schaffenden, alles anpackenden mütterlichen Frau viel seltener, die dazu noch ihren Kindern Schillersche Gedichte vorsprach und dem Manne die Korrekturen las oder die Bücher führte. Malvida von Meysenbug selbst kommt ja ganz wo anders her: die Diplomatentochter entwuchs geistig und weltanschaulich ihrer Kaste, sie hatte den Mut, ganz sie selbst zu sein, ein weiblicher Mensch, ganz menschlich, aber immer doch ganz weiblich, prachtvoll als lebendige Persönlichkeit, stark im Herzen, unerschrocken wirksam für das Gute, wundersame Verwirklichung jenes humanitären Idealismus, der dann der Bismarckgeneration wie ein Nebel im Weiten zergehen sollte. Malvida war eifrig und behutsam, schmiegsam und energisch, ewige Schülerin und gar manchem ein Halt, warm vertraut mit allem, was groß und anständig war, befangen und fremd gegenüber der lauten Pose des Weltlich-Konventionellen. Sie war wahrhaft frei, weil sie an ihr reines, festes Ich gebunden blieb, und trug deshalb, kraftvoll wie wenige, melancholisch, aber doch prophetisch, die Kunde von der „Völkerschlacht des Geistes" von 1848 in die spätere, verständnisvollere Epoche der Enkel.

Praktischer und robuster wirkte Luise Otto-Peters. Aus der Romanschriftstellerei weckte sie das große Revolutionsjahr zur organisatorischen Arbeit, zum Kampf für selbständige Frauenpflicht und damit ein selbständiges Frauenrecht. Der alte Lehrerinnenberuf der Frau wollte erweitert, vertieft, wissenschaftlich begründet und wirtschaftlich gesichert werden; Fröbels Kindergärten gaben neue Betätigung, eine schlichte, aber besonders angemessene Arbeit. Die klugen Töchter so vieler akademischer Väter im bildungsfrohen Vaterland strebten zur Hochschule. Hier erhoben sich die stärksten Hindernisse. So begründete Emilie Wüstenfeld jetzt eine besondere Hochschule für Frauen in Hamburg. Das tiefe Bedürfnis der Frau nach Achtung und Ansehen emanzipierte sich gleichfalls;

es wuchs sich, von dem mütterlich-häuslichen Lebenskreis abgelöst, aus zu einem besonders eifrigen Wissens- und Unterrichtseifer, zu einer meist liebenswürdig bleibenden, unermüdlichen Energie. Die Begabung der deutschen Frau zum systematischen Aufbau, zur instinkt- und willensmäßigen Durchdringung hoher und bedeutsamer Lebenskreise erwachte und erzwang sich Anerkennung.

Noch durften die deutschen Frauen am Politischen nur so nebenbei teilnehmen. Besonders zahlreich waren Kundgebungen rheinischer Frauen, so in Elberfeld schon am 31. März, dann in Köln und Bonn. Die Frau des Bonner Professors Walter schrieb ihrem Manne so kluge politische Briefe, daß er sie in Berlin dem König und den Ministern vorlas. Die meisten Frauen waren nur Zuschauerinnen, aber von hinreißendem Interesse. Auf der Empore der Paulskirche sammelte sich die geistige und gesellschaftliche Elite der Frankfurter Frauenwelt, und gewiß stritt man sich dort nicht nur darum, ob Fürst Felix Lichnowsky oder Moritz Hartmann der anziehendste Mann des Parlaments sei. Viele Damen hingen glühend der Republik an; der neue Staatsaufbau gab ja den Männern und damit auch den Frauen ganz neue Aussichten des Aufstiegs und der Geltung. Die Vierzigjährigen wurden jetzt Minister, die Dreißigjährigen Abgeordnete oder Ministerialräte. Anciennität sank im Kurs, an die Stelle der Ochsentour trat der Pegasusflug, Geist, Redegabe, Temperament und glückliche Einfälle entschieden. Den Frauen war dabei wohl, besonders den schönen und jungen. Frau Clothilde Koch-Gontard, die Frau des englischen Konsuls in Frankfurt, zeigte, daß es auch in einer republikanischen, parlamentarischen Welt einen politischen Salon geben konnte, und gerade jetzt erst recht. Wir besitzen ihre Briefe und Tagebücher, Zeugnisse weltgewandter Güte einer feinen, nicht nur damenhaften Klugheit. Von den beiden rivalisierenden Witwern Heinrich v. Gagern und Anton v. Schmerling lebhaft verehrt, teilnahmsvoll und immer korrekt, anregend aber niemals bevormundend, eine patriotische Mittlerin zum Guten und zum Vernünftigen, vom Kleinen heiter plaudernd, vom Großen und Größten ergriffen bis zum Ernst der opferbereiten Hingabe: so steht ihr Bild unvergeßlich reizvoll da und zwingt auch den Nachgeborenen zur Huldigung vor dieser echt frankfurtischen und echt deutschen Frau[54]).

Eine besondere Frauenzeitung ist in Berlin erst nach dem Zusammenbruch der Volksbewegung begründet worden und scheint über die Probenummer vom 12. Dezember 1849 nicht hinausgekommen zu sein. Dagegen gab Mathilde Anneke in Köln kurz eine Frauenzeitung heraus. Einen demokratischen Frauenklub hat es in Berlin in der Leipziger Straße gegeben; die Vorsitzende war Frau Marheineke. Wir besitzen ein lustiges Flugblatt, in dem Herr Bullrig seiner Frau Eulalia eine Strafpredigt hält, weil sie Mitglied dieses Klubs werden will. Er fiel dem Belagerungszustand zum Opfer[55]). An die Frauen Berlins wandte sich Ende April 1848 Frau Lucie Lenz mit der Mahnung, die Frauen dürften nicht müßig dem Elend des Volkes zusehen; wenn die Männer voll Verzweiflung sich in einen Kampf um Freiheit und Brot stürzten, dann sollten die Frauen tätig beisteuern und helfen zur Linderung der Not; etwas politischer im Sinne der beginnenden Gegenrevolution ließ sich eine preußische Frau in einem in Potsdam erschienenen Aufruf an Preußens Frauen im Herbst 1848 vernehmen. (Über den Treubund der preußischen Frauen, vgl. oben S. 473.) Lucie Lenz war jedenfalls eine Gegnerin

des demokratischen Frauenklubs und der Frauenemanzipation; sie erklärte, auf dem historischen Standpunkt zu stehen, und trat für treue Liebe und Gottvertrauen ein, in reichlich trivialer Weise[56]). Immer wieder war ja der Gedanke eines neuen Frauenrechts von einer doppelten Phalanx bedroht, die aber auf eine merkwürdige Weise einheitlich operierte: von der Meinung des Durchschnittsmannes, der, halb mitleidig, halb zynisch, im Bewußtsein unerschütterlicher Überlegenheit sich solche Bestrebungen anschaute, und von der Meinung der Durchschnittsfrau, die aus der Geborgenheit sicheren Ehe- und Familienstandes das Streben der Mitschwestern mit einer Mischung von Verachtung und Eifersucht bekrittelte. An solche Gesinnung wandte sich eine Anzahl humoristische Flugblätter, die sich mit der Stellung der Frau zur Revolution befaßten. Da gab es ein politisches Damengespräch auf dem Berliner Wochenmarkt: „Pitschel Patschel Klitsch Klatsch“; da beschwerte sich „Mutter Gieperden“ über den „Bergergeneral A. Sch.“ (Aschoff); da wurden „Zehn Ehestandsgebote der Bürgerwehrmänner“ verkündet. „Madame Puseke“ richtete gar eine Petition an die hohe preußische Nationalversammlung, mehrere Berlinerinnen wandten sich an die Regierung; die Berliner Mädchen legten ihre Wünsche in sieben Petitionen nieder. Frau Bohmhammel hielt natürlich ihrem Manne Ullo eine spöttische Strafpredigt, wenn es einmal wieder nicht losgegangen war (von A. Hopf; vgl. oben S. 63); und Jacob Leibche Tulpenthal, der emanzipierte Israelit aus dem Großherzogtum Posen, pflegte seine politische Weisheit der Frau Hannchen zu erzählen. Auch August Buddelmeyer, der Tagesschriftsteller mit dem großen Bart (vgl. oben S. 62), besaß eine Muhme Suse, an die er im ganzen sechs „unfrankierte Briefe“ richtete. Das meiste dieser Art lief schließlich auf erotische Anspielungen von bescheidenem Witz oder ganz plumpe Deutlichkeiten hinaus — wie etwa die Adresse der Berliner Tänzerinnen an das Staatsministerium („die Berliner Tänzerinnen wollen nicht aufgehen!“) oder die von Anastasius Schnüffler (Albert Hopf) stammende „Petition des gesamten weiblichen Ballettpersonals um Permanenz des Belagerungszustandes und Beibehaltung der Ersten Kammer“ (mit einem entsprechenden Holzschnitt)[57]). Der Lola-Skandal in München hat auch mehrere aktuelle Schriften über die Bedeutung galanter Frauen in der Geschichte hervorgerufen.

Eine ernsthafte politische Bildung gab es ja damals nur bei ganz wenigen Frauen; auch solche, die dem häuslichen Kreise entwachsen waren, steckten nun in der anderen Engigkeit des Berufs. Selbständige Führung kam also in ganz beschränktem Maße in Betracht; die Mehrzahl war auf Mithilfe angewiesen. Die stärkeren und eigenartigeren Naturen unter den Frauen schlugen sich nach links, denn da richtete sich der Blick in die Zukunft; auf der Herzseite der Menschheit, von der Gottfried Keller einmal spricht, saßen solche Frauen am liebsten. Die große Sängerin Wilhelmine Schröder-Devrient rückte auf der Empore der Paulskirche möglichst nahe zum linkesten Flügel des Parlaments[58]). Unter den Berliner Märzgefallenen befanden sich sechs Frauen, auch sie freilich zum kleineren Teil durch grausamen Zufall getroffen; zahlreiche Frauen haben aber bei dieser und bei anderen Barrikadenschlachten sehr lebhaft mitgeholfen. Emma Herwegh teilte mit unerschütterlichem Mut die revolutionären Irrfahrten ihres Mannes, und zwar in Hosen, was die Zeitgenossen besonders übelnahmen, sie

führte auch diplomatische und geschäftliche Verhandlungen für die Sache der Revolution. Frau Struve brachte in ihrem Wagen fünf Kisten mit tausend scharfen Patronen durch die württembergischen Truppen durch[59]). Johanna Kinkel, die Komponistin und Meisterin schöpferischer Zwiesprache, kämpfte mit all dem Glanz ihrer Leidenschaft für die Anerkennung, den Ruhm, das Leben ihres Gottfried. Sie vertrat ihn auch als Redakteurin. Der Dekan Förderer schreibt: „Vor einer Legion, ich weiß nicht mehr vor welcher, ritt eine üppige Weibsperson, eine rote Feder auf dem Heckerhut, Brille auf der Nase, angetan mit einem Reitkleid aus schwarzem Samt, im roten Gürtel zwei Pistolen, an der Seite ein Schleppsäbel und — hinter ihr reitend ein badischer Dragoner als Ordonnanz[60]).“ Solche Gestalten tauchten mehrfach im Bürgerkrieg 1849 auf.

Bei der Flottenbewegung traten die Frauen ganz besonders hervor — das lag ihnen gut; man hatte da das Freiheitliche und das Nationale, die Begeisterung für das Neue und das Abenteuerlich-Romantische, die Schwärmerei für Revolution und für militärische Uniform beieinander. Die Frau des Malers Wilhelm Kaulbach, Josephine, gehörte in München zu einem Kreise maßgebender Verfechterinnen des deutschen Flottengedankens. Wilhelm Kaulbach neckte sie wiederholt damit. „Der König von Preußen hat einmal gesagt: ‚Preußen soll in Deutschland aufgehen‘ — und ich sage jetzt: mein Ruhm als Künstler geht in deinem Ruhm als flotte Dame — o verzeih, ich wollte sagen: Dame der deutschen Flotte — ganz und gar auf“, schrieb er. Und vorher: „Das Frankfurter Parlament hat zu überlegen, auf welche würdige Weise Damen zu belohnen sind. Am zeitgemäßesten würde es wohl sein, wenn man Euch mit einem passenden Orden, z. B. einem kleinen Kanonenboot, natürlich sehr klein und zierlich gearbeitet, an einem gewässerten Seidenbande um den Hals zu tragen, schmücken würde[61]).“

Aus dem Zanke der Marktfrauen um die Lebensmittelpreise entstanden wiederholt Krawalle; die Frau eines heruntergekommenen Notenlithographen, Henriette Zobel, lief täglich in die Paulskirche, sog aus den Parlamentsdebatten Haß ein gegen alle Angehörigen der höheren und besitzenden Klassen und wurde am 18. September Hauptanstifterin und grausame Mittäterin bei der Ermordung des Fürsten Lichnowsky[62]); der Regenschirm, die Waffe dieses rabiaten Weibes, ist noch lange im Städtischen Archiv in Frankfurt aufbewahrt worden als ein kurioses Zeugnis von Revolutionspathologie. Hemmungslose Wut und Grausamkeit ist sonst in der deutschen Revolution außerordentlich selten. Die bekannten mehrfach besprochenen Ermordungen sind Einzelfälle, die gar nichts Typisches haben und die hundertmal übertroffen worden sind durch die Ausschreitungen des Militärs, besonders bei der Eroberung Wiens im Oktober 1848. Dort soll auch die Verwendung vergifteter Waffen vorgekommen sein[63]). Ein Vergleich mit allen andern Revolutionen der neueren Geschichte muß zu dem Ergebnis gelangen, daß in der deutschen Revolution 1848/49 am wenigsten Greuel, am wenigsten auch Verbrechen gegen das Privateigentum vorgekommen sind. Friedrich Hecker ist bei seinem Putsch durch die Reihen seiner Leute gelaufen und hat sie nachdrücklichst angewiesen, nichts ohne Barbezahlung zu nehmen, weil die Leute in den Dörfern schon jammerten, als wenn eine Räuberbande im Anzuge wäre[64]). Als sich während der Berliner Märzrevolution bei einigen Leuten

die Lust zeigte, sich der silbernen Gefäße in der Jerusalemer Kirche zu bemächtigen, markierte der Bildhauer Wolff, der sogenannte Tier-Wolff, der über seinem Schlafrock Schleppsäbel und Schärpe, dazu den Kalabreserhut trug, wütende Revolutionsleidenschaft und verbarg die Kostbarkeiten in seiner Wohnung, zum Besten der Allgemeinheit[65]). Wir kennen die Zerstörungen bei den Agrarrevolten und die Ausschreitungen am Ende des Bürgerkrieges in Baden 1849; es sind alles Einzelfälle, ohne System, ohne einen bewußten revolutionären Willen zum Terror und zur Vernichtung. Kampfhandlungen wie die Niederlegung des Dresdener Opernhauses, die Beschlagnahme von öffentlichen Kassen, von Lebensmitteln und Kleidungsstücken gehören nicht hierher. Die Frankfurter Handwerksgesellen spaßten wohl: Freßfreiheit statt Preßfreiheit, und brüllten: „Wir wollen zum Rothschild!" — sie gingen aber nicht hin. Daß die preußischen Soldaten die Freundinnen der Revolutionäre, die sich aus der Garderobe der Damen des geflüchteten Gouverneurs ausgestattet hatten, mit Ruten strichen, war sicher eine Roheit, befriedigte aber den Gerechtigkeitssinn des Rastatter Spießers[66]). Das Verprügeln gefangener Freischärler durch die Soldaten wird häufig bezeugt. In Dresden bespuckte ein pensionierter General die besiegten Revolutionskämpfer. Die Schändung der Leiche des Hauptmanns v. Großmann durch Haßmersheimer Bürgerwehrmänner ist glücklicherweise nur ein vereinzelter Exzeß[67]). Die Behandlung der politischen Gefangenen in den Zuchthäusern war oft absichtlich schlecht[68]).

Die deutsche Revolution von 1848 hat keine Guillotine errichtet und keine außerordentlichen Gerichte rein politischer Natur eingesetzt. Außer dem Fürsten Metternich ist niemand in die Verbannung geschickt worden; keine Vermögensbeschlagnahme wurde ausgesprochen, kein Gehalt gesperrt, keine Pension einbehalten. Tatsächlich: niemand in Deutschland hat den Kampf gegen die Vergangenheit so verstanden, daß man ihre Vertreter persönlich unschädlich und wirtschaftlich ohnmächtig machen müsse. Es war zuerst und nach außen nichts als eine rein politische Umwälzung, getragen von stark humanitär bestimmten Persönlichkeiten; eine humane Revolution ist notwendig eine halbe Revolution. Hier liegt wahrscheinlich der tiefste Irrtum der Achtundvierziger. Hundertmal waren Reformvorschläge gemacht, ihr Scheitern trieb zu Verzweiflung und Gewalt — und nun wurde von neuem über Reform gesprochen. Revolution ist Kampf, sie überträgt das Prinzip der Gewalt auf die Staatsgestaltung; die Fürsten hatten immer ihre Kriege geführt, mit aller Härte, und hatten weder ein fremdes noch das eigene Volk geschont. Diese deutsche Volksbewegung von 1848 wollte siegen auf eine milde Art. Der Geschichtschreiber wird ihr gewiß nicht vorwerfen, daß sie zu wenig Blut vergoß; es gibt auch andere Mittel, Gegner auszumerzen. Die Revolution von 1848 hat sie nicht gesehen, jedenfalls nicht angewandt. Die Volksbewegung kannte ihre Gegner ganz genau, sie mußte sie kennen, aber es geschah fast nichts, sie zu lähmen, es geschah ebensowenig, um alle maßgebenden Stellen mit Anhängern des Neuen zu besetzen. Die Frankfurter Zentralgewalt konnte sich die Leute ihres Vertrauens aussuchen; die partikularistischen Bürokratien rasselten ruhig weiter. Es gab eine ganze Anzahl von Märtyrern der Revolution von 1830 und aus der Zeit der Freiheitskriege. Gewiß: sie wurden in das Frankfurter Parlament gewählt — Ernst Moritz Arndt, Jahn, Uhland, Eisenmann,

Sylvester Jordan —, aber sie hatten sehr wenig zu sagen. Graf Keller, der Fahnenträger auf dem Wartburgfest 1817, v. Mühlenfels, der erste verhaftete „Demagoge“ bei der großen Verfolgung, wurden wenigstens von der Frankfurter Zentralgewalt als Reichskommissare verschickt. Neue jüngere Kräfte drängten sich vor; es war verhängnisvoll, daß gerade die Generation von 1830 praktisch fast vollständig ausfiel. Denn diese Jungen litten nur allzusehr an dem deutschen Fehler der Vertrauensseligkeit. Es wurde keinerlei Rache genommen — das ist gut so, der Deutsche ist nicht rachgierig: jeder revolutionäre Gewaltakt wurde von den Revolutionsführern selbst mit ehrlicher sittlicher Entrüstung als rechtswidrig verurteilt. Niemand dachte daran, ernsthafte Sicherungen gegen die Gegenrevolution zu treffen; der patriotische und freiheitliche Bürger sah ja die Hauptgefahr in dem Jakobinertum, bei den Sozialrevolutionären und Kommunisten.

Natürlich gab es auch Schadenfreude beim Sturz und bei der Demütigung der Mächtigen; der Mangel an Begabung für schnelle scharfe Tat wurde ausgeglichen durch ein gewaltiges Schelten; das Nörgeln, Kritisieren und Besserwissen zersplitterte die Kraft zu Größerem; es trat oft in recht grober Form auf und wandte sich, eigenartig genug, sehr schnell von den alten Führern ab und gegen die neuen Führer. Die neuen Männer mochten ja ihre Schwächen haben; schonungslos wurden sie aber aufgedeckt; sobald einer emporgestiegen war, wurde er mit einer Art verbissener Eifersucht bekämpft; Welcker, Heinrich v. Gagern, Robert Blum, Friedrich Hecker hatten in dieser Beziehung das gleiche Schicksal. Wer nicht selbst mit scharfer Zunge dienen konnte, wie Schmerling, der hatte schweren Stand; Mißgunst, Haß und Hohn stürzten sich auf ihn, und zwar sehr oft aus der unmittelbaren politischen Nachbarschaft. Dies war die Kehrseite der gewissenhaften Revolution von 1848; sie zerfleischte ihre eigenen Kinder, und solch Maulpolitikertum hatte seinen Lebensatem verpufft, als die Gegenrevolution zu marschieren begann. Die Volksführer besaßen nur eine neue, durch den Moment befestigte Autorität; sie mußten deshalb immer wieder darum kämpfen: ihre Schwächen waren die Schwächen der Masse selbst, und deshalb wurden sie nicht von ihr verziehen. Die öffentliche Meinung nahm es den neuen Männern damals ganz besonders übel, wenn sie wirtschaftlichen Nutzen von ihrer Tätigkeit hatten. Wer festbesoldete Staatsstellen annahm, wie Karl Mathy oder Wilhelm Jordan, der galt schon als eine Art Verräter. Heinrich v. Gagern war in diesem Punkte so feinfühlig, daß ihm die Entschädigung des Präsidenten des Frankfurter Parlaments durch die gesetzliche Bestimmung, darauf könne kein Verzicht geleistet werden, geradezu aufgezwungen werden mußte. Ein gesundes Bedürfnis nach Anstand in öffentlichen Dingen wuchs sich so zu großer Torheit aus. Denn der Behördenapparat blieb nun auch aus diesem Grunde praktisch fast unverändert.

So konnte sich der Humanitätsstaat, den die Märzbewegung wollte, nicht verwirklichen. Man hatte Sehnsucht nach der Tat und zugleich Angst vor ihr. Man war, wenn man sich ausgeschimpft hatte, in allem Sachlichen merkwürdig bescheiden und auch etwas unsicher. Die alte Obrigkeitsschicht wirkte dagegen sehr solide und geschlossen, sie schillerte nicht, sie spielte nicht, sie war etwas aus sich, sie brauchte nichts zu werden. Wenn sie den Volksführern Diätenhunger, Eitelkeit

und wer weiß was sonst noch vorwarf, dann stellte kaum einer die Gegenfrage, woher denn dieser Adel, dieser Grundbesitz, dieses in Fabriken arbeitende Vermögen gekommen sei. Die neuen Leute waren meist arm und litten darunter; sie schwankten deshalb zwischen Schüchternheit und aufgeregtem Anspruch; sie hatten ihr Talent, ihre Vernunft, ihren Patriotismus, ihr Rechtsgefühl; sie leiteten alles über in die Debatte, glaubten die Mehrheit überzeugen zu können und führten Beschlüsse herbei, sie wollten die deutsche Wirklichkeit ändern durch neue Verfassung, neues Gesetz. Das war ein ehrenwertes Unterfangen, aber leider langweilte sich die Masse des Publikums bald dabei. Es passierte nicht genug, es ging nicht schnell, nicht dramatisch, nicht wild genug her. Gerade das Maulheldentum, das sich neben die edlen Vorkämpfer eines neuen Rechtes drängte, weckte in der Masse der Staatsbürger wieder die Achtung vor dem Gewordenen; Mitleid und Wehmut beim Anblick gestürzter Größen ist auch ein sympathischer deutscher Zug; es bedurfte nur einer geschickten Ausdeutung zeitgeschichtlicher Vorgänge, um daraus eine Loyalität zu schmieden, die sich selbst sehr anständig und mannentreu vorkam. Gerade solche, die von den alten Gewalten immer verachtet und mißhandelt worden waren, benutzten nun die Gelegenheit, um ohne große Gefahr etwas näher an den Thron heranzukommen und so sozial und geschäftlich zu gewinnen. Im Adel steckte überall noch ein gutes Stück Unabhängigkeitsgefühl und Bereitschaft zur Fronde; die Devotion ohne Vorbehalt sollte die bezeichnende Gesinnung arrivierender Bürgerlichkeit werden.

Die reichspatriotische Reformbewegung hatte gerecht nach allen Seiten sein wollen; eine politische Haltung darf nie selbst das Urteil der Geschichte vorwegnehmen. Wer alles nachfühlend „versteht", kann vielleicht Sonette formen, aber keine neue Welt aufbauen. Gerechtigkeitswille machte diese Männer auch selbstgerecht; das reizte ihre politischen Gegner geradezu zum Haß. Die Republikaner, die Sozialrevolutionäre, die Kommunisten hatten den aktiven Mut zur Ungerechtigkeit. Nur eine Minderheit ging aber da mit.

Der Mut der Gegenrevolution zur Ungerechtigkeit war freilich größer. Sie fragte nicht schüchtern, ob sie Blut vergießen und zerstören dürfe; sie brauchte sich nicht um Gewaltmittel zu bemühen — sie besaß, was sie brauchte. Wenn man die Volksbewegung, wenigstens in Norddeutschland, außer Berlin, wohl etwas temperamentlos finden kann, so war die Gegenrevolution unzweifelhaft stark emotional bestimmt. Religion, Vaterlandsliebe, Sittlichkeit und Treue zum angestammten Herrscherhause gingen zum Angriff vor. Die Revolution hatte in einem Metternich nur einen Verbrecher gesehen; die Gegenrevolution brandmarkte eine ganze soziale Schicht zu Schuften. Als die Besiegten von Rastatt herausmarschierten, wandte sich der Prinz von Preußen ab. Er wollte „diese Menschen" nicht sehen. Die Revolution hatte sich eine Legende ihrer eigenen Vorgeschichte zurechtgezimmert: die Gegenrevolution schrieb nun die Legende vom Wesen dieser Volksbewegung und beeinflußte damit entscheidend zwei Generationen in Deutschland. Die Revolution hatte sich gescheut, Märtyrer zu machen; die Gegenrevolution sah dabei keine Gefahr. Mit den Stand- und Kriegsgerichten traten die ordentlichen Gerichte in Wettbewerb. Das so empfindliche Rechtsbewußtsein der Zeit wurde durch eine ganze Reihe politischer Prozesse weiter tief verletzt. Den Anfang machte die Anklage gegen Ferdinand

Freiligrath wegen Aufreizung zu hochverräterischen Unternehmungen durch das Gedicht „Die Toten an die Lebenden", verhandelt zu Düsseldorf am 3. Oktober 1848. Dann kamen die Prozesse vor den Assisen in Köln, im Februar 1849, mehrere Preßprozesse gegen die „Neue Rheinische Zeitung" und der Prozeß gegen den Kreisausschuß der rheinischen Demokraten. Der erste politische Prozeß vor den Geschworenen Berlins war die Anklage des Oberstaatsanwalts Sethe gegen den Literaten Rudolf Springer wegen Majestätsbeleidigung (1849). Es folgten, von kleineren Dingen abgesehen, die Hochverratsprozesse gegen Obertribunalsrat Waldeck und Kaufmann Ohm sowie gegen den Appellationsgerichtsdirektor Temme (1850) und der Steuerverweigerungsprozeß gegen 42 Abgeordnete der preußischen Nationalversammlung (Februar 1850). Das Schwurgericht in Brandenburg hatte 1850 zwei sensationelle Prozesse zu verhandeln: gegen den Bürgermeister von Spandau, Ernst Wilhelm Eduard Zimmermann, wegen Hochverrats, gegen denselben und den Buchhändler Martens wegen Landesverrats, Aufreizung des Militärs zum Verrat und Majestätsbeleidigung, und wegen Hochverrats gegen den Oberbürgermeister von Brandenburg, Ziegler. Der Kölner Kommunistenprozeß gegen Nothjung, Bürgers, Röser, Hermann Heinrich Becker u. a. stellte zwar die preußische politische Polizei furchtbar bloß, zerschmetterte aber die nachrevolutionäre kommunistische Propaganda und hatte die Auflösung des Bundes der Kommunisten zur Folge. 1854 kamen Dr. Ladendorf und Genossen wegen Hochverrats vor das Kammergericht[69]). Wem man nicht wegen Hochverrats beikommen konnte, der wurde möglichst auf andere Weise ruiniert. So wurde der Breslauer Sozialist Professor Nees von Esenbeck, Ordinarius für Botanik, Teilnehmer am Berliner Arbeiterkongreß und Abgeordneter der preußischen Nationalversammlung, ein Vorkämpfer der Frauenemanzipation, der auch ein „Ministerium der Arbeit, aufsteigend aus dem Schoße der Arbeiter" gefordert hat — ein Siebziger (1776—1858) von merkwürdiger Originalität, eine in manchem wunderliche, aber durch und durch lautere Persönlichkeit — 1851 wegen angeblichen Konkubinats seiner Ämter entsetzt und ohne Pension entlassen[70]).

Jakob Burckhardt hat die Macht böse genannt. Es gibt Böseres als die Macht. Die Macht ist vor allem untreu. Sie will täglich neu gewonnen und betätigt werden. Nur der Gebrauch erhält sie blank und geschliffen. Sie dient nur dem, der sie mit der festesten Hand ergreift. Wehe dem, der sie besitzt und nicht gebraucht! Sie wendet sich gegen ihn. Dies war die Erfahrung des deutschen staatsbürgerlichen Menschen von 1848; er mußte das Maß von revolutionärer Folgerichtigkeit, das er selbst nicht hatte, um vieles vermehrt von der Gegenrevolution erleiden. Der Humanitarier, der Biedermann, der weltbürgerliche Dialektiker war nun zu Ende mit seiner Weisheit. Die Welt hatte gezeigt, daß sie nicht schön und rein war wie die klassizistische Form, auch nicht froh und farbig wie das romantische Geistesspiel. Ein verwegenes Zeitalter setzte sich durch, keck und plump, unbefangen, geneigt zu Spott und Gewalttat. Gewiß konnte man mit Polizei und Gericht keine politische Bewegung ganz und gar niederschlagen; es gab feinere Mittel, und diese wirkten entscheidend. Das „Volk", so hieß es, hat seine Frechheit, seine Habgier, seine Roheit und Niedertracht gezeigt; es braucht den Zwang, es soll ihn haben. Ehrgeiz und Menschenverachtung, die uralten Sünden herrschender Klassen, gaben sich nun als fürsorgliche Regierungskunst.

Die Reaktion in Deutschland hatte einen graubraunen Ton. Wie malerisch war die Revolutionszeit gewesen! Nun sollte am liebsten nicht mehr von ihr gesprochen werden: die Erinnerung an sie wurde verschüttet. Nur selten haben die Maler der Zeit ihre Bilder zur Dauer festgehalten: die grünen Scharfschützen mit den Hirschfängern, die blauen Bürgerwehrleute, helle oder schwarze Hosen zum weiten Oberrock, die befederten Hüte, Kokarden und Schärpen, oft breiter als gut war, gezogene Säbel, Hellebarden, alte, rostige Gewehre als Waffe; am forschsten und behendesten überall die Jungmannen, meist als Turner organisiert, mit weißen, verschnürten Kitteln, auch Blusenmänner mit Kappe und wildem Bart, dazwischen noch Herren im blauen Frack, die Flinte im Arm, Leute in allerhand zusammengeflickten Militär-Uniformstücken, und endlich oft die polnischen Schnürröcke. Die Lithographien der Barrikadenkämpfe sind zum Teil phantastisch; recht zuverlässig dagegen die „Skizzen aus der Pfalz während der Erhebung im Mai 1849“, die Ernst Schalck und Friedrich Stoltze herausgaben[71]). Die künstlerisch wertvollsten Karikaturen und Bilddarstellungen finden sich wohl in den Düsseldorfer Monatsheften, an denen die Achenbachs, Hasenclever, Hosemann, Schrödter und Lessing mitarbeiteten. Sehr hübsch gelungen sind Theodor Hosemanns acht Federzeichnungen „Herr Fischer als Deputierter zur preußischen Nationalversammlung“. Da sieht man, wie er seine Lieblingsbank dem Schutze der Nation anvertraut, wie er die Wirtstochter von dem neuen Zweikammersystem überzeugen will, wie er durch Rauchen im Walde der Gendarmerie diese revolutionäre Errungenschaft demonstriert, wie er auf der Tribüne zum ersten Male spricht und erklärt, er habe genau dasselbe wie seine Vorredner sagen wollen, und wie er schließlich in ein Kanonenrohr kriecht, nachdem er sich vergewissert hat, daß es nicht geladen ist. Dem Düsseldorfer A. Schrödter sind auch die Zeichnungen zu J. H. Detmolds Meisterstück zu danken, den „Taten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung in Frankfurt“; das ist nun die beste Satire der Zeit, eine unbarmherzige Vernichtung des geschäftigen Gelegenheitspolitikers, der unter allen Umständen oben auf der Zeitwelle schwimmen muß[72]).

Die Gegenrevolution sah in dem Zusammenbruch der Volksbewegung gerne die entscheidende Niederlage des deutschen Parlamentarismus, ja des Parlamentarismus überhaupt. Diese neue Menschensorte der Redner und Schriftsteller war allem soliden Beamten- und Fachmännerwesen ein Greuel. „Ehe nicht sämtliche Literaten Zivilversorgungsscheine erhalten haben, ehe ist nicht Ruhe und Frieden im Lande“ — dieses böse Wort des Rechtslehrers v. Savigny nahm sich ein gegenrevolutionäres Zeitungsorgan als Motto[73]). Die zahlreichen handgreiflichen Unwahrheiten, die sich die junge Preßfreiheit erlaubte, schadeten natürlich dem Ansehen der Publizistik. Da sollte Jahn am 18. September gefallen, da sollte die Republik in Wien im Oktober ausgerufen worden sein! Solche Sensationsmacherei forderte Spott heraus; es gibt ein satirisches „Extrablatt“ im Märkischen Museum, das die Absetzung des Kaisers von Rußland und die Verheiratung des Papstes verkündet — also zwei Nachrichten, die man als gleich absurd empfand. Eine fingierte medizinische Dissertation behandelte die demokratische Krankheit überhaupt mit allen ihren Sondererscheinungen als eine neue Form des Wahnsinns[74]).

*

Mit demselben Ernst, mit derselben feierlichen Würde, mit der erhabene Dinge, wie Ich und Nicht-Ich, das Transzendentale, die Totalität, die letzte Synthesis in Deutschland durchunddurchgedacht worden waren, bejahten die Besten dieser Generation den Rechtsstaat, zugleich als logisch-sittliches Postulat und als Kunstwerk. Aus einer nüchternen Stätte lutherischen Gottesdienstes wuchs so die Paulskirche auf zu einem heiligen Tempel, der im Zeitlosen steht, zur ewigen Heimat des gesamtdeutschen Gedankens. Auf den Gesichtern der Männer, die sich im Mai 1848 in Frankfurt vereinigten, lag ein Abglanz solcher Schicksalserfüllung. Wir spüren ihn noch heute: eine Reinheit glänzt von diesen hohen Stirnen, eine Bedachtsamkeit ruht in diesen festen Augen; in den feinen, klaren Mundlinien sitzt der schwere Ernst eines Denkens, das gewohnt ist, mit dem Letzten vertraut zu werden. Aber selbst in dieser deutschen Nationalversammlung konnten Männer solchen Wertes, solcher Gesinnung nur eine Minderheit sein. Neben den Sehern saßen Pedanten und Narren. Die priesterlichen Redner, wie Beckerath und Gabriel Rießer, hatten ihr Widerspiel an Effekthaschern, Polemikern und Witzemachern, die gravitätischen Lehrer politischer Weisheit, wie Dahlmann, wurden übertrumpft von der brausenden Rhetorik der Volksversammlungen, von der flammenden Gewalt geschichtlich-weltanschaulicher Prophetie. Es war im Geistigen, wie es im Leiblichen war: feine, glatte, ausgeprägte Schädel, wie Schülers katonischer Kopf, schlanke, reit- und tanzgewohnte, geschmeidige Gestalten, wie die des böhmischen Grafen Deym, wehende Professorenlocken und grobgeschnitzte Figuren, wie die des jovialen Mecklenburgers Reinhard, wallende Demagogenbärte, am längsten der von Jahn, besonders grotesk der Löwenkopf von Titus aus Bamberg, bei dem nur die Nase vom Haarwuchs verschont war. Erst solche Spannung macht das Wesen der Dinge deutlich. Gerade weil das neue Politische sich so überaus ernst nahm, erfolgte der Umschlag in der Wirkung. Noch ehe die Tragödie zu Ende gespielt war, begann das Satyrspiel.

In den Chorgesang drängte sich lärmend der Mimus. Das Pathos Heinrich v. Gagerns und Robert Blums war sich im Innersten verwandt — es rief den Zynismus Detmolds und Karl Vogts heraus, die, ihrerseits unter sich so verschieden, durch die Skepsis gegenüber aller gedankenkranken Schwere ebenso gleichartig waren. Armes reiches schönes Deutschland! Schön und reich durch seinen Besitz an Landschaft und Begabung, arm durch das, was gerade durch die Fülle daraus geworden ist, im Einzelnen tief beglückt, sehnsüchtig deshalb nach der Tiefe der letzten Individualisierung, im Ganzen glücklos, verwirrt und außer Fassung gebracht durch den Überschwang, aber immer wieder verlockt, ihn doch vielleicht noch zu bezwingen!

Die weite Entfernung der Pole des deutschen Wesens ließ das Leiden des Deutschtums an sich selbst entstehen, das vielleicht unser besonderer Fluch ist[75]). Georg Friedrich Daumer empfand die Ereignisse der europäischen Revolution von 1848 als etwas so Ungeheures, daß er glaubte, die „alten sklavischen Verhältnisse", unter denen der deutsche Geist lebte, seien nun endgültig vorbei, und die Zeit sei gekommen für eine völlig neue Weltanschauung an Stelle der christlichen, für die „Religion des neuen Weltalters", die bejahende, die natürliche, die wahrhaft gute und heilbringende Auffassung von Leben und Ewigkeit[76]). So schweifte

der deutsche Geist im dringendsten Augenblick praktischer Tagesarbeit wieder ganz ins Weite. Er suchte nicht das Nächste, sondern den letzten Schritt, die letzte Lösung, er strebte aus dem Relativen ins Absolute, er empfand das Fernste als das Notwendigste und war so zugleich vergangenheitsgebunden und zukunftsträchtig, aber etwas fremd seiner unmittelbaren Gegenwart. Das deutsche politische Schaffen wucherte deshalb in die Breite, es fand nicht die logisch-klare Formung des Neuen, wie Frankreich, es wurde nicht durch ein unwiderstehliches Volksführertum zur Einheit hingerissen, wie Italien, es gelang ihm nicht die einfache schlichte Handlung, die klug ist für den nächsten Tag, wie England, es war auch tief fremd russischem Vernichtungs- und Schöpfungsrausch. Die deutsche politische Arbeit 1848 war zugleich zu universal und zu spezialistisch — die alten Gewalten nutzten diese Schwäche aus. Es ist merkwürdig, wie das damalige Erlebnis von der gesamtdeutschen Volksgemeinschaft, deren Zeugnissen wir heute in jedem Provinzmuseum, in Celle so gut wie in Alsfeld, begegnen, so schnell wieder zurücktrat, ja beinahe vergessen werden konnte. Die alte Befangenheit der Deutschen war nach der Revolution noch größer als vorher. Jeder hielt sich wieder politisch und gesellschaftlich möglichst an seine Berufsgemeinschaft, der Richter zum Richter, der Professor zum Professor. Der Klüngel und der Stammtisch hielten fester als Parteigebilde. Das Volk klaffte auseinander. Auch mit der Selbstbewunderung der vierziger Jahre war es eine Zeitlang vorbei. Viele waren demütig geworden und ließen sich imponieren. Die Revolution war vor den Thronen und vor den Geldbeuteln stehengeblieben — ein Grund mehr dafür, daß sich diese beiden Mächte verbündeten. Die nächste Zukunft gehörte dem bourgeoisen Militarismus. Man hatte gesehen, wozu die Vielheit der Talente führte. Jene Überfülle von Begabung hatte sich auf alles gestürzt und mit Geist und Gründlichkeit das fertiggebracht, was intelligenter Patriotismus eben leisten kann. Einen großen starken Kerl, der das Gesamte als Persönlichkeit gebannt hätte — den gab es nicht. Ideen sind gewiß gut, an Ideen hatte es nicht gefehlt, man hatte nun einen Vorrat, der für zwei Generationen ausreichte; Ideen sind vortrefflich, aber Menschen sind besser.

Die deutsche Revolution von 1848/49 steht zwischen dem Freiherrn vom Stein und Otto v. Bismarck. Steins Ideen haben unmittelbar auf die Volksbewegung eingewirkt, durch Arndt, durch den Vater und die Söhne Gagern, durch Stockmar, durch Fürst Leiningen. So wie Stein den Begriff „Bundestag" geprägt hat, als den einer gesamtdeutschen, ständisch-parlamentarischen Körperschaft, die sich in Frankfurt aufbauen sollte zur Ergänzung der einzelstaatlichen Landtage, so hat er auch zuerst eine kräftige Zentralgewalt und Reichsministerien gefordert[77]). Durch die preußische Städteordnung ist wenigstens jenes hochstehende städtische Bürgertum geweckt und entwickelt worden, das 1848 parlamentarisch arbeiten konnte, auch ohne daß es, sehr gegen Steins Willen, rechtzeitig eine gesamtständische Organisation in Preußen gegeben hatte. Mit gutem Grunde ist gerade nach 1850 die Erinnerung an Stein zuerst erweckt und seine Gestalt aufgerichtet worden als die eines Wegezeigers in eine bessere deutsche Zukunft. Diese Zukunft freilich entsprach wenig dem Willen des großen Führers, der Recht an die Stelle von Autorität hat setzen wollen. Vielmehr läßt sich sagen, daß das Schicksal der deutschen Volksbewegung von 1848 in einem entscheidenden Punkte sich mit dem Schicksale

des Freiherrn vom Stein deckte: beide scheiterten letzten Endes an der nordostdeutschen Agrarklasse und an der außenpolitischen Dynamik.

Fürst Schwarzenberg und Louis Napoleon haben Bismarck gelehrt, wie man die Innenpolitik durch Außenpolitik meistert, wie man die Gefahr revolutionärer Staatsgestaltung, die von der gesellschaftlichen Umschichtung ausgeht, beschwören kann durch militärische Kraftmittel, durch auswärtigen Krieg, durch Macht- und Gebietszuwachs. Die Größe der außenpolitischen Tat Bismarcks wird erst ganz deutlich, wenn man sie vom Blickpunkte der Revolution und Gegenrevolution aus betrachtet. Europäische und partikularistische Hemmungen haben das Frankfurter Werk erschwert, bis zur Unausführbarkeit. Schon General Cavaignac hat im Sommer 1848 gesagt, das französisch-russische Bündnis sei sicher, wenn die Einigung Deutschlands auf demokratischer Basis zustande käme[78]). Wir haben gesehen, wie England die kleindeutsche Lösung befördert, weil sie sich gegen Österreich richtete, wie diese Gunst aber schnell bei der Frage der Herzogtümer ihre Grenze fand. Bismarck ist nun der Widerpart der Volksbewegung von 1848: die Volksbewegung wollte die Herzogtümer Schleswig und Holstein als deutschen Fürstenstaat gewinnen — Bismarck hat sie annektiert; die Volksbewegung wollte die Polen befreien, oder mindestens die Rechte des polnischen Volkstums innerhalb des preußischen Staates gesichert wissen — Bismarck hat den polnischen Unabhängigkeitsgedanken der russischen Freundschaft geopfert und die Einpreußung der Polen angebahnt; die Volksbewegung von 1848 wollte in ihrer Mehrheit das kleindeutsche Volkskaisertum des Königs von Preußen, unter Erhaltung der Kleinstaaten, unter Zurückdrängung des preußischen Staatsegoismus, sie wollte in ihrer Minderheit entschiedenen Unitarismus an Stelle des partikularistischen Föderalismus — Bismarck hat das großpreußische, stark obrigkeitlich gebundene Kaisertum geschaffen, er hat eine Reihe mitteldeutscher Staaten annektiert, aber die Süddeutschen, besonders Bayern, geschont, er hat zwar das allgemeine Wahlrecht für sein Reich übernommen, aber in Preußen und damit in einer Reihe von Bundesstaaten eine freiheitlichere Entwicklung zum Besten der Dynastien und der herrschenden Klassen verhindert; die Volksbewegung von 1848 hat klar die Bildung von vier großen Parteien in Deutschland vorgezeichnet: die liberale Reformpartei, die bürgerlichen Demokraten, die Klerikalen und die Sozialdemokraten — Bismarck hat nur mit der liberalen Reformpartei, den späteren Nationalliberalen, eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammengearbeitet; bei den Klerikalen hat er sich seine erste große Niederlage geholt, die noch lange verhängnisvoll nachwirkte; die bürgerlichen Demokraten hat er nicht versöhnen können und wollen; aus den Sozialdemokraten eine nationale Arbeiterpartei zu schaffen, ist ihm nicht gelungen, wenn er es überhaupt ernst versucht hat, die dafür vorhandenen Möglichkeiten entschwanden, die Partei wurde durch die Entwicklung in eine erbitterte Opposition gedrängt. Die Volksbewegung von 1848 endete mit einem starken österreichisch-preußischen Gegensatz, mit dem Übergewicht Rußlands und mit dem zunehmenden Einfluß Frankreichs; das Wahrscheinlichste war im Sommer 1849 der Zerfall Deutschlands in einen Norddeutschen und einen Süddeutschen Bund; die Wiederherstellung des alten Bundestages wirkte als eine Wiederherstellung deutscher Einheit, wenn auch in sehr bescheidener Form; Preußen wich nacheinander vor England, Rußland und

Österreich zurück; mit der französischen Freundschaft war nicht viel anzufangen. Man sieht, wie sich Bismarcks Lebenswerk aus dieser Konstellation ableiten läßt: er benutzt die russische und französische Freundschaft, um Österreich aus Deutschland hinauszudrängen, dieses Österreich Franz Josefs, das so viel stärkere deutsche Sympathien besaß als das nachrevolutionäre Preußen; Bismarck begründet den Norddeutschen Bund und verhindert eine süddeutsche Gegengründung; er hätte den Norddeutschen Bund wahrscheinlich noch etwas straffer ausgebildet und die Reichsgründung verfassungsmäßig noch günstiger gestalten können, wenn sich nicht die Abrechnung mit der französischen Eifersucht so schnell ergeben hätte. Das Deutsche Reich von 1871 wurde so der erweiterte Norddeutsche Bund — Großpreußen verbunden mit einem Bayern, das nicht Großbayern werden durfte, verbunden bald auch mit der austroslawisch-ungarischen Monarchie, der nach dem Verluste von Italien und Deutschland nur noch der Balkan blieb. Die Volksbewegung von 1848 hatte diesen Kaiserstaat auflösen wollen.

Unsere Vorgeschichte der Revolution von 1848/49 mußte ausführlich sein; die Nachgeschichte der Revolution läßt sich in diesen *einen* großen Namen zusammenpressen: Bismarck. Sein Werk hebt zunächst die Volksbewegung von 1848/49 auf, Königgrätz wischt den 18. März und die Paulskirche weg. Bismarck stammte ja auch als Persönlichkeit ganz aus der Gegenrevolution. Das wahrhaft Schöpferische seiner Leistung liegt aber doch darin, daß er, für eine bestimmte Zeit, Gegenrevolution und Revolution miteinander verband. Er wuchs als Staatsmann völlig über die dogmatische Befangenheit christlich-germanischer Reaktionäre hinaus; in ihm lebte die Spontanität, das Ungehemmte, das Nichtvorausgesetzte revolutionärer Tatkraft; er war kein Gestriger, sondern schien, wenn auch nicht für immer, wirklich ein helles Morgen zu bedeuten. Der Kulturkampf und der Bruch mit den Nationalliberalen brachte die Wendung und damit innerpolitisch den Beginn einer Erstarrung, über die der alternde große Staatsmann nicht mehr hinausfand. Die Reichsverfassung von 1871 war nach Lage der damaligen Verhältnisse ein Staatsmeisterwerk; erst die Kenntnis der wahren inneren Geschichte von 1848/49 macht es ganz begreiflich, daß sie so aussah und auf diesem Wege entstand. Bismarcks Leistung und Werk hatten das ewig große Recht einer praktischen und kühnen geschichtlichen Tat, die den Augenblick ganz ergreift. Mußte es aber geschehen, daß Bismarck in einem tieferen Sinne seine Nachfolger verhinderte, seine Fortsetzer zu werden? Er selbst ist die Sorge um das Reich nie losgeworden — sorglose Selbstbewußtheit hat ihn beerbt. Man könnte sich eine Generation denken, eben diese von Bismarck erzogene Generation von 1860, die stolz und selbständig genug gewesen wäre, nach Bismarcks Ausscheiden das Deutsche Reich von innen heraus neu zu gründen, die bis dahin zurückgedrängten Parteien und Schichten zum Leben und zur Arbeit im Staate zu entwickeln und so den freien Volksstaat mit dem starken Volkskaisertum zu schaffen, den die erste gesamtdeutsche Volksbewegung 1848/49 ersehnt hat. Es ist nicht geschehen; warum und wieso — das zu zeigen, ist nicht mehr unsere Aufgabe.

Das Spanien Philipps II., das Frankreich Ludwigs XIV., auch das Österreich der Maria Theresia, das England der Elisabeth haben eine Einheitlichkeit von

Staat, Kultur und Religion hervorgebracht, die es in Gesamtdeutschland seit der Glaubensspaltung nicht mehr geben konnte. Die große französische Revolution wurde dann Frankreichs Lebenskraft. Aufklärung, Humanitätsideal, Rechtsstaatsgedanke, organische Staats- und Geschichtsauffassung, Sozialismus, Materialismus sind in Deutschland samt und sonders nur Teilerscheinungen gewesen, die das Gesamtvolk zwar berührten, aber weder von Grund aus erschütterten, noch sein Leben ganz neu zu formen vermochten. Niemals hat das Neue das Alte ganz zerstört. Wir können eben nicht zerstören. Die deutsche Einheit ist auch nach der Bismarckschen Reichsgründung wohl eine außenpolitische und wirtschaftliche Wirklichkeit, nicht aber ein geistig-volksmäßiges Gesamterlebnis gewesen. Noch mehr gilt dies von den politischen Formen der Nachkriegszeit. Die Forderungen, die sich daraus ergeben, werden immer den Blick auf 1848 zurücklenken. Wer nicht weiß, was er tun soll, wird es gewiß nicht aus der Geschichte lernen. Wer aber klare Willensziele hat, der bekommt auch Antwort von der Vergangenheit. Jedes Jahrhundert hat uns seit dem sechzehnten schwere Bürgerkriege in Deutschland gebracht. Die alte Rauflust der Deutschen focht lange alle Gegensätze zwischen den Einzelstaaten in Kriegsform aus — erst der Deutsche Bund von 1815 brachte eine Befriedung, auf Kosten der Freiheit; als das Volk nun 1848 aufstand, kämpften wieder alle gegen alle; nur wurde der Streit nicht voll ausgetragen. Insofern bedeutet das Jahr 1866 die Nachholung alles dessen, was im Jahre 1848 versäumt oder auf dem besseren Wege einsichtiger Verträglichkeit nicht erreicht worden ist. Das Jahr 1866 ist ein säkulares Epochenjahr — es ward zurückgedrängt durch den Glanz und die Erfüllung des Jahres 1870/71, bleibt aber geschichtlich beinahe von stärkerem Gewicht.

Die Nationen haben das Urrecht, fremde Bedrückung von sich abzuschütteln. Sie besitzen auch das andere Urrecht, sich den Staat so zu gestalten, daß er von einer Führerschicht geleitet wird, deren Begnadung das arbeitende Volk Zufriedenheit lehrt. Es hat schon viel Gewalttat bei uns gegeben — früher haben sie zumeist die Sklaven, die Bauern, die Bürger, die Arbeiter verspürt. Auch der friedliebende Weltbürger kann durch den beschränkten Widerstand des Bestehenden zum Weltrevolutionär werden. Revolution ist keine Sünde. Mit dem Jahre 1848 hat ein neues Zeitalter der Revolutionen begonnen, das noch nicht zu Ende ist. Schon Fichte hat die Revolution gesucht, die Napoleon verdorben hatte. So wie sich Bismarck 1866 Indemnität erbat von der preußischen Volksvertretung, so hätte sich die ganze militärisch-bürokratische Epoche des kaiserlichen Deutschland rechtzeitig Indemnität erbitten müssen von der Idee des freien Volksstaates. Das Recht auf Revolution findet allein seine Schranke in der Begabung, sie staatsschöpferisch durchzuführen. Früher waren Revolutionen und Kriege sauber voneinander getrennt. Man beschwichtigte Revolutionsgefahr durch Krieg, und verlorene Kriege pflegten mit Revolutionen zu enden. Heute gehören Kriegs- und Revolutionsgefahr zusammen als die gleiche Bedrohung, in verschiedener Richtung, aber mit denselben Mitteln. Jede Revolution ist ja auch ein kampftechnisches Problem. Man arbeitete 1848 gleichzeitig mit veralteten Mitteln, wie dem Barrikadensystem und dem Freischarenprinzip, und mit recht modernen, wie der Ausnutzung der Verkehrsmittel und der Nachrichtenorganisation. Kriege und Revolutionen scheinen sich immer mehr anzugleichen; die Revolution

lernte vom Kriege den Gedanken der allgemeinen Volksbewaffnung, wie er 1848 ja wiederholt auftrat — der Krieg lernte von der Revolution den Terror. Man weiß, daß die preußische Armeereform der sechziger Jahre zurückzuführen ist auf die Haltung der preußischen Landwehr 1848/49, die sich ja an vielen Orten als Volkstruppe und nicht als obrigkeitliches Werkzeug gefühlt hatte.

Die Volksbewegung von 1848, deren stärkster Antrieb das Nationale war, endete mit der Überzeugung, daß Nationalismus und Internationalismus konträre Gegensätze wären. Immer, seit der Zeit des Feudalismus, war aber Europa geistig eine Einheit. Haben nicht Kant und Goethe auf England, Hegel auf Frankreich, Nietzsche auf Italien, Marx und Engels auf Rußland die stärkste Wirkung ausgeübt? Es gibt keine Isolation. Wir sehen heute aber eben so deutlich, daß ein fruchtbares und friedliches internationales Leben nur zwischen ausgereiften und beruhigten, national gesättigten Volksstaaten möglich ist. Die Geschichte Deutschlands als einer Nation und als eines Staats- und Gesellschaftskörpers ist noch nicht abgeschlossen. Sie kann, aber sie muß nicht durch neue Revolutionen fortgeführt werden. Es gibt keine Revolutionsgefahr, die nicht durch staatsmännische Reform beschworen werden kann. Die Revolution von 1848, niedergetreten durch die Gegenrevolution, war nicht tot. Sie saß in der ewigen Paulskirche des Großdeutschtums und wartete auf die Stunde der Wiederkehr. Sie sitzt wohl auch heute noch da. Nicht das Alte soll und kann zurückkommen. Aber der Reichspatriotismus von 1848, in seiner Reinheit und seinem Ernst, ist der unsterbliche Verbündete bei allen Zukunftskämpfen deutscher Nation.



Kritische Übersicht über Quellen und Forschung zur Geschichte der deutschen Revolution von 1848-49

Mit großer Lust und großem Glück
Hält ihr Serail hier Frau Kritik.
Ein jeder, er sei groß und klein,
Wird ihr gar sehr willkommen sein.
Sein Zimmer ist ihm gleich bereit,
Sein Essen auch zur rechten Zeit:
Er wird genähret und verwahrt
Nach seiner Art und seinem Bart.
Goethe

Anklage und Abwehr der Mitkämpfer

Der Kampf von Revolution und Gegenrevolution endete mit Bitterkeit, Blut und Hohn. Ein so schreibgewandtes Geschlecht wie das von 1848/49 drängte deshalb zur Rechenschaft. Man wollte wissen, warum man besiegt war. Paul Roth, Marburger Professor der Rechte, und der Münchner Stadtgerichtsakzessist Heinrich Merck vereinigten sich zu ihrer zweibändigen „Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848" (Dahlmann-Waitz, weiterhin D. W. zitiert, 11564), die mit dem Entwurfe des Freiherrn vom Stein zu einer deutschen Bundesverfassung begann und mit Ministerialdepeschen über das Dreikönigsbündnis vom Mai 1849 abschloß. Da hatte man also 293 Dokumente beisammen, eine gewiß nicht vollständige, aber bis heute grundlegende und unentbehrliche Aktenpublikation zur Zeitgeschichte, die nur wenig von der Volksbewegung, desto mehr aber von dem diplomatischen Kampf zwischen den Einzelregierungen aussagt; ganz ohne Kommentar, doppelt eindrucksvoll deshalb für den wissenden Leser. In ähnlicher Weise veranstaltete R. Schleiden seine Sammlung von Aktenstücken zur Schleswig-Holsteinischen Geschichte. Die dortigen Kriegsereignisse und der badisch-pfälzische Feldzug wurden amtlich im Militärwochenblatt geschildert (D. W. 11705, 11718, 11721). Das große Publikum brauchte freilich etwas anderes. Es wollte eine Chronik der Zeitereignisse haben, in lesbarem Zusammenhang, mit Beleuchtung und Schlußfolgerung. Mehrere Unternehmungen versuchten diese Aufgabe zu lösen (D. W. 11562, 11568). Am besten gelungen ist die „Deutsche Chronik" (1848—1850) von Oberst Schulz, und „Die Gegenwart", enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte, zwölf Bände, 1848—1856, bei F. A. Brockhaus; diese letztere Sammlung umfangreicher anonymer Aufsätze — von Autoren wie Ludwig Häusser, Lorenz Stein, Karl Biedermann u. a. — hat meiner Darstellung immer wieder zur Anregung und

Kontrolle gedient; eine Fülle von Stoff, Stimmung, Wissen, Nachwirkung ist hier zugleich quellenmäßig und bewußt darstellerisch niedergelegt; es war überaus lohnend, diese Bekundung vorzüglich unterrichteter, oft mithandelnder Zeitgenossen mit dem von mir erschlossenen Aktenmaterial zu vergleichen.

Das größte Zeiterlebnis waren die Parlamente. Ihre Verhandlungen sind mit Hilfe der neuen stenographischen Kunst amtlich und außeramtlich niedergelegt worden, nicht immer so getreu, wie es dem Forscher erwünscht wäre: Erster und zweiter Vereinigter Landtag, Vorparlament, Fünfzigerausschuß, Frankfurter und Berliner Nationalversammlung, österreichischer Reichstag, dazu die ständischen Körperschaften der Einzelstaaten — eine ungeheure Quellenfülle primären Charakters harrte damit der kritischen Verarbeitung; auch die Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Frankfurter Parlaments gab Droysen bereits 1849 teilweise heraus (D. W. 11461, 11586/189, 11633, 11684, 11699 usw.). Die Parlamentarier selbst aber mußten wiederum das Wort ergreifen, um Verständnis für ihre Strebungen zu finden. Eisenmann, R. Haym, Max Duncker, H. Laube, Radowitz, Hansemann, L. Häusser, K. Jürgens, H. V. v. Unruh, Freiherr v. Andlaw, F. Schuselka waren die ersten, die während und sogleich nach der Revolution geschichtlichen Verlauf und persönliche Leistung festzulegen versuchten (D. W. 11569, 11570, 11591, 11592, 11608, 11635, 11674, 11704). Die Schriften von Eisenmann und Jürgens haben bis heute ihren Wert behalten, während R. Haym zu viel benutzt und überschätzt worden ist. Heinrich und Max v. Gagern schrieben in der Reaktionszeit das Leben ihres Bruders Friedrich, zugleich als Bekenntnis und Rechtfertigungsschrift der Gagernschen Staats- und Weltanschauung überhaupt, ein sympathisches, aber keineswegs ganz geglücktes Buch (D. W. 11574). Viele andere Staatsmänner verfochten ihre Sache: so der Badener J. B. Bekk, die Österreicher Graf Fiquelmont und Freiherr von Pillersdorf; der letztere wurde als Opfer der Gegenrevolution in Österreich aller seiner Würden und Auszeichnungen entkleidet; nach dem Tode des Verfemten 1862 erschien noch sein handschriftlicher Nachlaß, zum Teil wertvolle gleichzeitige Niederschriften enthaltend (D. W. 11636, 11639, 11571). Gegen die Schlauheit und Schärfe von Graf Hartigs anonymer Schrift „Genesis der Revolution in Österreich im Jahre 1848“, Leipzig 1850, war freilich schwer aufzukommen. Sie hat auf lange die Beurteilung bestimmt. Zahlreiche Revolutionskämpfer erzählten ihre Erlebnisse im Rahmen der allgemeinen Ereignisse: Fenner v. Fenneberg, Julius Fröbel, Adolf Pichler, Ernst Violand (dieser besonders originell und packend), F. Hecker, O. v. Corvin, L. Bamberger, Mieroslawski, J. Ph. Becker und Christian Esselen, A. Röckel (D.W. 11640, 11703, 11707, unsere Bibliographie Nr. 1019); des Musikdirektors Röckel Buch, erst nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause in Waldheim erschienen, ist eine der sachlichsten und eindruckvollsten dieser Schriften, tat aber schon fast gar keine Wirkung mehr. C.B.A. Ficklers Broschüre „In Rastatt“, zuerst Rastatt 1853, ist eine besonders wichtige Quelle für die badischen Ereignisse. Über die Berliner Märztage entstand 1850 ein wenig fruchtbarer Streit zwischen den am meisten Verantwortlichen; A. Wolffs Berliner Revolutionschronik ist in der dreibändigen Originalausgabe ein wertvoller, wenn auch nicht erschöpfender Leitfaden der Tagesereignisse auf Grund der ephemeren Literatur (D. W. 11679, 11680); die populären Darstellungen von Adolph Carl (A. Streckfuß). „Das freie

Preußen“ (1848), und Friedrich Steinmann, „Geschichte der Revolution in Preußen“, Berlin 1849, waren dadurch ganz überholt.

Zur Geschichte des letzten Frankfurter Reichsministeriums Wittgenstein sammelte sein Mitglied August v. Jochmus wertvolles Aktenmaterial (1856), das erst nach seinem Tode, in den „Gesammelten Schriften“ versteckt, herauskam (D. W. 11607).

Die Zeit halber Verachtung, halber Vergessenheit

Es geht den Menschen und den geistigen Bewegungen wie den Möbeln: zuerst werden sie unmodern — da lächelt man über sie und stellt sie in die Bodenkammer; dann werden sie altmodisch — da findet man sie rührend und bekommt schon etwas Achtung vor der Qualität; zuletzt werden sie Antiquitäten: da holt man sie herunter, poliert sie zurecht, baut sie in der besten Stube auf, renommiert mit ihnen und läßt sie kopieren. Die Gegenrevolution der fünfziger Jahre wollte von 1848 am liebsten nichts sehen und nichts hören; gern hätte sie jede Erinnerung daran ausgebrannt. Eine quellenmäßige Geschichte dieser Reaktionsperiode besitzen wir ja leider noch nicht. An zeitgenössischem Protest hat es gewiß nicht gefehlt. Wilhelm Angerstein wandte sich mit Temperament gegen die reaktionäre Legende von der Berliner Revolution — auf Grund von Aktenstücken sowie nach Berichten von Augenzeugen: sein Buch ist ein merkwürdiges Zeugnis aus der preußischen Konfliktszeit (unsere Bibliographie, weiterhin zitiert Bibl. 809a). Die neue Ära in Preußen, die österreichische Oktoberverfassung von 1860 bedeuteten ein Auferstehen der Ideen von 1848; die alten Namen kamen wieder zum Vorschein, in Österreich wurden Anton v. Schmerling und Karl Giskra Minister, v. Unruh, Grabow, v. Vincke traten in den Vordergrund der preußischen parlamentarischen Kämpfe. Der Gedanke großdeutscher Bundesreform, der im Frankfurter Fürstentag gipfelte, wurde von Julius Fröbel publizistisch vorbereitet und verfochten. Bismarck vernichtete alle diese Möglichkeiten und setzte seine eigene Lösung heroisch kämpferisch durch. Zum zweiten Male wurden die besten Ideen von 1848 besiegt. Das schwarz-weiß-rote Deutschtum des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches von 1871 kehrte jener Zeit den Rücken zu, vom Erfolg geschwollen. Anders war es in Österreich. Im Jahre des Frankfurter Fürstentages 1863 ließ Anton Springer seine „Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809“ erscheinen, immer noch das gescheiteste, wahrhaftigste und stoffreichste geschichtliche Werk über den Kaiserstaat in unserer Epoche, ganz erfüllt von dem Bewußtsein dauernder Gefahr revolutionärer und nationalistischer Bewegung für dieses Gebilde, deutsch und österreichisch, aber vom Österreichischen schon etwas abgewandt, konservativ und liberal zugleich, auf besondere geistvolle Art, voll persönlichen Erlebens und deshalb manchmal bitter. Im Jahre des Deutsch-Französischen Krieges begann der Wiener H. Reschauer sein Werk „Das Jahr 1848“ erscheinen zu lassen, das dann Moritz Sceps gerade recht zum fünfundzwanzigjährigen Gedenktag der Revolution abschloß: zwei Bände, volkstümlich, mit trefflichen Lithographien, oftmals Zeugnis und Erinnerung der Zeitgenossen, voller Farbe und Anschaulichkeit, alles andere als der Versuch höherer geschichtlicher Deutung, aber das Leben selbst, mit seinem

Widerspruch und seiner schicksalsmäßigen Verkettung, Rückschau und auch deutschfreiheitliches Programm für die Monarchie Franz Josefs, deren Ausgleich mit Ungarn ebenso die nachträgliche Anerkennung von 1848 bedeutete wie das Bürgerministerium und der föderalistische Versuch in Zisleithanien. 1873 veröffentlichte auch der nach Amerika ausgewanderte Hans Kudlich drei Bände „Rückblicke und Erinnerungen“ (D. W. 11635), Johannes Scherrs grimmige Anklageschrift (Bibl. Nr. 7) verhallte. F. Nippold veranstaltete die deutsche Ausgabe des englischen Bunsenbuches, ein Denkmal preußisch-deutschen Westlertums, aus dem Bunsenschen Familienarchiv noch öfters ergänzt, bis heute viel umstritten, Bismarckscher Politik und nun gar Treitschkescher Historiographie tief zuwider (D. W. 11476). Leopold von Ranke freilich, unbeirrt und treu bemüht um das Andenken Friedrich Wilhelms IV., errichtete seinem Könige die schöne Stele der Erinnerung in der Allgemeinen deutschen Biographie und schrieb auf Grund der Korrespondenz Friedrich Wilhelms mit Bunsen die wundersame Geschichte dieser Freundschaft (Bibl. 347). Im Bismarckschen Deutschland dachte man 1873 nicht daran, 1848 zu feiern. Wieder war es Anton Springer, der 1870/72 dem alten F. Ch. Dahlmann das erste biographische Denkmal setzte, mit vielen Quellen ersten Ranges; das Buch ist der Anfang wissenschaftlicher Betrachtung der Zeit, es begründet auch die lange herrschende Auffassung, der Kampf von 1848 sei die Vorbereitung der Bismarckschen Erfüllungszeit. Am meisten zur Verbreitung dieser, den politischen Zielen des Nationalliberalismus zeitweise nützlichen Deutung trug Karl Biedermann bei, dessen Erinnerungen, Reden und geschichtliche Darstellungen geschäftig und wohlmeinend, mit freundlicher Flachheit sich darum bemühten, das Jahr 1848 doch zu einer, wenn auch mitleidigen, Anerkennung oder wenigstens Duldung zu bringen (D. W. 11573, 11599).

Die Mitkämpfer der Revolutionszeit wurden nun alt und starben; viele Erinnerungen erschienen, meist auf den gleichen Ton gestimmt, die österreichischen wärmer und positiver, die reichsdeutschen oft verwischt und zurechtgerückt, beide unter sich feindselig, voll der Unversöhnlichkeit von 1866 — so die Bücher von E. v. Stockmar, A. Duckwitz, G. Beseler, Anton Springer, W. Öchelhäuser, R. Schleiden, P. Reichensperger, W. Wichmann, A. Fischer, A. v. Arneth, H. v. Brandt, H. Wagener, Stieber, Freiherr v. Friesen, Reyscher (D. W. 11489, 11494, 11713, 11572, 11577, 11581, 11583, 11600, 11621, 11642, 11670, 11675, 11697, 11701, 11729). Fast unbeachtet blieben Temmes Erinnerungen, die Stephan Born, sein Schwiegersohn, herausgab (D. W. 11578). Gering war die Zahl eigener Darstellungen. Was F. Falkson über die liberale Bewegung in Königsberg erzählte, besaß beschränkten Wert (D. W. 11536); aus O. Rimplers hinterlassenen Papieren bearbeitete H. Schaffert die Geschichte der Berliner Bürgerwehr (Bibl. 825); dem im Schweizer Walensee ertrunkenen Flüchtling Heinrich Simon widmete Johann Jacoby ein kluges Buch freundschaftlichen Gedenkens, über König Ludwig I. schrieb Karl Theodor v. Heigel eine erste Biographie, anmutig und taktvoll, etwas geniert vom damals beginnenden Kulturkampf (D. W. 11538); J. M. Sölts Arbeit über König Maximilian II. von Bayern war ein ganz unkritischer, überwiegend unpolitischer Panegyrikus, während W. H. Riehl die Grundzüge des Charakterbildes mit überlegener psychologischer Feinheit festlegte (D. W.

11796). Hans Blums Biographie seines Vaters Robert nutzte Stoff und Konjunktur nach Möglichkeit aus, war aber allzu befangen im Zeitgeist der siebziger Jahre und nicht immer getreu gegenüber der Quelle (D. W. 11735); des Achtundvierzigers, der am sichtbarsten den Weg von der Demokratie zu Bismarck gefunden hatte, also Lothar Buchers, nahm sich Poschingers Herausgebergewandtheit erbaulich an (D. W. 11739). Berechtigtes Aufsehen machten Leopold v. Gerlachs Erinnerungen, die freilich in nicht einwandfreier Bearbeitung erschienen (D. W. 11473). Die Bismarcksche Polenpolitik erweckte 1883 die Briefe von S. G. Kerst aus der Vergessenheit; der Kampf um das Septennat veranlaßte eine erste Untersuchung über das Verhältnis des Frankfurter Parlaments zu den Wehrfragen (Bibl. 251, 306). Ein kleines Meisterstück war die Geschichte des Lebens von Karl Mathy, die Gustav Freytag schrieb; dieser starke, wahrhaft politische Mensch wurde immerhin in den sechziger Jahren badischer Minister, starb aber vor der Zeit; er hätte das Zeug zum Bismarckschen Reichsminister gehabt (D. W. 11545). Auch Treitschke hat ihn voll gewürdigt. Über Heinrich von Treitschkes Deutsche Geschichte, die ganz dem Geiste der siebziger und der noch selbstbewußteren achtziger Jahre entwuchs, habe ich in der Einleitung zu meiner zweibändigen Auswahl (Berlin 1927) ausführlich gehandelt; im einzelnen durchweg ergänzt, überholt und widerlegt, lebt das mächtige, schroffe, eigenwillige Werk selbst als ein Stück Geschichte weiter; meine eigene Darstellung von Vorgeschichte und Geschichte der Revolution und Gegenrevolution, die Treitschkes Torso abschließen wollte, ist, wie es ein wissenschaftlicher Kritiker nach Erscheinen des ersten Bandes treffend festgestellt hat, Treitschkes Widerspiel geworden.

Das Jubiläum von 1898

Der Abstand wurde größer, das Bismarcksche Reich selbst stellte sich der jüngeren Generation als ein geschichtliches Problem dar; die Persönlichkeit des großen Reichsgründers wuchtete, in der Spätzeit und mehr noch nach der Entlassung, gewaltig über deutscher Gegenwart und Zukunft. Der neue Kurs ward selbstsicher verkündet, die Fahrt, so fühlten es viele, ging ins Ungewisse; die neue Problematik deutscher Geschichte erweckte die frühere. Das Frankfurter Parlament begann in der Achtung zu steigen; man sehnte sich etwa aus dem trivialen Materialismus des Ökonomisch-Politischen nach der Idee. Kaiser Friedrich III. war der schwarz-rot-goldne Kaiser gewesen; er und seine Generation hatten überlange gewartet und kamen nun gar nicht dran. Im norddeutschen Freisinn war die Erinnerung an 1848 genau so lebendig geblieben — A. Bernsteins Schriften beweisen es (D. W. 11733; unsere Bibliographie Nr. 812) — wie bei den rheinmainischen und schwäbischen Demokraten. Die offizielle Geschichtschreibung freilich hielt sich noch zurück. Wilhelm Oncken und besonders Heinrich v. Sybel kamen über die These vom verdienstlichen, aber irrtumsvollen Vorkampf nicht hinaus; sie behandelten als Professoren die Kollegen von 1848 voll akademischer Hochachtung, verurteilten aber mit etwas pharisäischem Humor allen „Radikalismus“ und schrieben, nach behördlich ausgewählten preußischen Akten, die diplomatische Vorgeschichte der Reichsgründung klarer und eleganter, als sie in

Wahrheit verlief; vom Wesen und vom Ziel der Volksbewegung erfuhr man wenig, und das war noch verzerrt.

Der erste, der einen neuen Ton anschlug, war Karl Binding (D. W. 12222); er verglich die Bismarcksche Reichsverfassung mit der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 — als unabhängiger Jurist, mit sachlicher Schärfe, darüber hinaus mit der lebendig warmen Tradition des geborenen Frankfurters; er fand, daß die Männer von 1848 manches besser gemacht hatten; und aus diesem „Zurück!" klang mit prophetischer Kraft ein männliches Vorwärts, frischer, volkstümlicher Entwicklung entgegen. Es gab damals die breite sozialistische Opposition; war es denn jetzt nicht Aufgabe einer neuen bürgerlichen Fronde gerade der Gereifteren, das neue nachbismarcksche Deutschland von innen aufzubauen? Dieser Gedanke verschwindet nun nicht mehr.

Das Jahr 1898 brachte das fünfzigjährige Jubiläum der deutschen Revolution. Schon eine ganze Zeit vorher spürt man den frischeren Antrieb. Die letzten Überlebenden und die inzwischen Verstorbenen erzählen, was sie behalten haben, nicht immer auf Grund gleichzeitiger Aufzeichnungen und deshalb oft von mäßigem Quellenwert: Graf v. Pfeil-Burghaus, J. Sepp, H. Wesendonck, Julius Fröbel, G. v. Diest, Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha, Edgar Roß, R. Schleiden, K. Samwer, Graf v. Hübner, v. Unruh (D. W. 11582, 11596, 11597, 11623, 11628, 11641, 11682, 11710, 11718, 11720, Bibl. 257a, 259a). G. Mollat veranstaltete die erste nicht besonders gelungene Redeauswahl der Frankfurter Paulskirche; die bedeutenden Berichte Gustav Rümelins für den „Schwäbischen Merkur" aus Frankfurt wurden gesammelt. Am wertvollsten erwiesen sich die Veröffentlichungen von Briefen und Tagebüchern der Mitkämpfer: Erzherzog Johann, E. v. Saucken-Tarputschen, F. Th. Vischer, E. M. Arndt, K. Mathy, Bassermann, Herwegh, Freiherr v. Wessenberg, Radetzky, Schmerling, Graf Deym, Prokesch v. Osten, Karl v. Vincke, König Wilhelm I. v. Württemberg, Th. Moegling, Stüve und Detmold (D. W. 11601, 11603, 11605, 11606, 11610, 11625, 11626, 11630, 11687, 11700, 11705, 11712, 11743, 11761). Sehr verschieden an Wert waren die vielen lokalen Jubiläumsschriften und -aufsätze (Bibl. Nr. 65a und 65b, 103, 104, 152, 311, 311a, 312, 520, 521, 629, 682, 683, 684, 686, 763, 1027, 1044, 1080/81, 1179, 1274). Den ersten Hinweis auf die wirtschafts- und sozialpolitische Leistung machte L. Oelsner (310a). Den ersten Versuch kulturgeschichtlicher Beleuchtung wagte K. Adam (Bibl. Nr. 407). Der neuen Flottenbewegung gab M. Bärs Darstellung des Schicksals der ersten deutschen Flotte einen Antrieb, auf archivalischen Studien beruhend, freilich noch nicht erschöpfend (Bibl. 259). Richard Fleischers Monatsschrift „Deutsche Revue" entwickelte sich immer mehr zu einem Organ für Quellenpublikationen auch aus der Revolutionszeit. Dort sind z. B. zuerst Briefe und Erinnerungen des Grafen Bray-Steinburg (dann als Buch veröffentlicht, D. W. 12009), Friedrich Theodor Vischers (Bibl. 1251) und Georg Friedrich Kolbs erschienen — die letztere Publikation freilich ein Muster dafür, wie dergleichen nicht gemacht werden darf. (Bibl. 316.) Briefe Friedrich Theodor Vischers kamen vorher auch in der „Deutschen Rundschau" heraus (Bibl. 1250). Überraschend wirkten Stephan Borns Erinnerungen (Leipzig 1898); hier erfuhr man zum ersten Male Authentisches über die Arbeiterbewegung von 1848, die

völlig verschüttet war und von den marxistischen Sozialisten nur zu gerne beiseite geschoben worden ist; was Karl Marx selbst über „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ nach dem Zusammenbruch der Bewegung in der „Daily Tribune“, New York 1851/52, gesagt hatte, wurde nun von Karl Kautsky zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht (Bibl. 1137). Franz Mehring schrieb jetzt seine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (Bibl. 1139). Den frühesten Versuch einer zusammenfassenden Darstellung der gesamteuropäischen Revolutionen von 1848/49 machte Rudolf Stratz (Bibl. 11); ein populäres, unkritisches, unbedeutendes Buch war das Ergebnis; es erschloß keinerlei neue Quellen, blieb auch unvollendet; was erschien, reicht nur bis September 1848. Hans Blums Darstellung der deutschen Revolution (Bibl. 15) hatte dank dem verlegerischen Wagemut des jungen Eugen Diederichs, damals in Florenz, viel Glück; die Wiedergabe zeitgenössischer Flugblätter und Karikaturen war eine buchtechnische Tat, die man trotz der einseitigen Auswahl noch heute anerkennen muß; der Text war mäßig geschrieben, die Gesinnung des Buches brüchig, das geschichtliche Urteil ohne Tiefe und Kraft. Nur als Kuriosität kann man die Studie A. v. Ebersteins „Über die Revolution in Preußen und Deutschland 1848/49“ erwähnen (Bibl. 19): hier spricht ein Schüler F. J. Stahls vom Standpunkte des orthodoxen Protestantismus, er wettert gegen den Mammonismus und nennt Friedrich Wilhelm IV. „die großartigste Persönlichkeit der Zeit von 1848/49“.

Auf dem Ulmer Parteitag der Deutschen Volkspartei im Oktober 1896 wurde auf Antrag Ludwig Quiddes ein Preisausschreiben für Schriften über die Volkserhebung von 1848/49 beschlossen. Die mit dem ersten Preis gekrönte Arbeit ist Dr. Otto Hartmanns, die mit dem zweiten Preis Hans Radants Buch (Bibl. 16, 21). Beides sind sympathische Versuche, herrschende Vorurteile zu berichtigen und besonders Hans Blum zu revidieren. Aber weder ist neues Quellenmaterial erschlossen, noch das vorhandene ausreichend verwertet. Man sah erst, was eigentlich zu leisten war.

Max Lenz und Erich Marcks benutzten das Jubiläum, um die Forderung der historischen Wissenschaft anzumelden (Bibl. 24, 26). Besonders die Mahnung von Marcks wirkte lange nach: Schluß mit dem parteipolitischen Zank zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen, Bürokraten und Demagogen, Reaktionären und Fürstenfressern, Schluß mit hochmütiger Ablehnung altfränkischer Torheit und Unreife — dafür Beginn eines geschichtlich gerechten, einfühlenden Begreifens nach den damaligen Voraussetzungen, vor allem Erforschung vergessener oder noch ganz unbekannter Tatsachenzusammenhänge!

Vertiefung wissenschaftlicher Arbeit und Versuch politischer Wiedererweckung

Max Lenz war es, der Felix Rachfahl zu seinem Buche über Friedrich Wilhelm IV. (Bibl. 351) anregte und an den Hauptthesen seines Schülers bekräftigend festgehalten hat in seiner Geschichte der Universität Berlin (Bibl. 25). Im Jubiläumsjahre 1898 hatten Sybel und W. Busch die Berliner Märztage nicht gerade

erschöpfend behandelt. R. Koser führte dann weiter (Bibl. Nr. 362, 845, 849). Man begreift heute nicht mehr ganz das Aufsehen, das 1901 Rachfahls mit viel falsch angewandter Intelligenz und kriminalistischem Eigensinn vorgetragene Behauptungen über die Märztage gemacht haben. Längst haben sich die kritischen Berichtigungen durchgesetzt, wie sie besonders von Georg Kaufmann, Friedrich Meinecke, Friedrich Thimme, Hermann Oncken ausgingen (Bibl. Nr. 351, 365 bis 367). Immerhin war es fruchtbar, daß die Person Friedrich Wilhelms IV. damals mit Gründlichkeit durchforscht worden ist. Eine Reihe von Quellenveröffentlichungen und Einzelstudien leiteten die große Polemik dieser Jahre ein und aus (vgl. Bibl. Nr. 363/64, 368/75). Rachfahl erwarb sich unbestrittenes Verdienst durch seine Studien über die Bundestagsreformversuche des Grafen Dönhoff (D. W. 11785). Die Berliner Schule Max Lenzens zeichnete sich durch subtile Quellenvergleichung und einen nicht immer glücklichen, wenn auch meist anregenden Drang zur Alleswisserei aus. Erich Marcks entwickelte solch beweisstolzem Intellektualismus gegenüber die Heidelberger Schule, der es mehr auf bildhaftes Anschauen, auf Erfassung der Persönlichkeiten, auf Abwägen der widerstreitenden geistigen Kräfte im ganzen ankam. Außer meinen eigenen ersten Büchern über Frankfurt und den Fürsten Leiningen gehören in diesen Kreis z. B. die Arbeiten von Brunner und Gabe (Bibl. Nr. 154, 155, 262, 419); Hermann Oncken und Willi Andreas haben die Heidelberger Schule fortentwickelt sowohl in Heidelberg wie in Rostock und Berlin — die Arbeiten von Dora Meyer, Karl Ackermann, Karl Griewank, Karl Zaddach, W. F. Schill wären hier besonders zu nennen (Bibl. Nr. 118, 880, 886, 896). Auch Ludwig Bergsträßer darf zur Heidelberger Schule gerechnet werden; er betätigte sich maßgebend parteigeschichtlich (Bibl. Nr. 487, 174), er regte als Greifswalder Privatdozent mehrere Studien über 1848 an und baute dabei Heinrich Ulmanns Interessenkreis weiter aus (Bibl. Nr. 224, 222, 263a, 261, 322); auch veröffentlichte er Eigenbrodts Erinnerungen (Bibl. Nr. 465) und schrieb die Geschichte der Reichsverfassung, nachdem er eine Ausgabe mit Vorentwürfen usw. hatte erscheinen lassen (Bibl. Nr. 28, 29).

1908 veröffentlichte Friedrich Meinecke sein Buch: „Weltbürgertum und Nationalstaat“ und errang damit einen Erfolg, der die Fachwissenschaft auf das stärkste beeinflußte, aber noch weit über sie hinausging. Auf eine denkwürdige Art entsprach dieses Werk dem Geiste einer Generation, die des rein Gegenständlichen in der Historie etwas müde war und deshalb den geschichtlichen Stoff weltanschaulich vertiefen und unterbauen, aber auch zu politischem Wollen ballen und steigern wollte. Meinecke strebte ganz ins Weite und Hohe, er bohrte sich aber ebenso ins Einzelne und Besondere ein; mit einer Kühnheit, die bezauberte, stellte er seine Fragen, knüpfte er seine Zusammenhänge, formte er seine Ergebnisse.

Heute ist es leichter als damals, die subjektive Bedingtheit und die sachlichen Grenzen dieses Vorgehens wahrzunehmen. Immerhin fiel einem Geschichtschreiber vom Range Heinrich Friedjungs sogleich ein eigentümlich prinzipieller Zug dabei auf.

Gerade dieses Moment entschied aber Meineckes Wirkung, besonders auf die nicht fachmännischen Zeitgenossen. Die spätere wilhelminische Zeit litt ja

wieder an dem alten Gegensatz zwischen Preußen und Deutschland; seit dem Weckrufe Karl Bindings hatten sich die Stimmen vermehrt, die forderten, aus jenen revolutionären Erschütterungen von 1848 müsse die Kraft gewonnen werden zu einem Neuaufbau Deutschlands von innen heraus. Hugo Preuß und Friedrich Naumann, der Staatsrechtler und der Politiker also, wollten die Demokratie mit dem Kaisertum versöhnen, wollten Groß- und Altpreußen, den Staat des Dreiklassenwahlrechts und der rauhen bürokratisch-militärischen Bevormundung, hineindisziplinieren in das freiere Deutschland friedlich schaffenden Bürgertums und eines Arbeiterstandes, der zu vaterländischer Loyalität erwachen sollte. Konnte außenpolitische Vereinsamung und drohende Weltkriegsgefahr nicht überwunden werden durch die große innerpolitische Tat, die Schöpfung des volkskaiserlichen, nationaldemokratischen, „nationalsozialen", von Partikularismus und Klassenkampf erlösten deutschen Staates, dessen junge Reife sich der älteren Reife westeuropäisch-amerikanischen Staats- und Gesellschaftslebens zur Bildung eines neuen befriedeten Weltbürgertums darböte?

Th. Barth, Preuß, Naumann und Meinecke erweckten — jeder auf seine Art und gewiß nicht nur um der wissenschaftlichen Erkenntnis willen — Ideen von 1848. Die Parteikämpfe der Jahre 1902—1914, die öffentliche Meinung (Zeitschrift: März!) tragen deutliche Spuren dieses Vorganges; man spürt ihn bei Männern wie Friedrich Payer, Heinrich Dove, Johannes Kämpf, Walter Goetz und bei dem Nationalökonom Gerhart v. Schulze-Gävernitz, in dem als dem Enkel des ersten preußischen Handelsministers Milde die Überlieferung besonders lebendig war — er widmete diesem auch eine Lebensskizze (1492). Man spürte ihn auch bei dem Straßburger Philosophen Theobald Ziegler, der sein zweibändiges Werk über David Friedrich Strauß, Schwaben, Tübinger Stiftler und Theologen gleich ihm selbst, mit einem vielbemerkten kämpferischen Vorwort einleitete (Bibl. Nr. 1284). Man spürte diesen Geist endlich bei einem Sozialdemokraten wie dem Mannheimer Ludwig Frank, bei einem Diplomaten wie Richard v. Kühlmann.

Auf Meineckes Anregung entstanden zahlreiche Studien über die Revolutionszeit 1848/49; neben die Berliner und die Heidelberger trat die Freiburger Schule. Der Tätigste war der noch aus Meineckes Straßburger Zeit stammende Paul Wentzcke, dessen kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage ein bis dahin fast gar nicht mehr beachtetes Quellengebiet neu erschloß (Bibl. 634a). Eine Reihe von weiteren Veröffentlichungen ging nebenher und folgte später (Bibl. Nr. 383, 145, 461, 567, 1187, 1190, 1223, 1224). Bemerkenswerte Arbeiten lieferten ferner Franz Dor, O. Wiltberger, W. Schüßler, Johanna Philippsohn, F. Schnabel, Dora Wegele u. a. (Bibl. 113, 114, 225, 266, 268, 488, 555, 877). Meinecke selbst bekrönte seine und seiner Schüler Studien durch seinen Radowitz (Bibl. 963, zur Kritik und Ergänzung 968, sowie die andern Nummern unter dem Stichwort Radowitz).

Die Zeit der Dissertationen war für das Jahr 1848 gekommen. Das bedeutete naturgemäß die Erforschung des Lokalgeschichtlichen und des Spezialgeschichtlichen; viel neuer Stoff trat zutage, aber nicht ebensoviel Geist. In Tübingen wirkten als Anreger Adalbert Wahl und Adolf Rapp, Rapp auch als Autor (Bibl. 267, 269, 272, 284, 481, 553, 556, 571, 637, 640, 709, 1229, 1231, 1248, 1249, 1285,

1286, 1290, 1302), in Frankfurt begann Georg Küntzel die Beschäftigung mit diesem Arbeitsgebiet (Bibl. 477), in Leipzig eröffnete Erich Brandenburg durch seine Veröffentlichung des Briefwechsels Friedrich Wilhelms IV. mit L. Camphausen eine sehr fruchtbare Tätigkeit für die Revolutionszeit (Bibl. 353). Er veranlaßte eine Reihe von Doktorarbeiten (Bibl. 635, 635a, 1032, 1036, 1039, 1040, 1485/87), schrieb eine populäre Gesamtdarstellung, die gelungener war als die ältere O. Webers (Bibl. 23, 27) und die spätere demokratische von W. Blos (Bibl. 32), und trat nach langer Vorbereitung mit seinem großen Werke „Die Reichsgründung“ hervor, das vor allem auf L. Camphausens Nachlaß beruhte (Bibl. 30). Für 1848 bedeutete diese Darstellung die endgültige Überwindung Sybels — eine entschlossene und robuste Arbeit, stoffreich und dem Stoff gehorsam, politisch angespannt, aber nicht politisch belastet, solide und ehrlich bemüht um volle, loyale, getreue Interpretation, eine stattliche Leistung der Quellenerschließung und -verwertung, der sich alle Späteren lebhaft verpflichtet fühlten. In vielen Punkten der Einzeldeutung, vor allem in der grundsätzlichen Auffassung, wirkte Brandenburg als Meineckes Gegenspieler. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Historikern (Bibl. 563, 564) gehört zu den lehrreichsten Disputationen unserer neuesten Forschungsgeschichte; dem Zwiespalt lag für das Auge der jüngeren Generation freilich vor allem die Notwendigkeit der Ergänzung zugrunde; es war wie der Dialog von zwei Hälften eines Wesens, die sich nicht verstehen können, aber doch zusammengehören.

Brandenburgs Werk erschien nach Ausbruch des Weltkrieges; fast gleichzeitig erreichte Alfred Sterns Geschichte Europas die Revolutionszeit (Bibl. 31); er legte in diesem 7. Bande auf seine nüchterne unbedingt zuverlässige Art die damalige Kenntnis der Periode fest, mit Georg Kaufmanns heller und scharfer Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert (Bibl. 20) im Entscheidenden einig. Die quellenmäßige Erkenntnis der Revolutionszeit hatte sich damals erfreulich vertieft. Der literarische Nachlaß der Kaiserin Augusta war geöffnet worden (Bibl. 63); zahlreiche neue Briefe des Prinzen und der Prinzessin von Preußen wurden bekannt, Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit dem König Johann von Sachsen kam heraus (Bibl. 1028), Karl Wild schrieb seine brauchbare Biographie Welckers (Bibl. 117); erschöpfend und bedeutungsvoll war J. Hansens zweibändige Darstellung des Lebens Gustav v. Mevissens (Bibl. 982); parteigeschichtliche, zeitungsgeschichtliche, wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen (Bibl. 983/85, 988, 1032) bereicherten das Bild. Carl Grünbergs neugegründetes Organ „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ förderte unermüdlich neuen Stoff zutage. Human und klug, von echtem geschichtlichen Geiste beseelt, schrieb Eduard Bernstein, auch unter der Nachwirkung der Bücher seines Onkels A. Bernstein, die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung (Bibl. 1142). W. E. Biermann widmete Winkelblech eine erschöpfende Biographie (1143). Karl Reis schilderte die Agrarfrage und Agrarbewegung in Schlesien (1055), Erich Jordan ließ aus einer eindringlichen Analyse der preußischen Agrarverhältnisse in sehr aufschlußreicher Weise die konservative Partei erstehen. Hier wurde gegenüber der reaktionären Legende von loyalen pommerschen und märkischen Bauern der elementare Landhunger als revolutionärer Antrieb nachgewiesen (Bibl. 884). In der dankenswerten Studie des Lenzschülers

Bernhard Michniewicz über Stahl und Bismarck sind Varnhagens und Hengstenbergs Nachlaß benutzt (Bibl. 1199).

Die große zusammenfassende Darstellung der Revolutionszeit, die in Deutschland nunmehr nötig und möglich erschien, wurde für Österreich von dem alten Mitkämpfer I. A. v. Helfert versucht, der seine zahlreichen Einzelveröffentlichungen dadurch abschloß (Bibl. 665, 670, 683, 692, 693, 694). Das Werk blieb unvollendet und war auch zu breit und zu unkritisch geraten. Inzwischen machte sich die österreichische Spezialforschung an die Aufhellung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und der ständischen Bewegung (Bibl. 681, 689, 702). Richard Charmatz schrieb mit bemerkenswertem Talent die Lebensgeschichte Adolf Fischhofs und des Freiherrn v. Bruck sowie eine volkstümliche Darstellung von Österreichs innerer Geschichte (Bibl. 699, 701, 708). Bezeichnend für das englische Interesse an der Entwicklung der österreichischen Slawen war M. Hartleys Biographie des Kroatenbanus Jellačić (Bibl. 703a). Was Heinrich Friedjung in seinem Werke „Österreich 1848—1860“ über die Revolutionszeit sagt, ist mehr, als die anmutig skizzenhafte Form zunächst vermuten läßt; auf Grund vor allem der Papiere Alexander Bachs entsteht ein Bild voll Ruhe und gereifter Weisheit; Anteil und Urteil des Darstellers versenkt sich meisterlich in den Ablauf der Dinge selbst.

Die politische Wiedergeburt von 1918 und ihre Wirkung auf die Wissenschaft

Die innere Reform Preußen-Deutschlands, die die Besten vor 1914 als entscheidende Notwendigkeit erkannt hatten, kam während des Weltkrieges nicht über Ansätze hinaus. Vergebens erinnerten Friedrich Naumann, Hugo Preuß, Gerhard Anschütz an 1848. Das Buch von Hugo Preuß „Das deutsche Volk und die Politik“ (1915) enthält ein vollständiges Programm der Reichsreform mit stärkster Benutzung der Reichsverfassung von 1849 (vgl. E. Kurtze, Bibl. 1352). Daraufhin übertrugen im November 1918 die Volksbeauftragten das Reichsamt des Innern an Hugo Preuß. An Stelle einer rechtzeitigen Reform sollte er nun einen Neuaufbau auf dem Boden der Revolution errichten. In der öffentlichen Meinung klammerte man sich geradezu an die Erinnerungen von 1848, angesichts des furchtbaren Zusammenbruchs und der dauernden Bedrohnis. Hans Delbrück, Paul Darmstädter, vor allem Friedrich Meinecke, verlangten die Auflösung der preußischen Staatseinheit im Sinne von Paul Pfizer und des Gagernschen Kreises. Theodor Heuß nannte die Gedanken der Paulskirche „seltsam aktuell“. „Wenn wir heute staatsrechtlich neu denken sollen, so nehmen wir den Verfassungsentwurf des Jahres 1849 aus der Schublade und buchstabieren dort weiter, wo unsere Großväter aufgehört haben“, sagte er am 17. Januar 1919; er und viele andere verlangten das Staatenhaus der Paulskirchenverfassung.

Man kennt das Schicksal der Preußischen Entwürfe; die Weimarer Verfassung trug einen Kompromißcharakter, die Wiedergeburt der Ideen von 1848 hatte sich nur teilweise praktisch auswirken können; im Entscheidenden war sie mißlungen. Man vermag sich nicht des Eindrucks zu erwehren, daß diese Wiedergeburt damals überwiegend eine Art romantischer Verzweiflung der geschichtlich Gebildeten

war, daß aber in der breiteren Schicht die Erinnerung an 1848 nicht mehr eigentlich lebendig gewesen ist — außer vielleicht in Frankfurt und in Schwaben — und bei den so gänzlich veränderten Zeitumständen auch nicht entscheidend wirksam sein konnte. 1890, ja noch 1900 war der historische Zusammenhang noch nicht gerissen; es war die Aufgabe der damaligen Generation, Deutschland zu einem demokratischen Nationalstaat zu machen. Dies Versäumte war sehr schwer nachzuholen. Ein bitteres „Zu spät" lastete über den Bemühungen der Nachkriegszeit und lähmte besonders das bürgerliche Republikanertum. Es ist nicht schlimm, besiegt zu werden, wenn man mit ganzer Kraft gekämpft hat. Aber uneinig und unsicher zu werden, die Kraft, die man hat, nicht voll einsetzen und so nicht siegen zu können — das ist traurig. Revolutionen eines Volkes müssen sich immer im Typischen ähneln; die Revolution von 1848/1849 war eine unserer geschichtlichen Mächte geworden; gut schien es, sie möglichst genau zu kennen. Aller Forschungsarbeit zum Trotz war das Wissen der Öffentlichkeit von ihr 1919 noch erstaunlich gering.

Mehrere volkstümliche Schriften erzählten jetzt die Geschichte der früheren europäischen Revolutionen; interessant, wenn auch stark zum Widerspruch anregend, war darunter eigentlich nur R. Kaindls großdeutsche Anklage (Bibl. 33, 35, 36, 39, 41). Robert Riemanns „Schwarzrotgold" blieb ein gutgemeinter Versuch ohne bedeutende Durchschlagskraft (Bibl. 38). Für Baden sammelte Friedrich Lautenschlager, vorteilhaft bekannt schon durch seine Studien über die Agrarunruhen 1848, eine Reihe Dokumente der dortigen Volksbewegung (Bibl. Nr. 119, 121). Den Standpunkt bajuvarischer Eigenstaatlichkeit begann Michael Doeberl in einer Reihe von archivalisch stark betonten Arbeiten zu vertreten, tüchtig, aber ohne Geist und höhere Gesichtspunkte (Bibl. 159, 160, 165, 169). Über das Frankfurter Parlament veröffentlichte ich selbst eine geschichtliche Studie, die unmittelbare Vorläuferin dieses Werkes, ursprünglich als Teilpublikation gedacht (Bibl. 273). Auch eine Redeauswahl veranstaltete ich; andere folgten (Bibl. 274, 275, 282). Eine ganze Reihe von Dissertationen befaßte sich mit Problemen des Frankfurter Parlaments und seiner Reichsverfassung, auch mit einzelnen Abgeordneten wie Wilhelm Jordan und Karl Vogt (Bibl. 276/279, 283/285, 287, 290a, 296, 297). Eine der tüchtigsten Arbeiten war Axel v. Harnacks Buch über F. D. Bassermann. Die Veröffentlichung von Bassermanns Denkwürdigkeiten folgte einige Jahre später (Bibl. 120, 129/130). Ludwig Bergsträßer veröffentlichte in der Deutschen Rundschau Briefe des Präsidenten Lette aus der Paulskirche (Bibl. 326). Der Buchverlag der „Frankfurter Zeitung" veranstaltete getreu seiner demokratischen Tradition eine Schriftensammlung „Die Paulskirche", mit dem Bilde der Kirche, auf Schwarz-rot-gold gehaltenem Umschlage und brachte darin eine Anzahl zum Teil wertvoller Studien heraus (Bibl. Nr. 286, 293, 294, 643). Rudolf Hübner verdanken wir mehrere Untersuchungen und Veröffentlichungen über die Mediatisierungsfrage und über J. G. Droysen, die bleibende Bedeutung besitzen und verschiedenen jüngeren Geschichtsbeflissenen wieder Anregung und Stoff zu eigenen Arbeiten gaben (Bibl. 288, 289, 291, 301, 302a, 643a, 1102a). Georg Küntzel erweiterte seine Studien über den Erzherzog Johann, gab das Tagebuch der Frau Clothilde Koch-Gontard heraus und förderte die Durchforschung der Frankfurter Archivbestände sowie die

Kenntnis der nachbarschaftlichen Volksbewegung (126, 295, 472, 280, 281). Felix Rachfahl untersuchte die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. im Winter 1848/49, ohne aber, trotz mancher dankenswerter Einzelfeststellungen, über Erich Brandenburgs Werk wesentlich hinauszukommen (358). Heinrich Ulmanns Herausgabe der früher in der Handschrift gelegentlich benutzten Denkwürdigkeiten des Ministers du Thil, einer nur für den Großherzog von Hessen bestimmten vertraulichen Niederschrift, bedeutete eine wesentliche Bereicherung der Quellen zur Vorgeschichte der Revolution (470). Die Parteigeschichte wurde weiter von Ludwig Bergsträßer, Fritz Vigener, Gustav Mayer, Willi Andreas vertieft (493, 495, 496, 566, 642, 1150a und Stichwort Katholische Bewegung). Reich wurde besonders die Literatur über die Geschichte der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und Kommunismus (Bibl. 1151/1178, 1183/1197). Gustav Mayer begann seine Biographie von Friedrich Engels.

In Österreich bedeutete der Zusammenbruch der Doppelmonarchie Franz Josefs im Gegensatz zum Schicksal des Deutschen Reiches das völlige Ende einer Staatsindividualität, die zudem etwas Geschichtlich-Einzigartiges besaß. Schon darin lag für die Forschung ein starker Antrieb; hier war ein historisches Gebilde von den Anfängen bis zum Untergange zu überblicken. Dazu kam das aktuelle Interesse der Nachfolgestaaten, ihre jugendliche Vorgeschichte aus der Leidensgeschichte des alten K.- u. K.-Staates herauszulesen (vgl. z. B. Bibl. 762). Die Wiener Archive konnten und mußten freigiebiger sein, aufgeschlossener, als es sonst gerade hier üblich gewesen war. So entstanden mehrere Arbeiten von hohem Wert. Josef Redlichs zweibändiges Werk über das österreichische Staats- und Reichsproblem (712) ist eine erschöpfende Darlegung des Innenlebens der Monarchie — kenntnisreich und glanzvoll, kritisch und gerecht, historisch erfaßt, juristisch durchdacht, staatsmännisch gemeistert: so wie es eben nur diese eine Persönlichkeit vollbringen konnte. Hans Schlitters bescheidenere Studien über Österreichs Vormärz (711) haben doch das Bild wesentlich verfeinert und die Bedeutung der ständischen Kämpfe im alten Kaiserstaat in neues Licht gerückt. Für Vorarlberg hat Paula Geist eine lebendige Darstellung auf Grund der Akten und Flugschriften gegeben (Bibl. 718). Mit den ständischen Dingen hatte auch Viktor Bibl begonnen, der sich nun als erster an die mächtige Aufgabe wagte, eine geschichtliche Darstellung der Gesamtentwicklung des Kaiserstaates zu geben: der Zerfall Österreichs (719): eine ungleichartige Leistung, mit kuriosen Zügen, aber doch in vielem Entscheidenden treffend, durch die Grundstimmung überzeugender als durch den Ton des Vortrags im einzelnen.

Der heutige Stand der Forschung

Irre ich nicht, so ist die Gunst der Konjunktur von 1918 der Forschung auch manchmal schlecht bekommen. Mehrere vorschnelle und politisch überbetonte, noch mehr geistig nicht durchgereifte, vom rohen Material angeschwollene Arbeiten waren erschienen. Fleiß und Begabung stand oft nicht im richtigen Verhältnis. Schlechtgeschriebenes, den Geruch der Seminarlampe ist man bei uns ja gewohnt. Wenn man aber früher Gedrucktes auch noch ohne genaue Fragestellung kompilierte, so war das Ergebnis zugleich wirr und mager. Nun hinter-

ließ die neue Revolution von 1918—1919 politisch ein Gefühl von Unbefriedigung. Es schien nicht ganz einfach, die wahren Gründe eines solchen mindestens halben Mißlingens zu erkennen — sie waren sicher außenpolitischer, europäischer Natur. Plötzlich bemerkte man, daß man mitten in einer neuen Gegenrevolution steckte. Alle Revolutionsromantik wirkte jetzt schal. Alte und älteste Mächte der deutschen Geschichte zeigten vorwurfsvoll ihre durchaus ungebrochene Kraft. Auch die historische Wissenschaft besann sich wieder auf den ihrer Betrachtungsweise ja besonders gemäßen Geschmack für den Geist der Tradition und Ordnung. Heinrich von Srbiks „Metternich" offenbarte am eindrucksvollsten diesen Umschwung zur Restauration (Bibl. 608, zur Kritik 617a und die sonstige Literatur unter dem Stichwort Metternich). Eine Gruppe von Schwarzgelben, die gesellschaftlich und geistig eine immer noch einflußreiche Schicht der neuen kleinen Republik Österreich darstellte, sah in wehmütiger Verklärung vor sich das Bild des alten Kaiserstaates, der führenden europäischen Großmacht; Personen und Zustände dieses in einen schnellen, beispiellosen, für viele tief schmerzlichen Untergang gerissenen Gebildes bekamen so einen Zug aristokratisch-romantischer Würde. Die Gestalt des Fürsten Metternich wird von Srbik eigentlich nicht heroisiert, im Grunde sogar völlig durchschaut; trotzdem — das Ganze wirkt als eine sehr geschickte, vorsichtig abgedämpfte, geschmack- und geistvolle Apologie. Trotz aller zugegebenen Schwächen wuchs hier der alte Staatskanzler zu einem Hort erhaltender politischer Weisheit und befruchtender Kulturarbeit fast unmerklich heran; weil alle Gegenspieler und alle Gegenströmungen in ihrer Begrenztheit mit Schärfe herausgearbeitet wurden, mußte die geschichtliche Bedeutung Metternichs suggestiv noch zunehmen. In Österreich selbst erfuhr Srbik Widerspruch von Bibl, aus Ungarn ließ sich ebenso der hochverdiente Eduard von Wertheimer vernehmen. Bei uns hat sich E. Kittel überzeugend ausgesprochen (Bibl. 1430/31). Wirkung und Nachwirkung Srbiks blieben trotzdem groß. Er selbst hat früher den sozialgeschichtlichen Gesichtspunkt mit großem Glück auf die Wiener Revolutionsbewegung angewandt (Bibl. 752, 761). Erwünscht wäre ein Ausbau dieser Betrachtungsweise für die gesamten österreichischen Ereignisse des Revolutionsjahres.

Das Wertvollste bei Srbik war neben dem sozialgeschichtlichen der Sinn für die gesamteuropäische Seite des Revolutionsproblems. 1928 habe ich selbst die Belebung und Vertiefung von daher gefordert (Bibl. 49a); 1930 hielt Erich Marcks seinen schönen Akademievortrag über „Die europäischen Mächte und die 48er Revolution" — Gegenstück und Ergänzung seines Essais von 1898 (Bibl. 89). Die vorhandenen Einzelstudien auf diesem Gebiete lassen noch manches zu wünschen übrig (Bibl. 77—79). Am meisten gelungen — sehr im Gegensatz zu dem minderwertigen Kriegsprodukt Fritzsches (357) — ist die Arbeit Hans Prechts über Englands Stellung zur deutschen Einheit. W. Andreas hat nach der Meyendorff-Publikation von Otto Hoetzsch die Kenntnis der Beziehungen zu Rußland wesentlich gefördert (83, 89a, 898). Vom Ausland kamen mehrere Arbeiten, auf Grund der dortigen Archivbestände (80, 81, 84), gehaltvoll besonders de Guichens Buch. Zur Schilderung der Verfassungsbestrebungen in Preußen benutzte P. Devinat die Berichte der damaligen französischen Gesandten in Berlin (932). Dem Franzosen Victor Fleury verdanken wir

auch die einzige ernsthafte Biographie Georg Herweghs (463). Ohne Genauigkeit und wissenschaftlichen Wert sind die vom Geist der Nachkriegszeit erfüllten Schilderungen von Ferdinand Bac, der sich zwar auf unveröffentlichte Korrespondenzen der Fürstin Windischgrätz bezieht, aber keine zuverlässigen Nachweise gibt (944). Interessant ist der Versuch des Amerikaners Charles W. Dahlinger — er erzählt, zum Teil auf Grund mündlicher Berichte seines Vaters und seines Onkels, die Revolutionsereignisse besonders in Baden, voller Sympathie für die Bewegung und gibt ein Verzeichnis der erfolgreichsten Auswanderer nach den Vereinigten Staaten. Das Buch ist offenbar vor allem für die Nachkommenschaft dieser Auswanderer bestimmt, in der das Interesse für 1848 immer lebendig geblieben ist (110). Erschöpfend und gewissenhaft ist Hawgoods Studie über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zur provisorischen Zentralgewalt. Erwünscht wäre in Zukunft die Erschließung der Berichte Tallenays, Savoyes, Lord Cowleys und die der verschiedenen russischen Agenten in Deutschland und Österreich. Man erinnere sich der befruchtenden Wirkung der musterhaft edierten Berichte Circourts (Bibl. 869).

Über das Großherzogtum Posen ist dank der außenpolitischen Seite des Problems von jeher viel gearbeitet worden; das Hauptverdienst hat unser bester Kenner Manfred Laubert (Bibl. 766, 770, 772, 776, 784, 789—794, 797). Vortrefflich ist Wolfgang Hallgartens Buch, lehrreich und zuverlässig Wolfgang Kohtes Arbeit, beide aus der Schule von Erich Marcks hervorgegangen (Bibl. 779 und 1448). Soweit ich dieses Spezialgebiet zu überschauen vermag, bleibt hier nicht mehr viel zu tun übrig.

Dasselbe mag von dem gleichfalls außenpolitisch stark bestimmten Thema Schleswig-Holstein gelten. 1862 brachte es ja der Engländer Charles A. Gosch fertig, zu beweisen, die Schleswiger seien gar keine Deutschen („Denmark and Germany", London 1862, ein gründliches Werk, freilich ohne Quellenbelege, das die englische politische Haltung stark beeinflußt haben dürfte). Der eigentlich schleswig-holsteinische Geist, über den viel hinweggesehen und hinweggegangen worden ist, kommt in dem merkwürdig knorrigen und bissigen, entschlossen antipreußischen Wälzer Paul v. Hedemann-Heespens heraus — geschrieben vom Standpunkt des platten Landes, erfüllt vom Geist der Heimatlichkeit und des Mißtrauens gegen alle „Buitenmenschen" (Bibl. 1028). Die zahlreichen, auch durch die Tageskämpfe der Nachkriegszeit hervorgerufenen Einzelstudien faßte Otto Brandt abschließend in seinem guten Grundriß zusammen (Bibl. 1096, ferner immer noch wertvoll 1087, und 1088—1095, sowie die sonstige Literatur unter dem Stichwort Schleswig-Holstein).

Die Macht der Partikularen, stammesmäßig Gebundenen während der Revolutionszeit ist in meiner Darstellung besonders betont und nachgewiesen worden. Sie hat sich in der wissenschaftlichen Produktion der Nachkriegszeit scharf ausgeprägt. Für Baden fehlt, bei aller Achtung vor mehreren Einzelstudien (Bibl. 126—128, 131), immer noch eine aktenmäßige Darstellung der Provisorischen Regierung von 1849; in Karlsruhe gibt es dafür noch viel unbenutztes Material. Freilich ist das kein Thema für Anfänger. Leonhard Müller wurden seinerzeit die Akten verweigert; auch Ferdinand Scheyrers tüchtiges Buch ist überholt (Bibl. 111, 112). Dankenswert ist, was Paul Neitzke während seiner

Kriegsinternierung in der Schweiz aus schweizerischen Akten über die deutschen politischen Flüchtlinge hat mitteilen können (Bibl. 228). Gottfried Kinkels Schicksal hat immer wieder das Interesse der Nachwelt erweckt (Bibl. Stichwort Gottfried Kinkel). Auch über den pfälzischen Bürgerkrieg und die dortige Revolutionsregierung fehlt eine vollwertige Arbeit; notwendig wäre eine erschöpfende Biographie Ludwigs I. von Bayern, auf Grund seines gesamten Nachlasses, des Briefwechsels und der Aufzeichnungen. Was der alte Johann Nepomuk Sepp, der noch in der Paulskirche gesessen hat, 1903 von neuem herausgab, war ein bajuvarisch-primitives Monstrum, beschönigend und schwatzhaft, am erträglichsten noch in den kulturgeschichtlichen Abschnitten. Auch Doeberls Festschrift zum Münchener Universitätsjubiläum ist unkritisch harmlos. Ob die Denkwürdigkeiten v. Maurers, über die Heigel berichtet hat, im wichtigsten Teile für dauernd sekretiert sind? (Bibl. 169, 172, 585.) Das politische Leben in den drei Franken bedürfte eingehender Erforschung, besonders für Bamberg, Schweinfurt und Würzburg; die von Maul begonnene Arbeit über das Allgäu müßte abgeschlossen, ähnliches für Augsburg und Nördlingen begonnen werden. Fürst Ludwig Öttingen-Wallerstein und der Publizist Friedrich Rohmer verdienten Monographien.

Die dankenswerte Publikation von Karl Hänchen (Bibl. 1360) hat das Bedürfnis nach einer guten modernen Biographie Friedrich Wilhelms IV. noch dringender werden lassen. Auch dafür gibt es noch viel unbenutztes Material — ich denke dabei nicht allein an die Protokolle des preußischen Staatsministeriums, die man für 1848—1849 wahrscheinlich im Wortlaut wird edieren müssen. Eine Geschichte des preußischen Staates in seinem politischen und verwaltungsrechtlichen Verhältnis zum werdenden und bestehenden Deutschen Reiche müßte gleichfalls geschrieben werden — am besten von einem Altpreußen, der Deutschland liebt; der sollte sich finden lassen. Die preußische Nationalversammlung 1848 ist gegenüber dem Frankfurter Parlament stark und zum Teil unverdient vernachlässigt worden. Erfreuliche Anfänge sind vorhanden (Bibl. 899, 905a, 911). Über Waldeck besitzen wir eine treffliche Studie von Ludwig Dehio (955) und ein verfehltes Buch von W. Biermann (912), um Johann Jacoby hat sich Gustav Mayer pietätvoll bemüht (956), ein Stammbuch Baumstarks hat Bergsträßer veröffentlicht (945), Rodbertus ist mehrfach behandelt, Graf Reichenbach einmal, aber wohl nicht ausreichend (1061), über Temme gibt es eine leidliche Dissertation (1275), über Franz Ziegler einen tüchtigen Aufsatz (569). F. J. Stahl ist bei dem neuen Geschmack für das Autoritäre wieder ganz obenauf (vgl. Stichwort F. J. Stahl). Sehr viel verspricht G. Masurs erster Band einer umfassenden Biographie (1507a). Auch der vorrevolutionäre Offiziosus und spätere konservative Sozialpolitiker V. A. Huber, in vielem Stahls Gegenstück, der einiges für die „Kreuzzeitung“ schrieb, einem Parlament aber nicht angehörte, hat neuerdings viel Beachtung gefunden (Bibl. 1504 und die dort angeführte Literatur). Über den Oberlehrer Stein, über Berends, d'Ester, v. Unruh, Kaplan v. Berg ist bis jetzt nicht gearbeitet worden. In einzelnen Landesteilen Preußens steht es eigentlich besser — so im Rheinland, für das wir Schwanns gutes Buch über Ludolf Camphausen als Wirtschaftspolitiker, dann das Jubiläumswerk von 1915, dann J. Hansens große Brief- und Aktenpublikation, eine wahre Fundgrube,

sowie eine Reihe von Einzelstudien J. Hashagens und seiner Schüler besitzen (203, 990, 992, 999, 996, ferner 995, 1002, 1003—1014) — so in Westfalen (1271—1281) und in Schlesien (1056—1058, 1060—1065). Ost- und Westpreußen sowie Pommern liegen noch vernachlässigt.

Unter den Freien Städten ist Frankfurt am besten weggekommen durch Richard Schwemers abschließende Geschichtsdarstellung (263); in Hamburg ist wenigstens viel und fleißig gearbeitet worden; für Bremen ist eine Monographie über Dulon nötig. W. v. Hassels Geschichte des Königreichs Hannover, die bekanntlich auf den Papieren besonders des Klosterrats v. Wangenheim beruht, hat gewiß das Verdienst, die hannoversche Politik während der Revolutionszeit aufgehellt zu haben — vom welfischen Standpunkt aus natürlich. Die amtlichen Akten waren ihm nicht zugänglich; solche hat wenigstens in bezug auf den Deutsch-Dänischen Krieg F. Sievers benutzen können. Über Oppermann gibt es eine ordentliche Dissertation von Sonnemann; über Detmold hat M. Warschauer mit Benutzung der Nachlässe von Stüve und Detmold geschrieben. Sehr breit, voll fleißiger Zeitungsexzerpte ist die Arbeit von Hermann Max über die politische Presse 1848—1849. Miquels revolutionäre Jugend hat W. Mommsen anschaulich behandelt (Bibl. Hannover und Oldenburg). Es wäre gut, wenn einmal die alles archivalische Material erschöpfende Geschichte des Königreichs Hannover geschrieben würde.

Über Hessen-Darmstadt während der Revolutionszeit gibt es keine ausreichende Gesamtbearbeitung (Bibl. Hessen-Darmstadt); ebenso steht es mit Nassau (Bibl. Nassau); Kurhessen ist dagegen mit großer Liebe und vielem Erfolg behandelt worden. Philipp Loschs tüchtige Darstellung bringt freilich keine Belege und keine Bibliographie (Bibl. Kurhessen). Über die mecklenburgischen Dinge wissen wir jetzt ganz gut Bescheid (Bibl. Mecklenburg); Georg Wächters kulturgeschichtliche Bilder aus dem mecklenburgischen Kleinstadtleben sind leider zum Teil aus Otto Bährs liebenswürdigem Buch über Kassel abgeschrieben! (Bibl. 598, 518.) Das Thema Thüringen ist besonders durch Wentzckes Studien wohl erschöpft — von Familiennachlässen abgesehen; dagegen bleibt in Sachsen — außer Richard Wagners Anteil — noch viel zu tun übrig (1034—1043, 1050—1053 und Stichwort Richard Wagner). Wolfgang Lippert gab Fragmente einer Selbstbiographie König Friedrich Augusts II. heraus; der Briefwechsel mit Friedrich Wilhelm IV. soll noch veröffentlicht werden. Eine Darstellung von Sachsens deutscher Politik während der ganzen Revolutionszeit wird von Fritz Hauptmann vorbereitet. Walter Schinke konnte für seine gute Dissertation (Nr. 1486) noch nicht das ungedruckte Archivmaterial benutzen. Der sozialgeschichtliche Gesichtspunkt ist in einzelnen sächsischen Arbeiten angewandt, aber nicht für die ganze Bewegung, besonders die Mairevolution folgerichtig durchgeführt worden. Dasselbe gilt für Württemberg, wo eine aktenmäßige Gesamtdarstellung fehlt. Um einzelnes hat sich besonders Eugen v. Schneider verdient gemacht (Bibl. 1298, 1303 — ferner 1299—1301). Walter Reinöhl gab eine gelungene Quellensammlung mit volkstümlicher Absicht heraus, Karl Wieland konnte über den Frankfurter Abgeordneten Ferdinand Nägele einiges bringen. Friedrich Theodor Vischer erfuhr weiterhin eingehende Behandlung, auch durch Meinecke (Bibl. Stichwort F. Th. Vischer).

Ein angemessenes Buch über den Deutschen Bundestag von 1815—1866 ist immer noch nicht geschrieben worden — es setzte allerdings ein reiches Können voraus. Die stimmungsmäßige Überbewertung des Frankfurter Parlaments habe ich etwas einzuschränken versucht; für die Forschung ist es freilich noch lange nicht erschöpft. Gewiß verdient nicht jeder, der in der Paulskirche mitgesessen hat, ein literarisches Denkmal; schon damals gab es unbedeutende Leute sogar unter Parlamentariern. Eine Anzahl sollte aber noch der Vergessenheit entrissen werden. An Niebours Forschungen kann man hier anknüpfen (1221, 1278, 1285). Die Entwicklung der Fraktionen, die Arbeit der Ausschüsse, die Geschäftsordnungsfragen, die Tätigkeit der Reichskabinette — alles das bedarf noch der Aufhellung. Das Gagernsche Familienarchiv ist leider bis heute verschlossen. Eine Biographie Heinrich v. Gagerns ist deshalb noch nicht möglich gewesen. Das berühmteste Mitglied der Familie ist also gegenüber den anderen merkwürdig zu kurz gekommen — dem jüngeren Bruder Max hat schon vor dem Kriege Ludwig Pastor eine Lebensbeschreibung gewidmet, die reich an aktenmäßigen Feststellungen war (Stichwort Gagern). Den Großdeutschen und den Demokraten werden wir Heutige gerechter, als das früher üblich war. Robert Blum hat aber noch keinen neuen Biographen gefunden — Bergsträßer hat über ihn und andere ausgiebiges Material veröffentlicht (302).

Über Löwe-Calbe, Reh, Ludwig Simon, Raveaux u. a. hat bis jetzt niemand gearbeitet — vielleicht aus der ja nicht ganz unberechtigten Befürchtung, die Modeworte der Zeit gerade bei den Kleineren ohne wesentliche Verbindung mit Originalem wieder vorzufinden. Bei dem konservativen Partikularisten Jürgens hätte diese Gefahr sicher nicht vorgelegen. Gabriel Rießer und Wilhelm Beseler sind aber Thema tüchtiger Monographien geworden (298—299); die schon früher stattliche Dahlmann-Literatur hat sich weiter vermehrt, um Gutes und um Schlechtes; scharfsinnig, belesen und selbständig erwies sich besonders Hermann Christern (Bibl. Dahlmann). Nach Johannes Dörfels zumeist einseitiger und schiefer Arbeit über Gervinus gelang Hermann Hirzel eine brauchbare Darstellung der politischen Ideen des lange nicht genug gewürdigten Mannes (Stichwort Gervinus). Es ist bezeichnend, daß die Theoretiker von 1848 monographisch mehr beachtet worden sind als die praktischen Politiker der Zeit. Da die Geschichte zumeist von uns Professoren geschrieben wird, so haben sich die gelehrten Politiker von ehemals nicht zu beklagen.

Gleichzeitig mit dem Erscheinen des ersten Bandes dieses Werkes kam Ricarda Huchs Buch „Alte und neue Götter“ heraus (Bibl. 1310). Die Wissenschaft wird der großen Schriftstellerin dankbar sein, daß sie damit das Interesse auch des größeren Publikums für die Revolutionszeit zu erwecken versucht hat. Die Stärke des Buches liegt im Biographisch-Psychologischen; die Persönlichkeiten, über die es schon brauchbare Monographien gibt, sind reichlich behandelt, andere sind weniger gut weggekommen. Radowitz ist überschätzt, Dahlmann verzeichnet; von Bayern hören wir fast nichts, ebenso nichts vom sonstigen Kampf des Partikularismus um seine Existenz; Männer wie Unruh und Rodbertus bleiben unerwähnt. Das Leitmotiv Ricarda Huchs ist der Freiherr vom Stein, während Metternich, der doch der Epoche das Gesicht gegeben hat, ausfällt. Erstaunlich bleibt, wie trotzdem so viel Feines und Kluges in dem Buche der

hochverehrten Frau steckt — obgleich sie nur einen kleinen Teil der gedruckten Literatur zugrunde gelegt hat. Durch diese Sammlung von Essais erfaßt sie ein gutes Stück der Totalität deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert.

*

Bei einer so stark durchforschten Zeit wie die Revolution von 1848—1849 steht das fest, was ich den mittleren Tatsachenkreis nennen möchte. Neues hier zu bringen, ist nicht möglich und war auch nicht die Absicht meines Werkes. Eine Erweiterung des mittleren Tatsachenkreises konnte aber nach unten und nach oben gewonnen werden; nach unten durch Erschließung neuer Tatsachen, Meinungen und Urteile aus den bis jetzt unbekannten Akten — wodurch die kausale Verknüpfung des einzelnen aufgehellt wurde; nach oben durch Erfassung des innersten Wesens der leitenden Personen und durch neue Deutung der allgemeinen geschichtlichen Zusammenhänge. Inwiefern mein Werk dieses doppelte Ziel erreicht hat, welcher Etappenort ihm demgemäß in der Forschungsgeschichte zukommt — das müssen meine Kritiker entscheiden. Die Arbeit des Lesens ist das einzige, was ich ihnen nicht abnehmen kann.



Belege und Verweise

I. Die Anfänge des Frankfurter Parlaments

[1]) Carl Schmitt, Donoso Cortes in Berlin (1849), Festgabe für Karl Muth, München 1927, S. 358f. Dort, S. 366, die Belege auch dafür, daß Friedrich Wilhelm IV. so stark von dem Worte beeindruckt war, daß er es dem russischen Gesandten v. Meyendorff gegenüber anführte. Vgl. auch die Flugschrift: Donoso Cortes und F. J. Buß, Zur katholischen Politik der Gegenwart, Paderborn 1850.

[2]) Vgl. Johanna Philippson, Über den Ursprung und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Wahlen zum Frankfurter Parlament im Großherzogtum Baden, S. 39f.

[3]) Vgl. Veit Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 5. Ich greife auch im folgenden vielfach auf dieses Buch zurück, das 1919 als Teil dieses Werkes vorläufig erschien. Ich verwerte aber das dort gesammelte Material nun erweitert und ergänzt.

[4]) J. Philippson, a. a. O., S. 74.

[5]) Der württembergische Ministerpräsident Graf Beroldingen an den württembergischen Gesandten v. Sternenfels in Frankfurt, 11. April, A. Stuttgart.

[6]) Beroldingen an Sternenfels, 9. April 48, A. Stuttgart.

[7]) Stenographische Berichte, ed. Wigard, Band VIII, S. 5848.

[8]) Anton Doeberl, Die katholische Bewegung in Bayern, 1848/49. (Historisch-Politische Blätter, 170. Band, 1. Heft, S. 7f.)

[9]) Graf Bernstorffs Bericht, 2. Mai 1848. Geh. St. A. Berlin.

[10]) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 1. Juni 1848, A. Stuttgart.

[11]) Biermann, Karl Georg Winkelblech, I, 233f.

[12]) Bericht des preußischen Gesandten in Kassel, 20. April, Geh. St. A. Berlin. — Den Gesandtschaftsakten liegt auch der bei Biermann a. a. O. abgedruckte Wahlaufruf der „Freisinnigen" bei.

[13]) Oda Lohmeyer, Kurhessen und die deutsche Einheitsbewegung, Masch.-Schr., S. 42f.

[14]) Flugblatt, Friedländer-Sammlung.

[15]) Karl Breuer, Ursachen und Verlauf der Revolution von 1848/49 im Moselland und seinen Randgebieten, Bonner Dissertation 1921.

Abkürzungen:

Geh. St. A. Berlin	=	Geheimes Staatsarchiv Berlin
A. Wien	=	Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien
Z. A. Moskau	=	Zentralarchiv Moskau
A. München	=	Hauptstaatsarchiv München
A. Darmstadt	=	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
A. Stuttgart	=	Staatsarchiv Stuttgart
A. Frankfurt	=	Archiv des Bundestags und der Nationalversammlung Frankfurt a. M.

[16]) Gegenwart, IV, 577.

[17]) Graf Lerchenfelds Bericht, 1. Mai 1848 A. München.

[18]) Graf Lerchenfelds Bericht, 1. Mai 1848 A. München.

[19]) v. Helfert, Aufzeichnungen und Erinnerungen aus jungen Jahren, S. 176.
Ferner: Springer, A., Geschichte Österreichs II, 259.
Dr. Bömus, Die Entwicklung des tschechischen staatsrechtlichen Programmes im Jahre 1848 und der tschechische Panslawismus im Jahre 1848, „Österreich", Heft 6, S. 7/8.

[20]) Vgl. Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 16, 75.

[21]) A. Stuttgart. Diese Briefstelle bestätigt Meineckes Darlegungen, Radowitz, S. 105.

[22]) Gegenwart, I, 438.

[23]) Vgl. Bergsträßer, Parteien von 1848, Preußische Jahrbücher, Band 177, S. 189. Die Parteiberichte sind veröffentlicht, im ganzen sechs der Demokratischen Partei und vier des Deutschen Hofes, vgl. Wentzcke, Kritische Bibliographie, S. 146.

[24]) Bergsträßer, a. a. O., S. 196. J. Hansen, Mevissen, II, 380.

[25]) v. Bockelbergs Bericht, 16. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.

[26]) Valentin, a. a. O., S. 129f.

[27]) Gegenwart, I, 439. Die Flottenpoesie, die damals entstand, hat nur selten literarischen Wert.

[28]) Bunsens Bericht, 9. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[29]) Bericht des preußischen Gesandten v. Usedom, 16. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[30]) Bericht des preußischen Gesandten v. Usedom, 17. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[31]) Berichte des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin in München, 6. und 10. Mai, A. München.

[32]) Bericht des preußischen Bundestagsgesandten v. Usedom, 20. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[33]) Dönhoffs Bericht, 28. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[34]) Roth und Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht, I, 505.

[35]) Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe, Freiherrn v. Verger, Frankfurt, 18. Mai; A. München.

[36]) Erlaß an den Bundestagsgesandten, 19. Mai, 2. Juni; vgl. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke, S. 93, 256, Geh. St. A. Berlin.

[37]) Usedoms Bericht, 31. Mai, Geh. St. A. Berlin.
Closens Bericht, 24. Mai, A. München; Graf Bray an König Maximilian, 28. Mai, A. München.

[38]) Usedoms Bericht, 4. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[39]) Usedoms Bericht, 4. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[40]) Usedoms Bericht, 10. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[41]) Karl Wild, K. Th. Welcker, S. 254f.
Bericht des bayrischen Gesandten v. Verger aus Karlsruhe, 10. Mai, A. München.

[42]) Briefwechsel zwischen dem König Wilhelm von Württemberg und dem Staatsminister v. Römer, A. Stuttgart.

[43]) König Wilhelm an Römer, 6. Juni 1848, A. Stuttgart.

[44]) Brief des Bundestagsgesandten Bürgermeisters Smidt vom 7. Juni, in Abschrift bei den preußischen Gesandtschaftsakten. Geh. St. A. Berlin.

[45]) Zweiter Brief von Smidt, 9. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[46]) Römer an König Wilhelm von Württemberg, 4. Juni, A. Stuttgart.

[47]) Vgl. Meinecke, Radowitz, S. 121f. Weder Bayern noch Sachsen gingen so weit; sie fanden die Lösung bedauerlich; Bray an Closen, 29. Juni, A. München.

[48]) Das Ministerium an Usedom, 20., 21. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[49]) Bergengrün, Hansemann, S. 563f.

[50]) Usedoms Berichte, 21., 24. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[51]) Vgl. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke, S. 106.

[52]) Usedoms Bericht, 25. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[53]) Gegenwart, V, 201.

II. Die deutschen Großmächte und die Reichsverweserschaft

[1]) Stenographische Berichte, I, 158, 235f., 260.
Das preußische Ministerium erhielt von allen Seiten Anträge, die preußische Nationalversammlung möchte hinausgeschoben werden, ging aber nicht darauf ein, um „die Gemüter zu beruhigen und Preußen eine konstitutionelle Stellung zu geben". (Graf Lerchenfelds Bericht, 12. April, A. München.) Vgl. damit die scharfe Wendung in der Note des Ministers Freiherrn v. Arnim vom 11. April: „Preußen ist der Überzeugung, daß es zum Heile Deutschlands notwendig sei, einem weiteren Umgreifen unberechtigter Organe entgegenzutreten und dem Bunde seine Stellung und seine Würde zu wahren." Deshalb bestand Preußen auf dem sehr späten Termin vom 18. Mai für den Zusammentritt des Frankfurter Parlaments. A. München.

[2]) Bericht des bayr. Gesandten in Berlin, 3. Juni 1848, A. München. Hauptwahlparole in Schlesien war die Freiheit vom Drucke der Domanialabhängigkeit; vgl. Karl Reis, Agrarfrage und Agrarbewegung in Schlesien 1848, Breslau 1910.

[3]) Bericht des bayrischen Gesandten vom 20. Mai, A. München.
Bericht des österreichischen Gesandten vom 25. Mai, A. Wien. Gegenwart, IV, 577.

[4]) Gegenwart, II, 585.

[5]) Erinnerungen aus dem Leben von H. V. v. Unruh, S. 96.

[6]) Vgl. J. Seitz, Entstehung und Entwicklung der preußischen Verfassungsurkunde im Jahre 1848, 1909.

[7]) v. Unruh, a. a. O., S. 90.

[8]) Bericht der bayrischen Gesandtschaft, 1. Juni, A. München.

[9]) Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, 13. Mai, A. München.

[10]) Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, 15. Mai, A. München.

[11]) Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, 25. Mai, A. München.

[12]) Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, 27. Mai, A. München.

[13]) Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, 31. Mai, A. München.
Über die Rehberger vgl. „Berliner Tageblatt", 20. September 1883.

[14]) Bericht darüber „Vossische Zeitung", 29. April 1890.

[15]) Friedländer-Sammlung der Berliner Stadtbibliothek.

[16]) Akten des Ministeriums des Innern, 29. April, 25. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.

[17]) v. Patow war seit Jahren als Direktor im Ministerium des Äußern mit den Handelsfragen befaßt und durch seine Reisen nach England, Bremen und Hamburg der beste Fachmann auf diesem Gebiete geworden. Politisch war er stets für das Fortschreiten Preußens und die Verbindung mit dem übrigen Deutschland eingetreten; den Titel und Rang eines Staatsministers lehnte er bei Übernahme der Leitung des neuen Ministeriums für Handel und Gewerbe Mitte April ab, um vom Wechsel des Kabinetts unabhängig zu sein.
Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, 18. April, A. München.
Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 19. April, A. Stuttgart.

[18]) Bericht des Polizeipräsidenten an den Minister v. Auerswald, 1. Juni 1848, Geh. St. A. Berlin.

[19]) Der Aufruf sämtlicher Maschinenbauarbeiter an die Bürger Berlins vom 17. April wendet sich sehr bezeichnend gegen das Mißtrauen der Bürger: „Hätten wir euren Plunder gewollt, so hätten wir ihn ungestört und ungestraft schon vor Wochen uns nehmen können, wo die Reichsten des Landes noch unter uns waren, die ihr aber nach und nach habt ausreißen lassen. Wir hätten uns zu Herren eures Vermögens, eurer Habe machen können, wir hatten die Macht dazu. Aber Schmach auf den, dem ein solcher unlauterer, gemeiner Gedanke in der Seele aufstiege . . ."

Amtsgerichtsrat Ludwig Herz hat mich in dankenswerter Weise auf dieses in seinem Besitze befindliche Flugblatt aufmerksam gemacht. Es gab ein eigenes „bewaffnetes Korps“ des Maschinenbauarbeitervereins. Eine seiner Kundgebungen vom 12. Oktober 1848 hat mir Hans Goldschmidt freundlicherweise zugänglich gemacht.

[20]) Bericht des bayrischen Gesandten, 1. Juni, A. München.

[21]) Wie Aschoff als Vorbereiter der Gegenrevolution verdächtigt wurde, zeigt die gedruckte Anfrage von Carl Lutz über die angeblichen Maßnahmen im Zeughaus. (Märk. Museum.)

[22]) Bericht des bayrischen Gesandten, 3. Juni, A. München.

[23]) Bericht des bayrischen Gesandten, 5. Juni, A. München.
Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 26. Mai, A. Stuttgart.

[24]) Bericht des großherzoglichhessischen Gesandten v. Schäffer-Bernstein, 21. Mai 1848, A. Darmstadt.

[25]) Bunsens Berichte aus London, 27. Mai, 28. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

[26]) Berichte des österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, 12., 13., 14. Mai, A. Wien.
Bericht des bayerischen Gesandten, 15. Mai, A. München.

[27]) Akten des Ministeriums des Innern, 14. Mai 1848, Berlin.

[28]) Friedländer-Sammlung, Berliner Stadtbibliothek.

[29]) Märkisches Museum, Berlin. Vgl. auch das Flugblatt des „Vereins für Wahrheit und Recht“, das den Prinzen als Feind allen Jesuitentums volkstümlich zu machen versucht. (Märkisches Museum.)

[30]) Die Friedländer-Sammlung enthält noch den Aufruf eines Rheinländers an „die braven Berliner“ in dieser Sache.

[31]) Berichte des österreichischen Gesandten, 12. Mai, 15. Mai, über die ganzen Hergänge, A. Wien.

[32]) Vgl. auch E. Brandenburg, König Friedrich Wilhelm IV., Briefwechsel mit Ludolf Camphausen, S. 80f.

[33]) Bericht des österreichischen Gesandten, 9. Juni, A. Wien.
Bericht des bayrischen Gesandten, 7., 8. Juni, A. München.
Bericht des württembergischen Gesandten, 8. Juni, A. Stuttgart.
Bericht des großherzoglichhessischen Gesandten, 8. Juni, A. Darmstadt.

[34]) A. Wolff, Berliner Revolutionschronik, Jubiläumsausgabe, S. 367.

[35]) Friedländer-Sammlung, Berliner Stadtbibliothek. Vgl. auch: „Der Magistrat von Berlin und der Demokratische Klub, Ein Kampf auf offener Straße, aber ohne Piken“, von Dr. Wils, Sammlung v. Königswald.

[36]) Märkisches Museum.

[37]) Vgl. auch, in manchem abweichend, Lenz, M., Geschichte der Universität Berlin, II, 2, S. 239.

[38]) Friedländer-Sammlung.

[39]) M. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 61, 79f.

[40]) Bericht des österreichischen Gesandten, 18. Mai, A. Wien.

[41]) Griewank, Karl, Friedrich Wilhelm Held und der vulgäre Liberalismus und Radikalismus in Leipzig und Berlin 1848/49, Rostocker Dissertation 1922.

[42]) Es sind damals mehrere Flugblätter gegen Held erschienen: „Herr Held will, daß et Keener les’t, weil der Name fehlt“; „Gespräch zwischen Herrn Held und Herrn v. Katte . . . in der Wohnung des ‚berühmten‘ Fräuleins Oho von Haha“; „Held, du jroßer Volkstribun, du willst auskratzen?“ von August Buddelmeyer. Sammlung des Reichsarchivs, ebenso Kladderadatsch, 17. September 1848. Vgl. Arend Buchholz, Die Berliner Literatur von 1848, Zeitschrift für Bücherfreunde, II. Jahrgang. S. 83f. u. S. 133f. Als Plakat ließ Held erscheinen: „Meine Ideen über die Verfassung Preußens und Deutschlands“; die „Demokratisch-soziale Constitutionsmonarchie“ entwickelt er darin als Ziel. (Märkisches Museum.)

1849 ließ Held noch die Broschüre erscheinen: „Die Portefeuillejagd oder Kabinettsfragen und Ministerkrisen. Ein kritisches Wort zur Förderung der politischen Bildung." Er verlangt darin, daß mit den Ministern auch die Direktoren und die Räte wechseln müßten.

[43]) Friedländer-Sammlung. Dort auch die von Urban und andern seit dem 1. April herausgegebene „Berliner Stafette" und der seit 1847 alle Woche erscheinende „Neue Beobachter von Berlin".

[44]) Als „unpolitisches Karikaturenblatt" empfahl sich den Lesern „Das illustrierte Berlin" — erwähnenswert wegen einer witzigen Abhandlung über „Die Bärte und ihre politische Bedeutung — an ihren Bärten sollt ihr sie erkennen." Volksbeglücker, Preußenverein, politischer Verein und demokratischer Urwähler erscheinen hier mit den entsprechenden Charakterköpfen; „St. Georg gegen den Drachen" nannte sich ein „Berliner Straßenblatt für Stadt und Land"; die erste Nummer vom 21. Juni beginnt mit den bezeichnenden Sätzen: „Unter obigem Titel eröffnen wir ein zwangloses Plakat (!), dessen Tendenz sich in wenigen Worten bezeichnen läßt. Gegen Kommunismus, Anarchie, Republik: Gesetz und Ordnung, aber nicht Reaktion!" Satirisch-oppositionelle Richtung hatte die „Politische Volksschule". Die „Bibelzeitung" gab sich als ein Versuch, die Weltverhältnisse „im Spiegel des göttlichen Wortes" zu sehen (1. Juli). Friedländer-Sammlung.

[45]) „Nu jrade een Hurrah für den Prinzen von Preußen", heißt das Flugblatt, das Buddelmeyer gegen L. Brentano richtete nach dessen Vergleichsziehung zwischen dem Prinzen und Hecker im Frankfurter Parlament (Stenogr. Ber. II, 1442). Das preußische Selbstgefühl kommt vorzüglich auch in einem anonymen Blatte zum Ausdruck: „Preußen, greif zu!" Da heißt es zum Schluß: „Preußen muß entweder jroß sind, oder der Deibel holt et janz." (Märkisches Museum.) Von April 1849 bis August 1850 ließ Dr. Cohnfeldt eine „Buddelmeyerzeitung" erscheinen, „zur Belehrung und Erheiterung von Stadt und Land".

[46]) Sammlung des Reichsarchivs; auch Friedländer-Sammlung und Märkisches Museum.

[47]) Schäffer-Bernsteins Bericht, 21. Mai 1848, A. Darmstadt.

[48]) L. v. Gerlachs Denkwürdigkeiten, I, 164/165.

[49]) E. Brandenburg, Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen, S. 30f.

[50]) Bericht der bayrischen Gesandtschaft, 1. Juni, A. München.

[51]) Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld charakterisiert den Freiherrn Heinrich v. Arnim folgendermaßen: „Homme aux inspirations brusques et passionnées et ne connaissant pas d'autre politique que celle d'une soumission aveugle aux insinuations des partis et aux idées du moment." Bericht vom 1. August, A. München.

[52]) Akten des preußischen Ministeriums des Innern, 10. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[53]) Bericht des bayrischen Gesandten, 9. Juni, A. München. Bericht des österreichischen Gesandten, 10. Juni, A. Wien.

[54]) Bericht des bayrischen Gesandten, 12. Juni, A. München. Vgl. Lenz, a. a. O., II, 2, S. 219f.

[55]) Eingabe des cand. philos. Böhme, vom 7. Juni, Polizeiakten, Geh. St. A. Berlin.

[56]) Akten des Ministeriums des Innern, 2. Juni, 2. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[57]) Bericht des bayrischen Gesandten, 14. Juni, Akten des Ministeriums des Innern, 14. Juni, A. München.

[58]) Bericht des bayrischen Gesandten, 14. Juni, A. München.
Bericht des österreichischen Gesandten, 15. Juni, A. Wien.

[59]) Das Märkische Museum besitzt eine öffentliche Erklärung Karl Sigrists an seine Kollegen, die Maschinenbauer, die sich gegen ihn gewandt hatten. (Druck von R. Schlesinger.) Vgl. auch Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung S. 147, 166.

[60]) Bericht des bayrischen Gesandten, 16. Juni, A. München.

[61]) Berichte des bayrischen Gesandten, 13., 17., 20., 21., 26. Juni, A. München.
Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 20. Juni, A. Stuttgart.

[62]) A. Bergengrün, David Hansemann, S. 530.

[63]) Bericht des österreichischen Gesandten, 15. Mai, A. Wien.

[64]) Bericht des bayrischen Gesandten, 3. Juli, A. München.

[65]) Roth und Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848, I, 547.

[66]) Usedoms Berichte, 29. Juni, 10. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[67]) Bericht des bayrischen Gesandten, 4. Juli, A. München.

[68]) Biegelebens Bericht, 4. Mai, A. Darmstadt.

[69]) Archiv Darmstadt.

[70]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 19. Mai, A. München.

[71]) Arnims Bericht, 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.
Biegelebens Berichte, 27. Mai, 1., 3. Juni, A. Darmstadt.

[72]) Reschauer, a. a. O., II, 429.

[73]) Arnims Bericht, 5. Juni, A. Berlin.

[74]) Arnims Bericht, 18. Juni, A. Berlin.

[75]) Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden an den König von Württemberg, 21. Juni, A. Stuttgart.

[76]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 6. Juni, A. München.

[77]) Bericht des württembergischen Gesandten, 7. Juni, A. Stuttgart.

[78]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 19. Juni, A. München.

[79]) Als im Herbst Erzherzog Stephan nach London kam, richtete das preußische Außenministerium an den Gesandten v. Bunsen eine vertrauliche chiffrierte Depesche, in der es hieß: „Erzherzog Stephan soll nicht fremd den Plänen einer Partei sein, die im Interesse einiger Glieder der kaiserlichen Familie das Reich demembrieren will; Erzherzog Stephan soll Ungarn, Erzherzog Johann die deutschen Provinzen mit der deutschen Kaiserkrone erhalten; die fremden Mächte sollen durch die italienischen und polnischen Provinzen gewonnen werden.“ Bunsen erhielt den Auftrag, die Beziehungen Erzherzog Stephans zur englischen Regierung zu überwachen. Geh. St. A. Berlin.

[80]) Vgl. irrig Brandenburg, a. a. O., S. 111.

[81]) Bernstorffs Bericht, 6. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[82]) Bericht des preußischen Gesandten Grafen Bernstorff, 16. August, Geh. St. A. Berlin. Ringhoffer, a. a. O., S. 62.

[83]) Bernstorffs Bericht, 25. August, Geh. St. A. Berlin.

[84]) Biegelebens Bericht, 18. Juli, A. Darmstadt.
Frhr. v. Lindens Bericht, 11. Juli, A. Stuttgart.

[85]) Bericht des preußischen Gesandten Grafen Bernstorff, 20. Juli, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des bayrischen Gesandten, 11. August, A. München.

[86]) Biegelebens Bericht, 13. Juni, A. Darmstadt.

[87]) Bericht des bayrischen Gesandten, 19. Juli, A. München.

[88]) Vgl. Briefwechsel zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich, herausgegeben von G. Küntzel, S. 1f.

[89]) Brandenburg, Untersuchungen usw., S. 108, 262; Roth und Merck, a. a. O., II, 6f. Auerswald verhandelte über den „Reichsrat“ mit dem bayrischen Geschäftsträger, der Unterstaatssekretär Graf Bülow mit diesem und dem sächsischen Gesandten v. Beust. Mit dem bayrischen Geschäftsträger v. Aretin war sich der preußische Ministerpräsident v. Auerswald in diesen Tagen auch völlig darüber einig, daß die zukünftige Verfassung Deutschlands nur auf dem Wege der Vereinbarung zustande kommen könne; Aretin regte an, Preußen und Bayern sollten das bei Gelegenheit der letzten Kundgebung des Bundestages zum Ausdruck bringen und sich so gegen die Volkssouveränität des Frankfurter Parlaments und die von ihr beanspruchte einseitige Feststellung der Bundesverfassung verwahren; da erhob aber Auerswald Bedenken — in Rücksicht auf die schwierige Lage der preuß. Regierung ihrer eigenen Nationalversammlung gegenüber. Aretins Berichte, 9., 13., 17. Juli, A. München.

[90]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 28. Juli, A. München.
. Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, 8. Juli, A. Stuttgart.

[91]) Bericht v. Thiles über ein Gespräch mit Schmerling, 23. Juli; Bockelbergs Bericht über eine Unterredung mit Graf Bray, München, 22. Juli. Geh. St. A. Berlin.

[92]) „Beiträge zur Beleuchtung einiger Grundlagen für die künftige Wehrverfassung", Frankfurt a. M., gedruckt in der Bundesdruckerei Benjamin Krebs, 1848. S. 53 führt Peucker hier ein Wort Blüchers über die preußische Wehrverfassung an: man wisse in Preußen nicht, wo der Bürger aufhöre und wo der Soldat anfängt. Daran fügt er den bezeichnenden Satz: „Hüten wir uns, eine Wehrverfassung anzunehmen, bei welcher man zuletzt nicht wissen würde, wo der Soldat anfängt."

[93]) Rundschreiben des Bundespräsidialgesandten vom 12. Juli 1848, Roth und Merck, a. a. O., II, S. 1.

[94]) Usedoms Bericht, 12. Juli, Geh. St. A. Berlin. Protokolle der Bundesversammlung, 12. Juli 1848.

[95]) Closens Bericht, 12. Juli, A. München.

[96]) Bericht des preußischen Gesandten aus München, 15. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[97]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 1. Juli, A. München.
Gegenwart, X, S. 230.
Bericht des preußischen Gesandten, 12. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[98]) Bericht des württembergischen Gesandten, 11. Juli, A. Stuttgart.

[99]) Reschauer, a. a. O., II, 450.

[100]) Bernstorffs Bericht, 18. August, Geh. St. A. Berlin.

[101]) Bernstorffs Bericht, 22. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[102]) Valentin, V., Fürst Karl Leiningen, S. 102f.
Stockmars Denkwürdigkeiten, S. 489f.
Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 370f. Als Ergänzung zu Bekanntem führe ich noch den Artikel der in Erfurt erscheinenden „Thüringer Zeitung" vom 3. September an, den der preußische Gesandte in Weimar interessant genug fand, um ihn seinem Ministerium einzuschicken. Es heißt darin: „Die Auferstehung Deutschlands wird schwere Opfer kosten; das schwerste unter anderen bringt Preußen. Es stirbt. Jeder andere Staat kann und mag in Deutschland aufgehen, gerade Preußen muß darin untergehen." Der Artikel ist „Fontane" unterzeichnet, er könnte von dem jungen Theodor Fontane stammen. Bekanntlich hat Fontane in dem Erinnerungsbuche des Alters: „Zwischen Zwanzig und Dreißig", viel Anmutiges auch aus der Revolutionszeit erzählt, die er in Berlin miterlebt hat.

[103]) Bericht der Frankfurter Bundestagsgesandtschaft, 15. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[104]) Bericht des preußischen Bundestagsgesandten, 11. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[105]) Valentin, Leiningen, S. 220.

[106]) Bernstorffs Bericht, 29. Juli und 22. August, Geh. St. A. Berlin; Graf Degenfelds Bericht, 6. August, A. Stuttgart.

[107]) Bernstorffs Bericht, 26. Juli, Geh. St. A. Berlin.
Reinhards Bericht, 31. Juli, 9. August, A. Stuttgart.
Die Übernahme der deutschen Reichsverweserschaft durch Erzherzog Johann machte in Wien dauernd böses Blut. Wessenberg nannte etwa die Frankfurter Stellung Johanns eine sehr schwierige und beklagte Mißgriffe; es war durchaus nicht so, als ob nun die Berufung eines österreichischen Erzherzogs das Verhältnis von Wien zu Frankfurt verbessert hätte, eher im Gegenteil. Alle Großösterreicher mißtrauten dem Großdeutschtum Schmerlings ebenso wie den Erbkaiserideen der Preußen. Kriegsminister Graf Latour sagte ganz offen zum preußischen Gesandten Grafen Bernstorff, „er sei ein sehr ungehorsamer Untergebener des Frankfurter Ministeriums". Österreich lehnte auch die geforderten 8000 Mann für Schleswig-Holstein förmlich ab; die Aufforderung, das Bundeskontingent auf 20 Prozent

zu erhöhen, ließ er ganz unbeantwortet. (v. Lindens Bericht, 29. August, A. Stuttgart; Bernstorffs Bericht, 8. September, Geh. St. A. Berlin; Reinhards Bericht, 25. Juli, A. Stuttgart; Graf Luxburgs Bericht, 29. August, A. München.)

108) Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, aus Wien, 25. Juli, A. Stuttgart.

109) 4. August, Geh. St. A. Berlin.

110) Bernstorffs Bericht, 18. August, Geh. St. A. Berlin. Vgl. auch die Flugschrift zur Kritik Leiningens: „Aufgehen oder Vorangehen?" Berlin und Posen, bei E. S. Mittler, 1848 (geschr. Mitte August).

111) Balans Bericht, 4. August, Geh. St. A. Berlin. Der bayrische Außenminister Graf Bray beglückwünschte Leiningen am 17. August zu seiner Ernennung, die mit Jubel in München begrüßt worden sei und die freudige Teilnahme des Königs erwecke; er sprach die Hoffnung aus, der Fürst werde das allgemeine Beste im Auge halten und daß er: „in der Förderung desselben jene genauere Kenntnis wohl zu nützen wisse, welche hochdero bisheriges Wirken von den Wünschen und Bedürfnissen Bayerns verschafft hat". Leiningen wehrte diesen etwas naiven Versuch, ihn für das bayrische Interesse einzuspannen, am 22. August kühl ab: „Ich werde den Einfluß, den mir meine dermalige Stellung bietet, nach allen Kräften für die Einigung und die Eintracht unseres Vaterlandes anwenden, überzeugt, daß nur hierdurch die Wohlfahrt seiner einzelnen Teile und somit auch Bayerns gesichert werden könne." A. München.

112) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, V. Sitzung, A. Frankfurt.

III. Die Septemberkrise

1) Vgl. G. Mayer, Friedrich Engels, S. 320.

2) Im Nachlasse Friedrich Hammachers (Reichsarchiv Potsdam) findet sich eine große Anzahl Briefe Annekes an Hammacher, die ein gutes Bild seiner Anschauungen vermitteln. Einige Stellen (alle von 1848) seien angeführt: „Möchte sich nur alles den Beschlüssen Kölns anschließen! Berlin scheint leider ganz den Kopf verloren oder auch gar keinen gehabt zu haben. Sollte es nicht anders gehn, die demokratische Staatsgrundlage festzustellen — nun, so machen wir einen allgemeinen Freischarenzug nach Berlin!" (28. März.) — „Wie kann ein Demokrat in den Tag hinein behaupten, das Volk wolle keine Republik, während noch niemand das Volk gefragt hat, während die Führer der republikanischen Partei noch keine Zeit und Gelegenheit gehabt haben, das Volk nur einigermaßen aufzuklären, während alle die Stimmen, die sich anmaßen, Stimmen des Volkes zu sein, lutherische Pfaffen, Beamte, Aristokraten und Geldsäcke sind, wenn's hochkommt, erschreckte Spießbürger!" (11. Mai.) Vgl. auch die im Druck befindliche Arbeit von Dr. Alexander Bein über das Leben Friedrich Hammachers, deren Manuskript er mir freundlicherweise zur Einsicht überließ.

3) Vgl. Wermuth und Stieber, Die Kommunistenverschwörungen des 19. Jahrhunderts; Akten des preußischen Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

4) Vgl. für das Folgende: Valentin, V., Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, S. 269f.; Schwemer, Geschichte von Frankfurt a. M., S. 146f., Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49, S. 101f.

5) Gustav Lüders, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, S. 25, in Ergänzung und Berichtigung meiner Angaben, Frankfurt und die Revolution, S. 292f.

6) A. Frankfurt, Aktenstück Nationalversammlung, Volkswirtschaftl. Ausschuß.

7) A. Frankfurt.

8) Vgl. für das Folgende: W. E. Biermann, K. G. Winkelblech, II, S. 32f.

[9]) Biermann führt a. a. O., II, S. 110 nur die Augsburger Ausgabe des Entwurfes an; die Originalausgabe ist „nicht für den Buchhandel“ in C. Naumanns Druckerei in Frankfurt gedruckt worden; sie enthält auf Seite 23 auch ein Verzeichnis der Teilnehmer.

[10]) A. Frankfurt.

[11]) Biermann, a. a. O., II, 271, 441f.; Valentin, Frankfurt und die Revolution, S. 305; Beschlüsse des Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Frankfurt a. M., Darmstadt 1848. Im Oktober beschwerte sich Friedrich Wilhelm IV. persönlich bei König Max über Closens antipreußische Haltung; wegen Konflikts mit dem bayrischen Militärbevollmächtigten v. Xylander wurde Closen dann im Dezember abberufen. Graf Bray an Closen, 5. Oktober; Closens Bericht, 11. Dezember, A. München.

[12]) Württembergische Kabinettsakten; Niederschrift König Wilhelms vom 19. August, A. Stuttgart; Bericht der bayrischen Gesandtschaft Berlin, 19., 23., 27. August, A. München.

[13]) Bericht der bayrischen Gesandtschaft, 19. Juli, A. München.

[14]) Protokoll des Gesamt-Reichsministeriums, IV. Sitzung, A. Frankfurt. Einstimmiger Beschluß, von Fürst Leiningen unterzeichnet; am 30. August erfolgte ein entsprechender Erlaß des Reichsverwesers.

[15]) Vortrag des Reichsministeriums des Innern an das Gesamt-Reichsministerium, 24. August; Erlaß des Reichsverwesers vom 30. August; Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[16]) Beilage zu den Protokollen usw., A. Frankfurt.

[17]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, VI. Sitzung, A. Frankfurt.

[18]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, III. Sitzung, A. Frankfurt.

[19]) Vortrag des Reichsministeriums des Innern an das Gesamt-Reichsministerium, 24. August. Akten des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[20]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums. I. Sitzung, A. Frankfurt.

[21]) Fürst Gorčakovs Bericht, 18. Juli, Z. A. Moskau.

[22]) A. Frankfurt; das Schreiben ist datiert: „Rom, 2. Februar 1849.“

[23]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 22. August, A. Frankfurt.

[24]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 24. September 1848, A. Frankfurt.

Anweisung an Camphausen, 12. September, Geh. St. A. Berlin. Noch einmal, im Februar 1849, wandten sich die Mitglieder der provisorischen Regierung und die Abgeordneten der rumänischen Emigration an das Reichsministerium mit einem Protest, der gleichzeitig an die europäischen Großmächte geschickt wurde. Unter den Unterzeichnern sind mehrere Träger des Namens Bratianu, ferner Colesco, Maiorescu, Eliade, Philippesco. A. Frankfurt.

[25]) Fürst Gorčakovs Bericht, 18. Juli, Z. A. Moskau.

[26]) Frankfurter Bundesarchiv, Oktober 1848.

[27]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 19., 22. August.
Schreiben Auerwalds an Fürst Leiningen, 4. September, A. Frankfurt.

Vgl. auch die Instruktion für den Fürsten Gorčakov vom 22. Oktober, die mit den Sätzen schließt:

„Or selon l'opinion de l'Empereur une notification directe des Gouvernements allemands en exprimant un tel assentiment attestera le fait que le pouvoir central ne prend pas son origine exclusivement dans un principe révolutionaire, mais qu'il tient en grande partie son autorité d'une détermination libre des Gouvernements eux-mêmes. En même temps la notification serait un moyen de faire entrer le pouvoir central, placé encore sur un terrain révolutionaire, dans une voie plus correcte ce qui offre plus de garantie de sécurité à l'Allemagne. C'est donc autant que dans l'interêt de l'Archiduc que dans celui des Gouvernements et d'un ordre de choses legale en Allemagne que notre auguste maître dès le mois d'Août a insisté sur une notification directe.“ Z. A. Moskau.

[28]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 14. November 1848, A. Frankfurt.
Camphausens Bericht, 14. November, Geh. St. A. Berlin.

[29]) Instruktion für Andrian, 18. August 1848, A. Frankfurt.

[30]) Andrians Berichte und Anweisungen, 25. August, 30. August, 4. September, 5. September, 8., 14., 19., 22., 27. September, 20. Oktober, A. Frankfurt.

[31]) Bunsens Berichte, 24. Juli, 3. August, Geh. St. A. Berlin.

[32]) Hatzfelds Berichte aus Paris, 28. Juli, 6. August, 10., 12. August, Geh. St. A. Berlin.
In eigenartigem Widerspruch zu dieser tatsächlichen Politik der französischen Machthaber standen die für die Öffentlichkeit bestimmten Kundgebungen, wie etwa die Rede Ledru-Rollins zur Feier des Jahrestages der Proklamation der ersten Republik von 1792: „l'avenir de l'Allemagne est représentée par une démocratie jeune, ardente, courageuse . . . l'Unité de l'Allemagne c'est la démocratie de l'Allemagne, et qui dit démocratie, dit sympathie acquise à la France . . ." In demselben Sinne schrieb der „National" am 26. September. Beilagen zu Hatzfelds Berichten. Geh. St. A. Berlin.

[33]) Raumers Berichte, 26., 27., 30. August, 1., 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 22., 24., 27., 29., 30. September, 4., 5., 8., 11., 14., 15. Oktober, 4., 11., 22. November, 2., 11., 23. Dezember, dazu die Anweisungen des Reichsministeriums an Raumer. Alles im Frankfurter Bundesarchiv. Raumer hat in seinem Buche „Briefe aus Frankfurt und Paris 1848/49", 2 Teile, Leipzig 1849, seine Gesandtschaftsberichte auszugsweise veröffentlicht. Die Auslassungen zeigen vielfach sein Rechtfertigungsbedürfnis.

[34]) Berichte des Freiherrn v. Drachenfels, 4., 5., 7., 10., 18. September, 2., 3. Oktober, A. Frankfurt.
Berichte des preußischen Gesandten v. Seckendorff, 5. September 1848, 6. Oktober 1849.

[35]) Raveaux' Bericht, 11. September 1848, A. Frankfurt.

[36]) Das preußische Ministerium des Auswärtigen an Camphausen, 25. Sept., Geh. St. A. Berlin. Karl Wild, K. Th. Welcker, S. 263.

[37]) Sitzungen des Gesamt-Reichsministeriums vom 25. Oktober 1848 und 24. Februar 1849, Protokolle, A. Frankfurt.

[38]) Briefwechsel des Reichsministeriums des Äußern mit Camphausen, 17., 28. Oktober; Akten des Reichsministeriums des Äußern.

[39]) Das preußische Ministerium des Auswärtigen an Camphausen. 1., 3. Oktober 1848, Geh. St. A. Berlin.

[40]) Schreiben des bayrischen Staatsministeriums an die Gesandtschaft in Petersburg, 12. Oktober 1848, Z. A. Moskau. Erklärung des Kgl. bayrischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußeren, 12. Oktober 1848, A. München.
Doeberl, Bayern und die deutsche Frage, S. 67. König Maximilian an Graf Bray, 16. Oktober; Bericht der bayrischen Gesandten in Dresden (18. Oktober) und Hannover (19. Oktober), A. München.

[41]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 14. November, A. Frankfurt.

[42]) Akten des Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[43]) Bunsens Bericht, 1. September 1848, Geh. St. A. Berlin.

[44]) Bunsens Bericht, 5. August 1848, Geh. St. A. Berlin.

[45]) Schreiben des holländischen Ministerpräsidenten Grafen Schimmelpenningk, 17. April, Geh. St. A. Berlin.

[46]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 16. März 1849, A. Frankfurt; Camphausens Bericht, 21. April 1849, Geh. St. A. Berlin.

[47]) Stenographischer Bericht, 5. Juni, 19. Juli, 31. Oktober, 6., 10. November 1848, 15. Mai 1849.
Gegenwart, VII, 278. Der Konflikt wegen Limburg dauerte die ganze Revolutionszeit hindurch; so erhob der Reichsminister des Innern am 1. Dezember 1848 beim herzoglich

limburgschen Bevollmächtigten v. Scherff Bedenken gegen die Einführung der neuen niederländischen Verfassung und ersuchte um die förmliche Erklärung, daß dies neue Grundgesetz die unzertrennliche Verbundenheit Limburgs mit Deutschland nicht gefährde. Eine solche Erklärung ist aber dann nicht erfolgt. Beilage zu den Sitzungen des Gesamt-Reichsministeriums. A. Frankfurt.

Vgl. auch Stenographische Berichte V, 3552. Der Abgeordnete für Limburg, v. Scherpenzeel, aus Baarlov, ließ damals seinen Vortrag durch den Sekretär Plathner vorlesen, da er sich nicht gut genug auf deutsch ausdrücken konnte.

[48]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers Grafen Hatzfeld, 6. August, Geh. St. A. Berlin. Am 9. August berichtet der württembergische Gesandte Reinhard, die französische Regierung scheine das Kabinett im Haag ermutigt zu haben, in der Limburger Sache den Beschlüssen des Frankfurter Parlamentes Widerstand zu leisten; maßgebend für Frankreich sei dabei der Wunsch, den Heimfall der Festungen Maastricht und Venloo an den Deutschen Bund zu verhindern. A. Stuttgart.

[49]) A. Frankfurt; Schreiben der Militärkommission der Deutschen Bundesversammlung an den Bundestagsausschuß in Militärangelegenheiten, 6. Mai 1848.

[50]) Bericht des Grafen Königsmarck, preußischen Gesandten im Haag, 25. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[51]) A. Frankfurt.

[52]) Protokollauszug der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums vom 24. August, A. Frankfurt.

[53]) Vgl. Hallgarten, W., a. a. O., S. 70f.

[54]) Bericht der preußischen Bundestagsgesandtschaft, 23. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[55]) Entwurf eines Schreibens des preußischen Ministers Kühlwetter an Schmerling, Juni, Geh. St. A. Berlin.

[56]) Hatzfelds Bericht aus Paris, 6. August 1848, Geh. St. A. Berlin.

[57]) Promemoria, 2. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin. Die französische Depesche ist vom 13. Juni.

[58]) Camphausen an das Staatsministerium, 25. Oktober; das Reichsministerium an Camphausen, 22. September; Camphausen an Schmerling, 31. Oktober. Protokoll vom 5. Dezember über die Demarkationslinie, Geh. St. A. Berlin.

Die strategische Bedeutung des Großherzogtums Posen bei einem Kriege Rußlands gegen Preußen und Österreich. Eine militärische Denkschrift von C. v. V. R., Berlin, E. S. Mittler 1848. Antwort auf den Offenen Brief des Herrn Generalmajors v. Willisen an den Major v. Voigts-Rhetz. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1848. M. Laubert, die preußische Polenpolitik, S. 100.

[59]) Usedoms Bericht, 2. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

[60]) Usedoms Bericht, 13. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

[61]) Valentin, V., Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 129f., Stenographische Berichte, ed. Wigard, I, 110, 205f., 269; II, 1003; III, 2266; VI, 4400f.; IV, 3159; VI, 4400f.; VIII, 5612, 5614.

[62]) Vgl. Valentin, V., und Neubecker, O., Die deutschen Farben, S. 24. Stenographische Berichte, ed. Wigard, II, 1283.

[63]) Gegenwart, VII, 250.

[64]) Stenographische Berichte: I, 738, 772.

[65]) Stenographische Berichte: I, 770/771.

[66]) Stenographische Berichte: III, 1774f.

[67]) Vgl. Valentin, V., Frankfurt a. M. und die deutsche Revolution von 1848/49, S. 264. Im Anhange dieses Buches findet sich ein Verzeichnis der damals in Frankfurt erschienenen Karikaturen (S. 536).

[68]) Vgl. Das Frankfurter Parlament usw., ed. Bergsträßer; Blums Briefe, S. 380, 381, 387.

[69]) Valentin, V., Frankfurt a. M. und die deutsche Revolution, S. 246f.

[70]) Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums vom 30. August; Beilage zur Sitzung des G. R. M. vom 28. September, A. Frankfurt.

[71]) Graf Lerchenfelds Bericht, 17. Juni, A. München.

[72]) Brandenburg, E., Untersuchungen und Aktenstücke 119; Meinecke, a. a. O., S. 373.

[73]) Geheimes Staatsarchiv Berlin.

[74]) Dönhoffs Berichte, 2., 11. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[75]) Geheimes Staatsarchiv Berlin.

[76]) Bunsens Bericht, 18. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[77]) Geheimes Staatsarchiv Berlin. Unvollständig benutzt bei Precht, a. a. O., S. 28.

[78]) Waitz an den preuß. Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Arnim, 1. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[79]) Bunsens Bericht, 29. April, Geh. St. A. Berlin.

[80]) Aktenstücke zur schleswigschen Frage, S. 15, Bunsens Bericht, 8. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[81]) Graf Lerchenfelds Bericht, 24. Mai, A. München; Hoetzsch, Meyendorff, II, 91.

[82]) Prechts Ansicht, a. a. O., S. 47, erscheint mir unbegründet.

[83]) Bunsens Berichte, 18. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[84]) Bunsens Bericht, 22. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[85]) Geheimes Staatsarchiv Berlin. In Nordschleswig hatten immerhin die deutschen Truppen mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Major v. d. Tann bezeugte, daß dort keine Sympathien für die Deutschen zu finden seien; Spione seien nicht einmal für schweres Geld aufzutreiben, während die Dänen auch ohne klingende Münze jeder Dienstleistung sicher seien. Graf Degenfelds Bericht, 5. August, aus München, A. Stuttgart.

[86]) Das preußische Ministerium an Usedom in Frankfurt, 23. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[87]) Usedoms Bericht, 20. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[88]) Usedoms Berichte, 23., 31. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[89]) Usedoms Berichte, 5., 6. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[90]) Bunsen bekam diese Nachrichten über Schweden, 6. Juni, Geh. St. A. Berlin; sie werden bestätigt aus englischen Quellen, vgl. Guichen, S. 132.

Der Brief der Kaiserin von Rußland, jetzt bei K. Haenchen, Revolutionsbriefe, S. 92; ein zweiter S. 126; der Brief des Kaisers Nikolaus vom 2./14. Juli ebendort, S. 125, vorher bei Martens und bei Andreas, Briefwechsel usw., Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, XLIII, S. 133. Nachrichten über den russischen Druck auf Preußen sind in den Gesandtschaftsberichten der Zeit zahlreich. Graf Hatzfeld erfährt am 25. Mai aus ganz vertraulicher Quelle, Rußland habe Frankreich ganz bestimmte Erklärungen in der schleswig-holsteinischen Sache gemacht und sich bereiterklärt, jeden Frankreich genehmen Vertrag zugunsten Dänemarks zu schließen (Geh. St. A. Berlin). Frankreich hielt es aber nicht für angemessen, sich mit Rußland in einer Spezialfrage zu verbünden (29. Mai). Der bayrische Gesandte in Berlin hörte direkt aus Petersburg am 15. Juni, es stünden 500000 Mann bereit, auch die Horden der Steppe hätten die Aufforderung bekommen, sich zu stellen — dann sei der Krieg unvermeidlich, denn die ließen sich nicht unverrichteter Sache nach Hause schicken (A. München). In Berlin lief ein Wort des Kaisers Nikolaus um, das die wirkliche Lage wohl am besten kennzeichnet: „Wenn Preußen mir den Krieg erklärt, werde ich ganz allein der preußischen Armee entgegengehen und meine alten Kameraden fragen: ist es möglich, daß ihr gegen mich marschieren wollt? Nein, ich kann nicht daran glauben!" (Trauttmansdorffs Bericht, 20. Juni, A. Wien.)

Kaiser Nikolaus wäre im Grunde nur widerwillig gegen Preußen marschiert und hatte um so weniger Lust dazu, je öfter von Frankreich Anregungen dazu kamen. Das republikanische Frankreich sah die deutsch-russische Kriegsgefahr sehr gern und hetzte Dänemark gegen die deutschen Mächte auf. Den Angriff auf Dänemark beantwortet es auch mit einem Protest bei dem Frankfurter Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (Camphausens Bericht, 22. August, Geh. St. A. Berlin; Reinhards Bericht, 2. Sept., A. Stuttgart.)

Vgl. endlich auch die Äußerungen der Großherzogin Maria Paulowna von Sachsen-Weimar zum preußischen Gesandten — sie war infolge intimen Briefwechsels mit ihrem Bruder, dem russischen Kaiser, gut über die dortigen Auffassungen unterrichtet: „Savez-vous bien que l'empereur s'il avait voulu aurait que vous faire bien du mal. Cette organisation (die Einrichtung des Herzogtums Gnesen) ne satisfait ni les Allemands ni les Polonais, elle fait naître de fausses espérances, nourrit la haine invétérée et vous met mal avec vos voisins." (Bericht vom 28. Juni, Geh. St. A. Berlin).

[91]) G. St. A. Berlin, Korrespondenz mit der Frankfurter Gesandtschaft, 12. Juni; Usedoms Bericht, 21. Juni.

[92]) G. St. A. Berlin, 27. Juni.

[93]) Stenographische Berichte, Sitzung 9. Juni 1848.

[94]) Übersicht der Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes für Exzellenz Camphausen, 30. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[95]) Hatzfelds Berichte, 29. Juli, 1., 8., 12. August, Geh. St. A. Berlin.

[96]) Bunsens Berichte, 17., 30. Juni, Geh. St. A. Berlin. Dänemark erhielt auch durch ein Hamburger Haus Reitersäbel aus Solingen!

[97]) Bunsens Bericht, 2. September, Geh. St. A. Berlin.

[98]) 3. August, Geh. St. A. Berlin.

[99]) Schriftwechsel mit Camphausen, 5., 6., 7., 8., 10., 13. August.

[100]) Usedoms Bericht, 6. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[101]) An Camphausen, 29. August, Geh. St. A. Berlin.

[102]) An Camphausen, 1. September, Geh. St. A. Berlin.
Bunsens Bericht, 30. September, Geh. St. A. Berlin.

[103]) Akten (Geh. St. A.) über die Sitzung vom 4. September und den Rendsburger Erlaß (22. September); das Ministerium an Camphausen, 7. September.

[104]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, VIII. Sitzung, Frankfurter Bundesarchiv; Camphausens Bericht, 1., 3. September, Geh. St. A. Berlin.

[105]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, IX. Sitzung, 3. September; Aktenstücke zur schleswig-holsteinischen Frage usw., gedruckt für die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung, 1848, Frankfurt a. M., Druck von C. Krebs-Schmitt.

[106]) Camphausens Berichte, 3., 4., 5. September, Geh. St. A. Berlin.

[107]) Camphausens Berichte, 4./5. September, Geh. St. A. Berlin.

[108]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 5. September, A. Frankfurt.

[109]) Andrians Bericht aus London, 8. September, A. Frankfurt.

[110]) Camphausens Berichte, 6., 7. September, Geh. St. A. Berlin.

[111]) Camphausens Bericht, 8. September; Erklärung des bayrischen Gesamt-Staatsministeriums vom 8. September; Antwort Camphausens, 12. September, Geh. St. A. Berlin.
Doeberl, a. a. O., S. 65/66.
Bockelbergs Berichte aus München, 8. September, 7. Oktober; Berliner Erlaß an Bockelberg, 15. September, Geh. St. A. Berlin.

Graf Lerchenfeld an den König, 15. September, A. München. Graf Bray schrieb an Aretin nach Berlin am 27. September, Bayern habe sich nunmehr auf die gleiche Linie zu Preußen gestellt. (A. München.) In seinem Brief aus Hohenschwangau vom 27. September an Graf Bray bezeichnet aber König Maximilian die Zentralgewalt als „noch unvollständig organisiert und zur Zeit noch nicht definitiv konstituiert"; er sieht das Gesetz vom 28. Juni noch nicht als bindend anerkannt an, er will im Interesse der Sicherung der Souveränität gegen etwaige Folgerungen Verwahrung eingelegt haben, „in schonender, wenn nötig geheimer Weise". Ein für die Art des Königs besonders bezeichnendes Schriftstück! A. München.

[112]) Camphausens Bericht, 16. September, Geh. St. A. Berlin.

[113]) Camphausens Bericht, 18. September, Geh. St. A. Berlin.

[114]) Briefe des Fürsten Waldburg-Zeil aus Frankfurt, 10. und 11. September, Z. A. Moskau.

[115]) Das Ministerium an Camphausen, 15. September, Geh. St. A. Berlin.

[116]) Camphausens Bericht, 16. September, Geh. St. A. Berlin.
Gebauer, Christian August, Herzog von Schleswig-Holstein, S. 250f., 369.

[117]) Stenographische Berichte, III, 249f.

[118]) Camphausens Bericht, 16. September, Geh. St. A. Berlin.

[119]) Gustav Mayer, Fr. Engels, I, 336.

[120]) Sigel an Struve, Emmishofen, 16. September, Valentin, a. a. O., S. 311.

[121]) Valentin, a. a. O., S. 261.

[122]) Valentin, a. a. O., S. 316f.
Schwemer, a. a. O., III, 1, S. 201f.

[123]) Schreiben Schmerlings an Gagern, 18. September, A. Frankfurt.
Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 18. September, A. Frankfurt.

[124]) Der Senat an das Reichsministerium des Innern, 18. September, das Reichsministerium des Innern an den Senat, 18. September, A. Frankfurt.

[125]) Bericht des Freiherrn v. Sternenfels, A. Stuttgart.
„Ein Haufen Volks drang in die Türe der Paulskirche, um die Rechte zu sprengen und die beabsichtigte Verkündigung zu proklamieren, wurde jedoch von innen zurückgehalten; so kam es, daß die Truppen wieder zurückbeordert wurden, um den Platz von Menschen zu leeren, wobei die Preußen mehrere Personen durch Bajonettstiche schwer verwundeten. Dadurch wurde das Volk noch mehr erbittert, schimpfte und drohte den Preußen, fing an, Barrikaden zu bauen; es standen davon etliche vierzig bis halb zwei Uhr.“ Brief des Augenzeugen Ernst Pichler, Frankfurter Malers und Lithographen, vom 26. September 1848, an seinen damals auf der Wanderschaft befindlichen Sohn, den später namhaften Architekten Oskar Pichler. (Pichlersche Familienpapiere, im Besitze des Verfassers.)

[126]) Major Teicherts Bericht, Beilage zu den Berichten Camphausens, Geh. St. A. Berlin.
Stenographische Berichte, III, 2190.

[127]) Brief Ernst Pichlers an Oskar Pichler, vgl. Anmerkung [125]).

[128]) Bericht des Geh. Rats v. Kamptz, Beilage zu Camphausens Berichten, Geh. St. A. Berlin.

[129]) Als Ergänzung zu Bekanntem der nach der Erzählung des Freiherrn v. Bethmann niedergeschriebene, den preußischen Akten beigefügte Bericht über den 18. September, Geh. St. A. Berlin.

[130]) Protokoll über Schopenhauers Aussage, Schwemer, a. a. O., III, 1, S. 412.

[131]) Gefangene sind während der Straßenkämpfe nur in verhältnismäßig geringer Zahl gemacht worden. 56 Personen, die im Keller der Hauptwache zusammengepfercht und bei der Roheit der Soldaten einem furchtbaren Schicksal preisgegeben waren, wurden in der Nacht zum 19. September auf Betreiben des Reichsjustizministers R. Mohl nach Mainz geschafft. Stadtblatt der Frankfurter Zeitung, 10. Januar 1931.

[132]) Camphausens Berichte, 6., 8., 9. September, Geh. St. A. Berlin. Closen, der bayrische Bevollmächtigte wurde von Camphausen frühzeitig unterrichtet. Closens Bericht vom 25. August, 2. September, A. München. Der alte Smidt bewährte sich als Vermittler.

[133]) Camphausens Berichte und Erlasse an Camphausen, 19., 30. September, Geh. St. A. Berlin.

[134]) Schriftwechsel des Ministeriums des Auswärtigen mit Camphausen, 20., 24. September, Geh. St. A. Berlin. König Maximilian von Bayern wünschte aber durchaus nicht, die Nationalversammlung in Regensburg zu sehen, denn er fürchtete, der Anhang der Linken werde dadurch ins Land gezogen, oder die Idee könne auftauchen, Regensburg wieder zur Freien Reichsstadt zu machen. Er dachte dafür etwa an Gotha. Brief des Königs an Graf Bray, 21. September, A. München. Als Regensburg im Februar 1849 ein Gesuch deshalb an den König richtete, vertröstete er wohlwollend die Stadt. A. München.

[135]) Camphausens Bericht, 1. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[136]) Protokoll des Gesamt-Reichsministeriums, 19., 20., 22., 23., 28. September, A. Frankfurt.

[137]) Protokoll des Gesamt-Reichsministeriums 2. Oktober; Beilage zu den Protokollen, 2. Oktober, A. Frankfurt.

[138]) Protokolle des Gesamtreichsministeriums, 30. September, A. Frankfurt. Valentin, a. a. O., S. 350.

[139]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 24. September, 3. Oktober, A. Frankfurt.

[140]) Gegenwart, III, 508.

[141]) Über das Auftreten des Freiherrn v. Andlaw: Bericht des preußischen Gesandten in Karlsruhe, v. Arnim, 3. Mai, 26. Mai, 29. Juni, Geh. St. A. Berlin.
Andlaws Anklage ist später erweitert als Buch erschienen: Der Aufruhr und Umsturz in Baden, Freiburg i. Br., 1850.

[142]) Arnims Berichte, 29. Juni, 11. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[143]) Bericht des preußischen Gesandten in der Schweiz, v. Sydow, 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[144]) 15. Juni, Nr. 6. Der „Volksfreund" erschien in Rheinfelden und wurde von F. Hollinger gedruckt.

[145]) Arnims Bericht, 14. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[146]) Das Gesuch von badischen Frauen und Jungfrauen, die badischen Revolutionäre zu amnestieren, wurde auf Antrag des Reichsjustizministers R. Mohl vom 29. August abgelehnt. „Es hieße Mord und Plünderung von Staats wegen begünstigen . . .", heißt es in der Begründung. A. Frankfurt.

[146]) Abschrift von Akten des badischen Ministeriums des Auswärtigen, Beilage zum Bericht des preußischen Gesandten v. Arnim, 11. Juni; Brief Struves vom 3. Juni aus Chalons; Brief Willichs aus Besançon, Geh. St. A. Berlin.

[147]) Corvin, O. v., Ein Leben voller Abenteuer, S. 478; Wiltberger, O., Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg, S. 110f.

[148]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers Grafen Hatzfeld, Paris, 6. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[149]) Arnims Bericht, 14. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[150]) Bericht des russischen Gesandten Ocerov, 30. Juli, Z. A. Moskau.

[151]) v. Sydows Bericht, 7. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[152]) v. Sydows Berichte, 6., 20. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[153]) v. Sydows Bericht, 8. August, Geh. St. A. Berlin; Agentenberichte im Frankfurter Bundesarchiv.

[154]) Bericht des Regierungsdirektors von Freiburg, Freiherrn v. Marschall, an das badische Ministerium des Innern, 25. Oktober, Abschrift A. Frankfurt.

[155]) Agentenbericht vom 29. Juli 1848, an Herrn Kommandanten von Meckel, Basel, ohne Unterschrift, von ungebildeter Hand, Frankfurter Bundesarchiv; Sydows Bericht, 20. Juli, Geh. St. A. Berlin. Über die Stellung der bayrischen und württembergischen Regierung zum Flüchtlingswesen: Die Note des bayrischen Gesandten v. Malzen in Stuttgart an das württembergische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, 26. Juni, A. Stuttgart.

[156]) v. Sydows Berichte, 25. Mai, 30. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[157]) v. Sydows Berichte, 22. Juli, 27. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[158]) Verbalnote der Schweiz vom 2. August, A. Frankfurt; im Auszuge veröffentlicht, Frankfurter Oberpostamtszeitung, Extrabeilage zu Nr. 301, 9. November 1848.

[159]) Auszug aus den Akten des badischen Ministeriums des Innern, über das Verhalten der schweizerischen Behörden seit April, August 1848. Frankfurter Oberpostamtszeitung, 9. November 1848. Schweizer Kommissionsbericht, 25. August, A. Frankfurt.

[160]) v. Sydows Bericht, 6. September, Geh. St. A. Berlin. Die Antwort der Schweiz vom 5. September, A. Frankfurt.

[161]) Aktenstücke der badischen Behörden, abgedruckt Frankfurter Oberpostamtszeitung, 9. November 1848.

[162]) Der Brief ist bei den Akten des Reichsministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten, A. Frankfurt.

[163]) v. Arnims Berichte, 9., 13. September, Geh. St. A. Berlin.

[164]) Gegenwart, III, 514; Lebenserinnerungen eines alten Markgräflers (Eduard Kaiser), zitiert bei Anton Fendrich, Die badische Bewegung 1848/49, S. 51.

[165]) Dr. W. Stark, Die Besetzung und Erstürmung Staufens im Jahre 1848. Monatsblätter des Badischen Schwarzwaldvereins, I. Jahrgang, Nr. 7, September 1898. Dort auch zwei Abbildungen und ein Verzeichnis der Gefallenen aus dem pfarramtlichen Begräbnisbuche.

[166]) v. Sydows Bericht, 22. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[167]) v. Arnims Bericht, 27. September, Geh. St. A. Berlin.

[168]) v. Sydows Bericht, 27. September.

[169]) Auszug aus dem Protokoll des Kleinen Rats des Kantons Thurgau, Frauenfeld, 7. Oktober, abgedruckt Frankfurter Oberpostamtszeitung, 9. November 1848.

[170]) Das Reichsministerium an Raveaux, 29. September; der badische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt an das Reichsministerium, 1. Oktober; die württembergische Regierung an das Reichsministerium zur Unterstützung der badischen Anträge, 3. Oktober; Note an die Schweiz, 4. Oktober; Antwort des Vorortes, 5. Oktober; A. Frankfurt.

[171]) v. Arnims Bericht, 9. September, Geh. St. A. Berlin.

IV. Die Gegenrevolution in Österreich

[1]) Brief Richters an Kaiser Nikolaus, St. Petersburg, 9. Juni 1848; die Denkschrift liegt bei, beides in französischer Sprache. Z. A. Moskau.

[2]) Schiemann, Th., Kaiser Nikolaus, IV, S. 160, Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, Berlin, 28. Juni, A. Stuttgart.

[3]) Nach Angaben des Polen Jean Bzowski, geb. 1815 in Plock, nach 1830 nach Frankreich geflüchtet, eines der tätigsten Agenten der demokratischen Propaganda in Galizien und Posen; er stand Bakunin nahe; im November 1848 bot er dem russischen Gesandten Ocerov in Karlsruhe die Auslieferung der Beschlüsse, Statuten, Namenverzeichnisse, Decknamenschlüssel der demokratischen Propaganda an und diktierte ein Memorandum. Ocerov bezeichnet seine Angaben als wahrscheinlich, wollte sich aber nicht näher mit ihm einlassen. Bzowski ging dann über die Schweiz nach Serbien. Ocerovs Bericht nebst Anlagen, 22. November 1848, Z. A. Moskau.

[4]) Das preußische Ministerium an Graf Bernstorff in Wien, 7. September, Geh. St. A. Berlin; Bericht des bayrischen Gesandten in Wien, 11. September, A. München.

[5]) Raumers Bericht, 30. August, A. Frankfurt.

[6]) Bunsens Bericht, 1. September, 19. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[7]) Usedoms Bericht, 20. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[8]) Camphausens Bericht, 4. Oktober: Oberst Mosle, der oldenburgische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt, wurde im September nach Wien geschickt, um dort Fühlung zu nehmen. Geh. St. A. Berlin. Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums. 4. Oktober, A. Frankfurt.

[9]) Graf Bernstorffs Bericht, 1. Oktober, aus Wien, Geh. St. A. Berlin.

[10]) Graf Bernstorffs Bericht, 27. Oktober, Geh. St. A. Berlin, Bericht des preußischen Oberstleutnants Fischer, aus Frankfurt, 12. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[11]) Camphausens Bericht, 17. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[12]) Graf Bernstorffs Bericht, 27. Oktober, Geh. St. A. Berlin.
Camphausens Bericht, 19. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[13]) P. Geist, Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49, 1922.
A. Springer, a. a. O., II, 386.

[14]) Helfert, Geschichte Österreichs usw. III, 342f.
Friedjung, a. a. O., I, 93: Bernstorffs Bericht, 25. August, Geh. St. A. Berlin.

[15]) Reschauer, a. a. O., II, 527. Für das Folgende auch: Gegenwart, X, 251f.

[16]) Hamerling, R., Stationen meiner Lebenspilgerschaft, S. 155; Zeitschrift für deutsche Wortforschung, VIII, S. 14, Aufsatz von Arnold.

[17]) Bericht des bayrischen Gesandten, 9. September und 16. September, A. München.
Bericht des württembergischen Gesandten, 11. September, A. Stuttgart.

[18]) Im Bericht des Grafen Bernstorff vom 13. September (Geh. St. A. Berlin) werden Fröbel, Marx und Schütte zusammen genannt, in dieser Reihenfolge, und zwar als Vertreter des Prinzips, man müsse die Volkswehr unter sich veruneinigen.

[19]) Bericht des bayrischen Gesandten, 29. August, A. München; Bericht des preußischen Gesandten, 25. August, Geh. St. A. Berlin.

[20]) Bericht des württembergischen Gesandten, 22. August, A. Stuttgart.

[21]) H. v. Srbik, Die Wiener Revolution des Jahres 1848 in sozialgeschichtlicher Beleuchtung. Schmollers Jahrbuch, 43. Jahrgang, 3. Heft, S. 19f. (1919). Für das Folgende: Graf Bernstorffs Berichte, 24. August, 13. September, Geh. St. A. Berlin.

[22]) Bericht des württembergischen Gesandten v. Linden, 16. September, A. Stuttgart.

[23]) Bernstorffs Bericht, 18. September, Geh. St. A. Berlin.

[24]) Bericht des württembergischen Gesandten, 5. Oktober, A. Stuttgart.

[25]) Reschauer, a. a. O., II, 555.

[26]) Graf Bernstorffs Berichte, 4., 7., 10. Oktober, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des Frhrn. v. Linden, 6. Oktober und 9. November, A. Stuttgart.

[27]) Kundmachung vom 6. Oktober, gezeichnet vom ersten Vizepräsidenten Franz Smolka.

[28]) Bericht des württembergischen Gesandten, 12. Oktober, A. Stuttgart.

[29]) Graf Bernstorffs Bericht, 18. Oktober, Geh. St. A. Berlin.
L. Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.

[30]) Srbik, a. a. O., Die Wiener Revolution usw. Vgl. Anm. 21.

[31]) Reschauer, a. a. O., II, S. 536f.; Ernst Viktor Zenker, Geschichte der Journalistik in Österreich, 1900.

[32]) Vanesa, Max, Wenzel Messenhauser als Schriftsteller, „Österreich", I, S. 449f.

[33]) Graf Bernstorffs Bericht, 23. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[34]) Graf Bernstorffs Bericht, 20. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[35]) Graf Bernstorffs Bericht, 18. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[36]) Graf Bernstorffs Bericht, 17. und 18. Oktober, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfelds Bericht, 30. Oktober, A. Stuttgart.

[37]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 12. Oktober; Karl Wild, K. Th. Welcker, 268f.; Aus dem literarischen Nachlaß von Johann Ludwig Mosle, S. 136. Stenographische Berichte der Nationalversammlung, 125. und 126. Sitzung; Bericht des Freiherrn v. Linden, 14. November, A. Stuttgart.

[38]) Über Welckers Versuche, sich zu rechtfertigen, vgl. Karl Wild, Welcker, S. 273. Die Akten der Kommission gingen an den österreichischen Ausschuß, der erst am 29. und 30. November seinen Bericht im Plenum erstattete. Ein Beschluß kam in dieser Angelegenheit nach heftiger Verhandlung hin und her überhaupt nicht zustande. Nach der Auffassung der Reichskommissare war der leitende Gedanke beim Wiener Aufstand die Republik; hätte in Wien die Republik gesiegt, wäre Berlin nachgefolgt. Bei der Umwälzung alles Bestehenden hätte

man dann vielleicht den engen Anschluß Österreichs an Deutschland erreicht. Vgl. auch den Bericht des württembergischen Bevollmächtigten Freiherrn v. Sternenfels vom 10. November (A. Stuttgart), der die Originalschreiben der Kommissare gekannt hat. Sie sind nach Wilds Mitteilung verlorengegangen (a. a. O., S. 273).

[39]) Bericht des preußischen Gesandten Grafen Bernstorff, 19. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[40]) Vgl. Blums Briefe aus Wien, jetzt am besten in: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, herausgegeben von Bergsträßer, S. 405f. Dazu die Lebensskizze Bergsträßers, S. 349.

[41]) Bernstorffs Bericht, 18. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[42]) Bernstorffs Bericht, 18. Oktober, 25. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[43]) Bericht des württembergischen Gesandten v. Linden, 25. und 26. Oktober, A. Stuttgart.

[44]) Brief an seine Frau, 20. Oktober; a. a. O., S. 408.
Bernstorffs Bericht, 28. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[45]) Bericht des Frhrn. v. Linden, 29. Oktober, A. Stuttgart.
Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 31. Oktober, A. München.

[46]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 7. November, A. München.

[47]) Bericht des preußischen Gesandten, 8. November, Geh. St. A. Berlin.

[48]) Bericht des bayrischen Gesandten, 7. November, A. München.

[49]) Graf Bernstorffs Berichte, 27. Oktober, 8. November, Geh. St. A. Berlin.

[50]) Berichte des Gesandten Frhrn. v. Linden, 7. November, A. Stuttgart.

[51]) Bericht des Gesandten Frhrn. v. Linden, 14., 23. November, A. Stuttgart.

[52]) A. Springer, a. a. O., II, 585.

[53]) Das Frankfurter Parlament usw., ed. Bergsträßer, S. 409.

[54]) Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, 9. November 1848 A. Stuttgart.

[55]) Hans Blum, Robert Blum, S. 527. Das Material über das Verhalten der sächsischen Behörden ist in den Landtagsmitteilungen, 2. Nummer 1849, S. 248, veröffentlicht worden; dazu Bericht des preußischen Gesandten in Dresden, 1. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[56]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums; Reichsminister der Justiz an Camphausen, 2. November. Auch zwischen Preußen und der Zentralgewalt kam es über den Publikationsmodus der Reichsgesetze zu Meinungsverschiedenheiten. Camphausen teilte am 19. Oktober dem Reichsjustizminister R. Mohl mit, der Inhalt des Reichsgesetzblattes werde publiziert: 1. durch den Preußischen Staatsanzeiger, in einfachen Fällen, wo bloße Mitteilung genüge; 2. durch Aufnahme in die preußische Gesetzsammlung — das sei die förmliche, durch das preußische Gesetz vom 3. April 1848 vorgeschriebene, für die preußischen Richter verbindliche Publikation.

Darauf erwiderte der Reichsjustizminister am 23. Oktober: 1. es dürfe kein Unterschied zwischen den Gesetzen gemacht werden; jedes Gesetz sei in derselben Form zu publizieren. 2. Die im Gesetz vom 3. April vorgesehene Anzeige an die preußische Nationalversammlung sei unnötig; die Ständeversammlungen der Einzelstaaten seien keine Revisionsinstanz für Reichsgesetze — keine deutsche Regierung habe bisher dies Verfahren eingeschlagen. 3. Für preußische Richter wie für jeden anderen Staatsbürger seien alle Reichsgesetze an sich verbindlich (vom 20. Tage nach Publikation im Reichsgesetzblatt, gemäß Gesetz vom 23./27. September). 4. Die Publikation des Reichsgesetzes in Nr. 46 der preußischen Gesetzessammlung sei unvollständig; die Unterschriften des Reichsverwesers und der Reichsminister seien weggefallen! A. Frankfurt.

[57]) Berichte des württembergischen Gesandten v. Linden, 14. November, 21., 23., 25. November, A. Stuttgart.

Am 26. November berichtet Linden, Blum habe auf dem Wege zum Tode, von Erinnerungen an Kindheit und Elternhaus ergriffen, den Deutsch-Katholizismus verlassen und

sei als Katholik gestorben, und bezieht sich dabei auf „authentische Erhebungen". Vielleicht kommt in dieser Erzählung der viel umstrittene Tatbestand noch am ehesten zum Ausdruck. Gegen die Darstellung Helferts (Geschichte Österreichs vom Ausgang der Wiener Oktoberrevolution, I, 48f. 206/207, Anhang, S. 40f., 112) und die der Historisch-Politischen Blätter (1849, I, S. 113f.) hat Robert Blums Sohn, Hans Blum, in seinen Büchern „Robert Blum" (S. 490f.) und „Die deutsche Revolution 1848/49" (S. 335) mehr in Form eines advokatischen Plädoyers denn als Historiker polemisiert. Die Tagebücher des Grafen Alexander v. Hübner („Ein Jahr meines Lebens", S. 288) sind von Hans Blum in „Nord und Süd", 1891, S. 35f., einer eingehenden Kritik unterzogen worden. Unsere Erzählung gibt das, was als gesichert erscheint, auch auf Grund neuen Quellenmaterials, in erster Linie der Berichte des objektiv urteilenden, unvoreingenommenen württembergischen Gesandten Freiherrn von Linden. Er schreibt z. B. am 14. November, daß Blum den Ausdruck „latourisieren" geprägt habe; Hans Blum bestreitet mit Recht diese Wendung für die Aularede vom 23. Oktober; sie ist aber offenbar in der Nacht vom 30. zum 31. Oktober wirklich gefallen. Vgl. Springer, a. a. O., 583; Hans Blum, „Robert Blum", S. 472; Hübner, a. a. O., S. 285.

[58]) Bericht des preußischen Gesandten in Dresden, 13., 15., 17. November, Geh. St. A. Berlin. Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 3., 5. Dezember, A. Stuttgart.

Zum Gedächtnis Robert Blums sind auch Bäume gepflanzt worden; vgl. L. Hüter, Die Robert-Blum-Linde in Gießen, Oberhessische Volkszeitung, Dienstag, den 9. November 1926, und die Zuschrift im Gießener Anzeiger, 18. Dezember 1926. Sein Abschiedsbrief wurde als Flugblatt verbreitet. Ein anderes Flugblatt zeigt sein Bild mit faksimilierter Unterschrift und der Schlagzeile: „Frevelhafte Mordtat, verübt von dem k. k. Feldmarschall Windischgrätz." Im Text heißt es: „Blum starb wie ein zweiter Egmont, und Deutschland ruft Fluch über seinen Alba." Ein anderes Flugblatt stellt oben die Szene dar, wie er vor den Soldaten die Brust entblößt, und erzählt seine Äußerung im Wagen, als er sich die Augen wischen mußte: „Soldaten! Ihr habt Robert Blum weinen gesehen, aber nicht den Abgeordneten zur Deutschen Reichsversammlung Blum, sondern den Gatten und Vater Blum." Der Nachlaß Robert Blums, der sich jetzt im Reichsarchiv befindet, enthält zahlreiche Drucksachen — Trauerreden, Gedichte, Berichte über Feiern —, die nach seinem Tode erschienen. Bemerkenswert und wissenschaftlicher Verwertung würdig sind auch die zahlreichen Adressen, die an Robert Blum persönlich sowie an die Linke des Frankfurter Parlaments gerichtet worden sind, besonders die sozialgeschichtlich interessante Bittschrift der Leipziger Dienstboten.

[59]) Vollmacht vom 14. November, A. Frankfurt.

[60]) Anweisung und Verbalnote vom 19. November, A. Frankfurt. In einer an den Abgeordneten Paur adressierten Zuschrift des Reichsministers des Innern an die Reichskommissare vom 16. November wurden sie auch aufgefordert, dahin zu wirken, daß „reaktionären Bestrebungen entsagt" und ein gerechtes Maß bei Bestrafung wirklich Schuldiger eingehalten werde. A. Frankfurt.

[61]) Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, 23. November. A. Stuttgart.

[62]) Der Reichsminister der Justiz an den Präsidenten der Nationalversammlung, 3. Januar 1849, A. Frankfurt.

[63]) Archiv Frankfurt.

[64]) Lindens Bericht, 20. November, A. Stuttgart.

[65]) Friedjung, H., a. a. O., I, 101.

[66]) Bernstorffs Bericht, 12. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[67]) Abgedruckt in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" 1848, Nr. 336 — also schon den Zeitgenossen bekannt und viel beachtet; zitiert bei A. Springer, a. a. O., II, 595.

[68]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 6. Dezember 1848. A. Frankfurt.

[69]) Archiv Frankfurt. Erklärungen Menßhengens an das Gesamt-Reichsministerium vom 8. Dezember, an das Reichsministerium der Justiz vom 11. Dezember 1848.

[70]) Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, 23. November, 2. Dezember A. Stuttgart.

[71]) v. Lindens Bericht, 5. November, A. Stuttgart.

[72]) v. Lindens Bericht, 16. November, A. Stuttgart.

[73]) Graf Bernstorffs Bericht, 12. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[74]) v. Lindens Bericht, 12., 21., 25., 26., 28., 29. November, 1. Dezember, A. Stuttgart.

[75]) v. Lindens Bericht, 28. November, 6. Dezember, A. Stuttgart. Das Schreiben Kossuths lautete: „Informed of your not beeing unwilling to negotiate a truce between Austria and Hungary in the interest of humanity we gladly avail ourselfes of the opportunity to call upon the feelings of justice of the representant of the United States inviting you to initiate the negotiation of an armistice for the winter between the two armies standing on the frontiers of Austria and Hungary and to avoid the calamities of a war so fatal to the interest of both countries.

Accept likewise the sincere assurance of a feeling most happy at any occasion which brings us in friendly intercourse with the United States, natural supporters of freedom and civilisation.

Pest the 29th. of Novbr.

the president of defence of the country.

L. Kossuth m. p."

[76]) Bericht des Freiherrn v. Linden, 21. November, A. Stuttgart.

[77]) So schreibt Graf Bernstorff aus Olmütz, 12. Dezember.

[78]) Bericht des Freiherrn v. Linden, 6. Dezember, A. Stuttgart.

[79]) Graf Luxburgs Bericht, 31. Dezember, A. München, Geh. St. A. Berlin.

[80]) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg, 3. Dezember, A. München.

[81]) Bericht des preußischen Gesandten Grafen Bernstorff, 10. November, Geh. St. A. Berlin.

[82]) Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, 5. Dezember, A. Wien.

V. Der preußische Staatsstreich

[1]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin, 7. August, A. München.

[2]) Akten des preußischen Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[3]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin, 19. Juli, A. München.

[4]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin, 24. Juli, A. München.

[5]) Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, 16. und 30. Juli, 28. August, A. Wien.

[6]) Datiert 30. Juli 1848, Berlin, bei Hermann Gödsche; Friedländersche Sammlung der Berliner Stadtbibliothek. Dort auch ein Aufruf des Konstitutionellen Klubs in Magdeburg an die „Preußen" und im gleichen Sinne humoristisch eine „Rede von Athanasius Hannepampel".

[7]) Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, 19. Juli, A. Wien.

[8]) „Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee", geschrieben am 23. Juli 1848, Berlin 1848, Verlag der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei, 32 S. Die Broschüre fand eine scharfe Ablehnung in der gleichfalls anonym erschienenen Flugschrift „Die Schrift, die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee, geschrieben am 23. Juli 1848, beleuchtet am 23. August 1848", Frankfurt a. M., Verlag der Schmerberschen Buchhandlung (Nachfolger H. Keller), 1848.
Dazu auch der Bericht Trauttmansdorffs, 28. Juli, A. Wien.

[9]) Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[10]) Friedländersche Sammlung der Berliner Stadtbibliothek.
In dem Flugblatt „Deutschland muß in Preußen uffgehen“ greift auch Athanasius Hannepampel den Preußenverein als Denunziantengesellschaft an; dreiunddreißig Jahre seien wir gedrückt und gepreßt worden, und nun heiße es: Unsere Garde, unsere ausgezeichnete Armee!

[11]) Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[12]) Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.
Merkwürdig ist auch das Gesuch des Kommissionsagenten Boehme vom 30. August, der eine zweite Revolution als bevorstehend bezeichnet, die viel schrecklicher werden würde als die erste; auf die Bürgerwehr könne sich niemand verlassen; man werde die königlichen Gebäude plündern, die Minister seien ihres Lebens nicht sicher; der Vater werde gegen den Sohn, der Sohn gegen den Vater gehen: „Die Herren Minister, die zwar redliche Leute sind, sitzen in ihren Büros und sind so beschäftigt, daß sie die Wahrheit der Volksstimmen nicht erfahren.“ (Geh. St. A. Berlin.) Drohungen mit einer neuen Revolution und Warnungen davor sind typisch für die Revolutionszeit und nehmen gerade mit dem Abflauen der eigentlichen Volksbewegung in beiden Lagern zu. Dieses Gesuch ist offenbar auch hervorgerufen durch die Auffindung von bedeutenden Munitions- und Pulvervorräten, die Ende August der Polizei gelang. 2000 Gewehre und viele tausend Patronen wurden beschlagnahmt. Auch in der Wohnung des deutsch-katholischen Führers Dowiat sollte ein Pulvervorrat gefunden worden sein. (Trauttmansdorffs Bericht, 28. August, A. Wien.)

[13]) Flugblatt. Märkisches Museum, Berlin.

[14]) Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[15]) Friedländersche Sammlung der Berliner Stadtbibliothek.

[16]) Meyendorff, a. a. O., III, S. 103, 105.

[17]) Ein Exemplar befindet sich bei den Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[18]) Über das Junkerparlament vgl. Kreuzzeitung vom 22. August und folgenden Tagen; H. v. Petersdorff, Kleist-Retzow, S. 128ff.

[19]) Vgl. Henning von Arnim, Studien zur Entwicklung des konservativen Staatsgedankens, mit besonderer Berücksichtigung der Staatslehre Fr. J. Stahls, Greifswalder Dissertation, Maschinenschrift.
Karl Valentin Herberger, Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage, 1848—1862, bes. S. 69f.

[20]) Kaiser Nikolaus an Friedrich Wilhelm IV., 14.—26. September 1848, bei Willy Andreas. Der Briefwechsel König Friedrich Wilhelms IV. und des Zaren Nikolaus I., Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, 43, 1, S. 137.

[21]) Varnhagen von Ense, Tagebücher, V, 138.

[22]) Trauttmansdorffs Bericht, 2, 10, VIII; Gegenwart, IV, 599, A. Wien.

[23]) Bericht des Berliner Polizeipräsidenten von Bardeleben an den Minister des Innern Kühlwetter, 20. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

[24]) Niederschrift vom 10. Juli, Polizeiakten, Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.
Adolf Streckfuß, Die Organisation der Volkspartei in Berlin, Berlin 1849.

[25]) Quarck, Max, a. a. O., S. 152f.

[26]) Pfefferkorn, Hans, Der Kampf der Linken um den Einfluß auf die Exekutivgewalt in der Konstituierenden Nationalversammlung in Preußen 1848, S. 37f.
Dort sind die amtlichen Berichte des Kommandierenden Generals in Breslau, Grafen Brandenburg, aus dem Geheimen Staatsarchiv mitgeteilt.
Dazu Verhandlungen, S. 1726f. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung S. 117.

[27]) Bericht des bayrischen Gesandten, 12. August, A. München.

[28]) Vgl. zum Beispiel das Flugblatt „Der Wollhändler und Minister Hansemann“, in dem ihm unlautere Geschäfte vorgeworfen werden. Das Flugblatt ist bezeichnend für die böse Wirtschaftslage; die persönlichen Angriffe gegen Hansemann waren aus der Luft gegriffen. Märkisches Museum.

[29]) Bergengrün, Alexander, D. Hansemann, S. 537.

[30]) Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 26. August, A. Stuttgart.

[31]) Trauttmansdorffs Bericht, 22. August, A. Wien.
„Die Zustände in Berlin seit dem 18. März 1848“, 24. November 1848, gedruckt bei Decker. Die Broschüre trägt das charakteristische Motto von Montesquieu: „Il n'y a rien plus opposé à la liberté que l'esprit de la liberté extrême.“
Exemplar bei den Akten des preußischen Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[32]) Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 9. September, A. Stuttgart.

[33]) Graf Lerchenfelds Bericht, 5. September, A. München.

[34]) Trauttmansdorffs Bericht, 8. September, A. Wien.

[35]) Denkwürdigkeiten Leopold v. Gerlachs, I, 195f.

[36]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin, 20. Juli, A. München.

[37]) Den Bayern fiel dies unangenehm auf: Lerchenfelds Bericht, 19. Juli, A. München.

[38]) Lerchenfelds Bericht, 25. Juli, A. München.

[39]) Lerchenfelds Bericht, 2. August, A. München.

[40]) Lerchenfelds Bericht, 12. August, A. München.

[41]) Lerchenfelds Bericht, 23. August, A. München.

[42]) Lerchenfelds Bericht, 8. September, A. München.
Vgl. die Denkschrift Friedrich Wilhelms IV., K. Haenchen, Revolutionsbriefe, S. 175, benutzt von F. Frahm, Bibl. Nr. 1468a.

[43]) Märk. Museum. Das Flugblatt erschien in der Volksbuchhandlung St. Pauli, Hamburg 1848.

[44]) Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, 22., 27. September, A. Wien. Das Programm des Ministeriums Pfuel, abgedruckt Haenchen, a. a. O., S. 178/180; dort auch zahlreiche Briefe von Pfuel und an das Staatsministerium.

[45]) Ein Exemplar befindet sich bei den Akten des preußischen Ministeriums des Innern.

[46]) Lüders, a. a. O., S. 127; das Volk in Waffen im Sinne der Demokratie, S. 65.

[47]) Märkisches Museum.

[48]) Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff, 13. September, A. Wien. Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 14. September, A. Stuttgart.

[49]) Trauttmansdorffs Bericht, 16. September, A. Wien.

[50]) Trauttmansdorffs Bericht, 27. September, A. Wien.

[51]) Reinhards Bericht, 18. September, A. Stuttgart.

[52]) Vgl. zu diesem Abschnitt besonders: Stenographische Berichte der Preußischen Nationalversammlung II, 686; III, 47, 146, 149f., 279f., 289.

[53]) Polizeibericht, 6. Oktober, Akten des Ministeriums des Innern.

[54]) Akten des Ministeriums des Innern.
Aufruf Blessons vom 13. Juni; Aufruf Rimplers vom 25. September; in der Berliner Bürgerwehr-Zeitung, dem „Organ der deutschen Bürgerwehr und Schützengilden“, wurde in der Nummer vom 11. Oktober ein humoristisches „Bürgerwehrmann-ABC“ veröffentlicht, das voll schlagender Anspielungen auf die Vorgänge vom 6. Oktober ist. Ein Exemplar befindet sich bei den Akten des preußischen Innenministeriums.

[55]) Polizeibericht, 15. Oktober. Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[56]) Polizeibericht, 17. Oktober. Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[57]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin, A. München.

[58]) Belege dafür bei G. Lüders, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, S. 65, Ein weiterer befindet sich in der Nummer vom 23. Oktober des „Berliner Figaro“ (Verleger.

Herausgeber und Redakteur E. Litfaß) in dem Artikel: „Das gespaltene Volk und die einige Reaktion". Darin war gesagt, Leute von militärischer Haltung hätten Geld und Munition unter die Arbeiter verteilt, Spione in Blusen hätten die Arbeiter zu immer neuen Exzessen getrieben. Märkisches Museum.

59) Trauttmansdorffs Bericht, 21. Oktober, A. Wien.

60) Polizeibericht, 21. Oktober, Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.

Der Demokratische Klub erließ am 18. Oktober einen Aufruf an das Volk von Berlin, der die Bürgerwehr mahnte, nicht zuzugeben, daß die Reaktion den Konflikt mit der Arbeiterschaft ausbeute. Friedländer-Sammlung.

61) Flugblatt vom 24. Oktober, Friedländer-Sammlung. Der Gemeinderat sollte dann ein echtes Bürgerministerium bilden gegen „die mächtige Kamarilla der Soldaten, die Polizeiherrschaft der Bürokraten und die von Radowitz geleiteten jesuitischen Umtriebe".

62) Friedländer-Sammlung.

63) Märkisches Museum.

64) Eingabe Kobers an das Ministerium des Innern, 19. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

65) Eingabe vom 6. November, Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.

66) Vgl. G. Lüders, a. a. O., S. 69f.

67) Trauttmansdorffs Bericht, 26. Oktober, A. Wien.

68) Akten des preußischen Ministeriums des Innern, 20. Juli, Geh. St. A. Berlin. Abgedruckt im Auszuge bei Lüders, a. a. O., S. 143.

69) Bericht vom 18. Juli, preußisches Innenministerium, Geh. St. A. Berlin.

70) Lüders, a. a. O., S. 155.

Das Frankfurter Reichsministerium des Innern machte durch Camphausen die preußischen Behörden frühzeitig auf die Gefährlichkeit des zweiten Demokratenkongresses aufmerksam: er entwickele eine dem Frankfurter Parlamente „feindliche und somit strafbare Tätigkeit"; genaue Überwachung sei nötig, gegen Ungesetzlichkeiten müsse eingegriffen werden.

Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 29. Oktober, A. Frankfurt.

71) Trauttmansdorffs Bericht, 30. Oktober, auf Grund einer Unterredung mit dem Außenminister Grafen Dönhoff, A. Wien.

72) Lüders, a. a. O., S. 167.

73) Vgl. den interessanten Nachweis bei Lüders, a. a. O., S. 174.

74) Lüders, a. a. O., S. 160/163.

75) Quarck, a. a. O., S. 186.

76) Aretins Bericht, 11. Oktober, A. München.

77) Aretins Bericht, 13. Oktober, A. München.

78) Aretins Bericht, 16. Oktober, A. München.

79) Trauttmansdorffs Bericht, 15. Oktober, A. Wien.

80) L. v. Gerlach, a. a. O., S. 218f.

81) Aretins Privatbrief an Graf Bray, 25. Oktober, A. München.

82) Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, A. Stuttgart.

83) Friedländersche Sammlung.

84) Trauttmansdorffs Bericht, 26. Oktober, A. Wien.

85) Aretins Bericht, 2. Oktober, A. München.
Vgl. Brandenburg, E., Untersuchungen usw., S. 268; L. Camphausens Brief v. 19. IX.

86) Aretins Bericht, 5. Oktober, A. München.

87) Aretins Bericht, 13. Oktober, A. München.
Pfuel und Dönhoff an den König, Haenchen, a. a. O., S. 189.

88) Aretins Bericht, 19. Oktober, A. München.

89) Aretins Bericht, 23. Oktober, A. München.

[90]) Trauttmansdorffs Bericht, 1. Oktober, A. Wien.

[91]) Trauttmansdorffs Bericht, 4. Oktober, A. Wien.

[92]) Trauttmansdorffs Bericht, 19. Oktober, A. Wien.

[93]) Aretins Privatbrief, 25. Oktober, A. München.

[94]) Vgl. v. Unruh, Erinnerungen, S. 99, für das Folgende auch: v. Unruh, Skizzen aus Preußens neuester Geschichte, S. 96.

[95]) Trauttmansdorffs Bericht, 30. Oktober, A. Wien.

[96]) Trauttmansdorffs Bericht, 31. Oktober, A. Wien.

[97]) Aretins Bericht, 1. November, A. München.

[98]) Stenographische Berichte, III, 292f.

[99]) Lüders, a. a. O., S. 122.

[100]) Reinhards Bericht, 2. November, A. Stuttgart.

[101]) Briefe des Grafen Brandenburg an den König und Briefe des Königs an den Grafen, bei Haenchen, a. a. O., S. 208f. Dort auch der Entwurf eines königlichen Manifestes An mein Volk, vom 7. November, S. 227f.

[102]) H. v. Petersdorff, Friedrich Wilhelm IV., S. 112.

[103]) Der bayrische Geschäftsträger berichtet darüber mit Befriedigung am 4. November, A. München. Dowiats Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgerichtshofe wurde als Flugschrift gedruckt. (Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung S. 188.)

[104]) Trauttmansdorffs Bericht, 27. Oktober, A. Wien.

[105]) Bericht des Polizeipräsidenten an den Minister des Innern, 1. November, Geh. St. A. Berlin.

[106]) Vgl. „Die Zustände Berlins seit dem 18. März 1848", vom 24. November, gedruckt bei Decker.

[107]) v. Unruh, Skizzen, S. 102.

[108]) Trauttmansdorffs Bericht, 6. November; v. Unruh, Erinnerungen, S. 106.

[109]) Bericht vom 2. November, A. München.

[110]) Friedländer-Sammlung.

[111]) Reinhards Bericht, 3. November, A. Stuttgart.

[112]) Akten des Innenministeriums, Geh. St. A. Berlin.

[113]) Trauttmansdorffs Bericht, 6. November, A. Wien.

[114]) Aretins Bericht, 31. Oktober.

[115]) „Freischärler für Kunst und soziales Leben", Friedländersche Sammlung.

[116]) v. Unruh, Skizzen usw., S. 121.

[117]) Niederschrift des Majors im Generalstabe Kirchfelder, 15. III. 49, Geh. St. A. Berlin.

[118]) Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, 9./10. November, Geh. St. A. Berlin.

[119]) Niederschrift des Adjutanten Majors von Le Blanc-Souville, Geh. St. A. Berlin.

[120]) Bericht des bayrischen Gesandten, 11. November, A. München.

[121]) Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 9. November, A. Stuttgart.

[122]) Reinhards Bericht, 11. November, A. Stuttgart.
Gorčakovs Bericht, 13. November, Z. A. Moskau.

[123]) Beispiele sind etwa die Erklärung des „Gesamtvorstandes der Abgeordneten beider Mecklenburg", Schwerin, 11. November, in der auch jeder mögliche Beistand „im Namen des mecklenburgischen Volkes" zugesichert wird, und die Erklärung des „Demokratischen Zentralausschusses für Schlesien": „Die Breslauer an die Berliner", erlassen im Namen von elf Breslauer Vereinen, darunter Bürgerwehr-Klub, Arbeiterverein, Demokratischer Studentenverein. Friedländersche Sammlung.

[124]) Märkisches Museum.

[125]) Märkisches Museum. — Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[126]) Akten des Ministeriums des Innern, 17. November, Geh. St. A. Berlin.

[127]) Bericht des bayrischen Gesandten, 14. November, A. München.

[128]) Trauttmansdorffs Bericht, 15. November, A. Wien.

[129]) Trauttmansdorffs Bericht, 25. November, A. Wien.
Bekanntmachung des Generals von Thümen, Geh. St. A. Berlin.

[130]) Reinhards Bericht, 16. November, A. Stuttgart.

[131]) Aretins Bericht, 15. November, A. München.

[132]) Friedländer-Sammlung.

[133]) J. v. Hartmann, Lebenserinnerungen, S. 179.

[134]) Polizeibericht, 17. November, Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[135]) Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin. Eingabe des Schutzwachtmeisters Stresemann, der sich für gegenrevolutionäre Agitation in Pommern zur Verfügung stellt.

[136]) 15. November, Aufzeichnung, Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin; Bericht des bayrischen Geschäftsträgers, 15. November, A. München.

[137]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers, 15. November, A. München.
Reinhards Bericht, 15. November, A. Stuttgart.

[138]) Trauttmansdorffs Bericht, 21. November, A. Wien.
Dieselbe Geschichte in etwas anderer Form erzählt Aretin in seinem Bericht vom 18. November, A. München.

[139]) Trauttmansdorffs Bericht, 23., 25., 26. November, A. Wien.
Aretins Bericht, 17., 18., 20., 23., 30. November, A. München.

[140]) Vgl. A. Bein, Das Leben Fr. Hammachers (im Druck); J. v. Hartmann, Lebenserinnerungen S. 179f.

[141]) Trauttmansdorffs Bericht, 9. November, A. Wien.

[142]) Reinhards Bericht, 17. November, A. Stuttgart.

[143]) Camphausens Bericht, 30. Oktober; Instruktion für Camphausen, 2. November, Geh. St. A. Berlin.

[144]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.
Bassermann war also nicht Reichskommissar, wie Brandenburg, Urkunden usw., S. 133, und A. v. Harnack, F. Bassermann und die deutsche Revolution, S. 76, sagen. Sonst sind diese beiden wertvollen Arbeiten für Bassermanns Mission in erster Linie zu vergleichen, ebenso Bassermanns Denkwürdigkeiten. Bibliographie Nr. 129/30.

[145]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, an Bassermann, 16. November, 17. November, A. Frankfurt.

[146]) Lerchenfelds Bericht, 14. und 15. November, A. München.

[147]) Bassermann erstattete seinen Bericht am 18. November in der Paulskirche; Stenographische Berichte, V, 3407f; dazu: v. Harnack, a. a. O., S. 81.

[148]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[149]) Der Unterstaatssekretär Graf Bülow erklärte am 18. November dem bayrischen Geschäftsträger, man habe mit Bassermann nur über die Demarkationslinie verhandelt, gar nicht aber über die Anerkennung und sofortige Veröffentlichung der Reichsgesetze, über die Unterordnung Preußens unter die Reichsdiplomatie und über die definitive Form der Zentralgewalt.

[150]) Bericht des bayrischen Gesandten, 14. November, A. München, zur Ergänzung von Bekanntem.

[151]) Lerchenfelds Bericht, 14. November, A. München.

[152]) Lerchenfelds Bericht, 8. November, A. München.
Dazu Brandenburg, E., Untersuchungen usw., S. 117, 131; Meinecke, Radowitz, S. 196.
Die ersten Vorschläge Bayerns direkt nach Berlin waren schon im August ergangen. Es handelte sich dabei um Gedanken, wenn auch nicht des Königs selbst, doch aus seiner unmittelbaren Umgebung. Graf Bernstorff erwähnt in seinem Bericht vom 30. August ausdrücklich Dönniges und seine publizistischen Arbeiten (Geh. St. A. Berlin); Verhandlungen mit Österreich wurden damals bayrischerseits mit Nachdruck dementiert (Bernstorffs Bericht, 1. August, 19. August, 2. Dezember, Geh. St. A. Berlin).

Bayern versuchte dann im Oktober zunächst ein grundsätzliches Einvernehmen zwischen den Königreichen über die Garantie und Einhaltung des monarchischen Prinzipes bei der dereinstigen Reichsgewalt zu erreichen. Am 8. Oktober erhielt Camphausen von seinem Berliner Ministerium das bayrische „Promemoria" darüber. Dann folgte die große bayrische „Punktation" zwischen Bayern und Württemberg über das Dreierdirektorium (Doeberl, a. a. O., S. 228). Auch in Berlin erklärt Aretin schriftlich am 19. Oktober: Bayern sei auf das entschiedenste gegen den Gedanken, das Direktorium einer Regierung ein für allemal zu übertragen; man sei sehr zufrieden mit Camphausens Befürwortung des Dreierdirektoriums. Camphausen schrieb tatsächlich auch nach Berlin (23. Oktober): „Unter einem Oberhaupt kann Deutschland ohne erschütternde Revolutionen und Kämpfe nicht vereinigt werden". Er schlug auch vor, Württemberg, Hannover und Sachsen gleich zu den Verhandlungen zuzuziehen, war also über die Einzelheiten des bayrischen Vorgehens nicht unterrichtet (30. Oktober). Geh. St. A. Berlin.

Briefe des Königs Maximilian II. an Friedrich Wilhelm IV., bei K. Haenchen, a. a. O., S. 197, 226, 237.

153) Camphausens Bericht, 20. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

154) Lerchenfelds Bericht, 23. November, A. München.

155) Camphausens Bericht, 26. November, Geh. St. A. Berlin.

Als der Oberpräsident von Westfalen den Aufruf des Reichsverwesers erhielt, mit dem Ersuchen, für die Verbreitung auch durch Anschlag in Stadt und Gemeinde zu sorgen, fragte er in Berlin an, wie er sich in diesem und ähnlichen Fällen verhalten solle. Der Bescheid lautete, es bestehe kein unmittelbarer Geschäftsverkehr zwischen der Zentralgewalt und preußischen Behörden; es sei in den öffentlichen Blättern schon für hinreichende Publizität gesorgt (Mitteilung an Camphausen, 30. November, Geh. St. A. Berlin). Graf Bernstorff sprach aus Wien über diese „direkte Einmischung in die inneren und häuslichen Angelegenheiten der zweiten deutschen Großmacht" seine Entrüstung aus (28. November, Geh. St. A. Berlin).

156) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 18. und 23. November, A. Frankfurt.

157) Lerchenfelds Bericht, 23. November, A. München.

158) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 23. November, A. Frankfurt.

159) Das preußische Ministerium des Innern hat in seinen Akten einen Schriftwechsel mit Simson und Hergenhahn, nach deren Rückkehr nach Frankfurt. Die Reichskommissare fragten am 12. Dezember wegen der Berliner und Düsseldorfer Ereignisse an; sie baten um Orientierung wegen der Auflösung der Bürgerwehr, wegen der Suspension der Habeaskorpusakte, des Vereinsrechtes und der Preßfreiheit, besonders wegen des Belagerungszustandes, der doch nur während eines Krieges und in Festungen möglich sei. Das Ministerium antwortete, eine solche Einschränkung des Belagerungszustandes bestünde in Preußen nicht, das Gesetz vom 24. September (Habeaskorpusakte) sei nicht suspendiert, Ausnahmegerichte seien nicht eingesetzt; die Notwendigkeit der Auflösung der Bürgerwehr und der Requisition des Militärs gehe hinreichend aus den veröffentlichten amtlichen Dokumenten hervor (!), Geh. St. A. Berlin.

160) Reinhards Bericht, 22. November, A. Frankfurt.

161) Reinhards Bericht, 17. November, A. Stuttgart.

162) Vgl. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 386f. Hier ist auch auf ähnliche Gedanken Rümelins und Rudolf Hayms hingewiesen.

163) Brandenburg, Untersuchungen usw., S. 281.

164) Bülow an Camphausen, 22. November, Geh. St. A. Berlin.

165) Lerchenfelds Bericht, 25. November, A. München.

166) Lerchenfelds Bericht, 25. Juli, A. München.

[167]) Außer dem bekannten Quellenmaterial, das Meinecke a. a. O., S. 408 zusammenstellt, benutze ich noch den Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld vom 1. Dezember 1848, der mehrere neue Züge bietet. A. München.

[168]) Doeberl, M., Bayern und die deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlamentes, S. 83f.

[169]) Doeberl, M., a. a. O., S. 229f.
Trauttmansdorffs Bericht, 4. Dezember, A. Wien.

Camphausen bekam über diese ganz vertraulichen Eröffnungen der Souveräne von Bayern und Württemberg Mitteilung vom Berliner Ministerium, aber mit der Bemerkung, Preußen wolle keine Verabredungen vor der Zeit. (An Camphausen, 9. Dezember.) Geh. St. A. Berlin.

[170]) Lerchenfelds Bericht, 1. Dezember, A. München.

[171]) Lerchenfelds Bericht, 2. Dezember, wie öfter, auf direkter Information durch die Königin, die geborene bayrische Prinzessin, beruhend.

[172]) Lerchenfelds Bericht, 17. November, A. München.

[173]) Reinhard berichtet ebenfalls von Gagerns „Drohung mit dem Bürgerkrieg", 30. November, A. Stuttgart.

Er erzählt auch, Gagern habe in Gegenwart des Grafen Brandenburg diese Drohung wiederholt, und dieser habe geantwortet: Preußen sei bereit, die Regierung habe 68 Landwehrbataillone vereinigt.

Auch Meyendorff schreibt, Gagern habe mit der „roten Republik" gedroht; er habe im August zum König von Württemberg gesagt: „Wir schaffen die deutsche Einheit, selbst um den Preis des Bürgerkrieges." Hoetzsch, a. a. O., III, S. 126.

[174]) Reinhards Bericht, 27. November, A. Stuttgart.

[175]) Bericht des Grafen Lerchenfeld, 5. Dezember, A. München.

Eine Bestätigung der Darstellung von Meinecke (Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 386f.) findet sich in den Berichten Lerchenfelds nicht. Der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff spricht aber einmal (Bericht vom 4. Dezember, A. Wien) davon, die Frankfurter Tendenz sei „die Mediatisierung der kleinen, die Fraktionierung der großen Staaten"; dies sei jetzt zu Ende; die beiden deutschen Großstaaten seien konsolidiert. Und der württembergische Gesandte Reinhard schreibt am 2. Dezember, die preußische Regierung habe sich positiv geweigert, den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung zu folgen: „Gagern hat sich vergebens bemüht, den König von den preußischen unitarischen Tendenzen loszumachen."

Preußische „Unitarier" nannte man in diesen Wochen alle Gegner einer Zerschlagung Preußens in Reichsprovinzen.

Lerchenfeld berichtet auch am 4. Dezember, daß Gagern beim Grafen Bülow die Gesandtschaftsfrage angeschnitten und das Anerbieten gemacht habe, „daß man mit der Zeit beide Diplomatien verschmelzen und Preußen besondere Zugeständnisse machen könne"; Bülow habe das aber abgelehnt. A. München.

[176]) Lerchenfelds Bericht, 28. November, A. München.

[177]) F. Rachfahl, Die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. im Winter 1848/49, S. 14; Pastor L. v., a. a. O., S. 222; Stüve-Detmold, Briefwechsel, S. 141.

[178]) Lerchenfelds Bericht, 27. November, A. München.

[179]) Erlasse an Bernstorff vom 7. und 8. Dezember, Geh. St. A. Berlin; vgl. die inhaltlich darüber hinausgehende Denkschrift, die Prinz Karl von Preußen und Graf Brühl, zum Ärger des Unterstaatssekretärs Grafen Bülow, für ihre Mission nach Wien mitbekamen. Brandenburg, Untersuchungen, S. 282. Der König wollte die Gratulationssendung zur Anknüpfung von Verhandlungen benutzen.

[180]) Lerchenfelds Bericht, 1. Dezember, A. München.

[181]) Lerchenfelds Bericht, 30. November, A. München.

[182]) Trauttmansdorffs Bericht, 2. Dezember, A. Wien.
[183]) v. Unruh, Erinnerungen, S. 112.
[184]) Vgl. Meinecke, Weltbürgertum, S. 429.
[185]) Lerchenfelds Bericht, 30. November, 2. Dezember, A. München.
Reinhard gibt am 30. November folgende Schilderung: „Gagern und seine Kommissare arbeiten stark daran, die Versammlung in Brandenburg vollzählig zu machen, um das Ministerium Brandenburg zu stürzen und den König durch parlamentarisches Votum zur Unterwerfung unter die Nationalversammlung in Frankfurt zu zwingen." A. Stuttgart.
[186]) Lerchenfelds Bericht, 4. Dezember, A. München.
[187]) Lerchenfelds Bericht, 2. Dezember, A. München.
[188]) Lerchenfelds Bericht, 4. Dezember, A. München.
Trauttmansdorffs Bericht, 4. Dezember, A. Wien.
[189]) Das Märkische Museum besitzt ein Gedicht von Maria Wallkampf: Ein Gebet im Dom zu Brandenburg, das den tiefen Haß gegen das volksmörderische Ministerium mit merkwürdiger Anschaulichkeit wiedergibt.
[190]) Verhandlungen usw., S. 197ff.
[191]) Verhandlungen usw., S. 23, 33, und Pfefferkorn, a. a. O., S. 123f.
[192]) Vgl. Johannes Seitz, Entstehung und Entwicklung der preußischen Verfassungsurkunde vom Jahre 1848 (mit dem bisher ungedruckten Urentwurf), 1909; dazu meine Besprechung. Historische Vierteljahrsschrift, 1912, 3, S. 450.
[193]) Roske, Rudolf, Die Entwicklung der Grundrechte des deutschen Volkes vom Jahre 1848 und des Titels II der preußischen Verfassung: „Von den Rechten der Preußen unter besonderer Berücksichtigung der gegenseitigen Verhältnisse". Greifswalder Dissertation, 1910.
[194]) Lerchenfelds Bericht, 26. November, A. München.
[195]) Trauttmansdorffs Bericht, 30. Dezember, A. Wien.
[196]) Trauttmansdorffs Bericht, 29. November, A. Wien.
[197]) Trauttmansdorffs Bericht, 7. und 8. Dezember, A. Wien.
[198]) Trauttmansdorffs Bericht, 30. Dezember, A. Wien.
[199]) Lerchenfelds Bericht, 6. Dezember, A. München.
[200]) Trauttmansdorffs Bericht, 8. Dezember, A. Wien.
Reinhards Bericht, 5. Dezember, A. Stuttgart.
[201]) Graf Bernstorffs Bericht aus Wien, 12. Dezember, Geh. St. A. Berlin.
[202]) Trauttmansdorffs Bericht, 30. Dezember, A. Wien.
[203]) Trauttmansdorffs Bericht, 11. Dezember, A. Wien.
[204]) Gegenwart, VII, 470; Seitz, a. a. O., S. 148.
[205]) Trauttmansdorffs Bericht, 11. Dezember, A. Wien.
[206]) Trauttmansdorffs Bericht, 8. Dezember, A. Wien.
[207]) Lerchenfelds Bericht, 17. Dezember, A. München.
[208]) Camphausens Bericht an das Reichsministerium, 11. Dezember; Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt. Der Artikel 111 lautete: „Sollten durch die für Deutschland festzusetzende Verfassung" usw.
[209]) Reinhards Bericht, 30. November, A. Stuttgart, dazu Lerchenfelds Bericht, 30. November, A. München.
[210]) Reinhards Bericht, 7. Dezember, A. Stuttgart.
[211]) Ein Exemplar bei den Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.
[212]) Trauttmansdorffs Bericht, 19. Dezember, A. Wien.
Vgl. Meineckes Hinweis auf Rintelens Erlaß vom 8. Dezember, Weltbürgertum usw., S. 429.
[213]) Adolf Streckfuß, Die Organisation der Volkspartei in Berlin, Berlin 1849.
[214]) Sammlung des Märkischen Museums, Berlin.
[215]) Lerchenfelds Bericht, 26. Dezember, A. München.

VI. Das Werk des Frankfurter Parlaments

[1]) Aus dem „Kurzen Katechismus für deutsche Soldaten", zitiert bei R. Hübner, Die Mediatisierungsfrage in der Frankfurter Nationalversammlung, S. 7; diese Schrift ist auch für das Folgende zu vergleichen.

[2]) Stenographische Berichte. I, 375, 445, 459f.

[3]) Vgl. Paul Wentzcke, Thüringische Einheitsbestrebungen im Jahre 1848, Jena 1927.

[4]) Briefe Römers an König Wilhelm von Württemberg, 4. Juli, 18. Juli, A. Stuttgart.

[5]) Chiffrierte Stelle aus dem Bericht des bayrischen Geschäftsträgers von Aretin, 23. Juli, A. München.

[6]) Camphausens Bericht, 25. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[7]) v. Lindens Bericht über Watzdorfs Stellung: 28. Januar 1849, A. Stuttgart.

[8]) Bericht des bayrischen Geschäftsträgers v. Aretin, 27. August, A. München.

[9]) Weisung an Camphausen, 28. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[10]) Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung, aus dem Nachlasse von J. G. Droysen, ed. R. Hübner, S. 145f., 152f., 226f., 248f.

[11]) Bericht v. Wächters, 31. Oktober, A. Stuttgart.

[12]) Diesen Ausdruck gebrauchte der sächsische Minister v. d. Pfordten in einem Gespräch mit dem auch in Dresden akkreditierten württembergischen Gesandten in Berlin, Reinhard; Reinhards Bericht, 13. August, A. Stuttgart.

[13]) Beilage zu Camphausens Berichten. Geh. St. A. Berlin.
Über Schaumburg-Lippes Petition gegen die Aufhebung der Selbständigkeit vgl. Stenographische Berichte, IV, 2943f.

[14]) Anlage zu Camphausens Bericht; Abschrift der Zuschrift an Watzdorf vom 25. Oktober 1848, abends. Geh. St. A. Berlin.

[15]) Abschrift als Anlage zu Camphausens Bericht, Geh. St. A. Berlin.

[16]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[17]) Schreiben vom 4. November; Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[18]) Abschrift des neun Paragraphen umfassenden Abkommens in den Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt. Vgl. Zingeler, Karl Anton Fürst von Hohenzollern, S. 31f.
Im Fürstentum hatte sich eine so heftige Volksbewegung entwickelt, daß der Fürst im Oktober mit den Regierungsmitgliedern das Land verließ und sich auf sein Schloß Weinburg bei Rorschach begab. v. Thuns Berichte, 2., 13. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[19/20]) Über Hohenzollern vgl. auch König Wilhelms Briefwechsel mit Römer, 26. November und 30. November 1848, A. Stuttgart.

[21]) Bericht des preußischen Gesandten in Weimar, 11. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[22]) Wentzcke, a. a. O., S. 78, 107.

[23]) Sitzung vom 19. Oktober. Stenographische Berichte, IV, 27, 16f.

[24]) Sitzung vom 5. Dezember, Stenographische Berichte, V, 3840f., 3855f.
R. Hübner, a. a. O., S. 52f.
Valentin, V., Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 109f.

[25]) Stenographische Berichte, VIII, 5769, 5784f., 6010f.

[26]) Römer an den König von Württemberg, 16. Oktober, A. Stuttgart.

[27]) Camphausens Berichte, 24. Dezember 1848, 12. Januar 1849, Geheimes Staatsarchiv Berlin. Die Oberpostamtszeitung brachte einen ausführlichen Bericht über die Gothaer Verhandlungen, Gotha, 5. Januar datiert.

[28]) Camphausens Bericht, 28. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.
Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 19 Dezember 1848, A. Frankfurt. Die meisten thüringischen Staaten hatten den Beschluß der Nationalversammlung über die Vermehrung

der deutschen Wehrkraft vom 15. Juli nicht genügend beachtet. Die Zuschrift der fürstlichen Regierung von Schwarzburg-Sondershausen, in der sie sich gegen die Vermehrung des Militärkontingentes wehrte, sandte das Reichsministerium mit dem Bemerken zurück, daß sie sich weder nach Fassung noch nach Inhalt zur Berücksichtigung des Reichsministeriums eigne!

Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 10. Februar 1849, A. Frankfurt.

[29]) Bernstorffs Bericht, 27. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.

Ebenfalls vom 27. Dezember ist ein Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard in Berlin datiert, in dem, wohl nicht ganz unabhängig von Wien, der Vorschlag einer Bundesreform auf Grund der „Armee-Einteilung" wiedergegeben wird; das „Reich des deutschen Bundes" solle aus zehn Kreisen bestehen, drei sollten von Österreich, drei von Preußen geleitet werden, Hannover, Sachsen, Bayern und Württemberg sollten je einem Kreise vorstehen; die politische Leitung des Gesamtkörpers solle Österreich, die militärische Preußen ausüben. A. Stuttgart. Zum bayrischen Sondergesandten Freiherrn v. Closen sagte Schwarzenberg Anfang Januar: man solle die provisorische Zentralgewalt nicht aufheben; jeder éclat oder offener Bruch sei zu vermeiden; ebenso jeder Anschein, als ob man die bisherigen neunmonatigen Beratungen in Frankfurt für eitles Getue halte; die deutschen Könige sollten die Gewalt in die Hand nehmen und nach dem Vorbild des ehemaligen römisch-deutschen Reiches Kreisorganisationen schaffen; darin sollten sich die übrigen Bundesstaaten unter die Königreiche, gleichsam als kreisausschreibende Fürsten, subsumieren; die Zentralgewalt solle alternierend den deutschen Königen übertragen werden; weder ein österreichischer noch ein preußischer Kaiser sei nötig. Closens Bericht, 3. Januar, A. München.

[30]) Vgl. Ludwig Bergsträßers musterhafte Ausgabe der Verfassung von 1849 (Die Verfassung des deutschen Reiches vom Jahre 1849 usw.), S. 6.

[31]) Als Beispiel für die Wirkung dieser Abstimmung in Österreich mag eine Adresse österreichischer Landbewohner gelten (Prägarten, 27. November 1848), die gegen die Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen von Großdeutschland protestiert. A. Frankfurt.

[32]) Gagern an Camphausen, 3. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[33]) Römer an König Wilhelm von Württemberg, 16. Oktober 1848, A. Stuttgart.

[34]) Vgl. Valentin, V., Frankfurt a. M. und die deutsche Revolution, S. 232, und die dort angeführte Literatur.

[35]) Gegenwart, IX, S. 179.

[36]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 6. Dezember, A. Frankfurt.
Römer an den König von Württemberg, 16. Dezember, A. Stuttgart.
Über Schmerlings Ausscheiden auch Frhr. v. Verger in seinem Bericht aus Frankfurt, 16. Dezember, A. München.

[37]) Camphausens Bericht, 21. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[38]) Camphausens Bericht, 3. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[39]) Gegenwart, IX, S. 160.

[40]) Bericht des württembergischen Gesandten und Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, Freiherrn v. Sternenfels, 1. November 1848, A. Stuttgart. Er gibt hier einen erschöpfenden Überblick über den Aufbau der Fraktionen zu diesem Zeitpunkt. A. Stuttgart.

[41]) Camphausens Bericht, 20. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[42]) Camphausens Bericht, 15. Dezember, Geh. St. A. Berlin.
Schreiben Gagerns an den Reichsverweser, 22. März 1849, A. Frankfurt.

[43]) Näheres bei Valentin, V., Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, S. 229; dort auch Angaben über die sympathische Rolle, die Freifrau v. Brandhof, Johanns Gemahlin, in Frankfurt spielte.

[44]) Freiherr v. Sternenfels' Bericht, 6. November, A. Stuttgart. Ebenso für das Folgende.

[45]) Notizbericht des hessischen Gesandten v. Leonhardi, 17. Januar 1849, A. Darmstadt.

[46]) In den Akten ist mir nur ein ernsthafterer Konflikt zwischen Gagern und dem Reichsverweser begegnet. Das Reichsministerium hatte an die badische Regierung ein Schreiben hinausgehen lassen, das die Unterschrift des Reichsverwesers trug, ihm aber gar nicht vorgelegen hatte. Dies kam in die Presse und führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem Reichsaußenministerium und dem Büro des Reichsverwesers.

Bericht Gagerns an den Reichsverweser vom 18. Februar 1849, A. Frankfurt.

[47]) Freiherr v. Sternenfels' Bericht aus Frankfurt, 14. Dezember, A. Stuttgart.

[48]) Camphausens Bericht, 9. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[49]) Camphausens Bericht, 9. November, Geh. St. A. Berlin. Danach hat Menßhengens Vorgänger Bruck die deutsch-österreichischen Provinzen mit eigener Verfassung und Verwaltung „innig mit dem übrigen Deutschland verbinden" und in Personalunion mit den andern österreichischen Landen treten lassen wollen; Erzherzog Johann wäre aber schon jetzt wieder für den Eintritt Gesamtösterreichs in den deutschen Bund eingetreten. Die Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 18. Dezember, verzeichnen Menßhengens Mitteilung, die wahrscheinlich unmittelbar auf das Gagernsche Programm eingewirkt hat.

[50]) Römer an den König von Württemberg, 20. Dezember. Er sagt dort auch von Gagern: „Man erkennt jetzt so ziemlich allgemein an, daß sein Verstand nicht der glänzendste ist."

[51]) Friedjung, a. a. O., S. 170.

[52]) Nach Schmerlings eigener Angabe in seiner Konferenz vom 5. Januar mit dem Frankfurter Reichsministerium. A. Frankfurt.

Den von Schmerling bei Schwarzenberg hervorgerufenen Umschwung bestätigt Graf Bernstorff in seinem Bericht aus Wien, 27. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[53]) Protokoll der Konferenz des Gesamt-Reichsministeriums mit dem österreichischen Bevollmächtigten, 5. Januar 1849, A. Frankfurt.

[54]) Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[55]) Schmerling an Gagern, Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[56]) Camphausen macht im Bericht vom 29. Januar (Geh. St. A. Berlin) folgende Angaben über die Abstimmungen:

Von den preußischen Abgeordneten stimmten für das Gagernsche Programm 150 mit Ja, 31 mit Nein; für die Erblichkeit des Oberhauptes 137 mit Ja, 34 mit Nein. Zehn preußische Abgeordnete, die für das Gagernsche Programm mit Ja gestimmt hatten, verneinten die Erblichkeit. Darunter waren Reichensperger und Schorn. Löwe-Calbe verneinte das Gagernsche Programm, bejahte aber die Erblichkeit; Radowitz enthielt sich beim Gagernschen Programm, bejahte aber gleichfalls die Erblichkeit! Von den Angehörigen der Einzelstaaten stimmten

	beim Gagernschen Programm		bei der Erblichkeit	
Bayern	24 Ja	30 Nein	6 Ja	52 Nein
Hannoveraner	17 Ja	4 Nein	16 Ja	9 Nein
Württemberger	6 Ja	18 Nein	2 Ja	20 Nein
Sachsen	6 Ja	13 Nein	2 Ja	16 Nein
Badener	4 Ja	11 Nein	2 Ja	8 Nein

[57]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 23. Dezember 1848, A. Frankfurt.

[58]) Der interimistische bayrische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt, v. Xylander, legte in einem Schreiben vom 5. Januar an das Gesamt-Reichsministerium Bayerns Stellung zu den Grundrechten fest: Bayern habe frühzeitig ausgedehnte Rechte gehabt, eine materielle Differenz zwischen dem bestehenden Rechtszustande und den Grundrechten sei kaum vorhanden, eine formelle Änderung könne aber nur auf verfassungsmäßigem Wege, in Übereinstimmung von Krone und Volk herbeigeführt werden. Zum Schluß wies Xylander

böswillige Presseäußerungen gegen Bayern in dieser Sache als unbegründet zurück. (A. Frankfurt.) Man sieht, wie sich der Partikularismus der konstitutionellen Einrichtungen als Waffe gegen die Reichseinheit bedient.

[59]) Vgl. auch Bergsträßer, L., Geschichte der Reichsverfassung, S. 30f.

[60]) Eingabe der „Ältesten, Lehrer und Vorsteher der Mennonitengemeinden der Provinz Preußen", datiert Heubuden bei Marienburg in Westpreußen, 14. September 1848: Eingabe der Ältesten der gesamten Mennonitengemeinden des Großherzogtums Baden, Rappenau, 19. September 1848, A. Frankfurt.

[61]) Archiv Frankfurt.

[62]) Eingabe vom 26. Juli 1848 an die Nationalversammlung, A. Frankfurt.

[63]) Eingabe vom 31. August 1848, A. Frankfurt.

[64]) Eingabe der Weseler Bürger, mit rund 350 Unterschriften, 31. August 1848, A. Frankfurt

[65]) Archiv Frankfurt.

[66]) Petition vom 30. Juli 1848, um gänzlichen Erlaß der Lehnsgelder, baren Gefälle und Fruchtzinse, A. Frankfurt.

[67]) Aus dem reichen Material erwähne ich noch: die Petition der Bergischen Landgemeinden um Ablösung der Jagddienstbarkeit, die Petition sämtlicher altberechtigter zinspflichtiger Mühlenbesitzer Schlesiens, die Petition der Gemeinde Kleinbottwar, Oberamt Marbach, um „allergnädigste Aufhebung oder doch Verminderung der drückenden grundherrlichen Abgaben", A. Frankfurt. Weitere wunderliche Grundherrenrechte, die bei der Verhandlung der Grundrechte im Plenum erwähnt wurden, wie das Schloßtorhütergeld, der Brautzins, das Kapellengeld, das Beutelgeld, habe ich in dem Buche „Die erste deutsche Nationalversammlung" S. 121 behandelt.
Vgl. auch Stenographische Berichte, IV, 2388f., 2404f., 2541f.

[68]) Eingabe, datiert Lübeck, 7. November 1848, A. Frankfurt.

[69]) Stenographische Berichte, IX, 6362f.; Valentin, V., Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 122; vgl. für den ganzen Abschnitt: W. Schneider, Wirtschafts- und Sozialpolitik im rankfurter Parlament, 1923.

[70]) Stenographische Berichte, VII, S. 5129.

[71]) Stenographische Berichte, V, 3757.

[72]) Valentin, V., a. a. O., S. 118; Stenographische Berichte, V, 3377.

[73]) Schneider, a. a. O., S. 120f.
Stenographische Berichte, V, 3776, Rede von Merck. Auch zwischen der Ulmer Dampfschiffahrtsgesellschaft und den privilegierten österreichischen Schiffahrtsgilden entstand ein ähnlicher Konflikt. Stenographische Berichte, II, 918f.

[74]) Schneider, a. a. O., S. 142; dort auch die Angabe nach Rocke, daß 1873 140 Arten papierner Wertzeichen im Umlauf waren. Stenographische Berichte, V, 3521f.

Die Akten des Reichsministeriums des Handels, die das Frankfurter Bundesarchiv aufbewahrt, enthalten umfangreiches, auf die behandelten Fragen bezügliches Material unter den folgenden Stichworten: Seeschiffahrtsgesetz; Flagge; Münze, Maß, Gewicht; Übernahme der Eisenbahnen durch den Staat; Aufhebung der Flußschiffzölle; Flußschiffahrts-Reichsgesetz; Beschwerden gegen die Dampfschiffahrt; Begünstigung der Dampfschiffahrt, Protokolle der Beratungen über das Reichsflußschiffahrtsgesetz. Eine deutsche Wechselordnung, der alte Wunsch der deutschen Wirtschaftskreise, ist bereits im Entwurf aus der Leipziger Konferenz von 1847 hervorgegangen. Dieser Entwurf wurde auf Antrag des Gesetzgebungsausschusses am 24. November unverändert angenommen und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Vgl. über die Wechselordnung Stenographische Berichte, IV, 2525, 2875; V, 3168, 3558, 3573f., VIII, 5635.

[75]) Vgl. seine „Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben", Bremen 1877. Sie enthalten als wertvollstes Stück sein Tagebuch vom April und Mai 1849. Der frühere Teil wurde

Duckwitz gestohlen und ist nach seiner Vermutung in das Kabinett einer Gesandtschaft gewandert. (S. 107.) Einen guten Begriff von Duckwitzens ruhiger und sachlicher Auffassung gibt sein Memorandum über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland vom 12. Februar 1849 (A. Frankfurt). Er entwickelt darin die Grundlinien eines weiteren Bundes und sagt zum Schluß: „Jetzt aber handelt es sich darum, in allen Fragen des Handels, der Schiffahrt, der Industrie, der Bodenkultur, der diese fördernden Institutionen, des sie sichernden Rechtszustandes, der dieselben verbürgenden Schutzmittel gegen das Ausland, also der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande und der darauf sich stützenden höheren Politik ein engeres Band zu knüpfen, und zwar Schritt vor Schritt vorschreitend, wie es die Interessen aller erheischen, um die beiden großen Völker- und Staatenkomplexe zu einem Zwillingsbundesstaate oder, wenn man lieber will, zu vereinigten Staaten von Mitteleuropa (von mir gesperrt) zu machen."

[76]) Stenographische Berichte, III, 2215.

[77]) Stenographische Berichte, II, 896f., VI, 4194f.; VII, 5136; Schneider, a. a. O., S. 102f.

[78]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 2. November, A. Frankfurt.

[79]) A. Frankfurt. Die an die Nationalversammlung „wegen Schutzzolls und des Entwurfes eines Zolltarifs des Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit" gerichteten Petitionen, ebenso die Petitionen „wegen Handelsfreiheit und des Entwurfs eines Zolltarifs der Abgeordneten des Handelsstandes" befinden sich bei den Akten des Reichshandelsministeriums.

[80]) Eingabe und Bericht des nassauischen Pfarrers Schellenberg, Stenographische Berichte, VI, 4403.
Er beantragte, das Frankfurter Parlament möge die Seelenverkäuferei ausdrücklich unter Strafe stellen. Vgl. Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 121.
Schneider, a. a. O., druckt S. 81 den Antrag Schellenbergs ab; dort auch für das Folgende.

[81]) Stenographische Berichte, II, 1056f.; VIII, 5720f.; der von Gevekoht aus Bremen ausgearbeitete Bericht, betr. die Erlassung eines Gesetzes über den Schutz und die Fürsorge des Reichs für die deutsche Auswanderung, VIII, 5709f.

[82]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 27. Februar 1849 (A. Frankfurt). In den im Frankfurter Bundesarchiv aufbewahrten Akten des Reichshandelsministeriums ist Material über Auswanderungsfragen unter folgenden Stichworten gesammelt: Auswanderung nach Australien, bestehende Auswanderungsvereine; Anerbieten über Berichte über Auswanderung; Auswanderungsgesetze und Entwürfe; Berichte von F. Gerstäcker über Auswanderung.

In den Akten des Gesamt-Reichsministeriums finden sich zwei Eingaben, die sich auf die Auswanderung beziehen: der Aufruf des Leutnants Lemkohl vom 25. Juli an alle deutschen Mitbrüder, zur Eroberung (!) der Halbinsel Yukatan, und die Denkschrift des Pfarrers Hunnius, aus Ohrum bei Wolfenbüttel, vom 18. September 1848, über „Erleichterung einer Auswanderung aus Deutschland und Anlegung deutscher Kolonien in den südlich gelegenen Staaten von Nordamerika". A. Frankfurt.

[83]) Datiert: Mannheim, 9. September 1848.

Die Petition trug über tausend Unterschriften. Die gleichen Texte wurden dann in Heidelberg, Köln, Berlin und Leipzig zur Unterschrift aufgelegt und erzielten überall vier- bis fünfhundert Eintragungen: ein interessanter Versuch, eine Art Massenbewegung zu organisieren. A. Frankfurt.

[84]) Archiv Frankfurt. Schmerling übersandte das Schreiben des französischen Gesandten dem volkswirtschaftlichen Ausschuß am 30. November zur Prüfung. Irrig Schneider a. a. O., S. 152.

[85]) Stenographische Berichte VI, 4489f.

[86]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 8. Februar 1849, A. Frankfurt.

[87]) Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 18. April, 3. Mai, 8. Mai 1849, A. Frankfurt.

[88]) Vgl. Gegenwart, X, S. 111f. An zeitgenössischer Literatur sind zu nennen: General v. Peucker, Beiträge zur Beleuchtung einiger Grundlagen für die künftige Wehrverfassung Deutschlands, 2. Aufl., Frankfurt 1849; Prinz Adalbert von Preußen, Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte, 1848; Rintel, Über Errichtung einer deutschen Seemacht, Breslau 1848; J. v. Wickede, Eine deutsche Flotte, in „Deutsche Vierteljahrsschrift" 1848; A. Duckwitz, Über die Gründung der deutschen Kriegsmarine, Bremen 1849; Die deutsche Marineverwaltung unter Herrn Duckwitz aus Bremen, Hamburg 1849; Prof. Ch. F. Harleß, Deutsche Bundeskriegshäfen als Bedürfnis für eine Kriegsmarine, 1849; endlich die amtlichen Drucksachen: Exerzierreglement für die Marine des Reiches, Frankfurt 1849; Verordnung über die Disziplinarbestrafung in der Marine des Reiches, Frankfurt 1849. Eine erste aktenmäßige Darstellung hat Max Bär gegeben, die deutsche Flotte 1848—1852, Leipzig 1898.

[89]) Zur Ergänzung von Bär, a. a. O., S. 39, vgl. John Hawgood, Political and Economic Relations etc., S. 49 (Bibliogr. Nr. 85).

[90]) Note Brucks vom 16. Oktober 1848; Note Menßhengens vom 8. Dezember 1848; Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 29. Dezember 1848 (A. Frankfurt). Württemberg und Kurhessen legten übrigens damals Verwahrung gegen Österreichs Haltung ein.

[91]) Genaue Zusammenstellung bei Bär, a. a. O., S. 72f. Die Akten des Mitte Mai 1849 aus der Marineabteilung erwachsenen Reichsministeriums enthalten ein umfassendes Material zur Geschichte der ersten deutschen Flotte, das nur zum kleinen Teil ausgeschöpft ist. Die Registratur enthält u. a. folgende Stichworte: Gründung einer deutschen Flotte, Bildungsanstalten im allgemeinen, Einführung der Kriegs- und Handelsflagge, Ankauf der Schiffe im allgemeinen, Desertion, Absendung des Ministerialrats Jordan als Reichskommissar zur Inspizierung der Marineanstalten, Denkschriften in bezug auf die Marine; Meutereien an Bord der Fregatte „Eckernförde"; Auflösung der deutschen Flotte; das Bundeskommissorium an den Staatsrat Dr. Fischer zur Auflösung der Flotte; Beratungen mit Konteradmiral Brommy über Marineangelegenheiten, A. Frankfurt.

Luxemburg gab überhaupt keine Antwort auf die Ausschreibung der Flottenumlage. Limburg sandte ein ausweichendes und aufschiebendes Schreiben; trotz dringender Mahnung erfolgten keine weiteren Entschlüsse von dort. Beilage zur Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 2. April 1849, A. Frankfurt.

[92]) Archiv Frankfurt.

[93]) Über das Militärwesen vgl. Text S. 129 und Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 139f. Gegen Erhöhung des stehenden Heeres, als den „Krebsschaden der Gesellschaft", wandte sich z. B. der Allgemeine Landwehrverein für Breslau und Oberschlesien am 16. August 1848 (A. Frankfurt). Die Disziplinarverordnung für das Reichsheer ist im Reichsgesetzblatt vom 25. April 1849 veröffentlicht worden.

[94]) Stenographische Berichte, VI, S. 4334f.

[95]) Am 20. September befanden sich in der Matrikularkasse 48 732 fl. 34 kr., in der Kanzleikasse 14 508 fl. 6 kr. Diese Summen waren so gering, daß der Reichsfinanzminister für den laufenden Bedarf eine sofortige Umlage von 120 000 fl. für nötig erklärte. Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 20. September, A. Frankfurt.

[96]) Liebe's Eingabe, vom 17. November, Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[97]) Reichsfinanzminister v. Beckerath an den badischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, 3. Oktober, A. Frankfurt.

[98]) Akta, Gesamt-Reichsministerium; Vortrag über den Stand der Reichsfinanzen auf den 1. Juli 1849, A. Frankfurt.

[99]) Nur zwei Einzelstaaten hatten am 1. Juli 1849 alles bezahlt, Frankfurt und Schaumburg-Lippe — sie waren in ihrer Selbständigkeit wohl am meisten bedroht und brauchten gutes Wetter. Bremen und Lübeck waren immerhin nur mit der zweiten Umlage für die Reichsfestungen im Rückstande. Die sonstigen Ausstände der Matrikularumlage betrugen am 1. Juli 1849:

Österreich	4 193 830 fl. 9 kr.
Preußen	1 796 843 fl. 53 kr.
Bayern	1 295 862 fl. 15 kr.
Sachsen	464 969 fl. 51 kr.
Hannover	52 674 fl. 31 kr.
Württemberg	149 260 fl. 45 kr.
Baden	139 726 fl. 20 kr.
Großherzogtum Hessen	123 780 fl. 49 kr.
Kurfürstentum Hessen	236 874 fl. 54 kr. usw.

(Nach dem Vortrag über den Stand der Reichsfinanzen vom 1. Juli 1849, A. Frankfurt.)

[100]) So wird am 24. August die Summe von 1 180 000 fl. für die Reichsfestung Rastatt als nötig bezeichnet, außerdem noch 575 000 fl. für Artillerieausrüstung. Am 22. September beantragte das Reichsfinanzministerium wenigstens 195 000 fl. für Rastatt.
Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.
Überaus peinliche Auseinandersetzungen mußten leider mit Bayern stattfinden. Für den Ausbau der Reichsfestung Landau waren dem König Ludwig I. die Zinsen von 15 Millionen Franken anvertraut worden. Er hatte sie aber für die bayrische Festung Germersheim verwandt; das Reichsministerium der Finanzen beantragte deshalb am 15. November, von Bayern zu verlangen: vollständige Abrechnung über die empfangenen Zinsen und Leistung eines Vorschusses von 50 000 fl. für Landau; ferner die Feststellung des notwendigen Aufwandes für Landau im Jahre 1849 und die Unterstellung der Reichsfestung Landau unter das Reichskriegsministerium genau in der Art der andern Reichsfestungen. Vortrag des Reichsministeriums, 16. November 1848, A. Frankfurt.

[101]) Vgl. J. G. Droysen, Aktenstücke und Aufzeichnungen usw., S. 338f., 469f., 663f.

[102]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 14. Februar 1849, A. Frankfurt. Camphausens Bericht, 28. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin. Preußen erklärte, es könne sich aus prinzipiellen Gründen dem Standpunkt der Zentralgewalt nicht anschließen, denn Preußen, und nicht eine deutsche Zentralgewalt, habe die Wiener Verträge unterzeichnet; die Stellung der Zentralgewalt sei außerdem zu schwankend und problematisch, eine besonnene Zurückhaltung sei für sie am würdigsten; endlich sei die Frage deshalb nicht dringend, weil die Eröffnung eines Kongresses über die italienische Angelegenheit nicht in naher Aussicht stehe, Rußland lehne die Beteiligung ab, Frankreich halte sich zurück, England habe sich noch nicht geäußert und sei nicht sehr dafür geneigt.

[103]) Camphausens Bericht, 5. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[104]) Camphausens Bericht, 2. November, Geh. St. A. Berlin. Für den Reichsdienst einberufen wurden: Ministerialrat Weber (Bayern), Legationssekretär Prinz Löwenstein (Preußen). Bereithalten sollten sich: Baron Alten (Hannover), Baron Beust (Sachsen), Frhr. v. Dörnberg (Kurhessen). Beschluß des Reichsministeriums vom 24. November, A. Frankfurt.

[105]) Erlaß an Camphausen, 6. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[106]) Camphausens Bericht, 14. November, Geh. St. A. Berlin.

[107]) Menßhengen an das Reichsministerium des Äußern, 30. Dezember 1848, A. Frankfurt.

[108]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 21. Oktober 1848, 6. Februar 1849.

[109]) Michael Bakunins Beichte, deutsche Ausgabe von Kurt Kersten, S. 59.

[110]) Berichte des preußischen Geschäftsträgers in Karlsruhe, v. Arnim, 23. Oktober, 11. November 1848, Geh. St. A. Berlin.

[111]) Arnims Bericht, 29. November, Geh. St. A. Berlin; Bericht aus Lörrach über die Grenzverhältnisse vom 16. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin; Veit Valentin, Baden und Preußen im Jahre 1849, Marcks-Festschrift, S. 114f.

[112]) Beilagen zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 29. Oktober, 28. Oktober, A. Frankfurt.

[113]) Archiv Frankfurt. Über die Bedenken Württembergs besonders aus wirtschaftlichen Gründen, vgl. die Note des württembergischen Außenministers an den Finanzminister und den Minister des Innern vom 3. November 1848 (A. Stuttgart): „Eine Ausweisung der Württemberger aus der Schweiz würde die Zahl der Arbeitslosen in hohem Grade vermehren."

[114]) Beschluß des Reichsministeriums vom 25. November; als Nachfolger zog man auch den Gesandten der Freien Städte in Paris, Rumpf, in Betracht. — Erlaß an Raveaux vom 29. November; R. wurde darin ersucht, sich von der schweizerischen Bundesbehörde schriftlich zu verabschieden und dabei sein Einverständnis mit der Frankfurter Politik zum Ausdruck zu bringen. R. bezeichnete dieses Schreiben als „perfide". Das schwere Zerwürfnis zwischen R. und dem Reichsministerium kam auch darin zum Ausdruck, daß die von ihm aufgestellte Abrechnung über seine Bezüge, Diäten und Auslagen wesentlich gekürzt wurde (Beschluß des Gesamt-Reichsministeriums vom 11. April). A. Frankfurt.

[115]) Das preußische Außenministerium an Camphausen, 6. November. Geh. St. A. Berlin.

[116]) Neuwalls Bericht vom 3. November; Note der Schweizer Bundesregierung vom 4. November, A. Frankfurt. Vgl. auch Verhandlungen des Frankfurter Parlaments, Stenographische Berichte, V, S. 3168, 3364f.

[117]) v. Sydows Bericht, 13. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[118]) Neuwalls Berichte, 24., 30. November; 3. Dezember. Neuwall erklärte, es sei unter der Würde der Zentralgewalt, amtlich Beschwerde über solche Gemeinheiten zu führen, es sei aber eine Schande, daß unter den Augen der Behörden dergleichen möglich sei. Bei der Wiederholung des Stückes wurden die Stellen dann gestrichen. A. Frankfurt.

[119]) Badisches Ministerium des Auswärtigen an den badischen Gesandten in Paris, 8. November, Abschrift, A. Frankfurt.

[120]) Sydows Bericht, 29. Januar, Geh. St. A. Berlin.

[121]) Archiv Frankfurt.

[122]) Abschrift des Schreibens des badischen Innenministeriums an das badische Außenministerium vom 22. Dezember, A. Frankfurt.

[123]) Kundschafternachrichten des Reichskriegsministeriums, A. Frankfurt.

[124]) Original bei den Akten des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[125]) Sydows Bericht, 16. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin. Geheimbericht an das Reichsministerium, 9. Februar 1849, A. Frankfurt.

[126]) Archiv Frankfurt.

[127]) Das badische Ministerium des Innern an das Reichsministerium des Innern, Karlsruhe, 24. Januar, A. Frankfurt. Karlsruher Zeitung, 26. Januar; L. Häusser hat in seinen „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution" das Zirkularschreiben des provisorischen Landesausschusses S. 165f. abgedruckt.

[128]) Übereinkunft vom 28. November, A. Frankfurt.

[129]) Camphausens Bericht, 29. Januar, Geh. St. A. Berlin; Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 22. Februar 1849; Erlaß des Reichskriegsministeriums vom 17. Februar 1849, A. Frankfurt.

[130]) Reinhards Bericht, 27. September 1848, A. Stuttgart. Trauttmansdorffs Bericht, 26. September, A. Wien.

[131]) Lerchenfelds Bericht, 1. Oktober, A. München.

[132]) Graf Hatzfelds Berichte, 28. September, 2. Oktober, 8. November, aus Paris, Geh. St. A. Berlin.
Berliner Weisung an Camphausen, 2. Oktober, 16. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[133]) Camphausens Bericht, 4. Oktober, Geh. St. A. Berlin. Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 3. Oktober, A. Frankfurt.

[134]) Gegenwart, V, 3, 16.

[135]) Note des dänischen Gesandten Baron Dircking-Hohnfeld vom 11. November, Schmerlings Antwort vom 14. November, A. Frankfurt.

[136]) Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 1. November, A. Frankfurt.

[137]) Archiv Frankfurt.

[138]) Bunsens Berichte, 9. Dezember, 19., 20. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[139]) Bunsens Berichte, 5. Dezember, 22., 23. Dezember, Geh. St. A. Berlin. Das Gutachten des Foreign Office nahm Anstoß an dem Fehlen der üblichen Eingangsformel: „Wir Johann . . . sagen unsern Gruß . . .“ und an der gebrauchten Wendung „Salva ratificatione.“
Mit Zustimmung Preußens wurde Bunsen im Februar als Gesandter in a. o. Mission von der Zentralgewalt in London beglaubigt. Gagern an Bunsen, 14. Februar 1849, und dessen Antwort vom selben Tage, A. Frankfurt.
Bunsen und Gagern kamen sich in diesen Tagen sehr nahe. Bunsen hatte nach seinen eigenen Worten einen „imposanten Eindruck von dem Ernst der Gesinnung und der staatsmännischen Begabung Gagerns“. Im Briefe an Gagern steht: „Sie sind der Mann des Vaterlandes; Ihnen und Ihrer schweren und großen Stellung nach Kräften dienstlich und zu Willen zu sein, ist eines jeden Deutschen Pflicht und mir eine teure, liebe Pflicht.“ Bunsen war lediglich offiziöser Vertreter, genau wie Lord Cowley in Frankfurt. Nur mit Mühe war vom König von Preußen die Erlaubnis zu erlangen, daß Bunsen mit der Anknüpfung offiziöser Beziehungen im Namen des Reiches auch für andere als schleswig-holsteinische Sachen betraut wurde. Friedrich Wilhelm IV. verbot seinem Gesandten die Übergabe des Handschreibens des Reichsverwesers an Königin Victoria, weil Bunsen darin als Reichsgesandter in besonderer Mission bezeichnet wurde. Bunsen erhielt eine monatliche Zulage von Frankfurt in der stattlichen Höhe von 400 Pfund St., aus der er seine erhöhten Unkosten bestreiten und den besoldeten Attaché Sieveking bezahlen sollte, der täglich ein Pfund St. empfing. Der damalige preußische Außenminister fand diese Zulage unmotiviert und unzuträglich. Später führte Bunsen mit dem Reichsministerium einen unerquicklichen Streit darüber, ob er wirklich Reichsgesandter oder nur Bevollmächtigter gewesen sei. Am 9. Juni 1849 übertrug Bunsen dem Attaché Sieveking die einstweilige Geschäftsführung und Berichterstattung an den Reichsverweser; am 19. Oktober wurde dann Sieveking von London abberufen und als Ministerialsekretär in das Reichsministerium des Äußern eingereiht; da er das nicht annahm, erhielt er am 20. November seine definitive Entlassung aus dem Reichsdienst. So endete die fatale Geschichte der ersten Reichsvertretung in London. A. Frankfurt.

[140]) Palmerston an Bunsen, 30. Mai 1849; aus dem englischen Original übersetzt. Geh. St. A. Berlin.

[141]) Bunsens Bericht, 3. November 1848, Geh. St. A. Berlin; Precht, a. a. O., S. 77.

[142]) Bunsens Berichte, 26. Februar 1849, 10. März 1849, Geh. St. A. Berlin.

[143]) Cowleys Memorandum vom 23. Dezember 1848; Protokolle der Sitzungen des Gesamt-Reichsministeriums zusammen mit Bunsen, 31. Januar, 3., 4. und 8. Februar 1849; Heinrich v. Gagern an Cowley, 3. Februar und 4. Februar 1849, A. Frankfurt; Bunsens Bericht aus Frankfurt über seine Verhandlungen mit Harbou, Francke und Esmarch, 1. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[144]) Gagern an Budberg, 29. Dezember 1848, Abschrift als Beilage zu Camphausens Berichten, Geh. St. A. Berlin.

[145]) Note von Syndikus Banks an den Grafen Knuth, 3. November 1848 (Dänemark hält schleswigsche Schiffe ohne dänische Flagge an oder bringt sie auf; schleswigschen Schiffen ohne dänische Eigentumsmarke wird sie eingebrannt gegen Gebühren!) — Abschrift bei Camphausens Berichten, Geh. St. A. Berlin — (Die schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei in Kopenhagen weist die Bevölkerung der Herzogtümer an, keine Steuern zu zahlen, dem Herzog von Augustenburg werden seine Einkünfte zurückbehalten, Lord Cowley beschwert sich darüber energisch beim dänischen Gesandten in Frankfurt); Camphausens Bericht vom 4. Dezember (dänische Truppen marschieren auf schleswigsches Gebiet); Gagerns scharfe Note an den dänischen Gesandten in Frankfurt, 16. Dezember 1848 (wegen Verstärkung dänischer Truppen in Alsen stellt die Zentralgewalt ein Beobachtungskorps von 6000 Mann gegenüber Altona auf); zwei Flaggenzwischenfälle zwangen die Zentralgewalt zur Beschwerde in London (am 25. Dezember drangen dänische Matrosen auf ein hannoversches Schiff, das die deutsche Fahne aufgezogen hatte, und mißhandelten das deutsche Schiffsvolk; am 1. Januar rissen dänische Matrosen die deutsche Fahne von drei schleswigholsteinischen Schiffen und verübten Mißhandlungen). A. Frankfurt.

Graf Bismarcks Bericht an Gagern, 2. Januar 1849; das Reichsministerium an den Reichskommissar Stedmann, 10. Januar 1849, A. Frankfurt; Bunsens Bericht, 9. März 1849, Geh. St. A. Berlin; Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 5. März 1849, A. Frankfurt.

[146]) Bunsens Bericht, 9. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.

[147]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 24. Januar 1849, A. Frankfurt.

[148]) Camphausens Bericht, 29. Januar, Geh. St. A. Berlin.
Bunsens Frankfurter Bericht, 1. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[149]) Camphausens Bericht, 1. März 1849, Geh. St. A. Berlin.

[150]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 3. März 1849, A. Frankfurt.

[151]) Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 13. März; Instruktion für Dr. Souchay vom 13. März; Schreiben Gagerns an die gemeinsame Regierung (veröffentlicht in der Oberpostamtszeitung, 23. März 1849), A. Frankfurt.

[152]) Protokoll und Beilage zum Protokoll der Sitzung vom 19. März des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt. Die Zentralgewalt legte ihre Auffassung von der Entstehungsgeschichte des neuen Bruches mit Dänemark in einer eigenen Denkschrift nieder. Beilage zu Camphausens Bericht, 24. März, Geh. St. A. Berlin.

Der dänische Gesandte v. Dircking-Hohnfeld stellte Gagern die merkwürdige Zumutung, er möge die „Bewegungspartei" im Herzogtum Holstein dahin beeinflussen, sich nach Ablauf des Waffenstillstandes den Maßregeln der „legitimen Macht" nicht zu widersetzen. Gagern lehnte dies am 15. März ab. An Bunsen schrieb Gagern am 17. März: „Dänemark will es also darauf ankommen lassen, ob Deutschland sich ohne Krieg als geschlagen bekenne. England weist dieses Wagnis nicht zurück, obwohl es in völligem Widerspruch mit der Grundlage der englischen Vermittlung steht" usw. Geh. St. A. Berlin.

[153]) Gagern an Lord Cowley, 15. Mai 1848, Abschrift bei Camphausens Berichten; Geh. St. A. Berlin. Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 25. März 1849, A. Frankfurt. Gagern entwickelte auch in einem besonderen Schreiben an den russischen Vertreter Baron Budberg die Geschichte der englischen Friedensvorschläge, 27. März 1849. Abschrift bei Camphausens Berichten.

[154]) Beilage zu dem Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 6. April 1849, A. Frankfurt.

[155]) Beilage zum Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 24. April 1849, A. Frankfurt.

[156]) Graf Luxburgs Bericht, 7. April 1849, A. München.

[157]) Trauttmansdorffs Bericht, 30. Dezember, A. Wien.

[158]) Lerchenfelds Bericht, 18. Januar 1849, A. München.

[159]) Trauttmansdorffs Berichte, 4., 6. Januar, 9., 14. Februar, A. Wien. Graf Lerchenfelds Bericht, 6. Januar, 5. Februar, A. München.

Aus der Flugschriftenliteratur der Januarwahlen sind besonders bemerkenswert: „Programm des richtigen Zentrums“ (unterscheidet vier große Parteien: Reaktionäre, ehrlich Konstitutionelle, Scheinkonstitutionelle, entschiedene Republikaner und Anarchisten); „Enthüllung der Wahloperationen der Demokraten“, 3. Januar 1849, „Demokratische Briefe, an die Wähler auf dem Lande“ (konservativ, fingiert!) „Der demokratische Urwähler“ (erscheint zwangslos nach Bedürfnis, bis nach den Wahlen, zuerst am 30. Dezember 1848; Erscheinungsort Halle; Schriftleiter d'Ester, Reichenbach, Hexamer); „Wahlen 1849 — sechzehn Hausregeln für preußische Wähler“ (Verse); „Der blaue Montag, Organ des passiven Widerstandes“; erste Nummer 25. Dezember 1848 (satirisch, gegen die Demokraten), Märkisches Museum, das zuletzt genannte Stück in der Friedländer-Sammlung. Über den Zusammenschluß der alten liberalen patriotischen Partei (der „Mittel- und Altliberalen“) mit den Demokraten in Stettin vgl. Otto Altenburg, Stettiner Kulturbilder (Bibliogr. Nr. 1468); über den ehemaligen Minister Gierke, dem diese Gruppe ein Festmahl gab, heißt es dort: „Nach seinem Sturze wird Gierke von der städtischen und königlichen Bürokratie genau so wegwerfend behandelt, als dieselbe früher vor ihm sich hündisch erniedrigt hat.“ (Brief Dr. Carl Stahrs, des Leiters des Volksvereins für gemäßigte Demokratie, vom 9. Januar 1849.)

Eine Karikatur auf den General v. Gerlach brachte die „Deutsche Reichsbremse“ im Januar 1849: Gerlach, wie ein Zebra quer schwarz-weiß gestreift, steht auf den deutschen Grundrechten als Triumphator; Soldaten mit Ochsenköpfen halten Wache; links liegt auf einem Haufen von Knochen und Leichenteilen die preußische Königskrone, dazu die Inschrift: „Wie glänzt unsere Krone wieder seit dem November vorigen Jahres, wie blank und nett steht unsere Armee da!“

[160]) Reinhard an den König von Württemberg, 4. Januar 1849, A. Stuttgart.

[161]) Trauttmansdorffs Bericht, 1. Mai 1849, A. Wien.

Graf Arnim-Boitzenburg veröffentlichte eine Broschüre: „Die Verheißungen des 22. März und die Verfassung des 5. Dezember“; Freiherr Heinrich v. Arnim ließ seine „Ansprache an die Wahlmänner“ drucken. Der neue Außenminister Graf Arnim-Heinrichsdorf, der frühere Gesandte in Wien, war in Potsdam, wo er für die Zweite Kammer kandidierte, gegen den Legationsrat v. Gruner durchgefallen, weil der Oberpräsident v. Patow den Grafen vor den Wählern als Anhänger des Metternichschen Systems schilderte! Trauttmansdorffs Bericht, 26. Februar, A. Wien.

[162]) Prokeschs Privatbrief an Schwarzenberg, Berlin, 21. März 1849; sein amtlicher Bericht, 9. März 1849, A. Wien.

[163]) H. Friedjung, Österreich, I, S. 137f.

[164]) Gegenwart, X, S. 750.

[165]) Bericht des Freiherrn v. Linden an den König von Württemberg, 5. März 1849, A. Stuttgart.

[166]) v. Lindens Bericht, 24. Februar, A. Stuttgart.

[167]) Graf Luxburgs Bericht, 31. Dezember 1848, A. München.

[168]) v. Lindens Bericht, 28. Januar 1849, A. Stuttgart.

[169]) Camphausens Bericht, 2. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[170]) Vgl. Rachfahl, F., Die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. im Winter 1848/49, S. 19f.

[171]) Brandenburg, E., a. a. O., S. 164f., 301f.

Unter vielen anderen Vorschlägen wurde auch der Plan einer Zusammenkunft der deutschen Fürsten in Frankfurt durch Vermittlung des Prinzen von Preußen an den König gebracht, damals aber von ihm abgelehnt. (Graf Lerchenfelds Bericht, 9. Dezember 1848, A. München.) Später nahm Friedrich Wilhelm IV. selbst das ja öfters besprochene Projekt gelegentlich auf. In der diplomatischen Welt rechnete man seit Ende Dezember

damit, daß der König von Preußen kein Frankfurter Angebot annehmen werde und sich überhaupt auf kein Projekt mit revolutionärer Grundlage einlassen wolle. Der russische Geschäftsträger Stoffregen gab diese Information nach Petersburg auf Grund englischer Quellen (Depesche Lord Westmorelands an Lord Palmerston vom 18. Dezember, abschriftlich dem englischen Gesandten in Stuttgart mitgeteilt). Stoffregens Bericht, 28. Dezember, Z. A. Moskau. Von den Gegnern des Erbkaisertums wurde andererseits immer wiederholt, der ganze Plan sei unter den Auspizien von Bunsen und Stockmar mit Lord Palmerston ausgearbeitet worden, zum Vorteile der englischen Industrie und im Interesse des Freihandelssystems, durch dessen Annahme Süddeutschland zugrunde gerichtet würde; auch aus Italien wolle England ein zweites Portugal machen. Als englisches Intrigenspiel versuchte man also patriotische deutsche Gedanken zu diskreditieren — ein leider häufig wirksamer Kniff! (Römer an den König von Württemberg, 25. Januar 1849, A. Stuttgart.)

172) Bernstorffs Bericht, 27. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.

173) Bernstorffs Bericht, 14. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.

174) Bockelbergs Berichte, 4. Januar, 1. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

175) Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Thun, 16. Mai 1848, A. Wien.

176) Severins Bericht, 4. September 1848, A. Moskau.
Bockelbergs Bericht, 13. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

177) Bockelbergs Bericht, 4. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

178) Severins Bericht, 3. Dezember 1848, Z. A. Moskau.

179) Doeberl, Bayern und die deutsche Frage usw., S. 112, 247.
Aktenstücke dazu sind bereits bei Roth und Merck a. a. O., II, 193f., veröffentlicht, was Doeberl unerwähnt läßt.

180) Bockelbergs Bericht, 7. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

181) Bockelbergs Bericht über seine Antrittsaudienz, 22. Mai, und Bericht vom 21. Juni, Geh. St. A. Berlin.

182) Bockelbergs Bericht nebst Beilage, 30. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

Beilagen zu den Berichten des preußischen Gesandten aus München. Flugschriften bayrischer Herkunft bei Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., besonders Nr. 153, 155, 224/27, 230, 277, 280, 334/35, 553/55, 711. Über die Triasidee vgl. auch Richard Haufe, Der deutsche Nationalstaat, S. 79f.

Bockelbergs Bericht, 25. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.

183) Die Nachricht von der Auflösung der badischen Diplomatie berührte den König sehr unangenehm. Graf Bray mußte in Karlsruhe ausdrücklich die bayrische Mißbilligung erklären lassen. (Graf Degenfelds Bericht, 31. August, A. Stuttgart.) Bei der ersten Audienz des russischen Gesandten erging sich Maximilian in Ausführungen über Bayerns Beruf, die unveränderlichen Grundsätze des Völkerrechts zu wahren, die beinahe komisch wirkten; er schloß mit einer Huldigung vor der großherzigen Politik des russischen Kaisers und seinem Wohlwollen für das königliche Haus von Bayern. (Severins Bericht über König Maximilian und den Grafen Bray, 7. Mai 1848, Z. A. Moskau.)

Bockelbergs Bericht, 19. März 1849, Geh. St. A. Berlin. Graf Thun an den Fürsten Schwarzenberg, 21., 27. März 1849, A. Wien.

Sehr lesenswert immer noch: W. H. Riehl, König Maximilian II. von Bayern, Historisches Taschenbuch, 1872.

Politische Briefe König Maximilians an Friedrich Wilhelm IV., bei Hänchen, Revolutionsbriefe, S. 134, 181, 197, 226, 237, 244, 417.

184) Bockelbergs Berichte, 4. und 31. Januar 1849.

Severins Bericht, 15. November, Z. A. Moskau; Bericht des österreichischen Gesandten, 10. Dezember, A. Wien.

185) Bockelbergs Berichte, 13. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[186]) Bockelbergs Bericht, 12. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin. Von Dönniges erschien damals: „Die Verfassungsfrage und die deutschen Einzelstaaten“ (3 Hefte), von Bluntschli: „Bemerkungen über die neuesten Vorschläge zur deutschen Verfassung“; vgl. Doeberl, a. a. O., S. 114f.; Krezdorn, Die bayrischen Flugschriften und die deutsche Frage, Dissertation, München 1920. P. Wentzcke, Kritische Bibliographie usw. Nr. 430 (Bluntschli), 586/88 (Dönniges), 431, 711, 714, 829 (Rohmer).

[187]) Bockelbergs Berichte, 8. Dezember, 25. Dezember, Geh. St. A. Berlin.
Graf Thuns Berichte, 10. Dezember, 13. Dezember, A. Wien.

[188]) Immerhin genoß Graf Luxburg Schwarzenbergs Vertrauen in erheblichem Maße; in der Unterredung vom 8. Dezember sagte der Fürst: Die Anmaßungen des Frankfurter Parlamentes versprechen nichts Gutes, man muß aber den Verlauf abwarten. Die größeren Regierungen haben am meisten zu verlieren. ... Österreich tut nichts ohne Bayern, Bayern kann auf es als seinen treuesten Alliierten zählen. (Graf Luxburgs Bericht, 8. Dezember, A. München.)

[189]) Doeberl, a. a. O., S. 98; Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, 12. Dezember, A. Stuttgart.

[190]) Bockelbergs Berichte, 4. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[191]) Graf Thuns Berichte, 13. und 15. Dezember 1848, A. Wien.

[192]) Aktenstücke usw. aus Droysens Nachlaß, ed. R. Hübner, S. 513f., 609f., 746, 751.

[193]) Vgl. Meinecke, Radowitz, S. 203f.
Rachfahl, F., a. a. O., S. 53f., 146f.
Friedjung, a. a. O., S. 175.
Brandenburg, a. a. O., S. 163; Nippold, Bunsen, II, 490.

Bei Roth und Merck, a. a. O., Band II, S. 179f., findet sich umfangreiches Material über den gesamten Kampf um die Reichsverfassung, insbesondere die Erklärungen der norddeutschen Kleinstaaten, betr. das Reichsoberhaupt, die Zuschrift der acht thüringischen Fürsten an den König von Preußen wegen Übernahme der Kaiserwürde, die Antworten der Einzelstaaten auf die preußische Zirkularnote, das Schreiben des Reichsministeriums vom 28. Januar und die Antworten darauf, die erste und die zweite Kollektiverklärung Preußens und der 26 anderen deutschen Regierungen, die besonderen Bemerkungen der Kleinstaaten dazu, endlich die österreichischen Instruktionen, Vorschläge und Erlasse. Unbekannt bisher ist die Instruktion Fürst Schwarzenbergs an die österreichischen Gesandten in München, Stuttgart und Hannover vom 29. Januar, in der sich die bemerkenswerten Sätze finden: „Nur im äußersten Falle wird Österreich, dessen innigster Wunsch es ist, mit Deutschland im engsten Verbande vereint zu bleiben, aus diesem Verbande ausscheiden, dann aber auch gestärkt durch das Gefühl, daß sein Austritt außerhalb des Kaiserstaates schwerer gefühlt werden dürfte als innerhalb.“ A. Wien.

[194]) Roth und Merck, II, S. 253f.; Camphausens Konzept bei Brandenburg, a. a. O., S. 320.

[195]) Camphausens Berichte, 31. Januar, 1. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[196]) Berichte des Freiherrn v. Linden, 28., 29. und 31. Januar 1849, A. Stuttgart.

[197]) Bericht des Freiherrn v. Linden, 4. Februar 1849, A. Stuttgart.

[198]) Beilage zu Graf Luxburgs Bericht, A. München.

[199]) Die Broschüre „Die österreichische Note vom 4. Februar 1849, beleuchtet von einem preußischen Staatsmanne“, Berlin 1849, F. Schneider Co., wurde nach Trauttmansdorffs Mitteilung Abeken zugeschrieben, der seit 1848 im Auswärtigen Amte arbeitete und den er einen der tätigsten Leute nennt. Trauttmansdorffs Bericht, 25. Februar 1849, A. Wien. Er überliefert auch die Bemerkung der englischen Gesandtin Lady Westmoreland. Auf die Frage: „Avez vous vu la note autrichienne?“ antwortete sie: „Oui, elle est à faire rougir la note prussienne.“ Bericht vom 15. Februar 1849, A. Wien. Die Broschüre ist bei Wentzcke, Kritische Bibliographie, als Nr. 666 verzeichnet; dort auch weitere Flugschriften über den Notenwechsel.

[200]) Über Rechbergs Mission: Schwarzenbergs Instruktionen vom 13. Januar und 4. Februar; Rechbergs Berichte, 20., 21. Januar, 8., 11., 16., 17. Februar 1849, A. Wien.

[201]) Trauttmansdorffs Bericht, 21. Januar 1849, A. Wien.

[202]) Reinhards Bericht, 18. Januar 1849, A. Stuttgart.
Graf Lerchenfelds Bericht, 5. März 1849, A. München.

[203]) Graf Lerchenfelds Bericht, 26. Januar, A. München.

[204]) Trauttmansdorffs Bericht, 22. Januar, 11. März, A. Wien.

[205]) Vgl. die letzte ausführlichere Behandlung Prokeschs bei Arnold Oskar Meyer, Bismarcks Kampf mit Österreich, S. 125f., dort auch Angabe der Literatur.

[206]) Lerchenfelds Bericht als Ohrenzeugen, 20. Januar 1849, A. München.

[207]) Lerchenfelds Bericht, 24. Januar, A. München.
Reinhards Bericht, 8. Februar, A. Stuttgart.

[208]) Reinhards Bericht, 31. Januar, A. Stuttgart.

[209]) Reinhards Bericht, 27. Februar, A. Stuttgart.

[210]) Trauttmansdorffs Berichte, 9., 13. Februar, A. Wien.

[211]) v. Bockelbergs Berichte, 21., 24. Februar, Geh. St. A. Berlin.
Freiherrn v. Schloißniggs Bericht aus München, 10. Februar, A. Wien.
Graf Paumgartens Bericht aus Berlin, 13. Februar, A. München.

[212]) Freiherrn v. Schloißniggs Bericht, 15. Februar, A. Wien.

[213]) Graf Paumgartens Berichte, 17., 21. Februar, A. München.
Graf Trauttmansdorffs Berichte, 19., 22., 24. Februar, A. Wien.
Reinhards Berichte, 3., 5. März, A. Stuttgart.

[214]) Graf Trauttmansdorffs Berichte, 2., 8. März, A. Wien.
Prokeschs Bericht, 13. März.
Reinhards Bericht, 7. März, A. Stuttgart.

Reinhard beargwöhnte, daß Graf Arnim doch auf den vollkommenen Einheitsstaat mit hinarbeitete, und hielt die Selbständigkeit der Kleinen trotz aller Versicherungen für stark gefährdet. „Die preußischen Einheitler kennen aber vollends keine Grenzen ihres triumphierenden Hochmutes und erklären mir, daß es selbst für einen engeren und weiteren Bund zu spät sei"; auf störrische Gegner könne keine Rücksicht mehr genommen werden; „das österreichische Kaiserreich scheint der Bildung eines westlichen Kaiserreichs freien Spielraum lassen zu wollen." (Reinhard an den König von Württemberg, 11. März 1849, A. Stuttgart.)

[215]) Gagern an Camphausen, 8. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin. Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, 6. Februar 1849, A. Frankfurt.

[216]) Camphausens Bericht, 31. Januar 1849, vollständig abgedruckt bei E. Brandenburg, a. a. O., S. 334.

[217]) Droysens Aktenstücke und Aufzeichnungen, S. 170, 396, 401, 760f.

[218]) In der von dem interimistischen bayrischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, v. Xylander, gezeichneten Note an das Reichsministerium vom 16. Februar: nur „eine ganz Deutschland in allen seinen Bestandteilen zu einem Bunde verbindende und daher Österreich weder ausschließende noch in die Sonderstellung eines weiteren Bundesverhältnisses hinausdrängende Verfassung" sei erwünscht; die Kaiserwürde sei „ein unbesiegbares Hindernis der allseitig gewünschten Einigung". Camphausens Bericht darüber, 16. Februar, Geh. St. A. Berlin; Protokolle der Konferenz vom 24. Februar 1849, A. Frankfurt.

[219]) Mit dem viel später von Leopold Sonnemann gegründeten Weltblatt gleichen Namens hatte dieses Organ bekanntlich keinerlei sachliche oder persönliche Beziehung.

[220]) Camphausens Bericht, 9. Februar, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. auch die badische Verwahrung vom 19. Februar, Roth und Merck, II, 269.

[221]) Protokolle der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums vom 24. Februar 1849 nebst den Beilagen, A. Frankfurt.
Vgl. Stenographische Berichte, VII, S. 5434f. (Abdruck der Noten der Einzelregierungen.)

[222]) Doeberl, a. a. O., S. 131.

[223]) Camphausens Bericht, 12. März, Geh. St. A. Berlin.

[224]) v. Lindens Berichte, 9., 12. März 1849, A. Stuttgart.

[225]) Camphausens Bericht, 9. März (über die Sitzung vom 8. März), 11. März, Geh. St. A. Berlin.
Eigenmächtig hat dann Schmerling in seinem Vorschlag vom 8. März (Roth und Merck, II, 433) den alljährlichen Wechsel der Reichsstatthalterschaft zwischen Österreich und Preußen eingesetzt, entsprechend dem großdeutschen Programm. Schon dadurch begann er seine Abkehr von Schwarzenbergs Politik, die sich dann unmittelbar darauf zum Bruche steigerte.

[226]) Roth und Merck, II, 437. — Die telegraphische Meldung, Österreich wolle mit dem Gesamtstaate eintreten und Abgeordnete aus allen seinen Ländern in das Staatenhaus schicken, versah der preußische Außenminister Graf Arnim mit Unterstreichung, Fragezeichen und der Randbemerkung: „Soll wahrscheinlich heißen: deutschen Ländern"; so absurd erschien der Gedanke! Geh. St. A. Berlin.

[227]) Camphausens Berichte, 12., 13. März, Geh. St. A. Berlin.
Dahlmanns Äußerung, Stenographische Berichte, VI, 4097.

[228]) Camphausens Bericht, 12. März, Geh. St. A. Berlin.
Die große Erregung, die durch den Welckerschen Antrag hervorgerufen wurde, hat ihren Niederschlag in zahlreichen Petitionen an das Frankfurter Parlament gefunden; völliges Einverständnis mit Welcker erklärten z. B.: der Konstitutionelle Verein in Witten (70 Unterschriften; 15. März); der Bürgerverein in Pösneck, Sachsen-Meiningen (24. März; 160 Unterschriften); achtzig Bürger von Salzungen (23. März); der Bürgerverein von Friedberg (rund 370 Mitglieder haben unterzeichnet, 25. März 1849). A. Frankfurt.

[229]) Protokolle der Sitzungen des Gesamt-Reichsministeriums, 16., 19., 21., 22. März. Schreiben des Ministerpräsidenten v. Gagern an den Reichsverweser am 22. März 1849. A. Frankfurt.

[230]) Gegenwart, IX, 193. R. Haym bringt die Formel in etwas abgeänderter Gestalt, aber nur bei den Verhandlungen vor der Verwerfung des Welckerschen Antrages, „Die deutsche Nationalversammlung", II, 332.

[231]) L. Bergsträßer, Geschichte der Reichsverfassung, S. 40f.

[232]) Camphausens Bericht, 29. März, Geh. St. A. Berlin.
Erzherzog Johann schickte den Abgeordneten v. Boddien nach Berlin, um den preußischen König über seinen unter Vorbehalt in Aussicht gestellten Rücktritt zu unterrichten; vgl. Briefwechsel zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und Erzherzog Johann, herausgegeben von Georg Küntzel, S. 23; Stenographische Berichte, 6097f.

[233]) Erzherzog Johann an Heinrich v. Gagern, 29. März 1849, Beilage A zum Protokoll der Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums vom 30. März 1849; das Schreiben schließt mit dem Ersuchen an Gagern, er möchte die Darstellung der Abdankungsangelegenheit in der Oberpostamtszeitung sofort amtlich berichtigen. A. Frankfurt.

[234]) Brief des hessisch-darmstädtischen Gesandten in Frankfurt, v. Leonhardi, 28. März, A. Darmstadt.

[235]) Arnim an Camphausen, 29. März, Geh. St. A. Berlin.

[236]) v. Leonhardis Bericht, 28. März, A. Darmstadt.

[237]) Camphausens Berichte, 22., 24., 26. März, Geh. St. A. Berlin. Vgl. Fr. Meinecke, Radowitz, S. 213, und die dort gebotenen Hinweise. Neuerdings K. Haenchen, Revolutionsbriefe, S. 411.

[238]) Camphausens Bericht, 26. März, Geh. St. A. Berlin.

[239]) Camphausens Bericht, 27. März, Geh. St. A. Berlin.
[240]) Camphausens Berichte, 28., 29. März, Geh. St. A. Berlin.
[241]) Camphausens Bericht, 30. März, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. K. Haenchen, Revolutionsbriefe, S. 411, 422f.
[242]) Reinhards Bericht, 1. April, A. Stuttgart.
[243]) Gegenwart, VII, S. 480.
[244]) Prokeschs Berichte, 21., 22., 29. März, A. Wien; teilweise abgedruckt bei Friedjung, I, 502f.
Graf Paumgartens Berichte, 1., 2. April, A. München.
[245]) Graf Paumgartens Berichte, 11., 19., 28., 30., 31. März, 2. April, A. München.
[246]) Prokeschs Berichte, 21., 22. März, A. Wien.
[247]) Graf Paumgartens Bericht, 1. März, 2. April 1849, A. München.
[248]) In seinem Privatbriefe an Schwarzenberg vom 21. März (A. Wien) weist Prokesch auch noch in sehr interessanter Weise auf die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage in Preußen hin. „Diejenigen, die darauf dringen, daß der König die Krone nicht ablehne, nehmen keine Rücksicht darauf, daß sie ihm ja nicht auf einem Samtkissen, sondern auf einem Exemplar der Frankfurter Reichsverfassung angeboten wird. Darin mag auch teilweise der Schlüssel zu dem seltsamen Schauspiele liegen, daß die Linke die preußische Verfassung trotz ihrer ultrademokratischen Natur en bloc verwerfen zu machen und aus dem Wege zu räumen, das konservative Ministerium aber sie zu erhalten bestrebt ist. Neben der Frankfurter ist es wirklich eitel Luxus, eine preußische hier in der Kammer zu revidieren." Über Gagerns Meinung vgl. den Brief Römers an den König von Württemberg, 13. März 1849, A. Stuttgart.
[249]) K. Haenchen, a. a. O., S. 415, 417, 433.
[250]) K. Haenchen, a. a. O., S. 415.
[251]) Valentin, V., Fürst Karl Leiningen, S. 160f.
[252]) Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, S. 170.
[253]) Reinhards Bericht, 31. März 1849, A. Stuttgart.
[254]) K. Haenchen, a. a. O., S. 375; Prokeschs Bericht, 29. März, A. Wien.
[255]) Graf Paumgartens Bericht, 9. April 1849, A. München.
[256]) Das Protokoll ist jetzt vollständig abgedruckt bei Haenchen, a. a. O., S. 431.
[257]) Meinecke, Radowitz, S. 218.
[258]) Graf Paumgartens Bericht, 3. April, A. München.

VII. Die Rettung des Partikularismus

[1]) Über Frankfurt als Staat vgl. Valentin, Frankfurt usw., S. 355f.
Schwemer, a. a. O., S. 244f., 361f.
Gegenwart, V, 371f., unsern Band I, S. 239f.
[2]) Vgl. Bibliographie Hamburg; Gegenwart, IX, 422, unsern Band I, S. 237.
[3]) Vgl. Schwarzenbergs Erlaß an den österreichischen Gesandten in Hamburg, Grafen Lützow, vom 11. Juli 1849, bei Ernst Baasch, Hamburg, und Österreich, 1814—1866, S. 35.
[4]) Vgl. Bibliographie Lübeck; Gegenwart, VIII, S. 618f., unsern Band I, S. 233.
[5]) Gegenwart, VIII, S. 631.
[6]) Vgl. Bibliographie Bremen; Gegenwart, VIII, S. 238f., unsern Band I, S. 235.
[7]) Rudolf Dulons Schriften und die Gegenbroschüre Wilhelm Grönings sind verzeichnet bei Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 644, 645, 646, 793, 994.
[8]) Vgl. Bibliographie Mecklenburg; Gegenwart, VI, 344f., unsern Band I, S. 229.
[9]) Gegenwart, IX, S. 77.

[10]) Gegenwart, IV, 1427; V, 740f.
Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 4. November, A. Frankfurt. Bericht des preußischen Gesandten v. Schleinitz, 30. März 1848, Geh. St. A. Berlin.

[11]) Vgl. Stenographischer Bericht, V, 3586; VI, 4193, 4514, 4674; VII, 5038, 5127; VIII, 6102f., 6161f.; IX, 6747.

[12]) Bericht des preußischen Gesandten v. Schleinitz, 30. März 1848, Geh. St. A. Berlin.

[13]) Gegenwart, XII, 116f.

[14]) Bericht des Reichsgesandten in Brüssel, 2. Januar 1849, A. Frankfurt.

[15]) Vgl. oben S. 302; ferner Bibliographie Thüringen, besonders Wentzcke, Nr. 1223 u. 1224.

[16]) Die Berkaer Versammlung im Juni 1848 sprach sich zuerst öffentlich für die Übertragung der verschiedenen Herrschaften an den Weimarer Großherzog als das Haupt des ältesten Ernestinischen Zweiges aus. Die „Deutschen Blätter aus Thüringen", die der Verleger Frommann seit Januar 1849 in Jena herausgab, verfochten auch einen Gesamtstaatsplan. Bericht des Gesandten v. Schleinitz, 20. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[17]) Über die Altenburger Wirren vgl. Stenographische Berichte des Frankfurter Parlamentes. III, 2347f.; IV, 2372f.; VII, 4835, 5206. Das A. Frankfurt besitzt mehrere ganz demokratische Petitionen aus Thüringen an das Frankfurter Parlament.

[18]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers v. Salviati, 3. Mai, 17. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin,

[19]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers in Weimar 6. Juni und später, Geh. St. A. Berlin.

Das Wartburgfest der deutschen Studenten in der Pfingstwoche des Jahres 1848, Leipzig 1848. In dem Gesamtausschuß deutscher Studenten saßen 41 demokratische Studenten, darunter Karl Schurz aus Bonn, von ihnen ging z. B. ein Flugblatt im Dezember 1848 aus (Märkisches Museum, Berlin), das das Frankfurter Parlament heftig angriff: Der „Zentralschatten" in Frankfurt könne nicht verhindern, daß Deutschland wie früher „der gestoßene, mißachtete Hund unter den Völkern" sei; „die Mehrheit des Volkes hat nie und nimmer die Pflicht, sich von der Mehrheit seiner Vertreter tyrannisieren und hemmen zu lassen"; die Frankfurter Versammlung solle ihr Mandat zurückgeben für die Beteiligung der Studenten an der Revolutionsbewegung. Vgl. Georg Heer, Geschichte der deutschen Burschenschaft, VII, 122f. Die Broschüren sind bei Wentzcke verzeichnet. Kritische Bibliographie usw., Nr. 328 und 329.

Über Eisenach vgl. W. Mommsen, J. Miquel, I, S. 32f.

[20]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers, 5. Oktober 1848, 5. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin. Auch für das Folgende. Über Jäde einige Angaben bei Dr. Fritz Koerner, Das Zeitungswesen in Weimar, 1737/1849, Leipzig 1920.
Für das Folgende: Berichte des preußischen Gesandten, 25. Juni, 29. Juni 1848, Geh. St. A. Berlin.

[21]) Berichte des preußischen Gesandten, 23. November 1848, 13. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin. Über Wydenbrugk vgl. auch Bibliographie Nr. 1227 und Wentzcke a. a. O. Nr. 144.

[22]) In Schaumburg-Lippe beanspruchte die Volksvertretung einen Teil des Domanialbesitzes für den Staat und drohte auch auf die fürstlichen Güter in Mecklenburg und Slawonien die Hand zu legen. Der Fürst erwog deshalb die Mediatisierung, um die Güter zu retten, aber nicht das Aufgehen in Hannover, sondern in Preußen. Die Bevölkerung lehnte das ab, weil sie die wirtschaftlichen Vorteile des fürstlichen Besitzes zu verlieren fürchtete.

[23]) Berichte des preußischen Gesandten Stach v. Goltzhain, 6. März, 11. April, 6. Juni 1849, Geh. St. A. Berlin.

[24]) Stach v. Goltzhains Bericht, 11. April, Geh. St. A. Berlin.

[25]) Ein hübscher Beweis dafür ist der eigenhändige Brief des Königs an seinen Gesandten in Wien, Freiherrn v. Bodenhausen, vom 10. Juli 1848 (Geh. St. A. Berlin). Es heißt darin: „. . . Die Idee, ganz Deutschland auf einen Fuß zu stellen, ist zu absurd, daß je ein vernünftiger

Mensch, noch weniger ein wahrer Staatsmann, kann je daran denken, daß sich die verschiedenen Staaten in Deutschland fest aneinanderhalten, bin ich der erste, der sein möglichstes dazu kooperieren wird, aber nie werde ich mich unterwerfen, bloß als ein Präfekt oder Präsident in Hannover bleiben zu wollen, und werde also meine Rechte bis zum letzten Tropfen Blut verteidigen."

[26]) Graf Bernstorffs Bericht aus München, 9. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[27]) Arnim an Stach v. Goltzhain, 17. April, Geh. St. A. Berlin; Berichte des preußischen Gesandten, 4. April, 18. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

[28]) Bericht des preußischen Gesandten, 18. April, Geh. St. A. Berlin.

[29]) Bericht des Gesandten v. Schleinitz, 20. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

[30]) Stach v. Goltzhains Bericht, 30. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.

[31]) Gegenwart, X, 635; vgl. auch Bibliographie Hannover und Oldenburg.

[32]) Bericht des preußischen Gesandten, 7. August 1848, Geh. St. A. Berlin.

[33]) Bericht des preußischen Gesandten, 30. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin. Es erschien die Broschüre „Hannover und die Grundrechte 1849" (die Dr. Abecken zugeschrieben wurde).

[34]) Zu Frankfurt und der Zentralgewalt war das Verhältnis der Hannoverschen Regierung nie warm; der Vertreter Hannovers bei der Zentralgewalt, v. Bothmer, war indolent und wenig geschickt; die besten Informationen erhielt Stüve durch seinen alten Kampfgenossen Detmold (vgl. Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold, Bibliographie, Nr. 1205). Der Reichsjustizminister schrieb im Januar an Bothmer über die Grundrechte: „Der prinzipielle Standpunkt der Hannoverschen Regierung ist in der Grundgesetzfrage von dem des Reichsministeriums zu verschieden, als daß eine weitere Diskussion der Frage von seiten des letzteren zu einem befriedigenden Resultate führen könnte." Mitgeteilt im Bericht des preußischen Gesandten vom 11. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin. Als der Abgeordnete v. Boddien als Reichskommissar nach Hannover geschickt wurde, um die in Thüringen befindliche hannoversche Brigade für Holstein freizubekommen, wurde er besonders frostig empfangen. Bericht des preußischen Gesandten, 18. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.
Über das Verhältnis Hannovers zu den Grundrechten vgl. die bei Wentzcke a. a. O. verzeichneten Flugschriften Nr. 545—551.

[35]) Bericht des preußischen Gesandten, 2. April 1849, Geh. St. A. Berlin.

[36]) Graf Galens Berichte, 5. Mai, 3. Juni, 8. August 1848, Geh. St. A. Berlin.

[37]) v. Thiles Berichte, 3. April, 28. Juni 1849, Geh. St. A. Berlin.

[38]) Graf Galens Berichte, 4. November, 13. November, Geh. St. A. Berlin.

[39]) Graf Galens Berichte, 14., 17. April, 29. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.

[40]) Graf Galens Bericht, 29. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

[41]) Graf Galens Bericht, 3. Oktober 1848, Geh. St. A. Berlin.
Alfred Tapp, Hanau in der Revolution von 1848/49, Frankfurter Dissertation, 1923.
Losch erzählt, daß die Hanauer den ruhigeren Fuldaern zwölf Nachtmützen für ihre Stadträte schickten (Bibliographie, Nr. 531).

[42]) Gegenwart, VI, 561. Auch für das Folgende zu vergleichen.

[43]) Graf Galens Bericht, 23. November 1848, Geh. St. A. Berlin; vgl. die Dissertation von M. Hartmann (Bibliographie Nr. 534). Die „Hornisse" bestand bis Dezember 1850. Heise floh dann nach England, Kellner nach den Vereinigten Staaten.

[44]) Graf Galens Berichte, 29. Mai, 5. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

[45]) Graf Galens Bericht, 24. Juni 1848, Geh. St. A. Berlin.

[46]) Graf Galens Bericht, 12. Oktober 1848, Geh. St. A. Berlin.

[47]) Vgl. Oda Lohmeyer, Kurhessen und die deutsche Einheitsbewegung in den Jahren 1848 und 1849, Marburger Dissertation, 1921.

[48]) Graf Galens Bericht, 18. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin; v. Thiles Berichte, 29. Januar, 3. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[49]) Graf Galens Bericht, 7. Juli 1849, Geh. St. A. Berlin.

[50]) Thiles Bericht, 3. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin; vgl. die „Kurze geschichtliche Darstellung der Gründung des Nationalen Vereins“ usw. bei Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 149. Ebendort das Programm des Demokratisch-Sozialen Vereins zu Kassel, Nr. 529.

[51]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers Legationsrat Balan, 17. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[52]) Bericht des preußischen Geschäftsträgers Legationsrat Balan, 30. Oktober, Geh. St. A. Berlin. Das A. Frankfurt enthält mehrere demokratisch-republikanische Eingaben aus Nassau an das Frankfurter Parlament.

[53]) Gegenwart, V, 290.

[54]) Gegenwart, V, 495f.

[55]) Balans Bericht, 18. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

[56]) Die hessische Bundestagsstimme wurde eine Zeitlang von dem neuen sächsischen Bundestagsgesandten Todt geführt, dem Freunde und Gesinnungsgenossen Robert Blums. Schmerling hatte diese Regelung empfohlen, sah aber nach einigen Tagen ein, daß er Hessen keinen guten Dienst erwiesen habe. Hallwachs hatte so großes Mißtrauen gegen Todt, daß er die Instruktionen nicht an ihn, sondern an den Legationssekretär bei der hessen-darmstädtischen Bundestagsgesandtschaft, v. Rabenau, richtete.
Balans Bericht, 9. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.
Über Eigenbrodt vgl. Bergsträßers Veröffentlichung, Bibliographie, Nr. 465.

[57]) v. Vergers Bericht, 5. Januar 1849, A. München.

[58]) Balans Berichte, 19. Juli, 11., 24. November, 28. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[59]) Balans Bericht, 6. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[60]) Zitiert in dem Aufsatz: Hessen-Darmstadt, Gegenwart, V, 499; über die Mainzer Zustände und die Vorgänge bei der Bischofswahl vgl. Fritz Vigener, Ketteler, S. 136f.

[61]) Balans Bericht, 6. Oktober, Geh. St. A. Berlin.
Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 57f.

[62]) P. Domsch, A. Ch. Weinlig, Chemnitz 1912; Gegenwart, V, 603f.; M. Klemm, Sachsen und das deutsche Problem, S. 112.

[63]) Johannes Hofmann, Das Herz der deutschen sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert, Leipzig 1923; Gegenwart, V, 602f.

[64]) Jordans Bericht, 10. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[65]) Bericht des preußischen Gesandten v. Canitz, 31. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.
Jordans Bericht, 11. Mai 1848.

[66]) Heinrich Brockhaus, Aus den Tagebüchern, I, S. 192, 22. Juni 1848; W. Lippert, Richard Wagners Verbannung und Rückkehr, S. 13; dort ist die republikanische Rede vom 14. Juni wieder abgedruckt. Sie deckt sich inhaltlich mit dem anonymen Artikel vom 12. und 15. Juni im „Dresdner Anzeiger“. Dem Deutschen Vereine war darin auch deshalb jesuitische Maxime vorgeworfen, weil er die Republik als identisch mit Anarchie bekämpfte. Wagner griff ferner die Aristokratie und die Herrschaft des Geldes im öffentlichen Leben an und trat ein für allgemeine Volkswehr; den Kommunismus verwarf er. Da Wagner als Verfasser sogleich erkannt wurde, entspann sich ein auch persönlich gehässiger Inseratenkampf im Anschluß daran. Vgl. Vossische Zeitung, 6. Dezember 1930, „Zeitungskrieg um Richard Wagner“; auch unsere Bibliographie Richard Wagner.

[67]) Bericht des preußischen Gesandten v. Canitz, 31. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des darmstädtischen Gesandten Freiherrn v. Leonhardi vom 6. Juli über die Wirkung der Leipziger Adressen in Frankfurt, A. Darmstadt.

[68]) Freiherr v. Linden an den König von Württemberg, 28. Januar 1849, A. Wien.
Der Ansicht der Frankfurter Oberpostamtszeitung, der König von Sachsen habe dem preußischen Oberhaupt beigestimmt, setzte Beust am 21. Januar ein formelles Dementi

entgegen. Die sächsische Regierung empfing eine große Anzahl Adressen gegen die preußische Hegemonie.

Reinhards Bericht, 21. Januar 1849, A. Stuttgart.

[69]) Vgl. auch Richard Freiherr v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, I, 70f. Über die Parteipresse: W. Schinke, der politische Charakter des Dresdener Maiaufstandes 1849. S. 11f.

[70]) Bericht des preußischen Gesandten, 7. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

[71]) Bericht des preußischen Gesandten, 20. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

Der Antrag Tzschirner, es möge ein Vollziehungsausschuß an Stelle der Zentralgewalt eingesetzt werden, blieb mit nur zwei Stimmen der Zweiten Kammer in der Minderheit. Gegen Preußen und seinen König wurden bei den Verhandlungen so starke Schmähungen geäußert, daß Pfordten zum preußischen Gesandten sagte: „Die Verhandlungen sind so, daß die ärgsten Feinde Deutschlands ihre Freude daran haben werden." Die Verhältnisse in Sachsen wurden bereits als sehr bedrohlich angesehen: die Frankfurter Zentralgewalt ließ durch Camphausen in Berlin fragen, ob Preußen eventuell bereit wäre, seine Truppen zur Erhaltung und Herstellung der Ruhe dort zu verwenden. Die preußische Regierung erklärte, zunächst abwarten und bei rechtzeitiger Benachrichtigung vielleicht gemeinsam mit Bayern gegen Sachsen vorgehen zu wollen, aber nur wenn dort eine üble Wendung eingetreten sei, damit im Lande selbst das Bedürfnis erkannt werde. Das Ministerium des Auswärtigen an Camphausen, 1. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

In Dresden bestand damals noch ein tiefer Widerwille gegen ein solches Eingreifen. Als der Reichskommissar für Thüringen, v. Mühlenfels, dort erschien, gab man ihm zu verstehen, man brauche in Sachsen keine „kaiserlichen" Truppen; Reinhards Bericht, 5. Februar, A. Stuttgart.

[72]) Bericht des preußischen Gesandten, 9., 10. Februar.

[73]) Gegenwart, VI, S. 618.

[74]) Vgl. Valentin, V., Baden und Preußen im Jahre 1849; Festschrift für Erich Marcks, S. 105f. Der Aufsatz beruht vornehmlich auf den Berichten des preußischen Gesandten v. Arnim.

[75]) Vergers Bericht, 29. Januar 1849, A. München, Bericht des württembergischen Gesandten in Karlsruhe, v. Wächter, 8. Januar 1849, A. Stuttgart; v. Arnims Bericht, 15. Februar, Geh. St. A. Berlin; vgl. auch W. F. Schill, Baden und die preußische Unionspolitik, 1849/50, und unsere Bibliographie Baden.

[76]) Vergers Bericht, 4. März, A. München. Die anonyme Broschüre „Baden und seine Beziehungen zur nationalen Erhebung Deutschlands" (Karlsruhe 1849, bei Braun) wurde Dusch zugeschrieben; v. Arnims Bericht, 6. Februar, Geh. St. A. Berlin.

[77]) Vergers Berichte, 23. Februar, 4. April, A. München.

Verger war ein entschiedener Anhänger von Mediatisierungen; er sah wohl, daß das Frankfurter Erbkaisertum als Schutzmacht von den Kleinstaaten angesehen und deshalb vielfach gewünscht wurde; Bayern, meinte er, solle ruhig auch eine Territorialvergrößerung Preußens fördern, „weil die Zugabe aller dieser kleinen Interessen, Prätentionen, Eifersüchteleien und Kleinkrämereien für Preußen nur eine Last und kein Gewinn wäre"; 7. April 1849, A. München.

[78]) Vergers Bericht, 2. Februar 1849, A. München.
Arnim erfuhr von dieser Unterredung 1. Februar, Geh. St. A. Berlin.
v. Wächters Bericht, 21. Dezember, A. Stuttgart.
v. Arnims Berichte, 18. Januar, 1. Februar, 15. Februar.

[79]) v. Wächters Bericht, 2. Januar 1849, A. Stuttgart.

[80]) Zur Ergänzung des von mir in der oben zitierten Arbeit benutzten Arnimschen Berichts der Originalbericht Ocerovs vom 1. Januar 1849, Zentralarchiv Moskau, ferner v. Vergers Bericht vom 5. Januar (A. München) und v. Wächters Bericht, 2. Januar (Stuttgart).

Da der preußische, der bayrische und der württembergische Gesandte übereinstimmend, als Augen- und Ohrenzeugen, schreiben, der Großherzog habe den Schutz des Kaisers Nikolaus speziell für Baden erbeten, so darf es als wohl wahrscheinlich gelten, daß Ocerov die Worte etwas ausgeschmückt hat, um seinem Souverän zu schmeicheln.

81) v. Wächters Berichte, 3., 5. Oktober 1848, A. Stuttgart.

82) Wächters Bericht, 21. Dezember 1848, A. Stuttgart.

83) Wächters Bericht, 10. Oktober 1848, A. Stuttgart.

84) Gegenwart, III, 521. Der Artikel stammt von Ludwig Häusser und ist teilweise in seine „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution" übergegangen. Vgl. unsere Bibliographie Baden.
Berichte des preußischen Gesandten v. Arnim, 18. Januar, 12., 24. Februar, 10. März 1849. Geh. St. A. Berlin.

85) v. Arnims Bericht, 17. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin.

86) v. Arnims Berichte, 21. Januar, 6. Februar, 28. März 1849, Geh. St. A. Berlin.

87) Berichte des Steuerinspektors Leenders an den Zollvereinsbevollmächtigten kgl. preußischen Oberregierungsrat v. Schierstedt, Lörrach, 5. Januar, 24. Februar 1849, Beilagen zu v. Arnims Gesandtschaftsberichten, Geh. St. A. Berlin.

88) v. Verger an den König von Bayern, 7. November 1848, A. München.

89) v. Arnims Berichte, 3. Januar, 11. Januar, 31. Januar, 5. April, Geh. St. A. Berlin.
In meiner oben angeführten Arbeit (Bibliographie Nr. 122a) ist dreitausend statt fünftausend verdruckt.

90) Dönhoffs Bericht vom 28. Mai 1848, dazu Arnims eigenhändige Bemerkung, Geh. St. A. Berlin.

91) König Wilhelm an Fürst Hohenlohe-Kirchberg, 4. Juli, 22. Oktober 1848, Z. A. Moskau.

92) Erlaß an Wächter, 4. Juli, A. Stuttgart; Gorčakovs Bericht, 18. November, Z. A. Moskau.

93) Gorčakovs Berichte, 19. Juni, 21. Juni, 30. September. Chiffrierte Instruktion an Gorčakov, Petersburg, 28. Juni 1848, Z. A. Moskau.

94) Gegenwart, VI, 99f.

95) Gorčakovs Bericht, 24. Juni, Z. A. Moskau.
G. gibt auch die Behauptung württembergischer Amtsstellen wieder: Savoye, der diplomatische Agent Frankreichs in Frankfurt, lasse erhebliche Gelder an die Stuttgarter Arbeiterschaft fließen. Bericht vom 6. Juni, Z. A. Moskau.

96) Gorčakovs Bericht, 21. September, Z. A. Moskau.
Berichte des preußischen Gesandten v. Thun, 23., 26., 28. September, Geh. St. A. Berlin. Korrespondenz des württembergischen Auswärtigen Ministeriums mit der Gesandtschaft in Karlsruhe, 22., 29. September, A. Stuttgart.

97) Bericht des Justizministeriums an den König, 21. Juli 1849, über das Septemberattentat.
Rau wurde zu „dreizehn Jahren Zuchthaus auf der Festung zu erstehen" verurteilt. Den vom Justizministerium am 27. Mai 1851 an den König gegebenen Antrag auf Begnadigung lehnte König Wilhelm ab und bestand auf Vollziehung in vollem Umfange.
Der 30jährige Schulgehilfe Johannes Herffer versuchte Rau im Februar 1851 vom Hohenasperg zu befreien; er erbat Begnadigung zu vier Monaten Arbeitshaus behufs Auswanderung nach Amerika. Der Pfarrer Haas wollte dazu die Kosten aufbringen. Das Justizministerium befürwortete das Gesuch, „da die baldige Fortschaffung dieses schlecht prädizierten vermögenslosen Subjekts, dessen künftiges Fortkommen im Vaterlande durch seine seitherige Aufführung vernichtet ist, im öffentlichen Interesse als wünschenswert erscheint". A. Stuttgart.

98) Gorčakovs Berichte, 12., 15. Juni, Z. A. Moskau.

99) Erdinger an den Geheimen Kabinettssekretär Oberjustizrat v. Gros, 18. März 1849, A. Stuttgart.

[100]) Erlaß an den Gesandten v. Wächter, 13. Juni, A. Stuttgart. Bericht des preußischen Gesandten, 13. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[101]) Bericht des preußischen Gesandten, 25. Juni, Geh. St. A. Berlin.
Erlaß des württembergischen Außenministeriums an den Bevollmächtigten in Frankfurt, 17., 20. Juni, A. Stuttgart.
Die Heilbronner Ereignisse wurden das Thema des 72 Strophen langen Revolutionsgedichtes „Die Belagerung von Heilbronn", wahrscheinlich verfaßt von dem Präzeptor am Gymnasium und Hauptmann der Bürgerwehr Friedrich Kapff.
Über die schon für die Pfingstzeit geplanten republikanischen Erhebungen an verschiedenen Orten Württembergs hat der preußische Gesandte am 8. Juni zusammenfassend berichtet. Der König erwog bereits damals Verlegung der Residenz nach dem Schwarzwaldkreis. Geh. St. A. Berlin.
Das „Neckardampfschiff" war ein scharfes demokratisches Oppositionsblatt, vgl. Moritz v. Rauch, Ein 48er Lied aus Heilbronn, Bibliographie Nr. 1301.

[102]) Römer an Duvernoy, 7. Juli, A. Stuttgart.

[103]) Gorčakovs Bericht, 15. November 1848, Z. A. Moskau.

[104]) König Wilhelm an Römer, 2. Juli:
„Ganz Deutschland ist Zeuge gewesen, wie unsere Verfassung zustande gekommen ist; sie besteht aus einem Vertrage zwischen dem Regenten und dem Volke. Wenn nun auch darüber kein Zweifel entstehen kann, daß diejenigen Verhältnisse, die im allgemeinen für Deutschland von der Volksversammlung (dem Frankfurter Parlament) festgesetzt werden, auf unsere Verfassung ihren Einfluß ausüben müssen, so steht doch der übrige Teil der Verfassung zu Recht, und dieser Vertrag kann nicht einseitig aufgehoben werden . . ."
Ebenso der Brief vom 8. Juli.

[105]) Gorčakovs Bericht, 17. Juni, Z. A. Moskau.

[106]) Römer an den König: Die Stimmung ist so entschieden, „daß ich die Stellung Ihrer Minister nicht für haltbar ansehen könnte, wenn Allerhöchstdieselben ihrer Stimme kein Gehör schenken würden." 2. Juli, A. Stuttgart.
Bericht des preußischen Gesandten, 16. November, Geh. St. A. Berlin.

[107]) Graf v. Seckendorffs Bericht, Brüssel, 18. September 1848, Geh. St. A. Berlin.

[108]) Berichte des preußischen Gesandten, 2. Februar, 16. Februar, 3. April 1849, Geh. St. A. Berlin; vgl. auch die merkwürdige Äußerung des Fürsten Waldburg-Zeil: „Wenn die Nachricht vom Siege bei Novara 24 Stunden früher in Frankfurt eingetroffen wäre, wäre keine Rede mehr von der Kaiserwahl gewesen."
Bericht des russischen Geschäftsträgers in Stuttgart, Stoffregen, an den Kanzler Nesselrode, Stuttgart, 2. April 1849, Z. A. Moskau.

[109]) Gorčakov an Paskiewič, 2. Juni 1848, Z. A. Moskau.

[110]) Gorčakovs Berichte, 15. Oktober, 13. November, 18. November 1848; im letzteren Bericht ist die bayrisch-württembergische Punktation vom Oktober 1848, München, genau wiedergegeben (vgl. Doeberl, a. a. O., S. 228). Rußland wurde also auch über diese ganz geheimen Vorgänge informiert! Z. A. Moskau. Vgl. auch den Entwurf der Übereinkunft über das Reichsverfassungsgesetz zwischen Preußen, Bayern, Württemberg von der Hand Klindworth' in: Revolutionsbriefe, ed. Hänchen, S. 250, und E. Schneider, Aus der württembergischen Geschichte S. 176, 202f.

König Wilhelm an den württembergischen Gesandten in St. Petersburg, Fürsten Hohenlohe-Kirchberg, 24. Januar, 2. April 1849; Nesselrode an Fürst Hohenlohe-Kirchberg, 22. Januar a. St. 1849. Alles Zentralarchiv Moskau. Ich lasse hier, gleichfalls aus dem Zentralarchiv Moskau, die Briefe König Wilhelms an Kaiser Nikolaus vom 15. Oktober, 18. November 1848 und 1. Februar 1849 sowie die Antwort des Kaisers vom 22. Okt./3. Nov. 1848 im Wortlaut folgen:

König Wilhelm von Württemberg an Kaiser Nikolaus, Stuttgart, den 15. Oktober 1848:

„Le phases de la première Assemblée à Frankfurt comme celle de la seconde sous la protection des gouvernements sont connues, elles sont révolutionnaires comme leur naissance: la seconde a voulu donner une forme de droit à ses résolutions en choisissant l'Archiduc Jean comme Reichsverweser, mais toujours est il vrai, que ni l'Archiduc dans ses nouvelles fonctions ni l'Assemblée dans ses nouvelles institutions, prouvées pour l'Allemagne, ne pouvaient marcher legalement sans le consentiment des differents gouvernements composant l'Allemagne présente; dans cet embarras j'ai cru devoir proposer aux rois de Prusse, Bavière, Saxe et Hannovre une convention pour nous réunir et convenir d'un arrangement mutuel à proposer au Reichsverweser pour l'état légal pour l'avenir de l'Allemagne.

Votre grande influence politique rendrait extrèmement désirable de la voir employée en Angleterre et peut-être en France pour laisser réussir une oeuvre qui garantirait l'Avenir de L'Allemagne et le consoliderait sur une base légale. Si donc ce projet pouvrait être agrée de Votre part, les instructions de Vos Ministres y contraraient et réuniraient leurs efforts pour sortir de ce débacle affreux et ce conflit perpétuel que le gouvernements ont à soutenir contre une fraction, qui en répandant tous les principes irreligieux et anarchiques de la politique, ne vise à rien moins qu'à renverser tous les Gouvernements existant."

König Wilhelm von Württemberg an Nikolaus, 18. November 1848:

„Sur la négociation que je viens d'entamer et à laquelle jusqu'à présent les Rois de Prusse et de Bavière seuls ont acquiescés, la Saxe a declaré qu'elle y entrerait dès que la chose serait plus avancé et pour le Hanovre le Roi de Prusse s'en est chargé! Vous concevrez facilement, quels obstacles nous avons à surmonter pour créer un avenir stable, privés comme nous le sommes pour le moment de toute base légale. Créer pour l'Allemagne un lieu simple et durable, éviter les fautes et les imperfections que l'acte des Congrès de Vienne nous a vait léguées et qui encore bien maladroitment exploité nous a valu la ruine si facile de l'édifice construit alors; consolider et garantir reciproquement les véritables principes monarchiques: voilà notre tâche, qui si elle réussit, doit contribuer au maintien de la paix en Europe, placés comme nous le sommes au milieu de différens Empires qui la composent . . .

Si le Gouvernement (de Berlin) reste consequent et ferme, j'ai tout lieu de croire d'après les ouvertures du Roi, que notre oeuvre pourra s'accomplir heureusement, surtout, cher Frère, si votre politique si influente partout, se déclarait contre les vues de l'Angleterre et de la France, de la dernière surtout, si interessée à ne pas voir l'Allemagne unie et forte."

Kaiser Nikolaus an den König von Württemberg, 22. Oktober / 3. November 1848:

„. . . Comme vous j'ai toujours consideré l'unité de l'Allemagne comme une garantie essentielle de maintien de la paix génerale, bien entendu que cette unité soit fondue sur des principes monarchiques et conservateurs, et non sur les doctrines subversives et une omnipotence révolutionaire que les hommes de Francfort s'efforcent à faire prévaloir dans leurs projets de Constitution pour l'Allemagne. Si l'entente que vous cherchez à établir avec plusieurs de Vos Co-états a pour but de déjouer de pareilles tendences, je ne pourrais que sincérement applaudir à Vos efforts. Pour en juger avec une intime connaissance de ceux il faudrait que je fasse mis au fait des conditions auxquelles Vous pensez que les états de l'Allemagne, les grands comme ceux d'un ordre inferieur, pourraient sans faire le sacrifice de leur indépendance admettre l'existance d'un pouvoir central dont dans certains cas déterminés d'avance les décisions séraient executoires pour tous. Veuillez vous expliquer à ce sujet en détail avec Gortschakoff . . . Il me fera part de vos idées et je vous exposerai avec franchise mes opinions et nos voeux à cet égard. Une fois la Constitution de l'Allemagne établi sur des bases solides et raisonnables, je serai le premier à la faire valoir appuyer là ou besoin sera."

[111]) Weisungen an Sternenfels, 15. Januar und 11. Februar 1849, A. Stuttgart.

[112]) Freiherr v. Lindens Bericht, 12. März, A. Stuttgart.

[113]) Römer an König Wilhelm, 15. Dezember 1848:
„Bayern sorgt nur für sich, ohne zu bedenken, daß, wenn es auch der Seelenzahl nach größer ist als Württemberg, seine Intelligenz weit unten steht. Privatvorschläge von Bayern, das ich für durchaus perfid halte, dürften nur mit größter Vorsicht aufzunehmen sein.“ A. Stuttgart.

[114]) Archiv Stuttgart.

[115]) Römer an König Wilhelm, Frankfurt, 31. März 1849, A. Stuttgart.

[116]) Depeschen und Handschreiben (darunter ein vertrauliches, unter Kaufmannsadresse zu befördern) König Wilhelms an den württembergischen Gesandten in Berlin, Reinhard, 1. März, 6., 16. März 1849, A. Stuttgart.

[117]) Gegenwart, X, S. 35.
Über die Lehensablösung vgl. die Broschüre „Zeitgemäße Worte an die leibrechtig-grundbaren Landeigentümer“, Passau 1848, Staatsbibliothek München.

[118]) Vgl. die ungedruckte Arbeit von Hermann Maul, die Entwicklung des bayrischen Wahlrechts von 1818—1848. Maschinenschrift, Stadtarchiv Kempten. Der Verfasser, geb. 1891, Assistent am Historischen Seminar der Universität München, hat diese Arbeit 1920 als Dissertation eingereicht und verunglückte unmittelbar darauf in den Allgäuer Bergen. Er bereitete auch, als Sohn eines Landgerichtsdirektors in Kempten besonders berufen, ein Buch vor über „Die Bewegung von 1848/49 und das Allgäu, mit Vor- und Rückblick von 1815—1870“. Das umfangreiche Material, das er gesammelt hat, besteht aus Auszügen aus Chroniken und Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen, Vereinsakten, Petitionen und Adressen, Zeitungsnummern, Flugschriften, Exzerpten aus der Literatur, Archivalien der Gemeinden und Pfarreien. Die gründliche und systematische Art, mit der Maul sich seinem Thema widmete, war vielversprechend. Der Nachlaß ist mir vom Stadtarchiv in Kempten in dankenswerter Weise zur Einsicht und Benutzung zur Verfügung gestellt worden. Es wäre gut, wenn sich bald ein Allgäuer Forscher fände, der diese Arbeit eines zu früh Verstorbenen ganz auswerten und zur Druckreife fertigstellen könnte.

[119]) Bericht des preußischen Gesandten, 10. Juni 1848, Geh. St. A. Berlin.

[120]) Verzeichnet bei Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 318.

[121]) Brunner, Politische Bewegungen in Nürnberg, 1848/49, S. 69f.
Bericht des preußischen Gesandten, 19. Juli 1848, Geh. St. A. Berlin.

[122]) Artikel der Neuen Münchener Zeitung, 25. August 1848:
„Bayern und die Wähler“, Beilage zu den preußischen Gesandtschaftsberichten, Geh. St. A. Berlin.

[123]) Bockelbergs Berichte, 29. August, 6. September, 3. Oktober 1848, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an das württembergische Ministerium, 30. August, A. Stuttgart.

[124]) In einer Broschüre von Wülzburg: „Brief eines ausgewanderten Deutschen an den Fürsten Öttingen-Wallerstein“, Augsburg 1848, wurde dem Fürsten sein Sündenregister vorgehalten. Staatsbibliothek München. Ebendort die Schrift des Fürsten selbst: „An diejenigen meiner Mitbürger im Reiche, welche sich gewöhnlich nicht viel mit Staatsgeschäften abgeben“, von Ludwig Fürsten von Öttingen-Wallerstein, Nördlingen 1848, C. H. Beck. Er gemahnt an die „große deutsche Erinnerung“, die sich an Nördlingen knüpft: von der Bürgerwehr dieser Stadt gingen am 14. Dezember 1813 die ersten freiwilligen Meldungen aus. Die Nördlinger Bürger haben damals zuerst gesagt: „Wo es Deutschlands Ruhm und Ehre gilt, kennen wir keine bayrischen Grenzen.“ Man sieht, wie hier das deutsche Nationalgefühl gegen bayrische Sonderstaatlichkeit erweckt wird. — Wallerstein wurde auch ein dankbarer Gegenstand für Karikaturen. Eine zeigt ihn in abgerissener Kleidung, mit großem Ordensbande, die Trikolore schwingend; dazu der Ausruf: „Es lebe das Proletariat!“
Die Flugschriften, die Fürst Öttingen-Wallerstein während der Revolutionszeit herausgab, sind bei Wentzcke verzeichnet; Kritische Bibliographie usw., Nr. 355, 356, 658, 821, 825.

[125]) Bei Waibels Tod 1862 widmeten 49 nach der Revolution ausgewanderte Allgäuer ihrem Mitkämpfer ein ergreifendes Gedenkblatt. Vgl. J. Rottenkolber, Balthasar Waibel, Vortrag im Historischen Verein Allgäu, 7. November 1927. A. Kempten. Rottenkolber hat auch über den Allgäuer Abgeordneten im Frankfurter Parlament Gymnasialprofessor Johann B. Haggenmüller (1792—1862), den Geschichtsschreiber Kemptens, eine Studie veröffentlicht. (Allgäuer Geschichtsfreund N. F., Nr. 25, 1926.) Weiteres Material, auch ein Originalbrief Haggenmüllers aus Frankfurt, befindet sich im Nachlaß Mauls. Vgl. Anm. 118.

[126]) Graf Degenfelds Bericht, 1. Juni 1848, A. Stuttgart.

[127]) Graf Degenfelds Bericht, 16. Juni 1848, A. Stuttgart.

[128]) v. Bockelbergs Bericht, 29. August, Geh. St. A. Berlin.

[129]) v. Bockelbergs Bericht, 25. August, Geh. St. A. Berlin.

[130]) Graf Degenfelds Bericht, 22. August, Geh. St. A. Berlin.
Bockelbergs Bericht, 12. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[131]) Die Konstituierung des Bauhofklubs usw., Sendschreiben an die verehrlichen Mitglieder des Klubs von Dr. Karl Riedel aus Oberfranken, München 1848. Staatsbibliothek München. (Bei Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 275.)

[132]) Münchener Staatsbibliothek. Bei der Berliner Novemberkrise forderte der „Vorwärts" zu Geldspenden für die Demokraten auf.

[133]) v. Bockelbergs Berichte, 19. September, 1. Oktober, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des österreichischen Gesandten, 27. September, A. Wien.

[134]) Graf Degenfelds Bericht, 26. Juni, A. Stuttgart.

[135]) Graf Degenfelds Berichte, 21. Juni, 10. Juli, 12. August, 9. September, 11. Oktober 1848, A. Stuttgart.

[136]) Graf Luxburgs Bericht, 16. April 1849, A. München.

[137]) v. Bockelbergs Bericht, 21. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[138]) Graf Degenfelds Bericht, 18., 19. Oktober, A. Stuttgart.
v. Bockelbergs Bericht, 18. Oktober, Geh. St. A. Berlin. Gegenwart, X, S. 69.

[139]) Beilage zu Ocerovs Bericht, 19. Oktober, Z. A. Moskau. Die Allgemeine Zeitung druckte das „Schandblatt" zur Warnung ab; v. Bockelbergs Bericht, 1. Oktober, Geh. St. A. Berlin.

[140]) „Es brennt! Ihr Bürger und Landleute! Helft löschen! Vom Verfasser des Büchleins: An die Bürger und Landleute von wegen einer deutschen Republik", Augsburg 1848, Verlag A. Herzog, Münchener Staatsbibliothek.

[141]) Graf Degenfelds Bericht, 23. Juni, A. Stuttgart.

[142]) Graf Degenfelds Berichte, 24., 27. Juni, A. Stuttgart.

[143]) Graf Degenfelds Berichte, 3., 6. Juli, A. Stuttgart.

[144]) Graf Degenfelds Bericht, 21. Juni, A. Stuttgart.
v. Bockelbergs Bericht, 21. Juni, A. Stuttgart.

[145]) „Unerhörte Freveltat, verübt an einem Geistlichen der k. Kirche zu München, am Tage Mariä Geburt, 8. September 1848", Staatsbibliothek München. Ebenfalls dort eine Gegenschrift unter dem Titel „Ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt", Passau 1849. Graf Degenfelds Bericht, 8. September, A. Stuttgart.

[146]) Bayerns errungene Freiheiten und der Ultramontanismus, München 1848, bei Chr. Kaiser, Münchener Staatsbibliothek.

[147]) „Manifest der bayrischen Ultramontanen", München 1848, bei Chr. Kaiser. Münchener Staatsbibliothek.

[148]) „Die Umtriebe in Bamberg und das Benehmen seiner Bewohner"; Bamberg, 14. Mai 1848, Graf Degenfelds Bericht, 22. Oktober, A. Stuttgart.

[149]) v. Bockelbergs Berichte, 24., 25. Dezember 1848, Geh. St. A. Berlin; Graf Degenfelds Bericht, 21. Dezember, A. Stuttgart.

[150]) v. Bockelbergs Bericht, 22. November, Geh. St. A. Berlin.

[151]) Alles auf der Münchner Staatsbibliothek.

[152]) v. Bockelbergs Berichte, 1., 24. Dezember 1848, 25. Januar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[153]) v. Bockelbergs Berichte, 24., 30. Januar 1849.

Graf Degenfelds Bericht, 8. März 1849, A. Stuttgart. Graf Degenfeld berichtet Anfang März, daß 1123 Adressen gegen die unbedingte Anerkennung der Grundrechte, besonders gegen die Gewerbefreiheit, eingingen (vom 20. Januar bis 1. März 1849) — von allen konstitutionell-monarchischen Vereinen, von den Piusvereinen, den Bürgerausschüssen und Gewerbetreibenden auf dem Lande; 461 Adressen sprachen sich für unbedingte Anerkennung der Grundrechte aus, besonders aus Franken, Schwaben, der Pfalz; neben dem Vaterlandsverein München die deutschen Vereine von Erlangen, Augsburg, der Konstitutionelle Verein Nürnberg, der Kitzinger Lehrerverein, die Volksvereine Nördlingen, Kempten, Kaiserslautern.

[154]) v. Bockelbergs Bericht, 6. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

[155]) v. Bockelbergs Bericht, 20. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfelds Bericht, 5. Februar, A. Stuttgart.
v. Bockelbergs Berichte, 17. Januar, 11. Februar, 18. März, Geh. St. A. Berlin.

[156]) v. Bockelbergs Berichte, 18. Januar, 15. Februar, 3. März, 19. März, Geh. St. A. Berlin.

Die Broschüre „Preußens Politik und seine Stellung zur deutschen Sache", die Preußen scharf angriff, wurde vom preußischen Gesandten zuerst dem Herausgeber der Realenzyklopädie für Deutschland, Dr. Binder, zugeschrieben, hinter dem man den sich seit dem Revolutionsbeginn in München aufhaltenden Hofrat Jarcke vermutete; sie stammte aber von dem Bamberger Archivar Dr. Constantin Höfler, einem nach Abels Sturz aus München entfernten Professor. Er schrieb auch: „Bayern, sein Recht und seine Geschichte", Regensburg 1850 (bei Wentzcke, a. a. O., Nr. 827).

[157]) Dr. Franz Wild, Das Arbeiterbankett in München, 24. Februar 1849, den Arbeitern gewidmet, München 1849. Ein Exemplar liegt den Berichten des preußischen Gesandten bei.
Graf Degenfelds Bericht, 27. März, A. Stuttgart.

[158]) v. Bockelbergs Berichte, 13., 17. März, Geh. St. A. Berlin.

[159]) v. Bockelbergs Berichte, 3., 13. März, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfelds Bericht, 10. März, A. Stuttgart.

„Das griechische Anlehen", ein Beitrag zur Geschichte der Konstitution in Bayern, Vortrag des Abgeordneten Kolb aus Speyer, München 1849. Erst 1850 konnte die leidige Sache als erledigt erklärt werden. König Ludwig übernahm die Schuld auf seine Privatkasse. Das war die Bedingung für den Eintritt v. d. Pfordtens ins Ministerium. König Ludwig benachteiligte aber noch zum Schlusse die bayrische Staatskasse dadurch, daß er mit Wertpapieren zum Nennwert zahlte, die 20 Prozent unter pari standen — ein blamabler Abschluß dieser ganzen blamablen Angelegenheit.
v. Bockelbergs Berichte, 15. Mai, 4. August 1849, Geh. St. A. Berlin.

[160]) Ringelmanns Ernennung veranlaßte die Broschüre „Votum zur hohen Kammer der bayrischen Abgeordneten nebst einer Anfrage an den Ministertisch von einem Altbayern", Regensburg 1849, Staatsbibliothek München.

[161]) Graf Thun, österreichischer Gesandter, an Fürst Schwarzenberg, 27. März, A. Wien.

[162]) v. Bockelbergs Berichte, 14. März, 13. April, Geh. St. A. Berlin.

[163]) Graf Thuns Bericht, 12. April, A. Wien.

[164]) Graf Thuns Berichte, 15. März, 17. März, 19. März, 29. März, 30. März, 2. April, 4. April, A. Wien.
Doeberl, a. a. O., S. 225, 263.

[165]) v. Bockelbergs Berichte, 22. März, 13. April, Geh. St. A. Berlin.

[166]) v. Bockelbergs Berichte, 1., 4., 7., 11. April, Geh. St. A. Berlin.

[167]) Gegenwart, X, 102.

[168]) Die von Doeberl, a. a. O., S. 173 angeführten Stimmungsberichte der bayrischen Regierungspräsidien sind eine mit sehr großer Vorsicht zu benutzende Quelle; die Einstellung auf die Münchner Auffassung der Lage verrät sich doch recht deutlich. Der Nachlaß Hermann Mauls (vgl. Anm. 118) enthält eine Reihe von Zeugnissen für die der Reichsverfassung günstige, immer zunehmende Volksbewegung in Schwaben und Neuburg.

[169]) v. Bockelbergs Bericht, 4. April, Geh. St. A. Berlin.

[170]) Staatsbibliothek München. Ebendort befindet sich auch die reichlich grobe „Romanze vom größten deutschen Sprecher, wie er Kaiser werden will".

Hinter Friedrich Wilhelm IV., der die schwarz-rot-goldne Fahne schwingt, ist da der trommelnde Tod zu sehen, darüber die Geister der Gefallenen.

Der Münchener „Punsch" brachte am 1. April unter der Überschrift „Entzweite Staaten von Deutschland" folgende Aprilneuigkeiten:

„Österreich mag nicht, Bayern kann nicht, Württemberg will nicht Baden darf nicht . . .

Friedrich Wilhelm IV. wird Kaiser von Lippe-Schaumburg. Grade heut' ist es ein Jahr, daß man ihn auf dem Dultplatz in München als Strohmann verbrannte, heute heißt es: ‚Zum Teufel ist das Stroh — der Kaiser ist geblieben'."

[171]) Münchner Staatsbibliothek.

VIII. Der Bürgerkrieg um die Reichsverfassung

[1]) Vgl. Franz Schnabel, Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland, S. 11f. Unsere Bibliographie: Katholische Bewegung zu Buß; vgl. Wentzcke, Kritische Bibliographie Nr. 851, 881, 995.

[2]) v. Arnims Bericht, 9. September 1848, Geh. St. A. Berlin.

[3]) Bericht vom 19. August 1848, A. München.

[4]) Fritz Vigener, Ketteler, bes. S. 722f.

[5]) Gegenwart, X, 73; Roth und Merck, II, S. 134.

[6]) Gegenwart, VIII, 701.

[7]) Vgl. Georg Weerth, der Dichter des Proletariats, von Karl Weerth, S. 53. Ferner Gustav Mayer, Engels, S. 352f.

[8]) Quarck, a. a. O., S. 199.

[9]) Vgl. die Schrift: An unsere Mitbürger auf dem Lande, von C. Mayer, Eßlingen, herausgegeben vom Landesausschuß Stuttgart, Ende Dezember 1848; mit einem Anhange, enthaltend Programm und Statuten des Märzvereins, Stuttgart 1848. Der Märzverein wird darin als „Verein der Märzerrungenschaften" erklärt; das Parlament in Frankfurt habe versagt; vor 300 Jahren seien die Bauern in Schwaben und Franken auf einmal aufgestanden; man wolle keinen preußischen Kaiser. „Zu allen den vielen Potentaten noch einen obersten Potentaten und Großmogul? Dann gute Nacht Freiheit!"

Beilage zum Bericht des russischen Geschäftsträgers v. Stoffregen, Stuttgart, 3. Januar 1849, Z. A. Moskau.

Ferner: Gegenwart, V, 501; Valentin, V., Frankfurt und die Revolution, S. 402.

[10]) Bericht des preußischen Gesandten in Weimar, 12. Dezember 1849; Geh. St. A. Berlin.

Berichte des preußischen Gesandten in Stuttgart, 6. Januar, 10. Februar 1849, Geh. St. A. Berlin.

Berichte des preußischen Gesandten in Karlsruhe, 18. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.

Hugo Geßner, Der Zentralmärzverein, München 1850; in Wentzckes Kritischer Bibliographie usw., Nr. 894; andere Flugschriften über den Märzverein ebendort, Nr. 530, 531; die Schrift G. Pfizers, Nr. 524.

[11]) Bericht des preußischen Gesandten v. Thile, 4. April, Geh. St. A. Berlin.

[12]) Bericht des Reichsgesandten v. Drachenfels, 30. April 1849, A. Frankfurt.

[13]) Prokeschs Berichte, 4., 5. April, A. Wien.

[14]) Berichte des bayrischen Geschäftsträgers Grafen Paumgarten, 6. und 9. April, A. München.

[15]) Prokeschs Berichte, 7., 8., 9., 12. April, A. Wien.

[16]) Bericht vom 4. April, A. München.

[17]) Bericht des württembergischen Gesandten Freiherrn v. Linden, 16. März, A. Stuttgart.

[18]) Prokeschs Bericht über ein Gespräch mit dem belgischen Gesandten in Berlin, Nothomb, 3. April, A. Wien.

[19]) Schwarzenbergs Erlaß an Prokesch, 5. April, abgedruckt bei Brandenburg, a. a. O., S. 364, vgl. auch S. 222f. und die andern veröffentlichten Aktenstücke, S. 366f.
Leonhardis Bericht, 12. April, A. Darmstadt.

[20]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 14. April 1849, A. Frankfurt.
Die gemeinsame Note: Roth und Merck, II, 480; Camphausens Berichte, 15., 16., 17., 23. April, Geh. St. A. Berlin.

[21]) Prokeschs Bericht, 17. April, A. Wien.

[22]) Prokeschs Bericht, 19. April, A. Wien; Lerchenfelds Bericht, 19. April, A. München
Reinhards Bericht, 20. April, A. Stuttgart.

[23]) Prokeschs Bericht, 25. April, A. Wien.

[24]) Prokeschs Berichte, 21., 22., 24., 25. April, A. Wien.
Auch Camphausen bestätigt, daß Preußen sich durch Gagerns Erklärungen im Parlament vom 25. April aufs äußerste kompromittiert fühlte. Bericht vom 25. April, Geh. St. A. Berlin.

[25]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 26. April; über Zweck und Umfang des Auftrages Beilage A, die Vollmacht Beilage B, A. Frankfurt.

[26]) Camphausens Berichte, 2., 5. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[27]) Camphausens Berichte, 7., 8. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[28]) Gagerns Depesche im A. Frankfurt; dazu die Berichte v. Kamptz' aus Frankfurt und die Berliner Erlasse an ihn: 2. Mai, 6. Mai, 7. Mai, Geh. St. A. Berlin.
Graf Lerchenfelds Bericht, 11. April, A. München.

[29]) Eine nicht gerade schmeichelhafte Charakteristik des Parlamentariers Radowitz bringt die Augsburger Postzeitung am 1. September: Er hat alle Parteien der Frankfurter Nationalversammlung hintergangen, er hat sich der Anschauung und dem Sprachgebrauch der Linken angeschmiegt, er hat die Partei Gagern schmählich und lächerlich hingehalten usw. Beilage zu Bockelbergs Bericht, Geh. St. A. Berlin.

[30]) Vgl. den Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Nikolaus I., bes. Friedrich Wilhelm an Nikolaus, 3. Mai 1849; Nikolaus an Friedrich Wilhelm, 28. April, 10. Mai 1849 (zwei Briefe), herausgegeben von W. Andreas, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, XLIII, S. 139f.

[31]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 3. Mai, 7. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin.
Prokeschs Bericht, 1. Mai, A. Wien. Prokesch hat selbst die zwei Fassungen gelesen. Zuerst hieß es: „alle Maßregeln zu ergreifen, wodurch die Annahme der Verfassung zu erzielen sein würde". Dann lautete es: „alles, was zur Annahme der Verfassung bestimmen könne, vorzutragen". Ebenso Leonhardis Bericht, 29. April, A. Darmstadt.

[32]) v. Kamptz' Bericht, 6. Mai, Geh. St. A. Berlin; Leonhardis Bericht, 6. Mai, A. Darmstadt.
Den volkstümlichen Widerhall der Aufrufe stellt ein scharf gegen die fünf Könige wetterndes Flugblatt dar (bei August Stritt, Frankfurt a. M.).
„Extra Beilage zu den Rosengässer Flugblättern — Vorwärts!"
Ebendort ist ein grobianisch derbes Flugblatt in Versen: „Aprilnarrenstreiche" gegen Preußen und Friedrich Wilhelm IV., mit antisemitischer Spitze gegen Simson, erschienen.

Das undatierte und nicht unterzeichnete Flugblatt mit dem Hinweis auf den Reichstagsbeschluß vom 9. Oktober hat Leonhardi seinem Bericht vom 11. Mai beigelegt, A. Darmstadt. Das Frankfurter Parlament wurde bekanntlich seit der Wahl des Reichsverwesers auch Reichsversammlung oder Reichstag genannt.

[33]) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 8. Mai, nebst Beilage, A. Frankfurt; v. Kamptz' Bericht, 9. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[34]) Prokeschs Bericht, 29. April, A. Wien.

[35]) Prokeschs Berichte, 14., 18., 19. Mai, A. Wien.

[36]) v. Kamptz' Berichte, 11., 12., 15., 17., 18., 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[37]) Grävell hatte dem Reichsverweser eine Denkschrift vorgelegt: „Mein Glaubensbekenntnis, angehend den politischen Zustand Deutschlands", und war daraufhin auf Detmolds Empfehlung zum Reichsminister des Innern berufen worden. Die Denkschrift ließ er drucken. 300 Exemplare übersandte er dem preußischen Bevollmächtigten v. Kamptz; der schickte sechs Exemplare nach Berlin und fragte an, was mit den übrigen geschehen sollte!

v. Kamptz' Bericht, 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.

Auch alle andern Bevollmächtigten erhielten eine große Anzahl Exemplare zum Zwecke der Verteilung; Grävell an den Frankfurter Bevollmächtigten Souchay, 20. Mai, Senatsakten, Stadtarchiv Frankfurt.

[38]) v. Kamptz' Bericht, 24. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[39]) Vom Gemeinderat der Stadt Heidelberg kam am 22. Mai eine Einladung, das Parlament möge seine Sitzungen weiter in der großen Aula der Universität abhalten — es sei für die Bürgerschaft Heidelbergs die höchste Ehre. A. Frankfurt.

[40]) König Maximilians Brief, A. München; Biegelebens Denkschrift, A. Stuttgart. Berichte des preußischen Bevollmächtigten v. Kamptz, 30. Mai, 3. Juni, 19., 20., 22. Juni, Geh. St. A. Berlin; Erzherzog Johann an Grävell, 1. Juni (Ablehnung seines Demissionsgesuches); Note der Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, 3. Juni; Antwort des Fürsten Wittgenstein, 5. Juni, A. Frankfurt.

[40a]) Fürstlich Leiningensches Archiv, Amorbach. Je ein Exemplar von Projekt I, II und IV befindet sich, dank freundlicher Schenkung der fürstlich Leiningenschen Archivverwaltung, in meinem Besitze. Ich nehme an, daß Fürst Karl Leiningen diese Blätter hat herstellen lassen. In anderen Sammlungen oder Archiven sind sie mir nicht begegnet.

[41]) Jochmus an Wittgenstein, 10., 11. Juli 1849, Wittgenstein an Rechberg, 3. Juli 1849; Vollmacht für Legationsrat L. v. Biegeleben für seine Verhandlung mit den Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg vom 9. September 1849, A. Frankfurt. Leonhardis Bericht, 10. September 1849, A. Darmstadt.

Vgl. Hans v. Zwiedeneck-Südenhorst, Eine deutsch-österreichische Bundesakte usw. Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, 1907, Ergänzungsband 7.

[42]) Festlieder der deutschen Arbeiterverbrüderung, zum 18. März 1849, Märkisches Museum.

[43]) Märkisches Museum.

[44]) In der Eingabe der Königsberger Stadtverordneten an das Frankfurter Parlament vom 3. April heißt es: „Mit riesenhafter Anstrengung haben Sie jetzt die deutsche Reichsverfassung aufgerichtet, einen Bau, wie er nimmer von Vertretern eines Volkes zusammengefügt worden ist. Auf den Gipfel dieses Domes haben Sie die konstitutionelle Kaiserkrone der Deutschen erhoben, das glänzende Symbol der deutschen Einheit usw." A. Frankfurt. Der Konstitutionelle Verein von Aachen-Burscheid hat am 7. April eine Zustimmungsadresse an das Frankfurter Parlament gerichtet; die Abschrift ging direkt an König Friedrich Wilhelm IV., zugleich mit der Bitte, die Reichsverfassung jedenfalls anzunehmen. A. Frankfurt.

[45]) Gustav Mayer, Friedrich Engels, I, S. 355f. Abdruck der den „Bürger F. Engels" betreffenden Bekanntmachung des Elberfelder Sicherheitsausschusses vom 14. Mai 1849, S. 425; er ist bereits veröffentlicht in der von Mayer nicht benutzten Darstellung: Dr. K. Th. Beltz,

Elberfeld im Mai 1849, die demokratischen Bewegungen im Bergischen und der Grafschaft Mark, Elberfeld und Iserlohn (1849). Julius Bädeker, vgl. ferner: C(arl) Hecker, Abgeordneter zur Ersten Kammer, Der Aufstand in Elberfeld im Mai 1849, Elberfeld und Iserlohn (1849), im gleichen Verlage. Sammlung Dr. H. Waldeck.

[46]) Friedländersche Sammlung der Berliner Stadtbibliothek.

[47]) Friedländersche Sammlung. Stiftung des Treubundes für Frauen und Jungfrauen am 17. Juli; das Blatt erscheint zuerst im August. Es bestand auch eine „Gesellschaft patriotischer Frauen", die z. B. eine gegenrevolutionäre Schrift mit einem Preise auszeichnete (Der Besuch im Vaterhause, ein Gespräch zwischen einem Vater und seinem Sohn, Berlin 1849). Graf Otto Schlippenbach hatte wegen seiner Haltung allerlei spöttische Angriffe erfahren. Über Schlippenbach vgl. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 173, 175, 211. Flugschriften über den Treubund, im ganzen zwölf ebendort, S. 134/35.

[48]) „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten" (anonym erschienen), Berlin, Verlag der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei, Ende November 1848. Eine Antwort auf den Aufruf des Königs „An mein Volk" gibt in bitterer Erinnerung an 1813 „Einer aus dem preußischen Volke an den König", in einem bei August Stritt, Frankfurt, Anfang Mai erschienenen Flugblatt.

Beilage zu Leonhardis Berichten. A. Darmstadt.

[49]) „Die Verfassung aus Frankfurt und der Preußische Staat", Berlin 1849, gedruckt bei Julius Sittenfeld. Sammlung Dr. H. Waldeck.

[50]) „Warum konnte der König von Preußen die von der Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung und die mit ihr zugleich ihm angebotene Kaiserkrone nicht unbedingt annehmen?" Zweite Auflage, Berlin 1849, Druck und Verlag von Brandes und Schultze.

Friedländersche Sammlung, auch Sammlung Dr. H. Waldeck.

[51]) „Armeebefehl", Flugblatt, datiert 16. Mai 1849. Friedländersche Sammlung.

[52]) Berichte des preußischen Gesandten, 19. März, 1., 4., 6., 10., 18. April 1849, Geh. St. A. Berlin.

[53]) Berichte des preußischen Gesandten, 20. April, 2., 5., 8., 12. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin. Gegenwart, X, 641.

Über Theodor Althaus und sein trauriges Ende vgl. Dora Wegele, Th. Althaus und Malvida v. Meysenbug, Meinecke-Festschrift, S. 36f. sowie die dort angegebene Literatur.

[54]) Geheimes Staatsarchiv Berlin. In einer zweiten Note vom 30. Mai beharrte Oldenburg grundsätzlich auf seinem Standpunkt.

[55]) Berichte des auch in Braunschweig beglaubigten preußischen Gesandten in Hannover, 22., 23., 25. Mai, 3. Juni, Geh. St. A. Berlin.

Eine Eingabe des vaterländischen Vereins Braunschweig vom 7. April an das Frankfurter Parlament tritt für unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung ein. Der Ausschuß des Volksvereins in Birkenfeld am 14. März bittet das Frankfurter Parlament, an dem Prinzip der Volkssouveränität festzuhalten und das Prinzip der Vereinbarung nicht zu dulden. A. Frankfurt.

[56]) v. Thiles Berichte, 7. April, 14. April, 10. Mai, Geh. St. A. Berlin.

König Ernst August schrieb an seinen Gesandten in Wien einen Brief über das Dreikönigsbündnis, der dessen ganze Schwäche zeigt. Der österreichische Gesandte in München, Graf Thun, bestärkte durch Verwertung einer Abschrift dieses Briefes den bayrischen Widerstand.

„Comment Brandenburg a-t-il osé publier en mon nom un projet de constitution que je désapprouve entièrement, auquel je ne souscrirerai jamais. J'ai toujours été d'avis que sans l'Autriche l'Allemagne est une fable; je le dis hautement et je veux que'on le sache. C'est cet infâme Radowitz, ce démon de la Prusse, qui a baclé tout ceci; mais si le Prince Schwarzen-

berg croit que je puisse être contre l'Autriche et souscris une constitution que j'ai rejeté d'abord, il se trompe et je le lui ferai dire."
Beilage zu Graf Thuns Bericht, 21. Juni, A. Wien.

[57]) v. Thiles Berichte, 13., 22. Mai, Geh. St. A. Berlin. — Gegenwart, VI, 573.

[58]) Reinhard an den König von Württemberg, Berlin, 2. März, 20. April 1849, A. Stuttgart; v. Lindens Bericht, Wien, 24. Februar, A. Stuttgart.

[59]) Gegenwart, VI, 626. Als Beispiel für die revolutionäre Gesinnung der sächsischen Vaterlandsvereine mag die Eingabe des Chemnitzer Bezirksvereins an das Frankfurter Parlament gelten, der rund 2000 Mitglieder zählte. A. Frankfurt. Für das Folgende: Walter Schinke, Der politische Charakter des Dresdener Maiaufstandes usw. Bibl. Nr. 1486.

[60]) Berichte des preußischen Gesandten, 28. April, 1. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[61]) Abgedruckt bei A. v. Montbé, Der Maiaufstand in Dresden, auszugsweise bearbeitet nach offiziellen Quellen, Dresden 1850, S. 26f. Der Arbeiterverein macht charakteristische Vorbehalte: er könne der Reichsverfassung nicht in allen Punkten beistimmen, in bezug auf die materielle Wohlfahrt sei noch viel zu tun übrig; aber er könne es nicht gleichgültig ansehen, „wenn an dem wenigen, was uns die Frankfurter Professorenweisheit bot, noch gemäkelt und gemarktet werden soll, wenn uns die Herren von Gottes Gnaden dieses wenige ganz vorenthalten wollen, wenn auf diese Art der glorreichen Erhebung des vorigen Jahres offen ins Gesicht geschlagen, der Konterrevolution die Krone aufgesetzt wird".

[62]) Bericht des preußischen Gesandten, 3. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin.

[63]) Vgl. Michael Bakunins Beichte aus der Peter-Pauls-Festung, herausgegeben von Kurt Kersten, S. 58, die freilich mit einiger Vorsicht zu benutzen ist. Über die Pläne gegen Rußland vgl. unsern Text S. 183; sie hat er dem Kaiser Nikolaus nicht gestanden. Bakunins Brief an seine tschechischen Freunde vom 30. April, den Röckel überbrachte, druckt Montbé ab, a. a. O., S. 4. Bakunins Rolle wird von W. Schinke unterschätzt. Über Bakunins Berliner Aufenthalt vgl. Varnhagen von Ense, Tagebücher V, 130.

[64]) Bericht des preußischen Gesandten, 3. Mai, Geh. St. A. Berlin.
Montbé, a. a. O., S. 84f.

[65]) Über Wagners Beteiligung vgl. W. Lippert, a. a. O., S. 16 und 214f., und die daselbst gegebenen Nachweise: dort ist auch der Brief Wagners an seinen Freund Kapellmeister Röckel in Faksimile wiedergegeben, durch den er ihn zur Rückkehr von Prag nach Dresden auffordert. Röckel war einer der tätigsten Revolutionäre; sogar seine Möbel hat er verkauft, um Geld für Bakunin zu schaffen.

[66]) Bericht des preußischen Gesandten, 5. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[67]) Gegenwart, VI, 650. Der preußische Gesandte berichtet am 6. Mai, daß um 2 Uhr nachmittags bekanntgemacht worden sei: „Jeder mit den Waffen in der Hand ergriffene Aufrührer wird erschossen!" Geh. St. A. Berlin. Dies bestätigt v. Meyerinck, Rückblick auf die Maitage 1849 in Dresden, Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine, 1897, Heft 1—3, S. 247. Waldersee verschweigt es!

[68]) Bakunin schreibt in seiner Beichte (a. a. O., S. 89): „Einige kommunistische Barrikadenführer waren auf den Gedanken gekommen, Dresden niederzubrennen, und zündeten in der Tat einige Häuser an. Ich habe niemals einen solchen Befehl gegeben. Übrigens wäre ich auch damit einverstanden gewesen, wenn ich geglaubt hätte, man könnte die sächsische Revolution durch eine Feuersbrunst retten. Ich habe nie begreifen können, weshalb Häuser und leblose Dinge beklagenswerter sein sollen als Menschen. Die sächsischen wie die preußischen Soldaten machten sich ein Vergnügen daraus, auf unschuldige, aus den Fenstern heraussehende Frauen zu schießen, und niemand war darüber erstaunt. Als aber die sächsischen Demokraten zu ihrer eigenen Verteidigung ein Haus anzündeten, schrien alle über Barbarei." Mir scheint hier eine psychologisch geschickt auf Kaiser Nikolaus berechnete Ableugnung vorzuliegen.

[69]) Bericht des preußischen Gesandten, 7. Mai, Geh. St. A. Berlin. Auch württembergische Reichstruppen wurden fälschlich angesagt.

[70]) Berichte des preußischen Gesandten, 8., 10. Mai, Geh. St. A. Berlin. Danach sind auch zwei galizische Geistliche in geistlicher Tracht, das Kruzifix in der Hand, gefangengenommen worden. Über Stephan Borns Anteil vgl. seine Erinnerungen, S. 206f.

[71]) Vollmacht vom 4. Mai 1849, A. Frankfurt; Bericht des preußischen Gesandten, 6. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[72]) Berichte des preußischen Gesandten, 18., 30. Mai, 22. Juni, 23. August, Geh. St. A. Berlin.

[73]) Vollmachten für Watzdorf und Briegleb vom 6. bzw. 7. Mai, A. Frankfurt. Bericht des preußischen Gesandten vom 10. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[74]) Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 2. Mai, A. Stuttgart; Graf Thuns Bericht, 2. Mai, A. Wien; v. Bockelbergs Bericht, 2. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[75]) v. Bockelbergs Bericht, 27. April, Geh. St. A. Berlin.
Graf Thuns Bericht, 24. April, A. Wien.

[76]) Das Zitat bei Doeberl, a. a. O., S. 17f., gibt nicht die ganze Adresse wieder. Wesentliche Abschnitte sind weggelassen; am Schlusse heißt es: „Sie (die Reichsverfassung) öffnet unser Land den brot- und arbeitslosen Schwärmen norddeutscher Übervölkerung. ... Zu dem Landheer tritt die Flottensteuer für eine kleine deutsche Marine an den Nordküsten, zum größten Schaden des süddeutschen Handels durch den Verlust der österreichischen Seemacht ... Die Interessen Bayerns und des verstümmelten Süddeutschland werden durch sie (die Reichsverfassung) bei allen Abstimmungen von derselben norddeutschen Majorität überstimmt werden. Sie mediatisiert nicht nur unsere Fürsten, sondern auch unsere Landtage."

Ich benutze das den Berichten Leonhardis beiliegende Exemplar (A. Darmstadt). Die Adresse wurde den Abgeordneten des Frankfurter Parlamentes in Abschrift zugestellt.

[77]) Graf Degenfelds Berichte, 11. Mai, 14. Mai, 23. Mai, A. Stuttgart; v. Bockelbergs Bericht, 22. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[78]) v. Bockelbergs Berichte, 16., 18., 23., 27. April (dort auch Schilderung der neuesten Straßenliteratur: Abel der Zweite; das liederliche Kleeblatt; drei österreichische Liedeln), Geh. St. A. Berlin; v. Kamptz' Bericht, 11. Mai, Geh. St. A. Berlin; Graf Thuns Bericht, 27., 29. April, A. Wien.

[79]) v. Bockelbergs Bericht, 4. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[80]) Graf Thuns Bericht, 5. Mai 1849, A. Wien.

[81]) Vgl. Nachlaß Maul, A. Kempten; dort umfangreiche Exzerpte aus den Akten der bayrischen Regierung von Schwaben und Neuburg.

[82]) v. Bockelbergs Bericht, 7. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin. Zum folgenden vgl. die Darstellung Doeberls, a. a. O., S. 811. Daß die Person Friedrich Wilhelms IV. als des deutschen Kaisers stellenweise mit warmer Sympathie begrüßt worden ist, zeigt die Eingabe des Deutschen Vereins in Augsburg vom 3. April an das Frankfurter Parlament. A. Frankfurt.

[83]) v. Bockelbergs Bericht, 8. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[84]) v. Bockelbergs Bericht, 13. November, Geh. St. A. Berlin. In Bamberg vertrat das dortige Volksblatt am entschiedensten republikanische Ideen.

[85]) v. Bockelbergs Bericht, 5. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[86]) v. Bockelbergs Berichte, 7., 10., 15. Mai, Geh. St. A. Berlin.

Die provisorische Regierung der Pfalz an den Reichsverweser, 18. Mai, A. Frankfurt.

[87]) Fürst Schwarzenberg an Graf Thun, zur Beantwortung der Fragen des Königs, 30. April, A. Wien.

[88]) Fürst Schwarzenberg an Graf Thun, 5. Mai, 8., 14., 30. Mai, 31. Mai, 12. Juni, A. Wien; zur Ergänzung von M. Doeberl, Bayern und das preußische Unionsprojekt, S. 25f., S. 103f.

[89]) Bockelbergs Berichte, 25. 29. Mai, 1. Juni, 8. Juni, Geh. St. A. Berlin.
Die Augsburger Postzeitung brachte eine Korrespondenz aus Franken vom 15. Juni:

„Allzu wahrscheinlich ist, daß die Preußen wider den Willen Bayerns in die Pfalz gerückt sind. Ist dies der Fall, so hat sie Bayern einfach herauszuweisen, denn das Betragen Preußens ist dann nichts mehr und nichts weniger als ein Landfriedensbruch."
Berliner Erlasse an Bockelberg, 21. Mai, 3. Juni, Geh. St. A. Berlin.

Graf Lerchenfeld faßte Bayerns Aussichten und Preußens Verhältnis dazu wohl etwas optimistisch auf, wenn er am 2. Juni schrieb: „Was immer man auch von Befürchtung wegen preußischer Hegemonie aussprechen mag, ich fürchte sie nicht. Preußen kann den ganzen Norden Deutschlands unter eine gewisse Abhängigkeit bringen. Über Mittel- und Süddeutschland kann es aber einen bleibenden Einfluß nicht ausüben. Stipulationen, welche solche enthielten, würden gar bald an den sich widerstrebenden Interessen, Sitten und religiösen Beziehungen scheitern.

Man fühlt dieses auch hier sehr gut, man würde dieses nicht einmal für eine richtige Politik halten, sondern mehr der Ansicht huldigen, daß es im Interesse Preußens liege, Bayern den Einfluß im Süden zu gewähren und auf solche Weise im Bunde mit Österreich naturgemäß eine Trias zu bilden . . ." A. München.
Graf Thuns Bericht, 11. Juni, A. Wien.

[90]) Vollmacht für Eisenstuck, 5. Mai; Gagern an Oberst v. Xylander, 6. Mai; Gagern an den Reichskommissar Eisenstuck, 8. Mai 1849, A. Frankfurt; dort auch ein Abzug des Aufrufs Eisenstucks, Speyer, 6. Mai. Ferner: Stenographischer Bericht, IX, 6465, 6476, 6480f. v. Bockelbergs Bericht, 15. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[91]) Schreiben der Direktion der Kanonengießerei Lüttich an den belgischen Kriegsminister; 21. Mai 1849; Berichte des Reichsgesandten v. Drachenfels, 26. Mai, 28. Mai 1849; Protokolle des Reichsministerrates, 26. Mai, A. Frankfurt.

Außer den beiden Pfälzern kamen auch vier Rheinhessen nach Lüttich zum Waffeneinkauf; einer war ein Gastwirt, einer ein Rentier, die übrigen aber, ebenso wie die Pfälzer, waren Fachleute: Mechaniker, Waffenschmiede, Büchsenmacher.

Ein polnischer Offizier, der in Paris für die polnische Bewegung in Posen Waffen kaufen und für den badisch-pfälzischen Bürgerkrieg geeignete Offiziere anwerben sollte, erbot sich, dem deutschen Geschäftsträger die Punkte zu bezeichnen, wo die Waffen über den Rhein geschafft werden sollten.

Bericht vom 2. Juni 1849, A. Frankfurt. Akten des Reichsministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten.

[92]) Römer an den König von Württemberg, 12., 13. April; König Wilhelm an Römer, 15. April, A. Stuttgart. Noch im Bericht vom 11. Mai des Freiherrn v. Leonhardi ist davon die Rede. A. Darmstadt.

[93]) Bericht des preußischen Gesandten v. Thun, 19. April, Geh. St. A. Berlin.

[94]) Protokoll des Ministerrats, 26. April, A. Stuttgart.

Die Akten enthalten auch eine besonders wertvolle, wohl von Römer stammende Denkschrift über die durch die preußische Note vom 3. April geschaffene Lage und das Problem des engeren und weiteren Bundes („Consideranda und Erwägungen bei der preußischen Note vom 3. April"). A. Stuttgart. Für das Folgende: E. Schneider, Aus der württembergischen Geschichte, S. 172 f.

[95]) Der Ministerrat an den König, 19., 21. April, A. Stuttgart.

[96]) Römer an den König von Württemberg, 26. April, A. Stuttgart.

[97]) Chiffrierte Depeschen des russischen Geschäftsträgers Stoffregen an den Kanzler Nesselrode, 24., 26. April, Z. A. Moskau.

[98]) Bericht des preußischen Gesandten v. Thun, 22. April, Geh. St. A. Berlin. Bericht des russischen Geschäftsträgers Stoffregen, auf Grund der Aussage eines Ohrenzeugen, 22. April, Z. A. Moskau. Nach dem Bericht Thuns vom 24. April (Geh. St. A. Berlin) hat der König sich in einem Punkte weniger verletzend über das Haus Hohenzollern ausgesprochen, als die

veröffentlichte Fassung zeigt; er soll nämlich gesagt haben: dem Hause Habsburg würde er sich unterworfen haben, weil alsdann die Hohenzollern ein Gegengewicht gebildet hätten. Möglicherweise ist das aber dem preußischen Gesandten nur zur Beruhigung seiner Regierung erzählt worden.

99) Römer an König Wilhelm, 23. April, A. Stuttgart

100) Gegenwart, VI, 131; nach Mitteilungen eines Angehörigen des Landesausschusses selbst.

101) Bericht des preußischen Gesandten v. Thun, 24. April, A. Stuttgart.

102) Stoffregens Bericht, 30. April, Z. A. Moskau.

103) Berichte des preußischen Gesandten v. Thun, 14., 18., 22. Mai, Geh. St. A. Berlin.

104) Bericht des Justizministers an den König, 12. Februar 1850, A. Stuttgart.

105) v. Thuns Bericht, 26. Juni, Geh. St. A. Berlin; Beilage zu Stoffregens Bericht, 14. Juni (ein kleines Flugblatt von 24 Druckzeilen), Z. A. Moskau.

106) König Wilhelm an Römer, 30. Mai 1849, A. Stuttgart.

107) Stoffregens Berichte, 15. Mai, 2., 7. Juni, Z. A. Moskau.

108) Bericht des Direktors im Ministerium des Auswärtigen, v. Roser, an den König, 29. Mai.
Bericht des Ministers des Innern, Duvernoy, an den König, 2. Juni.
Bericht des preußischen Gesandten v. Thun, 31. Mai, 2., 4. Juni, Geh. St. A. Berlin.

109) Bestätigt bei W. Blos, Der Untergang des Frankfurter Parlamentes, S. 34.

110) Der König zum russischen Geschäftsträger Stoffregen auf Grund der Mitteilung Mauclers.
Stoffregens Bericht, 7. Juni, Z. A. Moskau.

111) Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, 1. Juni, A. Frankfurt.

112) Gegenwart, VI, 152.

113) Fürst Wittgenstein an die württembergische Regierung, 9. Juni, A. Stuttgart. Ebendort die württembergische recht spitze Antwort vom 15. Juni 1849.

114) Erlaß an den Gesandten v. Thun, Berlin, 10. Juni, Geh. St. A. Berlin.
Die Note bei Blos, a. a. O., S. 65; die Antwort der württembergischen Regierung, S. 69.

115) Bericht des preußischen Gesandten v. Thun, 11. Juni, Geh. St. A. Berlin.

Der preußische Schritt hat nach dem Zeugnis des russischen Geschäftsträgers Stoffregen wesentlich zu den energischen Maßnahmen gegen Reichsregentschaft und Nationalversammlung beigetragen. Auch die Gesandten von Frankreich und England erteilten ihren freundschaftlichen Rat der württembergischen Regierung dahin, baldmöglichst mit der Reichsregentschaft und Nationalversammlung Schluß zu machen, damit Preußen keinen Vorwand zum weiteren Eingreifen in Süddeutschland erhielte und damit den europäischen Frieden gefährde. Blos, a. a. O., S. 71. E. Schneider, Aus der württembergischen Geschichte, S. 195.

116) Bericht des bayrischen Gesandten v. Malzen, 14. Juni, A. München.

117) Generalleutnant v. Miller an die von der Nationalversammlung gewählte Regentschaft, Stuttgart, 11. Juni 1849, A. Stuttgart.

118) Bericht des württembergischen Justizministeriums, 12. Februar 1850, A. Stuttgart.
Bericht des preußischen Gesandten v. Thun, 13. Juni 1849, Geh. St. A. Berlin.

119) Stoffregens Bericht, 18. Juni, Z. A. Moskau.
v. Thuns Bericht, 19. Juni, Geh. St. A. Berlin.
Blos, a. a. O., S. 110.

119a) L. Simon, Aus dem Exil, I, 27.

120) Duvernoy an den König, 20. Juni, A. Stuttgart.

Er vertritt darin den Standpunkt, die Abgeordneten haben „als Ausländer kein Recht, sich im Lande aufzuhalten“. Der König hegt in seiner Antwort die Erwartung, daß auf baldmöglichste Entfernung der noch im Lande Befindlichen gedrungen werde. Löwe und Schoder richteten noch als Präsident und Vizepräsident der Nationalversammlung eine Eingabe an das Oberkriegsgericht, auf Grund des Reichsgesetzes vom 18. Oktober 1848

solle gegen Miller eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden. Das Oberkriegsgericht legte die Eingabe zu den Akten, da Miller nur seinem Befehlsgeber verantwortlich sei, da keine Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfassung stattgefunden habe und weil das Gericht nicht zuständig sei.

Bericht des Kriegsministeriums an den König, 4. Juli, A. Stuttgart. L. Simon berichtet, daß den Ausgewiesenen durch dritte Hand aus der Schatulle des Königs Unterstützungsgeld angeboten worden ist; keiner habe aber Gebrauch davon gemacht. (Aus dem Exil, I, 27.)

[121]) Nr. 155 des „Beobachter", eines Volksblattes aus Schwaben; Beilage zum Bericht des bayrischen Gesandten v. Malzen, 21. Juni, A. München.

[122]) Württembergische Kabinettsakten, besonderer Bericht des Justizministeriums vom 12. Februar 1850, A. Stuttgart.
Stoffregens Bericht, 29. Juni, Z. A. Moskau, und v. Thuns Bericht, 22. Juni, Geh. St. A. Berlin, über das preußische Angebot.

[123]) v. Thuns Bericht, 20. September 1849, Geh. St. A. Berlin.

[124]) Adresse des Vaterländischen Vereins Rastatt, 29. März, A. Frankfurt. Auch die Weinheimer Adresse vom 27. März spricht sich gegen Österreich aus; ebenso die von Lahr vom 3. April.

[125]) Vgl. Valentin, Veit, a. a. O., Marcks-Festschrift, S. 117.

[126]) v. Arnims Bericht, 2. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[127]) Bericht aus Lörrach, 2. April, Beilage zu Arnims Berichten, Geh. St. A. Berlin.

[128]) v. Arnims Berichte, 9., 11. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[129]) v. Arnims Bericht, 12. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[130]) Zitiert bei L. Häusser, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution, S. 264.

[131]) v. Arnims Bericht, 12. Mai, Geh. St. A. Berlin.
Über die badischen Militärverhältnisse vgl. auch die Jugenderinnerungen des damaligen Bataillonsarztes, des späteren berühmten Professors Kußmaul, S. 425.

[132]) Deutsche Revue, 1887, IV, S. 314ff.; wiederabgedruckt bei Dr. Fr. Lautenschlager, Volksstaat und Einherrschaft, S. 354f.

[133]) Vgl. Dr. Friedrich Lautenschlager: „Ein badischer Revolutionär", zu Amand Goeggs hundertstem Geburtstag (7. April 1920). Sonderabdruck.
Goegg ging nach dem Zusammenbruch der Revolutionsbewegung in die Schweiz, wurde ausgewiesen, lebte in Paris, wo er über Sozialismus schrieb und Mitarbeiter des „Völkerbundes" war, der in Genf erschien, auch der „Neuen Rheinischen Revue", die Marx und Engels in London herausgaben. Für demokratische, pazifistische und sozialistische Gedanken, wenn gleich nicht im Sinne eines orthodoxen Marxismus, trat Goegg zeitlebens ein, auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Er ist der Begründer der Genfer „Friedens- und Freiheitsliga" (1867). Amerika und Australien bereiste er als Propagandist. (Gestorben 1897 in Renchen.) Er schrieb u. a.: „Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849, Zürich 1876.

[134]) L. Häusser, Denkwürdigkeiten usw., S. 326; Gegenwart, III, 539.

[135]) v. Arnims Bericht, 12. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin.
An Arnim, 4. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin.

[136]) v. Arnims Bericht, 23. November, Geh. St. A. Berlin.

[137]) Die Aufrufe aus dem badischen Regierungsblatt sind abgedruckt bei F. Lautenschlager, a. a. O., S. 394f.

[138]) Vgl. dazu die Interpellation Würths (Stenographischer Bericht der Frankfurter Nationalversammlung, VIII, 6159), das Schreiben des Reichsministeriums des Auswärtigen nach Paris vom 23. April und die Antwort des Freiherrn v. Schweitzer vom 13. Mai, A. Frankfurt.

[139]) Rundschreiben an die Eidgenossen, 28. März; Abschrift A. Frankfurt.

[140]) Beilage zu v. Sydows Berichten, 16. Mai 1849, Geh. St. A. Berlin.

[140a]) v. Sydows Bericht, 19. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[141]) Auszug aus einer Depesche des badischen Geschäftsträgers in Paris, Legationsrats Freiherrn v. Schweitzer, Paris, 7. Mai; Abschrift als Beilage zum Bericht v. Arnims, 9. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[142]) Französischer Polizeibericht, Beilage zum Bericht v. Schweitzers über die deutschen Flüchtlinge, 5. Juni, Abschrift A. Frankfurt.

[143]) v. Schweitzers Bericht vom 21. Juli, nebst Beilage über Ewerbecks beschlagnahmte Papiere; dabei auch eine Vollmacht für Friedrich Kapp aus Westfalen an den Landesverteidigungsausschuß Kaiserslautern, datiert: Paris, 15. Mai, unterschrieben von Arnold Reinach, Dr. Tausenau und Heußel. A. Frankfurt.
Ferner: General Jochmus an Fürst Wittgenstein, 11. Juli 1849, A. Frankfurt.

[144]) v. Schweitzers Bericht, Paris, 30. Mai 1849; Abschrift Geh. St. A. Berlin.

[145]) L. Häussers Ausführungen a. a. O., S. 464, sind eine der schwächsten Stellen seiner temperamentvollen Tendenzschrift.

[146]) Beilagen zu Graf Hatzfelds Berichten, 17. Juni, 18. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[147]) L. Häusser, a. a. O., S. 451.

[148]) Vgl. darüber Alfred Stern, Zur Biographie Friedrich Beusts, Archiv für Geschichte des Sozialismus, XII, S. 175/76.

[149]) Datiert: Mannheim, den 28. Mai; abgedruckt bei Wilhelm Frei, Die Volkserhebung in Baden, S. 85f.

[150]) Archiv Frankfurt.

[151]) Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums vom 12. Juni, A. Frankfurt.
Christ an das Reichsministerium in Frankfurt, 30. Mai, 3. Juni, A. Frankfurt.
Dazu v. Arnims Bericht, 14. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[152]) v. Arnims Bericht, 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.

[153]) Schreiben vom 25. Mai, A. Frankfurt.

[154]) Graf Rechberg an den Reichsminister des Krieges, 21. April, A. Frankfurt; v. Arnims Berichte, 30. Mai, 13. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[155]) v. Arnims Berichte, 26. Mai, 16. Juni, Geh. St. A. Berlin; W. F. Schill, a. a. O., S. 39f.; v. Kamptz' Berichte, 5. Juni, 7. Juni, Geh. St. A. Berlin. Preußische Note vom 8. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[156]) Erlasse an Arnim, 10. Juni, 24. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[157]) Arnims Berichte, 12. Juni, 19. Juni, 23. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[158]) Graf Hatzfelds Berichte aus Paris, 9. Juni, 20., 24., 30. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[159]) Prokeschs Bericht, 5. April, A. Wien.

[160]) Peucker an den Reichskriegsminister Fürsten Wittgenstein, 13. Juni 1849; die Niederschrift des Obersten v. Bennigsen, Darmstadt, 14. Juni, gibt als Gründe des Großherzogs von Hessen an: Die Truppen bestehen aus jungen Rekruten und sind schlecht ausgerüstet, den Haß in Baden gegen Hessen-Darmstadt soll man nicht vermehren; die hessischen Truppen sollen geschont, Hessen-Darmstadt selbst nicht von Truppen entblößt werden. Der Hauptgrund, die Rücksicht auf Preußen, wird hier natürlich verschwiegen. A. Frankfurt. Ferner: Bennigsen an Wittgenstein, 15. Juni; v. Kamptz' Bericht, 14. Juni, Geh. St. A. Berlin.

[161]) Das herzoglichnassauische Staatsministerium an das Reichsministerium des Krieges, 8. Juli; Antwort Fürst Wittgenstein, 9. Juli, A. Frankfurt.

[162]) Der Prinz von Preußen an Wittgenstein (er nennt ihn nur „großherzoglich hessischen Generalleutnant"!), 3. Juli; Wittgenstein an den Prinzen von Preußen, 4. Juli (er unterzeichnet sich mit seinen vollen Titeln und Würden als Reichskriegsminister), A. Frankfurt.

[163]) v. Kamptz' Bericht, 10. Juni, Geh. St. A. Berlin, auf Grund der Eröffnungen des bayrischen Militärbevollmächtigten v. Xylander. Vgl. dazu L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 334.

[164]) Jochmus an Wittgenstein, 11. Juli 1849; Wittgenstein an Peucker, 16. Juli, A. Frankfurt. v. Arnims Bericht, 18. Juli 1849, Geh. St. A. Berlin.

[165]) Der Prinz von Preußen an den König von Württemberg, 2. Juli; König von Württemberg an den Prinzen von Preußen, 3. Juli, A. Stuttgart.

[166]) Gegenwart, V, 132/133.

[167]) Wolfgang Förster, Prinz Friedrich Karl, I, S. 81f.

[168]) Karlsruhe, 27. Juni 1849; Deutsche Rundschau, Band 32, 1882, S. 265.

[169]) Gottfried Kellers Briefe und Tagebücher, II, S. 205f.

[170]) Engels an Frau Jenny Marx, Vevey, 25. Juli 1849; Karl Marx-Friedrich Engels-Briefwechsel, Marx-Engels-Gesamtausgabe, Dritte Abteilung, I, 109.
Über Engels' Anteil am badisch-pfälzischen Bürgerkriege vgl. Gustav Mayer, Friedrich Engels, I, 368f., und die Beilage, S. 426.

[171]) Abgedruckt bei L. Häusser, a. a. O., S. 636f.
Über die Einzelheiten der militärischen Operationen vgl. Gegenwart, V, S. 128f. Eine „geschichtliche Darstellung" ist im Gesamt-Reichsministerium am 24. Juli vorgelegt worden. Beilage zu den Protokollen des Gesamt-Reichsministeriums, A. Frankfurt.

[172]) Das Dankschreiben der provisorischen Regierung von Baden an Mieroslawski, datiert: Offenburg, 1. Juli, unterzeichnet von Werner als Kriegsminister und Goegg als Finanzminister, ist abgedruckt bei Wilhelm Frei, Die Volkserhebung in Baden, S. 130/131.

[173]) Wittgenstein an Graf v. d. Gröben, 19. Juli, A. Frankfurt.

[174]) Vgl. hierzu besonders: O. v. Corvin, Ein Leben voller Abenteuer, neue Ausgabe von H. Wendel, II, S. 592f. Derselbe: Aus dem Zellengefängnis, S. 29f. Ferner: Albert Förderer, Erinnerungen aus Rastatt, S. 74f.

[175]) Corvin, a. a. O., S. 604.

[176]) Leonhardis Bericht, 19. Juni, A. Darmstadt.

[177]) v. Arnims Bericht, 8. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[178]) v. Corvin, a. a. O., S. 605.

[179]) Klüber an Arnim, 5. Juli 1849, Geh. St. A. Berlin.
Über das Verhalten der badischen Ministerialbeamten während der Revolution vgl. die Druckschrift „Die Lage und das Verhalten der Mitglieder der großherzoglich badischen Ministerien während der Revolution vom 13. Mai bis 25. Juni 1849"; ferner das „Amtliche Protokoll über das Verhalten der großherzoglich badischen Ministerialmitglieder während der Revolution vom 13. Mai bis 25. Juni 1849, geführt im Ministerium des Innern".

[180]) Arnims Bericht, 18. Juli 1849, Geh. St. A. Berlin.

[181]) Erlaß des preußischen Außenministeriums an Arnim, 4. Juli 1849. Arnims Bericht, 5. August 1849, Geh. St. A. Berlin.

[182]) Auf einen am 15. Juni 1849 für ihn ausgestellten, von Trützschler unterzeichneten Passlerschein nach Frankfurt hat der junge Oskar Pichler, der spätere namhafte Architekt, folgende Sätze geschrieben: „Trützschler starb als Märtyrer für die hohe Idee edler Menschenbeglückung am 14. August in Mannheim durch Erschießen. Sein Streben galt der Vernichtung des Fanatismus für Gottesgnadentum und der Erschaffung der unveräußerlichen Rechte der Volkshoheit; sein Tod gibt uns das historische Beispiel: der Ehre treu zu sein bis an den Tag, der uns die Nacht vergeßlich macht. — Dies zur unvergänglichen Verehrung für Trützschler mit uns und nach uns! ! ! —" (Pichlersche Familienpapiere). Trützschlers Hinrichtung ist in der Oberpostamtszeitung vom 14. August 1849 mit starker Achtung vor seiner tapferen Haltung geschildert. Vgl. auch L. Simon, Aus dem Exil, S. 51 f. Danach war das letzte Ziel Trützschlers die Befreiung von jedem Gesetz, die Regierungslosigkeit, die Kulturanarchie.

[183]) Bericht aus Lörrach, 7. September 1849, Beilage zu den preußischen Gesandtschaftsakten, Geh. St. A. Berlin. Die Schrift heißt „Beiträge zur Bauernpolitik oder wie dem niedergetretenen Mittelstande wieder aufzuhelfen ist"; der Druckort und Verlag sind fingiert: „Philadelphia 1849; Verlag von Kaspar Hauser".

Andere Schriften in dem beschlagnahmten Bücherballen sind: Manifest der Demokraten im Auslande; Lola Montez, in französischer und deutscher Sprache; Über Fürstenstaat und Fürstenheer, Volksstaat und Volksheer, von einem ehemaligen Söldner; G. Struves Grundzüge der Staatswissenschaft.

[184]) Förderer, a. a. O., S. 105. Über Dortu vgl. die Broschüre: „Max Dortu aus Potsdam, erster Märtyrer des preußischen Kriegsgerichts in Baden, erschossen am 31. Juli 1849, von W. B., seinen Eltern und Freunden gewidmet, Berlin 1849, in Kommission bei Weyl u. Co."

Vgl. auch Theodor Fontane, Zwischen Zwanzig und Dreißig, Autobiographisches; Gesamtausgabe der erzählenden Schriften, IV, 150.

[185]) v. Arnims Bericht, 5. August, Geh. St. A. Berlin.
v. Bockelbergs Berichte, 16. August, 20. September, Geh. St. A. Berlin.

[186]) Vgl. unsere Bibliographie: Gottfried Kinkel, besonders M. Bollert, Kinkel vor dem Kriegsgericht, Preußische Jahrbücher, Band 155, S. 488f. Die ältere Literatur findet man einigermaßen vollständig bei de Jonge und im Artikel der Allg. d. Biographie; vgl. auch L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, 350.

[187]) Vgl. Anklag-Akte, errichtet durch den Generalstaatsprokurator der Pfalz usw., Zweibrücken 1850; Urteil vom 25. November des Oberappellationsgerichts usw. Mit Nachtrag zur Anklagakte. Zweibrücken 1850. In Kirchheimbolanden wurde auch ein Denkmal auf dem Friedhof „den Kämpfern für die deutsche Reichsverfassung, gefallen 1849" errichtet. Zöller, Verzeichnis der wegen Hochverrats in dem Verwahrungshause zu Zweibrücken verwahrten Personen 1849 (163 Namen).

[188]) v. Arnims Berichte, 26. Juli, 5. August 1849, Geh. St. A. Berlin.

[189]) Der Attentäter, der Sohn eines Tischlers, verwundete nur den Postillon des nächsten Wagens am Bein; er wurde verhaftet. Arnims Berichte, 19. Juni, 14. September, Geh. St. A. Berlin.

[190]) v. Arnims Bericht, 10. August 1849, Geh. St. A. Berlin.

[191]) Savignys Bericht, 13. Dezember 1849, Geh. St. A. Berlin.

[192]) Archiv Frankfurt. Fürst Wittgenstein antwortete am 24. Juli, das Reichsministerium beabsichtige keine weiteren Truppensendungen in das Großherzogtum, „wenn nicht besondere Veranlassung solches notwendig macht".

[193]) v. Arnims Bericht, 27. August, Geh. St. A. Berlin.

[194]) v. Savignys Bericht, 7. Dezember, Geh. St. A. Berlin.

[195]) v. Bockelbergs Berichte, 15. Mai, 4. Juli, 12. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[196]) Bericht des Grafen Thun an Fürst Schwarzenberg, 10. Juli, A. Wien.

[197]) Vollständig abgedruckt bei O. Wiltberger, a. a. O., S. 197.

[198]) Thun an Schwarzenberg, 31. Mai, 23. Juli, A. Wien.

[199]) Bockelbergs Bericht, 10. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[200]) Graf Luxburgs Bericht, 12. Juli, A. München.

[201]) Bericht des württembergischen Gesandten in Wien, Freiherrn v. Linden, 18. September, der von Schwarzenberg eine Abschrift des französischen Agentenberichts erhielt, A. Stuttgart. Auch Thiers gehörte zu den französischen Politikern, die eine Aufrollung der Neuchâteler Frage jetzt befürchteten, und sprach deshalb mit dem preußischen Gesandten. Graf Hatzfelds Bericht, 18. August, Geh. St. A. Berlin.

[202]) Graf Hatzfelds Bericht, 18. August, Geh. St. A. Berlin.

[203]) Graf Hatzfelds Berichte, 2. Juli, 27. August, Geh. St. A. Berlin.

[204]) Bericht des badischen Geschäftsträgers in Paris, v. Schweitzer, 5. August, A. Frankfurt.

[205]) Graf Hatzfelds Berichte, 10., 11., 12. Juli, Geh. St. A. Berlin.

[206]) Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe, 23. Juli, A. München.
Lörracher Grenzbericht vom 7. November; v. Arnims Bericht, 19. November, Geh. St. A. Berlin.

[207]) Graf Hatzfelds Bericht, 20. Juli, Geh. St. A. Berlin.
Graf Thuns Bericht, 27. Juli, A. Wien.
v. Arnims Bericht, 5. August, Geh. St. A. Berlin.

[207a]) Paul Neitzke, Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz. 1926.

[208]) Vollmacht vom 18. Juli 1849, A. Frankfurt.

[209]) Brief Großherzog Leopolds an Kaiser Nikolaus, 5. September; Antwort des Kaisers, 13. September a. St., Z. A. Moskau.

IX. Ende, Ergebnis, Fortgang

[1]) Eingabe vom 13. Juli 1848, ebenso vom 26. Mai 1848, Akten des preußischen Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.

[2]) Ebenfalls ein Versuch der Widerlegung sozialistischer Anschauungen ist die Schrift von W. Dieterici: Über preußische Zustände, über Arbeit und Kapital, ein politisches Selbstgespräch, seinen lieben Mitbürgern gewidmet, Berlin und Posen. Druck und Verlag von Ernst Siegfried Mittler, 1848.

[3]) Bekanntmachung des Ministers für Handel und Gewerbe, Berlin, 4. November 1848: es fehlt an Gehilfen in den Werkstätten der Schuhmacher und Mustermaler; bei den öffentlichen Arbeiten (besonders Berliner Schiffahrtskanal und Kanal am Köpenicker Feld) müssen wegen Schluß der Arbeitszeit Arbeiter entlassen werden; Arbeiter aus dem Gewerbestand sollen sich also rechtzeitig nach einer anderen Beschäftigung umsehen. Geh. St. A. Berlin.

[4]) Gegenwart, XI, 45 (beruhend besonders auf den Angaben von Dr. Gäbler, in Hübners Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 1852). Über Deutschlands Bevölkerungsverhältnisse: Gegenwart, III, S. 1f. In der Flugschrift C. Trefurts, Das Proletariat und seine Rechte (Karlsruhe, G. Braun, 1848) wird die Auswanderung als das wichtigste Mittel zur Verminderung des Proletariats bezeichnet, bei Wentzcke, Paul, Kritische Bibliographie usw., als Nr. 456 aufgenommen.

Auf drei Flugschriften zur Auswanderungsfrage sei noch hingewiesen: Lang, J. D., Eine deutsche Kolonie im Stillen Ozean. Adresse an die ehrwürdigen Mitglieder des deutschen Parlaments in Frankfurt. Aus dem Englischen, Leipzig 1848. Karl Gaillard, Wie und Wohin? Die Auswanderung und die Kolonisation im Interesse Deutschlands und der Auswanderer, Berlin 1849; Friedrich Josef Hofgärtner, Über Landwirtschaft, Proletariat und Auswanderung, Augsburg 1849. Friedländersche Sammlung. — In der Buchdruckerei Reform, Berlin, erschien auch 1848 ein „Assoziationsplan einer von Deutschen zu gründenden Ansiedlung in Westaustralien." Über Bremen als Auswanderungshafen, vgl. S. 390.

[5]) Georg v. Skal, Die Achtundvierziger in Amerika, behandelt leider nicht die volkswirtschaftliche und statistische Seite des Problems. W. Kaufmann gibt in seinem Buche: Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege, S. 442—575, einen biographischen Abschnitt über die deutschen Unionsoffiziere, gegen 500 Persönlichkeiten, unter denen sich sehr viele Achtundvierziger befinden, so P. J. Osterhaus, F. Sigel, C. Schurz, A. Willich, J. Stahel, L. Blenker, H. Börnstein, v. Corvin, A. Dengler, Dr. Döhn, A. Engelmann, J. Gerhardt, L. v. Gilsa, F. Hecker, W. Heine, W. Hexamer, E. Hoffmann, A. Jacobi, F. Kapp, Th. Kaufmann, A. Kraus, K. Krez, F. Mahler, G. Metternich, F. v. Moschzisker, A. Neustädter, Th. Olshausen, O. Ottendorfer, L. Ritter, O. v. Roggenbucke, R. v. Rosa, A. v. Schimmelpfennig, F. Schlund, G. v. Struve, H. Ullfers, M. v. Weber.

[6]) Alfred Tapp, Hanau in der Revolution von 1848/49, S. 69.

[7]) Friedländersche Sammlung, Berliner Stadtbibliothek.

[8]) H. J. Moser, Zwanzig Richard-Wagner-Dokumente; Deutsche Rundschau, April 1931, S. 50.

[9]) Kampf und Sieg des politischen Fortschritts, authentische Darstellung der glorreichen Märzereignisse in München, von einem Augenzeugen, München 1848.

[10]) Alles Friedländersche Sammlung.

[11]) Edgar Roß, Erinnerungen aus meiner öffentlichen Wirksamkeit, als Manuskript gedruckt.

[12]) v. Unruh, Skizzen, S. 95.

[13]) Bruno Bauer, Die bürgerliche Revolution in Deutschland seit dem Anfang der deutschkatholischen Bewegung bis zur Gegenwart, Berlin 1849. Für das Folgende vgl. Arthur Liebert, Vom Geist der Revolutionen, besonders S. 17f.

[14]) Vgl. Karl Adam, Stände und Berufe in Preußen gegenüber der nationalen Erhebung des Jahres 1848, Preußische Jahrbücher, Band 89, S. 285f.

[15]) Friedländersche Sammlung.

[16]) Friedländersche Sammlung.

[17]) Märkisches Museum. Die Statuten bei Wentzcke verzeichnet. Kritische Bibliographie, unter Nr. 245.

[18]) Trauttmansdorffs Bericht, 24. Mai 1848, A. Wien.

[19]) Friedländersche Sammlung. Die Gegenüberstellung Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms IV. geschah häufig. Zu Bekanntem gebe ich noch ein unbekanntes Beispiel als Ergänzung. In der „Reichsbremse“ findet sich in der letzten Märznummer 1849 die Darstellung eines „Potsdamer Traumes während der Nacht zum 1. April“. Da richtet sich Friedrich der Große als Gerippe aus seinem geöffneten Sarge auf und sagt zu Friedrich Wilhelm IV., neben dem der Prinz von Preußen sitzt: „Paß Er auf. Mach Er keine Dummheiten!“ (Friedländersche Sammlung.) Ein großes Stück des Antimachiavell ist in Berlin 1849 bei Reuter und Stargardt unter dem Titel „Worte Friedrichs des Großen“ als Flugschrift erschienen. Einen eigenartigen Hinweis auf Friedrich den Großen enthält das Flugblatt „Gegen-Erklärung“, datiert: Lübben, 5. Juni 1848, unterzeichnet: F. Müller, im Namen vieler Bürger, erschienen bei Reichardt u. Co., Spandauer Straße 49. (Sammlung von Koenigswald.) Vgl. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 163, 208.

[20]) Erschienen Leipzig, 1850; verzeichnet bei Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 913.

[21]) Karl Valerius Herberger, Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage, 1848—1862, passim.

[22]) Julius Fröbel, Das Königtum und die Volkssouveränität, oder: Gibt es eine demokratische Monarchie? Berlin 1848, Reuter und Stargardt.

[23]) Märkisches Museum. Für das Folgende: Stiebelsche Sammlung; Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform, 1845, S. 193; Valentin, V., Frankfurt a. M., und Die Revolution 1848/49, S. 160.

[24]) Archiv Frankfurt.

[25]) Vgl. Paul Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 37, 182, 222, 357, 447, 483, 560, 561, 750, 932.
Vgl. auch R. Haufe, Der deutsche Nationalstaat, besonders S. 117f.

[26]) Rohmer, Friedrich, Deutschlands alte und neue Bürokratie. Mit einem offenen Wort über das gegenwärtige bayrische Ministerium, München 1848. Bei Wentzcke, Kritische Bibliographie, als Nr. 431 verzeichnet.

[27]) Stenographischer Bericht, ed. Wigard, VI, 4593.

[28]) Über das Ende der schleswig-holsteinischen Angelegenheit enthalten die Berichte Trauttmansdorffs und Prokeschs an den Fürsten Schwarzenberg wichtiges Material (24 I.; 6, 27 II.; 16, 25, 29 III.; 27 IV.; 5, 9, 19, 20, 26 V.; 5, 25 VI.; 12, 21, 24, 25, 29, 31 VII. 1849), A. Wien. Ferner: Camphausens Bericht, 20. April 1849, Geh. St. A. Berlin (Schweden gegen Fortsetzung des Krieges).

Reichsminister des Äußern Jochmus an Bunsen, 22. Mai 1849 (erörtert Trennungslinie für Nordschleswig; Tondern und Flensburg sollen deutsch bleiben).

Fürst Wittgenstein an General v. Prittwitz, 30. Juli 1849 (verlangt energische Operationen).

v. Xylander an Fürst Wittgenstein, 17. Juli 1849 (verlangt Befolgung der Instruktion vom 30. Juni).

22. Juli 1849 (Bayern erklärt, sich der preußisch-dänischen Konvention vom 10. Juli nicht anschließen zu wollen; nur die Zentralgewalt sei zum Abschluß eines Waffenstillstandes berechtigt), A. Frankfurt.

Freiherr v. Lindens Bericht, 22. November 1849 (Graf Carl Moltke, dänischer Geheimrat, damals in Wien, regt an, die Frage der Herzogtümer zum Gegenstande eines europäischen Kongresses zu machen), A. Stuttgart.

Vgl. ferner: Promemoria der königlich preußischen Regierung über die dänische Angelegenheit, nebst den betreffenden Aktenstücken, Berlin 1849.

Schriften über die Herzogtümer stellt das Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung S. 245f. zusammen. Vgl. endlich J. G. Droysen, Briefwechsel, I, S. 541f.

[29]) Prokeschs Bericht, 10. Mai 1849, A. Wien.

[30]) Bericht des preußischen Gesandten in Hannover, 2. April 1849, Geh. St. A. Berlin.

[31]) Stenographischer Bericht, ed. Wigard, II, 1020.

[32]) Stenographischer Bericht, ed. Wigard, III, 2129.

[33]) V. Valentin und O. Neubecker, Die deutschen Farben, S. 33.

[34]) Märkisches Museum.

[35]) Valentin, V., Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 90f.

[36]) Stenographischer Bericht, ed. Wigard, VI, 4773.

[37]) Stenographischer Bericht, ed. Wigard, VII, 5099.

[38]) Valentin, V., Die 48er Demokratie und der Völkerbundgedanke, 1919.

[39]) Stenographischer Bericht, ed. Wigard, VI, 4607.

[40]) Valentin, V., Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, S. 157f.

[41]) John A. Hawgood, Politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der deutschen provisorischen Zentralgewalt, Dissertation 1928, S. 2. Die Adresse befindet sich im Historischen Museum in Frankfurt a. M. Stenographischer Bericht, ed. Wigard, I, 162; vgl. auch G. Körner, Das deutsche Element in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (!) 1808—1848, Kapitel 17.

[42]) Sitzung des Gesamt-Reichsministeriums, 13. März 1849; der Reichsminister des Innern an den Reichsminister des Äußern, 15. März 1849. Bericht des Reichsgesandten v. Rönne, 19. Mai 1849, New York, alles A. Frankfurt.

[43]) Bericht v. Rönnes in seiner Eigenschaft als preußischer Gesandter an das preußische Ministerium des Äußern, 17. März 1849, Geh. St. A. Berlin.

[44]) Wentzckes Kritische Bibliographie, Nr. 84, 86, 100, 166, 269, 336, 472, 473, 480, 483, 511. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 78, 118.

[45]) Stenographischer Bericht, I, 168. Eingehend habe ich die ganze Frage behandelt in: Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 79f. Vgl. A. Scholl, Einfluß der nordamerikanischen Unionsverfassung auf die Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. III. 1849, Tübinger Dissertation, 1913.

[46]) Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 10.

[47]) So nennt es Rudolf v. Ihering, Der Kampf ums Recht, 5. Auflage, 1877, S. 8.

[48]) Das Lied zum demokratischen Silvesterfest am 31. Dezember 1848 verwertet das Uhlandsche Gedicht Zeile für Zeile als Motto für eigene Strophen. Märkisches Museum.

[49]) Rede vom 7. September, Verhandlungen der Konstituierenden Versammlung für Preußen (Berlin, Schultze), IV, 2802.

[50]) Über Reyscher vgl. seine „Erinnerungen aus alter und neuer Zeit“. Flugschriften über Rechtsfragen in dem Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 66, 67, 91, 95, 110.

[51]) Wentzcke, Kritische Bibliographie usw., Nr. 19, 180, 186, 271, 285, 445, 446, 936.

[52]) Der Brief des Privatdozenten Dr. Walpers an Professor Rudolf Gneist befindet sich in Gneists Nachlaß. Danach ist also die Anmerkung von Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, II, 2, S. 262 zu berichtigen. Über die Universitätsreform handelt Lenz eingehend S. 258ff. des angeführten Werkes. Walpers schied 1853 freiwillig aus dem Leben. (Lenz, a. a. O., II, 2, S. 156.) Rudolf Gneist schrieb auch: Berliner Zustände, Politische Skizzen, Berlin 1849. Zum Heidelberger Streit vgl. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 232.

[53]) Karl Adam, Stände und Berufe in Preußen usw. Preußische Jahrbücher, Band 89, S. 285f. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 124/25.
Karl Müller (Potsdam), Der Geist der Märzrevolution, Vossische Zeitung, 18. März 1930; derselbe, Kulturreaktion in Preußen (1929), Preußische Lehrerzeitung, Jahrgang 1929, Nr. 92—98 (Lehrer in der Revolutionsbewegung 1848/49).

[54]) Briefe und Tagebücher der Frau Clothilde Koch-Gontard, Frankfurt 1924. Bibliogr. Nr. 295.

[55]) „Die Frauenzeitung“ und das Flugblatt in der Friedländerschen Sammlung; über die Aufhebung des Frauenklubs besitzt das Märkische Museum eine Flugschrift, in der das ganze Unternehmen in wenig geschmackvoller, zum Teil banal-zynischer Weise verspottet wird; ebendort ein fingierter Aufruf des Klubs der Frauen an ihre Mitschwestern.

Das englische Buch von Clara L. Balfour, Arbeitende Frauen aus dem letzten halben Jahrhundert, Mitteilungen aus ihrem Leben, ist erst 1855 in deutscher Übersetzung in Berlin erschienen. Alexander Jung veröffentlichte: „Frauen und Männer, oder über Vergangenheit und Zukunft der beiden Geschlechter, ein Seitenstück zu den Vorlesungen über soziales Leben und höhere Geselligkeit“, Königsberg 1847. Die preußische Eherechtsreform hatte seit Jahren die Gemüter beschäftigt. 1842/44 erschienen allein neun Schriften über das Ehescheidungsgesetz. Bemerkenswert sind noch: Nees von Esenbeck, Christian Gottfried Daniel, Das Leben der Ehe in der vernünftigen Menschheit und ihr Verhältnis zum Staat und zur Kirche, Breslau 1845; Wilhelm Marr, Der Mensch und die Ehe vor dem Richterstuhle der Sittlichkeit. Nebst einem Anhange: Zur Charakteristik des deutschen Liberalismus: 1. Die Republik Karl Heinzens. 2. In eigener Angelegenheit. Leipzig 1848.

[56]) „Der Freischärler für Kunst und soziales Leben“, redigiert von Luise Aston, November 1848. Luise Aston ist die Verfasserin der Broschüre „Meine Emanzipation, Verweisung und Rechtfertigung“, Brüssel 1846; sie veröffentlichte auch: Aus dem Leben einer Frau, Hamburg 1847; Freischärler-Reminiszenzen, 12 Gedichte, Leipzig 1850; Revolution und Kontrerevolution, Roman, Mannheim 1849.

[57]) Alles in der Friedländerschen Sammlung.

[58]) Anna Blos, Die Frauen im Jahre 1848. Vossische Zeitung, Juni 1928.

[59]) Mitteilungen des Literaten J. H. Meyer aus Zürich, Juli 1848, nach den Angaben eines Teilnehmers am Heckerzuge, A. Frankfurt.

[60]) Albert Förderer, a. a. O., S. 34. Es handelte sich um Frau Anneke; vgl. Fickler, C. B. A., In Rastatt 1849, S. 138.

[61]) Zitiert in „Frankfurter Findlinge der Politik“, gesammelt von Heinrich Krauß, Stadtblatt der Frankfurter Zeitung, 20. Mai 1931.

[62]) Reinhard Köstlin, Auerswald und Lichnowsky, Ein Zeitbild, 1853, S. 70.

[63]) Reschauer, a. a. O., S. 70, II, 491; über preußische Soldatenausschreitungen vgl. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 216, 232.

[64]) Mitteilungen des Literaten J.H. Meyer aus Zürich, nach den Angaben eines Teilnehmers am Heckerzuge, Juli 1848, A. Frankfurt.

[65]) R. Dohme, Unter fünf preußischen Königen, Berlin 1901, S. 57f.

[66]) Z. B. Förderer, a. a. O., S. 91. Über die Mißhandlungen gefangener Märzkämpfer vgl. Adalbert Roerdanß, Ein Freiheitsmartyrium. Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau am Morgen des 19. März 1848. Protokollarische Aussagen und eigene Berichte von 91 Beteiligten, als Beitrag zur Geschichte des Berliner Märzkampfes gesammelt und herausgegeben. Berlin, Rudolf Liebmann (1848), 227 S.

[67]) Gegenwart, III, 545.

[68]) Vgl. Jan van Boer, Die Mißhandlung der politischen Verbrecher unserer Zeit. Mit besonderer Rücksicht auf das Zellengefängnis zu Bruchsal in Baden. Mit einer lithographierten Zeichnung (Leipzig, Joh. Fr. Hartknoch, 1850) und: Die Stadtvogtei und ihre Gefangenen, oder drei Tage aus dem Leben eines Demokraten, mit einem Holzschnitt, Berlin, Schlesinger (1849). Besonders eindrucksvoll die Schilderungen August Röckels, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus von Waldheim, 1865.

[69]) Vgl. Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung, S. 133, 134, 135, 216, 217. Von August Ladendorf erschien 1862 (Leipzig, O. Wigand): „Sechs Jahre Gefangenschaft unter den Folgen des Staatsstreichs und der Kampf ums Recht in der ‚Neuen Ära'. Ein Beitrag zur geschichtlichen Charakteristik der Reaktion und ihrer Handlanger."

[70]) Quarck, M., a. a. O., S. 159/160.

[71]) Sieben getönte Lithographien von Ernst Schalck und Text von Friedrich Stoltze, Frankfurt, bei Knatz. Der Zeichner der Illustrierten Zeitung, F. Kaiser, veröffentlichte zwei Werke über den pfälzisch-badischen Aufstand, die Porträts, Szenen und Kampfdarstellungen enthalten (verzeichnet im Katalog Nr. 357 der Firma Ernst Carlebach in Heidelberg). Eine „Porträt- und Kostümgalerie aus der badisch-pfälzischen Revolution" erschien auch bei Nöldeke in Karlsruhe.

[72]) Eingehend von mir behandelt in: Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, S. 398. Außer den sonst schon erwähnten Witzblättern und Karikaturen sei hier noch hingewiesen auf den „Eulenspiegel", herausgegeben von L. Pfau, Stuttgart, auf den „Satan" (Berlin) und das reizend gelungene Organ „Mephistopheles", in dem sich eine „Physiologie des Wühlers" findet. „Wühler" nannte die Gegenrevolution die Anhänger der Volksbewegung; so erschien „Handbüchlein für Wühler oder kurzgefaßte Anleitung, in wenigen Tagen ein Volksmann zu werden, von Peter Struwwel, Demagog" (Leipzig, 1848). „Heuler" wurden dafür die Rückschrittler von den Fortschrittlern genannt; so gab Ludwig Kalisch eine „Allgemeine Heulerbibliothek" heraus (Frankfurt, Literarische Anstalt, I. Rütten); das erste Heft, das Heulerbrevier, enthält eine amüsante Psychologie der Barttracht.

[73]) Politische Bierzeitung, Berlin 1849, Märkisches Museum. Aus Professor v. Savignys Nachlaß, I, 145.

[74]) Lateinisch und dann auch deutsch erschienen, von Karl Theodor Groddeck. Friedländersche Sammlung.

[75]) Vgl. die wertvollen Bemerkungen Hugo Niederastroths darüber in der Besprechung des ersten Bandes dieses Werkes, in: Der Beamte, Vierteljahrsschrift für Beamtenrecht und Beamtenpolitik, 1931, S. 161.

[76]) Georg Friedrich Daumer, Mahomed und sein Werk, Hamburg 1848, S. 363 (Nachwort).

[77]) Max Lehmann, Stein, III, S. 309f.

[78]) Historische Zeitschrift, Band 132, S. 475. Vgl. auch die Flugschrift Johannes Ronges: Europa darf nicht kosakisch, Europa muß frei werden. Hamburg 1849.



Nachtrag zur Bibliographie

Allgemeine Darstellungen

1304. Lederer, Emil, Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen. Leipzig (1918).
1304a. Liebert, Dr. Arthur, Vom Geist der Revolutionen. Berlin 1919.
1305. Bab, Julius, Die deutsche Revolutionslyrik. Wien u. Leipzig 1919.
1306. Anno 1848, Revolutionsbilder mit alten Holzschnitten der „Fliegenden Blätter". München 1919.
1306a. Schwemer, Richard, Restauration und Revolution. 4. Aufl. Leipzig 1925.
1307. Wuessing, F., Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. 3. Aufl. Berlin, Leipzig 1925.
1308. Schnabel, F., 1789—1919. Eine Einführung in die Geschichte der neuesten Zeit. 3. Aufl. Leipzig u. Berlin 1925.
1309. H. Goldschmidt, H. Kaiser, H. Thimme, Ein Jahrhundert deutscher Geschichte, mit Einführung von E. Müsebeck. Berlin 1928.
1309a. Treitschke, Heinrich v., Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, ausgewählt und herausgegeben von Prof. Dr. Veit Valentin, Berlin, 2 Bde. (1927).
1310. Huch, Ricarda, Alte und neue Götter, die Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Berlin-Zürich 1930.
1310a. Manigk, Alfred, Revolution und Aufbau des Staates. Marburg 1930.

*

1311. Müller, Karl, Lehrer in der Revolutionsbewegung 1848/49. Preußische Lehrerzeitung 1929, Nr. 93—98.

Augusta und Wilhelm von Preußen

1312. Wiegler, Paul, Wilhelm I. Hellerau o. J. (1928).
1313. Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner. I. Bd. 1830—1853. Bearbeitet von Johannes Schultze. Berlin u. Leipzig 1930.

Baden

1314. Clossmann, A. v., Ma vie d'officier badois. Genève 1859.
1315. Lebensgeschichte eines badischen Soldaten aus der Zeit des Aufstandes 1849. Hrsg. von K. Röder. Heidelberg 1862.
1316. Marcks, E., L. Häusser und die politische Geschichtschreibung. Heidelberg 1903.
1317. Meerwarth, H., Die öffentliche Meinung in Baden von den Freiheitskriegen bis zur Erteilung der Verfassung. Phil. Diss. Heidelberg 1907.
1318. Scherrer, Hans, Der Aufstand in Baden und der Rheinpfalz usw. Gautzsch bei Leipzig 1911.
1319. Fickert, A., Montesquieus und Rousseaus Einfluß auf den vormärzlichen Liberalismus Badens. Leipzig 1914.
1320. Lautenschlager, Friedrich, Bibliographie der badischen Geschichte. Bd. I. Karlsruhe 1929.
1321. Schill, W. F., Baden und die preußische Unionspolitik. Heidelberg 1930.
1322. Weech, Friedrich v., Beiträge zur Geschichte der badischen Landtage von 1819—1845. Karlsruhe o. J.

*

1323. Blind, Karl, Meine Kasemattenhaft in Rastatt. Gartenlaube 1906. II. Nr. 18, S. 755—757.
1324. Giesler-Anneke, Mathilde Franziska, „Memoiren einer Frau aus dem Badisch-Pfälzischen Feldzug", and a sketch of her Carreer. German American Annals, New Series Vol. XVI. Nr. 3, 4, p. 73—140. Philadelphia 1918.
1325. Lautenschlager, Dr. Friedrich, Ein badischer Revolutionär. Zu Amand Goeggs hundertstem Geburtstage, 7. April 1920. Sonder-Abdruck. Karlsruhe 1920.

Bayern

1326. Thiersch, H. W. J., F. Thierschs Leben. 2 Bde. Leipzig u. Heidelberg 1866.
1327. Lempfried, Wilhelm, Die Entwicklung des parteipolitischen Lebens und der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I. 1912.
1328. Doeberl, Michael, Bayern und die deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlaments. München 1922.
1329. Priesack, August, Die bayrischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung zur deutschen Frage und ihres Verhältnisses zu König Max II. Phil. Diss. München 1930.

*

1330. Stählin, Karl, Ludwig von der Pfordten bis zum Ende seiner Professorenzeit. Internationale Wochenschrift für Wissenschaft und Kunst. 1911.

Der junge Bismarck

1331. Marcks, Erich, Bismarck und die Revolution von 1848. In: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. Hamburg 1911.

Robert Blum

1332. Liebknecht, Wilhelm, Robert Blum und seine Zeit. 2. Aufl. Nürnberg 1889.

Braunschweig

1333. Baumgarten, Hermann, Historische und politische Aufsätze und Reden. Mit einer biogr. Einleitung von Erich Marcks. Straßburg 1894.
1334. Knackstedt, Lothar, Die Braunschweiger Deutsche Reichszeitung in der deutschen Bewegung 1848/51. Braunschweig 1931.

Bremen

1335. Enthold, Joh. Friedr., Wülff, Hinrich, Bilder aus der Geschichte des bremischen Volksschulwesens. Hrsg. v. Herm. H. Enthold. Bremen 1928.
1336. Tidemann, H., Die Zensur in Bremen von den Karlsbader Beschlüssen 1819 bis zu ihrer Aufhebung 1848. Teil I. Bremisches Jahrbuch. Bd. 31, S. 370—414. 1928.

Deutscher Bund

1337. Dommermuth, N., Das angeblich europäische Garantierecht über den Deutschen Bund von 1815/1866. Frankfurter Diss. 1928.

Flüchtlinge

1338. Simon, Ludwig, Aus dem Exil. 2 Bde. Gießen 1855.
1339. Kaufmann, W., Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege. München u. Berlin 1911.

*

1340. Holst, H. v., Friedrich Kapp. Preußische Jahrbücher, Bd. 55, S. 217—264. 1885.

Frankfurter Parlament und Frankfurt

1341. Walter, Ferdinand, Aus meinem Leben. Bonn 1865.
1342. Wilcken, F. J., Bilder aus dem deutschen Flottenleben 1849. Hannover 1868.
1343. Valentin, Veit, Politisches, geistiges und wirtschaftliches Leben in Frankfurt a. M. vor dem Beginn der Revolution 1848/49. Erstes Kapitel von Nr. 262. Stuttgart 1907.
1344. Wahl, Adalbert, Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert. München 1910.
1345. Kettner, B., Anerkennung der Revolution. Phil. Diss. Greifswald 1912.
1346. Schneider, Walter, Die wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Verhandlungen des Frankfurter Parlaments 1848/1849. Phil. Diss. Leipzig 1920. Erweitert: Wirtschafts- und Sozialpolitik im Frankfurter Parlament 1848/1849. Frankfurt a. M. 1923.
1347. Schauer, Kurt, Der Einzelne und die Gemeinschaft. Vom Geschäftsverfahren des Frankfurter Parlaments. Frankfurt 1923.
1348. Haenchen, Karl, Die deutsche Flotte 1848. Bremen 1925.
1349. Babatz, Erich, Staat und Kirche in der Reichsverfassung von 1919. Leipzig 1926.
1350. Corti, Egon C. Conte, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte. 1830—1871. Stuttgart u. Leipzig 1929.
1351. Scholz, Paul, Wilhelm Jordans Reden in der Paulskirche. Studien zur parlamentarischen Beredsamkeit. Königsberg 1930. (Königsberg. Deutsche Forschungen, H. 7.)
1352. Kurtze, Eberhard, Die Nachwirkungen der Paulskirche und ihrer Verfassung in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung und in der Verfassung von 1919. Berlin 1931.
1353. Gilbert, Felix, Johann Gustav Droysen und die preußisch-deutsche Frage. München u. Berlin 1931. (Statt 302a.)

*

1354. Parisius, Ludolf, Briefe von Schultze-Delitzsch aus der Nationalversammlung. Vossische Zeitung 1898, Sonntagsbeilage Nr. 47.
1355. Dechent, Hermann, Ein Frankfurter Brief aus den Märztagen des Jahres 1848. Frankfurter Nachrichten, 20. Februar 1919, Morgenausgabe.
1355a. Tauchnitz, Stephan, Ein unveröffentlichtes deutsches Stammbuch. „Phoenix“, Zeitschrift des deutschen wissenschaftl. Vereins. Buenos Aires 1924.
1356. Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst. Neue Folge. 4. Band 1. Heft (1925) enthält Beiträge über 1848 von L. Bergsträßer, O. Koser, V. Valentin, P. Wentzcke u. a.
1357. Bergsträßer, Ludwig, Die gestohlene Verfassungsurkunde und ihr Schicksal. Deutsche Republik. V. Jahrg. 22. November 1930. S. 225ff.
1358. Briefe Wilhelm Stahls an Karl Friedrich Gerber, Historisch-politisches Archiv zur Deutschen Geschichte des 19. u. 20. Jahrhunderts. Band I. München 1931.
1359. Schoof, Wilhelm, Jakob Grimm als Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Deutsche Rundschau, August 1931.

Friedrich Wilhelm IV.

1360. Haenchen, Karl, Revolutionsbriefe 1848. Leipzig u. Berlin 1930.

Geistesgeschichte

1360a. Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter 1825—1880. Hrsg. von Paul Nerrlich. 2 Bde. Berlin 1880.
1361. Goyau, Georges, L'Allemagne réligieuse. 4 T. Paris 1909/10.
1362. Lenz, F., Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik. 1912 (vgl. Nr. 1515a).
1363. Meisner, H. O., Die Lehre vom monarchischen Prinzip im Zeitalter der Restauration und des Deutschen Bundes. 1913.
1364. Appens, Wilhelm, Die pädagogischen Bewegungen des Jahres 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik des 19. Jahrhunderts. Elberfeld 1914.

1364a. Betz, Gottlieb, Die deutsch-amerikanische patriotische Lyrik der Achtundvierziger und ihre historische Grundlage. New York 1916.
1365. Metzger, W., Gesellschaft, Recht und Staat in der Ethik des deutschen Idealismus. Heidelberg 1917.
1366. Martin, Alfred von, Weltanschauliche Motive im altkonservativen Denken. In: Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge zur deutschen Partei- und Ideengeschichte, Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht. Hrsg. v. P. Wentzcke. München u. Berlin 1923.
1367. Salomon, G., Das Mittelalter als Ideal in der Romantik. München 1922.
1368. Baxa, Jakob, Einführung in die romantische Staatswissenschaft. Jena 1923.
1369. Schmitt, Carl, Politische Romantik. 2. Aufl. Leipzig 1925.
1370. Kluckhohn, Paul, Persönlichkeit und Gemeinschaft, Studien zur Staatsauffassung der Romantik. Halle 1925.
1371. Houben, H. H., Verbotene Literatur. 2. Bde. 1923. 2. Aufl. 1925 u. 1928.
1372. Rohden, P. R., Die Hauptprobleme des politischen Denkens von der Renaissance bis zur Romantik. Berlin 1925.
1373. Peters, Frieda, Carl Ernst Jarckes Staatsanschauung und ihre geistigen Quellen. Bonn 1926.
1374. Bein, Alex., Die Staatsidee Alexander Hamiltons in ihrer Entstehung und Entwicklung. München u. Berlin 1927.
1375. Jahn, F., Wolfgang Menzel als politischer Charakter. Berlin 1928.
1376. Unterberg, Elfriede, Die Dichtung der deutschen Revolution 1848/49. Leipzig 1930.
1376a. Neumann, S., Die Stufe des preußischen Konservativismus. Berlin 1930.
1377. Rosenstock, Eugen, Revolution als politischer Begriff in der Neuzeit. Breslau 1931.
1378. Quittschau, Ewald, Das religiöse Bildungsideal im Vormärz. Beitrag zur Geschichte des Seminarunterrichts in Preußen. Gotha 1931.

*

1379. Rohden, P. R., Deutscher und französischer Konservativismus. Die Dioskuren. III. 1924.
1380. Mannheim, Karl, Das konservative Denken. Archiv für Sozialwissenschaft. Bd. 57. 1927.

Gerlach, Brüder

1381. Keyserling, L. v., Studien zu den Entwicklungsjahren der Gebrüder Gerlach. Heidelberg 1913.

Hamburg

1382. Herrmann, A., Hamburg und das Hamburger Fremdenblatt. Hamburg 1928.
1383. Baasch, Ernst, Hamburg und Österreich 1814—1866. Freiburg i. Br. 1930.

*

1384. Wohlwill, Adolf, C. F. Wurm. Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Bd. 22. 1918.

Hannover und Oldenburg

1385. Althaus, Friedrich, Theodor Althaus. Bonn 1888.
1386. Tecklenburg, August, Göttingen. Die Geschichte einer deutschen Stadt. Göttingen 1930.

*

1387. Erinnerungen Maximilian Heinrich Rüders. Hrsg. v. Paul Wentzcke. Jahrbuch für die Geschichte des Großherzogtums Oldenburg. Bd. 20, S. 31ff. Oldenburg 1912.

Georg Herwegh

1388. Elster, Ernst, Heine, Herwegh und die Gräfin d'Agoult. Mit einem ungedruckten Aufsatz Heines. Vossische Zeitung, 14. Juni 1931.

Hessen-Darmstadt

1389. Büchner, Alexander, Das tolle Jahr. Erinnerungen. Gießen 1904.
1390. Bockenheimer, Karl Georg, Mainz in den Jahren 1848 und 1849. Mainz 1906.
1391. Haupt, H., Karl Follen und die Gießener Schwarzen. Gießen 1907.
1392. Andres, H., Die Einführung des konstitutionellen Systems im Großherzogtum Hessen. Berlin 1908.
1393. Esselborn, Karl, Der Deutschkatholizismus in Darmstadt. Darmstadt 1923.

*

1394. Jaup, B., Aufzeichnung des großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten H. K. Jaup. Archiv für hessische Geschichte. Neue F. 15, S. 644/661. 1928.

Erzherzog Johann

1395. Schlossar, Anton, Erzherzog Johann und sein Einfluß auf das Kulturleben der Steiermark. Originalbriefe des Erzherzogs 1810—1825. Wien 1878.
1396. Johann von Österreich, Erzherzog, Der Brandhofer und seine Hausfrau. Von ihm selbst erzählt. Hrsg. v. Alfred Wokaun. Graz 1930.

Katholische Bewegung

1397. Friedrich, Johann, Ignaz von Döllinger, sein Leben auf Grund seines schriftlichen Nachlasses dargestellt. München 1899—1901.
1398. Diehl, Anton, Das „Mainzer Journal" im Jahre 1848. Mainz 1911.
1399. Rhein, F., Zehn Jahre „Historisch-politische Blätter". 1838—1848. Phil. Diss. Bonn 1916.
1400. Schiffers, Heinrich, Peter Kaatzer und das geistige Aachen seiner Zeit. Aachen 1924.
1401. Reisse, R., Die weltanschauliche Entwicklung des jungen Joseph Görres. Breslau 1926.
1402. Schellberg, W., Joseph v. Görres. Köln 1926.
1403. Bauer, Clemens, Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahr 1848. Freiburg 1929.
1404. Wegener, August, Die vorparlamentarische Zeit Peter Reichenspergers. Köln 1930.

Vgl. auch Westfalen

*

1405. Schnütgen, Alexander, Der kirchlich-politische Kreis um F. J. Mone. Freiburger Diözesan-Archiv. Neue Folge 22. Freiburg i. B. 1921.
1406. Briefe von F. J. Ritter von Buß, hrsg. von Eduard Hosp. Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft. Band 48, 3.

Gottfried Kinkel

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 12887.

1407. G. Kinkels Selbstbiographie 1838 bis 1848. Hrsg. v. Richard Sander. (Veröff. a. d. Handschriftensammlung d. Universitätsbibl. Bonn. Bd. I.) Bonn 1931.

*

1408. Schultheiß, O. G., Kinkels Jugendentwicklung u. d. Maikäferbund. Annalen d. Histor. Vereins Niederrhein. Band 113, S. 97—128. Köln 1928.

Kurhessen

1409. Müller, L., Lebenserinnerungen eines alten Kurhessen. Hrsg. v. A. Müller. Dresden 1903.
1410. Jacob, Br., Die Hornisse. Zeitschrift d. Vereins f. hess. Geschichte. 1913.

Liberalismus — Demokratie

1411. Rotteck, Karl, Gesammelte und nachgelassene Schriften, nebst Biographie und Briefwechsel. Hrsg. v. Hermann Rotteck. 1841.
1412. Nelson, L., Die philosophischen Grundlagen des Liberalismus. In: Was ist liberal? München 1910.
1412a. Drück, Karl, Ausgewählte Fragen zur Geschichte des Liberalismus der 30er bis 60er Jahre. Tübinger Diss. 1922. Maschinenschr.
1413. Balke, Walter, David Hansemann, Gustav Mevissen und Ludolf Camphausen als Wirtschaftspolitiker. Untersuchungen über das Wesen des praktischen ökonomischen Liberalismus in Deutschland. Phil. Diss. Jena 1923.
1414. Martin, Marietta, Un aventurier intellectuel sous la Restauration et la Monarchie de Juillet. Le docteur Koreff (1783—1851). Paris 1925.
1415. Schmidt, Fritz, Die sozialpolitischen Anschauungen des rheinischen Frühliberalismus. Köln. Diss. 1926 (28).
1416. Wilhelm, Theodor, Die englische Verfassung und der vormärzliche deutsche Liberalismus. Eine Darstellung und Kritik des Verfassungsbildes der liberalen Führer. Phil. Diss. Tübingen 1927. Als Buch: Stuttgart 1928.
1417. Zehntner, H., Das Rotteck-Welckersche Staatslexikon. Jena 1929.

Friedrich List

1418. Friedrich List, Schriften, Reden, Briefe. Im Auftrage der Friedrich-List-Gesellschaft herausgegeben von E. v. Beckerath u. a. Band 1—6. Berlin 1926f.
1419. F. List, Eine Auswahl aus seinen Schriften. Hrsg. von H. Christern. Berlin 1928.
1420. Christern, Hermann, Friedrich List. Berlin 1928.
1421. Stieda, W., Friedrich List. Leipzig 1928.
1422. Meusel, A., List und Marx. Jena 1928.
1423. Lenz, Friedrich, Friedrich List, die „Vulgäronomie" und Karl Marx nebst einer unbekannten Denkschrift Lists zur Zollreform. Jena 1930.
1424. Hoeltzel, Max, Friedrich List als Politiker. Stuttgart 1931.

*

1425. Notz, W., Fr. List in Amerika. Deutsch-amerikanische Geschichtsblätter 1927/28, S. 165—182.
1426. Meusel, A., Das Problem der äußeren Handelspolitik bei Fr. List und Karl Marx, Weltwirtsch. Archiv. Band 27, S. 77—103. 1928.

Karl Mathy

1427. Huhn, E. H. Th., Karl Mathy, badischer Staatsminister. Ein Lebensbild zur Geschichte der deutschen Bewegungsjahre. Tauberbischofsheim 1868.

Lola Montez

1428. Lola Montez. Aus den Aufzeichnungen eines Achtundvierzigers. Österreichische Rundschau. Bd. 16, H. I, 1. Juli 1908, S. 57—63.

Ludwig I. von Bayern

1429. Riedner, O., König Ludwig I. von Bayern und die Pfalz. Korrespondenzblatt d. Ges. d. V. deutscher Geschichtsvereine. Band 76, S. 12—25. 1928.

Metternich

1430. Kittel, E., Metternichs politische Grundanschauungen. Historische Vierteljahrsschrift. Band 24, S. 443—483. 1928.
1431. Wertheimer, E. v., Der Kampf um Metternich. Preußische Jahrbücher. Band 212, S. 259—268. 1928.

Nation — Nationalstaat — Nationalismus

1432. Lühmann, Hans, Die Anfänge August Ludwigs von Rochau 1810—1850. Mit einem Nachruf von H. Oncken. Heidelberg 1921.

*

1433. Kretschmayr, Heinrich, Weltbürgertum und Nationalstaat. Österr. Rundschau. Bd. 19, H. 4, 15. Mai 1909, S. 275—284.

Österreich

1434. Ernst, W., Gefängniserlebnisse von Prager Studenten 1848/1854. Wien 1913.
1435. Vormärz. Werdegang der österreichischen Verfassung. Quellenbücher der österr. Geschichte, H. 7, 9. Leipzig 1917.
1436. Franz Josef I. in seinen Briefen. Hrsg. von Otto Ernst. Wien 1924.
1437. Kuranda, P., Großdeutschland und Großösterreich bei den Hauptvertretern der deutschösterreichischen Literatur. 1820—48. Wien 1928.
1438. Redlich, Josef, Kaiser Franz Josef von Österreich. Berlin 1928.
1439. Briefe Kaiser Franz Josefs I. an seine Mutter 1838—1872. Hrsg. u. eingel. v. Frz. Schnürer. München 1930.
1439a. Das Tagebuch des Polizeiministers Kemper 1848/59. Hrsg. v. I. K. Mayr. Wien 1931.
1440 Frankl-Hohenwart, Bruno v., Aus Bechers letzten Tagen. Die Zeit. Wien 1898. Nr. 201—204.
1441. Kretschmayr, Heinrich, Die österreichische Revolution. Österreichische Rundschau. Bd. 14, H. 2, 15. Januar 1908, S. 86—94.
1442. Wertheimer, Eduard v., Ungedruckte Tagebuchblätter des Baron Josika. Österreichische Rundschau. Bd. 19, H. 3, 1. Mai 1909.
1442a. Engel-Janosi, F., Der Wiener juridisch-politische Leseverein. Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien. Bd. IV, 58ff. 1923.
1443. Prazak, A., The Slavonic Congress of 1848 and the Slovaks. Slavonic Review, vol. 7. Nr. 19, S. 141—149, 1928.
1443a. H. v. Srbik, Franz Josef I. Hist. Zeitschrift, Band 144, S. 509—26, 1931.

Großherzogtum Posen

1444. Knorr, S., Die polnischen Aufstände seit 1830. Berlin 1880.
1445. Fischer, Paul, Erinnerungen an den polnischen Aufstand von 1848. Graudenz 1907.
1446. Wendt, Gustav, Lebenserinnerungen eines Schulmanns. Karlsruhe 1909.
1447. Knapowska, Wislawa, La Prusse, la France et la question polonaise en 1848. Sonderabdruck aus: La Pologne au VIme Congrès International des Sciences Historiques à Oslo. Warschau 1930.
1448. Kohte, Wolfgang, Deutsche Bewegung und preußische Politik im Posener Lande 1848 bis 1849. Deutsche Wissenschaftl. Zeitschrift für Polen. H. 21. Sonderheft. Posen 1931.

*

1449. Ägidi, Ludwig, Ein Vorkämpfer des Deutschtums in der Ostmark (R. Hepke). Die Ostmark. Bd. 6, S. 4ff. 1899.
1450. Sommer, Hugo, Das Generalkommando in Posen 1815—1818. Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen, H. 19, S. 68ff. Posen 1930.

Preußen

1451. Springer, Robert, Berliner Straßen, Kneipen und Klubs 1848. Berlin 1850.
1452. Brüggemann, Karl Heinrich, Meine Leitung der Kölnischen Zeitung und die Krisen der preußischen Politik. Leipzig 1855.
1453. Held, Friedrich Wilhelm, 1848—1850, Deutschlands Lehrjahre oder deutsche Revolutionsgeschichten. Berlin 1860.
1454. La baronne Willmar, Souvenirs de Berlin. Bruxelles 1860.
1455. Kuhr, Julius, Denkwürdigkeiten a. d. Revolutionsjahre 1848 usw. Berlin 1875. (Statt 816.)
1456. Zaddach, Carl, Lothar Bucher und die Verhältnisse in Hinterpommern von 1843—1848. Heidelberg 1913. (Vgl. 886.)
1457. Müller, Hugo, Der Preußische Volksverein. Phil. Diss. Greifswald 1915.
1457a. Lindau, Paul, Nur Erinnerungen. Stuttgart und Berlin 1916.
1458. Pinner, Felix, Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter. Leipzig 1918.
1459. Schlözer, Kurd v., Jugendbriefe. Hrsg. von Leopold v. Schlözer. Stuttgart u. Berlin 1920.
1460. Alexander von Humboldt und das preußische Königshaus. Hrsg. von Conrad Müller. Leipzig 1928.
1461. Roller, Theodor, G. A. Reimer und sein Kreis. Berlin 1924.
1462. Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848—1866. Hrsg. von H. O. Meisner. Leipzig 1929.
1463. Neumann, Siegmund, Die Stufen des preußischen Konservativismus. Phil. Diss. Berlin. Eberings Hist. Studien, H. 190. Berlin 1930.

*

1464. Mai, Emanuel, Die Berliner Straßenliteratur des Jahres 1848. Voss. Zeitung, 10. Jan. 1892.
1465. Beiträge zur Geschichte des Jahres 1848. F. Weinitz, Schloß Monbijou am 18. März 1848. — P. Bailleu, Die Berliner Märztage. — C., Aus einer Handschrift des Bürgermeisters Naunyn. Vom Oberbürgermeister Krausnick. — Weinitz, Aus den letzten Tagen der Berliner Bürgerwehr. — P. Wallé, Die Teilnahme der Bauakademiker an den Vorgängen des Jahres 1848. — F. W., Die Humoristischen Blätter. Beilage zu den Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins. Nr. 3, 1898. März, S. 1—12.
1466. Tiebe, Ein Brief aus dem Jahre 1848. Monatsblätter der Gesellschaft für Pommerische Geschichte und Altertumskunde. Juli/August 1908. S. 122—123.
1467. Mieroslawski, Ludwig von, ,,Les journées de mars 1848 à Berlin". Bulletin de la société de la révolution de 1848. Nov.-Dez. 1922.
1468. Altenburg, Otto, Stettiner Kulturbilder aus dem Jahre 1830/50 nach Briefen Dr. Carl Stahrs. Baltische Studien, N. F. XXVII, S. 257f. Stettin 1925.
1468a. Frahm, F., Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der preußischen Verfassung. Forsch. zur Brandenb. und preuß. Geschichte. Band 41, S. 248—301. 1928.
1469. Schill, Wilhelm Friedrich, Militärische Beziehungen zwischen Preußen und Baden in den Jahren 1849/50. Forschungen zur Brandenb. u. preuß. Geschichte. Band 43, S. 290 bis 333. 1930.
1470. Adam, R., Johann Jacobys politischer Werdegang 1805—1840. Hist. Zeitschrift. Bd. 143, H. 1, S. 48—76. 1931.
1471. ,,Berlin vor der Märzrevolution." Ein Brief von Iwan Turgeniew. Voss. Zeitung. 18. März 1931. Morgenausgabe.
1471a. Hartung, Fritz, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848—1918. Forschungen zur Brandenb. u. preuß. Gesch. Band 44, S. 1—45, 1931.

Radetzky

1472. Eine geheime Denkschrift des Feldmarschalls Grafen Radetzky. Österr. Rundschau. Bd. 14, H. 1, 1. Januar 1908, S. 26—27.
1473. Feldmarschall Graf Radetzky. Aus meinem Leben. 1814—1847. Österr. Rundschau. Bd. 14, 1. Februar 1908, S. 172—179.
1474. Briefe des Feldmarschalls Grafen Radetzky an seine Gattin 1848—1851. Österr. Rundschau. Bd. 18, H. 1, 1. Januar 1909, S. 48—53.

Ranke (als Politiker)

1475. Simon, Ernst, Ranke und Hegel. München u. Berlin 1928.

*

1476. Meinecke, Friedrich, Zur Beurteilung Rankes. Hist. Zeitschrift. III. 1913. S. 582—599.

Rheinland

1476a. Koch, W., Kölsche Scheldereie (III Et Johr 1848). Köln 1885.
1477. Dreesen, J., Köln im tollen Jahr 1848. Köln 1898.
1478. Herckenberg, K., Der rote Becker. Leipzig 1899.
1479. Croon, G., Der rheinische Provinzial-Landtag bis 1874. Düsseldorf 1918.
1480. Dannehl, Otto, Carl Schurz, ein deutscher Kämpfer. Berlin u. Leipzig 1929.
1481. Kersken, Hans, Stadt und Universität Bonn in dem Revolutionsjahr 1848/49 (im Druck).

*

1481a. J. W. Schirmers hinterlassene biographische Fragmente. Deutsche Rundschau. 1877.
1482. Blind, Karl, Deutscher Freiheitskämpfer und amerikanischer Staatsmann. Persönliche Erinnerungen. Gartenlaube. 1906. I. Nr. 12, S. 488/89.
1483. Kruchen, K., Zensur und Zensoren an rheinischen Zeitungen in der vormärzlichen Zeit 1814/48. Düsseldorfisches Jahrbuch 1928, S. 1—136.

Sachsen

1483a. Lindau, M. B., Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Dresden. 2 Bde. 1862.
1484. Böckel, Ernst, Hermann Köchly. Heidelberg 1904.
1485. Göpner, H., Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der Parteien in den sächsischen Kammern. Leipzig 1913.
1486. Schinke, W., Der politische Charakter des Dresdner Maiaufstandes 1849 usw. Phil. Diss. Leipzig 1917.
1487. Jordan, Herbert, Die öffentliche Meinung in Sachsen 1814—1866. Kamenz 1918.
1488. Meinel, K., O. L. Heubner. Dresden 1928.
1489. Bode, W., Das Grimmaer Zeitungswesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Grimma 1928.
1490. Holldack, Dr. Heinz Georg, Untersuchungen zur Geschichte der Reaktion in Sachsen 1849/55. Berlin 1931.

Schlesien

1491. Müller, Leonhard, Die Breslauer politische Presse von 1742 bis 1861. Breslau 1908.
1492. Schlesische Lebensbilder, herausgegeben von der Historischen Kommission für Schlesien. 3 Bde. Breslau 1922—28.

*

1493. Lattermann, A., Oberschlesien und die polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert. Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens. Bd. 64. S. 248—259. 1930.

Schleswig-Holstein

1494. Zöllner, E., Die Bayern in Schleswig-Holstein 1848—1850. München 1896.
1494a. Uwe Jens Lornsens Briefe an seinen Vater. 1811—1837. Hrsg. v. Wilh. Jessen und G. E. Hoffmann. Breslau 1930.
1495. Bülck, R., Up ewig ungedeelt. Entstehungsgeschichte eines politischen Schlagwortes. Kiel 1928.
1496. Meyer, A. O., Das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins in Schleswig-Holstein. Kiel 1928.
1497. Jansen, K., Schleswig-Holsteins erste Erhebung. Allgem. Zeitung. 1892. Nr. 39. Beilage.

Sozialismus — Kommunismus — Arbeiterbewegung

1498. Stammhammer, Josef, Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus. 3 Bde. Jena 1893—1909.
1499. Menz, H., Rodbertus-Jagetzow als Politiker in den Jahren 1848/1849. Phil. Diss. Greifswald 1911.
1499a. Kamman, William Frederic, Socialism in German American litterature, Philadelphia 1917.
1500. Quarck, M., Ein Frankfurter Vorläufer des Kommunismus (J. J. Kott). Frankfurt 1928.
1501. Gärtner, G., Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Jahre 1928. Nürnberg 1928.
1501a. Jansen, Hanns Ernst, Das Proletariat im Vormärz in den Anschauungen deutscher Denker. Diss. Kiel 1928.
1502. Schiller, F. P., Georg Weerth. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Dichtung in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts (Manuskript). Moskau 1929.
1503. Weerth, Karl, Georg Weerth. Leipzig 1930.
1504. Paulsen, Dr. Ingwer, Victór Aimé Huber als Sozialpolitiker. Leipzig 1931.

*

1505. Goikin, Irma, Probleme der Gesellschaft und des Staates bei Moses Heß. Beiheft 4 zum Arch. f. d. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Leipzig 1931.
1506. Stern, Alfred, Zur Biographie Friedrich Beusts. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Band XII, S. 176—181. 1926.

Friedrich Julius Stahl

1506a. Voigt, W., Werdegang und Wirksamkeit F. J. Stahls in Bayern. Marb. Diss. 1919. Maschinenschrift.
1507. Hübner, Reinhard, F. J. Stahl und der Protestantismus. Rostocker Diss. 1928.
1507a. Masur, Gerhard, Friedrich Julius Stahl, Geschichte seines Lebens. Band I. Berlin 1930.

*

1507b. Salzer, Ernst, Briefe F. J. Stahls an Pfeiffer. Deutsche Rundschau. Band 159, S. 50f.

Thüringen

1508. Schneider, Karl, Altenburg in der revolutionären Bewegung. Altenburg 1913.
1509. Human, A., C. J. Meyer und das Bibliographische Institut von Hildburghausen-Leipzig. Schriften des Vereins für Sachsen-Meiningensche Geschichte und Landeskunde. Heft 23. 1896.

*

1510/11. Grosse, A., Eine Revolution in Altenburg und meine Verhandlungen in Altenburg. Mitteilungen der Geschichts- und Altertumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes. Bd. 10, S. 178ff. 1888.
1512. Huhn, Ernst, Das Großherzogtum Sachsen in der Bewegung der Jahre 1848—1849. Zeitschrift des Vereins für Thüring. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. 35. 1927. (Vgl. 1217.)
1513. Waehler, Martin, Erfurt als Reichshauptstadt. Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde Erfurts. H. 46, 1930, S. 117—145.

Richard Wagner

1514. Moser, Hans Joachim, Zwanzig Richard-Wagner-Dokumente. Deutsche Rundschau. Jahrg. 57. 1931. April. S. 42ff.

Wirtschaftsgeschichte

1515. Philippovich, Eugen v., Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert. Tübingen 1910.
1515a. Lenz, Friedrich, Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik. Berlin 1912.
1516. Mombert, P., Soziale und wirtschaftliche Anschauungen in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Leipzig 1919.
1517. Thiedig, W., Englands Übergang zum Freihandel und die deutsche Handelspolitik. Gießener Diss. 1928.
1517a. Stieda, Wilhelm, Zum Gedächtnis Bruno Hildebrands. Schmollers Jahrbuch, 55. Jahrgang 1931. S. 87f.

Westfalen

1518. Schäffer, Sebastian Georg, Adolf Kolping, der Gesellenvater. Ein Lebensbild. Münster. 1. Aufl. 1880. 4. Aufl. 1913.
1519. Pfülf, Otto, Hermann von Mallinckrodt. Freiburg 1893.
1520. Pfülf, Otto, Bischof von Ketteler. Mainz 1899.
1521. Hüttermann, W., Parteipolitisches Leben in Westfalen 1848. Phil. Diss. Münster 1910.
1522. Kaeller, R., Die Konservative Partei in Minden-Ravensberg bis zum Jahre 1866. Phil. Diss. Heidelberg 1912.
1523. Bein, Alex, Friedrich Hammacher (im Druck; erscheint 1932, Berlin).

Württemberg

1524. Schöttler, Wilhelm, Württemberg in den Jahren 1848/1849. Stuttgart 1851.
1525. Mayer, H. O., A. L. Reyscher als Politiker. Tübinger Diss. 1928.

*

Ergänzung
zu: Frankfurter Parlament und Frankfurt

1526. Feigl, H. und Molden, E., J. Ph. Fallmerayers Schriften und Tagebücher, 2 Bände. München 1913.
1527. Babinger, Franz, Fragmentistenbriefe „Schlern". II. Jahrgang, Bozen 1921. S. 177f.
1528. Babinger, Franz, Fragmentistenbriefe „Euphorion". Band 26, 2. Heft. S. 270f. Leipzig und Wien 1925.

Systematisches Verzeichnis der Stichworte der Bibliographie

1. Persönlichkeiten

2. Staaten und Länder

3. Probleme

Zeittafeln

I. Gesamtdeutsche Ereignisse

1842

Juni. Einsetzung der Überwachungskommission beim Deutschen Bundestag für Petitionen und Steuerbewilligung der ständischen Körperschaften.
Vertagung der zweiten Zentraluntersuchungskommission.

1846

Der Bundestag verbietet alle kommunistischen Vereine.
Juli. Der „offene Brief" des Königs von Dänemark.

1847

Württemberg beantragt Veröffentlichung von Auszügen aus den Bundestagsprotokollen.
Preußen empfiehlt ein Bundespressegesetz.
Denkschriften des Fürsten Leiningen und des Prinzgemahls Albert über Bundesreform.
November. Denkschrift von Radowitz über die vom Deutschen Bunde zu ergreifenden Maßregeln.

1848

Januar. Konferenzen von Polizeibevollmächtigten in Darmstadt und Frankfurt über Umtriebe in Süddeutschland.
20. Januar. Tod König Christians von Dänemark.
König Friedrich VII. kündigt die Gesamtverfassung für Groß-Dänemark an.
12. Februar. Antrag Friedrich Bassermanns in der Zweiten Kammer Badens, eine Vertretung der deutschen Ständekammern beim Deutschen Bunde zu schaffen.
26. Februar. Antrag Heinrich von Gagerns in der hessischen Zweiten Kammer auf Nationalrepräsentation und ein interimistisches Bundeshaupt mit Kabinett.
1. März. Aufruf des Deutschen Bundestages.
5. März. Heidelberger Versammlung der 51 Männer.
9. März. Bundesbeschluß über das Bundeswappen und die Farben Schwarz-Rot-Gold.
16. März. Versammlung des deutschen Demokratenklubs in Paris; Beschluß, eine Invasionstruppe zu sammeln.
24. März. Einsetzung der provisorischen Regierung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein in Rendsburg.
26. März. Proklamation des Kaisers Nikolaus von Rußland. Einberufung der Urlauber auf unbestimmte Zeit.
29. März. Aufruf des Nationalausschusses der Deutschen in der Schweiz: Herstellung einer einigen deutschen Republik.
30. März. Besetzung von Hadersleben durch die Dänen. Übergabe von Alsen.
30. März bis 3. April. Tagung des „Vorparlamentes" in Frankfurt. Wahl des Fünfzigerausschusses.
2. April. Der Bundestag setzt sämtliche seit 1819 erlassenen Ausnahmegesetze außer Kraft.
11. April. Aufnahme Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund.
12. April. Aufgebot von Freischaren für Schleswig-Holstein, vom Fünfzigerausschuß beschlossen.
21. April. General von Wrangel übernimmt den Oberbefehl gegen Dänemark.
22. April. Aufnahme eines Teiles des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund.
26. April. Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs der Siebzehner.

2. Mai.	Aufnahme eines weiteren Teiles des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund.
3. Mai.	Der Bundestag beschließt Einsetzung eines Triumvirats.
18. Mai.	Auflösung des Fünfzigerausschusses. Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt.
19. Mai.	Preußen nimmt den englischen Vermittlungsvorschlag für einen Waffenstillstand mit Dänemark an.
	Antrag von Franz Raveaux in Frankfurt über das Verhältnis zwischen Reichsparlament und Einzelparlamenten.
	Schmerling wird Bundespräsidialgesandter.
21. Mai.	Beginn des Erscheinens der ,,Deutschen Reichstagszeitung".
21. u. 22. Mai.	Blutige Zwischenfälle in Mainz.
4. Juni.	Veröffentlichung der posenschen Demarkationslinie des Generals v. Pfuel.
14. Juni.	Beratung im Parlament über die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte.
	,,Die Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung" beginnen ihr Erscheinen.
23. Juni.	Zweiter Vermittlungsvorschlag Lord Palmerstons.
24. Juni.	Heinrich von Gagerns ,,Kühner Griff".
28. Juni.	Gesetz über die provisorische Zentralgewalt beschlossen.
29. Juni.	Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser.
	Schreiben des Bundestags an den Erzherzog.
30. Juni.	Note des Bundes an die Schweiz über das Treiben der Flüchtlinge.
3. Juli.	Beginn der Beratung der Grundrechte.
7. Juli.	Beginn der Debatte über Wehrangelegenheiten. Erhöhung des Heereskontingentes und allgemeine Wehrpflicht für alle Einzelstaaten wird beschlossen.
12. Juli.	Die Bundesversammlung überträgt ihre Befugnisse der vom Reichsverweser getragenen provisorischen Zentralgewalt.
15. Juli.	Bildung eines vorläufigen Reichsministeriums.
16. Juli.	Erlaß des Reichskriegsministers v. Peucker über die Huldigungsparade für den Reichsverweser.
24. Juli.	Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen in Schloß Bellevue bei Kolding.
24./27. Juli.	Polendebatte der deutschen Nationalversammlung.
31. Juli.	Fürst Leiningens Artikel: ,,Entweder — Oder". Vorlage des Gesetzes über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge.
1. August.	Frankreich kündigt Protest an gegen den deutschen Vormarsch in Jütland.
9. August.	Reichskabinett Fürst Leiningen.
12. August.	Die Entlassung der Welschtiroler Kreise aus dem Deutschen Bunde wird von der Nationalversammlung abgelehnt.
	Der Antrag auf Vereinigung Istriens mit Deutschland wird dem Gesamtreichsministerium überwiesen, das beschließt, von einer weiteren Vergrößerung des Bundesgebietes absehen zu wollen.
14. August.	Dombaufest in Köln.
22. August.	Beschluß des Gesamtreichsministeriums über die Zuständigkeiten des Reichsjustizministeriums.
25. August.	Beschluß des Gesamtreichsministeriums über die Stellung der Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt.
26. August.	Abschluß des Waffenstillstands von Malmö.
30. August.	Beschluß des Gesamtreichsministeriums über das Gesetzgebungsrecht der deutschen Nationalversammlung.
5. September.	Die Nationalversammlung beschließt, die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes sollten eingestellt werden.
	Rücktritt des Kabinetts Fürst Leiningen.
16. September.	Die Nationalversammlung beschließt, die Vollziehung des Waffenstillstandes nicht weiter zu hindern. Die alten Reichsminister, außer Leiningen und Heckscher, stellen sich wieder zur Verfügung.

17. September. Volksversammlung auf der Pfingstweide bei Frankfurt.
18. September. Barrikadenkampf in Frankfurt. Sieg der Zentralgewalt.
19. September. Das Gesamtreichsministerium beschließt die Bildung von militärischen Beobachtungslagern und die Entsendung von Reichskommissaren.
20. September. Rundschreiben der Zentralgewalt über den Verzicht der Einzelstaaten auf das Gesandtschaftsrecht zugunsten der Reichsgesandten.
4. Oktober. Drohende Note der Zentralgewalt an die Schweiz.
12. Oktober. Entsendung der Reichskommissare Welcker und Mosle nach Österreich.
22. Oktober. Vollmacht für General v. Schäffer-Bernstein zur Revision der Demarkationslinie in Polen.
22. Oktober bis 11. November. Würzburger Bischofskonferenz.
24. Oktober. Der Reichsgesandte Raveaux verläßt seinen Posten in der Schweiz.
3. bis 5. November. Konstituierender Kongreß des Deutschen Nationalvereins in Kassel.
4. November. Entsendung Bassermanns nach Berlin beschlossen.
8. November. Errichtung der Marineabteilung im Reichshandelsministerium.
13. November. Verkündigung des Gesetzes über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge durch den Reichsverweser.
18. November. Die Entsendung der Reichskommissare Hergenhahn und Simson nach Berlin wird beschlossen.
23. November. Heinrich von Gagern wird vom Gesamtreichsministerium ersucht, in Berlin zu verhandeln.
30. November. Zirkular des Schweizer Bundesrats über das Flüchtlingswesen.
Ende November. Gründung des Zentralmärzvereins in Frankfurt.
15. Dezember. Schmerlings Rücktritt. Heinrich von Gagern wird Reichsministerpräsident.
18. Dezember. Eduard Simson wird Präsident des Frankfurter Parlaments.
28. Dezember. Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes im Reichsgesetzblatt.

1849

20. Januar. Annahme des Gesetzes über Schließung der Spielbanken und Aufhebung der Spielbankverträge.
23. Januar. Preußische Zirkularnote über den engeren Bund unter preußischer Führung.
28. Januar. Note der Zentralgewalt an die Einzelregierungen; Aufforderung, sich über das Verfassungswerk zu äußern.
4. Februar. Österreichische Antwortnote.
26. Februar. Vorlage der Gewerbeordnung im Parlament.
Dänemark kündigt den Waffenstillstand von Malmö.
2. März. Das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht wird für die Reichsverfassung beschlossen.
9. März. Schwarzenbergs Note: Eintritt des gesamten Kaiserstaates; Schmerling erbittet Entlassung nach der Übergabe (13. März).
12. März. Antrag des Abgeordneten Welcker auf Annahme der Reichsverfassung durch einen Gesamtbeschluß.
18. März. Annahme des Auswanderungsgesetzes.
21. März. Ablehnung des Welckerschen Antrages. Demission des Gesamtreichsministeriums Gagern.
27. März. Annahme des Erbkaisers.
28. März. Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser der Deutschen.
Amtliche Verkündigung von Reichsverfassung und Reichswahlgesetz.
3. April. Empfang der Frankfurter Kaiserdeputation durch Friedrich Wilhelm IV.
Preußische Zirkularnote: Der engere Bund.
5. April. Österreich beruft seine Abgeordneten aus dem Frankfurter Parlament zurück.
8. April. Österreichs ablehnende Antwort an Preußen.
14. April. Kollektivnote der 28 Kleinstaaten: Anerkennung von Reichsverfassung und Kaiserwahl.
21. April. Die preußische Zweite Kammer erkennt die Reichsverfassung an.
22. April. Camphausen nimmt seine Entlassung.

4. Mai.	Das Parlament beschließt Entsendung von Reichskommissaren an die Königreiche, und zwar sollen sie die Reichsverfassung zur Anerkennung und Geltung bringen.
6. bis 8. Mai.	Letzte Versuche Heinrichs von Gagern, zur Verständigung mit Preußen zu gelangen.
10. Mai.	Endgültiger Rücktritt des Gesamtreichsministeriums Gagern. Ministerium Grävell—Detmold.
14. Mai.	Preußen erklärt das Mandat seiner Abgeordneten in Frankfurt für erloschen.
14. bis 15. Mai.	Versammlung des Zentralmärzvereins und des Nationalvereins in Frankfurt.
19. Mai.	Beschluß des Parlaments, einen Reichsstatthalter zu ernennen.
30. Mai.	Verlegung des Parlaments nach Stuttgart beschlossen.
7. Juni.	Einsetzung der provisorischen Reichsregentschaft in Stuttgart.
18. Juni.	Zersprengung des Rumpfparlaments durch württembergische Truppen.
30. September.	Abschluß des Interims zwischen Österreich und Preußen.

II. Der österreichische Kaiserstaat

	1843
	„Österreich und dessen Zukunft" erscheint.
	1845
	Petition der Wiener Schriftsteller um ein neues Zensurgesetz.
	1846
	Aufstand in Galizien. Annexion von Krakau.
	1847
April.	Graf Franz Stadion Statthalter in Galizien.
Mai.	Tod des Erzherzogs Karl.
November.	Erzherzog Stefan wird Palatin von Ungarn.
Herbst.	Beginn der Börsenkrise.
	1848
Januar.	Straßenkämpfe in Mailand.
Februar.	Neues Zensurgesetz.
28. Februar.	Russische Millionenanleihe für Österreich.
4. März.	Aufruf und Programm der Fortschrittspartei in Österreich.
11. März.	Versammlung im Wenzelsbad in Prag.
14. März.	Manifest der Schriftsteller Wiens. Belagerungszustand.
15. März.	Die Bewilligungen des Kaisers. „Konstitution des Vaterlandes." Einsetzung des Bürgerausschusses in Wien.
25. März.	Die Nationalversammlung in Agram stellt den Banus Jellačić an die Spitze der drei geeinigten Königreiche Kroatien, Slawonien und Dalmatien.
21. April.	Erklärung des Ministeriums Pillersdorf über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland.
23. April.	Veröffentlichung der Verfassung.
26. April.	Bombardement von Krakau.
9. Mai.	Zusammentritt des revolutionären Zentralkomitees in Wien.
15. Mai.	Neuer Revolutionssturm in Wien.
16. Mai.	Proklamation des Kaisers. Flucht nach Innsbruck.
26. Mai.	Barrikadenbau in Wien. Einsetzung des Sicherheitsausschusses.
29. Mai.	Einsetzung des provisorischen Regierungsrates in Prag.
3. Juni.	Eröffnung des Prager Slawenkongresses.
12. Juni.	Manifest des Kongresses an die Völker Europas.
13. Juni.	Ausbruch der Revolution in Prag. Windischgrätz bombardiert die Stadt.
16. Juni.	Ernennung Erzherzog Johanns zum Stellvertreter des Kaisers.
6. Juli.	Proklamation des Erzherzogs Johann.
8. Juli.	Sturz des Ministeriums Pillersdorf. Ministerium Wessenberg.

22. Juli. Eröffnung des Reichstages in Wien.
2. August. Provisorisches Zentralkomitee für die Arbeiterangelegenheiten.
6. August. Einzug Radetzkys in Mailand. Waffenstillstand in Italien.
12. August. Rückkehr Kaiser Ferdinands nach Wien.
19. August. Lohnherabsetzung. Neue Unruhen in Wien.
26. August. Antrag des Abgeordneten Kudlich betr. Aufhebung der Untertänigkeitsverhältnisse.
7. September. Gesetz über Aufhebung der obrigkeitlichen Gewalten ohne Entgelt und über Ablösung der Dienste und Abgaben gegen Entschädigung.
15. September. Gründung des Monarchisch-konstitutionellen Vereins.
17. September. Auftreten Johannes Ronges in Wien. Gründung einer deutsch-katholischen Gemeinde.
19. September. Der Reichstag beschließt Abweisung der ungarischen Gesandtschaft.
6. Oktober. Revolutionsausbruch in Wien.
7. Oktober. Neukonstituierung des Wiener Gemeinderats.
12. Oktober. Ernennung Messenhausers zum Oberkommandanten.
17. Oktober. Erstes kaiserliches Manifest.
Ankunft der Deputation der Linken des Frankfurter Parlaments in Wien unter Führung Robert Blums.
19. Oktober. Zweites kaiserliches Manifest.
Die ungarische Armee überschreitet die österreichische Grenze.
28. Oktober. Windischgrätz bombardiert und stürmt Wien.
Abschluß und Bruch der Kapitulation.
31. Oktober. Beschießung der Innenstadt.
1. November. Besetzung Wiens. Beendigung des Reichstages.
9. November. Erschießung Robert Blums.
18. November. Einstellung des Verfahrens gegen Abgeordnete.
27. November. Programmerklärung des neuen Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg auf dem in Kremsier wiedereröffneten Reichstage.
2. Dezember. Abdankung Kaiser Ferdinands. Regierungsantritt Kaiser Franz Josefs.
27. Dezember. Fürst Schwarzenberg schlägt dem Grafen Bernstoff Mediatisierungen zugunsten Preußens vor.

1849

4. Januar. Der Reichstag beginnt die Beratung der Grundrechte.
4. März. Auflösung des Reichstages. Oktroyierung der Gesamtstaatskonstitution.

III. Preußen

1841

Magistrat und Stadtverordnete von Breslau verlangen Erfüllung des Verfassungsversprechens.

1843

Zensurgesetz. Verbot der „Rheinischen Zeitung“.

1844

Gründung der Königsberger Bürgergesellschaft. Weberunruhen in Schlesien. Kattundruckerstreik in Berlin.

1845

Georg v. Vincke verlangt auf dem westfälischen Provinziallandtage Reichsstände.
15 rheinische Städte verlangen Erfüllung des Verfassungsversprechens.
Dezember. Versammlungsverbot auch für Ost- und Westpreußen und Posen.

1846

Petition der Stadt Berlin für Gewissensfreiheit.
Unruhen in Köln. Polenprozeß in Berlin.

1846/47

	Hungersnot in Oberschlesien und Ostpreußen.

1847

3. Februar.	Unterzeichnung des Patentes für den Vereinigten Landtag.
April.	Deklaration von 138 Mitgliedern des Vereinigten Landtages (verfaßt von Vincke).
	Kartoffelrevolution in Berlin.
Juni.	Kabinettsorder über Zwangskurs der Noten der Preußischen Bank.
Juli.	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden.
	Ablehnung der Ostbahnanleihe.
Oktober.	Kaiser Nikolaus lehnt Begegnung mit Friedrich Wilhelm IV. ab.

1848

29. Februar.	Provisorische Regierung in Neuenburg (Schweiz).
März.	Militärische Vorsichtsmaßregeln. Entlassung von 400 Arbeitern bei Borsig.
3. März.	Kölner Petition.
6. März.	Bewilligung der Periodizität des Vereinigten Landtages.
	Verbot der Breslauer Versammlung. Unruhen.
7. März.	Ressourceversammlung in Königsberg.
	Die Volksversammlungen in den Zelten in Berlin beginnen. — Ablehnung einer Reformadresse im Berliner Magistrat.
8. März.	Ankündigung von Schritten wegen Pressereform von Bundes wegen.
13. März.	Unruhen in Königsberg.
	Die ersten Zusammenstöße in Berlin.
14. März.	Der König empfängt die Deputation von Magistrat und Stadtverordneten. Massaker in der Brüderstraße.
15. März.	Die Bürgerschutzkommission tritt ins Leben. Neue ernste Unruhen.
16. März.	Kronrat. Vorbereitung des Patents vom 18. März.
17. März.	Eine Massendemonstration wird beschlossen (Dr. Woeniger).
18. März.	Erscheinen der beiden Patente. Ministerwechsel. Ausbruch der Revolution.
19. März.	,,An meine lieben Berliner.“ Abzug der Truppen. Ministerium Graf Arnim. — Der Leichenzug im Schloßhof.
	Blutige Unruhen in Trier.
20. März.	Amnestie für politische Gefangene.
21. März.	Der Umzug Friedrich Wilhelms IV. Sein Aufruf ,,An mein Volk und an die deutsche Nation“.
22. März.	Gründung des Politischen Klubs, des späteren Demokratischen Klubs.
	Bestattung der Märzgefallenen.
27. März.	Gründung des ,,Konstitutionellen Klubs“.
29. März.	Ministerium Camphausen—Hansemann.
30. März.	Wiedereinrücken von Linientruppen in Berlin.
2. April.	Zusammentritt des zweiten Vereinigten Landtags.
9. April.	General v. Willisen schließt die Konvention von Jaroslawiec ab.
23. April.	General v. Colomb erklärt die Konvention von Jaroslawiec für gebrochen.
28. April.	Berliner Buchdruckerstreik.
1. Mai.	Gleichzeitige Wahl für die deutsche und die preußische Nationalversammlung.
7. Mai.	Erste Nummer des ,,Kladderadatsch“.
14. Mai.	Bewaffnete Volksversammlung vor dem Schönhauser Tor.
22. Mai.	Eröffnung der preußischen Nationalversammlung.
Anfang Juni.	Begründung des Preußenvereins für das konstitutionelle Königtum.
4. Juni.	Massenkundgebung im Friedrichshain an den Gräbern der Märzgefallenen.
7. Juni.	Rückkehr des Prinzen von Preußen aus England.
8. Juni.	Rede des Prinzen von Preußen in der Nationalversammlung.
	Antrag des Abgeordneten Berends über die Anerkennung der Märzrevolution.
9. Juni.	Annahme der motivierten Tagesordnung Zachariae. Straßentumulte.
15. Juni.	Sturm auf das Zeughaus.

17. Juni.	Rücktritt der Minister v. Canitz, Graf Schwerin und Freiherr v. Arnim.
20. Juni.	Rücktritt des Gesamtministeriums Camphausen. Bildung des Ministeriums Auerswald—Hansemann.
30. Juni.	Arbeiterdemonstration vor dem Handelsministerium.
Ende Juni.	Gründung der „Kreuzzeitung".
1. Juli.	Adolf Glaßbrenners Illustrierte politisch-humoristische Zeitung beginnt zu erscheinen.
31. Juli.	Blutige Zusammenstöße in Schweidnitz.
Ende Juli.	„Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee" erscheint.
4. August.	Grundsätzliche Abschaffung der Todesstrafe beschlossen.
9. August.	Antrag Stein nebst Zusatzantrag Schulz angenommen, betr. Ermahnung an die Offiziere, allen reaktionären Bestrebungen fernzubleiben.
18./19. August.	„Junkerparlament" in Berlin.
28. August.	Verabschiedung der Habeas-Corpus-Akte.
4. September.	Das Staatsministerium lehnt einen allgemeinen Erlaß an die Offiziere ab.
7. September.	Die Nationalversammlung beharrt auf die Beschlüsse vom 9. August.
8. September.	Rücktritt des Ministeriums Auerswald—Hansemann. Verhandlungen mit Beckerath.
13. September.	Ernennung General v. Wrangels zum Kommandeur sämtlicher Truppen in den Marken.
	Volksversammlung in Köln.
17. September.	Volksversammlung bei Worringen am Rhein.
22. September.	Ministerium Pfuel.
25. September.	Beilegung des Armee-Erlaß-Konfliktes.
	Barrikadenbau in Köln. Belagerungszustand.
12. Oktober.	Beratung des Verfassungsentwurfes im Plenum beginnt. Streichung der Formel: „von Gottes Gnaden".
13. Oktober.	Annahme des Bürgerwehrgesetzes.
16. Oktober.	Unruhen in Berlin.
	Demission des Kabinetts Pfuel.
19./23. Oktober.	Polendebatte der preußischen Nationalversammlung.
20. Oktober.	Beerdigung der Opfer vom 16. Neue Kundgebungen.
24. Oktober.	Resolution Waldeck gegen die Gesetze und Erlasse der provisorischen Zentralgewalt.
26. Oktober.	Zweiter demokratischer Kongreß in Berlin.
27. Oktober.	Beginn der Beratungen des „Gegenparlamentes".
31. Oktober.	Debatte über die Ereignisse in Österreich. Straßentumulte. Endgültiger Rücktritt Pfuels. Abschaffung des Adels und Wegfall der Führung adeliger Prädikate wird für den Verfassungsentwurf beschlossen.
2. November.	Ministerium Graf Brandenburg.
4. November.	Das Gesamtreichsministerium in Frankfurt beschließt die Entsendung Bassermanns nach Berlin.
9. November.	Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg.
10. November.	Wrangels Einmarsch in Berlin. Passiver Widerstand.
14. November.	Verkündigung des Kriegsgesetzes.
15. November.	Steuerverweigerungsbeschluß der Nationalversammlung.
	Suspension von Presseorganen.
27. November.	Wiedereröffnung der Nationalversammlung in Brandenburg.
Ende Nov.	Verhandlungen Heinrichs von Gagern in Berlin.
5. Dezember.	Auflösung der Nationalversammlung.
	Oktroyierung der Verfassung.

1849

22. Februar.	Graf Arnim-Heinrichsdorf wird preußischer Außenminister.
26. April.	Auflösung der Zweiten Kammer.
	Radowitz wird nach Berlin berufen. Graf Arnims Rücktritt.

9. bis 10. Mai.	Unruhen in Elberfeld, Iserlohn, Solingen, Siegburg.
26. Mai.	Dreikönigsbündnis.
30. Mai.	Erlaß des Dreiklassenwahlrechtes.

1850

7. Februar.	Friedrich Wilhelm IV. beschwört die revidierte Verfassung.

IV. Bayern

1844

Aufhebung des Kniebeugungszwanges. Bierkrawall in München.

1846

Fürst Leiningens Denkschriften über die Reichsräte. Ankunft der Tänzerin Lola Montez in München.

1847

	Begnadigung Eisenmanns.
Februar.	Entlassungsgesuch des Ministeriums Abel.
August.	Lola wird Gräfin Landsfeld.
November.	Entlassung des Kabinetts v. Maurer. Ministerium Fürst Öttingen-Wallerstein.

1848

Februar.	Studentenkrawall in München. Abreise Lolas.
1. März.	Erster Brief Fürst Leiningens an König Ludwig.
3. März.	Zweiter Brief Fürst Leiningens an König Ludwig.
4. März.	Volksbewegung in München.
	Einberufung des Landtags zum 16. März.
8./9. März.	Besuch der Gräfin Landsfeld in München.
11. März.	Entlassung des Fürsten Öttingen-Wallerstein.
20. März.	Abdankung König Ludwigs.
Anfang April.	Gründung des Vereins für konstitutionelle Monarchie.
12. April.	Gründung des demokratischen Vereins in Nürnberg.
30. Mai.	Schluß des Landtages.
27. August.	Nördlinger republikanische Kundgebung.
17. Oktober.	Bierkrawall in München.
Ende Dezember.	Entlassung des Ministers Freiherrn Gustav v. Lerchenfeld.

1849

Januar.	Eröffnung des neuen Landtages.
April.	Ernennung L. v. d. Pfordtens zum Minister des Äußern.
17. Mai.	Einsetzung der provisorischen Regierung in Kaiserslautern.
4. Juni.	Gesuch Bayerns um preußische militärische Hilfe gegen die Pfalz.
14. Juni.	Preußischer Einmarsch in der Pfalz. Die provisorische Regierung der Pfalz verläßt Kaiserslautern.

V. Die Kleinstaaterei

1845

Unruhen in Leipzig.

Verfahren gegen Friedrich Murhard in Kassel. Der Marburger Professor Silvester Jordan wird freigesprochen.

Gründung des Montagskränzchens in Frankfurt.

Gewaltsame Auflösung der Mannheimer Gemeindekörperschaften.

1846

Gründung des Vereins der Hamburgischen Juristen.

1847

	Antrag des württembergischen Abgeordneten Römer auf Prüfung der Rechtsgültigkeit der Zensur.
	Unruhen in Ulm und Stuttgart.
	Petition der Posamentierer von Geier an den sächsischen Landtag.
	Gründung des Bremer Bürgervereins.
März.	Gründung der ,,Deutschen Zeitung" in Heidelberg.
Mai.	Entsendung einer russischen Gesandtschaft nach Hannover.
September.	Versammlung in Offenburg.
Oktober.	Zusammenkunft in Heppenheim.
November.	Tod Kurfürst Wilhelms II. von Hessen-Kassel.
	Eintritt Heinrichs von Gagern in den hessisch-darmstädtischen Landtag.
	Herbst. Neuwahlen in Hessen-Darmstadt.
Dezember.	Eröffnung des neuen badischen Landtags.
	Einsetzung eines Ausschusses zur Ablösung der Feudallasten im weimarischen Landtage.

1848

Februar.	Plan eines Attentats auf den Kronprinzen von Württemberg.
	Zusammenbruch badischer Fabriken. Sozialistischer Protest gegen Sanierung der Kapitalisten durch die Regierung.
27. Februar.	Mannheimer Volksversammlung.
29. Februar.	Heidelberger Volksversammlung.
	Bauernaufstand im Odenwald und Schwarzwald.
4. März.	Der Bauernsturm in Wiesbaden.
	Unruhen in Frankfurt. Zugeständnisse des Senats.
5. März.	Mitregentschaft des Erbgroßherzogs von Hessen. Ministerium Heinrich von Gagern.
6. März.	Ministerium Römer in Württemberg.
8. März.	Wahl der ,,Volkskommission" in Hanau.
	Bewilligung einer neuen Bremer Verfassung.
	Bauernsturm in Weimar.
9. März.	Das Hamburger Programm.
11. März.	Nachgeben des Kurfürsten von Hessen.
13. März.	Umschwung in Dresden. Ministerium Braun—v. d. Pfordten.
	Krawall in Hamburg.
17. März.	Zugeständnisse in Hannover. Ministerium Stüve.
19. März.	Offenburger Versammlung.
31. März.	Bauernversammlung in Michelstadt im Odenwalde.
6. April.	Zerstörung der Kasteler Eisenbahn. Bedrohung der Rheinschiffahrt.
8. April.	Neue Lübecker Verfassung.
9. April.	Gardedukorps-Nacht in Kassel.
12. April.	Aufruf Heckers und Struves im Namen der provisorischen Regierung.
13. April.	Ausmarsch Heckers aus Konstanz. Proklamation der deutschen Republik.
	Ernennung General Friedrich von Gagerns zum Befehlshaber der badischen Division.
20. April.	Gefecht bei Kandern. General von Gagern fällt.
23. April.	Herweghs deutsche Legion überschreitet den Rhein.
24. April.	Gefecht bei Freiburg i. Breisgau.
26./27. April.	Tumult in Mannheim. Einzug der Hessen und Bayern.
27. April.	Gefecht bei Dossenbach.
Juli.	Einrücken von Reichstruppen in Wiesbaden.
13. September.	Bauernversammlung in Wertheim.
20. September.	Friedrich Hecker schifft sich in Southampton nach den Vereinigten Staaten ein.
21. September.	Struve proklamiert in Lörrach die deutsche Republik.
24. September.	Gefecht bei Staufen.
26. September.	Verkündigung des Standrechtes in Baden.

28. September.	Volkstag in Cannstatt.
9. Oktober.	Tumult in Lübeck.
31. Oktober.	Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung für beide Mecklenburg.
20. Dezember.	Veröffentlichung der revidierten Verfassungsurkunde durch den Lübecker Senat.

1849

3. bis 5. Januar.	Konferenzen in Gotha über Zusammenlegung der thüringischen Staaten.
Februar.	Rücktritt des Ministeriums Braun in Sachsen. Neues Ministerium Held.
20. März.	Beginn des Freiburger Geschworenenprozesses gegen Struve.
25. April.	Der König von Württemberg erklärt sein Einverständnis mit der Reichsverfassung.
1. Mai.	Verkündigung des neuen Staatsgrundgesetzes in Oldenburg.
2. Mai.	Ministerium Zschinsky—Beust in Sachsen.
3. Mai.	Sachsen erbittet militärische Hilfe von Preußen.
4. Mai.	Flucht König Friedrich Augusts aus Dresden. Beginn des Straßenkampfes.
9. Mai.	Sieg der preußisch-sächsischen Truppen.
12. Mai.	Ausbruch des Soldatenaufstandes in Baden.
13. Mai.	Offenburger Volksversammlung. Flucht des Großherzogs aus Karlsruhe.
27. Mai.	Pfingstversammlung zu Reutlingen.
10. Juni.	Zusammentritt der badischen konstituierenden Landesversammlung.
15. Juni.	Besetzung Mannheims durch preußische Truppen.
15. bis 25. Juni.	Gefechte bei Ladenburg, Wiesenthal, Waghäusel, Durlach. Zusammenbruch der Revolutionsregierung in Karlsruhe.
11. Juli.	Fertigstellung des Entwurfes einer neuen Hamburger Verfassung.
23. Juli.	Kapitulation von Rastatt.
11. August.	Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz spricht von sich aus die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung aus.
13. August.	Einmarsch preußischer Truppen in Hamburg.
Oktober.	Entlassung des württembergischen Ministers Römer.
3. Dezember.	Die Frankfurter Konstituante beschließt eine demokratische Verfassung für die Freie Stadt. Der Senat löst die Versammlung auf.

1850

März.	Rücktritt des Ministeriums Stüve in Hannover.
2. Mai.	Ende der Hamburger Konstituante.
23. Mai.	Erlaß einer neuen Hamburger Verfassung.
Frühjahr.	Eingreifen des Bundes in Mecklenburg. Auflösung der mecklenburgisch-schwerinschen Abgeordnetenversammlung. Wiederherstellung der landesständischen Verfassung.

1851

Sommer.	Der Bundestag beschließt Intervention in Bremen. Auflösung der Bürgerschaft, Oktroyierung eines neuen konservativen Wahlrechts.

VI. Geistes-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte

1841

„Gedichte eines Lebendigen", von Georg Herwegh.
Ludwig Feuerbachs: „Wesen des Christentums".

1842

Lorenz Steins: „Der Sozialismus und Kommunismus im heutigen Frankreich".

1843

Gründung des Zollvereinsblattes durch Friedrich List.
Anastasius Grüns: „Die Nibelungen im Frack".
Hoffmann von Fallerslebens: „Gassenlieder und Kinderlieder".

1845

Moritz Hartmanns: „Kelch und Schwert".
Max Stirners: „Der Einzige und sein Eigentum".
Karl Grüns: „Die soziale Bewegung in Frankreich und in Belgien".
Friedrich Engels': „Die Lage der arbeitenden Klassen in England".
Gründung des Vereins zum Wohl der arbeitenden Klassen in Berlin.

1846

Konzil der Deutschkatholiken in Leipzig.
F. Freiligraths Gedichtsammlung: Ça ira!
Entdeckung einer kommunistischen Verschwörung in Berlin.
Selbstmord Friedrich Lists.

1846/47

„Die gesellschaftlichen Zustände der zivilisierten Welt" von Moses Hess.

1847

Karl Heinzen: Einiges über deutschen Servilismus und Liberalismus.
Stiftung des Bundes der Kommunisten.

1848

Februar. Erscheinen des Kommunistischen Manifestes.
1. April. Marx und Engels erlassen das Revolutionsprogramm der kommunistischen Partei für Deutschland.
1. Mai. Beginn des Erscheinens der Leipziger Arbeiterzeitung.
14. Mai. Arbeiterversammlung in Frankfurt.
Bildung des Arbeitervereins.
23. Mai. Gründung des Piusvereins in Mainz.
1. Juni. Die „Neue Rheinische Zeitung" beginnt zu erscheinen.
2. Juni. Eröffnung der ersten Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes in Hamburg.
14./17. Juni. Kongreß der deutschen demokratischen Republikaner in Frankfurt (erster demokratischer Kongreß).
17. Juni. Eisenacher Programm der deutschen Studenten zur Hochschulreform.
18./19. Juni. Berliner Kongreß der Handwerker- und Arbeitervereine.
2. Juli. Turnertag in Hanau.
14. Juli. Aufruf des Berliner Zentralausschusses der deutschen Demokraten.
15. Juli. Zusammentritt des allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongresses in Frankfurt.
Eigener Kongreß der demokratischen Vereine in Breslau.
20./25. Juli. Schneiderkongreß in Frankfurt.
22. Juli. Aufruf des Frankfurter Arbeitervereins an alle Arbeiter- und Gesellenvereine Deutschlands.
23. August bis 3. September. Allgemeiner Arbeiterkongreß in Berlin.
20. September. Schluß des Allgemeinen Arbeiterkongresses in Frankfurt.
Oktober. Erster deutscher Katholikentag in Mainz.
3. Oktober. Manifest des Zentralausschusses der deutschen Demokraten.
26. Oktober. Zweiter demokratischer Kongreß in Berlin.

1849

15. April. Austritt von Karl Marx und Genossen aus dem demokratischen Kreisausschuß.
19. Mai. Die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" erscheint.



Register für Band I und II

(Die römischen Zahlen bezeichnen die Bände, die arabischen Zahlen die Seiten)

Sachregister

Personen- und Autorenregister

Berichtigungen

Band I

S. 92, Zeile 13 v. u. muß es heißen: französische (statt preußische).
S. 102, Zeile 6 v. o. muß es heißen: Rande.
S. 140, Zeile 8 v. o. muß es heißen: sardinischen (statt neapolitanischen).
S. 142, Zeile 13 v. u. muß es heißen: Rheinbundfürsten.
S. 143, Überschrift, muß es heißen: Lebensform.
S. 189, Zeile 12 v. o. muß es heißen: französischen (statt preußischen).
S. 208, Zeile 13 v. o. muß es heißen: Zensus.
S. 227, Zeile 15 v. o. muß es heißen: Rewitzer.
S. 257, Zeile 20 v. o. muß es heißen: und (statt denn).
Zeile 21 v. o. muß es heißen: von einem.
S. 284, Zeile 21 v. o. muß es heißen: Verwickelte.
S. 295, Zeile 7 v. o. muß es heißen: oberrheinische.
S. 308, Zeile 23 v. u. muß es heißen: 1846.
S. 366, Zeile 11 v. u. muß es heißen: Henß (statt Heuß).
S. 402, Zeile 12 v. u. muß es heißen: Goldmark (statt Goldmann).
S. 523, letzte Zeile muß es heißen: polnische (statt preußische).
S. 547, Zeile 19 v. o. ist nach dem französischen Worte sang das Wort trop ausgefallen.
S. 591 ist die Anmerkung 55a ausgefallen; sie lautet: Veit Valentin und Ottfried Neubecker, Die deutschen Farben, S. 23.
S. 606, Zeile 3 v. o. muß es heißen: Eimeldingen (statt Emmendingen).
S. 630 bei Titel Nr. 490 muß es heißen: Franz Josef (statt Friedrich).
S. 641 bei Titel Nr. 778 muß es heißen: Marcel.
S. 642 bei Titel Nr. 788 muß es heißen: Eduard (statt Wilhelm).
S. 646 bei Titel Nr. 918 muß es heißen: Meyerinck.
S. 656 bei Titel Nr. 1147 muß es heißen: Wichern.
S. 657 bei Titel Nr. 1189 muß es heißen: Weerth.

Band II

S. 198, Zeile 10 v. u. Wickenburg (statt Wickenberg).
S. 268, Zeile 9 v. o. muß es heißen: Strotha.
S. 270, Zeile 19 und 21 v. u. muß es heißen: Thümen (statt Thünen).
S. 411, Zeile 22 v. o. muß es heißen: Jäkel (statt Jäckel).
S. 491, Zeile 10 v. o. muß es heißen: Lodemann (statt Lohmann).
S. 561, Zeile 6 v. u. muß es heißen: evolutionären (statt revolutionären).
S. 598, Zeile 3 v. u. muß es heißen: Söltls.
S. 611, Zeile 15 v. u. muß es heißen: Woldemar (statt Wolfgang).
S. 635, Anmerkung 19, Zeile 4 muß es heißen: Valerian (statt Valentin).

Gedruckt
im Ullsteinhaus
Berlin





